Allgemeine Weltgeschichte

von

Georg Weber.

Zweite Auflage.

Nach des Verfassers Tod revidiert und fortgesetzt

von

Dr. Friedrich Weber.

Fünfzehnter Band.

Zweiter Teil.

Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts.

3. Abteilung: **Von der Errichtung des zweiten französischen Kaisertums bis zur neuesten Zeitgeschichte.**

Mit dem Porträt des Verfassers.

Leipzig

Verlag von Wilhelm Engelmann

1889.

Allgemeine Weltgeschichte.

Fünfzehnter Band.

Zweiter Teil.



Verlag Wilhelm Engelmann. Leipzig. Photogravure u. Druck H. Riffarth. Berlin.

Dr Georg Weber.

Geb. am 10. Februar 1808; gest. am 10. August 1888.

Allgemeine Weltgeschichte

von

Georg Weber.

Zweite Auflage.

Nach des Verfassers Tod durchgesehen und fortgesetzt

von

Dr. Friedrich Weber.

Fünfzehnter Band.

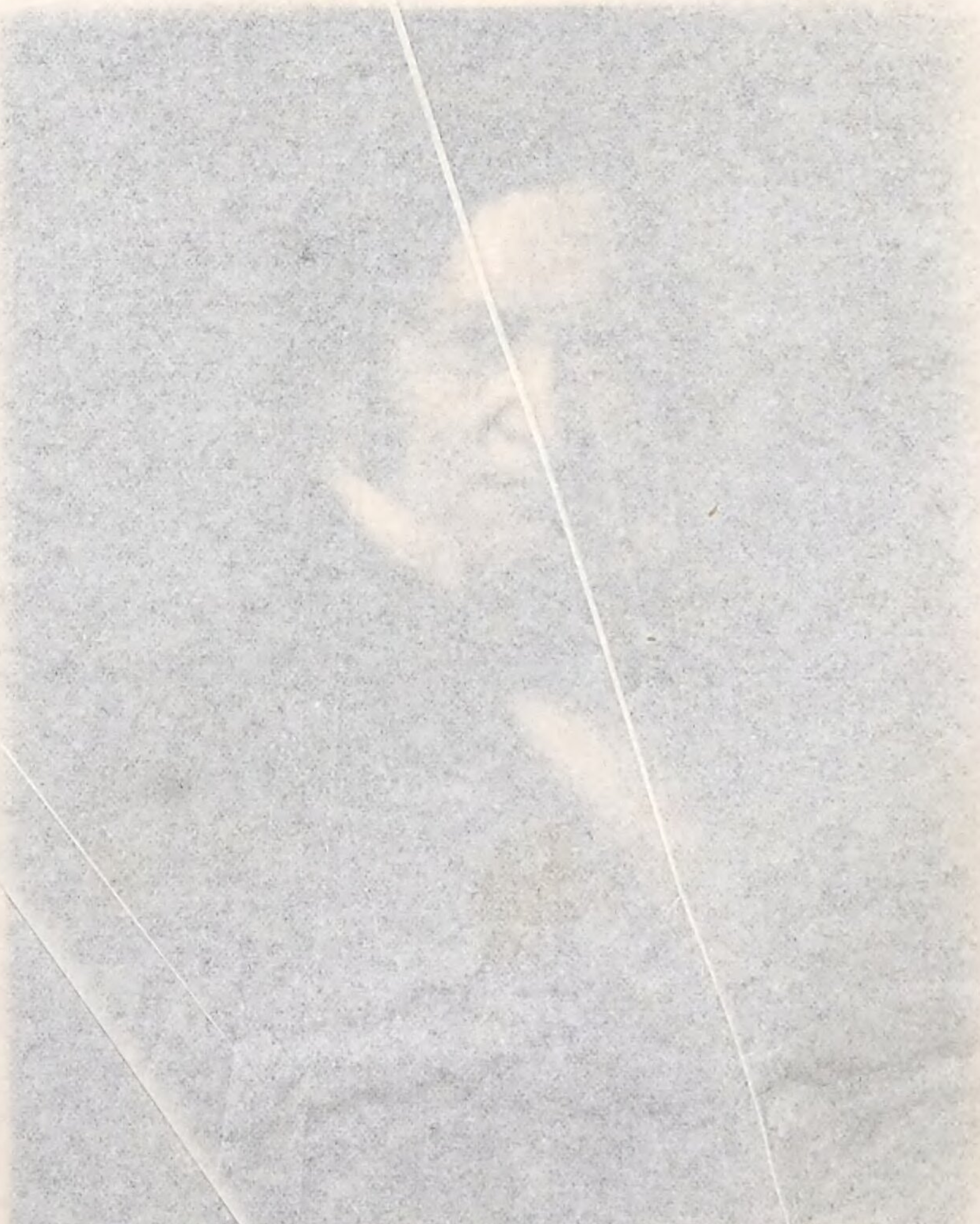
Zweiter Theil.

Mit dem Porträt des Verfassers.

Leipzig

Verlag von Wilhelm Engelmann

1889.



Allgemeine
Weltgeschichte

von

Georg Weber.

Zweite Auflage.

Nach des Verfassers Tod durchgesehen und fortgesetzt

von

Dr. Friedrich Weber.

Fünfzehnter Band.

Zweiter Teil.

Mit dem Porträt des Verfassers.

Leipzig

Verlag von Wilhelm Engelmann

1889.

Geschichte

des

neunzehnten Jahrhunderts.

Dritte Abteilung.

Von der Errichtung des zweiten französischen Kaisertums bis zur neuesten Zeitgeschichte.

Leipzig

Verlag von Wilhelm Engelmann

1889.

Vorrede.

Am 10. August 1888, ein halbes Jahr nach der Feier seines achtzigsten Geburtstags, ist der Verfasser der jetzt in zweiter Auflage vorliegenden „Allgemeinen Weltgeschichte" in Heidelberg, wo er nahezu fünfzig Jahre als Lehrer und Schriftsteller gewirkt, nach kurzen Leiden verstorben. Er hatte noch der nahen Vollendung dieser zweiten Auflage seines großen Werks mit lebhaftester eigner Teilnahme und freudiger Genugthuung über die andauernden Erfolge seiner Schriften entgegensehen können. Im Jahr 1857 war der erste Band dieses Werks in erster Auflage erschienen, im Jahr 1880 der letzte, und gleich darauf durfte der Verfasser, damals noch in rüstigem Greisenalter, an die zweite Auflage Hand anlegen, deren Vollendung, mit Unterstützung durch tüchtige jüngere Kräfte, dann die letzten Jahre seines arbeitsreichen Lebens gewidmet waren. Daß ein so umfassend angelegtes, seinem ganzen Wesen nach auf engere Kreise beschränktes Werk in unsrer für ernste und ausdauernde Studien sowenig empfänglichen Zeit unmittelbar nach seiner Vollendung in neuer Bearbeitung erscheinen durfte, bildete mit Recht den Stolz des Verfassers.

Die Bewältigung eines solchen Riesenstoffs in dreißigjähriger ununterbrochener Hingebung ist in der Geschichte menschlicher Arbeit eine wunderbare Leistung; in der Zersplitterung, Vielgeschäftigkeit und Unruhe des modernen Lebens wird sich kaum wieder die Kraft eines Einzelnen an eine so gewaltige Aufgabe heranwagen. Daß Georg Weber am Abend seiner Tage sein Lebenswerk vollendet, das große Ziel, das er sich vorgesteckt, erreicht sah, war der Stolz und die Freude seiner letzten Jahre.

An seinen schriftstellerischen Arbeiten hing zeitlebens Georg Webers ganzes Herz, und ein guter Teil der geistigen Frische, die er sich bis in sein hohes Greisenalter hinein bewahrte, entsprang dem stets lebendigen Interesse, welches er der Durchsicht, Verbesserung und Fortführung seiner Bücher zuwandte. Bis in die letzten Wochen seines Lebens nahm er von neueren Erscheinungen auf dem Gebiet der historischen Litteratur Kenntnis, um deren Ergebnisse zu verwerten. Die Rastlosigkeit seines Arbeitsdrangs, der Reichtum seiner Schöpferkraft, auch noch in Zeiten, da andre längst müde sind und die wohlverdiente Ruhe suchen, war allen, die ihn kannten, ein steter Gegenstand der Bewunderung und Verehrung.

Es war ein überaus reiches, glückliches, innerlich harmonisches, mit sich selbst und seinem Streben und Leisten mit Recht befriedigtes Dasein, welches seine Laufbahn vollendet hatte. Er hat es selbst anziehend und ergreifend beschrieben, wie er sich aus dürftigsten Verhältnissen mit seltener Thatkraft und unermüdlichem Streben emporgearbeitet hatte zu einem äußerlich angesehenen und innerlich befriedigten, weil nützlichen und fruchtbringenden Dasein. Aus seinem „Leben und Bildungsgang" haben gar viele tüchtige und ernst strebende Jünglinge Mut und Kraft zur Nacheiferung gewonnen.

Es war ihm noch in seinen letzten Lebenswochen ein oft geäußerter Trost, daß er die Überzeugung hatte, seine Bücher würden auch nach seinem Tod noch ihren Platz behaupten, den sie sich durch ihr ernstes Streben unter den Bildungs- und Erziehungsmitteln des deutschen Volks errungen, die Früchte eines langen arbeits- und erfolgreichen Lebens würden noch eine gute Weile nachwirken, auch nachdem der treue Arbeiter von hinnen geschieden. Er durfte sich dieser Hoffnung wohl mit Recht hingeben. „In der That," heißt es in einem Nachruf an den Verstorbenen, „ist die Webersche Geschichtsdarstellung, ähnlich derjenigen seines Vorbildes und Lehrers Schlosser, in alle Schichten der Bevölkerung gedrungen, sie ist ein wesentliches Ferment unsrer höhern und edlern Durchschnittsbildung geworden, steht in den engsten Beziehungen zu unsern nationalen und staatlichen Sorgen, Interessen und Idealen, charakterisiert endlich auch in glücklicher und verheißungsvoller Weise die Bedingungen, Voraussetzungen und Aussichten, unter welchen heutzutage bei auch auf historischem Gebiet soweit vorangeschrittener Arbeitsteilung zusammenfassende universal-historische Unternehmungen gewagt werden können." Die vielen Tausende, die Georg Weber ihre historische Bildung verdanken, werden auch dem jetzt Verstorbenen ein treues und dankbares Andenken bewahren.

Das dem vorliegenden letzten Band beigegebene Bildnis stellt den Verfasser in seinen kräftigsten Mannesjahren dar, in der Zeit, da er die ersten Bände seines großen Geschichtswerks bearbeitete. Es wird den vielen Freunden, die sich der Verewigte erworben, eine werte Erinnerung sein.

Der Unterzeichnete, der seinem Vater schon seit langen Jahren bei dessen Studien und Arbeiten zur Hand gegangen, hat nach dem Wunsch des Verstorbenen die Durchsicht und Fortführung der letzten Teile des Werks übernommen. Möge das jetzt vollendet vorliegende und nach besten Kräften mit dem Stand der heutigen Wissenschaft in Einklang gebrachte Buch auch in seiner neuen Gestalt freundliche Aufnahme bei der für ernsten Bildungsstoff empfänglichen deutschen Lesewelt finden!

Dr. Fr. Weber.

Inhaltsverzeichnis.

A. Von der Errichtung des zweiten französischen Kaisertums bis zum Frankfurter Frieden.

Politisch-historische Hilfsmittel. Mehrere der im vorigen Halbband S. 278 f. angeführten Werke, wie die engl. u. franz. Geschichtsjahrbücher Annual register und Annuaire des deux mondes u. a. m. gelten auch für die Gesch. der Jahre 1852—1870. Dazu kommen noch vom Jahr 1860 an bis zur Gegenwart: Europäischer Geschichtskalender v. H. Schultheß. Nördlingen 1861 ff. und vom Jahr 1867 an: Politische Geschichte der Gegenwart von Wilh. Müller, Berlin 1868 ff. Die Hauptquellen bilden auch für diesen Zeitraum die größern Zeitungen und periodischen Schriften, die Sammlungen von Aktenstücken und Publikationen aller Art. 1. Zu den orientalischen Verwickelungen: Kinglake, The invasion of the Crimea in der Leipziger Collection of engl. authors, 1863—1875. 10 Bändchen; Jasmund, Aktenstücke zur orientalischen Frage. Berlin 1855 ff.; Geffcken, Zur Gesch. des orientalischen Kriegs. Berlin 1881; Rüstow, Der Krieg gegen Rußland. Zürich 1855 f.; Bogdanowitsch, Der orient. Krieg. Petersburg 1876; Rousset, Hist. de la guerre en Crimée. Par. 1878; Kunz, Die Schlachten und Treffen des Krimkriegs. Berlin 1889. — 2. Für Frankreich: Taxile Delord, Histoire du second Empire (1848—1869). 6 voll. Par. 1869 ff., auch Deutsch; Mullois, Hist. de Napol. III. Par. 1864; Fulg. Girard, Hist. du second Empire. Paris 1861; Morel, Napoleon III., sa vie, ses oeuvres et ses opinions. Paris 1869; Napoleon III. von H. von Sybel. Bonn 1873 und von R. Gottschall. Leipzig 1884; H. von Treitschke, Frankreichs Staatsleben und der Bonapartismus (in dessen historischen und politischen Aufsätzen). — 3. Für England reichen die im vorigen Halbband S. 83 angeführten Werke auch in die gegenwärtige Periode herein. Von Wichtigkeit sind besonders das periodische Werk: Hansards Parliamentary Debates, sowie die erwähnten Biographien über Prinz Albert, Lord Palmerston, denen noch die autobiographischen Aufzeichnungen von L. John Russell beizufügen sind (Recollections and suggestions. London 1875. Deutsch Halle 1876). — 4. Für Rußland, Polen, Türkei: Schmeidler, Das Russische Reich unter Alexander II. Berlin 1878; F. J. Celestine, Rußland seit Aufhebung der Leibeigenschaft. Laibach 1875; Haxthausen, Die ländliche Verfassung Rußlands. Leipzig 1866, als Ergänzung und Fortsetzung seines ältern Buchs: Studien über die innern Zustände, das Volksleben und insbes. die ländlichen Einrichtungen Rußlands. Hannover 1847—1852; Schnitzler, Hist. de l'Empire des Tsars. Par. u. Strasb. 1856. Viele interessante und belehrende Angaben gewähren die anonymen Schriften: Aus der Petersburger Gesellschaft; Rußland vor und nach dem Kriege. Leipzig 1879, Berlin u. Petersburg. Leipz. 1880. Von Nikolaus I. zu Alexander III. Leipz. 1881. Die schon erwähnten Werke: Rosen, Gesch. der Türkei; Ranke, Serbien u. die Türkei im neunzehnten Jahrh. — 5. Für Deutschland und die deutschen Großmächte: Mehrere der bereits im vor. Halbband S. 198 angeführten Werke und periodischen Schriften: Preußen im Bundestag (1851—1859), Dokumente

der königl. preuß. Bundestagsgesandtschaft (v. Bismarck), herausgeg. von Poschinger, Leipzig 1882. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, von Ernst II. Herzog v. S.-Koburg. 2 Bde. Berlin 1887. 1888. Unter den kriegsgeschichtlichen Darstellungen ragt hervor das Werk des Gr. Generalstabs: Der deutsch-dänische Krieg. 2 Bde. Berlin 1887; Hornstein, Der Schlesw.-Holst. Krieg 1864, seine Ursachen und Folgen. Mannheim 1867; Rüstow, Der deutsch-dänische Krieg 1864. Zürich 1864; A. Trinius, Gesch. der Einigungskriege 1864. 1866. 1870—1871. 1. Teil, Geschichte des Kriegs gegen Dänemark 1864. Berlin 1885; Fontane, Der schlesw.-holst. Krieg 1864. Berlin 1866; Blasendorff, Der deutsch-dänische Krieg. Berlin 1889. v. Treitschke, Zehn Jahre deutscher Kämpfe. Berlin 1879. — Für Österreich das schon erwähnte Werk v. Walter Rogge, Österr. von Vilagos bis zur Gegenwart. 3 Bde. Leipz. u. Wien 1872 f., und versch. Aufs. von demſ. in „Unsre Zeit“. — Für Preußen: Ranke, Friedr. Wilh. IV. in Allg. Deutsche Biogr. 8. — Über den Krieg von 1866: Der Feldzug von 1866 in Deutschland. Redigiert von der kriegsgesch. Abteilung des Gr. Generalstabs. Berl. 1867, und Österr. Kämpfe im Jahr 1866 v. dem k. k. Generalstabsbüreau. Wien 1867—1869. Auch der Anteil der sächs. und der bayr. Armee an dem Krieg ist in offiziellen Generalstabsschriften bearbeitet worden; Borbstaedt, Preußens Feldzüge gegen Österreich und dessen Verbündete. Berlin 1867; Winterfeld, Vollständ. Gesch. des preuß. Kriegs von 1866 gegen Österreich und dessen Bundesgenossen. Berl. 1866; Fontane, Der deutsche Krieg von 1866. Berlin 1871; W. Rüstow, Der Krieg von 1866. Zürich 1867; v. d. Wengen, Gesch. der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover 1866. Gotha 1885. Die Kriegsdarstellungen von Blankenburg, Hiltl, Knorr; Jähns, Die Schlacht von Königgrätz. Leipz. 1876; Erinnerungen aus meinem Leben, von R. v. Friesen, sächs. Staatsminister. Dresd. 1880. — 6. Für Italien: Die zwei letzten Bände des öfters erwähnten Geschichtswerkes von Herm. Reuchlin, mehrere Aufsätze in verschiedenen periodischen Zeitschriften und Einzelbilder aus Italiens Zeitgesch. von demselben Verfasser; v. Treitschke, Cavour, im zweiten Band der Hist. u. polit. Aufsätze. Leipz. 1871. Die schon öfter angeführten Annalen von Coppi; Das französische Buch L'Italie de 1847 à 1865, correspondance politique de Massimo d'Azeglio accomp. d'une introduct. et des notes, par E. Rendu. Par. 1867. Der erwähnte Briefwechsel zwischen Manin und Pallavicino (Epistolario politico 1855—1857. Milano 1878); Nicom. Bianchi, Storia della monarch. Piemont. Tor. 1877 ff. und Storia della diplomazia Europ. Tor. 1865 ff. 8 voll. Cavours Briefe, herausgeg. von L. Chiala, übersetzt von Bernardi. Leipzig 1884; Massari, Il conte di Cavour. Tor. 1873, auch Deutsch; Rüstow, Der ital. Krieg von 1860. Zürich 1861. — 7. Über Spanien: Lauser, Gesch. Span. von dem Sturz Isabellas bis zur Thronbesteigung Alfonsos. Leipz. 1877. 2 Bde. — 8. Für die außereuropäischen Länder: Duff, The Ind. rebellion. Lond. 1858; Chambers, History of the Indian revolt. Lond. 1859; K. Fr. Neumann, Gesch. des englischen Reichs in Asien. Leipzig 1857. 2 Bde.; E. Parthe, Die Intervention in Mexiko und das neue Kaiserreich. Leipzig u. Stuttgart 1864; Kératry, Kaiser Maximilians Erhebung und Fall. Leipzig 1867; Montlong, Auth. Enthüllungen über die letzten Ereignisse in Mexiko. Stuttgart 1868; Ahrens, Mexiko und Mex. Zust. in den Jahren 1820—1866; Felix Prinz zu Salm-Salm, Queretaro. Blätter aus meinem Tageb. in M. Stuttgart 1869. 2 Bde; Bibesco, Au Mexique 1862, Par. 1887. — Über Nordamerika: K. F. Neumann, Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Berlin 1863—1866. 3 Bde.; v. Holst, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika. Düsseldorf 1873. Berlin 1878 ff.; James Spence, The Amer. Union. Lond. 1862. Der Nordamerikanische Bürgerkrieg wurde in zahlreichen Schriften dargestellt, von Hudson, Berlin 1862; Abbot, New York 1863; Const. Sander, übersetzt von Mangold. Frankfurt a. M. 1876; E. R. Schmidt, Leipzig 1869; J. W. Draper, Deutsch v. Bartels. Leipzig 1877. 3 Bde.; Duyckinck,

Deutsch v. Fr. Kapp. New York. Einzelne Darstellungen und Kriegsbilder in W. H. Russels Tagebuch. Altona 1864. 2 Bde., und B. Estván, Leipz. 1862. 2 Bde. — 9. Über das Konzil: J. Friedrich, Geschichte des vatikanischen Konzils. Bonn 1877. 1884; Janus (Döllinger), Der Papst und das Konzil. Leipz. 1869; Frommann, Geschichte und Kritik des vatikan. Konzils. Gotha 1872. Sammlung der Aktenstücke von E. Friedberg. Tüb. 1872.

I. Die Westmächte und Rußland.

1. Frankreich und England in ihrer geschichtlichen Stellung.

a. Das zweite französische Kaisertum.

Die Errichtung des neuen Kaisertums in Frankreich erfüllte die reaktionäre und konservative Partei in Europa mit frischer Zuversicht. Die Furcht vor der Revolution schien dadurch auf längere Zeit beseitigt, und die vornehme Welt konnte sich wieder ohne Scheu den gesellschaftlichen Freuden und Genüssen hingeben. In ihren Augen war Napoleon in Wahrheit der „Retter der Gesellschaft", wie seine Lobredner ihn nannten. Zurückhaltender benahmen sich anfangs die Regierungen, indem sie besorgten, der dritte Napoleon würde wie in der innern Organisation und Regierungsweise, so auch in der äußern Politik die Wege des Oheims einschlagen, die „Napoleonischen Ideen" und Traditionen, die er früher in mehreren Schriftstücken als die Standarte der fortschrittlichen Entwickelung des modernen Europa der Welt kund gegeben, aufs neue beleben. Am wenigsten konnte sich Zar Nikolaus mit der Erneuerung des Kaisertums befreunden; so willkommen ihm auch die Niederwerfung der Republik und des Liberalismus war, so hielt er doch an dem Prinzip der Legitimität fest. Um so entgegenkommender zeigte sich Fürst Schwarzenberg. Er erklärte, daß Österreich und Frankreich einen gemeinsamen Feind, die Revolution, hätten und daß er weder der Annahme des Kaisertitels noch irgend einer andern Maßregel entgegentreten werde, die Napoleon „innerhalb der französischen Grenzen" zur Befestigung seiner Autorität ergreifen würde. Eine ähnliche Politik befolgte man in Berlin. Man wünschte mit dem starken Nachbar auf gutem Fuß zu stehen und erteilte daher dem neuen Kaisertum die Anerkennung; aber einem politischen Bündnis, wie es Persigny im Auftrag seines Gebieters zu erzielen suchte, standen die Legitimitätsbedenken und das Rechtsgefühl des Berliner Hofs entgegen. Und wie oft auch noch im Lauf der Jahre Napoleon den Versuch erneuerte, Preußen für seine Pläne zu gewinnen, das französische Gebiet nach Norden auszudehnen und dafür der Berliner Regierung freie Hand gegen die Nachbarstaaten im nördlichen Deutschland, insbesondere in Schleswig-Holstein zu lassen, er empfing immer eine zurückweisende Antwort. Mit der Zeit schwand das Mißtrauen der Großmächte und man gab sich mehr und mehr dem frohen Glauben hin, daß

Napoleon III. Die Kaiserpolitik.

die Worte, die Napoleon auf seiner ersten Rundreise in Bordeaux aussprach: „Frankreich wünscht den Frieden, und wenn Frankreich zufrieden gestellt, ist die Welt ruhig. Der Ruhm geht wohl als Erbschaft über, nicht aber der Krieg", aufrichtig gemeint und die Parole: Das Kaisertum ist der Friede, ein Wahrspruch sei. Ähnliche Worte hatte er an die Soldaten gerichtet bei dem großen militärischen Schaufest, auf welchem den Regimentern die mit dem Adler geschmückten Fahnen übergeben wurden. Reifer an Jahren als der große Oheim auf seiner Höhe, hat der Neffe allerdings den stürmischen Gang desselben gemieden, und die schwere Lebensschule, in die ihn das Schicksal schon in der Jugend geführt, hat ihn frühe gewöhnt, seine Leidenschaften zu zähmen und zu beherrschen, seine Gedanken und Pläne in schweigsamer Brust zu verschließen oder sie unter rätselhaften, vieldeutigen Ausdrücken und diplomatischen Künsten zu verhüllen; aber ein „Napoleon des Friedens", wie sein Vorgänger Ludwig Philipp sich gern nennen hörte, wollte er doch nicht werden. Die „große Nation" hatte sich in ihrem Stolz gekränkt gefühlt, daß sie bei den Geschicken Europas, bei dem geschichtlichen Weltgang nicht mehr, wie in den glorreichen Tagen der Vergangenheit, den entscheidenden Einfluß üben, den bewegenden Anstoß geben, das gebieterische Wort reden sollte. Diesem nationalen Selbstgefühl kam Napoleon fördernd entgegen. Indem er dem ritterlichen und militärischen Charakter, der tief in der Natur des französischen Volks wurzelt, Raum und Gelegenheit zur Entfaltung gab und der Ruhm- und Ehrliebe samt ihrer Gefährtin, der Eitelkeit, schmeichelnd entgegenkam, erweckte er die schlummernden Neigungen für die Bonapartesche Dynastie, befestigte seinen Thron und gab den unruhigen, gärenden Kräften eine Ableitung nach außen. Die französische Weltstadt hatte die Genugthuung im Lauf der Jahre in ihren Mauern die höchsten Souveräne Europas zu empfangen, die es nicht verschmähten, dem „Parvenu-Kaiser" ihre Huldigungen darzubringen. Napoleon trieb eine weitausgreifende Politik, und wenn er bei seinen Interventionen alle Eroberungsgelüste ableugnete und den französischen Kriegsunternehmungen eine „zivilisatorische Mission" zuschrieb, eine Erklärung, die allerdings bei der Welt wenig Glauben fand und sich nicht überall bewährt hat, so schmeichelte er dadurch der französischen Nation und zerstreute zugleich die Befürchtungen der auswärtigen Mächte. Er versäumte keine Gelegenheit bei allen öffentlichen Kundgebungen die Segnungen des Friedens für die Kultur und die Wohlfahrt der Menschheit zu betonen. Bei seinem Abgang zur Armee in Italien hob er in einer schwungvollen Proklamation vom 3. Mai 1859 hervor, daß Frankreich bei dem Krieg kein andres Ziel verfolge, als ein befreundetes Volk zu befreien und zum Herrn seiner eignen Geschicke zu machen, daß die französische Nation nur von idealen und humanen Zwecken geleitet werde. Und wie sehr die Menschheit es beklagen mochte, daß das eherne Kriegslos abermals über die Welt geworfen ward, so gereichte es dem zweiten Empire auch zur Ehre, daß es eine großartigere Völkerpolitik ins Dasein gerufen, anstatt

der leidenschaftlichen konspiratorischen Kämpfe, die seit den Tagen von Belle-Alliance das öffentliche Leben ausgefüllt und in Atem gehalten, eine Kriegspolitik von höherm Stil und Charakter geschaffen, der Weltgeschichte einen bedeutsameren würdigeren Inhalt verliehen hat.

Das Streben des ersten Napoleon, unter den legitimen Herrscherhäusern Europas eine Stellung zu gewinnen, den revolutionären Ursprung seines Kaiserthrones durch glänzende Ehebündnisse mit den alten Fürstengeschlechtern in Vergessenheit zu bringen, hatte keine erfreulichen Früchte getragen. Der Neffe vermied diese Klippe, indem er, verletzt, daß die alten Fürstenhöfe den angebotenen Bruderbund nur mit Zurückhaltung eingehen wollten, die Rechtsquelle seiner Herrschaft im Volkswillen suchte und sowohl dem längst erschütterten, aus einer überlebten Feudalzeit stammenden Legitimitätsbegriff, als der Vorstellung von einem Königtum „von Gottes Gnaden" freiwillig entsagte. Als seine Brautwerbung um Carlota, die Enkelin der verwitweten Großherzogin Stephanie von Baden, seiner Verwandten, keinen Erfolg hatte, reichte er der schönen jungen Spanierin aus edlem Geschlecht, Eugenia Montijo, Herzogin von Teba, deren Vater einst in dem Heer des ersten Napoleon gedient, die Hand zum Ehebund, wobei er in einer Botschaft das merkwürdige Geständnis ablegte, daß ein Souverän, welcher durch ein neues Prinzip erhoben worden, diesem Prinzip treu bleiben und dem übrigen Europa gegenüber offen die Stelle eines Emporkömmlings einnehmen solle, was ein ruhmvoller Titel sei, wenn er durch die freie Abstimmung eines großen Volks erlangt werde. Dynastische Vermählungen erzeugten nur trügerische Bürgschaften und setzten das Familieninteresse an die Stelle des Nationalinteresses. Seit siebzig Jahren seien alle in Frankreich vermählten fremden Fürstentöchter unglücklich gewesen; nur einer gedenke das Volk in Liebe und diese sei nicht aus fürstlichem Stamme gewesen (Josephine). Wie sehr der kluge Herrscher durch diesen Schritt sich die Gunst und den Beifall des Volks gewonnen, bewies die allgemeine Freude bei dem Vermählungsfest und drei Jahre nachher bei der Geburt eines Prinzen. Daß die neue Herrscherin ihre Jugend nicht in der sittenreinsten Umgebung verlebt hatte, schlug die leichtfertige Pariser Gesellschaft nicht sehr hoch an. Auch hat sie während ihrer Ehe keinerlei Anlaß zu schlimmen Nachreden gegeben. Sie gewann bald großen Einfluß auf die öffentlichen Dinge und durch sie erhielt die klerikale Partei in innern Staatsangelegenheiten eine gewichtige Stimme. Nun nahm der Hof wieder einen Glanz und eine Herrlichkeit an, wie unter dem alten Bourbonschen Königtum und unter dem ersten Kaiserreich; der Luxus und die Pracht, die man in den Tuilerien so gern sah und so sehr begünstigte, verbreitete sich schnell über die ganze vornehme Welt und gab der hohen Gesellschaft wieder den eleganten Anstrich und die feinen Formen, für welche die französische Nation soviel Empfänglichkeit und Geschmack besitzt. Der Kaiser vergalt die Anerkennung des Volks durch einen Akt der Versöhnung, indem er allen Verbannten und Flüchtigen, welche seiner Regierung und

Vermählung.

30. Jan. 1853.

16. März 1856.

den Gesetzen zu gehorchen versprachen, freie Rückkehr in die Heimat gestattete und viele Deportierte begnadigte. Man sprach damals viel von einer Wiederholung der Krönungsfeier des ersten Napoleon durch den Papst. Verdankte doch Pius IX. seine Rückkehr nach dem Vatikan in erster Linie den Waffen Frankreichs. Daß der heilige Vater nicht nach Paris kommen wollte, hat ihm Napoleon III. niemals verziehen.

Das Prinzip des souveränen Volkswillens.

Dem neuen Grundsatz von der Selbstbestimmung der Völker, wonach bei dem Wechsel einer Herrschaft der Wille des Volks durch Abstimmung erforscht werden sollte, einem Grundsatz, der sich in Frankreich so trefflich zu seinen Gunsten bewährt hatte, suchte Napoleon III. auch anderwärts Geltung zu verschaffen und denselben zum staatsrechtlichen Prinzip zu stempeln. Wir werden sehen, wie er in der Folge die Einverleibung von Savoyen und Nizza durch eine Volksabstimmung einleitete, wie er in Mexiko die Errichtung eines Kaisertums auf den ausgesprochenen Volkswillen zurückführte, wie in Italien die Kundgebungen der Bewohner als Rechtstitel für die Einziehung der kleinern Staaten anerkannt wurden; auch bei dem Erbfolgestreit in Schleswig-Holstein empfahl er die Anwendung desselben Verfahrens. War auch diese Abstimmung meistens nur ein Schein, durch welchen der Volkswille nicht zum wahren, freien Ausdruck kommen konnte, so diente der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts doch dazu, das alte Legitimitätsprinzip, wonach Völker und Staaten als dynastisches Eigentum angesehen wurden, in seiner Geltung zu erschüttern und dem Begriff der Volkssouveränität in einer neuen Gestalt Eingang in das europäische Staatsrecht zu verschaffen.

Wirtschaftliche Fürsorge.

Große Sorgfalt wendete der neue Kaiser den sozialen Fragen zu. Wir haben gesehen, daß die Revolutionsstürme der Jahre 1848 und 1849 ihre Hauptquelle in dem Mißverhältnis der arbeitenden und der besitzenden Volksklassen gehabt haben. Zu verständig und einsichtsvoll, die sozialistischen und kommunistischen Träume ernstlich in Anwendung zu bringen, oder eine Ausgleichung des Besitzstandes durch gewaltsame Eingriffe in das Eigentum zu versuchen, erkannte Napoleon dennoch die Notwendigkeit, dem Arbeiterstand mehr unter die Arme zu greifen und ihn vor Armut und Elend zu schützen. Hatte er sich doch während seines Exils und in der Gefangenschaft zu Ham neben politischen und militärischen Fragen auch mit volkswirtschaftlichen Arbeiten befaßt und eine Broschüre Über die Ausrottung des Pauperismus geschrieben, die ihm eine Zuschrift voll Danks und Anerkennung von seiten vieler Arbeiter eingetragen. Daher verlor er auch während seiner ganzen Regierungszeit die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten nie aus dem Auge. Die Sologne, eine wüste, von Gebüsch und kleinem Gehölz bedeckte Landstrecke zwischen Orleans, Bourges und Blois, sowie die großen Heiden zwischen Ozean und Gironde wurden durch Entwässerungsanstalten, Erdarbeiten und Wege urbar gemacht. Auf vielen kahlen Berghöhen der Provence wurden Wälder angelegt, um die zerstörenden Wir-

kungen der Gebirgsströme zu verhüten. Als im Jahr 1853 infolge einer dürftigen Ernte Brotmangel und Teurung entstand, wurde in Paris eine Bäckereikasse ins Leben gerufen, wodurch mittels Zuschüsse der Stadt ein mäßiger Brotpreis erzielt werden sollte. Wiederholte Reisen nach allen Provinzen und Städten gaben dem Kaiser Gelegenheit, sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung zu unterrichten. Durch Wasserbauten, Dämme und Flußkorrektionen suchte er den verheerenden Wirkungen der häufig eintretenden Rhoneüberschwemmungen zu begegnen. Straßen, Brücken und Eisenbahnen erleichterten und belebten den innern Verkehr. Großartige Bauunternehmungen, vom Staat und von den Städten ausgehend, dienten dazu, den unbemittelten Volksklassen lohnende Beschäftigung zu geben. Paris erhielt durch die eingreifende Thätigkeit und den rücksichtslosen Unternehmungsgeist des Stadtpräfekten Haußmann eine neue Gestalt; die engen Gassen wurden zerstört und durch Anlegung neuer Stadtteile und Straßen wurden nicht nur gesundere Wohnungen geschaffen, sondern auch die Stützpunkte der Revolutionen und Aufstände weggeräumt. Die große Kunst- und Industrieausstellung, welche nach dem Vorbild der Londoner im Mai 1855 in Paris eröffnet ward, Mai 1855. und Handelsverträge mit verschiedenen Staaten förderten das Industrie- und Verkehrsleben und mehrten den Absatz französischer Erzeugnisse nach dem Ausland. Ganz verschieden von seinem Oheim, welcher durch die Kontinentalsperre Handel und Wandel in enge Fesseln schlug, löste der dritte Napoleon die Bande des alten Schutz- und Absperrungssystems in Frankreich und that durch Minderung oder Beseitigung der Zölle und Verkehrsschranken einen bedeutenden Schritt zum Freihandel; der Handelsvertrag mit England (Januar 1860) war ein entscheidendes Ereignis in dieser Richtung. Als der Krimkrieg große Geldsummen erheischte, suchte der Kaiser durch ein Nationalanlehen, an dem sich alle Klassen beteiligten, eine Gemeinschaft der finanziellen Interessen zu begründen und das Geld dem Land zu erhalten. Er gab Anregung zur Errichtung und Vermehrung von Sparkassen, von Unterstützungsvereinen, von Versorgungsanstalten für Arbeitsunfähige. Besondere Sorgfalt wurde auf die Organisation des gesamten Bankwesens gerichtet, das in drei große Zweige auseinander ging: in das Institut der Geldaristokratie oder hohe Nationalbank von Frankreich, in das der finanziellen „Halbwelt" oder den Crédit mobilier und die mit ihm verwandten Anstalten, endlich in die nach dem Muster der englischen Joint-Stock-Banken eingerichteten Kreditanstalten für die solide Erwerbsthätigkeit des bürgerlichen Mittelgeschäfts. Auch diese Begünstigung der Kreditvereine und Aktiengesellschaften hatte sowohl die Hebung der Industrie und der Betriebsamkeit als die Selbsthilfe der Arbeiterklassen durch gegenseitigen Beistand zum Zweck, führte aber auch den großen Nachteil mit sich, daß die Spekulationssucht zu einer gefährlichen Höhe stieg, daß die Gier nach mühelosem Gewinn in alle Klassen drang und schwindelhafte Unternehmungen Vertrauen und Ehrlichkeit erschütterten. Die Staatsausgaben stiegen ins Unermeßliche, und da der Ausfall nur

durch neue Anlehen gedeckt werden konnte, so erlangte die Finanzwelt und die Spekulation eine bedenkliche Macht. Jedes politische Ereignis beeinflußte den Stand der Staatspapiere, wodurch die Welt in fortwährender Spannung und fieberhafter Aufregung erhalten ward; man gewöhnte sich, Millionäre auf der Verbrecherbank zu sehen. Es war nur ein geringes Abhilfsmittel gegen den zunehmenden Spekulationsgeist, daß die Regierung zweimal zu Nationalanlehen schritt; die Börse behielt dennoch die Oberhand; der Versuch hatte nur die Wirkung, daß die große Beteiligung unter allen Ständen als Beweis dienen konnte, wie die kaiserliche Regierung sich eines hohen Vertrauens bei der Nation erfreue. Die lebhafte Teilnahme des französischen Volks an diesen Staatsanlehen war, wie die Verehrer Napoleons verkündeten, die Weihe der Kaiserwahl, ein Vertrauensvotum für den Erkornen der acht Millionen Staatsbürger.

Algerien unter dem Kaiserreich. Wirtschaftliche Rücksichten waren auch neben den militärisch-nationalen Interessen in der Verwaltungspolitik der Kolonie **Algerien** maßgebend. Es ist uns erinnerlich, daß kurz vor der Februarrevolution die französischen Besitzungen in Nordafrika als gesichert gelten konnten, seit der unternehmendste Feind Abd el Kader nach Frankreich abgeführt worden war (XV, 1, S. 133 f.). Von einem Aufgeben des eroberten Landes konnte somit keine Rede mehr sein, wer auch immer in Paris am Regiment sitzen und wie groß auch immer die Kosten und Anstrengungen für die Behauptung und Verwaltung des überseeischen Landes sein mochten. Die Nationalversammlung erklärte Algerien, das bisher den Namen einer Regentschaft geführt hatte, für ein ewiges Besitztum der Republik und gewährte der Bevölkerung das Recht, vier Abgeordnete in die Gesetzgebende Körperschaft zu wählen, und die Regierung war bemüht, durch Ernennung energischer, zuverlässiger Generalgouverneure wie Cavaignac, Changarnier, Charron die Araberstämme, die stets zu Abfall und Feindseligkeiten geneigt waren, in Gehorsam, Furcht und Ruhe zu erhalten. Zugleich wurde die Kolonisation befördert, indem die Republik auf Kosten des Staats europäische Niederlassungen gründete. Noch kräftiger und durchgreifender war das kriegerische Vorgehen gegen die unruhigen Kabylenstämme im Süden und Westen des Kolonialgebiets. Die meisten militärischen Größen des Kaiserreichs, wie die Generale Pélissier, St.-Arnaud, Mac Mahon haben in Afrika ihre ersten Lorbeeren erfochten und in den Kämpfen gegen die Eingebornen ihre strategische Kunst und kriegerische Erfahrung erworben. Besonders war die lange Verwaltung des Generals **Randon** (von 1851—1858) der Befestigung und Ausdehnung der französischen Herrschaft in Afrika sehr förderlich. Die Unterwerfung der fruchtbaren baumreichen
Dez. 1852. Oase **Laghuat** oder El-Aghuat durch **Pélissier** und Jussuf wurde zur Verherrlichung des neuen Imperiums in ähnlicher Weise benutzt, wie einst die Eroberung der Smala für das Julikönigtum. Der in heißem Kampf eroberte Landstrich bot einen günstigen Stützpunkt für weitere Erfolge im Süden. Die Oasenlandschaften von Tug-
1854. gurt, von Wadi Suf und andern Gegenden in den Steppenländern der Sahara wurden zur Unterwerfung gebracht, der mächtige Stamm der Beni Mzab erkannte freiwillig die Oberhoheit Frankreichs an. Man ließ den Eingebornen ihre herkömmlichen Rechte, Gebräuche und patriarchalischen Ordnungen und erleichterte durch diese Schonung der alten Sitten und Gewohnheiten den Anschluß an das französische Regiment. Man suchte das Nomadenleben durch feste Ansiedelungen zu verdrängen und begnügte sich mit mäßigen Abgaben und Steuern in Geld oder Naturalien. Mit der territorialen Ausdehnung hielt die kommerzielle Thätigkeit gleichen Schritt. Handelswege wurden

angelegt, die nördlichen Teile der mittlern Sahara erforscht, Karawanenverbindungen mit Timbuktu und Senegal eingeleitet und der französischen Industrie neue Märkte geschaffen. Eine großartige Expedition unter Randon gegen die Stämme Großkabyliens führte in den Feldzügen von 1856 und 1857 zu deren völliger Unterwerfung. Im Jahr 1860 wurde der Marschall Pélissier, der Held von Malakow, zum Generalgouverneur ernannt, nachdem man den Plan eines besondern Ministeriums für Algier nach kurzer Dauer wieder aufgegeben hatte.

Allein wie eifrig immer die französische Regierung ihre zivilisatorische Mission betrieb, wie sehr sie beflissen war durch Mehrung und Organisierung der kolonialen Ansiedelungen, durch Einführung europäischer Bodenerzeugnisse, durch Pflege der Landwirtschaft und Industrie, durch Anstalten für Volksbildung das Kolonialgebiet der Kulturgüter des Mutterlandes teilhaftig zu machen, die aus allen Nationalitäten gemischte Bevölkerung in das französische Staats- und Gesellschaftsleben einzufügen, die spröden Elemente der Eingebornen zeigten wenig Hingebung für die fremden Eindringlinge. Abstammung, Religion, überlieferte Lebensgewohnheit bildeten eine unüberwindliche Scheidewand, so daß die Eroberer das Schwert nie aus der Hand legen konnten, daß in den Oasen und Steppenlandschaften des Südens ein beständiger Kriegsstand waltete, daß die Stammhäuptlinge von muselmanischem Fanatismus aufgestachelt immer wieder zum „heiligen Krieg“ aufriefen, daß mehrere Stämme sich zu gemeinsamen Unternehmungen verbündeten. Und wenn auch kein Stammhaupt mehr zu der Macht und dem Ansehen des Abd el Kader sich aufzuschwingen vermochte, so bereiteten doch die unaufhörlichen Kämpfe und kleinen Kriege den zivilisatorischen Arbeiten unendliche Schwierigkeiten. Das Jahr 1864, in welchem Pélissier starb und MacMahon die Stelle eines Generalgouverneurs antrat, brachte einen der gefährlichsten und verderblichsten Streifzüge. Der mächtige Stamm der Uled-Sidi im Süden von Oran, beleidigt und verletzt, daß ein hochgestellter Araber von der französischen Militärbehörde zu Stockschlägen, der entehrendsten Strafe für einen Freigebornen, verurteilt worden, ergriff die Waffen und machte einen Einfall in das Tell, die Dörfer der Ansiedler und der Kabylen verwüstend und die Ernte des Jahres zerstörend. Nur durch das energische Vorgehen des Generals Deligny wurden die wilden Horden in die Sahara zurückgedrängt und wieder zur Anerkennung der französischen Hoheit gezwungen. Es änderte wenig an der Lage, daß im nächsten Jahr der Kaiser selbst in der Kolonie erschien und durch verheißungsvolle Proklamationen die mohammedanischen Stämme für ein friedfertiges Zusammenleben zu gewinnen suchte; die folgenden Jahre verliefen ebenso unruhig wie die vorhergehenden. Das französische Militärsystem reizte den unbotmäßigen Geist der arabischen Beduinen. Die Karawanenhäuser zwischen Saïda und Geryville wurden von den vereinigten Stämmen unter ihren tapfern Häuptlingen Si-Lala, Si-Hamed Ben Hamza und Sidi-Mohammed Murey-Kersar zerstört, die den Franzosen treu gebliebenen Stämme der ganzen Umgegend ihrer Herden und Früchte beraubt, alles angebaute Land von den kriegerischen Horden verwüstet. Erst nach einem zweijährigen Krieg gelang es dem unternehmenden Oberst Colomb, der seine Streitkräfte zwischen El-Aghuat und Geryville in einem befestigten Lager bei Tadjeruna zusammenhielt, den barbarischen Streifzügen Einhalt zu thun und die Scharen der Araber in die Sahara zurückzutreiben. Die empfindliche Niederlage der Scheichs Si-Hamed und Si-Lala bei Golea hatte zur Folge, daß in der nächsten Zeit die Grenzlande ruhig blieben, so daß bei dem Ausbruch des französisch-deutschen Kriegs die Pariser Regierung einen großen Teil der afrikanischen Armee nach Europa überführen konnte, wo man bald mit Grauen von den Turkos und Zuaven sprach.

Marginalia: Fortdauernder Kriegszustand. — April 1865. — 1867.

Parteien und Parteiführer. Napoleon erfreute sich im eignen Land einer gewissen Volkstümlichkeit, so sehr auch eine feindselige Partei sich in Schmähungen erging gegen „Badinguet“, mit welcher Spottbezeichnung, dem Namen des Maurers, in dessen Kleidung er einst aus Ham entflohen, er häufig belegt wurde. Die Anhänger eines parlamentarischen Staatswesens mit seinen oratorischen Schaustücken vergaßen ihm niemals die blutigen und treulosen Wege, auf denen er zum Kaiserthron aufgestiegen war. Aber das Volk war dem ungewöhnlichen Mann nicht abgeneigt, der bald in träumerische Schlaffheit versunken schien, bald sich mit erregter Beweglichkeit in die politische und militärische Aktion stürzte. Zu Zeiten stumm und mit halbgeschlossenen Augen hinbrütend, dann wieder beredt und voll ritterlichen Anstandes, war er stets eine merkwürdige Erscheinung, der sich das öffentliche Interesse zuwandte, eine Herrschernatur, welche Worte und Haltung in der Gewalt hatte und einiges von dem gebietenden Wesen des Oheims besaß. Aber so sehr sich Napoleons Herrschaft bei dem Volk befestigte, die Zahl seiner erbitterten Gegner blieb dennoch sehr groß. Die Legitimisten beharrten in ihrer Zurückgezogenheit, wenngleich bei der Thatlosigkeit und passiven Natur ihres Hauptes, des kinderlosen Grafen von Chambord (Bordeaux), die Hoffnungen auf eine neue Restauration mehr und mehr sanken. Der Versuch einer Verschmelzung der Legitimisten und Orleanisten (XV, 1, S. 434 f.) hatte auf keiner Seite großen Anklang gefunden; doch haben sich auch nur wenige hervorragende Legitimistenhäupter dem neuen Regiment angeschlossen. Die Beispiele von Laroche-Jacquelein, Mouchy und Pastoret, die in den Senat eintraten, blieben vereinzelte Erscheinungen; die vielgeschäftige Thätigkeit des Grafen Montalembert schweifte in den Fragen der Politik unstät umher, da sein Hauptinteresse den kirchlichen Dingen und der Verbreitung ultramontaner Anschauungen zugewendet war. In dieser Richtung stimmte er mit der Kaiserin Eugenie überein, deren Hingebung für die römisch-katholische Kirche der Papst mit dem Geschenk einer geweihten goldenen Rose belohnte, und auch Napoleon, obwohl in Glaubenssachen so gleichgültig wie sein Oheim, trat doch gern als Schirmherr des römischen Stuhls auf, um dadurch die
3. Jan. 1857. Geistlichkeit und das Landvolk in sein Interesse zu ziehen. Die Ermordung des Erzbischofs Sibour von Paris an heiliger Stätte durch einen mit der Kirchenstrafe belegten Geistlichen, Vergès, war ein Zeichen von der großen Aufregung, welche der religiöse Zelotismus und die Thätigkeit des Jesuitenordens seit der Rückkehr des Papstes in den Vatikan und der Erklärung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis der Gottesmutter in den Gemütern der Franzosen erzeugt hatte. Der Mörder, der sein wahnsinniges Verbrechen mit dem Tod auf dem Schafott büßte, hatte bei seinem Mordanfall ausgerufen: Keine Göttinnen mehr! Selbst Montalembert sah sich noch kurz vor seinem Tod (13. März 1870) in die Opposition gedrängt gegen den wachsenden Einfluß des Jesuitismus und gegen das päpstliche Unfehlbarkeitsdogma. Auf dem Sterbelager raffte er sich zu der Erklärung auf: Allezeit sei er ein Verteidiger der Kirche gewesen, aber nicht in dem

Sinn, daß er, der Bekämpfer der Staatsallmacht, dafür zum Absolutismus der Hierarchie sich bekennen wollte. — Von den Orleanisten hatte sich Guizot in ein litterarisches Stillleben zurückgezogen, in ausführlichen Denkwürdigkeiten die Welt über sich und seine Zeit zu belehren gesucht und sich seinen religiösen „Meditationen" hingegeben, zugleich als Wächter der calvinischen Rechtgläubigkeit den weltlichen Arm gegen die freie Bibelforschung zu Hilfe rufend, und Thiers, durch seine geschichtliche Darstellung des ersten Kaiserreichs der Napoleonischen Familie innerlich mehr befreundet, nahm erst nach mehreren Jahren des Schweigens wieder am öffentlichen Leben teil und ließ in der parlamentarischen Opposition seine Geistesfunken von neuem blitzen, lieferte zugleich aber in seiner Bekämpfung der auswärtigen Politik des Kaisertums den Beweis, wie schwer es selbst dem geistreichsten Staatsmann fällt, in spätern Jahren sich von den Traditionen der Vergangenheit frei zu machen und neuen völkerrechtlichen Anschauungen und Prinzipien gerecht zu werden. Schroffer und verbitterter als die Männer des Prinzips und der Doktrin standen die Republikaner der Napoleonischen Herrschaft gegenüber. Viele hervorragende Politiker, wie Ledru-Rollin und Louis Blanc, wie Viktor Hugo und Quinet, wie Schoelcher und Eugen Sue, wie Charras, Changarnier, Lamoricière verharrten als unbußfertige Widersacher des Imperialismus in der Fremde, in England, Belgien, der Schweiz, einen neuen Umschwung in dem tiefbewegten Land erwartend und jede Amnestie verschmähend, und in Frankreich selbst traten bei manchen Gelegenheiten, wie bei dem Begräbnis des Volksdichters Béranger antibonapartistische Regungen und Gesinnungen zu Tage. 17. Juli 1857.

Aber Napoleon III. war auf seiner Hut: wie sein Oheim suchte auch er sich durch eine weit verzweigte wachsame Polizei zu schützen und setzte sein Vertrauen auf sein schlagfertiges Heer, auf seine stolze Garde, auf seine Generale und Offiziere, welche die bevorzugte Stellung, die er ihnen im Staat und in der Gesellschaft einräumte, mit Treue und Hingebung vergalten. Als Vorstufe zur Ehrenlegion hatte er schon als Prinzpräsident die Militärmedaille gegründet, die für Unteroffiziere und verdiente Soldaten bestimmt dem Empfänger neben der persönlichen Auszeichnung eine Jahresrente von 100 Frank auf Lebenszeit eintrug, und während seiner ganzen Regierung hatte er die Truppen in gute Verfassung zu setzen und sich ihre Liebe und Treue zu erwerben gesucht. Für Nationalgarden, deren Dienstleistungen mehr zur Parade als zum wirklichen Kampf dienten und häufig in militärische Spielerei ausarteten, war die Zeit zu ernst, auch waren die bürgerlichen Kreise, aus denen sie hervorgingen, dem neuen Kaiser zu wenig hold, als daß Napoleon seine Herrschaft und Sicherheit auf sie hätte stützen mögen. Das goldene Zeitalter der Bourgeoisie war mit dem Julikönigtum zu Ende gegangen. Ein mit großer Klugheit entworfenes Vereinsgesetz gab der Regierung die Mittel in die Hand, das Genossenschaftswesen sorgfältig zu überwachen und alle gefährlichen Regungen im Keim zu ersticken; die strengen Maß-

Schutzmaßregeln und Attentate.

regeln gegen die Presse brachten die Stimmen der Opposition zum Schweigen und stellten den Ausdruck der öffentlichen Meinung ganz unter die Obhut des Staats und seiner Organe. Nicht nur, daß durch hohe Kautionen, wie durch vieldeutige Gesetze und Verordnungen die Zeitungen in ihrer Bewegung gehemmt und zu einer vorsichtigen Haltung genötigt wurden, das Gebot, daß jeder Artikel die Unterschrift des Verfassers tragen müsse, legte der Tagespresse schwere Fesseln an. Auch wurde ihr Einfluß und ihre Bedeutung noch durch eine offiziöse Flugschriftenlitteratur gelähmt, worin alle wichtigen Zeitfragen in tendenziösem Sinn behandelt wurden, um die öffentliche Meinung zu bestimmen oder zu erforschen. Dank dieser Politik der Vorsicht und Überwachung wurde der Kaiser weniger von Mordanfällen bedroht als Ludwig Philipp, und von den Volksaufständen, welche die Julíregierung so oft beunruhigt hatten, zeigte sich kaum eine Spur. Zwei ungefährliche Anschläge auf sein Leben, von Pianori und Bellamare im
14. Jan. 1858. April und September 1855, hatten keine Folgen, und auch das Attentat Orsini, von dem wir bei Gelegenheit des italienischen Kriegs hören werden, hatte bei weitem nicht so schreckliche Wirkungen, wie die Höllenmaschine Fieschis. Und doch stand Napoleon an Unerschrockenheit und persönlichem Mut dem Orleans in keiner Weise nach und vermied weniger als dieser die Öffentlichkeit und Gefahr. Die revolutionären Kundgebungen der Verbannten, die geheimen Verschwörungen eines Felix Pyat, eines Caussidière, eines Boichot und andrer politischen Flüchtlinge wurden durch die Wachsamkeit der Polizei ihrer Wirkungen beraubt, und die Strenge der Gerichte unter der Leitung eines Zangiacomi und Genossen schreckte die unruhigen Geister. Pianori starb unter der Guillotine; Bellamare im Irrenhaus. Wenn das Attentat Orsinis und seiner Genossen den Anstoß zum aktiven Vorgehen in Italien gegeben hat, so benutzte Napoleon dasselbe zugleich zu scharfen Zwangsgesetzen in Frankreich selbst: durch die Errichtung von fünf Marschallkreisen und durch die Ernennung des Haudegens Espinasse, der einst bei dem Staatsstreich thätig mitgewirkt hatte, zum Kriegs- und Polizeiminister wurde das ganze Reich unter das Schwert gebeugt; ein strenges Überwachungssystem im Innern und gegen das Ausland hemmte jede freie Bewegung; ein „Sicherheitsgesetz“ bedrohte alle, welche den öffentlichen Frieden störten oder Haß und Verachtung gegen den Kaiser erregten, mit Gefängnis, Ausweisung, Deportation, errichtete einen militärisch-polizeilichen Terrorismus, wie ihn Europa lange nicht gesehen und füllte alles mit Furcht und Zagen. Wir werden bald erfahren, daß darüber beinahe der Freundschaftsbund mit England zerrissen worden wäre. Man nahm es in den Tuilerien dem „treulosen Albion“ sehr übel, daß es allen Verschwörern und Feinden des französischen Herrschers ein schützendes Obdach gewähre. Nur allmählich wurde das System des Kriegs und Schreckens durch Maßregeln der Versöhnung und des Vertrauens gemildert. Doch blieb die freie Meinungsäußerung sowohl in der Tagespresse, als in der Gesetzgebenden Versammlung fortwährend großen Beschränkungen

unterworfen, die Zentralisation, die alle Macht in die Hände des Beamtenstandes legte, leitete und bestimmte das ganze öffentliche Leben und hielt jedes Selbstregiment in Korporationen und Gemeinden nieder. Dem Kaiser gereichte es zum Trost und zur Beruhigung, daß alle Anschläge gegen sein Leben von Fremden ausgegangen, daß kein Franzose sich eines so schwarzen Verbrechens schuldig gemacht. Ein angebliches Attentat auf das Leben Napoleons, das in den ersten Tagen des Jahres 1864 ein Italiener Grecco unter Mitwissen Mazzinis mit drei andern seiner Landsleute geplant haben sollte und das den Angeschuldigten Deportation und Haft zuzog, stellte sich in der Folge als Polizeimanöver heraus.

Die glänzendsten Triumphe feierte Napoleon auf dem Feld der äußern Politik, wie wir in den spätern Blättern erfahren werden. Im innigen Bund mit England trat er als Schützer der Türkei gegen Rußland auf, und wenn auch der zweijährige Krieg an der Niederdonau und in der Krim das französische Reich nicht erweiterte und Rußland nicht aus seiner Stellung als Großmacht drängte, so hatte derselbe doch zur Folge, daß Frankreich auf dem Pariser Friedenskongreß das entscheidende Wort führte, daß die Heilige Allianz in ihren innersten Fäden zerrissen ward und daß sowohl der russische Hof, der dem neuen Kaiser anfangs die fürstliche Anrede: Mein Bruder! verweigerte, als die übrigen europäischen Regierungen sich um Napoleons Gunst und Freundschaft bewarben. Kaiser Nikolaus, der keine Gelegenheit unterlassen hatte, den Souveränen, die durch die Revolution ihre Krone erlangt hatten, seine Abneigung und Geringschätzung zu zeigen, der in ganz Deutschland als der Schirmherr der konservativen und monarchischen Interessen verehrt ward, war als Besiegter aus der Welt geschieden und der Sohn und Nachfolger suchte mit dem Machthaber in den Tuilerien in gutes Einvernehmen zu treten. Eine persönliche Zusammenkunft des französischen Kaisers mit Zar Alexander II. in Stuttgart gab der versöhnten Gesinnung Ausdruck. Einige Jahre später stattete der Zar der französischen Hauptstadt selbst einen Besuch ab. Nun hatte Napoleon den Triumph, in die Reihe der europäischen Herrscher als Ebenbürtiger aufgenommen zu sein. Von noch wichtigeren Folgen für Frankreich und für ganz Europa war Napoleons Einmischung in die Angelegenheiten Italiens. Auch hierbei stand ihm England fördernd und hilfreich zur Seite, wenn auch nicht thatsächlich als Waffengenosse, so doch durch die Zustimmung zu seinem Vorgehen und die Billigung seiner Politik. Zugleich wußte er den Groll Rußlands und die Eifersucht Preußens gegen die österreichische Regierung zu seinem Vorteil zu kehren, wodurch es ihm gelang, den italienischen Krieg zu „lokalisieren“ und Österreich in eine vereinsamte Stellung zu bringen. Durch diese kluge, wenn man will machiavellistische Staatskunst, verbunden mit den Siegen der französischen Waffen im Feld, erreichte Napoleon den Zweck, daß der Einfluß und die Vorherrschaft Österreichs in Italien gebrochen ward, daß sein Bundesgenosse Viktor Emanuel die Lombardei und die Gebiete des mittlern Apenninenlandes gewann und sich schließlich zum König von Italien aufschwang,

Auswärtige Politik.

27. Sept. 1857.

daß Frankreich nicht nur Savoyen und Nizza sich einverleibte, sondern auch als Schutzmacht des neuen Königreichs an Österreichs Stelle trat und zugleich durch seine Besatzungstruppen in Rom das Schicksal der päpstlichen Herrschaft in der Hand hatte.

Die Nachbarstaaten in Unruhe. So sehr sich Napoleon bemühte, seine Regierung als eine „Ära des Friedens" hinzustellen, das Ausland setzte wenig Glauben in diese Parole. Besonders wuchs das Mißtrauen nach der Einverleibung von Savoyen und Nizza. In der Schweiz herrschte eine Aufregung, die eine Zeit lang eine drohende Höhe erreichte; in Belgien, in Holland, in Deutschland fürchtete man die Wiederbelebung der imperialistischen Ideen von den „natürlichen Grenzen"; in England wurde unter den Augen der Königin eine große Musterung der freiwilligen Schützen vorgenommen. Am meisten Ursache zur Besorgnis hatte man in Deutschland. Ist doch die Rheingrenze von jeher ein Lieblingstraum der großen Nation gewesen. Es war kein Geheimnis, daß der französische Herrscher gern die Besitzergreifung Schleswig-Holsteins und andrer deutschen Gebiete durch die Krone Preußen um den Preis einer Abtretung der Rheinlande zugelassen hätte. Schon während des Krimkriegs hatte er bei Gelegenheit seines Besuchs in England in vertraulichem Gespräch mit Prinz Albert die wichtige Äußerung gethan: zur Befestigung seiner Dynastie müsse er dem französischen Reich Belgien und die Rheinlande wieder verschaffen. Dafür wolle er England einen guten Handelsvertrag gewähren und Preußen würde gern zwei Millionen Seelen abtreten, wenn es dafür zehn bis zwölf sich in Deutschland selbst nehmen dürfe. Auf den Gemahl der englischen Königin machte diese verwegene abenteuerliche Politik den widerwärtigsten Eindruck. „Der Kaiser ist als Verschwörer geboren," schrieb er in sein Tagebuch; „von dieser Denkungsweise reißt er sich nicht los, er schmiedet immer Pläne und sucht eben solche Intrigen, wie er sie pflegt, bei andern." Die Beschaffenheit der Bundeskriegsverfassung gab wenig Bürgschaft, daß im Fall eines Kriegs der Sieg sich auf die deutsche Seite neigen würde. Darum sammelten sich im Juni 15.–17. Juni 1860. 1860 viele deutsche Fürsten in Baden-Baden um den Prinzregenten von Preußen, in der Absicht, ihr einmütiges Zusammenstehen für die Sicherheit Deutschlands zu bekräftigen. Aber Napoleon wußte diese Befürchtungen zu zerstreuen, indem er in der Staatszeitung (Moniteur) erklären ließ, des Kaisers einziger Zweck sei, mit den Souveränen, seinen Verbündeten, in Frieden zu leben und alle seine Sorgfalt auf die thätige Entwickelung der Hilfsquellen Frankreichs zu verwenden, worauf er sich selbst zu dem Fürstentag einlud und durch sein Erscheinen jedes Mißtrauen zu verscheuchen suchte.

Liberale Opposition und Milderung der Freiheitsbeschränkungen. So sehr die französische Nation sich geschmeichelt fühlte, daß die kaiserliche Regierung in den großen Weltfragen eine so entscheidende Stimme führte und gleichsam die Wage des politischen Gleichgewichts in der Schwebe hielt: sowenig war sie befriedigt über die verschwenderische Finanzwirtschaft, welche die Kräfte des Reichs übermäßig in Anspruch nahm, so daß sogar die Staats-

waldungen angegriffen werden sollten, und welche immer neue Staatsschulden anhäufte, sowie über die Strenge, womit im Innern die Bewegung der Geister niedergehalten, die Freiheit der Rede und der Presse gezügelt und überwacht, jedes Streben nach einem volkstümlichen Selbstregiment unterdrückt wurde. Lange beschränkte sich die Opposition auf die vielverspottete Fünfzahl, als deren Haupt Jules Favre galt, aber im Jahr 1863 schickte die Hauptstadt zum 1863.
großen Verdruß der Regierung mehrere parlamentarische Berühmtheiten, unter ihnen Thiers und Garnier-Pagès in den Gesetzgebenden Körper. Persigny trat deshalb aus dem Kabinett; allein das System erlitt darum keine Änderung. Der neue Minister Rouher war ein ebenso eifriger Fahnenträger des Bonapartismus, wie der alte Verschwörer von Straßburg. Wenn der Herzog von Morny, der zehn Jahre lang mit Beredsamkeit und Geschick die Verhandlungen † 10. März 1865.
des Gesetzgebenden Körpers leitete, bei seinem Tod dem kaiserlichen Halbbruder die Mahnung gab, die langverheißene „Krönung des Gebäudes" auszuführen, so ist dieser Rat des Sterbenden nur sehr unvollständig erfüllt worden. Noch im Juli Juli 1866.
1866, als schon der deutsche Krieg im Gange war, wurde durch ein Senatskonsult die Freiheit der Presse, die Redefreiheit im Gesetzgebenden Körper und die Wahlfreiheit eingeschränkt, und in dem kaiserlichen Dekret vom 19. Januar 1867, wodurch die Adreßdebatte durch das Interpellationsrecht ersetzt, die Presse unter das Polizeistrafgericht gestellt, die Beschränkungen des Vereinswesens gemildert wurden und jeder Minister gehalten sein sollte, die Angelegenheiten seines Amtskreises selbst vor der Gesetzgebenden Körperschaft zu vertreten, vermochte die Nation nicht das volle Maß ihrer politischen Freiheit zu erblicken.

Während der längern Abwesenheit Napoleons in Algier wurde der Ver- April 1865. Der Kaiser u. die Kaiserin.
such einer Regentschaft unter der Leitung der Kaiserin gemacht, infolge eines Regentschaftsgesetzes, welches nach der Geburt des Kaisersohnes durch ein Senatskonsult eingeführt worden war; aber die unbotmäßige Rede des Prinzen Napoleon bei der Einweihung des Denkmals seines Oheims in Ajaccio konnte als Beweis dienen, welche Schwierigkeiten Frankreich zu erwarten haben würde, wenn eine solche Staatseinrichtung auf die Dauer eintreten müßte. Der Prinz liebte es im Gegensatz zu dem kaiserlichen Absolutismus den demokratischen „Frondeur" zu spielen. Dem Einfluß Eugeniens schrieb man auch die wachsende Gunst zu, welche der kaiserliche Hof der klerikalen Partei zuwendete. Eine strenggläubige Spanierin war sie der römisch-katholischen Kirche und ihrer Priesterschaft eifrig zugethan und bethätigte ihre Devotion sowohl durch ihre Hingebung an den Gebets- und Zeremoniendienst der päpstlichen Religion als durch Handlungen der Werkheiligkeit und christlichen Barmherzigkeit. In dem „Leben Cäsars", das der Kaiser nach gründlichen Studien und Forschungen in seinen Mußestunden ausarbeitete, suchte er dem Napoleonischen Regierungssystem ein Denkmal der Bewunderung zu stiften, eine Apotheose des Cäsarismus, gegen welche sich im Inland und Ausland viele protestierende Stimmen erhoben.

Das Militärwesen. Der große Eifer, mit welchem man im Jahr 1867 die Armeeorganisation vornahm, die Streitmacht durch Ausdehnung der Konskriptionspflicht, Verlängerung der Dienstzeit und Errichtung der mobilen Nationalgarde vermehrte und die Truppen mit einer verbesserten Waffe, den weittragenden, leichten Chassepotgewehren versah, die zuerst in den Kämpfen gegen die Freischaren Garibaldis im römischen Gebiet zum Schutz der weltlichen Besitzungen des Papstes in Anwendung kamen, wurde vielfach als Anzeichen gedeutet, daß die Parole „das Kaisertum ist der Friede“ für die Zukunft außer Geltung gesetzt sei. Durch dieses wohlgerüstete starke Heerwesen unter der Leitung des kampflustigen Marschalls Niel als Kriegsministers nahm Frankreich die Haltung einer Macht an, „die in den Falten ihrer Toga Krieg oder Frieden trägt“.

Okt. 1867.

Die „Krönung des Gebäudes“ und die drohenden kriegerischen Konflikte. 1868.

Nachdem Napoleon durch diese Militärorganisation das Kaisertum in die Lage gesetzt, nach außen die seinem Rang gebührende Stellung zu behaupten, im Innern die feindlichen Elemente niederzuhalten, lenkte er aus Besorgnis vor der wachsenden Opposition und Mißstimmung in freiere Bahnen ein, die zu der verheißenen „Krönung des Gebäudes“ führen sollten. Er gewährte Preßfreiheit mit weitgezogenen Linien gegen Überschreitung und ließ sich selbst durch den schrankenlosen Gebrauch, den die lauten Stimmen der Opposition, wie Rocheforts giftige „Laterne“, von dem neuen Gut machten, nicht zur Verkümmerung des Zugestandenen fortreißen. Nur als am 2. Dezember die Widerstandspartei allzu kühn hervortrat, eine Reihe von Zeitungen Sammlungen zu einem Denkmal für den auf der Barrikade gefallenen Baudin (XV, 1, S. 436) eröffneten, griff die Regierung wieder zu dem alten Mittel gerichtlicher Verfolgungen, mußte aber deshalb scharfen Tadel über sich ergehen lassen. Auch das freie Vereins- und Versammlungsrecht, das seit 1851 geruht, wurde hergestellt und dadurch den alten Demagogen und Sozialdemokraten ein weites Forum zu Angriffen gegen das herrschende System des „persönlichen Regiments“ geöffnet. Die innern Angelegenheiten nahmen die französische Nation so sehr in Anspruch, daß der österreichisch-preußische Krieg sich ohne Frankreichs Einmischung vollzog. Als Thiers am 3. Mai 1866 im Gesetzgebenden Körper die deutschen Einheitsbestrebungen als eine Gefahr für Frankreich hinstellte und verlangte, daß die kaiserliche Regierung auf Grund der Verträge von 1815 Protest dagegen erhebe, ergriff Napoleon die Gelegenheit, um in einer Rede zu Auxerre den merkwürdigen Ausspruch zu thun: „Ich verabscheue die Verträge, auf die man uns jetzt verweisen will.“ Nur vorübergehend wurde die Welt wieder durch Kriegsgerüchte erschreckt, als die französische Ostbahngesellschaft unter Begünstigung der Regierung die Eisenbahn nach Brüssel durch Kauf an sich zu bringen suchte, weil man darin den ersten Schritt zur Einverleibung Belgiens zu erblicken glaubte. Doch wurde der Streit bald auf dem Weg friedlicher Verhandlungen ausgeglichen. Durch die Gewandtheit des belgischen Ministers Frère-Orban wurde die französische Regierung bewogen, von den Ostbahnverträgen gänzlich Umgang zu nehmen und sich mit

2. Dez. 1868.

1869.

einem Betriebsvertrag zu begnügen, der Belgien in keiner Weise zu nahe trat. Doch konnte man allenthalben bemerken, mit welcher Eifersucht die Franzosen auf alles blickten, was von Preußen und dem Norddeutschen Bund ausging; selbst den Plan einer Gotthardbahn, welcher von Deutschland, der Schweiz und Italien ausgeführt werden sollte, suchte das mißtrauische Frankreich zu durchkreuzen.

Als im Frühjahr 1869 die dritte Legislaturperiode zu Ende ging und neue Wahlen zum Gesetzgebenden Körper ausgeschrieben wurden, geriet die französische Nation in eine fieberhafte Aufregung. Man fühlte, daß eine neue Ära im Anbruch sei; der Kaiser selbst ließ sich von dem liberalen Deputierten Ollivier über die Stimmungen und Wünsche des Volks in einer Unterredung berichten. Der Ausfall der Wahlen in den größern Städten, insbesondere in Paris, wo mehrere „Unversöhnliche", Radikale und Republikaner, über die Männer konstitutioneller Freiheit den Sieg davon trugen, machte den Kaiser betroffen, und es fehlte nicht an solchen, die einen neuen Staatsstreich erwarteten oder anrieten. Aber Napoleon blieb fest. Als im Juli die neuen Abgeordneten zu einer kurzen Session zusammentraten, um die Wahlen zu prüfen, und 116 derselben in einer Interpellation Verantwortlichkeit der Minister und freie parlamentarische Bewegung mit dem Recht selbständiger Anregung für den Gesetzgebenden Körper verlangten, gab er einen zustimmenden Bescheid und vertagte die Sitzungen, bis der Senat die beabsichtigten Gewährungen geprüft und beraten haben würde. Zwar erregte die unerwartete und etwas formlose Vertagung einige Mißstimmung, die noch wuchs, als der anfangs bestimmte Termin des Wiederzusammentritts um einige Wochen hinausgerückt wurde; allein die Entlassung des Staatsministers Rouher, des gewandten Verfechters des Absolutismus, den man als den Vizekaiser zu bezeichnen pflegte, bewies, daß es Napoleon Ernst sei mit den Reformen. Er billigte sogar die so stark angefochtene Rede des Prinzen Napoleon im Senat, welche nur in dem aufrichtigen Eintreten in das konstitutionelle Staatsleben den sichern Bestand des Kaisertums erkennen wollte.

Wachsende Opposition. Frühjahr 1869. — *Juli 1869.*

Nach einigen unruhigen Monaten, während welcher der Tod des Marschalls Niel neue Veränderungen im Kabinett herbeiführte, der leidende Zustand des Kaisers große Besorgnisse weckte und die Nachwahlen in Paris starke Aufregungen erzeugten, eröffnete Napoleon den Gesetzgebenden Körper mit einer Thronrede, worin er in folgenden Worten Ziel und Aufgabe seiner künftigen Politik bezeichnete: „Frankreich will die Freiheit, aber mit der Ordnung. Für die Ordnung stehe ich ein; helfen Sie mir, meine Herren, die Freiheit schützen. Halten wir uns, um dieses Ziel zu erreichen, in gleicher Entfernung von Rückschritt und von den revolutionären Theorien. Zwischen denen, welche alles ohne Veränderung zu erhalten streben, und denen, welche alles umzustürzen trachten, läßt sich ein rühmlicher Standpunkt einnehmen." Ein neues Ministerium unter der Leitung Emil Olliviers sollte dieses Programm durchführen und ein parlamentarisches

Die neue Ära. — *29. Nov.* — *2. Jan. 1870.*

Regiment anstatt des bisherigen persönlichen begründen. Der Kaiser schien aufrichtig in das neue System einzugehen; verglich er sich doch selbst einem müden Wanderer, der einen Teil seines Reisegepäcks ablege. Unter den Präfekten und Beamten wurde bedeutend aufgeräumt, selbst Haußmann, der mächtige Seinepräfekt, mußte der öffentlichen Stimme weichen, wie ungern ihm auch sein kaiserlicher Herr den Abschied gab. Dem Senat wurde jetzt der Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt, welcher verantwortliche Minister, Erteilung des Rechts zu Gesetzesvorschlägen, Interpellationen, Annahme von Petitionen an den Gesetzgebenden Körper, kurz Ersetzung des persönlichen durch ein konstitutionelles Regiment verhieß. Der Kaiser aber behielt sich das Recht der Appellation an das Volk zu jeder Zeit vor und machte von diesem Recht alsbald Gebrauch, 20. April 1870. indem die neue Verfassung, nachdem sie vom Senat einstimmig angenommen worden, nicht dem Gesetzgebenden Körper vorgelegt, sondern einem Plebiszit unterworfen wurde.

Peter Bonaparte und Rochefort. Sehr zur unrechten Zeit für den Kaiser kam ein Vorfall in der napoleonischen Familie. Peter Bonaparte, Lucians Sohn, ein heftiger, leidenschaftlicher Mann, geriet mit einigen Journalisten wegen persönlicher Angriffe auf ihn und seine 10. Jan. 1870. Familie in Streit, und als zwei Mitarbeiter von Rocheforts Blatt Marseillaise bewaffnet in seine Wohnung traten, um ihn zur Rede zu stellen, schoß er den einen derselben, Viktor Noir, nieder. Die Republikaner suchten bei Gelegenheit der Beerdigung einen Massenaufstand zu erregen, aber die Bewegung wurde im Entstehen durch Polizei und Militär unterdrückt. Rochefort wurde mit Zustimmung des Gesetzgebenden Körpers, dessen Mitglied er war, wegen hochverräte- 22. Jan. rischer Umtriebe gerichtlich verfolgt und zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt. Peter Bonaparte stellte sich selbst in Haft, wurde aber am 27. März durch einen außerordentlichen Gerichtshof in Tours freigesprochen, weil er sich im Zustand der Notwehr befunden. Die Republikaner benutzten den Wahrspruch der Geschwornen als Beweis, daß es gegen die Verwandten des Kaisers keine Gerechtigkeit gebe. Der Gerichtshof legte dem Prinzen eine Entschädigungsstrafe von 25,000 Frank an den Vater des Getöteten auf und Napoleon veranlaßte ihn einige Zeit nachher, Frankreich zu verlassen. Der Professor Tardieu, der zu gunsten des Prinzen gezeugt hatte, wurde von den Studenten in seinem Auditorium beschimpft.

Neues Plebiszit. Um die Opposition, die bei dieser Gelegenheit sehr scharf sich äußerte, niederzuhalten, die Volkssouveränität, die er stets so gern als seinen Rechtstitel zum Regieren betonte, aufs neue hervortreten zu lassen, sich in den Massen eine Stütze gegen das Treiben der Parteien in der Kammer zu schaffen, beschloß der Kaiser, die parlamentarische Verfassung durch eine allgemeine Volksabstimmung, ein Plebiszit, bestätigen zu lassen. Zu dem Zweck erhielt jeder wahlberechtigte Franzose einen kaiserlichen Brief mit der Frage: Billigt das französische Volk die liberalen Reformen, die seit 1860 von dem Kaiser unter Mitwirkung der

großen Staatskörperschaften an der Verfassung vorgenommen worden sind, und genehmigt es das Senatskonsult vom 20. April 1870? Nach einer großen Aufregung und Wahlbewegung, während welcher die Regierungsbehörden einen brennenden Eifer in der Bewerbung für Ja-Stimmen entfalteten und hervorhoben, daß dadurch die Freiheit und der Friede für die Zukunft gesichert sei, erfolgte das Ergebnis, daß am 8. Mai gegen siebenunddeinehalbe Million Wähler 8. Mai 1870.
mit Ja stimmten, somit dem kaiserlichen Regiment ein glänzendes Vertrauensvotum erteilten, während nur einunddeinehalbe Million mit Nein stimmten. Daß in mehreren der größern Städte die Opposition in der Mehrheit war und in der Armee über 45,000, in der Marine 6,000 Nein abgegeben wurden, dämpfte wohl die Freude, war aber nicht vermögend, die Bedeutung des Plebiszits für die Befestigung der bestehenden Ordnung herabzusetzen. Als eine Deputation des Gesetzgebenden Körpers, den Präsidenten Schneider an der Spitze, dem Kaiser 21. Mai.
im großen Saal des Louvre das Ergebnis der Abstimmung beglückwünschend mitteilte, sprach Napoleon seinen Dank aus für das Vertrauen, das die Nation ihm nun zum viertenmal in so glänzender Weise dargebracht. Ein neues festes Band schien damit um Thron und Volk geschlungen; zumal als im nächsten Monat die Wahl der Generalräte in den Departements im Sinn des Kaisertums ausfiel und gewissermaßen das Plebiszit ergänzte; aber es war eine Sinnentäuschung, die bald schrecklich zerrinnen sollte, es war die abspannende Windstille vor dem nahenden Sturm.

b. Das Staatsleben Englands.

Die englische Regierung blickte nicht ohne Sorge auf die Wiederherstellung Englands Stellung zu Frankreich.
der Bonaparteschen Dynastie mit ihren Traditionen. Man beschloß zunächst, sich neutral und zuwartend zu verhalten: als Lord Palmerston im Widerspruch zu diesem Prinzip sich allzu rasch für Napoleon aussprach und dadurch den Staatsstreich zu billigen schien, ließ ihm die Königin durch Lord John Russell das Febr. 1852.
Siegel des auswärtigen Amts abfordern und in die Hände Lord Granvilles legen. Doch bald lenkte die Regierung wieder in freundschaftliche Richtung ein, namentlich als in dem neuen Toryministerium unter Lord Derbys Vorsitz Lord Malmesbury, ein persönlicher Freund Napoleons, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Die Londoner Regierung erkannte das französische Oberhaupt an, glaubte aber doch auf ihrer Hut sein, große Vorsicht und Wachsamkeit beobachten zu müssen. Sie unterließ daher nicht, über den Werken des Friedens, denen sie fortwährend ihr Hauptaugenmerk zuwandte, wie die großartige Ausstellung der Weltindustrie im Sommer 1851, die Beförderung des Handels und Verkehrs durch Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle, durch unterseeische Telegraphenverbindungen und dergleichen mehr kund thaten, auch die Wehrkraft des Landes und Volks zu heben. Sie verstärkte die Kriegsflotte, sie setzte die

Seehäfen und Küstenbefestigungen in Verteidigungszustand, sie mehrte die Heeresmacht, erleichterte die Anwerbung fremder Kriegsmannschaft und traf Vorkehrungen zur Errichtung einer Landwehr. Und allerdings war Ursache zu dieser Vorsicht und Wachsamkeit vorhanden. Denn sowohl in Frankreich als auf dem übrigen Festland trat eine gereizte Stimmung gegen England zu Tage, als aus allen Ländern politische Flüchtlinge und Verbannte in dem Inselreich eine sichere Zuflucht fanden und, geschützt durch das Asylrecht, der Revolutionspartei in den europäischen Staaten Vorschub leisteten. Durch Klugheit und Mäßigung beschwichtigte jedoch die Regierung das Ausland, ohne das Asylrecht zu beschränken; und da die orientalischen Verwickelungen zwischen Rußland und der Türkei, die wir alsbald kennen lernen werden, die Blicke Europas auf andre Dinge richteten und Englands Mitwirkung zur Bekämpfung der russischen Herrschgier und Eroberungssucht nicht entbehrt werden konnte, so wurde das gute Einvernehmen zwischen dem Inselreich und den Kontinentalmächten bald wieder hergestellt; ja die Regierungen von Frankreich und England traten in ein enges Bundesverhältnis, das, durch wiederholte persönliche Zusammenkünfte der herrschenden Häupter befestigt, während des russischen und italienischen Kriegs ungestört fortbestand. Das auf britischem Boden entworfene und vorbereitete Attentat Orsinis war nicht vermögend, das Freundschaftsbündnis zu zerreißen, wenn auch eine vorübergehende Trübung entstand, die sich in gereizten Erklärungen Luft machte. Der Versuch Palmerstons, der bald wieder in das Kabinett getreten war, durch Einführung strengerer Strafbestimmungen über Teilnahme an Mordthaten die Franzosen zu beruhigen, erregte bei Volk und Parlament lauten Unwillen, so daß abermals ein Ministerwechsel eintrat. Erst als auf eine Anfrage des neuen Ministeriums aus Paris die Erklärung erfolgte, der Kaiser verlange nichts, was mit der Ehre Englands unvereinbar sei, und hege zu der freundlichen Gesinnung der britischen Nation volles Vertrauen, ward das alte Verhältnis wieder hergestellt. Auch später führte die Weigerung Englands, an dem von Napoleon vorgeschlagenen Kongreß zur Herstellung des europäischen Friedens und Völkerrechts auf neuen Grundlagen teilzunehmen, eine Entfremdung herbei, ohne jedoch eine feindliche Stellung beider Staaten zu erzeugen. Palmerston trat schon im folgenden Jahr nach seinem Rücktritt aufs neue an die Spitze des Ministeriums.

Febr. 1858. Juni 1859.

Charakter der englischen Politik.

Die Engländer hatten alle Ursache, mit Frankreich in gutem Einvernehmen zu bleiben, da sie durch Übermut, Herrschsucht und Eigennutz sich in allen Erdteilen heftige Feindschaften bereitet hatten. Man muß rühmend anerkennen, daß die englische Nation in ihrem innern Staatsleben auch in neuerer Zeit hochherzige und freisinnige Ideen verfolgte, daß alle Ministerien, mochten sie, wie Lord Stanley (Graf Derby), Malmesbury, Disraeli in den Jahren 1852 und 1858, den Grundsätzen der Tories huldigen, oder wie Lord Palmerston, John Russell u. a. der Partei der Whigs angehören, oder wie im Jahr 1853 unter Lord Aberdeen

und Gladstone aus einer Koalition beider Parteien zusammengesetzt sein, auf der Höhe ihrer Zeit standen; man muß es preisen, daß die Regierung Großbritanniens vor allem die Herrschaft des Gesetzes anerkannte und feststellte; daß sie aus allen Kräften an der Unterdrückung des Sklavenhandels arbeitete; daß sie dem Versuch Napoleons, durch Einführung sogenannter freier Neger nach den französischen Kolonien der Sklaverei unter einer andern Form wieder Eingang zu verschaffen, entschieden entgegentrat; daß sie eine zeitgemäße Reform des Seerechts zuließ, indem sie den Grundsatz annahm, daß auch in Kriegszeiten die neutrale Flagge jede Ware, Waffen und Kriegsbedarf ausgenommen, decke und schütze; daß dem Unterhaus die Befugnis eingeräumt ward, in dem Parlamentsschwur die Worte: „auf den Eid eines wahren Christen" ausfallen zu lassen und damit den Eintritt der Juden in die höchste Reichsversammlung zu ermöglichen; daß Vereine zu wissenschaftlichen und humanen Zwecken auf alle Weise gefördert wurden. Aber ebensowenig läßt sich leugnen, daß England in der äußern Politik oft einen einseitigen Standpunkt festhielt, daß die Regierung häufig in kleinlichen, einer Großmacht unwürdigen Zänkereien ihren Einfluß verzettelte, daß materielle Vorteile und Handelsinteressen großartige politische Anschauungen zurückdrängten, daß nationale Vorurteile den Blick oft trübten, daß nicht selten dieselben Erscheinungen nach einem ungleichen Maßstab beurteilt wurden, je nachdem sie bei einer starken oder schwachen Nation zu Tage kamen.

In Europa erzeugte die brutale Art, in der die Regierung zuerst in dem Englands Haltung
schwachen Griechenland, dann in dem zerrütteten Königreich Neapel die Entschä- nach außen.
digungsansprüche englischer Unterthanen geltend machte und durchsetzte, großes Mißfallen. Als ein englisches Geschwader Athen blockiert hielt und alle griechi-
schen Schiffe wegfing, mußte die hellenische Regierung einwilligen, die Forderung März 1850.
des unter britischem Schutz stehenden portugiesischen Juden Pacifico zu berichtigen. Auch in der Folge wurde das Königreich Griechenland von der englischen Regierung mit Mißtrauen und Ungunst behandelt, solange König Otto, dem sie größere Hinneigung für Rußland und Frankreich schuld gab, auf dem Thron saß, und die unzufriedene aufgeregte Stimmung des Volks gegen die deutsche Herrscherfamilie genährt. Als die ionische Republik der sieben Inseln, Englands Schutzbefohlene, in ihrer Antwort auf die Botschaft des Lord-Oberkommissars
bei Eröffnung des Parlaments in Korfu ihre Unabhängigkeit verlangte und auf 12. März 1861.
Vereinigung mit Griechenland drang, wies die englische Regierung, im Widerspruch mit den in Italien kund gegebenen Grundsätzen, das Begehren zurück und vertagte die Versammlung. Erst als an der Stelle des vertriebenen Königs Otto ein dänischer Prinz, der Bruder der Prinzessin von Wales, als König Georg I.
den Thron in Athen eingenommen, willigte England in die Vereinigung der Nov. 1863.
Ionischen Inseln mit dem griechischen Königreich und entließ sie aus der bisherigen Schutzherrschaft. — Mit den Vereinsstaaten Nordamerikas nahmen die Verwickelungen und Streitigkeiten kein Ende und erreichten bisweilen einen Grad

der Erbitterung, daß mehrmals der Ausbruch eines neuen Kriegs in Sicht war, eines Kriegs, der bei der Stammverwandtschaft, bei der herrschenden Rivalität und bei den gleichen Interessen und Lebensrichtungen beider Nationen einen leidenschaftlichen Charakter hätte annehmen müssen. Auch das auffallende Verfahren, welches die englische Regierung in dem deutsch-dänischen Streit wegen der Herzogtümer Schleswig-Holstein eingeschlagen, indem sie zuerst versuchte durch Drohnoten und unhöfliche Schriftstücke die Deutschen einzuschüchtern und schließlich die Dänen im Stich ließ und sie in ihren Hoffnungen täuschte, hat auf Freund und Feind einen peinlichen Eindruck gemacht. Doch wurden diese und andre Mißhelligkeiten nach einigen scharfen Noten und gereizten Erklärungen am Ende ohne Blutvergießen ausgeglichen oder beigelegt; dagegen erzeugten in Ostindien die Rücksichtslosigkeiten, die Ungerechtigkeiten und die mangelhafte Ausführung geschlossener Verträge von seiten englischer Beamten und Militärpersonen einen Nationalkrieg, welcher das anglo-indische Reich im tiefsten erschütterte und unmenschliche Greuel im Gefolge hatte. Indessen diente die Empörung auch wieder zur Verherrlichung Englands und zur Befestigung seiner Macht. Die Tapferkeit und heldenmütige Haltung der europäischen Heere gab ein glänzendes Zeugnis von ihrer Überlegenheit, und die Unterwerfung des indobritischen Reichs unter die unmittelbare Herrschaft der Königin und ihrer Regierung begründete eine neue Ära in dem öffentlichen Leben Ostindiens. Einige Jahre nachher wurde das englische Volk durch die Nachricht von einer Negerverschwörung auf der Insel Jamaika erschreckt. Durch das rasche energische Einschreiten des Statthalters Eyre und der weißen Pflanzer wurde die Bewegung bald unterdrückt und die bisherige selbständige Verwaltung durch eine neue Verfassung wesentlich eingeschränkt. Dabei kamen aber solche Grausamkeiten und so unmenschliche Strenge zu Tage, daß die öffentliche Meinung eine Untersuchung verlangte und die Regierung sich veranlaßt sah, den Gouverneur des Amts zu entheben und vor Gericht zu stellen. Seine Freisprechung vermochte nicht den öffentlichen Unwillen zu beschwichtigen.

1865.

England und Irland.

Die gewissenhafte Treue, womit die Königin Viktoria in England dem parlamentarischen Regiment und der Herrschaft des Gesetzes freien Lauf ließ, vereinigte Krone und Volk durch das Band des Vertrauens und der Liebe. Mochte die Königin auch mitunter in den Gang der öffentlichen Dinge mehr eingreifen, als die Minister mit dem herkömmlichen Konstitutionalismus für vereinbar hielten, so überwand ihr taktvolles, vorsichtiges und wachsames Benehmen bald wieder alle Bedenken. Nur in Irland, das stets ein Pfahl im Fleische Englands bleibt, regten sich die nationalen Gegensätze aufs neue, als die in Amerika entstandene Fenierverbindung durch Sendlinge in die alte Heimat die Bewohner des „grünen Eilandes“ zu einem Geheimbund, zum Zweck der Gründung einer irischen Republik, sammelte und zum Aufstand wider das herrschende England reizte, so daß sich die Regierung genötigt sah, mit Verhaftungen

einzuschreiten und durch Aufhebung der Habeaskorpusakte das Kriegsrecht in einigen Bezirken einzuführen. Der Hauptanstifter Stephens wurde verhaftet, entkam aber aus dem Kerker in Dublin. Seitdem hielten Verschwörungen, Brandlegungen, mörderische Überfälle das englische Volk in steter Aufregung und riefen zahlreiche Gerichtsverfolgungen und polizeiliche Ausnahmsmaßregeln ins Leben. Der Versuch der Fenier, durch eine Explosion die Mauer des Clerken- 13. Dez. 1867.
weller Gefängnisses zu sprengen, wobei viele Menschen getötet und verstümmelt wurden, verbreitete solchen Schrecken, daß sich 40,000 außerordentliche Schutzmänner einschwören ließen. Immer entscheidender drängte sich die irische Frage in den Vordergrund und verlangte nach eingreifenden Reformen. Das Tory-kabinett Derby-Disraeli, welches einer mächtigen volkstümlichen Agitation nachgebend eine neue Parlamentsreform durchführte, kraft deren der Zensus für die Wähler in den Grafschaften von 50 auf 15 Pfd. St. herabgesetzt, in den städti- Gesetz vom 15. Aug. 1867.
schen Wahlbezirken das Wahlrecht allen „Haushaltern" eingeräumt, die Zahl der Vertreter für die kleinern Städte vermindert, für die großen erhöht wurde, erlitt bei den neuen vorzugsweise durch die irische Frage beherrschten Wahlen eine Nov. 1868.
Niederlage, worauf der Führer der Liberalen, Gladstone, ein neues Ministerium bildete. An einen der wundesten Punkte wurde jetzt die heilende Hand angelegt. Entsprechend den berühmten „drei Resolutionen", für welche Gladstone schon einige Monate vorher als Führer der Whigs die Zustimmung des Parlaments erlangt hatte, wurde jetzt ein Gesetz erlassen, welches die anglikanische 26. Juli 1869.
Kirche als Staatskirche in Irland aufhob. Allein auch nach diesem Gesetz blieb die anglikanische Kirche im Besitz eines großen Teils des irischen Kirchenvermögens und die Hoffnungen auf Versöhnung der Gemüter wurden nur sehr unvollständig erfüllt. Auch die Versuche einer Reform der Agrargesetzgebung, welche zwischen Gutsherren und Pächtern billigere Rechtsverhältnisse begründen und durch Zuschüsse oder Darlehen von seiten des Staats die Pächter instandsetzen sollte, das Pachtgut in Grundeigentum zu verwandeln, waren zu wenig durchgreifend und entschieden, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Ein harter Schlag für das Gemüt der Königin war der Tod ihres Ehe- Todesfälle.
gemahls, des Prinzen Albert, der stets einen versöhnenden und heilsamen Ein- † 14. Dez. 1861.
fluß auf die öffentlichen Angelegenheiten wie am Königshof geübt hatte. Viktoria fühlte sich durch das herbe Geschick so gebrochen und gebeugt, daß sie sich lange Zeit allen Geschäften ihres hohen Amts entzog; und als vier Jahre nachher auch des Prinzen Oheim, König Leopold von Belgien, der mit so innigen Banden † 10. Dez. 1865.
an das englische Königshaus geknüpft war, zu Grabe ging, wurde ihr Schmerz von neuem geweckt. Sie versenkte sich mehr und mehr mit ihrem Geist in die Tage der Vergangenheit, die sie mit ihrem Gemahl verlebt hatte, und die ungemeine Verbreitung und liebevolle Aufnahme, welche die von ihr verfaßten „Blätter aus dem Tagebuch über unser Leben in den Hochlanden" allenthalben gefunden haben, konnte als Beweis der Teilnahme und Hochachtung der Nation für das Herrscher-

paar gelten. Die ausführliche Biographie des Prinzen, die Theodor Martin aus den zuverlässigsten Quellen zusammengestellt hat, ist ein würdiges Denkmal von der edlen, hochherzigen und liberalen Gesinnung, sowie von dem trefflichen Charakter und politischen Verstand des deutschen Fürsten an der Seite des englischen Thrones. „An die Spitze der stolzesten Aristokratie der Welt gestellt, hatte er es verstanden, ihren Argwohn gegen den Fremdling, gegen den kleinen deutschen Fürsten, der oft genug und unverhohlen zu Tage getreten war, zu verscheuchen und durch die Kraft seines Verstands, durch die Bereitwilligkeit, philanthropische, künstlerische und wissenschaftliche Anstalten allenthalben zu unterstützen, wirklich die Stellung zu erringen, die ihm durch seinen Lebensgang angewiesen war: der erste Gentleman in seinem Reich zu sein.“ Eine große Geschäftsgewandtheit, ein rasches Verständnis der verschiedenartigsten Dinge und unermüdlicher Fleiß setzten ihn in stand, seinen Beruf vollkommen auszufüllen. Auch der Tod des
† 18. Okt. 1865. großen Staatsmannes Palmerston, dessen geschickte Hand so oft das Staatsschiff durch Stürme und schwierige Lagen geführt, und der durch sein freundschaftliches Verhältnis zu Napoleon besonders geeignet war, das Bündnis zwischen beiden Staaten zu erhalten, war ein großer Verlust für das britische Inselreich, zumal in dem Augenblick, da die Frage über Weiterführung der Parlamentsreform die Parteien heftig aufregte und in das bewegte politische Leben einen mächtigen Zündstoff schleuderte. Das gewaltige Ansehen des greisen Staatsmannes hatte vielfach sowohl im öffentlichen Leben Englands als in den europäischen Verwickelungen eine versöhnende Wirkung ausgeübt.

Abessinien. Einen großen Triumph feierte die englische Nation durch die rasche Beendigung eines Feldzugs nach Abessinien, jenem äthiopisch-nubischen Reich, welches, obschon größtenteils äußerlich dem Christentum anhängend, sich doch nur wenig aus dem Zustand der Barbarei emporgearbeitet hatte. Als der begabte, reformlustige, aber grausame und tyrannische König (Negus) Theodoros, der sich von niedrigem Stand zum Beherrscher des schönen afrikanischen Alpenlandes emporgeschwungen und von Stolz und Ehrgeiz getrieben die Aufrichtung eines großen äthiopischen Reichs anstrebte, einige Missionare und andre englische Staatsangehörige, ja die diplomatischen Vertreter Großbritanniens ins Gefängnis warf und alle Verwendung der Londoner Regierung hartnäckig zurückwies, wurde unter der Führung Sir Robert Napiers eine bewaffnete Expedition nach dem Roten Meer abgeschickt, welche nach einem kurzen Krieg der nationalen Ehre und dem europäischen Völkerrecht volle Genugthuung verschaffte. Bei der
13. April 1868. Erstürmung der Festung Magdala fand König Theodoros bei der Verteidigung seinen Tod durch Selbstmord. Seine Söhne wurden unter englische Aufsicht gestellt, die Gefangenen in Freiheit gesetzt. Es war ein neuer Sieg der Kultur und geistigen Überlegenheit Europas über Barbarei und rohe Naturkraft. In Abessinien folgte eine Zeit innerer Wirren und Kämpfe. Im Jahr 1872
1872. wurde Fürst Kassai von Tigre, ein tüchtiger Feldherr, seiner Nebenbuhler Herr

und ließ sich als König Johannes zum Negus krönen. Ein ägyptisches Heer unter dem Gouverneur Munzinger, welches die nördlichen Provinzen erobern wollte, wurde geschlagen, der General selbst fand den Tod; auch der König Me- 1875.
nelik von Schoa unterwarf sich dem Negus Johannes.

2. Die orientalischen Wirren und der Krimkrieg.

a. Lage und Zustände.

Rußlands Machtstellung und Ausdehnungspolitik.

Die Revolution hatte auf ihrem Zug durch Europa die Grenzen des russischen Reichs nicht berührt; selbst das polnische Volk, sonst bereit, jede Gelegenheit zu seiner Befreiung mit Begierde zu ergreifen, hatte sich in stummer Hingebung unter den Herrscherwillen des strengen Gebieters in Petersburg gefügt; Österreich hatte seine Hilfe in Ungarn angerufen; Preußen war von jeher sein treuer Bundesgenosse; die deutschen Fürstenhöfe betrachteten den Kaiser Nikolaus als den starken Schutzherrn monarchischer Machtherrschaft; die Völker waren niedergeworfen und mutlos, die öffentliche Meinung zum Schweigen gezwungen, die Partei des Rückschritts in Ehren und Ansehen. Bei dieser Lage der Dinge war es erklärlich, daß Nikolaus, „der Selbstherrscher aller Reußen", den Gedanken fassen konnte, den kühnen Eroberungsgang Katharinas II. zu wiederholen, im Süden seines Reichs eine russische Hegemonie aufzurichten, die Fürstentümer an der Donau in ein engeres Schutz- und Abhängigkeitsverhältnis zu bringen und die Herrschaft der Osmanen auf Asien zu beschränken. Das türkische Reich war in einem zerrütteten Zustand; der Zar selbst nannte es in einem vertraulichen Gespräch einen „kranken Mann"; eine Teilung schien leichter zu bewerkstelligen, als dereinst in Polen, wenn einige Großmächte sich verständigten. Von dem neuen französischen Kaisertum, das im eignen Land mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen hatte, glaubte Nikolaus keinen Widerstand befürchten zu müssen; Österreich hatte er in dessen Todeskampf geschützt, Preußen von jeher „liebreich in Zucht genommen" und in Abhängigkeit und Ergebenheit zu halten gewußt. So war denn England die einzige Großmacht, die dem Zaren in den Weg treten konnte. Diese in sein Interesse zu ziehen, war daher sein eifrigstes Bemühen. Er gab dem britischen Gesandten in Petersburg, Lord Seymour, deutlich zu verstehen, daß England als Preis seines Bündnisses Ägypten und Kandia gewinnen könnte. Allein das kluge Inselvolk ließ sich durch die lockende Aussicht nicht blenden; der Fortbestand der Türkei schien ihm für das Gleichgewicht Europas eine notwendige Bedingung; mit dem Besitz Konstantinopels wäre der levantische Handel ausschließlich in die Hände der Russen gekommen; eine Machtvergrößerung, wie sie Rußland durch die Eroberung der Donauländer erlangt hätte, bedrohte die Sicherheit und Selbständigkeit aller übrigen Staaten; auch mochte sich in der Brust einiger leitenden Häupter, besonders der Königin Viktoria und

ihres edlen Gemahls, des Prinzen Albert, ein Gefühl der Billigkeit und Gerechtigkeit regen gegen einen Staat, der von jeher große Hingebung gegen England an den Tag gelegt hatte.

Kaiser Nikolaus und die Christen in der Türkei.

Dennoch beharrte der Zar auf seinem Vorhaben. Bei dem Mißtrauen der europäischen Fürsten gegen das neue französische Kaisertum mochte er eine Allianz der Westmächte nicht für wahrscheinlich halten und auf Preußen und Österreich glaubte er sicher rechnen zu können. Der energievolle österreichische Minister Schwarzenberg, welcher einst geäußert hatte, er werde die Welt durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen, war im Jahr 1852 aus dem Leben geschieden, und in Berlin ging sowohl der Hof als die „kleine aber mächtige Partei", welche die „Kreuzzeitung" als ihr Organ benutzte, mit Rußland Hand in Hand. Was aber vor allem den Zaren mit Vertrauen erfüllte, war der große Zwiespalt zwischen der mohammedanischen und christlichen Bevölkerung im türkischen Reich und die Ergebenheit der Bekenner des griechischen Glaubens, die ihn als ihren Schirmherrn verehrten. Zwar hatte sich die türkische Regierung gegen die christlichen Unterthanen keiner religiösen Bedrückungen schuldig gemacht; Christen aller Konfessionen durften ungestört ihres Glaubens leben, wenn sie nur die Kopfsteuer entrichteten; in den der Donau benachbarten Landschaften bildeten die Christen die Mehrzahl der Bewohner; in Konstantinopel und in andern Städten wohnten sie in besondern Quartieren. Aber das schwache Regiment des Großsultans war nicht immer vermögend, dem Fanatismus der Mohammedaner in den entlegeneren Provinzen Einhalt zu thun; die Christen wurden manchmal überfallen, beraubt, mißhandelt, getötet. Nun bestanden alte Verträge, die dem russischen Kaiser ein gewisses Schutzrecht über die Christen griechischen Bekenntnisses einräumten, und Nikolaus, seiner Kirche eifrig zugethan und ihre Verbreitung als seine heiligste Regentenpflicht erachtend, ließ keine Gelegenheit vorübergehen, kraft dieser in unbestimmten, vieldeutigen Ausdrücken abgefaßten Festsetzungen, namentlich in dem Friedensvertrag von Kütschük Kainardschi (XIII, 531), sich in die religiösen Streitigkeiten des türkischen Reichs einzumischen. Russische Agenten und Parteigänger suchten die Schutz- und Glaubensgenossen immer enger an das Moskowiterreich zu fesseln, und in Konstantinopel führte der russische Botschafter eine Sprache, als ob der Zar der rechtmäßige und anerkannte Protektor der griechischen Christenheit des Orients wäre.

Das Schutzrecht über die heiligen Stätten.

Durch diesen mächtigen Schutz erlangten die Christen griechischer Konfession nicht nur eine gesichertere Stellung gegenüber den Moslems, sie betrachteten sich auch als die allein berechtigten Besitzer der Pilgerstätten in Palästina, insonderheit des Heiligen Grabes in Jerusalem und der Kirche in Bethlehem, und wollten die Wallfahrer römisch-katholischen Glaubens von den geweihten Orten ausschließen oder doch nur unter Bedingungen zulassen, die sie nicht als Gleichberechtigte erscheinen ließen. Oft war die Heilige Grabkapelle der Schauplatz blutiger Händel zwischen den Bekennern der morgenländischen und der abendländischen Kirche.

Nun besaß Frankreich seit dem Jahr 1740 ein ähnliches Schutzrecht über die römisch-katholischen Glaubensgenossen Palästinas, wie Rußland über die griechischen. Da aber die Zahl der griechischen Pilger viel größer war und die französische Regierung und Nation sich nur selten in der Lage und Stimmung befand, um die pilgernden Mönche im Heiligen Land sich zu kümmern, so hatten die griechischen Glaubensgenossen durch die mächtige Hilfe und Fürsprache Rußlands wie durch die Schwäche der Pforte, die durch diplomatische Winkelzüge die Streitfrage zu umgehen suchte, die Oberhand erlangt. Dieses thatsächliche Verhältnis suchte nunmehr Nikolaus zu einem rechtlichen und gesetzlichen zu erheben, um als Protektor aller Christen im Türkenreich auftreten und jederzeit sich in die innern Angelegenheiten desselben einmischen zu können. Eine solche Stellung, welche dem Sultan die Herrschaft über seine christlichen Unterthanen entzogen und ihn auch in den Augen der Mohammedaner herabgewürdigt haben würde, wäre der erste Schritt zur Auflösung des Osmanenreichs gewesen. Es waren gerade vier Jahrhunderte verflossen, seit Mohammed II. dem byzantinischen Reich ein Ende gemacht: eine alte Prophezeiung, die jetzt geflissentlich ausgestreut ward, daß nach vierhundert Jahren der Halbmond aus Konstantinopel verschwinden würde, sollte die Welt auf ein großes Ereignis vorbereiten, enthüllte aber zugleich die Wünsche und Pläne des russischen Kaisers und seiner Parteigänger.

Es blieb den Einsichtigen und Tieferblickenden kein Geheimnis, wohin Rußlands ehrgeizige Pläne zielten, daß die erstrebte Schirmvogtei über die morgenländische Christenheit nur die Hülle politischer Entwürfe von großer Tragweite sei, daß hinter dem zur Schau getragenen religiösen und kirchlichen Interesse gewaltige Eroberungsgedanken verborgen lägen. Die europäischen Großmächte, mit Ausnahme des in den russischen Zauberkreis gebannten Preußens, beschlossen daher, dem Vorhaben Rußlands entgegenzutreten und die Türkei in ihrem Bestand zu erhalten. Es war eine eigentümliche Erscheinung, daß drei christliche Großstaaten sich verbanden, um christliche Völker, deren Befreiung das nächste angebliche Ziel des russischen Machthabers war, unter dem Joch roher Mohammedaner zu halten; daß dasselbe Osmanenreich, gegen welches zwei Jahrhunderte lang die gesamte abendländische Christenheit ins Feld gezogen war, nun mit liebender Fürsorge geschützt und gepflegt wurde, ja daß die öffentliche Meinung, die sich nun wieder schüchtern hervorwagte, für die Türken in die Schranke trat. Die Großmächte waren übrigens klug genug, den Russen auf demselben Boden zu folgen. Das protestantische England freilich, das keine Pilger zu schützen hatte, konnte von der religiösen Maske keinen Gebrauch machen; es mußte die Erhaltung des politischen Gleichgewichts, die Beschützung einer befreundeten Macht in ihrer Bedrängnis und die Verteidigung einer gerechten Sache gegen Übermut und Gewalt als Denkspruch und Losungswort führen. Ein tieferer Beweggrund aber lag in der Besorgnis, durch Rußlands Übermacht vom Schwarzen Meer

Die Pforte in Bedrängnis.

ausgeschlossen und im östlichen Handel beeinträchtigt zu werden. Der Kaiser von Frankreich dagegen, der seine Herrschaft nicht glorreicher einweihen konnte, als durch einen Rachekrieg gegen dasselbe Rußland, dem einst sein Oheim und die große Armee erlegen, dessen Monarch stets so unverhohlen seine Geringschätzung gegen die Tuilerienregierung kund gegeben, warf sich zum Beschützer der römisch-katholischen Christen auf und verlangte für sie gleiches Recht und gleichen Schutz; und Österreich, das dem Bund der Westmächte überhaupt nicht aufrichtig beitrat, das an dem Krieg keinen thätigen Anteil nahm, aber noch weniger einen Löwenbund mit Rußland eingehen wollte, durchkreuzte schlau die Pläne des gewaltigen Machthabers, indem es in dem von Rußland angefachten Streit der Montenegriner gegen die Türken die Pforte in brüsker Weise zur raschen Nachgiebigkeit brachte, um dem nordischen Nachbar jede Gelegenheit zur Einmischung abzuschneiden.

Montenegro. Die slawischen Bewohner des „Schwarzen Gebirges" (Montenegro), dessen Gipfel in das Adriatische Meer niederschauen, ein streitbares Räubervolk griechischer Konfession, bildeten einen kleinen Klientelstaat unter türkischer und russischer Schutzherrschaft, dessen Fürst (Wladika) die geistliche und weltliche Obermacht in seiner Person vereinigte,
1852. aber ganz unter Rußlands Einfluß stand. Im Dezember 1852 folgte der junge Fürst Danilo seinem Vater in der Regierung. Er begab sich sogleich nach Petersburg, um sich von Nikolaus Verhaltungsmaßregeln erteilen zu lassen. Als nach seiner Rückkehr die geistliche Würde von der weltlichen getrennt ward und bald darauf die Montenegriner einen Kriegs- und Raubzug gegen das türkische Gebiet unternahmen, glaubte man darin die Hand des russischen Kaisers zu erkennen. Der erste Schritt sollte die griechischen Christen des Landes dem Patriarchen von Konstantinopel entziehen und der russischen Kirchenaufsicht unterstellen; der zweite sollte das Signal zu einem allgemeinen Aufstand der slawischen Christen gegen die Osmanen geben. Die Türken begegneten dem Einfall mit großer Energie. Von allen Seiten rückten Truppen an die Grenzen;
Jan. 1853. von Skutari aus drang der Renegat Omer Pascha in die Thäler ein, verwüstete das Land und übte die größten Gewaltthaten. Da legte sich Österreich, das weder die christliche Bevölkerung unter seinen Augen hinmorden lassen, noch den Russen Gelegenheit zu einer Intervention geben wollte, ins Mittel. Der Feldmarschallleutnant Graf v. Leiningen reiste schnell nach Konstantinopel und verlangte drohend die Einstellung der Feindseligkeiten und die Beseitigung der vielen an österreichischen Unterthanen, besonders kroatischen Händlern von türkischen Behörden begangenen Rechtsverweigerungen. Und wie barsch auch das Auftreten des Gesandten war, die Pforte erkannte die Absichten Österreichs, das Einschreiten Rußlands zu verhindern, und willigte in die Forderungen. Schon im Februar wurden die türkischen Truppen zurückgezogen und Fürst Danilo dankte persönlich dem Wiener Kabinett für die geleistete Hilfe. Montenegro blieb in dem frühern Zustand. Aber der Haß der Bevölkerung gegen die Türken führte in den folgenden Jahren neue Feindseligkeiten und Raubzüge herbei.

Fürst Menschikow im Divan. Kaiser Nikolaus sah mit verbissenem Ärger auf den Triumph Österreichs, aber noch größer war sein Grimm, als auch der französische Gesandte Marquis de Lavalette mit seinen gebieterischen Forderungen für Gleichberechtigung der römisch-katholischen Christen in den heiligen Wallfahrtsorten des Morgenlandes bei der eingeschüchterten Pforte durchdrang. Der staatskluge Kaiser Napoleon

hatte mit großem Scharfblick erkannt, daß er den katholischen Klerus für seine Politik gewinnen würde, wenn er als Vorfechter des Katholizismus im Orient auftrete, und der Sultan wagte nicht seine Anerkennung zu versagen. Nach diesen Vorgängen glaubte der Zar, daß der türkischen Regierung durch schroffes Auftreten alles abzutrotzen sei, und er beschloß, die andern noch zu überbieten und vor allen Dingen einen System- und Ministerwechsel herbeizuführen. Sein Admiral, Fürst Menschikow, reiste als außerordentlicher Gesandter nach Konstantinopel. Nachdem derselbe in Sebastopol die russische Flotte und ein Landheer von 30,000 Mann prahlerisch gemustert, erschien er in der Hauptstadt am Bosporus. Ohne sich mit dem Minister des Auswärtigen, Fuad Effendi, in Unterhandlungen einzulassen, forderte er Audienz bei dem Sultan selbst und trat, als ihm diese bewilligt wurde, im Reisekleid und mit bestaubten Stiefeln in den festlich ge- 2. März 1853. kleideten Divan. Diesem geringschätzigen Auftreten entsprachen seine Forderungen. Er verlangte für seinen Gebieter vertragsmäßige Zugeständnisse, die einem Protektorat über alle griechischen Christen gleich kamen, eine Forderung, deren Gewährung den russischen Herrscher zum Mitregenten des Sultans in allen innern Anliegen erhoben hätte. Denn bei der innigen Verflechtung von weltlichem und geistlichem Regiment im osmanischen Reich würde in vielen Fällen die Entscheidung oder Zustimmung dem russischen Kaiser zugestanden haben. Trotz der Vermittelungsversuche des englischen Botschafters Sir Stratford Canning, bald nachher zum Rang eines Viscount of Redcliffe erhoben, wurde daher die Forderung von der Pforte bestimmt abgewiesen; alle nachherigen Verhandlungen hatten keinen bessern Erfolg, so daß Menschikow, nach Einreichung eines Ultimatum, am 21. Mai unverrichteter Dinge abreiste, mit drohenden Worten sein baldiges Erscheinen in Uniform in Aussicht stellend. „Man hatte sich in Petersburg in eine Selbstzufriedenheit und in einen Unfehlbarkeitsdünkel hineingeredet, die jede ernsthafte Vorbereitung auf den Krieg ausschlossen und für ausgemacht ansahen, Europa werde sich, wenn der Zar nur fest bleibe, dem Willen Rußlands auch diesmal unterwerfen.“ Aber es kam anders. Drei Wochen später legte sich die französische und englische Kriegsflotte in der schönen Besikabai am Eingang der Dardanellen vor Anker, um den weitern Gang der Dinge zu beobachten.

b. Der Krieg an der Donau.

Es war nicht zu erwarten, daß Kaiser Nikolaus, ein Mann von mäßigen Ausbruch des russisch-türkischen Kriegs. Geistesgaben, aber von großer Willenskraft und Charakterfestigkeit und stolz auf die glänzenden Erfolge seiner bisherigen Regierung, vor dem bevorstehenden Krieg zurückweichen werde. Der drohenden Haltung der französisch-englischen Flotte begegnete er durch den Befehl an den Fürsten Michael Gortschakow, 7. Juli 1853. mit zwei von den Generalen Lüders und Danneberg befehligten Heerabteilungen zu je 40,000 Mann den Pruth zu überschreiten und die Donaufürstentümer als

„materielles Unterpfand“ in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen befriedigt haben würde. Um das russische Volk für die Sache mehr zu begeistern, suchte er dem Krieg einen religiösen Charakter aufzuprägen. Ehe die Heere über den Pruth setzten, veranstaltete er in Petersburg eine große Militärparade und einen feierlichen Gottesdienst, wobei er als Patriarch der russischen Kirche, das griechische Kreuz in der Hand, in die Isaakskirche zog, um den Beistand des Himmels für den heiligen Kampf zu erflehen, und als die Truppen in die Donaufürstentümer einrückten, verkündete ein kaiserliches Manifest, daß dies nur zur Verteidigung des wahren Glaubens geschehe. Es sprach mit Nachdruck von dem Wohl und der Sicherheit der rechtgläubigen Kirche, der auch das russische Volk angehöre, und von den gekränkten heiligen Rechten der Religion. Der Sultan Abdul Medschid dagegen, der den gebildeten, zu Reformen geneigten Reschid Pascha zum Großwesir erhob, erließ einen Ferman, worin er den Christen seines Reichs ihre Rechte feierlich bestätigte; und der Dank, den ihm dafür der Patriarch von Konstantinopel wie die armenische Geistlichkeit aussprach, konnte als Beweis gelten, daß sehr viele Christen es vorzogen, unter türkischer Herrschaft ihres Glaubens zu leben, als in der russischen Kirche aufzugehen. — Beim Übergang über den Pruth hatte der Oberbefehlshaber den Bewohnern der Moldau und Walachei Schutz ihrer Rechte und ihres Eigentums zugesichert; dennoch bemächtigten sich die Russen der öffentlichen Kassen, nahmen den Bauern Vieh und Getreide weg, belegten sie mit schweren Abgaben und nötigten die einheimische Miliz in ihre Dienste zu treten. Wie beim Anrücken eines Feindes entflohen viele Edle (Bojaren), an ihrer Spitze die Hospodare Ghika von der Moldau und Stirbey von der Walachei, auf österreichisches Gebiet, worauf die Russen einen Verwaltungsrat als oberste Regierungsbehörde einsetzten. Unter diesen Umständen war der Krieg unvermeidlich. Dennoch suchte die europäische Diplomatie noch zu vermitteln. Die Pforte wurde bewogen, den Einzug in die Donaufürstentümer nicht als Kriegsfall zu betrachten; die deutschen Großmächte wurden angegangen, in Petersburg für Erhaltung des Friedens zu wirken. Das Ergebnis der diplomatischen Bemühungen war die Wiener Vermittelungsnote vom 31. Juli, nach welcher der Sultan gehalten sein sollte, die russischen Forderungen mit einigen Beschränkungen zu gewähren. Obwohl das Vorgehen Rußlands nirgends gebilligt wurde, so war man doch nicht nur in Berlin und Wien, sondern selbst in London geneigt, dem Zaren eine goldene Brücke zu bauen. Da noch keine unmittelbaren Feindseligkeiten zwischen Russen und Türken eingetreten waren, indem jene nördlich, diese südlich der Donau ihre Stellungen behaupteten, so konnte, wenn die Wiener Vermittelungsnote angenommen wurde, der Krieg vermieden werden. Auf einer persönlichen Zusammenkunft des Zaren und seines Staatsministers Nesselrode mit dem Kaiser von Österreich bei Gelegenheit eines großen Feld-
Sept. 1853. manövers bei Olmütz wurden Verabredungen getroffen, wie man durch eine nachdrückliche Pression die Pforte zur Nachgiebigkeit bringen könne. In Wien

und in Berlin wünschte man wirksamen Schutz des Christentums im Orient gegen den herrschenden Islam, dabei aber die Erhaltung des türkischen Reichs im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Auch die englische Regierung war einem Krieg abgeneigt, der den Handels- und Gewerbstand schwer schädigen konnte. Aber jetzt mischten sich andre Mächte ein, welche das fein gesponnene Diplomatennetz zerrissen. Indem nämlich der russische Kaiser sich zur Annahme der Note bereit erklärte, ihren Inhalt aber zugleich als eine volle Gewährung seiner Ansprüche, als einen siegreichen Ausgang des Streits auslegte, verletzte er die öffentliche Meinung und das Rechtsgefühl der Völker. In England erhob die Presse laut ihre Stimme gegen die mattherzige Politik, und Layard, der Entdecker der vergrabenen Königsburgen in der alten Weltstadt Ninive, sprach im Parlament gewichtige Worte zu gunsten der Türkei. Noch heftiger war der Unwille der alttürkischen Partei in Konstantinopel: sie gab am ersten Tag des Bairamfestes der Religionswut leidenschaftlichen Ausdruck und ließ dem Sultan nur die Wahl zwischen Verwerfung der Note und Abdankung. Er entschied sich für das erstere und gab dadurch die Losung zum Krieg. Wie in alter Zeit traten wieder Kreuz und Halbmond als Todfeinde einander gegenüber. Die wie ein Nervengeflecht durch das ganze Reich verbreitete Zunft der gottesgelehrten Ulemas überließ sich dem alten muselmanischen Zug zum Fanatismus. „Ihre Reden fuhren wie ein Sturmwind über den im gewöhnlichen Leben einem toten See gleichen Volksgeist der Moslems.“ Das Wort eines Wesirs: Wir haben Stambul mit dem Schwert gewonnen, wir werden es mit dem Schwert zu verteidigen wissen! wurde wie ein Spruch des Propheten durchs Land getragen. Das osmanische Reich litt nach der allgemeinen Annahme an großen Schäden und Zerrüttungen; aber der alte Russenhaß und der religiöse Fanatismus gaben demselben einen neuen Aufschwung. Als endlich am 4. Oktober der Krieg an Rußland erklärt wurde, wenn nicht sofort die Donaufürstentümer geräumt würden, zeigte die Bereitwilligkeit, mit der man allenthalben im Osmanenreich der Steuerpflicht und dem Kriegsdienst genügte, daß die Völker die Sache des Sultans als eine gerechte ansahen. Viele Freiwillige traten in die Heere ein und selbst die Klientelstaaten, wie Ägypten, Tunis leisteten Beistand. In kurzem stand eine beträchtliche Streitmacht unter dem kühnen Omer Pascha am Südufer der Donau und beobachtete von Widdin und dem stark befestigten Brückenkopf Kalafat aus die Bewegungen der Feinde; ja es gelang den Türken am 4. November, sich auf dem Norduser festzusetzen und die Russen, trotz ihrer überlegenen Truppenzahl, bei Oltenizza tapfer zurückzuschlagen. *4. Okt. 1853.*

Die Teilnahme der Westmächte. Wären die russischen Heere gleich nach der Kriegserklärung rasch in das Balkangebiet vorgedrungen, so hätte leicht ein entscheidender Schlag fallen können, ehe die Westmächte die Osmanen mit ihren Waffen unterstützen konnten; allein Nikolaus hatte dem österreichischen Kaiser in Olmütz und dem preußischen König, *Sept. 1853.* den er in Berlin besucht hatte, die Zusicherung gegeben, vorerst die Donau nicht

zu überschreiten, eine Zusicherung, durch welche er die deutschen Großmächte, wenn auch nicht zu einem Waffenbund, so doch zu einer neutralen Haltung be-
27. Nov. 1853. wog. Dagegen schlossen Frankreich und England einen Vertrag mit der Pforte, worin sie sich zur bewaffneten Hilfe verpflichteten, falls Rußland fortführe, billige Friedensvorschläge zurückzuweisen. Zugleich ließen sie die vereinigte Flotte nach
30. Nov. dem Bosporus segeln. Bald nachher überfiel Admiral Nachimow an einem nebeligen Novembertag mit der bei Sebastopol liegenden Flotte ein türkisches Geschwader, das Osman Pascha im Hafen von Sinope geborgen hatte. Die russische Übermacht trug in dem ungleichen Kampf den Sieg davon, fast alle türkischen Schiffe wurden zerstört, die Mannschaften bis auf etliche hundert Mann getötet, der Anführer verwundet und gefangen. Aber der Heldenmut und die Todesverachtung, welche die Osmanen bei dem blutigen Kampf an den Tag legten, erregte allgemeine Bewunderung und gab Zeugnis, daß der kriegerische Geist in dem türkischen Soldatenstand noch nicht erloschen sei. Dieser Schlag, fast unter den Augen der französisch-englischen Seemacht vollführt, war von entscheidender Wirkung. Besonders fühlte sich die englische Nation tief beleidigt über den zugefügten Hohn. Lord Aberdeen, der aus Friedensliebe bisher zu große Nachgiebigkeit gezeigt hatte, erfuhr so heftige Angriffe, daß eine teilweise Änderung im Ministerium notwendig ward und Lord Palmerston, der uns bekannte energische und dem französischen Kaiser innig befreundete Staatsmann, welcher kurz zuvor ausgeschieden, dann aber wieder eingetreten war, den größten Einfluß gewann. Sein Wiedereintritt in den Rat der Königin war das Signal zum Krieg. Als Nikolaus die Vorschläge, welche ihm im Namen der vier Mächte von Wien aus zugestellt wurden, verwarf und die Räumung der Donaufürsten-
28. März 1854. tümer verweigerte, erfolgte von seiten Frankreichs und Englands die Kriegserklärung. Österreich beobachtete eine zuwartende Haltung. Ohne sich durch feste Zusagen nach irgend einer Seite hin die Hände zu binden, begnügte es sich vorerst mit der Aufstellung eines Beobachtungskorps an der serbischen Grenze, zunächst um die eignen Staaten gegen revolutionäre Wühlereien und Aufstandsversuche zu sichern. Auch Preußen trug Bedenken, mit Rußland in Bund zu treten; es nahm eine neutrale Stellung und suchte den östlichen Nachbar zum billigen Nachgeben zu bewegen.

Russische Aufwiegelung und türkische Zugeständnisse. Der russische Selbstherrscher war indessen weit entfernt, seinen harten Sinn zu beugen. In einem Manifest an sein Volk wiederholte er die Worte Alexanders I.: Wir werden vor die Reihen der Feinde treten mit dem Eisen in den Händen, mit dem Kreuz im Herzen zum Schutz des höchsten Gutes auf der Welt, der Sicherheit und Ehre des Vaterlandes. Er hatte bisher durch seine Festigkeit und Beharrlichkeit so vieles erreicht, sollte er jetzt in seinem Alter den Mut sinken lassen? Seine Hoffnung beruhte hauptsächlich auf einer allgemeinen Erhebung der Christen in den Donauländern und in Griechenland. Deshalb betonte er in allen Ansprachen und Proklamationen den religiösen Beweggrund. Allein diese

Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Trotz der agitatorischen Thätigkeit moskowitisch-panslawistischer Agenten verhielten sich die Serben, Bulgaren, Bosnier ruhig, zum Teil deshalb, weil die russischen Waffen geringen Fortgang hatten. Ein mitten im Winter unternommener Angriff auf Kalafat wurde von Achmed Pascha und seinem Unterfeldherrn, dem polnischen Grafen Jelinski (Iskander Bei) siegreich zurückgeschlagen. Nur in Griechenland waren die Aufwiegelungen russischer Parteigänger wirksam genug, einige Aufstände zu erregen. Grivas und andre Führer sammelten Klephtenbanden um sich und suchten die Regierung zu einer energischen Teilnahme am Krieg zu nötigen. Von allen Seiten zogen Freiwillige an die Nordgrenze; in Athen und anderwärts träumten einige schwärmerische Köpfe von einem neuen byzantinischen Reich. Da aber König Otto, teils aus Mangel an Unternehmungsgeist und Thatkraft, teils aus Furcht vor den Westmächten, die mehrere Schiffe in den Piräeus einlaufen ließen, dem Drängen der Russenfreunde widerstand, so wurden die zuchtlosen Freischaren und ihre zwieträchtigen Führer leicht zersprengt. Durch diese Haltung verlor aber Otto bei seinem Volk noch den letzten Rest von Anhänglichkeit. Er schien den beweglichen Hellenen nicht der Mann zu sein, die „große Idee" ins Leben einzuführen, daher seine spätere Vertreibung ohne erhebliche Kämpfe vor sich ging. Um den russischen Umtrieben ein Gegengewicht zu bieten, wurde die Pforte bewogen, die Rechtsstellung ihrer christlichen Unterthanen durch Reformen im Geist des Jahrhunderts zu bessern. So ward in Kriminalsachen das Zeugnis von Christen für oder wider Mohammedaner für zulässig erklärt und gleichzeitig 16. März 1854.
die Errichtung neuer von der islamitischen Gesetzgebung unabhängiger Gerichtshöfe in allen Provinzial-Hauptstädten angeordnet. Im folgenden Jahr erteilte eine großherrliche Verordnung den Rajah die Befugnisse und Verpflichtungen der Waffenfähigkeit, wofür die zum Kriegsdienst herangezogenen christlichen Unterthanen von der bisherigen Kopfsteuer befreit sein sollten, und in einem fernern Dekret ließ sich der Sultan zu Zugeständnissen herbei, die einer staatsrechtlichen Gleichstellung der Rajah mit den Mohammedanern nahezu gleich kamen. Allein die so oft getäuschten „Ungläubigen" hegten wenig Vertrauen zu den machtlosen Verkündigungen, und die hochmütigen Osmanen sahen darin eine Herabwürdigung ihrer bevorrechteten Stellung.

Der bisherige Gang des Kriegs hatte den großsprecherischen Verkündigungen der Russen und Russenfreunde keineswegs entsprochen. Das alte Sinnbild von einem schweren Koloß auf thönernen Füßen schien sich zu bewähren. Die russischen Heere waren nicht nur vor Kalafat zurückgewichen, sie waren auch bei Cetate überfallen und geschlagen worden. Da Rußlands Machtstellung hauptsächlich auf dem Glauben der Welt an dessen unerschöpfliche Kräfte und Hilfsmittel beruhte, so mußte zur Erhaltung des bisherigen Ansehens und zur Rettung der Waffenehre der Krieg mit mehr Nachdruck geführt werden. Deshalb wurden Rüstungen und Aushebungen in großer Ausdehnung durch das

Der Krieg an der Donau.

ganze Reich veranstaltet und der greise Fürst Paskiewitsch, der berühmteste Feldherr des Jahrhunderts, als Oberbefehlshaber aufgestellt. Zugleich wurde der Kriegsschauplatz weiter nach Osten verlegt, zum Teil um den Österreichern jede Besorgnis zu nehmen, zum Teil in der Hoffnung, die slawischen Christen würden im Rücken der Heere eher zum Anschluß geneigt und ermutigt werden.
März 1854. Mitte März ließ Paskiewitsch nicht gar weit von der Mündung des Pruth seine Heere über die Donau setzen, ohne die früher an Österreich und Preußen gemachten Zusicherungen zu beachten. General Lüders besetzte, ohne bedeutenden Widerstand von seiten der Türken, die Dobrudscha, drang über den Trajanswall und vereinigte sich, während Omer Pascha sich vor der Übermacht nach der Festung Schumla zurückzog, mit der Heeresabteilung, welche General Schilder vor die Mauern und Wälle von Silistria geführt hatte. Dieses herausfordernde
April. Verfahren trieb die Westmächte zu größerer Thätigkeit. Im April segelten 20,000 Mann englischer Truppen unter dem alten Freund und Waffengefährten Wellingtons, dem erprobten Feldherrn Lord Raglan, der bei Waterloo einen Arm verloren hatte, und ein mehr als doppelt so starkes französisches Heer unter dem genialen Marschall St.-Arnaud, der nach einer zügellosen Jugend sich in Afrika Ruhm und Kriegserfahrung erworben und im Jahr 1851 als Kriegsminister durch rasche Entschlossenheit zum Gelingen des Staatsstreichs wesentlich beigetragen hatte, nach dem Orient, landeten bei Gallipoli an den Dardanellen und bewiesen durch die, wenn auch in schonender Weise vollführte Beschießung
22. April. der Handelsstadt Odessa den Ernst ihrer Absichten. Auch Österreich und Preußen fühlten sich durch das Vorgehen Rußlands verletzt. Sie schlossen einen Vertrag zu Schutz und Trutz für den Fall, daß die Russen den Balkan überschreiten oder die Donaufürstentümer sich aneignen würden. Wie wenig aber die preußische Regierung ernstlich an einen Krieg mit Rußland dachte, bewies die Entlassung
Mai. des Kriegsministers Bonin und des preußischen Botschafters in London Ritter Bunsen, als sie die Politik im Sinn der Westmächte auffaßten. Selbst die wichtigen Anerbietungen, die England dem Berliner Kabinett in Beziehung auf Schleswig-Holstein machte, waren nicht vermögend, den König von der alten Bundesgenossenschaft loszureißen. Doch vereinigten sich die deutschen Großmächte, nach einer persönlichen Zusammenkunft des österreichischen Kaisers mit
10. Juni. König Friedrich Wilhelm IV. in Teschen, zu einer Note nach Petersburg, worin die Räumung der Donaufürstentümer verlangt ward, und Österreich wurde durch einen eignen Vertrag zu der Besetzung derselben von der Pforte ermächtigt. Die deutschen Bundesfürsten fürchteten von den beiden Großmächten in der äußern Politik gänzlich überflügelt zu werden. Die Bamberger Konferenzen, welche deshalb
Juli. auf Anregung von Bayern und Sachsen stattfanden und von acht Regierungen beschickt wurden, sollten dem Bundestag eine Stimme in der äußern Politik erwirken und zu gunsten Rußlands ein Gegengewicht bilden, eine Bemühung, die fruchtlos zerrann. Die Haltung Österreichs, dessen Truppen allmählich zur Besetzung der

Walachei und Moldau vorrückten, sowie die Landung einer Truppenabteilung der Verbündeten bei Varna bestimmten den Oberbefehlshaber Paskiewitsch, nachdem seine gegen Silistria unternommenen Stürme durch die Tapferkeit des Kommandanten Mussa Pascha und die Geschicklichkeit des preußischen Artillerieoffiziers Grach abgeschlagen worden waren, sein geschwächtes Heer über die Donau und dann über den Pruth zurückzuführen. Das Unternehmen hatte schwere Opfer gefordert; Paskiewitsch selbst hatte eine, wenn auch leichte Wunde empfangen; er trat vom Kriegsschauplatz ab und starb anderthalb Jahr später in Warschau (1. Februar 1856). Die übrigen Führer in beiden Heeren, Schilder, Mussa, Grach sanken noch früher ins Grab. Nicht minder empfindlich waren die Verluste der Verbündeten. Bei einem übereilten Versuch der Franzosen, von Varna aus in die Dobrudscha vorzurücken, wurden zweitausend Menschen durch Hitze und Anstrengung und durch die Cholera dahingerafft; auch im Lager von Varna richtete diese schreckliche Krankheit große Verheerungen an. Dazu kam noch ein Brand, der die Stadt in Asche legte, so daß nur mit vieler Mühe das 10. Aug. 1854. Pulvermagazin gerettet werden konnte, und bei der Schwierigkeit der Verpflegung großer Mangel an Lebensmitteln.

Die englisch-französische Flotte in der Ostsee.

Unterdessen segelte eine englische Flotte, begleitet von einigen französischen Schiffen, unter dem alten Admiral Charles Napier nach der Ostsee, in der Absicht, Schweden zum Anschluß zu bewegen, die Inselfestung Kronstadt, welche den Zugang der russischen Hauptstadt beschützt, zu erobern und Petersburg selbst die Schrecken einer feindlichen Belagerung erfahren zu lassen. Aber die Erfolge entsprachen nicht den stolzen Erwartungen. Schweden ahmte das Beispiel Preußens nach; die Mauern von Kronstadt spotteten aller Angriffe; außer der Eroberung der kleinen Festung Bomarsund auf den russischen Ålandsinseln durch 16. Aug. Baraguay d'Hilliers hatte dieser Seekrieg keine andern Trophäen aufzuweisen, als einige gekaperte Handelsfahrzeuge, die Brandstätten friedlicher Städte und Dörfer auf der Küste Finnlands, die Verwüstung russischer Holz- und Theerlager.

c. Der Völkerkrieg in der Krim.

Der Kriegsschauplatz. Schlacht an der Alma.

In Varna wurde Kriegsrat gehalten. Gewichtige Stimmen, darunter General Stein, oder wie er seit seinem Übertritt zum Islam hieß, Ferhat Pascha, und Schamyls Schwager, der mit fünfzig tscherkessischen Häuptlingen erschienen war, empfahlen eine Landung in Asien, um die Russen aus dem Kaukasusgebiet zu verdrängen, ein Vorschlag, der den Engländern besonders zusagen mußte, da ihnen aus diesem Unternehmen am meisten Vorteil und Ehre erwachsen wäre. Aber St.-Arnaud, der den Keim des Todes in seinem kranken Körper fühlte und sein Leben mit einer großen Kriegsunternehmung ruhmvoll schließen wollte, stimmte für einen Angriff auf Sebastopol, den mächtigen Kriegshafen in der Krim, und Lord Raglan, dem die Vernichtung der russischen

Seemacht im Schwarzen Meer vor allem am Herzen lag, gab seine Zustimmung. 15,000 Mann der verbündeten Armee waren bereits ins Grab gesunken; mit dem übrigen Heer, etwas über 50,000 Mann nebst 6000 Türken, fuhr die
4. Sept. 1854. Flotte im September über das Schwarze Meer und landete, ohne von dem Feind gehindert zu werden, bei Eupatoria an der Westküste der Halbinsel. Im Innern eine öde, baumlose, wasserarme Steppe, wo die im Frühling aufsprießenden Gräser und Pflanzen bald vor der glühenden Sonne verdorren und absterben, ist die taurische Halbinsel am Südrande von einem Gebirge durchzogen, in dessen geschützten Thälern und Abhängen Wein und edle Früchte in seltener Fülle und Güte gedeihen und reizende Landhäuser mit Gärten und Rebhügeln einen lieblichen Anblick gewähren. Südwärts von Eupatoria bildet das Meer eine Bucht, in welche sich neben den Ruinen der alten Bergstadt Inkerman das Flüßchen Tschernaja ergießt. Auf der Südseite liegt die befestigte Stadt Sebastopol, auf der Nordseite waren starke Festungswerke angebracht zum Schutz der Kriegsflotte, die in der als Hafen dienenden Bucht vor Anker lag. Weiter nordwärts wird das westliche Randgebirge von dem Fluß Alma durchbrochen, über welchem Fürst Menschikow, Gouverneur der Krim, mit einer Landarmee von 30,000
20. Sept. Mann die Höhen besetzt hielt. Gegen diese richteten die Verbündeten zuerst ihren Angriff; und wie fest auch die Stellung der Russen über den steilen Felsenufern war, und wie tapfer sie den mit kaltem Todesmut vorrückenden Feinden begegneten, als der französische General Bosquet mit den Zuaven, einer leichten Infanterie in arabischer Tracht, die für besonders kühn und verwegen galt, einen unerwarteten Flankenangriff machte, wurde Menschikow zum Rückzug genötigt und verdankte seine Rettung vor gänzlichem Untergang nur dem Mangel an Reiterei im Heer der Verbündeten.

Schlacht bei Inkerman. Der schwer errungene blutige Sieg an der Alma ließ eine rasche Beendigung des Feldzugs hoffen, und eine falsche Botschaft, welche ein Tatar überbracht haben soll, verkündigte schon den ängstlich harrenden Völkern die Einnahme der Festung. Aber so schnell und glücklich sollte das Bollwerk der russischen Herrschaft im Schwarzen Meer nicht fallen; noch viel Blut, noch manche Thräne sollte fließen, ehe die Flaggen Frankreichs und Englands auf den Mauern des wichtigen Waffenplatzes wehen konnten, den die Russen mit großen Vorräten an schwerem Geschütz und Kriegsbedarf reichlich versehen hatten. Da die Verbündeten, geschwächt und ermüdet durch den furchtbaren Kampf an der Alma, nicht sofort zum Angriff schritten, so fand Menschikow Zeit, die Besatzungstruppen zu verstärken und die Stadt von allen Seiten mit neuen Festungswerken zu umgeben, wobei ihm Todleben aus Mitau (geb. 1818), ein genialer Artillerieoffizier, der während der Belagerung bis zum Rang eines Generals emporstieg, treffliche Dienste leistete. Zugleich ließen die Russen sieben große Kriegsschiffe im Hafen versenken, um der feindlichen Flotte das Einlaufen unmöglich zu machen. Als die Verbündeten in die Nähe der Stadt gelangten, überzeugten sie sich bald,

daß vor solchen Festungswerken jeder Sturm zurückprallen würde, daß sie die Ankunft neuer Geschütze und Kriegswerkzeuge abwarten und mittlerweile zu einer regelmäßigen Belagerung schreiten müßten. Zu dem Zweck wurden im Süden von Sebastopol Lagerstätten ausersehen, wo die Truppen vor plötzlichen Überfällen geschützt waren und mit dem Meer in Verbindung blieben. Die Engländer setzten sich an der Bucht von Balaklawa, die Franzosen westwärts an der von Kamiesch fest. Bald nachher starb St.-Arnaud auf dem Schiff, das den siechen Feldherrn nach Konstantinopel bringen sollte, ein Mann, den das Leben durch die 29. Sept. 1854.
Höhlen des Lasters und der Verbrechen geführt, den aber seine geniale Natur und sein kühner Geist hoch emporgehoben hatte über die Kreise der Menge. An seiner Stelle übernahm General Canrobert den Oberbefehl. Nun begann ein Belagerungskrieg, wie die Weltgeschichte nur wenige aufzuweisen hat. Der erste Versuch, durch einen vereinten Angriff des Landheeres und der Flotte die Stadt zu 17. Okt.
erstürmen, endete mit einem verlustvollen Rückzug der Verbündeten. Acht Tage später wurden die Engländer in ihrer festen Stellung bei Balaklawa von General 25. Okt.
Liprandi angegriffen, wobei die Reiterei unter Lord Cardigan, die sich tollkühn und unüberlegt in einen ungleichen Kampf stürzte, unersetzlichen Schaden litt. Am 5. November wurde, als Menschikow neue Verstärkungen an sich gezogen, unter den Augen der beiden Großfürsten Nikolaus und Michael, die mörderische Schlacht von Inkerman geliefert, die nach furchtbaren Kämpfen und Anstren- 5. Nov.
gungen endlich zu gunsten der Verbündeten entschied. Auch in ihren Reihen befanden sich zwei fürstliche Personen, der Herzog von Cambridge und Prinz Napoleon, Sohn des ehemaligen Westfalenkönigs Jérôme.

Die blutige Schlacht von Inkerman mehrte nur die Leiden und die Trauer, Winterleiden vor Sebastopol.
brachte aber in der Lage keine Änderung hervor. Man mußte sich zu einem Winterfeldzug entschließen, wozu keine Vorbereitungen getroffen waren. Seit dem russischen Feldzug vom Jahr 1812 hat kein Heer solches Elend, solche Not und Entbehrung erlitten, wie die Soldaten in der Krim während des Winters 1854 auf 1855. Schon im Herbst traten Stürme und Regengüsse ein, wodurch die Laufgräben in Kanäle verwandelt, die Zelte oft Fuß hoch mit Wasser gefüllt wurden. Der Mangel an warmer Kleidung, hinreichender Nahrung, gesunder Verpflegung, verbunden mit dem beschwerlichen Felddienst bei naßkalter Witterung ohne Obdach und Quartier, erzeugte Krankheiten aller Art und bereitete der Cholera und Ruhr eine reiche Ernte. Am meisten litten die Türken und Engländer. Bei den letztern traten große Mängel und Schäden in der Verwaltung zu tage, durch welche die Unglücksfälle noch vermehrt wurden. „Ein Teil der Winterkleidung ging mit dem unglücklichen „Prince" unter, schreibt ein Augenzeuge, ein andrer Teil ist verloren gegangen und jetzt hören wir, daß ein Schiff mit warmen Kleidern für die Offiziere bei Konstantinopel verbrannt ist; ich selbst hatte Gelegenheit, mehrere Fahrzeuge, vollgeladen mit Pelzen, Überröcken u. dgl. für die Mannschaften einen ganzen Tag lang einem unauf-

hörlichen Regen und Schneefall im Hafen von Balaklawa ausgesetzt zu sehen. Als sie ans Land gebracht wurden, war niemand da, sie in Empfang zu nehmen oder niemand wollte sie in Empfang nehmen, ohne dazu durch Befehl ermächtig zu sein.“ Barmherzige Schwestern und englische Jungfrauen, vor allen Miß Nightingale, waren mit edler Aufopferung bemüht, die Leiden und Wunden, die Krieg, Hunger, Kälte und Krankheit über die unglücklichen Soldaten brachten, nach Kräften zu mildern.

Beitritt von Österreich u. Sardinien zur Koalition.

Der geringe Fortgang der Kriegsoperationen vor Sebastopol ermutigte den russischen Kaiser zum beharrlichen Widerstand. Er verwarf die vier Punkte, die ihm in einer neuen Note als Friedensbedingungen angeboten wurden, obwohl auch Österreich und Preußen dieselben unterstützten. Nach diesen Forderungen sollte Rußland dem bisherigen Protektorat über Moldau, Walachei und Serbien entsagen und der freien Donauschiffahrt keine Hindernisse in den Weg legen; ferner sollten die ältern Verträge einer Durchsicht unterworfen und die Christen in der Türkei, nach Beseitigung jedes Sonderprotektorats, unter den Schutz sämtlicher Großmächte gestellt werden, denen die Pforte Bürgschaft zu leisten habe. Durch die Hartnäckigkeit Rußlands sah sich Österreich veranlaßt, dem
2. Dez. 1854. Bund der Westmächte beizutreten und in Siebenbürgen und Galizien ansehnliche Streitkräfte aufzustellen. Ein beträchtliches Anlehen und die Verpachtung der Staatseisenbahnen an eine französische Gesellschaft auf neunzig Jahre sollte die dadurch vermehrten Ausgaben decken. Einige Wochen nachher schloß auch Sar-
26. Jan. 1855. dinien einen Bund mit Frankreich und England und entsandte den General Lamarmora mit einem Heer von 15,000 Mann nach der Krim. Nicht ohne starken Widerspruch von seiten des Landes, der genuesischen Handelswelt, der Abgeordneten setzte der Minister Cavour die Teilnahme an dem Krieg durch in der Voraussicht der wichtigen politischen Folgen für das Königreich. Auf dem Feld von Marengo verteilte der König die Fahnen an das abziehende Heer. Kaiser Nikolaus geriet bei der Nachricht in heftige Aufwallung; allein er hatte so oft und unverhohlen seine Abneigung gegen das liberale Regiment in Turin kund gegeben, daß er sich nicht über Undank beklagen durfte. Durch die Absendung einer piemontesischen Landarmee, die besonders den Engländern sehr erwünscht war, erwarb sich König Viktor Emanuel die Gunst der beiden Westmächte. Preußen und die deutschen Bundesstaaten dagegen beharrten bei ihrer Neutralität. Eine Kriegsbereitschaft, wozu sich die Mittelstaaten herbeiließen, war ohne alle Bedeutung und hinderte sogar, da man nicht wissen konnte, auf wessen Seite sie treten würden, das Wiener Kabinett an einem energischen Handeln, wenn anders ein solches im Plan gelegen.

Neue Kriegsrüstungen. Thronwechsel in Petersburg.

Mit dem neuen Jahr traten wichtige Ereignisse ein, welche dem Gang der Dinge bald eine entscheidende Wendung gaben. In England sprach sich im Parlament und in der Presse die Entrüstung über die Mißstände im Heer und in der Kriegsverwaltung in so scharfer Weise aus, daß Lord Aberdeen, der alte

Freund des Kaisers Nikolaus und der Friedenspolitik, gänzlich aus dem Ministerium schied, mit dessen Leitung nunmehr wieder Lord Palmerston betraut ward. Dieser betrieb den Krieg mit mehr Energie. Der Not wurde durch Zufuhren abgeholfen, neue Mannschaft ersetzte die Lücken, Kriegsbedarf und Maschinen wurden eingeschifft. An Stelle des abgerufenen Napier wurde Admiral Dundas zum Führer der Ostseeflotte eingesetzt, der aber nicht mehr ausrichtete als sein Vorgänger. Eine ähnliche Regsamkeit trat in Frankreich zu Tage, als der zurückgekehrte Prinz Napoleon über die Lage der Dinge Bericht abstattete. Dieser Thätigkeit begegnete der russische Kaiser mit gleichen Anstrengungen. Eine allgemeine Aushebung im ganzen Reich setzte ihn in den Stand, große Heermassen nach der Krim zu senden. Aber der schwierige und lange Marsch über die Schneefelder Südrußlands verzögerte ihre Ankunft und stürzte viele ins Grab. Ein Angriff, den General Chrulew auf Eupatoria machte, scheiterte an der Festigkeit 10. Febr. 1855.
der Verschanzungen und an der Tapferkeit der türkischen Besatzung unter Omer Pascha. Die Nachricht von diesen Unfällen wirkte so mächtig auf den stolzen und starren Geist des schon einige Zeit kränkelnden Kaisers, daß er unerwartet schnell starb. Sein Sohn Alexander II., ein menschenfreundlicher humaner Fürst 2. März.
von milderer Gesinnung und friedlicherer Natur, wurde sein Nachfolger. Wenige Tage nachher wurden in Wien neue Konferenzen zur Beilegung des Streites eröffnet. Aber man kam zu keiner Verständigung.

So sehr man auch in Rußland, wo der Krieg schon 25,000 Menschen Der Belagerungskrieg vor Sebastopol.
dahingerafft hatte, den Frieden wünschte, so verlangte doch die Ehre der Nation und die Achtung vor dem verstorbenen Kaiser und vor der öffentlichen Meinung des moskowitischen Volks, daß der Kampf seinen Fortgang nahm. Wie mein Vater, sagte Alexander in seiner Anrede an das diplomatische Korps, will ich den Frieden, das Ende der Leiden dieses Kriegs; sollten aber die Wiener Konferenzen für uns kein ehrenhaftes Ergebnis haben, dann werde ich in den Kampf ziehen mit meinem getreuen Rußland und ich werde dann lieber untergehen als nachgeben. Aber auch die Ehre Frankreichs und des Napoleonischen Kaisertums forderte eine rühmliche Lösung des blutigen Waffenganges, dem bereits so große Opfer gefallen. Darum hatte Napoleon schon im Januar den Artilleriegeneral Niel, einen erfahrenen, kenntnisreichen Kriegsingenieur, nach der Krim geschickt, um von dem Stand der Dinge Einsicht zu nehmen und seine Ratschläge zu erteilen. Denn die Eroberung Sebastopols sollte durchaus einem Friedensschluß vorangehen. Niel erkannte alsbald die richtige Stelle, wo der Hauptangriff geschehen müsse, und nach seinem Rat suchte man durch Laufgräben und Verschanzungen sich der südlichen Vorstadt Karabelnaja immer mehr zu nähern. Aber Todleben begegnete dem Vorhaben durch gewaltige Befestigungen und schuf in dem sogenannten Malakowturm ein fast uneinnehmbares Bollwerk. Nun gewann der Belagerungskrieg eine furchtbare Gestalt und Ausdehnung. Die Streitkräfte waren auf beiden Seiten bedeutend verstärkt worden. Mit

Inbegriff der Türken betrug die Armee der Verbündeten wohl an 175,000 Mann, die der Russen über 150,000. Mit Geschütz, Munition und Kriegsgerät war man aufs reichlichste ausgerüstet. Das Wiener Kabinett, bei welchem Gortschakow seine diplomatische Gewandtheit entwickelte, hatte wieder eine zuwartende Stellung angenommen und einen Teil seiner Truppen entlassen, wodurch Rußland instandgesetzt war, die gegen Österreich aufgestellten Streitkräfte gleichfalls nach der Krim zu entsenden, wo Fürst Gortschakow, ein Bruder des Diplomaten, an Stelle von Menschikow zum Oberbefehlshaber ernannt worden war. Während vor den Schanzwerken Sebastopols der Boden durch Ausfälle und Angriffe bei
Mai 1855. Tag und bei Nacht mit Blut getränkt ward, segelte ein Teil der verbündeten Flotte nach dem Asowschen Meer, um die Vorräte in den Hafenstädten Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa zu vernichten, ein Unternehmen, das zwar gelang, aber von rohen, eines zivilisierten Zeitalters unwürdigen Gewaltthaten begleitet war. Die wertvolle Sammlung von Altertümern in Kertsch fand dabei ihren Untergang und Brand und Verwüstung bezeichneten die Spuren des Zuges. Unterdessen fuhr das Belagerungsheer vor Sebastopol fort, die Laufgräben, Schanzen und Batterien immer näher an die Stadt zu führen, stieß aber bei jedem Schritt auf die heftigste Gegenwehr und auf neue Befestigungen. Der General Canrobert, der gemeinschaftlich mit Raglan die Operationen leitete, war nicht von so harter, durchfahrender Natur, daß er ohne Rücksicht auf Menschenleben mit unerbittlicher Konsequenz das Eroberungswerk betrieben hätte; und da er sich mit dem englischen Kommandanten nicht gut vertrug, so wurde er, seinem Wunsch gemäß,
16. Mai. des Oberbefehls enthoben und dieser dem General **Pélissier** übertragen, der schon in Afrika Beweise einer erbarmungslosen Energie gegeben (S. 133). Mit edler Selbstentsagung stellte sich Canrobert unter die Befehle seines bisherigen Untergebenen. Die Folgen des Wechsels traten bald zu Tage. Ob auch durch die Gewalt des feindlichen Geschützes und durch die Wut der Cholera Tausende dem Tod zum Opfer fielen, die Laufgräben wurden dicht an die feindlichen
7. Juni. Schanzen geführt, einzelne Festungswerke, wie der grüne Mamelon, erstürmt.
18. Juni. Dagegen wurde der am Schlachttag von Waterloo unternommene allgemeine
28. Juni. Sturm mit unermeßlichem Menschenverlust zurückgeschlagen. Zehn Tage nachher wurde Lord Raglan von der Cholera hingerafft, worauf General Simpson den Oberbefehl übernahm und am 11. Juli traf eine feindliche Kugel den tapfern russischen Admiral Nachimow, als er die Festungswerke besichtigte. So hielt der Tod eine furchtbare Ernte unter den Häuptern, wie unter dem Volk; von den Urhebern und Leitern des schrecklichen Kriegs stürzte einer um den andern in die Gruft. Auch ein Bruder des sardinischen Generals Lamarmora starb an der Cholera.

Eroberung von Sebastopol. Pélissier verfolgte seinen Plan, die Laufgräben bis dicht vor die feindlichen Schanzen zu führen und so die Festung „wie in einem Schraubenstock“ zu fassen, mit der größten Energie. Ein Versuch Gortschakows, von der Tschernaja aus

mittels eines Flankenangriffs die feindlichen Linien zu durchbrechen, wurde vereitelt und endigte, indem General Faucheux das Flußufer nebst der Tschernajabrücke im Rücken der Russen gewann, mit einem verlustvollen Rückzug. In diesem Gefecht zeichnete sich die piemontesische Mannschaft durch kriegerische Tüchtigkeit aus, die ihr die Achtung von ganz Europa erwarb. Der Verlust von mehr als 2000 Kriegern während des Feldzugs, meistens an Wunden, löschte die Schmach von Novara aus und war die Bluttaufe für künftige Waffenthaten. Ermutigt durch den Erfolg an der Tschernaja, verdoppelte Pélissier seine Anstrengungen. Vom 17. August an dauerten die Angriffe fast ohne Unterbrechung fort, damit die Russen nicht Zeit fänden, die zerstörten Werke wieder herzustellen, und durch den unaufhörlichen Kugelregen die Zahl der Vertheidiger in den Straßen und auf den unbeschützten Stellen gemindert würde. Der französische Feldherr erreichte seinen Zweck. Wie bewunderungswürdig immer die Ausdauer war, welche die Russen der kühnen Tapferkeit der Franzosen und dem kalten Mut der Engländer entgegensetzten, da die Zahl der Toten sich täglich auf mehr als tausend belief, so mußte zuletzt die Kraft der Belagerten gebrochen, ihre Energie gelähmt werden. Nachdem vom 5. September an ein furchtbares, Tag und Nacht fortdauerndes Geschützfeuer schreckliche Verheerungen angerichtet und gegen 5000 Russen auf den Schanzen und in der Stadt hingerafft hatte, begann am 8. September Schlag zwölf Uhr der Hauptsturm. Der schwerste Teil der Arbeit fiel den Franzosen zu, welche den Malakowturm als Ziel und Kampfpreis gewählt; die Engländer richteten ihren Angriff gegen den sogenannten Redan. Die leichten Sturmkolonnen der Generale Bosquet und Mac Mahon erstiegen bald die Höhe und pflanzten die Trikolore auf; aber im Innern setzten die Russen, durch viele in einander laufende bedeckte Gänge geschützt, den Eindringlingen einen verzweifelten Widerstand entgegen. Tausende stürzten unter den Schüssen und Bayonetten tot oder verwundet zu Boden, darunter vier russische Generale, andre Scharen wurden durch die Explosion einer Batterie unter Schutt und Trümmern begraben; ja, als endlich nach fünfstündigem Riesenkampf die Franzosen Meister des Turmes wurden, hätten sie leicht mit demselben in die Luft fliegen können, wäre es ihnen nicht gelungen, die Drähte zu zerschneiden, die aus der Stadt nach den in der Tiefe verborgenen Pulvermassen leiteten. Gleichzeitig wurde auch an den übrigen Festungswerken mit derselben Anstrengung und Erbitterung gestritten und über Leichenhügeln um den Besitz von Mauern und Schanzen gerungen. Die Engländer bemächtigten sich mit großer Tapferkeit des Redan, wurden aber wieder zum Weichen gebracht. Ihr Verlust betrug 2400 Mann, indes der der Franzosen sich auf 7300 belief und die russische Kriegsmacht an diesem und dem folgenden Tag um mehr als 13,000 Streiter vermindert wurde. Mit dem Fall des Malakowturms war das Schicksal von Sebastopol entschieden. Während der Nacht ließ Gortschakow alle Festungswerke der südlichen Stadt, die noch in russischen Händen waren, in die Luft sprengen und die noch

16. Aug. 1855.

8. Sept.

übrigen Schiffe der Kriegsflotte bis auf einen einzigen Dampfer im Hafen versenken. Darauf führte er den Rest des Heeres auf die Nordseite des Meerbusens, die Schiffbrücke hinter sich zerstörend.

d. Der Pariser Frieden und die politischen Zustände in der orientalischen Welt.

Ausgang des Kriegs. So endete der denkwürdige Belagerungskrieg von Sebastopol. Er hatte allen Beteiligten große Opfer an Menschen und Geldsummen auferlegt, daher regte sich auch der allgemeine Wunsch nach einer Ausgleichung durch einen billigen Frieden. Rußland war durch die Eroberung der Festung noch keineswegs so geschwächt, daß die Westmächte hätten glauben dürfen, dasselbe aus seiner europäischen Machtstellung zu drängen, zumal da Österreich nicht länger mit ihnen ging und Preußen, sowie die meisten deutschen Bundesstaaten sich mehr und mehr auf die Seite des Zaren neigten. Noch hielt der russische Doppeladler die Halbinsel Krim mit starken und scharfen Klauen fest, da Gortschakow auf den Höhen im Osten der Stadt eine gewaltige Stellung genommen hatte, von wo aus er über Perekop und das Faule Meer mit dem übrigen Reich in Verbindung stand. Es änderte wenig an der Sachlage, daß die verbündete Flotte auf zwei weitern Expeditionen zuerst die kleinen russischen Festungen Taman und Phanagoria gegenüber von Kertsch zerstörte und dann von Kinburn aus Oczakow bedrohte. Aber je offener sich das Verlangen nach Frieden aussprach, desto mehr wünschte Rußland, um nicht als überwundene Macht zu erscheinen, durch einen neuen Erfolg im Feld die Niederlage bei Sebastopol auszugleichen. Dieser Wunsch wurde erreicht. Die von General Murawiew belagerte türkische Festung Kars südöstlich von Trebisonde wurde, nach der heldenmütigsten Verteidigung unter Wassif Pascha, dem der Engländer Williams und der ungarische General
27. Nov. 1855. Kmety mit Rat und That zur Seite standen, durch Hunger zur Übergabe gezwungen.

Der Pariser Frieden. Nun konnte auch Rußland mit Ehren Frieden schließen. Nachdem am 16. Januar der österreichische Bevollmächtigte Fürst Esterhazy mit dem russischen
Jan. 1856. Staatsminister Graf Nesselrode über mehrere Punkte übereingekommen war, die als Friedensbasis dienen konnten, und die Pforte den Westmächten und Österreich in einem Vertrag die Gleichstellung der Christen mit den Mohammedanern
25. Febr. nebst andern wichtigen Zusicherungen gewährt hatte, wurde am 25. Februar in Paris ein Friedenskongreß eröffnet, an dem außer den vier beteiligten Großmächten und der Türkei noch Sardinien und schließlich auch Preußen als Mitunterzeichner der Londoner Übereinkunft vom 13. Juli 1841 teilnahmen. Vergebens suchte der österreichische Bevollmächtigte Graf Buol-Schauenstein die Zulassung des Turiner Gesandten zu hintertreiben, England und Frankreich nahmen sich des Bundesgenossen an. Nach mehrwöchigen Verhandlungen ver-

einigte man sich zu einer Reihe von Abmachungen, welche den Bestand des os- 30. März 1856.
manischen Reichs sicherstellten, Rußland eine kleine Gebietsabtretung auferlegten, die Donauschiffahrt frei machten, die durch einen Teil von Bessarabien vergrößerten Fürstentümer Moldau und Walachei, sowie Serbien neben der Oberherrlichkeit (Suzeränität) des Sultans noch unter den Schutz der Vertragsmächte stellten, die Gleichberechtigung der Christen mit den Mohammedanern unter Gewährleistung und Überwachung sämtlicher Großmächte aufrecht erhielten, durch die Neutralisierung des Schwarzen Meeres und die Ausschließung aller Kriegsschiffe von dessen Häfen dem Übergewicht der russischen Seemacht in den pontischen Gewässern ein Ende bereiteten. So wurde durch den (dritten) Pariser Frieden gegen den bisherigen Gebrauch auch die Türkei in das europäische Völkerrecht aufgenommen und zugleich der Grundsatz zur Geltung gebracht, daß die Meere und die großen internationalen Ströme dem allgemeinen Weltverkehr offen stehen sollten. Die Sonderstellung der Osmanen sollte somit aufhören und die Türkei in die europäische Gemeinschaft, wie man sagte, „in das Konzert der europäischen Mächte", d. h. in ihre Genossenschaft in allen völkerrechtlichen Verhältnissen eintreten. Zugleich kam auf Betreiben des französischen Ministers Walewski eine Reform des internationalen Seerechts zu stande. Die Mächte verständigten sich über die Abschaffung der Kaperei und stellten den Grundsatz auf, daß die neutrale Flagge künftig die feindliche Ware decke, mit Ausnahme von Kriegskontrebande, und daß eine Blockade, um verbindlich zu sein, „effektiv" sein, d. h. durch eine Seemacht gehandhabt werden müsse, welche stark genug sei, um den Zugang thatsächlich zu sperren. Damals stand Napoleon auf der Höhe seiner Macht. Von allen Seiten wurden dem „Emporkömmling" Huldigungen dargebracht, sein Minister Walewski, ein natürlicher Sohn des ersten Napoleon, leitete den Kongreß; aller Augen waren dem neuen Schiedsrichter Europas zugewendet, der im Siegesglanz dastand und dessen Glück um dieselbe Zeit noch durch die Geburt eines Sohnes erhöht ward, den seine schöne spanische Gemalin Eugenie zur Welt brachte, das „Kind Frankreichs", dessen 16. März.
Thronfolge zu sichern des Kaisers höchstes Anliegen war.

Die Pforte ging übrigens nicht gestärkt, sondern geschwächt aus dem Krimkrieg Die Türkei nach dem Krimkrieg.
hervor. Der „kranke Mann" kam nicht zur Genesung, sondern schritt mehr und mehr seiner Auflösung entgegen. „Obgleich die Pforte," schrieb Ranke schon im Jahr 1844, „in ihrem eignen Gang dahin getrieben und von dem Geist des Jahrhunderts auch ihrerseits nicht unberührt, den christlichen Einwohnern Erleichterungen hat angedeihen lassen, ist sie doch ihrer islamitischen Unterthanen zu wenig mächtig und sie selber beharrt noch zu streng auf dem religiösen Grundbegriff ihrer Herrschaft, als daß die Sache auf diesem Weg zu Ende gebracht werden könnte." Die Ansprüche der islamitischen Bevölkerung auf Alleinberechtigung in der Leitung der öffentlichen Dinge machten alle Versöhnungs- und Ausgleichungsversuche des christlichen Abendlandes zu nichte, alle Versprechungen der türkischen Regierung trügerisch. Der Widerwille der Mohammedaner, die Gleichberechtigung der Rajah anzuerkennen, führte stets zu neuen Mißhelligkeiten, welche die Intervention des Auslandes nöthig machten. In Syrien erhob sich Syrien.

der alttürkische Fanatismus zu greuelvollen Christenverfolgungen. Die Mißhandlungen der **Maroniten**, einer Christensekte im Norden des Libanon, durch die **Drusen**, einen dem Islam angehörenden kriegerischen Volksstamm auf der Südseite dieses Gebirges, nahmen einen so gräßlichen Charakter an, daß, da die Pforte weder den Willen
1860. noch die Kraft besaß mit Nachdruck dem Unwesen zu steuern, Kaiser Napoleon sich zu einer bewaffneten Intervention veranlaßt sah. Der General Hautpoul-Beaufort zog in Damaskus ein, setzte den türkischen Pascha in den Stand und in die Notwendigkeit, über die Urheber der Mordgreuel Strafgerichte zu verhängen, und ermöglichte es der Regierung in Konstantinopel, einige Änderungen in der Verwaltung des Libanonlandes vorzunehmen, wodurch der Wiederkehr ähnlicher Szenen vorgebeugt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit trug Abd el Kader, der damals in Damaskus lebte, dem französischen Kaiser den Dank für die frühere Freilassung ab, indem er sich der syrischen Christen heldenmütig annahm. Dafür wurde ihm das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen. Nur dem energischen Widerstand Englands war es zuzuschreiben, daß sich die französische Intervention in Syrien nicht wie in Rom zu einer dauernden Okkupation ge-
1861. staltete. Im Juni kehrten die französischen Truppen zurück. Bald darauf starb der
26. Juni. Sultan **Abdul Medschid**, der, obwohl voll guten Willens und der Zivilisation des Westens zugethan, seine Kraft in den Genüssen des Harems verschwendet hatte. Sein
Abdul Aziz. 1861–1876. Bruder und Nachfolger **Abdul Aziz** verfiel nach kurzem Anlauf zur Beseitigung mancher Übelstände bald wieder der herkömmlichen Schlaffheit, dem Regiment der Günstlinge und der Verschleuderung der Finanzen. Doch kam man in Konstantinopel mehr und mehr zu der Überzeugung, daß der türkische Staat nur durch Reformen im Geiste des Abendlandes und durch Annäherung an die europäische Kultur vom gänzlichen Verfall gerettet werden könne. Diese Ansicht erhielt ihre bedeutendsten Vertreter in dem großen Staatsmann **Fuad Pascha**, der sich durch eifriges Studium europäische Bildung angeeignet hatte, und in seinem langjährigen Freund und Gesinnungsgenossen
Sommer 1867. Aali Pascha. Jener begleitete den Sultan auf der großen Reise nach Paris, London, Wien und benutzte die überwältigenden Eindrücke, welche die Zustände des Abendlandes und die Schöpfungen der christlichen Zivilisation auf das Gemüt des Großherrn hervorbrachten, um ihn zu freisinnigen Reformen, zu einer Gleichstellung der christlichen und mohammedanischen Bevölkerung im türkischen Reich, zu einer Befreiung des Staats von den Satzungen der Religion des Korans zu bewegen. Seine Bemühungen waren nicht erfolglos; der Sultan zeigte ein lebhaftes Verlangen, sein Reich nach dem Vorbild der christlichen Staaten zu heben und durch Beförderung von Eisenbahnen und Verkehrsmitteln die Verbindung mit denselben zu erleichtern; durch Reformen in der Organisation der Provinzen, durch die Gründung eines neuen Staatsrats aus Christen und Muselmanen, sowie eines obersten Justizrats und durch die Aufnahme einer Anzahl Christen selbst in die höchsten Stellen der Regierung erhielt das System wenigstens einen kräftigen Anfang. Ob aber bei der Unwissenheit der Beamten, bei den Vorurteilen des Volks, bei dem Fanatismus der alttürkischen Partei, bei dem Christenhaß der Armee und bei der volkswirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung des osmanischen Reichs die Durchführung von Reformen im Geist des modernen Staats noch möglich war, erschien immer zweifelhafter, namentlich seitdem durch den
11. Febr. 1869. Tod Fuad Paschas in Nizza die Hauptsäule dieser Kulturrichtung gebrochen war. In der Folge hat der Versuch, die altmohammedanische Senioratsordnung in der Thronfolge zu beseitigen und dafür die in den übrigen europäischen Staaten geltende Succession nach dem Majoratsrecht in der herrschenden Dynastie einzuführen, unter den Bekennern des Islam eine starke Aufregung erzeugt.

Die größten Schwierigkeiten bereiteten der Pforte die nach Unabhängigkeit stre-

benden Vasallenstaaten. Die Donaufürstentümer Moldau und Walachei vereinigten sich gegen den Willen der türkischen Regierung zu einem Fürstentum Rumänien, unter Bedingungen, welche die Oberhoheitsrechte des Sultans in sehr enge Grenzen einschlossen. Die Landstände wählten den moldauischen Edelmann Alexander Cusa zum gemeinschaftlichen Herrscher, ohne sich um die Protestation der Pforte gegen die Union zu kümmern. Alexander Johann I., der Abkömmling einer geringen Bojarenfamilie, hatte sich durch Glück und Klugheit emporgeschwungen und alle seine hochgestellten Mitbewerber aus dem Feld geschlagen. Aber er war zur Willkür und Verschwendung geneigt und gab durch sein häusliches Leben Anstoß. Als die Landstände seinen Wünschen nicht willfährig genug entgegenkamen, entledigte er sich nach dem Vorbild seines Gönners Napoleon der lästigen Fesseln und ließ sich durch ein Plebiszit ausgedehntere Fürstengewalt zuteilen. Auf Grund dieser Gewalt griff ein willkürliches, despotisches Regiment Platz, und da sich Alexander zugleich durch Habsucht und Sittenlosigkeit Haß und Verachtung zuzog, entstand nach zwei Jahren in Bukarest eine Empörung, welche die Vertreibung Cusas und die Wahl eines deutschen, dem preußischen Königshaus verwandten Fürsten, Karl Anton von Hohenzollern, eines verständigen wohlmeinenden Mannes, zur Folge hatte. Cusa starb am 15. Mai 1873 zu Heidelberg.

Moldau und Walachei (Rumänien). Jan. 1859. Mai 1864. 23. Febr. 1866. April.

Auch Serbien schritt auf der Bahn zur nationalen Selbständigkeit und zur Befreiung von dem türkischen Lehnsverband, die es schon seit dem Anfang des Jahrhunderts betreten, immer weiter voran, ein Vorgang, der mehr von der christlich-slawischen Nationalpartei unter russischem Beistand als von dem Fürstenhaus ins Werk gesetzt ward. Milosch Obrenowitsch, den wir als erblichen Klientelfürsten kennen gelernt (XIV, 737), vermochte sich nur mühsam des russischen Einflusses zu erwehren, den der Zarenhof durch die nationale Partei und den übermächtigen Senat in Belgrad ausübte. Die Widersacher wurden endlich so gefährlich, daß der Fürst, den man der Übertretung des unter russischer Einwirkung entstandenen Staatsgrundgesetzes (Ustaw) beschuldigte, der Opposition weichen mußte. Er dankte zu gunsten seines Erstgebornen, Milan, ab und zog aus dem Land. Darauf wurde, da der kranke Milan bald starb, der zweite Sohn Michael Obrenowitsch zum Fürsten ausgerufen und vom Sultan bestätigt. Aber der Sohn war noch weniger den Schwierigkeiten gewachsen als der Vater. Nachdem er drei Jahre den agitatorischen und konspiratorischen Umtrieben der feindseligen Partei unter der Leitung von Wutschitsch, Petronjewitsch, Garaschanin glücklich widerstanden, wurde er durch das über Steuerdruck und Willkürmaßregeln erbitterte und von Wutschitsch unter die Waffen gerufene Volk zur Flucht getrieben, worauf die Skupschtina (Nationalversammlung) die Familie Obrenowitsch der Regierung für verlustig erklärte und Alexander Karagiorgiewitsch an Michaels Stelle zur Herrschaft berief. Der Sultan erteilte ihm die Bestätigung; Kaiser Nikolaus zürnte über die revolutionäre Eigenmächtigkeit, gab aber schließlich, als er sich überzeugte, daß Rußlands Stellung als Schutzmacht der christlichen Bevölkerung in Serbien keine Störung erleiden würde, gleichfalls seine Zustimmung. Der russisch-türkische Krieg der fünfziger Jahre war den Bestrebungen der Serben nach größerer Selbständigkeit förderlich. Da Fürst Alexander sich jeder aktiven Teilnahme an dem Kampf zu enthalten erklärte und zur Behauptung seiner Neutralität Vorbereitungen traf, so mußte die Pforte, um nicht die Zahl der Feinde zu mehren, zugeben, daß die Rajah sich bewaffneten und militärisch einübten. In dem Pariser Frieden wurden Festsetzungen getroffen, welche die nationale Selbständigkeit um einen Schritt weiter förderten: das Fürstentum Serbien sollte auch fortan dem türkischen Reich angehören, aber es sollte eine völlige Unabhängigkeit der Verwaltung, Freiheit des Kultus und der Gesetzgebung

Serbien. 13. Juli 1839. Sept. 1842.

nicht allein, sondern auch des Handels und der Schiffahrt erhalten und unter der Garantie der Mächte stehen. Die Türken sollten die Festungen in Serbien wie bisher mit ihren Garnisonen versehen, aber eine Intervention in die innern Angelegenheiten des Landes nicht vornehmen dürfen, eine Zwitterstellung, welche die Keime neuer Verwickelungen in ihrem Schoß trug. Alle Einrichtungen, die während des Kriegs getroffen waren und nach dem Frieden weiter geführt wurden, hatten den Zweck, die Suzeränitätsrechte des Padischa zu mindern, das Nationalbewußtsein der Bevölkerung und die slawisch-russischen Neigungen zu wecken und die volle Selbständigkeit des Landes vorzubereiten. So war gegen die ausdrückliche Bestimmung der Traktate von dem Fürsten und der von ihm einberufenen Nationalversammlung eine Volksbewaffnung unter dem Namen Nationalmiliz gegründet worden, in der unverkennbaren Absicht, wenn einst die christlichen Rajah der europäischen Türkei sich gegen die mohammedanischen Herrscher erheben würden, wirksamen Beistand leisten zu können. Die Protestation der Pforte war ohne Wirkung geblieben. Die nationale Partei der Jungserben, die ihre Anhänger im Senat und unter den gebildeten Klassen hatte und in dem Zaren von Rußland ihr eigentliches Oberhaupt, den Hort ihres Volkstums und ihrer Religion erblickte, an ihrer Spitze Wutschitsch und Garaschanin, suchte diesen Bestrebungen mehr Nachdruck zu geben, sah sich aber in ihren Bemühungen gehemmt und gehindert durch den Fürsten Alexander Karagiorgiewitsch, der mehr zu Österreich neigte. Es bildete sich daher eine starke Opposition, welche in der Skupschtina vom Jahr 1858, zu
23. Dez. 1858. deren Einberufung man ihn nötigte, die Oberhand bekam und die Absetzung des Fürsten Alexander aussprach. Er flüchtete sich auf österreichisches Gebiet, während den serbischen Thron der alte verbannte Fürst **Milosch Obrenowitsch** wieder einnahm, dem dann auch die Pforte auf Verwendung Rußlands und Frankreichs nach einigem Sträuben die Investitur erteilte. Als er im nächsten Jahr starb, erlangte sein Sohn
26. Sept. 1860. **Michael III.** (Obrenowitsch) zum zweitenmal die Herrschaft, die nun in seinem Haus erblich erklärt wurde. Heftige Streitigkeiten zwischen den christlichen Bewohnern und den Türken in der Festung Belgrad, oft zu blutigen Kämpfen gesteigert, gaben dem Fürsten Gelegenheit das Volksheer zu verstärken und zweckmäßiger zu organisieren, nötigten aber auch die Pariser Vertragsmächte zu vermittelndem Einschreiten, infolge-
6. Okt. 1862. dessen die türkischen Einwohner, mit Ausnahme der Besatzungstruppen, das Land verlassen mußten. Aber selbst dieses genügte den Serben nicht auf die Länge. Sie for-
März 1867. derten und erlangten endlich die Räumung aller serbischen Festungen, wodurch das Suzeränitätsrecht der Pforte zu einem wesenlosen Schatten herabsank. Im folgenden Jahr fand Michael Obrenowitsch ein tragisches Ende. Als er sich in dem Park von Topschider bei Belgrad erging, wurde er von drei mit Revolvern bewaffneten Ver-
10. Juni 1868. schwornen ermordet und eine Verwandte, die ihn begleitete, auf den Tod verwundet. Die Volksstimme bezeichnete den verbannten Fürsten Alexander Karagiorgiewitsch als den geheimen Anstifter der blutigen That. Aber die Hoffnung, auf diesem Weg wieder in den Besitz des Thrones zu kommen, ging nicht in Erfüllung. Vielmehr wurde von der Nationalversammlung der junge Neffe des Ermordeten, **Milan Obrenowitsch**, der in Paris seinen Studien oblag, zur Herrschaft berufen, bis zu seiner Volljährigkeit eine Regentschaft eingesetzt und die Verfassung in liberalem Sinn verändert. Von den der Teilnahme an dem Mord Angeklagten und Überwiesenen ward der Hauptschuldige Radowanowitsch, der die Geschäfte der Karagiorgiewitschen in Belgrad besorgte
Nov. und den man für den eigentlichen Urheber der Bluthat hielt, zum Tod verurteilt, drei andre zu fünfjährigem Gefängnis. Das tragische Ende Michaels erregte allgemeine Teilnahme. Es war ihm gelungen, heißt es bei Ranke, die innere Verfassung des Landes von dem türkischen Einflusse loszureißen, die Moslems zu entfernen,

endlich selbst die Festungen in serbische Hände zu bringen. Man sah ihn beschäftigt, der europäischen Kultur weitere Wege zu bahnen und durch ein Grundgesetz die Zukunft des Landes auf alle Zeiten zu sichern. Da hat der Zug der alten Barbarei ihn in der Blüte der Jahre mit einem gräßlichen Attentat heimgesucht, das dieses Mal sein nächstes Ziel erreichte. Vier Jahre dauerte die Regentschaft, während welcher Zeit Kultur, Industrie und Handel sich hoben und ein wohlthätiger Frieden herrschte. Eine neue Verfassungsurkunde wurde ausgearbeitet, welche der Nationalversammlung große Rechte einräumte. Dann folgte ein Wahlgesetz, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, ein Preßgesetz. Im August 1872 übernahm Fürst Milan selbst die Re- Aug. 1872.
gierung, ein junger Mann von vorherrschend russischen Neigungen.

In Montenegro, wo Fürst Danilo am 12. August 1860 von einem Ein- Montenegro.
gebornen ermordet und dann durch den Einfluß seiner Witwe seines Bruders Sohn Nikolaus zur Herrschaft berufen ward, dauerten die Feindseligkeiten gegen die Türken 1861. 1862.
fort. Der Krieg endete aber zum Vorteil Montenegros, welches eine ansehnliche Gebietserweiterung erhielt. Auch als in der Folge die christlichen Unterthanen der Herzegowina sich gegen die Mohammedaner erhoben, fanden sie bei dem montenegrinischen Bergvolk und seinem Fürsten, einem eifrigen Anhänger Rußlands, Unterstützung.

Der zunehmende Verfall der osmanischen Macht erfüllte die Griechen mit der Griechenland.
Hoffnung, daß die „große Idee" zum Durchbruch geführt werden könnte, wenn ein thatkräftiger König auf dem Thron säße, daher wurden die Agitationen und Verschwörungen bei dem Militär und unter den gebildeten Ständen immer gefahrdrohender für die bayrische Dynastie. Fast dreißig Jahre hatte König Otto das Zepter mit schwachen Händen, wenn auch nicht ohne guten Willen geführt und aus seiner bayrischen Heimat war manche schöne Summe nach Athen geflossen, um das griechische Königtum würdig auszustatten. Aber der gutmütige Otto vermochte kein Gefühl der Anerkennung und des Dankes zu erwecken. Wie sehr auch die königliche Regierung bemüht war, das Staatswesen in verfassungsmäßigem Gang zu erhalten, das hellenische Volk wußte die Segnungen einer friedlichen Verwaltung in beschränkten Kreisen nicht zu würdigen; der Mangel an militärischen Gaben und ehrgeizigem Unternehmungssinn, der während des russisch-türkischen Kriegs zu Tage trat, entzog dem König die Achtung und Teilnahme seines Volks und entfremdete ihm besonders die Herzen der Soldaten. Freilich war die passive Natur des Monarchen, den auch seine dem russischen Kaiserhaus verwandte Gattin Amalie von Oldenburg, eine Frau von kräftigem, fast männlichem Geist und romantischen Regungen, nicht zum entschlossenen Handeln zu veranlassen vermochte, wenig geeignet, die Schwierigkeiten zu heben oder zu mindern, welche der bewegliche Charakter des Volks, die Armut des dürftig angebauten Landes und die schlimme Finanzlage bei der hohen Nationalschuld schufen. Bei dem sichtbaren Hinsinken des osmanischen Reichs glaubten die Griechen zu einer künftigen Weltstellung berufen zu sein, die sie unter Ottos friedlichem Zepter nie erlangen könnten. Es bildete sich daher eine weitverzweigte Verschwörung, die im Heer viele Genossen zählte und, da Rußland dem ehrgeizigen Traum eines byzantinischen Reichs widerstrebte, ihre Blicke auf England warf. Die Seele derselben war der alte Seeheld Kanaris. Im Februar 1862 brach in Nauplia eine Militärempörung aus, die erst im April unterdrückt werden konnte. Die Nachsicht, die der König dabei bewies, indem er eine ausgedehnte Amnestie erteilte und dann, den Volkswünschen entsprechend, die Errichtung einer Nationalgarde vorbereitete, ermutigte andre zur Nachahmung. Im Oktober, als der König auf einer Rundreise durch den Peloponnes begriffen war, brachen Aufstände in Vonizza, Patras, Korinth und endlich in Athen aus; es bildete sich eine provisorische Regierung, deren erster Akt die Thronentsetzung Ottos war. Auf die Kunde Okt. 1862.

davon eilte der König nach dem Piräeus; aber auf den Rat der Gesandten gab er bald den Gedanken eines Widerstands auf. In Salamis machte er durch eine letzte Proklamation den Griechen seinen Entschluß kund, in sein Vaterland zurückzukehren, und bestieg dann ein englisches Schiff, das ihn nach Triest brachte.

Der Thronwechsel. Die Umwälzung ging ohne Blutvergießen und Gewaltthat vor sich und wurde von den europäischen Mächten als vollendete Thatsache hingenommen, hatte aber auch keine weitern Folgen, als daß sich die Griechen nach einem andern König umsahen. Die neue Regierung erkannte bald, daß zu einem Angriff gegen die Türkei die ihr zu Gebote stehenden Mittel unzulänglich seien. Ihre nächste Sorge war daher, den erledigten Thron wieder zu besetzen. Ohne die Bestimmung der Verfassung zu beachten, nach welcher der jüngere Bruder des kinderlosen Königs Otto, Adalbert von Bayern zum Thronfolger berufen war, richteten die Griechen zuerst ihre Blicke auf den englischen Prinzen Alfred. In England schien man dem Vorhaben nicht abgeneigt zu sein; als aber Rußland für den Herzog von Leuchtenberg wirkte, den auch Frankreich begünstigte, gab man den Gedanken auf. Nun kamen die drei Regierungen überein, daß sie an den frühern Verträgen, kraft deren die herrschenden Familien der Schutzmächte vom griechischen Thron gleichmäßig ausgeschlossen sein sollten, festhalten wollten, worauf
4. Dez. 1862. die schriftliche Verzichtleistung erfolgte. Da aber die englische Regierung zu verstehen gab, daß sie, falls die Königswahl nach ihren Wünschen ausfalle, in die Vereinigung der Ionischen Inseln mit Griechenland willigen würde, so blieb ihr Einfluß vorwiegend. Aber umsonst bemühte sie sich, unter den Gliedern des Hauses Sachsen-Koburg den Griechen einen König zu finden, indem sie zuerst den König von Portugal, dann den Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha vorschlug. Beide lehnten die wenig beneidenswerte Krone ab. Endlich wurde der zweite Sohn des durch den Londoner Vertrag zum König von Dänemark bestimmten Christian von Glücksburg, ein Bruder der Gemahlin des Prinzen von Wales, zur Annahme der griechischen Krone
30. März 1863. bewogen. Von der hellenischen Nationalversammlung und von den drei Schutzmächten
5. Juni. als König von Griechenland unter dem Namen Georg I. anerkannt, begab sich der junge Fürst nach Athen, wo er im Oktober anlangte und die Zügel der Herrschaft mit schwachen Händen ergriff. Großbritannien entsagte nunmehr seiner Schutzherrschaft über die Republik der Ionischen Inseln und willigte in deren Vereinigung mit dem griechischen Königreich. Allein auch unter dem neuen Regiment litt Griechenland an dem Erbfehler dieser kleinen, auf dem Boden des Türkenreichs erwachsenen Staaten, an dem unfruchtbaren Drang eine große Politik zu treiben, an zerrüttender Parteisucht, fortwährenden innern Krisen, Finanznot und wirtschaftlichem Niedergang. Statt im Innern ein würdiges Staatswesen auszubilden, richteten die Griechen ihre Blicke stets nach außen und suchten die Schwäche der Türkei zu ihrer eignen Vergrößerung zu benutzen. Die Aufrichtung eines Hellenenstaats auf den Trümmern des Osmanenreichs blieb die „große Idee" der Nation, die bei jeder tiefern Bewegung aufs neue zu Tage trat. Die Unfähigkeit der griechischen Regierung, im eignen Land Ordnung zu schaffen und das Gesetz zur Geltung zu bringen, zeigte sich in auffallendster Weise, als mehrere angesehene Engländer, welche von Athen aus das Schlachtfeld von Marathon besuch-
Mai 1870. ten, von einer Räuberschar überfallen und ermordet wurden und bei dem Verhör der Gefangenen verdächtige Verbindungen der Schuldigen in der Hauptstadt selbst zur Sprache kamen.

Insurrektionskrieg in Kandia. Als das Einigungswerk Italiens durch die Erwerbung Venetiens seinem Abschluß nahe gebracht wurde, regten sich auch in der griechischen Welt neue Unabhängigkeitsbestrebungen, die auf der nach Vereinigung mit dem hellenischen Königreich trachtenden
1866. Insel Kandia (Kreta) zu einem allgemeinen Aufstand führten, welcher durch türkische

und ägyptische Kriegsmannschaften zwar niedergehalten, aber trotz mancher günstigen Anerbietungen von seiten der Pforte nicht gänzlich unterdrückt werden konnte, da er durch Zuzüge griechischer und selbst italienischer Freiwilligen stets neue Nahrung erhielt und heimlich von Rußland begünstigt ward. Auch in Rhodus und andern von Griechen bewohnten Landschaften des Osmanenreichs erzeugte der Steuerdruck und der religiöse Fanatismus der Mohammedaner Aufstände und kriegerische Bewegungen unter der christlichen Bevölkerung. Diese waren noch im vollen Gang, als König Otto in einem Alter von 52 Jahren nach kurzer Krankheit in Bamberg starb. Die Vermählung 26. Juli 1867. des Königs Georg mit einer russischen Fürstentochter knüpfte das Band zwischen Rußland und Griechenland noch enger. Aber alle Bemühungen des Petersburger Kabinetts und andrer Mächte, die Pforte zur Abtretung der Insel Kandia zu bewegen, blieben erfolglos. Die Griechen fuhren fort, die aufständischen Kandioten zu unterstützen. Da schritten die Türken endlich zu energischen Maßregeln. Anfangs Dezember wurde ein 1868. Ultimatum nach Athen gerichtet, und als man dort auf dasselbe nicht einging, wurden die türkischen Häfen den griechischen Schiffen verschlossen und alle hellenischen Unterthanen von türkischem Gebiet ausgewiesen. Aufs neue wurden die europäischen Mächte durch die orientalische Frage beunruhigt: England, Frankreich und Österreich standen auf seiten der Türkei; Rußland befand sich in einer schwierigen Lage: sollte es durch Unterstützung der Griechen einen neuen Krieg wagen oder durch Preisgebung derselben seinen Einfluß im Orient gefährden? Da machte Preußen den Vorschlag, die Sache auf einer europäischen Konferenz in Paris zum Austrag zu bringen. Von dieser wurde Jan. 1869. eine Vermittelung getroffen, welche auch die griechische Regierung auf Zureden Rußlands annahm. Wozu sich Griechenland der Pforte gegenüber nicht hatte verstehen wollen, glaubte es ganz Europa gegenüber nicht verweigern zu können. Die kandiotische Insurrektion ging nunmehr zu Ende, und die Insel kehrte wieder unter die Botmäßigkeit der Pforte zurück. Die Geldnot in beiden Staaten machte eine friedliche Ausgleichung zur Notwendigkeit.

Seitdem schritt man in Konstantinopel auf dem betretenen Weg fort. Der Besuch Die Pforte u. Ägypten. der Kaiserin Eugenie von Frankreich, des Kaisers Franz Joseph von Österreich, des Kronprinzen von Preußen und andrer hohen Herrschaften, welche zur Feier der Eröffnung des Suezkanals nach dem Orient reisten, führte die Annäherung zwischen dem osmani- Herbst 1869. schen Reich und der europäischen Kulturwelt einen Schritt weiter. Bei dieser Gelegenheit mochte auch ein Besuch in der türkischen Hauptstadt um so angemessener scheinen, als der Sultan den „Vizekönig" Ismail Pascha im Verdacht hatte, er wolle das Vasallitätsverhältnis mit der Pforte zerreißen und sich zum unabhängigen Herrscher machen, ein Verdacht, der besonders dadurch gesteigert ward und den „Großtürken" mit Eifersucht erfüllen mußte, daß der „Chedive" auf einer Rundreise durch die europäischen Hauptstädte im Mai und Juni 1869 bei den Höfen seine persönliche Einladung zu der Einweihungsfeier ohne Vermittelung seines Suzeräns angebracht hatte und bei der Festlichkeit selbst einen für die ägyptischen Finanzen bedenklichen Aufwand entfaltete. Die Pforte, durch den günstigen Ausgang der griechisch-kandiotischen Streitfrage in ihrem Selbstgefühl gehoben, richtete nunmehr auch an den Chedive von Ägypten eine Reihe von Forderungen, wodurch die türkische Oberlehnsherrlichkeit in Beziehung auf Mai 1870. Finanzen und auf Heer und Marine hergestellt ward. Die Errichtung eines ägyptischen, Nov. 1866. aus gewählten Deputierten bestehenden Parlaments war in diesem Land des Despotendrucks natürlich nur eine Komödie.

3. Rußland und Polen unter Alexander II.

a. Die Reformpolitik Alexanders.

† 2. März 1855. Die Unfälle in der Krim, besonders die Niederlage bei Eupatoria, gaben Alexander II. 1855—1881. dem Kaiser Nikolaus den Herzstoß. Sein Sohn und Nachfolger Alexander II. Seine Friedenspolitik. wandelte nicht in des Vaters Wegen. Wenn auch die russische Waffenehre verlangte, daß der begonnene Krieg mit der bisherigen Energie zu Ende geführt werde, so gab der neue Kaiser doch bald nach dem Friedensschluß zu erkennen, daß ein andrer Geist in ihm lebe, daß er, wie er gleich nach der Beendigung des Pariser Kongresses in einer Anrede an die Moskauer Adelsgemeinde aussprach, das volle Wohlergehen der Künste des Friedens dem eiteln Glanz der Gefechte vorziehe, daß er bei seinen Regierungshandlungen nicht die Neigungen und Sonderinteressen eines einzigen Standes, sondern die Wohlfahrt und die Bedürfnisse des Ganzen ins Auge fassen werde. Die öffentliche Meinung regte bald mächtig ihre Schwingen und forderte Reformen. Die unter Nikolaus' eisernem Regiment geknechteten Geister enthüllten die Schäden des Staats und der Gesellschaft, den Despotismus und die Korruption der Beamtenwelt, die Willkür und Tyrannei der Zensur und Polizei. Ein Publizist rief aus: Wach auf Rußland und verkündige die Auferstehung der Wahrheit, die Kaiser Nikolaus begraben hat und einen Stein auf das Grab gewälzt und eine starke Wache davor gestellt. Alexander verschloß seine Ohren nicht gegen solche Mahnrufe. 7. Sept. 1856. Schon bei dem glänzenden Krönungsfest in Moskau bewies er durch eine Reihe von Gnadenakten, welche vielen Verbannten Heimat, Ehre und Namen zurückgaben, daß Versöhnung und Milde nicht länger unbekannte und verachtete Regungen auf dem Herrscherthron in St. Petersburg sein sollten. Während die feudale Partei in Deutschland wehklagte, daß mit Kaiser Nikolaus der Vater der reaktionären Weltordnung aus dem Leben geschieden, wählte der Sohn die bessere Lebensaufgabe, das ererbte Reich zum Boden eines ersprießlichen Aufstrebens zu machen, wo der Fortschritt in Förderung des Volkswohles und Bildung des Volksgeistes bestehen sollte. Zunächst galt es, die schweren Wunden zu heilen, die der verheerende Krieg geschlagen. Durch die Blockade der Küsten und Wasserstraßen war die Ausfuhr der Rohprodukte gehemmt worden, war der Handel ins Stocken geraten. Eine drückende weitgreifende Aushebung zum Kriegsdienst hatte die Finanzen erschöpft und die Kräfte dem Ackerbau, der Industrie, den Künsten des Friedens entzogen. Diese Übelstände zu heben, war daher Alexanders eifrigstes Anliegen. Eine bedeutende Reduktion des Heeres, verbunden mit zweckmäßigen Neuerungen, minderte die Ausgaben und entfesselte viele gebundene Hände; durch Handelsverträge mit mehreren Staaten Europas wurde die Scheidewand niedergerissen, welche bisher das russische Reich abgeschlossen hatte, und das strenge Prohibitivsystem mit dem entsittlichenden Schleichhandel im Ge-

folge gegen eine mildere Form der Schutzzölle vertauscht; Dampfschiffahrts- und Handelsgesellschaften nahm der Kaiser unter seine besondere Protektion. Durch Verträge mit einheimischen und fremden Bankhäusern ermöglichte er den Bau großer Eisenbahnen, welche den Verkehr mit den entlegenen Provinzen erleichterten und förderten. Eine Reise des Zaren nach Deutschland, wo er nach einem Sept. u. Okt. 1857.
Besuch in Darmstadt, der Heimat seiner Gemahlin Maria Paulowna, in Stuttgart mit Napoleon, in Weimar mit dem österreichischen Kaiser zusammentraf, wurde zu politischen Abmachungen und Anknüpfungen benutzt. Zugleich wurden in Asien dem Verkehr und Warenumsatz neue Wege geschaffen, bald durch Beförderung der Schiffahrt auf dem Kaspischen Meer, bald durch Gründung oder Erweiterung von Handelsstationen und Ansiedelungen, bald durch diplomatische Verhandlungen mit den Reichen Ostasiens, besonders mit China, bald durch Sicherung und Ausdehnung der Grenzen in Tscherkessien und am Südrand Sibiriens. Innerhalb zehn Jahren wurden im Stromgebiet des Jaxartes (Syr-Darja) die russischen Besitzungen nach Khokand ausgedehnt, drangen die Waffen siegreich gegen Chiwa und Samarkand vor, wurde das nordwestliche Turkestan in ein russisches Generalgouvernement Taschkend verwandelt und das Machtgebiet des Zaren den englischen Besitzungen in Indien nahe gerückt. Schamyl, der alte Erbfeind Rußlands, wurde so sehr in die Enge getrieben, daß er sich in der Bergfestung Ghunib in Daghestan dem russischen General Variatinski übergeben und als Gefangener nach Rußland wandern mußte; zwölf Jahre später 6. Sept. 1859.
starb er in Medina. Er hatte sich durch Habgier und Erpressung so allgemein verhaßt gemacht, daß die meisten Stämme von dem „Fürsten der Gläubigen“ abgefallen waren. Um sich gegen die englische Politik, welche den Russen in Mittelasien wie in Griechenland vielfach feindlich entgegentrat, zu stärken, unterhielt das Petersburger Kabinett nähere Verbindung mit der Regierung der Vereinsstaaten Nordamerikas, eine Verbindung, die, genährt durch gegenseitige Aufmerksamkeiten und durch den Verkauf der russisch-amerikanischen Besitzungen 1867.
an die Union, mit den Jahren an Festigkeit zunahm.

In allen Gebieten des Staatslebens regte sich unter Alexander II. ein Liberale Reformen.
neuer Geist. Es wurde früher angedeutet (XV, 1. 260 ff.), mit welcher Strenge Nikolaus das geistige Leben fesselte, wie er dem religiösen Bewußtsein seiner Unterthanen Gewalt anthat, mit welcher Rücksichtslosigkeit er gegen die Bekenner aller von der griechischen Konfession abweichenden Lehrbegriffe verfuhr, mit welchem Glaubensdruck er die russische Kirche zu mehren und zur Alleinherrschaft zu führen beflissen war, wie er gegen die Juden Menschenrechte und Humanität in den Staub trat. Solcher Geistes- und Gewissensdruck widerstrebte dem Charakter Alexanders II. und wenn er auch nicht alle Fesseln abstreifen konnte, so suchte er doch auf dem Gebiet der Religion wie der Gedanken Raum zu schaffen für freiere Lebensregungen und räumte dem Gewissen und dem Denkvermögen größere Rechte ein. Nicht nur, daß er den christlichen Kirchen andern Bekenntnisses,

sowohl der römisch-katholischen als der evangelisch-protestantischen, gestattete, nach ihren Lehr- und Glaubensformen zu leben und die Kirchenverfassung unter eignen Beamten auszuführen und walten zu lassen, auch die Zwangsgesetze gegen die Juden wurden gemildert und wesentliche Schritte zu ihrer Gleichstellung gethan. Noch wirksamer waren die Maßregeln zur Beförderung der Volksaufklärung. Nicht allein, daß man die Einführung fremder Druckwerke erleichterte und das System der Überwachung und Zensur in liberaler Weise anwandte, wodurch der deutschen Wissenschaft und Litteratur eine größere Verbreitung eingeräumt ward, auch gegen die Presse des Inlandes wurden die Verordnungen des frühern Regiments in milderem Sinn gehandhabt, so daß bald die Zahl der Zeitungen und periodischen Schriften in russischer Sprache bedeutend zunahm. Die Reisen nach dem Ausland mehrten sich, seitdem die Pässe nicht mehr um so hohe Summen erworben werden mußten, und auch die Zahl der nach Rußland reisenden oder einwandernden Fremden stieg, seitdem nicht mehr eine argwöhnische Polizei jeden Kommenden und Gehenden mit Argusaugen beobachtete und überwachte, vielmehr die Hindernisse beseitigt wurden, welche der Niederlassung und Ansässigmachung der Ausländer im Wege standen. Dadurch wurde der Austausch der Gedanken, Kenntnisse und Erfahrungen erleichtert. Zugleich war man auf Hebung des Unterrichts unter allen Klassen des Volks bedacht, teils durch Verbesserung und Mehrung der Schulen, besonders der Mittelschulen, teils durch Aussendung von Lehrern, welche mit Staatsunterstützung in Deutschland und andern Ländern sich über das Unterrichtswesen Erfahrungen sammeln und sich zugleich in den verschiedenen Lehrfächern weiter ausbilden sollten. Dies hatte zur Folge, daß deutsche Schuleinrichtungen und Methoden mehr und mehr Anerkennung und Geltung fanden. Die schwierige Finanzlage suchte man durch Zinsherabsetzung bei den Reichsbanken und durch Herbeiziehung fremder Kapitalien und Handelsgesellschaften zu bessern. Als am 20. September 1862 zu Nowgorod das tausendjährige Bestehen des Reichs gefeiert ward, wurde zur Erweckung des Vertrauens zum erstenmal ein vollständiges Reichsbudget veröffentlicht. Auch eine Reform der Rechtspflege mittels Einführung von Friedens- und Geschwornengerichten wurde in Angriff genommen, wodurch die Sicherheit des Eigentums eine größere Bürgschaft erhalten und der Bestechlichkeit, die bis in die Gerichtssäle hinauf ihren entsittlichenden Einfluß übte, gesteuert werden sollte. In den neuen Instituten der Kreis- und Provinzialversammlungen, die in einer größern Anzahl von Gouvernements aus Delegierten des Adels, angesehenen Männern der grundbesitzenden und städtischen Kreise gebildet wurden, durfte man das geeignete Mittel erblicken, die verschiedenen Klassen der Bevölkerung nach und nach zu regerer politischer Thätigkeit und Selbständigkeit zu erziehen und den Übergang zu einer ständischen Reichsverfassung anzubahnen.

Die eingreifendste Reform aber fand auf sozialem Gebiet statt durch die in

Gang gesetzte Aufhebung der Leibeigenschaft und Gründung freier Bauerngemeinden mit Grundeigentum und persönlichen Rechten, eine Maßregel, welche eine vollständige Umwälzung in allen gesellschaftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Staats herbeizuführen geeignet war. Waren auch schon früher Schritte zur Verbesserung der Lage der Bauern gethan worden, so wagte doch erst Alexander II., allem Widerstand der Grundherren zum Trotz, die Umgestaltung der bäuerlichen Verhältnisse an der Wurzel anzugreifen. Die Reformen müssen von oben ausgehen, wenn man nicht will, daß sie von unten kommen, hatte er in Moskau dem Adel gesagt und damit seine Absichten angedeutet. Nachdem in den Gouvernements Wilna, Grodno, Kowno und Petersburg der Adel auf erhaltenen Wink um die Ermächtigung gebeten, die Lage seiner Leibeignen zu erleichtern, und diese Erlaubnis empfangen, trat unter des Kaisers eigner Leitung ein großes Leibeigenschaftskomitee ins Leben, welches das Werk der Bauernbefreiung in die Hand nahm. Diesem Hauptkomitee waren für jedes einzelne Gouvernement besondere Ausschüsse untergeordnet, welche mit der grundherrlichen Adelsgemeinde sich in Verbindung setzten, um die nähern Bedingungen mit ihr zu vereinbaren. Nach den vom Kaiser aufgestellten Prinzipien sollte das Eigentumsrecht der Grundherren sichergestellt bleiben, doch so, daß der Bauer eine umzäunte Wohnstätte erhält und instandgesetzt wird, innerhalb zwölf Jahren sich durch Geld oder Leistungen von den Verpflichtungen gegen den Gutsherrn frei zu machen. Nach Ablauf jener Frist sollte der Leibeigne frei werden und unter den mit dem Grundherrn verabredeten Bedingungen das Eigentumsrecht an sein Gehöfte und seine Landstücke erhalten. Die so befreiten Bauernschaften sollten dann in Landgemeinden verteilt werden, wobei dem Grundbesitzer die polizeiliche Aufsicht als Vorrecht verbleibt, aber eigne Friedensrichter über die Ausführung der Gesetze und Verträge wachen. Zur Erfüllung der Leistungen waren alle Mitglieder der Gemeinde insgesamt verpflichtet, zur Sicherstellung des Eigentums sollten Grundbücher angelegt werden. Um den Bauern die Erwerbung des Landes zu freiem Eigentum zu erleichtern, sagte die Regierung durch Darlehen Unterstützungen zu. Nach diesen Grundsätzen, die besonders von Männern wie Tscherkaßki, Samarin, Koschelew, Miljutin und unter der Ägide der Großfürstin Helene gefördert wurden, ward nun das große Werk der allmählichen Ablösung in Angriff genommen, eine Arbeit, die bei der Abneigung und Widersetzlichkeit der meisten Adelsversammlungen gegen die Bauernbefreiung und das Agrargesetz mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden war. Der Kaiser beharrte jedoch bei seinem Entschluß und gab durch die gänzliche Freierklärung der Bauern auf den Gütern des gesamten kaiserlichen Hauses und die unentgeltliche Überweisung der von ihnen bebauten Grundstücke ein hochherziges Beispiel edler Gesinnung und uneigennütziger Menschenliebe. Vor diesem ernsten Willen, den der Kaiser auf mehreren Rundreisen durch verschiedene Teile des Reichs klar und fest aussprach, beugte sich der Adel; und wenn er auch

Aufhebung der Leibeigenschaft. 1857. 1858.

der Ausführung alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legte, so konnte er doch nicht verhindern, daß die Gubernialausschüsse alle vorbereitenden Arbeiten ins Werk setzten und die notwendigen statistischen Aufnahmen zur Aufstellung der Vermögens- und Wirtschaftsverhältnisse sowie der Zahl und der Zustände der Leibeignen des weiten Landes zusammenbrachten, ein Material, von dem Haxthausen versichert, daß darin ein Schatz für die Kenntnisse der innern Verhältnisse Rußlands niedergelegt sei, wie wohl kein andrer europäischer Staat etwas Gleiches aufzuweisen habe. Aus diesen Aufstellungen ergab sich, daß im russischen Reich, ohne die Ostseeprovinzen, wo die Leibeigenschaft bereits aufgehoben und die Verwandlung der Arbeitsleistung als Recht in eine Geldleistung durch freie Vereinbarung zwischen Gutsherren und Bauern allmählich durchgeführt worden war (XIV, 752), und ohne das Gebiet der Kosaken am Schwarzen Meer, wo die Einrichtung nie bestanden, noch über dreiundzwanzig Millionen leibeigner Bevölkerung lebten, die teils als Gutshörige unter mehr oder minder drückenden Bedingungen an die Scholle gefesselt waren, teils gegen Entrichtung einer jährlichen Geldabgabe, des Obrok, an den Leibherrn sich ihren Lebensunterhalt außer den Grenzen des Gutes suchen durften. Dieser unfreien Bevölkerung ein menschenwürdiges Los zu verschaffen, sie in eine Lage zu versetzen, in der sie zu einer freiheitlichen Entwickelung, zu einem geordneten Gemeindeleben, zu einer Existenz mit Eigentum und Menschenrechten sich emporarbeiten könne, war das hohe Ziel, dessen Erreichung sich Kaiser Alexander zur Lebensaufgabe setzte; und wie viele Hindernisse sich der Ausführung in den Weg stellten, wie heftig der Widerstand war, den ihm nicht bloß die bevollmächtigten Abgeordneten des Adels bereiteten, der ihm selbst im Reichsrat und Ministerium entgegentrat, wie viele bittere Erfahrungen er bei einem großen Teil der Bauern selbst machte, die, aus Mißverständnis oder durch boshafte Einflüsterungen getäuscht, sich zu Arbeits- und Abgabenverweigerungen, zu Aufständen und Gewaltthaten hinreißen ließen, in der irrigen Meinung, der Kaiser habe ihnen die volle Freiheit und den unbedingten Besitz der Felder und Wiesen zugesprochen: er ließ sich von dem großen Gedanken nicht abbringen. Die Bauernaufstände wurden durch Waffengewalt niedergeschlagen und die Rädelsführer schwer
19. Febr. 1861. bestraft. Zugleich aber bewies ein kaiserliches Manifest vom 19. Februar 1861, daß auch die Opposition der Bevorrechteten den Zaren nicht von seinem Plan zurückzuhalten vermöge. Mit diesem Manifest, das die Beweggründe und Bedingungen des Befreiungswerkes samt dem Verfahren der Öffentlichkeit übergab, wurde das Fundament zur innern Entfaltung der Volkskräfte Rußlands gelegt
3. März 1863. und eine hoffnungsreiche Zukunft angebahnt. Zwei Jahre später erfolgte die Befreiung der Leibeignen. Damit ging das ganze soziale Leben des russischen Volks einer neuen Entwickelung entgegen.

„Der früher leibeigne Teil des Bauernstandes," so stellt Schmeidler die Resultate zusammen, „über zwanzig Millionen Köpfe umfassend, war persönlich frei und unab-

hängig von dem Gutsbesitzer geworden. Den Bauern waren Haus und Hof als unantastbares Eigentum, mit ablösbarem mäßigem Zins belastet, überlassen. Auf den Grund und Boden, den der Bauer bis jetzt persönlich oder als Gemeindeglied zur Bebauung und Benutzung hatte, hat er ein Pacht- und Erwerbsrecht erhalten. Nach wenigen Jahren waren nicht allein sämtliche Pachtkontrakte schon endgültig abgeschlossen, sondern die Hälfte derselben in Kaufkontrakte umgewandelt, freiwillig in sämtlichen groß- und kleinrussischen Provinzen und verbindlich für die Gutsherren in den Westprovinzen (polnischen) des Reichs. So waren bald aus der Hälfte der verpflichteten Bauern freie Bauerngutsbesitzer geworden. Schon nach einigen Jahren machte man die Bemerkung, daß sich das Volk besser nährte, besser gekleidet war, die Trunkenheit, sonst der einzige Trost manches Leibeignen, sich von Jahr zu Jahr minderte. In betreff der Folgen für den Adel machte man einen Unterschied zwischen den Eigentümern, deren Einkünfte die Landesprodukte zur Basis hatten, und den Gutsbesitzern, welche ihr Vermögen auf persönliche Arbeiten der ehemaligen Leibeignen gründeten. Die Lage der erstern hatte sich im ganzen auch gebessert, ihre Einkünfte vermehrten sich, wogegen die andern Verluste erlitten und sich nun industriellen Unternehmungen zuwendeten."

Ergebnisse der Reformthätigkeit Alexanders II.

Bei Gelegenheit des fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums Alexanders II. am 2. März 1880 faßte der St. Petersburger Herold in einer Festnummer die Reformthätigkeit des „Zar-Befreiers" in folgenden Sätzen zusammen, welche wir, um dieses segensvolle Schaffen in einem Gesamtbild zu charakterisieren, gleich hier vorgreifend und abschließend anführen wollen, obwohl ein Teil der Reformen erst im Laufe der spätern Jahre zum Vollzug gekommen ist, auch zeitweise Perioden des Stillstandes und Rückganges eintraten: „Der mit Opfern erkaufte Frieden von Paris bildet den Ausgangspunkt der Reform-Ära, welche wir durchleben. Ein weithin sichtbarer Wegweiser für kommende Geschlechter steht an demselben: die Bauernemanzipation, welche im Gesetz vom 19. Februar 1861 und in nachfolgenden Gesetzen ihre Verwirklichung fand. Der Zeitraum von 1857—1861, den die vorbereitenden Arbeiten für diese gewaltige wirtschaftliche und soziale Reform in Anspruch nahmen, wird für ewige Zeiten im Gedächtnis des russischen Volks eingeprägt bleiben. Zum erstenmal tönte von den Stufen des Thrones eine Kunde bis in die letzte Bauernhütte, eine Kunde, freudig und verheißungsvoll, wie sie der Leibeigne kaum laut auszusprechen wagte, höchstens in seinen melancholischen Volksweisen andeutete. Eine That, wie es die Bauernemanzipation ist, würde allein hinreichen, einem Monarchen ewigen Ruhm zu erwerben. Welche Energie, welche Festigkeit, welche Sorgen und bittere Erfahrungen gehörten dazu, um eine Reform zu verwirklichen, welche die Existenzbedingungen des größten Bruchteils der Bevölkerung des Reichs erschütterten, veränderten und ganz neue, von dem einen Teil sehnlichst erwünschte, von dem andern mächtigern Teil nur ungern entgegengenommene Verhältnisse schuf! Was Kaiser Alexander II. seinem Volk versprochen, das wurde im Zeitraum nur weniger Jahre in hohem Maß gewährt. Die Abschaffung der Körperstrafe, die Justizreform, die neue Städteordnung,

die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Verbesserung des Unterrichtswesens, Errichtung neuer Universitäten, Hebung des Verkehrs und Handels haben dem gesamten innern Leben ein neues Gepräge aufgedrückt und den Grund zu einer Entwickelung gelegt, deren Rückgang durch nichts mehr bewirkt werden kann."

b. Der polnische Aufstand.

Polen in der Völkertragik. Es ist eine alte Erfahrung, daß der Haß und die Leidenschaft, die sich unter einer drückenden Zwingherrschaft in den Gemütern einer Nation sammeln, erst dann zum Aufruhr emporschlagen, wenn mildere Zustände eintreten, wenn die Hand zur Versöhnung ausgestreckt wird, wenn der redliche Wille sich kund gibt, alte Wunden zu schließen und nach Kräften zu heilen. Diese Erfahrung sollte sich aufs neue bei dem Volk bewähren, dem im Drama der Weltgeschichte die tragischste Rolle zugefallen ist. Die polnische Nation ist ein verstümmelter Körper, der in gewaltigen Zuckungen den rasenden Schmerz kund gibt und das Verlangen der Natur nach Wiedervereinigung der abgestoßenen Gliedmaßen, in dem noch die Fülle der Lebenskraft vorhanden ist und doch der zum freien Handeln erforderliche Organismus fehlt. Wie ein verwundeter Gladiator rafft sie von Zeit zu Zeit ihre Kräfte zusammen, um sich den zermalmenden Armen des Siegers zu entwinden; aber alle Anstrengungen dienen nur dazu, den Todeskampf schmerzhafter zu machen und die noch gesunden Teile der Erstarrung entgegenzuführen. Seit den Tagen der Teilung hat Polen das Mitgefühl der europäischen Menschheit wie nie ein andres Volk besessen; man sah es als eine heilige Pflicht an, das große Nationalunglück durch Beweise von Liebe und Teilnahme zu mildern und der Gewaltthat der Mächtigen das Mitleid der Völker gegenüberzustellen.

Alexanders II. Reformpolitik in Polen. Kaiser Alexander II. dehnte die Reformthätigkeit, die er in Rußland begonnen, auch über Polen aus, wo an die Stelle des alten Fürsten Paskiewitsch,
1. Febr. 1856. der kurz vor Abschluß des Pariser Friedens aus der Welt geschieden war, Fürst Michael Gortschakow, der Verteidiger von Sebastopol, als Statthalter trat. Nicht nur daß ein Amnestieerlaß den meisten polnischen Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat und die Wiedereinsetzung in ihre bürgerlichen Rechte gewährte;
1857. im folgenden Jahr wurde eine neue, der russischen nachgebildete Gerichtsorganisation eingeführt und an jedem Gymnasium ein Kursus zur Ausbildung im polnischen Recht errichtet. Im September desselben Jahres erschien ein kaiserliches Manifest, worin die Gutsbesitzer aufgefordert wurden, sich wegen Ablösung der bäuerlichen Fronden innerhalb fünf Jahren auseinander zu setzen; nach Verlauf dieser Frist werde die Regierung die Ablösung durchführen. Mehrere Jahre lang unterblieben die Aushebungen zum Militär; die Schranken, welche bisher das Reich von dem Ausland abgeschlossen hatten, fielen in Polen wie in Rußland,
1858. und Warschau wurde wie Petersburg in das große Eisenbahnsystem aufgenommen, durch welches alle Teile des Reichs unter sich und mit dem übrigen Europa

in Verbindung gesetzt werden sollten. Zugleich wurden die Satzungen einer landwirtschaftlichen Gesellschaft in Warschau genehmigt, damit der Feldbau nicht hinter dem Industrieleben zurückbleibe. Bei der Postverwaltung und an der sogenannten Grenzkammer trat an die Stelle der bisher eingeführten russischen Sprache die polnische; den Städten wurde die freie Wahl ihrer Gemeindebehörden eingeräumt; in der Verwaltung und im Geschäftsgang der Regierung wurden Erleichterungen und Reformen in Aussicht gestellt. Auch in kirchlichen Dingen machte sich ein duldsamer Sinn geltend, und wegen Wiederbesetzung der erledigten Bistümer knüpfte die Regierung mit Rom erfolgreiche Unterhandlungen an. Nur der Übertritt von der griechischen zur römisch-katholischen Kirche blieb untersagt; und den Mäßigkeitsvereinen, die sich in Polen und Rußland bildeten, unter deren Hülle sich fremdartige Bestrebungen verbergen konnten, glaubte man aus politischen und finanziellen Gründen entgegentreten zu müssen.

Trotz alledem gab sich unter den Polen eine aufgeregte Stimmung kund, die sich immer mehr steigerte und den Ausbruch ruhestörender Auftritte befürchten ließ. Es entging den Polen nicht, daß Rußland in dem Krimkrieg eine Schwächung erlitten hatte und daß zugleich ein politisch-sozialer Zersetzungsprozeß im Gang war, der den Ausbruch revolutionärer Bewegungen erwarten ließ. Wenn darauf die polnische Nationalpartei, die mit den Emigranten in ununterbrochener Verbindung stand, die Hoffnung gründete, daß im Fall eines Aufstandes die Russen nicht mehr mit der frühern Macht und Energie einschreiten könnten, so übten die Vorgänge in Italien, wo die volkstümliche Erhebung die Befreiung und Einigung der Nation herbeiführte, sowie das von Frankreich aus verkündigte und unterstützte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung einen unverkennbaren Einfluß auf die Gemüter, alte Erinnerungen und schlummernde Gefühle weckend. Unter der Einwirkung der im Ausland weilenden Emigration, welche, dem wirklichen Leben und den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen der Gegenwart entfremdet, an den Ideen der Vergangenheit festhielt, bildete sich eine Partei des nationalen Widerstandes, die, durch Geheimbünde und Verschwörungen über das ganze Land verbreitet, jede Gelegenheit benutzte, durch Demonstrationen ihre Gesinnungen zu bethätigen und die Zahl der Genossen zu mustern. Es traten mannigfaltige Elemente zu Tage. Während die ländliche Bevölkerung, dem polnischen Adel mißtrauend und durch die bittern Erfahrungen der Vergangenheit belehrt, sich von der ganzen Bewegung fern hielt, ja sogar hier und da den Russen in der Folge bei der Unterdrückung behilflich war, zählte die Nationalpartei ihre Stützen und Teilnehmer hauptsächlich in den bürgerlichen Kreisen der alten Städte, besonders der Hauptstadt Warschau, unter der gebildeten Jugend, welche in der Wiederherstellung einer idealisierten Vergangenheit, in der Verwirklichung ihrer Träume und Phantasiegebilde das Heil und die Rettung der polnischen Nationalität erblickte, unter einer fanatischen Priesterschaft, welche die patriotischen Bestrebungen zu religiösen und kirchlichen Zwecken auszubeuten bedacht

Die Widerstandspartei.

war, unter der mißvergnügten Judenschaft, welche die von der russischen Regierung noch immer versagte bürgerliche Gleichstellung zu erringen hoffte, unter der zahlreichen Klasse der Emigranten und ihrer Sendboten, welche den Haß gegen die Unterdrücker der ruhmreichen polnischen „Republik" als heiliges Erbteil in ihrer Brust trugen. Daß von einer aus so gemischten Elementen zusammengesetzten Partei, die nur durch Schrecken und Agitation zu wirken vermochte, keine fruchtbringenden Thaten ausgehen konnten, mußte jedem Besonnenen sofort einleuchten. Und wenn die Unterdrückung der revolutionären Bewegung nicht wie die frühern Verschwörungen und Aufstände eine größere Knechtung bewirkte, nicht zur Folge hatte, daß die Ketten noch tiefer in das Fleisch einschnitten, so war dies weder der Verwendung der Pariser Regierung und den Gunstbezeugungen des französischen Volks, noch der lauten, aber nachdrucklosen Stimme Englands zuzuschreiben, sondern nur dem versöhnlichen und gerechten Sinn des russischen Kaisers, der die Unternehmungen Einzelner nicht dem ganzen Volk anrechnete, der das Ringen einer unglücklichen, zerrissenen Nation nach Wiedervereinigung der verlornen Teile, nach einer Auferstehung zu einem neuen staatlichen Leben nicht zu streng beurteilte, nicht erbarmungslos verdammte und bestrafte.

1860. Demonstrationen und Volkstumulte in Warschau. Schon im Herbst 1860, als die Herrscher von Rußland, Österreich und Preußen, den drei verhaßten Teilungsmächten, in Warschau eine Zusammenkunft hatten, trat ein unheimlicher Geist zu Tage, der auf Verabredungen und politische Umtriebe hindeutete. Der Adel hielt sich fern von den Festen, welche durch die Anwesenheit der hohen Herrschaften veranlaßt wurden. Am 29. November, dem Jahrestag der Revolution von 1830, fand in der Karmeliterkirche, damals Gefängnis für die Polen, ein Trauerfest statt, wobei in einem Lied, das seitdem als polnische Nationalhymne galt und bald verboten wurde, die Befreiung des Vaterlandes vom Tyrannenjoch gefeiert und erfleht ward. Nach diesen Kundgebungen, welche die Regierung unbeachtet ließ, folgte am 25. Februar 1861, (1861.) dem Jahrestag der Schlacht von Grochow, eine umfassendere Demonstration, wozu öffentliche Einladungen erlassen worden. Ein endloser Zug von meist jungen Leuten, den ein Mann mit dem polnischen Banner eröffnete, bewegte sich am Abend von dem Altmarkt und der nahe gelegenen Paulinerkirche mit Fackeln und Fähnchen, unter religiösen und patriotischen Gesängen durch die Straßen nach dem Palast der Statthalterschaft, wo die Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins aus dem ganzen Königreich zu einer Generalversammlung vereinigt waren, um die Mittel und Wege zu beraten, wie man am zweckmäßigsten die Erbzinsgüter in freies Eigentum verwandeln könne. Durch diese freiwillige Ablösung der bäuerlichen Lasten, welche ohnedies von der russischen Regierung in nahe Aussicht gestellt war, hoffte man den Bauernstand für die nationale Erhebung zu gewinnen. Ehe der Zug, der durch fortwährendes Zuströmen lawinenartig anwuchs, vor der Statthalterei anlangte, drang eine Abteilung der berittenen Gendarmerie auf die singende und jauchzende Menge ein und trieb sie

mit Säbelhieben auseinander, wobei, da man sich den beabsichtigten Verhaftungen widersetzte, mehrere Verwundungen vorkamen. Ob auch Tote, wie behauptet ward, ist ungewiß. Am andern Tag sah man die polnische Bevölkerung mit Trauerzeichen. Ein Leichenzug, wie es hieß zu Ehren eines Gefallenen, gab am Abend des 27. Februar dem Militär Veranlassung zu neuem Einschreiten, als man dessen Aufforderung zum Auseinandergehen mit Hohn und Steinwürfen beantwortete. Diesmal war der Ausgang blutiger. Drei Personen stürzten tot nieder, mehrere wurden verwundet. Darüber geriet die Stadt in Aufruhr. Die Läden wurden geschlossen, die Leichen auf Brettern durch die Straßen getragen. Die Regierung war betroffen. Fürst Gortschakow sprach in einer Proklamation sein Bedauern über das Vorgefallene aus und verhieß eine gerichtliche Untersuchung; er gestattete, daß eine Anzahl angesehener Bürger als Sicherheitskomitee oder Bürgerwehr die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe übernahm, eine feierliche Beerdigung der am 27. Februar Gefallenen veranstaltete und an den Kaiser eine Adresse richtete, 2. März 1861.
worin es hieß, daß die Ereignisse der letzten Tage nicht die Ausbrüche vorübergehender Leidenschaften einzelner Klassen des Volks, sondern die heiße, einstimmige Kundgebung unterdrückter Gefühle und unbefriedigter Bedürfnisse des Landes seien, worin geklagt war, daß sie, eine selbständige, eigenartige Nation, eines gesetzlichen Organs entbehrten, durch das sie unmittelbar zum Thron zu reden und ihre Wünsche und Verhältnisse darzulegen vermöchten. Nach einigen Tagen veröffentlichte der Statthalter eine kaiserliche Zuschrift, worin zwar getadelt war, daß einige Leute sich berufen glaubten, alle Schritte der Regierung zu verdammen, und mit Entschiedenheit erklärt wurde, daß der Kaiser in keinem Fall thatsächliche Unordnungen gestatten werde, zugleich aber auf die Reformen hingewiesen ward, denen er seine ganze Zeit widme. Weder über die Beschaffenheit dieser Reformen, noch über den Zeitpunkt der Ausführung war eine Andeutung zu finden. Aber schon am 26. März erschien ein Ukas, worin den Polen die Errichtung einer besonderen selbständigen Sektion für Kultus und Unterricht bei der Regierung in Warschau unter der Leitung des polnischen Markgrafen Alex. Wielopolski, eines geachteten Patrioten, der im Jahr 1831 als Gesandter der revolutionären polnischen Regierung in London gewesen, sich nachher aber Rußland genähert hatte, sowie die Einsetzung eines polnischen Staatsrats und die Organisation von wählbaren Gemeinde-, Kreis- und Gubernialräten zugestanden wurde. Es war der Anfang einer staatlichen Neubildung auf nationaler Grundlage. Dies erkannte auch der Fürst-Statthalter, indem er in einer Proklamation die Einwohner als „Polen“ anredete, von der ihm so teuern „Nationalität“ sprach, sie aber zugleich vor den schlimmen Menschen warnte, von denen die bisherigen Unordnungen ausgegangen seien. Wielopolski war durch die Gräfin Bludow, eine in panslawistischen Zukunftsträumen sich wiegende vornehme Dame, für die Idee einer Verbrüderung aller slawischen Völkerzweige gegenüber der teutonischen Rasse gewonnen worden.

Revolutionäre Bewegung und Zwangsmaßregeln. Aber die dargebotene Gabe genügte den gesteigerten Ansprüchen nicht mehr. Die Herstellung der alten polnischen Republik in ihrem ganzen Umfang und mit voller nationaler Selbständigkeit war das Ziel der Patrioten. Jeden Abend fanden an der Stelle, wo die Februaropfer gefallen waren, Versammlungen statt, wobei die Nationalhymne gesungen und andre Demonstrationen vorgenommen wurden. Die Regierung suchte durch verschärfte Polizeiverordnungen, durch Entlassung der Bürgerwehr und durch andre Maßregeln dem halbrevolutionären Zustand ein Ende zu machen. Als sie damit nicht zum Ziel kam, erklärte sie den landwirtschaftlichen Verein, den sie nicht ohne Grund als die
6. April 1861. Seele der ganzen Agitation ansah, für aufgelöst. Dies hatte zur Folge, daß die Aufregung noch einmal mit größter Heftigkeit aufbrauste. Nachdem am Morgen das Volk in Masse zu dem Grab der im Februar gefallenen Märtyrer
7. April. gewallfahrt, bewegte sich ein langer Zug, mit Zweigen und Kränzen vom Kirchhof geschmückt, vor das Gebäude des landwirtschaftlichen Vereins, wo das bekannte Nationallied: Noch ist Polen nicht verloren! angestimmt und auf dem reichverzierten Balkon der polnische weiße Adler auf schwarzem Grund schnell enthüllt ward. Die Leitung des Ganzen schien von einigen Herren auszugehen, die auf dem von Damen gefüllten Balkon standen. Hierauf begab sich die immer mehr anwachsende Volksmenge vor die Wohnung des Grafen Zamoyski, des Präsidenten der aufgelösten Gesellschaft, begrüßte ihn mit stürmischen Hochrufen und sammelte sich endlich vor dem Schloß des Statthalters, das Polenlied von neuem anstimmend. Fürst Gortschakow ließ das Militär ausrücken und forderte dann, an das Volk heranreitend, zum Auseinandergehen auf. Die Menge aber verlangte zuerst die Entfernung der Soldaten. Einige Augenblicke besann sich der Fürst; dann begann ein Bataillon nach dem andern abzuziehen, begleitet von dem Hohngelächter des Volks. Dieser Ausgang erhöhte die Zuversicht der Polen. Sie glaubten einen Sieg über die Regierung errungen zu haben, und die geheimen Leiter bestärkten sie in dem Wahn, das Militär dürfe nicht scharf schießen. Am folgenden Tag wiederholten sich daher die Auftritte. Gegen Abend versammelten sich gewaltige Volksmassen vor dem Schloß und in den angrenzenden Straßen, ohne sich durch die aufgestellten Truppen einschüchtern zu lassen. Alle Mittel, sie auf dem Weg der Güte zu zerstreuen, waren fruchtlos. Die Aufruhrakte wurde dreimal unter Trommelwirbel verlesen: die Menge antwortete mit Schreien, Zischen, sogar mit Steinwürfen. Nun erhielten die Gendarmen den Befehl, mit der flachen Klinge die Masse zurückzutreiben; allein bald drängten sich andre vor, mit Heiligenbildern und religiösen Abzeichen versehen, unter ihnen auch Priester, um unter dem Schutz der Religion jedem Angriff Trotz zu bieten. Nachdem auf solche Weise die Langmut der Truppen zwei Stunden hindurch auf eine schwere Probe gestellt worden, erhielt das Fußvolk Befehl, von den Waffen Gebrauch zu machen. Auch jetzt noch feuerte man zuerst in die Luft. Da erfolgten aber Schüsse und Steinwürfe aus benachbarten

Häusern, durch welche zwei Soldaten getötet und mehrere verwundet wurden. Nun ging die Geduld in Wut über. Es wurde in die Häuser und auf die Menge gefeuert und bald lagen dreißig Tote und eine große Anzahl Verwundeter auf dem Platz. Mit heulendem Geschrei stürzte die Masse fort und in wenigen Stunden waren die bisher so belebten Straßen wie ausgestorben. Am folgenden Tag wurde die militärische Besetzung der Stadt vorgenommen, der Gemeinderat aufgelöst und Anordnungen getroffen, die einem Belagerungszustand nahe kamen. Die Begräbnisse mußten in der Stille vollzogen werden; alle nationalen Kundgebungen wurden mit Gewalt verhindert, und das „Volk in Trauer“ durfte seinen Schmerz nicht durch die Kleidung kund geben.

Wielopolski und die Revolutionspartei.

Durch diese Maßregeln wurde jedoch die nationale Bewegung nur zusammengepreßt, nicht erstickt. Von den Straßen und öffentlichen Plätzen flüchtete sie in die Kirchen, wo sie an der Geistlichkeit Schutz und Hilfe fand. Schon am 22. April sah sich Wielopolski genötigt, einen Erlaß gegen die Agitationen der polnischen Priester zu veröffentlichen, worin er sie beschuldigte, in der Nation offenen Haß gegen die Regierung zu erwecken. Umsonst stellte der Statthalter an den Erzbischof von Warschau das Verlangen, einen beruhigenden Hirtenbrief an die Geistlichkeit zu erlassen; es wurde abgelehnt; statt dessen erklärte die Priesterschaft, sie würde nicht mehr mit der bisherigen sündhaften Gleichgültigkeit die Verfügungen hinnehmen, welche die heiligen Rechte der Kirche beeinträchtigten. Trotz des Verbots wurden in den Kirchen unter Duldung der Geistlichen national-religiöse Lieder gesungen, in denen die Herstellung Polens vom Himmel erfleht ward. Am 15. Juli wurde der in Paris erfolgte Tod des Fürsten Adam Czartoryski, des Nestors der polnischen Patrioten vom Jahr 1831, zu großen Trauerfeierlichkeiten benutzt. (Juli 1861.) Als die Demonstrationen in kirchlicher Hülle sich immer mehr hervorwagten, als sich bei jeder Gelegenheit der erbittertste Russenhaß kund gab und die nationale Trauer in Kleidung und Abzeichen absichtlich zur Schau getragen ward, schritt endlich Graf Lambert, der Nachfolger des am 30. Mai gestorbenen Gortschakow in der Statthalterwürde, zu energischeren Maßregeln: Vier Tage nach der Beerdigung des Erzbischofs Fialkowski von Warschau, bei welcher wieder auffallende Demonstrationen vorkamen, verhängte er den Kriegszustand über das ganze Königreich (14. Okt.) und verbot durch eine Proklamation das Zusammenstehen von mehr als drei Personen, das Tragen aller Abzeichen und Nationalkostüme, das Absingen des altpolnischen Klag- und Bittliedes, das Verteilen von Plakaten und Bildern, sowie jede Art politischer Kundgebung. Als dessenungeachtet am folgenden Tag die Todesfeier Kosciuszkos begangen ward, (15. Okt.) besetzten Soldaten die Thüren der dicht gefüllten Kirchen und verhafteten die heraustretenden Männer. Auf die Kunde davon weigerten sich die übrigen, die Kirchen zu verlassen; Tausende verharrten die ganze Nacht in den heiligen Räumen, bis sie am Morgen aus der Kathedrale und der Bernhardinerkirche durch eintretendes Militär mit Gewalt vertrieben wurden. Nun erklärte aber

die gesamte Geistlichkeit, den Administrator der Erzdiözese Bialobrzweski an der Spitze, daß die Kirchen entweiht worden und geschlossen bleiben sollten, bis genügende Garantie für die Sicherheit der Gotteshäuser und ihrer Besucher gegeben wäre. So wurde die Stadt gleichsam unter Interdikt gelegt. Die Regierung gab jedoch nicht nach. An die Stelle des Grafen Lambert, der um seine Entlassung nachsuchte und sie erhielt, trat General Lüders. Dieser ließ alsbald eine Reihe der angesehensten Männer, darunter fast alle Mitglieder des ehemaligen Sicherheitsausschusses, verhaften und zum Teil in entfernte Festungen abführen. Auch der Bistumsverwalter wurde ins Gefängnis gebracht und durch kriegsrichterlichen Spruch zum Tod verurteilt, jedoch unter Vermittelung des Papstes von Alexander zu einem Jahr Festungshaft begnadigt. Felinski, ein einfacher Priester, der bisher in St. Petersburg gelebt hatte, wurde zum Erzbischof von Warschau ernannt, worauf sich die Kirchen den Gläubigen wieder öffneten.

Russische Reformen und nationale Konspirationen. Wie ungünstig auch unter solchen Verhältnissen der Boden für die Begründung der beabsichtigten Reformen sein mochte, so verlor der Kaiser dennoch sein Ziel nicht aus dem Auge. Nach einer Beratung mit dem Markgrafen Wielopolski, der fern von den unpraktischen Bestrebungen und Träumen der Emigranten und Idealisten sich zu der Überzeugung bekannte, daß Polen zwar seiner eignen nationalen Entwickelung unter dem Schutz freier Institutionen zurückgegeben werden müsse, aber in engem Anlehnen an das stammverwandte Rußland und unter derselben Dynastie mit diesem vereint, ernannte Alexander seinen
Juni 1862. Bruder, den Großfürsten Konstantin, zu seinem Statthalter in Polen und stellte ihm Wielopolski als Leiter der Zivilverwaltung zur Seite. Nun traten die Reformen rasch ins Leben. Die neue Organisation der Verwaltung mittels gewählter Gemeinde-, Kreis- und Gubernialräte, die durch die Unruhen verschoben worden war, kam jetzt wirklich zur Ausführung; an die Spitze der Regierung in den einzelnen Gouvernements, sowie in den zur Vorberatung der Gesetze errichteten polnischen Staatsrat wurden vom Kaiser geborne Polen gewählt; das Unterrichtswesen wurde in nationalem Sinn umgestaltet, die Universität Warschau auf neuer Grundlage hergestellt und ausgebaut, die Gleichstellung der Juden mit geringen Ausnahmen durchgeführt. Es waren große Güter und Errungenschaften, die den Polen geboten wurden, und die wahren Patrioten, denen die Wohlfahrt des Landes über ideale Träume ging, nahmen die dargebotenen Gaben an und liehen der Regierung ihren Beistand zur Verwirklichung. Aber die große Masse der städtischen Bevölkerung stand unter dem Einfluß einer geheimen Verschwörung, deren Häupter das ganze Königreich unter das Joch eines revolutionären Terrorismus stellten. Das Absingen der verpönten Hymne, Mordversuche in rascher Zeitfolge auf Lüders, auf den Großfürsten selbst, auf Wielopolski unternommen, und andre Manifestationen waren düstere Zeichen der in den untern Volksschichten herrschenden revolutionären

Gesinnung. Der polnische Adel, den Grafen Andreas Zamoyski an der Spitze, trat in die nationale Strömung ein, teils aus Überzeugung, teils aus Furcht vor den Häuptern der Revolutionspartei im Inland und im Ausland, indem er an den Großfürsten eine Adresse richtete, worin nicht nur eine nationale Verwaltung, sondern auch eine nationale Vertretung verlangt ward. Selbst in den Landschaften des russischen Reichs, die ehemals zu Polen gehört hatten, regten sich altpolnische Gefühle.

Die russische Regierung mußte auf alle Weise suchen, dieser nationalen und revolutionären Aufregung Meister zu werden, wollte sie sich nicht fortwährend in der Einführung der neuen Staatsorganisation gehindert und gestört sehen. Sie beschloß daher die Militäraushebung, die nach mehrjähriger Unterbrechung für das Jahr 1863 wieder angeordnet war, als Mittel zur Unterdrückung der Bewegungen zu benutzen, indem sie dieselbe hauptsächlich über die Städte verhängte, die Landbevölkerung dagegen schonte. Die Kunde von diesem Vorhaben versetzte Warschau in die größte Aufregung: trat die Aushebung ins Leben, so schwebte die ganze städtische Jugend in beständiger Gefahr. Der Magistrat richtete daher an den Großfürsten selbst eine Vorstellung, worin er um Abwendung der drohenden Maßregel nachsuchte. Umsonst. Die Regierung bestand auf ihrem Plan; mit dem neuen Jahr sollte die Aushebung beginnen und zwar in der Art, daß in der Nacht des 14. Januar in Warschau alle jungen Leute, die im Verdacht standen, der Bewegung Vorschub zu leisten, oder beschäftigungslos in der Stadt verweilten, ergriffen und ins Militär abgeführt werden sollten. Diese unheimliche Maßregel wurde mit einer nicht zu rechtfertigenden Willkür und Härte in Ausführung gebracht. In der bestimmten Nacht drangen Soldaten in die Häuser ein und schleppten die Opfer gewaltsam fort. Aber der Schlag kam doch nicht so unerwartet, daß nicht manche vorher hätten entfliehen können. Der Schrecken und Jammer, der sich nun über das ganze Land verbreitete, vermehrte die Zahl der Flüchtigen und Ausreißer. Nun hielten die Häupter der revolutionären Partei den Zeitpunkt für geeignet, zum offenen Widerstand überzugehen. Sie sammelten die flüchtigen Scharen und alle Teilnehmer der patriotischen Verbrüderungen in Wäldern und abgelegenen Orten und organisierten, indem sie sich als provisorische Nationalregierung aufthaten, einen Volkskrieg gegen die Russen. In Banden vereinigt überfielen die Polen unter der Führung heimgekehrter Emigranten die feindlichen Truppen an verschiedenen Orten. Um die Landbevölkerung für die nationale Sache zu gewinnen und die Zahl der Streiter zu mehren, erließ das „Zentralkomitee als provisorische Nationalregierung“ eine Proklamation, worin den Bauern das erbliche Eigentumsrecht der von ihnen bisher besessenen Grundstücke samt Wirtschaftsgebäuden zugesichert ward, ohne alle weitern Verbindlichkeiten, als die davon entfallenden Steuern zu bezahlen und den Landesdienst zu verrichten. Den bisherigen Eigentümern wurde eine Entschädigung aus Nationalfonds vermittelst der Staatsschuld und

Militäraushebung und provisorische Regierung.

1863.

22. Jan.

den Hintersassen, Knechten und Tagelöhnern, sofern sie in die Reihen des Heeres eintraten, ein Grundbesitz von mindestens drei Morgen aus den Nationalgütern in Aussicht gestellt.

Die polnische Insurrektion und die europäische Diplomatie.

So war denn abermals die Losung zum Kampf zwischen Polen und Russen gegeben; und wie sehr auch die europäischen Völker durch eigne Anliegen beschäftigt waren, so richteten sich doch bald alle Blicke nach dem Weichselland, für dessen unglückliche Geschicke sich so oft die öffentliche Teilnahme geregt hatte. In England und Frankreich lebten die alten Gefühle für das solange gedrückte und mißhandelte Volk mit frischer Stärke auf; und die öffentliche Meinung erklärte sich an der Seine und Themse so laut zu gunsten einer Nation, die ihre letzten Kräfte zu einem Riesenkampf wider den mächtigen Nachbar zusammenraffte, daß auch die Regierungen nicht umhin konnten, sich für das schwache Polen zu verwenden, insbesondere da die beiden andern Teilungsmächte, für ihre eignen polnischen Länder besorgt, kriegerische Vorkehrungen in den Grenzgebieten trafen und Preußen sich anschickte, mit Rußland gemeinsame Sache zu machen. Am 8. Februar wurde zwischen beiden Mächten zur Unterdrückung der polnischen Insurrektion eine geheime Konvention abgeschlossen, die jedoch, da das Abgeordnetenhaus in Berlin und die gesamte öffentliche Meinung laut sich dagegen aussprachen, und die polnische Nationalregierung wiederholt erklärte, daß der Kampf allein den Moskowitern gelte, daß die österreichischen und preußischen Landesteile von dem Aufstand nicht berührt werden sollten, wirkungslos, „ein toter Buchstabe" blieb. Man fürchtete, der Kaiser von Frankreich möchte davon Gelegenheit zu Einmischungen nehmen und die Streitsache vor das Forum der europäischen Politik ziehen. Und in der That wurden bereits Schritte dazu gethan. Denn wie wenig auch in England und Frankreich der ernste Wille vorhanden war, mit Rußland abermals einen Krieg anzufangen, so glaubten doch beide sich zu gunsten Polens verwenden zu müssen, sei es auch nur, um die Volksstimme zu beschwichtigen. Doch war man entschlossen, nicht über einen diplomatischen Notenkrieg hinauszugehen. Um der Intervention vollends jede Schärfe zu nehmen, zog man noch Österreich in den Bund, das doch durchaus nicht in der Verfassung war, zu gunsten der polnischen Insurrektion wider Rußland feindlich aufzutreten. Nach längern Verhandlungen einigten sich die drei Mächte

April 1863.

zu gleichlautenden Schriftstücken, worin mit Berufung auf die Wiener Verträge gegen das Petersburger Kabinett der Wunsch ausgesprochen war, die Angelegenheit in solcher Weise zu ordnen, daß dem polnischen Volk der Frieden wieder geschenkt und auf dauernder Grundlage befestigt werden möchte. Als der Minister des Auswärtigen, Fürst Alexander Gortschakow, erklärte, daß die russische Regierung keineswegs abgeneigt sei, in eine Verständigung auf dem Boden der Verträge einzugehen, zugleich aber einfließen ließ, daß die polnische Insurrektion nur den fortwährenden Aufwiegelungen der über ganz Europa ausgebreiteten kosmopolitischen Revolutionspartei zuzuschreiben sei, und daß daher

die Mächte zu der gewünschten Friedenstiftung in Polen am meisten selbst beitragen könnten, wenn sie jene Quelle verschließen würden: da begnügten sich endlich die drei Kabinette mit der Vorlegung von sechs Forderungen, von denen die russische Regierung bereits einige gewährt hatte, andre zu gewähren entschlossen war. Ende Juni 1863.

Als die Depeschen in Petersburg anlangten, war der Aufruhr, soweit er auf offenem Feld raste, bereits im Verschwinden. Der Aufruf der Nationalregierung an die Bauernschaften hatte keinen Erfolg gehabt; diese setzten in die Zusagen der russischen Regierung mehr Vertrauen, als in die Verheißungen ihrer Landsleute. Statt eines Nationalheeres konnten daher die Insurgenten nur einige Kriegshaufen aufbringen, mit denen sie vereinzelte feindliche Züge überfielen oder beunruhigten, aber größern Heerabteilungen nicht zu widerstehen vermochten. Die strenge Überwachung der Westgrenze durch preußische Truppen hinderte die Ausdehnung der revolutionären Bewegung und erleichterte den Russen die Arbeit im Innern. Dazu kam noch das alte Grundübel: Hader und Parteisucht. Jede Schar stand unter einem besonderen Häuptling, der unabhängig von den andern, auf eigne Hand den Krieg führte. General Mieroslawski, der bekannte Abenteurer der Revolutionsjahre von 1848 und 1849, war im Februar in seinem Vaterland eingetroffen und von der Nationalregierung zum Diktator ernannt worden; aber wenige Tage nachher von den Russen geschlagen, flüchtete er sich über die preußische Grenze und lähmte dann durch Schriftstücke voll Verdächtigungen die Unternehmungen seiner Landsleute. Rühmlicher war das Auftreten des aus dem Posenschen stammenden Insurgentenführers Langiewicz. Nachdem er im Sandomirschen einige erfolgreiche Gefechte gegen die Russen bestanden, erklärte er sich eigenmächtig, aber mit nachträglicher Bestätigung der geheimen Nationalregierung, zum Diktator. Allein auch sein Glück war von kurzer Dauer. Durch innere Zerwürfnisse unter seinen Scharen geschwächt, sah er sich genötigt, vor den überlegenen Streitkräften der Feinde auf österreichisches Gebiet zu flüchten, wo er erkannt und unter Aufsicht gestellt ward, bis er später die Erlaubnis zur Auswanderung nach der Schweiz erhielt. In seiner Umgebung befand sich eine begeisterte polnische Patriotin, Anna Pußtowoitow, welche in Männerkleidung dem General als Adjutant gefolgt war. Aber wenn es der Nationalregierung, die jetzt wieder die Zügel ergriff, auch nicht gelang, eine ansehnliche Truppenmacht ins Feld zu stellen, so war sie doch im stande, noch lange das ganze Königreich durch einen weitverzweigten Bandenkrieg in Unsicherheit zu halten und, unterstützt von dem Adel, von den Einwohnern der Städte und von der Geistlichkeit, den Terrorismus auf die Spitze zu treiben. Was der Erzbischof Felinski von Warschau schon im März in einem Schreiben an den Kaiser verlangte, er möge Polen zu einer unabhängigen Nation machen, die mit Rußland nur durch das Band der Dynastie verknüpft sei, war das Ziel und Streben der ganzen Partei, die in dem Maße, als die bewaffnete

Nationaler Terrorismus in Polen.

19. März 1863.

Insurrektion dahinschwand und die einzelnen Banden aufgerieben und zersprengt wurden, die Gewalt geheimer Verschwörungen in einer, man möchte sagen großartigen Weise ausbildete und in Anwendung brachte. Die geheime Nationalregierung, deren Mitglieder und Aufenthalt von den Russen trotz aller Anstrengungen und Machtmittel nicht entdeckt wurden, entwickelte eine Thätigkeit, eine Kraft, eine Organisation, welche die Welt in Erstaunen setzte. Sie erließ gedruckte Verfügungen und Gesetze, sie ordnete durch das ganze Land ihr eignes Steuerwesen und untersagte jede Zahlung an die russischen Behörden; sie errichtete in Warschau und in den Provinzstädten Vemgerichte oder Revolutionstribunale, um alle Handlungen, welche den Gang der Erhebung hemmen oder schwächen und der nationalen Sache schädlich sein könnten, als Staatsverbrechen zu strafen. Alle Zweige der Verwaltung waren nach den besten Mustern der Neuzeit eingerichtet. So standen sich zwei Regierungen feindlich gegenüber; die eine stützte sich auf die offene Gewalt, die andre auf die Macht des Terrorismus; wer der russischen Obrigkeit zu widerstehen wagte, war den Mißhandlungen des Militärs und der Polizei ausgesetzt, wer der revolutionären Regierung nicht zu Willen war, lief Gefahr vom geheimen Dolch ihrer Agenten erreicht zu werden. Es war von beiden Seiten ein Ringen auf Leben und Tod, doch waren die Mittel der russischen Regierung ungleich nachhaltiger, als die der Revolution. Wie konnte die polnische Insurrektion, der eine strenge Grenzwache auf preußischem und österreichischem Gebiet jede Zufuhr an Waffen, Kriegsbedarf und Mannschaft abschnitt und die ländliche Bevölkerung jede Unterstützung versagte, auf die Dauer einer Macht widerstehen, welche die Hauptstadt und das ganze Land in Belagerungszustand setzte, welche immer neue Heere einrücken ließ, welche in Litauen, und wo sich sonst polnische Neigungen regten, den gutsherrlichen Adel durch die Freilassung der Bauern schreckte und seine künftige Entschädigung vom Belieben der Regierung abhängig machte?

Die Kongreßfrage. Unter solchen Umständen war die Bewältigung des polnischen Aufruhrs nur eine Frage der Zeit. Wenn auch an verschiedenen Orten der kleine Krieg noch lange fortdauerte, wenn auch noch häufig blutige Zusammentreffen zwischen russischen Mannschaften und Insurgentenscharen stattfanden, so war doch schon im Juli das Petersburger Kabinett des baldigen Sieges so gewiß, daß es jede weitere Einmischung der Wiener Vertragsmächte ablehnte, die Angelegenheit Polens für eine nur die Teilungsmächte betreffende Sache erklärte und den von Frankreich und England vorgeschlagenen Waffenstillstand zur Abhaltung von Konferenzen als mit der Würde des Kaisers unverträglich zurückwies. Und wie sehr der russischen Regierung eine rasche Unterdrückung der revolutionären Bewegung am Herzen lag, bewies sie dadurch, daß sie um dieselbe Zeit den Markgrafen Wielopolski entließ oder in Urlaub schickte und den General v. Berg, einen energischen Mann von militärischer Strenge und Festigkeit, der durchgreifender verfahren konnte, an die Spitze der Regierung in Warschau stellte. Damit

wurde die Sache auf einen Punkt geführt, wo den drei Mächten nur die Wahl blieb, die russische Regierung ruhig gewähren zu lassen, ohne sich weiter um die polnische Frage zu bekümmern, oder das Schwert zu ziehen. Österreich, dem die schiefe Stellung schon längst unbehaglich gewesen, ergriff die Gelegenheit eines Rückzugs mit beiden Händen; England, das sich nicht zum zweitenmal mit Frankreich zu einem russischen Krieg verbinden wollte, folgte bald dem Beispiel. Die preußische Regierung hatte von Anfang an zu Rußland gestanden, obwohl in spätern Jahren, als das gute Einvernehmen zwischen Berlin und Petersburg im Schwinden war, die falsche Anschuldigung ausgestreut werden konnte, Preußen habe der polnischen Revolution seine Hilfe um den Preis eines Teils von Russisch-Polen angeboten! Nun mußte auch Napoleon suchen, sich mit Ehren aus der Sache zu ziehen. Die öffentliche Meinung des katholischen Frankreichs war zu entschieden auf die Seite Polens getreten, als daß der Kaiser ihr nicht einen Schein von Genugthuung hätte gewähren müssen. Nachdem eine Note die bestimmte Zurückweisung von seiten des Petersburger Kabinetts konstatiert und demselben alle Verantwortlichkeit für die möglichen Folgen aufgebürdet, erklärte er bei Eröffnung des Gesetzgebenden Körpers, daß die Verträge von 1815 auf- (5. Nov. 1863.) gehört hätten zu bestehen und daß durch einen Kongreß, auf welchem alle europäischen Mächte zu einem obersten Schiedsgericht sich vereinigten, ein neuer Zustand der Dinge geschaffen werden sollte, in welchem das wohlverstandene Interesse der Herrscher und der Völker zusammenträfe. Dieser Weg führe durch Versöhnung und Frieden zum Fortschritt, während hartnäckiges Festhalten an einer überwundenen Vergangenheit früher oder später einen verhängnisvollen Krieg erzeugen würde. Es wurde oben (S. 20) bemerkt, daß der Vorschlag eines europäischen Kongresses, zu dem Napoleon sofort Einladungen an alle Höfe ergehen ließ, hauptsächlich an der Weigerung Englands scheiterte, und daß dadurch eine merkliche Spannung zwischen London und Paris herbeigeführt ward. Aber auch die übrigen Regierungen hatten nur mit Vorbehalt ihren Beitritt zu der Idee eines europäischen Fürstenrates erklärt, auf welchem dem französischen Kaiser die Rolle eines Schiedsrichters zugefallen wäre.

Ausgang des polnischen Insurrektionskriegs und das Unterdrückungsregiment. 1864.

Da bald nachher der Tod des Königs von Dänemark die Blicke Europas nach einer andern Seite lenkte, so konnte Rußland in der Unterdrückung der polnischen Insurrektion ohne alle Einmischung von außen fortschreiten, insbesondere als eine Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser von Österreich in Kissingen und mit dem König von Preußen in Karlsbad bei den Westmächten Besorgnisse wegen etwaiger Erneuerung der Heiligen Allianz erregte. Bald war der Widerstand gebrochen, die Thätigkeit der Nationalregierung unterdrückt, die Stimme der Patrioten verstummt. Der Oberst Traugut aus der Gegend von Grodno, ein Mann von Mut und Entschlossenheit, der einst mit Auszeichnung in Sebastopol gefochten, dann aber als Agent der Czartoryskischen Emigration an die Spitze der Revolutionsregierung getreten war, wurde verhaftet und mit mehreren

seiner Gefährten durch den Strang hingerichtet. Dasselbe Los traf auch einige Wochen später den „Stadthauptmann“ Waszkowski. Andre Häupter entkamen über die Grenze. Gar manches edle Opfer hatte der Krieg in Feld und Wald, gar manches die russische Strafgerechtigkeit durch Abführung nach Sibirien, durch den Strang oder durch Pulver und Blei gefordert, ehe wieder wie ehemals verkündigt werden konnte: Die Ruhe herrscht in Warschau. Kaiser Alexander II. zog die früher dargebotenen Reformen nicht zurück, suchte aber zugleich durch einschneidende Maßregeln die polnische Nationalität zu zersetzen und das katholische Kirchen- und Schulwesen einzuengen und zu unterbinden. Ein Organisationsausschuß, bei welchem Miljutin und der Fürst Tscherkaßki, das Haupt der Moskauer Slawophilenpartei, das entscheidende Wort führten, nahm eine Umgestaltung der agrarischen Einrichtungen und der Verwaltung Polens in Angriff, „welche darauf abzielte, die als politisch unverbesserlich erkannten Klassen, Adel und Geistlichkeit, aus ihrer geschichtlichen Stellung und ihrem Besitz zu verdrängen und die russische Herrschaft über das Weichselland auf die Sympathien des plötzlich zum Eigentümer gemachten polnischen Bauernstandes zu gründen“. Man müsse, äußerte sich der brutale Tscherkaßki, in Polen das Lateinertum entwurzeln und durch eine wahrhaft slawische Zivilisation ersetzen. Während die ländliche Bevölkerung durch Aufhebung des Frondienstes und Verleihung des Eigentumsrechts auf die bisher in Zins oder Erbpacht besessenen Grundstücke
22. Dez. 1865. fester an Rußland gefesselt ward, verbot ein Ukas Personen polnischer Herkunft in den westlichen Gouvernements Güter zu erwerben, und zwang die polnischen Edelleute, deren Besitzungen infolge des Aufstandes mit Beschlag belegt waren, diese innerhalb zweier Jahre an Personen nichtpolnischer Abkunft zu verkaufen oder gegen Güter im Innern Rußlands zu vertauschen. Zugleich wurden viele Polen geringerer Stände zur Auswanderung in rein russische Landschaften bewogen und an ihrer Stelle russische und deutsche Kolonisten angesiedelt. Die höhern Ämter kamen in die Hände von Nationalrussen, in den Regierungsbehörden und oberen Lehranstalten wurde die polnische Sprache durch die russische ersetzt, die Verwandlung der Warschauer Hochschule in eine russische Universität angebahnt. In Wilna errichtete General Murawiew, ein Mann von rücksichtsloser Energie und aristokratisch-absolutistischer Gesinnung, ein eisernes Regiment, das ganz Litauen in Schrecken hielt. Einige hundert kleine Städte wurden auf den Rang von Dörfern herabgesetzt.

Kirchliche Maßregeln und panslawistische Agitation.

Im eigentlichen Polen verfolgte seitdem die russische Regierung den Plan, einerseits in dem Bauernstand sich eine Generation zu erziehen, die den Dank für ihre Freiheit und Rechtsstellung durch Anhänglichkeit und Treue abtragen werde, anderseits durch rücksichtslose Strenge gegen alle widerstrebenden Elemente im Adel und bei der Geistlichkeit die Wiederkehr unzeitgemäßer „Träumereien“ zu verhindern. Die katholischen Klöster, welche nicht die vorschriftsmäßige Zahl von Mönchen besaßen oder der Teilnahme an der Empörung beschuldigt

waren, wurden aufgehoben, im ganzen über hundert. Durch den kaiserlichen Ukas vom 26. November 1865, welcher das Kirchengut verweltlichte und unter die Verwaltung des Staats stellte und den gesamten Klerus auf feste Besoldungen anwies, wurde die bisherige Unabhängigkeit der katholischen Kirche und Geistlichkeit gebrochen. Die Einsprache des Papstes gegen diese und andre harte Maßregeln, die den polnischen Klerus tief ins Herz trafen, führte zu bittern Auseinandersetzungen zwischen Rom und St. Petersburg, welche endlich die Aufhebung des Konkordats von 1847 und den Abbruch aller diplomatischen Verbindungen zur Folge hatten. Nun konnte die national-russische Partei die Bekehrungen zur „orthodoxen" Kirche um so ungehinderter betreiben. Das alte Polen wird nun wohl für immer „verloren" sein. Auch die anfangs gehegte Hoffnung, daß an der Hand eines verjüngten Rußlands auf neuen Grundlagen ein neues Polen emporwachsen könnte, in welchem die nationalen Güter neben einem geordneten Staatsleben und neben dem „Recht der Menschen, das allen gemein ist", gedeihen und Pflege finden möchten, ist in der letzten Zeit verschwunden. Das Moskowitertum, für das der regsame Publizist Mich. Katkow, der entschiedenste Apostel und Vorkämpfer des altrussischen Wesens in der Moskauer Zeitung ein einflußreiches Organ gründete, droht alle nationalen Eigentümlichkeiten der außerrussischen Slawenwelt zu ersticken, ein Bestreben, das durch die panslawistische Wühlerei der Philoslawenvereine sowohl in Rußland selbst, namentlich durch den rührigen Publizisten Aksakow als in den österreichischen und türkischen Slawenländern gefördert wurde. Hat doch der bei Gelegenheit einer ethnologischen Ausstellung abgehaltene Slawenkongreß in Moskau kaum ein schüchternes Wort zu gunsten der „verirrten Brüder an der Weichsel" zu erheben gewagt.

Nov. 1864.

26. Nov. 1865.

c. Russische Politik nach dem polnischen Aufstand.

Die russische Uniformitätspolitik.

Auf die russische Politik übte die polnische Insurrektion einen nachteiligen Einfluß. Seitdem erfuhr die milde Praxis in der Presse, im Vereinswesen, im geistigen Verkehr manche Einschränkungen; und wie sehr auch Härte und Despotismus dem humanen Sinn Alexanders widerstehen mochten, die Staatsräson trug den Sieg davon. Die altrussische und panslawistische Partei, die in Moskau ihren Herd und Mittelpunkt hat, gewann immer mehr Einfluß in der Umgebung des Kaisers und reizte das nationale Mißtrauen. Demokratismus und Absolutismus reichten einander die Hand, um den grundbesitzenden Adel in allen nichtrussischen Provinzen des weiten Moskowiterreichs als den Träger und Hüter der nationalen Güter und überlieferten Einrichtungen niederzuhalten. Wie einst unter Kaiser Nikolaus ging das Bestreben hauptsächlich dahin, allem politischen, kirchlichen und nationalen Leben den Charakter der russischen Uniformität aufzuprägen. Auf dem Slawenkongreß in Moskau sprach Fürst Tscherkaßki die großrussische Idee in Beziehung auf Polen offen aus: „Eine Aussöhnung ist nur

möglich, wenn die Weichselgouvernements auf jede Sonderexistenz verzichten, wenn Polen nicht im Trotz, sondern wie der reuige verlorne Sohn des Evangeliums unter das Dach des verlassenen Vaterhauses demütig zurückkehrt; erst dann werden wir ihm unsre Arme verzeihend öffnen." Bald kam die gegen Polen befolgte Politik auch gegen die übrigen nichtrussischen Volksteile, die Schweden in Finnland und die Deutschen in den Ostseeprovinzen, in Anwendung. Den Finnländern brachte man in Erinnerung, daß ihre Repräsentativverfassung nur durch die kaiserliche Gnade bestehe und nur soweit Geltung habe, als sie sich russischen Wünschen anbequeme; das vom finnländischen Landtag verworfene neue, strenge Preßgesetz wurde auf dem „Verwaltungsweg" eingeführt und dem Senat des Großfürstentums bedeutet, man habe für den Fall fortgesetzter Unfügigkeit gegen die Absichten der Regierung die Ausdehnung russischer Gesetze auf Finnland zu gewärtigen. Am schwersten hatten die Ostseeprovinzen, Livland, Esthland und Kurland, unter der Feindschaft der altrussischen Partei zu leiden. Trotz des Reformeifers, mit welchem die baltischen Deutschen bemüht gewesen waren, durch Einführung einer neuen freisinnigen Gemeindeordnung (Oktober 1866), durch Aufhebung des adligen Güterbesitzrechts (in Kurland Juni 1865, in Livland März 1866, in Esthland Sommer 1867), durch Beseitigung des ausschließlich adligen Rechts zur Richterwahl und verschiedener andern Mittelalterlichkeiten jeden Vorwand zu Eingriffen in die Provinzialverhältnisse zu entfernen, erklärte der Kaiser in einer auf dem Schloß zu Riga gehaltenen russischen Rede, der enge Zusammenhang zwischen allen Gliedern der „russischen Familie" mache Umgestaltungen im Sinne größerer Annäherung an die Einrichtungen des übrigen Reichs notwendig; wenige Wochen später wurde die Einführung der russischen Sprache in die Regierungsbehörden der Ostseeländer verfügt und der Protest des livländischen Landtags gegen diese Verletzung der Landesprivilegien durch einen kaiserlichen Machtspruch beseitigt. Diese Uniformitätsbestrebungen wurden wesentlich gefördert durch die weitverbreitete Schrift des reichen moskowitischen Gutsbesitzers und Slawophilen Juri Samarin, Die russischen Grenzmarken, worin der Ansicht Ausdruck gegeben war, daß der Bestand selbständiger und eigenartiger, auf geschichtlicher Grundlage entwickelter Ordnungen in einem Teil der Monarchie zum Hemmnis für die Verwirklichung des demokratischen Zukunftsideals werden könne.

(Marginal note beside "fernen, erklärte der Kaiser": Juni 1866.)

Attentate und häusliches Leid. 16. April 1866.

Zu dieser reaktionären Schwenkung trug neben dem polnischen Aufstand vor allem das Attentat auf das Leben des Kaisers Alexander bei, eine Wirkung der durch die Reformen und die politischen Vorgänge erzeugten Aufregung. Am Thor des Schloßgartens richtete ein junger Russe Karakasow eine Pistole auf die Brust des heraustretenden Monarchen; nur durch die rasche Entschlossenheit eines der Zuschauer, des jungen Handwerkers Kommissarow, welcher den Arm des Thäters durch einen Stoß ablenkte, wurde die verbrecherische Absicht vereitelt. Die unermeßliche Freude der ganzen Nation über die glückliche Rettung und die

innige Teilnahme des Auslandes gaben Zeugnis von der allgemeinen Liebe und Achtung, deren sich der Zar zu erfreuen hatte. Der Retter Kommissarow wurde in den Adelsstand erhoben und mit Ehren und Gütern überschüttet. Ein harter Schlag für das Herz des Monarchen war der Tod des Großfürsten Thronfolgers, welcher kurz vor seiner beabsichtigten Vermählung mit der dänischen Königstochter Dagmar in Nizza einem Brustleiden erlag. Er verschied in den Armen des 24. April 1865. Vaters, der an das Sterbelager des Sohnes geeilt war. Nachdem die Trauer um den Gestorbenen vorüber war, reichte die dänische Braut, die schöne Dagmar, dem zum Thronfolger erklärten zweiten Sohn, Alexander, die Hand zum Ehebund, ein Familienereignis, das, von großen Festlichkeiten begleitet, auch wieder einige Erleichterungen in die Hütten der Unglücklichen und in das Elend der Verbannten brachte. Am 1. Juni traf Kaiser Alexander, einer Einladung Napoleons Folge leistend, zur Besichtigung der Weltausstellung in Paris ein. Hatte er sich zu der Reise nur schwer entschlossen, so wuchs seine Verstimmung, als bei verschiedenen Gelegenheiten, wo er sich öffentlich sehen ließ, selbst im Justizpalast, die Franzosen ihre Begeisterung für Polen laut werden ließen. Den höchsten Grad erreichte aber seine Erbitterung, als bei einer Fahrt vom Boulogner Wäldchen ein junger Pole, Berezowski, nach dem Wagen schoß, worin die beiden 6. Juni 1867. Kaiser saßen.

Das Attentat hatte keine Folge und der Verbrecher fiel dem Arm der Strafgerechtigkeit anheim; allein die Frevelthat war nicht geeignet in der Brust des Zaren versöhnlichere Gefühle gegen die Polen zu wecken. Sein Groll erhielt durch diese Erfahrungen neue Nahrung und ermutigte die moskowitische Partei, in ihren Uniformitätsbestrebungen rücksichtslos fortzuschreiten. Ihr Plan ging dahin, in den süd- und nordwestlichen Provinzen, in Litauen und Podolien, in Kiew und Wilna die polnischen Elemente gänzlich zu vertilgen, die polnische Bevölkerung gewissermaßen „lebendig zu begraben", im eigentlichen Königreich Polen die russische Sprache und die griechisch-orthodoxe Kirche zur Herrschaft zu bringen. Schon war das Russische als Unterrichts- und Amtssprache eingeführt worden und nun sollte es auch im katholischen Gottesdienst zur Anwendung kommen. Polen war nur noch ein historischer Name. Auch in den deutschen Ostseeprovinzen ging das System der Russifizierung ungehindert fort. Julius Eckardt, der eifrigste Vorkämpfer des deutschen Wesens am Baltischen Meer, sah sich veranlaßt in Leipzig und Hamburg einen neuen Wirkungskreis für seine litterarischen Arbeiten über die jungrussischen Zustände und die Petersburger Gesellschaft zu suchen. Als ein deutscher Professor der Dorpater Hochschule, Schirren, gegen Juri Samarin, einen Wortführer der moskowitischen Partei, eine „Livländische Antwort" veröffentlichte, wurde er seines Lehramts entsetzt. Juni 1869. Die europäischen Großmächte, in sich gespalten und voll Eifersucht und Mißtrauen untereinander, ließen die russische Propaganda schalten und walten, um das mächtige Kaiserreich nicht auf die eine oder andre Seite zu treiben. Bei

Der Panslawismus im Wachsen. Bestimmungen über das Schwarze Meer.

dem leidenden Zustand Alexanders erlangte der slawische Fanatismus immer freiere Hand. Die eigenmächtige Lossagung der Petersburger Regierung von den Beschränkungen, welche der Pariser Frieden (S. 42 f.) der russischen Kriegsmarine in den pontischen Gewässern auflegte, ging nach einigen Verhandlungen
1871. auf der Londoner Konferenz ohne kriegerische Verwickelungen vorüber. Trotz der Erklärung Englands, daß es keiner Macht zukomme einseitig die Verträge zu lösen oder sich davon loszusagen, wurde der Beschluß gefaßt, daß das Schwarze Meer für die Handelsschiffe aller Nationen geöffnet sein sollte, und sodann durch eine besondere Konvention zwischen Rußland und der Pforte festgesetzt, daß beiden Mächten das Recht zustehe, in dem genannten Meer Flotten von beliebiger Größe zu halten, eine Bestimmung, die man in Petersburg als eine Genugthuung der nationalen Ehre ansah.

II. Deutschland und die deutschen Großmächte.

1. Die deutschen Bundesstaaten.

a. Gang der deutschen Geschichte.

Die Vormächte des Bundestags. Es ist kein erfreuliches Bild, das auf den nachstehenden Blättern entrollt werden wird: die Tage von Olmütz und Bronzell hatten Preußen gedemütigt und Österreich entschieden wieder auf die erste Stelle erhoben. Dadurch wurde der Zwiespalt, der von jeher zwischen den beiden Großmächten bestanden, erweitert und eine Rivalität erzeugt, welche auf das gesamte politische Leben Deutschlands eine unheilvolle Rückwirkung übte. Waren auch beide darin einig, daß man die Demokratie niederhalten, das parlamentarische Leben mit seiner aufregenden Volksbewegung beseitigen oder lahm legen, die geschwächten Landesregierungen aufrichten, den Feudalherren und der hochkirchlichen Partei beider Konfessionen aufhelfen und sie den erschütterten Thronen als Stützen und Schützer nähern müsse, so verfolgten sie doch sonst so auseinander gehende Interessen, so ruhten sie doch auf so verschiedenartigen Grundlagen, daß sie in ihren Bestrebungen häufig in feindlichen Gegensatz gerieten, der, genährt durch die Stammesunterschiede von Süd- und Norddeutschland, durch die religiöse Spaltung der Katholiken und Protestanten, durch die Neigungen und Abneigungen der Völker, durch das Mißtrauen und den Selbsterhaltungstrieb der Kleinstaaten und durch mancherlei andre Beweggründe, dem ganzen Staatsleben des deutschen Volks Inhalt und Richtung gab. Die Herstellung des Bundestags war Österreichs Werk, Preußen gab seine Einwilligung nur mit Widerstreben und innerm Groll. Es war daher natürlich, daß die meisten Mittel- und Kleinstaaten, die nur durch den Bundestag der gefürchteten Unterordnung zu entrinnen vermochten, mit

Österreich Hand in Hand gingen und ihm in allen Streitigkeiten die Majorität verschafften. Hätte die preußische Regierung in Deutschland eine ähnliche volkstümliche Richtung eingeschlagen, wie Sardinien in Italien, so würde der Zwiespalt, der sich hauptsächlich in den diplomatischen Künsten und Kämpfen abspiegelte, tiefer in die Nation eingedrungen sein und vielleicht auch zu einer Zentralregierung auf föderativer Grundlage, mit einer parlamentarischen Gesamtvertretung zur Seite, wie sie die deutsche Nation einmütig anstrebte, geführt haben; da aber Preußen in allen Dingen ganz und gar in die Bahn der Reaktion eintrat, dem bedrängten Liberalismus nirgends die Hand bot, mit romantischer Vorliebe die Privilegien des Adels pflegte, die Zustände einer hingeschwundenen Vergangenheit zurückführte und, befangen in der Vorstellung, daß die Königsgewalt ein Ausfluß göttlicher Gnade sei und die modernen Zeitideen die Gefühle der Loyalität und Pietät zerstörten, im eignen Land wie in den andern Bundesstaaten das parlamentarische Leben zu einem wesenlosen Schatten herabzudrücken bemüht war: so entbehrten die deutschen nationalen Bestrebungen eines festen Anhalts, einer konkreten und realen Macht, an die sie sich anklammern konnten.

Einheitsbestrebungen der Nation.

Das politische Nationalleben in Deutschland litt an zwei Gebrechen, entweder es strebte nach einer idealen Gesamtstaatsform, die in den bestehenden Einrichtungen keine Stütze und keinen Halt hatte, oder es verzettelte und zerbröckelte die Kräfte in kleinlichen Kämpfen um geringfügige Ergebnisse. Dort führten vage Ziele und Unklarheit der Mittel und Wege häufig zu einer Trennung der Feldzeichen und Heerlager; im andern Fall nahmen die politischen Handlungen oft den Charakter des Persönlichen an, dem nicht selten Neigungen und Abneigungen ohne höhere Beweggründe, Launen und Vorurteile zur Folie dienten. Und so sehen wir denn über ein Jahrzehnt das klägliche Schauspiel, daß sich die Kraft des deutschen Volks abmüht und verzehrt, teils um der Reaktion in den Einzelstaaten den vollständigen Sieg zu erschweren und wenigstens einige Trümmer der errungenen Verfassungen und Freiheiten auf politischem, religiösem oder sozialem Gebiet vor dem Untergang zu retten, teils um eine Staatsordnung zu erfinnen und zu erschaffen, bei welcher unbeschadet des Sonderlebens der Teile die deutsche Nation als Gesamtheit auftreten und im europäischen Staaten- und Völkerbund eine ihrer Größe, Macht und Bildung entsprechende Stellung einnehmen möchte. Es war ein trauriges Schauspiel in den Jahren, da anderswo große Thaten geschahen, das deutsche Volk auf der eignen Erde dahinjagen zu sehen, um wie die Schatten der Fabelwelt nach seiner leiblichen Hülle, seinem Staat, zu suchen. Aber wie sehr man auch die Forderungen beschränkte, wie weit man den Traum von einem deutschen Bundesstaat mit monarchischer Spitze von sich warf und vorerst nur auf einer einheitlichen Kriegführung und diplomatischen Vertretung gegenüber dem Ausland bestand, auch die bescheidensten Ansprüche zerschellten an den Souveränitätsrechten der Fürsten, an dem Mangel realer Grundlagen, an der Abneigung der Regierungen,

den wenn auch noch so gerechten Volkswünschen entgegenzukommen. Und als die Vorgänge in Italien, wo die nationale Einigung wunderbar rasch vollzogen war, auch in Deutschland gar mancherlei Gefühle und Betrachtungen auf die Oberfläche trieben und die allgemeine Aufregung einen Blick in die Gemüter des Volks thun ließ, als Deutschland nahe daran war, wegen der österreichischen Interessen in Italien in einen Krieg mit Frankreich verwickelt zu werden, da trat es wieder von neuem mit entsetzlicher Klarheit zu Tage, wie rat- und hilflos die deutsche Nation in allen Fragen des politischen Gesamtlebens dastand, solange nicht der Zwiespalt zwischen den Großmächten ausgeglichen, solange nicht eine Form gefunden war, unter welcher die Gegensätze vereinigt, die widerstrebenden Elemente eingefügt werden möchten. Wenn der unter dem Eindruck des italienischen Kriegs auf Anregung von Rudolf von Bennigsen gegründete Nationalverein, wie einst die Kaiserpartei der „Kleindeutschen" in Frankfurt, auf die Vorherrschaft Preußens hinarbeitete und die Reichsverfassung von 1849 mit einigen Abänderungen zu seinem Panier erhob, so bestand der „großdeutsche" Reformverein, dem auch H. von Gagern beitrat, „da das konstitutionelle Österreich eine andre Stellung einnehme, als das frühere absolute", auf einem Staatsorganismus, in welchem Österreich neben Deutschland und Preußen Platz fände. Wie wenig auch die preußische Regierung sich dem Nationalverein günstig zeigte, wie bestimmt sie auch seine Huldigungen mit den daran geknüpften Bedingungen in ähnlicher Weise zurückwies, wie einst die dargebotene Kaiserkrone, so fühlten sich dennoch die deutschen Fürsten und Regierungen mehr zu dem Reformverein hingezogen, teils weil sie trotz der liberalen Maske doch die rückschrittlichen Grundgedanken herausmerkten, teils weil sie von Preußen größere Gefahr für ihre Selbstherrschaft zu fürchten hatten, als von Österreich.

Bundesreformversuche. Frankfurter Fürstentag. Auch die Regierungen vermochten sich dem Verlangen der Nation nach einer Reform des Bundes nicht ganz zu entziehen. Die Anzeichen einer kräftigern preußischen Politik, welche seit dem Regierungswechsel in Berlin in der schleswig-holsteinischen, in der kurhessischen Frage, in den Versuchen eine tüchtigere Bundeskriegsverfassung herzustellen, zu Tage traten, riefen die Eifersucht Österreichs und der mittlern Bundesstaaten hervor und bewogen sie, ihrerseits die

Okt. 1861. Reform in die Hand zu nehmen. Ein Entwurf, dessen Urheber der sächsische Minister von Beust war, wollte dem Bundestag ein aus Österreich, Preußen und einem dritten Staat bestehendes Direktorium und als beratendes Organ eine Versammlung von Delegierten der Einzellandtage zur Seite stellen (Trias-Idee). Das Projekt, welches gegen die Machtstellung Preußens im Bund gerichtet war, scheiterte aber wie so viele andre, die sich in jenen aufgeregten Tagen drängten. Dann trat Österreich mit einem Bundesreformplan auf. Der Kaiser berief sämt-

Aug. 1863. liche deutsche Fürsten zu einem feierlichen Fürstentag nach Frankfurt. Fast alle regierenden Häupter fanden sich ein, nur der König von Preußen hielt sich fern. Den Versammelten unterbreitete Österreich Vorschläge, wonach die

Bundesangelegenheiten von einem aus den beiden Großmächten, Bayern und zwei von den größern Fürsten gewählten Mitgliedern zusammengesetzten Direktorium geleitet werden sollten. Daneben sollte ein Bundesrat bestehen, in welchem die beiden Großmächte je drei Stimmen haben. Den Vorsitz in beiden Körperschaften sollte Österreich führen. Auch hier war eine Versammlung von Delegierten der Landtage mit beschlußfassender Mitwirkung bei der Gesetzgebung sowie ein Bundesgericht in Aussicht genommen. Dem Bund wurde ferner die Übernahme der Bürgschaft für den gesamten, auch den außerdeutschen Besitzstand Österreichs zugemutet. Preußen lehnte diese Vorschläge ab, es verlangte zum mindesten ein Veto bei Kriegserklärungen des Bundes, wenn es sich nicht um die Verteidigung des Bundesgebietes handelte, Gleichstellung beider Großmächte hinsichtlich des Vorsitzes und eine wahre aus direkten Volkswahlen hervorgegangene Nationalvertretung, welche allein Bürgschaft biete, daß die Interessen und Bedürfnisse des deutschen und preußischen Volks nicht fremden Rücksichten geopfert würden. Auch andre deutsche Fürsten, voran Baden, lehnten den österreichischen Entwurf ab, der auch in der öffentlichen Meinung wenig Zustimmung fand. Sowohl der Abgeordnetentag, der gleichzeitig in Frankfurt versammelt war, als der Nationalverein nahm Anstoß an dem Vorschlag einer Delegiertenversammlung aus den einzelnen Landständen statt eines freigewählten Nationalparlaments. Der österreichische Vorschlag war nicht geeignet, die nationalen Bedürfnisse des deutschen Volks wirklich zu befriedigen, eine gesunde Neugestaltung Deutschlands und ein wahres konstitutionelles System herbeizuführen. Er sollte nur den gefährlichen nationalen Reformruf durch einige scheinbare Zugeständnisse von populärem Klang beschwichtigen. Der staatskluge und energische Mann, der seit kurzem an der Spitze der preußischen Regierung stand, Herr von Bismarck, wußte wohl, warum er diese Lösung der deutschen Frage zurückwies, welche die bisherige österreichische Vorherrschaft gesichert und den deutschen Staatenbund auch in Zukunft jeder wirksamen einheitlichen Kraftentfaltung beraubt hätte. Österreich schien nicht abgeneigt, seine Pläne auch ohne und gegen Preußen durchzuführen und erging sich in drohenden Kundgebungen. Die Gegensätze traten schon damals in einer Schärfe auf, welche einen baldigen gewaltsamen Zusammenstoß voraussehen ließ. Indessen hatte der Frankfurter Fürstenkongreß zunächst keinen andern praktischen Erfolg, als daß dadurch klar zu Tage kam, wie selbst in den höchsten Kreisen die Überzeugung Eingang gefunden habe, daß der Bundestag in seiner dermaligen Zusammensetzung und Verfassung für die Leitung der deutschen Dinge nicht mehr geschaffen sei und daß den Einheitsbestrebungen des deutschen Volks wenigstens einige Zugeständnisse gemacht werden müßten, eine Anschauung, die auch in den Bemühungen um Herstellung einer größern Einheit im Münzwesen, im Maß und Gewicht, im Postwesen und dergleichen hervortrat. Auch die Anstrengungen mehrerer Regierungen des südlichen und mittlern Deutschlands, den preußisch-deutschen Zollverein, samt dem mit Frankreich

abgeschlossenen Handelsvertrag in der Art umzuändern, daß Österreichs Beitritt ermöglicht würde, hatten ebensowenig Erfolg, wie die Versuche, mit Österreich eine besondere Zoll- und Handelseinigung abzuschließen. Sowohl der unverkennbare materielle Vorteil, den der Zollverein mit sich brachte, als die laute Stimme der Beteiligten in der Presse, in den Kammern, in Versammlungen retteten Deutschland vor der Gefahr, das letzte Band der Einheit schwinden zu sehen. Der Zollverein wurde abermals auf zwölf Jahre verlängert, und zwar mit einer Ermäßigung der Eingangszölle für fremde Waren, wodurch die Mitbewerbung des Auslandes erleichtert und damit eine größere Handelsthätigkeit erzielt ward, ein wesentlicher Schritt in freihändlerischer Richtung.

Politisches Leben in den mittleren Bundesstaaten. Auch die Früchte der Verfassungs- und Meinungskämpfe in den Einzelstaaten waren wenig befriedigend. Die folgenden Blätter werden darthun, wie die meisten Regierungen sich der unliebsamen Gesetze und Verfassungsbestimmungen, zu denen sie gedrängt worden, wieder entledigten, wie der Adel manche Vorrechte zurückgewann, wie in Kirche und Schule die strenggläubige Richtung ans Regiment kam, wie die Büreaukratie und Polizeiwillkür wieder üppig ins Kraut schoß. Nur in wenigen Staaten fanden mit den Jahren die Wünsche und Forderungen der nationalen und liberalen Partei und der Ruf nach zeitgemäßen Reformen Gehör. So erfuhren in Bayern, dem größten der mittleren Bundesstaaten, die öffentlichen Dinge unter dem wohlwollenden König Maximilian II., nachdem sich die Wogen der reaktionären Strömung ein wenig verlaufen hatten, eine heilsame Wandlung. Das Mißtrauen mit seinem Gefolge lichtscheuer Verdächtigung schwand, der verderbliche Einfluß früherer Günstlinge hörte auf, Stellenkauf und Anwartschaften wurden abgeschafft, tüchtigen, mit den Ideen der Neuzeit vertrauten Männern ward die Leitung der Geschäfte übergeben, die Behörden wurden einfacher und zweckmäßiger organisiert, der öffentliche Unterricht durch alle Stufen gehoben und gefördert. In allen Gemeinden wurden Elementar-, Sonntags- und Feiertagsschulen eingeführt, allen Glaubensbekenntnissen im ganzen Land ward gleiche Duldung gesichert, Gewerbe und Ackerbau wurden durch Erleichterung des Verkehrs, durch Verminderung der Feiertage, durch Abschaffung einer Menge, wenn auch nur kleiner, doch höchst lästiger Abgaben und mannigfacher Mißbräuche, Beschränkungen und Erpressungen gefördert und gehoben. Die Verdienste des Königs um die Pflege der Wissenschaften und der Litteratur wurden an einem andern Ort gewürdigt. Und als im Lauf seiner leider nur kurzen Herrschaft († 10 März 1864) die Landstände mit der Regierung in Zwist gerieten, schlug der bürgerfreundliche Fürst den Streit mit den Worten nieder: Ich will Frieden haben mit meinem Volk, entließ das Ministerium von der Pfordten und willigte in die Forderungen des Landtags. Auch in Koburg-Gotha, wo der freisinnige Herzog Ernst der reaktionären Strömung sich entgegenstemmte, die Vereinigung der bisher getrennten landständischen Verfassungen von Koburg und Gotha mit Energie

Bayern.

Maximilian II. 1848–1864.

Koburg-Gotha. Herzog Ernst II. seit 1844.

durchzusetzen bemüht war und, unterstützt von freidenkenden und patriotischen Männern, die er in sein Land berief, eine ersprießliche Reformthätigkeit entfaltete, wurde in allen Lebenskreisen den Anforderungen der Zeit und den Wünschen der liberalen Partei Rechnung getragen. In Baden, wo ein humaner Fürst, Großherzog Friedrich, der Reaktionsbewegung frühzeitig Einhalt gebot und in allen Gebieten des öffentlichen Lebens Raum schuf zur freien Entfaltung aller Kräfte und Geistesrichtungen innerhalb des Gesetzes und der Verfassung, wurde bald wieder in die konstitutionellen Bahnen eingelenkt, welche von jeher der Ruhm des Landes gewesen waren. Auch in Württemberg trat seit der Kündigung des Konkordats mit dem päpstlichen Stuhl ein friedlicheres Verhältnis zwischen Regierung und Landständen ein, und wenngleich der bejahrte König Wilhelm bis zu seinem Tod und sein Nachfolger Karl, seit Juli 1846 mit der russischen Großfürstin Olga vermählt, bei allen Versuchen einer deutschen Bundesreform sich mißtrauisch und widerstrebend verhielten, so zeigte doch das Land für alle deutschen Angelegenheiten ein warmes Interesse. In Sachsen, wo im Jahr 1854 dem auf einer Reise in Tirol durch einen Wagensturz verunglückten König Friedrich August II. sein Bruder Johann folgte, wußte der Minister v. Beust durch die Herstellung einer veralteten Wahlordnung sich so gefügige Landstände zu schaffen, daß die Regierung, ohne namhaften Widerstand zu erfahren, in die reaktionäre und strengkirchliche Strömung eintreten und alle vormärzlichen Zustände zurückführen konnte. Unter dem Beustschen Regiment entstand in Dresden das berüchtigte Schwarze Buch, eine Proskriptionsliste für alle liberal- und nationalgesinnten Männer in ganz Deutschland. Dieselbe Reaktionspolitik verfolgte man in Hessen-Darmstadt, wo der Minister Dalwigk, in allen Beziehungen zwischen Staat und Kirche ein treuer Bundesgenosse und Schildträger des Bischofs Ketteler von Mainz, das System der büreaukratischen Kleinlichkeit und der polizeilichen Überwachung bis an die Grenzlinie des Lächerlichen trieb und durch ein neues Wahlgesetz bewirkte, daß man die Volksvertretung als Beamtenkammer bezeichnen konnte. In Nassau herrschte ein reaktionär-klerikales Regiment, das die liberalen und nationalen Bestrebungen aufs gehässigste zu unterdrücken suchte und mit den Ständen in unendlichem Streit über die Domänenfrage lag. Die unselige Wirtschaft in Kurhessen, Lippe-Detmold, Mecklenburg und Hannover werden wir alsbald kennen lernen.

Baden.
Württemberg.
März 1857.
† 24. Juni 1864.
Sachsen.
9. Aug. 1854.
Johann. 1854—1873.
Hessen-Darmstadt.
Nassau.

Aber durch wie viele dunkle Gänge, über wie viele unerfreuliche Winterlandschaften die deutsche Geschichte jener Jahre hinführen mochte, viele bedeutende Errungenschaften wurden dennoch in die Gegenwart gerettet und schritten einer weitern Entwickelung siegesfroh entgegen. Zu diesen Errungenschaften darf in erster Linie gerechnet werden: das klare Nationalbewußtsein, das im Kampf mit dem engen Stammesgeist und dem kirchlichen Konfessionshader immer mehr Boden gewann und dem deutschen Namen auch nach außen Achtung zu verschaffen bestrebt war. War demselben auch im öffentlichen Leben wenig Raum

Stärkung des Nationalgefühls.

zur Entfaltung geboten, so trat es bei andern Veranlassungen, wo es sich nur immer regen durfte, um so kräftiger hervor. Es hinterließ einen erhebenden Eindruck, als am 10. November des Jahres 1859 das deutsche Volk in der Gedächtnisfeier an seinen großen nationalen Dichter Schiller zugleich dem Gefühl der Verwandtschaft und Zusammengehörigkeit auf dem Gebiet edler Geistesfreiheit und Humanität Ausdruck gab, als die fünfzigjährige Gedenkfeier des 18. Oktober im Jahr 1863 den festen Entschluß des deutschen Volks aller Stämme an den Tag legte, nie wieder die Schmach eines Rheinbundes über sich ergehen zu lassen. Lauten Unwillen und glühende Proteste aus allen Gauen rief es hervor, als dem hannöverschen Minister Borries bei Gelegenheit einer Petition um Schaffung einer Zentralgewalt und um einheitliche Organisation der militärischen und politischen Kräfte Deutschlands die Äußerung entschlüpfte, die kleinen Staaten würden eher die Allianz auswärtiger Mächte suchen, als in eine Mediatisierung willigen. Der Grafentitel, womit der blinde König die Welfentreue seines Ministers belohnte, vermochte dessen Namen bei dem deutschen Volk nicht mehr zu Ehren zu bringen. Die Worte wurden deshalb mit so großer Entrüstung vernommen, weil man ahnte, daß sie die wahre Gesinnung vieler der ehemaligen Rheinbundfürsten enthüllten.

b. Religiöse Erregung und Konkordate.

Konfessionelle Anstrengungen. Als in den deutschen Landen die Revolution niedergeworfen, das politische Leben gebrochen und eine trübe Resignation in die Gemüter eingekehrt war, da machte sich zuerst die Kirche auf, um über die gedemütigten und zerrütteten Staaten ihre Triumphe zu feiern, um den Zustand der Bußfertigkeit und Zerknirschung der Völker zu ihrer Erhöhung und Verherrlichung zu verwerten. Es wurde schon früher (XV, 1. 28, 50 ff.) erwähnt, mit welchem Eifer die Jesuiten durch Wanderpredigten der innern Mission oblagen; mit welcher Siegeszuversicht die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz in einer Denkschrift ihre Forderungen den gebeugten Regierungen vorlegten; wie das römische Kirchenregiment die schwierige Lage der Zeit zur Abschließung günstiger Konkordate und Konventionen im hierarchischen Sinn benutzte; wie die Reste der deutschkatholischen und lichtfreundlichen Gemeinden mehr und mehr in ihren Rechten beschränkt, in ihrer Existenz bedroht wurden. Kirchliche Vereine wurden ins Leben gerufen, welche, wie der Pius- und Vinzenzverein, durch innere Mission unter dem Volk für den Aufschwung der Kirche wirken oder, wie der Bonifaciusverein, den Katholizismus in protestantischen Ländern fördern sollten. Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Maria, durch eine glänzende Kirchenver-
8. Dez. 1854. sammlung unter dem Vorsitz des Papstes feierlich festgestellt, sollte der Phantasie des gläubigen Volks neue und willkommene Nahrung zuführen, den Aufgeklärten aber ein Beweis sein, wie gering man die Forderungen der Vernunft und Wissen-

schaft in Sachen der Religion und Kirche anschlage. Ähnliche Bestrebungen zur Erweckung und Belebung des kirchlichen und religiösen Sinnes unter dem Volk gaben sich auch in dem evangelisch-protestantischen Deutschland kund (vgl. XV, 1. 74 ff.). Der Kirchentag, eine freie Versammlung gläubiger Geistlichen und Laien, der zuerst in Wittenberg, dann in Frankfurt auftrat und seitdem bald in dieser, bald in jener Stadt seine Meinung über die Lage der Zeit abgab, suchte kirchliche Gesinnung und evangelische Gläubigkeit zu wecken und zu stärken. Gegen die Union mit ihrer weitherzigen Grundlage richtete in Preußen, Mecklenburg, Kurhessen und anderwärts das strenge Luthertum seine Angriffe (XV, 1. 76 f.). Um der geschlossenen römisch-katholischen Kirche in größerer Einheit und Machtfülle entgegentreten zu können, strebte der Protestantismus in der Evangelischen Allianz eine gemeinsame Verbrüderung evangelischer Christen aus allen Ländern zu schaffen mit einer dogmatischen Grundlage, die jedoch weder die Strenggläubigen noch die Männer der freien Richtung befriedigte.

Die römische Hierarchie auf dem Kampfplatz.

Während die protestantische Kirche ihre besten Kräfte zur Bekämpfung der Gegenpartei im eignen Lager verbrauchte, gewann die römische Hierarchie immer mehr Grund und Boden im Staat. In ihrem Siegesbewußtsein träumte sie bereits von einer Selbstauflösung des Protestantismus. Die Durchführung der in der bischöflichen Denkschrift aufgestellten Forderungen sollte den Anfang ihres aggressiven Vorgehens bilden. Dazu ersah sich die ultramontane Partei das Land, das von den Revolutionsstürmen am meisten gelitten hatte und das somit den geeignetsten Boden zur Aufrichtung eines hierarchischen Regiments zu bieten schien: das Großherzogtum Baden. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann v. Vicari, ein mehr als achtzigjähriger Greis, von einer fanatischen Umgebung geleitet und vorwärts getrieben, mußte als Fahnenträger vorangehen. Sein Alter konnte als Schild gegen den Feind, als Gegenstand der Verehrung bei dem Volk dienen, und als endlich der allzustraff gespannte Bogen zerriß und die Regierung sich zum Widerstand waffnete, war das weiße Haupt des Märtyrers eine pathetische Unterlage für die ultramontane Dichtung (Oskar v. Redwitz) wie für rhetorische Deklamationen.

Der badische Kirchenstreit.

Am 24. April 1852 erlag der bürgerfreundliche Großherzog Leopold von Baden den Leiden und Schmerzen einer langen Krankheit. Die Regierung verlangte von der Geistlichkeit beider Konfessionen eine Totenfeier, wie sie bei den frühern Landesfürsten stattgefunden. Der Erzbischof aber gestattete nur ein Trauerfest ohne Hochamt und verurteilte alle Priester, welche den Geboten der weltlichen Behörden Folge geleistet, zu Bußübungen in einer kirchlichen Anstalt des Schwarzwaldes. Vielleicht war die Regierung im Unrecht, als sie von dem katholischen Klerus ein Totenamt forderte, welches die römische Kirche nur ihren Angehörigen gewährt; daß aber die der weltlichen Gewalt gehorsamen Geistlichen der strafenden Hand der Kurie preisgegeben wurden, hat die Ansprüche und die Siegesfreudigkeit der letztern in demselben Grad gesteigert, wie das Ansehen des Staats für lange Jahre gebrochen. Daß bei dieser Lage der Dinge Zwistigkeiten und feindselige Berührungen nicht ausbleiben würden, war leicht vorauszusehen. Als die in der Denkschrift verlangten Rechte eine Zurückweisung erfuhren, wurde im

Namen des Erzbischofs und der vier mitunterzeichneten Bischöfe von Mainz, Rottenburg, Fulda und Limburg eine energische Erklärung veröffentlicht, worin es unter anderm hieß, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Dieser drohenden Erklärung begegnete die Regierung mit der Bestimmung, daß kein Erlaß des Erzbischofs an die Geistlichkeit seiner Diözese ferner Gültigkeit haben sollte ohne Genehmigung und Unterschrift des ersten Beamten in Freiburg als Regierungskommissars. Die nächste Folge dieser Verfügung war ein heftiger Streit zwischen der Kurie und der weltlichen Obrigkeit. Wie jene den Regierungskommissar und den gesamten katholischen Oberkirchenrat mit dem Bann belegte und einen Hirtenbrief zu ihrer Rechtfertigung erließ, so verbot die Staatsbehörde das Vorlesen desselben auf der Kanzel, sperrte den ungehorsamen Geistlichen die Gehaltsbezüge, schloß das Priesterseminar, das der Erzbischof unter seine alleinige Obhut genommen, und übertrug die Aufsicht über die frommen Stiftungen dem Staat. Widersetzliche Gemeinden wurden durch Einquartierung zum Gehorsam gebracht, der Erzbischof selbst in seinem Palast einige Tage unter Aufsicht gestellt. Aber auch aus diesem Streit ging schließlich die Kurie als Siegerin hervor. Von den Katholiken geschmäht und angefeindet, ließ sich die Regierung mit Rom in Unterhandlungen ein, in deren Folge jene Verordnungen bis auf weiteres außer Kraft gesetzt wurden.

Konkordate und Konventionen. Juni 1855. Das kühne Selbstvertrauen, das diese Vorgänge bei dem katholischen Klerus erzeugten und das sich im Juni 1855 bei der achthundertjährigen Erinnerungsfeier des heiligen Bonifacius in Fulda am zuversichtlichsten aussprach, gewann noch an Stärke, Aug. als im August desselben Jahres Österreich mit Rom ein Konkordat abschloß, wodurch die Reste des josephinischen Systems gänzlich beseitigt wurden. Dieses Konkordat, welches der Kirche zusicherte, daß sie alle ihr nach der Anordnung Gottes und nach den Bestimmungen der Kirchengesetze zukommenden Rechte genießen sollte, und über dessen praktische Ausführungen ein Nationalkonzil unter dem Vorsitz des päpstlichen Nunzius April 1856. in Wien Beratungen pflog, verlieh der Kirche die Selbstverwaltung ihres Vermögens, dem Klerus die Leitung des religiösen Unterrichts und die Zensur aller in das Gebiet der Religion und Kirche einschlagenden Bücher, den Bischöfen den freien Verkehr mit Rom und die ausschließliche Leitung der Priesterseminare, dem Jesuitenorden die Errichtung eigner Lehranstalten, und gestattete nicht, daß die Leichen von Protestanten auf katholischen Kirchhöfen beerdigt würden. Und so sehr lagen die Regierungen während der Reaktionsjahre unter dem Einfluß der Kirche, daß dieses Konkordat, gegen welches die gesamte freisinnige Presse und die öffentliche Meinung ihre Stimme erhob, selbst in dem zum größten Teil protestantischen Königreich Württemberg Ein- 5. Juni 1857. gang fand und nach einigem verschämten Zögern und Zuwarten endlich bestätigt ward, und daß die Regierung von Hessen-Darmstadt die Ansprüche der römischen Kirche durch eine ähnliche Konvention mit dem Bischof von Mainz zu befriedigen suchte.

Gesetzgeberische Reformthätigkeit in Baden. Großh. Friedrich seit 1852 (zuerst als Prinz-Regent). Auch in Baden, wo, bei der unheilbaren Seelenstörung des Thronerben Ludwig († 22. Januar 1858), der zweite Sohn des Großherzogs Leopold, Friedrich, der sich im September 1856 mit der Prinzessin Luise von Preußen vermählte, zuerst als Prinzregent, dann als Großherzog die Regierung führte, wurde eine Übereinkunft (Konvention) mit Rom abgeschlossen, wodurch der Kirche eine von der Staatsregierung fast unabhängige selbständige Stellung eingeräumt und Wissenschaft, Unterricht, ja das gesamte geistige Leben unter die Aufsicht und Zensur des Klerus gestellt war. Aber der Großherzog, der die Verfassungstreue und den volksfreundlichen Geist des Vaters als Erbteil übernommen, gewann die Überzeugung, daß ein Staatsvertrag von so tiefgreifender Wirkung zu seiner gesetzlichen Geltung der Zustimmung des Landtags bedürfe. Er legte daher die Konvention seinen Ständen vor und als diese in

überwiegender Mehrheit sich dagegen aussprachen, hob er dieselbe auf, entließ das Ministerium Stengel und berief Männer in seinen Rat, Lamey, Roggenbach, 1860.
Stabel, etwas später Mathy, welche das Vertrauen des Volks besaßen und geeignet waren, das Staatsleben im Geist der Verfassung und auf dem Boden gesetzlicher Freiheit und Ordnung im geregelten Gang zu halten. Mit ihrer Beihilfe gewährte der Großherzog der Kirche seines Landes, ohne Unterschied der Konfession, eine selbständige Stellung und ordnete das Verhältnis zwischen der geistlichen und weltlichen Macht auf neuen gerechten Grundlagen. Mit der erzbischöflichen Kurie wurde eine Übereinkunft über die Besetzung der Pfarrstellen getroffen und in der evangelisch-protestantischen Kirche den Gemeinden eine größere Beteiligung am kirchlichen Leben, Freiheit in Gebrauch und Anwendung der neuen Agende, welche die der Mehrheit nach aus orthodoxen Mitgliedern zusammengesetzte Generalsynode vom Jahr 1855 entworfen hatte, und eine Mitwirkung bei der Anstellung der Prediger eingeräumt. Da in Folge der Selbstregierung der Kirche die Schule nun nicht länger in ihrer bisherigen Abhängigkeit von der Geistlichkeit verbleiben konnte, wenn nicht der Staat sein Oberaufsichtsrecht darüber aufgeben sollte, so wurde auch eine neue Schulreform in Angriff genommen und von Regierung und Ständen ein Schulaufsichtsgesetz aufgestellt, durch welches die Volksschulen mit Beibehaltung des konfessionellen Charakters und mit gebührender Berücksichtigung der Rechte und der Mitwirkung der Geistlichen der Leitung und Beaufsichtigung der Staatsbehörden unterstellt sein sollten. In gleichem Geist wurde die Verwaltung und Rechtspflege durch Heranziehung bürgerlicher Beisitzer neu geordnet, Gewerbefreiheit mit dem Recht freier Niederlassung eingeführt, die rechtliche Gleichstellung der Juden zum Gesetz erhoben und dem ganzen Staatsleben der Charakter eines volkstümlichen Selbstregiments verliehen. Auch in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten ging seitdem Baden durch liberale Anträge am Bundestag voran, so in dem kurhessischen Verfassungsstreit, bei dem Fürstentag, in den Anliegen Schleswig-Holsteins. Diese Vorgänge wirkten auch auf andre Staaten zurück. In Württemberg wurde auf den Widerspruch der Landstände hin die Übereinkunft mit Rom gleichfalls außer Kraft gesetzt und das Verhältnis des Staats zur katholischen Kirche auf 1861.
dem Weg der Gesetzgebung geordnet; und in Österreich machte man wenigstens den Versuch, eine Revision des Konkordats zu erzielen, ein zunächst freilich erfolgloses Bemühen.

c. Bundestag und Bundesstaaten in der Reaktionszeit.

Nicht nur die Kirche suchte die reaktionäre Strömung zur Erhöhung ihrer Der Bundestag und die
Macht auszubeuten, auch die Regierungen und der Adel waren beflissen, die Reaktion.
neuen Einrichtungen, welche der Revolutionssturm zu Tage gefördert, zu beseitigen oder umzugestalten. Die liberalen Minister, die doch nicht wohl die Hand zur Vernichtung ihrer eignen Schöpfungen bieten konnten, wurden in den meisten Staaten durch Männer der konservativen oder reaktionären Richtung ersetzt, die Verfassungsurkunden von den demokratischen Bestandteilen und Reformen gereinigt, die freien Wahlgesetze umgeändert oder durch die ältern verdrängt, die Tagespresse durch Gesetze, Verordnungen und Strafbestimmungen in enge Schranken gewiesen, so daß die freie Meinungsäußerung fast ebenso sehr gefesselt war, wie unter der vormärzlichen Zensur; die politischen Vereine wurden unterdrückt

oder streng überwacht, alle liberalen Ideen und Institutionen in ihrer Entwickelung und Thätigkeit gehemmt. Diesen Charakter hatte die Politik in den fünfziger Jahren, mehr oder minder schroff ausgeprägt, in Bayern, Sachsen, Württemberg, in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau und in fast allen kleinern Staaten. Nur wenige Fürsten hatten, wie die Großherzöge Karl Friedrich (1828—1853) und Karl Alexander von Sachsen-Weimar und der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, den festen Mut, gleich anfangs bei der besiegten Sache des Freisinns auszuharren. Wo die Einzelregierungen nicht den Willen oder die Kraft besaßen, das fortgeschrittene Staatsleben zurückzuschrauben, da rief der Bundestag, der seit seiner Herstellung immer mehr in die alte Bahn einlenkte und den bewegten Zeitgeist wieder zur Ruhe zu bringen beflissen war, die streitenden Parteien vor sein Forum und entschied, indem er einer eignen „Bundes-zentralkommission" (Reaktionsausschuß) die Prüfung und Beurteilung der Verfassungsangelegenheiten übertrug, in der Regel im Sinne der Umkehr. Auf diese Weise wurden nicht nur beschworne Staatsgrundgesetze ohne weiteres beseitigt, wie in Hessen-Kassel, Hessen-Homburg, Lippe-Detmold, andre durch einschneidende Revisionen ihrer liberalen oder demokratischen Bestimmungen über Wahlordnung und Vertretung oder über die Befugnisse und Rechte der Landstände entkleidet; in einigen Ländern, wie in Hannover, Württemberg, Mecklenburg wurden die feudalen Zustände einer überwundenen Zeit selbst über den Wunsch der Regierungen hinaus zu gunsten der Ritterschaft und der Standesherren wieder hergestellt. Der Bundestag hob ausdrücklich die vom Frankfurter
23. Aug. 1851. Parlament erlassenen Grundrechte auf und verpflichtete die Regierungen, die seit 1848 eingeführten staatlichen Einrichtungen mit den Grundgesetzen des Bundes in Übereinstimmung zu bringen. Wenn bei den frühern Reaktionen, wo es zunächst nur auf Unterdrückung des politischen Fortschritts abgesehen war, hauptsächlich die Büreaukratie den Mittelpunkt der Thätigkeit bildete, so traten nunmehr die privilegierten Stände, die sich durch die sozialen Bewegungen der beiden Revolutionsjahre in ihren materiellen Interessen bedroht sahen, in den Vorgrund und suchten den ganzen neuen Zeitgeist durch die Rückführung vergangener Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus der Welt zu bannen. In diesem Bestreben suchten und fanden sie eine Stütze an dem Bundestag in Frankfurt. Damit den zaghaften Regierungen ein Rückhalt geboten und verhindert würde, daß in den freiern Staaten dem Geist des Fortschritts eine Heimstätte geschaffen werde, griff der Bund mit kühner Hand in die Preßverhältnisse ein, indem er in dem Bundespreßgesetz vom 6. Juli 1854 für sämtliche deutsche Bundesstaaten eine allgemeine Norm aufstellte. Konzessionen, Kautionen, Aufhebung der Zuständigkeit der Schwurgerichte und verschärfte Strafandrohungen bei Vergehen sollten die freie Presse knebeln. Durch einen andern Bundestagsbeschluß wurden Vereine und Versammlungen mancherlei Beschränkungen unterworfen. Hatte der alte Bundestag in vormärzlicher Zeit viele Schuld auf

sich geladen, so blieb der restaurierte nicht hinter dem ältern Bruder zurück. Er verschmähte es nicht, einem Hassenpflug, einem Hannibal Fischer und ihren Gesinnungsgenossen die Hand zu ihren volksfeindlichen und rechtswidrigen Unternehmungen zu bieten.

Kurhessen. Friedrich Wilhelm I. 1847—1866. † 1875.

Wir haben früher (XV, 1, 420) die Mittel und Wege kennen gelernt, wie Hassenpflug die Verfassung in Kurhessen zu Fall brachte und das Staatsleben mit militärischer Gewalt niederdrückte. Kaum hielt nun der Bundestag wieder seine Sitzungen in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt, so nahte sich ihm der hessische Minister, um ihn als Werkzeug für seine weitern Pläne zu gebrauchen. Auf seine Veranstaltung erklärte ein Bundesbeschluß die hessische Verfassung vom Jahr 1831 für unvereinbar mit den Bundesgesetzen und erteilte dem Kurfürsten den Auftrag, im Einvernehmen mit den Landständen ein neues Staatsgrundgesetz aufzurichten. Dieser Aufforderung kam die Regierung bereitwillig nach. Unter dem noch immer andauernden Kriegszustand wurde eine Verfassungsurkunde aufgestellt und am 13. April bekannt gemacht, aus welcher alle seit Jahrhunderten landesverfassungsmäßigen Rechte weggelassen und durch neue Bestimmungen ersetzt waren, die in der That die fürstliche Willkür bedeuteten. Die Fundamentalrechte, die jede landständische Verfassung dem Volk zuteilt: Mitwirkung bei der Gesetzgebung, Zustimmung zu der Steuererhebung, Einsicht in den Staatshaushalt, waren durch beschränkende, vieldeutige Bestimmungen wertlos gemacht und die Wahl der Abgeordneten in einer Weise begrenzt und erschwert, daß kein Schatten von Freiheit bestand und der Regierung volle Gelegenheit gegeben war, alle unfügsamen Elemente von der Versammlung fern zu halten. Nach diesem noch nicht zu Recht bestehenden Wahlgesetz wurden nun die Stände einberufen, um dem Bundesbeschluß zu genügen. Allein wie schlau man auch bei der Wahl zu Werke ging, also daß die Ritterschaft ein Drittel der Abgeordneten stellte, die übrigen aus Ortsvorständen, Gemeindebehörden und Landbevölkerungen hervorgingen und daß man diejenigen Mitglieder, die selbständig aufzutreten wagten, durch Amtsentsetzungen oder gerichtliche Anklagen der Rechtsbedingungen zum Eintritt in die Kammer zu berauben suchte: an dem Rechtssinn und der Festigkeit des Hessenvolks scheiterten alle Ränke. Zweimal machte Hassenpflug den Versuch, mit unerhörter Rechtsverletzung einen Landtag zusammenzubringen, der das neue Grundgesetz durch seine Zustimmung gutheißen würde; die Abgeordneten beharrten bei der Gültigkeit der alten Verfassung vom Jahr 1831. Statt aber diesem Verlangen des Volks sich zu fügen, zog man in Kassel vor, ohne alle Rechtsgrundlage zu regieren. Ohne sich um die verunstalteten Stände zu kümmern, ohne sich an die Bestimmungen der alten Verfassung oder des neuen Entwurfs zu kehren, ja ohne die einfachsten Rechtsgrundsätze zu beachten, wurde nach reinster Willkür gewirtschaftet. Wie Hassenpflug das bürgerliche Recht beugte und drehte, alle Mißliebigen von Amt und Geschäftsbetrieb ausschloß und das unglückliche Land sittlich und materiell niederdrückte, so mißbrauchte sein Genosse Vilmar Religion und Kirche, um eine lutherische Rechtgläubigkeit einzuführen, um die Gewissensfreiheit unter eine finstere Kirchenzucht zu beugen, um ein hierarchisches Amtsregiment aufzurichten.

Das Hassenpflugsche Regiment.

27. März 1852.

Okt. 1855. Ausgang des kurhessischen Verfassungskampfes.

Hassenpflug wurde endlich in Ungnade entlassen. Da aber nur die Person, nicht das System gewechselt ward, so dauerten die kurhessischen Verfassungskämpfe noch jahrelang fort; das Volk bestand auf seinem alten Recht, die Regierung glaubte es ihrer Ehre schuldig zu sein, den Verfassungsentwurf von 1852 aufrecht zu erhalten; der Bundestag war bemüht, aus diesen Wirren, auf welche die Blicke von ganz Deutschland gerichtet waren, einen Ausweg zu finden, ein Mittel zu ersinnen, wie zwischen dem Volksrecht und der landesherrlichen Autorität eine Ausgleichung herbeigeführt werden

möchte. Als gegen Ende der fünfziger Jahre die reaktionäre Strömung zu sinken begann und die politische Luft wieder reiner und freier wurde, nahm der Verfassungskampf in Kurhessen einen bewegteren Charakter an: die öffentliche Meinung gab in der Presse, in Kammerreden, bei jeder geeigneten Gelegenheit laut ihren Unwillen kund gegen die jahrelange Mißhandlung eines biedern Volks, das Gewalt, Tücke und Hinterlist nicht von der Loyalität gegen den Landesfürsten, aber ebensowenig von der Treue und Anhänglichkeit an sein altes gutes Recht abzubringen vermochten. Der Bundestag, der einen eignen Ausschuß zur Prüfung und gutachtlichen Äußerung über den Verfassungskampf niedersetzte, war geteilter Meinung, indem Österreich und einige Mittelstaaten, besonders Bayern, an dem aufgedrängten Entwurf, der hauptsächlich unter ihrem Schutz und Einfluß zustandegekommen, festhielten, Preußen dagegen, wo während der Regentschaft ein freisinniges Ministerium der Regierung eine andre Richtung gab, und einige gleichgesinnte Staaten für das Recht des Volks eintraten. Die
März 1860. letztern erkannten im Jahr 1860 das Zurückgehen auf die Verfassung von 1831 unter Beseitigung der darin enthaltenen bundeswidrigen Bestimmungen als den einzig rechtmäßigen Weg zur Beruhigung des Landes; die Ausscheidung dieser bundeswidrigen Teile sollte aber von den Ständen selbst vorgenommen werden. Allein Preußen blieb mit seinem Vermittelungsantrag in der Minorität; die deutschen Regierungen fürchteten ein Beispiel zu geben, das auch gegen ihre einseitig eingeführten Verfassungsänderungen seine Anwendung finden könnte. Mehrere derselben hatten sich zu dem Zweck auf
Nov. 1859. einer Konferenz in Würzburg zu einem gemeinsamen Handeln bei dem Bundestag geeinigt. So blieb denn die kurhessische Verfassungsfrage in dem bisherigen rechtlosen Zustand. Alle Versuche der Regierung, die wiederholt einberufenen Stände für ihre Vorlagen zu gewinnen, waren vergebens; es war eine Ehrensache des hessischen Volks geworden, auf der betretenen Bahn auszuharren; jede neue Kammer forderte mit gleicher Entschiedenheit das alte Recht des Landes und legte Verwahrung ein gegen die aufgezwungenen Verfassungsbestimmungen. Unter den Kämpfern für das Verfassungsrecht ragte der Abgeordnete Ötker hervor. Da einigten sich endlich Österreich
März 1862. und Preußen, beunruhigt durch die wachsende Aufregung des deutschen Volks, zu der Ansicht, daß die Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesamten Deutschlands liege, und beantragten am Bunde die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 „unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisierten und der Reichsritterschaft". Auch jetzt noch versuchte der Kurfürst, unterstützt von einigen Regierungen, einen entscheidenden Bundesbeschluß zu hintertreiben. Da erklärte aber Preußen, daß es seine Aktion nicht länger von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen dürfe, und zeigte, als ein eigenhändiges Schreiben des Königs von dem Kurfürsten in einer beleidigenden Weise entgegengenommen wurde, eine drohende Haltung. Man verlangte als Genugthuung die Entlassung des Ministeriums, und als diese verweigert wurde, rief die preußische Regierung ihren Gesandten ab und
Mai. stellte zwei Armeekorps auf Kriegsfuß. Aber erst als Österreich dem Kurfürsten bedeuten ließ, daß ein weiterer Widerstand unmöglich sei, fügte er sich widerstrebend dem Bundesbeschluß, der die Verfassung von 1831 wiederherstellte, und entließ das Ministerium. Aber sein späteres Benehmen bewies, daß er nur der augenblicklichen Notwendigkeit gewichen sei und keineswegs das Bedürfnis habe, mit seinem Volk im Frieden zu leben. Nur die Personen wurden gewechselt, um in kurzem wieder von Gleichgesinnten ersetzt zu werden. Das System blieb unverändert.

Lippe-Detmold. Hassenpflugs Lorbeeren ließen den ehemaligen oldenburgischen Regierungsdirektor in Birkenfeld, Lorenz Hannibal Fischer, nicht schlafen. Er ruhte nicht, bis er

den Gesinnungsgenossen noch überboten hatte. Zuerst ließ er sich von dem Bundestag den Auftrag erteilen, die neugeschaffene Bundesflotte, die in den Tagen der 1852.
Hoffnung und der nationalen Begeisterung zum Teil durch freiwillige Beiträge des deutschen Volks geschaffen worden, zum öffentlichen Verkauf zu bringen, nachdem der Finanzminister von Bodelschwingh es abgelehnt hatte, dem preußischen Staat das „interessante Nessushemd" zu erwerben; dann setzte er, zum Minister in Lippe-Detmold ernannt, selbst die Staatsmänner in Frankfurt in Erstaunen durch die Rechtsdeduktionen und Sophismen, mittels deren er zu beweisen suchte, daß die bisherige Ständeversammlung nach der zwischen Regierung und Volk vereinbarten Verfassung „eine usurpierte Landesvertretung von ungesetzlicher Stellung sei", und die alte Ordnung, wonach den Ständen nur eine beratende Stimme zukam, noch gesetzliche Geltung habe, und, als sich die Volksvertreter deshalb mit einer Beschwerde an den Bundestag wandten, sah er darin ein Zeichen, „wie weit der Starrsinn und die Verblendung einer systematischen Opposition in der Mißachtung der landesherrlichen Gewalt sich zu erheben erkühne". Die Verfassungsfrage war im Land Lippe-Detmold noch nicht zum Austrag gekommen, als Fischer während einer Reise nach Thüringen auf Befehl des Herzogs 8. Juli 1855.
Ernst von Koburg-Gotha in Haft genommen ward, wegen Majestätsbeleidigung, deren er sich in einer von ihm verfaßten Beschwerdeschrift der Sachsen-Gothaischen Ritterschaft an den Bundestag schuldig gemacht. Zwar wurde er bald gegen Kaution in Freiheit gesetzt, allein der Fürst von Lippe sah sich dennoch durch diesen Vorfall veranlaßt, den Minister seines Dienstes zu entheben. An seine Stelle trat ein preußischer Beamter, mit dessen Hilfe der Landesherr seinen Krieg mit den Landständen fortsetzte und in Kirche und Schule dem liberalen Zeitgeist entgegenwirkte. Ähnliche Vorgänge spielten in Anhalt, wo unter der Ägide einiger Rückschrittsmänner, wie Schätzell, Sintenis, Pernice eine Landschaftsordnung von mittelalterlichem Charakter mit strengster ständi- 1855.
scher Gliederung ins Leben trat und über fünfzehn Jahre in Geltung blieb.

Auch in Mecklenburg war in den Revolutionsjahren die Ruhe und Sicherheit Mecklenburg. Friedrich Franz II. 1842—1883.
des mittelalterlichen Feudalstaats unsanft gestört worden und nach manchen stürmischen Debatten ein Staatsgrundgesetz zustandegekommen, das, beide Großherzogtümer umfassend, neben dem Adel, der in Verbindung mit einigen bürgerlichen Gutsbesitzern und Bürgermeistern bisher allein die Ständeversammlung gebildet hatte, auch den Abgeordneten der Städte und der Landschaft Sitz und Stimme gewährte. Kaum aber waren die deutschen Volksbewegungen niedergeschlagen, so legte die adlige Ritterschaft, an ihrer Spitze einige erbberechtigte Agnaten des Fürstenhauses, Verwahrung ein gegen die Gültigkeit der neuen Verfassung und wurde in ihrem Auftreten sowohl von dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen als von der „Bundeszentralkommission" unterstützt. Der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, obwohl der neuen Ordnung zugethan, aber außer stande, dem mächtigen Drang zu widerstehen, entließ das liberale Ministerium von Lützow und übertrug, nachdem er einen Mann des Rückschritts, den Grafen Bülow aus Preußen, in seinen Fürstenrat berufen, einem Schiedsgericht, bestehend aus drei Staatsmännern, einem preußischen, einem hannöverschen und dem sächsischen Gerichtspräsidenten von Langenn als Obmann, die Entscheidung über die Rechtsbeständigkeit der neuen Verfassung. Diese „Kompromißinstanz" erklärte durch einen Rechtsspruch zu Freienwalde in der Mark Brandenburg die Ein- 11. Sept. 1850.
führung des Staatsgrundgesetzes und die Aufhebung der alten landständischen Verfassung für null und nichtig und legte dem Großherzog die Verpflichtung auf, nach Anleitung des grundgesetzlichen Erbvergleichs vom Jahr 1755 (XIV, 695) einen neuen Landtag zu berufen. Dieser Rechtsspruch versetzte der mecklenburgischen Verfassung den Todesstoß. Vergebens strengte die liberale Partei unter der Führung des

charakterfesten Landtagsabgeordneten Moritz Wiggers alle Kräfte an, das beschworene Recht vor der heranschwellenden Flut der Reaktion zu retten; der Landtag von Malchin, bei welchem die Ritterschaft weitaus die Mehrheit bildete, trat wieder zusam-
15. Febr. 1851. men und führte Mecklenburg in die alten Bande des Feudalismus zurück. Das Staatsgrundgesetz wurde abgeschafft, die Abgeordnetenkammer durch den zuchtlosen mittelalterlichen Landtag mit seinen stabgeschmückten Marschällen verdrängt und eine schonungslose Reaktion mit Anklagen, Amtsentsetzungen und Verfolgungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eingeleitet. Was die Privilegierten in ganz Deutschland anstrebten, das erwarb somit der mecklenburgische Grundadel im vollen Umfang: die Rückführung einer hundertjährigen Vergangenheit. Der Großherzog, der sich anfangs mit Sträuben auf den Weg der Umkehr und des Rückschritts begab, ließ sich, um den grollenden Adel wieder mit dem Hof auszusöhnen, mehr und mehr in den Bannkreis hineinziehen, welchen drei finstere Mächte, das Junkertum, die Büreaukratie und das hochkirchliche Luthertum über das unglückliche Ländchen an der Ostsee verbreiteten. Seitdem genoß Mecklenburg mit Kurhessen den traurigen Vorzug, den öffentlichen Blättern Deutschlands reichen Stoff zu überraschenden Berichten zu liefern. Die Männer des Rückschritts begnügten sich nicht mit dem Sieg, sie dürsteten auch nach Triumph und Rache. Die Gerichte wurden mit „Hochverratsprozessen" überhäuft; die Gefängnisse füllten sich mit „Demokraten" und „Kommunisten"; die Lehrstühle und Kirchenämter wurden mit symbolgläubigen Eiferern besetzt (XV, 1. 77); die Presse und die politischen Vereine wurden unterdrückt oder durch Gerichtsverfolgungen und Polizeiüberwachung in allen Lebensäußerungen gehemmt; dafür wurde die Spielpacht in Doberan erneuert und das patriarchalische Regiment der grundherrlichen Ritterschaft mit allen Vorrechten einer entschwundenen Vergangenheit zurückgeführt. Noch in späterer Zeit, als in allen andern Ländern ein frischer Luftzug das schwere Gewölk der Reaktion bereits zu zerstreuen begonnen, wurde die Welt durch ein Gesetz überrascht, welches den mecklenburgischen Gutsherren das Recht der Prügelstrafe über die gutshörigen Leute in die Hand gab. Und damit kein Zug einer finstern Vergangenheit dem Land erspart bleibe, wurde die kirchliche Rechtgläubigkeit auch gegenüber den Katholiken aufrecht erhalten, wie in Tirol gegenüber den Protestanten. Einzelne Religionsbekehrungen unter dem grundherrlichen Adel (z. B. Kettenburg) erfüllten die Hochwächter des lutherischen Zion mit Besorgnis für ihre Alleinherrschaft; und so wetteiferten sie denn mit dem Klerus des südlichen Berglands im Eifer für die Reinerhaltung des Glaubens der Väter durch Entfernung aller Andersdenkenden. Allein wenn die mecklenburger Grundherren glaubten, daß die Rückführung veralteter Formen genüge, um die gute alte Zeit in allen Erscheinungen wieder aufleben zu lassen, so wurden sie bald zu ihrem eignen Schaden gewahr, daß man Freiheit und Menschenrechte nicht ungestraft verletzt. Die Auswanderung nahm in solchem Maß überhand, daß sich bald ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften einstellte.

Hannover. Neben Mecklenburg und Kurhessen litt besonders das Königreich Hannover unter dem Druck der Reaktion. In den stürmischen Tagen des Jahres 1848 hatte auch der alte König Ernst seinen harten Sinn gebeugt und unter dem Ministerium Stüve dem Land nicht nur eine liberale Verfassung mit zwei Kammern gegeben, sondern auch im Gerichtswesen, in der Verwaltung und in andern Gebieten des Staatslebens zeitgemäße Reformen gewährt, wobei ihn die Ritter und Junker bereitwillig unterstützten, ja aus Furcht vor den demokratischen Bewegungen und im Bewußtsein früherer Verschuldungen die Neuerungen förderten. Kaum aber hatte sich die revolutionäre Flut in Deutschland verlaufen, so faßte auch die hannöversche Ritterschaft wieder neuen Mut. Zunächst suchte sie die noch nicht vollzogenen Verwaltungsreformen,

vor allem die Umgestaltung der Provinziallandschaften zu verhindern, um dann allmählich zum Kampf wider das neue Staatsgrundgesetz vorzuschreiten. Als nämlich die Regierung mit Zustimmung des an seinem Wort festhaltenden Königs die alten Provinziallandschaften, worin bisher die ritterschaftlichen Grundbesitzer die entscheidende Stimme geführt hatten, in der Art umgestalten wollte, daß sie als eine Vertretung der Stadt- und Landgemeinden gelten konnten, wendeten sich die Ritterschaften an den Bundestag und erwirkten einen Beschluß, daß vorerst mit Gesetzen und Verfügungen Okt. 1851.
gegen die bestehenden Provinziallandschaften innezuhalten sei. Der König und das Ministerium hätten ein solches Einschreiten des Bundes in die innern Landesangelegenheiten wohl nicht ruhig hingenommen; aber schon im nächsten Monat starb Ernst 18. Nov.
August, und sein Sohn Georg V., ein durch seine Blindheit von äußern Einflüssen Georg V. 1851–1866.
abhängiger und in aristokratischen und hochkirchlichen Gedankenkreisen sich bewegender † 1878.
Fürst, bestieg den Thron. Nun unterblieb nicht nur die beabsichtigte Reorganisation der Provinziallandschaften, sondern es trat auch in andern Dingen eine Umkehr ein und die Regierung war beflissen, soviel als möglich den Interessen des Herrenstandes Rechnung zu tragen. Wenn übrigens die Minister und Landstände hofften, durch solche Konzessionen den Adel zu befriedigen und von einem Sturm auf die Landesverfassung abzuhalten, so waren sie in großem Irrtum; mit den Zugeständnissen stiegen seine Forderungen; das sichtbare Trachten, ihn zu beschwichtigen, erfüllte den Adel mit den Hoffnungen und Ansprüchen, alle verlornen Rechte wiederzugewinnen. Es genügte nicht, daß man eine Revision der Verfassung in Aussicht stellte, worin die Erste Kammer im Interesse des grundherrlichen Adels eine gänzliche Umwandlung erfahren und das Wahlrecht abgeändert werden sollte; das ganze Verfassungswerk sollte fallen. Selbst der König zögerte diesen äußersten Schritt zu thun. Er ließ die Kommissarien der Ritterschaften vor sich kommen und teilte ihnen die Punkte mit, welche die Regierung 5. April 1853.
zu gewähren bereit sei. Da antwortete der Schatzrat v. Bothmer, wegen seiner hohen und gebückten Gestalt und seiner frommen Richtung vom Volk „die lange Trauerweide" genannt, „in einem Ton, der an Reineke Fuchs erinnert": Ihre Pflichten gegen die Monarchie, wie gegen den Glauben, in dem sie aufgewachsen, gegen das Land und dessen wahre Wohlfahrt verwehrten ihnen auf das Anerbieten einzugehen. König Georg wurde gerührt durch die pathetische Beteuerung der Treue und Anhänglichkeit der Ritterschaft an das Welfenhaus und an das wahre Christentum; er machte sich allmählich mit dem Gedanken vertraut, solche loyale Gesinnung würdig zu lohnen und die Ritterschaft wieder um seinen Thron zu scharen. Doch mußte man vorsichtig zu Werke gehen. Da alle Versuche, die Stände selbst zu solchen Beschlüssen und Revisionen zu bringen, die den Charakter und Zweck des Grundgesetzes vernichtet hätten, erfolglos waren und die Stimmung im Volk, wie sie sich durch die Wahlen kund gab, unruhige Auftritte befürchten ließ, so mußte man sich zunächst der Bundeshilfe versichern und die Sache in solchen Gang leiten, daß die hannöversche Regierung sich mit dem Schein eines Zwangs durch die höhere Gewalt decken konnte. Die Ritterschaft hatte nämlich wiederholt bei dem Bundestag Beschwerde erhoben wegen Vorenthaltung ihres Zustimmungsrechts bei Verfassungsänderungen, sowie wegen Entziehung der Standschaft in der Ersten Kammer. Die hannöversche Regierung, vom Bundestag zur Erklärung aufgefordert, antwortete in einer (von G. Zimmermann verfaßten) Denkschrift, 16. Nov. 1854.
daß die ritterschaftliche Beschwerde gegründet und die Verfassungsurkunde vom Jahr 1848 nicht auf gesetzmäßige Weise zustandegekommen, somit nicht rechtsbeständig sei. Infolge dieser Darlegung richtete der Bundestag, der sich in den Jahren 1838 und 1839 für unzuständig erklärt hatte, in der Beschwerde des hannöverschen Volks gegen den offenkundigen Verfassungsbruch einzuschreiten, nunmehr an die hannöversche Regierung

12. April 1855. die Aufforderung, die bestehende Verfassung und Gesetzgebung des Königreichs in der Art abzuändern, daß sie mit den Grundgesetzen des Bundes übereinstimme und die ritterschaftlichen Beschwerden daraus entfernt würden. So war denn die Regierung ermächtigt, die verhaßte Verfassung, deren Rechtsgültigkeit von dem König beschworen und wiederholt versichert worden, ins Grab zu legen. Die Ausführung wurde einem neuen Ministerium übertragen, dessen Seele Herr v. Borries war, ein Edelmann von mäßigen Gütern und Gaben, aber ein ergebener Diener seines königlichen Herrn, dessen pekuniäre Wünsche er auf alle Weise zu befriedigen suchte, und ein gefügiges Werkzeug der Junker und Ritter. Als Einleitung wurde der Bundesbeschluß über Presse und Vereinswesen bekannt gemacht, teils um die Willfährigkeit gegenüber dem Bundestag darzuthun, teils um der aufgeregten Stimmung des Landes, die sich in zahllosen Adressen für Aufrechterhaltung der Verfassung aussprach, sicherer begegnen zu können.
16. Juni. Dann erfolgte die Einberufung der Stände in der bisherigen Ordnung. Mit der größten Spannung erwartete das hannöversche Volk die Entwickelung des Dramas, dessen Fäden so fein und von so langer Hand gelegt waren. Man wollte gern einen Teil der Schuld auf die Versammlung wälzen, daher wurde der Staatsstreich durch einige Vorgefechte und parlamentarische Scheinkämpfe eingeleitet, aus Furcht, eine allzu scharfe Aktion möchte die Aufregung zu öffentlichen Volksbewegungen steigern. Die Regierung legte daher den Ständen die Grundzüge einer Revision der bestehenden Verfassung vor, welche das innerste Wesen derselben veränderte und den Zweck des ganzen Werkes illusorisch machte, wobei das Ministerialschreiben noch die Hoffnung aussprach, daß die richtige Erkenntnis der vorliegenden Verhältnisse die Stände zu jener besonnenen und patriotischen Erwägung führen werde, welche allein eine gedeihliche Entwickelung auf dem jetzt betretenen Weg zu schaffen vermöge. Als Antwort hierauf stellte ein Verfassungsausschuß unter der Leitung von Adolf Ellissen, einem viel-
10. Juli. jährigen Vorkämpfer der Göttinger Liberalen, in einer Adresse an den König die Bitte, er möge Maßregeln ergreifen, geeignet, die Souveränität der Krone, die Selbständigkeit des Königreichs und die Rechtsgültigkeit der Verfassung sicherzustellen. Dies führte die Entscheidung herbei. Nachdem das Ministerium durch den Eintritt einiger reaktionären Mitglieder des hohen Adels die erforderliche Einheit und Energie erhalten, wurde die Versammlung vertagt. Unter feierlicher Verwahrung der beschwornen und unantastbaren Rechte des Landes schloß der Vorsitzende des Ausschusses, Ellissen, die Sitzung. Bald erfolgte die Auflösung und nun wurde durch königliche Verordnung
1. Aug. vom 1. August „in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 19. April" eine Reihe von Gesetzen aufgedrängt, welche in ihren wesentlichen Bestimmungen die Staatseinrichtungen von 1840 herstellten und die vertragsmäßige und beschworne Verfassung des Jahres 1848 außer Geltung setzten. Die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit, die Mehrung der königlichen Machtbefugnisse, die Verwandlung der Ersten Kammer in eine Adelsversammlung, die Beschränkung der Wahlfreiheit für die Zweite Kammer, die Minderung der Rechte der Landstände und der ihrer Mitwirkung und Zustimmung vorbehaltenen Entscheidungen waren die wichtigsten und eingreifendsten Bestimmungen des restaurierten Staatsgrundgesetzes. Das Volk nahm die königlichen Verordnungen ruhig hin, wenn auch hier und da unter Rechtsverwahrungen bei neuen Wahlen; die Beamten und Richter, welche die Rechtsgültigkeit der aufgezwungenen Verfassung in Frage zu stellen wagten, wurden durch „Maßregelungen" und durch eine strenge Staatsdienerordnung zum Schweigen gebracht. So konnte denn die Regierung, ohne von der fügsamen Ständeversammlung in ihrem Gang gehemmt zu werden, in dem altgewohnten Geleise fortfahren. Doch gaben Finanzgesetze von tiefgehender Wirkung (Vereinigung der königlichen Kasse mit der Landeskasse und Ausscheidung des Doma-

nialguts) zu gunsten der Krone Zeugnis von der gesteigerten Herrschergewalt des Königtums in Hannover.

2. Die deutschen Großmächte.

a. Österreich.

Die reaktionären Bestrebungen in den deutschen Bundesstaaten fanden einen starken Rückhalt an den beiden Großmächten Österreich und Preußen. Der Kaiserstaat hatte den Riesenkampf der Jahre 1848 und 1849 glücklich überwunden und war noch stark genug gewesen, den Bundestag wieder von den Toten zu erwecken, den verhaßten Rivalen im Norden zu demütigen, den verlassenen Bruderstamm an den nördlichen Meeren gefesselt seinem feindlichen Zuchtmeister auszuliefern und das Ringen der deutschen Völker nach einem freien und würdigen Staatsleben zu erdrücken. Aber diese Erfolge waren mit schweren Opfern erkauft worden. Die Unterhaltung einer unermeßlichen Militärmacht, die zur Unterdrückung der innern Bewegungen unter den Waffen stehen und die auch nach dem Sieg zur Überwachung und Zähmung der mißvergnügten Völker und zur Beschützung der Grenzen in gleicher Stärke bleiben mußte, legte der Regierung unerschwingliche Kosten auf, welche, verbunden mit den hohen Ausgaben für Polizei und Verwaltung, den Staatshaushalt in unheilbare Zerrüttung brachten. Die Staatsschulden mehrten sich ins Endlose, und da die Zinsen größtenteils ins Ausland flossen, so verschwand im Kaiserreich selbst alles Metallgeld aus dem öffentlichen Verkehr und mußte bis auf die Scheidemünze herab durch Papierscheine ersetzt werden. Eine schwankende Währung hemmte den Geld- und Wechselverkehr mit dem Ausland und hielt jeden Aufschwung nieder. Der Kredit sank immer tiefer, und da die Nationalbank von der Regierung abhängig war, so teilte sie auch das Mißtrauen des Publikums in die finanzielle Zuverlässigkeit, so daß ihre Noten, die nicht versilbert werden konnten, nur durch Zwangskurs sich erhielten. Selbst die Überlassung von Staatsgütern an die Bank im Betrag der Schuld war nicht vermögend, eine dauernde Abhilfe zu schaffen. Wie reich und mannigfaltig auch die Hilfsmittel des großen Staats sein und wie hoch auch die Summen sich belaufen mochten, welche die schwere Besteuerung aller Güter, Einkünfte und Erwerbsquellen sowie die Zölle und Abgaben aller Art in die Staatskassen lieferten, die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um viele Millionen; alljährlich nötigte ein beträchtliches Defizit die Finanzverwaltung neue Wege zur Deckung zu suchen. Bei der Abneigung der österreichischen Aristokratie gegen Staatspapiere und Geldspekulationen, bei dem durch die eigentümliche Beschaffenheit des Kaiserstaats mit seiner bunten Völkermischung und seinen nationalen Gegensätzen erklärbaren Mangel an Gemeingeist und Patriotismus konnten die Versuche, durch freiwillige Nationalanlehen die

Schwierige Finanzlage.

Okt. 1855.

Bedürfnisse zu decken, nicht den Fortgang haben wie in England oder Frankreich.
1858. Auch die Überlassung der Staatseisenbahnen auf eine lange Reihe von Jahren an französische Gesellschaften für beträchtliche Summen, die Veräußerung von Kohlengruben, Staatsländereien u. dgl. m. brachten nur eine vorübergehende Erleichterung, welche durch die fruchtlose Teilnahme Österreichs an dem russisch-orientalischen Krieg wieder dahinschwand. Unter solchen Umständen konnte es nur als eine leere Prahlerei gelten, daß die österreichische Regierung während der durch Überspannung der Kredit- und Wechselverhältnisse ausgebrochenen
Nov. 1857. Geld- und Handelskrisis im November 1857 dem bedrängten Handelsstand Hamburgs mit einem Darlehen von zehn Millionen Gulden zu Hilfe kam. Die österreichische Finanzwirtschaft krankte an schweren Wunden, die in ihrer ganzen Tiefe und Unheilbarkeit in dem italienischen Krieg zu Tage traten. Mit der Erkenntnis dieses trostlosen Zustandes gab sich aber auch die Notwendigkeit kund, durch eingreifende, das gesamte Staatswesen umfassende Reformen dem Notstand abzuhelfen und den Kredit neu zu beleben.

Reaktionäre Strömungen. Wie in den meisten Ländern Europas und insbesondere Deutschlands war auch in Österreich die reaktionäre Partei bemüht, alles, was die Revolutionsjahre ins Leben gerufen, in das Grab der Vergessenheit zu legen. Es ist ein trauriges Zeugnis der geistigen Armut der Zeit und des Mangels an Schöpferkraft des damaligen Geschlechts, daß man nach Beseitigung der „Märzerrungenschaften“ keine neuen Institutionen zu schaffen vermochte, sondern alles Heil in der Rückkehr zu den abgestorbenen und verlotterten Zuständen der Vergangenheit suchte. Nirgends hatte sich die absolute Monarchie so sehr in ihrer ganzen Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit gezeigt, wie in dem Metternichschen Kaiserstaat; und dennoch hatten die Ratgeber des jugendlichen Kaisers Franz Joseph nichts Dringenderes zu thun als ihn zu veranlassen, die „in der Eile und nach fremden Mustern gearbeitete Märzverfassung“ aufzuheben und das alte Regiment wieder herzustellen. Fürst Metternich, nach Ablauf der Sturmflut wieder in die Kaiserstadt zurückgekehrt, lebte noch lange genug, um den gefällten Staatsbaum von neuem aufrichten zu sehen, aber die faulen und todbringenden Früchte kamen erst nach seinem Hingang (11. Juni 1859) zur vollen Erschei-
31. Dez. 1851. nung. Die kaiserlichen Patente vom 31. Dezember 1851, durch welche die von Franz Joseph noch nicht beschworne Reichsverfassung mit ihren liberalen Einrichtungen außer Wirksamkeit gesetzt, die absolute Monarchie wieder eingeführt, die Ministerverantwortlichkeit nur gegenüber der Person des Kaisers festgestellt und der Staatsrat zum Rat des Kaisers und der Krone erklärt wurde, erzeugten keine Aufregung. Die unter dem Zepter Österreichs vereinigten Völkerstämme hatten zu wenig Gesamtinteresse, als daß sie sich für eine Staatsform hätten begeistern sollen, die sie zum Teil nicht begriffen, zum Teil nicht wollten, und von deren Wirkungen sie noch keine Erfahrungen hatten. Wie sollten die Völker deutscher, ungarischer, italienischer und slawischer Zunge und Abkunft, die bisher

kaum durch ein andres Band als Militär, Polizei und Büreaukratie umschlungen waren, nun auf einmal den Wunsch nach einer Vereinigung durch eine gemeinsame Reichsverfassung und Gesetzgebung in sich tragen? War doch das ganze Streben der ungarischen und italienischen Revolutionsbewegung mehr auf Lösung als auf Stärkung des österreichischen Reichsregiments gerichtet gewesen! Aber diese Resignation, womit die österreichischen Völker die Entfernung einer ungewohnten Staatsform hinnahmen, war kein Zeichen der Zufriedenheit; vielmehr freuten sich die nichtdeutschen Nationalitäten, daß sie sich nun um so ungehemmter ihren Sonderbestrebungen hingeben konnten. Und gerade darin lag für den Kaiserstaat das Verderbliche, daß durch die Aufhebung der Reichsverfassung jedes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Stämmen erstickt war, während das erwachte National- und Stammesgefühl in voller Macht blieb, daß die zentrifugale Strömung mit großer Heftigkeit fortdauerte, während der hergestellte Absolutismus nicht mehr die alte überwältigende Kraft besaß. Als Fürst Schwarzenberg, der hochfahrende rücksichtslose Staatsmann, welcher das gedemütigte Preußen zum Rang eines Mittelstaats herabdrücken wollte, plötzlich aus dem Leben schied, wurden unter seinem Nachfolger Graf Buol-Schauenstein Versuche gemacht, mit Preußen ein freundlicheres Verhältnis herbeizuführen. Der Kaiser stattete dem Berliner Hof einen Besuch ab, und der Finanzminister Baron Bruck, ein Elberfelder protestantischer Konfession, der einst als Buchhändler in Bonn schlechte Geschäfte gemacht, dann aber während eines längern Aufenthalts in Triest durch Umsicht, Thätigkeit und Glück zu Vermögen und Ansehen gekommen war, suchte auf wirtschaftlichem Gebiet bessere Beziehungen zu Preußen und Deutschland anzuknüpfen. Aber die Kluft, welche die Jahre 1849 und 1850 aufgerissen, konnte nicht wieder geebnet werden. Und auch in Österreich selbst waren die alten Regierungskünste nicht mehr wirksam. Das absolutistisch-klerikale System der Metternichschen Zeit, dem vor allem der Minister Alex. Bach, einst Demokratenhaupt in der Wiener Revolution, dann bekehrter Reaktionär und Papist, sowie der vieljährige Unterrichts- und Kultusminister Graf Leo Thun, der Jesuitenfreund, huldigten, hatte seine Macht verloren. Das erwähnte Konkordat vom Jahr 1855 mit der Kurie (XV, 1. 51, 2. 80), welches den klerikalen Ansprüchen unerhörte Zugeständnisse machte, vermochte doch in einer freier gewordenen Zeit seine volle Wirksamkeit nicht mehr zu entfalten. Umsonst versuchte man in der überlieferten Weise durch strenge Gesetze über die Presse und das Vereinswesen die Geister in die alten Bande zu schlagen und wo die Aufregung die gesetzlichen Schranken durchbrach, wie in Italien, Ungarn und schließlich auch in Galizien, auf einige Zeit das Kriegsrecht walten zu lassen: es waren Mächte wach geworden, die sich nicht unterdrücken ließen, es waren Ideen von Freiheit und nationaler Selbstbestimmung in die Welt getreten, welche die Fesseln des alten Polizeistaats sprengten. Der Mordversuch, den Joseph Libenyi aus Ungarn wider den Kaiser unternahm, als

† 5. April 1852.

17.–21. Dez. 1852.

18. Febr. 1853.

dieser sich auf den Festungswällen der Hauptstadt erging, war nicht die Folge einer Verschwörung, sondern nur die verbrecherische That eines Einzelnen; aber er war doch ein merkwürdiges Zeichen der herrschenden Aufregung in dem sonst so getreuen Österreich.

Heilungsversuche. Die Regierung erkannte auch bald, daß durchgreifende Reformen in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, wie in der Rechtsstellung der Unterthanen nicht länger zu umgehen seien, und sie ließ es an Eifer und Thätigkeit nicht fehlen. Die Rechtspflege wurde durchgängig verbessert; in Ungarn suchte man durch eine neue Einteilung in fünf Verwaltungsgebiete mit einem Oberstatthalter einen gesicherten Rechtszustand zu begründen und die nationale Abneigung durch mancherlei Zugeständnisse zu tilgen; man betrachtete es als ein glückliches Vorzeichen, daß die von Kossuth einst vergrabene uralte ungarische Königskrone samt
8. Sept. 1853. den Kronjuwelen entdeckt und dem Habsburger Herrscherhaus wieder zugestellt wurde. Aber in diesem Land hatte das Schwert der Rache zu tiefe Wunden geschlagen, war in das nationale Leben ein zu tiefer Schnitt geführt worden, hatte die siegende Reaktion das Ehrgefühl der alten Familien zu schwer verletzt, als daß die Nation sich hätte entschließen können, über dem Grabe ihres Glücks, ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit die Hand zur Versöhnung zu reichen und anzunehmen. Trotz einer Milderung der Strafurteile bei Gelegenheit einer
Sommer 1856. Reise des Kaisers und seiner Gemahlin nach Ungarn war die Zahl der verbannten und flüchtigen Patrioten, die sich im Ausland umhertrieben und die Glut des Hasses in ihren Landsleuten lebendig zu erhalten bestrebt waren, noch zu groß, als daß hier der schwellende Strom der Leidenschaft in einen ruhigen Lauf hätte geleitet werden können. Oftmals ging die Flut des Widerstandes so hoch, daß neue Erhebungen zu befürchten standen; und mancher ungarische Patriot hat sich den Gefahren und Versuchungen in dem sturmbewegten politischen Leben und dem Zwiespalt der Parteiung durch düstern Selbstmord entzogen (Graf Szechenyi † 8. April 1860; Graf Teleki 8. Mai 1861). Auch in andern Ländern hatte Österreich heftige Widersacher zu bekämpfen, tiefwurzelnde Vorurteile zu überwinden; doch schnitt man hier nicht, wie in Ungarn und Italien, die Wege der Verständigung und Versöhnung gänzlich ab; man erkannte den guten Willen der Regierung, durch neue Kreiseinteilungen, durch Verbesserung der Verwaltung und des Gerichtswesens, durch Wiederbelebung der Provinziallandtage die innern Schäden allmählich zu heilen, den Bedürfnissen der Zeit und den Forderungen des Kulturlebens gerecht zu werden; die mittleren Stände ergriffen mit Freude und Zufriedenheit die Vorteile, die ihnen die Auflösung des Urbarialverbandes und die Entlastung des Grundes und Bodens brachten, eine großartige soziale Umgestaltung aller Besitzverhältnisse, welche die Regierung in jahrelanger Arbeit mit unverdrossenem Fleiß und manchen schweren Opfern ins Leben rief. Und wenn auch die hochgestellten katholischen Eiferer, welche als eine mächtige Kamarilla den Kaiserthron umstanden, Einfluß genug besaßen, das erwähnte Konkor-

dat mit dem päpstlichen Stuhl zuwege zu bringen und es trotz der Schläge, welche die öffentliche Meinung gegen dasselbe führte, aufrecht zu erhalten, so mußten sie doch auch geschehen lassen, daß durch ein kaiserliches Patent die kirch- 1. Sept. 1859.
lichen Verhältnisse der ungarischen Protestanten geregelt und im ganzen Reich den Bekennern der evangelischen Konfessionen bürgerliche Rechtsgleichheit mit den Katholiken und die Ausbildung ihres kirchlichen Glaubens- und Gemeindelebens eingeräumt ward (XV, 1. 51). Freilich besaßen sie immer noch Macht genug, der Ausführung und praktischen Geltendmachung des geschriebenen Rechts, besonders des Ehegesetzes, durch Ränke und Umtriebe, durch Aufstellung von Ausnahmen und durch parteiische Entscheidungen in streitigen Fragen manches Hindernis zu schaffen.

Sowenig auch das absolut-monarchische Regiment in Österreich den Zeit- Umschwung nach dem
bedürfnissen entsprach, die aristokratisch-klerikale Partei im Bund mit der Mili- ital. Krieg.
tärmacht und dem Beamtentum hätte dasselbe noch länger erhalten, wäre nicht durch den italienischen Krieg die ganze Schadhaftigkeit in ihrer furchtbaren Gestalt zu Tage getreten und hätte nicht die gänzliche Zerrüttung des Staatshaushaltes und die Unmöglichkeit, ohne durchgreifende politische Reformen das erschütterte Vertrauen der Finanzwelt zu heben, zu der Notwendigkeit geführt, mit dem alten System gründlich zu brechen und durch Gewährung einer Reichsverfassung eine Kontrolle und Bürgschaft für die ratlose Geldlage zu schaffen. Hatte die österrei-
chische Regierung schon im Friedensmanifest vom 15. Juli 1859 die Notwen- 1859.
digkeit anerkannt, nunmehr ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Entwickelung der geistigen und materiellen Kräfte des Staats und zeitgemäßen Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung zu widmen, und bald darauf offen eingestanden, daß ererbte Übelstände und ein Zusammentreffen ungünstiger Verhältnisse dem Vaterland ebenso tiefe Wunden geschlagen hätten, als der unglückliche Feldzug, so wurden doch alle Befürchtungen, welche dieses Geständnis in den mißtrauischen Völkern erregen mußte, durch die nachfolgenden Entdeckungen und Ereignisse weit überboten. Als es an den Tag kam, daß die österreichische Regierung heimlich das Nationalanlehen um 111 Millionen überschritten habe, als die Gerüchte von Betrug und Unterschleif hochgestellter Personen, die von
Mund zu Mund gingen, durch gerichtliche Untersuchungen sich als Wahrheit 1860.
erwiesen, als die Kunde, daß der verhaftete General Eynatten im Ge- 8. März.
fängnis Hand an sich selbst gelegt, daß der gewandte, talentvolle Finanzminister Bruck, tief gehaßt von den feudal-klerikalen Hof- und Adelskreisen, kurz nach
seiner Entlassung in einem Anfall von Trübsinn oder Verzweiflung sich in seinem 23. April.
Schlafgemach den Tod gegeben, daß der Bankdirektor Robert gleichfalls durch Selbstmord geendet und ein andrer hochgestellter Mann der Handels- und Finanzwelt, der Direktor der Kreditanstalt in Triest, Richter, wegen Betrugs in Anklagestand gesetzt und weniger im Bewußtsein der Schuld, als infolge der fieberhaften Aufregung gestorben sei, daß mehrere angesehene Kaufleute in Haft und

Untersuchung genommen, als die Kunde von diesen Vorgängen die Welt mit Entsetzen und Grauen erfüllte über die sittlichen Zustände in den höhern Lebenskreisen: da wurde es jedermann klar, daß Österreich nur durch einen gründlichen Bruch mit der Vergangenheit vom Verfall gerettet werden könne, daß nur eine politische Wiedergeburt den gesellschaftlichen und finanziellen Ruin abzuwenden vermöge. Aber so mächtig waren noch immer die alten Anschauungen und Vorurteile, daß noch ein ganzes Jahr mit halben Maßregeln und Experimenten vergeudet wurde, ehe man aufrichtigen Herzens in das konstitutionelle Leben eintrat, ehe man sich entschloß, das Volk zur Teilnahme an dem Staatshaushalt und der Gesetzgebung herbeizuziehen und an der Stelle des monarchischen Selbstregiments einen parlamentarischen Rechtsstaat aufzurichten. Wohl wurden schon während des Jahres 1860, nachdem an die Stelle von Buol-Bach das Ministerium Rechberg-Goluchowski getreten war, mancherlei Reformen eingeführt, welche dem zerrütteten Finanzwesen aufhelfen und die Aufregung in Ungarn beschwichtigen sollten. So folgte der Errichtung einer aus sieben sachkundigen
27. Dez. 1859. 5. März 1860. Finanzmännern bestehenden Staatsschuldenkommission die Einsetzung des verstärkten Reichsrats, um die Finanzlage des Staats und allgemeine Gesetzvorlagen zu prüfen, jedoch ohne das Recht selbständiger Vorschläge. Aber schon nach einigen Monaten sah sich der Kaiser veranlaßt, den Ungarn neue Zugeständnisse zu machen und die Rechte des verstärkten Reichsrats dahin zu erweitern, daß in Zukunft die Einführung neuer Steuern und Auflagen, sowie die Erhöhung der bestehenden Steuern und die Aufnahme neuer Anlehen nur mit seiner Zustimmung stattfinden solle. Doch wagte man noch nicht zum eigentlichen Verfassungsbau vorzuschreiten. Man versuchte durch Preisgeben einiger Außenwerke die
20. Okt. innere Burg des Absolutismus noch zu retten. Erst am 20. Oktober brachte ein kaiserliches Manifest die Grundzüge der zukünftigen Verfassung Österreichs, welche die Ansprüche des Gesamtreichs und die Autonomie der einzelnen Länder möglichst zu vereinigen suchte. Ungarn sollte seine alte Verfassung, soweit sie sich mit den neuen Verhältnissen vereinigen ließ, zurückerhalten, alle andern Kronländer für ihre besonderen Anliegen eigne Landtage bekommen und die gemeinsamen Interessen mit einem zum Teil vom Kaiser, zum Teil von den Landtagen zu beschickenden Reichsrat verhandelt und erledigt werden. Und selbst jetzt noch verkümmerte man die Gabe durch beschränkende Bestimmungen über die Zusammensetzung der einzelnen Landtage, indem darin dem Adel und Klerus ein unverhältnismäßiger Anteil an der Vertretung eingeräumt war, das alte ständische Prinzip vollkommen zur Geltung kam. Wie wenig die Landesstatuten für die einzelnen Kronländer den Anschauungen der Zeit entsprachen, ließ sich aus der allgemeinen Unzufriedenheit erkennen, mit der die öffentliche Meinung dieselben aufnahm.

Das Februarpatent. Die Bewegung, welche sich nach dem unglücklichen italienischen Feldzug aller Länder der habsburgischen Krone bemächtigte, und die Finanznot ließen aber endlich auch in der Wiener Hofburg die Erkenntnis reifen, daß man

entschiedener mit dem absolutistisch-feudalen System brechen und in konstitutionelle Bahnen einlenken müsse. An Stelle des Grafen Goluchowski trat jetzt der Ritter Anton von Schmerling, dessen Name noch von den Frankfurter Tagen her Dez. 1860.
für eine liberalere Richtung Bürgschaft leistete, an die Spitze der innern Verwaltung. Sein von dem Kaiser gebilligtes Programm setzte für die Landtage an die Stelle der ständischen Vertretung die der Interessen, besonders des Grundbesitzes, verstärkte den Reichsrat in der Mitgliederzahl und verlieh beiden das Recht selbständiger Vorschläge, sowie der Öffentlichkeit und den Landtagen direkte Wahl für den Reichsrat. Auf Grundlage dieses Programms wurde dann die Februarverfassung ausgearbeitet, durch welche Österreich in die 26. Febr. 1861.
Reihe der konstitutionellen Staaten eintrat. Die Vertretung des Gesamtstaates sollte aus zwei Häusern, einem Herren- und einem Abgeordnetenhaus, bestehen, ersteres aus den Erzherzögen, Bischöfen, vom Kaiser ernannten Mitgliedern des hohen Adels, der Beamtenschaft, der geistigen Aristokratie, letzteres aus Delegierten der Landtage der einzelnen Kronländer zusammengesetzt. Zugleich wurden die Landesordnungen für die einzelnen Kronländer in liberaler Richtung umgestaltet. Ein andres Patent hob die Beschränkungen auf, die der freien Aus- 8. April.
übung des protestantischen Kultus im Weg standen. Es bedurfte der ganzen Kraft und Energie des Staatsministers von Schmerling, die Ausführung eines Werkes durchzusetzen, gegen das sich von manchen Seiten hartnäckiger Widerstand erhob. Den Anhängern des Absolutismus, bei Adel und Klerus noch zahlreich und mächtig, war die bloße Idee von verfassungsmäßigen Volksrechten ein Greuel, und sie waren wenigstens in Tirol noch einflußreich genug, die Durchführung der liberalen Grundgedanken, vor allem die Gleichberechtigung der Protestanten, zu hintertreiben und das „getreue“ Volk zu dem Bittgesuch an den Kaiser zu bewegen, daß er sie vor der „Besudelung durch den Pesthauch einer schlechten Zeit“ bewahren möge. Ein noch heftigerer Gegner erstand jedoch dem neuen Reichsgesetz in der nationalen Abneigung der nichtdeutschen Stämme gegen jede Gesamtstaatsverfassung. Nicht nur in Venetien, wo die Einführung einer Landesverfassung einem „geeigneteren Zeitpunkt“ vorbehalten werden mußte, und in Ungarn, wo man die dargebotene Organisation und Gesetzgebung mit der Grundbedingung einer Gesamtstaatsverfassung „achtungsvoll beiseite legte“ und auf ein von den Erblanden Österreichs völlig getrenntes Staatswesen hinarbeitete, das nur in dem gemeinsamen Oberhaupt einen Vereinigungspunkt haben sollte (die sog. Personalunion), erhob sich ein lebhafter Widerspruch gegen die Februarverfassung; auch in Böhmen, Galizien und andern Provinzen trat die nationale Partei mit mehr oder minder Heftigkeit dagegen auf, also daß die Wahlen zum Reichsrat nur unvollständig und unter Verwahrungen vorgenommen wurden. In Ungarn erreichte, trotz der Mahnung des Kardinal-Primas und andrer gemäßigten Edelleute, die dargebotene Friedenshand nicht zurückzustoßen, und trotz der versöhnenden und ausgleichenden

Thätigkeit des patriotischen Staatsmannes Franz Deák, die nationale Bewegung eine solche Höhe, daß die Verwaltung und Rechtspflege gänzlich gelähmt wurde, daß man der Regierung die Steuern und die Aushebung zum Militär verweigerte, solange nicht ein für das Königreich Ungarn nebst Siebenbürgen und Kroatien frei gewählter Landtag seine Einwilligung dazu gegeben, daß Anarchie und Terrorismus im Bund einen Zustand herbeiführten, der von Aufruhr und Revolution nicht weit entfernt war. Man verlangte einfache Wiederherstellung des gesamten Rechtszustandes, wie er vor der Revolution gegolten, und ließ die Anordnungen aus Wien völlig unbeachtet. Es gehört zu den wichtigsten Privilegien des ungarischen Munizipalsystems, mißliebige Reskripte der Regierung unausgeführt zu lassen, äußerte sich einmal ein magyarischer Staatsmann. Die
1861. Regierung ließ sich jedoch nicht irre machen. Die Thronrede, womit am 1. Mai der Kaiser die Sitzungen der beiden Kammern des Reichsrats eröffnete, enthielt die feierliche Versicherung, daß er als seine im Angesicht aller seiner Völker übernommene und bekräftigte Regentenpflicht erkenne, im Sinn der im Diplom vom 20. Oktober 1860 ausgesprochenen und in den Grundgesetzen vom 26. Februar 1861 zur Durchführung gelangten Ideen, die Gesamtverfassung als das unantastbare Fundament seines einigen und unteilbaren Kaiserreichs, dem in feierlicher Stunde geleisteten Angelöbnis getreu, mit seiner kaiserlichen Macht zu schützen, und verkündete den festen Entschluß, jede Verletzung der Gesamtverfassung als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller seiner Länder und Völker nachdrücklich zurückzuweisen, da die Geschicke der einzelnen Teile des Reichs miteinander aufs innigste verflochten seien. Um jedoch den schwierigen Verhältnissen möglichst gerecht zu werden, schuf man zunächst eine zwiefache Gesamtrepräsentation in dem engern und weitern Reichsrat, also daß jener nur für die deutsch-slawischen Länder der Träger der Reichsidee sein, dieser durch den Beitritt der ungarischen Vertreter das vollständige Reichsparlament, das konstitutionelle Organ für den Gesamtstaat darstellen sollte. Das ganze Verfassungswerk wurzelte nur in Deutsch-Österreich; die slawische und magyarische Bevölkerung widerstrebte einer Einrichtung, welche dem deutschen Element das Übergewicht zu erhalten oder zu verschaffen drohte. Namentlich in den Ländern jenseits der Leitha wollte man von Gesamtstaatsordnung und Reichsrat nichts wissen; nur die Siebenbürgen traten in den letztern ein. Aber wie unvollkommen immer das Institut des Reichsrats zur Ausführung gebracht werden konnte, dennoch wurde durch dasselbe ein wichtiger Schritt zur Entwickelung des öffentlichen Geistes und zur Begründung eines Rechts- und Verfassungsstaats gethan. Die Finanzlage wurde gebessert, die Valuta hob sich, das Abgeordnetenhaus in Wien war aufs eifrigste bemüht, die Regierung zur Minderung des Defizits durch Sparsamkeit zu bewegen und eine feste Grundlage für eine gesunde Staatshaushaltung zu schaffen. Es entfaltete sich bald auch in Wien ein reges und nützliches parlamentarisches Leben.

b. Preußen.

1. Friedrich Wilhelms IV. letzte Regierungsjahre.

In Preußen begann die Zeit der Reaktion nicht mit einem Verfassungsbruch, sondern mit der Beeidigung der mit den Ständen vereinbarten Verfassungsurkunde durch König Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1850. Aber aus den Worten, mit denen er seinen Eid begleitete, konnte man die Widerwilligkeit seiner innersten Denkweise erkennen. „Der König feierte nicht den Geburtstag einer neuen Freiheit, sondern die Grablegung der fürstlichen Willkür in der Hoffnung ihrer Auferstehung"; und wenn er gleich betonte, daß die Verfassung aus freier Entschließung hervorgegangen, daß ihm nichts abgetrotzt worden sei, so sah er doch in dem ganzen Werk das Ergebnis einer Zeitbewegung, die in seiner Erinnerung als Inbegriff aller Frevelhaftigkeit fortlebte. Dieser Widerwillen gegen die Verfassung, die seine freie, von der Gnade Gottes hergeleitete Königsgewalt in gesetzliche Schranken bannte, und der Haß gegen deren Urheber durchzog die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. und war die Quelle und Triebfeder der innern Politik. Wenn er auch nicht in allem den Eingebungen der „kleinen aber mächtigen Partei" folgte, welche unter der Leitung von Stahl, Gerlach, Wagener und Genossen in ihrem Organ, der Neuen preußischen Zeitung, gewöhnlich von dem Landwehrkreuz auf der Stirn Kreuzzeitung genannt, das öffentliche Leben in Staat und Kirche unter die Fittiche einer schroffen Reaktion zu stellen und die Leitung der Dinge in die Hände der Feudalen zu bringen bemüht war; wenn auch der Wink, den diese Staatssophisten bald nach dem königlichen Schwur gaben, daß eine Aufhebung der gesamten Verfassungsurkunde durch Kabinettsbefehl ein geringeres Unrecht sein würde, als die Ablösung feudaler Grundlasten gegen Entschädigung, wie das Gesetz über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850 sie feststellte, nicht zur vollen Anwendung kam: so wurde doch solange geändert, gestrichen und gedeutet, bis das ganze Staatsgrundgesetz zu einer farblosen, matten Rechtsurkunde zusammenschrumpfte, deren verschwommene vieldeutige Ausdrücke zu gezwungenen Auslegungen reichen Anhalt boten. Durch den Eintritt Raumers als Kultusminister erhielt die strenggläubige Richtung, durch die Übertragung der innern Angelegenheiten an den Minister Westphalen das Restaurationsbestreben der grundbesitzenden Adelspartei einen starken Rückhalt. Die Orthodoxie griff rücksichtslos die religiöse Duldung, die Gewissensfreiheit, die Union der evangelischen Kirchen an; sie hemmte die freie Entwickelung des Protestantismus und drängte Geistlichen und Gemeinden enge Normen des Glaubens und Kultus auf; sie verlangte „Umkehr der Wissenschaft" und verkümmerte den Volksunterricht in der Schule. Die Stiehlschen „Regulative", welche ein übermäßiges mechanisches Auswendiglernen von religiösem Lehrstoff einführten,

Verfassung und feudale Opposition.

Dez. 1850.

1854.

waren für die Entwickelung der preußischen Volksschulen von nachteiligsten Folgen. Über dem Suchen nach Heilmitteln gegen den „verderblichen Geist des Umsturzes“ wurde der Ausbau der Verfassung gehemmt, wurden die notwendigen Folgerungen des konstitutionellen Systems umgangen oder verletzt, die Gesetzesreformen der vorhergehenden Jahre außer Wirkung gesetzt und die ständischen Privilegien wieder hergestellt, wurde die Willkür des Beamtentums und die hierarchische Macht der Kirche auf neuen Grundlagen aufgerichtet.

Demütige Haltung gegenüber Rußland.

Die Hof- und Junkerpartei trat zu dem Zaren Nikolaus, dem „Hort der konservativen Interessen“, in freiwillige Dienstbarkeit und holte ihre Parole im russischen Botschaftshaus. Als Kaiser Nikolaus im März 1852 nach Berlin kam, sprach man in den Hofkreisen mit höchster Befriedigung davon, die Kammern seien vorzeitig geschlossen worden, weil Se. Majestät es mit ihrer Würde unvereinbar gehalten hätten, eine von konstitutionellen Greueln befleckte Stadt zu betreten. In Preußen gab es eine zahl- und einflußreiche Partei, welche den Zarenkultus gewerbmäßig betrieb und in dem russischen Absolutismus die mächtigste Stütze der gottgewollten Staatsordnung sah. In Petersburger und Moskauer Blättern sprach man von dem „russischen Paschalik Berlin“ und behandelte die preußische Regierung als bloßen Anhang des Moskowiterreiches. Der Gesandte Baron Budberg trug die ganze brutale Überhebung russischen Hochmuts zur Schau. Bei solcher Stimmung war es begreiflich, daß in dem russisch-orientalischen Krieg das Berliner Kabinett sich zu keinem Bündnis gegen den „Beherrscher aller Reußen“, in dem der Hof und die ganze Adelsgenossenschaft in einer oft völlig würdelosen Selbstdemütigung ihren Schirmherrn verehrten, fortreißen ließ. Doch ging auch die romantische Schwärmerei für die alte Waffenbrüderschaft nicht soweit, daß man gemeinsame Sache mit Rußland gemacht hätte. Wir haben gesehen, wie wenig Preußens „Politik der freien Hand“ auf den Gang der Ereignisse einwirkte. Es war nur ein Akt der höflichen Rücksicht, daß man die fünfte Großmacht als Mitbürgen der Wiener Verträge zu dem Friedenskongreß in Paris zuließ, nicht um über den Friedensvertrag mit zu verhandeln, wie Lord Palmerston im Parlament erklärte, sondern um sich den Ergebnissen der Beratung anzuschließen. Die kleine Rolle, die Preußen in der orientalischen Kriegspolitik übernommen, hatte zur natürlichen Folge, daß beide streitende Parteien es bei Wiederherstellung des Friedens übergingen und es ein für allemal darüber belehrten, daß ein gefürchteter mächtiger Gegner immer noch besser daran sei, als ein bescheidener aber unschlüssiger Freund.

Preußens Zoll- und Handelspolitik.

Nur in einer Frage verfolgte Preußen eine glückliche und volkstümliche Politik, in der Erweiterung und Neubildung des Zollvereins. Österreich empfand es mit Verdruß, daß Preußen durch die Zollverträge mit den meisten Bundesstaaten eine feste und überwiegende Stellung in Deutschland besitze (XV, 1. 211 ff.). Um dasselbe auch auf diesem Gebiet zu überflügeln, suchte die österreichische Regierung mit Hilfe einiger süddeutschen Staaten in den Zollverein aufgenommen zu werden. Da brachte Preußen

7. Sept. 1851.

durch geheime Unterhandlungen eine Handelseinigung mit Hannover unter Gewährung

eines Vorzugsrechts aus den Eingangszöllen zuwege, der auch bald die übrigen Glieder des im Jahr 1834 als Gegensatz zum preußischen Zollverein gestifteten „Steuervereins“ (Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe) beitraten. Dieses einseitige Abkommen erregte in Süddeutschland Unzufriedenheit; man legte Preußen die Absicht unter, die nationale Handelsschöpfung ganz zu zerstören. Daher fanden die Vorschläge Österreichs, das kurz zuvor seine Binnenzölle aufgehoben und den Grenzzolltarif dem der Vereinsstaaten nahe gebracht hatte, in den Zollverein einzutreten, manche Gönner. Im Laufe des Jahres 1852 wurden in Wien und Darmstadt Zollkonferenzen abgehalten, welche wenigstens die Folge hatten, daß eine Anzahl Staaten (Bayern, Sachsen, Württemberg, die drei Hessen, Nassau) sich verpflichteten, nach Kräften für die Zolleinigung mit Österreich zu wirken und in die Wiederaufrichtung des zu Ende gehenden deutsch-preußischen Zollverbandes nur unter der Bedingung zu willigen, daß derselbe auch auf Österreich ausgedehnt werde. Auf solche Bedingung konnte das Berliner Kabinett unmöglich eingehen; nicht nur daß dadurch Preußens politische Machtstellung auch auf diesem Gebiet gebrochen worden wäre, die zerrüttete Finanzlage des Kaiserreichs mit seinen schwankenden Währungsverhältnissen, der geringere Verbrauch an Zollwaren, die Korruption der Mautbeamten hätte große materielle Nachteile gebracht. Preußen blieb daher fest. Es verlangte auf der Berliner Zollkonferenz, daß seine Übereinkunft mit April 1852.
dem „Steuerverein“ von allen Zollvereinsgliedern anerkannt werde, und wollte erst nach der Wiederherstellung der deutschen Zolleinigung in Unterhandlungen mit Österreich treten. Eine solche Beharrlichkeit hatte man von Preußen nicht erwartet. Die Drohungen, den Zollverein aufzulösen, waren nicht so ernsthaft gemeint gewesen; die Regierungen wußten zu gut, welche Vorteile ihnen der Zollverband brachte und wie groß der Widerstand von seiten der Völker sein würde. Sie hatten gehofft, Preußen einzuschüchtern, zu einem Bruch wollten sie es aber nicht treiben; dazu wollte nicht einmal Österreich die Hand bieten. Da Österreichs Eintritt in einen neu zu gründenden Gesamtzollverein nicht zu erreichen war, begnügte sich das Wiener Kabinett vorläufig mit dem Abschluß eines Handelsvertrags mit gegenseitigen Zollerleichterungen, der die 19. Febr. 1853.
Möglichkeit eines künftigen Eintritts in den deutschen Zollverein offen ließ, aber weit hinausschob. Nun zögerten auch die Bevollmächtigten der übrigen Staaten nicht länger, den Zollverein mit Preußen auf den frühern Grundlagen, aber erweitert durch den Beitritt des Steuervereins, auf fernere zwölf Jahre zu erneuern. Um dieselbe Zeit 4. April.
legte Preußen auch den Grund zu einer Seemacht, indem es bei der Versteigerung der deutschen Flotte zwei Schiffe an sich brachte und von Oldenburg, trotz des Widerspruchs von seiten Hannovers, den Jadebusen und damit einen Hafen an der Nordsee erwarb. Als der zwölfjährige Vertragstermin mit dem Zollverband seinem Ende zuging, wiederholte sich in Österreich und in den süddeutschen Bundesstaaten dasselbe Manöver. Die drohenden Vorschläge einer Sonderübereinkunft mit dem Kaiserstaat, welche auf verschiedenen Konferenzen in München, Darmstadt u. a. O. laut wurden, sollten Preußen bestimmen, den im Jahr 1862 mit Frankreich im eignen Namen, wie für das mit ihm verbundene Zollvereinsgebiet abgeschlossenen, auf ziemlich freihändlerischen Grundlagen beruhenden Handelsvertrag zu lösen oder abzuändern und den Beitritt Österreichs zu gestatten, das zu dem Zweck sich zur Annahme des ganzen bisherigen Zollvereinstarifs erboten hatte; als aber das Berliner Kabinett bei dem französischen Handelsvertrag beharrte, ohne daß die Forderungen Österreichs und seiner Parteigänger erfüllt worden wären, beeilten sich die andern noch vor dem Ablauf des Termins ihre Zustimmung zu der preußischen Handelspolitik zu erteilen und den Zollverein zu er- 1864.
neuern. Österreich schloß darauf mit England, Frankreich und dem erneuerten deutschen Zollverein eigne Zoll- und Handelsverträge ab.

Das Manteuffelsche Regiment.

Mit der Erneuerung des Zollvereins und dem Abschluß des österreichischen Handelsvertrags waren die letzten Ausläufer der deutschen Verfassungsbewegung auch unter den Regierungen verschwunden; und da man zugleich durch die Friedensworte des französischen Kaisertums sich vor äußern Störungen gesichert fühlte, so schritt nun die preußische Regierung unter dem Ministerium des Freiherrn Otto von Manteuffel mutig auf der Bahn der Reaktion fort. Wie in Hannover und Mecklenburg trat auch hier die feudale Partei, der kleine Grundadel, mit dem landläufigen Ausdruck „Junker" bezeichnet, in den Vordergrund des politischen Lebens und suchte im Anschluß an den Hof, an den höhern Offizierstand und an die Gesinnungsgenossen in der Regierung und in den Beamtenkreisen das preußische Staatsleben wieder in den Zustand des alten Absolutismus und des privilegierten Ständewesens zurückzuführen, die „ungeschriebene" Verfassung an Stelle der neuen geschriebenen zu setzen.

Auf Grundlage eines umfassenden Organisationsgesetzes vom 11. März 1850 hatte man gesucht, ein harmonisches Gesamtgefüge aller Kräfte der Selbstverwaltung von der Gemeindeordnung durch die Kreis-, Bezirks- und Provinzialverfassungen bis zur einheitlichen und höchsten Gewalt des Staates ansteigend zu erzielen, indem man eine Gemeindeordnung erließ, welche alle persönlichen Befreiungen und Vorrechte innerhalb der Gemeinde aufhob, den Unterschied zwischen Vollbürgern und Schutzverwandten beseitigte und die Gleichberechtigung aller Gemeindebürger feststellte, indem man ferner aus diesen Gemeinden mittels Wahl die Kreisversammlung mit einem Kreisausschuß hervorgehen ließ, denen dann wieder in jedem Regierungsbezirk ein Bezirksrat und endlich in jeder Provinz eine Provinzialvertretung übergeordnet sein sollten. Diese zweckentsprechende und zeitgemäße Organisation wurde auf Antrag der Ersten Kammer durch drei Ministerial-Verordnungen im Mai 1851 außer Wirksamkeit gesetzt, die alte ständische Kreis- und Provinzialordnung mit Bevorrechtigung der Rittergutsbesitzer hergestellt, die gutsherrliche Polizeigewalt wieder eingeführt, und drei verschiedene Städteordnungen für die einzelnen Teile der Monarchie geschaffen mit der Dreiteilung bei den Gemeindewahlen, mit einzelnen Befreiungen oder Bevorzugungen in der Gemeindebesteuerung und mit großen Beschränkungen der städtischen Gerechtsame und Befugnisse. Die Zusammensetzung der Ersten Kammer wurde ganz auf feudalen Grundlagen oder freiem königlichem Ermessen eingerichtet, die Bildung von Fideikommissen wieder gestattet. Gern hätte man auch die Gewerbefreiheit, welche eine Verordnung vom 9. Februar 1849 durch Abgrenzung der verschiedenen Gewerbe und Aufstellung von Gewerberäten zu beschränken gesucht, um den unzufriedenen Handwerkerstand auf die Regierungsseite zu ziehen, durch eine Zunftordnung ersetzt; dem widerstrebte aber der gesunde Sinn des Volks. Die einleitenden Maßregeln scheiterten in kurzem an dem Widerstand der Fabrikanten und Kaufleute und an der erwachenden bessern Einsicht des Handwerkerstandes selbst; aller angewandten Bemühungen ungeachtet gelang es nicht, die Zünfte wieder zu beleben. „Was das Fundament eines neuen Baues werden sollte, blieb nur ein Leichenstein auf dem Grabhügel längstverblichener Gebeine." Auch in andern Gebieten der Gesetzgebung ließ sich der reaktionäre Zug leicht erkennen: In dem neuen Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 wurden die harten und weitgreifenden Bestimmungen gerügt, wodurch man nicht nur jedem Widerstand gegen die Staatsgewalt, jedem Vergehen gegen die öffentliche Ordnung zu begegnen, sondern auch jede „ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung" zu verhindern bemüht war,

sowie die puritanischen Anschauungen bei allen Verbrechen und Vergehen gegen die Heiligkeit der Ehe, gegen die Sittlichkeit, über Gotteslästerung. Ein neues Preßgesetz vom 12. Mai 1851 mit einer dem Zensurzwang nahe kommenden Polizei- und Strafgewalt hielt die scharfen Federn in ehrerbietigen Schranken. Die Beamten, auch die Richter, wurden durch weitgreifende Disziplinargesetze ihrer Selbständigkeit beraubt und zu willenlosen Werkzeugen in der Regierungsmaschine herabgedrückt, zugleich aber vor der Gefahr bewahrt, wegen etwaiger Eingriffe in staatsbürgerliche Rechte sofort zur Verantwortung gezogen zu werden. Das Gesetz über die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen war ein schwerer Abfall von den Grundsätzen des deutschen Rechtsstaats. Es fügte in Nachahmung eines Napoleonschen Verfassungsparagraphen zum Anklagemonopol einer abhängigen Staatsanwaltschaft noch eine zweite Verschränkung des Rechtsweges hinzu, kraft deren selbst dann, wenn die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen einen Beamten für zulässig erachtet und das Gericht bereits die Anklage eingeleitet hat, dieselbe auf Ermessen einer fremdartigen Behörde wieder unterdrückt werden kann. So wurden die gediegenen Grundlagen des altpreußischen Gerichtsverfahrens und Verwaltungsrechts angetastet. Die rücksichtslose Durchführung aller Verwaltungsmaßregeln zu sichern, die Rechtskontrollen mehr und mehr abzuschwächen, war das offenkundige Ziel vieler Gesetze der fünfziger Jahre. Staatsverbrechen wurden an einen Staatsgerichtshof verwiesen und den Schwurgerichten entzogen. Ein strenges Gesetz über den Belagerungszustand gab den militärischen Befehlshabern und den Kriegsgerichten eine die Freiheit und die Rechte der Staatsbürger schwer bedrohende Gewalt in die Hände. Und statt der evangelischen Kirche, wie die Verfassung verheißen, eine selbständige Stellung einzuräumen, gründete man in dem nur der Krone verantwortlichen Evangelischen Oberkirchenrat ein Staatskirchentum, welches in die religiöse Lebens- und Gewissensfreiheit stark eingriff und vor allem die bestehende Ehegesetzgebung zu gunsten des Zwangs der kirchlichen Einsegnung aus allen Kräften bekämpfte.

13. Febr. 1854.

Solchen Bestrebungen gegenüber war die Verfassungsurkunde selbst „eine schwache Verteidigungslinie, eine Festung ohne Graben und Geschütz"; wenn dabei noch einige „parlamentarische Sanddünen" bestehen blieben, wenn man das Erdwerk nicht völlig beseitigte, so geschah es nur, weil man in der sichern Berechnung seines Zusammenbröckelns die Anstrengungen weiterer planmäßiger Zerstörung sparen zu können glaubte. Die Rückschrittsbewegung wurde in ihrem Gang nur wenig gehemmt; die Demokratie hielt sich vom politischen Leben fern und die liberal-konstitutionelle Partei suchte durch vertrauensvolle Gefälligkeit und Hingebung die Nachreden der Gegner Lügen zu strafen. Die Volksvertretung leistete vollends keinen Widerstand mehr gegen rückschrittliche Maßregeln, als im Jahr 1855 ein Abgeordnetenhaus mit starker konservativer Mehrheit, meist aus Beamten bestehend, die sog. Landratskammer, zustandekam. Das System des Manteuffelschen Ministeriums stützte sich auf kleine unsittliche Mittel und Hebel, auf Korrumpierung des Beamtenstandes, auf Beförderung religiöser Heuchelei, auf engherzige Verfolgungen, auf Verdächtigung und Schmähung freisinniger Männer, auf Beschützung der Verleumder und Denunzianten vor den gesetzlichen Folgen durch königliche Gnadenakte (Lindenberg u. a.), auf Spionage und Polizeikünste, ein System der Verderbnis, welches dem

Charakter des Regierungssystems.

öffentlichen Leben und dem Volksgeist schweren Schaden zufügte. Im Beamten- und Richterstand wurde Servilismus und Heuchelei genährt, jede Äußerung von Unabhängigkeit und Charakter unterdrückt. Politische Tendenzprozesse der schlimmsten Art (gegen Waldeck, gegen die Teilnehmer des Stuttgarter Rumpfparlaments u. a.) gaben in ganz Deutschland Ärgernis; Stoff zu Hochverratsklagen wurde geradezu künstlich geschaffen, wenn sich keiner zeigen wollte, so in dem berüchtigten Prozeß gegen Dr. Ladendorf und Genossen, wo ein Agent der Polizei, der ehemalige Leutnant Hentze, ein schmachvolles Spiel trieb. Kleinliche, verfolgungssüchtige und gewissenlose Menschen übten ein unduldsames Parteiregiment der gehässigsten Art und ängstigten den immer schwächer werdenden König durch Schreckgebilde von Revolution und Hochverrat. Während die ganze europäische Welt mit Spannung auf die großartigen Kriegsereignisse im Osten blickte, wurde der Polizeidirektor von Hinckeldey, weil er eine adlige Spielhölle im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit schließen ließ, von einem jungen
10. März 1856. Edelmann (v. Rochow-Plessow) im Duell erschossen, und aus der nächsten Umgebung des Königs wurden wichtige Depeschen an die französische Gesandtschaft verkauft. Es herrschte eine schwüle Luft am Berliner Hof und in den tonangebenden Kreisen. Gar manches erinnerte an die alten Tage und Sitten des zuchtlosen Junkerregiments im vorigen Jahrhundert, und doch waren die Zeiten so ganz anders geworden. In tiefster Verstimmung oder voller Verzweiflung blickten patriotische und freisinnige Männer auf dies Treiben und die Entwickelung der deutschen Verhältnisse.

Die Vorgänge in Neuenburg. Einige Monate nach Abschluß des Pariser Friedens wurde Preußen durch ein geringfügiges Ereignis, den royalistischen Aufstand in dem Fürstentum Neuenburg in der Schweiz, zu kriegerischen Demonstrationen fortgerissen. Während der Revolutionsstürme des Jahres 1848 hatte das Fürstentum Welsch-Neuenburg am Jura, hauptsächlich auf Anregung der Fabrikorte Locle und La Chaux de Fonds, das alte Band mit dem preußischen Königshaus gewaltsam zerrissen und war der Schweizer Eidgenossenschaft beigetreten (XV, 1, 314). Preußen legte Verwahrung dagegen ein, that jedoch keine Schritte, das entlegene Ländchen, von dem es keinerlei Vorteil zog, wiederzugewinnen, obschon seine Heere im Sommer 1849 während des Feldzugs in Baden bis an die Grenze der Schweiz vorrückten. Die königliche Regierung mochte das Streitobjekt für zu geringfügig halten, um deshalb einen Krieg anzufangen, dessen Ausdehnung bei der eigentümlichen Lage der helvetischen Republik nicht zum voraus zu berechnen war. Nun hatte aber Preußen in der Hauptstadt noch ergebene Anhänger, sowohl bei den altadligen Familien des Kantons, unter denen die Pourtalès und Meuron durch Reichtum und Ansehen hervorragten, als in einigen bürgerlichen Kreisen. Diese machten
1856. am 2. September 1856 den Versuch, mittels eines Aufstandes das alte Verhältnis wieder herzustellen. Sie bemächtigten sich des Neuenburger Schlosses und nahmen die Mitglieder der republikanischen Regierung in Haft. Aber schon nach zwei Tagen ging der „royalistische Putsch“ zu Ende. Die Radikalen des Landes, unterstützt von einigen eidgenössischen Truppen, bemächtigten sich des Schlosses mit leichter Mühe und machten die Royalisten zu Gefangenen. Nun sollten die Häupter der Verschwörung, Pourtalès an der Spitze, vor Gericht gestellt und als „Rebellen“ behandelt werden. Da forderte

aber Preußen die sofortige Freilassung der Verhafteten und drohte mit Krieg, falls der Bundesrat bei seiner Weigerung beharre. Die Schweiz ließ sich nicht einschüchtern. General Dufour, zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht ernannt, besetzte die Grenze gegen Deutschland. Es wäre ein wunderliches Nachspiel zu dem Krimkrieg gewesen, „wenn sich 100,000 Preußen auf eine bewaffnete Schweizerreise begeben hätten". Gleichwohl war es nahe daran, daß sich aus dieser kleinlichen Angelegenheit ein großer europäischer Streit entwickelt hätte. Es kostete lange Bemühungen der Diplomatie der Großmächte, um einen friedlichen Ausgleich zustandezubringen. Unter Vermittelung Napoleons willigte endlich die Schweiz in die Freilassung der gefangenen Royalisten, wogegen der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte. Mai 1857. Die Geldentschädigung wies er freiwillig zurück, dagegen bestand er auf der Beibehaltung des Fürstentitels. Von der Zeit an war der französische Einfluß auch in der Schweiz vorherrschend.

Mit dem kleinen Triumph, welchen der in den Zauberbanden der Romantik und Legitimität befangene König in der Befreiung seiner Anhänger in Welsch-Neuenburg erblickte, schied Friedrich Wilhelm IV. von der Schaubühne des politischen Lebens. Der Widerspruch der Zeitideen mit seinen Vorstellungen vom göttlichen Recht der Könige, der in den Jahren 1848 und 1849 so schroff hervorgetreten war, hatte zuerst seinen hochfliegenden Geist geknickt und gelähmt. Von da an hatte sich „der nagende Wurm der Zerstörung" in sein Gemütsleben eingenistet und seine Heiterkeit und Lebenslust verkümmert. „Die ganze Zeit erschien ihm, gerade in ihren mächtigsten und lebensvollsten Richtungen als ein Abfall von der Wahrheit und vom Recht, den anzuerkennen ihm unmöglich war, den er aber auch nicht zu überwinden vermochte." Und wenn er auch die Befriedigung hatte, die Revolution an ihrem eignen Übermaß scheitern zu sehen, die Wahrnehmung, daß ihre Prinzipien noch fortlebten, daß sie einst wieder als verzehrende Flamme aus der glühenden Asche emporlodern könnten, verhüllte den Herbst seines Lebens mit düstern Nebelbildern. Auf den Trümmern seiner Ideen, welche der Sturm aus ihren Fugen gerissen, welche er selbst zu einem Floß notdürftig zusammengefügt hatte, trieb Friedrich Wilhelm IV. in der letzten Zeit seiner Regierung haltlos umher. Geschlagen in seinen Berechnungen, sträubte er sich doch dagegen, die Naturgewalten im Völkerleben als Kräfte anzuerkennen, denen sich selbst der Mächtigste unter den Sterblichen unterordnen muß. Die Schwächung Rußlands durch den Krimkrieg und der Tod des Kaisers Nikolaus, der einen so mächtigen Einfluß auf den König und den Gang der preußischen Politik geübt hatte, steigerten noch seine trübe Weltanschauung; nun war in seinen Augen der letzte starke Damm gegen die revolutionäre Sündflut zerrissen. Im Oktober 1857 zeigten sich Spuren eines Gehirnleidens, das bald so sehr zunahm, 1857. daß er die Regierungsgeschäfte nicht mehr besorgen konnte. Nach der Verfassungsurkunde sollte bei dauernder Verhinderung des Königs eine Regentschaft eintreten. Dies suchte aber der Kreis von Vertrauten und Günstlingen, welcher den Monarchen schon seit Jahren als eine mächtige, einflußreiche Kamarilla umgab und in den absolutistischen Zauberring gebannt hielt, auf alle Weise zu verhindern.

Friedrich Wilhelms IV. Ausgang.

Nicht kraft der Verfassung, sondern durch den Willen des Königs sollte die Regierung fortgeführt werden, damit weder in den Personen, noch im System ein Wechsel eintrete. Darum wurde Prinz Wilhelm von Preußen, der Bruder des kinderlosen Monarchen, durch königliche Vollmacht zum Stellvertreter auf
23. Okt. 1857. drei Monate ernannt und dieser Termin noch zweimal verlängert. Während
25. Jan. 1858. dieser Zwischenzeit erfolgte die Vermählung des ältesten Sohnes des Prinzen, Friedrich Wilhelm, mit Viktoria, der Tochter der Königin von England, eine Verbindung, welche das preußische Volk als die Bürgschaft einer glücklichen Zukunft begrüßte. Da in dem Gesundheitszustand König Friedrich Wilhelms keine Besserung zu erwarten war, so mußte endlich der Verfassung Genüge ge-
1858. schehen. Demzufolge übertrug der König am 7. Oktober 1858 dem Bruder die volle Regierungsgewalt unter dem Titel eines Prinzregenten, ein Staatsakt,
20. Okt. zu dem zwei Wochen später die beiden Häuser des Landtags ihre Zustimmung erteilten. Friedrich Wilhelm unternahm hierauf in Begleitung seiner Gemahlin, Elisabeth von Bayern, welche ihm mit treuer Liebe zur Seite stand, eine Reise nach Italien, die aber seinem geschwächten Geist keine Heilung brachte. Bald zwang der Ausbruch des italienischen Kriegs das Königspaar zur Rückkehr in die Heimat. Am 23. November 1859 traf Friedrich Wilhelm wieder in seinem geliebten Sanssouci ein, um es nie mehr zu verlassen. Im August des folgenden Jahres verschlimmerte sich der Zustand durch wiederholte Gehirnschläge, so daß das Bewußtsein mehr und mehr schwand. In dieser schrecklichen Mitte zwischen Leben und Tod dauerte Friedrich Wilhelm IV. noch mehrere Monate aus. Er überlebte noch seine Schwester Charlotte (Alexandra), die Kaiserin-Mutter von Rußland, die im Sommer 1860, drei Monate vor ihrem Tod, ihn in Sanssouci besucht hatte. Erst gegen Ende des Jahres nahte sich ihm die Erlösung: in der Nacht auf den 2. Januar 1861 ging sein bewußtloser Zustand in den Tod über.

2. Die neue Ära.

Die Regentschaft und die öffentliche Meinung.

Mit Freude und Vertrauen hatte das preußische Volk einen Regenten begrüßt, der die geistige Beweglichkeit des Bruders durch einen männlicheren Charakter ersetzte; der statt der romantischen Anschauungen und unzeitgemäßen Ideen Friedrich Wilhelms IV. praktischen Verstand, militärische Geradheit und einen klaren Blick für die Wirklichkeiten des Lebens auf den Thron mitbrachte; der die Wechselfälle menschlicher Dinge aus eignen, zum Teil bittern Erfahrungen kennen gelernt und daraus die Einsicht in die Bedürfnisse seines Volks geschöpft und den Willen, allen redlichen Bestrebungen desselben gerecht zu werden; der in seiner ersten Anrede an seine Minister erklärte, daß er der Orthodoxie, Scheinheiligkeit und Heuchelei entgegentreten, Schule und Wissenschaft in größter Freiheit pflegen, die Rechte der katholischen Kirche wahren, aber keinen Übergriff derselben dulden und das Heerwesen in gutem Stand erhalten wolle; der von der Pflicht Preu-

ßens sprach, moralische Eroberungen in Deutschland zu machen und überall das Recht zu schützen; der, wenn er auch vor liberaler Überstürzung warnte, doch den Zeitideen freien Ausdruck und freie Bewegung gestattete. Der Regent war stets ein Gegner der feudalen Kamarilla, der Kreuzzeitungspartei und des Manteuffelschen Systems mit seiner Schwäche nach außen und seiner schroffen Reaktion nach innen gewesen; für die Ehre und Machtstellung Preußens, welche die Männer des Rückschritts vielfach so kleinmütig preisgegeben, hatte er stets ein warmes Gefühl bewiesen. Mochte man auch bei seiner soldatischen Natur und den monarchischen Traditionen seines Hauses nicht eben Begeisterung für die neuen konstitutionell-parlamentarischen Formen voraussetzen, so verbürgte doch sein gerader offener Charakter Achtung vor der aus langen Kämpfen hervorgegangenen Verfassung. Alsbald war denn auch ein Wechsel in den obersten Regierungskreisen eingetreten, das Ministerium Manteuffel-Westphalen entlassen worden. Das Kabinett der „neuen Ära" bestand aus gemäßigten Männern von mehr oder Nov. 1858.
minder liberaler und aufrichtig konstitutioneller Gesinnung. Neben dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der an der Spitze stand und durch seine Religion den Katholiken eine Bürgschaft für die staatliche Gleichstellung beider Bekenntnisse zu bieten schien, waren Rud. v. Auerswald als Staatsminister ohne bestimmtes Fach, v. Bethmann-Hollweg als Kultus-, v. Patow als Finanz-, v. d. Heydt als Handels-, v. Bonin als Kriegs-, v. Flottwell und bald nachher Graf Schwerin als Minister des Innern und v. Schleinitz als Leiter des Auswärtigen Mitglieder des neuen Ministeriums. Bald trat in dem gesamten öffentlichen Leben, in der Presse, in den Kammern, in dem gesellschaftlichen Verkehr zu Tage, wie sehr der Freiheit die Schwingen gewachsen, seitdem der schwere Alp, der auf dem Volksleben lastete, gewichen, seitdem eine frische Morgenluft die düstere Nebelatmosphäre verscheucht hatte. Die Demokratie, die sich seit der Aufdrängung des Klassenwahlsystems der Wahlen enthalten hatte, trat aus ihrer bisherigen Zurückgezogenheit und Thatlosigkeit hervor, und indem sich die Gemäßigteren und Besonneneren derselben mit den Altliberalen in einer „Fortschrittspartei" einigten, empfing das öffentliche Leben neue Anregung. Die neuen Wahlen ergaben ein starkes Übergewicht gemäßigt liberaler und konstitutioneller Vertreter im Sinn des Ministeriums. Die Rechte war ganz zusammengeschmolzen. Man gab sich der Hoffnung hin, daß die Verfassung in freiheitlichem Sinn ausgebaut werden, daß die hemmenden Schranken allmählich sinken, daß vor allem das Herrenhaus, das in seiner unzweckmäßigen Zusammensetzung jeden Aufschwung wie ein schweres Bleigewicht niederhielt, zeitgemäße Reformen erfahren würde.

Diese rosenfarbigen Ansichten und frohen Erwartungen überdauerten noch die Tage der Regentschaft. Das liberale Regierungssystem stand noch in unerschütterter Kraft, als der kranke König Friedrich Wilhelm IV. endlich die Augen schloß und der bisherige Prinzregent als König Wilhelm I. den Thron bestieg.

König Wilhelm I. 1861—1888. geb. 22. März 1797.

7. Jan. 1861. Sein Manifest „An mein Volk“ sprach eine würdige Auffassung der politischen Politischer Umschwung. Aufgaben und eine ehrenhafte Gesinnung aus. Es hieß darin u. a.: „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht. Treu dem Eid, mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen. Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen.“ Aber das neue Ministerium, von der Feudalpartei, vielfach selbst von dem reaktionären Beamtentum bekämpft, anderseits von den entschiedenen Liberalen, denen es nicht zu genügen vermochte, mit Mißtrauen betrachtet und im Stich gelassen, sah sich bald den größten Schwierigkeiten gegenüber. Auch der Prinzregent wurde bald besorgt, auf der eingeschlagenen liberalen Bahn zu weit gedrängt zu werden. Das Programm der „deutschen Fortschrittspartei in Preußen“ unter Waldecks Führung, welches für Deutschland eine starke Zentralgewalt nebst Volksvertretung, im Innern eine Reihe tiefgreifender Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung, die Verantwortlichkeit der Minister, die Trennung des Staats von der Kirche, die größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden und vor allem eine Reform des Herrenhauses verlangte, ließ Ziele und Bestrebungen erkennen, die mit den dynastischen Ansichten des Monarchen nicht in Einklang standen. Ein parlamentarisch regierter Staat nach der Idee der Fortschrittspartei widersprach den Traditionen und Anschauungen des Hohenzollernschen Herrscherhauses, das seine Krone von der göttlichen Gnade herleitete und in dem persönlichen Regiment des obersten Kriegsherrn und Staatslenkers den würdigsten Ausdruck des monarchischen Prinzips erkannte. Während die liberale Majorität des bisherigen Abgeordnetenhauses dem Ministerium mit außerordentlicher Schonung und Mäßigung begegnet war, um die Wiederkehr des Manteuffelschen Regiments, das wie ein drohendes Gespenst fortwährend im Hintergrund stand, zu verhindern, trat jetzt eine Parteiagitation an die Oberfläche, welche das öffentliche Leben durch die Macht politischer Prinzipien und Doktrinen zu beherrschen und in steter Bewegung zu erhalten beflissen war. Die „neue Ära“ sollte auf allen Gebieten durchgeführt werden, sollte in das Fleisch und Blut des Staats eindringen. Der 1861. Zweikampf zwischen dem Abgeordneten Twesten und dem Vetter des ehemaligen Ministerpräsidenten, dem Leiter des königlichen Militärkabinetts, Freih. Edwin von Manteuffel, konnte als das Vorspiel des bevorstehenden großen Kampfes angesehen werden.

Heeresreorganisation und Attentat. Zur gefährlichsten Klippe für die „neue Ära“ wurde die Frage der Heeresreorganisation. Der aus der eigensten Anregung des Königs hervorgegangene Plan bezweckte eine starke Vermehrung des Heeresbestandes und der jährlichen Aushebung, Erweiterung der Reservepflicht um drei Jahre bezw. Zuteilung

der ersten drei Jahrgänge der Landwehr zur Reserve, vollständige Ausscheidung der Landwehr aus dem bisherigen Verband mit dem stehenden Heer, thatsächliche Durchführung der dreijährigen Dienstzeit. Die bedeutenden finanziellen Mittel, welche diese Reorganisation erforderte, suchte die Regierung großenteils durch eine Reform der Grundsteuer, welche die Grundsteuerfreiheit der Rittergüter aufhob, zu beschaffen. Die militärische Reform stieß im Abgeordnetenhaus auf schwere Bedenken teils finanzieller, teils allgemein politischer Natur. Die Erhöhung des Militärbudgets um fast ein Drittel, der hierfür vorgeschlagene Steuerzuschlag von 25 Prozent schien unerschwinglich, und in der scharfen Trennung der Landwehr von dem stehenden Heer erblickte man eine Antastung jener volkstümlichen Einrichtung, eine Entfremdung zwischen Armee und Volk. Das Abgeordnetenhaus ergriff eine halbe Maßregel, indem es die Regierung bewog, den Gesetzentwurf über eine anderweite Regelung der Wehrpflicht zurückzuziehen, dagegen die verlangte Summe von 9 Millionen Thaler „zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft" auf ein Jahr genehmigte. Die Regierung benutzte die Mai 1860.
bewilligten Summen zur thatsächlichen Durchführung der Heeresreorganisation, soweit es möglich war, ohne geradezu die Gesetze zu verletzen. Durch dies Verfahren wurde eine Thatsache geschaffen, die kaum mehr rückgängig zu machen war. Das Herrenhaus, das die „neue Ära" bisher standhaft bekämpft und das Manteuffelsche Regiment bei jeder Gelegenheit aufs wärmste gepriesen hatte, gab nunmehr, durch einen „Pairsschub" gefügiger gemacht, seinen Widerstand Mai 1861.
gegen die Grundsteuergesetze auf. Im Abgeordnetenhaus wurde um dieselbe Zeit im neuen Etat die geforderte Summe etwas gekürzt und im Extraordinarium bewilligt, wiederum eine Vertagung der eigentlichen Entscheidung, wodurch sich der Streit immer mehr zuspitzte. Die durch diese Vorgänge hervorgerufene Aufregung wurde noch gesteigert durch das Attentat des Studenten Oskar Becker 14. Juli.
in Baden-Baden. Wenn auch das verbrecherische Unternehmen, über das sich ganz Deutschland mit der größten Entrüstung aussprach, nicht vermögend war, den König zu reaktionären Maßregeln zu drängen, so sah er doch darin eine Wirkung des von der Religion abgewandten, den Gefühlen der Loyalität entfremdeten Zeitgeistes, dem mit allen Kräften entgegenzuarbeiten Pflicht und Gewissen von ihm heischten. Der feierliche Krönungsakt in Königsberg, welcher 18. Okt.
seit der Krönung des ersten preußischen Königs im Jahr 1701 nicht stattgefunden hatte, sollte seine Vorstellung von einem monarchischen Regiment der Welt offenbaren. Darum betonte er so sehr in seinen Reden das Königtum von Gottes Gnaden, hob er so nachdrücklich hervor, daß die Herrscher Preußens ihre Krone von Gott empfingen und auch er in diesem Sinn die Krone vom Tisch des Herrn nehme und auf sein Haupt setze; daß die Häuser des Landtages berufen seien, dem König zu raten.

Die im Winter 1861 stattgehabten Wahlen führten, der weitverbreiteten 6. Dez. 1861. Die Konfliktszeit.
Mißstimmung entsprechend, zu einer starken Vermehrung der Fortschrittspartei

auf Kosten der gemäßigten Altliberalen und der Konservativen. Den beginnenden „Konflikt“ wußten die Hochkirchenmänner und die Hof- und Militärpartei klug zu erweitern und zu benutzen, um den König gegen die Pläne und Ziele der Ständeversammlung und des Liberalismus mit Mißtrauen zu erfüllen. Dem Landtag wurde von dem Kriegsminister v. Roon, der an Bonins Stelle getreten, ein neuer Gesetzentwurf über Regelung der Wehrpflicht, welcher die früheren Forderungen etwas ermäßigte, vorgelegt. Bevor aber hierüber eine Entscheidung getroffen war, kam es aus einem andern Anlaß zur Ministerkrisis. Die
6. März 1862. Annahme eines Antrags des Abgeordneten Hagen, daß die Regierung gehalten sein sollte, das Budget der Ausgaben in größerer Spezialisierung vorzulegen, da bei der Weise, wie bisher der Staatshaushalt geordnet worden, das wesentlichste Recht der Volksvertretung, die Einnahmen und Ausgaben des Staats zu bewilligen und zu überwachen, fast bedeutungslos sei, führte solche Zerwürfnisse zwischen Regierung und Landesvertretung herbei, daß die gemäßigt-liberalen Mit-
18. März. glieder des Ministeriums von den Geschäften zurücktraten und das Abgeordnetenhaus aufgelöst ward. Unter dem Präsidium des Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen wurde ein konservatives Ministerium eingesetzt, dem u. a. der Justizminister Graf zur Lippe und der Kultusminister von Mühler, sowie aus dem bisherigen Kabinett der eigentliche politische Leiter, der Finanzminister v. d. Heydt, der Kriegsminister v. Roon und der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff angehörten. Die Gegensätze nahmen immer schroffere For-
Mai. men an, als die nächsten Wahlen trotz aller amtlichen Beeinflussung gegen die Regierung ausfielen, als die fortschrittliche Majorität des Abgeordnetenhauses zurückkehrte, an Zahl verstärkt, durch die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nation gekräftigt und gehoben. Die Erlasse der Minister an alle ihre Untergebenen, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren, nicht zuzugeben, daß der Kraft des königlichen Regiments zu gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe, und Bestrebungen entgegenzutreten, die unverkennbar darauf gerichtet seien, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone beruht, von dieser in die Volksvertretung zu verlegen, blieben wirkungslos oder arbeiteten der Opposition in die Hände. Das System der Strafversetzungen im Interesse des Dienstes, das der Justizminister Graf zur Lippe in Anwendung brachte, und die konservative Kirchen- und Schulpolitik des Kultusministers Heinrich von Mühler schärften die Gegensätze. Die Regierung kam dem neuen Abgeordnetenhaus, das den Bürgermeister Grabow zum Präsidenten wählte, in mehrfacher Beziehung entgegen; die Steuerzuschläge fielen weg, der Staatshaushalt war mehr spezialisiert, Ersparnisse im Militäretat wurden angekündigt. Aber der Streit war schon zu weit gediehen. Die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses stellte sich in der Heeresfrage entschieden auf den Boden des strengen formellen Rechts. Man konnte freilich die Gesetzmäßigkeit der großen-

teils bereits durchgeführten Reform anfechten, allein rückgängig konnte man sie ohne schweren Schaden für den Staat nicht mehr machen. Gleichwohl wurde die bedingungslose Bewilligung der Reorganisationskosten mit ungeheurer Mehrheit abgelehnt und auch ein Vermittelungsantrag verworfen, welcher die Summe noch einmal im Extraordinarium bewilligen wollte unter der Voraussetzung von Ersparnissen und Abkürzung der Dienstzeit sowie unter der Bedingung, daß die Regierung die ganze Angelegenheit mit dem nächsten Landtag gesetzlich regle. Die Opposition bestand auf ihrem Schein und lehnte die Kosten für die Reorganisation ab.

Die gemäßigteren Mitglieder des Ministeriums, auch Prinz Hohenlohe und der Finanzminister v. d. Heydt schieden jetzt aus. An die Spitze des Kabinetts trat der bisherige Gesandte in Paris, Otto von Bismarck-Schönhausen (geb. 1. April 1815), der auch bald darauf an Stelle des Grafen Bernstorff das Ministerium des Auswärtigen übernahm. Die Ernennung wurde allgemein als die schärfste Kriegserklärung an die Opposition aufgefaßt. Schon auf dem vereinigten Landtag von 1847, wo er zuerst in die Öffentlichkeit trat, hatte sich Bismarck als ein ebenso geistvoller wie energischer und rücksichtsloser Vorkämpfer hochkonservativer Anschauungen, als ein scharf ausgeprägter Vertreter des altpreußischen Junkertums gezeigt; die Bewegung der Revolutionszeit nicht nur in ihren liberalen, sondern auch in ihren nationalen Äußerungen hatte er aufs entschiedenste bekämpft, selbst bis zur Billigung der Politik von Olmütz. Die revolutionäre Demokratie, welche die alte preußische Krone angetastet, war ihm in tiefster Seele verhaßt. Dann hatte er in den fünfziger Jahren Preußen am Bundestag vertreten und hier bei der nähern Beschäftigung mit den Frankfurter Kläglichkeiten mochte der geniale und patriotische Mann freilich zu unbefangeneren Anschauungen über die Zustände des Deutschen Bundes und die Folgen der österreichischen Vorherrschaft gekommen sein. Von einer Wandlung seines politischen Charakters war indessen noch nichts in die weitere Öffentlichkeit gedrungen. Seit dem Jahr 1859 war er dann Gesandter in Petersburg und Paris gewesen. Das Volk und das Abgeordnetenhaus kamen diesem Mann, von dessen umwälzenden nationalen Plänen und kühner staatsmännischer Begabung noch niemand eine Ahnung hatte, mit Mißtrauen und Besorgnissen entgegen. Man glaubte einen übermütigen Junker von schroff reaktionären Ansichten vor sich zu haben, und zunächst geschah auch nichts, um Vertrauen in die neue Regierung hervorzurufen.

Ministerium Bismarck. *Sept. 1862.*

Die schwächliche Haltung, die Preußen in den verflossenen Jahren bei allen Aufgaben einer aktiven auswärtigen und nationalen Politik eingenommen, hatte im Volk nahezu den Sinn für die Großmachtstellung und den deutschen Beruf des Staats zerstört. Man hatte sich an die bescheidene demütige Rolle Preußens gewöhnt, glaubte keine thatkräftige und volkstümliche nationale Politik mehr erwarten zu dürfen, und sah darum auch nicht ein, wozu man eine kostspielige militärische Rüstung sich zulegen solle. Nachdem das Abgeordnetenhaus die

Fortgang des Konfliktes.

Mehrforderungen für das Heer im Staatshaushalt abgelehnt und jede Ausgabe für verfassungswidrig erklärt hatte, welche die Regierung ohne seine Zustimmung machen würde, stellte das Herrenhaus das Budget nach dem Vorschlag der Regierung, also mit den militärischen Forderungen wieder her. Dies war verfassungswidrig, denn das Herrenhaus ist nur befugt, das vom andern Haus festgestellte Budget im ganzen entweder anzunehmen oder abzulehnen, darf aber keine Änderungen daran beschließen. Das Abgeordnetenhaus erklärte denn auch den Beschluß des Herrenhauses für ungesetzlich und nichtig. Ein verfassungsmäßiges Budget kam sonach nicht zu stande, die Regierung aber behalf sich ohne ein solches und tröstete sich mit der „Lückentheorie", indem sie geltend machte, daß die Verfassung eine Lücke enthalte, da sie nicht angebe, was in dem Fall zu geschehen habe, daß ein Budget nicht zustandekomme, daß aber die Staatsmaschine unmöglich still stehen könne. In der Session von 1863 wiederholte sich derselbe Vorgang; das budgetlose Regiment dauerte fort. Eine tiefe Bewegung durchzog das preußische Volk, das in seiner großen Mehrheit auf der Seite des Abgeordnetenhauses stand und ihm wiederholt in feierlicher Weise
1. Juni 1863. seine Zustimmung aussprach. Eine königliche Verordnung, welche die verfassungsmäßige Preßfreiheit suspendierte, steigerte die Mißstimmung und Aufregung.
Okt. Die neuen Wahlen nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses verstärkten abermals die fortschrittliche Majorität. Zu Störungen der Ordnung aber ließ es der gesetzliche Sinn des Volks nicht kommen. Auch einzelne Versuche von Steuerverweigerung fanden wenig Nachahmung. Eine Ausgleichung zwischen Regierung und Volksvertretung hatte noch nicht stattgefunden, als der Krieg mit Österreich und den deutschen Bundesstaaten zum Ausbruch kam und die großen Waffenthaten des preußischen Heeres eine zweite „neue Ära" schufen, in welcher der alte Streit über den höhern Zielen sein Ende finden sollte.

3. Schleswig-Holstein.

a. Der diplomatische Krieg.

Das neue Erbfolgegesetz. Gegen die seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein gültige Erbfolgeordnung, wonach die Herrschaft in der männlichen Linie nach dem Recht der Erstgeburt fortgehen sollte, wurde durch das Warschauer Protokoll vom 5. Juni 1851 und sodann durch den Londoner Traktat vom 8. Mai 1852 (XV, 1. 429) dem Prinzen Christian von Sonderburg-Glücksburg (geboren den 8. April 1818), der durch die Verzichtleistung der nächstberechtigten weiblichen (hessischen) Linie zum Thronfolger in Dänemark bestimmt worden war, auch der dereinstige Anfall der Herrschaft in den Herzogtümern Schleswig-Holstein zugesichert, um die „Integrität der dänischen Monarchie" zu bewahren. In Gemäßheit dieser Londoner Übereinkunft, welche nicht nur von den europäischen Großmächten und

von Schweden, sondern auch von mehreren deutschen Regierungen (Hannover, Sachsen, Württemberg), nicht aber von dem deutschen Bundestag anerkannt ward, wurde für das Königreich Dänemark eine neue Thronfolgeordnung geschaffen und nach einigem Bedenken von dem Reichstag in Kopenhagen angenommen, welche für die Herzogtümer ohne Rechtsgültigkeit war, da sie den Ständen nicht zur Beschließung vorgelegt und von den nächstberechtigten Agnaten, dem Haus Holstein-Augustenburg, verworfen ward. Zwar wurde der Herzog von Augustenburg selbst durch Vorenthaltung seiner Güter und durch Drohung weiterer Verfolgung bewogen, für jene eine teilweise Entschädigung in Geld anzunehmen und bei der Gelegenheit sich zu verpflichten, nichts gegen die Neuordnung der Erbfolge in den Staaten des Königs von Dänemark zu unternehmen; aber auf seine Rechte hatte er nicht Verzicht geleistet, von seinem bereits volljährigen Sohn Friedrich ist nie eine Zustimmung begehrt oder gegeben worden, und der Bruder des Herzogs, Prinz von Noer, hat ausdrücklich Verwahrung seiner Rechte eingelegt. So wurde Christian von Glücksburg, der „Protokollprinz", der einzige seines Hauses, der in den frühern Kriegsjahren wider die Herzogtümer die Waffen getragen, gegen das überkommene Recht, gegen die Stimme des Landes, durch die willkürliche Feststellung fremder Gewalthaber, als Thronfolger des regierenden kinderlosen Königs Friedrich VII. in allen unter dem Zepter des letztern vereinigten Staaten aufgestellt, weil, wie es im Londoner Vertrag hieß, „die Integrität der Monarchie für die Bewahrung des Friedens von hoher Wichtigkeit sei und die beabsichtigte Kombination das geeignetste Mittel sein dürfte, diese Integrität sicherzustellen".

31. Juli 1853.

30. Dez. 1852.

März 1853.

Mit diesem Aktenstück, das den Frieden erhalten sollte, begann für die Herzogtümer Schleswig-Holstein ein Kriegszustand, wie er bisher nur von einem siegreichen Feind in eroberten und unterworfenen Ländern verhängt worden war. Wenn man in Holstein und Lauenburg aus Rücksicht für das deutsche Bundesverhältnis, dessen Fortbestand im Londoner Vertrag ausdrücklich festgestellt war, noch hier und da einige Schonung eintreten ließ, so verfuhr man um so rücksichtsloser und verletzender in Schleswig. Nicht genug, daß durch eine feindselige, von einer herrschenden Demokratie vorwärts getriebene Regierung das volle Maß übermütiger und gewaltthätiger Fremdherrschaft über das unglückliche Land ausgeschüttet ward, indem man dänische Beamte, Prediger und Lehrer, oft Männer ohne Sitte, Ehre und Gerechtigkeitsgefühl, anstellte und die Deutschen verdrängte oder zur Flucht nötigte; das ganze dänische Volk, insbesondere die leidenschaftliche Bevölkerung Kopenhagens, betrachtete es als eine nationale Sache, ihren Haß und ihre Rachsucht über die Deutschen auszugießen. Jeder Däne sah in dem deutschen Schleswiger einen persönlichen Feind und hielt es für seine Pflicht, das deutsche Wesen im Norden der Eider zu vertilgen. Mit leidenschaftlichem Eifer ward die Herstellung dänischer Sprache, dänischer Einrichtungen betrieben, in Rechtspflege und Verwaltung, in Kirche und Schule

Dänische Gewaltherrschaft.

bis in die Kreise der Familie und des Hauses machte das aufgedrungene fremde Element sich geltend. Mit kleinlichem Haß unterdrückte und verfolgte man alle Regungen des Nationalbewußtseins, zerriß man alle Bande, die den „verlassenen Bruderstamm“ mit Deutschland verknüpften, erstickte man alle Erinnerungen an die Vergangenheit. Dänisches Militär lag über das ganze transalbingische Land zerstreut, um der Zwingherrschaft der Polizei und der Amtleute den rechten Nachdruck zu geben, während die Söhne des Landes über das Meer geführt wurden, um in dänischen Garnisonen ihrer Heimat zu vergessen oder als Geißeln festgehalten zu werden. Von den Verpflichtungen, die einst Dänemark bei der Friedenstiftung in den Herzogtümern feierlich eingegangen, war kaum die Rede. Erhob sich doch in dem ermatteten und niedergebeugten Deutschland kaum eine Stimme für das gekränkte Recht an der Eider. Der „Schmerzensschrei“ vom Norden fand in den Tagen der Erniedrigung nur einen schwachen Widerhall im deutschen Volk und bei den Regierungen keine Beachtung. Dänemark wäre zu dem erstrebten Ziel gekommen, hätten nicht die Herzogtümer selbst mit männlicher Festigkeit ihre Rechte gewahrt. In den Jahren der Reaktion, da die deutschen Zeitungen und Kammerreden viel von Verfassungsbruch und Verfassungsverletzungen zu melden hatten, machte auch die dänische Regierung den Versuch, durch eine Gesamtstaatsverfassung für das ganze Königreich das Werk der „Pazifikation“ zu schließen. Über dem dänischen Reichstag in Kopenhagen und über den Provinzialständen von Schleswig und von Holstein-Lauenburg sollte ein Reichsrat bestehen, der, anfangs mit beratender, dann auf Verlangen des dänischen Volks mit beschließender Befugnis ausgerüstet, in einer Weise durch künstliche Wahl und königliche Ernennungen zusammengesetzt war, daß dadurch die Herzogtümer stets in der Minderheit bleiben mußten. Zugleich wurden sie in ihren besonderen landständischen Rechten hinsichtlich der Steuerbewilligung und der Mitwirkung bei der Ordnung des Staatshaushaltes beeinträchtigt und ihre Domänen für den Gesamtstaat in Anspruch genommen. Diese unter dänischem Druck entstandene Reichsverfassung, die den Ständen von Schleswig und Holstein nicht einmal zur Beratung und Genehmigung vorgelegt ward, prägte dem ganzen Staat und folglich auch den in denselben hineingezogenen Herzogtümern einen dänischen Charakter auf: Armee und Flotte, Zoll, Post, Münze sollten dänisch sein. Wie ein schweres Joch fremder Herrschaft ward die neue Ordnung durchgeführt. Das alte Band war zerschnitten: Schleswig **und** Holstein **und** Lauenburg sollten nur noch als zerrissene Glieder der dänischen Monarchie neben Jütland und dem Inselreich gelten. Der Druck gegen das deutsche Wesen, gegen alle nationalen Überlieferungen erreichte den höchsten Grad. Was mir jetzt noch in den Weg kommt, äußerte sich der Minister v. Scheel, soll zertreten werden!

1854 und 1855. — *Verfassung vom 2. Okt. 1855.*

Die Verfassungsfrage vor dem Deutschen Bund. März 1856.

Aber auch in dieser schweren Zeit wurde der deutsche Sinn im Norden der Elbe nicht gebrochen, der Mut nicht gebeugt. Als in der Folge der Reichsrat sich versammelte, verlangten elf deutsche Mitglieder, an ihrer Spitze Scheel-

Plessen, daß die Gesamtverfassung den Ständen der Herzogtümer vorgelegt und auf Grund ihrer Gutachten ein neuer Entwurf aufgestellt werde. Als ihre Forderung von den Dänen zurückgewiesen ward, protestierten sie gegen die Gültigkeit der Verfassung. Dieses Auftreten deutscher Männer, die von Wühlerei und Demokratismus weit entfernt waren, veranlaßte die deutschen Großmächte, sich zu erkundigen, wie es mit der Erfüllung der einst eingegangenen Verpflichtungen sich verhalte. Daraus ging ein Notenwechsel hervor, der sich über ein Jahr hinzog, bis endlich die Sache an den Bund gebracht ward. Dänemark rief den Schutz der andern europäischen Mächte an und erbot sich, um durch scheinbare Nachgiebigkeit die Klagen niederzuschlagen, den holsteinischen Ständen die Gesamtstaatsverfassung vorzulegen. Diese weigerten sich jedoch, einseitig über eine Sept. 1857. Reichsverfassung zu verhandeln, solange nicht die politische Stellung Holsteins in der Gesamtmonarchie in einer dem gerechten Anspruch auf Selbständigkeit und Gleichberechtigung entsprechenden Weise geregelt sei. Die Dänen hätten für das Bundesgebiet die Gesamtverfassung gern geopfert, wenn ihnen dafür Schleswig als Beute zugefallen wäre. Nun erklärte der Bundestag nach elfwöchiger 11. Febr. 1858. Überlegung, daß die Gesamtverfassung und ein Teil der Sonderverfassung für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg nicht als rechtsgültig zu betrachten seien, weil sie mit den Grundsätzen des Bundesrechts und mit den Zusagen von 1851 und 1852 im Widerspruch ständen, und verlangte die Beseitigung. Dänemark sträubte sich lange den Beschluß zu vollziehen; erst als der Bundestag, ungeduldig über den endlosen Notenwechsel, mit Exekution drohte, wurde die Reichsverfassung nebst dem darauf bezüglichen Teil der Sonderverfassung für Holstein Nov. und Lauenburg außer Wirksamkeit gesetzt, dabei aber erklärt, daß die gedachte Verfassung für die nicht zum Deutschen Bund gehörenden Teile der Monarchie in ungeschwächter Kraft zu bestehen fortfahre und daß die Minister für das Auswärtige, sowie für Krieg, Marine und Finanzen auch in betreff Holsteins nur dem König verantwortlich seien. Nach dieser Anordnung dauerte die königliche Machtvollkommenheit in allen wesentlichen Punkten fort, nur ohne die Vertretung der Holstein-Lauenburger Abgeordneten im Reichsrat, der somit zu einem „Eiderparlament“ umgeschaffen ward, ein Ziel, das der Eiderdänenpartei schon lange als Ideal vorschwebte. Damit war die Einverleibung Schleswigs bis auf den Namen verwirklicht. Die holsteinischen Stände verweigerten jedoch die März 1859. Annahme dieses trügerischen Abkommens und legten dafür einen Organisationsentwurf vor, in welchem die volle Selbständigkeit der einzelnen Länder der Monarchie die Grundlage bildete und auf das alte Recht der Verbindung von Schleswig-Holstein hingewiesen war, wenn auch noch nicht gerade die Herstellung verlangt wurde. Die dänische Regierung ging jedoch auf die Vorlage nicht ein, und während sie den Bundestag mit neuen Vorschlägen und Noten hinhielt, stellte sie das Staatsbudget für die Finanzperiode 1860 und 1861 auf, ohne von den Holstein-Lauenburgschen Ständen die Zustimmung eingeholt zu haben.

Als hierauf die Bundesversammlung, von Oldenburg aufmerksam gemacht, die Exekutionsdrohung wiederholte, schritt das dänische Kabinett zu einem „Taschenspielerkunststück“, indem es bei den Ständen einen Gesetzentwurf über die provisorische Stellung Holsteins einbrachte und dieses „unehrliche“ und „lügenhafte“ Verfahren den auswärtigen Mächten als Budgetvorlage darstellte. Zugleich trug die Regierung kein Bedenken, als die Kriegsrüstungen zur Bekämpfung Deutschlands erhöhte Steuern notwendig machten, das deutsche Herzogtum mit außerordentlichen Ausgaben zu belasten.

Das Eiderdänentum. Unter diesen Verfassungskämpfen, zu denen die Bedrückungen der deutschen Bevölkerung in Schleswig, die Kränkung der heiligsten Interessen, die Verödung und Verwüstung in Kirche und Schule ein grelles Seitenstück bildeten, erstarkte indessen wieder das deutsche Nationalgefühl in den stammverwandten Ländern südwärts der Elbe. Die Presse, die Kammern, kirchliche und politische Versammlungen erhoben ihre Stimme immer lauter gegen die Schmach und Mißhandlung, denen der nördliche Bruderstamm schutzlos preisgegeben war, und erweckten auch dort wieder die eingeschlummerten Gefühle. Während der holsteinische Bundestagsgesandte in Frankfurt Schleswig für ein „dänisches Herzogtum“ erklärte, in dessen Angelegenheiten dem Bund kein Recht der Einmischung zustehe, Febr. 1863. sprach die holsteinische Ständeversammlung wiederholt die Ansicht aus, daß der wahre Frieden dem Land nicht wiederkehren werde, solange nicht dem Verlangen nach Herstellung der Verbindung mit Schleswig Genüge geschehen. Aber davon wollte Dänemark nichts hören. Je lauter die öffentliche Meinung in Deutschland, deren Macht sich auch die Regierungen nicht zu entziehen vermochten, für die Vereinigung der beiden Herzogtümer zu einem gemeinschaftlichen Staats- und Rechtsleben sich aussprach, um so leidenschaftlicher hielten die Machthaber und der Reichstag in Kopenhagen an der Idee des „Eiderdänentums“ fest, die mit der Einverleibung Schleswigs in Dänemark gleichbedeutend war. Selbst der Vermittelungsvorschlag des dänisch gesinnten englischen Ministers Lord John Russell, Schleswigs Selbständigkeit zu sichern, mit den Ständen der drei Herzogtümer ein Normalbudget zu vereinbaren und für jede weitere außerordentliche Jan. 1863. Ausgabe die Zustimmung derselben einzuholen, wurde zurückgewiesen, obwohl die meisten europäischen Mächte sich damit einverstanden erklärten. Denn schon längst war die Schleswig-Holsteinsche Frage eine Sache der internationalen Politik geworden. Dänemark und Schleswig zu einem „Eiderstaat“ unter einer Verfassung vereinigt, Holstein ihnen angeschlossen, aber nach dänischen Interessen regiert, das war das Ziel, nach dem die herrschende Partei strebte. Diesem System entsprechend wurde für Holstein eine neue Provinzialregierung eingesetzt, die ihren Sitz in Plön nahm und aus Männern bestand, die jedes Ansehens 30. März. und Vertrauens im Land entbehrten. Zugleich erließ das Kopenhagener Kabinett eine Bekanntmachung, durch welche die Vereinigung Schleswigs mit Dänemark unter einer Verfassung ausgesprochen und die Rechte der holsteinischen Stände

auf das geringste Maß herabgedrückt waren. Umsonst verlangte die Bundesversammlung die Aufhebung der Bekanntmachung; der dem Reichsrat in Kopenhagen vorgelegte und von demselben mit geringen Abänderungen genehmigte Entwurf einer neuen Verfassung vollendete den Eiderstaat, indem er Schleswig in allen wesentlichen Dingen dem dänischen Königreich einverleibte. Da beschloß endlich der Bundestag zur Ausführung der längst gedrohten Exekution zu schreiten. „Friedrich VII., ganz in der Hand der nationalen Partei, gab zu allem seine Einwilligung. Er, der letzte von dem Mannesstamm der seit dreihundert Jahren in Dänemark und in Schleswig-Holstein zugleich regierenden Linie des oldenburgischen Hauses, vermaß sich, das Band vollständig zu zerschneiden, welches die beiden Herzogtümer verfassungsmäßig vereinte, den Boden des Rechts zu zerstören, auf dem hier seine und seines Hauses Herrschaft beruhte, zugleich aber die Verträge zu vernichten, welche versucht hatten, Schleswig und Holstein dauernd mit Dänemark unter einer Herrschaft zu einem staatlichen Ganzen zu verbinden."

Sept. bis Nov. 1863.

1. Okt.

b. Der Waffengang.

Aber das Schicksal zerschnitt den ungerechten Plan. Bevor noch die letzte Hand an das Werk gelegt werden konnte, ereilte den König plötzlich der Tod. Nun bestieg der durch den Londoner Vertrag zum Nachfolger bestimmte Prinz von Holstein-Glücksburg als Christian IX. den Thron und vollzog, von den Kopenhagenern gedrängt, das neue Verfassungsgesetz. Zugleich aber nahm der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, auf den der Vater sein Recht übertragen hatte, als Herzog Friedrich VIII. durch eine Proklamation vom 16. November Besitz von der Regierung der vereinigten Herzogtümer Schleswig-Holstein und schickte sich an, sein Recht mit allen Mitteln geltend zu machen. Das deutsche Volk, die Wichtigkeit des Augenblicks erkennend, unterstützte sein Vorhaben aus allen Kräften. In den Kammern, in Vereinen, in Volksversammlungen erging an alle die ernste Mahnung, dahin zu wirken, daß dem Bruderstamm im Norden sein Recht werde, daß die Herzogtümer unter ihrem angestammten Fürsten dem großen Vaterland, dem sie durch Sprache und Abstammung angehörten und dem sie solange auf die schnödeste Weise entfremdet worden, zurückgegeben würden. Wie weit in den meisten übrigen Fragen die Parteien auseinander gingen, in dieser nationalen Forderung waren alle einig. Das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen" wurde gleichsam zur Nationalhymne. Ein Abgeordnetentag, aus den verschiedenen Landtagen beschickt, stellte einen Zentralausschuß von 36 Mitgliedern auf, welcher die nationale Bewegung mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützen und leiten, die freiwilligen Geldbeiträge auf zweckmäßige Weise anwenden sollte. Auch die Beschaffung von Waffen und Mannschaft wurde in Aussicht genommen, falls die Regierungen nicht zur Aktion

† 15. Nov. Thronwechsel in Dänemark und Bundesexekution in Holstein.

31. Dez.

schreiten würden. In diesen Tagen der Aufregung waren aller Augen nach Frankfurt gerichtet. Wie viel auch der Bundestag in den Jahren des Rückschritts gesündigt hatte, jetzt war die Stunde gekommen, da über die Vergangenheit ein dichter Schleier geworfen, da ein Fest der Einigung und Versöhnung gefeiert werden konnte. Aber der Bundestag ließ sich nicht in den Strom der Volksbegeisterung hineinreißen. Zwar gab er durch die Ausschließung des dänischen Bundestagsgesandten von den Beratungen zu erkennen, daß er das Recht der Vertretung für Holstein und Lauenburg und mithin die Erbfolge in den Herzogtümern für eine offene Frage ansehe; allein dem von allen Seiten gestellten Verlangen, die beschlossene Exekution nunmehr in eine Besitzergreifung zu verwandeln, wurde nicht willfahrt. Der dahin gehende sächsische Antrag wurde abgelehnt. Österreich und Preußen hielten noch, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch Dänemark seine Verpflichtungen erfülle, an dem Londoner Protokoll fest, welches in der ganzen Nation als Denkmal der äußersten Erniedrigung betrachtet wurde. Eine gleichlautende Note der deutschen Großmächte hatte die Wirkung, daß sich eine geringe Majorität für die einfache Exekution aussprach. Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es zu heftigen Angriffen gegen Bismarck und zur Annahme einer Adresse an den König, worin derselbe ersucht wurde, sich vom Londoner Vertrag loszusagen, den Prinzen von Augustenburg als Herzog anzuerkennen und dahin zu wirken, daß der Deutsche Bund ihm in der Besitzergreifung und Befreiung seiner Erblande wirksamen Beistand leiste. Wenn auch Bismarck versicherte, daß kein Fußbreit deutscher Erde verloren gehen, kein Titel deutschen Rechts geopfert werden solle, so hatte man doch noch kein Vertrauen zu seiner nationalen Politik. Ein solches zu verdienen hatte er freilich damals auch noch nichts gethan, anderseits war auch das Abgeordnetenhaus von Rechthaberei und Kurzsichtigkeit nicht freizusprechen. Über die Schuld an der Thatsache, daß die nationale Großmachtpolitik Preußens sich unter so harten Kämpfen mit der Volksvertretung Bahn brechen mußte, ist viel gestritten worden. Der Erfolg stand ja unzweifelhaft auf seiten Bismarcks, aber es war zu viel vorangegangen, was das Mißtrauen rechtfertigen mußte.

Einrücken der Bundestruppen. 7. Dez. 1863.

Indessen wurde die Bundesexekution vollzogen. Noch im Dezember rückten sächsische und hannöversche Bundestruppen unter dem Oberbefehl des sächsischen Generalleutnant v. Hake über die Elbe, um die deutschen Herzogtümer Holstein und Lauenburg zu besetzen, während österreichische und preußische Mannschaft als Reserve in Hamburg und Lübeck verblieb. Die Dänen, auf den Rat der übrigen Großmächte die Exekution nicht als Kriegsfall betrachtend, räumten alsbald alles Land südwärts der Eider und des Eiderkanals, selbst die Festung Rendsburg, so daß mit Neujahr 1864 das ganze Herzogtum Holstein in den Händen der Bundestruppen war und die beiden Bundeskommissare, welche dem Heer auf dem Fuß nachfolgten, einstweilen die Verwaltung übernahmen. Mit dem Einrücken der deutschen Mannschaft begannen die Kundgebungen des Landes

für den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg. Nachdem sich die holsteinischen Stände in großer Mehrheit zu einer Bitte an den Bund um Anerkennung und Einsetzung des Fürsten in sein Recht geeinigt, riefen ihn nach und nach alle Städte und am 27. Dezember eine große Volksversammlung zu Elmshorn als Herzog aus. Ermutigt durch diese Vorgänge, verließ Friedrich von Augustenburg plötzlich seinen bisherigen Aufenthaltsort Gotha und reiste unerkannt nach Kiel, wo er am 30. Dezember unerwartet eintraf und mit großer Begeisterung empfangen ward. Doch enthielt er sich jeder Regierungshandlung, jedes Eingriffs in den Geschäftskreis der Bundeskommissare.

Aber der schwierigere Teil der Aufgabe harrte noch der Lösung. So fügsam sich die Dänen in Holstein erwiesen, so trotzig beharrten sie auf dem Besitz von Schleswig. Im Vertrauen auf England, wo Regierung und Volk einstimmig für Dänemark Partei nahmen, das Parlament und die Presse die Noten unterstützten, mit denen Lord John Russell den Bundestag und die deutschen Höfe überschüttete, um die Gültigkeit des Londoner Vertrags und die Notwendigkeit der Integrität des Inselreichs zu beweisen, und in der Hoffnung, die deutschen Regierungen würden bald in Zwietracht und Hader auseinander gehen, oder aus Furcht vor einem europäischen Krieg, vielleicht auch aus Scheu vor dem Danewerk und den Düppeler Schanzen nicht wagen, das Bundesgebiet zu überschreiten: nahmen die Dänen eine zuversichtliche Miene an. Konnte die kriegerische Haltung der beiden deutschen Großmächte, die doch schließlich allein zu fürchten waren, nicht ein Spiel sein und in gleicher Weise enden wie früher? Aber die Dinge nahmen einen andern Gang. Österreich und Preußen, die man jetzt zum erstenmal wieder Hand in Hand gehen sah, verlangten die Aufhebung der Novemberverfassung, die den frühern Vereinbarungen wie dem Londoner Abkommen widerspreche, und als Christian IX., der unter dem Druck der fanatischen Eiderdänenpartei stand, diesem Verlangen nicht nachkam, erklärten sie, daß sie infolge dieser Weigerung den Londoner Traktat nicht länger als bindend ansehen könnten und daß sie Schleswig besetzen würden, ohne sich durch den Protest des Bundestags gegen das eigenmächtige Vorgehen, noch auch durch die Noten und Deduktionen des englischen Ministers abhalten zu lassen. Eine von England vorgeschlagene Konferenz zur Ausgleichung des deutsch-dänischen Streits fand keinen Anklang und scheiterte insbesondere an Napoleons Weigerung, sich daran zu beteiligen. Er grollte der englischen Regierung, weil sie früher seinen Vorschlag eines allgemeinen europäischen Kongresses nicht unterstützt hatte. Im Januar rückte die vereinigte österreichisch-preußische Heeresmacht unter dem Oberbefehl des fast achtzigjährigen Feldmarschalls von Wrangel und dem Generalstabschef Vogel von Falckenstein in Holstein ein, nachdem beide Höfe übereingekommen waren, die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnisse festzustellen. Da vorher von Berlin und Wien die Erklärung abgegeben worden war, daß weder die Bundestruppen, noch die

Die preußisch-österreichische Intervention.

Jan. 1864.

Kommissarien in ihren Stellungen und Verrichtungen eine Hinderung erfahren sollten, so wurde dem Durchmarsch nichts in den Weg gelegt. Der Schlagbaum, der den Einzug in das Oldenburger Ländchen Eutin verhindern sollte, war nur ein deutliches Bild der lächerlichen Mißverhältnisse, in welche das deutsche Kleinstaatentum gegenüber der ernsten Situation geraten war. Das deutsche Volk blickte auf das kriegerische Vorgehen der Großmächte mit geteilten Gefühlen: Wenn man sich einerseits freute, daß endlich einmal das dürre Feld diplomatischer Noten und Verhandlungen verlassen und zur Aktion geschritten war, so konnte man sich doch des finstern Argwohns nicht erwehren, das blutige Waffenspiel möchte nur dazu dienen, die Volksbewegungen niederzuschlagen und die Integrität der dänischen Monarchie, vielleicht mit einigen günstigeren Bestimmungen im Sinn einer Personalunion, aufrecht zu erhalten, wenigstens forderte das
8. Jan. 1864. Berliner Kabinett in einem Rundschreiben die deutschen Regierungen auf, gegen die aufwieglerische Thätigkeit des Sechsunddreißigerausschusses mit aller Strenge einzuschreiten, und sandte noch am 31. Januar die Erklärung nach London, daß es nicht die Absicht habe, das Prinzip der Integrität zu verletzen. Das preußische Abgeordnetenhaus verweigerte voll Mißtrauen gegen die Absichten der Großmächte die geforderte Kriegsanleihe und erklärte, einer Politik, welche kein andres Resultat haben könne, als die Herzogtümer abermals an Dänemark auszuliefern, in Deutschland aber den Bürgerkrieg herauszufordern, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten zu wollen. In vollem Hader mit der Regierung wurde die
Jan. Session geschlossen. Auch das österreichische Ministerium erfuhr harte Angriffe von seiten der Volksvertretung. Volksversammlungen und Kammerbeschlüsse, namentlich in Süddeutschland, protestierten gegen die „bundesbrüchige" Politik der Großmächte.

Rückzug der Dänen vom Danewerk.

Allein was auch immer die deutschen Großmächte im Sinn haben mochten, der Gang der Kriegsereignisse führte zu bedeutsamen Erfolgen und drängte mit Gewalt zu einer entschieden nationalen Politik. Die preußische Armee, unter der Führung des ruhmbegierigen Prinzen Friedrich Karl, brannte vor Verlangen, die Erinnerungen, die der erste schleswig-holsteinische Feldzug zurückgelassen, auf dem zweiten auszulöschen; und die Österreicher unter dem Kommando des ritterlichen Generals v. Gablenz wollten hinter den Waffenbrüdern nicht zurückstehen. Der begeisterte Empfang, den die preußische Hauptstadt den durchziehenden österreichischen Bataillonen bereitete, gab diesem Gefühl nationaler
Febr. Übereinstimmung Ausdruck. Als in den ersten Tagen des Februar die Preußen über Kiel und Eckernförde unter fortwährenden Gefechten mit dem Feind nach Missunde vorrückten und dann, weiter abwärts ziehend, bei Arnis auf einer rasch geschlagenen Brücke über die Schlei setzten, die Österreicher dagegen von Neumünster aus über die von den Dänen gänzlich geräumte Festung Rendsburg nordwärts marschierten und nach den hitzigen Treffen bei Lottorf, Oberselk u. a. O. sich dem Danewerk näherten, das im Süden der Stadt Schleswig sich in

weiter Ausdehnung von Westen nach Osten hinzog, da fürchtete der dänische Oberfeldherr de Meza, daß er nicht im stande sein dürfte, mit seiner Mannschaft die weitgezogene Festungslinie mit dem gehörigen Nachdruck zu verteidigen und daß, während er seine Hauptmacht gegen die Österreicher kehre, die Preußen gegen Flensburg ziehen und ihm den Rückweg abschneiden würden. Er versammelte daher einen Kriegsrat, und als dieser bis auf eine Stimme seiner Ansicht beitrat, daß unter den obwaltenden Umständen ein Verteidigungskrieg gegen den doppelt so starken Feind nur zum Verderben gereichen könne, und daß es ratsam sei, durch einen rechtzeitigen Rückzug einen wesentlichen Teil der dänischen Armee zu retten, da wurde der Beschluß gefaßt, in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar Schleswig und das Danewerk aufzugeben und sich nach Alsen und in die Düppeler Schanzen zurückzuziehen, wohin König Christian IX., der mit seinem Minister, Bischof Monrad, einige Tage zuvor sich bei dem Heer eingefunden und die Behauptung der Festungswerke empfohlen hatte, vorausgeeilt war. Der Beschluß Febr. 1864.
wurde sogleich ausgeführt, schon am 6. Februar war die ganze Danewerkstellung geräumt. Um zehn Uhr konnte Wrangel, begleitet von dem Kronprinzen von Preußen, sein Hauptquartier in Schleswig aufschlagen. Nun begann die Verfolgung. Während Feldmarschall Gablenz und General Gondrecourt mit der österreichischen Armee dem Feind auf dem geraden Weg nachsetzten, sollte Prinz Friedrich Karl von Kappeln aus über Wittkiel und Sterup auf Flensburg losrücken, um womöglich die Dänen abzuschneiden, und General von Mülbe weiter westwärts auf dem sogenannten Ochsenweg über Husby und Schuby dieselbe Richtung einschlagen. Da aber Mülbe, durch ein „Versehen“ Gondrecourts nicht rechtzeitig von dem Abzug des Feindes unterrichtet, den Marschbefehl zu spät erhielt, der Weg von Kappeln weiter und bei dem eingetretenen Frost und Glatteis beschwerlicher war, so erhielten die Dänen einen Vorsprung. Nur die österreichische Vorhut, aus Liechtensteiner Husaren bestehend, erreichte den dänischen Nachzug bei dem Dorf Översee. Hier entspann sich ein hitziges 6. Febr.
Gefecht, in welchem besonders die österreichischen Reiter und Jäger durch die hinter Gehölz und Knick versteckten Feinde großen Schaden litten, bis sie, durch weitere Mannschaft verstärkt, endlich bei einbrechender Dunkelheit einen glänzenden Sieg erfochten. Die Verluste der Dänen waren sehr beträchtlich; General Steinmann erhielt eine Wunde. Am 7. Februar wurde Flensburg ohne Widerstand besetzt, nachdem die dänische Armee teils im Sundewitt hinter den Düppeler Schanzen eine feste Stellung eingenommen, teils ihren Rückzug auf Fridericia fortgesetzt hatte. Aber so aufgeregt war die Volksmasse in Kopenhagen, daß Straßenexzesse mit drohenden Demonstrationen gegen die Königsfamilie und gegen die „Verräter“ im Heer stattfanden, daß das Ministerium sich veranlaßt sah, durch die Entlassung des Oberfeldherrn de Meza der Volkswut ein Opfer zu bringen. In einer Proklamation voll Niedergeschlagenheit und Trauer rief der König den Soldaten zu, mutig auszuharren und ihn, der mit seinem

Volk in der Welt allein stehe, nicht zu verlassen; denn das Land liege dem Feind offen. Mit dem Vorrücken der deutschen Truppen in Schleswig mehrten sich auch hier die Kundgebungen und Huldigungen zu gunsten des Herzogs; aber daß trotzdem seine Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang noch nicht fest wurzelte, bewies sein Schreiben an Napoleon, in welchem er durch den Herzog Ernst von Koburg-Gotha die Fürsprache und Unterstützung des französischen Kaisers zur Geltendmachung seiner Ansprüche anrief, ein Schritt, der mit Recht von allen deutschen Patrioten mit Unwillen aufgenommen ward. In Deutschland freute sich das Volk über die glänzenden Erfolge im Feld, aber das Mißtrauen gegen die Absichten der Großmächte dämpfte die Freude; man konnte sich der Besorgnis nicht erwehren, daß die Herzogtümer schließlich doch wieder, wenigstens in der Gemeinschaft des Regenten (Personalunion) mit Dänemark vereinigt werden möchten, eine Befürchtung, die noch verstärkt wurde, als der Oberbefehlshaber und die neuen Zivilkommissare, besonders der preußische, alle Kundgebungen zu gunsten des Herzogs von Augustenburg untersagten, die verhaßten dänischen Beamten und Lehrer mit großer Schonung behandelten und auf den Grund hin, daß der Zugang für die nachrückenden Truppen und den Kriegsbedarf gesichert sein müsse, Altona, Kiel und Neumünster besetzten, somit auch in Holstein festen Fuß zu fassen suchten. Die Regierungen der Mittelstaaten waren für ihre Souveränität besorgt; und die Handelsstädte an den nördlichen Küsten litten große Verluste durch die feindlichen Schritte der Dänen, welche die Seehäfen in Blockadestand erklärten und alle deutschen Schiffe mit Beschlag belegten oder durch Kreuzer wegfangen ließen.

Fortgang der preußisch-österreichischen Waffen.

In diesem Dunkel der Ungewißheit und der Befürchtungen waren die Nachrichten vom Kriegsschauplatz fortwährend ein heller Lichtstrahl, der die niedergeschlagenen, von bangen Zweifeln erfüllten Gemüter des Volks aufrichtete und belebte. Die deutsche Waffenehre trat wieder glänzend zu Tage. Selbst auf das Ausland, das so oft über die „deutschen Zänkereien" gespottet, blieb das kräftige und energische Auftreten nicht ohne Eindruck. Der Haß, der sich hier und da, besonders in England, kund gab, konnte als Zeichen des wachsenden Ansehens gelten. Die Schleswiger zerschlugen den ehernen Löwen, jenes Denkmal der Schmach, das die Dänen auf dem Schlachtfeld von Idstedt über den Gräbern der gefallenen Deutschen errichtet hatten, denn der lang ersehnte Tag der Vergeltung war gekommen. In Flensburg beschloß Wrangel zwei Operationen zu gleicher Zeit auszuführen: während das preußische Hauptheer unter Friedrich Karl Befehl erhielt, gegen die Düppeler Schanzen vorzurücken, sollte die österreichische Armee in Verbindung mit einer Abteilung preußischer Garden ganz Schleswig bis zur Königsau besetzen. Diesem Plan entsprechend zogen die Preußen auf der Nordseite des Flensburger Meerbusens nach Gravenstein, wo der Prinz sein Hauptquartier aufschlug, pflanzten gegenüber, auf der Landspitze von Hollnis, eine Batterie auf, um gegen die dänischen Fahrzeuge, besonders das

starke Panzerschiff Rolf Krake, zu feuern, und besetzten, nachdem sie über den Ekensund eine Brücke geschlagen, die Halbinsel Broacker, so daß sie zu gleicher Zeit von Süden und Norden gegen die Düppeler Schanzen vorgehen konnten. Bald folgte eine Reihe von Rekognoszierungsgefechten, als Einleitung für größere Kämpfe, indes die andre Hauptabteilung, fast ohne auf Widerstand zu stoßen, über Apenrade, Hadersleben und Christiansfeld an die Grenze vorrückte und am 19. Februar sogar in Kolding einzog, der ersten Stadt auf jütischem Boden. Der heftige Sturm, der sich bei der Nachricht von dem neuen „Frevel" der deutschen Großmächte in London erhob, machte in Berlin einigen Eindruck. Man suchte zu entschuldigen und zu beschwichtigen: bald hieß es, Wrangel habe seine Vollmacht überschritten und werde einen Verweis erhalten; bald sollte die Besetzung nur aus strategischen Gründen erfolgt sein, um eine militärische Position zu gewinnen, würde aber nicht weiter ausgedehnt werden; man zeigte sich bereit, auf die von England so eifrig gewünschte Konferenz einzugehen, vorausgesetzt, daß Dänemark sich entgegenkommend benehme. Noch betroffener und zurückhaltender war man in Wien. Erst als durch die Sendung des Generals Manteuffel nach der Donaustadt die Bismarck-Rechbergsche Politik aufs neue befestigt worden, das Berliner Kabinett mit der Hofburg sich abermals über ein gemeinsames Vorrücken geeinigt und die nationale Partei im dänischen Reichsrat die Annahme der Konferenz unter den vorgeschlagenen Bedingungen hintertrieben hatte, wurde im März beschlossen, mit der Besetzung Jütlands fortzufahren, teils um Repressalien zu ergreifen für die Wegnahme deutscher Schiffe, teils als Ersatz für Düppel und die noch zu Schleswig gehörende Insel Alsen. Während Gablenz nach einem hitzigen Gefecht sich des Orts Veile bemächtigte und den Feind nach Horsens drängte, rückten die Preußen, nachdem sie durch die Treffen von Gudsöe 8. März 1864.
und Heisekrug die kleine Niederlage gerächt, welche die Husaren acht Tage zuvor bei einem Überfall erlitten, auf Fridericia los.

Die Hoffnung, durch eine zweitägige Beschießung die stark befestigte Stadt 21., 22. März. Die Kämpfe bei den Düppeler Schanzen.
zur Übergabe zu bringen, ging nicht in Erfüllung; man mußte zur Einschließung schreiten. Mit diesem Unternehmen wurde die österreichische Armee beauftragt, während die Preußen bis auf einen kleinen Teil nach Schleswig zurückkehrten, um bei dem beabsichtigten Sturm auf die Feldschanzen von Düppel mitzuwirken. Hier war nämlich während dieser Zeit ein scharfer Belagerungs- und Verteidigungskrieg mehrere Wochen hindurch unter häufigen Vorpostengefechten fortgeführt worden ohne eine entscheidende Wendung. Die Dänen strengten alle Kräfte an, die bei dem Danewerk verdunkelte Kriegsehre im Sundewitt wieder herzustellen. Sie waren unaufhörlich bemüht, durch neue Befestigungswerke, künstliche Anstalten, versteckte Kriegslisten die Düppeler Feldschanzen zu einem zweiten „Sebastopol" umzuschaffen und zugleich die feindlichen Strandstellungen durch den Rolf Krake zu beunruhigen. Die ungünstige Witterung in der rauhen Jahreszeit, gegen welche die Armeebekleidung und Verpflegung

der Preußen sich als unzureichend erwies, so daß durch Privatunterstützung und patriotische Mildthätigkeit nachgeholfen werden mußte, erhöhte die Leiden und Beschwerden des Felddienstes und mehrte die Zahl der Kranken. Erst gegen Ende des Märzmonats, als die Kunde von der kühnen Landung preußischer
15. März 1864. Mannschaft auf der Insel Fehmarn, von der Wegführung der überraschten dänischen Strandwache und der Besatzung aus dem Hauptort Burg in Kriegs-
10. März. gefangenschaft, sowie das rühmliche Seegefecht, das ein kleines preußisches Geschwader unter Kapitän Jachmann gegen die dänische Kriegsflotte auf der Höhe von Rügen bestanden, den Mut der Armee neu belebt hatten, wurde beschlossen, aus dem Belagerungskampf zum Sturmangriff überzugehen. Am 15. März hatten die Strandbatterien am Alsener Sund den Rolf Krake und ein andres Schiff in die Flucht getrieben, das Städtchen Sonderburg auf Alsen, wo die Dänen ein großes Pulvermagazin und allerlei Kriegsvorräte hatten, beschossen und einige Zeit nachher in Brand gesetzt, ein Ereignis, das im englischen Parlament zu heftigen Schmähreden auf die deutsche „Barbarei" Veranlassung gab; zwei Tage später eroberten einige Bataillone unter schweren Kämpfen die festen Stellungen von Rackebüll und Wester-Düppel. Nachdem die Preußen auf diese
28. März. Weise sich den feindlichen Festungswerken genähert hatten, wurde am 28. März der Angriff eröffnet und drei Wochen lang in der Art fortgesetzt, daß sie unter steten Gefechten immer mehr vorrückten und den erkämpften Boden durch sogenannte Parallelen, vom Strand des Venning-Bond bis zur Sonderburger Landstraße, befestigten und sicherten. Der Sturm auf die Düppeler Schanzen war preußischerseits sorgfältigst erwogen und die dafür getroffenen Anordnungen können als eins der mustergültigsten Beispiele moderner Taktik gelten. Nach Beendigung der dritten Hauptparallele standen die Preußen unmittelbar vor den sechs stärksten, durch Graben, Palissaden, Sturmpfähle und andre Hinder-
18. April. nisse geschützten Schanzen, auf welche dann am 18. April der Hauptsturm eröffnet wurde. Es war ein furchtbarer Tag, der an 1200 tapfere Krieger der preußischen Armee, darunter siebzig Offiziere tot oder verwundet in den Schanzwerken niederwarf; aber es war ein Tag des Ruhmes und der Ehre in der Kriegsgeschichte Preußens. Am Abend waren die blutig erkämpften Düppeler Schanzen in preußischen Händen und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeworfen. Mit gehobenem Gefühl vernahm man in ganz Deutschland die frohe Botschaft von den glorreichen Kämpfen und je mehr die Einzelheiten des kühnen Schanzenkriegs in die Öffentlichkeit drangen, desto mehr stieg die Bewunderung des Muts und der Todesverachtung, welche alle, Linie und Landwehr, Offiziere und Soldaten, in gleicher Stärke an den Tag gelegt. Die Heeresabteilungen hatten um die Ehre gestritten, bei der Anordnung der Sturmkolonnen vorangestellt zu werden, so daß das Los die Reihenfolge entscheiden mußte, und mit Erstaunen hörte man von den Zügen opferfreudiger Hingebung einzelner Krieger. Als die Palissaden den Anstürmenden eine unüberwindliche Schranke entgegenstellten, wobei jede Minute

Aufenthalt bedeutende Opfer forderte, da bahnte der westfälische Landwehrmann Klinke, ein zweiter Winkelried, seinen Kameraden eine Gasse, indem er mittels einer Pulverexplosion einen Teil der Schanzpfähle einriß, aber dabei auch das Leben einbüßte. König Wilhelm selbst eilte auf den Kriegsschauplatz, um der siegreichen Armee seine Zufriedenheit auszusprechen. Die Verluste der Dänen an Toten, Verwundeten und Gefangenen, wie auch an Waffen und Geschütz waren sehr groß; wahrlich! sie hatten Grund zur Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit. „Nicht das eroberte Stückchen Erde, wie groß auch seine strategische Bedeutung sein mochte," heißt es in einem militärischen Bericht, „nicht die reichen Trophäen, 120 Geschütze und 4000 Gewehre, nicht die Zahl der Gefangenen machten den Preis des Kampfes aus, sondern der Sieg an und für sich. Und ein Sieg in des Wortes vollster Bedeutung war es, der vor Düppel errungen wurde."

Mit dem Fall der Düppeler Schanzen war das Schicksal des Kriegs entschieden. Die Dänen machten daher auch keine Anstrengungen mehr, das Festland zu behaupten. Ihre ganze Aufmerksamkeit war auf die Inseln und den Seekrieg gerichtet. Als ein Teil der preußischen Truppen aus dem Sundewitt wieder nach Jütland zog, um mit den Österreichern vereinigt auch dieses nördliche Land in Besitz zu nehmen, wagten die Dänen keinen Widerstand mehr. Ehe noch die Verbündeten Anstalten zur Belagerung von Fridericia trafen, verließen die dänischen Besatzungstruppen die Festung. Als Gablenz bei dem Dorf Bredstrup ankam, erfuhr er zu seinem Erstaunen, daß der Feind in der Nacht heimlich und in größter Eile sich nach Fehmarn eingeschifft und sogar einen bedeutenden Teil des Geschützes zurückgelassen habe. Damit war jeder bewaffnete Widerstand in der Halbinsel zu Ende; keine Hand regte sich, als die Festungswerke zerstört wurden, und ohne auf irgend ein Hindernis zu stoßen, konnte Wrangel von Veile aus die gesamte Streitmacht in zwei Flügeln nach Norden entsenden, damit der rechte die Stadt Aalborg, der linke Wiborg und Skive besetze. Jütland sollte als Unterpfand dienen für die weggenommenen Handelsschiffe; der einzige Widerstand, den der Feldherr erfuhr, war die Weigerung der Bauern, die ausgeschriebene Kriegssteuer zu entrichten. Als am 12. Mai für die Londoner Konferenz eine Waffenruhe eintrat, war die ganze Halbinsel bis zum Limfjord in den Händen der Deutschen. Nur zur See erlebten die Dänen noch einen kleinen Triumph. Ein österreichisches Geschwader segelte aus dem Mittelmeer in die Nordsee, um in Verbindung mit den Preußen, deren Kanonenbote und Strandbatterien bisher die Hafenorte an der Ostsee gesichert und die dänische Blockade unwirksam gemacht hatten, die deutschen Handelsschiffe zu schützen. In der Nähe von Helgoland trafen sie mit einem stärkern dänischen Kriegsgeschwader zusammen und es ereignete sich ein Seetreffen, in welchem zwei österreichische Schraubenfregatten (Schwarzenberg und Radetzky) einigen Schaden litten und einen Teil ihrer Mannschaft verloren. Aber wie sehr auch in England dieser „dänische Sieg" gepriesen ward, die Tüchtigkeit der deutschen Seeleute war dabei

Das Festland besetzt.

28. April 1864.

9. Mai.

so glänzend zu Tage getreten, daß der Verlust, der auf feindlicher Seite nicht viel geringer war, über der rühmlichen Haltung der Schiffsmannschaft und der Befehlshaber leicht verschmerzt werden konnte.

Die Londoner Konferenz. Als dieses Gefecht vorfiel, waren die Bevollmächtigten der europäischen Staaten bereits in London versammelt, um auf einer Konferenz „die Mittel zu suchen, dem Norden Europas die Segnungen des Friedens wiederzubringen". Auch der Deutsche Bund war durch den sächsischen Minister v. Beust vertreten, obwohl die Mittelstaaten voll Eifersucht auf das eigenmächtige Vorgehen Österreichs und Preußens sich jeder Mitwirkung bei dem schleswig-jütländischen Waffengang entzogen und damit die Absichten der Großmächte, die ganze Angelegenheit für sich allein auszuführen, wesentlich erleichtert hatten. Während der Verhandlungen sollte eine Waffenruhe eintreten, die am 12. Mai beginnend zuerst auf einen Monat festgesetzt, dann noch um weitere vierzehn Tage verlängert ward. Nun trat aber eine solche Verschiedenheit der Ansichten und Wünsche hervor, daß eine Vereinbarung sich bald als unmöglich erwies. Preußen und Österreich sagten sich von dem Londoner Protokoll los, dessen Gültigkeit von England und Dänemark festgehalten ward; und wenn die deutschen Großmächte einem Übereinkommen, wonach die beiden vollständig getrennten Gebietsteile Schleswig-Holstein und Dänemark in der Person des Oberhaupts verbunden sein könnten, nicht gerade entgegen waren, so bestand dagegen der Bevollmächtigte des Deutschen Bundes auf einer gänzlichen Losreißung der Herzogtümer und Konstituierung derselben zu einem selbständigen deutschen Bundesstaat. Ebensowenig Anklang fand der Vorschlag einer Teilung Schleswigs nach der Sprachgrenze nebst andern daran geknüpften Bedingungen. Abgesehen davon, daß die Herzogtümer selbst dem Plan sich abgeneigt zeigten und auf dem alten Recht: Auf ewig ungeteilt! bestanden, konnte man sich auch nicht über die Grenzlinie vereinigen, und eine Volksabstimmung herbeizuführen, wie sie von Beust beantragt, von Frankreich befürwortet wurde, stand zu sehr mit den Interessen und Anschauungen der deutschen Großmächte im Widerspruch. Bei der sichtlichen Abneigung Dänemarks, das auf den Beistand Englands vertraute, in einen den Verhältnissen und dem Recht entsprechenden Vergleich zu willigen, trat die Unfruchtbarkeit weiterer Beratungen mehr und mehr zu Tage. Die Konferenz ging daher auseinander und die Feindseligkeiten nahmen wieder ihren Anfang. Aber die dänischen Hoffnungen auf Englands Unterstützung erwiesen sich als trügerisch. Weder der Einfluß der Gemahlin des Prinzen von Wales, Alexandra, Prinzessin von Dänemark, die mit leidenschaftlichem Eifer für ihr Volk und ihren Vater arbeitete, noch die Drohungen und Schmähreden, die in der Presse, im Parlament, in Volksversammlungen widertönten, waren vermögend, das Ministerium Palmerston-Russell zum bewaffneten Eintreten in den fremden Krieg zu bewegen.

Alsen. Der erneuerte Waffengang nahm rasch eine für die Dänen ungünstige Wendung. In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni schritt Prinz Friedrich

Karl, der nunmehr an der Stelle des zum Grafen ernannten Wrangel den Oberbefehl über die gesamte Streitmacht erhalten, zum Angriff auf Alsen, eine Kriegsthat, die dem Düppeler Schanzensturm an Kühnheit kaum nachstand. In aller Stille setzten die Truppen gegenüber von Arnkiels Öre auf zahlreichen Booten über den Alsener Sund, stiegen, während die Dänen aus den Batterien und Schützengräben ein heftiges Feuer unterhielten, an den Strand und rückten auf Ulkebüll los, wo General Steinmann die dänischen Streitkräfte an sich gezogen. Bald folgten neue Landungen, nur wenig gehindert durch das Panzerschiff Rolf Krake, das durch die preußischen Strandbatterien in der Aktion gehemmt ward. Bei Kjär von den Preußen mit großen Verlusten zurückgeschlagen, wandten sich die Dänen südwärts und wichen, das Städtchen Sonderburg in Flammen setzend, nach dem Hörup-Haff, um die stark befestigte und schwer zugängliche Halbinsel Kekenis zu gewinnen. Aber so sehr hatten sie die Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang verloren, daß sie in der nächsten Nacht und am folgenden Tag auf Kanonenbooten nach der Insel Fünen überschifften, so daß am 1. Juli die Preußen auch die Halbinsel Kekenis ohne Widerstand besetzten und somit die ganze Insel Alsen in ihrer Gewalt hatten. Der Verlust der Dänen war sehr beträchtlich. Nicht nur daß über 4000 Mann, darunter 79 Offiziere, getötet, verwundet oder gefangen wurden; da Alsen das Hauptquartier für Waffen und Kriegsbedarf war, so fiel sehr große Beute in preußische Hände.

28.—29. Juni 1864.

Die Deutschen in Jütland.

Einen ähnlichen Ausgang hatten die Unternehmungen in Jütland. Als der dänische General Hegermann-Lindencrone, der mit etwa 5000 Mann das von Buchten und Meereseinschnitten zerrissene Nordjütland verteidigen sollte, den Fall von Alsen und das Anrücken der österreichisch-preußischen Armee nach Skive und Aalborg vernahm, bewerkstelligte er in Frederikshavn die Einschiffung seiner Truppen samt dem Geschütz nach Seeland und gab das feste Land den Feinden preis. Ungehindert drangen nun die Preußen bis nach Skagen, dem nördlichsten Punkt der zimbrischen Halbinsel vor, indes die Österreicher über den Limfjord setzten und von der fruchtbaren Insel Mors (Morsö) mit der Stadt Nykjöbing Besitz nahmen. Der Ottesund, der seit den Tagen des großen Kaisers nicht mehr von deutschem Heeresvolk berührt worden, wurde von Kriegern aus den Donaulanden überschritten und in Thisted sah man österreichische Fahnen wehen. Zu gleicher Zeit brachte das österreichische Kriegsgeschwader die nordfriesischen Inseln Romö, Sylt, Amrom, Föhr in seine Gewalt, zwang den dänischen Seekapitän Hammer, wegen seiner Wut gegen alle Deutsche der Tyrann von Sylt genannt, trotz seiner durch die genaueste Ortskunde unterstützten Listen und Winkelzüge zur Ergebung in Kriegsgefangenschaft und bemächtigte sich der Fahrzeuge samt der Mannschaft, welche solange der Schrecken der Inseln und der westlichen Küstenländer gewesen.

Mitte Juli.

19. Juli.

Diese wiederholten Unfälle und Verluste brachen den Starrsinn der Dänen.

Der Friedensvertrag von Wien. Eine Landung auf Fünen oder Seeland lag nun, da seit der Ankunft des österreichischen Geschwaders den Verbündeten eine ganz achtbare Marine zur Verfügung stand und von seiten Englands keine Hilfe zu erwarten war, nicht mehr außer dem Bereich der Möglichkeit. Napoleon III., dessen Unterstützung der Dänenkönig anrief, war sowenig wie Lord Palmerston zu einer bewaffneten Einmischung geneigt. Darum beschloß König Christian IX. durch direkte Verhandlungen mit Österreich und Preußen einen Ausgleich herbeizuführen. Die Entlassung des strengnationalen Ministeriums Monrad war die Einleitung zu einem längern Waffenstillstand, während dessen die Bevollmächtigten der drei kriegführenden Staaten in Wien über die Grundlagen eines Friedens in Verhandlungen treten sollten. Demgemäß wurden am 20. Juli alle Feindseligkeiten zu Land und zur See eingestellt, und die Wiener Konferenzen übernahmen nun das schwierige Werk einer friedlichen Lösung. Der Deutsche Bund war dabei nicht vertreten. Diese Rücksichtslosigkeit, verbunden mit dem eigenmächtigen Vorgehen der Preußen in Rendsburg, wo infolge von Streitigkeiten zwischen Preußen und hannöversch-sächsischen Bundestruppen der Oberfeldherr Friedrich Karl die
21. Juli 1864. Festung besetzte und den Bundesgeneral v. Hake zum Abzug nötigte, erhöhte die zwischen den Großmächten und dem Bundestag obwaltende Spannung. Ein tiefes Mißtrauen, Preußen trage sich mit der Idee, die Herzogtümer dauernd in Besitz zu nehmen oder doch unter eine Art Schutzherrschaft zu stellen, griff immer weiter um sich. Dennoch wagte man in Frankfurt in der Successionsfrage noch immer keine Entscheidung zu treffen. Vielmehr erging, wie früher an den Augustenburger, so nun auch an den Großherzog von Oldenburg, der gleichfalls als Prätendent aufgetreten war, seine eignen Anrechte mit den von dem verwandten russischen Herrscherhaus ihm durch Zession übertragenen verstärkend, die Aufforderung, seine Erbansprüche in einer genealogischen Begründungsschrift nachzuweisen. Die Friedenspräliminarien, über welche die Bevollmächtigten von Dänemark, Österreich und Preußen am 1. August sich einigten, und auf deren Grund-
30. Okt. lage am 30. Oktober der Frieden zum Abschluß geführt wurde, waren nicht geeignet das Mißtrauen in die preußischen Absichten zu heben oder zu mindern. Ohne über das künftige Schicksal der besetzten Länder eine Bestimmung oder nur eine Andeutung zu enthalten, besagten die Friedensartikel zunächst nur, daß der König von Dänemark auf alle seine Rechte an die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu gunsten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich Verzicht leiste und sich dabei verpflichte, die Verfügungen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten hinsichtlich dieser Herzogtümer treffen würden, und bestimmten dann im weitern Verlauf, wie die Grenze zwischen Schleswig und Jütland gezogen, wie die Enklaven ausgeglichen, welche Inseln als zu Schleswig gehörend und in die Abtretung inbegriffen betrachtet werden sollten, endlich wie die Staatsschulden und die Kriegskosten zu verteilen und wie die Entschädigungen für die weggenommenen deutschen Schiffe zu leisten

seien. Mit dem Abschluß dieses Wiener Friedens begann für die Herzogtümer eine neue Periode der Geschichte. So manche Bedenken auch gegen einen Friedensschluß laut wurden, der für die Herzogtümer ein „Kondominat", eine gemeinsame Doppelherrschaft beider Großmächte schuf, und die von Deutschland solange bestrittenen Rechte des Dänenkönigs auf die Herzogtümer als gültig voraussetzte, somit dem Kampf den Charakter eines Eroberungskriegs gab, und sosehr noch immer im Schoß der Zukunft „die schwarzen und die heitern Lose" verhüllt lagen; eine große Errungenschaft hatte der Krieg und der Frieden gebracht: der Schmerzensruf der deutschen Bevölkerung: Los von Dänemark! war erhört worden. Nun galt für die deutsche Nation die Losung: „Wahre treu, was schwer errungen!" Viel war erreicht; aber die Föderalisten, Demokraten und Partikularisten zürnten, daß man dem Prinzip nicht Rechnung getragen, daß die Großmächte mit Umgehung des Bundes die solange versagten Rechte der deutschen Nation mit dem Schwert erstritten, und waren nunmehr bemüht, durch agitatorische Bewegungen die Gründung eines Augustenburger Herzogtums herbeizuführen, den Deutschen Bund mit einem neuen konstitutionellen Kleinstaat zu bereichern.

III. Die Gründung des Königreichs Italien.

1. Politische Gegensätze und der Kampf wider Österreich.

a. Lage und Parteistellung.

Auf dem Friedenskongreß in Paris (XV, 2. 42 f.) war Sardinien durch den großen Staatsmann **Camillo Cavour**, Viktor Emanuels ersten Minister und Ratgeber, vertreten. Er repräsentierte einen Staat, der sich der Teilnahme Frankreichs und Englands erfreute und durch die uneigennützige Hilfeleistung im orientalischen Krieg den Dank dieser Mächte verdient hatte. Es geschah daher wohl nicht ohne deren geheime Zustimmung, wenn Cavour der Versammlung zu beweisen suchte, daß kein dauernder Frieden in Europa begründet werden könne, solange Italien nicht die nationale Selbständigkeit errungen habe, die das Strebeziel aller Parteien bilde, und in einem Schriftstück die Forderungen aussprach: Europa solle die nationale Einheit Italiens anerkennen, Österreich dem lombardisch-venetianischen Königreich eine freisinnige Verfassung geben, der Kirchenstaat von den fremden Besatzungstruppen befreit und unter der Oberhoheit des Papstes einem weltlichen Statthalter unterstellt, der Mißregierung in Neapel und Sizilien mittels einer Intervention ein Ende gemacht werden. Schon während des Kriegs hatte Cavour den König und den Minister d'Azeglio nach Paris begleitet und die Frage des Kaisers: was kann man für Italien thun?

Cavour auf dem Pariser Friedenskongreß. Cavour. 1810—1861.

in einer Denkschrift voll staatsmännischer Klugheit beantwortet. Jetzt gaben die Verdienste des piemontesischen Heeres an der Tschernaja gegenüber der mattherzigen Neutralität der Wiener Hofburg seinen Worten einen bedeutenden Nachdruck. Mochte immerhin der österreichische Gesandte Protest einlegen und ein Rundschreiben der Wiener Regierung darthun, daß Piemont kein Recht habe im Namen Italiens zu reden, der moralische Eindruck war entschieden ungünstig für Österreich.

Lage und Parteistellung in Italien. Diese Forderungen, wenn sie auch vorerst bei dem Kongreß keine Berücksichtigung finden konnten, bildeten fortan das Programm der Fortschrittspartei in Sardinien und in der ganzen italienischen Halbinsel, die Grundbedingungen aller Reformbestrebungen von den Alpen bis zur Südspitze Siziliens; und wenn auch eine radikale Partei, die den Eingebungen Mazzinis folgte, sich mit diesen Punkten keineswegs begnügte, sondern in einer demokratischen Republik das Ziel ihrer Wünsche erkannte, so ging sie doch für jetzt größtenteils mit der liberalmonarchischen Nationalpartei, die in Cavour ihr Haupt und in dem König und in der Regierung von Sardinien ihre Stütze hatte, Hand in Hand, um nicht durch Spaltungen die Volkskräfte zu schwächen und die Aktion in ihrem Gang zu lähmen, das weitere der Zukunft anheimstellend. Piemont, das mit Einschluß des Gebirgslandes Savoyen und der Insel, von der das Königreich den Namen führt, kaum fünf Millionen Einwohner zählte, konnte nur dann hoffen an die Spitze der italienischen Nation zu treten, wenn es ihm gelang, die Macht und den Einfluß Österreichs zu brechen. Denn nicht nur, daß das lombardisch-venetianische Königreich seit den Siegen Radetzkys von einer bedeutenden Militärmacht und gewaltigen Festungen niedergehalten wurde, Österreich war auch zugleich die Stütze und der Hort der konservativ-reaktionären Partei in den kleinern italienischen Staaten, mit denen es durch Verträge oder verwandtschaftliche dynastische Bande verknüpft war. Im Vertrauen auf seinen Schutz errichteten die heimgekehrten Fürsten von Modena und Parma ein Regiment der Rache und Verfolgung nicht nur gegen ihre Widersacher aus den Revolutionsjahren, sondern gegen alle Anhänger eines freien Staatslebens. Durch österreichischen Einfluß wurde in Toscana die Verfassung beseitigt; der nördliche Teil des Kirchenstaats, die Legationen, waren von kaiserlichen Truppen besetzt; im Vertrauen auf Österreich und nach dem Vorbild des Wiener Militär- und Polizeiregiments hielt König Ferdinand II. von Neapel und Sizilien mit einer großen durch fremde Söldner verstärkten Soldatenmacht sein Volk in niedriger Knechtschaft und trieb den Steuerdruck und die Staatslasten auf eine unerschwingliche Höhe. Die Machtstellung des Kaiserreichs zu brechen, war nun das eifrigste Bestreben der sardinischen Regierung unter Viktor Emanuel, einem König, der mit militärischem Sinn und festem Mut ein Herz für vaterländische Interessen und nationale Ehre verband. Männer, die eine patriotische und freisinnige Vergangenheit hinter sich hatten und der Nation teuer waren, wie der ritterliche

Massimo d'Azeglio, der als Maler und Dichter, als Soldat, Schriftsteller und Staatsmann der Größe seines Landes gedient hatte (XV, 1. 282), wie Cavour, der später in den Tagen seiner schwersten Kämpfe den Ausspruch that: Mag mein Name untergehen, mag mein Ruf untergehen, wenn nur Italien eine Nation wird, wie Rattazzi, das Haupt des liberalen Bürgertums, standen dem wohlgesinnten, aufrichtigen König mit Rat und That zur Seite. Die Versuche, Italiens Befreiung mit Waffengewalt zu erzwingen, hatten bisher unglückliche Folgen gehabt; darum sollte das österreichische Regiment zuerst geistig unterwühlt und erschüttert werden, ehe man verstärkt durch fremde Hilfe das Schwert abermals gegen den Kaiserstaat zog. So sehen wir in den fünfziger Jahren zwei politische Systeme in der Apenninischen Halbinsel thätig, die in Oberitalien wurzelnd die ganze Nation in zwei Heerlager sammelten und, indem sie sich auf die entgegengesetzten Meinungen, Interessen und Leidenschaften der Bevölkerung stützten, einander die Herrschaft mit verschiedenartigen Waffen streitig machten. Setzte Österreich nach alter Gewohnheit sein Vertrauen auf die Macht der Bajonette und den Einfluß des Klerus, suchte es durch Geistesdruck und Polizeigewalt die Völker in Gehorsam und Unterwürfigkeit zu erhalten, durch Verträge die Regierungen an sich zu fesseln und zu übereinstimmenden Maßregeln des politischen Rückschritts zu bewegen, so schlug Sardinien den entgegengesetzten Weg ein, indem es die Macht des Klerus schwächte, im eignen Land ein freies Staatsleben schuf und die Neigung des italienischen Volks zu gewinnen bemüht war. Schon im Jahr 1850 wurden durch die „Siccardischen Gesetze", welche die geistliche Gerichtsbarkeit aufhoben, die nichtkatholischen Unterthanen unter den Schutz der Staatsgesetze stellten, die Erwerbung von Grundeigentum und die Annahme von Schenkungen für die geistlichen Korporationen an die Genehmigung der Regierung knüpften, der Herrschaft des übermächtigen zahlreichen Klerus schwere Schläge versetzt. Die Drohungen Roms blieben unbeachtet und die widerstrebenden Bischöfe wurden gerichtlich bestraft. Um die vermehrten Ausgaben zu decken, wurden in den nächsten Jahren Reformen im Steuerwesen auf Grund der Gleichberechtigung aller Unterthanen durchgeführt, durch Eisenbahnen und Handelsverträge mit dem Ausland Verkehr und Betriebsamkeit in Aufschwung gebracht; auch wurde die Zahl der Klöster beschränkt, die freie Bewegung der Presse gestattet, die Auflösung der Zehnten eingeleitet. Bei allen diesen volkswirtschaftlichen Fragen gab der freihändlerisch gesinnte Cavour als Handelsminister den Ausschlag. Zugleich wurde die Kriegsmacht verstärkt, die Festung Alessandria instandgesetzt und die Wehrkraft des Landes auf alle Weise erhöht. Dadurch erlangte Piemont den Vorteil, daß es, während die übrigen Staaten Italiens dem revolutionären Treiben einen kraftlosen Damm entgegensetzten, dem innern Strom durch rechtzeitige Vorkehrungen einen schnellen Abfluß verschaffte, ihn aber zugleich in sichere und geregelte Schranken drängte.

Österreich u. Sardinien. Die österreichische Regierung blickte mit Unruhe und Verdruß auf das bewegte politische Leben des Nachbarlandes, welches zu der Grabesstille in Lombardo-Venetien unter dem Druck der Reaktion einen auffallenden Gegensatz bildete, auf welches die Hoffnungen und die sehnsüchtigen Wünsche der italienischen Patrioten gerichtet waren. Sie blickte mit Unmut und Besorgnis auf die wachsende Auswanderung angesehener Männer und ganzer Familien nach dem gelobten Land der Freiheit, wo sie mit offenen Armen aufgenommen und nicht nur geschützt, sondern auch häufig im Heer oder zu Staatsämtern verwendet wurden. Schon im Februar 1853, als ein mißlungener Aufstand der Mazzinisten in Mailand den Zorn Österreichs von neuem reizte, kamen geschärfte Maßregeln in Anwendung. Man verlangte, daß die lombardischen Flüchtlinge von den Grenzgebieten entfernt (interniert) werden sollten, und belegte zugleich, um von weitern Auswanderungen abzuschrecken und der sardinischen Regierung die Last des Unterhalts aufzubürden, die Güter der Emigranten in der Lombardei und Venetien mit Beschlag. Schon damals stieg die Spannung zwischen beiden Staaten zu solcher Höhe, daß der diplomatische Verkehr abgebrochen ward. Die thätige Teilnahme Sardiniens am Krimkrieg hatte zur Folge, daß es auf dem Friedenskongreß in Paris mit den Staaten ersten Ranges über europäische Fragen verhandeln durfte und sich nun um so mehr berechtigt und berufen glaubte, Nov. 1855. als Schutz- und Vormacht Italiens aufzutreten. Eine Reise des Königs Viktor Emanuel und seines gewandten Ministers nach Paris und London diente dazu, durch persönliche Anknüpfungen das Bündnis zu befestigen. Das Interesse der englischen Nation für die Befreiung und Einigung Italiens gab sich laut und unverhohlen kund; und in Frankreich lebten noch alte Gefühle der Zuneigung für das schöne Land, das in den Tagen des Ruhmes mit dem großen Kaiserreich so innig verbunden gewesen. Wie verstimmt auch Österreich über diese Vorgänge sein mochte, bei seiner eignen schwankenden Haltung in dem östlichen Krieg durfte es seine Empfindungen nicht durch neue feindselige und drückende Maßregeln bemerklich machen. Vielmehr versuchte es durch versöhnliche Mittel wieder einigermaßen einzulenken. Im Winter 1856 auf 1857 machte der Kaiser mit seiner jungen schönen Gemahlin, Elisabeth von Bayern, eine Reise durch seine italienischen Staaten. Dieser erste „fröhliche Einzug", mit der Aufhebung der Güterbeschlagnahme gegen alle politischen Flüchtlinge und mit einer Amnestie im Gefolge, war noch vermögend, wenigstens bei dem untern Volk in Mailand und andern lombardischen Städten, einige Kundgebungen von Loyalität und Begeisterung zu erzeugen. Der Erzherzog Maximilian und seine Gemahlin, die ihre Residenz in Mailand aufschlugen, gaben sich alle Mühe durch Zuvorkommenheit und freundliches Benehmen eine versöhnlichere Stimmung zu erzeugen.

Revolutionäre Gärung. Aber die Leidenschaften und nationalen Gegensätze waren bereits zu sehr aufgestachelt, als daß ein leidliches Verhältnis und Zusammenleben hätte zurückgeführt werden können. Die sardinische Presse hatte schon lange einen zügellosen

Ton angeschlagen; beleidigende Karikaturen und Satiren hatten viel böses Blut gemacht; über ganz Italien waren Verbindungen organisiert worden, welche, wenn auch in Zwecken und Ursprüngen vielfach gespalten, doch vorerst die nationale Einigung durchzuführen bemüht waren. Vor allen wirkte in diesem Sinn der italienische Nationalverein, der, wie uns bekannt (XV, 1. 328), von Manin und Pallavicino in trüben Tagen gegründet, von dem thätigen Messinesen Lafarina gefördert worden war, ein politischer Bund, für den auch Garibaldi gewonnen ward, welcher nach vielen Irrfahrten und wechselvollen Lebensgeschicken wieder nach Italien zurückgekehrt war und mit seiner Familie auf der kleinen Insel Caprera eine Zufluchtsstätte gefunden hatte. Das Hauptbestreben dieses Vereins war, im Anschluß an die sardinische Regierung die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft zu begründen und die dahin gerichteten patriotischen Ziele des Grafen Cavour auf alle Weise zu unterstützen. Mit diesem Zweck, den Manin in kraftvollen gedrungenen Flugschriften voll einschneidender Beredsamkeit seinem Volk ans Herz legte, war die Vertreibung der kleinern Fürsten, die nur nach den Eingebungen Österreichs handelten und jedes verfassungsmäßige Staatsleben fern hielten, notwendig verbunden. Der radikale „Bund der That" (Aktionsverein), der von dem zuerst in Lokarno, dann häufig in seiner Vaterstadt Genua weilenden Agitator Mazzini seine Weisungen empfing, verfolgte weitergehende Pläne, war aber nicht vermögend oder nicht willens, den nationalen Aufschwung unter den volkstümlichen Namen Cavour und Garibaldi niederzuhalten. „Eure hunderttausend Soldaten der Zukunft," schrieb einst Pallavicino an Mazzini, „sind eitel Dunst. Um die Armeen der Fremdherrschaft zu schlagen, braucht es leibhaftige Heere; deshalb bin ich piemontesisch." In ganz Italien gab sich eine allgemeine Gärung kund; Waffeneinkäufe mittels freiwilliger Geldbeiträge deuteten auf kriegerische Unternehmungen, einzelne Aufstände an verschiedenen Orten, meistens blutig unterdrückt, hielten das Volk in steter Aufregung und lenkten die Blicke der andern Staaten auf das gärende, tief durchwühlte Land, wo Regierungen und Unterthanen in ewigem Kampf lagen, wo Recht und bürgerliche Ordnung unbekannte Güter waren, wo die Dolche der Verschwörer den Greueln der Tyrannei und ihrer Schergen das Gegengewicht hielten. Im März 1854 war der despotische, habsüchtige, wollüstige Herzog Karl III. von Parma, ein Todfeind der Demokraten und Patrioten, der allen Gebildeten mißtraute und den ehemaligen englischen Stallmeister Ward zu seinem allvermögenden Minister erhoben hatte, auf offener Straße ermordet worden, ohne daß der Thäter ergriffen werden konnte; zwei Jahre später bluteten an demselben Ort zwei verhaßte Männer, der Strafhausdirektor Cereali und der Kriegsauditor Bordi, unter Mörderhänden. Die allgemeine Unsicherheit erreichte einen solchen Grad, daß die Herzogin Marie Luise, Tochter des in Paris ermordeten Herzogs von Berry, die während der Minderjährigkeit ihres Sohnes Robert die Regentschaft führte, den Kriegszustand über Parma verhängte, dann

aber durch verständiges Einlenken in liberalere Bahnen der Dynastie Farnese-Bourbon das Land zu erhalten suchte. Auch an andern Orten forderten die Rache und der Meuchelmord ihre Opfer. In Mailand wurden österreichische Soldaten einzeln überfallen und erdolcht. In Pavia wurde ein kaiserlich gesinnter Professor getötet; in Modena und Carrara erzeugte der politische Parteihaß im Bund mit Familienrache blutige Thaten.

Merkwürdig ist, bemerkt Reuchlin, daß die meisten Träger der Einheitsidee Söhne der auf ihre Selbständigkeit stolzesten und zugleich Italien gegenüber zentrifugalsten Städte waren, Manin von Venedig, das einst mehr im Orient wurzelte, Mazzini von Genua, das nie im italienischen Festland rechten Boden gewann, Lafarina von Sizilien, das seit einem halben Jahrtausend in Versuchen, vom Festland Italiens sich zu befreien, sich verblutete. Mailand, Pallavicinos Vaterstadt, war infolge seiner Lage oft die Beute der Deutschen, der Spanier, der Franzosen gewesen. Gerade dieser ihr Stolz und die bittern Erinnerungen älterer und der neuen Zeiten drängten nun die durch Charakter, politischen Geist und persönliche Erfahrung berufensten Söhne dieser Städte, den Anker ihrer Hoffnung in die Tiefe des nationalen Einheitsstaats zu werfen. „Um die Stunde des Sonnenaufgangs," sagt Treitschke, „die in Italien die verschwiegenste des Tages ist, pflegte fortan Lafarina im Palast Cavours vorzusprechen; dort tauschten die beiden rauchend Gedanken und Pläne aus, und beim Abschied hieß es wohl: Thun Sie was Sie können. Aber vor der Welt werde ich Sie verleugnen wie Petrus seinen Heiland. Jedermann glaubte dem Sizilianer, wenn er in seinen Schriften beharrlich versicherte, die Absichten der Regierung seien ihm gänzlich verhüllt. Und nicht bloß vor der Welt, selbst vor den nächsten Freunden und Amtsgenossen Cavours blieben diese Zusammenkünfte durch viele Monate verborgen. Auch die Partei Rattazzis im Parlament, welche sich rühmte, daß der Graf ihr diene, wurde vielmehr von ihm an unsichtbaren Fäden gelenkt."

Neapel unter König Ferdinand II.

Am schrecklichsten war der Zustand im Königreich Neapel und Sizilien, das die Natur zu einem Paradies, der Mensch zu einem Land der Verdammnis geschaffen hat. König Ferdinand II. (XV, 1. 284), den das Volk wegen der Härte und Grausamkeit, womit er im Jahr 1848 die Volkserhebung in Neapel unterdrückt hatte, König Bomba nannte, benutzte die Jahre der europäischen Reaktion, um mit Hilfe seiner Schweizergarden und Miettruppen jede Regung der Freiheit, jede Spur von Volksrechten niederzuhalten, um die Gefängnisse und Galeeren mit seinen politischen Widersachern zu füllen, um, gestützt auf den jesuitischen Klerus und eine despotische Beamtenschar, ein Regiment des Schreckens und der Knechtung aufzurichten, in welchem Spionenwesen, Justiz- und Polizeityrannei in üppigster Blüte standen. Der König, dem aller Glaube an das Gute im Menschen fehlte, trieb den Despotismus und die absolutistische Willkür auf den Gipfel. Carlo Poerio, das hervorragendste Glied einer patriotischen Advokatenfamilie, mußte, von einem feilen Gerichtshof als Hochverräter verurteilt, acht Jahre lang auf schattenlosen Strafinseln die Galeerenkugel schleifen, mit einem Menschen von tierischer Roheit zusammengekettet! Staatsmänner wie Scialoja und Leopardi wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit

„begnadigt", und der König sah von seinem Balkon auf der Piazza del Castello zu, wie sein ehemaliger Minister die Straßen kehrte und die aus politischen Gründen Verurteilten, darunter eine große Zahl vormaliger Deputierter, von einer eigens eingesetzten Prügelkommission in Ketten gelegt wurden. Man berechnete die Zahl der wegen politischer Verbrechen Bestraften auf 22,000. Ihr Vermögen wurde eingezogen und man sagte dem König nach, daß der unermeßliche Schatz, den er hinterlassen und der auf mehr als hundert Millionen Ducati geschätzt ward, zum großen Teil aus Konfiskationen zusammengescharrt worden sei. Den Verurteilten (Poerio u. a.) leistete ein italienischer Flüchtling Panizzi, der in London durch seine Kenntnisse und seine Verbindungen mit der englischen Aristokratie zu einer einflußreichen Stellung im britischen Museum gekommen war und eine ausgedehnte Korrespondenz mit hochgestellten Staatsmännern führte, auch mit Napoleon III. befreundet war, wichtige Dienste und förderte ihr Entkommen. In Ferdinands Person wollte man die Züge eines Caracalla erkennen. Eine Reihe von Briefen des englischen Staatsmannes und Gelehrten Gladstone an den Minister Lord Aberdeen unterrichtete das gebildete Europa über diese grauenvollen Zustände, die jener auf einer Reise kennen gelernt, und erregte einen so allgemeinen Unwillen, daß die englische und die französische Regierung, so sehr sie auch von Mißtrauen und Eifersucht gegeneinander erfüllt waren, zu ernsten Vorstellungen sich gedrungen fühlten und erklärten, daß die Ruhe Europas nicht erhalten werden könne, wenn nicht Ferdinand eine Verfassung einführe, Verwaltung und Gerichtswesen zeitgemäß umgestalte und die politischen Gefangenen schonender behandle. Diese Vorstellungen machten auf das harte Gemüt des Königs und die ränkevolle Hofpartei keinen Eindruck, Ferdinand ließ die Beschuldigungen durch Gegenschriften entkräften und wies die Mahnungen und Ratschläge der Westmächte zurück, worauf beide Regierungen ihre Gesandten Okt. 1856.
abriefen und allen diplomatischen Verkehr mit Neapel abbrachen.

Von der Zeit an lagen in dem Königreich beider Sizilien die revolutionären Anarchie und Despotismus.
und absolutistischen Kräfte in blutigem Zweikampf; den Kriegsrüstungen und Hafenbefestigungen, die kund geben sollten, daß der König entschlossen sei, alle etwaigen Angriffe mit Gewalt zurückzuweisen und bei seinem absolutistischen Reaktionssystem zu beharren, setzten die Patrioten Aufstandsversuche und Verschwörungen entgegen: im November erhob in Sizilien, wo die alte Verfassungspartei, an ihrer Spitze Lafarina, eine Union mit Piemont anstrebte, der frühere Parlamentsabgeordnete Baron Bentivegna die Fahne der Empörung, um die Rückführung der Konstitution von 1812 zu erzwingen, erlag aber den königlichen Truppen und wurde mit mehreren seiner Gefährten erschossen; im Dezember wurde der König bei der Parade von dem Soldaten Milano, einem Teilnehmer mazzinistischer Verbindungen, verwundet. Der Tod des Verbrechers durch den Strang schreckte andre nicht ab. Am 5. Januar wurde während der Nacht eine Jan. 1857.
Dampffregatte, welche der Regierung Waffen zuführen sollte, im Hafen von

Neapel in die Luft gesprengt, wobei viele Menschen das Leben verloren. Bewaffnete Banden, in einen Geheimbund, Camorra, vereinigt, durchzogen das Land und benutzten die allgemeine Verwirrung und Gesetzlosigkeit zu Raub und Mord; eine über das ganze Königreich verbreitete Partei wirkte im Interesse des Prinzen Murat, eines Sohnes des ehemaligen Königs Joachim. Anarchie und Despotismus kämpften miteinander um die Herrschaft; und um das Maß des Elends und Unglücks voll zu machen, wurde der Landstrich um Potenza in der
Dez. 1857. Provinz Basilicata bis nach Salerno hin von einem Erdbeben heimgesucht, welches 20,000 Wohnungen zerstörte und gegen 10,000 Menschen verschüttete. Der König wagte nicht länger in der Hauptstadt unter dem aufgeregten Volk zu leben; er bezog mit seiner Familie das Schloß Caserta, wo er, von zahlreichen Truppen bewacht, nur den nächsten Vertrauten den Zugang gestattete. Die Anwesenheit Mazzinis in Genua im Sommer 1857 steigerte die Aufregung in der ganzen Halbinsel zu einer fieberhaften Höhe. Wenn auch der Plan des Agitators, sich der günstig gelegenen Seestadt durch einen Handstreich zu bemächtigen und sie zum Herd der italienischen Revolution zu machen, durch die rasche und energische Unterdrückung des genuesischen Aufstandes von seiten der sardinischen Regierung vereitelt ward, so gaben sich doch in Livorno und im Neapolitanischen die Wirkungen in verschiedenen Empörungsversuchen kund. Eine Anzahl politischer Flüchtlinge fuhr auf dem einer sardinischen Gesellschaft gehörigen Dampfer Cagliari nach der neapolitanischen Insel Ponza, wo der Anführer Pisicane die dort bewachten politischen Strafgefangenen befreite und dann mit denselben vereinigt bei Sapri die Fahne der Empörung aufpflanzte. Aber das Unternehmen schlug fehl. Der Aufstand wurde von den königlichen Truppen im Keim unterdrückt, Pisicane und mehrere seiner Gefährten fanden den Tod, die übrigen wurden den Gerichten überwiesen, das Dampfschiff mit Beschlag belegt, die Mannschaft, darunter zwei englische Maschinisten, in Gewahrsam genommen. Erst im folgenden Jahr erwirkten die Drohungen Sardiniens und Englands die Herausgabe des Schiffes und die Freilassung der fremden Gefangenen. Diese Vorgänge führten den König mehr und mehr der absolutistischen Partei (Sanfedisten) in die Arme, die ihn durch fortwährende Gerüchte von Verschwörungen zu schrecken und zu den härtesten Maßregeln zu drängen bemüht war. Als er schon auf dem Krankenlager dem Tod entgegensiechte, ließ er, um in den Gefängnissen Raum zu schaffen, eine bedeutende Anzahl politischer Verhafteten, unter ihnen Poerio, nach Amerika einschiffen. Diese zwangen jedoch unterwegs den Kapitän zu einer Landung in Irland, wo sie sich befreiten und großenteils in die sardinische Armee eintraten.

Piemont und die europäische Politik.

Die wachsende Gärung in der Halbinsel machte es der sardinischen Regierung, wollte sie nicht durch die Thätigkeit der geheimen Vereine in ihrem Einfluß auf die nationale Partei gelähmt und der Lenkung der volkstümlichen Bestrebungen verlustig werden, zur Pflicht, zum Gebot der Selbsterhaltung, mit

den Männern des Fortschritts Hand in Hand zu gehen und das Prinzip der Nationalität, der italienischen Unabhängigkeit und Selbstregierung auf ihre Fahne zu schreiben. Es kam dabei dem König zu statten, daß das savoyisch-piemontesische Herrscherhaus die einzige eingeborne Dynastie war, während in Neapel, Toscana, Parma Abkömmlinge der Bourbonen und Habsburger auf den Thronen saßen. Die Italiener fühlten sich zu einem König, der ihres Blutes und Stammes war, mehr hingezogen, als zu Herrschergeschlechtern, die, aus der Fremde eingewandert, ihren Halt nicht im Volk, sondern in dem Stammbaum und der Verwandtschaft suchten. Daß bei der gespannten Lage der Dinge zwischen Sardinien und Österreich noch einmal die Entscheidung der Waffen gesucht werden würde, daß der italienische Krieg nur noch eine Frage der Zeit sei, war gegen Ende der fünfziger Jahre jedermann einleuchtend. Zum Glück für Sardinien stand Österreich damals ganz vereinsamt. Seine Haltung im orientalischen Krieg hatte ihm die Feindschaft Rußlands zugezogen, ohne ihm das Vertrauen und die Freundschaft der Westmächte erworben zu haben. Mit Preußen war bei der eingewurzelten Eifersucht und dem tiefgehenden Mißtrauen zwischen beiden Staaten auf ein herzliches Einverständnis nicht zu hoffen, und der vielköpfige Deutsche Bund war außer stand, in den großen Welthändeln mitzusprechen oder mitzuwirken. Auch war es Napoleons eifrigstes Bemühen, Rußland mit Frankreich und Sardinien auszusöhnen und in freundliche Beziehungen zu setzen und dadurch der Heiligen Allianz, die schon durch den Krimkrieg einen tödlichen Stoß erlitten hatte, auf immer die Wiederkehr unmöglich zu machen. Als im Herbst 1856 die Kaiserin-Mutter Alexandra von Rußland die Bäder in Nizza besuchte, wurde sie von Viktor Emanuel mit Beweisen von Hochachtung und Aufmerksamkeit überhäuft, und als im nächsten Jahr eine russische Dampfschiff- 1857.
fahrtsgesellschaft im geheimen Auftrag der Regierung den Hafen von Villafranca unweit Nizza, angeblich als Kohlenlager, zu kaufen wünschte, kam ihr das sardinische Ministerium mit aller Willfährigkeit entgegen. Bald sah man russische Kriegsschiffe das Mittelmeer befahren. Nicht minder erfolgreich waren Napoleons Bewerbungen um Rußlands Freundschaft für Frankreich. Nachdem er in einer persönlichen Zusammenkunft mit der Königin Viktoria zu Osborne, welcher auch 6. Aug.
die beiden Minister Walewski und Palmerston anwohnten, die englisch-französische Allianz aufs neue befestigt, traf er im September mit Alexander II. in 27. Sept.
Stuttgart zusammen, und wenn auch die Begegnung zunächst nur den Charakter einer persönlichen Begrüßung trug, so hatte sie für den französischen Machthaber doch den Vorteil, daß er als Ebenbürtiger auftrat und Rußland von der Zeit an gegen Frankreich ein wohlwollendes Entgegenkommen an den Tag legte. Auch in Deutschland suchte Napoleon schlummernde Erinnerungen zu wecken, indem er für die noch übrigen Soldaten der großen Armee seines Oheims die Helenamedaille stiftete.

Napoleons Streben war ersichtlich dahin gerichtet, Österreichs Macht und

Napoleons Stellung zu Italien und das Attentat Orsinis. Übergewicht in Italien zu brechen und eine Regierung zu unterstützen, welche die Zuneigung des Volks für sich hatte und nie so mächtig sein würde, daß sie sich des Dankes gegen ihn entschlagen oder seines fortdauernden Beistandes in Zukunft entbehren könnte. Daß es dabei auch auf eine Vergrößerung Frankreichs abgesehen war, trat bald hervor. Indessen, wie beunruhigend auch die Zustände in Italien waren, der behutsame Kaiser hätte sich vielleicht noch nicht so schnell bestimmen lassen, abermals „für Ideen" ins Feld zu ziehen, wäre nicht ein Ereignis eingetreten, das einen großen Eindruck auf ihn hervorbrachte. Als er am 14. Jan. 1858. 14. Januar mit seiner Gemahlin in die Oper fuhr, platzten unter und neben seinem Wagen drei Hohlgeschosse von so zerstörender Wirkung, daß die Straße von Leichen und Verwundeten bedeckt war, alle Fenster der anstoßenden Häuser zertrümmert wurden und der Kaiser und die Kaiserin selbst leichte Verletzungen davon trugen. Dennoch begaben sie sich in das Theater und wohnten der Aufführung bis zu Ende bei, während draußen die Urheber entdeckt und verhaftet wurden. Der Hauptschuldige war Felix Orsini, einer jener verwegenen Italiener, welche von der Glut der Leidenschaft und des Hasses zu den verzweifeltsten Thaten sich hinreißen ließen, in deren Augen selbst der sicher drohende Tod seine Schrecken verloren hatte. Einst republikanischer Freiheitskämpfer und Mitglied der konstituierenden Versammlung in Rom, dann Gefangner in Mantua, war er seinem Kerker entflohen und hatte in England, wo er mit drei andern Flüchtlingen, Pieri, Gomez und Rudio, in Verbindung getreten war, die Werkzeuge seiner verbrecherischen That angefertigt. Es waren gefüllte Bomben in Birnenform derart mit Zündhütchen gespickt, daß, wo sie auffielen, sie sogleich explodieren mußten. Der Kaiser wurde tief erschüttert. Er hatte einst mit vielen italienischen Patrioten in vertrauten Beziehungen gestanden, war vielleicht selbst Mitglied eines italienischen Geheimbundes gewesen und hatte den Eid der Eingeweihten geschworen; er galt nun in den Augen der ehemaligen Genossen als Verräter und darum sollte er sterben. Orsini gestand offen bei seinem Verhör, daß von Jugend an sein ganzes Thun und Denken auf die Befreiung seines Vaterlandes und auf Rache an Österreich gerichtet gewesen, daß er Napoleon lange Zeit für den einzigen gehalten, von dem die Befreiung ausgehen könne; da dieser aber Italien nicht retten wolle und statt eines Werkzeugs ein Hindernis der Befreiung geworden sei, so habe er die Ermordung des Kaisers für notwendig gehalten. Im Februar wurde ein Brief veröffentlicht, worin Orsini aus dem Gefängnis den Kaiser beschwor, dem unglücklichen Italien die Unabhängigkeit zu verschaffen, die es im Jahr 1849 durch die Schuld der Franzosen selbst verloren habe, und nicht zu gestatten, daß das italienische Volk noch länger von Österreich in der Sklaverei gehalten werde. „Erinnern Sie sich, daß die Italiener ihr Blut für Napoleon den Großen vergossen haben," so schloß das Schreiben, „daß sie ihm treu geblieben sind bis zu seinem Sturz, und bedenken Sie, daß ohne die Unabhängigkeit Italiens die Ruhe von Europa und die Sicherheit

Ew. Maj. nur ein Traumbild ist. Befreien Sie mein Vaterland und der Segen von fünfundzwanzig Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen." Der Brief war von Jules Favre, dem Anwalt Orsinis, in seiner Verteidigungsrede vor dem Assisenhof verlesen und dann mit Bewilligung Napoleons in den Zeitungen abgedruckt worden. Am 13. März starben Orsini und Pieri auf dem Schafott, während die beiden andern in die Strafkolonien Südamerikas deportiert wurden. Die Standhaftigkeit, womit der erste den Tod ertrug, und die Liebe zu seinem Vaterland, dem noch sein letzter Ausruf galt, erregten allgemeine Teilnahme, und es machte daher einen großen Eindruck, als am 31. März in einer Turiner Zeitung ein zweiter Brief veröffentlicht wurde, den Orsini zwei Tage vor seiner Hinrichtung gleichfalls an Napoleon geschrieben haben sollte. In diesem dankte er dem Kaiser, daß er die Veröffentlichung des ersten Schreibens so großmütig gestattet habe, weil Orsini darin einen Beweis sehe, daß die dort ausgesprochenen Wünsche und Gefühle für Italien in dessen Herzen ein Echo gefunden, und sprach die zuversichtliche Erwartung aus, daß Napoleon dem unglücklichen Land ein Helfer sein werde. Indem ich dem Tod entgegengehe, hieß es ferner, gereicht es mir zum großen Trost, daß Ew. Majestät von wahren italienischen Gesinnungen beseelt sind. Man hat die Echtheit des Briefes angezweifelt und in seiner Veröffentlichung einen Kunstgriff der Napoleonisch-Cavourschen Politik erkennen wollen; aber er erfüllte seinen Zweck; wonach der lebende Orsini vergebens gerungen, das erreichte der tote. Während der Mordversuch benutzt wurde, um Frankreich durch das Sicherheitsgesetz vom 28. Januar aller Freiheit zu berauben, schickte sich Napoleon an, im Verein mit Cavour, der das zornige Aufbrausen des Kaisers gegen das konspiratorische Italien mit kluger Geschmeidigkeit zu besänftigen verstand, das Testament Orsinis zu vollstrecken.

13. März 1858.

Zuerst mußte aber mit England wieder ein freundliches Verhältnis hergestellt werden. Wenn man jenseit des Kanals dem französischen Kaiser grollte, daß durch seine Haltung die Friedensbedingungen für Rußland so günstig ausgefallen seien und die Früchte des Krimkriegs mit den großen Opfern, die England gebracht, in keinem Verhältnis ständen, wenn man in dem Inselreich mit einiger Besorgnis auf die Annäherungen Frankreichs und Rußlands blickte, die eine neue Bundesstellung zu begründen drohten, so war die französische Regierung ungehalten, daß alle Gegner Napoleons und seines Systems: Orleanisten, Republikaner, Mazzini und seine Genossen fortwährend ein sichres Asyl in England fanden, daß Orsini und seine Mitverschwornen in Birmingham ihre Mordwerkzeuge ungehindert anfertigen durften, daß der Franzose Bernard, der einer Teilnahme an der Verschwörung angeklagt war, von dem englischen Schwurgericht freigesprochen worden, daß sich die Regierung der Königin auf Seite Belgiens stellte, als der Kaiser eine drohende und gebieterische Haltung gegen das Nachbarland annahm, weil es die Fremdenpolizei nicht strenger und sorgfältiger handhabe. Die feindselige Sprache der offiziösen Presse in Paris und

Konflikt und Versöhnung Frankreichs mit England. Cavour in Plombières.

eine von einer Anzahl höherer Offiziere an den Kaiser gerichtete Adresse mit überhebenden und drohenden Ausdrücken gegen die englische Nation steigerten die Erbitterung. Aber Napoleon beschwor die Gefahr eines Bruches. Er bedurfte der Zustimmung und der Neutralität Englands zur Ausführung seiner Pläne in Italien; darum waren die amtlichen Noten gemäßigt und versöhnlich, und die britische Regierung, damals mit der Unterdrückung des Aufstandes in Indien beschäftigt, ergriff gern die dargebotene Hand. Palmerston, Napoleons ergebener Freund, beredete die Königin Viktoria, der Einweihung des neubefestigten
5. Aug. 1858. Kriegshafens von Cherbourg anzuwohnen, obwohl derselbe bestimmt war, in vorkommenden Fällen als Bollwerk und Stützpunkt gegen England zu dienen, und durch diesen Beweis von Freundschaft und Vertrauen die gestörte Harmonie wieder herzustellen. Kurz darauf hatte Graf Cavour mit Napoleon in dem
Aug. Vogesenbad Plombières eine geheime Zusammenkunft, wobei die Pläne über Italien näher beraten und die erforderlichen Verabredungen und Verträge festgestellt wurden. Italien frei bis zur Adria, ganz Oberitalien zu einem Königreich vereinigt, Frankreich vergrößert durch Savoyen und Nizza, — so lautete die mündliche Abrede. Die Vermählung des Prinzen Napoleon Bonaparte mit Klotilde, der sechzehnjährigen Tochter Viktor Emanuels, sollte das Band zwischen den beiden Herrscherhäusern noch fester begründen.

b. Magenta. Solferino. Villafranca.

Der Krieg in Sicht. Als am Neujahrstag 1859 das diplomatische Korps zu Paris nach herkömmlicher Sitte dem Kaiser Napoleon die Glückwünsche in den Tuilerien darbrachte, äußerte er zu dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner: Ich bedaure, daß unsre Beziehungen nicht so gut sind, wie ich sie zu sehen wünsche, aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn stets die nämlichen bleiben. Diese Worte konnten nur auf ein kriegerisches Vorgehen in dem tiefbewegten Italien deuten; und hätte darüber noch ein Zweifel bestanden, so wurde derselbe vollends beseitigt, als bald nachher Viktor Emanuel bei Eröffnung der Kammern in Turin verkündigte, daß Sardinien nicht länger unempfindlich sein könne gegen den „Schmerzensschrei", der sich von allen Seiten Italiens Hilfe erflehend erhebe. Österreich wurde nicht gerade überrascht durch diese Wendung. Schon lange war seine Stellung in Italien eine unleidliche geworden. Die feindselige Haltung Sardiniens, das alle Flüchtlinge und Gegner des Kaiserreichs in seinen Staaten aufnahm, das die Bildung von Freikorps gestattete und beförderte, das alle Kräfte des Landes aufbot, die Kriegsrüstung zu stärken, hatte die österreichische Regierung genötigt, auch in ihren italienischen Staaten eine große Truppenmacht aufzustellen, welche die schon lange zerrütteten Finanzen des Reichs sehr stark in Anspruch nahm und den Steuerdruck erhöhte. Bei der herrschenden Stimmung war ein zwischen Krieg und

Frieden schwebender Zustand, wie er schon längere Zeit bestand, fast schlimmer als der Krieg selbst. Dieser mußte doch eine Entscheidung bringen, während ein bewaffneter Frieden einer eiternden Wunde glich, bei der keine Gesundheit eintreten konnte. Die österreichische Regierung nahm daher den Fehdehandschuh auf; sie verstärkte ihre Heere, stellte die Lombardei unter Kriegsrecht und ergriff alle Maßregeln, ihre Besitzungen und ihre Machtstellung in Italien zu erhalten. Auf eine Revision der Verträge, welche von Sardinien und Frankreich in Zeitungen und Flugschriften als notwendig und zeitgemäß hingestellt wurde, wollte sie sowenig eingehen, wie sie dem von Frankreich verkündigten neuen Prinzip des Staats- und Völkerrechts, der Berechtigung der Nationalitäten, Geltung geben durfte.

Ehe jedoch das Schwert gezogen ward, machte die Diplomatie noch einige vergebliche Versuche, eine Verständigung und friedliche Ausgleichung zu bewirken. *Österreich zerhaut den Knoten.* Wie wenig auch Europa den in der Gesetzgebenden Versammlung ausgesprochenen Versicherungen Napoleons, daß der früher verkündigte Satz: das Kaisertum *7. Febr. 1859.* ist der Frieden, noch immer seine Geltung habe, Glauben beimaß, so begab sich dennoch der englische Gesandte in Paris, Lord Cowley, mit Zustimmung des französischen Hofes nach Wien, um die österreichische Regierung zu Konzessionen, namentlich zur Einführung einer konstitutionellen Regierungsform in dem lombardisch-venetianischen Königreich zu bewegen. Gleichzeitig reiste jedoch Cavour in aller Heimlichkeit nach Paris und zerstreute durch vertrauliche Be- *23. März.* sprechungen mit Napoleon die gegnerischen Einflüsse, die in den Tuilerien thätig waren. Während noch die Unterhandlungen im Gange waren, trat plötzlich Rußland mit dem Vorschlag eines Kongresses zur Entscheidung der italienischen Frage hervor. Da aber Österreich verlangte, daß die Verträge von 1815 die Grundlage der Verhandlungen bilden sollten und daß zunächst eine allseitige Entwaffnung eintrete, so kam der Kongreß nicht zu stande. Ebenso erfolglos blieb ein Vermittelungsversuch Preußens, um dessen Bundesgenossenschaft man sich in Wien damals eifrig bemühte. Unter solchen Umständen konnte Österreich von einem längern Aufschub nur Nachteile haben, indem dadurch die Gegner Zeit gewannen ihre Rüstungen zu vollenden, seine eigne Finanzlage aber durch die Unterhaltung einer großen Kriegsmacht immer schwieriger wurde. Darum stellte endlich das Wiener Kabinett an die sardinische Regierung in einem Ultimatum die Forderung, innerhalb dreier Tage das Heer auf den Friedensfuß *19. April.* zu setzen und die Freikorps aufzulösen oder den Krieg zu erwarten. Niemals war der Telegraph zwischen Turin und Paris in solcher Thätigkeit wie in diesen Tagen der Krisis. Napoleon war unschlüssig geworden und riet zum Nachgeben. Cavour befand sich in einer verzweifelten Stimmung, die seine Vertrauten mit bangen Sorgen füllte. Nach schweren innern Kämpfen ermannte er sich jedoch wieder. Er beschloß auf eigne Hand vorzugehen, selbst auf die Gefahr ein neues Novara zu erleben. Er bewog die Kammern, dem König eine diktatorische Voll-

macht zu erteilen, und verweigerte die Annahme des Ultimatums, da dasselbe mit den von den europäischen Großmächten gutgeheißenen Vorbedingungen des vorgeschlagenen Kongresses in Widerspruch stehe. Als in Wien die Kunde von der ablehnenden Antwort eintraf, empfing der Feldmarschall Gyulai den Befehl, den Tessin zu überschreiten. So wurden denn die schönen Fluren Oberitaliens, wo sich die Waffen der europäischen Völker so oft gemessen, nach zehnjähriger Unterbrechung abermals der Schauplatz eines Völkerkriegs. Österreich wurde hart getadelt, daß es die Feindseligkeiten begonnen, daß es den ersten Schritt zu einem Krieg gethan, der, lange vorbereitet, nicht mehr zu vermeiden war. Die neutralen Mächte sprachen ihre Mißbilligung aus und Napoleon machte sich diesen Umstand zu Nutzen, indem er in einem Kriegsmanifest die Österreicher eines Friedensbruchs beschuldigte, weil sie in das Gebiet des Königs von Sardinien, Frankreichs Bundesgenossen, eingedrungen seien, und es als seine Pflicht hinstellte, dem Ehrgeiz und der Herrschsucht eines Staates entgegenzutreten, der bis zu den Alpen gebieten wolle und in jedem freien und unabhängigen Land eine Gefahr für seine Macht fürchte. Allein nicht darin lag die Schuld und der Fehler Österreichs, daß es mit einem kühnen Griff die heuchlerische Hülle zerrissen und den offenen Kampf dem faulen Frieden vorgezogen, sondern daß es ein verrottetes und unhaltbares System, das dem Geist der Zeit widerstrebte und von den Völkern verdammt war, aufrecht erhalten wollte. Durch Unglück und Schaden sollte Österreich zur Erkenntnis kommen. Mit dem alten Feldmarschall Radetzky, der vor Ausbruch des Kriegs aus der Welt
5. Jan. 1858. geschieden, war auch das Waffenglück des Kaiserreichs ins Grab gesunken. Wohl waren noch tüchtige Männer vorhanden, die wie Heß und Benedek sich als Heerführer bewährt hatten; aber Hofgunst und Geburt gingen über Talent und Erfahrung, und diesen Vorzügen verdankte Franz Gyulai, aus einem ungarischen Grafengeschlecht, der viele Ämter verwaltet aber noch keine hervorragende Befähigung gezeigt hatte, den Oberbefehl über die gesamte österreichische Kriegsmacht in Italien. In Sardinien und Frankreich hatte man den Ausbruch des Kriegs noch nicht erwartet, die Vermittelungsversuche der neutralen Mächte waren noch nicht ganz aufgegeben; es wäre also dem österreichischen Feldherrn nicht gar schwer gefallen, durch rasches Vordringen dem Krieg von vornherein eine günstige Wendung zu geben, die französischen Hilfstruppen, die in mehreren Abteilungen über die Alpen zogen, einzeln anzugreifen und die Vereinigung der gesamten sardinisch-französischen Streitkräfte zu verhindern. Statt aber mit militärischer Kühnheit und Entschlossenheit auf die Hauptstadt loszugehen, setzte sich Gyulai in der Landschaft Lomellina, zwischen Tessin und Sesia, fest und blieb daselbst unthätig liegen, bis die Gegend von Regengüssen überschwemmt wurde.

Magenta. Durch dieses Zögern gab der österreichische Oberfeldherr den Sardiniern Zeit, ihre Truppen, etwa 80,000 Mann, um die Festung Alessandria zu sammeln,

wo im Mai mehrere französische Heerabteilungen sich mit ihnen vereinigten, Mai 1859.
während Garibaldi mit seinen Alpenjägern sich am Fuß des Gebirges aufstellte, um von dort aus den rechten Flügel der Österreicher zu beunruhigen und die Operationen der Hauptarmee zu unterstützen. Sein volkstümlicher Name führte von allen Seiten Freiwillige unter seine Fahne und sein Erscheinen an den nördlichen Seen erzeugte eine tiefe Bewegung unter der italienischen Bevölkerung. Um die Mitte des Mai erschien Napoleon selbst in Italien; er hatte gründliche Studien über das Kriegswesen gemacht und durch Einführung der gezogenen Kanonen mit einer bis dahin noch unerhörten Schußweite seinem Geschütz einen großen Vorzug verliehen; und wenn er auch, mit der Ehre des obersten Kriegsherrn sich begnügend, die strategische Führung mehr seinen erfahrenen Generalen überließ, so war doch seine Anwesenheit für die Soldaten ein Sporn zur Tapferkeit, so weckte doch sein glorreicher Name alte Erinnerungen bei Franzosen und Lombarden, so war doch seine Person der feste Mittelpunkt, von dem alle Bewegungen ausgingen und nach einem bestimmten Plan auf ein klares Ziel gelenkt wurden. Und wie sehr er die Natur und die herrschenden Neigungen seiner Soldaten kannte, bewies sein erster Tagesbefehl vom 12. Mai, worin er an die Thaten der Väter unter seinem großen Oheim in demselben Land erinnerte und ähnliche Erfolge in Aussicht stellte. Dieser einheitlichen und energischen Kriegführung gegenüber zeigte sich der österreichische Oberfeldherr nicht von fern seiner hohen Aufgabe gewachsen. Er hatte den günstigen Augenblick zum Angriff versäumt; jetzt blieb ihm nur der Verteidigungskrieg übrig; er mußte suchen, seine Stellung zu behaupten, und dem Feind den Vorteil der Aktion und freien Bewegung in die Hand geben. Da er über die Stellung der Verbündeten gänzlich im Unklaren war, so sandte er den Grafen Stadion mit 12,000 Mann auf
Kundschaft aus. Dieser stieß bei Montebello auf die Franzosen und wurde 20. Mai.
nach tapferer Gegenwehr zum Rückzug gezwungen. Nun richtete Gyulai seine Aufmerksamkeit nach jener Seite, in der Meinung, dort stände die Hauptmacht des Feindes und von dort würde der Angriff erfolgen. Allein Napoleon hatte beschlossen, von Alessandria aus nordwärts zu ziehen, um sich auf den rechten schwächeren Flügel der Österreicher zu werfen, und möglichst bald nach Mailand vorzurücken. Während die Hauptarmee von Alessandria aus nach Vercelli zog
und Canrobert nach dem hartnäckigsten Widerstand von seiten des österrei- 31. Mai.
chischen Generals Zobel die Sesiabrücke bei Palestro besetzte, drang Garibaldi mit seinen Freiwilligen den Bergen entlang nach Como vor und war bereits auf dem Weg nach Monza, als Gyulai den General Urban zur Deckung der
lombardischen Hauptstadt absandte und dann den Rückzug über den Tessin an- 1. Juni.
ordnete. Aber auch Napoleon zögerte nicht das lombardische Gebiet zu betreten. Sein rasches Vordringen an der Spitze seiner Garde hätte ihm an der Brücke von Buffalora verderblich werden können, wären nicht die übrigen Truppenabteilungen unter Mac Mahon, Canrobert und Niel noch rechtzeitig eingetroffen.

4. Juni 1859 Nun erfolgte die Schlacht von Magenta, in welcher, da auf seiten der Österreicher jede einheitliche Führung fehlte und die einzelnen Befehlshaber Clam-Gallas, Liechtenstein, Zobel sich völlig selbst überlassen waren, die Franzosen den Sieg davon trugen. Die Tapferkeit, womit die österreichischen Soldaten vorgingen, erregte sogar die Bewunderung der Sieger, obwohl das Heer durch die großartigsten Unterschleife und Betrügereien der Lieferanten den bittersten Mangel litt. Nie traten die Gebrechen und die Fäulnis des österreichischen Staatswesens greller und schrecklicher zu Tage, als in dem italienischen Feldzug. Die Lombardei war der Preis des Sieges bei Magenta. Gyulai, unfähig die zerstreuten Truppenkorps um sich zu sammeln und einen neuen Kampf zu wagen, gab alsbald Befehl zum allgemeinen Rückzug. Schon an den beiden nächsten Tagen wurde Mailand geräumt und zwar in fluchtähnlicher Eile, so daß eine Menge Kriegsmaterial und Vorräte zurückblieben; die Festungswerke von Pavia und Piacenza wurden gesprengt, die Besatzungstruppen aus allen Städten abberufen. Am 8. Juni zog Napoleon an der Seite Viktor Emanuels unter dem Jubel des Volks in Mailand ein, in schwungvollen Ansprachen an die „Italiener" die patriotischen Gefühle belebend, während die österreichischen Truppen ihren Rückzug ohne Unterbrechung fortsetzten und erst am Mincio eine neue Stellung nahmen, wo sie durch das Festungsviereck (Peschiera, Mantua, Verona, Legnago) gedeckt waren.

Vertreibung der kleinern Dynasten. Die Unfälle Österreichs stärkten allenthalben die Idee der nationalen Einheit und führten auch den Sturz der kleinern italienischen Regierungen herbei. Schon im April war Großherzog Leopold von Toscana, obwohl seine Herrschaft weniger drückend und weniger verhaßt gewesen, durch einen allgemeinen Abfall von Heer und Beamten in die Notwendigkeit versetzt worden, Florenz zu verlassen und sich unter den Schutz Österreichs zu stellen. Lange hatte in Florenz eine konservativ-aristokratische Partei den Eifer der jungnationalen und radikalen Fortschrittsmänner zu zügeln und das partikularistische Selbstgefühl der Toscaner zur Erhaltung der Selbständigkeit des Staats und der Dynastie zu benutzen gesucht; da aber der habsburgische Landesfürst sich nicht entschließen konnte gemeinsame Sache mit Viktor Emanuel und Cavour zu machen und an dem Unabhängigkeitskrieg teilzunehmen, so erlangten die Unionisten die Oberhand. Tausende von jungen Toscaner, darunter Söhne der angesehensten Familien, hatten sich, von der nationalen Begeisterung fortgerissen, gleich beim Ausbruch des Kriegs den freiwilligen Jägern Garibaldis angeschlossen. Nach der Entfernung des Großherzogs wurde eine provisorische Regierung unter dem Protektorat des Königs von Piemont eingesetzt, worin vaterländisch gesinnte Männer wie Boncompagni, Ricasoli, Salvagnoli, Bianchi den öffentlichen Angelegenheiten vorstanden. Dieser Gang der Dinge war nicht nach dem Sinn Napoleons. Sein geheimer Plan war, den florentinischen Thron seinem Vetter, dem Prinzen Napoleon, dem Eidam Viktor Emanuels, zu verschaffen, nach dem

Vorbild seines Oheims eine Anzahl Bonapartischer Klientelstaaten in Italien zu gründen und die Errichtung eines Gesamtstaats möglichst zu verhindern. Allein die nationale Unionsbegeisterung, die das ganze Apenninenland durchzog, zerriß alle politischen und diplomatischen Kunstgebilde. Nach der Schlacht von Magenta verließ auch die Herzogin Marie Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohn Robert ihr Land und wandte sich nach der Schweiz, und wenige Tage nachher suchte der Herzog von Modena Schutz im österreichischen Lager jenseit des Mincio. Überall wurde die italienische Fahne aufgepflanzt und der Anschluß an Sardinien verlangt. Als der Oberst Anviti von Parma, zur Zeit der Reaktion ein gefürchteter Günstling des Herzogs, sich öffentlich blicken ließ, fiel er unter den Dolchen des ergrimmten Volks. Auch Bologna sagte sich von dem Papst los und rief die Diktatur des sardinischen Königs aus. 7. Okt. 1859. Diesem Beispiel folgten mehrere andre Städte des Kirchenstaats; und schon damals wären die päpstlichen Besitzungen größtenteils von Rom abgefallen, hätte nicht die blutige Erstürmung der Stadt Perugia durch die Schweizertruppen des Papstes solchen Schrecken verbreitet, daß in Ancona, Ravenna, Ferrara und anderwärts die römische Herrschaft vorerst noch erhalten blieb.

Stimmung in Deutschland.

Während dieser Vorgänge herrschte in Deutschland große Aufregung. Die Wiener Regierung bemühte sich, Preußen und die deutschen Bundesstaaten zur Teilnahme an dem Krieg zu bewegen und die Beschützung des österreichischen Reichs als eine deutsche Sache, als eine Pflicht der Selbsterhaltung darzustellen. Denn der Krieg, der jetzt am Po geführt würde, könne bald an den Rhein verlegt werden. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob die öffentliche Meinung, die sich besonders in Bayern und in ganz Süddeutschland laut für Anschluß an Österreich aussprach, die Regierungen fortreißen würde: es wurden Kriegsrüstungen gemacht; man verstärkte die Besatzungstruppen der Festungen; Preußen stellte nach und nach sein ganzes Heer auf den Kriegsfuß. Aber mancherlei Umstände vereinigten sich, die kriegerische Begeisterung und Kampflust zu dämpfen. Es zeigte sich bald, daß die lautesten Stimmen für Österreich aus einem Heerlager kamen, das bisher für die nationalen Fragen sehr geringe Teilnahme zu erkennen gegeben, daß sie weniger die Ehre und Sicherheit Deutschlands, als partikularistische und konfessionelle Sonderbestrebungen, politische Parteisucht oder materielle Interessen zur Grundlage und zum Ziel hatten. Die liberale Partei und der protestantische Norden fühlten daher wenig Neigung, eine Macht zu stützen, die nur ihre Gegner stärken würde, die standhaft das Konkordat mit Rom aufrecht erhielt und die ihren Sieg nur benutzen möchte, die deutschen Einheits- und Freiheitsbestrebungen niederzuschlagen, die gelockerten Bande des Polizeistaats wieder strammer anzuziehen, den Klerikalen und den Männern des Rückschritts das Regiment in die Hände zu spielen. Bei den deutschen Bundesregierungen wurden die kriegerischen Anwandlungen bald beschwichtigt, als an gar manchen Orten ein kläglicher Zustand im Heerwesen zu Tage trat; als das englische Ministerium, das den Einfall

Österreichs in das sardinische Gebiet eine „verbrecherische Handlung" genannt hatte, die drohende Erklärung gab, daß es die deutschen Handelsfahrzeuge gegen die französischen Kriegsschiffe und Kaper nicht in Schutz nehmen würde, wenn der Bund, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, Österreich Beistand leisten sollte; als der russische Minister Gortschakow in Frankfurt den Satz geltend machte, daß der Bund nur defensiver Natur sei und mithin gar nicht das Recht habe, in einer fremden Kriegssache angriffsweise vorzugehen. Rußland hatte nicht vergessen, daß ihm Österreich in den Tagen der Not die frühern Dienste mit Undank gelohnt, und freute sich über dessen Demütigung. Von gleicher Gesinnung war die Mehrheit des Berliner Kabinetts erfüllt. Auch hier gedachte man noch mit Groll der Tage von Olmütz und Bronzell und zeigte keine Lust, durch die Teilnahme an einer fremden Sache den Krieg an den Rhein zu ziehen und das eigne Land in Not und Gefahr zu stürzen, um einem Staat beizustehen, der durch eigne Schuld sich in die schlimme Lage gebracht hatte und stets mit Neid und Eifersucht gegen Preußen erfüllt war. Die preußische Kriegsbereitschaft hatte daher nur den Zweck, das eigne Land und das deutsche Bundesgebiet zu schützen und für mögliche Wendungen gerüstet zu sein, ohne die bisherige Politik „der freien Hand" zu verlassen, zumal da von Frankreich aus die Versicherung gegeben wurde, der Krieg würde „lokalisiert", d. h. auf Italien beschränkt bleiben, um jede äußere Veranlassung einer Einmischung niederzuschlagen. Bei dem alten Erbgelüste des französischen Volks nach der Rheingrenze hätte die Teilnahme Deutschlands und Preußens an dem lombardischen Waffengang leicht einen europäischen Krieg von unberechenbaren Folgen entzünden können.

Solferino. Als man sich in Österreich überzeugte, daß von Preußen und Deutschland keine Hilfe zu erwarten sei, beschloß man, auf eigne Hand das Kriegsglück noch einmal zu versuchen. Um den Mut der Truppen mehr zu beleben, übernahm, nach dem Beispiel Napoleons, Kaiser Franz Joseph selbst den Oberbefehl, den unfähigen Gyulai in das Dunkel der Vergessenheit verweisend. Aber auch unter dem neuen Heerführer waren Österreichs Waffen nicht vom Glück begünstigt. Wie sehr auch die Soldaten, deren Mut und Tapferkeit allgemein anerkannt wurden, vor Verlangen brannten, die Niederlage von Magenta zu rächen und die Kriegsehre wieder herzustellen, so daß der Kaiser die gedeckte Stellung in dem Festungsviereck aufzugeben und, den Mincio überschreitend, angriffsweise vorzugehen beschloß: das zweite Zusammentreffen mit den Verbündeten brachte abermals infolge strategischer Fehler einen für Österreich unglücklichen Ausgang. Das österreichische Heer, an Zahl den Gegnern überlegen, hatte sich zwischen dem Mincio und Chiese in einem Halbkreis aufgestellt, um von drei Seiten konzentrisch auf den Feind zu drücken. Aber die Linie war zu weit ausgedehnt, die beiden Flügel nahmen einen Raum von vier Stunden ein, während das Zentrum verhältnismäßig schwach und ohne Reserve war. Napoleon, von der Aufstellung und Anordnung genau unterrichtet, wendete daher seine Hauptstärke gegen das

feindliche Zentrum, das seinen Mittelpunkt auf einer Höhe bei dem Dorf Solferino hatte. Nach einem mörderischen Kampf, in welchem der französische Heerführer immer neue Massen gegen den entscheidenden Punkt in Bewegung setzte, während auf der andern Seite aus Mangel an Übersicht und einheitlicher Führung nicht die nötigen Verstärkungen eintrafen, wurde endlich die Höhe, trotz der heldenmütigsten Gegenwehr der österreichischen Soldaten, von den Franzosen erobert und behauptet und damit die feindliche Schlachtlinie durchbrochen, die Gesamtarmee in zwei getrennte Heerabteilungen zerschnitten. Ein zweiter Stoß, den Napoleon rasch gegen Cavriano richtete, hatte gleichen Erfolg, indem die Befehle der österreichischen Generale sich verwirrten und keine übereinstimmende Richtung angaben. Das Schicksal der Schlacht war in der Hauptsache schon entschieden, als zwischen vier und fünf Uhr ein furchtbares Gewitter eintrat, welches dem Kampf an den meisten Orten ein Ende machte und den Österreichern Gelegenheit gab, sich in guter Ordnung zurückzuziehen. Nur Benedek, der die Sardinier bei San Martino zweimal zurückgeschlagen hatte, setzte den Kampf noch einige Stunden fort. Auf französischer Seite hatte sich General Niel durch Umsicht und Tapferkeit vor allen hervorgethan. Es war ein blutiger Tag, der 24. Juni 1859, an welchem zwei kriegerische Nationen zwölf Stunden lang ihre Kräfte miteinander gemessen. Die Österreicher hatten den Verlust von 13,000 Toten und Verwundeten zu beklagen und mußten 9000 Gefangene in den Händen der Feinde lassen; auf seiten der Verbündeten war die Zahl der Gefallenen und Verwundeten noch stärker, infolge des schwierigen Angriffs auf wohlverteidigte Höhen, dagegen waren viel weniger in Kriegsgefangenschaft geraten. Die Leiden und Jammerszenen auf der Walstatt und in den Lazaretten wurden in einer Schrift: „Die Barmherzigkeit auf dem Schlachtfeld“ so ergreifend zur Anschauung gebracht, daß sie zum Abschluß der philanthropischen Genfer Konvention Veranlassung gab. 24. Juni 1859.

Die Schlacht von Solferino war ein frischer Zweig im Sieges- und Ruhmeskranz der französischen Nation, und sie trug nicht wenig bei, den Kaiserthron zu befestigen und dem napoleonischen Herrscherhaus die Gunst des für Ehre und Waffenruhm so empfänglichen Volks in erhöhtem Maß zuzuwenden. Allein die Lage des siegreichen Machthabers war darum nicht ohne Gefahr und Dornen. Das französische Heer war durch den italienischen Feldzug hart mitgenommen worden; zu den Verlusten in den Schlachten, welche gerade die besten Truppen, die Garden und Zuaven, am stärksten betroffen, kamen noch viele durch die Hitze und Sumpfluft herbeigeführte Leiden und Gefahren. In Deutschland stieg die Aufregung zu einer bedenklichen Höhe. Wilhelm I., damals noch Prinzregent, schien den Rechtszustand Europas und die Sicherheit Deutschlands, für deren Wahrung er einzustehen gelobt hatte, als gefährdet anzusehen, indem er alle preußischen Armeekorps mobil machte und bei dem Bundestag eine ähnliche Maßregel beantragte mit der Bedingung, daß die Oberleitung sämtlicher Waffenstillstand und Frieden von Villafranca. 4. Juli.

deutschen Streitkräfte der Krone Preußen unterstellt werde. Dieses Ansinnen wurde zwar durch einen Gegenzug Österreichs, das selbst in seiner Bedrängnis die Rivalität gegen den Berliner Hof nicht aus dem Auge verlor, vereitelt, indem es den Antrag stellte, für den Fall eines Kriegs solle der Prinzregent von Preußen nach Vorschriften der Bundeskriegsverfassung zum „Bundesfeldherrn" ernannt werden, eine Bedingung, auf die man in Berlin nicht einging, weil sonst der Regent als Feldherr vom Bundeskriegsrat in Frankfurt abhängig geworden wäre; aber ein kriegerisches Vorgehen am Rhein war darum doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Dazu kam noch, daß die Österreicher hinter ihren Festungen eine Stellung hatten, aus der sie schwer zu verdrängen waren, zumal da ihnen aus dem Hauptland leicht Verstärkungen zugehen konnten. Napoleon, ein Mann von berechnender Klugheit, der sich nicht, wie einst sein Oheim, durch Ehrgeiz und Herrschsucht blindlings fortreißen ließ, der vielmehr bei aller Kühnheit einen hohen Grad von Selbstbeherrschung besaß und selbst im Glück stets eine gewisse Mäßigung und Überlegung zeigte, erkannte die Schwierigkeiten der Lage und beschloß, dem überwundenen Feind eine goldene Brücke zu bauen und das Kriegsglück nicht auf eine allzu gefährliche Probe zu stellen. Er hatte freilich die Losung in die Welt geschleudert: Italien frei bis zur Adria! Da aber die Verfolgung dieses Zieles für den Augenblick allzu gewagt gewesen wäre, begnügte er sich mit einem geringern Siegespreis. Er ließ durch einen österreichischen Offizier, welcher um die Auslieferung der Leiche des jungen Fürsten
8. Juli 1859. Windischgrätz bat, dem Kaiser Franz Joseph einen Waffenstillstand anbieten, der auch alsbald in Villafranca zum Abschluß kam. Drei Tage nachher erfolgte eine persönliche Zusamenkunft beider Kaiser, auf welcher die Grundbedingungen (Präliminarien) des Friedens festgestellt wurden. Napoleon machte den jungen Monarchen aufmerksam, daß Österreich von keiner Seite Hilfe zu erwarten habe, daß England und Rußland die Vereinigung der italienischen Staaten zu einem Gesamtkönigreich wünschten, daß Preußen, statt Beistand zu leisten, die Verlegenheit des Kaiserstaats zu seiner eignen Machtvergrößerung in Deutschland benutzen würde, daß durch die Einmischung fremder Mächte leicht härtere Bedingungen festgestellt werden könnten, als jetzt gefordert würden; er mochte ihm zu Gemüte führen, wie sehr bei einer längern Dauer des Kriegs die Revolutionspartei in Venetien und andern Provinzen des habsburgischen Reichs Boden fassen würde. Erfuhr man doch in der Folge aus Kossuths Memoiren, wie sehr damals dieser rastlose Agitator sich bemühte den französischen Kaiser dahin zu bringen, daß er einer neuen Schilderhebung in Ungarn vorschub leiste. Napoleon mochte dem Gegner auch Winke und Andeutungen geben, an welchen Schäden und Gebrechen die Kriegsverwaltung leide. Der französische Machthaber erreichte, was er wollte. Man kam überein, daß Österreich die Lombardei, mit Ausnahme von Peschiera und Mantua, an Frankreich abtrete; Italien solle einen Staatenbund bilden unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, der zugleich um

Einführung von Reformen ersucht werden sollte; der von Österreich geforderten Wiedereinsetzung der Souveräne von Toscana und Modena in ihre Staaten solle kein Hindernis in den Weg gelegt werden, sofern diese von ihren Unterthanen zurückgerufen würden und keine fremde Intervention stattfände. Zur völligen Erledigung dieser Punkte sollten Bevollmächtigte beider Reiche in Zürich zusammentreten.

So wurde durch den Frieden von Villafranca das schöne lombardische Land, 11. Juli 1859. Eindruck des Friedens. um dessen Besitz soviel deutsches Blut vergossen worden ist, dem französischen Kaiser übergeben, der es dann dem König von Sardinien zuwandte, wogegen dieser einige Zeit nachher Savoyen, das Stammland seines Hauses, nebst dem Stadtgebiet von Nizza an Frankreich überließ. Mit großer Überraschung vernahm Europa den Abschluß des Friedens; und nicht minder überrascht war man durch ein Manifest, worin Kaiser Franz Joseph aussprach, daß er, nachdem Österreichs Ehre durch die heldenmütigsten Anstrengungen seiner tapfern Armee unversehrt aus den Kämpfen dieses Kriegs hervorgegangen sei, sich entschlossen habe, aus politischen Rücksichten der Wiederherstellung des Friedens ein Opfer zu bringen, da er die Überzeugung gewonnen, „daß durch direkte, jede Einmischung dritter beseitigende Verständigung mit dem Kaiser der Franzosen jedenfalls minder ungünstige Bedingungen zu erlangen waren, als bei dem Eintreten der drei am Kampf nicht beteiligt gewesenen Großmächte in die Verhandlung mit den unter ihnen vereinbarten und von dem moralischen Druck ihres Einverständnisses unterstützten Vermittelungsvorschlägen zu erwarten gewesen wären.“ Umsonst protestierte die preußische Regierung gegen diese Unterstellung; der darüber geführte Schriftwechsel diente nur dazu, das Verhältnis zwischen beiden Staaten zu verbittern. Auch in den Kreisen der ungarischen Emigration empfand man eine schmerzliche Enttäuschung. Am meisten betroffen und verletzt aber waren Viktor Emanuel und Graf Cavour über den Friedensschluß. Statt eines einheitlichen Italiens sollte ein vergrößertes Piemont die einzige Frucht eines Feldzugs sein, für den das kleine subalpinische Königreich alle seine Kräfte eingesetzt hatte! Über dem Haupt der sardinischen Regierung hinweg hatte der Franzosenkaiser mit Österreich ein so tiefgreifendes Abkommen getroffen. Der einzige Erfolg des heißen Ringens sollte ein Staatenbund an der Seite einer feindlichen Großmacht sein, der neue unendliche Kämpfe in seinem Schoß barg, eine Staatsform, gegen die sich schon Cesare Balbo im Hinblick auf die klägliche Schöpfung des Deutschen Bundes so entschieden ausgesprochen hatte, welche die Führer des Nationalvereins so unbedingt verwarfen! Dazu erlebten die sardinischen Staatsmänner noch den Verdruß, daß die Mazzinisten schadenfroh das ungenügende Machwerk als Beweis hinstellten, wie der ganze Kampf ein abgemachtes Spiel zwischen der Turiner Regierung und Napoleon gewesen sei, um die echten Patrioten der Aktionspartei vom Handeln abzuhalten, um den Republikanern und Revolutionsmännern den Boden unter den Füßen wegzuziehen, daß jene daraus die Waffen schmiedeten zu einer neuen Schilderhebung für durchgreifendere Zwecke. Cavour gab seine Unzufriedenheit durch die Niederlegung seiner ministeriellen Ämter kund. Er wollte dadurch seine 19. Juli. Ehre wahren, sich von dem Verdacht eines täuschenden Spiels reinigen, den Vorwurf eines „Verräters“, der ihm aus dem Heerlager der Mazzinisten entgegengeschleudert ward, von sich abwälzen und sich die Möglichkeit erhalten, künftig mit frischen Kräften in den weitern Entwickelungsgang einzugreifen. Er begab sich auf einige Zeit zu seinen Verwandten in Genf, fest überzeugt, daß die politische Einheit Italiens nun mehr als je eine Notwendigkeit sei und sicherlich erfolgen werde. Der Verlauf der Dinge in den

nächsten Monaten rechtfertigte seine Ansicht. Die neuen Minister Lamarmora, Rattazzi, Debormida handelten in seinem Geist.

Der Züricher Frieden und der Unionsprozeß in Mittelitalien. 10. Nov. 1859.

Wie ein Triumphator zog Napoleon in seine Hauptstadt ein. Die Übereinkunft von Villafranca, die in ihren wesentlichen Punkten durch den Friedensvertrag von Zürich ihre Bestätigung und ihren Abschluß fand, vernichtete den Einfluß Österreichs in der Apenninischen Halbinsel, legte aber auch weit über Napoleons Pläne hinaus den Grund zu der staatlichen Einigung Italiens. Der Anstoß zu einer mächtigen Umgestaltung war gegeben, die weitere Durchführung konnte man den Italienern selbst überlassen. Denn weit entfernt, daß die vertriebenen oder flüchtigen Fürsten von ihren ehemaligen Unterthanen zurückgerufen worden wären, eilten diese vielmehr, durch Landesversammlungen die Absetzung der alten Dynastien auszusprechen und sich an Sardinien anzuschließen. Wir wissen, daß schon vor der Schlacht von Solferino sowohl Toscana als Modena und Parma, wo Cavours Freund Farini eine erfolgreiche agitatorische Thätigkeit entwickelte, sich für die Union mit Piemont erklärt hatten. Nach dem Frieden von Villafranca vereinigten sich die Staaten im Süden des Po zu einer militärischen Liga unter Garibaldis Oberkommando, um alle etwaigen Angriffe von außen zurückzuweisen und alle Restaurationsversuche der Partikularisten und Reaktionäre im Innern zu verhindern. Selbst Bologna und ein großer Teil der Romagna entzog sich der päpstlichen Herrschaft und richtete den Wunsch an Viktor Emanuel, unter seinen Schutz zu treten. Und dieser lehnte den Antrag nicht ab, so sehr er sich auch dadurch den Zorn des heiligen Vaters im Vatikan zuzog. Die erwähnten Greuelthaten der Schweizer Söldnergarde in Perugia beschleunigten den Abfall. Unter der Leitung von d'Azeglio wurden sofort in der ganzen Romagna die nötigen Schritte zur Vereinigung mit Sardinien eingeleitet, und von Neujahr 1860 ab befaßte sich ein eignes Ministerium mit den Angelegenheiten der neuerworbenen Staaten Mittelitaliens, denen man den von der altrömischen Via Ämilia entlehnten Namen Emilia beilegte. Manfred Fanti von Modena, ein alter Freiheitskämpfer, der im Ausland als Flüchtling sowie im Krimkrieg sich militärische Erfahrungen erworben und sich als tüchtiger Offizier bewährt hatte, wurde mit der Organisation der mittelitalienischen Truppen betraut. Die Flüche aus dem Vatikan und die Zornesausbrüche der Ultramontanen aller Länder über die Frevel am Erbgut des Apostelfürsten vermochten den Gang der Dinge nicht aufzuhalten, und die Ermahnungen Napoleons an den heiligen Stuhl, durch zeitgemäße Reformen die Gemüter zu versöhnen, machten keinen Eindruck in Rom. „Nichts ist unüberwindlicher," sagte einst ein französischer Staatsmann, „als die Vorurteile, welche man als Pflichten ansieht. Sie stehen unter der zweifachen Schutzwache des Stolzes und des Gewissens." Der Grundsatz der Enthaltung von Einmischung, den Frankreich und England aufstellten, genügte, die italienischen Einheitsbestrebungen ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Der in Villafranca und

Zürich in Aussicht genommene Staatenbund sollte nie eine Wahrheit werden. Dazu hätte Österreich selbst sowie der Papst durch Einführung zeitgemäßer Reformen den Weg bahnen müssen. Aber beide kamen dieser Forderung sowenig nach, wie die kleinern Staaten der Rückberufung ihrer Dynasten, und in Neapel machte der neue König Franz II. keine Miene, von dem Regierungssystem seines Vaters abzugehen. So bereiteten die alten Mächte durch ihr Beharren bei den verlotterten Einrichtungen den vorwärts eilenden Zeitideen selbst den Weg. Eine in Paris gegen Ende des Jahres 1859 erschienene Schrift „Der Papst und der Kongreß" schleuderte zuerst den Gedanken in die Welt, daß die zeitliche Herrschaft des Kirchenfürsten aufhören und sein Regiment auf das Stadtgebiet von Rom beschränkt werden sollte, ein Gedanke, der zwar die ganze katholische Welt in Bewegung setzte und den Papst zu geharnischten Protestationen hinriß, der aber dennoch im Laufe der Jahre verwirklicht ward. Napoleon hatte es nicht vergessen, daß sich einst der heilige Vater geweigert hatte, dem neuen Kaisertum die Weihe der Krönung und Salbung zu verleihen.

Die Vereinigung der mittelitalienischen Staaten mit Sardinien bildete den Anfang der Einverleibungen, welche den bisherigen Zustand der Halbinsel vollständig umgestalteten. Napoleon begünstigte die Vergrößerung des oberitalienischen Königreichs nur um den Preis von Savoyen und der Grafschaft Nizza, über deren Abtretung an Frankreich er bereits mit Viktor Emanuel und Cavour übereingekommen war. Darum hatte auch im Januar Graf Cavour wieder den Vorsitz im Ministerium übernommen. Um das Mißtrauen der Kabinette über Frankreichs Vergrößerungssucht zu zerstreuen und die Schweiz zu beschwichtigen, die sich durch die Abtretung der an ihr Gebiet grenzenden Landschaften Faucigny und Chablais am Südufer des Genfer Sees in ihrer anerkannten und gewährleisteten Neutralität bedroht sah, sich auch deshalb beschwerend und Hilfe suchend an England und die übrigen Schutzmächte der Wiener Verträge wandte, wurden von Napoleon und Cavour alle diplomatischen Künste der Verstellung, des Ableugnens, der Versprechungen in Bewegung gesetzt, bis die nötigen Verabredungen und Sicherheitsmaßregeln getroffen waren. Dann erfolgten im März und April 1860 die Volksabstimmungen, kraft deren Savoyen und Nizza sich für den Anschluß an Frankreich, Toscana, Parma, Modena und die römischen Legationen mit überwältigenden Mehrheiten für die Einverleibung in das Reich des Königs von Sardinien aussprachen; und noch in demselben Monat nahm Viktor Emanuel in den neu gewonnenen Staaten persönlich die Huldigung entgegen. Durch die Volksabstimmung in Savoyen und Nizza wurde dem verletzten Nationalgefühl wegen Abtretung italienischen Landes eine täuschende Maske vorgehalten. Der Papst schleuderte den Bann gegen alle, welche den Eingriff in die römischen Staaten begangen, veranlaßt oder auch nur gebilligt hätten. Aber diese letzte Waffe, die Rom geblieben war, hatte im Lauf der Jahrhunderte ihre Schärfe verloren. Am 2. April wurde das erste italienische

Die Einverleibungen.

1860.

Parlament eröffnet, in welchem nicht nur Abgeordnete aus Sardinien und der Lombardei, sondern auch aus Toscana, Modena, Parma und den römischen Legationen erschienen. Unser Vaterland ist nicht mehr das Italien der Römer, verkündete die Thronrede, noch das des Mittelalters, es soll nicht mehr der freie Tummelplatz sein für fremde Ehrsucht, es sei fortan das Italien der Italiener.

2. Durchführung des Einigungswerks.

a. Neapel und der Kirchenstaat.

Thronwechsel und Lage in Neapel. Mit dem Züricher Frieden und den darauf folgenden Einverleibungen war der erste Akt der italienischen Befreiung geschlossen. Aber schon seit 1848 hatte sich in den gebildeten Klassen des Landes die Überzeugung Bahn gebrochen, daß nur durch ein einheitliches Italien im Anschluß an die konstitutionelle Monarchie Sardiniens ein dauernder Umschwung und ein gesicherter Besitz verfassungsmäßiger Zustände erzielt werden könne. Um diesen Zweck zu erreichen, verbanden sich die nationalen und revolutionären Kräfte zu gemeinsamem Handeln. Da das Gebiet von Rom durch die französischen Okkupationstruppen wie durch die eigentümliche Stellung der päpstlichen Regierung gegen feindliche Angriffe geschützt war, so wurde das Königreich Neapel und Sizilien, wo kurz zuvor dem König Ferdinand II., dem unversöhnlichen Feind des Fortschritts und der liberalen Zeitideen, sein junger, einseitig erzogener und in den Regierungsgeschäften völlig unerfahrener Sohn Franz II. auf dem Thron gefolgt war, zum Schauplatz der Aktion ausersehen. (Ferdinand II. † 22. Mai 1859.) Der französische und der russische Gesandte hatten sich nach dem Friedensschluß von Villafranca umsonst alle Mühe gegeben, eine Allianz zwischen Neapel und Piemont zu vermitteln, wodurch vielleicht die Anschläge der revolutionären Aktionspartei vereitelt oder gelähmt worden wären; aber die traditionelle Politik, die ihr Vertrauen auf Österreich setzte, und die ultramontane Kamarilla trugen auch über den neuen König den Sieg davon. Durch seine Weigerung, auf die Idee der nationalen Unabhängigkeit Italiens einzugehen, führte Franz II. den Sturz der bourbonischen Dynastie und das Ende des neapolitanisch-sizilianischen Doppelreichs herbei. Es war ein kühnes Unterfangen, ein Königreich anzugreifen, das über ein gut organisiertes, mit besonderer Vorliebe gepflegtes Heer von 150,000 Mann zu gebieten hatte. Aber die Tyrannei der Regierung hatte den geheimen Gesellschaften den Boden bereitet, die dringendsten Vorstellungen des englischen und französischen Gesandten, ein Regierungssystem aufzugeben, das schließlich den Untergang der Dynastie herbeiführen müsse, blieben unberücksichtigt, und die Entlassung der Schweizer Söldnertruppen, die, wegen Trotz und Meuterei in Neapel bestraft und durch einen Beschluß der Bundesregierung in Bern gegen das Reislaufen in ihren bürgerlichen Rechten bedroht, den Abschied begehrten und in ihr Vaterland zurückkehrten,

beraubte den Thron seiner stärksten und zuverlässigsten Stützen in einem Augenblick, da die Genossen Mazzinis und Garibaldis sich zu einem Hauptschlag die Hand reichten.

Oberst Pianciani, ein alter Freiheitskämpfer und einstiger Waffengenosse Garibaldis in Rom, der sich mit einem Haufen Freiwilliger in Cagliari der Expedition anschloß, hätte lieber eine Landung im Kirchenstaat gesehen; allein die Häupter der national-liberalen Partei, der damals Garibaldi noch angehörte und diente, waren der Ansicht, daß man vorerst den Süden in den revolutionären Strudel ziehen sollte. So wurde denn die Fahrt nach Sizilien unternommen. Auf der Insel war bereits zu Anfang April die Losung zum Kampf gegeben worden. Einzelne Aufstände in Messina und Palermo bildeten das Vorspiel. Sie wurden leicht durch die Besatzungstruppen unterdrückt, gaben aber, trotz des über beide Städte verhängten Belagerungsstandes, den Häuptern der Revolutionspartei Gelegenheit, durch Demonstrationen die Gemüter aufzuregen und ihre Streitkräfte zu mustern. Die blutige Unterdrückung einer Insurgentenschar bei Carini drängte endlich zur Entscheidung. Am 6. Mai segelte Garibaldi mit 1062 italienischen und fünf ungarischen Freiwilligen, darunter General Türr, auf zwei Dampfern von Genua ab, ohne von der sardinischen Regierung oder dem Admiral Persano gehindert zu werden, und landete am 11. Mai bei Marsala, an der Westküste Siziliens, dem Lilybäum der Alten. Mehrere kühne Freiheitskämpfer und politische Flüchtlinge früherer Jahre, wie der energische Nino Bixio und der feurige Franz Crispi hatten sich angeschlossen. Pallavicino, den wir bereits als den thätigen Mitbegründer des Nationalvereins neben Manin und Lafarina kennen gelernt haben, unterstützte das Unternehmen des Freundes mit Rat und That. In Turin beantwortete man die Protestnoten des Königs von Neapel und der deutschen Höfe gegen diesen wilden „Akt der Seeräuberei“ und den offenen Bruch des Völkerrechts mit der Entschuldigung, daß Garibaldi und seine Gefährten die sizilianische Expedition heimlich auf eigne Hand ausgeführt hätten und es nicht in der Macht der piemontesischen Regierung gestanden, sie zu verhindern. Aber nach der Abfahrt Garibaldis hatte Cavour an Persano geschrieben: „Wir müssen die Revolution unterstützen, doch so, daß sie vor den Augen Europas als eine freiwillige That erscheint. Dann sind England und Frankreich mit uns; andernfalls weiß ich nicht, was sie thun werden.“ Nachdem Garibaldi, von zwei englischen Korvetten gedeckt, die Ausschiffung bewerkstelligt, zog er sich in die Berge und sammelte bei Salemi die zerstreuten Freischaren um sich. Am 14. Mai, als die Mannschaft bereits auf 4000 angewachsen war, erließ er eine Proklamation, kraft welcher er die Diktatur über Sizilien im Namen Viktor Emanuels, Königs von Italien, übernahm. So überwältigend war damals die Idee der nationalen Einheit und Unabhängigkeit, daß selbst die Sizilianer, bei denen doch stets ein starker partikularistischer Zug nach Selbständigkeit und eignem Staatswesen scharf hervorgetreten, der Losung des Tages

Garibaldi nach Sizilien.

April 1860.

Mai.

sich unbedingt hingaben. Unter großen Beschwerden und vielen meist glücklichen Gefechten mit den königlichen Truppen rückte sodann Garibaldi über Calatafimi und Misilmeri auf die Hauptstadt los, durch nächtliche Wachtfeuer den Gesinnungsgenossen seine Ankunft verkündend. Am 27. Mai stand er vor der Porta Termini von Palermo und gab sogleich das Zeichen zum Angriff. In wenigen Stunden war die Stadt, wo die Bevölkerung sich in Masse erhob und durch Barrikaden und Straßenkampf die stürmenden Krieger unterstützte, zur Hälfte in den Händen Garibaldis. Nun aber ließ General Lanza, den der junge König mit bedeutender Kriegsmannschaft und großen Vollmachten nach der Insel geschickt hatte, von der Citadelle und von den im Hafen liegenden Kriegsschiffen die Stadt furchtbar beschießen, so daß am folgenden Tag ein großer Teil derselben in Schutt und Trümmern lag. Da wurde unter Vermittelung des englischen Admirals ein Waffenstillstand geschlossen, der, mehrmals verlängert, zuletzt mit dem Abzug der neapolitanischen Truppen und Schiffe und der Übergabe der Stadt endigte. Lanza, der die wehrlose Hauptstadt der Zerstörung preisgegeben und dann, vor seinem eignen Werk erschreckend, mit 25,000 Mann einer Insurgentenschar von 5000 dürftig bewaffneten Freiwilligen das Feld räumte, war ein sprechender Zeuge von der in des Königs Umgebung herrschenden Unfähigkeit, Ratlosigkeit und Zaghaftigkeit.

30. Mai 1860.

6. Juni.

Neapel in Garibaldis Gewalt.

Die Ereignisse von Palermo waren von unberechenbarer Wirkung. Sie erschütterten die Monarchie in ihren Grundfesten, während sie den Ruhm Garibaldis in alle Welt trugen. Die glühende Phantasie der Südbewohner erblickte in ihm den Nationalhelden, vor dem alle Feinde in den Staub sinken müßten. Und selbst am neapolitanischen Hof schien man unter dem Bann dieser Vorstellung zu liegen. Alles Vertrauen war verschwunden; man ließ sich die schmachvollsten Demütigungen auswärtiger Mächte gefallen. Umsonst suchte der König seinen wankenden Thron mit neuen Stützen zu befestigen, indem er die von seinem Vater im Jahr 1848 erteilte und beschworne, später aber aus eigner Machtvollkommenheit wieder beseitigte Verfassung herstellte, sich mit einem liberalen Ministerium unter dem Vorsitz Spinellis umgab und seinen Entschluß erklärte, eine Amnestie zu erteilen und mit Sardinien eine Allianz zu schließen; das verhängnisvolle Zu spät! übte wieder seine Macht, der Proklamation folgten Aufstände und Anarchie in Stadt und Land. Welches Vertrauen sollte man einem Hof schenken, wo in der unmittelbaren Nähe des Thrones sich die größten Gegensätze geltend machten, wo die Königin-Mutter nebst der klerikal-absolutistischen Kamarilla noch fortwährend ihren verderblichen Einfluß auf den schwachen Monarchen übte und die wohlgesinnte Königin, Maria von Bayern, fern hielt, während die beiden Oheime des Königs, die Grafen von Syrakus und von Aquila, in unwürdiger Weise um die Volksgunst buhlten und sich rückhaltslos der nationalen und revolutionären Partei in die Arme warfen, wo der Minister des Innern Liberio Romano mit Cavour in geheimer Verbindung stand und

25. Juni.

Alexander Nunziante Herzog von Mignano Jägerbataillone zur Vertreibung der Bourbonen sammelte! Es bedurfte, um den Kriegsbrand in helle Flammen zu setzen, nur der Ankunft Garibaldis. Und dieser ließ nicht allzu lange auf sich warten. Sechs Wochen nach der Einnahme von Palermo brach der „Diktator", 18. Juli 1860.
dem sich der Anführer der neapolitanischen Dampffregatte Veloce zur Verfügung gestellt hatte, gegen Messina auf, ohne, wie man in Turin erwartete und verlangte, die Einverleibung der Insel in Sardinien zu verkündigen. Schon nach drei Tagen wurde General Bosco zur vertragsmäßigen Übergabe der Festung 21. Juli.
Milazzo gegen freien Abzug der Besatzung gezwungen; und kurz darauf schloß der Befehlshaber von Messina einen Waffenstillstand unter der Bedingung, daß 28. Juli.
die Stadt mit Ausnahme der Citadelle von den neapolitanischen Truppen geräumt werden und die Meerenge frei bleiben sollte. Mit Erstaunen schaute Europa auf die raschen Erfolge des Freischarenführers; aber noch wunderbarer waren die Vorgänge auf dem Festland. Kaum hatte er, fast im Angesicht der in der Meerenge kreuzenden neapolitanischen Flotte, seine Landung mit 5000 Mann bewerkstelligt, so übergab die Besatzung von Reggio Stadt und Burg unter der Bedin- 21. Aug.
gung freien Abzugs. Allenthalben lösten sich die Truppenkörper auf, die Soldaten liefen auseinander, in den Städten und Provinzen bildeten sich provisorische Regierungen; wie ein Triumphierender durchzog Garibaldi den Süden der Halbinsel, ohne auf Widerstand zu stoßen. Am Ende des Monats war er in Cosenza, am 5. September bereits in Eboli unweit Salerno. Oft eilte er mit wenigen Begleitern seinem Freiwilligenheer voran, obwohl die aufgelösten Truppen in größern und kleinern Abteilungen im Land umherschwärmten. Der bloße Name Garibaldi übte auf die Bevölkerung eine zauberhafte Macht aus. Er erschien den Italienern als der Vollstrecker der Ratschläge Gottes, als der Träger einer providentiellen Mission. Über die Hauptstadt wurde der Kriegszustand verhängt und die Bewachung der Nationalgarde übertragen; in der Regierung sprang man von einem Entschluß zum andern über; am Hof war alle Haltung und alles Selbstvertrauen verschwunden. Am 6. September verließ Franz II. seine Hauptstadt und zog sich mit den noch treu gebliebenen Truppen, etwa 40,000 Mann, hinter die Linie des Volturno, in die Festungen Gaeta und Capua zurück, und schon am nächsten Tag feierte Garibaldi fast ohne Gefolge unter dem begeisterten Jubelruf der ganzen Bevölkerung seinen Einzug in Neapel. Er 7. Sept.
bestellte eine provisorische Regierung aus nationalgesinnten Männern, darunter Romano, Scialoja, Conforti, Pisanelli, hielt aber auch hier noch mit der Verkündigung des Anschlusses an Piemont zurück. Die Führer der radikalen Partei hatten den militärischen Volksmann umstrickt und mit Mißtrauen gegen die Politik Cavours erfüllt. Erst die Ankunft des Marchese Pallavicino, des Märtyrers vom Spielberg, den Garibaldi an seine Seite nach Neapel berief, führte ihn wieder den gemäßigten Unionisten zu. Die fremden Mächte befolgten den Grundsatz der Enthaltung von jeder Einmischung und ließen den Dingen ihren

Lauf. Napoleons Versuch, ein gemeinsames Einschreiten Englands und Frankreichs zu bewirken, scheiterte an der Abneigung Palmerstons und Russells.

Revolution und Ultramontanismus im Kirchenstaat.

Unter diesen Vorgängen stieg die Aufregung des italienischen Volks zu einer fieberhaften Höhe. Mit dem bevorstehenden Sturz des bourbonischen Herrscherhauses in Neapel näherte sich die Einigung der ganzen Apenninischen Halbinsel unter dem Zepter Viktor Emanuels immer mehr ihrer Erfüllung. Die Erklärung Garibaldis, daß er „vom Quirinal aus“ das Königreich Italien in seiner natürlichen Hauptstadt verkündigen wolle, fand einen Widerhall in dem Herzen des Volks, der die Entschlossenheit andeutete, nur um diesen Preis sich zu beruhigen. Je mehr aber das eigentliche Ziel der nationalen Bewegung zu Tage trat, desto verwickelter wurden die Verhältnisse wegen der schwierigen Lage Roms. Die päpstliche Regierung setzte dem Drängen des französischen Kaisers auf innere Reformen eine unüberwindliche Weigerung entgegen und bedrohte jeden Versuch einer Schmälerung des Kirchenstaats zum voraus mit dem Fluch der Kirche. Durch ganz Europa ertönte in den strenggläubigen Kreisen ein Schmerzensschrei über die Gefahren der Religion, wenn die weltliche Herrschaft des Papstes Schaden nehme. Umsonst verlangten die französischen Staatsmänner in ihren Verhandlungen mit Rom, daß doch die päpstliche Regierung aus den religiösen Gebieten, mit denen die Frage nichts zu thun habe, herabsteigen und die weltlichen Anliegen, um die es sich allein handle, berücksichtigen möge; der Vatikan blieb bei der alten Taktik, die Interessen seiner weltlichen Herrschaft den ewigen, unveränderlichen der Kirche gleichzustellen; denn nur auf diese Weise konnte eine tiefgehende Agitation in Szene gesetzt, konnten die Leidenschaften der katholischen Völker erregt werden. Je mehr es zu Tage trat, daß Umbrien, die Marken, ja selbst die Stadt Rom mit Ungeduld dem Augenblick entgegensahen, wo auch ihnen das Los zu teil werden würde, frei von der geistlichen Herrschaft in den Schoß der gemeinsamen italienischen Familie aufgenommen zu werden, desto lauter wurde der Hilferuf der Ultramontanen, desto kühner erhob der französische Klerus seine Stimme, um die kaiserliche Regierung zu beschwören, daß sie den heiligen Vater schütze, und dieselbe mit ewigen Flüchen zu bedrohen, wenn sie gemeine Sache mit dem Verderber mache. Ein französisches ultramontanes Blatt forderte zu einem „Kreuzzug“ auf wider die satanisch-bösartige Rasse in der Romagna, die wie die rebellischen Engel sich wider Gott empöre. In der ganzen katholischen Christenheit wurden die Gläubigen aufgefordert, dem bedrängten Kirchenfürsten beizustehen, daß er sich seiner Feinde erwehren möge. Von den Geringen sammelte man den Peterspfennig, den Wohlhabenderen machte man die Beteiligung an dem Anlehen und an der Lotterie zur Pflicht; an die Wehrhaften erging der Ruf zum Eintritt in die heiligen Scharen, welche als Streiter Christi das gefährdete Reich des Apostelfürsten schirmen sollten. Die durch die Agitation der Ultramontanen erweckte Teilnahme erfüllte die päpstliche Regierung mit der Zuversicht, „daß die Pforten der Hölle sie nicht überwinden würden“. Sie wies daher alle Vorschläge einer

Vermittelung und Ausgleichung, die ihr Napoleon stellen ließ, mit Entrüstung von sich. Um die feindselige Gesinnung des Vatikans offenkundig an den Tag zu legen, bewog der Waffenminister Merode, der feurige Ultramontane aus Belgien, seinen Freund, den verbannten französischen General Lamoricière, den Oberbefehl über die buntgemischte päpstliche Armee zu übernehmen. Man hoffte, daß der Name des berühmten Feldherrn der Republik auf die französischen Besatzungstruppen in Rom einen Zauber ausüben werde. Denn bei der gereizten Stimmung, die zwischen dem Vatikan und den Tuilerien obwaltete, glaubte man, daß diese Truppen weniger zum Schutz als zur Überwachung aufgestellt seien.

Unter diesen Verhältnissen gab es für den Kaiser Napoleon nur zwei Wege: Lamoricière u. die Schlacht bei Castelfidardo.
entweder er ließ der italienischen Revolution ihren freien Lauf, mit deren Hilfe dann Garibaldi ohne Zweifel der weltlichen Herrschaft des Papstes ein Ende gemacht und Rom zur Hauptstadt Italiens erhoben hätte, oder er gestattete seinem Schutzbefohlenen, Viktor Emanuel, mit dem Aufstand in Bund zu treten und auf diese Weise ihm Ziel und Grenzen zu setzen. Blieb die Revolution sich selbst überlassen, so lag die Gefahr nahe, daß Mazzini und die Aktionspartei die Oberhand gewinnen und alle bisherigen Errungenschaften durch republikanische Bewegungen in Frage gestellt würden. Napoleon zog daher den andern Ausweg vor. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Kaiser durch die beiden Abgesandten Viktor Emanuels, Farini und Cialdini, welche ihn auf seiner Reise durch Savoyen in Chambéry begrüßten, dem König melden ließ: er solle freie 28. Aug. 1860.
Hand haben, die Marken und Umbrien mit seinem Reich zu vereinigen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Diktatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse. Wie es mit dieser Unterredung und Übereinkunft sich verhalten mochte, jedenfalls wurde danach gehandelt. In den ersten Tagen des September rückten zwei sardinische Heerabteilungen unter dem Kriegsminister Fanti und General Cialdini an die Grenzen des Kirchenstaats. Bei dem Heer befand sich Graf Moritz von Sonnaz, den seine reiche Tante, die Marquise Colbert-Barolo durch die Drohung der Enterbung von dem kirchenräuberischen Unternehmen zurückzuhalten suchte. Aber der patriotische Edelmann verzichtete lieber auf die Millionen, welche die klerikal gesinnte Frau der Kirche vermachte, als daß er der nationalen Fahne untreu geworden wäre. Der Einzug der piemontesischen Truppen gab das Zeichen zu einer allgemeinen Volkserhebung; in Pesaro, Montefeltre, Sinigaglia und Urbino wurden provisorische Regierungen eingesetzt und Deputationen nach Turin gesandt. Der Befehlshaber der Schweizer Söldner in Perugia, Oberst Schmid, eilte durch eine Kapitulation mit Kriegsgefangenschaft sich und seine Leute der Rache der Einwohner zu entziehen. Der sardinische Oberfeldherr stellte an General Lamoricière und an den römischen Hof die Forderung, daß man allen päpstlichen Städten gestatte, den

Volkswillen ungehindert kund zu geben. Als dieses Verlangen mit Entrüstung zurückgewiesen ward, rückte General Fanti in Umbrien vor, während Cialdini die Marken besetzte. Dem letztern zog Lamoricière von Macerata aus entgegen, und obwohl er an Truppenzahl dem Gegner weit nachstand, lieferte er
18. Sept. 1860. demselben doch bei Castelfidardo ein Treffen. Von beiden Seiten wurde mit Tapferkeit gestritten, der päpstliche General Pimodan, ein eifriger französischer Legitimist, der einst dem vertriebenen König Karl X. nach Österreich gefolgt war, fiel an der Spitze seiner Mannschaften; aber die Übermacht siegte nach kurzem Gefecht. Die päpstlichen Truppen wurden geschlagen und teils gefangen, teils zersprengt; mit wenigen Begleitern rettete sich Lamoricière nach Ancona; als jedoch Cialdini schon am folgenden Tag vor die Seestadt rückte und sie zu Lande einschloß, während gleichzeitig der sardinische Admiral Persano mit einem Geschwader sie von der Seeseite aus belagert hielt und die Festungswerke zerstörte,
29. Sept. mußte sich Ancona ergeben. Lamoricière und die ganze Besatzung wurden in Kriegsgefangenschaft geführt. Das Geschenk eines Ehrensäbels, womit die Gesinnungsgenossen den französischen General nach seiner Freilassung belohnten, war ein geringer Ersatz für den verlornen Kriegsruhm. Wenige Tage nachher erschien
9. Okt. Viktor Emanuel in Ancona und übernahm selbst den Oberbefehl. Ein Manifest schloß mit der Versicherung: seine Politik werde dazu dienen, den Fortschritt der Völker mit der Stabilität der Regierungen zu versöhnen. Lamoricière, „der französische Achilles", lebte noch fünf Jahre in tiefster Zurückgezogenheit in Frankreich, wo er am 10. September 1865 in einem Alter von nicht ganz sechzig Jahren starb.

Garibaldi in Neapel und sein Verzicht auf den Oberbefehl. Die Absicht des Königs bei Übernahme des Oberbefehls war, in Verbindung mit Garibaldi das Königreich Neapel vollends zu erobern. Denn so rasch die Freischaren bis in die Hauptstadt vorgedrungen waren, so langsam waren die Fortschritte an der Volturnolinie. Der Versuch, von Caserta aus nach
21. Sept. 1860. Capua vorzudringen, wurde durch das unglückliche Gefecht bei Cajazzo vereitelt. Die Erwartung, daß das ganze neapolitanische Heer zu den Insurgenten übertreten oder sich auflösen würde, war nicht in Erfüllung gegangen; weitaus die Mehrzahl der Truppen blieb der Fahne treu, so daß Garibaldi, obwohl seine Freischaren auf etwa 25,000 Mann angewachsen waren, nicht daran denken konnte, ohne die Hilfe Sardiniens den König Franz zu vertreiben oder die Festungen Capua und Gaeta zu erobern. Aber gegen den staatsklugen Minister Cavour, der fern von aller „Ideologie" mit klarer Verstandesschärfe die Wirklichkeit der Dinge ins Auge faßte, hegte der offene und gerade Garibaldi eine tiefe Abneigung. Er verzieh nie, daß Cavour Nizza den Franzosen überliefert und ihn selbst durch Preisgebung dieser seiner Heimatstadt zum Fremdling gemacht in seinem Vaterland. Dagegen fühlte er sich durch einen geheimen Zug des Herzens, durch eine gewisse Verwandtschaft der Natur persönlich zu dem König hingezogen, in welchem er den von der Vorsehung gesandten Befreier Italiens erblickte. So lenkte er denn wieder in die Politik ein, für die ihn besonders sein

Freund Pallavicino, den er zum Prodiktator von Neapel ernannt, zu gewinnen wußte: das eine unteilbare Italien unter dem konstitutionellen Zepter des Hauses Savoyen. Wie sehr immer Mazzini, Crispi und die Radikalen und Partikularisten in Caserta den General von den Einverleibungsgedanken abzuhalten suchten; als sowohl auf dem neapolitanischen Festland wie auf Sizilien eine großartige Volksabstimmung sich für die Verbindung mit Piemont ausgesprach, war die wichtige Streitfrage zu gunsten der Vereinigung entschieden. Als nun Viktor Emanuel an der Spitze seines Heeres in Sessa einzog, wurde Garibaldi leicht bewogen, die diktatoriale Gewalt in des Königs Hand niederzulegen und die Vollendung des großen Werks der Befreiung und Einigung Italiens, das er mit begeisterter Hingebung begonnen und das seine ganze Seele erfüllte, einem kräftigern Arm anzuvertrauen. Nachdem er Viktor Emanuel in Sessa als König von Italien begrüßt und mit den Worten: Sire, ich gehorche! den verlangten Verzicht auf den Oberbefehl geleistet, zog er an des Königs Seite in Neapel ein, begleitet von den beiden Prodiktatoren Pallavicino und Mordini, und kehrte dann, seine Kampfgenossen dem besonderen Schutz des Monarchen empfehlend, nach seiner kleinen Besitzung auf der einsamen Insel Caprera zurück, jeden Lohn und jede Auszeichnung von sich weisend. Es war der größte Augenblick in dem vielbewegten Leben des italienischen Patrioten. Er hatte sich selbst überwunden.

21. Okt. 1860.

7. Nov.

Nun gewannen die Kriegsoperationen einen schärfern Charakter. Nach der Eroberung von Capua durch die Piemontesen und Garibaldiner, wobei über 10,000 Gefangene gemacht und zahlreiche Kriegsvorräte und Geschütze erbeutet wurden, sah sich die neapolitanische Armee gezwungen, die Volturnolinie aufzugeben und sich hinter den Garigliano zurückzuziehen. Bald wurde König Franz mit dem Rest seiner besten Truppen in die Festung Gaeta gedrängt, während Viktor Emanuel nach einem Besuch in Palermo von dem Königreich beider Sizilien Besitz nahm und die Garibaldinischen Soldaten teils verabschiedete, teils in das eigne Heer aufnahm. Gaeta war das letzte Bollwerk, an dem das Schicksal des Königreichs und der bourbonischen Dynastie hing. Die tapfere Verteidigung dieser Seestadt, wobei vor allen die junge unglückliche Königin, Maria von Bayern, einen heroischen Mut zeigte, bildet den Glanzpunkt in dem kurzen Regentenleben Franz' II. So morsch auch der bourbonische Herrscherstamm in der üppigen Erde geworden war, ganz ruhmlos sollte er doch nicht fallen. Über drei Monate leistete die Besatzung von Gaeta mutigen Widerstand. Der preußische Junker Schlippenbach vermittelte die Verbindung mit den sizilianischen Besatzungstruppen, indem er auf dem Kriegsdampfer Loreley Depeschen nach Messina an den tapfern bourbonischen Kommandanten Fergola beförderte, eine schwächliche Episode von unzeitgemäßer Ritterlichkeit in dem großartigen geschichtlichen Weltdrama. Napoleon suchte den Verdacht von sich abzuwälzen, als sei er mit der Eroberungspolitik des Königs von Sardinien

Gaeta.

2. Nov.

1. Dez.

einverstanden; deshalb rief er nicht nur, wie die meisten übrigen Mächte, England ausgenommen, seinen Gesandten von Turin ab, sondern er schickte auch eine französische Flotte nach dem Tyrrhenischen Meer, welche den Hafen von Gaeta besetzt hielt und dadurch dem König die Möglichkeit gewährte, sich fortdauernd mit Lebensmitteln und Kriegsbedarf zu versehen. Die Monarchen von 22.–26. Okt. 1860. Österreich, Preußen und Rußland hielten eine Zusammenkunft in Warschau; allein zu einer Intervention wie in den Tagen der Heiligen Allianz war die Zeitlage nicht mehr angethan; man sah dem Belagerungskrieg in Gaeta wie einem Zweikampf zu. Als der Hilferuf des bourbonischen Königs an die Mächte Europas und seine laute Beschwerde über den an ihm begangenen Bruch alles Völker- und Fürstenrechts kein bewaffnetes Einschreiten zu bewirken vermochte, als seine Verheißungen und Manifeste an die Völker beider Sizilien keine wirksame Erhebung zu seinen gunsten hervorriefen, vielmehr die einzelnen reaktionären Aufstände in den Abruzzen den Charakter eines wilden Räuber- und Banditenwesens annahmen, da meinte Napoleon, jetzt sei von seiten des Königs Franz für die Ehre genug geschehen, und rief, nachdem er einen Waffenstillstand vermittelt, seine Flotte zurück. Nun dauerte der Widerstand noch kurze Zeit fort, bis die Fortschritte der Belagerer, Not an Lebensmitteln und Kriegsmunition, unglückliche Zufälle (Explosionen und Typhus), Mangel an Aussicht auf irgend einen Entsatz, vielleicht auch Verrat den König endlich zur Kapitulation 13. Febr. 1861. zwangen. Am 13. Februar 1861 verließ er auf einem französischen Schiff Gaeta und begab sich mit seiner Gattin und seinem Gefolge nach Rom, wo er seinen Wohnsitz nahm und zehn Jahre lang behalten hat, von der Hoffnung getragen, durch eine Gegenrevolution, die seine Agenten und Parteigänger in Neapel nach Kräften und mit seiner Unterstützung betrieben, wieder in seine Staaten und Königsrechte eingesetzt zu werden. Im nächsten Monat ergab sich 12. März. auch die Citadelle von Messina an General Cialdini und die kleine Bergfestung Civitella. Damit nahm das Königreich beider Sizilien sein Ende und die Herrschaft der Bourbonen verschwand aus der schönen Halbinsel. Am 18. Februar versammelte König Viktor Emanuel die Abgeordneten aller Staaten, die seine Oberhoheit anerkannten, in Turin um seinen Thron und legte mit ihrer freudigen Zustimmung sich und seinen rechtmäßigen Nachfolgern den Titel König von Italien bei (Gesetz vom 17. März 1861). Die Proteste der entthronten Fürsten sowie des Papstes und des Kaisers von Österreich blieben tote Worte.

b. Cavour und Garibaldi.

Graf Cavour und seine politischen Ziele. So war denn das unglaubliche Ereignis eingetreten, daß sämtliche Staaten Italiens, mit Ausnahme des österreichischen Venetiens im Nordosten und der päpstlichen Stadt Rom mit ihrer Umgebung, zu einem Königreich vereinigt waren. Wie weit waren die Erfolge über die Bestimmungen des Züricher

Friedens und über die anfänglichen Absichten des französischen Kaisers hinausgegangen! Durch die Staatsklugheit Cavours, durch die kriegerische Entschlossenheit Viktor Emanuels, durch die patriotische Hingebung Garibaldis, durch den politischen Takt der gebildeten Stände war das große Werk der nationalen Einigung gelungen, und selbst die Aufwiegelungen Mazzinis und seiner republikanischen Freunde hatten zu diesem Gelingen wesentlich beigetragen, sowenig auch die errungenen Güter ihren Wünschen und Bestrebungen genügten. Aber das Erworbene zu erhalten und zu befestigen, die äußerlich verbundenen Glieder auch innerlich zu einigen und zu verschmelzen, war eine schwierigere Aufgabe, als das Erwerben selbst. Während hier ein mächtiger nationaler Aufschwung, getragen von großen Heldengestalten und unterstützt durch glorreiche Thaten im Feld, unerwartet rasch zu einem greifbaren Ziel führte, mußte man jetzt mühsam auf dem wenig dankbaren Weg diplomatischer und politischer Aktionen bald das Mißtrauen und die Abneigung der auswärtigen Höfe zu beseitigen suchen, bald dem Ungestüm der vorwärtsstrebenden Revolutionspartei wehren, bald die reaktionären Bewegungen, die von Rom aus geschürt und unterstützt wurden, mit starker Hand niederhalten, bald die mißvergnügten Elemente, die Partikularisten und Munizipalisten versöhnen oder unschädlich machen. Diesen schwierigen Aufgaben gegenüber entfaltete Graf Cavour dieselbe staatsmännische Gewandtheit, die er von jeher an den Tag gelegt. Sollte die große Idee der nationalen Einigung Italiens, die in seinem Geist vorzugsweise ihre Entstehung genommen, nicht wie ein schönes Traumbild nach kurzer Zeit wieder entschwinden, nur als glänzendes Phänomen am geschichtlichen Horizont ein flüchtiges Dasein feiern, so bedurfte es einiger Jahre der Ruhe und des Friedens, um das Gewonnene zu ordnen und zu festigen, um das Zerstreute zu sammeln, um dem Ausland den Glauben einzuflößen, daß die rasche, zum Teil mit ungesetzlichen Mitteln zustandegebrachte Schöpfung auch Dauer und Bestand habe und würdig sei, als ein neues starkes Mitglied der europäischen Staatenfamilie anerkannt zu werden. Mit Frankreichs Hilfe und Bundesgenossenschaft war das Werk der Befreiung und Einigung zustandegebracht worden, daß es aber viel weitere Ausdehnung angenommen, als Napoleon gehofft und gewünscht hatte, daß der französische Kaiser von Cavour in den Strom einer kühnen aktiven Politik weiter hineingerissen wurde, als anfangs seine Absicht gewesen, ließ sich aus seiner auffallenden, unberechenbaren Haltung bei den raschen Vorgängen schließen. Eine unbesonnene Handlung von seiten des Turiner Kabinetts hätte ihn leicht zu andern politischen Gängen führen können. Daß die Einheit Italiens eine unvollständige sei, solange die Losung: Frei bis zur Adria! nicht in Erfüllung gegangen, daß die italienische Königskrone ihres schönsten Schmuckes entbehrte, solange Rom in andern Händen war, erkannten und fühlten die italienischen Patrioten mit großem Verdruß. Der romantische Zug der Zeit verlangte, daß der König von Italien vom Kapitol aus das geeinigte Apenninenland beherrsche. Aber dieses Ziel war

vorerst nicht zu erreichen, sollte nicht die ganze Errungenschaft der blutigen und heißen Arbeit wieder gefährdet und in Frage gestellt werden.

Die venetianische und die römische Frage.

Napoleon hatte im Oktober 1860, bei Gelegenheit der erwähnten persönlichen Zusammenkunft der drei Monarchen des Nordens und Ostens in Warschau, die beruhigende Versicherung gegeben, daß Piemont für den Fall eines Angriffs auf Venetien von Frankreich keinen Beistand erhalten werde. Wie konnte aber das Turiner Kabinett daran denken, das von Festungen gedeckte, von Waffen strotzende Österreich in Italien ohne auswärtige Hilfe feindlich anzufallen, während im Innern der Halbinsel noch so viele gärende Elemente sich regten? Nicht minder große Schwierigkeiten, wenn auch andrer Art, standen in Rom einem solchen Unternehmen im Weg. Hier wäre die päpstliche Armee, welche Merode nach dem Tag von Castelfidardo wieder aus Freiwilligen aller Nationen durch Werbungen um sich gesammelt, kaum im stande gewesen, bei der geringsten Handreichung von seiten Sardiniens die Volksaufstände im eignen Land niederzuwerfen; und eine Berufung an das römische Volk, welche man früher in schlimmen Zeitläuften, wenn auch verstohlen als Rechtstitel mochte geltend machen, wäre jetzt sicherlich nicht zu gunsten des Pontifikats ausgefallen. Aber die französische Besatzung in Rom hatte den Befehl, jeden Angriff mit den Waffen zurückzuweisen; und würde Napoleon, wenn dennoch ein solcher Angriff von irgend einer Seite erfolgte, nicht mit seiner ganzen Macht für das Leben und die Sicherheit seiner Soldaten eingetreten sein? Zudem mußte die „römische Frage" noch näher besprochen und untersucht, mußte die katholische Welt noch mehr mit der Idee einer Trennung der geistlichen und weltlichen Herrschaft, wie sie dem Geist Cavours vorschwebte, vertraut gemacht werden. Nach der Auffassung des piemontesischen Staatsmannes sollte das Papsttum seiner weltlichen Regierungspflichten, zu deren Erfüllung es sich unfähig erwiesen, entlastet werden und dann geistig wiedergeboren in der Leitung der katholischen Christenheit die ganze Höhe seiner Mission erreichen. Freie Kirche im freien Staat! lautete seine Parole. Allein an einen solchen Gedanken eines Kirchenregiments ohne Territorialbesitz mußte sich die katholische Menschheit erst gewöhnen. Nur wenn der römische Stuhl selbst die Hand zu einer Übereinkunft bot, konnte in der letztern Frage eine Lösung eintreten; aber Cavours Anerbieten, dem Papst und der katholischen Kirche gegen den Verzicht auf die weltliche Herrschaft vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit vom Staat in allen geistlichen Dingen zuzugestehen, wurde mit Entrüstung zurückgewiesen. Während die Welt ringsum in lebendigem Fortschreiten begriffen war und alle Kräfte sich anstrengten, die gewohnten Formen und Lebensordnungen nach den Zeitideen zu gestalten, hielt man in Rom mit Bajonetten und Priesterdruck die verkommenen Zustände einer entschwundenen Vergangenheit mit eiserner Konsequenz aufrecht, fristete lieber das Leben mit Almosen, als daß man mitwirkte an dem Webstuhl der Zeit, mitbaute an dem Werk der nationalen Wiedergeburt, und leistete dem Brigantenwesen und der verrotteten Reaktion in Neapel Vorschub.

Bei dieser Lage der Dinge kam dem Grafen Cavour das Drängen und Treiben der italienischen Heißsporne, der „Italianissimi", sehr ungelegen. Indem sie das Volk durch den großsprecherischen Ruf: Rom und Venedig! in Aufregung hielten, füllten sie die Gemüter auch mit Mißtrauen und Unzufriedenheit gegen die Regierung und gegen das monarchische Regiment überhaupt. Von diesen hauptsächlich durch die Mazzinisten hervorgerufenen Bewegungen hielt sich auch Garibaldi nicht fern. Ein militärischer Mann, der einen großen Teil seines Lebens in republikanischen Staaten zugebracht, der fast immer in Kampf und Opposition gegen monarchische Herrschaften gelegen, der in seinen idealen Weltanschauungen, in seiner opferfreudigen Liebe für Freiheit und Vaterland die Macht der realen Verhältnisse nicht kannte und nicht würdigte, mußte an der zögernden Politik Cavours Ärgernis nehmen. Am 20. April 1861 erschien er im Parlament zu Turin, um die Auflösung des einst von ihm gebildeten Freiwilligenheeres und die Behandlung, die seinen ehemaligen Waffengefährten widerfahren, mit scharfen Worten zu rügen und auf eine allgemeine Volksbewaffnung zu dringen. Der Gewandtheit Cavours gelang es, den Zürnenden wieder zu versöhnen. Er kehrte nach seiner Felseninsel Caprera und zu seinem Einsiedlerleben zurück. Bald nachher starb Graf Cavour, tief betrauert von dem ganzen Lande, das ihm recht eigentlich die nationale Einheit zu verdanken hatte. Die fieberhafte Aufregung und das Übermaß von Arbeit hatten seine Kräfte vor der Zeit aufgerieben. Er stand erst im 51. Lebensjahr. „Zwölf Jahre lang war ich ein Verschwörer mit allen meinen Kräften, um meinem Vaterland die Unabhängigkeit zu schaffen," sagte er einst. „Aber ich war ein eigentümlicher Verschwörer, ich verkündete mein Ziel im Angesicht des Parlaments und an allen Höfen von Europa. Ich führte mit mir das ganze oder fast das ganze subalpinische Parlament, in den letzten Jahren waren fast alle Mitglieder des Nationalvereins meine Adepten und Genossen, und heute verschwöre ich mich mit 26 Millionen Italienern." Mit den Worten: Freie Kirche im freien Staat! schied er aus dem Leben, von einem getreuen Mönch mit den Sterbesakramenten versehen. Sein Werk war noch nicht ganz vollbracht, und seine letzte Idee überhaupt ein Traumgebilde; aber er hatte wenigstens die Genugthuung, das junge Königreich Italien, seine eigentliche Schöpfung, das große Ziel seines thatenreichen Lebens, in gedeihlichem Fortschreiten zu sehen. Viele Regierungen hatten bereits ihre Anerkennung ausgesprochen, und wenn auch einige Mächte aus Rücksicht für Österreich damit noch zurückhielten, so war doch vorauszusehen, daß sie, wenn der bisherige politische Gang in Italien fortdauere, dem Beispiel von England und Frankreich folgen würden. Darum war auch Cavours Nachfolger, der Toscanese Ricasoli, beflissen, in die Bahn seines Vorgängers einzutreten und seine Sorgfalt hauptsächlich dem innern Ausbau des Staats zu widmen. Zuerst wiederholte er den Versuch, mit Rom auf Grund einer freien Kirche im freien Staat eine Übereinkunft zu treffen und dadurch die tiefe Wunde in dem neuen

Parteiumtriebe und Cavours Tod.

6. Juni 1861.

Königreich zu schließen. Aber seine Vorschläge hatten ebensowenig Erfolg, wie die seines Vorgängers. Galt doch der florentinische Staatsmann in den Augen der Päpstlichen als ein der katholischen Religion Entfremdeter. Frankreich verweigerte die Vermittelung, welche Ricasoli angerufen. Um so thatkräftiger wurde gegen das Bandenwesen im Königreich Neapel eingeschritten, das unter thätiger Beihilfe legitimistisch-klerikaler Herren und Damen von Rom aus sich immer frecher vorwagte. General Cialdini wurde als Oberstatthalter des Königs mit ausgedehnten Vollmachten und beträchtlichen Streitkräften dahin abgeschickt; und seinen energischen Maßregeln gelang es, das Ansehen der Obrigkeit und des Gesetzes wieder fester zu begründen. Der spanische General Borjès, früher ein höherer karlistischer Offizier, der sich mit einigen Begleitern nach der römischen Grenze durchzuschlagen versuchte, fiel in die Hände der Piemontesen und wurde
Dez. 1861. mit neun seiner Gefährten kriegsrechtlich erschossen; dasselbe Schicksal traf den Marquis de Tracigny, einen jungen Belgier, und einige andre royalistische Parteigänger. Der verschmitzte Bandenführer Chiavone wurde von einem neidischen Genossen aus dem Weg geräumt. Die Zahl der Gefangenen und standrechtlich Erschossenen betrug über tausend. Dagegen wagte keiner der vornehmen neapolitanischen Emigranten die bourbonische Fahne aufzupflanzen. Der entthronte König und sein Hof begnügten sich, durch Geld und Verführung Abfall und Aufruhr zu nähren, ohne sich selbst einer persönlichen Gefahr auszusetzen.

Die Aktionspartei und Garibaldis zweite Schilderhebung.

Ricasolis Regiment war von kurzer Dauer. Schon im März 1862 reichte er seine Entlassung ein, worauf Rattazzi die Leitung des Ministeriums übernahm. Er trat der Aktionspartei näher, nahm den Überrest der Freischaren Garibaldis in das Heer auf und erklärte, daß der Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, worin Rom feierlich als künftige Hauptstadt des Reichs verkündet worden, als ein von der Nation dem König übertragenes Mandat anzusehen sei, das ausgeführt werden müsse. Zugleich wurden nach dem Vorgang Englands Schützenvereine errichtet und die Organisation und Ausbildung einer Volksbewaffnung oder Landwehr eingeleitet. Bei diesem patriotischen Unternehmen wollte sich die Regierung der Unterstützung Garibaldis bedienen, der zu dem Zweck von seiner Insel nach dem Festland berufen ward. Diese Vorgänge erfüllten die Partei der Aktion mit kühnen Erwartungen und entzündeten die revolutionären Leidenschaften. Nicht nur Rom und Venedig wollte man mit stürmender Hand erobern, die ganze italienisch redende Bevölkerung im südlichen Tirol und jenseit der Adria sollte in den Reichsverband aufgenommen werden. Mit ungarischen Emigranten wurde „Blutsfreundschaft“ geschlossen. Kossuths Hoffnungen lebten von neuem auf. Bald gingen die Wogen der Bewegung so hoch, daß die Regierung, welche keineswegs gesonnen war in kriegerische Aktion zu treten, einen festen Damm dagegen aufrichten mußte. Es wurden in der Gegend von Bergamo und Brescia Verhaftungen vorgenommen und einige Zusammenrottungen durch Militär zersprengt. Unter den Verhafteten

befanden sich auch Freunde und Begleiter Garibaldis, der gleichfalls von dem revolutionären Schwindel ergriffen worden war. „Es war ein Unglück für Italien, daß dieser General keine organische Sphäre der Thätigkeit innerhalb des neuen Staatswesens fand. Ausgezeichnet durch mannigfaltige Eigenschaften des Charakters, war er es nicht ebenso durch politischen Verstand. Obgleich dem König persönlich zugethan und aufrichtig ergeben, ließ er sich fortwährend von den Männern der Aktionspartei leiten und wollte fort und fort mit revolutionären Mitteln wirken, auch nachdem die Zeit für diese Mittel vorbei war." Garibaldi beschloß den Waffengang, den er vor zwei Jahren wider Neapel gerichtet, nunmehr gegen Rom zu kehren. Im Juni segelte er von Genua nach Juni 1862. Palermo, wo auf seinen Ruf bald bewaffnete Freiwillige unter seine Fahne eilten, um die Fremdherrschaft von Italien abzuschütteln und dem Reich die natürliche Hauptstadt zu gewinnen. Die thatendürstende Jugend schloß sich ihm um so eifriger an, da die Aktionspartei die Meinung zu verbreiten gewußt, als sei die Regierung insgeheim mit dem Unternehmen einverstanden und werde dem General nichts in den Weg legen, eine Ansicht, die er vielleicht selbst gehegt haben mag und die auch im Ausland Glauben fand. Gerade darum mußte die Regierung um so entschiedener auftreten. Hatte doch Napoleon gedroht, er werde selbst Neapel besetzen lassen, wenn die Turiner Regierung die revolutionäre Bewegung nicht niederschlage. Eine energische Proklamation des Königs vom 8. August sprach unumwunden aus, daß derjenige nicht der Fahne Italiens folge, der die gesetzlichen Schranken durchbreche und die Freiheit und Sicherheit des Vaterlandes gefährde, indem er sich zum Herrn seiner Geschicke aufwerfe, und warnte alle Italiener, sich an den Handlungen strafbaren Ungestüms und unbesonnener Agitationen zu beteiligen. In ähnlichem Sinn sprach sich das Parlament aus. Garibaldi ließ sich indessen von seinem Vorhaben nicht abbringen. Als die Besatzung von Messina ihm den Weg verlegte, bog er nach Catania ab, wo er sich mit etwa zweitausend Freiwilligen einschiffte, um „in Rom als Sieger einzuziehen oder unter seinen Mauern zu sterben". In fieberhafter Aufregung blickte Italien, ja ganz Europa nach dem Süden, wo der volkstümliche Held die so oft betretene Kriegslaufbahn von neuem begann. Am 25. August landete er zu Melito und rückte sofort, da er das wohlverteidigte Reggio nicht anzugreifen wagte, in die kalabrischen Berge. Aber sein Lauf war bald zu Ende. General Cialdini schickte eine Abteilung des Hauptheeres unter Oberst Pallavicino gegen die Freischaren aus. Bei Aspromonte kam es zu einem 28. Aug. Zusammenstoß. Ein unbewachter Schuß führte ein kurzes Gefecht herbei, in welchem einige Freiwillige fielen, Garibaldi selbst verwundet und mit den Seinen gefangen genommen wurde. Ein Regierungsdampfer brachte ihn nach Varignano im Golf von Spezzia, wo er sich einer langen und schmerzlichen Operation unterziehen mußte. Während der langsamen und schweren Heilung hatte er wenigstens den erhebenden Trost, daß ganz Europa mit der innigsten Teilnahme

auf den unglücklichen Verwundeten blickte und alles freudig aufatmete, als die Kunde sich verbreitete, daß die Todesgefahr beseitigt sei, und als er wieder frei, wenn auch an der Wunde leidend, nach seiner Felseninsel zurückkehrte.

Florenz zur Hauptstadt erkoren. Der Tag von Aspromonte war eine schwere Niederlage für die Revolutionspartei und schob die Erwerbung Roms als Hauptstadt in weite Ferne. Der Schmerz darüber wirkte so erschütternd auf den Minister Farini, daß er bald nachher in Geistesstörung fiel und die letzten Jahre in einer Irrenanstalt verbringen mußte, wo er im Jahr 1866 starb, stets mit der römischen Frage beschäftigt. Das neue Ministerium Minghetti, Sella, Visconti-Venosta hatte mit so großen innern Schwierigkeiten zu ringen, daß es in friedlichere Bahnen einlenken, die vermittelnde Hand Napoleons ergreifen mußte. Nach mehreren vergeblichen Versuchen der französischen Diplomatie, zwischen dem Papst und 1864. Viktor Emanuel ein Verständnis herbeizuführen, kam am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien ein Vertrag zu stande, welcher die Verlegung der Residenz von Turin nach Florenz und die allmähliche Entfernung der französischen Besatzung aus Rom festsetzte und der päpstlichen Regierung kein Hindernis in den Weg zu legen versprach, wenn sie während der auf zwei Jahre bestimmten Abzugszeit eine Armee bilden würde, „genügend zur Aufrechthaltung der Autorität des heiligen Vaters und der Ruhe im Innern und auf der Grenze, aber nicht so stark, daß sie in ein Angriffsmittel gegen die italienische Regierung ausarte". Diese Septemberkonvention erzeugte in der Hauptstadt Turin, die sich durch die Entfernung des Hofes und der Regierungsbehörden mit schweren materiellen Verlusten bedroht sah, große Unzufriedenheit. Würde Rom zum Herrschersitz erhoben, erklärten die Piemontesen, so wollten sie gern zurückstehen, aber warum sollten sie den Florentinern das schwere Opfer bringen? Die dumpfe 20.–22. Sept. Gärung ging bald in Aufruhr und Straßenexzesse über. Statt die Aufregung zu beschwichtigen und den Ausbruch einer nicht unbegründeten Mißstimmung durch versöhnendes Entgegenkommen verlaufen zu lassen, schritt das Ministerium scharf ein. Es gab Verwundete und Tote. Dem König ging das Schicksal der Stadt, die seinem Haus soviel Treue und Hingebung bewiesen, zu Herzen. Er entließ das Ministerium und übertrug dem General L a m a r m o r a, einem Piemontesen von Geburt, die Bildung eines neuen Kabinetts. Die Ruhe kehrte bald zurück; aber seinem Schicksal konnte Turin nicht entgehen. Als sich im nächsten Monat das Parlament für die Verlegung der Hauptstadt erklärte und mit großer Opferwilligkeit alle Finanzmaßregeln der Regierung genehmigte, wurden Vorbereitungen zur Übersiedelung des Hofes und der Staatsgewalten in die altberühmte Hauptstadt am Arno getroffen. Die Wiederkehr ruhestörender Auftritte zu Anfang des nächsten Jahres bei Gelegenheit eines Hoffestes beschleunigte den Umzug. Als der Gemeinderat und die angesehenere Bürgerschaft den Ausschreitungen des Pöbels nicht ernst genug entgegentraten, verließ Viktor 3. Febr. 1865. Emanuel am Morgen des 3. Februar ohne Ankündigung und Abschied seine

bisherige Hauptstadt und nahm seinen Aufenthalt in Florenz. Lange standen die Vertreter Piemonts aus Verdruß über die Verlegung der Residenz und über die unverdiente Zurücksetzung als Partei der „Permanenten" auf Seite der Opposition, bis endlich die Verstimmung sich legte und eine Versöhnung mit der Regierung erfolgte.

Das Königtum Italien und der Papst.

In Rom zürnte man heftig über die ohne Beiziehung der päpstlichen Regierung abgeschlossene französisch-italienische Konvention, und um zu beweisen, wie wenig die Kurie dem Zeitgeist und den modernen Anschauungen Zugeständnisse zu machen gesonnen sei, überraschte der Papst die Welt mit dem Weihnachtsgeschenk einer Encyklika und eines Syllabus, worin eine Reihe von Sätzen (8. Dez. 1864.) und Lehrmeinungen religiösen, philosophischen und staatsrechtlichen Inhalts, Errungenschaften der neuern Zeitbildung, verworfen und verdammt waren. Dieses merkwürdige Aktenstück, welches sich auf den Standpunkt des Mittelalters stellte und die ganze Entwickelung des Staats, den Bildungsstand und die Anschauung der modernen Gesellschaft als Irrtümer verurteilte, zeigte der Welt, wie unmöglich es sei, sich mit einer Macht zu verständigen, welche gegen die Wirklichkeiten des Lebens und die Rechte des gegenwärtigen Menschengeschlechts die Augen fest verschlossen hält, und wie wenig eine solche Macht den Willen und das moralische Vermögen besitze, zeitgemäße und notwendige Reformen und Freiheiten zu gewähren. Darum blieb auch die Encyklika ohne Wirkung. Es war ein Schlag in die Luft. Die Erklärungen einiger französischen Bischöfe, als der Minister der Justiz die Veröffentlichung des Schriftstückes untersagte und der Kaiser das Verbot guthieß, waren mehr eine Protestation gegen die Maßregeln der Regierung, als eine Zustimmung zu dem Inhalt der vatikanischen Kundgebung. Die italienische Regierung aber legte sowenig Gewicht auf die Darlegung von Grundsätzen aus einer entschwundenen Zeit, daß sie die Verkündigung des Erlasses durch die Bischöfe ruhig geschehen ließ. Die gleichzeitigen Verhandlungen der Abgeordnetenkammer, wo man die Einführung der Zivilehe, die Aufhebung der Klöster, die Säkularisation der geistlichen Güter beschloß und auf die Abschaffung der Todesstrafe antrug, waren die schlagendste Widerlegung. Und der Papst selbst trug einige Monate nachher den thatsächlichen Verhältnissen insoweit Rechnung, daß er an Viktor Emanuel ein eigenhändiges Schreiben (6. März 1865.) richtete, um die Wiederbesetzung der verlassenen Bischofssitze zu erwirken. Der König sandte einen gewandten Staatsmann, Vegezzi, nach Rom mit dem Auftrag, über kirchliche Angelegenheiten womöglich eine Verständigung mit der Kurie herbeizuführen, die politischen Fragen aber zu vermeiden. Die Mission scheiterte zwar an den reaktionären Einflüssen, die bald wieder die Oberhand erlangten, doch gestattete der König freiwillig einer Reihe von Bischöfen die Rückkehr in ihre verwaisten Diözesen. Trotz der eignen schwierigen Finanzlage, in welche Italien durch den Befreiungskrieg, durch den großen Militäraufwand gegen Venetien, durch seine staatliche Reorganisation geraten war, zeigte sich

doch Viktor Emanuel bereit, gegen die Anerkennung des neuen Staats auf Grund seines gegenwärtigen Besitzstandes einen entsprechenden Anteil der römischen Staatsschuld zu übernehmen; allein der Papst setzte allen Ausgleichungsversuchen ein Non possumus! entgegen. Wie groß indessen auch die Schwierigkeiten waren, mit denen das junge Königreich zu kämpfen hatte, die Nation und die Regierung lebten der festen Zuversicht, daß in nicht gar ferner Zeit sich für Italien Gelegenheit bieten würde, seine Geschicke zu erfüllen und innerhalb seiner natürlichen Grenzen seine nationale Einheit zu begründen. Im Gefühl
14. Mai 1865. des neuen geistigen und politischen Lebens feierte Italien im Mai das sechshundertjährige Jubelfest seines großen Dichters Dante Alighieri, gleichsam als Erfüllung der heißesten Wünsche des alten Florentiners für ein starkes und einiges Italien.

IV. Die außereuropäischen Staaten.

1. Die Empörung im indobritischen Reich.

Das indobritische Reich unter dem Lordstatthalter Dalhousie.

Als Lord Dalhousie, während dessen Oberstatthalterschaft das mächtige Reich der Sikhs unter Englands Herrschaft gebracht worden (XV, 1. 192), am Ende des Jahres 1855 seinen Abschied nahm, stand das indobritische Reich auf dem Gipfel seiner Macht und Größe. Von den Grenzen Afghanistans bis zu dem hinterindischen Reich von Ava, vom Himalaja bis Kap Komorin und der großen Insel Ceylon war kein einziger eingeborner Staat vorhanden, der nicht mittelbar oder unmittelbar unter der Herrschaft der Ostindischen Kompanie stand. Mit nationalem Stolz wirft der englische Verfasser der Geschichte von Indien, Thomas Keightley, am Schluß seines bis zum Abgang Dalhousies geführten Werks einen Rückblick auf die weltgeschichtliche Schöpfung, deren Entstehung und Ausbreitung wir in frühern Blättern kennen gelernt haben (XIII, 294 ff.), und entrollt dann ein glänzendes Bild von den Erfolgen und Errungenschaften, welche die zivilisatorische Thätigkeit der Engländer in dem vielgestaltigen Land am Indus und Ganges seit einem Jahrhundert erzielt hatte, und von den Segnungen, welche durch das kolonisatorische Geschick der angelsächsischen Rasse den Hindu wie den mohammedanischen Völkerstämmen zugeführt worden. Aber unter der glänzenden Außenseite, unter der großartigen materiellen Entwickelung lagen auch schwere Gebrechen verborgen, die den angebornen Fremdenhaß der orientalischen Bevölkerung reizten und schärften, in der Seele der Besiegten und Unterworfenen Leidenschaften und bittere Gefühle weckten.

Lage und Stimmung der Eingebornen.

Schon seit Jahren gab sich in dem anglo-indischen Reich eine große Unzufriedenheit kund. Man klagte, daß die mit den einheimischen Fürsten und ihren

Angehörigen geschlossenen Verträge nicht gehalten würden, daß die englischen Gerichtshöfe das Recht beugten, daß die Besteuerung drückend sei und mit jedem Jahr sich mehre, daß die Beamten, Richter und Offiziere aller Grade ihre Stellen nur als ein ergiebiges Feld für goldene Ernten betrachteten und durch Erpressungen sich solche Reichtümer verschafften, daß sie, trotz eines ungeheuren Luxus und eines alles Maß übersteigenden Aufwandes und verschwenderischen Lebens, doch noch unermeßliche Summen in die Heimat zurückbrächten. Man klagte, daß sie die Eingebornen mit tiefer Verachtung behandelten und den aus allen Völkern und Ländern zusammengeworbenen Truppen jeden Frevel ungestraft hingehen ließen, daß Wucher, Spiel und alle Laster geduldet würden. Alle Mißbräuche eines orientalischen Despotismus kamen zum Vorschein und schnitten um so tiefer in das Fleisch, als sie von fremden Machthabern eines andern Glaubens verübt wurden. Hierin lag die eigentliche klaffende Wunde. Zu der Unzufriedenheit über die Mißhandlungen gesellte sich noch der Glaubensfanatismus eines heißblütigen Volks. Denn wenn auch die Regierung die äußerste Schonung gegen die religiösen Gebräuche und Anschauungen der Hindu und der Mohammedaner empfahl und den Eifer der Missionäre in Schranken hielt, ja manche Statthalter und Großbeamte diese Schonung soweit trieben, daß man sie einer Begünstigung des Heidentums oder Islams beschuldigen konnte, so hegten die Engländer doch im allgemeinen eine zu tiefe Verachtung gegen das indische Religionswesen mit seinem grenzenlosen Götzendienst, seinem knechtischen Kastenzwang, seinem unsinnigen Aberglauben und seinen empörenden Gebräuchen, als daß sie nicht tausendfachen Anstoß gegeben, nicht die Vorurteile und den religiösen Wahn verletzt und die Leidenschaften in ihren tiefsten Wurzeln gereizt hätten. Diese Umstände hatten in allen Teilen des großen Reichs einen brennenden Haß gegen die fremden Herrscher erzeugt und einen Zündstoff gehäuft, der bei der ersten Veranlassung in Flammen ausbrechen mußte. Es bildete sich eine geheime Verschwörung, an welcher Mohammedaner und Hindu mit gleichem Eifer sich beteiligten. Kleine Brötchen, von Hand zu Hand gereicht, dienten als Erkennungszeichen. Diese Verschwörung war um so gefahrvoller, als sie Eingang in die Armee gefunden hatte, die weitaus zum größten Teil aus Eingebornen, Sipahis (Sepoys) bestand, welche, mochten sie an Mohammed oder an die Brahmagötter glauben, im fanatischen Haß gegen die christlichen Gebieter übereinstimmten. Waren doch alle höhern Militärstellen in den Händen der Europäer, die voll Stolz und Übermut sich von den Eingebornen absonderten, in Luxus und Üppigkeit dahinlebten und um die Inder, von denen nur wenige sich mühsam aus der großen Masse der Gemeinen auf die untern Stellen emporzuschwingen vermochten und nur hier und da einer oder der andre im Alter Hauptmannsrang erlangte, sich nicht bekümmerten.

Ursache und Anfänge des Aufstandes.

Ein Umstand eigner Art förderte den Aufruhr im Heer. Man hatte seit einiger Zeit Patronen eingeführt, in welchen die Kugeln mit Schwein- und

Ochsenfett eingerieben waren. Dies gab den Anstiftern Veranlassung, die Empörung weiter zu verbreiten, da den Mohammedanern das Schwein ein Greuel ist, den Hindu Kühe und Rinder als heilig gelten und deren Verletzung die Ausstoßung aus der Kaste nach sich zieht. Der Zweck wurde erreicht. In kurzem waren in den vier Regierungsbezirken: Bengalen, Allahabad, Madras und Bombay die Truppen mehr oder minder von der Verschwörung angesteckt, ohne daß die sorglosen Anführer eine Ahnung davon hatten. Es waren gerade hundert Jahre verflossen, daß Lord Clive durch die siegreiche Schlacht von Plassey (23. Juni 1757, XIII, 302) die Eroberung des Landes begonnen hatte; nun ging eine alte Prophezeiung, daß die Fremdherrschaft nicht über ein Jahrhundert dauern würde, von Mund zu Mund und steigerte die Aufregung. Lord Ch. J. Canning, Sohn des berühmten Ministers, ein an friedliche Geschäfte und geordnete Zustände gewöhnter Herr, welcher nach Dalhousie die indische Oberstatthalterwürde bekleidete, besaß für so schwierige Verhältnisse nicht die erforderliche Kraft und Umsicht. Der Aufstand begann am 9. Mai in Mirat, einer alten Stadt im obern Gangesgebiet, wo eine Anzahl Sipahis, welche die Fettkugeln nicht annehmen wollten, verhaftet, aber sofort von ihren Kameraden befreit wurden. Schon zwei Tage nachher tobte der wildeste Aufruhr in der großen Stadt Dehli. Alle Ungläubigen, welche das Gesetz des Propheten abschaffen und die Moslems zum Christentum zwingen wollen, welche das im Anbeginn der Zeiten geschaffene Kastenwesen aufheben und die Brahmanen zu Sudras erniedrigen wollen, sie sollen sämtlich vertilgt werden vor Gottes Angesicht, so lautete die Losung der Führer. Alle Engländer, die sich nicht zeitig genug durch die Flucht retteten, Offiziere, Beamte, Kaufleute, Geistliche mit Frauen und Kindern wurden auf die martervollste Weise getötet und unermeßliche Geldsummen aus den Schatzkammern geraubt. Die großen Kriegsvorräte, die man mit unbegreiflicher Sorglosigkeit fast ausschließlich dem Schutz der Eingebornen überlassen hatte, fielen in die Hände der Aufständischen, wodurch diese instandgesetzt waren, der Empörung mehr Nachdruck zu geben und die feste Herrscherstadt zum Herd und Mittelpunkt der Rebellion zu erheben. Der mehr als neunzigjährige ehemalige Großmogul Akbar, den die Engländer auf ein Jahrgehalt gesetzt hatten, wurde aus seiner Vergessenheit gezogen und sein ältester Sohn Mirza Mogul dem stumpfsinnigen Greis an die Seite gestellt. Gleichzeitig brach der Aufruhr, von ähnlichen Greueln begleitet, in den bengalischen Garnisonsstädten aus. Zu Indore, Azimgur, Dschihanpur, Allahabad wurden die Offiziere ermordet, ihre Wohnungen in Brand gesetzt, englische Familien zu Tode gemartert.

Mai 1857.

Die Greuel von Cawnpore.

Aber vor allen steht der Name Cawnpore in den Annalen des Schreckens und schwarzen Verrats während dieser Unglückstage verzeichnet. Hier stellte sich Nana Sahib, der Sohn eines Brahmanen im Dekhan, den der letzte Peschwa der Mahratten an Kindesstatt angenommen hatte, an die Spitze der Empörung,

ein ebenso kluger als treuloser Mann, der sich europäische Bildung angeeignet hatte, aber die Engländer tödlich haßte, weil sie seine Ansprüche auf das Erbe seines Adoptivvaters nicht anerkannten. Er bedrängte den General Wheeler, welcher alle englischen Einwohner in sein mit größter Eile aufgeführtes, durch Holzbuden und Gruben leicht befestigtes Lager angesammelt und unter den Schutz einer kleinen Besatzung gestellt hatte, durch die Übermacht der abgefallenen Sipahiregimenter solange, bis Hunger und Erschöpfung die Eingeschlossenen zu einer vertragsmäßigen Übergabe zwang. Nana Sahib versprach dem Führer, Juni 1857. der aus väterlicher Liebe zu seinen zwei blühenden Töchtern sich auf die Kapitulation einließ, und allen seinen Schutzbefohlenen freien Abzug. Mit Angst und voll trüber Ahnungen verließen sie, etwa 450 Personen stark, die Umzäunung und begaben sich an das Ufer des Ganges, wo Kähne bereit standen, um sie stromabwärts zu führen. Kaum aber hatten sie die Fahrzeuge bestiegen, so wurden sie mit Feuerkugeln beschossen, wodurch die Barken in Brand gerieten. Allen drohte der sichere Tod in der schrecklichsten Gestalt; wer den Flammen oder den Wellen entrann, fand seinen Untergang durch Flintenschüsse oder durch die Säbel der Reiter. Wheeler selbst und etwa fünfzig seiner Begleiter wurden gefangen nach Cawnpore zurückgebracht, wo sie der Reihe nach aufgestellt und sich die Hände reichend sämtlich erschossen wurden. Die Frauen und Kinder, etwa 130 an Zahl, wurden zuerst in dem berüchtigten „gelben Haus“ eingeschlossen, einem engen Raum, in dem sie kaum nebeneinander Platz hatten, bis die Unmenschen sie herausrissen, sie dann entkleideten und niederstießen und die Leichen in einen großen Brunnen warfen.

Die Ausbreitung der Empörung gehemmt.

Rasch verbreitete sich nun der Aufruhr über Audh, Gwalior und das Fünfstromgebiet (Pendschab). Nicht eine Seele der verruchten Frengibrut, welche die Kaste aufheben und die Eingebornen ihrer Religion berauben will, soll am Leben bleiben! so lauteten die drohenden Reden der Empörer, womit sie sich gegenseitig zu dem Mordgeschäft aufmunterten. Die Herrschaft Englands in Indien, die Frucht eines hundertjährigen Eroberungskriegs, hätte damals ihr Ende finden mögen, wäre die Rebellion überall zu gleicher Zeit ausgebrochen; da dies aber nicht geschah, da die meisten Klientelfürsten aus Furcht und Zaghaftigkeit eine zuwartende Stellung beobachteten, mehrere Stämme, wie die kriegerischen Sikhs, die Ghorka, fest zu England hielten, so fanden die Europäer, die bei der wachsenden Gefahr sich zur größten Tapferkeit und Entschlossenheit ermannten und das Übergewicht der weißen Rasse glänzend bewährten, Zeit und Gelegenheit, die eingebornen Regimenter von wankender Treue zu entwaffnen, einzelne Aufstände im Keim zu ersticken, durch die furchtbarste Bestrafung der Unruhstifter Schrecken in alle Glieder zu verbreiten und die noch nicht vom Strom der Empörung Fortgerissenen bei dem alten Gehorsam zu erhalten. Viele starben durch den Strang, andre wurden vor die Kanonen gebunden und „weggeblasen“. So gelang es, die wichtigen Städte Benares, Agra, Patna, Firangpur zu retten

und teils durch Schrecken, teils durch Geistesgegenwart und Entschlossenheit in Unterwürfigkeit zu halten. Auf diese Weise blieb der Aufstand hauptsächlich auf Dehli und Audh beschränkt; und da die englische Regierung alle Kräfte anstrengte, sowohl in Lahore und im ganzen Fünfstromland als in Kalkutta die Kriegsmacht zu verstärken, so konnten zuverlässige Heere unter erfahrenen Führern bald von zwei Seiten gegen den Herd des Aufstandes vorrücken, um die Abgefallenen zu züchtigen und die noch lebenden Landsleute und Waffenbrüder aus Verzweiflung und Todesnöten zu befreien.

Die Schreckenstage von Dehli. Juni bis Sept. 1857.

Im Juni rückte eine britische Armee aus dem Pendschab in das Gebiet von Dehli. Aber schwach an Mannschaft und Geschütz und hart mitgenommen von der Cholera, welche einen der Heerführer nach dem andern dahinraffte (auf Anson folgte Barnard, auf diesen Reed, dann Wilson), vermochten die Engländer gegen die große, mit allem Kriegsbedarf wohl versehene Stadt und die zahlreichen Insurgentenscharen in ihren Mauern nichts Entscheidendes zu unternehmen. Doch behauptete sich das kleine Lager gegen die feindliche Übermacht mit Heldenmut und schlug alle Ausfälle der Sipahis tapfer zurück. Erst im September war das Belagerungsheer durch die Ankunft neuer Truppen, Sikhs, Ghorka und Europäer, mit schwerem Geschütz soweit verstärkt, daß General Wilson zum Angriff schreiten konnte. Nun wurde von beiden Seiten mit einer Wut und Todesverachtung gestritten, wie die Geschichte nur wenige Beispiele aufzuweisen hat. Die Insurgenten kämpften mit dem Mut der Verzweiflung gegen einen Feind, von dessen Grimm sie das furchtbarste Schicksal zu erwarten hatten, gegen den sie ihren Glauben, ihr Leben, ihre Weiber und Kinder, ihr Hab und Gut verteidigten, die Engländer glühten vor Rachgier und Leidenschaft; und wenn jene an Zahl überlegen waren, so besaßen diese größere Kriegskunst, Einsicht und Ausdauer. Nachdem die unglückliche Stadt längere Zeit Tag und Nacht mit Feuerkugeln und andern verderbenvollen Wurfgeschossen bedrängt worden und Brand und Tod die Reihen der Aufständischen schon bedeutend gemindert hatte, wurde um die Mitte September ein allgemeiner Sturm angeordnet, der, mehrere Tage fortgesetzt, endlich Dehli wieder in die Gewalt der Engländer brachte. Der Sieg war mit schweren Opfern erkauft worden; auch der tapfere General Nicholson war unter den Gefallenen. Um so grenzenloser war die Wut und Rachgier der Sieger. Wir wollen einen Schleier ziehen über die grausigen Thaten, die in der eroberten Stadt vollbracht wurden. Nur mit Mühe wurde der entsetzliche Entschluß hintertrieben, Dehli der Erde gleich zu machen als ein „Sühnopfer der durch feigen Überfall ermordeten Unschuld“ und alle Einwohner dem Tode zu weihen. Der alte Herrscher wurde auf der Flucht eingeholt und nach Kalkutta in Haft gebracht, seine Söhne und Enkel ohne Gnade erschossen. Das ganze Geschlecht der Barberiden, des alten Herrscherstammes der Mahratten, wurde ausgerottet; vierundzwanzig Glieder fielen als Sühnopfer der schweren Verschuldung. Die flüchtigen Sipahischaren wurden verfolgt und massenweise

niedergemacht. Nur wenige kamen nach Audh, wo gerade der Aufruhr in seinen letzten Zuckungen lag.

„Die Sipahis wurden truppweise, zehn zu zehn, herbeigeführt," erzählt der englische General Cooper. „Nachdem ihre Namen aufgeschrieben, ließ ich sie fesseln, zusammenbinden und auf den Richtplatz führen, wo eine Schützenabteilung ihrer harrte. Ungefähr 150 waren bereits erschossen, da ist einer der ältesten Henker in Ohnmacht gefallen. Die Verzweiflung, die Wut, das Geheul und die rasende Tollheit der dem Tod entgegengeschleppten Sipahis hatte ihn angegriffen. Man mußte eine Pause machen. Die Hinrichtungen haben bald von neuem begonnen; es lagen 237 Leichen auf dem Platz, als gemeldet wurde, die Gefangenen weigerten sich, ihre Kerker zu verlassen. Ich befahl, die Gefängnisthore gewaltsam zu sprengen. Siehe, die berühmte Tragödie des „Schwarzen Lochs von Kalkutta" hatte sich unwillkürlich an den Einheimischen gerächt, es wurden 45 Leichen herausgezogen; die Leute konnten in dem engen heißen Raum nicht mehr atmen, fielen nieder und sind den erschrecklichen Tod der Erstickung gestorben. Alle Leichen, die Erstickten wie die Erschossenen, wurden von den Gassenkehrern in dieselbe große Grube geworfen. Nur einen Sipahi hatte man gleichsam als „Zeugen der Königin" geschont, er konnte wegen starker Verwundung nicht zum Richtplatz gebracht werden. Mit vierzig andern, welche man unterwegs aufgelesen hatte, wurde der Mann von Amretsir nach Lahore abgeführt, wo sie dann sämtlich, in Gegenwart einiger verdächtiger Regimenter aus Mian-Mir, welche der Rebellion geneigt schienen, von den Kanonen weggeblasen wurden. So habe ich ungefähr fünfhundert in kurzer Zeit vom Leben zum Tod befördert."

In Audh hatte der hochherzige Sir Henry Lawrence, ein Mann, der edle Lucknow. Bildung und puritanische Frömmigkeit mit Kriegsmut und Heldensinn verband, sich den ganzen Sommer über in der Citadelle von Lucknow gegen die Rebellen, die Nana Sahibs Fahnen folgten, mit wunderbarer Tapferkeit und Geistesgegenwart verteidigt, bis am 2. Juli eine geborstene Bombe seinem Heldenleben ein Ziel setzte. Bei seinem Tod hatte die Not den höchsten Grad erreicht; die kleine Besatzung vermochte sich kaum mehr zu halten gegen die wütenden Scharen, welche die Festung umlagert hatten und unaufhörlich beschossen. Die Eingeschlossenen, darunter vierhundert Frauen und Kinder, erwarteten täglich und stündlich das Schicksal ihrer Landsleute von Cawnpore zu erleiden. Neben den Geschossen der Aufrührer forderte auch die Cholera ihre Opfer; und immer enger wurde der Raum, der noch gegen die heulenden Rebellenhaufen verteidigt werden konnte. In dieser entsetzlichen Lage hörte zuerst eine Frau, die vor Ermattung auf die Erde gesunken war, den Kriegsmarsch der schottischen Hochländer. Die andern glaubten, es sei ein Fieberwahn, die Wirkung ihrer aufgeregten Phantasie und Seelenangst. Aber sie hatte sich nicht getäuscht. Auf die erste Kunde von den Vorgängen in Dehli und Cawnpore war General Havelock, ein Held in den Waffen und im Feld, ein frommer Diener des Herrn in den Stunden der Andacht, mit einer kleinen Kriegsschar von Kalkutta aufgebrochen, um die bedrängten Landsleute und Waffengefährten am obern Ganges vom drohenden Untergang zu retten und die Autorität des

Gesetzes in den empörten Landschaften wieder aufzurichten. Aber wie sehr auch die Herzen der Soldaten von ritterlichem Mut erfüllt waren und wie sehr der Durst nach Rache ihre Schritte beflügelte, die große Entfernung und die Schwierigkeit des Marsches in der glühenden Hitze des Sommers machten es ihnen unmöglich, den Kriegsschauplatz vor Ende Juni zu erreichen. Nach einer kurzen Rast in Allahabad rückte Havelock mit etwa 1400 Mann englischen Fußvolks in das Land des wildesten Aufruhrs; bei Fattihpore (Futtipur) stießen sie auf den Feind, und obwohl die Gegend durch Sumpf und Moor fast unwegsam war und die Rebellen sich hinter Bäumen und Barrikaden wohl verschanzt hatten, erfochten die Engländer doch einen glänzenden Sieg und rückten in die Stadt ein. Drei Tage später standen sie vor Cawnpore, wo Nana Sahib
13. Juli 1857. mit seiner ganzen Kriegsmacht ihnen entgegentrat, aber trotz der großen Menge und der mutigen Haltung der Sipahis durch die überlegene Kriegskunst der Europäer eine Niederlage erlitt. Sein Stammschloß Bithur, wohin er den flüchtigen Fuß lenkte, wurde ein Raub der Flammen; während der Tyrann mit seiner Bande eilig nach Audh zog, um der Besatzung von Lucknow dasselbe blutige Schicksal zu bereiten, wie den Unglücklichen in Cawnpore, betraten die Engländer den Schauplatz des Schreckens und Grausens, und wenn sie schon vorher sich als die „Armee der Rache" bezeichneten, so wurde dieses Gefühl durch den Anblick der Mordstätte zu einer furchtbaren Höhe gesteigert.

„Wer die Greuel gesehen," meldet ein Augenzeuge, „dem kann das Wort Gnade und Barmherzigkeit nicht in den Mund kommen. Der Boden strotzte noch von geronnenen Bluthaufen, welche hier und da bis zum Fußknöchel reichten. Lange Haarlocken lagen massenhaft umher, mitten unter Fetzen weiblicher Kleidungsstücke, unter Kinderhüten und Schuhen, unter zerrissenen Büchern und zerbrochenem Spielzeug. Furchtbarer noch war der Anblick des tiefen und engen Brunnens, wo die verstümmelten Leichen aufgetürmt übereinander lagen. Ich sah hinab, schreibt ein Offizier, solch Ungeheuerliches habe ich niemals gesehen und hoffe, ähnliches niemals wieder zu sehen in meinem ganzen Leben. Die Körper waren nackt, die Glieder abgehauen. Ich habe den Tod in allen möglichen Formen gesehen, hinab in dieses Brunnenloch konnte ich nicht mehr schauen. Allerlei Geschriebenes in zerstreuten Papierblättchen, in Gebet- und Taschenbüchern wurde vorgefunden und als heilige Reliquien aufgelesen und bewahrt für alle Zeiten."

Entsatz von Lucknow. Diese Schreckensszenen drängten zur Eile. Nachdem man im Blut der Einwohner von Cawnpore und der Gefangenen die Rache gestillt hatte, setzte Havelock über den Ganges und rückte in Audh ein. Alle Leiden und Beschwerden häuften sich auf die kleine Kriegsschar, welche Ende Juli und Anfang August das feindliche Land durchzog. Nicht nur, daß die Rebellen in großen Heerhaufen den Engländern den Weg verlegten, so daß sie jeden Schritt erkämpfen mußten; der Regen, der um diese Zeit in Strömen herabgießt, machte die sumpfige Gegend ungangbar, die Cholera und das ungewohnte, ungesunde Klima übten auf die mit Lebensmitteln und Kleidung schlecht versehenen europäischen Krieger ihre

verderbliche Wirkung; dichtbelaubte Bäume dienten ihnen öfters als Lagerstätte. Dennoch setzte die Heldenschar ihren Marsch fort; die Todesgefahr der in Lucknow Eingeschlossenen gab Kraft zum Kämpfen und Dulden. Endlich stieß General Outram mit Verstärkungen zu Havelock, und obwohl im Rang höher stehend, ordnete er sich dem tapfern Führer unter, der in neun Treffen den Feind überwunden hatte. Vereint rückten sie dann gegen Lucknow vor, das sie gegen Ende September erreichten. Mit Gefühlen, die sich nicht beschreiben lassen, vernahmen die Eingeschlossenen den „Pibroch" der Hochländer, jenen hellen Ton der schottischen Sackpfeife, der ihnen die Stunde der Rettung verkündete. Aber noch war die Gefahr nicht vorüber. Havelock und Outram hatten nicht mehr als 2600 Mann, während die Rebellen in der Stadt 50,000 Mann stark waren. Dennoch schlugen sie sich durch und gelangten, allerdings mit schweren Verlusten, in den Festungsraum, wo sie wie rettende Engel mit unaussprechlicher Freude em- 26. Sept. 1857. pfangen wurden. Bald erkannten sie jedoch, daß es unmöglich sei, mit der geringen Mannschaft, die jetzt in der Citadelle vereinigt war, den Rückzug durch die Überzahl der Feinde zu erzwingen, mit den Frauen, Kindern und Kranken in der Mitte die Schwärme der Rebellen, die wie ein brausendes Meer die Mauern umtosten, zu durchbrechen. Man mußte sich entschließen, gemeinsam auszuharren, bis neue Verstärkungen eintreffen würden. Nun gingen aber die Lebensmittel zur Neige, so daß die Rationen täglich kleiner wurden und man in Gefahr stand, ausgehungert zu werden. Zu diesem Äußersten sollte es jedoch nicht kommen. Bereits war Sir Colin Campbell, der neue Oberbefehlshaber, mit 7000 Mann frischer wohlbewaffneter Truppen auf dem Weg. Er erreichte Lucknow am 14. November, wagte aber nicht in die volkreiche Stadt einzudringen, sondern näherte sich dem Festungsraum von einer Seite, wo zwei weitläufige, wohlbefestigte Gebäude den Zugang versperrten. Diese wurden mit großer Kühnheit erstürmt und dann die Eingeschlossenen befreit. Acht Tage nachher starb Havelock an der Cholera mit christlicher Ergebung. Er selbst sagte einst, er habe stets auf Gott vertraut und dabei seine Schuldigkeit gethan. Sein Andenken wurde in England hochgeehrt.

Seit dem Fall von Dehli war die Unterdrückung des Aufruhrs mit Sicher- Unterdrückung des Aufruhrs. heit vorherzusehen. Zwar setzten die Rebellen in Gwalior und Audh den Kampf noch den ganzen Winter über fort; sie überfielen und schlugen den General Windham und eroberten sein Lager mit dreitausend Zelten, aber Campbell und Outram rächten die Schmach durch wiederholte Siege. Im Frühjahr langten 1858. neue Verstärkungen aus dem Pendschab und von Kalkutta im obern Gangesgebiet an, während die Reihen der Insurgenten mehr und mehr zusammenschwanden. Sir Hugh Rose entriß den Gwaliortruppen die festen wohlverteidigten Städte Dschansi und Kalpi und ließ Hunderte von Gefangenen vor die Kanonen binden oder am Galgen sterben. Mit wunderbarer Kaltblütigkeit ertrugen die Sipahis Marter und Tod. Ohne Aussicht auf Rettung und Gnade drängten

sie sich vor die Mündung der Mordgeschütze, um desto rascher des verzweiflungs-
März 1858. vollen Daseins ledig zu werden. Im März eroberte der Oberbefehlshaber nach einem fünftägigen blutigen Kampf die Stadt Lucknow und ließ die Truppen nach Herzenslust plündern und morden. In jedem Haus lagen Tote oder Sterbende, in mannshohen Haufen waren die Sipahileichen aufeinander geschichtet; die Kriegsbeute, welche die Soldaten, Europäer, Sikhs und Ghorka, in Gold, Juwelen und Schätzen aller Art aus der reichen Herrscherstadt davontrugen, war unermeßlich. Die Königin-Witwe von Audh reiste nach England, um in den „dunkeln Ländern des Westens" die Unschuld ihres Sohnes darzuthun und ihrem Haus den Schatten einer selbständigen Herrschaft zu erhalten. Sie sah das sonnige Indien nicht wieder. Auf der Rückreise starb sie am gebrochenen Herzen, während ihr Heimatland von einem Ende zum andern von den feindlichen Heeren durchschritten und wehrlos mit gebundenen Händen dem anglo-indischen Reich beigefügt ward. Was dem Schwert zu entrinnen vermochte, floh nach Rohilkand und weiter gen Nepal. Solange Tantia Topi, ein strenggläubiger Brahmane und Nana Sahibs Gefährte, die Scharen führte, hatte der Aufstand noch immer Halt und Zusammenhang; als aber auch dieser kühne Rebellenführer im Feld überwunden ward und bald darauf am Galgen starb, wurden die noch übrigen Banden wie Räuber verfolgt. Sie verbargen sich in den dichten Dschungeln und den darin befindlichen Zwingburgen und führten noch manche kühne That aus. Über ein Jahr dauerte noch die Menschenjagd in Audh fort; fast alle Rebellenhäupter fanden ihren Tod, die einen durch Selbstmord, die andern, meistens durch Verrat den Engländern ausgeliefert, am Galgen. Nur der Hauptschuldige Nana Sahib und die beiden heroischen Frauen, die Begum von Audh und die Rani von Dschansi, entkamen nach Nepal. Colin Campbell entwickelte im Kampf gegen die Guerillabanden der Insurgenten solche Kühnheit und Energie, daß die Königin in einem eigenhändigen Schreiben ihn bat, doch auf sein Leben und seine Sicherheit mehr Bedacht zu nehmen. Im Laufe des Jahres 1858 kehrte die alte Ruhe und Ordnung im anglo-indischen Reich zurück und die Regierung konnte auf Mittel der Versöhnung denken. Durch eine Proklamation der Königin wurde allen Aufständischen, die an der Ermordung britischer Unterthanen nicht unmittelbar teilgenommen und bis zum Januar 1859 zur Pflicht und zum Gehorsam zurückgekehrt sein würden, eine vollständige Amnestie und Vergessenheit aller Vergehen zugesichert.

Aufhebung der Ostindischen Kompanie und das neue Indiagesetz.

Dieselbe Proklamation brachte auch den Völkern in Hindostan und Dekhan die große Kunde, daß Königin Viktoria mit Zustimmung ihres Parlaments beschlossen habe (durch die India bill vom 8. August 1858), das Privilegium der Ostindischen Kompanie aufzuheben, die Regierung in die eigne Hand zu nehmen und durch einen besondern Staatssekretär und Rat für Indien besorgen zu lassen. Doch wurden alle Beamten der Kompanie in ihren Stellen bestätigt. Der Oberstatthalter wurde als Vizekönig zum Stellvertreter der Königin ernannt und den

Unterthanen die Versicherung gegeben, daß für alle, ohne Rücksicht auf Religion oder Abstammung, vollkommene Glaubensfreiheit und Rechtsgleichheit bestehen und niemand in seinem Besitz oder Recht, in seinen Sitten und Lebensordnungen verletzt werden sollte. Das indische Reich hatte im Innern und nach außen seit einem Jahrhundert eine so großartige Ausdehnung angenommen, daß die Kräfte der Gesellschaft nicht mehr genügten. Ihre Zeit war vorüber, nur die Staats- und Regierungsgewalt einer europäischen Großmacht schien die erforderliche Kraft und Energie zu besitzen, die Eroberungen im fernen Osten zu behaupten. Nun wurden die Truppen, die bisher im Dienst der Kompanie gestanden, für die Königin in Eid und Pflicht genommen. Viele forderten jedoch ihren Abschied und zogen in die Heimat zurück, von der englischen Regierung, die ihren Abzug ungern sah, nicht nach Verdienst belohnt. Das Reformgesetz begründete in der Verwaltung und im gesamten öffentlichen Leben Indiens eine neue Ära. Infolge der neuen Organisation stand nunmehr die Oberhoheit über ganz Hindostan bei der Königin und dem Ministerium unter Mitwirkung des Parlaments. Die indischen Fürsten traten somit zu der englischen Regierung in ein ähnliches Verhältnis, wie die hohe Aristokratie des Mutterlandes zu dem Staatsoberhaupt, eine Stellung, die auf das ganze Regierungssystem, auf Recht und Gesetze des anglo-indischen Reichs von eingreifenden Wirkungen sein mußte. Die mediatisierten Dynasten und ihre Familien, durch Gesetze in ihrem Eigentum, ihren Lehen und ihren Vorrechten sichergestellt, verschmerzten den Verlust der Hoheitsrechte mit der Zeit. Durch die Reformmaßregeln, welche die englische Regierung von der Zeit an in Anwendung brachte, stieg Indien „aus der Stufe der Zwingherrschaft zu dem Rang von Kolonien" empor. Sie suchte die indischen Besitzungen enger an das Mutterland zu knüpfen, durch zweckmäßige Einrichtungen nach europäischem Vorbild das Staats- und Rechtsleben zu heben, durch Eisenbahnen und Telegraphen, durch Verkehrswege, Kanäle und Bildungsanstalten die Industrie und Kultur zu fördern. Sie suchte eine einheimische Grundaristokratie heranzubilden, deren Interessen mit dem Organismus des indobritischen Reichs im innigsten Zusammenhang ständen; sie suchte das Prinzip der Selbstregierung, wodurch England blühend geworden, auch am Indus und Ganges zur Geltung zu bringen, indem sie den großen Grundbesitzern weitgreifende Patrimonialrechte übertrug, in Bengalen Ehrenmagistrate oder unbezahlte Friedensrichter ernannte u. a. m.; sie suchte im Heer wie in den Beamten- und Richterkreisen die Sonderstellungen zu beseitigen und dadurch mehr Gemeinsinn zu erzeugen. Dabei war sie mehr auf Erhaltung und Befestigung des Reichs im Innern, auf Pflege der materiellen Interessen, auf Linderung der durch wiederholte furchtbare Hungersnot entstandenen Leiden als auf Ausdehnung der Grenzen bedacht. Der Krieg im Himalaja- 1864–1865.
land Bhutan im Nordosten Bengalens, durch welchen einige Bergdistrikte an Assam kamen, diente nur zur Sicherung des Reichs gegen räuberische Einfälle. Diese friedliche Thätigkeit wurde nur selten durch innere Störungen unterbrochen.

Jan. u. Febr. 1872. Die Ermordung des Oberrichters Norman und des Generalgouverneurs Graf Mayo war nur das Werk mohammedanischer Fanatiker aus Privatrache. Die Krönung empfing das neue Regierungssystem durch die Erhebung der Königin
1. Jan. 1877. von England zur Kaiserin von Indien.

2. Mexiko.

Mexikanische Zustände und die Präsidentschaft von Juarez. Von allen Staaten des mittlern und südlichen Amerika hatte Mexiko die größten Zerrüttungen und Wechselfälle erlitten. Seit der Lostrennung von Spanien (XIV, 647 f.) hatte es neunmal seine Regierungsform gewechselt; fünfzig Personen folgten sich binnen dreiundvierzig Jahren in der Herrschaft und die Zahl der kleinen und großen Parteigängererhebungen, Militärmeutereien und Pronunciamientos überstieg dreihundert. Dieser fast anarchische Zustand hatte große Unannehmlichkeiten für die fremden Ansiedler zur Folge und führte öfters Reklamationen von seiten der europäischen Seemächte herbei. Schon im Jahr 1839 hatte ein französisches Geschwader unter dem Prinzen Joinville die Festung San Juan d'Ulloa eingenommen und eine Hafenblockade angeordnet, bis die mexikanische Regierung sich zur Entschädigung an französische Staatsangehörige in Veracruz und Mexiko verstand. In den vierziger Jahren entstanden Unruhen und Verwickelungen durch die von dem ehrsüchtigen Santa Anna erzeugten kriegerischen Bewegungen, die wir im vorigen Band (XIV, 647) erwähnt haben, sowie durch die Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten wegen der Einverleibung von Texas. Und als Santa Anna, unfähig seinen Gegnern länger zu
1855. widerstehen, im August 1855 seine Amtsentsagung unterzeichnete und sich nach der Havana einschiffte, stieg die Verwirrung bis zur vollen Anarchie. Endlich erlangte General Alvarez, ursprünglich ein indianischer Advokat aus dem Süden, die Präsidentenwürde und herrschte mit Hilfe der Liberalen und Radikalen
1857. (Puros) willkürlich und gewaltthätig. Er entwarf eine neue Konstitution, wodurch besonders die Rechte der Kirche oder vielmehr der im Besitz der Kirchengüter übermäßig bevorzugten höhern Geistlichkeit schwer betroffen wurden. Bald entstand daher eine Gegenbewegung, infolge deren General Felix Zuloaga
1858. von den Konservativen zum Präsidenten ausgerufen ward und die Verfassung von 1857 beseitigte. Die Partei der Puros aber hielt an ihrem Werk mit Überzeugungstreue fest, reizte die Landbevölkerung der Provinzen gegen die „reaktionären" Klassen der Hauptstadt und erhob Benito Juarez, einem alten Aztekengeschlecht entstammt, zum Gegenpräsidenten. Dieser nahm seinen Sitz in Veracruz und organisierte mit Guerillabanden den Bürgerkrieg wider Zuloaga und dessen General Miramon, der vom Brigantenhäuptling zum Oberbefehlshaber der mexikanischen Armee aufgestiegen war. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas suchten aus dieser Lage Gewinn zu ziehen. Sie verlangten, daß ihnen das Recht des Transits über die Landenge von Tehuantepek auf ewige

Zeiten abgetreten werde, eine Forderung, die mit der Auslieferung des gesamten mexikanischen Handels an die Union gleichbedeutend war. Da Zuloaga diese Anmaßung zurückwies, erkannte die Regierung von Washington Juarez als Präsidenten an. Dieser nahm jetzt, um sich den Spekulanten seiner „Beschützer" gefällig zu zeigen, eine großartige Veräußerung der Kirchengüter zum Vorteil des Staats vor und setzte den Krieg gegen die Konservativen mit Energie fort. Religiöse Duldung wurde verkündigt, die Zivilehe eingeführt. Im Dezember 1860 hielt sein General Ortega mit den Liberalen seinen Einzug in die Hauptstadt. 25. Dez. 1860.

Waren schon seit Jahren während des kriegerischen Zustandes die Rechte und das Eigentum der Fremden häufig verletzt worden, ohne daß die Entschädigungsforderungen der europäischen Regierungen Beachtung gefunden hätten, so häuften sich jetzt die Klagen und Beschwerden, als die Partei der Puros unter Juarez ans Regiment kam. Miramon und seine Genossen hatten wie verzweifelte Spieler gewirtschaftet und sich bares Geld gegen unerschwingliche Schuldbriefe verschafft. Anstatt nun diese und andre Reklamationen und Ansprüche zu befriedigen, war die neue Regierung zunächst bedacht, die leere Staatskasse zu füllen. Der Kongreß erließ ein Gesetz, wonach alle staatlichen Zahlungen auf zwei Jahre eingestellt und die Binnenzölle auf fremde Waren verdoppelt werden sollten. Französisches und englisches Kapital wurde dadurch schwer geschädigt. Nun gelang es der Regierung von Spanien, wo die Königin Isabella und ihre klerikale Kamarilla mit Schmerz und Verdruß auf die kirchenfeindliche Richtung ihrer ehemaligen Unterthanen blickten und wo man schon lange wegen Wegnahme eines Schiffes samt Ladung durch Juarez vergebens eine Entschädigungssumme verlangt hatte, England und Frankreich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Republik zu bewegen. In Paris fanden die aufstachelnden Reden mexikanischer Flüchtlinge der konservativen und klerikalen Richtung ein geneigtes Gehör. Die eigne Neigung Napoleons für hochfliegende phantastische Pläne und der Einfluß seiner Gemahlin Eugenie, die für die Abkömmlinge spanischen Bluts jenseits des Ozeans ein besonderes Interesse hegte, verliehen dem Gedanken einer Intervention in dem alten Land der Azteken und dem Hauptlager der großen Konquistoren Nachdruck und einen starken Reiz. Welche Folgen konnte ein solches Unternehmen für den napoleonischen Ruhm und die Größe Frankreichs haben! Graf Morny, der Günstling des Tuilerienhofes, bestärkte diese Wünsche und Neigungen. Ein Schweizer Bankier Jecker hatte eine große Menge mexikanischer Staatspapiere an sich gebracht, die er jetzt zu verwerten suchte. Dabei sollte ihm Morny behilflich sein und den Gewinn mit ihm teilen. So reifte nach und nach der Plan zu einer Allianz, die verhängnisvolle Früchte in ihrem Schoß barg. Durch die Konvention von London erklärten die drei Mächte, Frankreich, England und Spanien, daß sie sich durch die Unzuverlässigkeit der mexikanischen Behörden in die Lage versetzt sähen, für ihre Unterthanen und ihren Besitz größern Schutz zu verlangen und die Ausführung der

Marginalia: Die europäische Invasion. — Juli 1861. — 31. Okt.

vertragsmäßigen Verpflichtung zu fordern, fügten aber zugleich hinzu, daß sie der Republik Mexiko das Recht, ihre Regierungsform frei zu wählen und zu gestalten, nicht zu verkürzen gedächten und keinerlei Besitzerweiterungen oder sonstige Privatinteressen beabsichtigten. Nach Abschluß dieser Konvention wurden drei Geschwader mit Landungstruppen nach Amerika abgeschickt, um Genugthuung für das Vergangene und Bürgschaften für die Zukunft zu fordern. Sie besetzten die von den mexikanischen Truppen und Behörden geräumte Stadt Veracruz samt dem Fort San Juan d'Ulloa und nahmen passende Lagerplätze landeinwärts, wo die Soldaten den Wirkungen des gelben Fiebers weniger ausgesetzt waren. Die Spanier unter General Prim lagerten sich in Orizaba, die Franzosen unter Jurien de la Gravière, dem Dubois de Saligny als Kommissär beigeordnet war, in Tehuacan, der englische Befehlshaber Sir Charles Wyke wählte Cordova. Da aber die Expedition keinen Oberfeldherrn hatte, mithin ein gemeinsames Vorgehen schwer zu erzielen war, auch die drei Anführer verschiedene Zwecke und Interessen verfolgten, fehlte der Unternehmung Kraft und
19. Febr. 1862. Einheit. Auf ein maßvoll gehaltenes Manifest der drei Mächte antwortete Juarez mit drohenden Straferlassen gegen alle, die mit den Fremden in Verkehr treten würden, und ein Ultimatum wies er nach langem Zuwarten mit Worten zurück, die wie eine Verhöhnung klangen; zugleich legte er Einheimischen und Fremden eine hohe Kriegssteuer auf. Und dennoch knüpften die Befehlshaber neue Unterhandlungen mit Juarez an und schlossen durch den Vertrag von La Soledad eine Art Waffenstillstand, worin im Widerspruch mit der Londoner Konvention seine Präsidentschaft mittelbar anerkannt war.

Die Franzosen in Mexiko und die Parteistellung.

Bald nachher langte Don Juan Almonte, der Sohn des Freiheitskämpfers Morelos, ein geachteter Mann, der mehrere Jahre in Paris verlebt hatte und bei den Konservativen großes Ansehen genoß, begleitet von Pater Miranda und andern Häuptern der Kirchenpartei, im Lager an und führte sich als Vertrauensperson des Kaisers Napoleon ein. Seine Anwesenheit wurde dem englischen und spanischen Befehlshaber bald unbequem, weil dadurch die Intervention größere Ausdehnung anzunehmen drohte, als in ihrer Absicht lag, und sie in eine feindliche Parteistellung gegen die Liberalen gedrängt wurden. Sie hatten es nicht auf einen Krieg, sondern nur auf eine Demonstration abgesehen. Als daher Juarez die Entfernung Almontes verlangte, hielten Prim und Wyke die Forderung für gerecht und billig und drangen in der Konferenz von Orizaba auf die Wiedereinschiffung der Flüchtlinge. Sie stießen jedoch bei Jurien de la Gravière und Saligny auf entschiedenen Widerstand. Der Verdruß darüber sowie die geringen Streitkräfte, die ihnen zu Gebote standen und die nicht durch Nachsendungen verstärkt wurden, bewogen sie zum Abzug. Ohnedies hatte der Eifer, womit Napoleon sich der übertriebenen und zweifelhaften Geldforderung des Schweizers Jecker annahm, bereits den Verdacht erweckt, daß die Geldsache nur als Vorwand gebraucht werden solle, um Mexiko zu erobern und die „lateinische

Rasse daselbst zu regenerieren". Im April segelten die spanischen und englischen April 1862.
Schiffe mit ihren Mannschaften wieder der Heimat zu, das mexikanische Reich seinem Schicksal überlassend. Diesem Beispiel wollten die Franzosen nicht folgen. Die Ehre der Nation und des Kaisers forderte, daß ein Unternehmen, welches so anspruchsvoll begonnen worden, nicht so unrühmlich aufgegeben werde, und der religiöse Eifer der Kaiserin Eugenie bestärkte ihren Gemahl in einem Vorhaben, durch das er seine Mitwirkung an der Beraubung des Kirchenstaats wieder einigermaßen sühnen könne. Um dieselbe Zeit, da die andern ihre Einschiffung vornahmen, langte General Lorencez mit Verstärkungen an. Jurien de la Gravière legte darauf den Oberbefehl nieder und kehrte gleichfalls nach Europa zurück. Indessen war die Lage der Franzosen während der Sommermonate eine sehr bedenkliche, so daß man in Frankreich die Politik des Kaisers scharf angriff, im Ausland sich eine schadenfrohe Stimmung kund gab. Almonte, der im Lager der Franzosen weilte und sich zum Haupt der Republik erklären ließ, zählte nicht so viele Anhänger, wie er seine Beschützer mochte glauben gemacht haben. Außer Veracruz und Orizaba wagte keine Stadt offen für ihn einzutreten. Zwar war die Partei der Konservativen und der Gegner der Regierung nicht gering, und die Zahl der Streiter, die General Miramon und andre Anhänger dem konservativen Oberhaupt nach und nach zuführten, belief sich auf mehr als fünftausend; allein die französische Mannschaft war schwach und wurde noch überdies durch das gelbe Küstenfieber stark mitgenommen. Bei dieser Sachlage konnte Lorencez nicht daran denken, mit seiner geringen Mannschaft und den einheimischen Hilfstruppen den Präsidenten anzugreifen, der durch Schrecken und Erpressungen beträchtliche Streitkräfte gesammelt, die Hauptstadt und alle günstig gelegenen Orte wohl befestigt hatte, und auf dessen Seite der Vorteil war, daß er von seiner Partei als der Vorkämpfer für Freiheit und Nationalität angesehen ward. Denn so sehr auch die Franzosen und ihre Verbündeten fort und fort versicherten, daß das mexikanische Volk in die Lage versetzt werden sollte, frei seine Regierungsform zu wählen, so blieb es doch kein Geheimnis, daß Napoleon und Almonte die Überzeugung hatten, nur durch eine über allen Parteien stehende monarchische Regierung könne die Wiederherstellung geordneter Zustände erreicht und dem wachsenden Einfluß der nordamerikanischen Union und des Republikanismus eine Schranke gesetzt werden, daß somit dem Sieg der französischen Waffen die Monarchie auf dem Fuß folgen würde.

Lorencez konnte unter diesen Umständen nicht wagen, gegen das dem Ober- Eroberung von Puebla.
befehl des Generals Zaragoza unterstellte feindliche Heer angriffsweise zu verfahren, das Günstigste, was er erreichen konnte, war, sein Lager in dem höher gelegenen Orizaba aufzuschlagen, wo die Soldaten weniger von Krankheit zu leiden hatten als an der Küste, und in seiner befestigten Stellung auf neue Verstärkungen zu warten. Im August langten diese an und der neue Oberfeldherr, General

Forey, der nun eine Armee von 30,000 Mann zur Verfügung hatte, konnte wieder zum Angriff vorgehen. Mühsam erstiegen die Franzosen auf schwierigen Gebirgspfaden die Hochebene, wo Puebla liegt, und begannen um Neujahr
1863. 1863 die Belagerung der aufs stärkste befestigten und mit Vorräten reichlich versehenen Stadt, in welcher, seitdem Zaragoza einer Krankheit erlegen war, General Ortega mit 22,000 Mann der besten und zuverlässigsten Soldaten die Verteidigung leitete, unterstützt von dem Hauptheer, womit Juarez den Weg nach Mexiko deckte. Drei Monate des Kampfes verflossen, ohne daß die Beschießungen der Franzosen oder die Ausfälle der Belagerten einen entscheidenden Erfolg gehabt hätten. Um die Mitte des Monats März wurde der Widerstand der Mexikaner schwächer; nun wagte aber Forey keinen Sturm, weil er vernahm, daß Cholera und Typhus in furchtbarer Weise in der Stadt wüteten, deren verderblichen Wirkungen er seine Truppen nicht preisgeben wollte. Er wendete sich daher westwärts gegen das von General Commonfort befehligte Hauptheer und brachte ihm eine Niederlage bei, wodurch die Straße von Mexiko in die Hände der Franzosen kam und Ortega von den andern abgeschnitten ward. Nun erst schritt Forey zur Erstürmung der Stadt. Es war ein schweres Unternehmen. Straße für Straße, Haus für Haus mußte erobert werden und um die größern Gebäude, besonders die Kirchen und Klöster, entspann sich ein Kampf, der auf beiden Seiten viele Opfer kostete. Bald waren die Belagerten nur noch auf einige Festungswerke beschränkt und die Lebensmittel gingen zur Neige. Umsonst suchte Commonfort mit neugeworbenen Truppen die Verbindung mit Ortega wieder herzustellen. Er erlitt am San Lorenzo durch General Bazaine eine Niederlage, welche das Schicksal Pueblas entschied. Außer stande, länger
17. Mai. Widerstand zu leisten, sah sich Ortega zur Ergebung gezwungen, 26 Generale, 225 Stabsoffiziere, 800 Subalternoffiziere und 11,000 Soldaten lieferten sich als Kriegsgefangene in die Hände der Franzosen. Am 10. Juni verkündeten Kanonenschüsse in Paris den neuen Ruhm der französischen Waffen und erweckten in Napoleons Brust den stolzen Gedanken, mit der Gründung einer festen Rechtsordnung in Mexiko das Fundament seiner Dynastie durch eine für die Zivilisation Amerikas wie für den Ruhm Frankreichs gleich bedeutende That weiter zu befestigen.

Einzug in die Hauptstadt. Neues Regiment. Auf die Kunde von dem Fall Pueblas versuchte Juarez die Hauptstadt durch Schrecken im Gehorsam zu halten. Er erklärte sie in Belagerungszustand und zwang alle männlichen Einwohner, mit Ausnahme der Fremden, unter die Waffen zu treten. Aber seine Macht war vorüber. Ein Aufstand nötigte ihn,
31. Mai. die Stadt zu verlassen und San Luis de Potosi zum Sitz der Regierung zu erheben. Dorthin zog er sich mit seinen getreuesten Anhängern zurück, während
10. Juni. die Franzosen auf die Hauptstadt losrückten. An demselben Tag, da die Nachricht von der Einnahme Pueblas in Frankreich anlangte, hielt Forey an der Seite Almontes und Salignys seinen Einzug in Mexiko, gleich einem Triumphator

von dem Jubel des Volks begrüßt. Dem Beispiel der Hauptstadt folgten die Provinzen. Ohne erheblichen Widerstand besetzten die französischen Generale das Innere des Landes, jede Widersetzlichkeit durch Schreckensmaßregeln und standrechtliche Exekutionen niederschlagend. Nun schritt man zur Begründung einer neuen Staatsordnung, welche dem Land den langentbehrten Frieden und gesetzliche Zustände zurückgeben und die „größte Idee" Napoleons verwirklichen sollte. Eine aus den angesehensten Männern bestellte Regierungsjunta wählte aus ihrer Mitte ein Triumvirat, bestehend aus Almonte, Labastida, Erzbischof von Mexiko, und General Mariano Salas, einem ehemaligen Parteigänger Santa Annas, und berief eine Notablenversammlung ein. Darauf wurde in gemeinsamer Beratung der Beschluß gefaßt, statt des republikanischen Regierungssystems, welches für Mexiko stets die Quelle des Übels gewesen, die gemäßigte erbliche Monarchie unter einem katholischen Fürsten einzuführen, der den Titel Kaiser von Mexiko annehmen sollte, und die Krone dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Österreich, über dessen Gesinnung sich Napoleon durch vertrauliche Anfrage zuvor versichert hatte, für sich und seine Nachkommen anzutragen. Dubois de Saligny und General Forey kehrten nach Frankreich zurück, um neuen Männern Platz zu machen. 19. Juli 1863.

Die Wahl war mit Umsicht getroffen. Maximilian, ein jüngerer Bruder des regierenden Kaisers von Österreich, konnte als Habsburger alte Erinnerungen und historische Legitimitätsrechte in die neue Welt mitbringen; durch eine treffliche Erziehung mit vielen Kenntnissen sprachlicher und sachlicher Art ausgerüstet, durch große Reisen mit manchen Erfahrungen über Politik, Volkswirtschaft und Verwaltung bereichert, durch schriftstellerische Arbeiten „Aphorismen" in der litterarischen Welt bekannt und erfüllt von Thatendrang, zu dessen Befriedigung ihm die Heimat keine Gelegenheit bot, schien der Erzherzog der geeignetste Mann für eine Weltstellung, welche vor allem Mut, Unternehmungsgeist und ritterlichen Sinn verlangte, wie sie dem Kaisersohn beiwohnten. Von lebhafter Phantasie, hatte er von jeher einen gewissen Hang zum Ungewöhnlichen und Abenteuerlichen gezeigt, und die Verhältnisse in seinem Vaterland, wo er wegen seiner freisinnigen Grundsätze in den Hofkreisen übel angesehen war, wo man weder seine Verdienste um die Flotte und das Seewesen im Adriatischen Meer würdigte, noch das Lob, das er sich einige Jahre früher als Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs erworben, ihm anrechnete, wo eine mißliche Stellung ihn drängte, machten ihm eine Änderung wünschenswert. Seinen strebsamen Geist reizte der Gedanke, daß er berufen sei, auf Grund der Monarchie eine feste rechtliche Ordnung aufzurichten in einem weiten schönen der Anarchie ständig verfallenen Land, die Zivilisation in ferne halbbarbarische Gebiete zu tragen. Auch seine Gemahlin Marie Charlotte, Tochter des Königs Leopold von Belgien, bekümmert, daß sie dem Eheherrn keine Kinder gab, begünstigte jedes Unternehmen, das geeignet schien, dessen Sinn durch höhere Ziele zu zerstreuen, und war bereit, Kaiser Maximilian in Mexiko.

alle Gefahren und Wagnisse mit ihm zu teilen. Dazu kam noch die große Bewunderung, welche beide für den politischen Geist und das Herrschertalent des französischen Kaisers in der Seele trugen. Eine feierliche Gesandtschaft über-
3. Okt. 1863. brachte den Beschluß dem Erzherzog. Der fürstliche Mann empfing die Gesandten in dem schönen Schloß Miramare bei Triest. Nach einigem Bedenken erklärte er sich bereit, die Krone anzunehmen, sobald die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens den Wunsch der Hauptstadt bestätigt habe. Als die Deputation in der Heimat ankam, waren die Zustände in einer solchen Verfassung, daß alsbald zu einer Abstimmung in den Gemeinden geschritten werden konnte. Zwar hatte Juarez alle Kräfte angestrengt, den Beschluß der Regentschaft zu vernichten; aber seine Anhänger schwanden mit jedem Tag mehr zusammen, die Union, deren Beistand er angerufen und für deren Hilfe er die goldreiche Landschaft Sonora angeboten, war durch den Krieg mit den Südstaaten außer stand gesetzt, den vorteilhaften Antrag anzunehmen. Spaltungen im eignen Heerlager mehrten den Abfall und führten die republikanische Partei allmählich der Auflösung entgegen. General Commonfort wollte eine Reise ins Ausland unternehmen, wurde aber von einer Kriegsschar überfallen und getötet; Ortega, welcher, der Gefangenschaft entflohen, sich wieder mit Juarez vereinigt hatte, zerfiel bald mit demselben und stellte sich dem General Bazaine, der anstatt des zum Marschall beförderten Forey zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, zur Verfügung. Verlassen von seinen getreuesten Anhängern, sah sich endlich Juarez genötigt, Mexiko zu räumen. Er flüchtete sich nach Texas und stellte
Febr. 1864. sich unter den Schutz der Union. Am 4. Februar wurde nun durch ein festliches Tedeum der endgültige Sieg der Intervention über das Regiment Juarez gefeiert, und um dieselbe Zeit erhielt der Erzherzog Maximilian die Nachricht, daß nahe an zweitausend Gemeinden sich für ihn ausgesprochen hätten, daß mithin der allgemeine Wunsch des Landes, „unter dem milden Zepter eines weisen Fürsten zu neuem Leben zu gelangen“, keinem Zweifel unterliege. Nun trug der Habsburger nicht länger Bedenken, die dargebotene „Krone Montezumas“ anzunehmen. Nach einer Zusammenkunft mit Napoleon in Paris, wo nähere Verabredungen über die Sicherheit des neuen Kaiserthrones und über die Stärke und Dauer der französischen Okkupation getroffen wurden, setzte er mit seiner Gemahlin Marie Charlotte über den Ozean und zog unter dem Freudenruf der Bevölkerung als Kaiser Maximilian I. in Mexiko ein.

Das Kaisertum und die amerikanische Republik. Aber es war vorauszusehen, daß das monarchische Prinzip in dem romanischen Amerika große Kämpfe und Anfechtungen zu bestehen haben würde. Die Vereinigten Staaten, die schon längst ihre gierigen Blicke auf Mexiko gerichtet hatten und nur durch den Bürgerkrieg im eignen Land abgehalten waren, der europäischen Intervention entgegenzutreten, benutzten bald die schwierige Lage des jungen Kaiserstaates, um die neue Monarchie, durch welche, nach Napoleons eignem Geständnis, der amerikanischen Union „ein materielles und moralisches

Gegengewicht" geschaffen werden sollte, wieder zu stürzen und die „Monroe-Doktrin", daß es gegen die Interessen der Vereinigten Staaten sei, wenn die Monarchen Europas ihr System in irgend einem Teil Amerikas einführten, zur Geltung zu bringen. Zu gleicher Zeit wurde die friedliche Entwickelung des Staatswesens gestört und gehemmt, sowohl von seiten der Liberalen und Republikaner, welche das gewohnte Parteitreiben mit Aufruhr und Bandenwesen im Gefolge nicht aufgeben wollten, als auch von seiten der Priesterschaft und der gesamten reaktionären und klerikalen Partei, welche versuchte, die Einziehung der geistlichen Güter und die Schmälerung der Rechte der Kirche soviel als möglich rückgängig zu machen. Es ließ sich also voraussagen, daß dem neuen Kaiserstaat keine harmlos heitere Jugendzeit beschieden sei, zumal da die Staatskasse leer, die Finanzverhältnisse zerrüttet, die Einnahmsquellen versiecht waren. Der „heilsame Schrecken", den man durch Feuer und Schwert oder mittels Erhängen und Erschießen in den unfügsamen oder verdächtigen Orten einzuflößen suchte, war wenig geeignet, die neue monarchische Staatsordnung beliebt zu machen. Doch war der äußere Widerstand noch verhängnisvoller als der innere. Das Repräsentantenhaus in Washington hatte schon am 4. April die Erklärung abgegeben, daß das Volk der Vereinigten Staaten es nicht mit seinen Grundsätzen vereinbar finden könne, eine in Amerika unter den Auspizien einer europäischen Macht auf den Trümmerm der republikanischen Staatsform errichtete monarchische Regierung anzuerkennen, und wenn auch der Senat dem Beschluß nicht beitrat und der Präsident den Eindruck in Frankreich zu mildern bemüht war, so täuschte sich doch niemand darüber, daß ein Kampf zwischen der Union, welche fortwährend den Präsidenten Juarez als den gesetzmäßigen Vertreter der Republik Mexiko betrachtete, und der Schutzmacht Frankreich, welche den Kaiserthron mit Darlehen und Hilfstruppen unterstützte, nur eine Frage der Zeit sei.

Bald trat eine entscheidende Wendung ein. Wie sehr auch der ritterliche Kaiser Schwierige Lage. Maximilian alle Kräfte anstrengte, seinen Thron zu befestigen und Sicherheit und Ordnung in seinem Reich zu begründen; wie sehr er sich bemühte, die verwahrloste Volksbildung durch Verbesserung des Unterrichtswesens zu heben, durch eine neue Gerichtsorganisation der gesunkenen Rechtspflege aufzuhelfen, durch Sicherung und Mehrung der Straßen Handel und Verkehr in neuen Schwung zu bringen, durch Verheißung eines Reichsstatuts mit Volksvertretung Vertrauen bei den Liberalen zu erwecken, das Los der gedrückten Indianer (Peons), die von harten Gutsbesitzern und Geistlichen in Leibeigenschaft und Schuldhaft gehalten wurden, zu erleichtern: weder die französische Okkupationsarmee, noch seine eignen, durch Freiwillige aus Belgien und Österreich verstärkten einheimischen Truppen waren im stande, den republikanischen Kriegshaufen von Juarez und den Guerillabanden die von ihnen besetzten Landschaften zu entreißen. Chihuahua blieb mit kurzer Unterbrechung der Regierungssitz des Präsidenten, der sein Herrscheramt, das im November 1864 ablaufen sollte, aus eigner Autorität mit Zustimmung des Nov. 1864.

obersten Gerichtshofs verlängerte, und selbst der Süden wurde von republikanischen Heerscharen unsicher gemacht, obschon der kriegskundige Marschall Bazaine die Stadt Oaxaca zur Unterwerfung gezwungen hatte. Die Geldmittel, die durch zwei unter den ungünstigsten Bedingungen in Frankreich bewerkstelligte Anleihen zusammengebracht wurden, waren bald erschöpft, die Einkünfte des Landes reichten nicht hin. Diese Umstände schienen der Regierung in Washington, die seit der Beendigung des Bürgerkriegs wieder freie Hand hatte, geeignet, der monarchischen Schöpfung in Mexiko ihr Ende zu bereiten, zumal da die Truppen der konföderierten Südstaaten Neigung gezeigt hatten, mit Maximilian und Bazaine in Verbindung zu treten. Sie verlangte auf Grund der Monroe-
9. Febr. 1865. Doktrin, daß Napoleon seine Truppen zurückrufe und dadurch dem mexikanischen Volk möglich mache, sich durch freie Selbstbestimmung zu entscheiden, welche Regierungsform in Zukunft Geltung haben solle und wie es seine öffentlichen Angelegenheiten ordnen und gestalten wolle. Umsonst versuchte der französische Gesandte in Washington die Union zu bestimmen, die in Mexiko gegründete Monarchie wenigstens als eine thatsächlich bestehende Regierung anzuerkennen und in diplomatische Beziehungen mit derselben zu treten, unter welcher Bedingung die Abberufung der französischen Truppen zu geeigneter Zeit in Zwischenräumen erfolgen sollte; die Regierung der Vereinsstaaten ließ sich auf diese Bedingung nicht ein und gab deutlich zu verstehen, daß sie eine Monarchie, die nach ihrer Meinung nicht auf dem Volkswillen beruhe, sondern durch fremde Bajonette gewaltsam eingeführt worden sei, in Mexiko nicht dulden würde, und daß die bisherigen freundlichen Beziehungen zwischen der Union und Frankreich in Gefahr geraten könnten, wenn der französische Kaiser es nicht mit seinem Interesse und seiner Ehre vereinbar finden sollte, von der bewaffneten Intervention in Mexiko abzustehen. Von der Zeit an war Napoleon, der die Abneigung der französischen Nation gegen die mexikanische Expedition wohl kannte, nur darauf bedacht, eine Form für einen ehrenvollen Rückzug zu finden und die französischen Kapitalisten vor allzu großen Verlusten zu bewahren. Die Befehle, welche Bazaine erhielt, ließen erraten, daß man in Paris die Sache des Kaisers Maximilian aufzugeben entschlossen sei, weshalb der General, der sich mit einer reichen Mexikanerin verheiratet hatte, eine solche Haltung beobachtete, daß er für sich und die französischen Heere möglichst wenig Schaden aus der schlimmen Situation nehmen möchte.

Maximilian und Bazaine. Die Folgen dieser Politik gaben sich bald kund. Die Eingebornen merkten schnell, daß das Schiff des Kaisers im Sinken sei, und suchten sich beizeiten zu retten. Unter dem Zepter des gutmütigen Fürsten erlangten alle schlechten Leidenschaften wieder das Übergewicht. Er vergaß, daß der Verrat den Mexikanern im Blut liegt. Mit jedem Tag schwanden die Reihen der Getreuen mehr zusammen; von den Tausenden, die den Habsburger einst mit Jubel begrüßt und sich seiner Sache angeschlossen hatten, harrten nur wenige aus. Zum Abfall

gesellten sich Verschwörungen gegen das Leben des verratenen und verlassenen Fürsten. Es half nichts, daß sein General Mendez, um ein abschreckendes Beispiel aufzustellen, kraft eines kaiserlichen Dekrets gegen bewaffnete „Banditen“ zwei republikanische Anführer, Arteaga und Salazar, erschießen ließ; der Terrorismus verfehlte seine Wirkung und fiel auf das eigne Haupt Maximilians zurück; die Guerillabanden mehrten sich durch den Beitritt freiwilliger Kriegsleute aus den Vereinsstaaten; das vergossene Blut schrie um Rache, die bald des Kaisers eignes Haupt treffen sollte. Als er die Enkel von Iturbide (XIV, 647) als „kaiserliche Hoheiten“ zu Prinzen und Prinzessinnen erklärte, wankte bereits sein eigner Thron. Selbst der alte Santa Anna verließ sein bisheriges Asyl in Havana, um sich noch einmal auf den politischen Schauplatz zu begeben und die Verwirrung seines Vaterlandes zu mehren. Die Sendung Almontes nach Europa brachte keine Änderung in die verzweifelte Lage: Napoleon hatte das Kaisertum Mexiko im Geist bereits aufgegeben; der Papst verweigerte das vorgeschlagene Konkordat, wodurch der Verkauf der Kirchengüter gutgeheißen werden sollte; weitere Zuzüge von Freiwilligen aus Österreich wurden an der Abfahrt gehindert. Vergebens reiste die Kaiserin Charlotte selbst im Sommer 1866 nach Paris und Rom, um bei Napoleon materielle, bei dem Papst geistliche Hilfe zu suchen; von ihren Freunden verlassen, in ihren Hoffnungen getäuscht, verfiel sie in einen Zustand von Seelenstörung. Während sie in der freundlichen Seeburg Miramare trübe Tage verlebte, von dem schrecklichen Wahn gefoltert, daß sie von Mördern und Giftmischern umgeben und bedroht sei, geriet ihr Gemahl jenseits des Ozeans in eine so schwierige Lage, daß er sich nur mühsam gegen die wachsende Macht der Republikaner zu halten vermochte. Wie sehr die österreichischen Freiwilligen ihre Treue und alte Tapferkeit bewährten, bei der zweideutigen Haltung des französischen Obergenerals vermochte das kaiserliche Heer im Feld keine Vorteile zu erringen. General Mejia mußte Matamoros durch Kapitulation abtreten und verlor fast seine ganze Mannschaft auf der Fahrt nach Veracruz. Eine Abdankung, wozu Bazaine den Kaiser zu bewegen suchte, hätte diesem unter dem Schutz französischer Truppen eine Rückkehr nach Europa gewähren können; aber die Vorstellungen seiner Getreuen, daß sein Abgang das unvermeidliche Verderben auf ihr Haupt herabziehen würde, und der peinliche Gedanke, wie ein Fahnenflüchtiger den Schauplatz seiner Thaten zu verlassen und ohne Ruhm und Ehre in das Vaterland heimzukehren, machten auf den ritterlichen Geist des hochsinnigen Fürsten solchen Eindruck, daß er den Vorschlag seiner Beschützer verwarf. Er konnte ohnedies zu dem falschen und eigennützigen Bazaine, der insgeheim selbst nach der Herrschaft trachtete, kein Vertrauen hegen. In den ersten Monaten des folgenden Jahres schifften sich die französischen Truppen in Veracruz ein und kehrten in Zwischenräumen nach Europa heim. „Tausende von gefallenen tapfern Männern ließen die Abziehenden in der fremden Erde zurück, ihr Blut hatte keine Saat der Zivilisation gedüngt. Grauenhafte Verwirrung

3. Okt. 1865.

14. Juli 1866.

1867.

herrschte wie dereinst bei ihrer Landung im alten Montezumareich und sollte erst im Blut des Fürsten erstickt werden, der sein reiches Glück, seine herrliche Begabung, die Kräfte seiner edlen Natur der „Idee“ Napoleons III. geopfert hatte.“

Maximilians Ausgang. Kaum hatten die letzten Franzosen Veracruz verlassen, als die Armeen der Liberalen und die zahlreichen Scharen der Guerilla herandrängten. Bald beschränkte sich das Kaiserreich auf wenige Punkte, die wie Inseln und Felsen in einer Sturmflut aus der allgemeinen Umwälzung noch hervorragten. „Vom äußersten Südrande, wo die kaiserlichen Generale in Yukatan einen Verzweiflungskampf um das Leben fochten, bis zum äußersten Norden von Sonora, wo die letzten Haufen der Apachen und Opatas, welche der kaiserlichen Standarte gefolgt waren, ihren erschossenen Führern eintönige Klagegesänge nachschickten, von der Küste des Stillen Weltmeers, wo die Häfen Tehuantepek und S. Blas durch Sturm in die Hände der Republikaner fielen, bis zum Golf von Mexiko, in dessen Hafen Veracruz sich die kaiserlichen Besatzungen der Städte Orizaba und Cordova zum letzten Widerstand zusammendrängten, überall erlagen die Reste der kaiserlichen Autorität.“ Schon hatten die Banden des Porfirio Diaz nach einem siegreichen Gefecht mit General Marquez das Thal von Mexiko überschwemmt und mit allen Greueln heimgesucht, als die Bewohner der Hauptstadt, für ihre Sicherheit besorgt, den Kaiser beredeten, sich nordwärts zu ziehen und nur eine kleine Besatzung zu ihrem Schutz zurückzulassen. Maximilian ging auf den Vorschlag ein. Begleitet von Prinz Felix von Salm-Salm, der sich nach Beendigung des amerikanischen Kriegs zu ihm begeben hatte, und von wenigen Getreuen, zog er an der Spitze seines kleinen Heeres nach der Festung Queretaro. Gegen seinen Willen und Befehl ließ General Marquez, der Hauptführer der Kaiserlichen, viele Gefangene, die auf dem Zug in seine Hände fielen, grausam erschießen, und als derselbe bald darauf zurückkehrte, um die Hauptstadt gegen die Republikaner zu verteidigen, organisierte er, den Namen des Kaisers mißbrauchend, ein System des Schreckens, das allgemeine Entrüstung hervorrief. Es dauerte nicht lange, so wurde Queretaro durch Escobedo und andre Bandenführer von allen Seiten eingeschlossen. Die kaiserlichen Truppen leisteten tapfern Widerstand, selbst als der Mangel an Lebensmitteln und Zufuhr ihnen die größten Entbehrungen auferlegte. Maximilian ging den Seinen mit kühnem Mut voran; er suchte im ehrlichen Kampf einen Soldatentod, der ihm aber nicht zu teil ward. Er sollte durch Verrat fallen, welcher ihn bereits umlauerte. Oberst Miguel Lopez, einer der wenigen Führer, die bisher der Fahne Maximilians treu geblieben, verriet, obwohl er von dem Kaiser wegen seiner militärischen Verdienste vor allen ausgezeichnet worden war, in der letzten Stunde seinen Herrn um Judaslohn. Gegen eine Geldsumme öffnete er die feste Citadelle, wo sich der Habsburger mit dem Rest seiner Getreuen mutvoll verteidigte, dem feindlichen General Escobedo, der während der Nacht vom 14. auf den 15. Mai (Mai 1867.) durch seine Mannschaft Besitz davon nahm und den Kaiser samt seinen Beglei-

tern unter Aufsicht stellte, bis Befehle von dem in San Luis de Potosi weilenden Präsidenten Juarez eingetroffen sein würden. Die Erschießung des Generals Mendez, die schon am Tag der Einnahme vor sich ging, konnte als Vorspiel des eignen Schicksals Maximilians angesehen werden; denn man hatte es nicht vergessen, daß der Kaiser in den frühern Kämpfen über die gewöhnlichen Regeln der internationalen Kriegführung hinausgegangen, nicht erwägend, daß das Waffenlos wandelbar sei. Auch fürchtete man, die Entlassung Maximilians nach Europa würde eine Quelle steter Beunruhigung für Mexiko sein. Er würde fortfahren den Kaisertitel zu führen, und alle Unzufriedenen und Parteigänger würden an seinem Hof eine Zuflucht und Stütze suchen. Mehrere Wochen schwebte „Maximilian von Habsburg“ zwischen Todeserwartung und Lebenshoffnung, während Marquez in der Hauptstadt das System des Schreckens und der Erpressung auf die Spitze trieb, durch lügenhafte Botschaften den wahren Sachverhalt verleugnend. Endlich nahte die blutige Katastrophe. Man hatte in Queretaro ein Kriegsgericht aufgestellt, um die Ermordung in die Form eines Justizverfahrens zu kleiden. Der Tod „Maximilians von Habsburg“ und seiner beiden Generale Miramon und Mejia war bei der Bande Escobedos bereits beschlossene Sache; der Prozeß sollte nur als Hülle dienen für den beabsichtigten Racheakt, für die Befriedigung wilder Leidenschaftlichkeit; das Blut des hohen Gefangenen sollte für alle Zukunft monarchische Gelüste von dem amerikanischen Weltteil fern halten. Darum beeilte sich auch die Regierung von Washington nicht, durch ihre Verwendung den fürstlichen Mann zu retten, und europäische Vermittelung fand keine Beachtung. Am 19. Juni wurde Ferdinand Maximilian aus dem engen Zellengefängnis 19. Juni 1867.
des Kapuzinerklosters zu Queretaro, wo er seit seiner Gefangenschaft eingeschlossen war, auf den Richtplatz geführt und mit seinen Leidensgefährten Miramon und Mejia erschossen. Mutig und standhaft blickte er dem Tod ins Auge. An demselben Tag, da er seine hochherzige Seele unter den Kugeln aushauchte, fiel auch die Hauptstadt Mexiko, nachdem Marquez sein Kommando niedergelegt und sich durch heimliche Flucht entfernt hatte, in die Hände des Bandenführers Porfirio Diaz; und als acht Tage später auch noch Veracruz, wo die kaiserliche Fahne 27. Juni.
am längsten wehte, sich ergeben, konnte der Präsident Juarez nach mehrjähriger Verbannung wieder seinen feierlichen Einzug in die alte Aztekenstadt halten. 15. Juli.
Bald darauf wurde er durch Wiederwahl von neuem in sein hohes Amt eingesetzt. Nur nach langen Unterhandlungen vermochte die österreichische Kaiserfamilie die Herausgabe der Leiche des Erzherzogs zur Bestattung in vaterländischer Erde zu erwirken. Noch ehe der Admiral Tegetthoff die teuren Reste in die Heimat brachte, wurde die edle Kaiserin Charlotte, von der Nacht des Wahnsinns umhüllt, in das Land ihrer Geburt zurückgeführt. Dort weilt sie noch bis zur Stunde. Seitdem man ihr das tragische Geschick ihres Gatten mitgeteilt, war ihr Geist nur selten durch lichte Augenblicke erhellt worden. Juarez behauptete sich bis an sein Lebensende in der Präsidentenwürde. Einzelne Aufstands- † 1872.

versuche wurden mit Strenge unterdrückt. Unter dem nächsten Präsidenten, Lerdo de Tejada, erregte General Porfirio Diaz einen Aufruhr, der mit seiner eignen
1877. Erhebung zur Präsidentenwürde endigte, worauf eine Zeit liberaler Reformen, namentlich in kirchlicher Hinsicht, folgte. Diaz behauptete sich alsdann längere Zeit an der Spitze der Republik.

3. Die republikanischen Staaten von Mittel- und Südamerika.

Öffentliche Zustände. Die Vorgänge und Wechselfälle in Mexiko mußten in allen Staaten des mittlern und südlichen Amerika, die einst unter spanischer Herrschaft gestanden, einen aufregenden Eindruck hervorbringen. Litten sie doch alle an denselben Parteikämpfen und Zersetzungen, an denselben finanziellen, staatlichen und sozialen Gebrechen und Zerrüttungen, welche dort die europäische Intervention hervorgerufen hatten. Wäre es gelungen, in Mexiko eine neue Staatsordnung auf monarchischer Grundlage aufzurichten, so hätte das Beispiel sicherlich in den südlichen Staaten Nachahmung gefunden, so wäre Napoleons „größte Idee" kein Traum gewesen. Das Scheitern dieses Planes hat die Republiken der Mitte und des Südens vor solchen Erschütterungen bewahrt, aber nur um sie den Stürmen, denen das öffentliche Leben daselbst schon seit Jahrzehnten ausgesetzt war, noch länger preiszugeben. Es ist ein klägliches Bild politischer Unfähigkeit, das die Bewohner der großen und reichen Länder im Westen und Süden des Golfs von Mexiko seit der Losreißung von der spanischen Herrschaft darbieten. Von wilden Parteikämpfen und leidenschaftlichem Rassenhaß zerrissen, stürzten sie von einer Revolution in die andre und konnten die Segensfrüchte ihrer Unabhängigkeit wenig genießen. Wie ihr Boden von unterirdischen Stößen zittert und erbebt, so konnte auch ihr Staatsleben zu keiner Ruhe, zu keiner fröhlichen Kulturentwickelung sich emporarbeiten. Wohl bewegen sich alle in republikanischen Formen von mehr oder minder demokratischem Charakter, mit Ausnahme Brasiliens, wo sich die konstitutionelle Monarchie unter Dom Pedro II. behauptete (XIV, 654); aber diese Formen sind nicht aus der Natur des Volks hervorgegangen, sind keine eigenartigen Schöpfungen, keine Früchte heißer Anstrengungen und innern Ringens, es sind Nachbildungen der nordamerikanischen Unionsverfassung, es sind entlehnte Staatsordnungen, denen jede gediegene Unterlage fehlt. Statt eine nationale Selbstregierung zu schaffen, die in der Natur des Volks, in den Sitten, Rechtsanschauungen und Gewohnheiten der Bürger wurzelte, hat man die republikanischen Einrichtungen oberflächlich und flüchtig nach fremdem Muster zugeschnitten und statt der wahren Freiheit ein Schattenbild aufgerichtet. Die südamerikanischen Republiken haben gegen die spanische Herrschaft im Grund nur die Diktatur ehrgeiziger, habsüchtiger Generale und eines trägen, zu Meutereien geneigten Soldatenhaufens eingetauscht. Wie in den Vereinsstaaten des Nordens ist auch in den Republiken des Südens und in der Mitte die Staats-

gewalt zwischen einem gewählten Präsidenten und einem aus Senat und Deputiertenhaus bestehenden gesetzgebenden Kongreß verteilt, bald mit direktem, bald mit indirektem Wahlverfahren; aber unter dieser Decke tummeln sich die verschiedenartigsten Leidenschaften und Parteikämpfe. Nicht nur daß Kreolen, eingeborne Indianer und Mischlinge in unaufhörlichem Kampf um die Herrschaft liegen, neben den sich anfeindenden Rassen bekriegen sich die politischen Parteien der Föderalisten und Zentralisten oder des republikanischen Staatenbundes und der einheitlichen Republik; und zwischen diesen feindlichen Gegensätzen bewegen sich wieder die leidenschaftlichen Kämpfe der Konservativen und Liberalen, der Aristokraten, Klerikalen und Demokraten. Der Widerstreit dieser Parteiinteressen und der dadurch erzeugte Gärungsprozeß bildet das eintönige Gemälde, die unfruchtbaren Ergebnisse langer Jahrzehnte, welche die südamerikanische Menschheit um keinen Schritt vorwärts geführt haben. Die Kreolen, einst die herrschende Klasse im spanischen Amerika, haben nicht nur das frühere Übergewicht verloren und Mischlingen und Indianern weichen müssen, sie haben auch an Geist und Seele Schaden genommen. „Überall ist der Kreole ausgeartet, er hat die alte spanische Kraft verloren, und bei manchen liebenswürdigen Eigenschaften, die auf den ersten Anblick bestechen können, fehlen ihm doch namentlich zwei Hauptmomente, ohne welche Völker und Staaten niemals gedeihen können, Fleiß und sittliche Spannkraft. Die Rasse der spanischen Kreolen ist im Ableben begriffen und es scheint keinem Zweifel unterworfen, daß sie, wenigstens in manchen Ländern, die Herrschaft völlig den Mischlingen wird einräumen müssen. Vielleicht haben die Weißen aus romanischem Stamm auf die Dauer keine Zukunft in dem Weltteil, den sie zuerst eroberten. Offenbar mangelt ihnen der innere Trieb und die Ausdauer, das mit den Waffen Erkämpfte auch zu behaupten und zu benutzen. Bloß der alte kastilische Stolz ist dem Kreolen übriggeblieben, er ist aber bei ihm ohne alle Berechtigung und erscheint nur als widerwärtiges Zerrbild." Zu den kläglichen Zuständen, welche die folgenden Blätter in kurzen allgemeinen Zügen vorführen, bildet „der traurige Fehler sinkender Nationen, Dünkel und jene tragikomische Ruhmredigkeit, die sich über den eignen Unwert durch bombastischen Redeschwall so vortrefflich zu täuschen versteht", einen eigentümlichen Gegensatz. Die katholische Kirche ist die herrschende und die in den Grundrechten aufgestellte Religionsfreiheit thut ihr bei der romanischen Bevölkerung keinen Abbruch; dagegen erfuhr die klerikale Partei mit ihren hierarchischen Zielen von seiten der Liberalen manchen harten Stoß. Die Sklaverei wurde unter den bürgerlichen Kämpfen abgeschafft.

I. Nach dem Vorgang von Mexiko hatten sich einst die Staaten Guatemala, San Salvador, Honduras, Nicaragua und Costarica zu einer Republik der Vereinigten Staaten Zentralamerikas mit einem gewählten Präsidenten konstituiert. Aber die Eintracht dauerte nicht lange. Zuerst entstand ein heftiger Meinungskampf und Bürgerkrieg zwischen der Aristokratenpartei von Guatemala und den Demo-

I. Zentralamerika.

1. Juli 1823.

1829. kraten mit dem Hauptsitz San Salvador. Die letztern trugen den Sieg davon; der neue Präsident Don José Francesco gehörte ihrer Partei an. Bald jedoch gewann die aus Indianern und Mischlingen (Ladinos) bestehende eingeborne Bevölkerung das Übergewicht und suchte den Weißen, Kreolen und Europäern, die Herrschaft zu ent-
1838. reißen. Ein halbblütiger Indianer, Carrera, erhob die Fahne der Empörung und begann einen blutigen Rassenkrieg, in dessen Folge die Union sich auflöste. Der Präsident Morazan von Guatemala, der von Costarica aus sein System des Zentralismus mit den Waffen zu behaupten suchte, wurde überwältigt und in San José
15. Sept. 1842. erschossen. Von der Zeit an war die „Republik von Zentralamerika" nur ein geographischer Begriff: jeder der fünf Staaten besaß seine eigne unabhängige Regierung; alle Versuche, die Union wieder herzustellen, scheiterten an der innern Uneinigkeit oder
2. Febr. 1851. wurden mit Waffengewalt vereitelt. Die Niederlage der Verbündeten durch Carrera bei Arada gab den Föderalisten einen harten Stoß. Alles, was man seitdem erreichen konnte, waren Verträge zwischen den einzelnen Staaten zur Erhaltung friedlicher Verhältnisse und zur Sicherung des Handels. Eine politische Vereinigung mit einem gemeinschaftlichen Kongreß nach Art der nordamerikanischen Union konnte nicht erzielt werden. So viele Staaten, so viele besondere Regierungen und Präsidenten. Streitigkeiten und Parteikämpfe im Innern, eine Obrigkeit ohne Autorität, gegenseitige Eifersucht lähmten die politische Kraft. So konnte es geschehen, daß William Walker, ein nordamerikanischer Abenteurer von Mut und Unternehmungssinn, mit einem Haufen zusammengelaufener Kriegsleute in Nicaragua sich zum Oberbefehlshaber aufwarf und mehrere Jahre lang eine diktatorische Gewaltherrschaft gründete, bis er endlich bei einem Angriff auf Honduras von den Engländern den Behörden dieses be-
12. Sept. 1860. freundeten Bundesstaates ausgeliefert wurde, die ihn dann in Truxillo erschießen ließen. Auch in Costarica wurde zur selben Zeit eine politische Hinrichtung vollzogen, indem der ehemalige Präsident Rafael Mora, als er seine frühere Stellung mit Waffen-
28. Sept. gewalt wieder zu erlangen trachtete, gefangen genommen und in San José erschossen ward. Der Krieg in Mexiko übte auch auf Zentralamerika, wo fortwährend aristokratische, demokratische und klerikale Elemente gegen und durcheinander fluteten, seinen Einfluß. Auch hier standen Liberale und Konservative feindlich einander gegenüber und rangen um die Herrschaft. Unter diesen Umständen gelangte der gewandte General Carrera von Guatemala zu einer diktatorischen Autorität. Im Gegensatz zu dem mexikanischen Befehlshaber Juarez, mit dem er in Herkunft und Schicksalen viele Ähnlichkeit hatte, stützte er sich auf die klerikale und konservative Partei, so daß man ihn eines Einverständnisses mit Kaiser Maximilian und eines Strebens nach monarchischer Gewalt beschuldigte. Aber noch ehe das blutige Trauerspiel in Queretaro zu Ende war, starb
15. April 1865. Carrera plötzlich. Einige Monate nachher wurde sein langjähriger Gegner und Nebenbuhler Barrios von San Salvador, als er die verlorene Präsidentenstelle wieder zu erlangen strebte, auf Befehl seines siegreichen Nachfolgers Dueñas in seiner ehema-
29. Aug. ligen Hauptstadt erschossen. Seitdem führten die fünf Staaten von Zentralamerika ihr Leben in der alten Weise fort ohne einheitliche Autorität und ohne Einfluß auf die politischen Verhältnisse ihres Weltteils; die Versuche, zu einer neuen Föderation zu gelangen, blieben erfolglos.

1831. II. Vereinigte Staaten von Kolumbien. II. Ein Jahr nach Bolivars Tod (XIV, 647) löste sich die Republik Kolumbien in die drei selbständigen Freistaaten Venezuela, Neugranada und Ecuador auf mit Verfassungen, die unter sich ähnlich und im großen und allgemeinen der nordamerikanischen nachgebildet waren. Ein gewählter Präsident mit Ministern oder Regierungsräten steht an der Spitze der vollziehenden Gewalt; die Gesetzgebung liegt in den Händen des aus Senat und Repräsentanten bestehenden Kongresses; die bewaffnete Macht

wird gebildet aus dem stehenden Heer und der Landmiliz. Aber während in der Union die Parteien nur innerhalb der Grenzen der Verfassung sich bekämpften, bietet die Geschichte der südamerikanischen Freistaaten eine ununterbrochene Reihe von Umwälzungen bald in revolutionärem bald in reaktionärem Sinn, indem jede der großen Parteien, in welche sich auch hier die Bevölkerung schied, das Regiment in ihre Hände zu bringen und das öffentliche Leben nach ihren Grundsätzen zu organisieren suchte, wobei zu den politischen Kämpfen noch Rassenleidenschaften, noch Kriege zwischen der weißen und farbigen Bevölkerung sich gesellten. Die Teilung in verschiedene Staaten unter einer schwach organisierten Zentralgewalt war nicht vermögend, wie in Nordamerika, das Gefühl der Freiheit zu befestigen, sondern begünstigte nur den Hang zu innerer Unruhe und Parteiung.

1. In Venezuela war in den vierziger Jahren die Republik in Oligarchen 1. Venezuela.
(Konservative) nnd Föderalisten (Liberale) gespalten, durch deren Eifersucht und Feindseligkeiten der Staat in einen Zustand von Anarchie geriet, welchen die Familie Monagas zu einer Art diktatorischer Gewaltherrschaft zu benutzen suchte. Zehn Jahre lang wußten Glieder dieser Familie durch Korruption und Aufstände sich in der Macht zu erhalten, bis endlich General Castro durch die Partei der Konservativen oder Olig- 1859.
archen auf den Präsidentenstuhl erhoben ward und durch einen „Nationalkonvent“ die Verfassung revidieren ließ. Aber Castro, der sich zwischen den Parteien durchzuwinden suchte, konnte keiner Genüge thun: bald lagen Föderalisten, Konservative und Liberale miteinander im Kampf, und die Präsidentenwürde ging in drei Jahren viermal in 1860—1863.
andre Hände über. Endlich erlangte das Föderalistenhaupt Falcon die höchste Würde und brachte mit einer neu einberufenen konstituierenden Versammlung eine Verfassungs- 1864.
revision zu stande, welche sich aufs engste an die Konstitution der nordamerikanischen Union anlehnte und dem Föderativsystem den vollständigsten Sieg verlieh. Achtzehn Staaten, in ihrem innern politischen und Gerichtsleben von einander unabhängig, bildeten die Bundesrepublik oder die „Vereinigten Staaten von Venezuela“ mit einem Präsidenten und Kongreß zu Caracas als oberster Gesamtstaatsgewalt mit Instituten und Rechtsbestimmungen wie in der Union. Aber durch die Zerfällung des Ganzen in viele einzelne Glieder wurde die Saat neuer Revolutionen und bürgerlicher Bewegungen gestreut, die jedoch auf kleinere Kreise beschränkt blieben und sich meist um Personenwechsel und Privatinteressen drehten. Der Präsident Falcon wurde durch einen Aufruhr aus dem Land getrieben. In den Parteikämpfen der siebziger und achtziger 1868.
Jahre stand der General Guzman Blanco im Vordergrund, der in unaufhörlichen Bürgerkriegen mehrmals den Präsidentenstuhl mit dem Exil vertauschte.

2. Noch stürmischer gestaltete sich das öffentliche Leben in Neugranada, 2. Neugranada.
welches sich seit dem 20. September 1861 den Namen „Vereinigte Staaten von Kolumbien beigelegt hat. Hier wechselten liberale, klerikale und militärische Revolutionen miteinander ab und hielten das Land in einer fast ununterbrochenen Aufregung. „Der Bevölkerung fehlt es keineswegs an Intelligenz und Rührigkeit, aber diese Eigenschaften dienen bei ihr mehr dem Geist des Zerstörens als Schaffens.“ Die Bolivianos d. h. die Anhänger Bolivars, die in den letzten Jahren dessen diktatorische Gewalt verteidigt hatten, stritten mit den Patrioten oder Liberalen um die Präsidentenwürde. Als die letztern nach langem Ringen den Sieg davon trugen, erregten jene unter General José Maria Obando einen Aufstand, infolgedessen die Republik zwei Jahre lang allen 1839—1841.
Stürmen eines leidenschaftlichen Bürgerkriegs ausgesetzt war und Cartagena und andre Provinzen sich losrissen. Erst unter den Präsidentschaften der vom Geist der Mäßigung beseelten Generale Herran und Mosquera kamen in den vierziger Jahren ruhigere Zeiten, so daß die Verfassung reformiert, das zerrüttete Finanzwesen geordnet, für

Unterricht, Handel und gemeine Wohlfahrt und Sicherheit zweckmäßige Einrichtungen getroffen werden konnten. Nach einigen Jahren erlangten jedoch die Demokraten unter
1853. José Hilario Lopez und José Maria Obando die Oberhand und setzten die dezentralisierende Konstitution durch, kraft deren es jeder Provinz gestattet sein sollte, mit Zustimmung des Kongresses sich zu einem eignen unabhängigen Staat zu erklären
1856. 1857. und mit dem Mutterstaat Neugranada in Föderationsverband zu treten. Dies geschah denn auch von Panama und Antioquia. Am Ende der fünfziger Jahre erhoben sich neue Bewegungen, indem Mosquera, einem altspanischen Geschlecht entstammt, seine frühere gemäßigte Gesinnung aufgab und aus Neid und Eifersucht gegen den kräftigen Präsidenten Mariano Ospina, einen konstitutionell gesinnten Rechtsgelehrten, die Demokraten und Radikalen unter seiner Fahne sammelte und gegen die Zentralregierung in Bogota in den Kampf führte. Das Ende des mehrjährigen Bürgerkriegs, in welchem Ospinas Nachfolger Arboleda, das Haupt der Konservativen, meuchlings
1862. ermordet, Bogota erobert und gebrandschatzt, mehrere der angesehensten Beamten und Bürger hingerichtet wurden, war eine neue Verfassung im Sinn des Föderalismus, infolge deren die Republik Neugranada sich durch einen Unionsvertrag als „Vereinigte Staaten von Kolumbien" konstituierte. Während dieser Wirren hatte Mosquera achtzehn Monate lang eine diktatorische Gewalt behauptet, die er dann, nachdem er sie zu terroristischen Maßregeln gegen die Konservativen und Klerikalen benutzt, an die konstituierende Versammlung in Bogota abgab. Aber einige Jahre nachher wurde er von
1866. seinen Gesinnungsgenossen abermals zum Präsidenten der Föderativrepublik gewählt, allein nur, um nach kurzer Zeit ins Exil getrieben zu werden. Zu einem geordneten Staatsleben fehlt der spanisch-amerikanischen Bevölkerung die Hingebung an Gesetz und Verfassung und die Unterwerfung des eignen Willens unter die Allgemeinheit. Die Kämpfe zwischen loser Konföderation und Einheitsrepublik dauerten fort oder brachen nach kurzen Pausen von neuem aus und in den einzelnen Staaten selbst führte das Parteileben oft zur völligen Anarchie. Namentlich regte sich in Panama fortwährend der Wunsch nach einer Trennung von Kolumbien und nach Umgestaltung zu einer unabhängigen Republik. Diese politischen Wirren bewirkten, daß das an wertvollen Erzeugnissen so reiche Land nicht in die Höhe zu kommen vermochte.

3. Ecuador. 3. Ecuador. Von der Zeit an, da sich die altspanische Landschaft Quito von der Republik Kolumbien losmachte und unter der Präsidentschaft des Generals Juan
Mai 1830. José de Flores, des treuen Waffengefährten Bolivars, auf dem Kongreß zu Riobamba als unabhängige Republik Ecuador konstituierte, wechselte das geschichtliche Leben des Landes zwischen Revolution und Reaktion, neben welchen noch Kämpfe mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit Peru herliefen. Flores selbst, das Haupt der Konservativen, welche die Regierungsgewalt zu stärken suchten, wußte sich fünfzehn Jahre lang teils als Präsident, teils als Oberbefehlshaber der Armee in der Macht zu halten, aber er mußte seine Amtsgewalt gegen seine zahlreichen Gegner, unter denen Vicente Rocafuerte, der Führer der Liberalen, den ersten Rang einnahm, fort-
1835. während mit den Waffen erkämpfen. Nachdem eine konstituierende Versammlung dem Freistaat eine revidierte Verfassung gegeben, wodurch ein Präsident an die Spitze der vollziehenden Gewalt gestellt, die Gesetzgebung einem Kongreß von zwei Kammern übertragen ward, wechselte mehrere Jahre lang die Präsidentenwürde zwischen Rocafuerte
1839—1841. und Flores, und beide waren bemüht, durch Friedens- und Handelsverträge mit Spanien die Wohlfahrt des Landes zu heben und mit dem ehemaligen Mutterland freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Bald regte sich jedoch zwischen den Parteihäuptern die alte Eifersucht wieder. Flores, im Feld von seinem Widersacher besiegt, räumte
1845. vertragsweise das Land; aber er erlebte den Triumph, daß nicht Rocafuerte zum

Präsidenten gewählt ward, sondern ein Farbiger, Vicente Roca. Der Verdruß über diese Täuschung trug wohl dazu bei, daß der alte Volksführer bald darauf zu Lima ins 1847.
Grab sank. Aber auch die Bemühungen des in halb freiwilliger halb gezwungener Verbannung lebenden Flores, mit Hilfe seiner Anhänger in Guayaquil wieder ans Regiment zu kommen, scheiterten an der Macht seiner Gegner und an den Hindernissen, die ihm von auswärts in den Weg gelegt wurden. Um die Zeit, da in Europa die Reaktionsbewegung ihren erobernden Lauf antrat, erlangte auch in Ecuador die klerikale Partei einen vorübergehenden Sieg, den sie unter dem Präsidenten Diego Noboa zu ihrem Vorteil auszubeuten bemüht war. Die Jesuiten wurden zurückgerufen, die 1850.
aus Neugranada flüchtig gewordenen Konservativen fanden ein freundliches Asyl. Der Triumph war indessen von kurzer Dauer. Die drohende Haltung der Regierung von Neugranada verschaffte der Gegenpartei wieder die Oberhand. Eine in Guayaquil konstituierte Junta sprach die Absetzung Noboas aus und bewirkte, daß er gefangen genommen und verwiesen wurde. General José Maria Urbina, das Haupt der Radikalen, trat nunmehr als Präsident und Diktator an die Spitze des Staates und 1851.
nahm seinen Sitz in Guayaquil. Der gänzliche Umschwung, der infolge dieser Katastrophe in den politischen und kirchlichen Angelegenheiten Ecuadors eintrat, flößte dem alten Parteiführer Flores die Hoffnung ein, mit Hilfe der erbitterten Konservativen und Klerikalen sich wieder in die Höhe zu schwingen. Unter dem Vorwand, den rechtmäßigen Präsidenten Noboa zurückzuführen, landete er mit einem kleinen Geschwader, das er in Zentralamerika und in Peru zusammengebracht, im Hafen von Guayaquil, März 1852
sah sich aber bald durch den Verrat seiner eignen Mannschaft aufs neue zur Flucht gezwungen. Das verfehlte Unternehmen befestigte die Herrschaft Urbinas, steigerte aber auch den Übermut der Demokraten in dem Maße, daß neue Parteikämpfe unvermeidlich waren. In den Nachbarstaaten lauerten Scharen von Verbannten auf eine Gelegenheit, das verhaßte Demokratenregiment zu stürzen. Kriegerische Verwickelungen mit Peru, infolge deren Guayaquil und andre Hafenorte eine Blockade zu erleiden hatten, steigerten die Erregung. Als der Präsident Robles den Schwierigkeiten nicht mehr gewachsen war und seine Stelle aufgebend sich nach Chile zog, ging der Staat in zwei Heerlager aus- 1859.
einander: die Demokraten legten die höchste Amtsgewalt in die Hände des Generals Franco, der in Guayaquil seinen Sitz nahm, die Konservativen riefen den Professor Garcia Moreno in Quito zum Präsidenten aus. Diesen Zwiespalt benutzte der unermüdliche Flores, der in der Verbannung zu Lima lebte, zu einer neuen Invasion. Es gelang dem alten Krieger, nach einem glücklichen Gefecht mit Franco sich Guayaquils zu bemächtigen und seine Parteigenossen wieder ans Ruder zu bringen. Ein neugewählter Nationalkonvent übertrug Moreno die Präsidentenwürde und ernannte 1861.
den bejahrten Feldherrn zum Oberbefehlshaber in Guayaquil.

Von der Zeit an hatten die Konservativen mehrere Jahre lang die Herrschaft, und Morenos Präsidentschaft.
Moreno, ein wissenschaftlicher Mann von mathematischen und historischen Kenntnissen, der mehrere fremde Sprachen verstand, benutzte die Ruhe, um durch Anlegung von Straßen und Hafenorten den Handel und den gesunkenen Wohlstand zu heben, durch Beförderung europäischer Ansiedelungen dem Staat neue Kräfte zu gewinnen, durch Reformen in der Verwaltung die bessern Elemente des Volks zu versöhnen. Aber die Demokraten hegten tiefen Haß und trachteten unaufhörlich nach seinem Sturz. Aus einer Korrespondenz mit einem französischen Staatsmann, die in Peru veröffentlicht wurde, schloß man, daß er den Plan hege, die Republik Ecuador unter das Protektorat von Frankreich zu stellen, um dadurch den sich immer erneuernden Revolutionen mit europäischer Militärmacht kräftiger entgegentreten zu können, ein Verhältnis zu begründen, wie es zwischen Kanada und England bestand. Es war nur ein Traum,

der nie verwirklicht werden konnte und an dessen Ausführung Moreno wohl selbst kaum jemals geglaubt hat: aber seine Gegner benutzten die Sache, um ihn bei den auf ihre Selbständigkeit und politische Freiheit höchst eingebildeten südamerikanischen Republikanern zu verdächtigen und seinen Patriotismus in Zweifel zu ziehen; seine Hinneigung zu Rom reizte die Liberalen, ohne ihm die Gunst des einheimischen Klerus zu erwerben; und da er auch in dem zwischen Ecuador und Kolumbien ausgebrochenen Krieg unglücklich war und die von Mosquera angeregte Idee einer staatlichen Vereinigung beider Republiken hartnäckig bekämpfte, so gewann die Opposition gegen ihn immer mehr Boden. Seine Hinneigung zu der Geistlichkeit, in der er sich eine Stütze für seine konservativen Bestrebungen zu schaffen suchte, weshalb er sie nicht nur für gewisse Fälle von der weltlichen Gerichtsbarkeit befreite, sondern auch den Unterricht in die Hände der Jesuiten und der „Brüder der christlichen Lehre" legte, erweckte großes Ärgernis im Heerlager der Liberalen. Dennoch hielt sich Moreno durch seine geistige Überlegenheit noch mehrere Jahre in der Präsidentschaft. Sein Entlassungsgesuch wurde durch die Thätigkeit seiner Freunde von dem Kongreß zurückgewiesen. Erst als seine Haltung in dem zwischen Peru und Spanien ausgebrochenen Krieg bei den südamerikanischen Republiken allgemeine Mißbilligung fand, die Demokraten unter der Führung des frühern Präsidenten Urbina an der Grenze Kriegsrüstungen machten, gerade als Flores
1864. in Guayaquil in hohem Alter starb, da konnte Moreno sich nicht länger in seiner Stellung behaupten. Nach einem heftigen Wahlkampf wurde Hieronymus Carrion
1. Mai 1865. zum Präsidenten von Ecuador gewählt. Auch er gehörte der konservativen Partei an, schlug aber in der äußern Politik einen andern Weg ein. Während Moreno aus Mißtrauen gegen Peru, welches in seinen kriegerischen Verwickelungen mit Spanien die südamerikanischen Republiken zu einer Art von Konföderation untereinander zu ver-
1866. einigen suchte, den Spaniern Vorschub geleistet hatte, trat Carrion dem Bündnis Perus und Chiles gegen das ehemalige Mutterland bei. Die Rolle Morenos war aber noch nicht ausgespielt. Er erregte gegen den Präsidenten Espinosa einen erfolgreichen
1869. Aufstand und gelangte abermals zum Regiment, das er in maßlosester klerikaler Rich-
1875. tung ausübte. Als er durch Meuchelmord geendigt hatte, kamen die Liberalen wieder
1876. ans Ruder. Aber auch der Präsident Borrero mußte vor einer Empörung außer Landes fliehen, deren Urheber, General Veintimilla, sich alsdann an die Spitze der
1883. Republik schwang. Auch dieser wurde dann wieder durch einen Aufstand gestürzt, ein ermüdendes unfruchtbares Parteitreiben.

III. Peru und Chile 1. Peru.

III. Peru und Chile. 1. Peru. Unter allen Republiken des südlichen und mittlern Amerika hatte allein Peru von Spanien nicht die Anerkennung seiner Unabhängigkeit erlangen können. Die Peruaner gerieten daher in große Aufregung, als sie von der europäischen Invasion in Mexiko hörten. Seitdem die Spanier nach der Niederlage bei Ayacucho ihre letzte Position, Callao, aufgegeben und das Land geräumt hatten, bot die Geschichte von Peru zwanzig Jahre lang das traurigste Bild von Umwälzungen und Bürgerkriegen, welche die Entwickelung des Landes hemmten, den Wohlstand untergruben und kein einziges segensreiches Gut als Entschädigung brachten. Ehrgeizige und selbstsüchtige Parteihäupter stritten um die Herrschaft; ohne höhere Ziele wurden sie von persönlichen, eigennützigen Beweggründen geleitet. Erst in den vier-
1845. ziger Jahren trat eine bessere Zeit ein, als Ramon Castilla den Präsidentenstuhl bestieg und ein geordnetes Regiment aufzurichten bemüht war. Als seine Amtszeit ablief, ging zum erstenmal seit dem Bestehen der Republik die höchste Staatsgewalt an
1851. den gesetzlich gewählten Nachfolger über. Es war Don José Rufino Echénique, der zwar, mehr General als Staatsmann, die Republik in kriegerische Verwickelungen mit Ecuador brachte und mit den Vereinsstaaten um den Besitz der guanoreichen

Lobosinseln mit Erfolg stritt, doch auch zugleich für Ausdehnung und Sicherung des Verkehrs durch einen Handelsvertrag mit Brasilien bedacht war. Aber noch ehe seine Amtszeit vorüber war, entstand infolge einer Herabsetzung des Zinsfußes von der Nationalschuld ein Aufruhr, welcher, da er mit einem Krieg gegen Bolivia zusammentraf, bald den Bestand der Regierung gefährdete. Um sich zu stärken, versprach Echénique allen Sklaven, die in sein Heer eintreten würden, die Freiheit, eine Maßregel, welche 1851.
von General Ramon Castilla, dem Haupt der Insurgenten, überboten ward, indem er die völlige Befreiung der Sklaven und die Aufhebung der Kopfsteuer der Indianer verkündigte. Castilla siegte bei Lima, erlangte die Präsidentenwürde und ließ eine Re- 1855.
vision der Verfassung vornehmen, eine Arbeit, die zwar durch neue Aufstände, durch einen Mordversuch auf das Staatsoberhaupt und durch andre Begebenheiten jahrelang hingezogen wurde, die aber endlich dennoch zu dem neuen Staatsgrundgesetz führte. Die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten wurde indessen durch diese 1860.
Verfassungsrevision, welche die Autorität der Zentralregierung gegenüber den partikularistischen Bestrebungen zu stärken suchte, nicht vermindert. Ein Militäraufstand brachte sein Leben in Gefahr und während ein mit Ecuador drohender Krieg das Land in Aufregung hielt, landete der frühere Präsident, General Echénique, in Callao, um durch eine Volksbewegung seinen Rivalen zu stürzen. Castilla behauptete sich jedoch in seiner Stellung; Echénique wurde schnell verhaftet und deportiert. Unter heftigen Parteistürmen fand im nächsten Jahr die neue Präsidentenwahl statt; und wenn auch 1861.
die Opposition mächtig genug war, die Wiederwahl Castillas zu verhindern, so gelang es seinen Anhängern doch, befreundete Männer aus seiner Verwandtschaft an das Ruder zu bringen, so daß er immer noch einen bedeutenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte übte. Um diese Zeit stellte sich die Republik San Domingo freiwillig wieder unter die spanische Herrschaft; Mexiko wurde von den drei vereinigten Mächten bedroht; General Moreno von Ecuador wurde beschuldigt, seine Republik unter Frankreichs Protektorat bringen zu wollen. Es waren drohende Anzeichen, daß man sich in Europa die Verwirrung der ehemals spanischen Kolonien zu nutze machen wollte, um die alte Herrschaft wieder aufzurichten. Gegen solche Bestrebungen richtete Castilla seine ganze Thätigkeit. Er gründete in Lima eine „Gesellschaft der Verteidiger der Unabhängigkeit" und suchte alle amerikanischen Republiken zu einem Bund zu vereinigen mit dem Zweck, die Monroe-Doktrin auch für Südamerika zur Geltung zu bringen. Bald kam Peru in unmittelbaren Streit mit dem ehemaligen Mutterland Spanien. Eine aus baskischen Auswanderern bestehende Kolonie in Talambo war gewaltthätig angegriffen und mißhandelt worden, ohne daß die peruanische Regierung gegen die Schuldigen eingeschritten wäre. Da erschien Salazar y Mazerrado als „außerordentlicher Spezialkommissarius der Königin" in Lima, um Genugthuung zu fordern. Die peruanische Regierung, März 1861.
welche unter diesem veralteten Titel eine Erneuerung erloschener Ansprüche argwohnte, weigerte sich, den Gesandten in dieser Eigenschaft anzuerkennen; nur als „konfidentiellen Agenten" wollte sie ihn empfangen. Da begab sich der Madrider Bevollmächtigte an Bord des in den chilenischen Gewässern kreuzenden spanischen Geschwaders und bewog den Admiral Pinzon die zu Peru gehörenden Chincha-Inseln als Unterpfand für die Entschädigungsforderungen in Besitz zu nehmen. Die Inseln enthalten das kostbare Düngungsmittel Guano, dessen Verkauf im Durchschnitt sieben Millionen Piaster einbringt. Die Peruaner gerieten in Schrecken: man verlangte mit Heftigkeit von der Regierung ein kriegerisches Vorgehen gegen Spanien; und als das Ministerium einwandte, daß die peruanische Marine nicht in der Lage sei, in einen solchen Kampf einzutreten, erhob sich auf dem nächsten Kongreß ein so heftiger Sturm, daß die Mi- Juli.
nister abtreten mußten und daß zur Prüfung ihrer Amtsführung eine Kommission

niedergesetzt ward, die sie wegen Mißbrauchs ihrer Gewalt den Gerichten zuwies. 26. Nov. 1864. Darauf wurde vom Kongreß der Beschluß gefaßt, daß alle Mittel angewandt werden sollten, um die Chincha-Inseln den Spaniern zu entreißen und daß, solange diese daselbst stehen würden, in keine Unterhandlung mit ihnen eingegangen werden dürfe. An der Spitze der Opposition stand Castilla. Der Präsident der Republik, Pezet, ließ sich jedoch nicht zu unbesonnenen Maßregeln fortreißen. Unterstützt von dem in Lima zusammengetretenen südamerikanischen Kongreß, der zwar seine Mißbilligung über das Auftreten Spaniens aussprach, aber auch an die peruanischen Kammern die Aufforderung richtete, das Dekret zurückzunehmen, knüpfte er mit dem spanischen Befehlshaber Pareja Unterhandlungen zum Zweck einer Ausgleichung an. Bald darauf Jan. 1865. erschien Pareja vor Callao und drohte mit einer Beschießung, wenn nicht sein Ultimatum sofort angenommen würde. Da gab der Präsident nach: er nahm den „Spezialkommissarius" in Lima an und gewährte volle Entschädigung. Die Kammern, welche den Vertrag weder billigen noch verwerfen wollten, vertagten sich; Castilla, der in Callao und Lima einen Volksaufstand erregte, wurde überwunden und deportiert.

Krieg mit Spanien. Aber die Erbitterung gegen den Präsidenten Pezet war im ganzen Land sehr groß. Um die Zeit, da der Kongreß der südamerikanischen Staaten (Peru, Chile, März 1865. Kolumbien, Venezuela, Bolivia, Guatemala und Salvador) ohne Ergebnis sich auflöste, erhoben sich in verschiedenen peruanischen Städten Militäraufstände, denen der Vizepräsident der Republik, Canseco, heimlich Vorschub leistete. Allenthalben Okt. wurde Pezet als Landesverräter erklärt; und als auch die Truppen, die in der Nähe der Hauptstadt im Lager standen, sich der Insurrektion anschlossen, sah sich der Präsident zur Flucht auf ein englisches Schiff genötigt. Sein treuester Anhänger Oberst Gonzales, der sich lange mit großer Tapferkeit gegen die Übermacht zu halten gesucht, wurde überwältigt und gefangen genommen. Auch Canseco, der mit Spanien eine Ausgleichung zu treffen bemüht war, konnte sich gegen die erbitterte Menge nicht halten. Er mußte zurücktreten und geschehen lassen, daß eine Volksversammlung den Oberst Prado, den Leiter des Aufstandes, zum Diktator ausrief, und daß ein höchstes Tribunal eine gerichtliche Untersuchung einleitete gegen alle „Verräter", welche den Grundsätzen der Freiheit oder der Ehre und Unabhängigkeit des Staats zuwider gehandelt 5. Dez. hätten. Darauf schloß die Republik mit Chile ein Schutz- und Trutzbündnis und erklärte an Spanien den Krieg. Bald traten auch Ecuador und Bolivia dem Bund bei, wodurch der Krieg größere Ausdehnung annahm. Nachdem Admiral Nuñez mit der spanischen Flotille das chilenisch-peruanische Geschwader in der Ancudbai angegriffen 31. März 1866. und dann die wehrlose Handelsstadt Valparaiso durch eine heftige Beschießung geschädigt hatte, suchte er Callao, die wichtige Hafenstadt von Lima, in seine Gewalt zu 2. Mai. bringen; aber nach einem vierstündigen Geschützfeuer gegen den gut befestigten Ort mußte er sein Vorhaben aufgeben. Selbst verwundet zog er mit seinen stark beschädigten Schiffen ab und hob damit die Blockade der peruanisch-chilenischen Küste that- Aug. 1867. sächlich auf. Prado aber wurde zum Dank für die glorreiche Verteidigung mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt, nachdem bereits im Juni in Peru und Bolivia die Ausweisung aller Spanier erfolgt war. Die nächsten Jahre brachten schwere 1868. Zeiten über Peru. Nicht genug, daß infolge eines Erdbebens die blühendsten Hafenorte an der ganzen Westküste zerstört wurden mit großen Verlusten an Gütern und Menschenleben, auch politische Unruhen und Leidenschaften schlugen tiefe Wunden. Prado wurde durch einen Aufstand gestürzt, der neue Präsident Balta bei einem durch den Oberst Juli 1872. Gutierrez hervorgerufenen Aufstand in Lima ermordet, der Urheber der That, der sich zum Diktator aufwarf und den Kongreß auflöste, durch Volksjustiz an den Galgen geknüpft. Erst unter Oberst Cevallos, dem bisherigen Vizepräsidenten, kam wieder

Ruhe und Frieden in das Land. Er berief den Kongreß ein, welcher der Verfassung gemäß Manuel Pardo zum Präsidenten auf vier Jahre wählte. Während seiner 2. Aug. 1872.
Amtszeit wurde die öffentliche Ruhe nicht gestört und das Gemeinwesen durch mancherlei liberale Reformen verbessert. Desto größern Stürmen ging die Republik unter Pardos 1876.
Nachfolger Mariano Ignacio Prado am Ende der siebziger Jahre entgegen, als die drei Staaten an der Westküste Südamerikas Peru, Chile und Bolivia in einen heftigen Krieg um den Besitz der Landschaft Atacama gerieten, die wegen ihrer Einträg- 1879.
lichkeit durch Guano- und Salpeterlager und Silberminen von den drei Staaten begehrt wurde. Peru verbündete sich mit Bolivia, aber Chile verfocht mit großer Energie sein Recht auf die streitige Küstenlandschaft mit den Waffen. Die Republiken maßen in einem heftigen See- und Landkampf, der Salpeterkrieg genannt, ihre Kräfte widereinander. Indessen neigte sich der Sieg mehr und mehr auf die Seite der thatkräftigen Chilenen; nach verschiedenen Erfolgen im Feld konnten sie sogar in die peruanische Hauptstadt Lima einziehen und den Präsidenten Calderon gefangen nehmen; Jan. 1881.
die Armee und das Staatswesen in Peru sowohl als in Bolivia gerieten in völlige Zerrüttung. Unter Vermittelung der Unionsregierung fanden alsdann langwierige Ausgleichsverhandlungen statt, welche erst im Oktober 1883 zum förmlichen Friedens- Okt. 1883.
schluß unter Abtretung eines großen Teils des streitigen Gebiets an Chile und sehr harten Bedingungen für das völlig geschlagene Peru führten.

2. Bolivia. Nachdem das reiche und fruchtbare Land vom Fluß Beni bis 2. Bolivia.
an die westliche Küstenregion Atacama mit den Städten Chuquisaca, La Paz, Cochabamba und den ergiebigen Goldminen von Potosi durch Bolivar und General Sucre seiner Unabhängigkeit entgegengeführt worden und sich eine republikanische Repräsentativverfassung gegeben hatte, traten dieselben Erscheinungen wie in den übrigen Re- 1826.
publiken zu Tage: Parteikämpfe zwischen Konservativen und Liberalen, Aufstände und Bürgerkriege, Verfassungsänderungen im Sinn der siegenden Partei und ihrer Führer. In der Neujahrnacht auf 1829 wurde General Blanco, der nach Sucres Abzug in 1829.
bewegter Zeitlage zum Präsidenten gewählt worden war, bei einem Aufstand ermordet. Erst als der Großmarschall Santa-Cruz den Präsidentenstuhl einnahm und durch 1831.
ein neues Gesetzbuch eine Ausgleichung der Parteigegensätze bewirkte, kamen bessere Jahre, während welcher das Land einer gedeihlichen Entwickelung entgegenging. In dem von innern Kämpfen zerrissenen Peru trat er als Friedensstifter auf und brachte zwischen beiden verwandten Staaten eine Union zustande, wonach er als Protektor an 1836.
der Spitze der Zentralgewalt stehen sollte. Damit war aber die Saat zu neuen Bürgerkriegen ausgestreut. Sowohl in Peru als in Bolivia fand die Konföderation heftige Gegner. Dort erhob General Gamarra die Fahne der Empörung gegen den Protektor und brachte ihm, von den eifersüchtigen Chilenen unterstützt, in der Schlacht bei Yungay eine Niederlage bei, und in Bolivia fand General Velasco so viele An- 20. Jan. 1839.
hänger, daß es Santa-Cruz für geraten hielt, die Republik zu verlassen. Er schiffte sich nach Guayaquil in Ecuador ein, während in Bolivia die Parteistürme fortdauerten. Erst als die Peruaner unter Gamarra sich die Verwirrung des Nachbarstaates zu nutze 1841.
machten, um die reiche Landschaft La Paz am Titicacasee an sich zu reißen, vereinigten sich die Bolivier und wählten den General Ballivian zum Präsidenten. Nach einer siegreichen Schlacht auf der Pampa von Ingavi unweit Viacha, worin Gamarra blieb, Nov.
rückte Ballivian über die Grenze und erzwang den Frieden und die Herstellung des Juni 1842.
frühern Zustandes. Aber mit der Gefahr verschwand auch die Eintracht wieder. Neue Aufstände verwirrten den Staat. Santa-Cruz kehrte zurück und suchte mit einem Haufen Insurgenten sich wieder die Herrschaft zu erkämpfen; er wurde besiegt und in 1844.
Chile unter strenge Aufsicht gestellt. Einige Zeit nachher wurde Ballivian von Velasco 1848.

verdrängt, dieser wieder durch einen Militäraufstand unter dem Kriegsminister Belzu gestürzt; in allen Provinzen standen Bewerber auf und bekämpften einander; Anarchie herrschte im ganzen Land. Trotz mehrerer Verschwörungen behauptete sich jetzt Belzu auf dem Präsidentenstuhl und wirkte mit Umsicht und Verstand für Herstellung eines geordneten Staatswesens und für Förderung des Handels, des Ackerbaus und der In-
Aug. 1855. dustrie, bis er durch eine Soldatenerhebung verdrängt ward. Nun kehrte die Anarchie zurück, eine Verschwörung drängte die andre, die Regierungsgewalt war die Beute glücklicher Bandenführer. Endlich warf sich Dr. Linares, der in mehreren Aufständen
1858. eine Rolle gespielt, zum Diktator auf und suchte durch Maßregeln der Strenge die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber wo sollte er die Kräfte zur Begründung einer festen Autorität hernehmen? Seine Widersacher schritten zu Verschwörungen, Mordversuchen und Aufruhr, um den Gewaltherrscher zu stürzen und einen „konstitutionellen
Jan. 1861. Präsidenten" an die Spitze des Staats zu bringen. General Cordova trat an seine Stelle; aber noch ehe das Jahr zu Ende war, sah er sich von José Maria de Acha verdrängt. Auf die Kunde, daß eine neue Verschwörung zu gunsten Cordovas oder
Okt. Belzus im Werk sei, ließ der Befehlshaber von La Paz, Oberst Placido Yanez, in einer Nacht hundertundsechs Personen, die ihm als Schuldige bezeichnet wurden, erschießen, darunter Cordova selbst, einen Bruder des frühern Präsidenten Belzu und mehrere angesehene Militär- und Zivilbeamten. Diese Grausamkeit schreckte indessen andre nicht ab, einen Umsturz der Regierung zu versuchen; es folgten in der nächsten Zeit noch mehrere Verschwörungen, welche jedoch alle von dem wachsamen Acha unterdrückt
1862. wurden, die des Generals Perez aber nur durch ein blutiges Gefecht. Die kurzen Zwischenpausen der Ruhe verwandte Acha zur wirtschaftlichen Hebung des Landes. Er
1863. schloß Handelsverträge mit mehreren Staaten und wußte den Küstenstrich Mejillones am Stillen Ozean mit den ergiebigen Guanolagern, den Chile in Anspruch nahm, bei Bolivia zu erhalten. In dem Krieg zwischen Spanien und Peru stand Acha zu dem Nachbarstaat, obwohl er auf dem Kongreß zu Lima von allen Beschlüssen abriet, welche den europäischen Mächten als eine Drohung und Herausforderung erscheinen könnten. Aber trotz seiner klugen und gemäßigten Verwaltung konnte Acha den Geist der Anarchie
1865. nicht lange unterdrücken. Ein Aufstand unter Melgarejo war erfolgreich, Acha wurde geschlagen, der Gegner fast vom ganzen Land als Präsident anerkannt. Ein Aufruhr des frühern Präsidenten Belzu wurde niedergeschlagen, Belzu selbst erschossen. Auch
1871. 1872. Melgarejo wurde vertrieben, sein Nachfolger Morales ermordet. Fortwährende Aufstände und Parteikämpfe ehrgeiziger Bandenführer ließen den Staat nicht zur Ruhe kommen.

3. Chile. 3. Chile, das langgestreckte Küstenland zwischen der Andenkette und dem Stillen Weltmeer, hatte sich einer stabileren politischen Ordnung zu erfreuen, als die übrigen Republiken Südamerikas und geht mit seinem Reichtum an den mannigfaltigsten Naturprodukten, insbesondere an Kupfer und andern Metallen, einer gesicherten Zukunft entgegen, vielleicht deshalb, weil die Bevölkerung vorwiegend europäischer Abkunft ist, die Menschen gemischten Blutes und die Ureinwohner, die Indianer und Araukaner, keinen Einfluß auf das geschichtliche und politische Leben üben. Freilich blieb auch Chile von bürgerlichen Unruhen nicht verschont. Von der Zeit an, da Ge-
1817. neral San-Martin mit ausgewanderten Chilenen und Hilfstruppen aus La Plata
1818. von Mendoza aus die Andenpässe von Uspallata überstieg und ein Jahr darauf die durch diesen kühnen Marsch überraschten Spanier bei Chacabuco am Mayofluß in
1826. heißer Feldschlacht überwand, bis zu dem Jahr 1826, als General Freyre die Insel Chiloe, den letzten Haltpunkt der spanischen Besatzungen eroberte, wurde auch Chile von politischen Parteikämpfen zerrissen. Die Staatsverfassung von 1824 erfuhr nach

dem Sturz und der Vertreibung des Oberdirektors Freyre eine erste und fünf Jahre 1828.
später eine zweite Umgestaltung, in der Weise, daß die öffentliche Gewalt zwischen der 1833.
aus Präsident, Ministerium und Staatsrat gebildeten Regierung und dem aus Senat und Abgeordnetenhaus bestehenden Kongreß verteilt ward, und in Santiago, dem Sitz der Regierung und der Repräsentanten, auch ein oberster Gerichtshof mit unabsetzbaren Räten ins Leben trat. Doch wurden die beiden Parteien, die das Staatswesen nach ihren Grundsätzen gestalten wollten, die Konservativen wie die Liberalen, von höhern vaterländischen Gesichtspunkten geleitet. Unter dem Präsidenten Prieto
wurden im Anfang der dreißiger Jahre manche nützliche Einrichtungen getroffen. Am 1831.
gefährlichsten war die Lage, als der bolivianische Präsident Santa-Cruz, nachdem er
auch in Peru die höchste Staatsgewalt in seine Hände gebracht, Chile mit den Waffen 1837.
zum Eintritt in die peruanisch-bolivianische Konföderation zwingen wollte. Aber wir haben gesehen, daß der zweijährige Krieg, den Chile unter großer Kraftanstrengung
zu Land und zur See durchführte, mit der Verbannung des Generals Santa-Cruz 1839.
endigte. Dieser Erfolg erhöhte das Nationalgefühl und die Energie der Chilenen, so daß die Republik in den vierziger Jahren eine geachtete Stellung einnahm. Spanien
erkannte Chile als unabhängigen Freistaat an und schloß einen Handelsvertrag mit ihm 1844.
ab. Durch die Besitzergreifung Kaliforniens von seiten der Vereinsstaaten Nordamerikas, welche der Schiffahrt im Stillen Ozean einen mächtigen Aufschwung gab, mehrte sich der Handelsverkehr Chiles, und die Regierung versäumte nicht, durch Verträge mit Peru und Neugranada neue Absatzwege zu schaffen. Der Präsident Bulnes, der nach Ablauf seiner ersten fünfjährigen Amtszeit zum zweitenmal gewählt ward, för-
derte durch seine zehnjährige konservative Verwaltung wesentlich die Blüte und Wohl- 1841—1851.
fahrt des Staats, und sein Nachfolger Manuel Montt, wenngleich demokratischen Grundsätzen huldigend, schritt auf derselben Bahn fort. Es wurden Eisenbahnen gebaut; ein neues Zivilgesetzbuch, eine Diskonto- und Depositenbank in Valparaiso, Umwandlung der Zehnten in eine Grundsteuer für Kirche und Schule, Handelsgerichte und Gemeindeordnungen erweckten Vertrauen und mehrten die Einwanderungen aus Europa. Mit Großbritannien wurde ein Handels- und Schiffahrtsvertrag geschlossen.
Auch Montt wurde nach Verlauf seines ersten Amtslustrums zum zweitenmal auf den 1856.
Präsidentenstuhl erhoben, und seine Regierung war stark genug, einen von General
Vidaurri Leal geleiteten Aufstand siegreich niederzuwerfen. 1859.

Da nach der Verfassung die höchste Amtsgewalt nur zweimal nacheinander in Präsidentschaft von Perez.
dieselben Hände gelegt werden darf, so trat bei Montts Abgang José Joaquin
Perez an die Spitze der Regierung. Seine Präsidentschaft war weniger friedlich. Wir 1861.
wissen, daß zwischen Bolivia und Chile sich Streit erhob über den Besitz eines an Guano reichen Küstengebiets. Die Araukanen, altindianische Stämme im Süden der Republik, teils seßhafte Bauern, teils schweifende Jäger, entzogen sich der chilenischen Hoheit, verweigerten den Tribut und führten eine Zeitlang unter der Leitung eines französischen Abenteurers, de Tonnens aus Perigueux, einen Bandenkrieg, bis es den Chilenen gelang, den „König" gefangen wegzubringen. In der Hauptstadt San-
tiago brach bei einem Fest in der kerzenerleuchteten Kirche ein furchtbarer Brand aus, 8. Dez. 1863.
der zweitausend Personen, meist Frauen, den schmerzlichsten Feuertod brachte. Daß
Chile in den spanisch-peruanischen Krieg gezogen ward, haben wir oben gesehen. Der 1864.
Präsident Perez benutzte die nationale Aufregung, um die Küste in Verteidigungszustand zu setzen und die Kriegsmarine zu verstärken. Doch konnte weder diese Rüstung noch die gemäßigte Politik, welche Regierung und Kongreß einhielten, die von Spanien verhängte Küstenblockade verhindern. Da der Handelsverkehr dadurch sehr gehemmt ward, so suchten die englische und die französische Regierung eine Ausgleichung herbeizu-

führen. Ihre Bemühungen waren nicht umsonst. Das spanische Kabinett erklärte sich bereit, auf friedliche Unterhandlungen einzugehen. Aber ehe dieselben zum Ziel geführt werden konnten, geschah es, daß das spanische Avisoschiff Covadonga von einer
26. Nov. 1865. chilenischen Korvette angegriffen und weggenommen ward, bei welcher Gelegenheit 114 Soldaten und sechs Offiziere in Kriegsgefangenschaft gerieten, ein Ereignis, das in Chile ebenso große Freude wie in Spanien Verdruß erregte. Der spanische Admiral Pareja nahm sich das Leben. Nun wurden die Feindseligkeiten schärfer. Die Spanier verbrannten mehrere chilenische Segelschiffe, und als das unglückliche Gefecht in den ancudischen Gewässern bei Chiloe ihren Grimm noch steigerte, übte Parejas Nachfolger Mendez Nuñez eine barbarische Rachethat, indem er, wie erwähnt, über die wehrlose
31. März 1866. Stadt Valparaiso eine Beschießung verhängte, wobei die in den öffentlichen Warenhallen niedergelegten Güter zerstört wurden und viele europäische Handelshäuser unermeßliche Verluste erlitten. Aber auch die Chilenen erfuhren großen Schaden aus dem Krieg und den Spaniern trug er nur Schmach und Unehre ein. Im folgenden Jahr wurde unter Vermittelung der Regierung von Washington ein Waffenstillstand geschlossen und für Valparaiso ein Schadenersatz festgesetzt. Den für das Ansehen Chiles sehr förderlichen erfolgreichen Krieg mit Peru und Bolivia haben wir oben kennen gelernt.

IV. Die La Plata-Staaten. IV. Die La Plata-Staaten. 1. Argentinische Republik und Buenos Ayres. Im Jahr 1816 hatte ein Kongreß zu Tucuman die Unabhän-
9. Juli 1816. gigkeit der „Vereinigten Staaten von Rio de La Plata" ausgesprochen. Die Hoffnung, daß der neue Staatenbund das gesamte spanische Vizekönigreich umfassen würde, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Interessen. Es entstanden bürgerliche Kämpfe unter ehrsüchtigen Parteihäuptern, welche dahin führten, daß sich am obern Strom Paraguay, an der Mündung Uruguay oder die Banda Oriental als besondere Republiken konstituierten. Aber auch nach Ausscheidung dieser und andrer Territorien war von dem alten Vizekönigreich La Plata noch immer ein so umfangreiches Gebiet vorhanden, daß sich eine „Argentinische Konföderation" bilden konnte, welche vierzehn republikanische Staaten umfaßte und in dem Generalkapitän von Buenos
1825. Ayres den Leiter der auswärtigen Verhältnisse und die oberste Vollzugsbehörde erkannte.
1. Argentinische Republik und Buenos Ayres. Jedoch hingen die einzelnen Staaten mit ihren verschiedenartigen Interessen nur lose miteinander zusammen. Im Norden wohnte eine fast feudale Aristokratie, und auf den ausgedehnten Weidelandschaften machte sich die rohe Gewalt des Herdenbesitzers geltend; die Ackerbaugegenden waren dürftig bevölkert. Bald erhob sich Buenos Ayres über die andern Republiken und suchte die Leitung des ganzen Staatenbundes an sich zu bringen. Der auf Handel und Landbesitz gegründete Reichtum der höhern Bürgerklassen und ihre überlegene Bildung, die sie sich meistens in Europa erworben, schien ihnen zu einer solchen bevorzugten Stellung ein natürliches Recht zu geben. Man nannte diese Partei Unitarier (Zentralisten), und es gelang ihr eine Zeitlang, besonders unter der geschickten Führung Rivadavias, die ganze Konföderation zu regieren. Dies erregte den Neid der übrigen Bundesrepubliken: es bildete sich die Partei der Föderalisten, welche in den Herdenbesitzern ihre eifrigsten Anhänger zählte und in Don Manuel Ortez de Rosas einen fähigen und unternehmenden Führer erhielt. Obwohl in Buenos Ayres geboren, hatte er seine Jugend auf den Landgütern seiner Eltern unter den Gauchos zugebracht und schon in den Revolutionskämpfen sich einigen Ruf erworben. Durch glückliche Feldzüge gegen die Wilden Pataganiens erlangte er Waffenübung, erwarb sich das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung und verschaffte sich die Möglichkeit, zu gelegener Zeit die Indianer bei seinen Unternehmungen mitwirken zu lassen. Unter den Stürmen, die am Ende der zwan-

ziger Jahre die Argentinische Republik durchtobten, gelang es ihm mit Hilfe des Landvolks die Unitarier aus dem Regiment zu verdrängen und sich selbst zum Gouverneur 1829.
von Buenos Ayres und somit zum Haupt der Konföderation wählen zu lassen. Und so mächtig wurde bald sein Ansehen, daß er von der Zeit an sich viele Jahre im Regiment zu halten wußte, daß er seine Würde, zu der er immer wieder von neuem gewählt ward, mit einer diktatorischen Gewalt umgab, die ihn zum unumschränkten Regenten der Argentinischen Republik machte. Seine Herrschsucht verschmähte kein Mittel, sich in dieser Stellung zu behaupten. Nachdem er über die Unitarier triumphiert, füllten die Föderalisten das Repräsentantenhaus und dienten seinem Ehrgeiz als willfähriges Werkzeug. Und da er in der Republik eine gewisse materielle Ordnung zu erhalten, durch seinen gewandten Minister Felipe Arana nach außen seine Würde zu behaupten wußte und in seinem Privatleben keinen Anstoß gab, so ertrug man lange seinen Terrorismus, der mit blutiger Strenge alle Widersacher niederwarf und mit dem Leben und Vermögen von Tausenden ein frevelhaftes Spiel trieb. Schon hatte Rosas' diktatorisches Regiment fünfzehn Jahre gedauert, als er durch seine Einmischung in den Bürgerkrieg von Uruguay sich in schwierige Verhältnisse stürzte. Er leistete dem Präsidenten Oribe bewaffneten Beistand gegen dessen Rivalen Ribera, für den England und Frankreich Partei nahmen. Die Unzufriedenheit mit einer Politik, welche den Argentinischen Staatenbund in Kriegs- und Finanznot brachte, führte zu Abfall und Aufständen. Corrientes und Entre Rios sagten sich von dem Machthaber los, und während er die Abtrünnigen mit Gewalt bei der Konföderation zu halten suchte, wuchs ihm die Opposition in Argentina allmählich über den Kopf. Die Gegenpartei unter Don José de Urquiza, Gouverneur von Entre Rios, wurde unterstützt von Brasilien, Uruguay und Paraguay, und ihren vereinten Anstrengungen war der Diktator nicht gewachsen. In der Schlacht von Monte Caseros aufs Haupt geschlagen, mußte 3. Febr. 1852.
er das Land verlassen und mit seiner Familie Zuflucht in England suchen. Sein unermeßliches Vermögen, in Ländereien und Viehherden bestehend, wurde zum Besten des Staats eingezogen.

Urquiza, der Führer der Gegenpartei, vor kurzem noch ein Gauchohäuptling, Abfall von Buenos Ayres.
trat nun an die Spitze der Verwaltung in Buenos Ayres. Er erkannte die Unabhängigkeit Paraguays an und sicherte die freie Schiffahrt auf allen in den La Platastrom sich ergießenden Flüssen. Als er sich aber zu dem Kongreß nach Santa Fé begab, brach während seiner Abwesenheit in Buenos Ayres eine Empörung aus, infolge Sept. 1852.
deren Valentin Alsina zum Gouverneur erwählt ward, und das Stadtgebiet sich von der Konföderation lossagte und als selbständiger Staat konstituierte. Umsonst suchten die übrigen Staaten die abtrünnige Stadt durch Gewalt und Zugeständnisse bei dem Bund zu erhalten, indem sie den zum Präsidenten gewählten Urquiza beauftragten, den Aufruhr mit Waffenmacht niederzuschlagen, zugleich aber in der neuen Konstitution, die der Kongreß nach dem Vorbild der Unionsstaaten aufstellte, Buenos 1853.
Ayres ausdrücklich zur Hauptstadt der Konföderation bestimmten; die Vereinigung konnte vorerst nicht erzielt werden. Die Argentinische Bundesrepublik erhob Bajada del Parana in der Landschaft Entre Rios zum Sitz der Regierung und Buenos Ayres gab sich eine eigne Verfassung, in welcher jedoch ebenfalls die Rückkehr zur Konföderation vorgesehen war. Die Gefahr vor den Flibustiern führte einige Zeit nachher die beiden Republiken einander näher, ohne jedoch eine Vereinigung zu bewirken. Vielmehr schlossen beide als selbständige Staaten ein Bündnis zu gegenseitigem Schutz wider auswärtige Jan. 1855.
Feinde mit Gewährleistung ihrer beiderseitigen Territorien und Zollfreiheit. Alle nachfolgenden Versuche, die verderbliche Spaltung auszugleichen, scheiterten an der Rivalität der Unitarier in Buenos Ayres und der Föderalisten am Parana. Vielmehr

1856. nahm die Erbitterung noch zu und steigerte sich wieder zum Bürgerkrieg, als der Kongreß von allen über Buenos Ayres eingehenden Waren einen Differentialzoll zu erheben beschloß. Erst als der Präsident Urquiza über die feindliche Stadtrepublik bei
23. Okt. 1859. Cepada einen vollständigen Sieg davon trug, kam ein Friedens-Unionsvertrag zu
1860. stande, infolgedessen Buenos Ayres wieder mit dem Argentinischen Staatenbund vereinigt ward. Die Vereinigung war jedoch keine aufrichtige. Buenos Ayres konnte die hervorragende Rolle, die es solange gespielt, nicht vergessen; es wollte das Haupt des Staates sein und von seiner selbständigen Stellung sowenig als möglich an die Bundesregierung unter dem Präsidenten Derqui abgeben. Bald kam es zu neuen Streitigkeiten, als Buenos Ayres eine Ausnahmsstellung in der Zollgesetzgebung be-
1860. anspruchte. Diese wurden zwar durch ein Kompromiß ausgeglichen und Buenos Ayres wieder zum Sitz des Kongresses und der Bundesregierung bestimmt; aber die Eifersucht und der Haß zwischen Unitariern und Föderalisten dauerten fort. Die Versuche des dermaligen und des frühern Präsidenten, auf einer Zusammenkunft mit General Mitre, Gouverneur von Buenos Ayres, eine Versöhnung zu bewirken, scheiterten an den hohen Ansprüchen dieser Republik, welche ihre politische Suprematie und eine Ausnahmsstellung in Beziehung auf Zollgesetze und Bundesausgaben nicht aufgeben wollte. Bald ging man wieder von Reden und Unterhandlungen zu den Waffen
Sept. 1861. über: die Truppen von Buenos Ayres unter General Mitre trugen in einem Gefecht den Sieg über die Föderalisten unter Urquiza davon, ein Ereignis, das die Auflösung der Zentralregierung in Parana zur Folge hatte. Derqui entfloh nach Montevideo;
1862. Mitre wurde zum Präsidenten gewählt und entbot den Kongreß nach Buenos Ayres. Die Unitarier hatten die Oberhand, aber bewaffnete Banden durchzogen die Provinzen, das ganze Land lag in Parteikampf und Anarchie. Zugleich nahm die Bundesrepublik unter dem vorwiegenden Einfluß von Buenos Ayres teil an dem Bürgerkrieg, der in Uruguay ausgebrochen war, indem sie den General Flores, ehemaligen Präsidenten dieses Nachbarstaats, der seine frühere Stellung mit Waffengewalt wieder erkämpfen
1863. wollte, durch freiwillige Hilfsmannschaft unterstützte, ohne sich um die Einsprache mehrerer europäischen Mächte zu kümmern. Die Fürsorge des Präsidenten Mitre für die materielle Wohlfahrt der Konföderation durch Förderung von Eisenbahnen, Handelsstraßen und Dampfschiffahrt, durch Begünstigung europäischer Einwanderungen in das dürftig bevölkerte Land (Esperanza), durch zweckmäßige Bank- und Finanzgesetze verschaffte ihm Vertrauen und minderte die Opposition, so daß bei dem neuen Krieg,
1865. in welchen der Argentinische Staatenbund mit Uruguay und Paraguay über Grenzansprüche geriet, einem Krieg, der durch die Einmischung der brasilianischen Regierung größern Umfang gewann, das ganze Land, insbesondere die Jugend der gebildeten Stände zu ihm hielt und daß über der äußern Gefahr der Parteihader zwischen Unitariern und Föderalisten auf längere Zeit verstummte. Mitre selbst begab sich zu dem Heer. Die Bildung von Nationalgarden im ganzen Land ging ohne Widerstand vor sich. Gegen die Einfälle der wilden Indianer des Südens suchte man sich durch Verträge und durch Anlegung von Militärkolonien zu sichern. Wir werden gleich erfahren,
1870. daß der lange opferreiche Krieg schließlich mit der Niederlage von Paraguay endigte. Auch unter dem Präsidenten Sarmiento (1868—1874) und seinem Nachfolger Avellaneda nahm das Land materiellen Aufschwung, wenngleich wieder Aufstände und Bürgerkriege ausbrachen, die sich bis in die neueste Zeit wiederholten. In diesen
1870. Kämpfen fand auch General Urquiza seinen Tod durch Meuchelmord. Trotz aller zerrüttenden Parteikämpfe wurde die Argentinische Konföderation und die Stellung von Buenos Ayres als Hauptstadt aufrecht erhalten.

2. Uruguay. 2. Uruguay. Bei dem Krieg gegen die Nachbarstaaten auf der linken Seite

des La Plata und des Paraguay wurde der Präsident von Buenos Ayres von der geheimen Hoffnung getragen, es könnten die beiden Republiken, die man ungern der Argentinischen Konföderation entfremdet sah, wieder für den Gesamtstaat gewonnen, wieder mit der Ländergruppe, zu der sie durch Natur und Lage gehören, auch politisch vereinigt werden. Ist doch Montevideo in jeder Beziehung ein drohender Rivale der gegenüberliegenden Handelsrepublik Buenos Ayres. In den zwanziger Jahren, als die Unabhängigkeit Südamerikas von Spanien bereits errungen war, stritten Brasilien und Buenos Ayres um den Besitz der Ostseite (Banda Oriental) des La Plata. Als die Brasilianer nach langen Kämpfen die Hoffnung aufgaben, die „Cisplatinische Provinz“ für ihr Reich zu gewinnen, besonders auch deshalb, weil die Einwohner selbst einer solchen Vereinigung widerstrebten, beförderten sie die Bildung eines eignen Staats, damit wenigstens nicht die gegnerische Handelsrepublik Buenos Ayres an Macht zunehme. In diesem Streben wurden sie durch die vermittelnde Thätigkeit Großbritanniens unterstützt, welches durch die Friedensverträge von Rio de Janeiro und 1828.
Santa Fé bewirkte, daß sich die Provinz Montevideo als unabhängiger Staat konstituierte mit einer der nordamerikanischen Union nachgebildeten Verfassung und dem Code Napoleon als Gesetzbuch. Aber wenige Jahre nachdem die Konstitution der Republica Oriental del Uruguay beschworen und von den Mächten anerkannt war, erhob sich 24. März 1830.
ein innerer Streit zwischen dem Präsidenten Ribera und seinem Nachfolger Oribe, ein Streit, der bald das ganze Land in zwei Heerlager schied, indem die Konservativen, die großen Grundbesitzer in den Provinzen (Estanceros) zu Oribe hielten, die Liberalen, die Stadt- und Landbevölkerung dagegen zu Ribera. Jene wurden in Uruguay Blanquillos (Weiße), diese Colorados (Rote) genannt. Die Parteikämpfe nahmen an Bedeutung zu, als die von dem Diktator Rosas verfolgten Unitarier aus Buenos Ayres nach Uruguay flüchteten und sich an Ribera anschlossen, wogegen Rosas und Oribe gemeinsame Sache machten. Daraus entwickelte sich am Ende der dreißiger Jahre ein verheerender Bürgerkrieg, der sich über die beiden Nachbarstaaten ausdehnte 1839.
und nach sechsjähriger Dauer, nach verschiedenen Wechselfällen und Friedenspausen zu der Niederlage und Flucht Riberas führte. Aber die Gegner Oribes und Rosas' 1845.
gaben den Widerstand nicht auf. Selbst als England und Frankreich sich mit dem Diktator von Buenos Ayres ausglichen und dann durch vermittelnde Thätigkeit einen Frieden zwischen beiden Republiken zu begründen suchten, hatte der Krieg seinen ununterbrochenen Fortgang. Nicht einmal der Sturz und die Abreise Rosas' und die dadurch herbeigeführte Niederlage und Flucht Oribes waren vermögend, dem auf- 1852.
geregten und zerrütteten Staat Ruhe und Ordnung zu schaffen. Der neue Präsident, durch den Einfluß von Oribes Anhängern aus der Partei der „Weißen“ gewählt, mußte einer Triumviralregierung weichen, in welcher neben dem General Ribera der Oberst Flores den größten Einfluß besaß, und als im nächsten Jahr Ribera starb, 1853.
wurde Flores zum Präsidenten gewählt. Damit war der Gegenpartei das Signal zu 13. Jan. 1854.
neuen Aufständen gegeben. Montevideo wurde durch Oribe abermals in Blockadezustand erklärt, Flores zur Abdankung bewogen. Der Intervention von Brasilien, 1855.
welches 4000 Mann Pacifikationstruppen hatte einrücken lassen, und der vermittelnden Thätigkeit der Gesandten von England, Frankreich und Spanien gelang es, zwischen den Parteihäuptern eine Ausgleichung zu erzielen, infolge deren ein neuer Präsident, Pereira, gewählt ward. Er fand aber wenig Unterstützung, so daß, als im folgenden 1856.
Jahr Oribe aus dem Leben schied, sich neue Aufstände erhoben, denen Flores nicht 1857.
fremd war. Die Insurgenten wurden jedoch, trotz des Zuzugs von Freiwilligen aus Buenos Ayres, bei Quinteros am Rio Negro von dem Regierungsgeneral Medina überwunden und die beiden Anführer Freire und Diaz nebst fünfundzwanzig Offizieren 31. Jan. 1858.

erschossen. Bei der neuen Präsidentenwahl trug der Kandidat der Weißen, Prudencio
1860. Berro, den Sieg über seine Mitbewerber davon; aber seine Politik fand viele Gegner. Nicht nur daß er die Forderungen Englands und Frankreichs wegen Rechtsverletzungen von Staatsangehörigen nicht befriedigte, er nahm auch gegen Brasilien eine feindselige Haltung an. Dies benutzte General Flores, der sich bisher in Buenos Ayres aufgehalten, zu einer neuen Schilderhebung, um mit Hilfe der Liberalen (Colorados)
April 1863. die Präsidentenwürde wiederum an sich zu bringen. Er landete bei Colonia del Sacramento mit einer kleinen Mannschaft und erhielt schnell Zuwachs. Auch von Buenos Ayres schlossen sich Freiwillige an den „Libertador" an, obgleich die Konföderation von Argentina sich neutral zu halten verkündet hatte. Die Wegnahme und Beschädigung einiger argentinischen Fahrzeuge mit Kriegsbedarf und Mannschaft für Flores von seiten der Regierung in Montevideo führte zu einem gereizten Notenwechsel und zu einem gespannten Verhältnis zwischen beiden Republiken. Dadurch gewann das Unternehmen des Generals Flores, der ohnedies seinen Gegnern an kriegerischer Übung und Gewandtheit weit überlegen war, immer mehr Fortgang. Er näherte sich der Hauptstadt auf drei Stunden und forderte in einem Manifest Volk und Heer zum Anschluß auf, damit Ruhe und Ordnung zurückkehre. Er fand jedoch nicht die erwartete Unterstützung. Als die Amtszeit Berros zu Ende ging, wurde ein andrer Partei-
März 1864. genosse, Aguirre, an die Spitze der Regierung gestellt. Flores aber beharrte in seiner feindseligen Stellung.

Kriege in den La Plata-Staaten. Diese Lage mochte sowohl in Brasilien als in Buenos Ayres die stille Hoffnung erzeugen, die zerrüttete Republik, deren Unabhängigkeit sie freilich einige Jahre zuvor aufs neue anerkannt hatten, für ihre Staaten zu gewinnen. Wenigstens nahmen die Brasilianer, als ein in Gemeinschaft mit England und der argentinischen Regierung unternommener Vermittelungsversuch zwischen Flores und Aguirre an der Weigerung einer Ministerveränderung von seiten des letztern gescheitert war, zu Land und zur See eine kriegerische Haltung an, angeblich zum Schutz ihrer Staatsangehörigen in Montevideo. Bald kam es zu Feindseligkeiten, als eine brasilianische Kriegskorvette ein uruguaysches Transportschiff mit Lebensmitteln für die von Flores belagerte Besatzung in Mercedes wegnahm. Dadurch sah sich Flores veranlaßt, mit größerer Ener-
Aug. 1864. gie vorzugehen. Er eroberte, zur See von Brasilien unterstützt, die Hafenstädte Salto und Paysandu und ließ am letztern Ort, als nach dem heldenmütigsten Widerstand die Stadt mit Sturm genommen wurde, den tapfern Oberst Gomez nebst mehreren höhern Offizieren erschießen. Die Lage wurde noch schwieriger, als die von Aguirre um Beistand angerufene Republik Paraguay das Vorgehen Brasiliens, durch welches
Nov. das Gleichgewicht der La Plata-Staaten gestört werde, für einen Kriegsfall erklärte und auch ihrerseits Feindseligkeiten eröffnete. Das konservative Parteiregiment in Montevideo war in schlimmer Lage. Durch terroristische Maßregeln brachte man in Eile eine Armee zusammen; aber die Einschließung Montevideos zu Land und zu Wasser durch
1865. Flores und das brasilianische Geschwader setzte die Hauptstadt in große Bestürzung. Man wagte nur schwachen Widerstand, aus Furcht, das Schicksal von Paysandu zu
15. Febr. erleiden. Als daher im Februar Aguirres Amtszeit zu Ende ging, suchte man diesen Umstand zu einer Ausgleichung zu benutzen. Der Kongreß übertrug dem Senator Vilalba die höchste Gewalt mit der Bedingung, eine vertragsmäßige Übergabe der Stadt und die Beendigung der Blockade zu erwirken. Dies geschah durch den Friedens-
23. Febr. vertrag von La Union, infolgedessen Flores triumphierend in Montevideo einzog, das Aguirre und die Häupter der Weißen verlassen hatten, und als Gouverneur und Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht eine unumschränkte Herrschaft übte. Nun nahmen schnell die politischen Dinge in den La Plata-Staaten eine andre Gestalt an. Uruguay

schloß mit Brasilien und Argentina einen Kriegsbund wider Paraguay, dessen Präsident Lopez diese Friedensübereinkunft nicht zugeben wollte, weil er darin eine Gefährdung der Handelsinteressen der Republik erkannte. Bald zog die Kriegsmacht der drei verbündeten Staaten wider Paraguay ins Feld; aber gegenseitiges Mißtrauen lockerte den Bund; und da die Paraguayten sich mit Heldenmut verteidigten, so zogen sich nach einigen Gefechten von schwankendem Kriegsglück die argentinischen und uruguayschen Truppen zurück und überließen den Krieg allein den Brasilianern. Während der Abwesenheit des Generals hatte die Gegenpartei der Weißen in Montevideo wieder Boden gewonnen. Man suchte sein Ansehen herabzusetzen durch die Nachrede, er sei mehr brasilianischer Feldherr als Haupt eines unabhängigen Staats. In dem Augenblick, als die Colorados damit umgingen, ihm durch die Wahl zum Präsidenten ein legitimes Ansehen zu geben, wurde Venancio Flores, als er in den Regierungspalast fuhr, von vier verschwornen Blancos durch Dolchstöße und Schüsse ermordet. Empört über diese 19. Febr. 1867.
ruchlose That, wandte sich die Volkswut gegen die ganze Partei und übte blutige Verfolgung. Unter diesen Eindrücken übertrug der Senat dem Bruder des Ermordeten, Don Manuel Flores, die höchste Gewalt, der den Kriegszustand über die Republik verhängte und alle der Blancopartei angehörenden Offiziere aus der Armeeliste streichen ließ. Aber noch war kaum ein Jahr verflossen, so starben einundzwanzig hervorragende Anhänger des ermordeten Generals, darunter auch sein Bruder, der provisorische Präsident, in kurzen Zwischenräumen. Ob an Gift oder an der Cholera, blieb unentschie- 22. Febr. 1868.
den. Fortan ging auch die Geschichte von Uruguay, wie aller südamerikanischen Republiken, immer mehr in kleinlichem Parteihader auf, der sich nicht selten zum Bürgerkrieg steigerte.

3. Paraguay. Lange hatte der alte Jesuitenstaat zwischen den Flüssen Parana Paraguay.
und Paraguay gezögert, ehe er dem von La Plata ausgehenden Ruf nach Abschüttelung der spanischen Herrschaft Folge leistete; und als die Regierung endlich nachgab, Juni 1811.
bewahrte sich der Staat die Stellung einer unabhängigen Republik. Der Kongreß von Buenos Ayres konnte das Recht der Selbstbestimmung, das er für sich in Anspruch nahm, dem Nachbarstaat nicht versagen; doch hat er es dem kleinen Land nie verziehen, daß es seine eignen Wege gehen wollte, und den Gedanken einer Suprematie nie aufgegeben. Nach einigen Jahren gelang es dem ehrgeizigen und herrschsüchtigen Dr. Francia, sich an die Spitze des Staats emporzuschwingen. Er wurde zum 1814.
Diktator gewählt und einige Zeit nachher diese Würde ihm auf Lebenszeit übertragen. 1817.
Und nun vereinigte er alle Regierungs- und Richtergewalt in seiner Hand, so daß er bis zu seinem Tod als unumschränkter Herr und Gebieter das Land im Sinne des frühern Systems der Jesuitenmissionen mit eisernem Arm beherrschte und es gegen das Ausland vollständig abschloß. Kein Fremder durfte ins Land, kein Eingeborner ins Ausland. Er selbst war der einzige Kaufmann, der reichste Grundbesitzer, das Haupt des Volks. Nach seinem Tod wurde das Absperrungssystem allmählich aufgegeben. 20. Sept. 1840.
Ein Nationalkongreß trat in Assuncion zusammen, beschloß ein Staatsgrundgesetz März 1844.
und ernannte Don Carlos Antonio Lopez, einen Neffen des Diktators, der schon vorher als Konsul die höchste Gewalt ausgeübt, zum Präsidenten. Und so sehr war die einherrliche Gewalt dem Volk von Paraguay zur andern Natur geworden, daß auch Lopez die Präsidentenwürde mit diktatorischer Gewalt bis zu seinem Tod bewahrte. Wir wissen, welche Anstrengungen Rosas machte, um Paraguay mit Gewalt zum Eintritt in die Argentinische Republik zu zwingen; erst nach dem Sturz dieses gewaltthätigen 1852.
Mannes wurde die Unabhängigkeit des Landes von den amerikanischen und europäischen Regierungen allgemein anerkannt. Schon vorher hatte Lopez das fruchtbare und wohlhabende Land durch Handels- und Schiffahrtsverträge dem Verkehrsleben geöffnet,

und von der Zeit an war er unermüdlich bestrebt, den Staat im Geist der Neuzeit durch Reformen und Unterrichtsanstalten zu heben. Verwickelungen und Streitigkeiten mit den Vereinsstaaten Nordamerikas, mit Brasilien, mit England und Frankreich wurden ohne Waffengewalt durch friedliche Unterhandlungen und Verträge ausgeglichen. Als der Präsident nach einer mehr als zwanzigjährigen Regierung, der zu einer monar-
10. Sept. 1862. chischen nichts als der Name fehlte, aus dem Leben schied, gab der Kongreß seine Zustimmung, daß dessen Sohn Francisco Solano Lopez, dem Testament des Vaters zufolge, die Präsidentschaft übernahm. Mit ihm gingen die Jahre des Friedens und der innern Wohlfahrt zu Ende. Wir kennen die Ursachen des Kriegs zwischen Paraguay und Brasilien, als dieses zu gunsten des Generals Flores in Uruguay sich einmischte. Lopez, welcher fürchtete, daß durch die Verbindung der drei Staaten der Verkehr Paraguays mit der See gehindert und die Unabhängigkeit des Landes gefährdet werden könne, trug kein Bedenken, mit dem mächtigen Nachbar, mit welchem er schon längere Zeit wegen Grenzstreitigkeiten auf gespanntem Fuß gestanden, seine Kräfte zu messen. Die gute Heerorganisation, die sein Vater gegründet und er selbst fortgeführt hatte, die kriegerische Tüchtigkeit der zur Arbeit angehaltenen abgehärteten Bevölkerung von Paraguay, der langgenährte Nationalhaß zwischen beiden Völkern flößten dem Präsidenten Vertrauen ein und ließen ihn einen günstigen Erfolg erwarten. Und dieses Vertrauen sollte nicht getäuscht werden. Man erkannte in Paraguay, daß es nicht nur auf den Sturz des Präsidenten, sondern auch auf die Vernichtung der Selbständigkeit des Staates abgesehen sei, und dieses Bewußtsein stärkte die Kraft und den Kriegsmut der Paraguayten. Lopez nahm den Kampf gegen den dreifachen Feind auf und führte denselben mehrere Jahre lang mit Ruhm und Tapferkeit durch. Trotz der großen Kriegsmacht der Brasilianer zu Land und zur See konnten die Verbündeten Paraguay nicht bezwingen. Vor dem Lager von Curupayti und vor der Festung Humayta begegneten sie einem heldenmütigen Widerstand, obwohl Kaiser Pedro II. selbst und sein Schwiegersohn Louis Graf von Eu, Sohn des Herzogs von Nemours, Gemahl der zur Thronerbin erklärten ältesten Kaisertochter, zur Belebung des Muts der Truppen sich bei dem Heer eingefunden hatten. Freilich hatte während der Zeit auch in Paraguay die Opposition gegen das bisherige diktatorische Regiment an Boden gewonnen und Solano Lopez zu mancher terroristischen Maßregel im Geist des alten Diktators, des Gründers der Familie, gebracht. Endlich nahte auch seine Stunde. Am 1. März
1870. 1870 fand der Präsident Lopez im Kampf gegen die Brasilianer am Ufer des Aquidaban einen ruhmvollen Tod in der Schlacht; die Reste der paraguaytischen Armee wurden zerstreut und das Land kam thatsächlich in den Besitz der Verbündeten, die durch Gebietsabtretungen entschädigt werden mußten. Eine provisorische Regierung gab dem Land eine liberale Verfassung. Von der herrschenden Parteiwut legte in der
April 1877. Folge die Ermordung des Präsidenten Gill und seines Bruders Zeugnis ab.

Die Westindischen Inselstaaten. V. Haïti, San Domingo, Cuba. In den Westindischen Inselstaaten hatten die öffentlichen Dinge einen ähnlichen Verlauf wie auf dem spanischen Festland.
Republik Haïti. In Haïti und San Domingo wiederholten sich die Erscheinungen, die wir früher (XIV, 130 f.) kennen gelernt haben. In der Republik Haïti verwandelte der Neger-
Aug. 1849. general Soulouque die Präsidentschaft mittels eines blutigen Staatsstreichs in ein erbliches Kaisertum mit einer aufgezwungenen Verfassung und regierte dann als Faustin I. grausam und gewaltthätig. Er ernannte einen zahlreichen Adel, stiftete einen Orden und machte seine Herrschaft zu einem Zerrbild des zweiten napoleonischen Empire. Wiederholte Versuche, auch die benachbarte dominikanische Republik zu unterwerfen, hatten einen unglücklichen Verlauf. Der Despot wurde durch den Präsidenten Santana mehrmals zurückgeschlagen, was seine Macht so sehr schwächte, daß es dem

Mulatten Favre Geffrard gelang, den grausamen, hinterlistigen Usurpator vom Thron zu stürzen und die republikanische Staatsform wieder herzustellen. Soulouque Jan. 1859.
wurde zur Flucht gezwungen und verbrachte mehrere Jahre in der Verbannung auf Jamaica. Später durfte er wieder zurückkehren, starb aber bald darauf in seinem Juli 1867.
Geburtsort Petit-Gonave. Unter der Republik dauerten die Parteikämpfe und konspiratorischen Umtriebe fort; die Führer der Faktionen machten einander die Präsidentenwürde streitig und mancher fand nach kurzer Amtsthätigkeit seinen Tod durch den glücklichern Gegner. Unaufhörliche greuelvolle Bürgerkriege, wie der zwischen den Generalen Hippolyte und Legitime Ausgang der achtziger Jahre, der mit der Niederlage und Flucht des letztern endigte, führten das Land der vollsten Anarchie Aug. 1889.
entgegen. — Nicht viel ruhiger und gesetzmäßiger verliefen die Dinge in der auf derselben Insel gelegenen Republik San Domingo. Wenngleich hier keine San Domingo.
monarchischen Umsturzversuche vorkamen, so wurde dagegen der Freistaat durch die Parteikämpfe der nebenbuhlerischen Präsidenten, eines Santana, Baez, Cabral, Salcedo und die Umtriebe ihrer Anhänger derart in Aufregung und Verwirrung gehalten, daß sich die Republik zeitweise wieder an Spanien anschloß, eine Rückkehr zu der Monarchie des Mutterlandes, die jedoch nicht von Dauer war. Das Staatsleben der Insel besteht in ununterbrochenen revolutionären Bewegungen und Faktionskämpfen, wobei Wohlstand, Kultur und Sicherheit immer tiefer sinken. Einzelne Versuche, die politische Verbindung des Inselstaats mit den Vereinsstaaten Nordamerikas zu erwirken, hatten keinen Erfolg. — Noch viel eifriger war die Agitation für die Vereinigung der spanischen Kolonie Cuba, der „Perle der Antillen" mit der Cuba.
Union, sowohl auf der Insel selbst, wo eine zahlreiche Partei den Anschluß betrieb, als in Washington, wo man die spanische Regierung zu einem Kaufvertrag zu bewegen suchte 1846.
und, als das Anerbieten zurückgewiesen ward, ein Auge zudrückte, wenn Freischarenführer wie Oberst White und Narciso Lopez mit Hilfe der mißvergnügten einheimischen Bevölkerung auf revolutionärem Weg die Vereinigung durchzuführen suchten. Lopez 1851.
wurde gefangen und in der Havana hingerichtet; aber die Einverleibungsgelüste dauerten fort, besonders bei den sklavenhaltenden Südstaaten und ihrem Gönner, dem Präsidenten Buchanan. Der große Bürgerkrieg in den Vereinsstaaten, der die Abschaffung der Sklaverei in den konföderierten Staaten zur Folge hatte, dämpfte bei den sklavenbesitzenden Cubanern die Neigung für den Anschluß an den amerikanischen Kontinent; desto lebhafter regte sich auf der Insel selbst das Streben nach Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft, nach Autonomie und Selbstregiment, ein Streben, das sich während der revolutionären Wirren des Mutterlandes, die wir bald kennen lernen werden, bis zum Aufruhr und Bürgerkrieg steigerte. Der Steuerdruck und der Widerstand gegen alle Reformen brachten die lang bestehende Unzufriedenheit zum Ausbruch. Die nachlässige spanische Regierung hatte nie etwas für Handel, Verkehr und Schiffahrt, für Landwirtschaft und Straßen gethan; nur in hartem Zoll- und Steuerdruck, in übermütiger Behandlung der Cubaner und rücksichtsloser Zurückweisung ihrer Forderungen äußerte sich die spanische Herrschaft. Ein Teil der Insel konstituierte sich unter der Leitung des Advokaten Cespedes und des Gutsbesitzers Aguilera als Republik und bildete eine Streitmacht unter Quesada, welche den spanischen Truppen erfolgreichen 1868.
Widerstand leistete. Hätte man in Washington der revolutionären Erhebung der cubanischen Insurgenten und Republikaner Vorschub geleistet, so würden die Spanier trotz der großen Anstrengungen um die Erhaltung ihrer wichtigsten überseeischen Besitzung die fruchtbare und reiche Insel schwerlich zu behaupten vermocht haben; allein bei dem Kongreß hatte sich seit der Rekonstruktion der Republik das Verlangen nach dem Besitz Cubas wesentlich vermindert. Man kam zu der Einsicht, daß eine so

bedeutende Vermehrung der schwarzen Bevölkerung und ein Zuwachs von fast einer Million bigottkatholischer Spanier für die Vereinsstaaten eher eine Verlegenheit als ein Gewinn wäre. Lange Jahre dauerte mit wechselndem Erfolg und unter großen Greueln der Krieg zwischen Spanien und Cuba fort; erst im Jahr 1878 wurde die Insel durch Jovellar völlig zur Unterwerfung gezwungen. Es erfolgte alsdann die Aufhebung der Sklaverei und die Einführung der spanischen Verfassung.

Brasilien. VI. Brasilien nimmt als konstitutioneller Kaiserstaat unter einem Sprößling des portugiesischen Königshauses Braganza, die einzige Monarchie auf amerikanischem Boden, in vieler Hinsicht eine besondere Stellung ein. Indessen hatte die Monarchie zu verschiedenen Zeiten, namentlich während der Minderjährigkeit Pedros II. (XIV, 654) mit der republikanischen Partei schwere Kämpfe zu bestehen, die sich mitunter zum Bürgerkrieg steigerten. Im

Pedro II. seit 1840. Jahr 1840 übernahm Pedro die Regierung selbständig. Seine lange Herrschaft wurde vielfach durch innere Parteiwirren und kriegerische Verwickelungen mit den benachbarten La Plata-Staaten, wie auch durch Streitigkeiten mit der mächtigen und unduldsamen katholischen Geistlichkeit getrübt, hatte doch aber auch längere Perioden des Friedens und einer fruchtbaren Pflege der wirtschaftlichen und Kulturinteressen, deren das unermeßlich große und mit reichen natürlichen Hilfsquellen ausgestattete, aber in der Entwickelung sehr zurückgebliebene Land dringend bedurfte. In dieser Hinsicht hat namentlich das seit 1857 wiederholt am Ruder befindliche Ministerium Olinda viel gethan. Zur Befreiung der Sklaven sind erst in neuester Zeit (seit den Gesetzen von 1871 und 1885) ernstliche Anstalten getroffen worden. Der Mangel an Arbeitskräften in dem dünn bevölkerten Land bereitete einem raschern Vorgehen Schwierigkeiten und machte die Heranziehung fremder Kolonisten zu einer der wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung.

4. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

a. Bundesverfassung und Sklavenfrage.

Die Europamüden. Im Anfang der fünfziger Jahre, als Europa an tiefen Wunden blutete, wurde das freie Amerika als das Land der Zukunft gepriesen, und viele Europamüde, die in der alten Heimat ihre Ideale zerschlagen sahen, viele Flüchtlinge, Verfolgte und Verdächtige, die der Arm der Gerichte oder der Polizei bedrohte, viele Bedrängte, die zu Hause ein kümmerliches Auskommen hatten und dem Druck der Nahrungssorgen entfliehen wollten, viele ruhelose Leute, die ihr Glück in der Ferne suchten oder unklaren Zielen, trügerischen Hoffnungen und Träumen nachjagten, setzten über das Meer, um in der neuen Welt ein neues Dasein zu beginnen. Manchem regsamen und thätigen Europäer von kräftigen Armen und gesundem Verstand mochte es gelingen, in dem weiten Erdteil mit seinen gewerbreichen Handelsstädten und unerschöpflichen Hilfsquellen, wo der Arbeitslohn hoch ist und der Landerwerb billig, sich zum Wohlstand und einer ehrenvollen

Stellung im bürgerlichen Leben aufzuschwingen; aber gar viele erkannten bald, daß auch dort das Erdenleben voll Mängel und Unvollkommenheiten sei, und daß die Mißstände und Leiden, denen sie entflohen, dort durch andre Gebrechen und Schäden reichlich ersetzt wurden. Wenn sie glücklich landeten, wenn es ihnen nicht erging, wie den unglücklichen Passagieren der „Austria", welchen nur die 31. Sept. 1858. schreckliche Wahl gelassen war, entweder in den Flammen des brennenden Schiffes oder in der Tiefe des Meeres zu sterben, so hatten sie dort unter dem Egoismus und Eigennutz der Eingebornen, welche mit Neid und Mißtrauen auf den wachsenden Einfluß der neuen Ankömmlinge blickten, und unter der Lieblosigkeit und Herzenshärte der erwerbsüchtigen Bevölkerung zu leiden. Wie viele Drangsale sie auch im alten Vaterland zu ertragen haben mochten, die kalte Selbstsucht, die ihnen im jenseitigen Erdteil auf Tritt und Schritt entgegenkam, war ihnen sicherlich eine neue fremdartige Erscheinung: die Nächstenliebe und die brüderliche Hilfe, die in Europa auch in der niedrigsten Hütte einkehrt, haben sie dort vergebens gesucht.

Es soll nicht geleugnet werden, daß das Selbstgefühl der Amerikaner, ver- Aufschwung der Vereinigten Staaten. bunden mit der Energie und dem Unternehmungsgeist jugendlicher Völker, von großartigen Erfolgen begleitet war: sie haben in rascher Folge von Frankreich Louisiana, von Spanien Florida erworben und in ihren Staatsverband aufgenommen (XIV, 137, 723); sie haben das westliche Oregon durch Besiedelung der Stromthäler des Columbia gewonnen (XV, 1. 7) und den Mexikanern Texas, Neumexiko und das Goldland Kalifornien entrissen; sie haben das Mississippiland, das noch vor wenigen Jahrzehnten eine öde Wildnis war, durch Fleiß, Ausdauer und Geschicklichkeit in das Kultur- und Industrieleben der Union gezogen; sie haben einen Riesenstaatenbund geschaffen, der von den kanadischen Seen im Norden bis an den Golf von Mexiko reicht und von dem Atlantischen Ozean und dem Stillen Weltmeer begrenzt wird, und dies alles weniger durch das Schwert, als durch friedliche Verträge, weniger durch Eroberung, als durch freiwilligen Anschluß der Bewohner. Und wie sie die angrenzenden Länder allmählich sich aneigneten, so daß der Staatenumfang in einigen Jahrzehnten sich mehr als verdoppelte, so wußten sie auch die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, die sie einst gegen das englische Mutterland siegreich verfochten, kräftig und standhaft zu wahren. Der napoleonischen Kontinentalsperre und der anmaßenden Seediktatur Englands begegnete Präsident Jefferson durch die berüchtigte Embargoakte (1807), die zwar die amerikanische Marine sicherte und die Landesindustrie förderte, aber den Handel schwer schädigte; daher auch das Verbot bald eingeschränkt, dann aufgehoben ward. Auch aus dem wechselvollen und verlustreichen Krieg mit England, den wir früher erwähnt haben (XIV, 723), gingen die Vereinigten Staaten ohne Einbuße ihrer Ehre und maritimen Machtstellung hervor. Als im Jahr 1823 die europäische Reaktion mit dem Plan umging, die abgefallenen spanischen Provinzen wieder in die alten Fesseln zu

schlagen, wurde auf den Rat des greisen Jefferson, des Mitbegründers der Nordamerikanischen Republik, unter dem verständigen, ehrenwerten Präsidenten
Dez. 1823. Monroe von dem Kongreß der Grundsatz aufgestellt, daß keine Einmischung europäischer Mächte in die Angelegenheiten Amerikas geduldet werden sollte, ein Grundsatz, der unter dem Namen „Monroe-Doktrin" bis zur Stunde für die Politik der Vereinsstaaten maßgebend geblieben ist und über seinen ursprünglichen Zweck ausgedehnt öfters als Vorwand für feindselige Schritte mißbraucht wurde. Nicht minder waren die Amerikaner bemüht, in ihrem Staatsleben Freiheit und Selbstbestimmung mit Gesetz und obrigkeitlicher Autorität in Verbindung zu halten, indem sie das ursprüngliche Prinzip (XIII, 287), daß nur die gemeinsamen Angelegenheiten der Union von der Zentralregierung besorgt werden, die innere Verwaltung der einzelnen Staaten dagegen, mit Einschluß der Gerechtigkeitspflege, jedem Mitglied überlassen bleiben sollte, streng durchzuführen suchten.

Wunde Flecken. Aber mit diesen Vorzügen, in welchen die freiheitliche Entwickelung und das Gedeihen im Innern wie das Ansehen und die Macht nach außen wurzelten, waren auch Gebrechen und Entartungen verbunden. Nicht immer hielt sich die Erwerb- und Vergrößerungssucht in den Schranken der Gerechtigkeit und der Anerkennung fremder Rechte; die abenteuerlichen und rechtswidrigen Unternehmungen der Flibustierbanden, durch welche Cuba und die Küstenländer Zentralamerikas für das Bundesreich gewonnen werden sollten, fanden in den Vereinsstaaten Hehler und Förderer, wenn auch die Unionsregierung selbst ihnen keinen Vorschub leistete. Und wie sehr immer patriotische Staatsmänner bestrebt waren, den Föderalismus festzuhalten, das Prinzip der Selbstbestimmung der Einzelnen mit der Gesetzesmacht der Gesamtheit zu verbinden, unter der Vereinsform schlummerten tiefwurzelnde Leidenschaften und politische und soziale Gegensätze, die den Fernstehenden solange verborgen blieben, als die nationale Gesamtkraft mehr nach außen, mehr auf Ausdehnung und Abrundung des Gebiets, auf Erweiterung des Handels und der Erwerbsthätigkeit, auf Ordnung und Befestigung des Finanz- und Bankwesens gerichtet war, die aber scharf zu Tage traten, als der gesteigerte Bildungsstand zu innern Reformen, zu neuen Entwickelungsstufen, zu gleichmäßigern Normen und Verhältnissen drängte.

Die Nord- u. Südstaaten. Schon lange hatte ein einschneidender Gegensatz zwischen den Nord- und Südstaaten in den Gemütern Wurzel gefaßt, ein Gegensatz, welcher, auf der Verschiedenheit der Interessen, der Anschauungen, der Lebensgestaltungen beruhend, schließlich in der Sklavenfrage seinen Mittel- und Ausgangspunkt fand. Über ein halbes Jahrhundert waren die Männer des Südens der herrschende Teil der Unionsregierung; im Besitz großer Ländereien mit Zucker- und Indigoplantagen, mit Reis- und Maisfluren, mit ausgedehnten Tabak- und Baumwollfeldern, die sie durch Sklaven bebauen ließen, lebten sie in hohem Wohlstand und waren dadurch in die Lage gesetzt, sich feinere Bildung anzueignen. Die meisten Staats-

männer, die in der Heimat durch Geist und Verstand, im Ausland durch elegante Formen, durch gesellschaftliche Gewandtheit, durch ein weltmännisches, vom Selbstgefühl der nationalen Macht und Freiheit gehobenes Betragen glänzten, gingen aus den Reihen der südstaatlichen Gutsbesitzer hervor; Virginien, das einst den großen Washington ins Feld gestellt, wo seit den Tagen der Gründung ein aristokratisches, ritterliches Wesen heimisch war, wurde als das Mutterland der Präsidenten bezeichnet; als reiche Produktenhändler waren die Männer des Südens in der Geld- und Handelswelt angesehene „respektable" Leute. Die Erweiterung der Vereinsstaaten durch das von Frankreich abgetretene Louisiana und die von Spanien erworbene Halbinsel Florida war dem Süden zu gute gekommen und hatte dessen Machtstellung gehoben. Aber schon im zweiten Jahrzehnt trat im Kongreß eine Opposition der Nordstaaten gegen das südländische Übergewicht zu Tage. Da der Strom der europäischen Einwanderer sich vorzugsweise dem Norden zuwandte, wo die Erwerbung kleiner Eigengüter leicht bewerkstelligt werden konnte, die Arbeit geachtet war und ein mannigfaltigeres Industrieleben dem Fleißigen und Geschickten Gelegenheit zum Erwerb bot, so kam der Süden, wo die Beschaffenheit des Grundeigentums, das Klima und die Art der Bebauung die Niederlassung freier Ansiedler erschwerte, und der Widerwillen gegen das Sklavenwesen sowie der Unmut über die Verachtung des geringen, auf Arbeit angewiesenen Mannes die Europäer fern hielt, in Gefahr allmählich überstimmt zu werden und sein Übergewicht einzubüßen. Er suchte daher bei der Ausdehnung des Bundesgebiets nach Westen die neugegründeten Staaten in seine Lebensordnungen und Kulturkreise hineinzuziehen und insbesondere dem Sklavensystem, das die Grundbedingung seiner Existenz in den bisherigen Formen und Überlieferungen bildete, weitere Ausdehnung zu verschaffen.

Diese widerstrebenden Richtungen gaben sich zuerst kund, als Missouri Die Sklavenfrage.
um Aufnahme in das Staatengebiet der Union nachsuchte. Eine ansehnliche Partei im Kongreß verlangte, daß man die Zulassung des neuen Staates nur unter der Bedingung gewähre, daß die Sklaverei darin ausgeschlossen bleibe. Zwei Jahre lang dauerte der Kampf um diese wichtige Prinzipfrage; sie drohte die ganze Union zu sprengen, endlich siegten die Männer des Südens: durch die Vermittelungsakte Clays, Missouri-Kompromiß genannt, sollte das Sklavensystem in Missouri gestattet, aber in Zukunft über keinen Staat, der sich nördlich von 36° 30′ Breite bilden würde, ausgedehnt werden. In diesem Sinn wurde im Jahr 1820 zu St. Louis die Konstitution aufgestellt und 1820.
Missouri somit in die Zahl der sklavenhaltenden Staaten eingereiht. Von der Zeit an standen die Parteien mit wachsender Eifersucht und tödlichem Mißtrauen einander gegenüber. Bei jeder politischen Maßregel forschte man mit Argusaugen, welche Folgen dieselbe für das sklavenhaltende System haben könnte. Als im Jahr 1825 der Präsident John Quincy Adams auf Betreiben des feu- 1825.
rigen phantasievollen Staatssekretärs Clay die Idee einer Verbrüderung aller

amerikanischen Republiken im Norden wie im Süden anregte und zu dem Ende einen allgemeinen Kongreß in Panama in Vorschlag brachte, wußten die Vertreter der Sklavenhalterinteressen den Plan zu vereiteln, in der Besorgnis, die politische Allianz möchte in den mittel- und südamerikanischen Staaten dem Streben nach Befreiung Leben und Kraft verleihen und ihr eignes System zu Fall bringen. Aus derselben Ursache hintertrieben sie die Aufnahme der Negerrepublik Haïti in den amerikanischen Völkerbund, weil dadurch die inländischen Sklaven zur Nachahmung verleitet werden könnten. Einen neuen Erisapfel warf die Texasfrage in die Union (XIV, 647). Als dieses ursprünglich zu Mexiko gehörige Gebiet, wo sich im Lauf der Jahre viele Angloamerikaner angesiedelt hatten, nach mehrjährigen Kämpfen sich von dem Nachbarstaat losriß und dann seine Vereinigung mit den Unionsstaaten nachsuchte, bewirkten die Vertreter der Sklavenstaaten, daß nicht nur Texas als neuer sklavenhaltender Staat in den Bund aufgenommen ward, sondern daß die nördlichen Grenz-
1845. lande, die man im Krieg mit Mexiko dazu eroberte, dieselbe Befugnis erhielten, obwohl in Mexiko schon vor zwanzig Jahren die Sklaverei abgeschafft worden war. Das sogenannte „Wilmot-Proviso", wonach bei neuen Staatenbildungen die Sklaverei unzulässig sein sollte, vermochte bei dem Senat nicht durchzudringen. Die leidenschaftlichen Kämpfe, die über die Stellung von Texas zur Union geführt wurden und die Parteien jahrelang in Atem hielten, wurden noch einmal
1850. durch „Clays Kompromiß" vom Jahr 1850 notdürftig gedämpft und ausgeglichen. Nun bildeten die Sklavenstaaten ein geschlossenes Ganze, und da in der Unionsverfassung die Auslieferung entlaufener Sklaven gesetzlich bestimmt war und die „Einfanggesetze" mit der größten Härte und Unmenschlichkeit gehandhabt wurden, so waren die Plantagenbesitzer und Baumwollepflanzer des Südens in ihrem Eigentum sichergestellt, solange die Verfassung unverändert zu Recht bestand.

Die Parteistellung. Noch geraume Zeit bewahrte der Süden das Übergewicht in der Union trotz des Widerstandes der „Abolitionisten", die aus Gründen der Humanität, Religion und Politik die Abschaffung der Sklaverei herbeizuführen suchten, und der „Freibodenmänner" (Freesoilers), welche der Ausdehnung der Sklaverei auf „Territorien", d. h. auf die erst in Zukunft zu bildenden Staaten der Union, widerstrebten. Reichtum, Bildung, Erfahrung in den Geschäften des Staats wie des Kriegs, großartiger Warenabsatz und vor allem die auf die Gemeinsamkeit der Interessen gegründete Eintracht verliehen dem Süden Macht und Einfluß über den gespaltenen Norden. Um den zahlreichen Gegnern des Sklaventums, die sich gegen Ende der fünfziger Jahre zu der großen Partei der „Republikaner" vereinigten, die Stirn bieten zu können, machten die Sklavenhalter gemeine Sache mit den „Demokraten", den Anhängern des Grundsatzes von der Staatensouveränität und Verteidigern der Sklaverei in den Staaten und Territorien, einer umfassenden Partei, der sowohl die reichen Guts- und Plan-

tagenbesitzer als viele abhängige Leute der untern Volksklasse angehörten, und wußten mit deren Hilfe in der Regel bei den Präsidentenwahlen den von ihnen aufgestellten Kandidaten an die Spitze der Regierung zu bringen, wodurch, da die Minister und Beamten stets aus der Partei des Staatsoberhauptes gewählt wurden, die Leitung des Ganzen in ihren Händen lag.

Die amerikanische Bundesrepublik war die Frucht einer glücklich vollbrachten Revolution und wir haben gesehen (XIII, 287 f.), wie wenig politische und staatsrechtliche Theorien bei der Grundlegung des neuen Föderativstaates zur Geltung kamen. Man richtete ein republikanisches Gemeinwesen ein, wie es die Logik der Thatsachen forderte. Prinzipiell mag, wie H. von Holst in seinem Buch „Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika" nachweist, die Idee der Staatseinheit bei der gesetzlichen Organisierung als Grund- und Eckstein des Verfassungsbaues vorgeschwebt haben: „Derselbe Streich, welcher die Verbindung zwischen den Kolonien und dem Mutterland zerriß, warf auch die Scheidewände nieder, welche bisher eine politische Verbindung der dreizehn Kantone verhindert hatten. Sie wurden thatsächlich in ein Volk zusammengeworfen, das sich mit dem Schwert seine nationale Selbständigkeit zu erringen suchte." Daraus folgte aber selbstverständlich, daß in dem Kongreß und der Unionsregierung nicht die ehemaligen Kolonien als solche vertreten seien, sondern die Bevölkerung derselben als ein Teil des gesamten Volks; daß der Kongreß das Organ der „souveränen Nation" sei. Aber wir wissen, wie viele partikularistische Elemente erst überwunden werden mußten, ehe der staatsrechtliche Begriff der Union als eines einheitlichen Staatsorganismus praktische Geltung erhielt, als politisches Grunddogma Anerkennung fand. Thatsächlich war die Unionsverfassung, die im Jahr 1789 einem widerstrebenden Volk durch die zermalmende Notwendigkeit abgerungen worden, noch viele Jahrzehnte hindurch eine Reihe von Kompromissen und Zugeständnissen, die man mit Gesetzeskraft ausstattete. Der fanatische Widerstand der Einzelstaaten gegen eine „konsolidierte Regierung", der über ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeitserklärung die Konstituierung einer nationalen Staatsgewalt verhindert hatte, dauerte, wenn auch mit geschwächter Kraft, noch lange fort. Wie oft wurde das Nationalbewußtsein durch Sonderinteressen und selbstsüchtige Zwecke erstickt! Man vermied es absichtlich, durch staatswissenschaftliche Doktrinen die Widersprüche in der Auffassung sich zum klaren Bewußtsein zu bringen. „Alles was sich erzielen ließ," versichert Holst, „war eine mehr oder minder fest zusammenhängende Kette von Vereinbarungen, deren Gesamtresultat die Verhinderung einer Auflösung der Union und die Schöpfung einer Bundesgewalt war, welche in so weit den Charakter einer Bundesregierung trug, daß die Möglichkeit eines innigeren Ineinanderverwachsens der Bundesglieder gewonnen war." Schon im Jahr 1798, als der Präsident Adams, um den Wühlereien der französischen Revolutionspropaganda einen Damm entgegenzuwerfen, die Fremden- und Aufruhrgesetze erließ, gaben die Legislaturen von Virginia und Kentucky Erklärungen ab, welche die Bundesregierung und die Staaten als gleichberechtigte Mächte hinstellten und diesen ein gleiches Recht zuerkannten, über Verfassungsverletzungen wie über die Weise und das Maß der Abhilfe zu richten, und faßten den Beschluß, daß wo die Bundesregierung sich Gewalten anmaßt, die nicht verliehen worden sind, eine „Nullifikation" des Aktes das rechtmäßige Abhilfsmittel ist; daß jeder Staat ein natürliches Recht hat, in Fällen, die nicht in dem Vertrag begriffen sind, kraft seiner eignen Autorität alle Anmaßung von Gewalten andrer innerhalb seiner Grenzen für ungültig zu erklären. Als unter der Präsidentschaft Jefferson das südliche Mississippigebiet Louisiana mit New Orleans von Napoleon durch Kauf erworben ward, erklärte die föderalistische

Bundesstaat oder Staatenbund?

Opposition, daß zu einem solchen Beschluß die Zustimmung jedes einzelnen Staates notwendig sei. Die Legislatur von Georgia weigerte sich (1825) in innern Streitsachen staatsrechtlichen Charakters die Zuständigkeit des Oberbundesgerichts anzuerkennen.

Die nachgebornen Geschlechter, denen die Schöpfungsjahre der Konstitution in die Ferne gerückt waren, faßten das Werk als eine Art politischer Inspiration der Weisheit der Väter auf und übersahen die Mängel und schadhaften Stellen oder verhüllten die Blößen durch legislative Abkommen, welche die auftauchenden Streitfragen und Konflikte in ihrer folgerichtigen Entwickelung hemmten, die Lücken und Spalten durch Notbrücken verbanden, den Gedanken einer Auflösung der Union, der in erregten Zeitläuften öfters als Radikalmittel in die Parteikämpfe geschleudert ward, unterdrückten. Das ging eine Zeitlang an. Aber je mehr die Gegensätze der einzelnen Staaten und Staatengruppen zu Tage traten, desto mehr erforschte man die Entstehungsgeschichte und die Fundamentalbestimmungen der Bundesverfassung. Und da kam man denn, wie bei Gelegenheit des Sonderbundes in der Schweiz, zu Auffassungen von so scharfem Gegensatz, daß eine Ausgleichung nur durch die Gewalt des Schwertes zu erzielen war. Über die prinzipielle Existenzfrage, ob die Konstitution von 1789 eine unverletzliche organische Staats- und Lebensordnung sei, die wie ein religiöses Grunddogma stets heilig und unanfechtbar festgehalten werden müsse, oder ein freiwilliger Vertrag, eine Vereinbarung unter festen Bedingungen und Voraussetzungen, ließ sich in leidenschaftlich bewegten Parteiströmungen nicht mit Worten und Argumenten streiten. So bildete die Sklavenfrage, wie in der Schweiz die Jesuitenfrage, den Ausgangspunkt zu einem politischen Prinzipienstreit, ob die Vereinigten Staaten Nordamerikas als ein unlösbarer Bundesstaat oder als ein vertragsmäßig geschlossener Staatenbund zu betrachten seien.

Die Sklavenpolitik.

Die Sklavenfrage war eine böse Wunde in der ganzen Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten. Als eine Giftpflanze war das Institut der Sklaverei von der britischen Herrschaft, die es begünstigt hatte, auf die Republik übergegangen und hatte in fast allen Staaten Boden gefaßt. Aber die nördlichen Staaten, deren wirtschaftliche Verhältnisse die freie Arbeit begünstigten, schafften die Sklaverei nach und nach ab oder nahmen sie gar nicht auf. Desto mehr wucherte sie in den Südstaaten, deren Wohlstand und Gedeihen unlösbar mit dem Sklavenwesen verflochten war. Daher wiesen sie auch mit fanatischer Eifersucht jedes Eingreifen des Kongresses in die Sklavenpolitik ab. So oft an die zarte Frage gerührt wurde, erhob sich eine stürmische Opposition. Als im Jahr 1790 die Quäker von Pennsylvanien und New York, die aus christlicher Philanthropie den Menschenhandel bekämpften, den Kongreß in einer Adresse um Abschaffung der Sklaverei angingen, konnte man an den leidenschaftlichen Deklamationen und Drohungen der südstaatlichen Abgeordneten ersehen, welchen wunden Fleck man betastet hatte. Im hochfahrendsten Ton wurde der Versammlung das Noli me tangere entgegengeschleudert und jede Einmischung derselben als über ihre Befugnisse gehend zurückgewiesen. In dem Genter Frieden, der den englisch-amerikanischen Krieg im Jahr 1814 beendigte, versprach die Regierung in Washington mit England gemeinschaftlich das Aufhören des Sklavenhandels zu betreiben. Und nun suchte man wenigstens die fernere Einführung der afrikanischen Neger zu verhindern. Das war aber ein unwirksames Mittel: die Fortpflanzung im eignen Land lieferte hinlänglichen Nachwuchs; und wie konnte denn dem Schleichhandel genügend gesteuert werden, wenn die Bevölkerung selbst ihm allen Vorschub leistete? Auch die Gründung des Negerstaats Liberia an der Westküste von Afrika durch Abolitionistenvereine entsprach nur wenig dem Zweck, den die Gegner der Sklaverei im Auge hatten. Die entgegengesetzten volkswirtschaftlichen und merkantilen Interessen, die den Norden dem

System der Schutz- und Eingangszölle geneigt machten, während der Süden dem Freihandel zusteuerte, schärften die Konflikte und die Eifersucht. Als im Jahr 1829 unter der Präsidentschaft Jacksons ein hoher Zolltarif eingeführt ward, brachte Calhoun, einer der einflußreichsten Staatsmänner seiner Zeit, mehrere Staaten des Südens, insbesondere Südcarolina in solche Aufregung, daß schon damals eine Sezession in Aussicht stand. Calhoun, ein hitziger, leidenschaftlicher Mann von irischer Abkunft, bewirkte, daß Südcarolina nach dem Vorgang von Virginien und Kentucky vor dreißig Jahren sich für die „Nullifikationsakte" aussprach, somit den Zolltarif als eine Überschreitung der von den Einzelstaaten der Bundesregierung übertragenen Gewalt erklärte. Die Zurückweisung des Beschlusses in einer energischen Proklamation Jacksons (Dezember 1832) brachte die Gefahr eines Bürgerkriegs und einer Sezession nahe. Doch gelang es schließlich mittels eines Kompromißabkommens den klaffenden Spalt noch einmal zu überbrücken. Aber der Gegensatz zwischen Unionisten und Staatenrechtlern, der mit der Sklavenfrage aufs innigste zusammenhing, dauerte fort und gestaltete sich immer schärfer.

Man kann nicht behaupten, daß die Männer des Südens im Anfang ihren Einfluß und ihre vorwiegende Stellung in der Regierung und im Kongreß zu Parteizwecken, zum eignen Vorteil einseitig mißbraucht hätten. In ihren politischen Anschauungen wurden sie von höhern Ideen getragen, als die Feudalen und Aristokraten der europäischen Staaten. Sie ließen es geschehen, daß die fremden Waren mit bedeutenden Eingangszöllen belastet wurden, obwohl, da die Handelsschiffe meistens in den bequemer gelegenen Seehäfen des Nordens einliefen, der Gewinn hauptsächlich jenen Staaten zufloß, während sie selbst alle europäischen Waren, insonderheit die Luxusgegenstände und Kunstprodukte, deren sie in so reichem Maß bedürftig waren, um höhere Preise kaufen mußten. Sie legten den Ansiedelungen freier Einwanderer in den Territorien des Westens keine Schwierigkeiten in den Weg, obwohl sie fürchten mußten, daß diese Landschaften, sobald sie sich zu eignen Staaten formierten, auf die Seite ihrer Gegner treten würden. Aber in dem einen Punkt, in der Sklavenfrage, die freilich für sie eine Lebensfrage war, ließen sie sich auf keinerlei Zugeständnisse oder Unterhandlungen ein. Hier standen alle für einen; hier verteidigten sie die Grenzlinie mit fanatischer Heftigkeit, weil sie richtig erkannten, daß hier jedes Nachgeben eine Niederlage ihres Prinzips zur Folge haben würde. Sie waren klug genug, ihre Sklaven, deren Zahl sich auf vier Millionen belief, in einer Weise zu behandeln, daß nur selten Gelegenheit zu Klagen gegeben war. Zu ihrer Verteidigung wurde angeführt, daß die Gutsbesitzer des Südens über ihre Sklaven ein patriarchalisches Regiment übten. Würden diese einerseits als Sache betrachtet, die dem Kauf und Verkauf unterläge, so ständen ihnen doch anderseits auch wieder gewisse durch gemeinsame Übereinkunft der Herren festgesetzte Personenrechte zu, die sie gegen Mißhandlung und Tötung sicherstellten, die ihre Ehen und die Verhältnisse der Kinder zu den Eltern ordneten, die sie instandsetzten, sich durch Ersparnisse ein kleines Eigentum zu erwerben, die ihre Freilassung unter den Schutz der Gesetze nahmen. Aber alle diese Bestimmungen waren nur

Taktik der Sklavenhalter.

die Ergebnisse des eignen freien Willens der Herren, die je nach der Natur und dem Charakter des Besitzers eingehalten oder mißachtet wurden; die Schutzrechte der Sklaven waren nur ein erweitertes Haus- und Hofrecht, das dem Herrn gewisse Pflichten der Humanität und Pietät auflegte, ihn aber nicht in seinem vollen Eigentumsrecht beschränkte.

Die Bedeutung der Sklavenfrage.

Je mehr die Gutsbesitzer bemüht waren, die Gebote der Menschlichkeit und der christlichen Sitte in der Behandlung ihrer Sklaven walten zu lassen, teils aus natürlichem Rechts- und Billigkeitsgefühl, teils um den Gegnern keine Blöße zu Angriffen zu geben, desto eifersüchtiger hüteten sie das Eigentumsrecht, das unantastbare Prinzip ihres irdischen Lebensglücks. Es waren nur Sophismen, wenn sie ihren Gegnern vorhielten, daß auch in den Nordstaaten die Neger nicht auf gleicher Linie mit den Weißen ständen, sondern von der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen seien und als eine untergeordnete Menschenklasse betrachtet würden; es handelte sich nicht um die gesellschaftliche Besserstellung der schwarzen Bevölkerung, sondern um die Abschaffung eines unmoralischen und unchristlichen Instituts. Freilich waren es erhebliche praktische Gründe, wenn die Sklavenbesitzer geltend machten, daß man ihnen durch die Freigebung der Neger ein unersetzliches Kapital rauben würde, daß das Klima des Südens den weißen Mann zu ausdauernder Arbeit unfähig mache, daß der Schwarze, wie die Erfahrung unwiderleglich darthue, nur durch Zwang zur Arbeit zu bringen sei; ihre Argumentation hatte vieles für sich, wenn sie behaupteten: „solange man das Klima des Südens nicht erträglich für Weiße machen kann, und für die natürliche Faulheit des Schwarzen und für seinen Mangel an Selbstachtung, welcher Diebstahl dem Fleiß vorzieht, kein entgegenwirkendes Mittel entdeckt, muß die unfreie Arbeit die einzig mögliche und die billigste bleiben, welche für die Erzeugnisse des Südens verwendet werden kann. Die Arbeit des Südens ist hauptsächlich eine solche, die körperliche Stärke und Gleichförmigkeit ohne Urteilskraft voraussetzt; dazu ist der afrikanische Sklave allein geeignet." Aber vor der Macht sittlicher Ideen müssen Nützlichkeitslehren, müssen praktische Schwierigkeiten und Bedenken zurückstehen. Hohe ideale Güter können nur im heißen Kampf mit den Mächten der Erde errungen und durchgesetzt werden. Man führte lange nur Scheingefechte um die Außenwerke; endlich erfolgte der Angriff auf das Bollwerk selbst, auf die feste Burg, in welcher die Quelle des Reichtums, der goldene Zauberbrunnen, verschlossen war.

Die Opposition gegen die Sklaverei im Wachsen.

Immer zahlreicher wurde unter den „Republikanern" des Nordens die Partei, welche die Aufhebung der Sklaverei in ganz Amerika auf ihre Fahne schrieb und mit allen Mitteln, in der Presse, auf der Kanzel, in öffentlichen Reden, ihre Grundsätze zu verbreiten suchte. Ihr Stammsitz war Boston, die Metropole der Freiheit und Intelligenz. Ihre Zahl und moralische Macht steigerte sich mit jedem Jahr durch die Einwanderungen aus Europa. Denn wie verschiedenartig auch die der neuen Welt zuströmende Bevölkerung an Bildungsstand, Ansichten

und gesellschaftlicher Stellung sein mochte, Anhänger und Verfechter der Sklaverei mögen sich nur wenige unter ihnen befunden haben; solche Einrichtungen waren längst in Europa, namentlich in Deutschland, durch die öffentliche Meinung mit dem Fluch der Verdammung belegt worden; durch die Litteratur der Humanität, durch die geistige Macht der Philosophie, durch höhere religiöse Anschauungen war der Begriff von einer Gesamtmenschheit, von einem Menschengeschlecht, das alle Rassen umfaßt, als ein unumstößlicher Glaubenssatz in alle Klassen eingedrungen; die Humanitätsidee, womit die Gleichartigkeit des Menschengeschlechts in allen Lebensrechten aufs engste zusammenhängt, war der Grund- und Eckstein der modernen Gesamtbildung. Wer nur von einem Strahl des Lichts, das von den großen Geistern am Ende des vorigen und am Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts ausging, leise berührt war, dem mußte die Rechtfertigung der Sklaverei durch andre als Nützlichkeitsgründe als ein Mißbrauch der Vernunft, als ein Ausfluß sündhafter Überhebung, als das Zeichen des herzlosesten Egoismus erscheinen. An diesen Einwanderern hatte daher die Partei der Abolitionisten und Freibodenmänner ebenso eifrige Förderer ihrer Sache wie die Sklavenhalter Gegner; und da die westlichen Staaten hauptsächlich von den neuen freien Ansiedlern bevölkert wurden, so war dort bald der Hauptherd der Agitation und des Prinzipienkampfes. Es war daher eine richtige Politik der Männer des Südens, wenn sie durch ihre Schildknappen im Norden, die demokratischen „Knownothings“, welche das echte puritanische Yankeetum gegenüber den katholischen Irländern und den indifferenten Deutschen festzuhalten suchten, der Aufnahme der Fremden in das Bürgerrecht entgegenarbeiteten. Mit der vermehrten Einwanderung stieg auch der geistige Verkehr zwischen Europa und Nordamerika; die Zahl der Reisenden wuchs, viele junge Amerikaner besuchten deutsche Universitäten und brachten neue Kenntnisse und philosophische Anschauungen in die Heimat zurück. Diese und andre Ursachen stärkten in den vierziger und fünfziger Jahren die Opposition gegen das Sklavensystem, welche bald in allen Teilen des Nordens mit gleicher Macht hervorbrach; eine heftige Polemik, die sich in die Litteratur und in die Kirche Bahn brach, entfaltete ihre aufregende Wirksamkeit. Gewaltiges Aufsehen erregte im Jahr 1852 der Roman Onkel Toms Hütte von Harriet Beecher-Stowe in ganz Europa (XV, 1. 549). In Zeitungen, Flugschriften, Kanzelreden wurde die Sklaverei angegriffen und ihr Fortbestehen als Schandfleck der amerikanischen Verfassung dargestellt. Keine Schattenseite, keine Unwürdigkeit, keine Schmach, die dem Sklavensystem anklebte, blieb ungerügt. Man fand Beispiele in Menge, wo die Gesetze nicht hinreichten, die unfreien Arbeiter gegen die Brutalitäten gewinnsüchtiger und hartherziger Gebieter zu schützen; es kam zu Tage, daß, da durch den Kongreß wie durch die europäischen Seemächte die Einfuhr neuer Sklaven aus Afrika verboten und damit der Menschenhandel sehr erschwert war, in Amerika selbst „Züchtungsanstalten“ zur Vermehrung der Sklavenbevölkerung

bestanden, daß es nicht selten vorkam, daß Sklavenhalter mit Negerinnen Kinder zeugten und sie dann verkauften, also ihr eignes Fleisch und Blut auf den Markt brachten. Man warf den Sklavenhaltern mit Recht vor, daß sie Mitchristen, die doch wie sie selbst durch den göttlichen Weltheiland von den Banden der Knechtschaft erlöst worden seien, von jeder Lebensgemeinschaft, von jeder Fortbildung durch Belehrung fern hielten, daß bei Strafe verboten war, den Negern Unterricht zu erteilen, daß pharisäische Geistliche der englischen Kirche die Rechtmäßigkeit der Sklaverei aus der Bibel zu beweisen suchten, daß die Weißen des Südens selbst die Abkömmlinge aus Mischehen, bei denen nur ein dunkler Schatten um die Augen die Spuren von Negerblut verriet, bis in die entfernten Geschlechter vom Umgang ausschlossen.

Terrorismus der Sklavenhalter. Je heftiger aber die Angriffe wurden, je leidenschaftlicher sich der Kampf gestaltete, desto hartnäckiger beharrten die Männer des Südens auf dem, was sie ihr Recht und ihr Eigentum nannten. Sie setzten dem Drängen der Abolitionisten einen Terrorismus entgegen, der sich zu rohen Gewaltthätigkeiten verstieg.
1854. Seit durch die Kansas-Nebraska-Bill vom 24. Mai 1854 das Missouri-Kompromiß aufgehoben und der Grundsatz aufgestellt wurde, daß auch in den Territorien die Zulassung oder Ausschließung der Sklaverei von der Abstimmung der Bewohner ohne Rücksicht auf irgend eine geographische Scheidelinie abhängig sein sollte, waren Kansas und die angrenzenden Teile des Staates Missouri der Schauplatz heftiger Kämpfe und feindlicher Überfälle zwischen den Sklavenhaltern und den Freibodenmännern. Als die letztern siegten und sich zu dem Beschluß einigten, daß Kansas als Freistaat der Union beitreten sollte, setzten die Demokraten und die Männer des Südens alle Hebel in Bewegung, dieses Ergebnis zu vereiteln. Mit Hilfe von Vagabunden und verströmten Leuten, die sie scharenweise nach Kansas schickten, suchten sie eine neue Abstimmung zu erzielen. Nun füllte sich das Land mit blutigen Raufhändeln, wobei in dem neuen Hauptort Lawrence die öffentlichen Gebäude niederbrannten; und wenn auch die Sklavenpartei nicht den Sieg davontrug, so bewirkte sie doch, daß die Entscheidung hinausgezogen ward. Noch höher stieg ihr Übermut und ihre Verwegenheit, als es der vereinigten Thätigkeit der Sklavenhalter und der Demokratenpartei
1856. gelang, am 4. November 1856 die Wahl Buchanans zum Präsidenten durchzusetzen und im Kongreß die Oberhand zu behaupten. Der alte Hauptmann John Brown, der in den blutigen Auftritten von Kansas durch die Missourileute Hab und Gut und zwei Kinder verloren hatte, schwur den Zerstörern Rache. Er fiel zuerst mit einer Bande in Missouri ein und übte Vergeltung durch Brand und Verwüstung; dann reizte er zu Harpers Ferry in Virginien die Neger zum Aufstand gegen ihre Herren. Aber er wurde durch den Oberstleutnant Lee bald
2. Dez. 1859. überwältigt und büßte sein Unternehmen in Charlestown mit dem Strange, von den Zeitgenossen als zweiter Spartacus gefeiert. Zuletzt drang die Partei der Freibodenmänner dennoch durch, so daß Kansas vom Kongreß für einen freien

Staat erklärt ward. Aber schon bei dieser Gelegenheit erreichte die Parteiwut eine solche Höhe, daß zwei Abgeordnete von Südcarolina dem gegnerisch gesinnten Senator Sumner aus Massachusetts einige Stockschläge versetzten. Beide wurden als unwürdige Mitglieder aus dem Kongreß ausgestoßen, aber von ihren Landsleuten mit Ovationen empfangen und bei der Wiederwahl von neuem in das Repräsentantenhaus geschickt. 29. Jan. 1861.

b. Der Sezessionskrieg.

Präsident Lincoln und die Agitation in den Südstaaten.

In der Kansas-Nebraska-Bill feierte der Süden seinen letzten Triumph. Bei der neuen Präsidentenwahl strengten die Republikaner alle Kräfte an, um einen Mann ihrer Partei an die Spitze des Staats zu bringen. Ihre Bemühungen wurden mit Erfolg gekrönt: Abraham Lincoln, der Kandidat des Nordens, „ein Mann mit großem Herzen und klarem Kopf", erhielt die Mehrheit der Stimmen. 6. Nov. 1860. Unter seinen Staatssekretären übte W. H. Seward, ein zentralistischer Senator von klugem geschmeidigem Wesen, von dem einer seiner Amtsgenossen sagte, er suche durch einen Umweg auf den rechten Weg zu kommen, den größten Einfluß auf den Gang der Regierungspolitik. Mit der Erhebung Lincolns beginnt eine neue Periode in dem geschichtlichen Leben Nordamerikas. Unter den bisherigen Kämpfen hatte die Leidenschaft und Parteiwut eine Höhe erreicht, daß im Süden der Entschluß reifte, aus der Union auszutreten und einen Sonderkongreß in Richmond zu bilden. Nach der südstaatlichen Darstellung und Erklärung der Verfassungsurkunde war die Nordamerikanische Union ein freier Verein selbständiger Staaten, der zum Zweck hatte: die gemeinsame Verteidigung, die Sicherstellung der Rechte und die Beförderung der Wohlfahrt sowohl der einzelnen Staaten, als des ganzen Bundes. Da nun infolge des neuen Regiments dieser Zweck der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt für die Südstaaten nicht länger bestehe, so seien sie berechtigt, einen Sonderbund zu gründen. Niemand könne sie gesetzlich zwingen, ihre Abgeordneten bei einer Bundesregierung mitwirken zu lassen, deren ganzes Streben auf den Schaden und Ruin des Südens gerichtet sei. Die Republikaner verwarfen jedoch diese Auffassung, erklärten die Union für einen durch gesetzliche Vereinbarung und Verfassungsverträge fest geordneten Staatskörper, von dem kein Glied abgelöst werden dürfe, und verkündeten, daß sie jeden Versuch einer Trennung als Rebellion betrachten und aus allen Kräften bekämpfen würden. So trat zu der Sklavenfrage und zu der Verschiedenheit der Handelsinteressen eine tiefgreifende Spaltung in den staatsrechtlichen Prinzipien, indem die einen mehr das partikularistische und föderalistische Sonderleben, die andern mehr den republikanischen Einheitsstaat ins Auge faßten und auszubilden strebten. Eine leidenschaftliche Agitation, von dem Geheimbund der „Ritter vom goldenen Zirkel" mit allen demagogischen

Hebeln in Bewegung gesetzt, steigerte den politischen Fanatismus der Sezessionspartei.

Union und Konföderation. Die Südstaaten ließen sich nicht abschrecken. Schon am 20. Dezember 1860 sprach Südcarolina, wo die Sezessionswut ihren Feuerherd hatte, das verhängnisvolle Wort der Trennung. Bald folgten Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas, Virginien, Arkansas, Nordcarolina, Tennessee, nachdem die Senatoren und Abgeordneten dieser Staaten aus dem Kongreß ausgeschieden. 18. Febr. 1861. Am 18. Februar 1861 konstituierten sie sich als unabhängige **Konföderation** in Montgomery, gaben sich eine provisorische Verfassung, deren „Eckstein" die Sklaverei bildete, und wählten den frühern Kriegsminister **Jefferson Davis** aus Kentucky zu ihrem Präsidenten, einen energischen Staatsmann, der die Stellung und die Grundsätze des im Jahr 1850 verstorbenen Calhoun sich angeeignet hatte. Die Regierung in Washington zögerte noch, den entscheidenden Schritt zu thun. Auf den Antrag der Legislatur von Virginien fand noch einmal in der Bundeshauptstadt ein Friedenskongreß statt mit vermittelnden Kompromißvorschlägen. Erst als auch dieser Versuch gescheitert war und bald darauf **Beauregard**, der General des Südens, sich des von 14. April. einer Bundesbesatzung bewachten Fort Sumter bei Charleston nach längerer Belagerung mit Gewalt bemächtigte, nahm der Krieg seinen Anfang, ein Krieg, der in seinem Fortgang ganz den leidenschaftlichen Charakter bewahrt hat, der sich bei der furchtbaren Parteiwut und Feindseligkeit zum Voraus erraten ließ. Was der Norden an Macht und Stärke voraus hatte, ersetzte der Süden durch bessere Führung (denn die aus den Südstaaten gebürtigen Offiziere traten fast sämtlich in den Dienst der Konföderation), durch größere Kriegserfahrung, durch ritterliche militärische Gewohnheiten und durch den Terrorismus eines Verzweiflungskampfes, zu dem er sich von vornherein anschickte. Auch waren unter Buchanan und seinen gleichgesinnten Ministern die Waffenvorräte größtenteils nach den südlichen Arsenalen geschafft worden. Um den Kriegsheeren der Union, die bereits im ersten Jahr über eine halbe Million Streiter, meistens Freiwillige und Milizen, zählten, gewachsen zu sein, rief der Präsident der Südstaaten fast die gesamte männliche weiße Bevölkerung unter die Waffen und organisierte, um Abfall und Verrat zu verhüten und in den Grenzstaaten Virginien, Tennessee, Kentucky und Missouri dem sklavenhaltenden Teil der Einwohner das Übergewicht über die Gegenpartei zu verschaffen, ein System des Schreckens und der Gewaltthätigkeit. So trat die ganze amerikanische Nation, die bisher fast ausschließlich den Interessen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft sich hingegeben, in einen Bürgerkrieg ein, der an blutigen Auftritten, an Greueln und Verwüstung den wildesten Kämpfen der alten Welt nicht nachstand und in dem nur selten Züge von Ritterlichkeit das Einerlei des Mordens unterbrachen. Und nicht nur im Feld und zwischen den beiden großen Konföderationen wütete der Parteikrieg; selbst in den einzelnen Staaten und Städten gab es blutige

Auftritte und Kämpfe. So in Baltimore in Maryland, wo der energische und entschlossene General **Butler** aus Massachusetts, früher Advokat in Boston, mit großer Mühe die Autorität der Union aufrecht erhielt. An Opferwilligkeit und Todesmut stand kein Teil dem andern nach. Mai 1861.

Amerika und das europäische Ausland.

Da die gesamte Handelswelt, welche die Rohprodukte der Südstaaten, namentlich Baumwolle, schwer entbehrte, ein großes Interesse an der baldigen Herstellung des Friedens nahm, so bemühten sich beide kriegführenden Teile, die europäischen Seemächte auf ihre Seite zu ziehen, die Konföderierten des Südens, um durch ihren Beistand das Übergewicht zu erlangen, die Männer des Nordens, um jede Einmischung fern zu halten. Allein wie sehr auch die Union die Regierungen Englands und Frankreichs von der Richtigkeit ihrer Auffassung zu überzeugen und die Gegner als Rebellen darzustellen bemüht war, der Süden erfreute sich in London und Paris größerer Gunst, und wenn diese Gunst auch nicht soweit ging, daß sich die zwei Großstaaten öffentlich auf seine Seite stellten, so erkannten sie doch beide Teile als kriegführende Mächte an und gaben, indem sie sich vorerst als neutral erklärten, zu verstehen, daß es Brauch und Sitte geworden sei, „neugebildeten Regierungen die Anerkennung nicht vorzuenthalten, wenn die geeigneten Bedingungen zu einer derartigen Anerkennung vorhanden seien". Die europäischen Mächte grollten den Vereinsstaaten, daß sie der Seerechtsdeklaration des Pariser Friedens von 1856 nicht beigetreten waren, welche die Kaperei für abgeschafft erklärte, in Kriegsfällen die Handelsschiffe der Neutralen sicherstellte und eine Blockade nur dann als rechtsverbindlich gelten lassen wollte, wenn dieselbe „effektiv" sei, d. h. wenn die feindliche Küste von hinreichenden Streitkräften eingeschlossen wäre. In Washington war man sehr ungehalten über ein solches Benehmen; die angebotene Vermittelung wurde zurückgewiesen und bald trat ein Fall ein, wo die Anerkennung dieser Neutralität auf eine gefährliche Probe gestellt ward. Der Anfang des Landkriegs brachte den Unionstruppen keine Lorbeeren: als sie gegen Richmond vorrückten, erlitten sie bei **Bulls Run** durch die Konföderierten unter Beauregard eine Niederlage. Um 17. Juli. so eifriger suchte die Regierung von Washington die günstigere Lage des Nordens für den Seekrieg zu benutzen. Sie erklärte die ganze West- und Südküste in Blockadezustand, machte Jagd auf alle feindlichen Schiffe und verwehrte den europäischen den Zugang. Bis an die Küsten Englands und in das Mittelmeer verfolgten sich die Kreuzer der beiden kriegführenden Staaten. Nun geschah es, daß zwei südbündische Kommissare, Mason und Slidell, welche trotz der Blockade glücklich nach der Havana gelangten, von dort aus auf dem englischen Dampfschiff Trent sich nach Europa einschifften, um in London und Paris im Interesse ihrer Sache zu wirken. Aber in Washington hatte man von ihrer Absicht Kunde erhalten; eine Kriegsfregatte unter Kapitän Wilkes lauerte daher in dem alten Bahamakanal dem englischen Passagierschiff, das auch zugleich die Post führte, auf und zwang es durch Drohungen zum Halten. Ohne sich an die Protestation

des Befehlshabers gegen diesen „illegalen Akt mutwilligen Seeraubs" zu kehren, bemächtigten sich sofort amerikanische Bewaffnete der beiden Agenten und zweier Begleiter und führten sie als Gefangene nach New York.

Streit mit England. Die Kunde von diesem Gewaltstreich gegen Männer, welche den Schutz der britischen Flagge angerufen, brachte in England, wo man ohnedies gegen den Krieg wegen Stockung der Baumwollezufuhr höchst mißgestimmt war, eine gewaltige Aufregung hervor. Hatte sich die Regierung schon in frühern Jahren den Vorwurf zugezogen, daß sie den Übergriffen der Vereinsstaaten gegenüber aus Liebe zum Frieden die Ehre und das Recht der Nation nicht energisch genug behauptet habe, so durfte sie jetzt eine so offenbare und starke Beleidigung nicht ruhig hinnehmen. Sie verlangte daher mit voller Zustimmung der öffentlichen Meinung von der Union die Herausgabe der Gefangenen und rüstete für den Fall, daß diese Genugthuung verweigert würde, zum Krieg. Ganz Europa blickte mit Spannung auf den Ausgang dieses verhängnisschweren Streithandels, der geeignet schien, einen Weltkrieg zu erzeugen. Im Kongreß verlangten die Heißsporne, daß man das Geschehene gutheißen und den Krieg mit England aufnehmen solle. Aber die Regierung des Präsidenten Lincoln wollte den Bogen nicht allzu scharf spannen. Der geringe Fortgang der Unionswaffen gegen den wohlgerüsteten, kriegsgewandten Feind hatte bereits zu der Überzeugung geführt, daß die Unterwerfung der Südstaaten kein so leichtes Unternehmen sei, wie man anfangs geglaubt hatte. Sollte die Union jetzt dem Feind einen neuen Bundesgenossen zuführen und dadurch den Erfolg des Kampfes noch unsicherer machen? So drang denn in Washington die Meinung durch, daß man den von den übrigen Großmächten unterstützten Forderungen Englands nachgeben und dadurch
1861. den drohenden Sturm beschwören wolle. Am 30. November, noch ehe die englische Note in Washington eingereicht war, wies daher der Staatssekretär Seward jede Verantwortlichkeit für die Handlungsweise des Kapitäns Wilkes zurück, und am 26. Dezember erklärte die Unionsregierung, daß sie bereit sei, die Gefangenen herauszugeben. Damit war England zufriedengestellt.

Die ersten Kriegsereignisse. Mittlerweile wurde der Land- und Seekrieg mit der ganzen Heftigkeit und Zerstörungswut fortgeführt, die sich von dem leidenschaftlichen Charakter, welchen der Kampf gleich anfangs angenommen, erwarten ließ. Es liegt nicht in dem Plan dieses Werks, die Waffengänge und Feldzüge im einzelnen zu beschreiben, die gleichzeitig in verschiedenen Grenzstaaten, in Virginien vom Potomak bis zum Rappahannock, in Tennessee, in Missouri und anderwärts stattfanden. Die nächste Absicht der kriegführenden Teile war auf die Eroberung der beiderseitigen Hauptstädte gerichtet, daher das zwischen Washington und Richmond gelegene Gebiet nebst dem westlich davon sich hinziehenden reizenden Shenandoahthal zum Hauptschauplatz der Kämpfe und Kriegsoperationen ward. Die Südlichen vereinigten ihre Streitmacht zunächst im nördlichen Virginien und bildeten eine von Harpers Ferry bis Norfolk fortlaufende Linie mit der befestigten Stellung bei

Manassas-Junction; die Bundestruppen lagen um Washington. Wie hitzig auch allenthalben gestritten wurde, große Ergebnisse, die eine baldige Beendigung des Riesenkampfes in Aussicht gestellt hätten, traten nicht ein. Die Erfolge, die M'Clellan, ein geschickter Taktiker, mit der von ihm geschaffenen großen Potomakarmee in Westvirginien, General Lyon und der deutsche Oberst Sigel, einst Adjutant Mieroslawskis in dem badischen Aufstand, bei Rich Mountain und Carthage in Missouri über die Verbündeten des Südens davon trugen, wurden mehr als aufgewogen durch die Siege des erfahrnen Feldherrn Beauregard und des Generals „Stonewall" Jackson bei Bulls Run und Manassas. Juli 1861.
Selbst in Missouri wurden die Erfolge der Unionisten wieder abgeschwächt durch das Treffen bei Springfield, wo der tapfere General Lyon das Leben lassen 9. Aug.
mußte, und in Westvirginien brachte die Schlacht bei Leesburg (Balls Bluff) am 21. Okt.
Potomak dem Senator und Oberst Baker einen Soldatentod. Doch verhinderte das Treffen von Belmonte unweit Columbus, wo General Grant dem sklaven- 7. Nov.
haltenden Generalmajor und Bischof Polk gegenüberstand, das weitere Vordringen der Sezessionisten in Missouri. Das Jahr 1861 ging zu Ende, ohne daß es irgend eine Entscheidung gebracht hätte; die Schiffe im virginischen Hafen Portsmouth waren in Flammen aufgegangen; wo der Feind vorübergehend oder dauernd den Fuß hingesetzt hatte, gaben zerstörte Ortschaften und Höfe und verwüstete Felder die Spuren des schrecklichen Bürgerkriegs kund; auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten herrschte Jammer und Elend in unbeschreiblicher Schrecklichkeit; zahllose Leichen und Verstümmelte waren die Opfer des wütenden Bürgerkampfes geworden. Und nicht nur im Feld und auf der See rasten die Leidenschaften, der Haß suchte auch die bürgerliche Existenz des Gegners zu vernichten. Wenn Lincoln allen Handelsverkehr mit den rebellischen Südstaaten verbot und ihr Eigentum mit Beschlag belegte, so untersagte Davis alle Ausfuhr von Zucker und Reis auf dem Landweg, um der Union diese unentbehrlichen Lebensmittel zu entziehen.

Nur in der Kernfrage des ganzen Kriegs, in der Sklavensache, schritt Sklavenbefreiung.
Lincoln noch nicht zu entscheidenden Maßregeln, um nicht jede Brücke der Versöhnung und Ausgleichung abzubrechen. Die Kongreßakte vom 3. August, die allen im sonderbündischen Armee- und Flottendienst gefangenen Negern die Freiheit gewährte, war nur eine drohende Hindeutung auf weitergehende Beschlüsse, wenn die „Rebellion" fortdauerte. Denn als bald nachher General Frémont, Oberbefehlshaber der Westarmee, im Staat Missouri in einer Proklamation alles Eigentum der Bewohner, welche die Waffen gegen die Vereinigten Staaten ergriffen, mit Beschlag belegte und ihre Sklaven für freie Männer erklärte, versagte der Präsident der Verfügung die Gültigkeit und hob die Wirkung derselben auf. Erst im Lauf des Jahres 1862, als sich der Krieg 1862.
in den Grenzstaaten immer heftiger gestaltete und unter den Waffen die Parteiwut immer höher stieg, ging die Unionsregierung einige Schritte weiter. Im

März erklärte der Kongreß auf den Vorschlag des Präsidenten, daß die Union jeden Staat unterstütze, der die Sklaverei gegen Entschädigung abschaffen wolle, und gab in dem Regierungsgebiet Kolumbien, wo die Hauptstadt Washington liegt, der Anordnung praktische Folge; doch fand das Beispiel in Virginien, Tennessee und anderwärts wenig Nachahmung. Der Grundsatz, daß die Sklaverei durch einen Akt der Gesetzgebung aufgehoben werden könne, erschien den Konföderierten unannehmbar. Zu einer Waffenstreckung oder zu einem Kompromiß war der Stand des Kriegs noch nicht angethan. Im Juni wurde alsdann in den Territorien, die noch nicht zu selbständigen Staaten herangewachsen waren, die Sklaverei untersagt, und als alle diese einleitenden Schritte nicht zu
Sept. 1862. dem erstrebten Ziel führten, verkündete eine Proklamation des Präsidenten, daß in allen Staaten, die mit Beginn des neuen Jahres noch in der Rebellion verharren würden, die Sklaverei abgeschafft sein solle. Vielleicht werden die künftigen Negergeschlechter den 1. Januar 1863 als den Tag ihrer Wiedergeburt zu Freiheit und Menschenrechten feiern, aber auf die damalige Generation blieb die wichtige Verfügung ohne namhafte Wirkung; sie war zunächst nur eine Kriegsmaßregel des Präsidenten als obersten Feldherrn, die bloß für die kriegführenden Sklavenstaaten Gültigkeit hatte und wie die ausgesprochene Konfiskation und Küstenblockade nur insoweit Anwendung fand, als der Arm der Union reichte. Nirgends erfolgten Sklavenaufstände oder massenhafte Ausreißungen; wie die Südbündler und ihre Anhänger behaupteten, weil die Lage der Neger in der Sklaverei besser sei als in der Freiheit mit ihren notwendigen Begleitern, Elend und Armut, oder, wie die Gegner geltend machten, weil sie durch den Terrorismus ihrer Gebieter zu einer tierischen Stumpfheit herabgewürdigt worden, aus der sie nur durch freie Erziehung zu einem menschenwürdigen Zustand emporgehoben werden könnten.

1862. Fortgang des Kriegs. In der Kriegführung brachte auch das Jahr 1862 keine Entscheidung. Wenn in den ersten Monaten durch die großen Anstrengungen des Nordens die Unionstruppen an verschiedenen Orten Vorteile errangen, nach dem Sieg des Generals Thomas bei Mill Springs und den kriegerischen Erfolgen Grants bei Fort Donelson und in der Schlacht von Shiloh die Stadt Nashville und damit
April. die Staaten Kentucky und Tennessee sicherten, ja sogar am 28. April unter dem Flottenführer Farragut, einem tollkühnen Seehelden, und dem General Butler sich der Stadt New Orleans, der Handelsmetropole des Südens, bemächtigten und mit einem Geschwader den Mississippistrom bis nach Vicksburg beherrschten, so stellte sich im Sommer und Herbst das Gleichgewicht der Waffen wieder her. Vom Mai bis Juli maßen die Bundestruppen unter M'Clellan und die Konföderierten unter Beauregard und Lee ihre Kräfte in der Gegend von Richmond, der Hauptstadt Virginiens, und eine Reihe von Treffen tränkte den Boden von Yorktown und Williamsburg, vom Rappahannock bis zum Jamesfluß mit dem Blut zahlloser Krieger aus beiden Heerlagern, bis die

siebentägige mörderische Schlacht in der Umgebung und unter den Mauern von Richmond eine solche Erschöpfung herbeiführte, daß M'Clellan den Gedanken 26. Juni bis 3. Juli 1862.
einer Eroberung dieser Hauptstadt aufgab und die Bundestruppen wieder über den Potomak zurückführte. Der Kampf, der sich so drohend über Richmond zusammengezogen und die Bürgerschaft mit Furcht und Schrecken erfüllt hatte, nahm daher schließlich einen rühmlichen Ausgang für die Sezessionisten und steigerte ihren Mut und ihr Selbstvertrauen zu solcher Höhe, daß sie nun in die Nordstaaten einfielen, die Hauptstadt Washington bedrohten und bis Maryland streiften. Es war eine That des Übermuts und der Prahlerei; denn als M'Clellan herbeieilte, erlitten sie in der Schlacht von Antietam bald eine 16. Sept.
Niederlage, die sie zum Rückzug zwang; allein soviel leuchtete doch jedermann ein, daß die großen Opfer und Anstrengungen auch in diesem Jahr zu nichts weiter geführt hatten, als zu einer allgemeinen Schwächung und Selbstzerfleischung.

Auch zur See waren die Verluste auf beiden Seiten gleich beträchtlich. Panzerschiffe.
Die Unionsflotte verlor durch das Panzerschiff Merrimak zwei Fregatten, bis sie in dem Monitor einen würdigen Gegner aufstellte. Es brachte einen gewaltigen Eindruck unter allen seefahrenden Nationen hervor, als die beiden eisernen Kolosse auf der Rhede von Norfolk widereinander schlugen, mit so glei- 9. März.
cher Wucht und Stärke, daß keiner über den andern einen Vorteil erlangte, daß sie wie zwei geharnischte Ritter oder zwei mächtige Stiere zerstoßen und zerschlagen, aber ohne Todeswunden aus dem Zweikampf hervorgingen. Allenthalben machte sich die Überzeugung geltend, daß mit diesem Kampf eine neue Ära im Seekrieg begonnen habe, daß fortan das Schicksal der Seeschlachten durch Panzerschiffe entschieden werden würde. Einige Zeit nachher setzten die Südbündischen selbst den Merrimak in Flammen, damit er nicht in die Hände der Feinde fiele. Sie hatten ihn zu Fahrten auf dem Jamesfluß einrichten wollen, ihn aber dadurch zum Seekampf wider den Monitor untauglich gemacht.

Die Volksstimme im Norden sprach sich unzufrieden über die Kriegführung Kriegsleiden.
M'Clellans aus. Er wurde daher abberufen und General Burnside an seiner Stelle zum Oberfeldherrn ernannt. Dieser überschritt abermals den Rappahannock, vermochte aber nicht den Feind aus seiner festen Stellung zu verdrängen. Er verlor die mörderische Schlacht bei Fredericksburg und mußte 13. Dez.
über den Fluß zurückweichen. An seiner Stelle wurde Hooker zum Oberbefehlshaber der Potomakarmee ernannt. In einer zweiten Schlacht an demselben Ort büßte General Jackson, ein Bibelleser, bei welchem wie bei Cromwell Frömmig- 2.–6. Mai 1863.
keit und Kampflust Hand in Hand gingen, das Leben ein. Einige Zeit nachher drangen die Südbündischen unter General Lee in Pennsylvanien und Maryland vor, so daß Washington zum zweitenmal von der Gefahr eines feindlichen Angriffs bedroht war; aber nach der furchtbaren dreitägigen Schlacht bei Gettys- 1.–3. Juli.
burg gegen den Unionsgeneral Meade, den Nachfolger Hookers im Oberkommando, sah sich Lee zum Abzug genötigt. Doch blieb das blutgetränkte Land

im Westen Virginiens noch lange der Schauplatz eines unentschiedenen, von abwechselndem Waffenglück begleiteten Kriegs; noch bei den fernen Enkeln werden die Namen Richmond, Frederiksburg und Petersburg trübe Erinnerungen wecken, werden die Flüsse Rappahannock und Rapidan und das Thal Shenandoah Bilder der Wehmut in der Seele hervorrufen, denn diese Orte waren nicht nur das Grab vieler tapfern Streiter aller Nationen und Zungen, sie waren auch das Grab des Wohlstandes und des Glücks für lange Zeit, und zwar nicht minder für den Norden als für den Süden. Denn war auch die Union reicher an Hilfsmitteln und Bewohnern, so überstieg doch der Kriegsaufwand so sehr alles Maß, daß die Nationalschuld zu einer unermeßlichen Höhe anwuchs und die Anwerbungen zu freiwilligem Militärdienst den Menschenbedarf nicht mehr deckten. Der Kongreß mußte neben der Werbung noch die Konskription einführen, um die zur energischen Fortsetzung des Kriegs erforderliche Heeresmacht von wenigstens 300,000 Mann ins Feld stellen zu können. Dabei stockte Handel und Gewerbthätigkeit; die Steuerlasten mehrten sich; das Metallgeld verschwand aus dem täglichen Verkehr; die Staatspapiere, ohne andre Sicherheit als den Kredit der Regierung, sanken auf ein Drittel ihres Nennwertes; die Einwanderungen minderten sich und damit die aus dem Verkauf von Staatsländereien fließenden Einnahmen. Noch größer waren die Schwierigkeiten, mit denen der südliche Staatenbund zu kämpfen hatte. Durch die Blockade an der Ausfuhr der Baumwolle und der übrigen Rohstoffe gehindert, gerieten die Plantagenbesitzer bald in bittere Not. Die Finanzen waren zerrüttet; die Lebensbedürfnisse stiegen auf eine unerschwingliche Höhe; die ganze weiße männliche Bevölkerung mußte zu den Waffen gerufen werden; schon sprach man davon, sogar Neger in die Heere einzureihen.

Die Kriegsjahre 1863 und 1864. Die Absperrung der Südstaaten nahm noch zu, als nach vielen blutigen Kämpfen in dem Mississippithal die Konföderierten sich gezwungen sahen, die Stadt **Vicksburg** nach einem zwölfmonatlichen Belagerungskrieg an General
4. Juli 1863. **Grant**, den Oberfeldherrn der gesamten Westarmee, zu übergeben, und somit die Union den ganzen Lauf des Mississippi beherrschte und die Feinde auch noch gänzlich vom Westen trennte. Aber obwohl der Kreis, der den südlichen Sonderbund auf allen Seiten umschloß, sich enger und enger zusammenzog und die Hilfsquellen mehr und mehr zu versiechen begannen, dennoch wehrte er sich mit Löwenkraft gegen den überlegenen Feind. Die Südstaatlichen drangen aufs neue in dem Mississippithal vorwärts, widerstanden mit Ehren bei Chattanooga den Bundestruppen unter General Bruell und trugen in der mörderischen Schlacht
29. 30. Sept. bei **Chicamanga** über Rosencranz den Sieg davon. Erst als Grant den Oberbefehl über die drei Armeen des Ohio (Burnside), des Cumberland (Thomas) und des Tennessee (Sherman) in seiner Hand vereinigte, erlangten die Unionisten im Westen die Oberhand. Auch in andern Gegenden hielten sich die streitenden Heere das Gleichgewicht. Mehrere Monate belagerten die Truppen der Union

die von Beauregard verteidigte feste Stadt Charleston in Südcarolina zu Wasser und zu Land, ohne dieselbe einnehmen zu können. So ging auch das Jahr 1863 ohne Aussicht auf Frieden zu Ende. Am 17. Dezember verwarf der Kongreß den Antrag eines demokratischen Abgeordneten, den Präsidenten zu ersuchen, daß er mit den Behörden von Richmond über Beendigung des blutigen, verheerenden und unmenschlichen Kriegs in Unterhandlungen trete, und setzte die Erklärung durch, daß der Kongreß die energischste und rücksichtsloseste Fortsetzung des Kriegs bis zur unbedingten Wiederherstellung der Bundesautorität über das gesamte Nationalgebiet begehre; daß er jeden Waffenstillstands-, Friedens- oder Vermittelungsvorschlag, solange noch ein Rebell in Waffen gegen den Bund stehe, verwerfe und daß er, alle frühern Parteibezeichnungen außer Acht lassend, während des Kriegs nur zwei Parteien anerkenne: Patrioten und Verräter. Durch solche Entschiedenheit glaubte die Unionsregierung die in Europa mehr und mehr hervortretende Ansicht, daß es schließlich doch zu einer Trennung und vertragsmäßigen Ausscheidung der Vereinsstaaten in zwei Bundesrepubliken kommen werde, niederschlagen und alle Vermittelungsversuche, zu denen besonders Kaiser Napoleon während des mexikanischen Kriegs seine Dienste anbot, rundweg abschneiden zu müssen. Auch das folgende Jahr änderte in dieser Lage der Dinge wenig. Die furchtbaren Schlachten, welche Grant, zum Oberbefehlshaber aller im Feld stehenden Truppen ernannt, mit der Potomak- Mai, Juni 1864.
armee bei Wilderneß (Chancellorsville), Spottsylvania, Cold-Harbor gegen den Sonderbundsfeldherrn Lee ausfocht, vermehrten nur die Not und die Leiden der Zeit, brachten aber keine Entscheidung. Doch wurden durch Shermans genialen Zug vom Herzen Georgiens auf Savannah und durch die Eroberung dieser 12. Nov. bis 14. Dez.
Seestadt dem Süden „die Flechsen durchhauen“.

Je mehr die Zeit der neuen Präsidentenwahl heranrückte, desto mehr wurde Unterwerfung des Südens.
die Aufmerksamkeit vom Krieg abgelenkt. Die Partei des Friedens und der Ausgleichung wendete ihre Blicke auf M'Clellan; um so energischer betrieben die Republikaner und Abolitionisten die Wiederwahl Lincolns. Sie trugen einen entscheidenden Sieg davon. Am 8. November 1864 wurde Abraham 8. Nov.
Lincoln zum zweitenmal an die Spitze der Unionsregierung in Washington erhoben und damit die Losung zur Fortführung des Kriegs gegeben, bis die Einheit der Union hergestellt und der Grundsatz zur Anerkennung gekommen sein würde, daß das Prinzip der Freiheit und der Menschenrechte ein allgemeingültiges sei; daß fortan in den Vereinsstaaten Amerikas auch die Negerrasse als vollberechtigtes Glied der nach dem Ebenbild Gottes geschaffenen Menschheit gelten solle. Dieser Grundsatz erhielt seinen gesetzlichen Ausdruck durch die Abstimmung des Repräsentantenhauses in Washington vom 31. Januar, als die allgemeine 1865.
Abschaffung der Sklaverei mit einer Mehrheit von über zwei Dritteilen der Versammlung beschlossen und in die Verfassung aufgenommen ward. Um dieselbe Zeit ging auch die Konferenz, welche der Präsident mit den Vertretern der

Südstaaten abgehalten, fruchtlos auseinander, weil sich der Norden nicht zur Anerkennung der Konföderation verstehen wollte, und Jefferson Davis verkündigte aufs neue die Fortführung des Kriegs. Die Wut hatte noch nicht ausgetobt; aber die Kräfte des Südbundes waren erschöpft und seine Führer lebten in Zwietracht und Hader. Selbst das äußerste Mittel, zu dem man in der Ver-
März 1865. zweiflung griff, die Aushebung der Sklaven zum Militärdienst, war nicht mehr vermögend, den entscheidenden Schlag abzuwenden. Nach einem Kriegsrat des Präsidenten Lincoln mit den Feldherren der Nordarmee im Hauptquartier wurde ein gemeinschaftlicher Angriff Grants und Sheridans auf die Doppelfestung Richmond-Petersburg unternommen, welche der tapfere und begabte General Lee deckte. Sherman zog nun von Columbia aus über Fayetteville nordwärts und
1. April. vereinigte sich nach der siegreichen Schlacht bei Five-Points an der White-Oak-Straße gegen den südstaatlichen General Johnston mit der Potomakarmee, worauf die Einschließung von Richmond erfolgte. Die Stadt mußte nach den
3. April. größten Anstrengungen geräumt werden; nach einer von Brand und Mord begleiteten Schreckensszene hielt der Nordgeneral Weitzel seinen Einzug in das Bollwerk der Feinde und befreite die Gefangenen auf Belle-Isle im James-Kanal. Am nächsten Tag nahm Präsident Lincoln Besitz vom Kapitol in Richmond, und kurz nachher schloß Lee mit Grant eine Kapitulation, infolge deren die virginische Armee aus dem Feld verschwand. Am 14. April wehte wieder das Sternenbanner auf Fort Sumter, von dem es vor vier Jahren herabgestürzt worden war. Einige Wochen nachher ergab sich auch General Johnston mit der Südarmee der Konföderierten dem Unionsfeldherrn Sherman, und als im näch-
26. Mai. sten Monat noch die letzte Heerabteilung die Waffen streckte, konnte der Süden als besiegt, der Bürgerkrieg als beendigt angesehen werden.

Ermordung des Präsidenten Lincoln. Allein die letzten Zuckungen sollten noch von einer blutigen Greuelthat begleitet sein; der Urheber der Sklavenbefreiung sollte den siegreichen Ausgang seines Werkes nicht erleben. Am Karfreitag wurde der Präsident Abraham Lincoln, ein redlicher und wohlwollender Mann, der sich durch eigne Kraft und Regsamkeit aus der Mitte des Volks zu dem erhabenen Herrscheramt emporgeschwungen, in der Theaterloge, wo er im Kreis seiner Familie dem Schauspiel
4. April. zusah, von Wilkes Booth durch einen Pistolenschuß getötet. Mit dem theatralischen Ausruf sic semper tyrannis! verschwand der Mörder von der Bühne; er wurde jedoch eingefangen und büßte sein Verbrechen mit dem Leben. Aber der innere Zusammenhang der schwarzen That wies auf Mitschuldige in den höchsten Kreisen. Der Süden ist gerächt! hörte man den Meuchelmörder ausrufen. Ein gleichzeitiges Attentat eines andern Verschwornen auf den kranken Staatssekretär Seward in seinem Haus wurde glücklicherweise vereitelt. Wenn die Urheber der Frevelthat gehofft hatten, das schreckliche Ereignis würde die Union in Verwirrung stürzen, so irrten sie sich. Nach den Bestimmungen der Verfassung trat der Vizepräsident Andrew Johnson, ein Mann von geringer

Bildung, der sich vom Schneider zu hohen Ämtern emporgeschwungen, an die Stelle des Ermordeten und führte das Begonnene weiter. Nachdem Jefferson Davis, als er sich eben anschickte, mit den zusammengerafften Schätzen nach Europa zu entfliehen, in Gefangenschaft geführt und in Banden gelegt worden, konnte der neue Präsident die Beendigung des Kriegs verkündigen, eines Riesenkampfes, wie die Welt lange keinen gesehen.

c. Die Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkrieg.

Nun begann das schwierige Werk der Neugestaltung der Union auf dem Grundsatz der Freiheit und Gleichberechtigung aller, wobei die Amerikaner ebensoviel Mäßigung und Humanität, als Umsicht und Vaterlandsliebe an den Tag legten. Trotz der entsetzlichen Parteiwut und Erbitterung, womit der Krieg geführt worden, wurde der Sieg durch keine Rachethat befleckt. Die empörende Mißhandlung und Ermordung der nordischen Kriegsgefangenen durch den Unmenschen Wirz in Andersonville wurde nur an dem Hauptschuldigen geahndet, den ein kriegsgerichtlicher Spruch zum Strang verurteilte. Die gewaltigen Armeen wurden ohne Störung aufgelöst, die verabschiedeten Mannschaften kehrten zu ihren friedlichen Geschäften zurück, die Zahl der Kriegsschiffe wurde durch Verkauf gemindert, und bei der Opferwilligkeit des amerikanischen Volks, das sich den schwersten Steuerlasten bereitwillig unterzog, konnte bald ein großer Teil der ungeheuern Kriegsschuld abgetragen werden. Allein die Aufregung des Kriegs und der Parteikämpfe wirkte noch lange nach. Zwischen dem republikanischen Kongreß und dem in südstaatlichen Anschauungen sich bewegenden Präsidenten Johnson herrschten ernste Meinungsverschiedenheiten. Im Kongreß hatten die Extremen das Übergewicht. Den Negern wurde das volle Stimmrecht gegeben, während dasselbe allen Teilnehmern an der „Rebellion" versagt wurde. Den Südstaaten wurden provisorische Regierungen aufgedrängt; die Macht des „schwarzen Stimmviehs" gab sich oft in ärgerniserregender Weise kund; Ausbeutungen erzeugten neue Mißstimmung; die geheimen Gesellschaften der „Kuklux" trieben noch lange Jahre in den Südstaaten ihr unheimliches Wesen gegen die Negerbefreiung und die Autorität der Union und forderten wiederholt strenge Maßregeln der Bundesgesetzgebung heraus. Nach den Ansichten Johnsons war das Vorgehen gegen die Südstaaten zu schroff. Gereizte Reden des Präsidenten auf einer Rundreise steigerten die bestehende Mißstimmung zwischen ihm und dem Kongreß, und über die Besetzung der Ämter kam es dann zu einem scharfen Gegensatz. Der Kongreß bestritt dem Präsidenten das Recht, Beamte ohne Zustimmung des Senats zu entlassen. Trotzdem entließ Johnson den ihm feindlich gesinnten Kriegssekretär Stanton und ernannte Grant an dessen Stelle. Der Kongreß setzte darauf den Präsidenten förmlich in Anklagestand. Im Senat aber konnte die erforderliche Zweidrittelmehrheit zum Schuldigsprechen nicht

Neugestaltung der Union. Die Präsidenten Johnson und Grant.

Mai 1868.

erlangt werden. Gleichwohl war Johnson seitdem ein politisch toter Mann. Mit der Erteilung des Stimmrechts an die Neger wurde der Grundsatz der bürgerlichen Gleichberechtigung aller Amerikaner zur Gültigkeit erhoben. Als Johnsons Amtszeit vorüber war, wurde der Kandidat der republikanischen Partei, General Ulysses Grant, der sich während des Kriegs durch Tapferkeit und Fähigkeit ausgezeichnet hatte, unter wesentlicher Beihilfe der Neger, welche zum
3. Nov. 1868. erstenmal das Stimmrecht ausüben durften, zum Präsidenten gewählt und die „Rekonstruktion" der Bundesrepublik vollendet. Und wenn auch die vierjährige Präsidentschaft des verdienten, aber in politischen und wirtschaftlichen Dingen wenig erfahrenen Generals manche Fehlgriffe und Gebrechen aufzuweisen hatte, wenn man ihm auch die Mitschuld an der stets wachsenden Korruption des Beamtentums und einem ärgerniserregenden Nepotismus beimaß, so blieb ihm doch die Volksgunst so getreu, daß er nach Ablauf der gesetzlichen Zeit abermals
1872. zu dem hohen Amt gewählt ward.

Rückwirkung auf Europa. Alabamafrage.

Auch in Europa machten sich die Wirkungen der Kriegsbeendigung bald fühlbar in dem Wiederaufleben des Handels und Verkehrswesens; und die glückliche Vollendung der unterseeischen Telegraphenverbindung mittels des Kabels über das Atlantische Weltmeer wurde von den Völkern beider Halbkugeln als ein neues Friedensband freudig begrüßt. Minder angenehm wurden die Regierungen Englands und Frankreichs von der Botschaft berührt, daß der Süden bezwungen sei und die Union wieder in alter Kraft aufblühe. Sie hatten sich durch ihre Begünstigung der Baumwollepflanzer und Sklavenzüchter des Südens in Washington wenig Dank verdient; und das Auftreten der Kongreßregierung gab bald Zeugnis, daß man die zweideutige Haltung der beiden Großmächte nicht vergessen hatte. Wir haben gesehen, wie die Union sich sofort in die mexikanischen Angelegenheiten einmischte und die Monroe-Doktrin in Erinnerung brachte; und in England forderte der amerikanische Gesandte Schadenersatz für die Verluste, welche die Unionsstaaten durch die in England gebauten oder aus englischen Seehäfen ausgelaufenen Kaperschiffe der Konföderierten, besonders die „Alabama" erlitten hatten. Mehrere Jahre lang wurde diesseits und jenseits des Weltmeers in Konferenzen und Denkschriften die Alabamafrage und das damit zusammenhängende völkerrechtliche Prinzip zum Gegenstand eingehender Untersuchungen und Verhandlungen gemacht; da man sich nicht einigen konnte, so stieg die Verstimmung und Erbitterung zu solcher Höhe, daß ein Krieg zwischen beiden Seestaaten zu befürchten stand; in Amerika vergalt man die Nachsicht der englischen Regierung gegen die Konföderation mit einer gleichen Duldsamkeit gegen die Umtriebe der Fenier, welche Irland zu einer unabhängigen Republik zu erheben suchten. Endlich kamen die Regierungen beider Staaten überein, nachdem eine in Washington geschlossene Ausgleichung nicht zum Vollzug gebracht werden konnte, einem gemeinsam zu bestellenden Schiedsgericht, welches in Genf seine Verhandlungen führen sollte, die Entscheidung über die Höhe der

Entschädigungssumme wie über die in Zukunft zu befolgenden Grundsätze des internationalen Rechts anheimzugeben. Mit dem Spruch dieses Schiedsgerichts, Sept. 1872. der die britische Regierung wegen Verletzung der Neutralität zu einer bedeutenden Schadenersatzsumme verurteilte und von England und Amerika anerkannt ward, verschwand endlich der lange Streit vom politischen Horizont. Auch ein andrer langwieriger Streit mit England, der um den Besitz der San Juan-Inseln, wurde durch Schiedsspruch, und zwar des deutschen Kaisers, zu Ungunsten der Okt. britischen Ansprüche erledigt. Andauernd war die Union bemüht, ihre Besitzungen abzurunden und durch Eisenbahnen zu verbinden. So erwarb sie von Rußland 30. März 1867. das Territorium Alaska, von Dänemark die Inseln St. Thomas und St. Jean durch Kaufverträge und verband die fernen Westländer durch die Pacific-Eisenbahn mit dem östlichen Hauptland, ein Unternehmen, das die Indianerstämme Mai 1869. aufschreckte und unter die Waffen trieb, aber mächtig zur wirtschaftlichen Entwickelung des großen Staats beitrug und bald noch mehrere Wiederholungen fand.

Als die zweite Präsidentschaft Grants, welche durch die Weltausstellung Präsidentschaften von Hayes, Garfield, Arthur. in Philadelphia und die hundertjährige Jubelfeier der Gründung der Republik ausgezeichnet war, zu Ende ging, entbrannte zwischen den beiden großen Parteien der „Republikaner" und „Demokraten" ein erbitterter Kampf um die Präsidentenwürde. Doch siegten auch jetzt wieder, wenn auch mit knappster Mehrheit und Nov. 1876. durch eine sehr anfechtbare, von den Gegnern als Betrug bezeichnete Berechnung, die Republikaner und ihr Kandidat, Hayes, bestieg den Präsidentenstuhl; der Kandidat der Demokraten war Tilden, der sich durch die energische Bekämpfung der zur Ausbeutung des Staats gebildeten „Ringe" (Tammany-Gesellschaft unter der Leitung des berüchtigten Tweed u. a.) beim Volk beliebt gemacht hatte. Unter dem neuen Präsidenten leitete der durch seine Teilnahme an der Revolution von 1848 und 1849 bekannte Karl Schurz das Ministerium des Innern. Reform des Beamtentums, Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung, Schutzzölle waren das Programm der neuen Regierung. Auch bei der folgenden Präsidentenwahl siegte der republikanische Kandidat James Garfield. Allein Nov. 1880. er sollte sein hohes Amt nicht lange ausüben. Er wurde von einem wahnwitzigen Menschen, Namens Guiteau, der mit der Bewerbung um einen Konsulatsposten abgewiesen worden, aus Rache mit Revolverschüssen tödlich verletzt und starb 2. Juli 1881. † 19. Sept. nach monatelangem Todeskampf. Der Mörder wurde nach einem ärgniserregenden Gerichtsverfahren mit dem Strang hingerichtet. Der bisherige Vizepräsident Arthur, ein Haupt der republikanischen Extremen (Stalwarts), übernahm alsdann den Bestimmungen der Verfassung gemäß das Präsidium.

Die wachsende Zerklüftung innerhalb der republikanischen Partei, die Kor- Sieg der Demokraten. Präsident Cleveland. ruption in der Verwaltung, die Ämterjagd, der Unfug mit Pensionen, die Unfähigkeit, eine Reform des Beamtentums durchzuführen, zahlreiche unter dem herrschenden Regiment groß gewordene Mißbräuche und Unterschleife hatten der gegnerischen Partei der Demokraten, die bereits im Kongreß das Übergewicht

besaß, mehr und mehr Vorschub geleistet. Bei der neuen Präsidentenwahl wirkten selbst die „unabhängigen Republikaner" unter Karl Schurz gegen den republikanischen Kandidaten Blaine, einen Mann von großen Fähigkeiten, aber zweifelhafter Rechtlichkeit, der unter Garfield Staatssekretär gewesen, und es wurde zum erstenmal seit vierundzwanzig Jahren wieder ein Mitglied der Demokratenpartei, der Gouverneur von New York, Grover Cleveland, auf den Präsidentenstuhl
März 1885. erhoben. Das neue Staatshaupt trat das Amt mit einem umfassenden Reformprogramm an. Und es gab in der Staatsverwaltung, auf wirtschaftlichem Gebiet, in den sozialen Verhältnissen der großen Republik Übelstände genug, welche das Eingreifen einer energischen Hand notwendig machten. In der unbegrenzten Freiheit der Republik hatte sich auch die anarchistisch-revolutionäre Bewegung in der Arbeiterwelt in besonders häßlicher Gestalt entwickelt. Notstände, Arbeitslosigkeit, Übermacht der Kapitalherrschaft, die Agitation der aus Europa vertriebenen Anarchisten, namentlich des Deutschen Most in seinem mordgierigen Blatt „Freiheit", setzten die Arbeiterwelt Amerikas in eine Bewegung, deren
Mai 1886. schreckliche Gefahr in dem blutigen Straßenkampf mit der Polizei in Chicago und bei andern Gelegenheiten hervortrat. Maßregeln gegen die lästige Konkurrenz der massenhaft einwandernden Chinesen, denen eine außerordentliche Bedürfnislosigkeit in dem Wettbewerb mit weißen Arbeitern zu gute kommt, strenge Handhabung der Armengesetze, Erschwerungen des Zuzugs mittelloser Einwanderer, vermochten die Erwerbslosigkeit und den Überschuß an Arbeitskräften doch nicht zu beseitigen.

6. Nov. 1888. Präsidentschaft Harrisons. Nach Ablauf der Amtszeit Clevelands wurde der Advokat und General Benjamin Harrison zum Präsidenten gewählt, und es kam damit die republikanische Partei wieder in den Besitz der höchsten Staatsgewalt. Die mächtigen materiellen Interessen, die sich durch die längere Verwaltung Clevelands bedroht glaubten, die Aufrechterhaltung der Schutzzölle, der Monopole, der Eisenbahngesellschaften, die Besorgnis von einer einschneidenden Reform des Zivildienstes, welche die zahlreichen Kostgänger des Staats knapper halten würde, die ungeschickte Einmischung des englischen Gesandten Lord Sackville in den Wahlkampf, das alles vereinigte sich, um zum Sturz der demokratischen Partei beizutragen.
März 1889. In der Botschaft, mit welcher Präsident Harrison sein Amt antrat, wurde ein unumwundenes Bekenntnis zum Schutzzollsystem, eine strengere Überwachung der Einwanderung verkündigt, und nach außen trat ein scharfes amerikanisches Selbstgefühl gegen europäische Einmischungen, eine rücksichtslose Ausdehnung der „Monroe-Doktrin", wie z. B. gegenüber dem Unternehmen des Panamakanals, in die Erscheinung. Der unruhige, ehrgeizige und ränkevolle Blaine, ein Mann von irischer Abkunft und ultramontaner Gesinnung, wurde Minister des Auswärtigen. Unter der neuen Präsidentschaft brach eine der furchtbarsten Katastrophen über die gesegneten Landschaften West-Pennsylvaniens herein. Durch
Ende Mai 1889. Überschwemmung und den Bruch eines Dammes im Conemaugh-See wurden

entsetzliche Wassermassen entfesselt und verheerten das ganze gleichnamige Thal mit zahlreichen blühenden Städten und Ansiedlungen, namentlich Johnstown, auf das fürchterlichste, viele Tausende von Menschenleben vernichtend.

V. Die Begebenheiten der Jahre 1865 bis 1870.

1. Preußen und Österreich bis zum Vertrag von Gastein.

Abzug der Bundestruppen aus Holstein und Lauenburg.

Durch die Losreißung der Herzogtümer Schleswig und Holstein-Lauenburg von Dänemark war nur die Hälfte des Werks vollbracht. Hatte schon während des Kriegs die Presse mehrfach die Vermutung ausgesprochen, daß das Ministerium Bismarck die für Preußens politische Weltstellung und insbesondere für die Entwickelung seiner Marine so günstig gelegenen Besitzungen an sich zu bringen und die Entstehung eines unabhängigen Mittelstaats zwischen Ost- und Nordsee zu verhindern beabsichtige, so wurde man durch die nachfolgenden Schritte in dieser Meinung mehr und mehr bestärkt. Mit Österreich, das unter der Leitung des Grafen Rechberg bisher so willig auf die preußische Politik in bezug auf Schleswig-Holstein eingegangen war, hoffte Bismarck sich zu verständigen und auseinander zu setzen; bei der entfernten Lage hatten diese Territorien für den südlichen Mitbesitzer überhaupt geringern Wert; und was die Herzogtümer selbst betrifft, so war bei der starken Schuldenlast, die auf sie gewälzt worden, die Errichtung eines selbständigen schleswig-holsteinischen Staats mit großen Schwierigkeiten verknüpft, und es mochte scheinen, daß die durch den langen Druck ohnedies so sehr geschwächten Lande zu ihrer gesicherten Existenz des Schutzes eines starken Bundesgenossen oder Protektors nicht entbehren könnten. Hatten die beiden Großmächte schon in ihrem eigenmächtigen Vorgehen ihre Geringschätzung gegen den deutschen Bundestag kund gegeben, so sollte derselbe jetzt ganz und gar beiseite geschoben werden, damit der Augustenburger Partei jede Stütze, jeder feste Anhalt entzogen würde. Demgemäß erklärte das Berliner Kabinett, da durch die Abtretung der Herzogtümer im Wiener Frieden die fernere Besetzung des Landes durch Bundesmilitär gegenstandlos geworden sei, so sollten die Exekutionstruppen abziehen. Da dieser Aufforderung nicht sogleich (Nov. 1864.) Folge geleistet wurde, so besetzten die Preußen die Etappenstraßen durch Holstein und zogen um Altona, den Sitz der Bundeskommissare, eine ansehnliche Streitmacht zusammen. Darauf wurde an die Regierungen von Hannover und Sachsen das Verlangen gestellt, ihre Truppen und Kommissare abzuberufen, ohne auf die Entscheidung des Bundestags zu warten. In Hannover zeigte man sich bereit; dagegen erklärte Sachsen, es werde nur einem Bundesbeschluß Folge geben, und traf, um etwaige Gewalt mit Gewalt abzutreiben, kriegerische Vorkehrungen. Nun legte sich Österreich ins Mittel, um in Frankfurt wenigstens eine anständige Form zum Nachgeben zu schaffen. Die beiden Großmächte selbst stellten den Antrag, das Exekutionsverfahren für beendigt zu erklären, und (5. Dez.)

erwirkten die Abberufung der Truppen und Kommissare des Bundes aus Holstein und Lauenburg. Das sächsische Militär zog nun auf einem Umweg nach Hause; die Herzogtümer blieben bloß von preußischen und österreichischen Truppen besetzt, und anstatt der hannöverisch-sächsischen Bundeskommissare übernahmen die deutschen Großmächte die oberste Verwaltung. Doch galt Preußen bald als die gebietende Macht, besonders seitdem das Post- und Telegraphenwesen in Holstein aus dem Geschäftskreis der Landesregierung ausgeschieden und unter
11. Dez. 1864. preußische Leitung gestellt ward. In Schleswig wurde unter dem Freiherrn von Zedlitz eine neue Landesregierung eingesetzt und nach Lauenburg ein preußisches Garderegiment gelegt.

Preußen und Österreich. Der deutsche Bundestag war von der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, die so oft vor seinem Forum verhandelt worden, so oft die Gemüter aufgeregt hatte, so gut wie ausgeschlossen. Am Ende des Jahres war das in Olmütz geschaffene Verhältnis zwischen den beiden deutschen Großmächten bereits umgekehrt: Preußen hatte die erste Stelle erobert. Mit Verdruß bemerkte man in Wien diese Wandlung und suchte wieder mehr in die Schwarzenbergschen Wege einzulenken, indem man den Grafen Rechberg, der für alle seine Hingebung nicht einmal bei der Erneuerung des Zollvereins einige Zugeständnisse zu gunsten des Kaiserstaats zu erlangen vermochte (XV, 2. 99), von dem Ministerium des Auswärtigen entfernte und durch den Grafen von Mensdorff-Pouilly ersetzte. „Ein Ehrenmann in der vollsten Bedeutung des Wortes," sagt von ihm der sächsische Minister v. Friesen in seinen Lebenserinnerungen; „ein durch und durch makelloser Charakter mit den feinsten und liebenswürdigsten Formen, besaß er auch nicht im geringsten Grade die staatsmännische Bildung und Sachkenntnis, ebensowenig den selbständigen Charakter und die Willenskraft, die unbedingt notwendig gewesen wären, um in jener Zeit einen solchen Posten ausfüllen zu können." Aber die Fäden des gemeinsamen Handelns waren schon zu fest geschlungen, als daß sie so schnell durch einen Ministerwechsel wieder gelöst werden konnten; mit überlegenem Geschick wußte der preußische Ministerpräsident auch jetzt noch den alten Rivalen bei der bisherigen Politik festzuhalten. Ohne sich über seine Absichten näher auszusprechen, lehnte das Berliner Kabinett den Vorschlag Österreichs, die durch den Wiener Frieden erworbenen Souveränitätsrechte vorläufig an den Prinzen Friedrich von Augustenburg zu übertragen, ab, indem es als Vorbedingung feststellte, zur Sicherung seiner staatlichen Interessen und der allgemeinen Interessen Deutschlands müsse Preußen verlangen, daß die Militärorganisation der Herzogtümer zu der seinigen in ein festes Verhältnis gesetzt, die Seestreitkräfte derselben für die preußische Marine nutzbar gemacht und das Handels- und Schiffahrtswesen des Königreichs gegen künstliche Hemmungen geschützt würden. Wie laut auch die Oppositionspresse sich gegen die „Gewaltpolitik" des Ministers aussprach, im Gefühl seiner Macht und im Bewußtsein einer hohen politischen Mission verachtete Herr von Bismarck ihre Stimme und verzichtete auf

den Ruhm der „moralischen Eroberungen“ im übrigen Deutschland. Mit dem neuen Jahr erfolgte die Verkündigung des zwischen den beiden Mitbesitzern vereinbarten 12. Jan. 1865. Provisoriums mit einer gemeinsamen schleswig-holsteinschen Landesregierung.

Von der Zeit an beschäftigte man sich in Berlin mehr und mehr mit der Das Ministerium Bismarck Frage, wie die Konstituierung der Herzogtümer mit den Interessen des König- und Friedrich von Augu- reichs am besten in Übereinstimmung gesetzt werden könnte. Preußen schien durch stenburg. seine Lage und Geschichte auf Erweiterung und Abrundung seines langgestreckten, zerrissenen Gebiets angewiesen; daß der Staat wachsen müsse, wenn er seine Machtstellung behaupten wolle, galt von jeher als politischer Grundsatz. Wenn Herr von Bismarck diesem nationalen Bewußtsein fördernd entgegenkam, wenn er der durch die Waffenthaten bei Düppel und Alsen geweckten Ruhm- und Ehrbegierde des preußischen Volks ein bedeutendes Ziel wies, konnte er unter allen Umständen auf Beifall und Zustimmung rechnen, konnte er nicht nur für sich den Ruf eines patriotischen Staatsmannes und für den König den Ehrennamen eines „Mehrers des Reichs“ erwerben, er konnte auch hoffen, den Streit zwischen Krone und Volksvertretung zum Austrag zu bringen, den „innern Düppel“ zu erstürmen. Denn wo die Macht und Größe des preußischen Staats in Frage stand, da durfte man erwarten, daß sich alle Parteien um die königliche Fahne scharten und die vielbestrittene Heeresorganisation, des Königs „höchsteigenstes Werk“, durch welche solche kriegerische Erfolge erzielt werden konnten, nicht länger auf Widerstand stoßen würde. Der kluge Mann irrte sich nicht. Als der Plan auftauchte, die Herzogtümer in engere Verbindung mit Preußen zu setzen, verstummte bald die Opposition, die öffentliche Meinung sprach sich mehr und mehr zu gunsten desselben aus; nur um solchen Preis schienen die Manen der gefallenen Krieger gesühnt werden zu können. Man machte geltend, daß nur ein starker, waffengeübter Staat das eroberte Land für alle Zukunft vor feindlichen Angriffen zu schützen und der deutschen Nation zu erhalten vermögend sei; man hatte nichts gegen das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, meinte aber, dasselbe dürfe den berechtigten Forderungen Preußens keinen Abtrag thun. Klar und entschieden wurde dieser politische Rechtsstandpunkt dargelegt in einer Rede des Historikers v. Sybel. Die Errichtung eines neuen Kleinstaats in einer so ausgesetzten Lage könne Deutschland nur zum Unheil gereichen. Diese volkstümliche Strömung wurde noch bedeutend verstärkt, als die Zweifel an der Erbberechtigung des Augustenburgers wuchsen und die Zahl der Prätendenten und die Beweisstücke für ihre Ansprüche sich mehrten. Es half nichts, daß durch gründliche Schriften der Nachweis geliefert ward, Friedrich von Augustenburg sei der erbberechtigte Herzog von Schleswig-Holstein, daß auf Grund einer solchen Beweisschrift von Warnstedt die juristischen Fakultäten der angesehensten deutschen Universitäten sich für dessen Erbberechtigung aussprachen, daß weitaus die Mehrzahl der Einwohner in Stadt und Land den Prinzen als Herzog anerkannt und ihm gehuldigt hatte; die Ansicht, daß auf genealogisch-historischem

Weg sich kein sicherer Rechtsanspruch auf das gesamte Land nachweisen lasse, daß Rechtsdeduktionen aus verjährten und vergessenen Vertragsbestimmungen vor der Macht realer Verhältnisse späterer Zeiten keine Beweiskraft besäßen, gewann immer breitern Boden; selbst die preußische Königsfamilie trat in die Zahl der Prätendenten ein. Eine frühere Äußerung auf den Londoner Konferenzen zu gunsten der Augustenburger Ansprüche wurde als „diplomatischer Schachzug" erklärt. Und um den Aussprüchen der Rechtsfakultäten ein Gegengewicht zu bieten, holte man das Gutachten der preußischen Kronjuristen ein. Diese sprachen sich in der Mehrheit im Sinn der Regierung aus, indem sie erklärten, daß nur Preußen und Österreich kraft des Wiener Friedens ein Anrecht auf die Herzogtümer hätten. Auch in Schleswig-Holstein wurde für die Verbindung mit dem preußischen Staat agitiert. Aber die Erklärung der siebzehn Rittergutsbesitzer, welche auf Anregung des Freiherrn von Scheel-Plessen, des einstigen Präsidenten

2. Dez. 1864. der holsteinschen Stände, in einer Adresse an König Wilhelm sich für den engsten Anschluß an Preußen aussprachen, und der „nationalen" Partei, welche die volle Militärhoheit zu Land und zu Wasser, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung der Krone Preußen für alle Zeiten übertragen wissen wollte, wurde durch zahlreiche Gegenerklärungen überboten. Die Mehrzahl der Bevölkerung wünschte, daß Friedrich von Augustenburg auf Grund des Erbrechts und des Volkswillens zum Herzog von Schleswig-Holstein eingesetzt werde und daß es dann ihm überlassen bleiben sollte, im Verein mit der legalen Ständeversammlung sich über einen nähern Anschluß mit Preußen zu verständigen.

Fortdauer des Provisoriums in Schleswig-Holstein.

Aber in Berlin war man nicht gemeint, die Bedingungen dieses nähern Anschlusses von dem guten Willen des Landesherrn und von der Stimmung der Stände abhängig zu machen und den Preis der kriegerischen Anstrengungen gegen unsichere Hoffnungen aus der Hand zu geben, zumal da in den Herzogtümern bei einer großen Partei der dynastische und landschaftliche Partikularismus die deutsch-patriotische Gesinnung und die nationalen Gesichtspunkte überwog.

22. Febr. 1865. Man legte daher in einer Depesche vom 22. Februar dem Wiener Kabinett die Bedingungen vor, unter denen die preußische Regierung geneigt wäre, über die Abtretung der Herzogtümer an einen eignen Souverän sich mit Österreich zu verständigen. Diese Bedingungen waren jedoch der Art, daß das kaiserliche Ministerium erklärte, ein Herzog von Schleswig-Holstein, der mit den von Preußen verlangten Beschränkungen eingesetzt würde, könne unmöglich als gleichberechtigtes und stimmfähiges Mitglied in den Kreis der Souveräne des Deutschen Bundes eintreten. Man forderte in Berlin nicht nur, daß Militär und Marine mit der preußischen Kriegsmacht und Flotte vereinigt, die Festungen von Preußen besetzt und das erforderliche Gebiet für einen zu erbauenden Nord-Ostseekanal und einen Kriegshafen abgetreten werden sollte, auch dem preußischen Zollsystem, Post- und Telegraphenwesen sollten die nordalbingischen Herzogtümer angeschlossen werden, und alle im Heer und auf der Flotte dienenden Schleswig-Holsteiner

dem König von Preußen den Fahneneid schwören. Vergebens wurde unter Vermittelung des Sechsunddreißiger-Ausschusses eine Verständigung zwischen Vertrauensmännern der Herzogtümer und einer Anzahl hervorragender Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses auf einer Zusammenkunft in Berlin versucht, indem man für ein Übereinkommen zu wirken versprach, wobei noch eine gewisse Selbständigkeit der Landesregierung möglich gewesen wäre; das preußische Ministerium ließ sich dadurch nicht zur Änderung seiner Politik bestimmen, und da es die Februarforderungen in ihrem ganzen Umfang nicht durchzusetzen hoffen konnte, weder bei den augustenburgisch gesinnten Schleswig-Holsteinern, welche jeder „Vergewaltigung“ den beharrlichsten Widerstand entgegenzustellen entschlossen waren, noch bei Österreich, das sich ohne eine gleichwertige Abfindung nicht aus seinem Mitbesitzungsrecht drängen lassen wollte und dessen neuer Zivilkommissar v. Halbhuber schärfer auftrat, noch auch bei dem Herzog, welcher über eine Militärkonvention, nach Art der Koburger, nicht hinauszugehen geneigt war und die Erhaltung einer schleswig-holsteinschen Armee unter eignem Oberbefehl für unerläßlich erklärte: so hielt Preußen die Besitzungen als materielles Pfand seiner Entschädigungsansprüche fest und suchte den provisorischen Zustand solange bestehen zu lassen, bis günstige Umstände den engern Anschluß gestatten würden. Die Unterhandlungen mit Österreich über die Einberufung einer schleswig-holsteinschen Ständeversammlung führten zu keinem Ergebnis, da man sich über die Bedingungen der Berufung nicht zu einigen vermochte. Auch wurde geklagt, daß die „Augustenburgsche Nebenregierung“ mit Unterstützung des österreichischen Kommissarius keine freie Meinungsäußerung im Land zulasse. Die glänzende Geburtstagsfeier Friedrichs VIII., welche die herzogliche Partei als demonstrative Antwort veranstaltete, war nicht vermögend, den preußischen Ministerpräsidenten auf andre Meinung zu bringen.

26. März 1865. — April. Mai. — 6. Juli.

Bismarck und das preußische Abgeordnetenhaus.

Wenn das Auftreten Preußens hier und da an das Vorgehen Sardiniens erinnerte, so nahm Herr von Bismarck wenigstens in der innern Politik den Grafen Cavour nicht zu seinem Vorbild. Er bemühte sich weder um die Zustimmung der Volksvertreter, noch um die Gunst der Presse oder den Beifall des Volks. Wir wissen, in welchen Konflikt die Regierung mit dem Abgeordnetenhaus geraten war; dieser dauerte noch immer fort. Als die Ständeversammlung sich weder durch die Erfolge der preußischen Waffen, noch durch die in der Form entgegenkommende Thronrede des Königs bei der Eröffnung des Landtages zu einer Änderung ihrer Prinzipien und Anschauungen bezüglich des Budgetsbewilligungsrechts und der Armeeorganisation bewegen ließ, und nicht nur bei den Vorlagen der Regierung über die Kriegskosten in der alten Opposition beharrte, sondern auch den geforderten Kredit zur Befestigung des Kieler Hafens verweigerte, weil derselbe noch nicht im festen Besitz Preußens sei, wurden am 17. Juni die Abgeordneten ungnädig entlassen und der Staatshaushalt in alter Weise nach der Lückentheorie fortgeführt. Wenngleich die Majorität des Abgeordneten-

14. Jan. — 17. Juni.

hauses die Erwerbung des für die Kriegsmarine so vorteilhaften Seehafens nicht weniger wünschte, als die Regierung, so bestand sie doch fest darauf, dem Ministerium Bismarck keinen Kredit zu bewilligen, um ihm keinen Hebel in die Hand zu geben, auch in dem Verfassungskonflikt die Opposition zu bewältigen. Eine Duellforderung des Ministerpräsidenten an den Abgeordneten Virchow zeugte von der herrschenden Gereiztheit; bei der Schließung der Sitzungen mußte das Haus den Vorwurf hören, daß die Mehrheit das Wohl des Vaterlandes nicht zu ihrem obersten Gesetz genommen. Herr von Bismarck ließ sich indessen durch diese Opposition von seinen Plänen nicht abbringen. Durch die Verlegung der preußischen Flottenstation von Danzig nach Kiel bewies er thatsächlich, daß Preußen entschlossen sei, im Besitz dieses Hafens zu bleiben; und als man in Köln sich anschickte, den Abgeordneten ein großartiges Anerkennungsfest zu bereiten, als
23. Juli 1865. Kehrseite der vorausgegangenen Jubelfeier des fünfzigjährigen Anschlusses der Rheinlande an die preußische Monarchie, wurde das Vorhaben gewaltsam verhindert. Und so stark fühlte sich der Minister trotz des Widerstandes der Volksvertretung und der Schmähungen und Anfeindungen, die von allen Seiten über das „Junkerregiment" ergingen, daß er zu gleicher Zeit gegen Österreich in einer Weise vorschritt, die dasselbe entweder zu noch weiterer Nachgiebigkeit oder zur Ergreifung der Waffen führen mußte.

Österreich unter dem Ministerium Belcredi.

Wir haben gesehen, wie sehr die Februarverfassung der nichtdeutschen Bevölkerung des Kaiserstaats widerstrebte. Als nun der Wiener Reichsrat in den Verhandlungen über die österreichische Finanzlage gegen das Ministerium Schmerling eine ebenso verurteilende Kritik übte, die Schäden der Verwaltung in ebenso schonungsloser Weise offen legte, wie das Abgeordnetenhaus in Berlin, und die verlangten Kredite zurückwies, reifte in den Hofkreisen, wo der aus dem bürgerlichen Mittelstand hervorgegangene Ministerpräsident wenig Gönner zählte, der Plan, sich des unbequemen Reichsrats zu entledigen und den Versuch zu machen, mit Ungarn in nähere Beziehung zu treten. Durch Zugeständnisse hoffte man den alten Groll zu tilgen und durch Freundlichkeit und schmeichelndes Entgegenkommen die ritterliche Nation zu gewinnen. Was Bismarck einst in einer vertraulichen Unterredung geäußert hatte, Österreich möchte den Schwerpunkt des Reichs von Wien nach Ofen verlegen, schien jetzt zur Wahrheit zu werden.
Juni. Ein mit großer Feierlichkeit und Ostentation unternommener Besuch des Kaisers in Pest und die Erhebung des Grafen Mailáth zum ungarischen Hofkanzler an Stelle des Grafen Zichy war die Einleitung zu einem Minister- und Systemwechsel. Schmerling und seine gleichgesinnten Kollegen nahmen ihre Entlassung, und der böhmische Graf Belcredi, ein Staatsmann von hocharistokratischen
27. Juli. Ansichten, erhielt einige Wochen nachher den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden. Der Name „Dreigrafenministerium", den man dem neuen Kabinett (Belcredi, Larisch, Mensdorff-Pouilly) beilegte, bezeichnet seinen altkonservativ-feudalen Charakter, und das System, welches damit befolgt wurde, bestand in

der nationalen Scheidung und staatlichen Zerbröckelung. Nun that man einleitende Schritte, um Siebenbürgen und Kroatien, welche seit der Revolution aus dem ungarischen Reichsverband ausgeschieden waren, wieder in das alte Verhältnis zurückzuführen, so sehr auch diese slawisch-deutschen Provinzen die Herstellung der magyarischen Vorherrschaft fürchteten und haßten. Durch ein kaiserliches Manifest vom 20. September wurde der engere und weitere Reichs- 20. Sept. 1865. rat, mithin die ganze Februarverfassung „sistiert", bis man die Vertreter der andern Königreiche und Länder darüber vernommen hätte. Die Rückkehr zum alten Absolutismus mit Einzellandtagen in den verschiedenen Kronländern und die ungeschwächte Fortdauer des Konkordats, das wie ein vergifteter Mehltau über der geistigen Entwickelung Österreichs lag, versetzten dem deutschen Element und der liberalen Partei harte Schläge; die Landtage der deutschen Reichsgebiete unterließen darum auch nicht, in Adressen an den Kaiser um die Wiederherstellung der Februarverfassung zu bitten, jedoch ohne Erfolg. Seitdem bildeten die „Autonomisten" in allen nichtdeutschen Kronländern eine geschlossene Partei gegen die „Zentralisten". Der spätere Plan, einen außerordentlichen Reichstag der deutschen und slawischen Länder einzuberufen, der sich dann mit dem ungarischen über eine Gesamtverfassung vereinbaren sollte, stieß auf heftigen Widerspruch, da er einen dauernden Dualismus zu begründen drohte. Aber auch mit Ungarn ging die Ausgleichung und Versöhnung nicht so rasch von statten, wie man in Wien gehofft haben mochte. Die nationale Partei unter Deáks Führung bestand auf der „Rechtskontinuität" und „territorialen Integrität", d. h. auf der Wiederherstellung der alten Landes-, Munizipal- und Kommunalverfassung, sowie auf der Wiedervereinigung der seit 1849 abgetrennten Lande Siebenbürgen, Kroatien u. a. mit dem Königreich Ungarn. Zwar wurde bei der feierlichen Eröffnung des ungarischen Landtags durch den Kaiser selbst in der Thronrede die Theorie 14. Dez. der „Rechtsverwirkung durch die Revolution" aufgegeben und die „Rechtskontinuität" und die formelle Gültigkeit der Gesetze vom Jahr 1848 anerkannt; aber während die Regierung verlangte, daß diese Gesetze vor der thatsächlichen Ausführung einer Revision unterworfen werden sollten, drangen die Ungarn darauf, daß die Anerkennung und Ausführung der Revision vorauszugehen habe. Nur auf diese Weise werde die Rechtsfortdauer außer Frage gestellt. Erst die großen Ereignisse des nächsten Jahres, welche die Notwendigkeit innerer Eintracht und Verträglichkeit allen Österreichern so fühlbar machten, führten eine neue Staatsorganisation auf Grund einer Doppelmonarchie herbei.

Diese Zerwürfnisse zwischen der Regierung und den Völkern in Österreich, Die Gasteiner Konvention. verbunden mit der immer schwieriger werdenden Finanzlage des Kaiserstaats, bestärkten das Berliner Kabinett in dem Plan, die Elbherzogtümer dem Königreich Preußen für alle Zukunft zu sichern. Umsonst hatte schon im März auf 27. März. Anregung von Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt die Bundesversammlung die „vertrauensvolle Erwartung" ausgesprochen, es möge den Regierungen von

Österreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogtum Holstein in eigne Verwaltung zu geben, ein Ersuchen, welchem dann der
27. Juli 1865. förmliche Antrag der genannten drei Regierungen folgte, eine freigewählte Vertretung der Herzogtümer zu berufen und Einleitung zur Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund zu treffen; umsonst wurden auf einem deutschen Abgeordnetentag Anträge gestellt, welche die staatliche Konstituierung Schleswig-Holsteins im Sinn der Bevölkerung bezweckten: die preußische Staatskunst wußte es stets dahin zu bringen, daß die Verhandlungen in Frankfurt ohne Ergebnis blieben, und wie sehr die Fortschrittspartei in Berlin die innere Politik Bismarcks bekämpfte, wo die Machtstellung Preußens in Frage kam, trug sie Bedenken, sich auf die gegnerische Seite zu schlagen. Das preußische Volk befreundete sich mehr und mehr mit dem Gedanken einer „Annexion", besonders seitdem auch der letzte Versuch Bismarcks, durch Vermittelung des bayrischen Staatsministers v. d. Pfordten, mit dem er in Salzburg zusammentraf, den Herzog zur Anerkennung der Februarbedingungen zu bewegen, erfolglos geblieben; die Rechtsfrage kam weniger in Betracht als das vaterländische Interesse. Wenn es dem preußischen Ministerium gelang, Österreich noch ferner zum Genossen seiner Politik zu machen, mit dessen Hilfe und Mitwirkung den Bundestag in der alten Unthätigkeit und Schwäche zu erhalten, der deutschen Opposition die Stirn zu bieten, so konnte es, ohne namhaften Widerstand zu erfahren, auf sein Ziel losgehen. Daß dieser Plan zur Ausführung kam, daß die österreichische Bundesgenossenschaft nicht nur bewahrt, sondern noch fester geknüpft ward, zeugte von der überlegenen Klugheit und Staatskunst des preußischen Ministerpräsidenten, während die österreichische Politik in eine immer ratlosere und unhaltbarere Lage geriet. In Karlsbad, wohin Bismarck im Juli den König begleitete, wußte er das Wiener Kabinett durch Klagen über die Umtriebe der Augustenburgschen Partei und durch Andeutungen möglicher Kriegsgefahren zu neuen Zugeständnissen zu bewegen. Man ließ es geschehen, daß der Redakteur May in Altona, einer der thätigsten Führer der Schleswig-Holstein-Vereine, gewaltsam aufgehoben und
Juli. nach der Festung Rendsburg gebracht, der preußische Abgeordnete Frese aus Holstein ausgewiesen ward. Als nun König Wilhelm nach Beendigung seiner Badekur über Regensburg, wohin er seine Minister und mehrere Gesandte zur Beratung berufen, sich nach Gastein begab, willigte Österreich, um nicht in einen ungelegenen Krieg hineingerissen zu werden, in die **Gasteiner Konvention**
14. Aug. vom 14. August. Darin kam man überein, daß die Herzogtümer noch ferner im gemeinschaftlichen Besitz der beiden Eroberer bleiben sollten, aber in der Art, daß die Verwaltung und Regierung von Schleswig an Preußen, die von Holstein an Österreich überlassen, das Herzogtum Lauenburg dagegen von dem Kaiser an den preußischen König um die Summe von $2\frac{1}{2}$ Millionen dänischer Reichsthaler abgetreten würde. Dabei sollte Preußen den Kieler Hafen mit dem Recht der Befestigung, das Recht der Mitbesetzung von Rendsburg und die Oberaufsicht über den

zu erbauenden Nord-Ostseekanal besitzen. Nach einer persönlichen Zusammenkunft des Kaisers und des Königs in Salzburg kam der Vertrag zur Ausführung. 19. Aug. 1865.

Die Konvention von Gastein fand manchen Widerspruch: viele waren unzufrieden über ein Abkommen, welches die Herzogtümer auseinander riß, den provisorischen Zustand mit dem Doppelregiment der beiden Monarchen ins Unbestimmte verlängerte und Land und Volk von Lauenburg „wie eine Herde" um harte Thaler verkaufte; die thüringischen Fürsten protestierten gegen die Verfügung über Lauenburg und beantragten ein „Austrägalverfahren"; England und Frankreich beschwerten sich über die Mißachtung des Nationalitätsprinzips in Schleswig und wahrten sich das Recht, bei der endgültigen Entscheidung ein Wort mitzureden; und obwohl der König die ausbedungene Summe für Lauenburg aus seiner Privatkasse bezahlte, bestritt dennoch späterhin das Abgeordnetenhaus in Berlin das Recht des Erwerbs ohne Zustimmung der Volksvertretung. Aber wie viele Anstände auch erhoben wurden, der Widerspruch gegen das Geschehene war doch nicht wirksam und vielfach regte sich auch bereits die Ahnung, daß die Ereignisse, so wirr dermalen auch noch die Lage schien, zum Heil der Nation sich wenden würden. Die politischen Vereine waren im Hinschwinden oder in der Auflösung begriffen, die Versammlungen zum Zweck von protestierenden Kundgebungen machten durch die geringe Teilnahme keinen Eindruck; der Bundestag hatte den letzten Rest von Macht und Autorität eingebüßt; an den Senat der freien Stadt Frankfurt, der nach preußischer Ansicht dem Gebahren der Demokratie zu große Nachsicht schenkte, erging von dem Berliner Ministerium eine drohende Note wegen Mißbrauchs des Vereinsrechts und Preßausschreitungen auf dem Gebiet der Stadt, ein Verfahren, das Österreich, wenn auch in milderer Form, unterstützte; die Zukunft Deutschlands lag in den Händen der Großstaaten und insbesondere Preußens. In Schleswig richtete der neue Gouverneur, General **Edwin von Manteuffel**, aus der feudalen Partei, ein eisernes Regiment auf, indem er den Beamtenstand in preußischem Sinn „purifizierte", die Presse und das Vereinswesen streng überwachte und allen augustenburgischen Demonstrationen scharf entgegentrat. Ja bei Gelegenheit einer Reise des Erbprinzen auf schleswigsches Gebiet bedrohte er denselben im Wiederholungsfall mit einer Verhaftung. Das Herzogtum Holstein hatte sich unter dem österreichischen Statthalter, dem ritterlichen und leutseligen Feldmarschallleutnant v. **Gablenz**, einer nachsichtsvolleren und humaneren Behandlung zu erfreuen; er wolle nicht, äußerte er mit unverkennbarer Anspielung, daß man einst bei seinem Abgang sage, er habe wie ein türkischer Pascha regiert. Aber Preußens Einfluß war überwiegend; die Geschicke der Herzogtümer wurden durch die Politik des Ministerpräsidenten v. Bismarck bestimmt, den der König zum Zeichen seiner Zufriedenheit nach dem Gasteiner Vertrag in den Grafenstand erhob. Am 26. und 27. September nahm König Wilhelm persönlich in Lauenburg die Erbhuldigung entgegen.

Widerspruch gegen die Gasteiner Konvention. v. Manteuffel und Gablenz.

Okt.

2. Der Krieg vom Jahr 1866.

a. Die Genesis des Kriegs.

Der Notenkrieg der Kabinette. Die Übereinkunft von Gastein schuf nur eine kurze Friedenspause. Man wollte dadurch Zeit zu neuen Unterhandlungen gewinnen. Da die beiden Regierungen übereingekommen waren, daß die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur durch gemeinsames Einverständnis der „Kondomini" entschieden werden sollten, so hoffte Graf Bismarck Mittel und Wege zu finden, den vielfach bedrängten Kaiserstaat zu einem freiwilligen Aufgeben seines Mitbesitzungsrechts in den überelbischen Landen zu vermögen. Der Vorgang in Lauenburg mochte den Glauben erzeugen, daß man in Wien sich auch für Holstein mit einer Geldsumme abfinden lassen werde, und ohne Zweifel wäre die Berliner Regierung zu einem solchen Abkommen bereit gewesen; dem widerstrebte aber die Ehre des Kaiserreichs, wo seit dem Ausscheiden Rechbergs die traditionelle Politik des Hauses Habsburg wieder mehr zur Geltung kam, und die Scheu vor der öffentlichen Meinung, welche sich mit Entrüstung gegen jeden „Länderschacher" aussprach Hatte man doch früher die Anerbietungen der italienischen Regierung, Venetien durch einen Kaufvertrag zu erwerben, standhaft abgewiesen und lieber die Last einer fortwährenden Kriegsbereitschaft zum Schutz der bedrohten Besitzungen getragen! Gegen eine entsprechende Landabtretung, etwa in Schlesien, wodurch die Ehre des Großstaats gewahrt geblieben wäre, hätte man wohl die Kondominatsrechte hingegeben; dem widersprachen aber die Traditionen des Hohenzollernschen Herrscherhauses und das naturgemäße Streben des jungen Militärstaats, seine Besitzungen auszudehnen. Unter solchen Verhältnissen konnte es nicht fehlen, daß die unfertige Lage der Herzogtümer und das allgemeine Verlangen nach einer Beendigung des provisorischen Zustandes die beiden besitzenden Regierungen in Zwiespalt bringen mußten, zumal da Österreich mehr und mehr den bundesrechtlichen Standpunkt betonte, Graf Bismarck aber neben den nationalen Interessen insbesondere die berechtigten Ansprüche Preußens bei der endgültigen Lösung hervorhob. Was half es dem preußischen Gouverneur von Manteuffel in Schleswig, daß er alle Demonstrationen zu gunsten des „Prinzen von Augustenburg" als hochverräterische Handlungen mit den strengsten Strafen bedrohte, wenn derselbe in Holstein unter den Augen des österreichischen Statthalters von der Presse, in Vereinen, auf Volksversammlungen als legitimer Herzog behandelt und in Kiel eine herzogliche Regierung und Hofhaltung geduldet ward; wenn man immer dringender die Einberufung einer schleswig-holsteinschen Ständeversammlung fordern durfte? Schon im Januar beschwerte (20. Jan. 1866.) sich daher Graf Bismarck, daß die Haltung der holsteinschen Landesverwaltung die Beziehungen Preußens zu Österreich trüben müßte, und sechs Tage nachher,

als mittlerweile in Altona eine Massenversammlung, welche auch von Männern aus andern Gegenden Deutschlands und von Mitgliedern des Sechsunddreißiger-Ausschusses besucht war, ihre Verehrung für den „rechtmäßigen, geliebten Fürsten 23. Jan. 1866.
Herzog Friedrich“ laut kund gegeben, richtete er eine scharfe Note an das öster- 26. Jan.
reichische Kabinett, worin er das Verhalten der kaiserlichen Regierung einer einschneidenden Kritik unterwarf. In Salzburg und Gastein, hieß es darin, glaubte er annehmen zu dürfen, daß Preußen und Österreich sowohl über ihren gemeinsamen Feind, die Revolution, als über die Notwendigkeit und den Plan eines Kampfes gegen dieselbe einig seien. Auf diese Überzeugung gestützt, habe er ein gemeinsames Vorgehen in Vorschlag gebracht; aber wenn schon in Frankfurt das kaiserliche Kabinett durch sein Verfahren der preußischen Note die Spitze abgebrochen und sie dadurch aller Wirkung beraubt habe, so trage jetzt das Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein geradezu einen aggressiven Charakter und setze sich in direkten Widerspruch mit den Grundlagen, auf welchen der Wiener Frieden und die Gasteiner Konvention beruhten; revolutionäre und jedem Thron feindliche Bestrebungen sehe man dort unter dem Schutz des österreichischen Doppeladlers sich entfalten. Die preußische Regierung habe das Recht, zu verlangen, daß der bestehende Zustand in Holstein erhalten werde, gleichwie auch sie verpflichtet sei, denselben in Schleswig zu beobachten. Sollte diesem Verlangen nicht entsprochen werden, so müßte Preußen die Überzeugung gewinnen, daß Österreich, von dem, wie man hoffte überwundenen traditionellen Gegensatz beherrscht, nicht auf die Dauer gemeinsame Wege mit ihm gehen wolle. Diese Überzeugung würde eine schmerzliche Enttäuschung sein; aber Preußen müsse endlich klar sehen. Sei die intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte nicht zu verwirklichen, so müsse Preußen die volle Freiheit seiner eignen Person gewinnen, um von derselben den seinen Interessen entsprechenden Gebrauch zu machen. Auf dieses merkwürdige Schriftstück, dem ein Fehdebrief der „Kreuzzeitung“ gegen Österreich, „den Bundesgenossen des Sechsunddreißiger-Ausschusses und der Augustenburger Demagogie“, und scharfe Ausfälle der gesamten preußischen Regierungspresse eifrig sekundierten, gab Graf Mensdorff
am 7. Februar eine gemessene Antwort, worin er die Klagen des preußischen 7. Febr.
Kabinetts zurückwies. Die kaiserliche Regierung sei nicht verantwortlich, daß zwischen den Höfen von Wien und Berlin noch keine Verständigung über die künftige Gestaltung der Herzogtümer habe erzielt werden können. Österreich wisse, daß es Holstein nicht als Eigentum besitze, aber in der einstweiligen Verwaltung nach der Übereinkunft von Gastein sei es keiner Kontrolle unterworfen. In der so natürlichen Weigerung, die Einverleibung der Herzogtümer an Preußen vor sich gehen zu lassen, scheine die königliche Regierung eine Politik verderblicher Eifersucht und Rivalität zu erblicken; was aber die Altonaer Versammlung angehe, auf welche zu großes Gewicht gelegt werde, so wäre diese nicht möglich gewesen, wenn nicht gerade Preußen sich geweigert hätte, ein Verbot solcher

Versammlungen von Bundes wegen und für das gesamte Bundesgebiet zu beantragen.

Schärfung der Gegensätze. Preußen und Italien. Nach solchen Erklärungen war wenig Aussicht zu einer friedlichen Verständigung, und die deutsche Zeitungspresse trug wesentlich bei, durch feindselige Haltung die gereizte Stimmung zu steigern. Das Wiener Kabinett sah in den Schlußworten der preußischen Erklärung eine versteckte Kriegsdrohung und eine Hinweisung auf ein beabsichtigtes Bündnis mit Italien. Mit großer Mühe hatte Preußen im vorhergehenden Jahr die deutschen Regierungen des Zollvereins zu einem Handelsvertrag mit dem transalpinischen Königreich und damit zur Anerkennung desselben gebracht. Dies wurde nun in Wien als Einleitung zu einer politischen Allianz angesehen; und als bald nach einer Ministerberatung
28. Febr. 1866. unter des Königs Vorsitz, zu welcher auch der Leiter des Generalstabs v. Moltke, der Gouverneur von Schleswig v. Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf v. d. Goltz, berufen waren, der italienische General Govone in
10. März. Berlin ankam, hegte man keinen Zweifel mehr, daß ein Bündnis zwischen Preußen und Italien gegen Österreich im Werke sei. Es ist in frühern Blättern bereits bemerkt worden, daß die politische und geschichtliche Stellung Preußens und Piemonts manche Ähnlichkeit darbot, daß bei verschiedenen Gelegenheiten das Bewußtsein der gleichen Interessen des Brandenburg-Hohenzollernschen und des Piemont-Savoyischen Herrscherhauses in der europäischen Staatenentwickelung zum Ausdruck gekommen. Noch im Jahr 1848 hatte der Minister Gioberti seine Gesandten erinnert, daß Preußen denselben Beruf in Deutschland habe, wie Piemont in Italien. In der Paulskirche zu Frankfurt hatte man diese Gemeinsamkeit der Interessen gegenüber Österreich nicht gelten lassen wollen; aber die Geschichte der nächsten Jahre lieferte von neuem den Beweis, daß auch in Leiden und Demütigungen sich dieselbe Gemeinsamkeit wieder bewährt habe; daß Österreich sowohl in Deutschland als in der Apenninen-Halbinsel der Feind aller nationalen Einheitsbestrebungen sei. Als im Jahr 1860 der preußische Gesandte am Turiner Hof die Mißbilligung seiner Regierung über die Politik Cavours aussprach, hatte der Graf lächelnd erwidert: Es werde der Tag kommen, an welchem Preußen Italien für das ihm gegebene Beispiel dankbar sein werde. Was war daher natürlicher, als daß man in Berlin wie in Turin den Vorteil und die Zweckmäßigkeit einer Allianz ins Auge faßte, daß man im Norden wie im Süden den Plan aufgriff, die Unionsidee, die in Italien nur unvollkommen verwirklicht, in Deutschland gewaltsam unterdrückt worden, durch gemeinsame Anstrengungen ins Leben einzuführen, ihr durch Bekämpfung desselben Feindes Wahrheit und Kraft zu geben? In Wien glaubte man die Anzeichen eines herannahenden Sturmes zu erkennen. Und in der That soll auch in dem erwähnten Ministerrat in Berlin die übereinstimmende Ansicht geherrscht haben, daß ein Zurückweichen in der Elbherzogtümerfrage nicht ohne Verletzung der Gefühle des ganzen Volks und nicht ohne Kränkung der Ehre des Landes

möglich sei, daß man daher auf dem bisher verfolgten Weg, selbst auf die Gefahr eines Kriegs hin vorschreiten müsse. Die Antwort Bismarcks auf die freundschaftliche Erkundigung des österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, über den Sinn seiner Erklärung: Österreich und Preußen träten nun wieder in das Verhältnis zurück, in dem sie sich vor dem dänisch-deutschen Krieg befunden, bestärkte die kaiserliche Regierung in ihrem Glauben, daß man sich auf die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes gefaßt machen müsse. In einem von dem Kaiser berufenen Marschallsrat, dem Feldzeugmeister Benedek und andre 10. März 1866. hochgestellte Offiziere anwohnten, gewann denn auch in Österreich die Kriegspartei die Oberhand. Es wurden ausgedehnte Rüstungen angeordnet, um zugleich gegen Italien und gegen Preußen auftreten zu können. So war die Politik an einem Scheideweg angelangt, wo die zu Krieg oder zu Frieden führenden Richtungen ganz dicht neben einander lagen. Der schwere Streit des Ministeriums Bismarck mit dem Abgeordnetenhaus, welcher in der Anklage Twestens und Frentzels wegen ihrer Kammerreden und in der Gutheißung dieser dem 20. Jan. Artikel 84 der Verfassungsurkunde widersprechenden Klage durch das Obertribunal seinen Höhepunkt erreichte und den vorzeitigen Schluß des Landtags herbeiführte, 23. Febr. der Widerwille gegen einen Bürgerkrieg, der sich an vielen Orten Preußens laut kund gab, die Abneigung der meisten deutschen Bundesregierungen gegen die preußische Politik, die feindselige Volksstimmung, die sich allenthalben in Schrift und Rede aufs heftigste gegen das Bismarcksche Regiment aussprach, die Unterschätzung der Militärkräfte des Königreichs: dies alles erfüllte Österreich mit der Hoffnung, der Überhebung Preußens eine ähnliche Demütigung bereiten zu können, wie im Jahr 1850. Man mochte es in Wien nicht ungern vernehmen, daß Graf Bismarck einer Anzahl holsteinscher Feudalen, die eine Annexionsadresse an ihn gerichtet hatten, unverhohlen aussprach, er halte die Vereinigung mit der preußischen Monarchie für die den Herzogtümern Schleswig-Holstein vorteilhafteste Staatsform, daß der König selbst in einer Verordnung alle mit 11. März. Zuchthausstrafe bedrohte, welche den ihm und dem Kaiser zustehenden Souveränitätsrechten zuwider einer andern landesherrlichen Autorität Geltung zu verschaffen suchten, daß Herr von Manteuffel bei Gelegenheit der Beisetzung der Leiche des Prinzen von Noer militärische Maßregeln traf, um den Neffen desselben, Friedrich von Augustenburg, falls er sich dabei einfinden sollte, verhaften zu lassen.

Stellung der beiden Großmächte zum Deutschen Bund.

Im Gegensatz zu dem schroffen Auftreten Preußens in Schleswig suchte die kaiserliche Regierung sich durch entgegenkommendes Benehmen die Volksgunst zu gewinnen und durch Annäherung an den Bundestag die verstimmten Regierungen und Bundesfürsten wieder zu versöhnen. Am 16. März gab sie in einem 16. März. Rundschreiben ihren Gesandten den Auftrag, den deutschen Bundesregierungen mitzuteilen, daß Österreich in Berlin die bestimmte Anfrage stellen werde, ob Preußen die Gasteiner Konvention mit gewaltsamer Hand zu zerreißen gedächte;

falle die Antwort unbefriedigend oder ausweichend aus, so müsse man die Bemühungen um ein Einverständnis mit Preußen als gescheitert ansehen und es trete dann der Augenblick ein, da die kaiserliche Regierung das Einschreiten des Bundes auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte und des Artikels 19 der Wiener Schlußakte in Anspruch nehmen müsse, um zu verhüten, daß Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern mit Gewalt verfolgt würden. Deshalb wurden die deutschen Regierungen ersucht, in vertraulicher Weise Mitteilung zu machen, ob man in Wien auf ihre Unterstützung rechnen könne für den Fall, daß man gegenüber dem drohenden Auftreten Preußens zu kriegerischen Maßregeln für Erhaltung des Friedens genötigt sein würde. Zugleich wurden die Truppen an den schlesischen Grenzen verstärkt, die Festungswerke von Krakau armiert und andre kriegerische Vorbereitungen getroffen. In Berlin begegnete man diesen Schritten mit ähnlichen Maßregeln. Wenn Österreich, nun wieder in seine alte Politik einlenkend, den Bundestag auf seine Seite zu ziehen suchte, um im Verein mit ihm dem bisherigen Genossen entgegenzutreten, so erklärte Graf
24. März 1866. Bismarck in einer Zirkulardepesche vom 24. März, nachdem er die Entstehung des Streits dargelegt und die Notwendigkeit auseinander gesetzt, den Kriegsrüstungen des Kaiserstaats mit ähnlichen Vorbereitungen zu begegnen, daß Preußen nicht bloß Maßregeln für seine augenblickliche Sicherheit ergreifen, sondern sich auch nach Bürgschaften für die Zukunft umsehen müsse, daß aber der Deutsche Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt diese Bürgschaften nicht biete. Die Erfahrung habe gelehrt, daß selbst in dem Fall, wo die beiden Großmächte einig waren, die Bundesinstitutionen nicht ausreichten, um Deutschland an einer aktiven, nationalen und erfolgreichen Politik teilnehmen zu lassen, noch viel weniger aber würden sie einen ernsten Gegensatz beider Mächte ertragen, einen drohenden Bruch und Streit verhüten oder überwinden können. Würde Preußen jetzt angegriffen, so könnte es eine bundesmäßige Unterstützung nicht erwarten, sondern sei lediglich auf den guten Willen einzelner Regierungen angewiesen, die ohne Rücksicht auf den gewöhnlichen bundesmäßigen Weg ihm ihre Hilfe gewährten. „Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch,“ heißt es wörtlich, „dies gilt zu unsern, wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsre Stellung gefährdeter, als die der andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der Deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner

Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde." Man frage darum bei den einzelnen Regierungen an, ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung rechnen dürfe, wenn es von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Krieg genötigt würde. In jedem Fall sei Preußen in die Notwendigkeit gesetzt, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen.

Auf diese denkwürdige Depesche antworteten die deutschen Regierungen teils ausweichend, teils mit Verweisung auf die Bundesverfassung. Preußen mochte ein solches Ergebnis vorausgesehen haben und stützte sich daher um so entschlossener auf die eigne Macht. Ohne Rücksicht auf die in ganz Deutschland sich kund gebenden Demonstrationen für Erhaltung des Friedens erließ die Regierung Befehle, die Heerkräfte in den am meisten bedrohten Provinzen in Kriegsbereitschaft zu setzen und die Festungen zu armieren. Zugleich wurden die Unterhandlungen mit Italien soweit geführt, daß am 8. April ein Vertrag unterzeichnet werden konnte, worin die Regierung Viktor Emanuels sich verpflichtete, den König von Preußen zur Durchführung der von ihm beabsichtigten Reform der deutschen Bundesverfassung selbst mit Waffengewalt zu unterstützen, Preußen dagegen versprach die Abtretung Venetiens an das Königreich zu erwirken. Auch sollte kein Teil ohne den andern Frieden schließen. Dabei versicherte das italienische Ministerium die Berliner Regierung seiner freudigen Unterstützung, wenn Preußen, sich an die Spitze der deutschen Nationalpartei stellend, jenes Parlament einberufe, das seit so vielen Jahren Gegenstand der Wünsche der Nation sei und für Deutschland, so wie es in Italien geschah, den Fortschritt der freisinnigen Institutionen mittels Ausschließung Österreichs sichere. Es war ein eigentümliches Schauspiel, daß um dieselbe Zeit, da Graf Bismarck am Bundestag auf Einberufung eines Parlaments aus direkten Volkswahlen und allgemeinem Stimmrecht zur Reform der Bundesverfassung antrug, in solchen Kreisen, wo man sich mit aller Heftigkeit gegen die Kabinettspolitik des Berliner „Junkerregiments" ereiferte, „die das Recht des eignen Landes nicht achtend mit Plänen einer Bundesreform hervortrete", und die Nation zur Bekämpfung dieser Politik aufrief, dasselbe Mittel, Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung durch ein freigewähltes Parlament, als das einzig richtige Heilverfahren in Vorschlag gebracht und empfohlen ward. Es bestätigte sich somit auch hier der alte Satz: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Die Volkspartei mißtraute der dargebotenen Gabe wegen des Gebers. Der ganze deutsche Liberalismus wußte sich vor Erstaunen nicht zu fassen, daß dieser „reaktionäre Junker" jetzt mit Projekten aus der Werkstatt der radikalen Demokratie auftrat*). Der preußische

Die Abrüstungsfrage und der Plan einer Bundesreform.

27.–29. März 1866.

8. April.

9. April.

---

*) Seid nicht scheu und verwundert, daß nun auf einmal erscheinet,
Was ihr so lange gewünscht. Es hat die Erscheinung fürwahr nicht
Jetzt die Gestalt des Wunsches, so wie ihr ihn etwa geheget;
Denn die Wünsche verhüllen uns selbst das Gewünschte; die Gaben
Kommen von oben herab in ihren eignen Gestalten.

Goethe, Hermann und Dorothea.

Antrag wurde an einen Ausschuß verwiesen, welcher jedoch nicht mehr zur Berichterstattung gelangte. Damals befaßte sich die ganze Nation mit der Frage, wie der Frieden erhalten werden könnte. Während Sachsen und Württemberg durch geheime Rüstungen ihr geringes Vertrauen auf eine friedliche Ausgleichung bewiesen und Bayern noch einmal den Weg der Vermittelung betrat, suchte man aller Orten und Enden den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen. Und in der That gewann es eine Zeitlang den Anschein, als sollte das blutige Kriegsspiel
31. März 1866. vermieden oder verschoben werden. Österreich stellte die Absicht eines offensiven Auftretens gegen Preußen in Abrede: es habe keine Kriegsvorbereitungen getroffen, die geringfügigen Truppenbewegungen in Böhmen seien durch die Judenkrawalle in einzelnen Gegenden hervorgerufen worden. Allein es wurde festgestellt, daß die Truppen meist nahe der preußischen Grenze in Gegenden gelegt waren, wo dergleichen Exzesse gar nicht stattgefunden hatten. Dennoch machte man in Berlin gläubige Miene. Preußen erwiderte die friedlichen Kundgebun-
6. April. gen durch die Versicherung, daß auch ihm nichts ferner liege als ein Angriffs-
15. April. krieg, und erklärte sich bereit, die zur Grenzverteidigung erlassene Mobilisierungsverordnung zurückzunehmen, wenn Österreich, welches mit den Rüstungen vorangegangen, auch mit der Abrüstung beginnen wolle. Das kaiserliche Kabinett erklärte
18. April. sich bereit dazu, sofern Preußen an dem nämlichen Tag oder doch am nächstfolgenden dasselbe thun werde, und als dieses damit einverstanden war, wurde der 25. April als der Anfangstermin der Abrüstungen festgesetzt. Aber ehe dieser Zeitpunkt eintraf, fand man in Wien, daß Venetien von Viktor Emanuel be-
21. April. droht sei, und beschloß daher in einer militärischen Beratung, die Abrüstung nur gegen Preußen eintreten zu lassen, die italienische Armee dagegen zu verstärken und auf den Kriegsfuß zu setzen. Österreich wollte, wie es schien, versuchen, Italien durch ernste Kriegsdrohungen zur Einstellung seiner erst begonnenen Rüstungen und zu Bürgschaften des Friedens zu zwingen, um sodann mit denselben Truppenkörpern, die es in Italien aufgestellt hatte, Preußen zu nötigen, sich in den deutschen Fragen dem Ausspruch des Bundestags zu unterwerfen. Würde sich Preußen diesem Ausspruche nicht fügen, so konnte Österreich die Hilfe der Bundestruppen verlangen und erwarten. Auf die preußisch-italienischen Verhandlungen mußte diese schwebende Lage störend einwirken. Wenn man in Preußen wünschte, daß Italien auch militärisch zum Kampf gegen einen so mächtigen Feind wie Österreich vorbereitet sei, so mußte das Florentiner Kabinett zu eigner Sicherheit fordern, daß die Heeresmacht beider Staaten gleichzeitig kriegsbereit aufgestellt, die preußisch-italienische Allianz zu einem Kriegsbündnis verschärft würde. Dieser Umschlag in der österreichischen Abrüstungspolitik mußte in Berlin Bedenken erregen; fühlte sich Preußen bedroht, so war es einerlei, auf welcher Seite des Kaiserstaats die Truppenverstärkung stattfand. Eine entschuldigende
26. April. Depesche des Wiener Kabinetts war nicht vermögend, die Besorgnisse zu zerstreuen, zumal da gleichzeitig der Vorschlag gemacht wurde, Preußen und Öster-

reich möchten die durch den Wiener Friedensvertrag erworbenen Rechte auf die nordelbischen Herzogtümer demjenigen Prätendenten weiter übertragen, welchem der Deutsche Bund die überwiegende Berechtigung zur Erbfolge in Holstein zuerkennen würde. Für den Fall einer Ablehnung auch dieses Vorschlags würde der kaiserlichen Regierung kein andres Mittel übrig bleiben, als dem Deutschen Bund den ganzen Stand der Sache offen darzulegen und ihm anheimzugeben, welche Wege einzuschlagen seien, um zu einer bundesmäßigen Regelung der holsteinschen Angelegenheit zu gelangen. Zugleich würde man die holsteinschen Stände einberufen müssen, um die Stimme des Landes zu vernehmen.

Mit diesen Aktenstücken verschwanden die friedlichen Aussichten. Es war nicht denkbar, daß die Bundesregierungen freiwillig auf eine Reform eingehen würden, von deren Umfang und Beschaffenheit sie erst genauere Kunde erhalten sollten, wenn sie sich über den Zeitpunkt der Einberufung eines freigewählten Parlaments geeinigt haben würden, zumal da nach der halbamtlichen Provinzialkorrespondenz Preußens Absicht dabei sein sollte, die militärischen Kräfte Nord- und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich zu vereinigen und einen Teil der Lasten der Armeeorganisation auf Deutschland überzuwälzen. Graf Bismarck antwortete auf die Wiener Depesche, wenn nicht Österreich seine gesamte Heeresmacht in allen Teilen der Monarchie auf den Friedensfuß setze, könne auch von einer Abrüstung Preußens keine Rede sein; er bedauerte, daß die kaiserliche Regierung nicht auch die übrigen Bundesstaaten zur Einstellung ihrer militärischen Vorkehrungen bewogen habe, da er dadurch in die Lage gesetzt worden sei, an Sachsen, das unter den übrigen Bundesregierungen in seinen Rüstungen am weitesten vorgegangen, eine dringende Anfrage über dessen Absichten und Haltung zu richten, und erklärte in bezug auf den Vorschlag, die Entscheidung über die Herzogtümer dem Bund zu übertragen, Preußen sei nicht gesonnen, den in Gemeinschaft mit Österreich erkämpften und durch völkerrechtliche Verträge erworbenen Besitz von andrer Entscheidung als der eignen freien Entschließung abhängig zu machen, aber stets bereit, mit dem Kaiserstaat direkt über die Bedingungen einer Verzichtleistung auf den österreichischen Anteil zu verhandeln und in der Bundesreform mit demselben zusammenzugehen. Mittlerweile nahmen die Rüstungen immer größern Umfang an. In Preußen wurden zuerst vier Armeekorps, dann die gesamte Heeresmacht in Kriegsbereitschaft gesetzt und gleichzeitig in Italien sämtliche kriegspflichtige Mannschaften unter die Waffen gerufen. Mit seltener Opferwilligkeit gaben die Volksvertreter in Florenz zu allen Maßregeln der Regierung ihre Zustimmung und selbst Mazzini ließ, wie spätere Urkunden über „Italiens Geheimpolitik" nachwiesen, von London aus dem König Viktor Emanuel feierlich erklären, daß er alles aufbieten wolle, um die Vereinigung aller nationalen Kräfte zur Eroberung Venetiens vor jeder Beschädigung durch seine Partei zu bewahren. Der Minister Lamarmora trat den Vorsitz des Ministeriums an den freisinnigen und patriotischen Ricasoli ab, um als Ober-

Die Erregung in Deutschland. Bismarck und Napoleon.

3. 9. Mai 1866.

feldherr die Truppen zu führen. Selbst die drohenden Anzeichen, die in Frankreich zu Tage kamen, wo im Gesetzgebenden Körper Thiers für die Aufrechterhal-
3. Mai 1866. tung der Verträge eintrat und die Ansicht aussprach, man müsse Preußen verhindern, den europäischen Frieden zu gefährden, waren nicht vermögend, das gezückte Schwert in die Scheide zurückzustoßen. Hatte doch Kaiser Napoleon dem Grafen Arese, den Lamarmora nach Paris gesandt, im Vertrauen erklärt, daß die Vereinigung Venetiens mit Italien von Frankreich nicht als eine gefährliche, sondern vielmehr als eine dem Interesse von ganz Europa entsprechende Wendung angesehen würde; und das offene Geständnis, das er bei Gelegenheit eines
6. Mai. landwirtschaftichen Festes zu Auxerre ablegte, daß er die Verträge von 1815 verabscheue, die man jetzt zur einzigen Grundlage der auswärtigen Politik machen wolle, konnte ja eher zu gunsten Italiens gedeutet werden. Österreich lehnte die Abrüstung gegenüber Italien ab und übertrug den Oberbefehl in Venetien dem Erzherzog Albrecht, während Feldzeugmeister Benedek zur Nordarmee berufen wurde. In dem Kaiserreich und in den meisten deutschen Bundesstaaten herrschte eine so aufgeregte Stimmung und Erbitterung gegen Preußen, daß die Regierungen, auch wenn sie gewollt hätten, der Volksströmung kaum mehr zu
5. Mai. widerstehen vermochten. Der Antrag Sachsens, die Bundesversammlung möge Preußen angehen, daß durch geeignete Erklärung mit Rücksicht auf Artikel 11 der Bundesakte volle Beruhigung gewährt werde, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, obwohl der preußische Gesandte Einspruch erhob und nachzuweisen suchte, daß seine Regierung nur defensive Maßregeln gegen die vorausgegangenen Rüstungen Österreichs und Sachsens getroffen und daß man von der Bundesversammlung vielmehr erwarte, sie werde diese beiden Staaten zur Einstellung ihrer kriegerischen Anordnungen veranlassen. Welche Höhe die preußenfeindliche Stimmung und der Haß gegen den Ministerpräsidenten Graf Bismarck damals erreicht hatte, ging aus dem Mordversuch hervor, den ein irregeleiteter Jüngling,
7. Mai. Ferdinand Cohen, Stiefsohn des bekannten emigrierten Demokraten Blind, gegen den Grafen auf offener Straße in Berlin wagte. Nur wie durch ein Wunder entging der Angefallene den Wirkungen mehrerer Kugeln, die ganz in der Nähe mittels eines Revolvers auf ihn abgefeuert wurden. Der Thäter wurde in Haft gebracht, wo er sich selbst das Leben nahm. Durch leidenschaftliche Agitationen war der Name Bismarck der Gegenstand des blindesten Volkshasses geworden. Man ahnte noch nicht, daß die nationale Wiedergeburt aus diesem Kampf hervorgehen werde. Eine frühere Reise nach Paris und Biarritz (im Oktober 1865) gab den Gegnern Bismarcks eine Handhabe, ihn eines Einverständnisses mit Napoleon zu beschuldigen: es wurde die gänzlich unbegründete Nachrede umhergetragen, er sollte dem Kaiser den Kohlenbezirk von Saarbrücken, die Erweiterung der französischen Grenze nach dem Rhein in Aussicht gestellt haben; auf Volksversammlungen wurden Beschlüsse gefaßt zur Wahrung der deutschen Grenzlande wider vaterlandsverräterische Politik.

Gegenüber der allgemeinen Aufregung blieben die Kundgebungen, die sich in Sachsen und andern Staaten für Erhaltung des Friedens oder für Neutralität hervorwagten, ohne alle Wirkung. Die auf Antrag des Gesamtministeriums von dem König angeordnete Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses, welches die Mittel zur Kriegführung verweigerte, trug noch zur Erhöhung der erbitterten Stimmung bei. Allenthalben wurden die beurlaubten oder in Reserve gestellten Mannschaften unter die Waffen gerufen; säumige Regierungen wurden durch den Volksterrorismus fortgerissen. Vergebens versuchte eine zahlreiche Versammlung deutscher Abgeordneten, die sich um Pfingsten in Frankfurt einfand, eine vermittelnde Ansicht zur Geltung zu bringen: man sollte dahin trachten, daß der bevorstehende Bruderkrieg nicht ganz Deutschland in zwei große Lager teile, sondern auf den engsten Raum beschränkt bleibe, indem man die mittlern Staaten, insbesondere die südwestdeutsche Gruppe von einer Teilnahme an dem Kampf der Großmächte abzuhalten suche; diese von dem Ausschuß beantragte und von der Mehrheit gebilligte Neutralität wurde von einer zu gleicher Zeit abgehaltenen demokratischen Volksversammlung für Feigheit und Verrat erklärt, eine Parole, die nun als Agitationsmittel unter die Masse geworfen ward. Die öffentliche Meinung in Deutschland stand durchaus nicht auf seiten der preußischen Regierung. Selbst der Ausschuß des Nationalvereins protestierte gegen einen Krieg, dessen Beweggründe und Endziele in Dunkel gehüllt seien, und gegen den Bruch des deutschen Landfriedens. In dem Angebot einer Bundesreform und eines Parlaments erblickte man einen wenig ernst gemeinten Versuch, die Volksstimmung für die preußische Politik zu gewinnen, welche doch im eignen Land mit der Volksvertretung um konstitutioneller Rechte willen im Kampf lag. Bald sah sich auch Baden, wo die liberale Regierung schon lange der Gegenstand der heftigsten Anfeindungen von seiten einer ultramontanen „Kasinopartei" war, zu einer Annäherung an die Nachbarstaaten genötigt, zumal seitdem an der Stelle des freiwillig ausgetretenen Freiherrn v. Roggenbach der Minister v. Edelsheim die auswärtigen Angelegenheiten im Sinn der österreichischen Bundespolitik leitete. Noch einmal leuchtete ein Schimmer von Hoffnung, der aufs äußerste bedrohte Frieden könne noch erhalten werden. Die neutralen Großmächte Frankreich, England und Rußland ließen eine Einladung zu einem Kongreß ergehen, wo die drei brennenden Fragen des Tages, das Schicksal der Elbherzogtümer, der italienische Streit, die Bundesreform auf diplomatischem Weg gelöst werden sollten. Zugleich wurde von neun Regierungen der Mittelstaaten infolge einer zu Bamberg abgehaltenen Ministerkonferenz ein gemeinsamer Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder an einem bestimmten Tag bei der Bundesversammlung eingebracht, und der Großherzog von Baden, ein von warmer Vaterlandsliebe erfüllter und durch nahe Familienbande mit dem preußischen Königshaus verwandter Fürst, begab sich nach Pillnitz bei Dresden, um zwischen Sachsen und Preußen eine

Scheitern der letzten Ausgleichungsversuche.

9. Mai 1866.

24. Mai.

2. Juni.

Verständigung zu vermitteln. Aber die schwache Hoffnung sollte bald verschwinden. König Johann, der kurz zuvor bei Eröffnung des Landtags erklärt hatte, daß auch der Mindermächtige sich entehren würde, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Mut entgegenträte, beharrte bei dem Bund mit Österreich; teils aus altsächsischem Groll gegen das preußische Vergrößerungsstreben, teils aus religiösen und politischen Zuneigungen zu dem Kaiserstaat, teils durch den Einfluß des auf Preußen erbitterten Ministers v. Beust fühlte er sich mehr auf jene Seite hingezogen. Die vorgeschlagene Pariser Friedenskonferenz aber, auf welche Preußen und Italien einzugehen bereit waren, vereitelte das Wiener Kabinett durch die Erklärung, daß es nur unter dem Vorbehalt sich dabei beteiligen könne, daß keine Kombination auf derselben zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs zuzuwenden berechnet sei. Da unter dieser Beschränkung das Zusammentreten des Kongresses ohne Nutzen sein mußte, erklärte Napoleon denselben für „unmöglich".

b. Der Deutsche Bund und die neue Parteistellung.

Der letzte Anstoß zum Krieg. Zu Anfang des Sommers 1866 war in Deutschland alles in banger Erwartung. Die Lage glich der bei Ausbruch des Siebenjährigen Kriegs, und es fehlte nicht an einem Geschichtschreiber, welcher aus sächsischen Urkunden bewies, daß auch vor hundert Jahren der große Friedrich ohne alle Herausforderung bloß aus Eroberungssucht das Schwert gezogen habe. Es bedurfte nur eines äußern Anstoßes, um den drohenden Sturm zum Ausbruch zu bringen. Diesen gab die österreichische Regierung, indem sie die schleswig-holsteinsche Frage, trotz der ausdrücklichen Erklärung Preußens, daß es die Kompetenz des Bundes in dieser
1. Juni 1866. nationalen Sache nicht gelten lasse, dem Bundestag in Frankfurt zur Entscheidung vorlegte, „damit sie nicht zu gunsten einseitiger Ansprüche, sondern nach dem Landesrecht und dem Bundesrecht gelöst werde", und zugleich dem Feldmarschallleutnant Gablenz den Befehl zugehen ließ, die Stände Holsteins auf den 11. Juni nach Itzehoe einzuberufen, um die Stimme des Landes über sein künftiges
3. Juni. Geschick zu hören. Preußen protestierte gegen dieses Vorgehen, welches einen Bruch des Gasteiner Vertrags in sich schloß, und vollendete die Mobilmachung und Zusammenziehung seiner Heerkräfte, so daß es Linie und Landwehr vereinigt über 400,000 Mann unter den Waffen hatte und die Hand am Schwert der weitern Entwickelung ruhig zusehen konnte. Die österreichischen Streitkräfte waren von gleicher Stärke, aber die Ausrüstung weniger vollständig. Die Mißstände und Mängel in der Heeresverwaltung, die schon im italienischen Krieg so schlimme Folgen gehabt, traten auch diesmal wieder zu Tage. Der wirkliche Armeebestand entsprach keineswegs den in den Militärlisten verzeichneten Angaben und über die Verpflegungsanstalten wurden bittere Klagen laut. Auch hatte

Österreich der Genfer Konvention, wonach alle zur Wartung und Heilung der Kranken und Verwundeten notwendigen Personen und Anstalten unter den Schutz des Völkerrechts gestellt und gegen die Wirkungen des Kriegs gesichert sein sollten, seinen Beitritt versagt, wodurch in der Folge Tausende seiner Krieger einem schmerzlichen Tod oder unsäglichen Leiden preisgegeben wurden. Die Zerrüttung aller Verhältnisse im österreichischen Staatswesen war so allgemein bekannt, daß die Zeitungen den Grafen Bismarck in einem Rundschreiben an die preußischen Gesandten bei den auswärtigen Höfen die Ansicht aussprechen lassen konnten, Österreich habe absichtlich den Krieg herbeigeführt, um seinen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenvollen Bankrott Hilfe zu verschaffen. Da nun nach der preußischen Auffassung die Gasteiner Konvention hinfällig war, somit in den Herzogtümern wieder der frühere Zustand des „Kondominats" eintrat, so erhielt v. Manteuffel Befehl, seine Truppen von Schleswig nach Holstein einrücken zu lassen und zugleich dem österreichischen Statthalter anheimzugeben, Schleswig zu besetzen; doch sollte alles in friedlicher Weise vor sich gehen. Gablenz wartete jedoch die Ankunft der Preußen nicht ab, sondern zog unter Protest mit seinen Truppen nach Altona, begleitet von dem Herzog und der holsteinschen Regierung. Nun nahm Manteuffel, da Gablenz seine Mitwirkung zur Herstellung einer österreichisch-preußischen Verwaltung in früherer Art ablehnte, auch von Holstein Besitz, verhinderte den Zusammentritt der nach Itzehoe berufenen Landstände und stellte den Baron v. Scheel-Plessen als Oberpräsidenten an die Spitze der Verwaltung. Gablenz aber erklärte in einer Proklamation, daß er die ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte nicht nutzlos im ungleichen Kampf opfern wolle, und begab sich mit seinen Leuten auf der Eisenbahn über Hamburg, Hannover, Kassel und Frankfurt zur Nordarmee nach Böhmen. 11. Juni 1866.

Der Deutsche Bund am Vorabend seiner Auflösung.

In der Besetzung Holsteins erblickte Österreich einen Vertragsbruch und einen Akt der Selbsthilfe, der gegen Artikel 19 der Wiener Schlußakte verstoße, und stellte den Antrag auf schleunige Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Armeekorps. In einer außerordentlichen Sitzung am 14. Juni sollte über den österreichischen Antrag entschieden werden. Vergebens protestierte der preußische Gesandte bei Beginn der Sitzung gegen die den Bundesgesetzen und Bundesgebräuchen widerstrebende Behandlung des Antrags, in dessen Annahme seine Regierung eine Kriegserklärung und einen Akt offener Feindseligkeit erblicken müßte; der Antrag auf Kriegsbereitschaft kam dennoch zur Verhandlung und wurde mit einfacher Majorität, wobei sich in der Folge noch eine Mandatsüberschreitung von seiten des Geheimrats Viktor v. Strauß von Schaumburg-Lippe, des Gesandten der sechzehnten Kurie, ergab, zum Beschluß erhoben. Darauf erklärte der preußische Gesandte v. Savigny, 14. Juni. daß durch diese verfassungswidrige Abstimmung das Bundesverhältnis gebrochen und der Bund aufgelöst sei, und machte zugleich die schon am 10. Juni den

deutschen Regierungen zur Erwägung mitgeteilten Grundzüge der Reform bekannt, auf denen ein neuer Bund errichtet werden sollte. Ein aus allgemeiner direkter Volkswahl zusammenberufenes Parlament, mit welchem über die künftige Form der Bundesgewalt beraten werden sollte, die Ausschließung Österreichs und die Errichtung einer nördlichen und einer südlichen Bundesarmee, jene unter Preußens, diese unter Bayerns Führung, gemeinsame Gesetzgebung in gewissen Gebieten des öffentlichen Rechts, namentlich in den wirtschaftlichen Angelegenheiten, bildeten die Hauptpunkte des neuen Verfassungsentwurfs, der bereits den Grundriß der spätern norddeutschen Bundes- und deutschen Reichsverfassung enthielt. Daß der Dualismus die Grundursache der Schwäche Deutschlands sei und daß nur durch Ausscheidung Österreichs aus dem deutschen Bundesverhältnis ein naturgemäßer und lebenskräftiger Staatsorganismus geschaffen werden könne, hatte schon das Reichsparlament im Jahr 1848 erkannt. Die Ablehnung der dargebotenen Führerschaft von seiten Preußens hatte damals die Demütigung in Olmütz zur Folge gehabt. Bismarcks kühne aktive Politik ging nun dahin, jene zurückgewiesene Ehrenstellung der Krone Preußen wiederzugewinnen, jedoch ohne die damit verbundenen „Grundrechte des deutschen Volks", die Schmach von Olmütz durch kriegerische Großthaten auszutilgen und den übrigen deutschen Stämmen Gelegenheit zu geben, unter dem Schirm eines starken Preußens zu einem würdigen und kräftigen Staatsganzen sich auszubilden. Dieser Gedanke, lange im Verborgenen gehegt und vorbereitet, gewann jetzt Gestalt und Leben, und der Genialität des Entwurfs entsprach die Energie der Ausführung. Die „deutsche Frage" wurde durch die Pläne Bismarcks in einer Weise gelöst, wie sie die besten und einsichtigsten Patrioten seit langen Jahren befürwortet hatten, allein viele konnten das alte Mißtrauen gegen die Berliner Staatskunst nicht überwinden und sich mit den gewaltsamen Wegen nicht befreunden, mit denen das Ziel erreicht wurde. Sie wollten nicht einsehen, daß der Jammer der deutschen Zustände nur durch „Blut und Eisen" gründlich zu heilen sei, durch ein so kühn durchgreifendes Auftreten, wie es dem großen Realpolitiker vorschwebte, der an der Spitze der preußischen Regierung stand.

Neue Parteistellungen.

Mit dem verhängnisvollen Beschluß vom 14. Juni nahm der Bundestag, gegen den so viele Schläge geführt worden, den Österreich im Jahr 1850 zur Demütigung Preußens und zum Trotz der Liberalen wieder von den Toten erweckt hatte, sein Ende. Aber der alte Spruch, daß niemand stirbt, ohne daß jemand trauert, ging selbst hier in Erfüllung. Seit seinem Bestehen der Gegenstand des Spottes und des Hasses aller freisinnigen und vaterländischen Männer, als das willfährige Werkzeug jeder reaktionären Tendenzpolitik, fand der Bund jetzt Teilnahme und Anhänglichkeit. Der Frankfurter Bundestag und die schwarz-rot-goldene Fahne, solange die feindlichsten Gegner, wurden nun im Verein mit dem österreichischen Doppeladler die Feldzeichen einer großen Partei, die in Ansichten und Bestrebungen weit auseinander gehend nur in der Abneigung und im

Widerstreit gegen Preußen einig war. Die alten Parteien und Vereine lösten sich auf; die ganze Nation schied sich in zwei große Heerlager. Zur „großdeutschen“ Fahne unter Österreichs Führung scharten sich in erster Linie alle Klerikalen und Reaktionäre, die stets das Haus Habsburg als die feste Burg ihrer Ideale verehrt hatten; scharte sich die große Menge der Servilen, welche in der Hof- und Beamtenluft der Kleinstaaterei emporgekommen; scharte sich die Mehrzahl der Demokraten, die an dem Berliner „Junkerregiment“, an dem festen, strammen Wesen des preußischen Militär- und Beamtenstaats Ärgernis nahmen, und die es verdroß, daß ihr wirksamstes Agitationsmittel, die Idee der deutschen Einheit, ihnen aus der Hand gewunden war; scharte sich ein großer Teil der Finanzwelt, welche von der Entwertung österreichischer Staatspapiere Verluste in ihrem Vermögen fürchtete; scharten sich die „Partikularisten“ oder „Föderalisten“, welche einen Staatenbund mit Schonung und Pflege der Stammeseigentümlichkeiten, der Landestraditionen, der Gewohnheiten, Sitten und Herkommen mehr der deutschen Natur entsprechend fanden als den Einheitsstaat oder einen Bundesstaat mit militärisch-monarchischer Spitze und, ein Aufgehen Deutschlands in Preußen fürchtend, die alte Zerstückelung einem einheitlichen „Groß-Preußen“ vorzogen; scharten sich die Männer des strengen Rechts, denen der Grundsatz fiat justitia! das höchste Dogma war und die in dem Vorgehen Preußens gegen Schleswig-Holstein und seinen „angestammten“ Herzog, in der Mißachtung des Verfassungsrechts im eignen Land, in dem schroffen Auftreten der Regierung gegen das Abgeordnetenhaus eine Geringschätzung verbriefter Rechte und Verträge erblickten. Alle diese verschiedenartigen Elemente bildeten nun mit Österreich und mit den Dynastien der meisten Mittel- und Kleinstaaten die große Phalanx, der sich die Volksmasse in ihrer Mehrheit anschloß, teils angetrieben von eingewurzelten Abneigungen, teils aufgestachelt durch demokratische und ultramontane Wortführer in der Presse und in Versammlungen, teils fortgerissen durch Erinnerungen aus dem Jahr 1849, teils geleitet von der Furcht vor einer Mehrung der Staatslasten durch höhere Besteuerung und allgemeine Wehrpflicht.

Stimmung in Preußen und Deutschland.

Wenn Leidenschaft und Kampflust hinreichend wären zum Sieg in geordneter Feldschlacht, so wäre die Niederlage der Preußen sicher gewesen. Es konnte auch nicht behauptet werden, daß das preußische Volk mit Begeisterung in den Kampf gezogen wäre. Die Adressen und Bittgesuche um Erhaltung des Friedens waren zahllos; in der Presse, in Vereinen, in Korporationen erhoben sich ernste Protestationen gegen die Politik von „Blut und Eisen“; die Agitationen für einen Minister- und Systemwechsel wurden immer lebhafter; der Abzug der Landwehrmänner, bei deren Aushebung man sehr tief in das bürgerliche und gewerbliche Leben eingreifen mußte, war an vielen Orten von Szenen des Schmerzes, der Wehklage, der Verzweiflung begleitet. Die Stockung aller Geschäfte und die Klemmen am Geldmarkt, denen weder die Aufhebung der Wuchergesetze noch die (12. Mai 1866.) Errichtung einer Darlehnskasse zur Abhilfe des Kreditbedürfnisses mit eignen (16. Mai.)

Kassenscheinen zu steuern vermochten, führten Vermögensverfall und Verarmung in viele Häuser und Familien. Als aber die Würfel gefallen waren, als es sich um die künftige Machtstellung Preußens, ja um seine staatliche Existenz handelte, da trat ein Umschwung ein, da wurde es sichtbar, welche Anziehungskraft ein gut organisierter Staat auf alle seine Glieder übt, wie mächtig das Bewußtsein, einem großen Ganzen anzugehören, den Gemeinsinn weckt, den Einzelwillen unter den Begriff der Gesamtheit beugt, das Zerstreute und Eigenwillige zusammenfaßt und der höhern Idee dienstbar macht. Seit dem verhängnisvollen 14. Juni trat Preußen, wie wiederholt aus königlichem Mund verkündigt ward, in einen Kampf um die höchsten nationalen Güter; daß es durch die eigne Politik in diese kritische Lage gebracht worden, daß der verwegene Mann, in dessen Hand die Zügel der Regierung gelegt waren, mit Plan und Absicht die Dinge auf diese Spitze geführt hatte, diese Betrachtung trat jetzt zurück hinter der Notwendigkeit, für das gefährdete Vaterland mit aller Kraft einzustehen, über die Kluft gespaltener Meinungen sich die Hände zum einträchtigen Zusammenwirken zu reichen. Wie schrecklich auch die Wege waren, auf die man sich gedrängt sah, ein Stillstehen oder Rückwärtsgehen brachte Schmach, Verderben, Untergang. Auch in den übrigen deutschen Staaten mußte man die realen Verhältnisse ins Auge fassen und den alten Standpunkt aufgebend mit neuen Faktoren rechnen. Und so sah man denn auch hier, je nachdem bei den Sturmfluten der Gegenwart der sichere Schiffbruch gefürchtet oder eine raschere Landung am ersehnten Ufer erhofft ward, frühere Gegner sich vereinigen, frühere Gesinnungsgenossen auseinander gehen. Das alte Parteiwesen löste sich auf; mit Unrecht beschuldigte einer den andern des Abfalls von frühern Prinzipien und Anschauungen. Selbst die Führer der alten Demokratie in der Emigration trennten sich; Hecker, Rüstow, Ruge, Kinkel sprachen sich entschieden für das Zusammengehen mit Preußen aus. Das Schlimmste, was als nächstes Ergebnis aus dem Kampf hervorgehen konnte, eine diktatorische Militärherrschaft, schien ihnen als „Zucht zur Freiheit“ minder gefahrvoll für die Zukunft Deutschlands als die verlotterten Zustände der Kleinstaaterei. Wie unbestimmt und unbefriedigend auch der dargebotene Entwurf der Bundesreform sein mochte und wie zweifelhaft der Wirkungskreis des in Aussicht gestellten Parlaments, die nationale Einheit, das Ziel aller patriotischen Bestrebungen seit einem halben Jahrhundert, konnte nur an der Hand und unter der Führung eines starken streitfertigen Staats, konnte nur durch Vernichtung des Dualismus erreicht werden. Während die großdeutsche österreichische Partei in die Vergangenheit blickte oder sich mit der wenn auch nicht ruhmvollen, so doch leidlichen und behaglichen Gegenwart getröstete, richtete die preußische ihr Auge in die Zukunft und stand mit ihren Wünschen auf der Seite, wo sie allein die Möglichkeit eines dem Kulturstand und der Größe der Nation entsprechenden würdigen Staatslebens gewahrte, das allerdings höhere Opfer heischte, aber auch eine ehrenvolle Stellung unter den Völkern verhieß. Wenn die Partei, welche

die nationale Einheit und Kraft als die einzig sichere Basis für den Fortbestand der deutschen Kulturentwickelung und aller idealen Güter ansah, nicht wie in Italien die Masse des Volks auf ihrer Seite hatte, so hatte dies mancherlei Ursachen. Abgesehen von den verschiedenen Wegen zur nationalen Einheit jenseits und diesseits der Alpen und von den Männern, welche dort und hier als Urheber und Vermittler der Reformen auftraten, hatte der deutsche Partikularismus tiefere Wurzeln als der italienische; waren die öffentlichen Zustände in den deutschen Kleinstaaten minder drückend und verkommen als in Italien und die Staatslasten gering; trieb in dem Apenninenland nicht eine konfessionelle Spaltung ihr zersetzendes Gift in die Adern des Volks. Wie bedeutend dieser letzte Faktor auf die Parteistellung einwirkte, kam in den Ländern mit gemischter Bevölkerung zu Tage, wo der Kampf vorzugsweise als Religionskrieg aufgefaßt wurde, wo bei längerer Dauer der Aufregung häßliche Szenen von Intoleranz und Glaubenshaß erwartet werden durften.

c. Die Waffengänge.

Als der Beschluß über Kriegsbereitschaft von vier Bundesarmeekorps in Frankfurt gefaßt wurde, war Preußen mit seinen Rüstungen schon soweit vorgeschritten, daß es den Kampf alsbald aufnehmen konnte. Die Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld war als rechter Flügel zwischen Halle und Torgau aufgestellt und bereit in Sachsen einzurücken; den linken Flügel bildete die zweite schlesische Armee unter dem Kronprinzen, während die erste schlesische Armee unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl das Zentrum zwischen Hoyerswerda und Görlitz innehatte. In Berlin stand ein Reservekorps unter General Mülbe. Am wenigsten zahlreich und zum Teil weit auseinander liegend oder noch im Bilden begriffen war die Westarmee unter Vogel von Falckenstein, welche Westfalen und Rheinland decken und gegen Hannover, Hessen und Nassau operieren sollte. Dazu gehörten die Divisionen Goeben, Beyer und Manteuffel. Die Bundesfestungen und die Stadt Frankfurt waren schon am 1. Juni auf Antrag Bayerns von den österreichischen und preußischen Besatzungstruppen geräumt und durch Garnisonen aus andern Bundesstaaten besetzt worden. — Die österreichische Armee war unter dem Oberbefehl des Feldzeugmeisters Benedek, der sich in der Schlacht von Solferino durch Geschicklichkeit und Tapferkeit hervorgethan hatte, in einem weiten Bogen von Krakau bis auf das linke Elbufer in Westgalizien, Mähren, Österreichisch-Schlesien und Böhmen längs der Eisenbahnlinie aufgestellt, so daß die Hauptstärke zwischen Olmütz und Josephstadt vereinigt war. Auch bei Bodenbach an der sächsischen Grenze waren namhafte Truppenmassen angesammelt. Wenn Benedek in seinem ersten Heerbefehl an die Nordarmee, worin er sagte, daß der Kaiser das Schwert gezogen habe für die Ehre, die Unabhängigkeit und die

Aufstellung u. Heerführer.

Macht Österreichs, sich auf sein altes Soldatenglück berief, so sollte sich sein Vertrauen diesmal nicht bewähren. Obwohl von seinem Monarchen mit der Vollmacht freien Handelns ausgerüstet, sah er sich doch vielfach durch aristokratische Vorurteile, durch klerikale Einflüsse, durch die Unfähigkeit oder Leichtfertigkeit mancher Unterbefehlshaber in seinen militärischen Plänen und Unternehmungen gehindert oder abgelenkt. Auch ergab sich bald, wie später der kriegsgerichtliche Urteilsspruch darthat, „daß Feldzeugmeister Benedek einer so großen Aufgabe nicht gewachsen war, daß in seinen Plänen und Dispositionen Mißgriffe stattgefunden, welche nach den Regeln der Kriegskunst keineswegs zu rechtfertigen waren“.

Haltung der norddeutschen Mittelstaaten. Durch den Bundesbeschluß vom 14. Juni war für die deutschen Staaten keine neutrale Stellung mehr möglich, sie mußten sich der einen oder der andern Großmacht anschließend in die kriegerische Aktion eintreten. Sollte nun Preußen bei der ungünstigen geographischen Lage seines Ländergebiets nicht in der freien Benutzung seiner Streitkräfte gehemmt sein, so mußte es vor allem suchen, diejenigen Staaten, durch welche seine östlichen und westlichen Provinzen unterbrochen waren, vom Anschluß an den Feind abzuhalten. Dabei mußte man jedoch auch auf den Kaiser von Frankreich Rücksicht nehmen, der nach Vereitelung des Kongresses in einem Schreiben an den Minister Drouyn de Lhuys vom 11. Juni eine „aufmerksame Neutralität“ empfohlen und seine Wünsche, die auf dem Kongreß hätten verwirklicht werden sollen, in folgende Punkte zusammengefaßt hatte: Für die mittlern Staaten des Deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine kräftige Organisation, eine bedeutendere Rolle; für Preußen eine größere Gleichartigkeit und Macht im Norden; für Österreich die Aufrechthaltung seiner einflußreichen Stellung in Deutschland; für Italien die Abtretung Veneniens gegen eine gerechte Entschädigung an Österreich. Daher faßte man in Berlin den Entschluß, die einst im Baseler Frieden vereinbarte Demarkationslinie zwischen Nord- und Süddeutschland wiederherzustellen und den Main als Grenze bezeichnend alle im Norden dieses Stroms gelegenen Staaten zu einem Kriegsbund unter Preußens Führung zu vereinigen oder doch zu einer neutralen Haltung zu nötigen. Zu dem Zweck richtete Preußen an die bei dem Bundesbeschluß beteiligten drei Staaten, die allein in Betracht kommen konnten, an Hannover, 15. Juni 1866. Sachsen und Kurhessen Drohnoten, in welchen es bis zum nächsten Tag Erklärungen forderte, ob die drei Fürsten von dem Bundesvotum zurücktreten, ihre Truppen auf den Friedensfuß setzen und sich dem neuen Bund auf Grund des Reformentwurfs vom 10. Juni anschließen wollten. Für den Fall der Zustimmung wurde ihnen der Fortbesitz ihrer Länder und ihrer Souveränitätsrechte innerhalb der Grenzen der Bundesreform zugesichert, im Fall einer Weigerung ward mit militärischen Maßregeln gedroht. In einer Proklamation an das deutsche Volk rechtfertigte die Regierung die zur Verteidigung der bedrohten Unabhängigkeit Preußens angeordnete Einberufung der gesamten Heerkraft und

sprach den Entschluß aus, „für die im Interesse Einzelner bisher gewaltsam gehemmte nationale Entwickelung Deutschlands den Kampf aufzunehmen“. Diese Eile war um so mehr geboten, als auch in Süddeutschland die Mobilmachung der Bundestruppen, die dem Oberkommando des bejahrten Prinzen Karl von Bayern unterstellt waren, eifrig betrieben wurde und Preußen viel daran gelegen sein mußte, die Vereinigung derselben mit den norddeutschen Armeekorps zu verhindern. In Hannover war man eine Zeitlang schwankend; als aber der österreichische General Prinz Karl Solms in geheimer Mission in der Hauptstadt eintraf, erhielt die preußenfeindliche Partei, an ihrer Spitze der Minister Graf Platen-Hallermund, die Oberhand in der Umgebung des Königs. Die verlangte friedliche Neutralität wurde abgelehnt und die Mobilmachung fortgesetzt. Wie der preußische Gesandte nach Berlin meldete, hatte man dem König den Glauben beigebracht, daß Preußen mit Frankreich einen Vertrag über Abtretung des Rheinufers und Entschädigung durch Hannover und Sachsen abgeschlossen habe. In Dresden und Kassel hatten die Vorschläge Bismarcks keinen bessern Erfolg. Die drei Regierungen wiesen die Aufforderung zurück, worauf die Kriegserklä- 15. 16. Juni 1866. rung und am folgenden Tag das Einrücken der Preußen erfolgte. Dem Gesuch Sachsens um Bundeshilfe wurde in Frankfurt entsprochen und Österreich und Bayern aufgefordert, diese Hilfe allen Bedrohten zu gewähren. Dies gab Preußen Veranlassung, den Österreichern durch Parlamentäre verkündigen zu lassen, daß man die zugesagte Hilfeleistung als Kriegserklärung ansehe. Kurz nachher erklärte auch die Florentiner Regierung den Krieg an Österreich, weil der Kaiserstaat das neugebildete Königreich nicht anerkenne und fortfahre, die edelste Provinz zu unterdrücken, sowie ganz Italien in seiner Existenz, in seinen moralischen und materiellen Gütern zu gefährden, und umstellte Venetien mit seinem furchtbaren Festungsviereck im Westen und im Süden.

Nach diesen Vorgängen erfolgte der Einzug der Preußen in Kurhessen, Besetzung von Kurhessen. Hannover und Sachsen. Vorausgesandte Manifeste erklärten, daß man nur gegen die Regierung Krieg führe, nicht gegen das Volk. In Kurhessen erreichte der General Beyer seinen Zweck nicht völlig. Wie sehr er auch seinen Marsch von Gießen über Marburg nach Kassel beschleunigte, so hatte doch die Garnison, zum Teil noch nicht völlig kriegsfertig, ihren Abzug nach Hanau bewerkstelligt, wo sie sich anfangs mit dem achten Armeekorps vereinigte, welches dem Befehl des Prinzen Alexander von Hessen, eines österreichischen Generals, der im italienischen Krieg sich einen guten Namen gemacht hatte, unterstellt war, in der Folge aber zur Besetzung der Bundesfestung Mainz verwendet ward. Dagegen wurde der Kurfürst, welcher auf seinem Schloß Wilhelmshöhe weilte und die dargebotenen Bedingungen, Neutralität und Rückberufung der hessischen Truppen, nochmals standhaft zurückwies, von General Röder als Staatsgefangener nach Stettin weggeführt, wo man ihm das alte Schloß der pommerschen Her- 23. Juni. zöge zum Aufenthalt anwies.

Hannover. Gleichzeitig setzte der General v. Manteuffel mit seiner schleswig-holstein-
17. 18. Juni 1866. schen Division über die Elbe, zwang die Besatzung von Stade zur Kapitulation
und zog dann über Lüneburg nach der Hauptstadt Hannover, welche König
Georg mit dem Kronprinzen verlassen hatte, um sich an die Spitze der in und
um Göttingen sich sammelnden Truppen zu stellen, nachdem er zuvor sein Pri-
vatvermögen und über eine Million Landesgelder nach England geschafft. Als
Manteuffel nach Hannover kam, war die Stadt bereits von Minden aus durch
Vogel von Falckenstein besetzt. Große Kriegsvorräte fielen in die Hände der
Preußen. König Georg, der anfangs zwischen dem österreichischen und preußi-
schen Bündnis geschwankt, dann aber aus Besorgnis, in seiner Souveränität
beschränkt zu werden, sich dem Kaiserstaat zugewandt hatte, versuchte mit seiner
etwa 19,000 Mann starken Armee nach Süden durchzubrechen, um sich mit den
Bayern, welche Koburg besetzt hatten, zu vereinigen. Da aber die Linie von
Eisenach bis Erfurt von preußischen und sachsen-gothaischen Truppen besetzt war,
welche den Hannoveranern den Durchgang verlegten, und die um Hilfe ange-
rufenen Bayern ihren Marsch nach Norden nicht eifrig betrieben, in der Vor-
aussetzung, die Hannoveraner seien stark genug, auf eigne Hand durch die
schwachen preußischen Linien durchzubrechen, so wurde ein mehrtägiger Waffen-
20.–25. Juni. stillstand geschlossen, der unter Vermittelung des Herzogs von Gotha zu diplo-
matischen Unterhandlungen über eine Kapitulation benutzt ward. Im han-
növerschen Hauptquartier machten sich verschiedene Einflüsse geltend, welche eine
unsichere Haltung zur Folge hatten. Man schwankte zwischen dem Entschluß
zu entscheidenden militärischen Bewegungen und der Neigung für eine gütliche
Vermittelung, „um allem Blutvergießen und dem Bedruck der Einwohner mög-
lichst vorzubeugen". Vergebens machte der preußische Monarch durch den Ober-
sten Döring die ehrenvollsten Anerbietungen, wenn der König sich zu einer Allianz
auf Grund des Planes einer Bundesreform entschließen würde; Georg sprach
das verhängnisvolle Nein, das ihn die Krone kosten sollte. Als man sich über
die Bedingungen nicht einigen konnte, machten die Hannoveraner unter dem
Oberfeldherrn von Arentschildt kriegerische Bewegungen, in denen man auf preu-
ßischer Seite die Absicht zu erkennen glaubte, sich wieder der eignen Heimat zu
bemächtigen. General Fließ, der den Auftrag hatte, „dem Feind an der Klinge
26. Juni. zu bleiben", erreichte das hannöversche Heer mit der Vorhut der Falckenstein-
Manteuffelschen Armee bei Langensalza und wagte, nachdem er noch einige
preußische und gothaische Truppen aus der Nähe an sich gezogen, trotz der großen
Überlegenheit des Feindes, zwischen Langensalza und Merxleben an der Unstrut
ein Treffen, in welchem er eine Niederlage erlitt und sich in der Richtung auf
27. Juni. Gotha zurückziehen mußte. Das Gefecht bei Langensalza, wo die Hanno-
veraner ungeachtet der mangelhaften Ausrüstung und Verpflegung ihre alte Tapfer-
keit bewährten, war eine nutzlose Waffenthat, durch welche auf beiden Seiten edles
deutsches Blut vergossen ward, ohne daß dadurch der notwendige Gang der

Dinge aufgehalten werden konnte. Die Hannoveraner überzeugten sich bald, daß sie, von preußischen Truppen in der Stärke von 40,000 Mann rings umstellt, von der bayrischen Bundesarmee verlassen, ohne Obdach und Nahrungsmittel keine Rettung zu erwarten hätten. Die Mission des Archivrats Onno Klopp als militärischen Agenten hatte im bayrischen Hauptquartier keinen Erfolg. So kam denn eine Kapitulation zu stande, welche die Preußen zu Herren des Lan- 29. Juni 1866.
des mit allen Kriegsvorräten machte. Doch gewährte der König von Preußen, in Betracht des tapfern Widerstandes, den die hannöversche Armee geleistet, solche Bedingungen, „daß dadurch für alle Zukunft der Stachel einer kränkenden Erinnerung entfernt würde“. Die Mannschaft wurde nach Ablieferung der Waffen in die Heimat entlassen; die Offiziere behielten ihre Degen, verpflichteten sich aber, in diesem Krieg nicht gegen Preußen zu kämpfen. König Georg und der Kronprinz begaben sich nach Wien und nahmen ihren Aufenthalt in Hietzing. Die Königin blieb noch längere Zeit in Schloß Herrnhausen unter dem Schutz der Preußen zurück. Mit der Einverleibung Hannovers in den preußischen Staatsverband erfüllte sich ein historisches Fatum, das ein halbes Jahrhundert über der Dynastie und dem Land geschwebt hatte.

Während dieser Vorgänge am Thüringer Wald und an der Fulda war das Sachsen.
Königreich Sachsen bereits im Besitz der Preußen. Gleich nach der Kriegserklärung hatte das sächsische Heer, nachdem es die Eisenbahnbrücke bei Riesa durch 18. Juni.
Feuer zerstört, das Königreich geräumt, um sich, begleitet von dem König, dem Kronprinzen und dem Minister von Beust, in Böhmen mit den Österreichern zu vereinigen, wo es bald Gelegenheit fand, seinen alten Kriegsmut aufs neue zu bethätigen. Nur auf der Festung Königstein, wo man die Schätze und wertvollsten Gegenstände geborgen, wehte noch die sächsische Fahne unter dem Schutz einer Besatzung. Sofort rückte General Herwarth von Bittenfeld auf dem linken Elbufer in das Königreich Sachsen ein und nahm Besitz von Dresden, indes Prinz Friedrich Karl von der zweiten schlesischen Armee einzelne Abteilungen nach Zittau und Bautzen vorschob, Leipzig von dem vierten Garderegiment besetzt wurde. Preußische Kommissarien nahmen die Oberleitung der Verwaltung in die Hand und suchten durch Milde und Schonung mit den Einwohnern in gute Beziehungen zu treten, da Preußen nicht gegen das Volk, sondern nur gegen die feindlich gesinnte Landesregierung im Kriege sei.

Der Besitz von Sachsen gewährte den Preußen den Vorteil, daß damit Einrücken der Preußen in Böhmen.
ein konzentrisches Vorbrechen der drei Armeen durch die Grenzpässe und eine rasche Vereinigung aller Heerkörper in Böhmen ermöglicht war. Dieser Operationsplan wurde mit derselben Schnelligkeit und Meisterschaft, der man die bisherigen überraschenden Erfolge zu verdanken hatte, ins Werk gesetzt, obwohl die Preußen den Nachteil hatten, daß sie in weit voneinander getrennten Kolonnen über Gebirge vorbrechen und überall den Gegner in gut gewählten, starken Positionen angreifen mußten. Durch die raschen Bewegungen des Feindes sah

sich der Oberfeldherr Benedek, der seine Hauptmacht zwischen Theresienstadt, Prag, Josephstadt und Pardubitz vereinigt hatte, offenbar in der Absicht, von Bayern und den übrigen Bundestruppen seitwärts unterstützt, einen Hauptstoß auf das Herz des preußischen Staats zu richten, in seinem aggressiven Vorgehen gehindert. Anstatt daß, wie die Wiener Zeitungen in voreiliger Siegeszuversicht und in Unterschätzung des Gegners annahmen, der österreichische Oberfeldherr in raschem Lauf Sachsen befreite und dann in Berlin einziehend den Frieden diktierte, sah man plötzlich die drei preußischen Armeen durch die Gebirgspässe in das nordöstliche Böhmen einbrechen. Die österreichischen Kriegsvorbereitungen waren nicht mit der Schnellkraft und Energie betrieben worden, wie die preußischen, und die Bundesheere waren ohne planmäßige Führung und zum Teil ungenügend ausgerüstet. So nahmen die Dinge einen unerwarteten Verlauf, wenngleich die österreichisch-sächsische Nordarmee an Stärke der vereinigten preußischen Heeresmacht in Böhmen kaum nachstand und die Streitkräfte des Bundes weit überlegen waren. Auch die badische Regierung, die an dem Bundesbeschluß vom 14. Juni nicht mitwirkte, hatte endlich, gedrängt durch die Volksstimmung und um den Gegnern keine Veranlassung zu geben, das Großherzogtum als „Kompensationsobjekt“ zu behandeln, ihre Truppen zu dem achten Armeekorps unter Alexander von Hessen gestellt und Österreich 15,000 Mann, welche als Kern dienen sollten, mit demselben vereinigt.

Heermärsche und Gefechte. Damit die militärischen Bewegungen und die Sammlung der Streitkräfte nach einem einheitlichen Plan vor sich gingen, übernahm König Wilhelm selbst den Oberbefehl und unterzog sich trotz seiner vorgerückten Jahre den Strapazen 17. Juni 1866. eines Feldzugs. Nachdem er in einem Aufruf An mein Volk! an die Worte seines Vaters erinnert: Das Vaterland ist in Gefahr! und die Zuversicht ausgesprochen, daß Preußens streitbares Volk, das er seit Jahren für eine starke Machtentwickelung vorzubereiten für seine ernste Regentenpflicht erkannt, sich als ein wahres „Volk in Waffen“ fühlen und in der gefahrvollen Stunde, da die Erniedrigung Preußens das Kriegsgeschrei aller Feinde sei, den Kampf auf Leben und Tod um die Existenz, um die Erhaltung des Staats nicht scheuen werde, begab er sich nach dem Kriegsschauplatz, begleitet von dem Ministerpräsidenten v. Bismarck als Landwehrmajor, dem Kriegsminister, General v. Roon, und dem Haupt des Generalstabs v. Moltke. Sobald der Angriff auf Böhmen beschlossen war, erfolgte das Einrücken der Preußen auf drei Seiten. Der Armeebefehl an die Oberkommandos schloß mit der Weisung: „Von dem Augenblick an, wo Sie dem Feind gegenübertreten, haben Sie nach eignem Ermessen und nach Erfordernis zu handeln, dabei aber stets die Verhältnisse der Nebenarmee zu berücksichtigen. Durch fortgesetztes Vernehmen untereinander wird die gegenseitige Unterstützung ermöglicht sein.“ Nach dieser Vorschrift wurde gehandelt. Während General Mülbe mit dem Reserve-Armeekorps Sachsen besetzt hielt und Graf Stolberg mit Landwehr und Freiwilligen bei Oswieczim (Auschwitz) und

Myslowitz Oberschlesien deckte, zog General Herwarth mit der Elbarmee über Rumburg auf Niemes und Hühnerwasser zu, indes Prinz Friedrich Karl, Oberbefehlshaber der ersten Armee, über die gewerbsame Stadt Reichenberg nach Turnau vorrückend nach dem heißen Gefecht bei dem Dorf **Podol** gegen die „eiserne Brigade“ Gondrecourt die Iserlinie besetzte, welche Clam-Gallas mit unzureichenden Streitkräften zu halten gesucht, und dann dem nach dem siegreichen Treffen bei **Hühnerwasser** heranziehenden Herwarth die Hand reichte. **Münchengrätz** mußte nach mehreren heftigen Gefechten von den Österreichern geräumt werden, worauf die Preußen die von den Einwohnern fast gänzlich verlassene Stadt in Besitz nahmen. Noch blutiger war der Kampf um **Gitschin**. Nachdem die Preußen unter den Generalen Tümpling und Werder mit großer Anstrengung den Feind aus seinen vorteilhaften Positionen auf den benachbarten Anhöhen gedrängt, wurde ein nächtlicher Angriff auf die von Österreichern und Sachsen besetzte Stadt unternommen. Es war eine Nacht voll Schrecken und Grausen. Auch die Bewohner wurden beschuldigt, an dem unheimlichen Kampf in den dunkeln engen Gassen teilgenommen zu haben. Als der Morgen graute, waren die Österreicher im Abzug begriffen und die mit Blut und Leichen gefüllte Stadt in der Gewalt der Preußen, ein schwer erkaufter Besitz, aber von entscheidender Wichtigkeit für den ganzen Feldzug. Denn während Clam-Gallas von Nordwesten her nach der Oberelbe gedrängt wurde, wo Benedeks Hauptarmee, auf die festen Punkte Josephstadt und Königgrätz gestützt, ihre Stellungen genommen hatte, war bereits von Osten her die Armee des Kronprinzen, dem General v. **Blumenthal** als Haupt des Generalstabs zur Seite stand, im Anmarsch begriffen. Um dieselbe Zeit nämlich, da die Preußen unter Herwarth und Friedrich Karl an der Iser und bei Münchengrätz stritten, war auch die zweite Armee, zu deren Oberbefehlshaber der Kronprinz von Preußen ernannt worden war, aus der Grafschaft Glatz und von Landeshut aufgebrochen, um durch die Pässe des Riesengebirges vorzudringen und sich mit jenen in Verbindung zu setzen. Dieses Vorhaben wurde jedoch sehr erschwert teils durch die ungünstigen Ortsverhältnisse jenes Gebirgslandes, teils durch den tapfern Widerstand der Österreicher. Als General **Steinmetz**, ein erfahrener Militär aus den Freiheitskriegen, die engen langgestreckten Pässe von Nachod durchzog, wurde er beim Vorbrechen von General Ramming, einem der tüchtigsten österreichischen Feldherren, angegriffen. Dank der entschlossenen und tapfern Haltung der Vorhut unter Löwenfeld und dem rechtzeitigen Eingreifen der Regimenter unter den Obersten von Witzleben und Voigts-Rhetz, konnte die Gefahr überwunden und nach den heißen Kämpfen bei **Nachod** und **Skalitz**, wo das Zündnadel- oder Hinterladungsgewehr der preußischen Infanterie von furchtbarer Wirkung war, der Marsch fortgesetzt werden. Der Verlust an Toten und Verwundeten war auf beiden Seiten stark, eine große Zahl von Gefangenen nebst Geschütz und mehreren Kriegsfahnen fiel in preußische Hände. Gleichzeitig war eine andre

23. Juni 1866. — 26. Juni. — 26. Juni. — 28. Juni. — 29. Juni. — 30. Juni. — 27. Juni. — 27. 28. Juni.

Abteilung der schlesischen Armee unter General von Bonin von Liebau nach
27. Juni 1866. Trautenau vorgerückt, wo sie auf das Gablenzsche Korps stieß. Nach einem heftigen Kampf nahmen die Preußen Besitz von Trautenau, und da es schon spät am Tage war, hielt Bonin das Treffen für beendigt und lehnte daher die angebotene Hilfe des Gardekorps ab, das auf dem Marsch von Braunau nach Eypel und Königinhof begriffen bei Kwalisch (Qualitzsch) eine Meile von Trautenau stand. Diese Zuversicht sollte den Preußen verderblich werden. Gablenz stellte sich von neuem auf und alle seine Kräfte entwickelnd, nötigte er die Preußen wieder zum Abzug. Bei dieser Gelegenheit sollen die Einwohner von Trautenau sich großer Grausamkeiten schuldig gemacht haben. Es wurde behauptet, sie hätten vereint mit österreichischem Militär auf die abziehenden Preußen nicht nur aus den Häusern und von den flachen Dächern gefeuert, sondern auch siedendes Wasser auf sie herabgegossen, wofür dann die preußischen Soldaten auch ihrerseits schwere Rache nahmen. Die Beschuldigung wurde in Abrede gestellt, aber sicher ist, daß die Stadt Trautenau der Schauplatz wilder Kriegsszenen war und einen schrecklichen Anblick bot. Der kleine Triumph war indessen von kurzer Dauer. Schon am nächsten Tag sah sich Gablenz von dem Befehlshaber des Gardekorps Prinz August von Württemberg angegriffen; zwar gelang es den Österreichern bei Alt-Rognitz zweien Bataillonen preußischer Grenadiere, die zur Flankendeckung zu weit vorgeschoben waren, durch ein heftiges Kreuzfeuer solche Verluste beizubringen, daß zwei Drittel der Offiziere, darunter der Oberstleutnant v. Gaudy, und ein Drittel der Mannschaft fielen; aber noch vor Abend wurde Gablenz (nach den Gefechten von Burkersdorf und Soor, auch als zweites Gefecht bei Trautenau bezeichnet) zum Rückzug genötigt. Am folgenden Tag eroberten die Preußen nach einem heftigen Straßengefecht die tapfer verteidigte
29. Juni. Stadt Königinhof, wobei die abziehenden Feinde großen Schaden nahmen und Geschütz und Fahnen einbüßten.

Die Schlacht bei Königgrätz oder Sadowa. So war denn Ende Juni, als König Wilhelm in Reichenberg ankam und den Oberbefehl in Person übernahm, das preußische Gesamtheer bereits um Horsitz und Jaromierz vereinigt, und um die Zeit, da der königliche Heerfürst sein Hauptquartier in dem Rohanschen Schloß Sichrow, dann in Gitschin aufschlug, durch eine Proklamation den Mut der Soldaten zugleich rühmend und anfeuernd, vernahmen die Wiener aus einem Telegramm, daß Benedek durch das Zurückweichen Clams und der Sachsen sich genötigt sehe, seine Armee um Königgrätz zu vereinigen. In dieser Gegend durfte man somit in kurzem der Entscheidungsschlacht entgegensehen. Sie ließ nicht lange auf sich warten. Benedek hatte nordwestlich von Königgrätz zwischen Elbe und Bistritz eine durch die waldigen Hügel von Chlum und Lipa und durch das sumpfige Bistritzthal gedeckte
3. Juli. Stellung genommen, als er am 3. Juli an einem trüben, nebligen Regentag in aller Frühe von der vereinigten Streitmacht des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Herwarth angegriffen ward. Um neun Uhr erschien der König selbst

auf dem Schlachtfeld und übernahm den Oberbefehl. Aber weit stärker an Zahl und geschützt durch die Stellung, leisteten die Österreicher erfolgreichen Widerstand und fügten durch ihre treffliche Artillerie mit durchgehends gezogenen Geschützen den in der Linie von Sadowa bis Dohalitzka vorrückenden Preußen furchtbare Verluste zu. Insbesondere befand sich der linke Flügel der ersten Armee, die Division Fransecky, in äußerster Bedrängnis. Schwerlich hätten die Preußen der überlegenen Macht zu widerstehen vermocht, wäre nicht der Kronprinz, durch des Königs Befehl zum Vorrücken aufgefordert, in der entscheidenden Stunde mit den in Königinhof und Arnau stehenden Truppenkorps von Norden her auf dem Schlachtfeld erschienen. Schon herrschte allgemein das Gefühl, als ob die Schlacht eine ungünstige Wendung nehmen werde. Eine peinliche Spannung lag auf allen Gesichtern und in allen Gemütern. Da hörte man links von der Division Fransecky von Josephstadt her den Donner neuer in die Gefechtslinie rückender Geschütze, und bald verbreitete sich über die ganze Schlachtlinie hinweg der freudige Ruf: der Kronprinz kommt mit vier frischen Korps! Wie schwierig auch der Weg über den von Regengüssen aufgeweichten morastigen Boden an der Trotinka war, gegen Mittag kam die Armee des Kronprinzen bei Horenowes und Benatek mit dem Feind in Fühlung und nötigte ihn bald zum Rückzug nach Maslowed und Sendrasitz. Nach mehrstündigem furchtbarem Artilleriekampf erstürmten die erste und zweite Division des Gardekorps die Anhöhen von Lipa, Chlum und Rosbieritz, wo die österreichischen Batterien aufgestellt waren. Mit großer Unruhe hatte man in Dub, wo der König seine Stellung genommen, stundenlang der Ankunft des Kronprinzen geharrt. Denn die Armee Friedrich Karls war durch den sechsstündigen Heldenkampf wider den übermächtigen Feind so erschöpft, daß man um Mittag in der Umgebung des Königs überlegte, ob es nicht zweckmäßig sei, die Truppen auf das rechte Ufer der Bistritz zurückzuziehen. Nur mit der größten Anstrengung und Tapferkeit hielten die Regimenter unter Fransecky am Wald von Maslowed den Kampf aufrecht. Offiziere und Gemeine sanken massenweise unter den Wirkungen des feindlichen Geschützes. Bald aber merkte man, daß das Artilleriefeuer sich teilte, und schloß aus der Abnahme und veränderten Richtung desselben auf die Nähe der Waffenbrüder. Es war ein großer strategischer Fehler von seiten des österreichischen Oberfeldherrn, daß er die zweite Armee zu wenig berücksichtigte. Immer und allerwärts herrschte bei ihm die Idee vor, daß es sich zunächst nur darum handle, den Prinzen Friedrich Karl zu schlagen, ihm allein gegenüber suchte Benedek den Erfolg. „Es war der eiserne Wille ohne die regelnde Vernunft, was die Katastrophe herbeiführte," sagt ein österreichischer Schriftsteller. Schon um drei Uhr war die vollständige Niederlage der Österreicher entschieden und Benedeks ganze Sorgfalt nur noch darauf gerichtet, die Trümmer der geschlagenen Armee nach Königgrätz zu retten, von wo aus sie dann an beiden Ufern der Elbe ihren Weg weiter nach Pardubitz suchten, scharf verfolgt von dem siegreichen Gegner, die Kavallerie-

division Alvensleben an der Spitze. Mit Freudenrufen wurde der König, als er über das Schlachtfeld ritt, von dem siegreichen Heer begrüßt. Sehr viele stimmten jedoch nicht mehr in den Freudenruf mit ein. Die österreichische Artillerie hatte die Reihen gelichtet. Unter den Tausenden, welche als Leichen oder mit Wunden bedeckt auf der weiten Walstatt umherlagen, waren der tapfere General Hiller von Gärtringen und der junge Prinz Anton von Hohenzollern. Aber die Geretteten hatten Ursache auf die Schlacht bei Königgrätz (oder Sadowa) stolz zu sein; nicht bloß die überlegene Waffe, das Zündnadelgewehr, mehr noch der überlegene Geist, die Genialität der Entwürfe, der die Schnellkraft der Ausführung entsprach, die Intelligenz, die taktische Übung, die verständige Kampfweise des „Volks in Waffen" haben den böhmischen Krieg zu einem für Preußen so ruhmvollen Ausgang geführt. Den aus allen Völkern und Zungen gemischten Scharen der Österreicher war ein Heer entgegengetreten, das in seinen Reihen alle Stände und Berufsklassen, die Blüte und jugendliche Kraft des gesamten Preußenlandes vereinigte. Der König drückte dem Kronprinzen noch auf dem Schlachtfeld seinen Dank durch Überreichung des Ordens pour le mérite aus. Elf Fahnen, 174 Geschütze und 18,000 unverwundete Gefangene fielen in die Hände der Sieger. Mit Recht durfte der königliche Führer in seinem
4. Juli 1866. Tagesbefehl an die Armee sagen: Der Tag von Königgrätz hat schwere Opfer gefordert, aber er ist ein Ehrentag für die ganze Armee, auf welche das Vaterland mit Stolz und Bewunderung blickt.

Moltke geb. 26. Okt. 1800. Der ganze Feldzug war ein Meisterstück der Strategie, wie es die neuere Kriegsgeschichte kaum wieder aufzuweisen hat. Der Kriegsplan war dem genialen Haupt des Chefs des preußischen Generalstabs, Hellmuth von Moltke, im Jahr 1870 in den Grafenstand erhoben, des größten Meisters der neueren Kriegswissenschaft entsprungen. Moltke, geb. am 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg, war als junger Leutnant aus dänischen in preußische Kriegsdienste getreten und hatte in den vielen Friedensjahren langsam die militärische Laufbahn durchgemacht, schon damals durch sein Wissen und seinen Geist die Aufmerksamkeit erregend. Im Jahr 1835 unternahm er eine Reise nach dem Orient und widmete sich mehrere Jahre der Reorganisation der türkischen Armee, der Herstellung der dortigen Befestigungswerke und der geographischen Erforschung Kleinasiens. Im Jahr 1839 kehrte er nach Preußen zurück und war in verschiedenen Generalstabsstellungen thätig, bis er 1857 zum Leiter des Großen Generalstabs ernannt wurde. In dieser Eigenschaft hatte er an den ruhmvollen Feldzügen der neuesten preußisch-deutschen Kriegsgeschichte als der Urheber der genialen strategischen Entwürfe, der „Schlachtendenker", wie er treffend bezeichnet wurde, den hervorragendsten Anteil, ein Feldherr von den feinsten Berechnungen und geistvollsten Gedanken, der in glücklichster Weise die theoretische Wissenschaft mit der praktischen Ausführung zu verbinden wußte. Er erfüllte die Führer des preußischen Heeres mit dem ihm eignen Geist kalten Abwägens und rücksichtsloser Kühnheit, und als er in der großen Kriegszeit zur Ausführung seiner Pläne schneidiger Werkzeuge bedurfte, da stand thatsächlich die ganze Armee hinter ihm und nirgends versagte ein Teil derselben. Die Heranbildung der künftigen Heerführer war eine der wichtigsten Seiten der Wirksamkeit Moltkes. Man vergegenwärtige sich, sagt das Militärwochenblatt, den Gegensatz zu andern großen Feld-

herren der neueren Zeit. König Friedrich starb in einsamer Größe, er hinterließ niemand, der seine Ideen fortzuentwickeln, das Heer in seinem Geist weiter zu führen vermochte. Napoleon sah zu seinem Schrecken und eignem Schaden in seinen spätern Feldzügen, daß kein einziger seiner berühmten Marschälle als selbständiger Führer sich bewährte, sondern alle nur als Unterführer unter seinem persönlichen Oberbefehl etwas zu leisten vermochten. An beiden Stellen bestätigte ein großer Zusammenbruch die Einseitigkeit des befolgten Systems. Feldmarschall Graf Moltke hat in unablässiger dreißigjähriger Arbeit die besten Kräfte aus der Armee an sich herangezogen, hat sie eine scharfe taktische Schule durch Übungen mit der Feder und im Gelände durchmachen lassen und im Aufsteigen zu höhern Graden sie immer strengern Prüfungen unterzogen. Eine begabte aufstrebende Generation steht hinter ihm. — Auch die Verdienste des Kriegsministers von Roon um diese militärischen Erfolge dürfen nicht vergessen werden. Albrecht von Roon, im Jahr 1871 in den Grafenstand erhoben, war 1859 zum Kriegsminister ernannt worden, in welchem Amt er bis 1873 verblieb, und hatte während der Konfliktszeit allen Schwierigkeiten zum Trotz die neue Wehrverfassung durchgeführt, in den unerquicklichen parlamentarischen Verhältnissen den Ruf eines charakterfesten, staatsmännischen und gewandten Politikers und geschickten Redners bewahrend. Seinem großen Organisationstalent war es vorzugsweise zu verdanken, daß die Mobilmachung so schnell erfolgen und das Heer gleich bei dem Ausbruch des Kriegs in so vollkommen schlagfertigem Zustand auftreten konnte. Wir werden dem verdienten Mann in politischer und militärischer Thätigkeit noch wiederholt begegnen. Auch auf wissenschaftlichem, namentlich geographischem Gebiet, hat er sich einen geachteten Namen erworben.

Roon. 1803–1879.

Der italienische Kriegsschauplatz.

Die Trauerbotschaft vom Schlachtfeld bei Königgrätz verbreitete in Wien um so größere Bestürzung, als man kurz zuvor durch günstige Nachrichten vom italienischen Kriegsschauplatz erfreut und erhoben worden war. Gleichzeitig mit den Preußen waren auch die Italiener ins Feld gerückt, die Brust voll stolzen Mutes und nationaler Begeisterung. Viktor Emanuel selbst befand sich bei dem Hauptheer, das unter der Führung des Generals und Kriegsministers Lamarmora den Mincio überschreiten und mitten durch das Festungsviereck nach der Etsch vordringen sollte, um dort, mit dem am untern Po heranziehenden Armeekorps Cialdinis vereinigt, die Eroberung des Landes zu vollbringen. Man glaubte dem Gerücht, die Österreicher wollten nur das Gebiet jenseits der Etsch verteidigen. Zugleich sollte Garibaldi mit seinen Freischaren auf dem linken Flügel westlich vom Gardasee in Tirol einbrechen. An Zahl der Truppen waren die Italiener den Österreichern weit überlegen und sie brannten vor Verlangen, sich mit dem verhaßten Gegner, dessen Kräfte sie unterschätzten, zu messen. Aber Uneinigkeit und Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Hauptführern und fehlerhafte Strategik lähmten die militärische und moralische Kraft des Heeres und verschafften den Österreichern noch einen Triumph selbst in den Tagen, da man sich in Wien bereits mit dem Gedanken einer Abtretung Venetiens zurechtgefunden hatte. Die blutgetränkte Walstatt von Custozza, wo einst Radetzky den österreichischen Adler zum Sieg geführt, sollte dem Kaiserstaat neue Lorbeeren bringen. Als, nach Verwerfung eines von preußischer Seite empfohlenen ungleich

kühneren Kriegsplanes, das italienische Heer Villafranca in der Ebene besetzte, ohne sich zugleich des nordwestlichen Höhenkranzes zwischen Verona und Peschiera zu versichern, auf dessen südöstlichem Abfall Custozza und Somma Campagna liegen, machte sich Erzherzog Albrecht, Sohn des Erzherzogs Karl, des Helden von Aspern, die Unvorsichtigkeit des Gegners zu nutze, indem er das zerklüftete, mit zahlreichen Schluchten und vereinzelten Berggruppen durchsetzte und vom Bach Tione durchströmte Hügelland in Besitz nahm. Unterstützt durch die natürliche Beschaffenheit der Gegend, welche den Österreichern aus frühern Militärübungen genau bekannt war, erfocht der Erzherzog an einem glühend heißen
24. Juni 1866. Junitag in der Schlacht bei Custozza einen glänzenden Sieg über das feindliche Heer. Mit der größten Tapferkeit und Erbitterung hielten die Italiener unter des Königs Augen den Kampf bis gegen drei Uhr aufrecht, und die Verluste an Toten und Verwundeten waren auf beiden Seiten sehr beträchtlich; erst als es den Österreichern gelang, die letzten Stellungen des Feindes auf dem rechten Tioneufer, den Monte Vento und die Kapelle Sta. Lucia, zu erstürmen, da fing die italienische Schlachtreihe an zu wanken, und am Abend mußte der Rückzug über den Mincio angetreten werden. Doch waren auch die Sieger so erschöpft, daß die Verfolgung unterblieb. Die Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen betrugen auf jeder Seite gegen 8000. Auf die Kunde von dem Unfall der königlichen Armee bei Custozza gab Cialdini den beabsichtigten Übergang über den Po auf und zog sich in seine frühere Stellung zu Bologna zurück. Seitdem wurden auf dem italienischen Kriegsschauplatz längere Zeit alle militärischen Operationen eingestellt, da sowohl die Italiener, mit der Neubildung ihres geschlagenen Heeres beschäftigt, als die Österreicher, durch die Vorgänge in Deutschland beunruhigt, jeden Angriff unterließen. Garibaldi behauptete seine Stelle bei Rocca d'Anfo am Idrosee; aber die geringfügigen Gefechte und Streifzüge, die er mit seinen Freiwilligen und einigen Nationalgarden unternahm, entsprachen keineswegs den Erwartungen und dem frühern Ruhm.

Die Mainarmee und ihre Gegner. Da die Hauptmacht Preußens auf dem östlichen Kriegsschauplatz verwendet war, konnte im Westen die Entscheidung der Waffen nicht so rasch vor sich gehen. Nach der Schlacht bei Langensalza und der Kapitulation der Hannoveraner war Vogel v. Falckenstein im stande, die verschiedenen Truppenteile, die ihm die Generale Goeben, Manteuffel und Beyer zugeführt hatten, zu einer Mainarmee zu vereinigen und gegen die Bundesheere, die, in das siebente und achte Armeekorps geschieden, in der Nähe des Mains aufgestellt waren, vorzugehen. Jenes umfaßte die bayrischen Streitkräfte, etwa 50,000 Mann stark, unter der Führung des greisen Prinzen Karl, eines Veteranen aus der Napoleonischen Zeit, dem der aus dem schleswig-holsteinschen Krieg von 1848 bekannte Generalleutnant v. d. Tann als Generalstabshaupt beigeordnet war; das letztere Korps, bestehend aus den Kontingenten von Württemberg, Darmstadt, Baden und verstärkt durch die Nassauer und eine aus den zerstreuten Garnisonen gebildete österreichische

Division, mindestens von gleicher Stärke wie das andre, stand unter dem Oberbefehl Alexanders von Hessen; aber im Lauf des Kriegs wurde, um größere Einheit in die Aktion zu bringen, das Oberkommando über sämtliche Bundestruppen in die Hände des bayrischen Oberfeldherrn gelegt. Seine Geburt, seine Kriegserfahrung und militärische Vergangenheit ließen ihn besonders geeignet erscheinen, die schwierige Aufgabe, Einigung so verschiedener Elemente, zu lösen. Doch die gewünschte Einheit wurde darum nicht erzielt. Die Gleichgültigkeit gegen das Schicksal der Waffengenossen, die gleich anfangs in dem Verhalten der Bayern gegen die Hannoveraner zu Tage getreten, Mangel an Übereinstimmung und kameradschaftlicher Gesinnung, gegenseitiges Mißtrauen, genährt durch Verdächtigungen und Vorwürfe, waren während des ganzen Kriegs die schlimmen Gefährten der Bundesarmee, welche trotz der Tapferkeit und Kampflust der Mannschaften so klägliche Ergebnisse herbeiführten; es war die lähmende Wirkung einer mit halbem Herzen geschlossenen lockeren Koalition, was der kaum halb so starken preußischen Streitmacht schließlich den Sieg verschaffte, zumal da auf ihrer Seite die höhere politische und militärische Einsicht und strategische Kunst war, die nur unter großen Verhältnissen gewonnen wird. Erst Anfang Juli war die Bundesarmee hinlänglich gerüstet, um in kriegerische Aktion zu treten. Die Bayern standen im nördlichen Franken, zwischen Rhön und Thüringer Wald, während das achte Armeekorps nördlich von Frankfurt in der Wetterau aufgestellt war und sich begnügte, Gießen und die preußische Enklave Wetzlar zu besetzen. Der ursprüngliche Plan einer Vereinigung in Hersfeld kam nicht zur Ausführung. Jeder der Heerführer wählte den seinen Interessen und Bedürfnissen zunächst liegenden Schauplatz. „Die partikularen Rücksichten, welche beim Einheitstaat wegfallen," heißt es in dem Generalstabswerk, „erschwerten unstreitig in hohem Grad die Leitung der Operationen durch das bayrische Oberkommando, aber ebenso traten sie wohl auch dem Prinzen von Hessen in der freien Verfügung über sein aus fünf verschiedenen Kontingenten zusammengesetztes Korps hindernd entgegen."

Falckenstein faßte den Plan, sich zwischen die beiden Heerkörper in der Art einzuschieben, daß sie sich zu keiner gemeinsamen Aktion verbinden könnten. Zu dem Ende schickte er die Division Goeben ostwärts gegen die Bayern, welche aus der Gegend von Koburg und Meiningen nordwestlich bis Kaltennordheim vorgerückt waren und Neidhardtshausen und Roßdorf im Fuldathal besetzt hatten. Bei **Dermbach** und einigen umliegenden Orten kam es zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei von der einen wie von der andern Seite mit großer Tapferkeit gekämpft wurde. Obwohl die Bayern weit in der Mehrzahl waren, blieb doch das Treffen ohne Entscheidung, und auch die Verluste waren bei beiden ziemlich gleich; dennoch gab Prinz Karl den Gedanken auf, sich in dieser Richtung mit dem achten Armeekorps zu vereinigen, und zog südwärts an die fränkische Saale, begleitet von dem preußischen Heer, welches weiter westwärts

Der Waffengang am Main.

4. Juli 1866.

durch das Fuldathal auf Hanau losrückte, so daß nach einem mehrtägigen Parallelmarsch beide im Maingebiet anlangten. Um der lästigen Begleitung ledig zu werden, beschloß endlich General Falckenstein einen neuen Angriff. Nach einem beschwerlichen Marsch durch das Rhöngebirge erreichten die preußischen Truppen die Bayern im Saalthal und zwangen sie nach den scharfen Gefechten
10. Juli 1866. in und bei Kissingen und Hammelburg, wo der General von Zoller, einer der ausgezeichnetsten Anführer der bayrischen Armee, den Tod fand, zum Rückzug nach Schweinfurt und hinter den Main. Nun wendete sich Falckenstein gegen das achte Armeekorps, das bisher in seinen geschützten Stellungen auf der Linie Schlüchtern-Fulda ruhig abgewartet hatte, bis man es angreifen würde oder bis sich eine Verbindung mit den Bayern herstellen ließe. Die mittlerweile eingetroffenen Nachrichten von den Unfällen der österreichischen Armeen vermehrten die Unsicherheit und Unentschlossenheit des Feldherrn. Die Verteidigung der Linie Frankfurt-Mainz erschien jetzt als die wichtigste Aufgabe. Als man im Hauptquartier zu Bornheim die Kunde von dem Anrücken der preußischen Mainarmee empfing, geriet man wegen Frankfurt in Besorgnis; daher schickte Prinz Alexander rasch eine hessische und eine österreichische Division unter General Neipperg nach Aschaffenburg, um die von Gemünden her anrückenden Preußen aufzuhalten, und besetzte zugleich die Pässe bei Gelnhausen.
13. Juli. Aber das siegreiche Gefecht der Division Goeben bei Laufach, wo der als Kriegshistoriker bekannte brave hessendarmstädtische Hauptmann Königer seinen
14. Juli. Tod fand, und die Eroberung Aschaffenburgs nach einem mehrstündigen heißen Treffen und einem blutigen Häuser- und Straßenkampf setzten den Oberfeldherrn so sehr in Bestürzung, daß er seine Stellungen bei Frankfurt und die Bundesstadt selbst aufgab und mit seiner ganzen Armee südwärts nach dem
14. Juli. Odenwald zurückzog. Mit ihm verließen auch die noch anwesenden Bundestagsgesandten den Ort ihrer bisherigen Wirksamkeit; sie nahmen „vorläufig" ihren Sitz in Augsburg, wo sie noch einige Zeit als deutscher Bundestag ein wenig bemerktes Dasein fristeten. Auch der Herzog von Nassau und der Großherzog von Hessen-Darmstadt zogen aus ihren Staaten fort. Nun stand den Preußen der Weg nach Frankfurt offen. Es konnte als „offene Stadt" erklärt werden, da Senat und Bürgerschaft das Vorhaben des Oberfeldherrn, Verschanzungen zur Verteidigung aufzuwerfen, hintertrieben hatten, und General von
15. Juli. Falckenstein zog daher an der Spitze der Division Goeben ohne jeglichen Widerstand in die Bundesstadt ein. Es erregte allgemeines Bedauern, daß die Preußen, gereizt durch mancherlei verletzende Kundgebungen früherer Tage, in Frankfurt nicht mit der Schonung und Humanität auftraten, die man ihnen in andern Ländern nachrühmte. Nicht bloß, daß man der Stadt eine Kriegskontribution von sechs Millionen Gulden auferlegte und die Bürgerschaft mit schwerer Einquartierung belastete, man ängstigte sie auch durch weitere unerschwingliche Forderungen und durch Androhung von Kriegs- und Gewaltmaßregeln, so daß der

achtungswürdige Bürgermeister Fellner, um nicht bei ungesetzlichen oder gehässigen Schritten mitwirken zu müssen, sich selbst das Leben nahm. Erst nach einiger Zeit betraten die Preußen auch hier den Weg der Versöhnung. Nach seinem Einzug nahm Falckenstein im Namen des Königs Besitz von Stadt und Land, sowie von ganz Nassau und Oberhessen, eine Maßregel, die als Vorbedeutung künftiger Beschlüsse gelten konnte. Am 16. Juli konnte er nach Berlin telegra- 16. Juli 1866.
phieren: Die Länder nördlich des Mains liegen jetzt zu Ew. Majestät Füßen. Damit endigte der vierzehntägige ruhmvolle Feldzug des energischen Generals. Bald darauf wurde er abberufen und zum Gouverneur von Böhmen ernannt. In der Umgebung des Königs hatte man seine Kriegführung in Hannover und am Main in ein ungünstiges Licht zu stellen gewußt. An seiner Statt übernahm 19. Juli.
v. Manteuffel den Oberbefehl über die Mainarmee.

d. Ausgang des Kriegs und Friedensschlüsse.

Die Schlacht bei Königgrätz hatte die Widerstandskraft Österreichs bis ins innerste Mark gebrochen, die schönen Hoffnungen, die man auf den „tief durchdachten" Feldzugsplan Benedeks gesetzt, zunichte gemacht, das Ansehen des früher so hochgepriesenen Oberfeldherrn gänzlich erschüttert. Das System der Täuschung, welches bisher durch die österreichische Presse angewendet und von den Parteigenossen in allen Ländern unterstützt worden war, zerrann vor der nackten Wirklichkeit. Man hatte dem siegreichen preußischen Heer keine neue Armee entgegenzustellen; der Weg nach Wien, in das Herz des Kaiserstaats stand offen; das Gesuch um einen Waffenstillstand von vier Wochen, welches Feldmarschallleutnant Gablenz am Tage nach der Schlacht dem König persönlich vortrug, wurde abgewiesen. Unter diesen Umständen erschien dem Kaiser Franz Joseph das siegreiche italienische Heer als der einzige Rettungsanker. Man beschloß daher, Venetien zu opfern, um die Truppen des Erzherzogs Albrecht nach Deutschland ziehen zu können. Aber sollte der Kaiser mit dem „verachteten" König Viktor Emanuel in unmittelbare Beziehungen treten? Das brachte er nicht über sein Herz. Daher faßte man in der Hofburg einen Plan, der durch die rasche Wendung, die er dem Verlauf der Dinge gab, an den Frieden von Villafranca erinnerte. Der Kaiser entschloß sich nämlich, Venetien an Napoleon abzutreten, in der Hoffnung, sich dadurch die Bundesgenossenschaft Frankreichs zu erwerben, das preußisch-italienische Bündnis zu sprengen und die Südarmee zur Verwendung in Böhmen frei zu bekommen. In der Nacht nach der Königgrätzer Schlacht meldete eine telegraphische Depesche nach Paris, daß Franz Joseph, nachdem die Ehre der österreichischen Waffen in Italien gewahrt sei, nunmehr Venetien an den Kaiser der Franzosen abtrete und auf die von demselben in dem erwähnten Schreiben an den Minister des Auswärtigen vom 11. Juni (XV, S. 258) ausgesprochenen Ideen eingehe. Aber der politische Schachzug hatte

Der Kaiser von Österreich und Napoleon.

nicht den erwarteten Erfolg. Schon in der kurzen Meldung der wichtigen Thatsache im Pariser „Moniteur" erfuhr die Welt, daß der französische Kaiser in der Abtretung Venetiens nur die Aufforderung erkenne, zwischen den kriegführenden Mächten einen Frieden zu vermitteln. Dieser ehrenvollen Mission eines Friedensstifters zu entsprechen, wandte sich Napoleon an die Könige von Preußen und Italien, um zunächst einen Waffenstillstand herbeizuführen. König Wilhelm wies Frankreichs Friedensvermittelungen nicht von der Hand, erklärte aber, daß er einen Waffenstillstand mit Österreich nur unter sichern Friedensbürgschaften abschließen und vor Festsetzung bestimmter Grundlinien sich in seiner militärischen Aktion und in der Verfolgung der errungenen Vorteile nicht aufhalten lassen könne. Viktor Emanuel aber berief sich auf den mit Preußen geschlossenen Allianzvertrag, kraft dessen keiner von beiden Teilen einen einseitigen Frieden oder Waffenstillstand eingehen dürfe. Er mußte um so mehr jedes unehrenhafte Abkommen zurückweisen, als das durch die Niederlage von Custozza gereizte Nationalgefühl des italienischen Volks sich sträubte, das venetianische Land, das es so oft mit seinem Herzblut erkämpfen zu wollen gelobt hatte, nun als Gnadengeschenk hinzunehmen. So wurde denn die Absicht Österreichs, sich mittels Venetiens die Waffenhilfe Frankreichs zu erkaufen, durch die Bundestreue Viktor Emanuels und durch die Mäßigung und Zurückhaltung Napoleons vereitelt. Selbst die Freunde Österreichs, die nicht ganz von Leidenschaft verblendet waren, wurden bedenklich über eine Politik, welche die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten herbeizuführen suchte und eine Provinz wegwarf, von der man so oft behauptet hatte, daß sie zum Schutz Deutschlands notwendig sei und daß ihre Hingebung einem „politischen Selbstmord" gleichkäme. Der Haß gegen Preußen überwog in den Wiener Hofkreisen jede andre Regung und Erwägung; die Anträge Bismarcks auf unmittelbare Unterhandlungen mit Fernhaltung Napoleons fanden keinen Anklang, so günstige Bedingungen er auch in Aussicht stellte. So hatten denn die Kriegsoperationen ihren Fortgang; doch forderte die Rücksicht auf Frankreich, daß die preußische Regierung zu gleicher Zeit in ihrem Hauptquartier und in Wien mit den Abgesandten des Kaisers über die Bedingungen verhandelte, unter denen ein Frieden aufgerichtet werden könnte, und daß sich in Italien der Krieg auf einige Streifzüge der Freiwilligen und auf Rüstungen beschränkte.

Von Königgrätz nach Nikolsburg. In Österreich fühlte man schmerzlich das große Nationalunglück, das durch die Unfälle in Böhmen über das Reich hereingebrochen war. Als bekannt ward, daß die Preußen nach einigen Tagen der Ruhe auf die Eisenbahnlinie von Pardubitz vorrückten und, ein Beobachtungskorps vor den Festungen Königgrätz und Josephstadt zurücklassend, die geschlagene Nordarmee auf ihrem Rückzug nach Olmütz verfolgten, daß die Gardelandwehr-Division, welche aus Sachsen dem
8. Juli 1866. Hauptheer nachgezogen, schon am 8. Juli die Hauptstadt Prag ohne Schwertstreich in Besitz nahm, daß Gablenz mit einer Abteilung des Heeres sich auf die

Festungslinien von Floridsdorf an der Donau geworfen, um die Hauptstadt gegen einen plötzlichen Überfall zu decken: da verbreitete sich Schrecken und Unruhe unter allen Ständen. In den Hofkreisen faßte man anfangs den Gedanken, eine allgemeine Volksbewaffnung hervorzurufen. Ein kaiserliches Manifest An 9. Juli 1866. meine Völker! forderte zur Ausdauer und zum Kampf auf Tod und Leben auf, empfahl Vertrauen in den Kaiser und in die nationale Kraft und versicherte, daß man nie in einen Friedensschluß willigen werde, durch welchen die Grundbedingungen der Machtstellung des Reichs erschüttert würden; aber bald erschrak man vor der Entfesselung der Volkskraft und lenkte wieder in die Bahnen regelmäßiger Kriegführung ein. Die Vorgänge in Böhmen, wo die Beamten beim Anrücken der Preußen ihre Posten verließen und dadurch die Verwaltung in die größte Verwirrung brachten, wo die zum leidenschaftlichen Preußenhaß fanatisierte tschechische Bevölkerung sich zu Szenen tückischer Grausamkeit hinreißen ließ, mochten das Vorhaben eines bewaffneten Volkswiderstandes bedenklich erscheinen lassen. Man begnügte sich zunächst, die Männer, welche die öffentliche Stimme als die Haupturheber des Unglücks bezeichnete, während dasselbe doch seinen tiefern Grund in dem mangelhaften Heerwesen, in den überkommenen Mißständen eines schadhaften Militärsystems hatte, Benedek, Henikstein und Clam-Gallas, zurückzusetzen oder abzuberufen und zog sie später in kriegsgerichtliche Untersuchung. Den Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht übernahm dann 13. Juli. Erzherzog Albrecht, nachdem er einen Teil der Südarmee nach Wien geführt und mit dem Rest der Nordarmee verbunden hatte. Während der Erzherzog damit beschäftigt war, die Truppen aus Italien nach Wien zu ziehen, war die preußische Armee im Vormarsch über Brünn nach der Donaulinie begriffen. Die Armee des Kronprinzen genügte, Benedek mit seinen Truppen in Olmütz festzuhalten, indes die Elbarmee und die Armee des Prinzen Friedrich Karl auf dem kürzesten Weg nach dem Erzherzogtum vorrückten. Vergebens suchte der Kaiser aufs neue um eine Waffenruhe nach; die Unterhandlungen zerschlugen sich an den österreichischen Forderungen, daß die Einstellung der Waffen sich auch auf die Bundesstaaten erstrecken und die Heranziehung der Südarmee nicht hindern sollte. Bald nahmen die Preußen solche Stellungen ein, daß der Verbindung zwischen Wien und Olmütz eine Unterbrechung drohte; daher erteilte der neue Oberkommandant, Erzherzog Albrecht, dem Feldmarschall Benedek den Befehl, seine sechs Armeekorps auf der Eisenbahn nach Wien zu befördern. Aber nachdem die Hälfte abgegangen war, wurde der Weg verlegt, so daß Benedek sich mit der andern Hälfte in südlicher Richtung nach Preßburg ziehen mußte, ein Plan, der nur nach empfindlichen Verlusten durch die kühn anstürmende preußische Kavallerie bei Tobitschau und Prerau (Rokeinitz) ausgeführt werden 15. Juli. konnte. Um die Zeit, da König Wilhelm sein Hauptquartier in dem kleinen mährischen Städtchen Nikolsburg nahm, wo sich bald ein reges militärisches 18. Juli. und diplomatisches Leben entfaltete, standen die preußischen Truppen an der

Grenze des in Österreichs Geschichte so berühmten Marchfeldes und ihre Wachtfeuer leuchteten bis in die Hauptstadt. Floridsdorf und Preßburg waren die einzigen festen Stellungen, welche die Österreicher noch auf dem Norduser der Donau innehatten. Die letztere wurde von den Generalen Fransecky und Bose
22. Juli 1866. vom Armeekorps Friedrich Karls bei **Neudorf** und **Blumenau** so erfolgreich angegriffen, daß die wichtige Stadt, der Schlüssel zwischen Wien und Ungarn,
23. Juli. unfehlbar in die Hände der Preußen fallen mußte, als um die Mittagsstunde ein Parlamentär sie mitten im Siegeslauf hemmte durch die Botschaft, daß in Nikolsburg eine Waffenruhe geschlossen worden. In Militärkreisen wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Schlacht bei Neudorf und Blumenau nicht mehr nötig gewesen wäre, da der Ausgang der Nikolsburger Verhandlungen schon so gut wie entschieden gewesen. Fransecky wollte sich als Feldhauptmann zeigen, wie im alten Rom mancher Prokonsul eine Schlacht lieferte, nur um die Ehre eines Triumphes zu erlangen.

Nikolsburger Waffenstillstand u. Prager Frieden. Der vermittelnden Thätigkeit des französischen Kaisers, der den Botschafter Benedetti nach Nikolsburg gesandt hatte, war es hauptsächlich zu danken, daß die von Preußen aufgestellten Friedensbedingungen: Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Reichsverband, Verzichtleistung auf das Mitbesitzungsrecht in den Elbherzogtümern und Einwilligung, daß das an Napoleon abgetretene Venetien von diesem dem Königreich Italien überlassen werde, von Franz Joseph angenommen wurden. Nachdem man die Waffenruhe soweit verlängert hatte, bis die Zustimmung Viktor Emanuels zu den Grundbedingungen eingetroffen war, kam der
26. Juli. **Nikolsburger Waffenstillstand** und Präliminarfrieden zum Abschluß, auf
23. Aug. dessen Grundlage vier Wochen später der **Prager Frieden** vereinbart wurde. Durch diesen blieb der Kaiserstaat im vollen Besitz seines bisherigen Territorialbestandes, mit Ausnahme der italienischen Gebiete, wogegen die kaiserliche Regierung versprach, zwanzig Millionen Thaler Kriegskosten zu entrichten (nebst Verzichtleistung auf ihre Entschädigungsansprüche in Schleswig-Holstein), das Bundesverhältnis, welches Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen werde, nebst den beabsichtigten Gebietsveränderungen anzuerkennen und die im Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Elbherzogtümer dem König Wilhelm zu übertragen (wobei man dem von Frankreich befürworteten Nationalitätsprinzip insoweit Rechnung trug, daß, im Fall die nördlichen Landschaften von Schleswig in freier Abstimmung den Wunsch aussprechen sollten, mit Dänemark vereinigt zu werden, diesem Wunsch willfahrt werden solle). Dafür verpflichtete sich Preußen, den Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem gegenwärtigen Umfang unangetastet zu lassen, die Kriegskostenentschädigung und die Stellung zum Norddeutschen Bund einem besonderen Vertrag vorbehaltend, und den König Viktor Emanuel zur Annahme der Friedensbedingungen zu bewegen, sobald durch Erklärung des Kaisers Napoleon das venetianische Königreich zur Verfügung Italiens gestellt sein würde.

Als die Nikolsburger Waffenruhe zum Abschluß kam, hatte sich das achte Bundesarmeekorps von Dieburg, dem Hauptquartier des Prinzen Alexander, durch den Odenwald an die Tauber gezogen und dort eine Stellung genommen, wo es mit der bayrischen Armee bei Würzburg Verbindungen unterhalten konnte. Man hatte gehofft, der Waffenstillstand würde auch auf die Bundesgenossen Österreichs ausgedehnt werden, aber an den Bewegungen Manteuffels, in dessen Hände seit Falckensteins Abberufung der Oberbefehl gelegt war, konnte man bald wahrnehmen, daß die kaiserliche Regierung nur für Österreich gehandelt und daß es nun jedem Einzelnen überlassen sei, für sich selbst zu sorgen. Unter den gegebenen Umständen war die Fortführung des Kriegs ein grausames Spiel. Hatten schon vorher die Bundestruppen keine Lorbeeren geerntet, wie sollten sie jetzt, da die Mainarmee durch Mecklenburger, Oldenburger und andre nördliche Verbündete verstärkt worden war, da die Siege in Böhmen das ganze Heer mit Stolz und Zuversicht erfüllten und zur Nacheiferung anfeuerten, auf Erfolge rechnen? Bereits war auch in Baden und Bayern ein Umschlag in der Volksstimmung bemerkbar, zum großen Verdruß der Gegenpartei, welche denselben als „Götzendienst des Erfolges" bezeichnete; nur in Württemberg, wo sich von Anfang an die preußenfeindliche Gesinnung in der lautesten Weise kund gegeben, wo die Neigungen für Österreich gleichsam als Erbteil des ganzen Stammes bei der Regierung wie bei den Ständen, von den Hofkreisen bis in die untern Schichten der Bevölkerung hervorgetreten waren, wo die Opposition nur versteckt und schüchtern sich an die Öffentlichkeit wagte und die großdeutsche demokratische Presse ihren Hauptsitz aufgeschlagen, schien mit den Siegen der Gegner die Verbissenheit und der Grimm zu wachsen. Es kann nicht unsre Aufgabe sein, den Gang des Kriegs am Main und an der Tauber im einzelnen zu verfolgen, eines Kriegs, der von seiten der Bundestruppen keinen andern Zweck mehr haben konnte, als die Waffenehre zu retten. Man hatte sich zu weit eingelassen, hatte zu große Rüstungen gemacht, hatte zu laut in die Kriegstrompete gestoßen, als daß man es jetzt mit der militärischen Ehre hätte vereinbar finden sollen, sich ohne Kampf zurückzuziehen und damit das demütige Selbstbekenntnis abzulegen, daß man von vornherein sich für überwunden erkläre. Die Erbitterung und Kampflust der Soldaten war so stark und öffentlich hervorgetreten, daß eine „Bluttaufe" vielen durchaus nötig schien. So hatte denn der Krieg im Main- und Taubergebiet seinen Fortgang, als die Waffen zwischen Österreich und Preußen in Böhmen und Mähren bereits ruhten; und der Ruhm, den die Mainarmee unter Falckenstein erworben, sollte unter Manteuffel durch neue Erfolge gegen die seit ihrer Vereinigung an Zahl und Stärke weit überlegenen Bundestruppen gemehrt werden. Es ist von allen Seiten anerkannt, daß die badische Division unter Prinz Wilhelm, die von der Lahn südwärts gezogen, bei Hundheim und Werbach durch ihre tapfere Haltung und ihre Geschicklichkeit im Artilleriegefecht sich rühmlich hervorgethan; daß die Württemberger

Fortgang des Kriegs am Main und im Taubergrund.

23. 24. Juli 1866.

unter ihrem als Kriegslehrer berühmten Anführer General von Hardegg bei
24. Juli 1866. Tauberbischofsheim ihren alten Kriegsmut trefflich bewährten; daß die
25. 26. Juli. Bayern bald allein, bald mit andern vereinigt bei Gerchsheim und Helmstadt, bei Üttingen und Roßbrunn mit Ehren im Kampf bestanden; und dennoch war das Ergebnis aller dieser Einzelgefechte, wobei die Bundestruppen in meistens gut gewählten Positionen vorzugsweise ihre überlegene Artillerie
27. Juli. wirken ließen, schließlich der Rückzug der gesamten „Reichsarmee" hinter den Main und die Besitznahme der Stadt Würzburg mit Ausnahme der Feste Marienberg durch die Preußen. Die Verbitterung der besiegten Partei scheute sich nicht, die Schuld des Mißerfolgs in einem Verrat der Führer zu erblicken. Den Prinzen Wilhelm von Baden haben die Gegner geheimer Zuneigung zu Preußen angeklagt. Aber seine Gesinnung hat ihn nirgends von dem Pfad der Pflicht und der militärischen Ehre abgelenkt.

28. Juli. Waffenstillstandsverträge und Friedensschlüsse. In Würzburg wurde zunächst eine Waffenruhe zwischen Manteuffel und Prinz Karl geschlossen und als Einleitung zu Friedensunterhandlungen benutzt. Diese führten, nachdem noch das zweite Reservekorps unter dem Oberbefehl des Großherzogs von Mecklenburg in Bayreuth eingezogen und nach dem siegreichen Gefecht bei Seybottenreuth nach Nürnberg vorgedrungen war, zur Beendigung
29. Juli. des Kriegs im Maingebiet. Nach den Waffenstillstandsverträgen mit Baden,
30. Juli u. 2. Aug. Bayern und Württemberg, welche einige Wochen später in Friedensschlüsse verwandelt wurden, löste sich das achte Armeekorps allmählich auf, nachdem es aufs neue den Beweis geliefert, wie wenig an und für sich tüchtige, aber nur locker aneinander gereihte Bundestruppen zu leisten im stande sind, wenn sie sich einem entschlossenen und gewandten Gegner und einer einheitlichen Führung
13. 17. Aug. gegenüber befinden. In den Friedensschlüssen, die Württemberg, Baden
22. Aug. und Bayern mit Preußen in Berlin eingingen, traten diese Staaten den zwischen Preußen und Österreich vereinbarten Friedensgrundlagen von Nikolsburg bei und erkannten mithin sowohl die Errichtung des Norddeutschen Bundes als die Gebietsveränderungen an, welche Preußen vornehmen würde. Der Zollverein sollte mit sechsmonatlichem Kündigungsrecht fortbestehen und die Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein und Main aufgehoben werden. Als Kriegskostenentschädigung mußte Württemberg acht, Baden sechs, Bayern dreißig Millionen Gulden entrichten, dafür blieben die beiden ersten ganz, Bayern bis auf zwei kleine Distrikte zur Grenzregelung von Gebietsabtretungen verschont. Ein Schutz- und Trutzbündnis zu gemeinsamer Aktion im Fall eines auswärtigen Kriegs blieb vorerst Staatsgeheimnis. Württemberg kam am günstigsten weg. Preußen hatte ihm weder die scharf zu Tage getretene Feindseligkeit nachgetragen, noch angerechnet, daß die Stuttgarter Regierung im Namen der Bundesversammlung
26. Juni. die Hohenzollernschen Fürstentümer besetzt und einige Zeit in Verwaltung genommen, bis die Ereignisse die freiwillige Räumung ratsam machten. Am längsten verzögerte sich der Frieden mit Hessen-Darmstadt und mit Sachsen,

welche beiden Länder von ihren Fürsten verlassen, von den Preußen besetzt waren. Nur ungern willigte der in Wien weilende Großherzog in die Friedensbedin- 3. Sept. 1866.
gungen, kraft deren er das wenige Monate vorher durch Aussterben der landgräflichen Linie an Darmstadt gefallene Hessen-Homburg mit Meisenheim und ein Stück Land zur bessern Verbindung der Enklave Wetzlar abtreten und zugeben mußte, daß die Provinz Oberhessen, verstärkt durch Nauheim, Reichelsheim u. a. O. dem Norddeutschen Bund beigefügt und die bisherige Bundesfestung Mainz ausschließlich von preußischen Truppen besetzt wurde. Noch länger hatte das Königreich Sachsen die schwere Last der preußischen Okkupation zu ertragen, weil es König Johann nicht über sich gewinnen konnte, von seiner Souveränität einen Teil aufzugeben. Erst als Herr v. Beust, dessen preußenfeindliche Gesinnung den Abschluß des Friedens zu erschweren schien, in Gnaden seines hohen Amtes enthoben worden (wofür ihn aber bald nachher der Kaiser von Österreich zum Minister des Auswärtigen an Mensdorffs Stelle und in der Folge zum Reichskanzler ernannte), wurde auch zwischen Preußen und Sachsen „Frieden und Freundschaft auf ewige Zeiten“ geschlossen. Der König von Sachsen willigte 21. Okt.
ein, daß in Dresden und auf dem Königstein vorläufig neben der sächsischen Besatzung eine preußische eingelegt werde, zahlte eine Kriegskostenentschädigung von zehn Millionen Thaler und erklärte sich bereit, dem Norddeutschen Bund beizutreten und die damit verbundene Militärorganisation anzuerkennen. Mit diesem Friedensschluß waren alle Hindernisse beseitigt, die der Konstituierung des Norddeutschen Bundes noch im Wege gestanden, da auch die Regentin Karoline in Reuß älterer Linie endlich sich in die Notwendigkeit gefügt und der Herzog Bernhard Erich Freund von Sachsen-Meiningen, der sich nicht zur Anerkennung der neuen Zustände entschließen konnte, durch die freiwillige Übertragung der Regierung an seinen Sohn Georg eine Ausgleichung möglich gemacht hatte. 20. Sept.
Alle übrigen norddeutschen Regierungen hatten sich gleich anfangs zur Annahme der preußischen Bundesreform bereit gezeigt. In betreff der südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten erklärte sich Österreich in Nikolsburg einverstanden, daß dieselben in einen Verein zusammentreten sollten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bund der nähern Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb, und im Prager Frieden wurde auf besondere Anregung Frankreichs diesem Verein der süddeutschen Staaten „eine internationale unabhängige Existenz“ zugesichert. Am Ende des Jahres trat in München Freiherr v. d. Pfordten aus dem Ministerium; an seine Stelle berief der junge König Ludwig II. den Fürsten Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher eine Allianz mit Preußen und im Fall eines Kriegs dessen militärische Oberleitung, jedoch mit ausdrücklicher Wahrung der bayrischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes, als sein Programm aufstellte. Daß aber die Idee eines Süddeutschen Bundes, wie sie der französischen Politik vorschwebte, nicht in Erfüllung gehen, daß Süddeutschland nur ein „geographischer Begriff“

5. Febr. 1867. bleiben würde, trat schon in der Stuttgarter Militärkonferenz hervor, zu welcher Fürst Hohenlohe die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Kriegs der vier Staaten einlud. Nicht einmal in der Heeresorganisation und Bewaffnung konnte eine Einigung erzielt werden.

Die Italiener in Venetien und Südtirol. Mittlerweile hatte auch in Italien der Krieg seinen Fortgang gehabt. Die Abtretung Venetiens an den Kaiser von Frankreich brachte den Österreichern nicht einmal den Vorteil, daß sie ihre Streitkräfte ungefährdet aus einem Land ziehen konnten, das ihnen nicht mehr gehörte. Denn Napoleon betrachtete die Abtretung als unvollkommen, solange nicht Franz Joseph auf die als Gegenbedingung gestellten Friedensvermittelungen eingegangen wäre, und gebot daher den Kriegsoperationen der Italiener keinen Einhalt. So trat denn das eigentümliche Schauspiel ein, daß die Österreicher das siegreich verteidigte Land als ein ihnen nicht mehr gehöriges räumten und sich nur auf Sicherung und Bewachung der Festungen beschränkten, die Italiener dagegen bei dem Vorsatz beharrten, das Land, das ihnen von selbst zufallen mußte, mit Waffengewalt zu erobern. Unter solchen Umständen war der Eroberungskrieg mit geringen Gefahren verknüpft. Als Cialdini, dem jetzt die Führung des Angriffskriegs übertragen war, indes Lamarmora die Festungen beobachten und in Schach halten sollte, den Übergang über den Po bewerkstelligte, stieß er nirgends auf Hindernisse. Die österreichischen Truppen zogen sich fast überall ohne Kampf zurück; sie suchten nur durch Zerstörung aller Verkehrsmittel den Marsch des Feindes aufzuhalten. Selbst die starke Festung Rovigo an der untern Etsch gaben sie auf. Als sich der Feind
10. Juli 1866. näherte, sprengten sie die Mauern und Wälle in die Luft, so daß Cialdini den Fluß ohne Schwierigkeit überschreiten und seine Armee bis zur Brenta führen konnte. Mitte Juli stand die Hauptarmee der Italiener im Herzen Venetiens, in Padua und Vicenza; und als auch das feste Borgoforte am Po vom General
17. Juli. Nunziante erobert und die Besatzung zum Abzug nach Mantua gezwungen ward, war alles Land zwischen der Lagunenstadt und dem Festungsviereck in den Händen der Italiener. Die Österreicher zogen sich ohne Gegenwehr über den Tagliamento zum Isonzo; Cialdini drang mit dem Zentrum seiner Armee nach Treviso vor, indes sein rechter Flügel unter Cugia seinen Marsch nach Mestre nahm, um Venedigs Lagunen von der Landseite her einzuschließen, und General Medici mit dem linken Flügel auf Bassano losrückte, um Garibaldi bei der Eroberung Südtirols zu unterstützen. Denn die Italiener wollten sich schon nicht mehr mit Venetien begnügen, ihre Begierde reichte weiter; alles Land, wo italienisch gesprochen ward, sollte mit dem Königreich vereinigt werden. Vergebens ließ der französische Kaiser durch seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, Viktor Emanuels Schwiegersohn, den König zur Mäßigung ermahnen; die Volksstimme trieb die Regierung zu weitern Forderungen und verhinderte den Beitritt zu dem Waffenstillstand von Nikolsburg. Und doch entsprachen die Erfolge der Unternehmungen Garibaldis sowenig den Erwartungen, die der glorreiche Name des

Führers erregt hatte. Der Nationalheld, der einst im Triumphzug von Palermo nach Neapel gezogen und ein Königreich im Fluge erobert hatte, blieb auf den kleinen Krieg im Westen des Gardasees beschränkt und vermochte trotz aller Anstrengungen und aller Begeisterung seiner Freischaren nur einige Meilen in dem Gebirgsthal Judikarien vorzudringen und sich einiger Seitenthäler und Forts zu bemächtigen. Wie sehr auch die Freiwilligen von Vaterlandsliebe und Kampflust erfüllt sein mochten, jung, unerfahren, dürftig bewaffnet und bekleidet und ohne kriegsgeübte Offiziere, waren sie den Tiroler Schützen, die ihre alte Treue und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus auch in diesen Tagen der Bedrängnis bewährten und zur Landesverteidigung auszogen, nicht gewachsen. So beschränkte sich der Krieg auf einzelne kühne Thaten und Gefechte, die von persönlicher Tapferkeit und heroischem Mut ein rühmliches Zeugnis gaben, für den Ausgang des großen Kampfes aber ohne Bedeutung blieben. Erfolgreicher war das Vorgehen Medicis, der von Bassano aus über das Gebirge zog und nach einem siegreichen Gefecht über die Österreicher bei Levico sich der Stadt 22. Juli 1866.
Trient auf wenige Meilen näherte. Hätte er nach dieser Richtung seine militärischen Operationen fortgesetzt und den Freiwilligen in Judikarien die Hand gereicht, so wäre Südtirol mit dem Etschthal wohl von den Italienern erobert und die Verbindung Wiens mit den Festungen unterbrochen worden.

Aber bereits war an einem andern Ort eine neue Niederlage erfolgt, nicht Die Seeschlacht bei Lissa.
minder empfindlich als der Schlag bei Custozza, und nun fand der Waffenstillstand keine Hindernisse mehr. Dieser neue Unfall war die unglückliche Seeschlacht bei Lissa. Von dem Marineminister dringend aufgefordert und von 20. Juli.
der ungeduldigen Volksstimme angetrieben, segelte Admiral Persano mit der italienischen Flotte, aus zehn Panzerfregatten und dreizehn Holzschiffen bestehend, aus dem Hafen von Ancona, wo er schon mehrere Wochen unthätig verweilt hatte, vielleicht weil er zu einem Seekampf noch nicht hinreichend ausgerüstet zu sein glaubte. Er hatte die Absicht, die vor der Küste von Dalmatien gelegene Insel Lissa, welche die Österreicher durch Strandbatterien und Forts stark befestigt hatten, zu erobern und zum Stützpunkt für weitere Unternehmungen zu machen. Aber seine beabsichtigte Landung scheiterte an der Tapferkeit und Tüchtigkeit der österreichischen Küstenartillerie. Zwei Tage lang versuchte er durch eine heftige Beschießung das feindliche Geschütz zum Schweigen zu bringen, und als er eben im Begriff stand, die Landungstruppen auszuschiffen, kam die österreichische Flotte unter dem mutigen und geschickten Vizeadmiral Tegetthoff zum Entsatz herbei. An Gesamtzahl der italienischen gleich, übertraf sie dieselbe durch die überlegene Stärke ihrer Panzerschiffe und ihrer Artillerie. Nach einem vierstündigen heftigen Seekampf, wie man in den europäischen Gewässern seit langer Zeit nichts Ähnliches erblickt, sah sich Persano, nachdem sein größtes Panzerschiff König von Italien von dem österreichischen Widderschiff Erzherzog Max in den Grund gebohrt und ein gepanzertes Kanonenboot Palestro in Brand geschossen

worden, zum Rückzug in den Hafen von Ancona genötigt. Der Kapitän Cappellini und die Schiffmannschaft wollten das sinkende Boot Palestro nicht verlassen und wählten freiwillig den Heldentod für das Vaterland in den Fluten. Das österreichische ungepanzerte Linienschiff Kaiser hatte durch seine Geschützmasse den Angriff mehrerer feindlichen Panzerschiffe siegreich abgewehrt. Wie Benedek in Österreich wurde Persano in Italien von dem Unwillen des Volks betroffen und in der Folge einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen.

Venetien mit dem Königreich Italien vereinigt.

So hatte denn für Italien der Krieg mit einer Niederlage begonnen und mit einer Niederlage geendigt. Dennoch legte das Glück dem Königreich die schönsten Gaben in den Schoß. Wenige Tage nach der Schlacht bei Lissa wurde
25. Juli 1866. auch in Italien der Waffenstillstand verkündigt, nachdem Viktor Emanuel zu den von Preußen und Frankreich aufgestellten Grundbedingungen seine Zustimmung gegeben, und da Napoleon erklärt hatte, daß er die Zession Venetiens nur in der Absicht angenommen, das Land nach Abschluß des Friedens an Italien abzutreten, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung damit einverstanden sei, so stand die Vereinigung der ganzen Apenninischen Halbinsel innerhalb ihrer natürlichen Grenzen in sicherer Aussicht. Aber weit entfernt, daß die Italiener durch die erlittenen Unfälle zur Bescheidenheit und Mäßigung geführt worden wären, erhoben sie auch noch Ansprüche auf Südtirol und Friaul, weil diese Länder zur Zeit des Waffenstillstandes in ihrem Besitz gewesen, und markteten über den zu übernehmenden Anteil an der venetianischen Staatsschuld. Erst als Österreich durch neue Truppensendungen nach dem Isonzo und nach Villach die ernstliche Absicht kund gab, die Grenzstriche selbst mit Waffengewalt zu verteidigen, und Preußen erklärte, daß es nur für den Erwerb von Venetien, nicht aber Südtirols eintreten werde, gelang es dem Kaiser Napoleon, den König Viktor Emanuel zu bestimmen, auf Österreichs Bedingungen einzugehen. Die Truppen wurden aus dem
12. Aug. Trientinischen zurückgezogen und der Waffenstillstand zum Abschluß gebracht,
3. Okt. dem dann der durch General Menabrea vereinbarte Wiener Frieden und die Anerkennung des Königreichs von seiten Österreichs folgte. Darauf wurde eine Volksabstimmung angeordnet, um zu erfahren, ob die Venetianer die Einverleibung wünschten. Diesmal bedurfte es keiner äußern Einwirkung, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Als die ganze Bevölkerung wie ein Mann ihren Willen ausgesprochen, mit dem Königreich vereinigt zu werden, und dadurch dem italienischen Nationalgefühl die Genugthuung geworden, daß diese Vereinigung nicht durch einen bloßen Akt des Wohlwollens Napoleons, sondern durch die freie Selbstbestimmung des Volks vor sich gegangen, hielt Viktor Emanuel seinen Einzug in Venedig. Mit dem feierlichen Huldigungsakt auf dem Markusplatz der herrlich geschmückten Wasserstadt der Paläste schloß der zweite Teil des italienischen Einigungswerkes, eine Handlung, die durch den äußern Glanz wie durch die Begeisterung und gehobene Seelenstimmung des Volks dem ganzen wunderbaren Ereignis Charakter und Siegel aufdrückte.

Im letzten Monat dieses thatenreichen Jahres verließen infolge des Septembervertrags vom Jahr 1864 auch die französischen Besatzungstruppen die Stadt Rom, die sie siebzehn Jahre in Besitz gehabt, dem Papst anheimgebend, seine weltliche Herrschaft mit eignen Miettruppen zu behaupten. Nun war, wie König Viktor Emanuel bei Eröffnung des italienischen Landtags rühmend hervorheben konnte, die schöne Halbinsel seit Jahrhunderten zum erstenmal ohne fremde Truppen. Die Staatsmänner von Florenz begnügten sich vorerst mit diesen Erfolgen und suchten, wiewohl vergebens, die päpstliche Regierung durch Unterhandlungen zu einem friedlichen Zusammenleben auf Grund der bestehenden Verhältnisse zu bewegen; aber die nationale Partei, Garibaldi an der Spitze, trachtete auch nach dem Besitz des Kirchenstaats: Rom mit seinem Kapitolium sollte die Hauptstadt des geeinigten Italiens werden. Um diese „Romantik“ zu verwirklichen, wagte im Spätherbst 1867 die national-liberale Partei unter Garibaldis Leitung einen neuen Einfall in die Besitzungen des Papstes. Aber das Unternehmen scheiterte. Eine französische Hilfsarmee unter General de Failly, mit den neuen Chassepotgewehren bewaffnet, vereinigte sich mit den päpstlichen Truppen unter dem deutschen General Kanzler und brachte den schlecht gerüsteten Freischaren bei Mentana eine Niederlage bei. Die Angreifer wurden teils getötet, teils zersprengt oder in Gefangenschaft geführt, Garibaldi selbst nach kurzer Haft im Fort Varignano auf der Insel Palmaria wieder nach seinem Asyl auf Caprera zurückgebracht, „nicht wie bei Aspromonte an der Ferse, aber tief im Herzen verwundet“. Das Chassepot hat Wunder gethan! meldete der französische General frohlockend nach Paris. Das unüberlegte Unternehmen aber hatte zur Folge, daß der Kirchenstaat aufs neue mehrere Jahre hindurch von einer französischen Besatzungsmannschaft in der Hafenstadt Civitavecchia beschützt und behütet ward, bis die Zeit erfüllt war, da auch die ewige Stadt dem Königreich Italien zufallen sollte. Daß Kaiser Napoleon sich nicht entschließen konnte, Rom und den Rest des Kirchenstaats dem Königreich Italien zu überlassen, war die Hauptursache, warum das im Jahr 1870 geplante und schon dem Abschluß nahe Kriegsbündnis zwischen Frankreich, Österreich und Italien nicht zu stande kam. Die Unterhandlungen wurden solange hinausgezogen, bis die raschen Siege Preußens den beiden Staaten die Lust der Einmischung benahmen.

Rom von Frankreich geschützt.

18. Dez. 1866.

3. Nov. 1867.

Schon damals richtete Mazzini, der von der Verbindung Viktor Emanuels mit dem Kaiser Napoleon eine stete Gefahr für die Freiheit und Einheit Italiens fürchtete, seinen Blick auf Bismarck als den einzigen Retter und Erlöser aus der bonapartischen Machtherrschaft. Spätere diplomatische Enthüllungen teilten einen Brief des italienischen Agitators an den norddeutschen Bundeskanzler mit, worin es heißt: „Ich hasse die Herrschaft und die geistige Suprematie, die sich Frankreich über Europa anmaßt. Und ich glaube, daß ein italienisch-französisches gegen Preußen gerichtetes Bündnis, gegen jenes Preußen, dessen Siegen wir Venetien verdanken, ein Verbrechen wäre, das ewige Schmach an unsre junge Fahne heften würde. Ich denke also, daß ohne die gegen-

17. Nov.

seitige Aktionsfreiheit für die Zukunft preiszugeben, eine sogenannte strategische Allianz gegen den gemeinsamen Feind zwischen der preußischen Regierung und unsrer Aktionspartei am Platz wäre. Die preußische Regierung müßte uns eine Million Frank und zweitausend Zündnadelgewehre zukommen lassen. Ich würde es mit meiner Ehre verbürgen, diese Mittel nur zur Hintanhaltung jeder Möglichkeit eines italienisch-französischen Bündnisses und zum Sturz einer allenfalls darauf bestehenden Regierung zu benutzen." Der kluge Verschwörer erkannte im voraus die Wendungen, die bald genug reale Gestalt gewannen.

e. Preußen und der Norddeutsche Bund.

Indemnität und Beendigung des Konflikts in Preußen. Mit einem Siegesfest, mit dem feierlichen Einzug des Heeres in Berlin am 20. und 21. September, schloß in Preußen das denkwürdige Kriegsjahr. Aber auf dieses Fest schaute nicht, wie in Italien, die gesamte Nation mit ungeteilter Freude und gehobener Stimmung. Wenn in Preußen selbst die Siegestrophäen und der Gedanke an die ruhmreiche Zukunft des Vaterlandes die schweren Opfer und Verluste, die der unerbittliche Krieg auferlegt, verschmerzen ließen, so gab es dagegen in andern deutschen Ländern gar manche, welche die Ereignisse betrauerten und in der entschwundenen Vergangenheit das verlorene Paradies erblickten. Bald nach Abschluß des Nikolsburger Waffenstillstandes
4. Aug. 1866. war König Wilhelm vom Kriegsschauplatz in die freudig bewegte Hauptstadt
5. Aug. geeilt, um am folgenden Tag den Landtag zu eröffnen, der aus den am Tag von Königgrätz vorgenommenen neuen Wahlen hervorgegangen war. Die meisten der alten Parteiführer und gefeierten Kammerredner waren wieder erschienen, aber mit den Verhältnissen hatten sich auch bei manchen die Anschauungen geändert, und viele frische Leute waren hinzugetreten. Die Fortschrittspartei war geschwächt, die zur Versöhnung geneigten Liberalen und die Konservativen waren gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Die Stimmung im Volk hatte einen Umschwung erfahren, seitdem auf den Schlachtfeldern um die Macht und Ehre des preußischen Staats gerungen wurde. Die kriegerischen Erfolge hatten die Vorzüge der langbestrittenen Heeresreorganisation klar hervortreten lassen. Die alte Oppositionsstellung konnte daher nicht länger aufrecht erhalten werden, die klaffende Spalte mußte sich schließen, damit auf dem geebneten festen Boden der neue Staatsbau aufgeführt werden konnte, der nun durch das siegreiche Preußen ins Leben treten sollte. Mit der größten Spannung sah man der königlichen Eröffnungsrede entgegen, und manches Herz wurde erleichtert, als die Regierung selbst die Hand zur Versöhnung bot, den Weg der Ausgleichung des langen Konflikts betrat. König Wilhelm dankte zunächst der Gnade Gottes, welche Preußen geholfen habe, unter schweren, aber erfolgreichen Opfern nicht nur die Gefahren feindlicher Angriffe von den Grenzen abzuwenden, sondern in raschem Siegeslauf des vaterländischen Heeres dem ererbten Ruhm neue Lorbeeren hinzuzufügen und der nationalen Entwickelung Deutschlands die Bahn zu ebnen,

und gedachte der tapfern Krieger, die siegesfroh den Heldentod gestorben. Dann bemerkte die Thronrede, daß Regierung und Volksvertretung in einträchtigem Zusammenwirken die Früchte zur Reife zu bringen hätten, die aus der blutigen Saat, solle sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müßten, und sprach das Vertrauen aus, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen würden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß der Regierung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden solle, bereitwilligst erteilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit um so sicherer zum Abschluß gebracht werde, als erwartet werden dürfe, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig getragen werden. Mit dieser Rede, die im ganzen Land einen freudigen Nachklang fand, war der Weg bezeichnet, auf welchem das Abgeordnetenhaus, sollte es der Ausdruck der Volksstimmung sein, mit der Regierung zusammengehen konnte, der Weg der innern Verständigung und der Machtvergrößerung nach außen. War es schon seit einiger Zeit zu Tage getreten, daß Graf Bismarck mit der reaktionär-feudalen Partei, die im Herrenhaus ihren Mittelpunkt und in der „Kreuzzeitung" ihr Organ hatte, nicht mehr Hand in Hand gehe, daß mit den höhern Zielen der Regierung auch seine Politik gewachsen, auch sein staatsmännischer Gesichtskreis sich erweitert habe, so wurde diese Ansicht nun zur Gewißheit, als es galt, Preußen in die neuen durch den Sieg erworbenen Verhältnisse einzuführen. Mit den Anschauungen, Prinzipien und engen Gesichtskreisen der Feudalen konnte Preußen seiner neuen Machtstellung nicht genügen; es mußte zuerst im eignen Land den Rechts- und Verfassungsstaat herstellen, wenn ihm auf die Dauer die Führerschaft in Deutschland gesichert sein sollte. Das Abgeordnetenhaus begriff in seiner Mehrheit die Bedeutung der nachgesuchten Indemnität; es war ein Geständnis, daß man in eine verfassungsmäßige Ordnung einzulenken gedenke, daß man das budgetlose Regiment, zu dem man durch die Not der Umstände gedrängt worden, als einen nicht zu Recht bestehenden Zustand anerkenne und ihn der Vergessenheit und Vergangenheit überweise, daß man nicht zu dem überwundenen Standpunkt eines militärischen Absolutismus zurückkehren, sondern mit Aufrichtigkeit und freiem Willen in den modernen Rechtsstaat eintreten wolle. Der Streit war um so gegenstandsloser geworden, als das Heerwesen künftig Bundessache sein und somit der Zuständigkeit der preußischen Landesvertretung entzogen werden sollte. Mochten auch einzelne Männer in starrer Konsequenz bei der Ansicht beharren, daß man diesem Ministerium in keinem Fall Geld bewilligen dürfe, so gab sich doch bald in der Bildung der Parteien und in dem Gang der Verhandlungen die Absicht der Majorität kund, auf die dargebotene Handreichung einzugehen. Als der bisherige würdige Präsident Grabow vernahm, daß ein Wechsel im

Vorsitz als ein Zeichen einer versöhnlichen Gesinnung des Hauses bei Hofe angesehen werden würde, lehnte er die Wiederwahl ab, worauf v. Forckenbeck 23. Aug. 1866. zum Präsidenten gewählt ward. In der Antwortsadresse kam man nach langen erregten Verhandlungen zu einer vermittelnden Form, der die große Mehrheit 3. Sept. beitrat, worauf im September das Indemnitätsgesetz und der von dem Finanzminister v. d. Heydt geforderte Kredit von 60 Millionen Thaler gegen den Widerspruch einer kleinen fortschrittlichen Minderheit bewilligt wurde. Bei den Verhandlungen über die Idemnität bildete sich die nationalliberale Partei, welche, die gemäßigt freisinnigen und entschieden nationalen Richtungen umfassend, unter der Leitung von Männern wie Twesten, Lasker, v. Forckenbeck aus Altpreußen, v. Bennigsen, Miquél, Ötker aus den neuen Provinzen bald einen sehr bedeutenden Einfluß auf die politische Entwickelung erlangte.

Vergrößerung des preuß. Staats und die Haltung Napoleons. Noch geringern Widerspruch setzte das Abgeordnetenhaus den Vorlagen der Regierung über die Machtvergrößerung des Staats und die deutsche Bundesreform entgegen. Am 17. August legte die Staatsregierung dem Landtag die königliche Botschaft über die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit 7. Sept. Preußen vor, und am 7. September wurde der Gesetzentwurf über die Einverleibung der genannten Staaten mit zweihundertdreiundsiebzig Stimmen gegen vierzehn im Abgeordnetenhaus und einige Tage nachher auch vom Herrenhaus mit großer Mehrheit angenommen. Einige Zeit nachher erfolgte auch die Ein- 20. Sept. verleibung der Herzogtümer Holstein und Schleswig. Am 20. September, an demselben Tag, da das siegreiche Heer unter seinem königlichen Oberfeldherrn durch eine prachtvolle kunstgeschmückte Via triumphalis seinen feierlichen Einzug in Berlin hielt, wurde durch ein Gesetz die Vereinigung der neuen Landesteile mit der preußischen Monarchie ausgesprochen und zugleich verkündet, daß mit dem 1. Oktober 1867 die preußische Verfassung darin in Kraft trete. Ein königlicher Amnestieerlaß für alle wegen Preß- und politischer Vergehen unter Strafe gestellten Personen bildete den Schluß dieser denkwürdigen Tage. Daß trotz dieses Erlasses einige Zeit nachher die Anklage des Abgeordneten Twesten aufs neue angeregt und die Preßpolizei verschärft wurde, war wohl nicht im Sinn des Ministerpräsidenten, welcher damals bereits zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit in der Provinz Pommern einen stillen Aufenthaltsort aufgesucht hatte. Während dieser Vorgänge wurde Europa in neue Aufregung versetzt. Am 7. August war Napoleon unerwartet aus dem Bad Vichy nach St.-Cloud 10. Aug. zurückgekehrt, und am 10. desselben Monats wurden die Friedenshoffnungen durch die Nachricht erschüttert, in Anbetracht der ansehnlichen Vergrößerung Preußens habe Frankreich mit dem Berliner Kabinett Vorbesprechungen bezüglich der Rheingrenze eröffnet; doch habe Preußen bis dahin nicht geglaubt, die französischen Vorschläge entgegennehmen zu können. Daß Frankreich mit Neid und Eifersucht auf die Erfolge der preußischen Waffen blickte und es ungern ver-

merkte, wie man in England und anderwärts die militärische Kraft und Größe des preußischen Volks rühmte und bewunderte, eine Erhebung und Neugestaltung Deutschlands in Aussicht stellte, war deutlich zu erkennen; der französische Volksgeist der alten Schule (Chauvinismus) forderte „Garantien" für die künftige Sicherheit des Reichs. Auch in Regierungskreisen mochte man an „Kompensationen" wie im italienischen Krieg als Preis der Mäßigung und Vermittelung gedacht haben. Es trat später zu Tage, daß schon im August an den Minister Bismarck die bestimmte Forderung gestellt ward, Mainz an Frankreich abzulassen oder Krieg zu gewärtigen. Aber die Wahrnehmung, mit welchen Empfindungen nicht bloß in Preußen, sondern in ganz Deutschland der Gedanke an Gebietsabtretungen aufgenommen ward, wie sich der einmütige Ruf erhob, daß jeder Zollbreit deutschen Bodens in gemeinsamer Anstrengung mit dem letzten Blutstropfen zu verteidigen sei, schlug jeden Versuch einer Grenzerweiterung nieder. Es war ein neuer Beweis der besonnenen Mäßigung des französischen Kaisers, daß er jede Besorgnis einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten sogleich beseitigte, den Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuis, der die Kriegspolitik begünstigte, seines Amtes enthob und durch beruhigende Versicherungen die Wolken zerstreute. Die drohende Instruktion des Botschafters, hieß es, sei dem Kaiser während seiner Krankheit entrissen worden. In preußenfeindlichen Kreisen hatte man die gehässige Unterstellung ausgestreut, die Kompensationsforderungen Frankreichs gründeten sich auf vorausgegangene Versprechungen Bismarcks; um in seinen Kriegsplänen gegen Österreich nicht gehindert zu werden, habe er dem französischen Kaiser Abtretungen auf der linken Rheinseite in Aussicht gestellt.

Als diese Verdächtigungen, die schon vor Ausbruch des Kriegs ausgestreut worden waren, auch jetzt wie damals in nichts zerrannen, da schwanden die letzten Hoffnungen auf auswärtige Hilfe und in den Kreisen der Besiegten fing man an, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Hessen-Darmstadt und Sachsen schlossen die erwähnten Friedensverträge; die „depossedierten" Fürsten entbanden die Beamten und Offiziere ihrer frühern Besitzungen des Huldigungseides und ermöglichten dadurch den Eintritt in preußische Dienste; der Kurfürst von Hessen schloß mit Preußen den Vertrag von Stettin, durch welchen die vermögensrechtlichen Verhältnisse geordnet wurden, und entband seine Truppen, Zivil- und Hofbeamten, sowie alle Unterthanen des Treueids; am 8. Oktober erfolgte die feierliche Verkündigung der Einverleibung Kurhessens in den preußischen Staat. Dem Kurfürsten wurde für seine Person das lebenslängliche Nutznießungsrecht am gesamten Familienfideikommiß, eine Abfindungssumme von 600,000 Thalern und das Benutzungsrecht der Schlösser in der Provinz Hanau zugesichert. Doch gab er seine Ansprüche auf das Kurfürstentum nicht auf, vielmehr hegte er die Hoffnung, wie einst sein Ahnherr aus der Verbannung wieder in sein Reich zurückzukehren. Darauf nahm er seinen Aufenthalt in Böhmen, teils auf seinen

Ausgang des Kriegsjahres 1866.

18. Sept.

Gütern, teils in Prag, wo er den Palast des Fürsten Windischgrätz angekauft hatte. Seine in Druckschriften veröffentlichten Proteste gegen die Einverleibung Kurhessens in den preußischen Staatsverband hatten zur Folge, daß die Berliner Regierung das ihm zur Nutznießung überlassene Fideikommißvermögen mit Beschlag belegte. Auch den andern „depossedierten" Fürsten wurden in der Folge hohe Entschädigungssummen bewilligt. Als jedoch König Georg von Hannover, welcher fortwährend in Hietzing bei Wien weilte, während seine Gemahlin in der Marienburg die welfischen Gefühle lebendig zu halten suchte, jede Verzichtleistung verweigerte und sogar längere Zeit eine eigne Kriegsmannschaft im Ausland unterhielt, wurde die Auszahlung der Abfindungssumme, welche ohnedies wegen ihrer außerordentlichen Höhe von 16 Millionen Thaler großen Widerspruch im preußischen Abgeordnetenhaus gefunden hatte, suspendiert und auch sein übriges Vermögen, soweit man dessen habhaft werden konnte, unter Sequester gelegt, mit dem Zusatz, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch ein Gesetz, d. h. nicht ohne Zustimmung des Landtags erfolgen könne. Mit der Annahme des Reichswahlgesetzes für das zu berufende Parlament des Norddeutschen Bundes und eines Dotationsgesetzes für die verdienten Staatsmänner und Heerführer (Bismarck, Roon, Moltke, Herwarth, Steinmetz, Vogel v. Falckenstein) schloß das Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit für das bedeutungsvolle, an großartigen Ereignissen und erschütternden Wechselfällen so reiche Jahr. Als der Magistrat und die Stadtverordneten Berlins dem vom Schlachtfeld heimgekehrten König ihre Glückwünsche darbrachten, gab derselbe folgende Antwort: „Mein Heer, das Volk in Waffen, hat an Heldenmut und Ausdauer sich den glorreichsten Tagen seiner Väter ebenbürtig gezeigt und Thaten vollbracht, die die Geschichte unauslöschlich verzeichnen wird. Die Gesittung, welche mein tapferes Heer in Feindesland zeigte, sowie die Gesinnung und Opferfreudigkeit, welche alle Klassen der Daheimgebliebenen bewiesen, sind die Frucht einer väterlichen Volkserziehung meiner großen Ahnen. Preußen mußte das Schwert ziehen, als es sich zeigte, daß es die Erhaltung seiner Selbständigkeit galt; aber auch zur Umgestaltung Deutschlands hat es sein Schwert gezogen; ersteres ist erreicht, letzteres möge mir unter Gottes fernerem Segen gelingen!" Diese wunderbaren Erfolge des preußischen „Volks in Waffen" flößten der Welt so gewaltige Achtung ein, daß alsbald in den süddeutschen Staaten und in Frankreich eine Umgestaltung des Heerwesens und der Bewaffnung auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht ohne Stellvertretung und mehrjährigen Landwehrdienstes in Angriff genommen wurde. In Baden, Württemberg, Bayern und Hessen war diese neue Heeresorganisation die notwendige Folge des Schutz- und Trutzbündnisses, über welches die Regierungen dieser Länder bei den Friedensschlüssen mit Preußen sich für den Fall eines auswärtigen Kriegs insgeheim geeinigt hatten.

Der Norddeutsche Bund.

Am 18. August hatten sechzehn norddeutsche Bundesstaaten, denen die übrigen bald nachfolgten, den Bündnisvertrag abgeschlossen, der die Grundlage des

Norddeutschen Bundes bildete. Nachdem sämtliche Regierungen nordwärts des Mains ihren Beitritt zu dem Bund auf Grund des Reformentwurfs vom 10. Juni erklärt hatten, wurden gegen Ende des Jahres Bevollmächtigte der einzelnen Regierungen nach Berlin eingeladen, um den von Preußen auf- 15. Dez. 1866. gestellten Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundesstaates zu beraten. Die aus diesen Beratungen hervorgegangene Verfassungsurkunde wurde dann dem Reichstag vorgelegt, der, aus unmittelbaren Volkswahlen hervorge- 12. Febr. 1867. gangen, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Simson, des ehemaligen Prä- Vom 21. Febr. bis 17. April. sidenten des Frankfurter Parlaments, in Berlin tagte, und von diesem nach längern eingehenden Verhandlungen mit verschiedenen wesentlichen Abänderungen im Sinn parlamentarischer und politischer Freiheiten und Rechte angenommen. Eine der wichtigsten Abänderungen war die, daß das Budgetrecht des Reichstags auch auf den Militär- und Marineetat ausgedehnt wurde, im Gegensatz zu dem Entwurf, ferner die wesentliche Erweiterung der Bundeszuständigkeit hinsichtlich der Justizgesetzgebung (auf das Strafrecht und das gesamte gerichtliche Verfahren). Man hatte aus der Vergangenheit die Lehre gezogen, daß man an den neuen Staatsbau nicht den Maßstab idealer Systeme und politischer Theorien legen dürfe, sondern daß man ihn auf den gegebenen Grundlagen aufrichten müsse; man erkannte die Wahrheit des Satzes der Thronrede: „Nur von uns, von unsrer Einigkeit, von unsrer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem gesamten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigner Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rat der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag." Darum kam das Verfassungswerk trotz mancher doktrinären Bedenken ohne Schwierigkeit zustande. In dem neuen Reichstag, in welchem die nationalliberale Partei die stärkste und einflußreichste Gruppe war und mit den konservativen Richtungen eine bedeutende Mehrheit bildete, trat alsbald die Neigung hervor, Realpolitik zu treiben, von doktrinären Forderungen abzustehen und auf Grund der einmal gegebenen Verhältnisse zu einem positiven nationalen Erfolg zu gelangen. Es waren nur einige ultramontane und partikularistische Gruppen, sowie die an ihren abstrakten Parteigrundsätzen festhaltende Linke, welche den vorgelegten Verfassungsentwurf von anfang an zurückwiesen.

Der neue Verfassungsentwurf enthielt durchaus kein planvoll durchdachtes Die Bundesverfassung. System, wie es theoretischen deutschen Arbeiten der Art sonst zu Grund zu liegen pflegte; von allgemeinen Prinzipien und Grundrechten war nicht viel die Rede. Das war in den Verfassungen der Einzelstaaten genügend geordnet und die doktrinären Grundrechtsdebatten des Frankfurter Parlaments standen noch in unerfreulicher Erinnerung. Der große realistische Staatsmann, der jetzt die Grundlagen eines neuen nationalen Baues aufrichtete, faßte viel zu sehr die eigenartigen thatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse Deutschlands ins Auge,

als daß er sich an lehrhafte Schulbegriffe und abstrakte Forderungen hätte kehren können. Der Entwurf erregte eben wegen seiner scheinbar planlosen Zusammenstellung einzelner Bestimmungen, seiner nüchternen Beschränkung auf die nächstliegenden praktischen Bedürfnisse manche Enttäuschung bei solchen, die ein kunstvoll ausgearbeitetes Ideal einer deutschen Gesamtverfassung erwartet hatten Bald aber erkannte man doch den gesunden Kern in der rauhen Schale. Die Abstellung mancher Mängel mochte von der Zukunft erhofft werden, wenn Deutschland erst einmal „im Sattel saß". Mit richtigem Gefühl beschränkte sich die Verfassung auf die notwendigen praktischen Einheitsbedürfnisse und ließ daneben den Einzelstaaten ein reiches Feld innerer Lebensthätigkeit. In den weiten Gebieten der Justiz, der innern Verwaltung, des Unterrichtswesens, der Sorge für die Interessen der Wissenschaft und Kunst, der Landeskultur war ihnen ein würdiger und völlig unabhängiger Wirkungskreis gelassen. Notwendig war die nationale Einheit vorzugsweise in der Herstellung eines gemeinsamen Bundesbürgerrechts, in der völkerrechtlichen Vertretung, in Heer und Flotte, im Zoll-, Handels- und Verkehrswesen, in gewissen Gebieten der wirtschaftlichen und Rechtsgesetzgebung. Auf dem der Bundesgewalt überwiesenen Gebiet übt diese nach der Verfassung die Gesetzgebung mit der Wirkung aus, daß die Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Bundesgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Bundeswegen. Damit war das bundesstaatliche Prinzip scharf ausgesprochen. „Während dem rein völkerrechtlichen Staatensystem des ehemaligen Deutschen Bundes jede eigentliche legislative Gewalt fehlte und die Bundesbeschlüsse, als internationale Staatsverträge, lediglich die Regierungen, nie die einzelnen Unterthanen banden, wendet sich der Norddeutsche Bundesstaat mit seinen Gesetzen an alle Angehörigen des Bundesgebiets unmittelbar; die Einzelnen sind ebenso wie alle Behörden den Bundesgesetzen Gehorsam schuldig, die nicht durch die Publikation des Landesherrn, sondern der Bundesgewalt volle Geltung erlangen." Das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, sollte durch besondere Verträge geregelt werden, doch wurde zugleich der Eintritt der-
16. April 1867. selben in den Bund vorgesehen. Als der Reichstag in seiner letzten Sitzung den von ihm vielfach verbesserten Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen
17. April. angenommen hatte, konnte die Thronrede beim feierlichen Schluß mit Recht hervorheben: „Wir alle, die wir zum Zustandekommen des nationalen Werkes mitgewirkt, die verbündeten Regierungen ebenso wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unsrer Ansichten, unsrer Wünsche gebracht; wir durften es in der Überzeugung thun, daß diese für Deutschland gebracht sind und daß unsre Einigung derselben wert war. In diesem allseitigen Entgegenkommen, in der Ausgleichung und Überwindung der Gegensätze ist zugleich die Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwickelung des Bundes gewonnen, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, die uns mit unsern Brüdern in Süddeutschland

gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden. Das große Werk, an welchem mitzuwirken wir von der Vorsehung gewürdigt sind, geht seiner Vollendung entgegen." Nachdem sämtliche norddeutsche Landtage die Bundesverfassung genehmigt hatten, war das neue Staatswesen gesetzlich konstituiert. Dieses Ergebnis hatte man vorzugsweise dem wirkungsvollen und versöhnlichen Auftreten des Grafen Bismarck zu danken, welcher die ganze Kraft seiner Person und seiner Beredsamkeit einsetzte, „um die Träume des schlafenden Barbarossa zu verwirklichen und den deutschen Namen wieder in Achtung zu bringen", ein Auftreten, das ihm gerechte Anerkennung eintrug, auch bei solchen, die früher feindliche Gesinnung gegen ihn hegten.

Die Norddeutsche Bundesverfassung.

Nach dieser neuen Bundesverfassung, welche dem Sonderleben der Einzelstaaten in berechtigten Grenzen Raum ließ und die Zentralisation nicht weiter ausdehnte, als es ein kräftiges nationales Dasein und ersprießliche wirtschaftliche Verhältnisse erforderten, bildeten sämtliche Staaten nordwärts des Mains ein Bundesgebiet mit einheitlichem Recht und gemeinsamen Einrichtungen auf den wichtigsten Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, insbesondere mit allgemeinem Reichsbürgerrecht (Indigenat), gemeinsamem Militärwesen und einheitlicher Ordnung der Beziehungen zum Ausland. Der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs wurden namentlich unterstellt die Freizügigkeits-, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Zoll- und Handelswesen und die für Bundeszwecke zu verwendenden Steuern, Maß, Münze und Gewicht, Gewerbewesen, Militär und Kriegsmarine, Post und Telegraphen, Presse und Vereinswesen u. a. Die Reichsgesetzgebung wird durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Ersterer besteht aus Vertretern der Bundesregierungen mit einer nach der Größe ihrer Staaten abgestuften Stimmenzahl. Letzterer geht aus allgemeinen, gleichen und direkten Volkswahlen mit geheimer Abstimmung hervor, ein überaus kühnes Experiment mit einem ganz schrankenlosen demokratischen Wahlrecht; die Abgeordneten beziehen keine Diäten, genießen aber volle parlamentarische Redefreiheit. Die Zahlung von Tagegebühren vermochte der Reichstag gegen den entschiedenen Widerspruch der Regierung, die in der Diätenlosigkeit ein Gegengewicht gegen die Schrankenlosigkeit des allgemeinen Wahlrechts erblickte, nicht durchzusetzen. Die Legislaturperiode währt drei Jahre (im Jahr 1888 auf fünf Jahre verlängert). Das Bundespräsidium und die wichtigsten Teile der vollziehenden Gewalt stehen dem König von Preußen zu; er übernimmt die völkerrechtliche Vertretung des Bundes, hat im Namen desselben Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, die Bundesgesetze auszufertigen und zu verkündigen und deren Ausführung zu überwachen, die Bundesbeamten zu ernennen. Die Anordnungen des Bundespräsidiums bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Letztere Bestimmung war vom Reichstag hinzugefügt worden, als einziger Erfolg der auf Herstellung eines verantwortlichen Bundesministeriums gerichteten Bestrebungen. Der Bund (mit Ausnahme der Hansestädte) bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Damit war der auf internationalen kündbaren Verträgen beruhende Zollverein in eine dauernde verfassungsmäßige Institution des Norddeutschen Bundesstaats umgewandelt. Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauchs von einheimischem Zucker, Branntwein, Salz, Bier und Tabak. Dadurch war dem Bund eine

feste finanzielle Grundlage gegeben, indem ihm die gesamten Einnahmen aus den Zöllen und den genannten indirekten Steuern, sowie aus dem Post- und Telegraphenwesen zugewiesen wurden. Wenn die Bedürfnisse des Bundes aus diesen Einnahmen nicht vollständig bestritten werden können, werden den einzelnen Bundesstaaten nach ihrer Volkszahl „Matrikularbeiträge" auferlegt. Einer der wichtigsten Bestandteile der Bundesverfassung war das Heerwesen, das mit besonderer Genauigkeit geregelt war. Die in Preußen solange bestrittene Reorganisation fand damit ihre gesetzliche Anerkennung für das ganze Gebiet des neuen Bundesstaats. Das norddeutsche Bundesheer, auf Grund allgemeiner Wehrpflicht und einer Dienstzeit von drei Jahren bei der Fahne, vier Jahren in der Reserve, fünf Jahren bei der Landwehr organisiert, ist dem Oberbefehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn und den preußischen Militärgesetzen unterstellt. Während der Entwurf den ganzen Militäretat dergestalt festlegen wollte, daß auf den Kopf der Friedenspräsenzstärke 225 Thaler berechnet wurden, und damit dies ganze Gebiet der konstitutionellen Staatsordnung und der Mitwirkung der Volksvertretung völlig zu entziehen suchte, setzte der Reichstag soviel durch, daß dies „Pauschquantum", dieses „eiserne Militärbudget" nur für eine Übergangszeit eingeführt, nur bis Ende 1871 eine feststehende, nicht an jährliche parlamentarische Zustimmung gebundene Friedenspräsenzstärke von einem Prozent der damaligen Bevölkerungszahl bewilligt wurde. Für die spätere Zeit sollte die Friedenspräsenzstärke im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden und die volle konstitutionelle Mitwirkung des Reichstags auch beim Militäretat eintreten.

Die Luxemburger Frage.

Während die Verhandlungen über die Vereinbarung der Bundesverfassung in Berlin noch in vollem Gang waren, wurde die Welt von neuer Kriegsfurcht befallen, als die Kunde erscholl, der König von Holland, zugleich Großherzog des ehemaligen Bundesstaats Luxemburg, der in das norddeutsche Bundesgebiet nicht eingeschlossen war, stehe im Begriff, das Ländchen und die von einer preußischen Garnison besetzte Festung durch eine Privatübereinkunft um eine Geldsumme an den Kaiser von Frankreich abzutreten. Napoleon erkannte, daß die Dinge in Deutschland ebensowenig sich innerhalb der von ihm gewünschten Grenzen halten würden, wie einst in Italien, daß die Nikolsburger Bestimmungen den naturgemäßen Entwickelungsgang ebensowenig zu hemmen vermöchten, wie einst die Beschlüsse von Villafranca. Und wenn er auch, mit Berufung auf einen Ausspruch seines Oheims auf St. Helena, in einer Eröffnungsrede versicherte, daß das Gleichgewicht Europas nur in der Zusammenschließung und Verbindung der großen Völker möglich sei, und somit andeutete, daß er das Einigungswerk der deutschen Nation nicht zu hindern gedenke, so glaubte er doch den „patriotischen Beklemmungen" der Franzosen und dem Kriegsruf der „Chauvinisten" in der Presse und auf der Rednerbühne einige Rechnung tragen zu müssen, zumal da die Veröffentlichung des sieben Monate geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und den Südstaaten, wodurch die Leitung der gesamten deutschen Heeresmacht im Fall eines auswärtigen Kriegs in die Hände des preußischen Königs gelegt war, das französische Nationalgefühl empfindlich berührt hatte. Wiederholte Versuche Napoleons, für Frankreich „Kompensationen" in den Rheinlanden für die Machterweiterung Preußens zu

erlangen, waren von Bismarck zurückgewiesen worden. Die Nachricht von dem Luxemburger Handel regte die Gemüter in Deutschland mächtig auf. Auch hier fehlte es nicht an Stimmen, welche laut auf einen Krieg drangen, der ja doch unvermeidlich sei, ein Ruf, in den auch die Gegner der preußischen Politik schadenfroh oder hoffnungsvoll einstimmten. In Holland wurden schon Werbungen für eine hannöversche Legion vorgenommen. Selbst in den höchsten Kreisen hatte die Kriegspartei ihre Vertreter. Die Börse geriet in die äußerste Panik. Im Reichstag richtete der Abgeordnete v. Bennigsen eine Interpellation an den Kanzler, worin er die Zugehörigkeit des Großherzogtums zu dem übrigen Deutschland und das preußische Besatzungsrecht in der Festung betonte. Aber auch diese Wolken wurden durch die Mäßigung Preußens und das Friedensbedürfnis der europäischen Mächte verscheucht. Schon in seiner Antwort auf die Interpellation hatte Graf Bismarck darauf hingewiesen, daß die Frage einen europäischen Charakter habe, indem Luxemburg in dem Londoner Teilungsvertrag vom Jahr 1839 unter die Garantie der Großmächte gestellt sei, und hatte somit die Entscheidung auf den Weg der Diplomatie geschoben. Er erreichte seinen Zweck. Der König von Holland erschrak vor der Verantwortung eines großen Kriegs, der leicht seine eigne Krone in Gefahr bringen konnte, und machte vor der Bestätigung des Kaufvertrags der preußischen Regierung Mitteilung von dem Vorhaben; und als er wahrnahm, welchen Eindruck der schmähliche Handel hervorbrachte, lenkte er ein. Für Napoleon war es sehr empfindlich, von einem Plan abzustehen, der vor der Zeit in die Öffentlichkeit gedrungen war, vor Frankreich zu bekennen, „daß ihm selbst eine so geringfügige Vergrößerung untersagt werde solle"; allein den Vermittelungsbemühungen der übrigen Großmächte, Österreich, England und Rußland, gelang es, auf einer Gesandtenkonferenz in London eine Verständigung herbeizuführen. Frankreich trat von der Erwerbung, Preußen von seinem behaupteten Besatzungsrecht zurück gegen die von den übrigen Mächten übernommene Gesamtbürgschaft einer Neutralisierung des Großherzogtums Luxemburg unter Schleifung der Festungswerke. Im deutschen Zollverein blieb das Ländchen nach wie vor. So verzog sich das drohende Gewitter, und wenn auch, wie die englischen Minister im Parlament offen gestanden, die Gesamtgarantie nur eine geringe Bürgschaft für die Zukunft in sich trug, so konnte doch Deutschland in Frieden an dem Ausbau der nationalen Einrichtungen fortarbeiten. „Ein Vorteil des bewährten Feldherrn ist's, daß er nicht nötig hat zu schlagen, um der Welt zu zeigen, er versteht zu siegen."

1. April 1867.

7.—11. Mai.

Dieser Mäßigung war es zu danken, daß die Idee der nationalen Einigung unter Preußens Führung sich weiter entwickelte und Boden faßte. Die Stellung der süddeutschen Staaten in voller Selbständigkeit war von vornherein unhaltbar; einen Süddeutschen Bund, wie er im Prager Frieden vorgesehen war, wirklich ins Leben treten zu lassen, wurde nicht einmal ein ernstlicher Versuch

Rekonstruktion des deutschen Zollvereins.

gemacht. Allen einsichtigen und patriotischen Männern mußte der baldige Anschluß an den Norddeutschen Bund als das nächste Ziel erscheinen. In Bayern und Baden traten während der Friedensverhandlungen oder bald nachher neue, nationalgesinnte Minister in das Amt, dort Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, hier Karl Mathy und v. Freydorf; auch der leitende Mann in Württemberg, v. Varnbüler, bis dahin ein starrer Partikularist, lenkte jetzt mehr in nationale Bahnen ein. Zunächst galt es, das wirtschaftliche Band, welches ganz Deutschland bis dahin umschlossen hatte, den Zollverein, wieder festzuknüpfen. Nachdem die Norddeutsche Bundesverfassung dem Bundesrat und Reichstag die Zollgesetzgebung übertragen hatte, mußten, wenn die süddeutschen Staaten vollberechtigte Mitglieder dieses Verbandes sein sollten, auch ihre Vertreter an den beiden genannten Körperschaften teilnehmen. Anfangs Juni wurde auf einer Konferenz, zu welcher Graf Bismarck die süddeutschen Minister nach Berlin berufen, der Präliminarvertrag zur Wiederherstellung des Zollvereins vereinbart. Danach beschickten die süddeutschen Staaten den Bundesrat durch Bevollmächtigte und den Reichstag durch Abgeordnete, so daß für Gesamtdeutschland ein Zollbundesrat und ein Zollparlament ins Leben trat, und es wurde so eine ganz Deutschland außer Österreich umfassende Verkehrs- und Rechtsgemeinschaft geschaffen, deren Bedeutung, über die Zollgesetzgebung weit hinausgehend, in der Befestigung der nationalen Beziehungen, des gemeinsamen, alle deutschen Staaten umfassenden Bandes bestand. Der auf Grund dieser Präliminarien geschlossene neue Zollvertrag, dem auch Bayern nach einigem Sträuben ohne das anfangs geforderte „liberum Veto“, das unbedingte Zustimmungs- und Verwerfungsrecht beitrat, bildete die Vorlage für das Zollparlament, dessen süddeutsche Mitglieder ebenfalls aus allgemeinen direkten Volkswahlen hervorgingen und das Ende April 1868 in Berlin in Beratung trat. Das Zollparlament konnte neben dem Schutzbündnis als die zweite Brücke über die Mainlinie gelten. Beide Verträge waren bedeutungsvolle Schritte zur politischen Einigung Gesamtdeutschlands, als deren Kern der Norddeutsche Bund sich von selbst darbot. Aus dem „Zollbund“ wurde bald ein „Vollbund“.

[Randnoten: 3. 4. Juni 1867. — 8. Juli. — April 1868.]

Deutschland u. Frankreich.

Das nationale Einigungswerk hatte Frankreich schon vor bald einem Jahrhundert in seiner großen Revolutionsbewegung vollzogen und dadurch das Übergewicht in Europa erlangt. Darum war es begreiflich, daß viele Franzosen mit nationalen Vorurteilen und Gemütserregungen auf die Vorgänge in Deutschland blickten, welche dieses bisherige Übergewicht zu gefährden und ein Reich der Mitte zu begründen drohten, in dem wie vor alters das europäische Gleichgewicht seinen naturgemäßen Schwerpunkt haben würde. Zwar wurden König Wilhelm und Graf Bismarck, als sie zur Besichtigung der Weltausstellung nach Paris reisten, am Hof und im Volk freundlich aufgenommen. Doch aber trat bei jeder Gelegenheit die feindselige Stimmung in der französischen Presse, in den Kammersitzungen, bei dem Militär unverhohlen zu Tage. Es lag daher nahe, daß

die Reise, welche Kaiser Napoleon einige Zeit nach der tragischen Katastrophe in Mexiko mit seiner Gemahlin nach Salzburg unternahm, um auf einer Zu- 18.—23. Aug. 1867.
sammenkunft mit der österreichischen Kaiserfamilie in dem stillen Alpenthal dem Gefühl der Trauer und der Teilnahme über das schmerzvolle Ereignis persönlich Ausdruck zu geben, in Deutschland aufs neue Bedenken und Mißtrauen erweckte. Man wollte nicht glauben, daß der Besuch lediglich eine Beileidsbezeigung gewesen und sich von aller Politik fern gehalten habe. Jedenfalls kam aber ein französisch-österreichisches Bündnis zur Gründung einer süddeutschen Konföderation unter dem gemeinschaftlichen Protektorat beider Kaiserreiche und zur Beschränkung der preußischen Machtvergrößerung, wie es Napoleon im Sinn gehabt, nicht zum Abschluß. Er kehrte unbefriedigt nach Paris zurück; soll ihm doch das böse Wort entfahren sein, mit dem österreichischen Leichnam sei keine Allianz möglich. Doch gab er die in Salzburg ausgetauschten Ideen nicht völlig auf, sondern beschloß nur „in der auswärtigen Frage zu lavieren". Graf Bismarck aber nahm davon Gelegenheit, in einem Rundschreiben zu versichern, wie er mit Vergnügen 7. Sept.
anerkenne, daß die an die Salzburger Zusammenkunft geknüpften Besorgnisse sich nicht bestätigt hätten, zugleich aber zu erklären: Preußen habe sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwickelung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend sondern befruchtend wirke, und alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte; dieses Bestreben würde, wie zu hoffen sei, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit Sorgfalt alles vermieden würde, was den deutschen Nationalstolz beleidigen möchte; denn Preußen habe sich jedes Druckes auf die süddeutschen Staaten enthalten und werde die Bestimmung des wünschenswerten Maßes der gegenseitigen Annäherung jederzeit der freien Entschließung seiner süddeutschen Verbündeten überlassen. In diesem Sinn sprach sich auch die Ant- Okt.
wortsadresse des Reichstags aus, welche dem König bei der feierlichen Übergabe der neu hergestellten Stammburg Hohenzollern von einer Deputation überreicht ward, indem darin das Recht der deutschen Nation, ihre innern Angelegenheiten nach eignem Ermessen zu ordnen, stark betont war. Aber die offene Sprache einer würdigen, klaren Politik war nicht vermögend, die mißgünstigen Stimmen zum Schweigen zu bringen, übelwollenden Deutungen und verleumderischen Nachreden Einhalt zu gebieten, die Kriegs- und Eroberungsgelüste des lauernden Gegners zu unterdrücken. Zwar gelang es der diplomatischen Thätigkeit, die Kriegsgefahren, die im Jahr 1868 eine Zeitlang von der orientalischen Frage (XV, 2. 49) und von dem belgischen Eisenbahnstreit (XV, 2. 16) drohten, durch ausgleichende Vermittelung zu beseitigen und den Weltfrieden zu erhalten; aber ein bewaffneter Frieden, wie er damals in Europa herrschte, war kein Segen für die Menschheit. Die Völker verlangen einen Frieden, der nicht auf der Furcht vor der mächtigen Waffengewalt des Nachbars beruht, sondern auf dem gegenseitigen Vertrauen und der Achtung der Rechte und Bedürfnisse der Nationen.

Für die Aufrichtung eines solchen Friedenszustandes gibt es, wie einst Feldmarschall von Moltke sich äußerte, nur eine Möglichkeit: daß im Herzen Europas sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. Dieses segensreiche Werk aber kann nur von dem geeinigten Deutschland ausgehen.

Fortbildung des Norddeutschen Bundes u. die süddeutschen Staaten. Diese Einheit zu erzielen, die unnatürliche Mainlinie zu durchbrechen, war seitdem das Bestreben der nationalen Partei im Norden wie im Süden. Wenn auch die Bundesverfassung nicht allen Wünschen und Anforderungen genügte, so trug sie doch den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung und konnte als befriedigende Lösung der unendlichen Schwierigkeiten der „deutschen Frage" gelten. Aber bei der Eifersucht, mit welcher Frankreich und die preußenfeindlichen Elemente in Deutschland alle Versuche einer Anschließung der noch getrennten Glieder an den norddeutschen Reichskörper verdächtigten und als Anzeichen preußischer Eroberungspolitik hinstellten, hielt sich der Bundeskanzler streng innerhalb der durch den Prager Frieden gesetzten Grenzen und vermied jeden Schein eines Druckes auf die Südstaaten. Als im Reichstag von einigen nationalliberalen Mitgliedern der Antrag der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund gestellt ward, wies Graf Bismarck denselben in schroffer Weise zurück. (24. Febr. 1870.) Auch in der süddeutschen Bevölkerung mußte erst noch viel Widerstand auf ultramontaner und demokratischer Seite überwunden werden. In Bayern und Württemberg hatte die Annahme der Allianz- und Zollvereinsverträge bei den Landesvertretungen nur mit Mühe durchgesetzt werden können; die Einführung der preußischen Heereseinrichtungen stieß auf große Schwierigkeiten; mächtige Strömungen strebten nach Schaffung eines Milizheeres. Bei den Zollparlamentswahlen vermochten nur in Baden und Hessen die nationalen Vertreter das Übergewicht zu erlangen; in Bayern und Württemberg siegte der Partikularismus entschieden. In Bayern mußte der patriotische Fürst Hohenlohe unter heftigen parlamentarischen Kämpfen dem Ansturm der Ultramontanen unter Führung des Abgeordneten Jörg weichen und dem Grafen Bray-Steinburg Platz machen, der (März 1870.) in den nationalen Fragen eine weit zurückhaltendere Stellung einnahm. In Württemberg herrschte unter offener oder geheimer Begünstigung der Regierung die demokratisch-partikularistische Partei, gegen deren Terrorismus und Preußenhaß die „deutsche Partei" einen schweren Stand hatte. Eifrig waren inzwischen Regierung und Nationalvertretung bemüht, den Norddeutschen Bundesstaat durch gemeinsame Gesetze und Einrichtungen immer mehr seiner Ausbildung entgegenzuführen. (1867.) Nachdem im Lauf des Mai und Juni die mit dem Verfassungsreichstag vereinbarte Bundesverfassung von den Landtagen der verschiedenen norddeutschen Einzelstaaten, in Preußen unter starker Opposition der Fortschrittsmänner, angenommen und der Bundesrat unter dem Vorsitz des zum Bundeskanzler ernannten Grafen von Bismarck ins Leben getreten war, gab sich auf dem ersten ordentlichen Reichstag, welcher im September, (10. Sept.) abermals unter Simsons Präsi-

dium, seine regelmäßigen gesetzgeberischen Arbeiten in Berlin in Angriff nahm, unter allen vaterländisch gesinnten Männern, die nicht durch kirchliche, demokratische oder partikularistische Bestrebungen von den nationalen Zielen und Aufgaben abgelenkt waren, das eifrige Verlangen kund, die solange ersehnte staatliche Einigung der deutschen Nation in die Wirklichkeit hinüberzuleiten. Die Erhebung der preußischen Gesandten zu Vertretern des Norddeutschen Bundes und die Einführung einer deutschen Bundesflagge (schwarz-weiß-rot) für die Marine waren äußere Zeichen der fortschreitenden nationalen Einheit. Mit dem Reichstag wurde jetzt eine freisinnige Gewerbeordnung auf Grund einer weitgehenden Gewerbefreiheit, es wurden Gesetze über Unterstützungswohnsitz, Freizügigkeit, Paßwesen, über Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung, über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, ein Handelsgesetzbuch, eine Wechselordnung, ein Aktiengesetz, eine Maß- und Gewichtsordnung, ein Strafgesetzbuch, ein Gesetz über das Konsulatswesen, über Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichts (in Leipzig), über das litterarische Urheberrecht und viele andre norddeutsche Bundesgesetze vereinbart, die in der Folge auf das ganze Reich ausgedehnt wurden, die gemeinsamen Interessen förderten und das Gefühl in allen Gliedern weckten, daß sie einem organischen, im Wachsen und Fortschreiten begriffenen Staatsganzen angehörten. Bei der Vereinbarung eines allgemeinen Strafgesetzbuchs kam es zu lebhaften aber erfolglosen Anstrengungen zur Abschaffung der Todesstrafe. — Die Kraft und Umsicht, welche die preußische Regierung im eignen Staat entfaltete, erzeugten immer mehr Vertrauen: die Ernennung des gemäßigt liberalen Camphausen zum Finanzminister an der Stelle des zurückgetretenen v. d. Heydt, die verständigen Maßregeln des neuen Ministers zur Beseitigung des Defizits, sowie der Eintritt des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Delbrück in das Ministerium wurden freudig begrüßt; auch die Ersetzung des reaktionären Justizministers Graf zur Lippe durch einen anerkannten Juristen aus Hannover, Leonhardt, war mit Befriedigung aufgenommen worden. Nur die engen und einseitigen Gesichtskreise, welche der Kultusminister v. Mühler in der Leitung der Angelegenheiten in Kirche und Schule einhielt, fanden bei allen Freisinnigen viele Anfechtungen und waren ein schroffer Widerspruch zu den hohen Aufgaben, welche der Regierung eines jugendlich kräftigen Großstaats gestellt sind. Sein neues Unterrichtsgesetz konnte daher auch nicht durchgeführt werden.

Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869.

Handelsgesetzbuch vom 5. Juni 1869.

Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870.

Okt. 1869.

Dez. 1867.

f. Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn.

Ein Gegenstück zu der Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse bot sich in Österreich dar, wo zwar die Konföderationspolitik Belcredis, welche die Monarchie in fünf fast nur durch Personalunion verbundene Königreiche zerlegen wollte, aufgegeben, aber doch der Scheidungsprozeß in der Weise fortgeführt

ward, daß sich das Reich in eine östliche und westliche Hälfte spaltete, in ein deutsch-slawisches Ländergebiet diesseits der Leitha und in ein ungarisches Königreich jenseits dieses Grenzflusses. Franz Deák, ein besonnener gemäßigter Staatsmann, hatte sich die Herstellung des gestörten Rechtszustandes seines ungarischen Vaterlandes zur Lebensaufgabe gemacht, ein fester Charakter von klarer Denkweise und hohem Rechtssinn, dem der geistreiche, zartbesaitete, erregbare Schriftsteller und Publizist Eötvös bald als versöhnendes, bald als antreibendes Element zur Seite stand. Schon seit Jahren hatte Deák das politische Prinzip verfochten, daß Ungarn im Bund mit Österreich bleiben, aber eine selbständige Regierung, eine eigne auf Grund der alten Rechtsordnungen aufgebaute Verfassung mit zeitgemäßen Reformen und eine territoriale Abrundung durch Einfügung der Grenzlande im Süden und Osten erhalten sollte, eine Politik der Vermittelung, für die er sowohl gegen den österreichischen Absolutismus wie gegen den magyarischen Radikalismus mutig und kräftig in die Schranken trat. Lange sträubte man sich in Wien diesen Forderungen Gehör zu geben; erst als der Prager Frieden dem Kaiserreich eine neue politische Laufbahn aufdrängte, erkannte man die Notwendigkeit, die Quelle der Zerwürfnisse und des Haders mit dem östlichen Nachbar durch ein festes Abkommen zu schließen. So kam es denn zu dem folgenreichen Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Nachdem ein landständischer Ausschuß in Pest die Grundbedingungen formuliert, wurden zwischen Deák und dem Freiherrn von Beust, welcher an Belcredis Stelle die
7. Febr. 1867. Leitung des Ministeriums übernommen hatte, die neuen Verfassungsverträge vereinbart, denen dann Kaiser Franz Joseph die Bestätigung erteilte. Kraft
16.—23. Febr. dieser in einer Reihe von Reskripten verkündigten neuen Staatsgrundgesetze wurden den Ungarn die alten Rechte, welche durch die Revolution von 1848 und 1849 verwirkt sein sollten, zurückgegeben, Siebenbürgen, Kroatien und die Militärgrenze dem Königreich jenseits der Leitha einverleibt und die Bedingungen festgesetzt, unter welchen die gemeinsamen Angelegenheiten, zu denen namentlich Kriegswesen, auswärtige und Zollpolitik gehörten, behandelt werden sollten. Die Einsetzung eines neuen ungarischen Ministeriums aus der Deákschen Partei unter der Leitung des patriotischen Grafen Julius Andrássy und die feierliche
8. Juni. Krönung Franz Josephs und seiner Gemahlin als König und Königin von Ungarn bildeten den Schluß des Ausgleichswerkes, durch welches der Versuch gemacht ward, auf Grund eines konstitutionellen Doppelreichs mit militärischer, diplomatischer und handelspolitischer Einheit und einem vertragsmäßigen Beitrag Ungarns zu den gemeinsamen Staatsausgaben und zur Verzinsung der Gesamtstaatsschuld dem erschütterten Österreich neue Lebenskraft einzuflößen, durch Errichtung eines höchsten Reichsministeriums samt Reichsvertretung (Delegationen aus den parlamentarischen Körperschaften der beiden Reichshälften) für die Gesamtinteressen der Monarchie gesetzliche Organe zu schaffen und ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten zu begründen. Die sehr verwickelten

Abmachungen über die gemeinsame Staatsschuld waren ein dauerndes Abkommen; dagegen sollten die Vereinbarungen über die Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben und das Zoll- und Handelsbündnis zunächst nur auf zehn Jahre gültig sein. Der alte einheitliche österreichische Gesamtstaat erlitt durch diesen Ausgleich einen tödlichen Stoß.

Auch im „cisleithanischen“ Österreich wurde jetzt in verfassungsmäßigere und freisinnigere Bahnen eingelenkt. Nach der Entlassung des Ministeriums Belcredi wurde Rückkehr zur Februarverfassung und deren zeitgemäße Ausbildung die Parole. Nachdem die Staatsgrundgesetze, welche die Februarverfassung in erweitertem Umfang wiederherstellten, die kaiserliche Bestätigung empfangen hatten, trat am Neujahrstag 1868 das erste konstitutionelle Ministerium ins Leben, welchem Fürst Karlos Auersperg als Präsident, Giskra als Minister des Innern, Herbst als Justizminister, Brestel als Finanz-, Plener als Handelsminister angehörten. Die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten leiteten der Reichskanzler von Beust als Minister des Auswärtigen, Freiherr von John als Kriegs- und von Beke als Finanzminister. Während der nächsten Jahre war die politische und administrative Thätigkeit des „Bürgerministeriums“ in Wien wie der ungarischen Regierung in Pest vorzugsweise darauf gerichtet, die in dem Ausgleich festgestellten Staatsgrundgesetze in Ausführung zu bringen. Zugleich wurden in Österreich ernste Anstrengungen gemacht, das Konkordat zu brechen, welches den Klerus an eine fremde Macht band und ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem eignen Volk aus dem Herzen riß. Dies geschah mit Erfolg durch die drei konfessionellen Gesetze, welche das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs herstellten, das Verhältnis der Kirche zur Schule unter Wahrung der Aufsichtsrechte des Staats regelten, die interkonfessionellen Fragen, wie das Bekenntnis der Kinder bei gemischten Ehen, den Übertritt zu einer andern Konfession u. dgl. ordneten. Im ultramontanen Lager riefen diese Gesetze mit ihrer scharfen Wahrung der Rechte des Staats gegenüber der Geistlichkeit den heftigsten Widerspruch hervor und der Papst erklärte sie in feierlichem Protest für null und nichtig. Bischof Rudigier von Linz, der die Auflehnung gegen diese Gesetze am offensten verkündigte, mußte wegen Störung der öffentlichen Ruhe gerichtlich verurteilt werden. Allein nicht nur bei den Klerikalen fand das liberale „Bürgerministerium“ heftigen Widerstand; noch größere Schwierigkeiten erwuchsen ihm aus dem Hader und den Sonderansprüchen der slawischen Nationalitäten, welche die Verfassung zu zentralistisch fanden und die weitgehendste Autonomie der einzelnen Kronländer erstrebten, namentlich die Polen in Galizien und die Tschechen in Böhmen, die in Protesten, Fernhaltung vom Reichsrat, Demonstrationen, selbst Straßentumulten ihrem nationalen Fanatismus Luft machten. Unter großen Schwierigkeiten kam ein neues Heeresgesetz auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht mit zwölfjähriger Dienstzeit und einer Kriegsstärke von 800,000 Mann zu stande, rief aber alsbald eine

Wiederherstellung der Februarverfassung. Das Bürgerministerium.

21. Dez. 1867.

25. Mai 1868.

Okt. 1869. gefährliche Empörung der Bocchesen in Dalmatien hervor, welche sich den Anordnungen über die Landwehr nicht fügen wollten und auch nach mehreren glücklichen Gefechten soviel erreichten, daß das Gesetz in diesen Landschaften nicht zur Ausführung gelangte. Unter diesen Schwierigkeiten nutzte sich das liberale Ministerium bald ab. Fürst Auersperg, dem die föderalistischen Neigungen einiger seiner
Sept. 1868. Kollegen zu weit gingen, trat zurück und wurde durch den bisherigen Landesverteidigungsminister Graf Taaffe ersetzt. Über die Frage, ob man den autonomistischen Ansprüchen der „nationalen Opposition" mehr Zugeständnisse machen solle, herrschte im Schoß des Ministeriums selbst Zwiespalt. Graf Taaffe neigte zu dieser Politik, die meisten seiner Kollegen widerstrebten und wollten den Föderalismus durch eine Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes schwächen, welches vorschrieb, daß die Abgeordneten des Reichsrats von den einzelnen Landtagen gewählt werden. Diese und andre Fragen der Verfassungsrevision verschärften sich so, daß das ganze Ministerium zurücktrat, worauf Graf Potocki mit der
April 1870. Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt wurde, welches nach erfolglosen Versuchen, mit den Polen und Tschechen zu einem Ausgleich zu gelangen, auch bald
Febr. 1871. wieder seine Entlassung nahm.

3. Parteikämpfe und Revolution in Spanien.

Gegensätze u. Parteikämpfe in den fünfziger Jahren. Als die Pariser Februarrevolution die bisherige Weltlage in ihren Grundfesten erschütterte, machte sich ihre Rückwirkung auch jenseits der Pyrenäen fühlbar. Doch war die Bewegung in der durch vieljährige Parteikämpfe zersetzten und geschwächten Halbinsel nicht so mächtig, daß dadurch die Herrschaft der Moderados gestürzt worden wäre. Weder die vereinzelten Aufstände der Progressisten, welche an England einen geheimen Rückhalt hatten, noch der Versuch des zurückgekehrten Cabrera, für den Herzog von Montemolin die Karlisten des Nordens wieder unter die Waffen zu rufen, waren von Erfolg. Narvaez, Herzog von Valencia, der damals an der Spitze des Ministeriums stand, unterdrückte die Aufstände mit fester Hand und behauptete sich durch die Gunst der jungen Königin gegen die Umtriebe Maria Christinas, welche die Entfernung aus Spanien nicht lange ertragen hatte. Der englische Gesandte Bulwer, der bei der Schilderhebung gegen Narvaez beteiligt schien, erhielt seine Pässe; Cabrera flüchtete aufs neue nach Frankreich. Aber so stark fühlte sich die Regierung,
1850. daß sie einige Zeit nachher eine Amnestie erließ, welche den Karlisten Gelegenheit zur Rückkehr bot. Reumütig warfen sie sich der Königin zu Füßen und fanden Gnade und Verzeihung. Auch mit England versöhnte man sich. Dagegen trat mit den Vereinsstaaten von Nordamerika eine Spannung ein, als General Lopez, welcher die Insel Cuba mit den Waffen zum Abfall von Spanien und zum Anschluß an die Union zu bringen suchte, nach Vereitelung seines Unter-
1. Sept. 1851. nehmens gefangen genommen und in Havana hingerichtet ward. Nach der

Errichtung des französischen Kaisertums gelang es der Hofpartei in Madrid mit Hilfe der Königin-Mutter Maria Christine, den verhaßten Minister Narvaez zu stürzen und die königlichen Machtbefugnisse zu steigern. Mit Rom wurde ein Konkordat abgeschlossen, welches der Kurie und dem spanischen Klerus weit- Okt. 1851.
gehende Zugeständnisse einräumte. Diese reaktionäre Richtung am Hof und im Kabinett erhielt neue Stärke, als Königin Isabella bei dem ersten Kirchengang nach ihrem Wochenbett von einem geistesverwirrten Priester, Martin Merino, verwundet ward. Nunmehr wurde die Presse beschränkt, die Cortesversammlung Febr. 1852.
aufgelöst, die Verfassung im absolutistischen Sinn verändert, Karlisten und Klerikale erhielten die einflußreichsten Staatsämter und Militärstellen. Die Furcht vor der Rückkehr des alten Absolutismus führte eine Vereinigung aller liberal Gesinnten, Progressisten wie Moderados, herbei. Vergebens suchten Hof und Regierung unter den reaktionären Ministerien Bravo Murillo, Roncali u. a. durch Wahlbeherrschung, Gewaltmaßregeln gegen die Presse, Verbannung von Narvaez unter dem Vorwand einer Sendung nach Wien, wiederholte Auflösungen oder Vertagungen der Cortes und andre Mittel die Opposition niederzuschlagen; die Furcht vor einem Staatsstreich, der alle Bürgschaften der öffentlichen Freiheit in Frage stellen könnte, und der Haß gegen Christine und ihren Gemahl, die in Verbindung mit dem jüdischen Bankier Salamanca durch Finanzkünste auf Kosten des Landes ihre Reichtümer mehrten, führten der Widerstandspartei stets neue Kräfte zu. Die Verbannung angesehener Generale, wie 1854.
Leopold O'Donnell und Manuel de la Concha, die Absetzung von José de la Concha und andern Offizieren und endlich eine drückende Zwangsanleihe steigerten die Gärung bis zum Aufstand. Moderados und Progressisten vereinigten sich zur **liberalen Union**. Ein siegreicher Kampf O'Donnells, verbunden mit Juli.
kriegerischen Bewegungen in und um Barcelona und mit drohenden Barrikadenkämpfen in der Hauptstadt selbst, führte endlich zu einem Minister- und Systemwechsel. **Espartero** übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts, in welchem O'Donnell das Kriegsministerium erhielt. Maria Christine wurde unter militärischer Begleitung über die Grenze nach Portugal gebracht, während man ihre Güter mit Beschlag belegte. Im November trat eine neugewählte Versammlung als konstituierende Cortes zusammen, worin die Progressisten die Mehrheit bildeten und durch tiefeingreifende Beschlüsse das Staatsleben umzugestalten suchten. Nicht nur daß sie durch Eisenbahnen, Telegraphen und Banken die Volkswirtschaft zu heben bemüht waren; ein Gesetz über Beseitigung der toten Hand, welches den Verkauf aller sogenannten Nationalgüter, der Kirchen-, Kloster-, Stiftungs-, Gemeinde- und Staatsgüter anordnete, sollte das öffentliche Leben und die gesellschaftlichen Zustände Spaniens in neue Bahnen führen. Ein großer Teil dieser Nationalgüter wurde auch wirklich verkauft und der Ertrag zu gemeinnützigen Werken und zur Heilung der zerrütteten Finanzen verwendet. Auch wurde der Bauernstand unabhängiger gestellt und dadurch eine breitere Grund-

lage für ein freieres Staatsleben geschaffen. Allein über der Neuordnung der
Juli 1856. Verfassungszustände ging die liberale Union wieder auseinander. Espartero trat aus dem Ministerium; abermals erfolgten in Madrid und Barcelona Aufstände und Straßenkämpfe, die O'Donnell mit blutiger Strenge unterdrückte, worauf er unter dem Schutz des Belagerungszustandes die konstituierenden Cortes
Sept. auflöste. Dies bildete den Übergang zu einem neuen Kabinett, in welchem die alte Moderadopartei unter Narvaez, Herzog von Valencia, die Oberhand hatte und eine Ausgleichung der Gegensätze anstrebte. Aber indem das gemäßigte Ministerium die parlamentarische Übermacht durch die „konstitutionelle Reform" zu beschränken und durch ein strenges Preßgesetz den revolutionären Ausschreitungen der Progressisten und Republikaner entgegenzutreten suchte, geriet es wieder mehr und mehr in eine rückschrittliche Strömung, so daß die Glieder der liberalen Union, aus Furcht, die Errungenschaften des Jahres 1854 wieder einzubüßen, ihren frühern Bund herstellten und dadurch die Königin nötigten, O'Don-
Juni 1858. nell zur Bildung eines neuen Kabinetts zu berufen.

Das Ministerium O'Donnell. Es war wohl mehr eine Folge der allgemeinen Ermüdung als der Zufriedenheit, daß sich dieses gemäßigte Ministerium fast fünf Jahre lang im Regiment behauptete. Denn den Männern des Fortschritts und der Aufklärung, deren Zahl und Macht unter dem Ringen der Parteien um die Herrschaft stets zunahm, konnte doch ein Regiment nicht gefallen, welches dem Einfluß der Hofkamarilla soweit nachgab, daß es mehrere zum Protestantismus übergetretene Spanier wegen ihres Bekenntnisses und wegen Verbreitung der Bibel zu Ge-
1861. fängnis- und Galeerenstrafe verurteilte (einer Strafe, die nur durch die Bemühungen protestantischer Regierungen in Verbannung verwandelt ward), daß es in dem Kampf der Italiener um die nationale Einheit zu gunsten des neapolitanischen Königs und der päpstlichen Herrschaft im Kirchenstaat diplomatische Proteste erließ und nicht abgeneigt schien, dem Drängen der Königin und der klerikalen Partei auf eine Intervention zu entsprechen! Und doch machten auch diese gemäßigten Männer die Erfahrung, daß die Ultramontanen niemals die Hand zu einem aufrichtigen Friedensbund reichen, der nicht ihrer Partei die unbedingte Herrschaft in die Hand gibt. Denn während die Spanier unter O'Donnells Oberbefehl einen erfolgreichen Krieg gegen Marokko zur Rache und Entgeltung
4. Febr. 1860. für verschiedene Beleidigungen führten und nach der Schlacht bei Tetuan den überseeischen Feind zu einer Kriegsentschädigung und Gebietsabtretung bei Ceuta nötigten, versuchten die Karlisten eine neue Schilderhebung. General Ortega, Befehlshaber der Balearischen Inseln, landete mit bewaffneter Mannschaft bei Tortosa an der Ebromündung und erhob die Fahne der Empörung, um dem Grafen von Montemolin, der sich mit seinem Bruder Fernando und
April. mit Cabrera bei ihm einfand und als König Karl VI. ausgerufen ward, den Thron zu verschaffen. Aber das Unternehmen fand ein klägliches Ende. Ortega wurde gefangen und kriegsrechtlich erschossen. Die beiden Söhne des Don

Karlos wurden gleichfalls ergriffen und erst, nachdem sie ihren Thronansprüchen förmlich entsagt, wieder in Freiheit gesetzt und über die spanische Grenze gebracht. Für den volkswirtschaftlichen Fortschritt des Königreichs, namentlich in der Industrie, war indessen das ruhige und gemäßigte Regiment O'Donnells von großem Segen. Und auch im Ausland wurde der spanische Name wieder genannt. Die Dominikanische Republik auf der vormals spanischen Osthälfte der Insel Haïti (San Domingo) erkannte freiwillig die Herrschaft Spaniens an, freilich nur auf kurze Zeit (XV, 2. 207), und der Kriegszug der drei Nationen gegen Mexiko wurde von der Madrider Regierung angeregt (XV, 2. 177). Aber die Haltung des spanischen Befehlshabers Prim bei dieser Expedition erregte das Mißfallen Frankreichs, dennoch wurde dieselbe sowohl von den Cortes als von der Regierung gutgeheißen. Bei den nahen Beziehungen, welche die Königin Isabella von jeher zu dem französischen Hof und insbesondere zu der Kaiserin Eugenie unterhielt, mußte dadurch eine Mißstimmung entstehen, welche, da auch mittlerweile die liberale Union sich wieder gespalten, eine Ministerkrisis und endlich die Auflösung des Kabinetts unter O'Donnells Leitung herbeiführte. März 1863.

Über ein Jahr versuchte nun die gemäßigte Partei, die noch immer unter Kamarilla u. Fortschritts- verschiedenen Ministern am Ruder blieb, sich zwischen den feindlichen Gegen- partei. sätzen, der reaktionären Hofpartei und den extremen Progressisten und Demokraten, durchzuwinden, fand aber auf keiner Seite Dank oder Billigung. Hatte schon bisher das geschichtliche Leben Spaniens größtenteils in kleinlichen Partei- und Verfassungskämpfen bestanden, welche die Kraft des Volks lähmten und die ritterliche, mit kriegerischen Tugenden, mit Vaterlandsliebe und manchen edlen Eigenschaften ausgerüstete Nation aller Bedeutung im europäischen Staatenverein beraubten, so erreichte dieses unwürdige System eines politischen Lebens ohne höhere Ziele und Aufgaben nunmehr seinen Gipfelpunkt. „Eine Monarchie von zweifelhafter Legitimität steht von Anfang an einem Kampf ums Dasein gegenüber, in welchem sie unterliegen muß, wenn sie den Mangel, der ihrem Ursprung anhaftet, nicht durch die Tüchtigkeit ihrer Leistungen, durch den hingebendsten Eifer für das Wohl des Staates ersetzt. Die Regierung der Königin Isabella aber und ihrer Mutter Christine war nichts als eine Kette der widerwärtigsten Intrigen, Krisen und Pronunciamentos, ein wüster Wechsel von Reaktion und Revolution, von Despotismus und Anarchie." Die raschen Ministerwechsel verhinderten eine feste und konsequente politische Haltung; nur mühsam wurden die Aufstände und Gärungen, die bald im Militär, bald in den demokratischen Kreisen hervorbrachen, niedergehalten; der Krieg auf San Domingo und mit Peru (XV, 2. 196) mehrte die Finanzverlegenheiten, so daß die Königin sich veranlaßt sah, einen großen Teil der Krongüter der Staatskasse zum Opfer zu Febr. 1865. bringen. In allen Gesellschaftskreisen trat eine scharfe Opposition hervor, die mehr und mehr gegen die Dynastie der Bourbonen und die klerikale und reaktionäre Kamarilla sich richtete. Vergebens suchte Narvaez, in dessen Hand aber-

mals die Leitung der öffentlichen Dinge gelegt ward, durch Zwangsgesetze gegen die Presse, durch Absetzung oppositioneller Beamten und Universitätslehrer, wie des republikanisch gesinnten Professors Emilio Castelar, und durch andre an Terrorismus grenzende Maßregeln die gärenden Geister niederzuhalten; je mehr die Kamarilla, welche durch die im Jahr 1864 erfolgte Rückberufung Maria Christinens aus zehnjähriger Verbannung neue Stärke gewann, ihren freiheitgefährdenden Einfluß auf den Gang der Regierung kund gab, desto mehr faßte die Ansicht Wurzel, daß unter der bourbonischen Dynastie für Spanien kein würdiges Staatsleben aufkommen könne. Republikanische Ideen fanden Eingang bei allen Volksklassen und drangen sogar in die Reihen des Militärs; eine andre Partei schrieb die Einheit Iberiens, die Union Spaniens und Portugals unter dem Haus Braganza, auf ihre Fahne. Allenthalben sprach sich ein tiefer Unmut aus über das unwürdige Spiel von Palastränken und launenhafter Willkür einer Königin, welche ein anstößiges Leben durch abergläubische Frömmigkeit und ostentative Hingebung an Kirche, Papsttum und Legitimität auszugleichen suchte, und den Ratschlägen und Eingebungen der Hofkamarilla mehr Gehör schenkte als den Forderungen der Nation, den Wünschen der Cortes und der Minister.

Das Reaktionssystem auf der Höhe. Bei solchen Gegensätzen konnte nur ein gemäßigtes Ministerium hoffen, das schwankende Staatsschiff zwischen den Klippen der Revolution und der Reaktion hindurchzuführen; darum wurde, als Narvaez endlich vor den Schwierigkeiten zurücktrat, die Leitung der Regierung abermals Männern der liberalen Union übergeben, unter denen die Marschälle O'Donnell und Serrano den meisten Einfluß besaßen. (Juni 1865.) Diese suchten vor allem die Partei des Fortschritts zu versöhnen, indem sie die unter dem vorhergehenden Regiment ergriffenen Zwangsmaßregeln wieder rückgängig machten, ein freisinniges Preß- und Wahlgesetz erließen, die Königin nötigten, die Häupter der Kamarilla, den Pater Claret und die Nonne Patrocinio, vom Hof zu entfernen und das Königreich Italien anzuerkennen. Zugleich wurde mit Frankreich ein innigeres Freundschaftsverhältnis angeknüpft. (Aug.) O'Donnell erschien bei Kaiser Napoleon im Lager zu Châlons, einen Monat nachher wechselten die spanischen und französischen Herrscherfamilien freundschaftliche Besuche in Biarritz und San Sebastian. Allein alle diese Mittel genügten nicht mehr den kranken Staat zu heilen. Die Demokraten und Progressisten stellten höhere Forderungen, wie allgemeines Stimmrecht, Trennung von Kirche und Staat. General Prim war ihr Haupt und Führer. In verschiedenen Provinzen und Städten, besonders in Katalonien und Valencia, entstanden republikanische Pronunciamentos und bewaffnete Aufstände. (Jan. 1866.) Aber sie scheiterten an der eignen Planlosigkeit. Prim wurde nach dem Süden gedrängt und ging mit siebenhundert Bewaffneten über die portugiesische Grenze. Von dort aus begab er sich nach England, um günstigere Zeiten abzuwarten; seiner Mannschaft wurde später straflose Rückkehr gestattet. Allein schon im

Juni brachen neue Militäraufstände aus, die in Madrid, Salamanca und anderwärts mit blutiger Strenge geahndet wurden. Nun reifte am Hof, wohin die früher verwiesenen Vertrauten wieder zurückgekehrt waren, der Plan, durch eine vollständige Reaktion den Freiheitsbewegungen und dem anarchischen Treiben der Progressisten ein Ende zu machen. Ein neues Ministerium, worin Narvaez wieder den Vorsitz führte und Gonzalez Bravo das Innere übernahm, ging auf diese Absichten ein und suchte durch ein strenges Militär- und Polizeiregiment das öffentliche Leben lahm zu legen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen wurde eingeschränkt, der Volksunterricht in die Hände der Geistlichen gelegt, die Cortesversammlung durch Wahlbeherrschung mit willfährigen Leuten gefüllt. Und als die Volksvertretung dennoch sich nicht gefügig zeigen wollte, vielmehr hundertsiebenunddreißig Abgeordnete eine Adresse an die Königin gegen das Militär- und Polizeiregiment des Ministeriums unterzeichneten, erfolgte eine Art Staatsstreich. Am Ende des Jahres ließ Narvaez eine Anzahl Depu- 29. 30. Dez. 1866.
tierter, darunter den Präsidenten der zweiten Kammer, Rios Rosas, verhaften und nach den Kanarischen Inseln und andern Verbannungsorten deportieren. Dasselbe Los traf auch den Marschall Serrano, den Präsidenten des Senats, weil er in einer Audienz der Königin gegen die harte Maßregel Vorstellungen gemacht. O'Donnell und andre hervorragende Mitglieder der liberalen Union flohen ins Ausland. Der erstere, Abkömmling einer altirischen Adelsfamilie, starb bald darauf (5. November 1867) zu Biarritz. Die Cortes wurden auf- März 1867.
gelöst, Ausschreitungen der oppositionellen Presse, sei es in Zeitungen oder Flugschriften, mit Todesstrafe bedroht. Ein Terrorismus, wie ihn Spanien lange nicht gesehen, gestützt auf Kriegsgerichte und Belagerungszustand, verbreitete sich über das Königreich und hielt das ganze geistige und politische Leben gefesselt. Die Cortesmitglieder, unter dem allgemeinen Druck gewählt, wagten keinen Widerspruch; ja sie willigten in eine Geschäftsordnung, welche die Opposition als Selbstmord bezeichnete; das Ministerium Narvaez stand gänzlich unter dem Einfluß der Hofkamarilla; das konstitutionelle Leben war nur ein Schein- und Schattenbild; selbst der Bruder des Königgemahls, der Infant Heinrich von Bourbon, welcher liberaleren Ansichten huldigte, zog sich, durch ein königliches Dekret seiner Würden und Ehren beraubt, nach Frankreich zurück. Einzelne März.
Aufstände in Katalonien und andern Gegenden wurden unterdrückt und gaben Aug.
der Regierung die willkommene Veranlassung, das terroristische System mit dem Kriegszustand aufrecht zu halten oder von neuem zu verhängen. Der Verkehr zwischen Madrid und Rom wurde immer lebhafter und inniger. Die Beschützung des Heiligen Stuhles wurde für die erste und vornehmste Pflicht des Landes erklärt; trotz der eignen Finanznot gingen fortwährend große Summen nach der Apostelstadt. Schon sprach man von Wiederherstellung der säkularisierten Klöster. Der Papst bezeigte der Königin durch eine geweihte goldene Rose „als 6. Febr. 1868.
Sinnbild aller weiblichen Tugenden“ seine Zufriedenheit mit ihrer kirchlichen

Gesinnung. Das reaktionäre System erfuhr keine Veränderung, als das Haupt
23. April 1868. des Ministeriums, der Marschall Narvaez, unerwartet aus der Welt ging; denn nun trat Gonzalez Bravo an die Spitze des Kabinetts, das, nach seiner Erklärung, von dem Schatten des Herzogs von Valencia geleitet werde. Und nur zu bald gab der neue Ministerpräsident zu erkennen, daß er den Terrorismus noch weiter zu treiben gedenke. Durch einen Staatsstreich ließ er in Madrid und verschiedenen andern Städten mehrere der einflußreichsten und angesehensten
7. Juli. Generale, unter ihnen Serrano (Herzog de la Torre), Dulce, Zavala, Cordova, verhaften und nach den Balearischen und Kanarischen Inseln bringen, und dem Herzog von Montpensier, dem Gemahl der einzigen Schwester der Königin, schickte er den Befehl, das Land zu verlassen, da sein Name den Feinden der Regierung als Banner dienen könnte.

Revolution und Flucht der Königin. Dieser Gewaltschritt war der Schlußstein der Reaktion. Schon längst war die spanische Nation im tiefsten erbittert gegen die Dynastie der Bourbonen, welche durch ihren Despotismus wie durch ihre sittliche Verworfenheit die moralische Kraft des Volks untergraben, und insbesondere gegen die Königin Isabella, welche durch ein zuchtloses Privatleben, zu dem die kirchliche Devotion als heuchlerische Maske diente, jede Spur von Achtung und Ehrerbietung verscherzt hatte. Allein die Uneinigkeit unter den verschiedenen Parteien hatte bisher eine allgemeine Erhebung verhindert. Jetzt aber, da alle freidenkenden Männer von demselben Schlag bedroht waren, kam es zu einer Verständigung. Die Häupter
Sept. der drei Fraktionen, der liberalen Union, der Progressisten und der Demokraten, schlossen nach langen Unterhandlungen ein Kompromiß zum gemeinschaftlichen Vorgehen wider die Königin und das verhaßte Regiment. Sie traten mit dem in England weilenden General Prim in Verbindung, der schon im vorigen Jahr der Insurrektion von Katalonien Vorschub geleistet und jetzt heimlich auf dem Postschiff nach Gibraltar segelte. In den schönen Septembertagen, da die Königin Isabella in San Sebastian weilte und mit dem Kaiser der Franzosen in Biarritz über eine Zusammenkunft und Allianz unterhandelte, erscholl plötzlich die Kunde, daß Admiral Topete im Hafen von Cadiz die Fahne der Empörung aufgepflanzt und im Verein mit den verbannten Generalen, die sich auf einen Tag bei ihm eingefunden, ein Manifest erlassen, worin die Spanier aufgefordert wurden, alle Parteiunterschiede zu vergessen und zum Sturz der Regierung mitzuwirken. Cadiz, Sevilla und andre Städte schlossen sich sofort dem Aufstand an und errichteten Revolutionsjunten; Prim endigte eine Proklamation mit dem Ruf: Es lebe die Freiheit! Es lebe die Volkssouveränität! In einem zweiten gemeinsamen Manifest wurde ausgesprochen, daß die allgemeine Abstimmung die Grundlage der sozialen und politischen Wiedergeburt bilden solle. Damit war die Losung zur Revolution gegeben, die sich rasch über ganz Spanien verbreitete. Man machte kein Hehl daraus, daß es auf den Sturz der bourbonischen Dynastie abgesehen sei. Vergebens entließ die Königin das Ministerium

Gonzalez Bravo und stellte den General Concha, Marquez de la Havana, an die Spitze des Kabinetts: der von ihm zum Oberbefehlshaber gegen die Insurgenten ernannte General Novaliches wurde an der Brücke von Alcolea unweit Cordova von Serrano aufs Haupt geschlagen und verwundet; wenige 28. Sept. 1868.
Tage später konnte der Sieger im Triumph in Madrid einziehen und in Ver- 4. Okt.
bindung mit Prim, Topete und Olozaga eine provisorische Regierung bilden, bis die nach dem allgemeinen Stimmrecht einzuberufenden Cortes sich über die künftige Verfassung Spaniens geeinigt haben würden. Die Häupter der provisorischen Regierung waren monarchisch gesinnt; und vielleicht hätte Serrano, der frühere Vertraute Isabellas, noch einmal zu gunsten der Gebieterin, der er einst so nahe gestanden, gewirkt, hätte sie sich entschließen können, den verhaßten unwürdigen Günstling Marfori aus ihrer Nähe zu entfernen oder ihrem Sohn, dem Prinzen Alfons von Asturien, das Zepter zu übergeben, und wäre nicht das reaktionäre, auf Priester und Soldaten gestützte Regiment eines sittenlosen Weibes der ganzen Nation in tiefster Seele zuwider gewesen. Bald überzeugte sich Isabella, daß ihr Regiment zu Ende sei, daß ein längeres Verweilen auf spanischem Boden ihr Gefahr bringen könne; sie verließ daher mit ihrem schwachen Gemahl, ihrem Günstling Marfori, ihrem Beichtvater Claret und einem zahlreichen Gefolge San Sebastian und trat auf französisches 30. Sept.
Gebiet über. Nachdem sie in Pau einen Protest gegen die Umwälzung erlassen und ihre Rechte gewahrt, begab sie sich mit ihrer Begleitung nach Paris.

Die provisorische Regierung und die Thronbewerber.

Nach der Entfernung des Hofes kamen die alten Parteien wieder zum Vorschein. Während die provisorische Regierung an der Monarchie festhielt und sich, wie einst die Belgier und Griechen, nach einem König umsah, gewannen im Süden die Anhänger der föderativen Republik immer mehr Boden, und im Norden pflanzten die Karlisten die Fahne der Legitimität auf und riefen den Enkel des alten Don Karlos als Karl VII. zum König aus. Die karlistische Schilderhebung hatte keinen Erfolg; die meistens von Priestern angeführten Bauernbanden vermochten sich keines einzigen namhaften Orts zu bemächtigen. Dagegen mehrte sich die Zahl der Republikaner, so daß die Regierung nur nach heftigem Kampf in Cadiz und Malaga über die Aufständischen Herr werden Nov.
konnte. In Madrid gab sich die neuerrungene Freiheit zunächst in heftigen Angriffen gegen die Priesterherrschaft und die Kirche kund; vor dem Haus des Nunzius wurde das Konkordat verbrannt; der Justizminister Ortiz hob den Jesuitenorden und andre religiöse Genossenschaften auf und zog die Güter für den Staat ein; mehrere Klöster, die gegen das frühere Gesetz entstanden waren, erlagen dem Grimm des Volks; die Schule wurde für frei erklärt; und wenn auch die Partei, welche die volle Glaubensfreiheit in die Verfassung aufgenommen haben wollte, nicht durchzudringen vermochte, so wurde doch der Grundsatz der Glaubenseinheit durchbrochen und die Duldung auch andrer Konfessionen neben der katholischen Kirche ausgesprochen. In Madrid und Barcelona wurde der

protestantische Gottesdienst zugelassen. Die Corteswahlen, welche in den ersten
1869. Wochen des Jahres 1869 angeordnet wurden, fielen zu gunsten der Monarchisten aus. Aber wen sollte man auf den Thron berufen? Die drei bourbonischen Prätendenten, Prinz Alfons von Asturien, Isabellas Erstgeborner, Don Karlos, der Erkorne der Legitimisten und der Herzog von Montpensier, hatten wenig Anhang in der Nation; der König von Portugal oder sein Vater Dom Ferdinand zeigten keine Lust zur Übernahme der spanischen Krone und zu einer Union der beiden durch langen Nachbarhaß getrennten Völker. Auch in Italien scheiterten lange Zeit die Unterhandlungen. Weder Amadeus, Herzog von Aosta, der zweite Sohn des Königs Viktor Emanuel, noch Thomas von Savoyen, Herzog von Genua, der Neffe desselben, konnten für den Thron in Madrid gewonnen werden. In Frankreich hätte man am liebsten gesehen, wenn die Wahl der Cortes auf den Sohn der Königin Isabella gefallen wäre, welchem seine Mutter zu dem Zweck ihre Ansprüche durch einen förmlichen Abdankungsakt übertrug, denn weder die Republik, noch die Thronbesteigung Montpensiers waren nach dem Sinn des Kaisers und seiner spanischen Gemahlin. Aber der Antrag Castelars auf Ausschließung aller Bourbonen, wenngleich von der Majorität der Cortes zurückgewiesen, gab Zeugnis von dem Widerwillen der Nation gegen die alte Königsfamilie. Auch als der Herzog von Montpensier den erwähnten Infanten Heinrich von Bourbon wegen persönlicher Beleidigung zum Zweikampf herausforderte und in einer Waldlichtung bei Alorcon, kaum eine Meile von
März 1870. Madrid, erschoß, wurde die Volksstimmung nicht günstiger für ihn, obwohl er dadurch wenigstens die Nachrede seiner Gegner, daß es ihm an Mut fehle, widerlegte. Aus Madrid verwiesen und mit einer Geldstrafe belegt, zog er sich auf seinen Landsitz bei Sevilla zurück.

Regentschaft und Königswahl. So wurde denn die Regierung in republikanischer Weise fortgeführt. Dieser Zustand änderte sich auch nicht, als die Cortes nach vielen stürmischen Verhand-
1. Juni 1869. lungen die neue Verfassungsurkunde, wonach ein erblicher König im Verein mit Senat und Volkshaus das Staatsleben leiten und der Nation alle Grundrechte eines freien Volks auf politischem, religiösem und sozialem Gebiet gewährleistet sein sollten, zum Gesetz erhoben. Man mußte zur Errichtung einer Regentschaft schreiten. Marschall **Serrano** wurde mit dem Titel Hoheit zu dieser Würde berufen, während **Prim**, als Kriegsminister und Präsident des Kabinetts, der thatsächliche Machthaber war, und General Dulce den Oberbefehl in Cuba übernahm, um die aufständische Insel, welche während der Revolution ihre Unabhängigkeit zu erlangen strebte, wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Bei dem aufgeregten Parteitreiben, das sowohl in den Cortes als in den größern Städten zu Tage trat und nicht selten in stürmische Auftritte und Schilderhebungen ausartete, wurde jedoch der Versuch, die monarchische Verfassung mittels einer Königswahl zur Wahrheit zu machen und somit durch „Krönung des Gebäudes“ eine festere Ordnung zu schaffen, nicht aufgegeben. Bald versuchte man sein Heil im Aus-

land, bald gedachte man Espartero oder Serrano als König zu proklamieren. Wahrscheinlich hatte die Palastrevolution in Lissabon, durch welche der fast 19. Mai 1870. neunzigjährige Herzog von Saldanha den König Ludwig zwang, den bisherigen Minister Loulé zu entlassen und ihn selbst zum Ministerpräsidenten zu ernennen, den Zweck, die Weigerung des Hofes zur Übernahme der spanischen Krone zu brechen und die iberische Idee zur Ausführung zu bringen. Es war jedoch nicht bloß die Königsfamilie, es war das ganze portugiesische Volk, das sich gegen den Gedanken einer Vereinigung mit Spanien aufs heftigste sträubte. So zog sich das öffentliche Leben Spaniens unter innern Kämpfen zwischen Monarchisten und Republikanern mit verschiedenen Verzweigungen und Unterabteilungen ziellos und ohne fruchtbare Ergebnisse hin, bis der Plan, den Fürsten Leopold von Hohenzollern auf den Thron zu berufen, den Anstoß zu dem großen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland gab, den wir demnächst kennen lernen werden. Doch wurden im Innern mancherlei Reformen eingeführt, wie die Zivilehe, welche das öffentliche Leben Spaniens in liberalem Sinn umgestalteten. Juni. Als die deutschen Heere bereits vor Paris standen, kam man endlich in Spanien mit der Königswahl zu dem ersehnten Ziel. Viktor Emanuel erteilte seinem zweiten Sohn Amadeus von Aosta (geb. 30. Mai 1845) die anfangs versagte Einwilligung, die dargebotene Krone anzunehmen. Die Königswahl in den Cortes 16. Nov. fand gegen eine ansehnliche republikanische Minderheit statt. Aber ehe der junge Fürst noch seinen Einzug in sein neues Königreich hielt, empfing General Prim, als er aus einer Sitzung nach seiner Wohnung fuhr, von den Kugeln einiger 27. Dez. Verschwornen eine Wunde, der er drei Tage später erlag. Die Thäter blieben unentdeckt. Wahrscheinlich war der „Königmacher" das Opfer republikanischer Rache, wenn man nicht lieber annehmen will, die legitimistische Emigration habe den Mörder gedungen.

Aber die Kräfte des jungen Königs reichten nicht hin, die aufgeregte, von König Amadeus. Parteien zerrissene, von legitimistischen und republikanischen Aufständen durchwühlte spanische Nation mit den Gesetzen und Mitteln einer konstitutionellen Monarchie zu regieren, sie zum Gehorsam gegen die bestehende Ordnung und Autorität zu bringen. Der König und die der liberalen Union angehörigen Minister Sagasta und Serrano, in deren Hände Amadeus die Leitung der Staatsgeschäfte legte, waren der Opposition der Radikalen unter Zorillas Führung nicht gewachsen, zumal als im Norden die Karlisten von der Geistlichkeit wieder zu neuen Schilderhebungen aufgereizt wurden. Unaufhörliche Parlamentswirren und Ministerkrisen verleideten dem König bald seine Aufgabe; militärische Meutereien zeugten von der Auflösung aller staatlichen Ordnung. Weder mit den gemäßigten Ministerien Sagasta und Serrano, noch mit dem radikalen Kabinett Zorilla war ein dauerndes Regiment möglich. Die ersteren hatten dem König Staatsstreiche nahe genug gelegt, aber dazu war Amadeus zu gewissenhaft. Es gereicht ihm zur Ehre, daß er in einem Land, wo der politische

Treubruch so herkömmlich war, seinen Königseid auf die Verfassung streng hielt. Erschreckt durch die Anzeichen finsterer Mordpläne von seiten der Fanatiker, die sein und seiner Gemahlin Leben bedrohten, entsagte König Amadeus nach dritthalbjährigem Ringen gegen die widerstrebenden Elemente in dem Reichstag wie in der Armee dem Thron in Madrid, gab den Cortes die Staatsgewalt zurück und schiffte sich in Lissabon nach Italien ein. (Febr. 1873.) Ein wohlwollender, begabter und liebenswürdiger Herr hatte er in dem Residenzschloß Ferdinands VII. das Beispiel reiner Sitte und edler Bildung gegeben. Mit dem Ruhm der Thatkraft und Entschlossenheit freilich schied er nicht aus Spanien. Das Land ließ er in vollster Zerrüttung und Anarchie zurück. Die republikanische Regierung, die nunmehr ins Leben trat, hatte einen schweren Kampf ums Dasein sowohl mit den Kommunisten der Seestädte als mit den Karlisten in den nördlichen Gebirgslandschaften zu führen.

4. Das ökumenische Konzil im Vatikan und der Fall des Kirchenstaats.

(Kirchliche Parteistellung und die Einberufung des Konzils.) Seitdem Pius IX. am 8. Dezember 1854 das neue Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria verkündigt und gerade zehn Jahre darauf eine päpstliche Encyklika samt angehängtem Syllabus alles, worauf die Zeitgenossen als auf Errungenschaften des modernen Staats- und Geisteslebens stolz sein zu dürfen glaubten, in feierlichstem Ton verdammt und verworfen hatte, traten die letzten Grundsätze und Zielpunkte seiner Politik zu Tage. Er betrachtete sich als den berufenen Vollender des gewaltigen Gebäudes römischer Kirchenherrlichkeit. Selten war ein Papst von willigeren Bischöfen umgeben gewesen als Pius IX. bei der Verkündigung seines Dogmas, dann wieder bei der großen Heiligen-Promotion von 1862, bei dem Säkularfest Petri 1867 und bei seinem eignen Priesterjubiläum 1869: „Festen, aus deren Geschmack ihm wohl das Verlangen gekommen ist, auch die höchste Feier der Kirche, ein ökumenisches Konzil zu erleben.“ Schien es ihm doch ganz besonders in seiner Mission zu liegen, das katholische Dogma selbst an den beiden Punkten, wo es noch Lücken bot, hinsichtlich der „Mutter Gottes“ und der Machtbefugnis des Papstes, zu ergänzen und auszufüllen. In letzterer Beziehung namentlich war es seit den Zeiten der großen Konzilien des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts noch fraglich geblieben, ob jene Unfehlbarkeit in Glaubenssachen, welche eine unbedingte Hingebung fordernde Kirche jedenfalls sich beilegen muß, ihr Organ in den allgemeinen Kirchenversammlungen oder im römischen Papst zu suchen habe. Die ganze neuere, vorzugsweise vom Jesuitismus geleitete Entwickelung der Kurialpolitik ging von der letztern Voraussetzung aus. Aber schon die kühle Aufnahme, welche der seit dem Syllabus auftauchende Gedanke eines ökumenischen Konzils unter den Bischöfen Deutschlands und Frankreichs fand, konnte zeigen, wie wenig gerade bei den gebildetsten Kirchenfürsten des

gegenwärtigen Katholizismus Lust und Trieb vorhanden war, das seit dreihundert Jahren nicht mehr in Wirksamkeit getretene Institut eines allgemeinen Konzils im neunzehnten Jahrhundert bloß zu dem Zweck noch einmal aufleben zu lassen, um zu gunsten des Papstes in aller Form abzudanken und ihn zum Universalerben der alten Synodalautorität einzusetzen. Sogar das Kardinalskollegium hatte dem heiligen Vater abgeraten. Dennoch erfolgte die Berufung, 29. Juni 1869. und zwar in möglichst ökumenischer Form, selbst an die Bischöfe der orientalischen Kirche gerichtet, von denen sie nicht angenommen wurde; auch an die Protestanten erging eine Einladung, die Gelegenheit des Konzils zu ergreifen, um in den 13. Sept. „einigen Schafstall Petri" zurückzukehren. Eine dogmatische Kommission, in welcher die Jesuiten Perrone und Schrader das große Wort führten, bereitete während des Winters die Aufgaben des Konzils vor, und bald genug zerstreute das anerkannte Organ des Papstes, die von Jesuiten geschriebene Civiltà cattolica, die letzten Zweifel der ungläubigen und erstaunten Welt hinsichtlich dessen, was im Vatikan geplant wurde. Den Papst für unfehlbar zu erklären, erschien dieser Partei als die bündigste Sicherstellung des, bei allgemeinem Wanken aller andern Autoritäten allein noch Festigkeit und Dauer verheißenden Felsen Petri wider feindselige Staaten und Kirchen, wider menschliche Freiheit und Neuerungssucht, wider zersetzende Duldsamkeit und vernünftelnde Wissenschaft, wider allen Irrtum und alle Sünde der Gegenwart und Zukunft. Die ganze Sache in Szene zu setzen war der Erzbischof von München, Kardinal Reisach, ersehen, welcher in Rom den Ruf hatte, im Besitz des Geheimnisses deutscher Wissenschaft zu stehen und hinter deren Nichtigkeit gekommen zu sein. Jetzt wurden auch die Staatsmänner aufmerksamer auf diesen Handel, welcher, weil auf Gesamtgutheißung aller jemals von Päpsten dem Staat gegenüber erhobenen Ansprüche hinzielend, ganz dazu angethan schien, ein neues und dauerndes Zerwürfnis zwischen weltlicher und geistlicher Macht hervorzurufen und der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten bedrohlich zu werden. In einem diplomatischen Rundschreiben beantragte der bayrische Minister, Fürst Hohenlohe, Konferenzen der Regierungen, um einen Plan zum Schutz ihrer gemeinsamen Interessen zu entwerfen. Aber infolge der Ablehnung dieses Vorschlags durch den österreichischen Reichskanzler Beust ließen die Mächte den Gedanken einer Konferenz fallen; die ultramontane Partei benutzte sogar diese Angelegenheiten, um den bayrischen Minister bald darauf aus dem Amt zu bringen, und in Frankreich vereinigten sich die Stimmen des kurzsichtigen Ollivier und seiner Freunde mit denen der Ultramontanen in der Forderung einer von seiten des Staats einzuhaltenden absoluten Neutralität. Da zugleich auch Preußen in seiner grundsatzmäßigen Zurückhaltung in katholisch-kirchlichen Fragen beharrte, schienen die Dinge für die Ansprüche des Papstes günstig zu liegen und man machte sich wenig daraus, daß der moderne Liberalismus das Unternehmen mit einstimmigem Hohn begrüßte, ja daß selbst namhafte katholische Theologen auf deutschen

Universitäten, daß vor allem die bedeutende Autorität des Münchener Stiftspropstes Döllinger (unter dem Namen Janus) dem werdenden Dogma mit den schärfsten Waffen der Wissenschaft zu Leibe gingen, und daß gleichzeitig gelehrte französische Bischöfe, wie Maret und Dupanloup, die Grundsätze des altersschwach gewordenen Gallikanismus erneuerten, ja daß sogar der sterbende Montalembert sich auf ihre Seite stellte und bittere Worte gegen die Versunkenheit und das römische Wesen des französischen Klerus sprach. Etwas mehr Besorgnis gaben die neunzehn deutschen Bischöfe, welche gegen die mannigfachen
6. Sept. 1869. Bedenken, die dem Konzil begegneten, zu Fulda einen Hirtenbrief veröffentlichten, in welchem sie ihre Erwartung aussprachen, daß das Konzil keine neuen Dogmen einführen und in die bürgerliche Ordnung nicht eingreifen werde. Zugleich richteten sie an den Papst ein Privatschreiben, in welchem sie ihn unter Hinweis auf die Gefahr der Sachlage beschworen, von seinem Vorhaben zurückzutreten.
27. Nov. Die Antwort war der Erlaß einer Geschäftsordnung, welche die Einbringung von Vorlagen für das Konzil ganz dem Papst vorbehielt und ihm das Recht zusprach, Anträge, die von seiten der Bischöfe gestellt werden sollten, selbst gegen den Willen des ganzen Konzils der Erörterung zu entziehen. Zugleich war Vorsorge getroffen, den ganzen Geschäftsgang unter dem Siegel des strengsten Geheimnisses zu halten und jede Beteiligung der öffentlichen Meinung von vornherein auszuschließen.

8. Dez. Gang und Charakter des Konzils. So wurde denn das Konzil, welchem stets etwa siebenhundert berufene Teilnehmer beiwohnten, mit allem Glanz eröffnet und tagte seither im rechten Kreuzarm der Peterskirche, einer akustisch möglichst schlecht eingerichteten Räumlichkeit. Aber trotz der Todsünde, welche die Väter mit jeder Veröffentlichung eines Vorgangs in den Kongregationen und im Konzil begingen, erschien während der ganzen achtmonatlichen Dauer der Synode in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" eine lange Reihe von Briefen („des Quirinus"), welche sich in allem Thatsächlichen als zuverlässig erwiesen und der gespannten Aufmerksamkeit der Welt die Vorgänge in Rom fast so durchsichtig machten, wie die Verhandlungen in einem deutschen Parlament oder im Gesetzgebenden Körper zu Paris auch waren. Allmählich traten die Parteien auseinander, und es zeigte sich, daß der Majorität, bestehend aus Italienern und Spaniern, vor allem aber aus Titularbischöfen (in partibus) und ungefähr dreihundert Klerikern, deren täglichen Unterhalt in Rom der Papst bezahlte („päpstliche Kostgänger"), eine höchstens auf hundertundfünfzig Stimmen zu steigernde Opposition deutscher, französischer und ungarischer Bischöfe entgegenstand, welche die alten Rechte des Bistums zu behaupten und der päpstlichen Monarchie eine aristokratische Begrenzung zu geben willens war. Dabei waltete anfangs Artigkeit und vornehmer Ton in den Verhandlungen ob. Als aber der Knoten sich enger schürzte und das fatale Entweder-Oder der Entscheidung immer näher rückte, ließen Zwischenträgerei, Aufregung, Ermüdung und Parteileidenschaft den Ton immer bitterer werden. Die Opposition, an deren

Spitze die österreichischen Kardinäle Schwarzenberg und Rauscher, die Erzbischöfe von Prag und Wien, ferner der Bischof Hefele von Rottenburg, der Erzbischof Darboy von Paris, die Bischöfe Dupanloup von Orleans und Maret von Sura und der amerikanische Erzbischof Kenrick von St. Louis standen, befand sich gegenüber von Vorabmachungen, namentlich aber einer, der Hauptfrage schon vorgreifenden Geschäftsordnung, gegen welche nun eine Zeitlang Petitionen eingereicht und Proteste unterzeichnet wurden. Da das nichts fruchtete, lebte in Frankreich der Gedanke wieder auf, die Staaten bei dem Konzil Jan. 1870.
vertreten zu lassen, um den Papst durch das Einwirken der Diplomatie geschmeidiger zu machen. Aber alle diese Versuche verursachten wohl schleppende Verhandlungen, welche monatelang dauerten, scheiterten jedoch endlich kläglich an der überlegenen Schlauheit des Kardinals Antonelli, welcher die Staatsmänner stets mit der Versicherung zu beruhigen verstand, es handle sich hier ja nur um untergeordnete, nur um theologische Gegenstände. Einstweilen übte der Papst auf die Wahlhandlungen, besonders auf die Zusammensetzung der dogmatischen Kommission, einen so entschiedenen Druck aus, er trat überhaupt so offen und fast leidenschaftlich auf die Seite der Infallibilisten, daß eine große Verstimmung Platz griff und die Zaubergewalt persönlicher Verehrung, welche den katholischen Episkopat schon lange gerade an diesen Papst gefesselt hatte, auf einen Augenblick gebrochen schien. Der Plan, die Unfehlbarkeit durch eine Demonstration von überwältigender Wirkung, eine sog. Akklamation, durchzusetzen, mußte fallen gelassen werden. Man beschäftigte daher das Konzil durch Vorlage eines weitschichtigen Entwurfs vom katholischen Glauben, einer Art von Einleitung in die Glaubenslehre, mit Sätzen gegen Atheismus, Pantheismus, Rationalismus und dergleichen, bis endlich eine Adresse mit über vierhundert Unterschriften den Papst zum Vorgehen in der Unfehlbarkeitssache aufforderte. Als Gegenschlag erschien eine abmahnende Adresse, nur von hundertsiebenunddreißig Bischöfen unterzeichnet, die aber achtzig Millionen Katholiken vertraten: es sei nicht wohlgethan, den Völkern Größeres aufzuerlegen, als die Synoden von Florenz und Trient schon gethan hätten. Um diesen Widerstand zu brechen und überhaupt mehr Schwung in den Gang der Verhandlungen zu bringen, wurde nunmehr an Stelle des bald nach Eröffnung des Konzils verstorbenen Reisach der Kardinal de Angelis zum Präsidenten ernannt, welchem sodann eine neue Geschäftsordnung mit dem ausgesprochenen Zweck, die Verhandlungen zu be- 23. Febr.
schleunigen, die Befugnis gab, jede Rede kurzweg abzuschneiden, der Versammlung aber das Recht, die Debatte jeden Augenblick zu schließen. Damit war die Majorität allmächtig geworden, die Minderheit forderte vergeblich moralische Einhelligkeit der Bischöfe als Vorbedingung eines gültigen Lehrausspruches. Aber sie selbst war bereits in sich gespalten und der Gegensatz groß genug zwischen dem Bischof Ketteler von Mainz, der die neue Lehre nur gerade nicht für „opportun" hielt und jetzt seinem alten Lehrer Döllinger den Fehdehandschuh

hinwarf, und dem ritterlich mutigen Bischof von Sirmium, Stroßmayer,
22. März 1870. welcher es wagte, trotz der Präsidentenschelle und unter dem allgemeinen Sturm der Lippen und Füße loszugehen gegen einen Satz des Schemas über den Glauben, in welchem alle Gottlosigkeit in der Welt auf den Protestantismus zurückgeführt werden sollte. In der That ließ die Kurie denn auch diese Beleidigung fallen, aber nicht wegen der Rede des kroatischen Bischofs, sondern wegen eines Telegramms von Bismarck, der mit Zurückziehung des preußischen Gesandten drohte. Bald darauf wurde, während der genannte Bischof sich fern hielt, der
24. April. übrige Teil des vom Papst vorgelegten Entwurfs über den katholischen Glauben, allerdings vielfach verändert, mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Diese Schwachheit trug dazu bei, die Achtung vor der Opposition auf dem Konzil wesentlich zu verringern. Es wurde demselben sofort mit Mißachtung der dringlichsten Abmahnungen, zu welchen sich die Opponenten jetzt ermannt hatten, der
10. Mai. Entwurf zu einer dogmatischen Konstitution übergeben, deren drei erste Kapitel den Primat des Papstes ganz in der Weise der isidorischen Fälschung darlegten, während ihm das vierte förmlich die Unfehlbarkeit zusprach. Zwei ganze Mo-
13. Mai — 14. Juli. nate hindurch währten die Debatten, die sich besonders auf den letztgenannten Punkt erstreckten. Aber so tapfer auch die hervorragendsten Wortführer der Opposition sprechen mochten: über der Versammlung lastete die Fieberhitze des römischen Sommers; nicht wenige Mitglieder unterlagen, und da der Papst fest entschlossen war, das Konzil beisammenzuhalten, bis es seine Mission erfüllt habe, so kam es denn endlich zum Hauptschlag.

Die Unfehlbarkeitslehre, Während in der ganzen ersten Hälfte des Jahres die Aufmerksamkeit der Welt fast ausschließlich auf Rom gewandt blieb und Döllinger von München und im selben Geist Gratry von Paris aus sogar der Laienwelt lebhaftes Interesse an den theologischen Streitigkeiten, die im Vatikan geführt wurden, abzugewinnen wußten, zogen im Anfang des Juli die schweren Gewitterwolken des deutsch-französischen Kriegs am Horizont Europas auf, und fast unbeachtet von
14. Juli. der Welt ist der Papst mit vierhunderteinundfünfzig Stimmen für unfehlbar erklärt worden; zweiundsechzig sagten ja mit Vorbehalt (ad modum), achtundachtzig nein, siebzig, darunter Antonelli, fehlten. Ehe es zur feierlichen Verkündigung des neuen Dogmas kam, versuchte die Opposition noch einen letzten Schritt. Sechs Bischöfe erschienen als Deputation im Vatikan, Ketteler von Mainz warf sich zu Boden und flehte den heiligen Vater an, er möge durch einige Nachgiebigkeit der Kirche den Frieden und der katholischen Welt die schwer gefährdete Einheit zurückgeben. Pius IX. war einen Augenblick erschüttert. Aber noch am selben Abend stimmten der Erzbischof Manning von Westminster und der Bischof Senestrey von Regensburg ihn um. Als die Opposition das erfuhr, verließen ihre Mitglieder Rom, weil ihre „kindliche Pietät und Ehrfurcht" ihnen verbiete, in der öffentlichen Sitzung nein (Non placet) zu sagen. So haben dieses mutige Wort zur entscheidenden Stunde nur zwei Männer ge-

sprochen, Riccio von Cajazzo und Fitz-Gerald von Little-Rock, während 18. Juli 1870.
fünfhundertdreiunddreißig Stimmen Ja (Placet) sagten. Wegen eines ausgebrochenen Gewitters, welches äußerste Dunkelheit über die Versammlung verbreitete, mußte sich der Papst eine Kerze vorhalten lassen, als er die so beschlossene Konstitution von der Kirche (genannt Pastor aeternus) verkündigte, durch welche alle Bischöfe zu bloßen Untergebenen und Beauftragten des Papstes herabgesetzt wurden, er selbst aber, „wenn er vom Lehrstuhl aus spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen vermöge seines höchsten apostolischen Ansehens eine von der ganzen Kirche festzuhaltende Lehre über den Glauben oder über die Sitten bestimmt, kraft des im seligen Petrus ihm selbst verheißenen göttlichen Beistandes mit jener Unfehlbarkeit gebietet, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche bei der Feststellung einer Lehre über Glauben oder Sitten ausgestattet wissen wollte," wozu beigefügt war, „daß also derartige Bestimmungen des römischen Papstes durch sich selbst, nicht aber durch Zustimmung der Kirche, unabänderlich sind. Wenn aber jemand, was Gott verhüte, dieser unsrer Bestimmung zu widersprechen wagen sollte, so sei er verflucht!"

Das Konzil wurde sodann auf den 11. November vertagt, aber als diese Der Fall des Kirchenstaats.
Frist heranrückte, hatte man nicht bloß in der übrigen Welt ganz andre Dinge zu denken, sondern dem unfehlbar gewordenen Papst selbst hatte das gegen seine Lehre rebellische Schicksal Prüfungen von überraschender Schwere bereitet; seine weltliche Herrschaft, an der gerade er so zäh festgehalten, war vollends zu Trümmer gegangen, und er betrachtete sich als einen Gefangenen im eignen Haus. Denn ehe die heiligen Väter sich wieder im Vatikan versammeln konnten, trat eine jener Katastrophen ein, welche in das Drama der Weltgeschichte zuweilen einen Zug von großartiger Ironie und erschütterndem Humor einflechten, um die Hinfälligkeit aller menschlichen Pläne und Schöpfungen desto drastischer erscheinen zu lassen. In demselben Augenblick, da es der hochkirchlichen Jesuitenpartei gelungen war, die Unfehlbarkeitslehre durchzusetzen und den päpstlichen Absolutismus über Kirche und Episkopat zu erheben, wurde der Kirchenstaat dem Königreich Italien einverleibt und der weltlichen Herrschaft des geistlichen Oberhauptes ein Ende gemacht. Hatte ein wohldienerischer Klerus sich hinreißen lassen, den Papst über die Schranken der Menschheit zu stellen, so raubte zu gleicher Zeit das Schicksal demselben den irdischen Boden, dessen er in seiner Erhabenheit nicht mehr zu bedürfen schien. Kaum nämlich waren die französischen Besatzungstruppen eingeschifft worden, um das eigne bedrängte Sept. 1870.
Vaterland in seinem Todeskampf zu unterstützen, so kündigte die Florentiner Regierung den Septembervertrag (XV, 2. 164) und stellte ein Beobachtungsheer unter General Cadorna an der römischen Grenze auf, während Bixio, Garibaldis ehemaliger Waffengenosse, in Civita Vecchia einzog. Man versuchte zunächst den Papst durch Unterhandlungen zu einer friedlichen Abtretung zu bewegen,

indem man ihm nicht nur den Fortgenuß der vollen Autorität in allen kirchlichen und geistlichen Angelegenheiten, sondern auch die Ehrenrechte eines Souveräns, den Besitz des Leoninischen Stadtteils auf der rechten Seite des Tiber samt dem Vatikan anbot; als er aber alle Ausgleichungsvorschläge entschieden von der Hand wies, wurde das Gebiet bis unter die Mauern der Hauptstadt besetzt. Von allen Seiten strömten römische Flüchtlinge und Verbannte herbei, um unter der Fahne Viktor Emanuels an dem Umsturz der geistlichen Zwingherrschaft mitzuwirken. Am 20. September schlugen die Italiener ihr Lager im Osten der Stadt vor der Porta Pia auf und bedrohten Rom im Fall eines Widerstandes mit der Beschießung. In der Stadt lagen etliche tausend Mann päpstlicher Truppen, größtenteils Fremde aus allen Ländern und Erdteilen, denen sich viele Freischaren und Banditen aus den Abruzzen angeschlossen hatten. Den Kern bildeten die Zuavenbataillone, welche der Waffenminister, General Kanzler, organisiert und unter den Befehl des Obersten Charette aus der Vendée gestellt
20. Sept. 1870. hatte. Diese leisteten einige Gegenwehr. Aber eine dreistündige Kanonade genügte, um Rom zur Kapitulation zu bringen. Die päpstliche Armee wurde aufgelöst, die fremden Soldknechte mußten die Halbinsel verlassen; eine provisorische Regierung besorgte die öffentlichen Geschäfte, bis die Vorbereitungen zur Volksabstimmung (Plebiszit) getroffen waren, durch welche, da die Mißvergnügten sich größtenteils der Stimme enthielten, die Bewohner Roms und des gesamten ehemaligen Kirchenstaats sich fast einstimmig für den Anschluß an das Königreich
3. 9. Okt. Italien unter Viktor Emanuels Herrschaft aussprachen. Dies geschah am 3. Oktober und schon am 9. desselben Monats wurde die Einverleibung vollzogen. So ging in Erfüllung, was Garibaldi und seine Gesinnungsgenossen seit Jahren angestrebt. Aber der alte Feldherr hatte nicht einmal den Triumph der Mitwirkung; denn er stand als Freischarenführer in Frankreich, einem republikanischen Idol nachjagend. Zur Beruhigung der katholischen Welt, die über den kirchenschänderischen Frevel einen lauten Schrei ausstieß, erklärte die italienische Regierung, der Papst solle nach wie vor mit der Würde eines Souveräns und mit voller Freiheit alle Rechte und Amtshandlungen des Kirchenoberhaupts ausüben.
1. Nov. Aber der Bannstrahl, den Pius IX. über Viktor Emanuel schleuderte, gab Zeugnis von dem tiefen Groll des Heiligen Vaters. Auch das in der Folge von der
Mai 1871. Florentiner Regierung erlassene Garantiegesetz, welches die Person des Papstes für heilig und unverletzlich erklärte, ihm den Rang und die Ehrenstellung eines Souveräns mit einem Jahreseinkommen von 3,225,000 Lire zuwies und der Kirche und ihren Lenkern so viele Rechte einräumte, wie in keinem andern Land, so daß Cavours Programm: freie Kirche im freien Staat, zur Wahrheit ward, vermochte den Zorn der klerikalen Partei nicht zu versöhnen.

Wirkungen der Unfehlbarkeitserklärung. Auch sonst waren die Erfolge des kühnen Schrittes der Unfehlbarkeitsverkündung nicht eben sehr ermutigender Art: die österreichische Regierung erklärte das Konkordat für aufgehoben, weil der eine der vertragschließenden Teile sei-

nen Charakter völlig geändert habe; Bayern verbot die amtliche Veröffentlichung des neuen Dogmas; Baden und Württemberg erklärten alle Folgerungen, die daraus auf Staatsverhältnisse könnten gezogen werden wollen, für ungültig. Wenn auch nicht wenige derselben Bischöfe, welche zu Rom mit Mut und Geschick die neue Lehre als verderblich, widersinnig, geschichtslos und staatsfeindlich bekämpft hatten, voran die Prälaten von München, Augsburg, Köln, Mainz, Trier auf einer neuen Versammlung zu Fulda die Gläubigen zur Unterwerfung Aug. 1870.
unter die Aussprüche des Konzils aufforderten, ja sogar gegen die widerstrebenden Priester und Theologen sofort disziplinarisch vorzugehen sich nicht scheuten: so fiel doch anderseits der Widerspruch so vieler gebildeten Katholiken, welcher in Deutschland, Österreich und Ungarn sich erhob, die männlichen Proteste angesehener Theologen an Universitäten wie München, Breslau, Bonn, und vor allem das schneidige Nein, welches der gelehrteste aller Verteidiger des katho- 28. März 1871.
lischen Kirchenglaubens, Döllinger, auf die mehrfach ergangenen Aufforderungen zur Unterwerfung in einer Epoche machenden Schlußerklärung aussprach, schwer genug in die entgegengesetzte Wagschale und gab unmittelbaren Anlaß zur sogenannten altkatholischen Bewegung.

VI. Der deutsch-französische Krieg von 1870 bis 1871 und das neue Deutsche Reich.

Quellen und Hilfsschriften. Die nachfolgende Darstellung wurde unmittelbar nach Beendigung des Kriegs aus dem damals vorhandenen Material mit Benutzung zuverlässiger Karten, Schlacht- und Operationspläne bearbeitet, nämlich aus den Berichten der größern Zeitungen des In- und Auslandes; aus Tagebüchern: Tagebuch des deutsch-französischen Kriegs 1870 von Georg Hirth u. Dr. Jul. v. Gosen. Leipz. 1871—1874; Chronik des deutsch-franz. Kriegs, aus dem preuß. Staatsanzeiger, Berlin 1870. 1871; La guerre de 1870 par Emile Leclercq, Brux. 1871; Le siège de Paris par Francisque Sarcey, Par. 1871; Chronique und Journal sur le siège de P. par Wey, Heylli, Vinoy; Fischbach, Die Belagerung und das Bombardement von Straßburg. Straßburg 1871; aus Einzelberichten (Der Krieg um Metz, von einem preuß. General. Berl. 1871); aus den gleichzeitigen Kriegsgeschichten von W. Rüstow (Zürich 1870), Wolfg. Menzel (Stuttg. 1871). — Seitdem ist eine reiche Kriegslitteratur erschienen, an deren Hand wir den ganzen Abschnitt einer sorgfältigen Prüfung und Revision unterworfen haben: Das Hauptwerk: Der deutsch-französische Krieg. Redigiert von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des großen Generalstabs, Berlin 1872 ff., eine hervorragende und mustergültige Leistung auf kriegsgeschichtlichem Gebiet. A. Borbstaedt, Der deutsch-französische Krieg bis zur Katastrophe von Sedan. Berlin 1872; W. Blume, Die Operationen der deutschen Heere von der Schlacht bei Sedan bis zu Ende des Kriegs. Berlin 1872; Herm. Graf Wartensleben, Die Operationen der ersten Armee; Die Operationen der Südarmee im Januar und Februar 1871. Berlin 1872; A. v. Schell, Die Operationen der ersten Armee. Berl. 1872. 1873; v. d. Goltz, Léon Gambetta und seine Armeen. Berlin 1877; Die Operationen der zweiten Armee. Berlin 1873; L. Hahn, Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich und die

Gründung des deutschen Kaiserreichs. Berlin 1871; K. v. Winterfeld, Vollst. Geschichte des französischen Kriegs von 1870. 1871. Berl. 1871; Fontane, Der Krieg gegen Frankr. Berlin 1873—1876; v. Tiedemann, Der Festungskrieg im Feldzug gegen Frankreich. Berlin 1872; Reinh. Wagner, Gesch. der Belag. von Straßburg. Berlin 1874—1877; Heyde u. Fröse, Gesch. der Belag. von Paris. Berl. 1874; K. Junck, Der deutsch-franz. Krieg. Leipz. 1876; Hiltl, Der franz. Krieg. Bielef. 1876, und eine große Zahl monographischer Schriften; Moritz Busch, Graf Bismarck und seine Leute. Leipz. 1878. Dazu kommen noch von franz. Seite: Documents sur la guerre de 1870—1871. Par. 1871. 12 voll. Die Monographien und Denkwürdigkeiten von Benedetti, Gramont, Giraudeau (La verité sur la camp. de 1870. Par. 1871), Palicao, Ducrot, Wimpffen u. a. m. Souvenirs (1785—1870) du feu duc de Broglie. Paris 1886. Über die Pariser Kommune und die sozial-politischen Vorgänge ist eine ausgebreitete Litteratur vorhanden: Außer den Aufsätzen von Franz Mehring in den Preuß. Jahrbüchern von 1879: Die Pariser Kommune 1871 mit den Angaben der franz. Quellen (unter denen die Histoire de la Commune par Lissagaray, Brux. 1876, Les convulsions de Paris par Max. Ducamp und La Commune von Lucien le Chevalier am bedeutendsten sind), sollen von deutschen Schriften erwähnt werden: Ludw. Wittig, Die Kommune von Paris. Stuttgart 1872; Bernh. Becker, Gesch. u. Theorie der Pariser revolut. Kommune des Jahres 1871. Leipz. 1879; Über die Pariser Kommune v. Wilh. Lauser. Leipz. 1878; v. Meerheimb, Gesch. der Pariser Kommune. Berlin 1880.

1. Die Entstehung des Kriegs und die öffentliche Meinung.

Stimmungen und Lage.

Das konstitutionelle Kaisertum Napoleons war in das Jahr 1870 fertig eingetreten und hatte durch allgemeine Volksabstimmung die Sanktion der französischen Nation erhalten (XV, 2. 18 f.). Emil Ollivier war aus dem Heerlager der liberalen Opposition an die Spitze der neuen parlamentarischen Regierung gestellt, und die ganze Welt freute sich aus seinem Mund zu vernehmen, daß der Frieden noch nie gesicherter gewesen sei als heute! Man traute diesen Worten um so mehr, als derselbe Mann schon im Jahr 1867 verkündigt hatte, daß er die deutsche Einheit als eine unwiderrufliche, vom Schicksal verhängte Thatsache betrachte, die Frankreich ohne Gefahr hinnehmen dürfe, daß der Frieden ohne alle Hintergedanken die einzige Politik sei, der er sich anschließen könne. Auch in Berlin gab man sich der frohen Hoffnung hin, der Eifer der Chauvinisten würde sich endlich legen. Man war deutscherseits so vorsichtig allen Streitfragen aus dem Weg gegangen, hatte sich so sehr bemüht, die „patriotischen Beklemmungen“ der großen Nation durch Schonung und Nachgiebigkeit zu beruhigen, hatte das politische Übergewicht, welches die Franzosen als ererbtes Recht, als Grundlage ihres nationalen „Prestige“ ansahen, unangefochten gelassen; sollte man denn jetzt nicht einige Friedensjahre als Lohn dieser Mäßigung davontragen? Sowenig dachte man in Preußen an eine Störung des Weltfriedens, daß König Wilhelm sich nach Ems ins Bad begab, daß Graf Bismarck und die Generale von Roon und von Moltke die Sommermonate auf ihren Gütern zuzubringen sich anschickten, daß in der Kriegsorganisation und Bewaffnung Reformen in Angriff

genommen wurden, zu deren Durchführung längere Zeit erforderlich war, daß die feierliche Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. auf den 3. August festgesetzt ward. Von den Anschlägen des kaiserlichen Hofes auf Gebietserweiterung im Norden, welche der französische Gesandte, Graf Benedetti, in geheimen Besprechungen mit dem norddeutschen Bundeskanzler wiederholt in Anregung gebracht, war zu der Zeit noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Erst in der Folge trat es durch Bismarcks Enthüllungen zu Tage, daß schon seit Jahren die französische Regierung dem preußischen Minister ein Bündnis vorgeschlagen habe, kraft dessen der Kaiser um den Preis von Belgien und Luxemburg den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund befördern wolle. Die napoleonische Politik war fortwährend auf Vergrößerung des Reichs gerichtet; der Kaiser wußte, wie sehr er dadurch der Eitelkeit und Selbstliebe der Nation huldigte, sein eignes Ansehen erhöhte und befestigte, die Zukunft seiner Dynastie sicherte. Dies schien ihm aber gerade jetzt um so notwendiger, als die Opposition stets an Boden gewann: bei Gelegenheit des Plebiszits waren über 50,000 verneinende Stimmen in der Armee und Marine zum Vorschein gekommen; gerichtliche Untersuchungen über Verschwörungen und Komplotte hielten das Volk in Unruhe; eine Mißernte stand vor der Thür; im Gesetzgebenden Körper sprach man von der Aufhebung des Verbannungsdekrets der Familie Orleans. Diese drohenden Alarmzeichen konnten am besten durch einen nationalen Krieg niedergedrückt werden. Und wenn es gelang, die Rheingrenze noch einmal zu erobern, die jeder Franzose als das dem Vaterland gebührende, ihm gewaltsam entrissene Recht ansah, so war der Name Napoleon wieder so gefeiert wie in den Tagen des Oheims, so schwand die Opposition dahin wie ein Nebelbild, so war Frankreich mit dem Bonapartismus für alle Zeiten verbunden.

Die Aussichten eines Kriegs für Frankreich.

Das Wagnis war kühn, aber dem Kühnen steht das Glück zur Seite. Die Land- und Seemacht war verstärkt, zu den zahlreichen Linientruppen waren Reserven und mobile Nationalgarden für den innern Dienst herangebildet worden; die Arsenale waren gefüllt; die Chassepotgewehre hatten bei Mentana gegen die Freischaren Garibaldis „Wunder gethan“; eine neue Mordwaffe, die Mitrailleuse oder Kugelspritze, die wie eine Höllenmaschine fünfundzwanzig Kugeln aus einem kanonenartigen Rohr auf einmal gegen den Feind zu schleudern vermochte, sollte ihre vernichtende Kraft erproben. Noch war ja Deutschland nicht geeinigt, geheime Agenten und Zeitungsberichterstatter wußten viel zu melden von der Abneigung der Demokraten, der Ultramontanen, der Partikularisten, der Mißvergnügten allerorten und Enden gegen das eroberungssüchtige gewaltthätige Preußen, gegen den verschlingenden Militarismus, wußten die Macht und Bedeutung der nationalen Bestrebungen als höchst geringfügig darzustellen. In der Revue des deux Mondes hatte ja Viktor Cherbuliez überzeugend nachgewiesen, daß die neugeschaffene Ordnung in Deutschland ohne Dauer und Halt sei, daß bei dem ersten kräftigen Stoß alle Territorialgewalten wieder aufleben, alle

Zwangsbündnisse sich wieder lösen würden. In München war das liberale Ministerium Hohenlohe den Angriffen einer aus Ultramontanen, Demokraten und Partikularisten gebildeten, mit ihrem besonderen Bayerntum sich brüstenden Partei erlegen, und diese, welche sich als „patriotische" bezeichnete, besaß die Majorität in der Kammer; in Hessen und Württemberg waren Männer im Rat der Krone (Dalwigk und Varnbüler), deren innerliche preußenfeindliche Gesinnung allgemein bekannt war; in Hannover und andern der preußischen Monarchie einverleibten Staaten gab sich in manchen Kreisen eine partikularistische Zähigkeit und Verbissenheit kund, die an Fanatismus grenzte. Da und dort konnte man hoffen, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen, verblaßte Erinnerungen wieder aufzufrischen, alte Verbindungen wieder zu beleben. Der neue Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, der an Stelle des Grafen Daru getreten, hatte während seines mehrjährigen Aufenthalts als französischer Gesandter in Wien die deutschen Zustände und Stimmungen durch die trübe Brille der aristokratisch-klerikalen Hofkreise der Kaiserburg angeschaut und sich ein Abbild geschaffen, das der Wirklichkeit wenig entsprach. In Österreich hatte man die Niederlage vom Jahr 1866 noch nicht verschmerzt; die Tschechen, Polen und Ungarn, die mehr und mehr Boden im Staatsleben gewannen, neigten alle zu Frankreich, in diesem Gefühl mit dem Hof übereinstimmend; der freundschaftliche Besuch, den um dieselbe Zeit der Zar von Rußland dem König Wilhelm in Ems abstattete, hatte in Wien und bei den Böhmen Neid und Mißtrauen erregt. Der Wiener Reichskanzler, Graf Beust, stellte dem französischen Minister einen Kriegsbund Österreichs mit Frankreich in sichere Aussicht. So vereinigte sich vieles, um in den Tuilerien die Überzeugung hervorzurufen, daß der Augenblick gekommen sei, da der verschobene Waffengang mit Erfolg unternommen, die heiß ersehnte „Rache für Sadowa" gestillt werden könnte. Man hatte ja auch noch für Waterloo mit Preußen abzurechnen. Bei längerer Verzögerung erstarkte der Norddeutsche Bund mehr und mehr; die natürliche Anziehungskraft eines großen Staatswesens mußte dann ihre Wirkung auch auf die noch selbständigen kleinern Staaten Deutschlands üben und die Fugen schließen, in welchen man jetzt noch die trennenden und teilenden Hebel einer ränkevollen Staatskunst einsetzen, die erprobten Mittel einer verführerischen treulosen Politik in Anwendung bringen konnte. Umsonst warnte der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Stoffel, die kaiserliche Regierung vor einem Krieg, indem er die Vorzüge der preußischen Heerverfassung aufs klarste darlegte und zugleich die Überzeugung aussprach, daß Graf Bismarck keinen Krieg beabsichtige, daß aber alles in Bereitschaft gesetzt sei, falls Preußen dazu gedrängt würde; in Paris fanden seine Berichte keinen Glauben und keine Beachtung. Nach der Versicherung des Kriegsministers Leboeuf war man in Frankreich vollkommen bereit und gerüstet zu einem raschen Angriff, der eine ebenso rasche Entscheidung bringen würde. Auch ging das Gerede von Unordnungen im Kriegsbudget, von Unterschleif und

Verschwendung, die am leichtesten in einem allgemeinen Durcheinander verborgen blieben.

Die spanische Thronkandidatur.

Kaum hat jemals die Wahrheit des Spruches: „Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt", sich so sehr bewährt, wie bei den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Jahr 1870. Nachdem die spanische Regierung sich fast ein Jahr lang vergebens nach einem König umgethan, welcher geneigt und geeignet wäre, das Reich nach der neuen monarchischen Verfassung zu regieren, knüpfte der Minister Prim Unterhandlungen mit einem deutschen Fürsten, Leopold von Hohenzollern an, der in weitläufiger Verwandtschaft mit dem preußischen Königshaus stand und durch die Verheiratung seines Großvaters Karl mit Antoinette Murat, seines Vaters Karl Anton mit einer Tochter der Stephanie Beauharnais zu der Bonaparteschen Familie nahe Beziehungen hatte. Er gehörte der katholischen Kirche an, war verheiratet und Vater von mehreren Kindern, so daß auch die künftige Erbfolge als gesichert gelten konnte, seine Persönlichkeit und seine Eigenschaften ließen die Wahl als eine glückliche erscheinen. Er war der ältere Bruder jenes Karl Anton, den einige Jahre zuvor die Rumänen zu ihrem Herrscher gewählt hatten (XV, 2. 45). Fürst Leopold zeigte sich zur Annahme der spanischen Krone bereit, sofern die Vertreter der Nation ihre Zustimmung geben würden, und machte, da er volljährig und Herr seiner Handlungen war, dem König von Preußen Mitteilung von seinem Entschluß. Es war ein Akt persönlicher Artigkeit, da nicht der König, sondern der Vater des Erbprinzen das Haupt der Seitenlinie des Hohenzollernschen Hauses war, somit dem preußischen Monarchen weder das Recht der Genehmigung, noch das der Versagung zustand. Dennoch faßte man in Paris, wo man andre Pläne begünstigte, die Kandidatur als einen neuen Beweis preußischer Ehrsucht und Lust nach Machtvergrößerung auf: durch dynastische Interessen und Familienverbindungen gedenke das Königshaus der Hohenzollern, wie einst die Habsburger und Bourbonen, eine Vorherrschaft in Europa zu gründen; die Thronbesteigung eines von dem mächtigern Zweig des Hauses abhängigen verwandten Fürsten sei für die ehrgeizige, emporstrebende Regierung in Berlin ein Mittel, Frankreich von zwei Seiten in Schach zu halten und in seiner freien Aktion zu hemmen oder zu lähmen. In den Tuilerien gab sich bald die größte Aufregung kund; Graf Benedetti, der französische Gesandte in Berlin, erhielt den Auftrag, den peinlichen Empfindungen Ausdruck zu geben, welche der Vorfall in Paris hervorgerufen habe, Freiherr von Werther, der Botschafter des Norddeutschen Bundes am französischen Hof, wurde nach einer Unterredung mit Gramont und Ollivier veranlaßt, seine beabsichtigte Urlaubsreise über Bad Ems zu nehmen, um seinen Herrn von der in Paris herrschenden Stimmung in Kenntnis zu setzen. In Berlin bekam Benedetti die Antwort, daß die spanische Thronkandidatur die preußische Regierung gar nichts angehe; einen ähnlichen Bescheid meldete Werther von Ems aus. Wenn bei der großen Erregung, womit gleich

anfangs die Frage in den Pariser Hof- und Regierungskreisen aufgenommen wurde, die Verhandlung die feine diplomatische Grenzlinie durchbrach und einen gereizten Charakter voll Verdacht und Drohung gegen Preußen gewann, so mußte sich die Spannung noch steigern, als der Herzog von Gramont bei Gelegen-
6. Juli 1870. heit einer Interpellation in dem Gesetzgebenden Körper eine Antwort erteilte, die allgemein als Kriegsdrohung aufgefaßt wurde. „Wir glauben nicht," sagte er, „daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolks uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt und dadurch zu unserm Nachteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte Europas stören und die Ehre Frankreichs gefährden dürfte." Der Beifall, den die Mehrheit der Versammlung den feierlich ausgesprochenen Worten des Ministers zollte, steigerte die Kriegslust, von der auch bald die ganze Nation ergriffen ward. Die warnenden Stimmen der kleinen Oppositionspartei verhallten wirkungslos; desto lauter stießen die Journalisten in die Kriegsdrommete und verkündeten schon zum voraus den sichern Sieg. „Die Frage muß erweitert werden," hieß es im Moniteur vom 8. Juli, „das wenigste, was uns heute befriedigen kann, wäre die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, das Aufgeben jedes militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regelung des Artikels 5 mit Dänemark." Man schien zu fürchten, es könnte noch zu einer Ausgleichung kommen.

Ausgleichs-versuche. Und in der That war eine solche Ausgleichung im Gange. Wie unschicklich und taktlos es auch erscheinen mußte, daß Graf Benedetti im Auftrag seiner Regierung nach Ems reiste, um den von seinen Räten getrennten Monarchen während seiner Badekur mit Staatsgeschäften zu behelligen und ihn zu bestimmen, dem Erbprinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone zu verbieten: König Wilhelm empfing den Botschafter mit seiner gewohnten Freundlichkeit und Leutseligkeit; und wenn er auch das angemutete Verbot als ein ihm nicht geziemendes Eingreifen in die Angelegenheiten eines persönlich selbständigen Fürsten von sich wies, so vernahm er es doch gern, daß Leopold von Hohenzollern, im Gefühl der großen Verantwortlichkeit, die er Europa gegenüber auf sich laden würde, der spanischen Thronbewerbung freiwillig entsagte und der Nation die Freiheit des Handelns zurückgab. Diese von dem Vater des Erbprinzen nach Madrid gemeldete Entsagung wurde von der spanischen Regierung amtlich der französischen mitgeteilt. Auch in Paris überlegte man, ob man die Verzichtleistung nicht als hinlängliche Genugthuung gelten lassen und den Kriegsfall als beseitigt ansehen sollte. Der Kaiser selbst war schwankend. Schon brachten die Botschafter Englands in Berlin und in Paris den Ministern des Auswärtigen die Glückwünsche ihrer Regierung über die friedliche Wendung dar. Aber im engern Rat wurde anders beschlossen. Vielleicht wird die Zukunft den wahren Pragmatismus dieser verhängnisvollen Beratungen und Entschließungen enthüllen, bei welchen die Kaiserin das

entscheidende Wort geführt zu haben scheint. Man mochte wohl hoffen, durch einen siegreichen Waffengang die immer kecker sich hervorwagende Opposition niederzuwerfen und den unbequemen Parlamentarismus wieder zu beseitigen. Genug, der Herzog von Gramont erklärte dem Freiherrn v. Werther, die Verzichtleistung des Fürsten von Hohenzollern sei nur Nebensache, da Frankreich die Thronbesteigung desselben doch niemals zugelassen hätte; die Verletzung für Frankreich bestehe darin, daß der König von Preußen, ohne sich zuvor mit dem Pariser Kabinett zu benehmen, dem Erbprinzen gestattet habe, auf die spanische Kandidatur einzugehen. Frankreichs Ehre verlange, daß dafür Sühnung und Genugthuung gegeben werde. Als den geeignetsten Weg, wie dieses geschehen könne, bezeichnete der Minister ein Schreiben des Königs an Napoleon, des Inhalts, daß er bei Erteilung seiner Erlaubnis der Würde und den Interessen Frankreichs nicht habe zu nahe treten wollen und sich jetzt der Entsagung des Prinzen anschließe. Dabei möge aber jede Andeutung auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Fürsten zum Kaiserhaus vermieden werden, da dieses Argument in Paris unangenehm berühren würde. Man mutete also dem preußischen Monarchen zu, er solle sich schriftlich entschuldigen, daß er dem Prinzen von Hohenzollern nicht die Annahme der Kandidatur von vornherein untersagt habe, und zugleich versprechen, daß, falls eine solche nochmals auftauche, er nie seine Einwilligung erteilen werde. Damit stimmte auch Ollivier überein und meinte, bei der großen Aufregung, die bereits die Gemüter der Franzosen ergriffen habe, bedürfe das Ministerium zur Befestigung seiner Stellung einer gewissen Genugthuung von seiten Preußens.

König Wilhelm u. Graf Benedetti in Ems.

Da Baron Werther sich nicht herbeilassen wollte, seinem Gebieter die Wünsche der französischen Minister persönlich zu überbringen, und sich mit einem Bericht über die Unterredung begnügte, so erhielt Graf Benedetti die Weisung, den König in Ems aufzusuchen und die gewünschten Versicherungen zu verlangen. Dort wurde der Gesandte von dem Monarchen wiederholt zur Audienz zugelassen und vernahm aus dessen Mund, daß er die Verzichtleistung des Erbprinzen vollkommen billige; aber die Zumutung, durch ein Versprechen die mögliche Wiederkehr einer solchen Frage für alle Zukunft abzuschneiden, wies König Wilhelm als einen demütigenden Schritt von sich; und als Benedetti mit unschicklicher Zudringlichkeit sich eine dritte Audienz erbat, um dieselbe Forderung 13. Juli 1870.
noch einmal dringender zu wiederholen, wurde er nicht vorgelassen, sondern erhielt durch den Flügeladjutanten den Bescheid, der König habe seine Willensmeinung bereits ausgesprochen. Auch eine förmliche Abschiedsaudienz wurde ihm nicht gewährt; als aber der König am andern Morgen nach Koblenz reiste, begrüßte er den Grafen auf dem Bahnhof. Diese Zurückweisung des zudringlichen 14. Juli.
Mannes wurde in Paris als eine Ehrenkränkung aufgefaßt und es wurde daraus, da durch die von dem Monarchen gutgeheißene Verzichtleistung des Prinzen die Kriegsursache beseitigt war, ein neuer Kriegsfall gebildet. Man erklärte das

Verfahren des Königs für eine Beleidigung der französischen Ehre und seine Weigerung, durch ein förmliches Versprechen eine künftige Thronkandidatur des Hohenzollern unmöglich zu machen, für eine Gefährdung der nationalen Sicherheit, eine Auffassung, die man noch durch eine angebliche Note des Berliner Kabinetts an die auswärtigen Höfe schärfte. Es half nichts, daß die Oppositionspartei widersprach; daß Thiers, sonst ein eifriger Verfechter der „natürlichen Grenzen" Frankreichs, für jetzt von einem deutschen Krieg abriet; daß die angeführte diplomatische Note sich als eine telegraphische Mitteilung an die preußischen Geschäftsträger erwies; die kriegslustige Partei hatte so sehr die Oberhand, daß jeder Widerspruch niedergehalten und als Ausdruck unpatriotischer Gesinnung gebrandmarkt wurde. Die bonapartistischen Heißsporne in der Kammer zwangen Thiers durch Lärm und Schmähungen zum Schweigen, als er die Aufstellung einer Kommission zur Prüfung der Aktenstücke verlangte. Ollivier handelte
15. Juli 1870. ganz nach dem Herzen der Versammlung, als er schon am nächsten Tag verkündete, man habe die Reserven einberufen und werde die nötigen Maßregeln treffen, die Ehre und Sicherheit Frankreichs zu wahren. Die Geldforderungen der Regierung für Heer und Flotte sowie die Einziehung der gesamten Mobilgarde wurden mit einer der Einstimmigkeit nahe kommenden Majorität genehmigt.

Die Volksstimmung in Frankreich u. Deutschland.

Noch niemals seit der Gründung des Kaiserreichs waren die Presse, die öffentliche Meinung, die Stimme des Volks in allen Schichten der Gesellschaft so sehr mit der Regierung und den legislativen Körperschaften in Übereinstimmung wie in den heißen Tagen, da die Kriegserklärung gegen Preußen geschleudert ward. Zum erstenmal erschallte wieder die Marseillaise mit ihrer revolutionären Gewalt. Man hatte die aufregenden Worte und Töne seit dem Staatsstreich
18. Juli. nicht mehr geduldet; jetzt wurde bei einem Fest in St.-Cloud von dem Kaiser selbst der Bann gelöst und das berauschende Sturmlied als Losung zum Kampf freigegeben. Der Übermut, das Selbstvertrauen, die Eitelkeit traten in so grellen Zügen hervor, daß jeder Zweifel an Frankreichs Überlegenheit als thörichte Anmaßung erschien. Der Senat gab dem Kaiser durch den Mund Rouhers die Versicherung, daß das ganze Vaterland, „bebend vor Unwillen und Stolz" über die bedrohte Ehre Frankreichs, auf seiten seines Herrschers stehe, und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Schneider, schloß seine Rede in den Tuilerien, worin er dem Machthaber verkündigte, daß der Gesetzgebende Körper einstimmig alle Subsidien bewilligt und alle Gesetze genehmigt habe, welche die Verteidigung des Vaterlandes gegen das übermütig gewordene Preußen forderte, mit den Worten: Sire, das Herz der Nation ist mit Ihnen und unsrer tapfern Armee! Napoleon erwiderte: Ein Krieg ist legitim, wenn er mit der Zustimmung des Landes und der Billigung seiner Vertreter geführt wird. Und dennoch konnte Gramont in einer spätern Rechtfertigungsschrift behaupten: Niemand in Frankreich bedurfte des Kriegs, für Preußen war er nötig und unentbehrlich.

war er eine Lebensfrage, wenn das Werk von 1866 Bestand haben sollte. Die „große Nation" war solange als das verwöhnte Schoßkind in der europäischen Völkerfamilie behandelt worden, daß die ganze Welt und vor allem jeder Franzose selbst an ihre „zivilisatorische Mission" glaubte, ihre Suprematie auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens als selbstverständlich ansah. Deutschland hat nicht wenig zu dieser Selbstüberhebung und Selbstbespiegelung des Nachbarvolks beigetragen; ihm war es jetzt auch beschieden, das Trugbild niederzuwerfen. Über drei Jahrhunderte betrachtete der Franzose den Rhein als die natürliche Grenze seines Landes und die Entfremdung der linken Uferseite als ein Unrecht des Schicksals; seit zwei Jahrhunderten beklagte man in Deutschland den Verlust von Lothringen und Elsaß als eine Schmach, welche fremde Raubsucht und eigne Zerfahrenheit und Zerklüftung der Nation angeheftet. Es war vorauszusehen, daß bei einem Zusammentreffen beider Völker die alten Wunden, die man in Deutschland verschmerzt zu haben schien, von neuem aufbrechen würden, daß die Kriegsparole lauten würde: Hie Rheingrenze! Hie Elsaß-Lothringen! und daß mit dieser Losung der Preis des Siegers zum voraus bestimmt sei. Wenn auch dieses Ziel nicht sofort öffentlich vorgeführt, diese Fahne nicht von vornherein entfaltet ward, die Ahnung der Volksseele erkannte richtig, um was es sich handelte, und die Tageslitteratur sprach es unverhüllt aus. Dieses allgemein herrschende Gefühl, daß ein hoher Kampfpreis eingesetzt sei, erzeugte auch die große Aufregung, die sich bei der Kunde von den Vorgängen in Paris und Ems aller Gemüter bemächtigte. Die Rückkehr des Königs von dem Badeort nach seiner Hauptstadt glich einem Triumphzug; in der teilnehmenden Begeisterung des Volks gab sich der Unwille über die unwürdigen Auftritte und die siegesfrohe Kampflust zu erkennen. Und während man an der Seine den Ruf ertönen ließ: Nach Berlin! nach Berlin!, sprach man in Deutschland von der bevorstehenden Reise vom Rhein nach Paris. Es war das lebendige Gefühl, daß ein Völkerkampf bevorstehe, in welchem hundertjährige Streitfragen, von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt und durch gegenseitige Vorwürfe und gereizte Beschuldigungen stets frisch erhalten, zum Austrag kommen würden. Auch in Preußen war auf die Kunde von der Einberufung der französischen Reserven am 15. Juli die Mobilmachung der gesamten norddeutschen Heerkörper angeordnet worden, und aus dem lauten Zuruf und der freudigen Bewegung des Volks bei der Ankunft des Königs in seiner Hauptstadt ging klar hervor, daß alles bereit sei, für den mit so großem Übermut leichtfertig und frevelhaft heraufbeschworenen Krieg Gut und Blut einzusetzen. Nirgends zeigte sich eine niedergedrückte oder ängstliche Stimmung. Das neue Volkslied „Die Wacht am Rhein", vor dreißig Jahren von Schneckenburger gedichtet, das in der von Musikdirektor Wilhelm komponierten Melodie mit Blitzesschnelle sich über alle Gaue verbreitete, war der Ausdruck dieser festen Zuversicht im deutschen Heer und Volk. Es rief nicht wie die Marseillaise die Söhne des Vaterlandes zum Angriff auf, es

sprach nur den festen Entschluß aus, den deutschen Strom zu bewachen und zu schützen.

Kriegserklärung und Thronrede. Am 19. Juli erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen und gleichzeitig die Eröffnung des Reichstags des Norddeutschen Bundes. In jener hieß es, daß man den Plan, einen preußischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben, als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen betrachten und in der Weigerung des Königs, dem französischen Botschafter eine, die künftige Möglichkeit einer solchen Kandidatur ausschließende Zusage zu geben, einen sowohl Frankreich als das allgemeine europäische Gleichgewicht bedrohenden Hintergedanken erblicken müsse, zumal da der König es abgelehnt habe, den Botschafter zu empfangen und auf irgend eine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen, und dieser Entschluß den Kabinetten angezeigt worden sei. Der französischen Regierung liege daher die Verpflichtung ob, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen. Die Thronrede an den Reichstag, edel und würdig gehalten, betonte, daß Deutschland, welches in frühern Jahrhunderten die Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre schweigend ertragen, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war, jetzt durch das Band geistiger und rechtlicher Einigung gestärkt, den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat in sich trage, daß das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, zu einem heilsameren Wettkampf berufen seien, als zu dem blutigen der Waffen, daß jedoch die Machthaber Frankreichs es verstanden hätten, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unsres großen Nachbarvolks durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaften auszubeuten, und schloß mit den erhebenden Worten: Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volks mit dem Aufruf zur Verteidigung seiner Ehre und Unabhängigkeit. Die von glühender Vaterlandsliebe durchwehte Antwort auf die Thronrede, die rasche Bewilligung des zur Kriegführung erforderlichen Geldbedarfs gaben Zeugnis, wie sehr alle Gemüter von der Größe und Bedeutung des Augenblicks und von der Gerechtigkeit der Sache erfüllt waren. Auch Napoleon verkannte keineswegs den kraftvollen Geist, der aus der Thronrede hervorleuchtete: Die Worte der Preußen sind so scharf wie ihr Schwert, soll er geäußert haben, als er davon Kunde erhalten. Auf den talentvollen Publizisten Prevost-Paradol, welcher nach langer Opposition gegen das Napoleonische Kaisertum sich dem konstitutionellen Regiment Olliviers

angeschlossen hatte und seit einigen Wochen als französischer Gesandter in Washington weilte, machte der Ausbruch des Kriegs einen so tiefen Eindruck, daß er sich selbst durch einen Pistolenschuß das Leben nahm. 22. Juli 1870.

Noch an demselben 19. Juli sah man König Wilhelm die Totenkapelle seiner Eltern in Charlottenburg betreten und an ihrem Grabmal den Beistand des Himmels zu dem großen Unternehmen erflehen. Es war ja der Todestag seiner Mutter, der heißgeliebten Königin Luise. Als sie vor sechzig Jahren am gebrochenen Herzen aus der Welt geschieden, hatte sie zu ihren beiden ältesten Söhnen die mahnenden und prophetischen Worte gesprochen: Wenn Eure Mutter und Königin nicht mehr ist, dann weinet meinem Andenken Thränen, wie ich sie jetzt dem Umsturz meines Vaterlandes widme. Aber begnügt Euch damit nicht allein, handelt, entwickelt Eure Kräfte, vielleicht läßt Preußens Schutzgeist sich auf Euch nieder. König Wilhelm hatte in seinem langen Leben nie diesen Gedenktag vorübergehen lassen, ohne das Mausoleum zu besuchen. Aber niemals mag sein Herz so tief bewegt und so innig von Gottesliebe und Gottvertrauen erfüllt gewesen sein, wie in dieser schicksalsschweren Stunde. Wenn er damals der Tage von Jena und Tilsit gedachte, so mochte ihn auch die Hoffnung beseelen, daß jetzt die Zeit der Vergeltung gekommen sei. Denn die vaterländische Begeisterung, welche sich in der ganzen Nation zeigte, die auch die Deutschen in fremden Ländern und Erdteilen ergriff und sich in Tausenden von Adressen und patriotischen Anerbietungen aussprach, konnte ihn überzeugen, daß alle deutschen Herzen von Vaterlandsliebe und Nationalgefühl durchglüht seien, die nicht hinter dem Jahr 1813 zurückständen und zu gleichen Erfolgen führen müßten. Darum wurde auch noch an demselben Tag das Wiederaufleben des Ordens des Eisernen Kreuzes für den beginnenden Krieg angeordnet. König Wilhelm fühlte sich bewegt und hingerissen von den zahllosen Beweisen patriotischer Gesinnung in Wort und That; und dieser gehobenen Stimmung hat er in den denkwürdigen Worten Ausdruck gegeben, welche die Thronrede in edelster Weise ergänzten und besiegelten: „Aus Anlaß des bevorstehenden Kampfes für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands sind mir so zahlreiche Kundgebungen der Hingebung und Opferfreudigkeit für das gemeinsame Vaterland zugegangen, daß es mir ein unabweisliches Bedürfnis ist, diesen Einklang des deutschen Geistes öffentlich zu bezeugen und dem Ausdruck meines königlichen Dankes die Versicherung hinzuzufügen, daß ich dem deutschen Volk Treue um Treue entgegenbringe und unwandelbar halten werde. Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterland, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze in sich beschlossen und versöhnt, und einig, wie kaum jemals zuvor, darf Deutschland in seiner Einmütigkeit wie in seinem Recht die Bürgschaft finden, daß der Krieg ihm den dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen werde.“

König Wilhelm und die gehobene Zeitstimmung.

25. Juli.

Die Haltung des deutschen Volks. Als diese königlichen Worte in die Öffentlichkeit drangen, war die militärische Einheit Deutschlands bereits eine vollbrachte Thatsache. Man hatte in Paris gehofft, der Krieg werde sich „lokalisieren" lassen. Man hatte nichts unterlassen, den ganzen Streit als einen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen, ja in manchen Schichten sogar als eine Art Zweikampf zwischen Napoleon und Wilhelm, zwischen den Hohenzollern und Bonapartes hinzustellen. In den politischen Kreisen an der Seine trug man sich mit dem Traumgebild, es könne ein neuer Rheinbund ins Leben gerufen, die süddeutschen Regierungen könnten, wenn nicht zum Anschluß an Frankreich, so doch zu einer neutralen Haltung bewogen, die unzufriedenen Elemente im Norddeutschen Bund ausgeschieden werden. Und man hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, eine solche Lage herbeizuführen und Preußen zu vereinzeln; es gab Stunden und Tage, an welchen mancher vaterländische Mann in banger Sorge schwebte, ob das Nationalgefühl allenthalben stark genug wäre, die Vorurteile und die Abneigung gegen Preußen, die da und dort hohe Fluten trieben, niederzuhalten und der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß in dem vorliegenden Fall die Allianzverträge vom Jahr 1866
Baden. zur Anwendung kämen. Von Baden durfte man ein treues Zusammengehen mit dem Norddeutschen Bund sicher voraussetzen. Hier hatten Regierung und Landtag schon seit Jahren eine nationale Politik eingehalten, und es waltete kaum ein Zweifel ob, daß man in der Stunde der Entscheidung zu der deutschen Fahne stehen werde ohne Furcht vor den Gefahren und Opfern, die dieses schöne Land, der Garten der deutschen Erde, in erster Linie zu tragen haben würde. Denn in dem benachbarten Frankreich hatte man schon längst mit Verdruß wahrgenommen, wie gerade Baden, wo doch einst die Großherzogin Stephanie, die nahe Verwandte des Kaisers Napoleon, ihr Leben zugebracht, so vollständig der alten Rheinbundspolitik entsagt, so offen und männlich in das nationale Heerlager eingetreten war; diesem Land drohte daher der erste zermalmende Stoß, wenn der ergrimmte Feind über den deutschen Strom setzte. Die Schreckensszenen des Orleansschen Kriegs waren in der Pfalz noch nicht vergessen; jetzt konnte man eine Wiederholung in ausgedehnterem Maßstab befürchten. Um einen Vorwand für die beabsichtigten Greuel zu erhalten, beschuldigte man in Paris die badische Regierung, sie sei der Petersburger Konvention, kraft deren keine explodierenden Handgeschosse bei europäischen Kriegen in Anwendung kommen sollten, nicht beigetreten, eine Beschuldigung, deren Falschheit aktenmäßig nachgewiesen werden konnte, während die Anklage einer Übertretung dieser Konvention französischerseits, wenn auch von Mac Mahon die Thatsache in Abrede gestellt wurde, doch nie ganz widerlegt worden ist. Mehr als im Jahr 1866 stand das Großherzogtum in Gefahr, als „Kompensationsobjekt" für Bundesgenossen behandelt zu werden. Aber ohne die drohenden Gefahren und Kriegsdrangsale ängstlich abzuwägen, stimmten alle Parteien in die Losung ein: Kampf gegen Frankreich! Die Kammern bewilligten ohne Widerspruch die zum

Krieg nötigen Geldmittel und die Regierung ordnete rasch die Mobilmachung 16. Juli 1870. der badischen Mannschaften an. Die Kriegsgeschichte wird stets die großen Verdienste zu verzeichnen haben, welche Baden in diesen verhängnisschweren Tagen um die Hut des Grenzstromes sich erworben hat, als man in rascher Entschlossenheit die Rheinbrücke bei Kehl, das stolze Meisterwerk der Technik, sprengte und dann, von Württembergern unterstützt, durch einzelne Militärabteilungen, die sich da und dort in täglich wechselnden Stellungen am rechten Ufer sehen ließen, die Meinung erzeugte, das Land sei von einem „Schwarzwaldkorps" gut bewacht und nur mit starker Heeresmacht dürfe der Übergang gewagt werden. Neun Jahre später hat Oberst v. Seubert in einer Broschüre: Die Württemberger im Schwarzwald lebendig und anschaulich beschrieben, mit welcher Umsicht und Überlegung das sechste Infanterieregiment, das einst bei Dossenbach gegen die badischen Freischaren gekämpft (XV,1. 312), jetzt die Thäler des Schwarzwaldes gehütet und die Pickelhauben in demonstrativer Weise zur Schau getragen. Auch in der Folge noch verhinderte ihre Anwesenheit und die Überschätzung ihrer Zahl den Übergang von Freischaren aus dem Oberelsaß.

Anders stand es in Bayern. Von dem König zwar war es lange be- Bayern. kannt, daß sein jugendliches Herz von begeisterter Hingebung für die allgemeine deutsche Sache erfüllt sei; von der Regierung, an deren Spitze Graf Bray stand, durfte man erwarten, daß sie einem Anschluß an den Norddeutschen Bund, soweit ein selbständiges Staatsleben im eignen Königreich damit vereinbar war, keinen prinzipiellen Widerstand entgegensetzen würde; dagegen hatten in der Landesvertretung die preußenfeindlichen Elemente sich zu einer großen Partei vereinigt, die bei allen wichtigen Fragen die Stimmenmehrheit erzielen konnte. Wie weit auch die Demokraten, Klerikalen und Partikularisten in andern Lebensanschauungen voneinander abweichen mochten, in den politischen Hauptfragen gingen sie Hand in Hand. Für sie gab es nur ein bayrisches Vaterland, daher bezeichneten sie sich auch als die „patriotische" Partei, eine zweideutige Namens- und Begriffsbegrenzung, welche in den Augen der gedankenlosen Menge die Gegner mit einem Makel bedeckte. Man war noch gerade mit einem Antrag beschäftigt, welcher das Militärbudget und die aktive Dienstzeit vermindern und statt der stehenden Heere eine allgemeine Volkswehr begründen sollte, als die kriegerischen Verwickelungen zwischen Preußen und Frankreich das bayrische Stillleben durchbrachen und die Frage, ob der früher abgeschlossene Militärvertrag in dem vorliegenden Fall bindende Kraft habe, auf die Oberfläche trieben. Schon wurden von Paris aus Versuche gemacht, die antinationalen Elemente im französischen Sinn zu bearbeiten und einzelne Vorkämpfer ultramontaner Richtung zu verlocken; aber dank der deutschen Gesinnung des Königs, dessen warmer Herzschlag alle Schlingen der bayrisch-österreichischen Neutralitätspolitik sprengte und für Ehre und Vaterland den Ausschlag gab, sowie der nationalen Strömung in einem großen Teil des bayrischen Volks, besonders der Bürgerschaft

von München, trug die deutsche Sache den Sieg davon. Doch mußte er im heißen Kampf erstritten werden; in der entscheidenden Sitzung des Landtags, in welcher die Geldmittel zur Mobilmachung des Heeres bewilligt werden sollten, beantragte die Kommission durch den Mund ihres Berichterstatters Jörg nur eine solche Summe zu genehmigen, welche zur Aufrechterhaltung bewaffneter Neutralität gegenüber den Kriegsereignissen zwischen Preußen und Frankreich erforderlich sei; aber die Kammermehrheit verwarf diese Beschränkung des Ausschusses und gab der Regierung freie Hand. Der Jubel der Hauptstadt über diesen Beschluß und die Dankesworte, welche König Wilhelm sofort auf telegraphischem Weg an den jungen Monarchen von Bayern richtete, gaben Zeugnis, wie sehr man die Tragweite dieses Schrittes zu würdigen wußte. Damit war auch der Anschluß von **Württemberg** und **Hessen-Darmstadt** entschieden und der nationale Charakter des Kriegs besiegelt. Die Ernennung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, eines leutseligen ritterlichen Fürsten, zum Oberbefehlshaber über alle süddeutschen Truppen schloß das Band noch fester. Es ging ein Gefühl durch die Nation, daß eine neue Ära für Deutschland anbreche; man verhehlte sich nicht, daß die neue Einheit mit Blut gekittet werden müsse, aber man war zu allen Opfern bereit.

19. Juli 1870. *Württemberg und Hessen.*

Vaterländischer Aufschwung.

Noch nie war in deutschen Landen eine solche Willigkeit zu werkthätiger Hilfeleistung bei den unvermeidlichen Leiden des Kriegs zu Tage getreten, wie bei dieser Gelegenheit. Allenthalben bildeten sich Vereine von Männern und Frauen zum Lazarettdienst, zur Verpflegung von Kranken und Verwundeten, zur Darreichung von Speisen und Getränken an die Ausziehenden, zur Unterstützung der in der Heimat zurückgelassenen Familien der Landwehrmänner. Das rote Johanniterkreuz auf weißer Armbinde sollte als Erkennungszeichen dienen und vor feindseliger Behandlung schützen. Es war der Drang der Menschenliebe, den auch die eiserne Notwendigkeit des Kriegs nicht zu ersticken vermochte. Die Bewohner von Baden und der bayrischen Pfalz, obwohl am meisten gefährdet, standen an kriegerischer Begeisterung hinter keinem Stamm zurück. Sie fragten nicht, was aus ihrem schönen Land, ihren blühenden Städten und Dörfern werden würde, wenn die feindliche Armee im östlichen Frankreich, der man absichtlich die afrikanischen Scharen, die Turkos, Zuaven, Sipahis zugeteilt hatte, über die Grenzen bräche, welche Drangsale und Kriegsgreuel den Bewohnern selbst von diesen wilden Horden bevorständen, deren Verwendung unter zivilisierten Nationen als eine Verletzung des Kriegs- und Völkerrechts angesehen werden konnte. Und doch war noch vor wenigen Jahrzehnten das linksrheinische Pfälzerland mit seinem Herzen und seinen Neigungen auf Frankreichs Seite gewesen und hatte sich unter der bayrischen Herrschaft so unglücklich gefühlt. Der vaterländische Geist war aber allenthalben erwacht: die deutsche Litteratur und die deutsche Schule hatten an dieser Sinnesänderung keinen geringen Anteil, und Arndts flammende Lieder: Zum Rhein, übern Rhein,

Alldeutschland in Frankreich hinein! waren nicht umsonst erklungen. Hatten Geschichte und Litteratur im Spiegel der Vergangenheit unsre Tugenden und Fehler gezeigt, so hatte die Schule Vernunft und Nachdenken geweckt und hatte gelehrt, Wesen vom Schein, Wahrheit von Phrase zu unterscheiden. Mit ernster Andacht strömte alles Volk am 27. Juli, den der gottesfürchtige König zu einem allgemeinen Bettag bestimmt hatte, in die Kirchen, um für die bevorstehende schwere Zeit Hilfe und Erbarmen vom Himmel zu erflehen und die Seele zu stärken durch inbrünstiges Gebet. Wie im Jahr 1813 war auch jetzt wieder Frömmigkeit und religiöses Gefühl mit Vaterlandsliebe in der deutschen Soldatenbrust vereinigt und stärkte die todesmutige Begeisterung und Hingebung für die große Sache. Mit gleicher Andacht sah man die Krieger, ehe sie die feindliche Erde betraten, die Evangelischen zum Abendmahl, die Katholischen zur Beichte gehen, um versöhnt mit Gott und im gläubigen Vertrauen auf seine Gnade und Barmherzigkeit in den Todeskampf zu ziehen.

„Die Erhebung dieser großen Tage," schreibt Treitschke, „offenbarte selbst den Einfältigen und Schwachen zu ihrer eignen Überraschung, wie reich das Leben sein kann, und welchen Schatz bürgerlicher Tugenden dies erwerbende Zeitalter sich noch bewahrt hat. Die Kampfgenossenschaft in Not und Tod hat ein festes Band der Treue geschlungen um die Herzen unsrer Krieger, mit einem Schlag tausend gehässige Vorurteile zerstört, die den Süden von dem Norden trennten und der friedlichen Überredung nie gewichen wären. Auch eine altväterliche von den starken Geistern des Radikalismus oft verspottete Wahrheit kommt wieder zu Ehren: die Einsicht, daß nur fromme Völker frei und tapfer sind. Wie ein Naturlaut brach der Name Gottes aus hunderttausend Lippen, als die Blüte unsrer Jugend in dichten Haufen gleich gemähten Halmen hinsank. Und wahrlich, nicht blöde Unfreiheit des Denkens, nicht jene knechtische Angst, die noch in allen schweren Zeiten die Franzosen scharenweise zum Beichtstuhl trieb, sprach aus dieser deutschen Frömmigkeit. Katholiken und Protestanten, Schriftgläubige und philosophische Köpfe, alle die zahllosen persönlichen Glaubensbekenntnisse, die das freie Geistesleben unsres Volks mit edler Duldsamkeit umschließt, beugten sich andächtig vor der göttlichen Vernunft, die über den Schrecken und Nöten dieser Tage sinnvoll waltet. Ohne den männlichen Glauben an das Ewige, das über die niedern Sorgen des Einzeldaseins hinausreicht, konnten unsre tapfern Heere nicht schlagen wie sie schlugen, nicht leiden wie sie litten." — So groß war bei den süddeutschen Vortruppen am Oberrhein der Mut und die Kriegslust, daß eine Rekognoszierungspatrouille unter dem württembergischen Generalstabsoffizier Grafen Zeppelin, dem sich mehrere badische Offiziere (Wechmar, Villier, Gayling, Winsloe) freiwillig anschlossen, bei Lauterburg die Grenze überschritt und in einem sechsund- 26. Juli 1870.
dreißigstündigen kühnen Ritt fünf Meilen weit das Land durchstreifte. Beim Ausruhen überfallen, wurde der badische Dragonerleutnant Winsloe getötet, seine Gefährten in Gefangenschaft geführt. Graf Zeppelin dagegen entkam in das Hauptquartier mit der Meldung, daß zwischen Lauterburg und Wörth keine größere Truppenansammlung zu bemerken sei.

2. Die ersten Augusttage.

Das Kriegsmanifest und das Ausland. Als vor dreihundert und mehr Jahren König Heinrich II. von Frankreich zur Eroberung von Metz und Lothringen ausgezogen war, verkündete ein Manifest, daß die Beschützung der deutschen Freiheit gegen die Tyrannei der Habsburger der einzige Zweck des Kriegs sei, und daß der König keine Vorteile für sich selbst erringen wolle (X, 799 f.). 23. Juli 1870. In ähnlichem Sinn ließ sich auch die Proklamation des Kaisers Napoleon vernehmen, als er sich, nach Übertragung der Regentschaft an seine Gemahlin Eugenie, mit seinem Sohn zur Armee begab. Auch hier ward hervorgehoben, daß Frankreich die glorreiche Fahne, welche die zivilisatorischen Ideen seiner großen Revolution durch Europa getragen, wieder entfalte, um der Eroberungssucht Preußens entgegenzutreten, welche fortwährend zu Mißtrauen Veranlassung gegeben, allenthalben übertriebene Rüstungen notwendig gemacht und Europa in ein Heerlager verwandelt habe. Frankreich führe keinen Krieg gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit es achte; Frankreich wünsche, daß die Völker, aus denen die große germanische Nation bestehe, in freier Weise über ihre Geschicke verfügen, und verlange für sich selbst nur einen Stand der Dinge, welcher seine zukünftige Sicherheit verbürge, einen Frieden auf dauernder Grundlage schaffe. „Ein großes Volk, welches eine gerechte Sache verteidigt, ist unüberwindlich.“ Wenn Napoleon hoffte, diese Auffassung des Kriegs würde von der übrigen Welt geteilt werden und ihm Verbündete zuführen, so irrte er. Seine Diplomaten strengten umsonst ihre Kräfte an, die übrigen europäischen Höfe zum Anschluß an Frankreich zu bewegen; die neutrale Haltung wurde allenthalben als politischer Grundsatz aufgestellt. Wie sehr auch die kleinern Nachbarstaaten, Schweiz, Belgien, Holland mit ihrem Herzen überwiegend auf Frankreichs Seite standen, wie sehr auch in Dänemark und Österreich eine einflußreiche Kriegspartei für den Anschluß an das Kaiserreich arbeitete, um Rache für Düppel und Sadowa zu nehmen, wie sehr selbst in Italien sich die alten französischen Neigungen regten, es kam zu keiner Intervention: die Rüstungen, die hier und da gemacht wurden, hatten nur den Zweck, auf alle Wendungen vorbereitet zu sein, und gingen über die Grenzen einer bewaffneten Neutralität nicht hinaus. Der österreichische Minister Beust hatte sich mit dem französischen Botschafter Gramont tief eingelassen und eifrig an einem Bündnis zwischen Frankreich, Österreich und Italien gearbeitet. Er hätte zu dem Zweck selbst Rom dem König Viktor Emanuel geopfert, um die Volksstimmung seinem Plan geneigt zu machen. Es wurde aber schon früher erwähnt (XV, S. 281), daß sich Napoleon nicht zu einer Änderung seiner Politik gegenüber dem Kirchenstaat entschließen konnte. Ohne Italien wollte Beust die Allianz mit Frankreich nicht eingehen. Sollte er sein Land der Gefahr aussetzen, von Italien abermals in dem Augenblick angegriffen zu werden, in welchem die österreichischen Waffen wieder

gegen Preußen gerichtet waren? Vielleicht daß auch bei der Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Rußland in Ems der Fall eines Bündnisses zwischen Österreich und Frankreich ins Auge gefaßt und Verabredungen getroffen wurden; denn bei der offenkundigen Vorliebe Napoleons und der Franzosen für Polen konnte ein solches Bündnis auch für Rußland wichtige Folgen haben und kriegerische Verwickelungen herbeiführen. So wurde Österreich auch aus Besorgnis vor dem nördlichen Nachbar in den Tagen der Entscheidung von einer Aktion zu gunsten Frankreichs abgehalten, und als nun noch der rasche Siegeszug der deutschen Heere die Kriegslust der Hof- und Militärpartei in Wien dämpfte, hielt es der vorsichtige Reichskanzler nicht für zeitgemäß, das Schicksal Österreichs an das von Frankreich zu knüpfen, die dem Minister Gramont eröffnete Aussicht einer Allianz zu verwirklichen. In England war die öffentliche Meinung anfangs der deutschen Sache nicht ungünstig, als durch Bismarcks „Enthüllungen" die bösen Absichten Frankreichs auf Belgien an den Tag kamen. Die Erklärung der englischen Regierung, daß sie jede Verletzung der belgischen Neutralität und Selbständigkeit als einen Kriegsfall behandeln würde, konnte als eine Drohung gegen französische Eroberungsgelüste angesehen werden; erst als sich das Glück der Waffen so entschieden für Preußen wendete, machte das englische Ministerium wiederholt Vermittelungsversuche im Interesse Frankreichs. So unterblieb jede fremde Einmischung, wodurch der Krieg weitern Umfang angenommen haben würde; der Streit mußte zwischen Frankreich und Deutschland allein ausgefochten werden; es mußte zur endgültigen Entscheidung kommen, ob das deutsche Volk seine innern Angelegenheiten allein und selbständig ordnen dürfe oder ob die schiedsrichterliche Einmischung des Nachbars in alle Ewigkeit fortdauern solle. Wenn nach den Ereignissen von Sedan, wie Zeitungen meldeten, der Historiker Ranke in einem Gespräch mit Thiers auf dessen Frage: mit wem Deutschland eigentlich Krieg führe, die Antwort gegeben hat: mit Ludwig XIV., so war dies ein überaus treffendes Wort.

Ende Juli verließ König Wilhelm seine Hauptstadt und begab sich zur Stärke und Aufstellung der Heere.
Armee, um, wie die Abschiedsworte „An mein Volk" verkündeten, für Deutschlands Ehre und für Erhaltung der höchsten Güter der Nation zu kämpfen. Eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen sollte das Zeichen sein, daß in diesem schicksalsschweren Augenblick eine innere Versöhnung in alle Gemüter einkehren möchte. Die französische Hauptarmee, etwa 200,000 Mann stark, stand in und um Metz unter dem Marschall Bazaine, der einst in dem Trauerspiel von Mexiko die Hauptrolle gespielt und als Lohn eine reiche Kreolin heimgeführt hatte, unter Canrobert, der sich im Krimkrieg einen guten Namen erworben, und unter General Bourbaki, dem Anführer der Kaisergarde. Der Name „Rheinarmee", den man diesem Heer beigelegt hatte, deutete auf den Schauplatz hin, wo es seine Thätigkeit entfalten sollte. Dorthin begab sich der
Kaiser, begleitet von seinem Sohn, „um ihn frühzeitig in die Heldenlaufbahn 27. Juli 1870.

einzuweihen" und von dem Marschall Leboeuf, dem Kriegsminister und eigentlichen Oberbefehlshaber der gesamten Heeresmacht. Denn der Kaiser selbst, obwohl dem Namen nach der höchste Kriegsherr, überließ in allen wichtigen Operationen die Entscheidung seinen erfahrenen Generalen. Eine Proklamation an die französischen Soldaten verkündete: „Welchen Weg wir auch außerhalb unsrer Grenzen einschlagen, wir werden dort die glorreichen Spuren unsrer Väter finden. Wir werden uns ihrer würdig zeigen. Von unsern Erfolgen hängt das Schicksal der Freiheit und Zivilisation ab." Weiter gen Osten stand die Südarmee unter Mac Mahon, Herzog von Magenta, dem berühmtesten Feldherrn in Frankreich, etwa 100,000 Mann stark, darunter die schwarzen und dunkelfarbigen Krieger aus Afrika und die Zuaven, meistens geborne Franzosen, die „verlornen Söhne" der großen Städte. Sie war nach dem Elsaß vorgeschoben und ihre Vorhut unter General Douay stand am Oberrhein. In dem stehenden Lager von Châlons war eine dritte Armee, aus Ersatzmannschaften und Mobilgarden zusammengesetzt, noch im Bilden und Sammeln begriffen, während eine gut bemannte Kriegsflotte von Cherbourg durch den Kanal segelte, um in der Nord- und Ostsee zu kreuzen, die Häfen zu blockieren und an den Küsten zu landen. Auch die deutsche Kriegsmannschaft, welche in der letzten, glühend heißen Juliwoche sich durch die bayrische Rheinpfalz den Grenzen Frankreichs näherte, war in drei Heersäulen geteilt, die erste unter General Steinmetz, 61,000 Mann stark und die Armeekorps I (Manteuffel), VII (Zastrow) und VIII (Goeben) umfassend, auf dem rechten Flügel, die zweite unter Prinz Friedrich Karl in einer Stärke von 206,000 Mann und 534 Geschützen in der Mitte, die dritte, 180,000 Kriegsmannschaft und 480 Geschütze zählend unter dem Kronprinzen von Preußen und dem General von Blumenthal als Chef des Generalstabs, auf dem linken Flügel. Bei der mittlern Heersäule, der die Armeekorps II unter Fransecky, III und IV unter den beiden Alvensleben, IX unter Manstein, X unter Voigts-Rhetz und das XII. (sächsische) unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen angehörten, befand sich der König, der Oberfeldherr über die Gesamtmacht, deren treffliche Organisation er als „sein eigenstes Werk" betrachten konnte, und ihm zur Seite der große Generalstab unter der Leitung des genialen Moltke. Auch der Bundeskanzler, Graf Bismarck und der Kriegsminister v. Roon waren in seiner Umgebung. General Vogel von Falckenstein leitete von Hannover aus die norddeutsche Küstenverteidigung gegen die feindliche Flotte. Durch den wohlorganisierten Mobilisierungsplan der preußischen Armeekörper, der wie ein großartiges Räderwerk an allen Orten gleichmäßig und rechtzeitig in Bewegung gesetzt ward, konnten rasch gewaltige Streitkräfte gesammelt werden.

Die „Eröffnungsschlacht" vor Saarbrücken und die französische Presse.

In Saarbrücken, einer offenen gewerbreichen Grenzstadt, hütete eine kleine preußische Heerabteilung, Fußvolk und Reiterei, zusammen nicht über 1500 Mann, die Grenze. Gegen diese rückte ein französisches Armeekorps unter

General Frossard von Metz aus ins Feld. Napoleon selbst befand sich mit dem Prinzen, zu dessen militärischem Erzieher Frossard bestellt worden war, bei dem Heer, um durch einen glücklichen Anfang das kaiserliche Ansehen zu befestigen. Auf die Kunde von dem Anzug so bedeutender Streitkräfte wollte man preußischerseits die geringe Mannschaft zurückziehen; aber der Befehlshaber, Oberstleutnant v. Pestel, erbat sich die Erlaubnis, den Kampf annehmen zu dürfen. So ereignete sich denn das Gefecht bei Saarbrücken, welches, da die 2. Aug. 1870. Preußen am Abend sich vor der Übermacht zurückzogen, jedoch in bester Ordnung und nach einem auf beiden Seiten gleichen Verlust, von den französischen Zeitungen als ein glänzender Sieg gefeiert und zur Verherrlichung des kaiserlichen Namens ausgebeutet ward. „Saarbrücken ist wieder eine französische Stadt geworden," prahlte man, „das prächtige Steinkohlenbecken an der Saar ist Eigentum der Franzosen. Saarbrücken ist die erste Etappe, bald werden wir die letzte, Berlin, erreichen." Der Prinz sollte, wie Napoleon selbst in einem Siegesbericht an seine Gemahlin meldete, mitten im Kugelregen eine seltene Kaltblütigkeit bewiesen und den ersten Schuß aus den Mitrailleusen mit wunderbarer Wirkung gethan haben. Bald nach diesem militärischen Schaustück, dessen einziger Erfolg die Beschießung des Bahnhofes von Saarbrücken war, wobei auch die offene Stadt einigen Schaden erlitt, kehrte der Kaiser nach der Festung Metz zurück. Dies war der Anfang der Prahlerei und Heuchelei, die bei dem Krieg in Szene gesetzt werden sollte. Die gewaltigen Ereignisse, die in den nächsten Tagen wie ein zermalmender Blitzschlag über Frankreich hereinbrachen, haben freilich die kaiserlichen Siegesbülletins schnell zum Schweigen gebracht; aber der übermütige Ton der Presse ist sich stets gleich geblieben. Verlogene Berichte hielten Volk und Heer im Unklaren über die wahre Sachlage, und den siegreichen Waffen ihrer Gegner setzten sie Schmähungen und giftigen Haß entgegen. Bis zu Ende des Kriegs wurde die bevorstehende Vertreibung „der nordischen Barbaren" von dem „geheiligten Boden Frankreichs" verkündigt, und Sieg und Rache als unfehlbare Frucht der französischen Tapferkeit hingestellt. Man hat viel von der Eitelkeit, der Selbstüberschätzung, dem Komödiantenwesen der Franzosen geschrieben und erzählt; aber so kläglich und lächerlich wie zu diesen schweren Zeiten jene Eigenschaften zu Tage traten, hatte man sich die gleißnerische Selbstbespiegelung, den bodenlosen Eigendünkel doch nicht gedacht.

Eine französische Division von der Mac Mahonschen Armee war unter Weißenburg, Geisberg. General Abel Douay bis an die Grenze von Rheinbayern vorgerückt und hatte das befestigte Städtchen Weißenburg besetzt, den Mittelpunkt der in der Kriegsgeschichte vielgenannten „Weißenburger Linien", wo schon im spanischen Erbfolgekrieg und dann in den Revolutionskämpfen des Jahres 1793 deutsche und französische Heere ihre Kräfte miteinander gemessen hatten. Dieser an Erinnerungen reiche Boden im nördlichen Elsaß sollte auch jetzt wieder der Schauplatz des ersten ernsten Kampfes beider Nationen werden. Die aus Preußen und

süddeutschen Bundestruppen zusammengesetzte dritte Armee unter dem Oberbefehl des Kronprinzen war an die Lauter vorgedrungen und rückte zwischen Weißenburg und Lauterburg südwärts. Da stieß der rechte Flügel, zumeist bestehend aus Bayern unter den Generalen von der Tann, Hartmann, Bothmer, aus Schlesiern und Posenern unter General v. Kirchbach und aus Hessen, Nassauern und Thüringern unter Generalleutnant v. Bose, jene zum V., diese zum XI. Armeekorps vereinigt, auf den Feind, der teils in der Stadt selbst, teils auf dem Geisberg, einer steilen Anhöhe mit Schloß im Süden derselben, aufgestellt
4. Aug. 1870. war, und erfocht den ersten Sieg. Weißenburg wurde im heißen Straßenkampf erstürmt und die Franzosen trotz ihres tapfern Widerstandes und der vorteilhaften Stellung aus den Linien und vom Geisberg zurückgeworfen. Douay selbst ließ sein Leben in der Schlacht. Auf beiden Seiten waren die Verluste beträchtlich; die große Zahl gefallener Offiziere war ein Beweis, mit welchem Mut sie den Mannschaften vorangingen; nur mit Mühe rettete Major von Kaisenberg mit Aufopferung des eignen Lebens eine Bataillonsfahne des Königs-Grenadier-Regiments. Damals sah das aufgeregte Deutschland zum erstenmal unter den Gefangenen afrikanische Turkos und dankte dem Himmel, daß diese wilden Söhne der Wüste nicht als Sieger oder als bewaffnete Angreifer den Rhein überschritten.

Schlacht bei Wörth. Hatte schon die Erstürmung des Geisbergs, wo die preußischen und bayrischen Bataillone im stärksten Feuer der Chassepot- und Geschützkugeln mehrere tausend Schritte aufwärts vorrückend die Höhe erklimmten und den Feind in die Flucht jagten, die Welt mit Bewunderung erfüllt über die todesmutige Tapferkeit der deutschen Krieger, so sollte diese Bewunderung noch steigen, als zwei
6. Aug. Tage nachher die Kunde von der Hauptschlacht bei Wörth zu den Völkern Europas drang. Die Feuertaufe zum einträchtigen Zusammengehen, welche bei Weißenburg Bayern, Preußen und norddeutsche Bundestruppen empfangen, wurde bei Wörth, wo neben ihnen auch Hessen, Württemberger und Badener unter dem Befehl des preußischen Generals v. Werder in die Aktion eintraten, in größerer Ausdehnung erteilt. Auf die Nachricht von der Niederlage des Generals Douay hatte Mac Mahon, einsehend, daß er die Vorhut in nicht genügender Stärke einem an Zahl überlegenen Feind entgegengestellt und dadurch in die schlimme Lage gebracht, die sämtlichen Heerabteilungen im Elsaß zusammengezogen und sich auf dem rechten Ufer des Sauerbachs auf einem hügeligen, zur Verteidigung äußerst günstigen Boden aufgestellt, also daß sich an das Mitteltreffen bei Fröschweiler der linke Flügel unter General Ducrot, der rechte unter Lartigue und Conseil-Dumenil anschloß, während auf dem linken Ufer des Baches der Kronprinz Friedrich Wilhelm, die gemischten Heeresabteilungen mit den von Weißenburg vorrückenden Truppen vereinigend, die Höhenzüge von Wörth bis Gunstett besetzt hielt. Bei diesen und den umliegenden Orten wurde die blutige Schlacht von Wörth-Reichshofen geliefert, welche für den ganzen

Krieg entscheidend sein sollte. Zahlreiche Weiler und Gehöfte, die das Gelände an vielen Stellen unterbrechen, ein Wald, der die feindliche Rückzugslinie schützte, Rebengehänge, die zu demselben hinaufführen, gaben der französischen Armee oberhalb ihrer Linien die stärkste Deckung. Die Hauptstellung war durch alle Mittel der Kunst, Schützengräben, Verhaue, Schanzen, Drahtbarrieren verstärkt und dadurch das Mißverhältnis der beiderseitigen Kräfte, 40,000 Franzosen gegen 90,000 Deutsche, einigermaßen ausgeglichen. Aber wie tapfer auch die Franzosen, immer mit frischen Truppen unterstützt, bei Fröschweiler widerstanden und ihren alten Kriegsruhm bewährten, an der entschlossenen Festigkeit und strammen Haltung der preußischen und deutschen Truppen, welche, wie am Geisberg, mit kühnem Todesmut die steilen, von Batterien geschützten Höhen erklimmten, brach die französische Schwungkraft allmählich zusammen und gegen die sicher zielende Artillerie blieben auch die Mitrailleusen im Nachteil. Alle Kämpfer des Nordens wie des Südens waren von gleichem Mut beseelt, und der Kronprinz selbst bezeugte, daß die Bayern durch ihr rechtzeitiges Eingreifen und durch eine geschickte Flankenbewegung viel zur günstigen Entscheidung des Tages beigetragen. Die Schlacht endigte nach fünfzehnstündigem Ringen mit einem vollständigen Sieg der Deutschen. Während die Trümmer der Mac Mahonschen Südarmee nach der tapfersten Gegenwehr einen fluchtähnlichen Rückzug nach Niederbronn, Zabern und Nancy antraten, um sich mit der andern kaiserlichen Heersäule in Châlons zu vereinigen, nahm die Armee des Kronprinzen Besitz vom Elsaß und schickte sich an, die Festungen auf dem linken Rheinufer, von Straßburg bis Belfort, allmählich zu erobern. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr bedeutend. Zwei französische Küraßierregimenter, die unter den Generalen Nansouty und Michel den Feind aus dem Dorf Elsaßhausen hinauswerfen wollten, waren gänzlich vernichtet, kaum hundertundfünfzig Mann sollen von der prächtigen Reiterschar übrig geblieben sein.

Selbst der „Moniteur" ließ unter der Verherrlichung der französischen Tapferkeit die wahre Lage durchblicken: „Um die Trümmer der Divisionen, die zu Brigaden geworden, zurückzubringen, wirft Mac Mahon der feindlichen Vorhut ein Küraßierregiment entgegen, um deren zermalmenden Marsch aufzuhalten. Diese eisernen Soldaten wissen, daß sie dem Tod entgegengehen. Trotz der Batterien, trotz des Gewirrs der übereinander fallenden Menschen und Pferde gelangen sie vor die Front der preußischen Regimenter, durchbrechen dieselben, hauen sie nieder, drängen vorwärts. Aber andre zahlreiche Bataillone kommen mit ihrer Wucht den Preußen zu Hilfe und der Rest unsrer Küraßiere verschwindet im feindlichen Strudel. Der Marschall hat noch ein Regiment Chasseurs zur Hand. Er gibt ein Zeichen, es greift an und macht gleich den Küraßieren abermals eine gräßliche Lücke unter den Preußen. Dadurch wird der Rückzug des französischen Fußvolks gedeckt, aber die Chasseurs sind dahin." Ein Augenzeuge schreibt: „Es war ein großartiger Anblick, als die blanken Panzergeschwader zwischen den Waldpartien glänzend hervorbrachen, sie kamen wie ein Gewittersturm, die Erde dröhnte. Als sie bis auf zweihundertundfünfzig Schritte heran waren, rollten von drei Seiten her die Salven und wie über den Tisch gefächerte Karten sanken die vordersten

Glieder Mann an Mann. An andern Stellen lagen sie wie ein wirrer Knäuel von Mann und Roß. Gestürzte Reiter hier, ledige Pferde dort, liefen über das Feld hin. Der Rest sprengte in wilder Flucht zurück. Zwei Regimenter aus einander gefegt wie Spreu".

Die Opfer von Wörth. Unter den Gefallenen waren General Colson, das Haupt des Mac Mahonschen Stabes, und General Raoul, Führer der dritten Division, die bei Fröschweiler den zähesten Widerstand geleistet. Sogar der Staatswagen des Marschalls mit seinen Briefschaften und Aktenstücken und die Kriegskasse mit beträchtlichen Geldsummen fielen in die Hände der Sieger. Meilenweit waren Straßen und Felder mit Waffen, Kriegsgerät, Tornistern und Monturstücken bedeckt. Karavanenartig flüchtete die Bevölkerung den Vogesen zu. Aber auch auf deutscher Seite lagen viele brave Krieger, Offiziere wie Gemeine, auf dem Schlachtfeld. Der tapfere General Bose, Kommandeur des elften Armeekorps, blutete aus zwei Wunden, die bayrischen, preußischen und württembergischen Truppen hatten einen Verlust von achttausend Mann, darunter über vierhundert Offiziere. Wiederum wurden über sechstausend Gefangene, zur Hälfte Zuaven und Turkos, und eine große Menge Kanonen, Mitrailleusen, zwei Adler und andre Kriegsbeute über den Rhein geschafft. Die Franzosen schrieben ihre Unfälle teils der überlegenen Streitmacht der Feinde, teils dem Umstand zu, daß das fünfte Armeekorps, das unter General de Failly bei Bitsch stand, nicht rechtzeitig auf dem Gefechtsfeld eintreffen konnte; aber schon damals gab ein fremder Mann, der Augenzeuge des riesenmäßigen Kampfes gewesen, das richtige Urteil ab: „Die Franzosen sind verloren. Das sind keine Bataillone, das sind Mauern, die mit unwiderstehlicher Macht vordringen. Man sieht gar nicht, daß die Kanonen, Mitrailleusen, Gewehre sie berühren. Jede Lücke schließt sich augenblicklich. Nur hinter den Reihen merkt man, daß sie gelichtet wurden. Jeder Mann, vom ersten bis zum letzten, ist ein Held. Frankreich ist verloren, und um so mehr, je länger der Krieg dauert."

Saarbrücken u. Spicherer Höhen. 6. Aug. 1870. Dieses Urteil fand seine volle Bestätigung in einer andern nicht minder glänzenden und nicht minder blutigen Waffenthat, die an demselben Augusttag vollbracht wurde, in der Schlacht bei S a a r b r ü c k e n und auf den S p i c h e r e r H ö h e n, wo die Franzosen nicht nur wie bei Weißenburg und Wörth in höchst günstiger Position standen, sondern auch an Truppenzahl überlegen waren. Das Armeekorps des Generals Frossard hatte Saarbrücken und den auf einer Anhöhe liegenden Exerzierplatz des Ortes geräumt und weiter südwärts auf dem waldigen Höhenzug von Spicheren und Forbach eine Stellung genommen, die sowohl durch die natürliche Lage auf dem steilen, zum teil waldbedeckten Bergrücken, als durch Ringverschanzungen und aufgeworfene Wälle für uneinnehmbar gelten konnte. Bis in das Thal herab, welches den Saarbrücker Exerzierplatz von den mehrere hundert Fuß hinansteigenden Höhen trennt, waren feindliche Batterien in gedeckten Stellungen aufgepflanzt. Mehrere Stunden lang versuchten die

preußischen Vortruppen der ersten Armee unter den Generalen Zastrow, Kameke u. a. die Höhen in der Front und auf den Seiten zu ersteigen; zwei Angriffe wurden zurückgeworfen und auf den Felsenabhängen und Wällen verblutete manches tapfere Soldatenherz. Aber neue Zuzüge, welche General v. Alvensleben von der zweiten Armee nach dem Gefechtsfeld richtete, woher er den Kanonendonner vernahm, ergänzten die gelichteten Reihen und verstärkten die Truppenzahl und die Artillerie, so daß General von Goeben, der nunmehr das Kommando übernahm, einen neuen Angriff gegen die mächtigen Positionen des Feindes auszuführen wagte. Stürmend stiegen die heldenmütigen Krieger bei furchtbarer Hitze trotz großer Ermüdung vom weiten Marsch unter Hurrarufen die steilen Anhöhen empor, bis sie das Plateau erreichten. Aber hier strengten die Franzosen alle Kräfte an, um sich zu behaupten; es erhob sich ein Kampf von furchtbarer Heftigkeit. Erst als es der Artillerie gelang, mit unglaublichen Anstrengungen zwei Batterien auf schmalem Gebirgspfad emporzuschaffen, ein Meisterstück von Kühnheit und strategischer Kunst, und auch auf beiden Flügeln neue Truppenteile, die der Kanonendonner herbeigeführt, in den Kampf eingriffen, wurde der Feind, nachdem seine letzten Anstrengungen an der unerschütterlichen Ruhe und Energie der Preußen gescheitert und seine Kraft wie an einem Felsen zerschellt war, zum Weichen gebracht. Er räumte das Schlachtfeld, und nur der hereinbrechenden Dunkelheit hatte es das Korps Frossard zu verdanken, daß sein Rückzug nicht in vollständige Flucht ausartete. Aber wie sehr alle Bande der Zucht und Disziplin gelockert waren, bewiesen die in Forbach, in Saargemünd, wo das Hauptmagazin für die Feldarmee angelegt war, und auf allen Wegen erbeuteten Vorräte von Proviant der verschiedensten Art, von Monturstücken, Munition und andern Gegenständen, sowie die Menge zersprengter Soldaten, die einzeln oder in Rotten in den Wäldern umherstreiften. Wie bei Weißenburg und Wörth wiederholte sich auch bei Spicheren und Forbach die Erscheinung, „daß die einzelnen Armeekorps sich beeilen dem Kanonendonner entgegenzumarschieren, sich auch ohne besondern höhern Befehl zum Gefecht aneinander schließen und selbständig in dasselbe gewandt und entschieden eingreifen, während auf französischer Seite selbst positiv erteilte Befehle eine gegenseitige Unterstützung in den wichtigsten Momenten nicht herbeizuführen vermögen". Nur dieser einsichtsvollen Entschlossenheit und wunderbaren Kriegskunst waren die Erfolge bei Saarbrücken zu verdanken, da es ursprünglich nicht im Kriegsplan gelegen, mit der ersten Armee angriffsweise vorzugehen. Sie sollte nur die Saarlinie besetzen und festhalten, bis die zweite Armee auf gleicher Höhe angelangt sein würde. Es war also ein vom Augenblick eingegebenes Gefecht, hauptsächlich herbeigeführt durch das Verlangen der deutschen Soldaten, sich möglichst bald mit den feindlichen Waffen zu messen. Goeben und Zastrow führten abwechselnd den Oberbefehl. Steinmetz langte erst am Abend auf dem Schlachtfeld an, als schon die Gefechte in vollem Gange waren. Wie

verschieden war dagegen die Haltung auf französischer Seite! Marschall Bazaine, der nur drei Stunden vom Schlachtfeld entfernt war, hat nicht in den Waffengang eingegriffen; sei es, daß Frossard seine Unterstützung anfangs nicht für nötig hielt, oder daß Bazaine die Stellung vor Forbach nicht preisgeben wollte. Es zeigte sich daher bei der französischen Armee hier wie bei Wörth weder innerer Zusammenhang noch Entschlossenheit im Handeln auf eigne Verantwortung. Es war ein glänzender Siegestag für die deutsche Kriegsehre, dieser sechste August; aber auch manches teure Leben war ihm zum Opfer gefallen. Unter den Toten befand sich der preußische General von François. Das Schlachtfeld auf dem Spicherenberg war wie der Geisberg und die Höhe von Fröschweiler mit Leichen bedeckt. „Die roten Hosen und blauen Röcke der Gefallenen leuchteten auf den Feldern wie Mohn- und Kornblumen aus den Ähren."

3. Der Krieg um Metz.

Ministerwechsel in Paris. Die französischen Heere in Lothringen. Die beiden niederschmetternden Schläge bei Wörth und Saarbrücken öffneten den deutschen Armeen die Eingangsthore Frankreichs auf der ganzen Nordostfront ohne weitern Kampf. Vom 6. August an bewegten sich die deutschen Heere ausschließlich auf französischem Boden und es war jede Gefahr einer feindlichen Invasion in Nord- wie in Süddeutschland von Westen her abgewendet. Der Siegesrausch, der durch eine falsche Börsennachricht die aufgeregte französische Hauptstadt erfaßte, war von sehr kurzer Dauer und wich bald einer allgemeinen Bestürzung. Die Bewegungen der siegreichen Truppen, welche die Vogesenpässe besetzten und nach der Einnahme der kleinen Festung Lützelstein bis an die Mosel vordrangen, indes der badische General Beyer Straßburg zu belagern begann, waren so rasch und überwältigend, daß man bereits Vorkehrungen für die Sicherheit von Paris treffen zu müssen glaubte. Proklamationen der Kaiserin vom 7. und des Ministeriums vom 8. August, die zu einer allgemeinen Erhebung des Volks unter der Fahne der nationalen Ehre aufforderten, ließen trotz der sichtlichen Abschwächung der Niederlagen die ganze Wucht der Schläge ahnen. Im 9. Aug. 1870. Gesetzgebenden Körper, dessen Einberufung schnell um zwei Tage vorgerückt ward, gab sich eine so scharfe Opposition gegen die Regierung kund, daß das Ministerium „der ehrlichen Leute", Ollivier-Gramont seine Entlassung einreichte und die Kaiserin Eugenie den hochbejahrten General Montauban Grafen v. Palikao, den Helden von China (XV, 1. 196), mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragte, welches seine Hauptaufgabe in der nationalen Verteidigung gegen die feindliche „Invasion" erblicken sollte. Die erste Maßregel war daher die Vermehrung der Streitkräfte durch Einberufung ausgedienter oder befreiter Soldaten, durch neue Aushebungen, durch Bildung von Mobilgarden, durch Kriegsanleihen; zugleich wurde der Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht dem Marschall

Leboeuf entzogen und dem Marschall Bazaine übertragen, ein Schritt, der als eine verhüllte Absetzung des Kaisers selbst vom Oberkommando angesehen ward, obwohl derselbe mit seinem Sohn noch immer bei der Metzer Armee verblieb, ohne jedoch in die Operationen Bazaines einzugreifen. Der neue Generalissimus zog nunmehr das bei Saarbrücken-Forbach zurückgeschlagene Armeekorps Frossards und andre Truppenteile an sich, während Mac Mahon mit den Überresten der Vogesenarmee weiter südwärts sich gen Châlons wandte, wo frische Truppen sich gesammelt hatten oder noch in Zuzug oder in der Formation begriffen waren. Die ursprüngliche „Rheinarmee" war somit in zwei Hälften geteilt. Bei Bazaine in Metz befand sich auch der alte General Changarnier (XV, 1. 436), welcher bei Ausbruch des Kriegs dem Kaiser seine Dienste angeboten hatte und aus dem Exil heimgekehrt war, sowie Canrobert, Bourbaki, Ladmirault, Decaen. Mit Mac Mahon, dessen Heerkörper bereits als die Armee von Paris bezeichnet ward, vereinigten sich in und um Châlons die Truppen von de Failly, Felix Douay, Ducrot, Lebrun. Auch die Marinesoldaten wurden nun nicht eingeschifft, sondern gleichfalls zur Landesverteidigung verwendet.

Nach den Schlachten bei Wörth und Saarbrücken rückten die preußischen Heere, bei denen sich mittlerweile König Wilhelm selbst eingefunden, verbunden mit andern deutschen Truppen aus den Nordstaaten und Hessen-Darmstadt, in Lothringen ein und nahmen Besitz von Nancy und dem ganzen offenen Land. Eine Proklamation, welche der König beim Betreten des feindlichen Gebiets von St. Avold aus an das französische Volk richtete, sagte, daß er Krieg führe mit den französischen Soldaten, nicht mit Frankreichs Bürgern. Diese würden deshalb fortfahren, vollständige Sicherheit für ihre Person und ihre Güter solange zu genießen, als sie nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen deutsche Truppen den König des Rechts beraubten, ihnen seinen Schutz angedeihen zu lassen. Die hier ausgesprochenen Voraussetzungen eines offenen und ehrlichen Kampfes wurden gar bald außer acht gelassen. Wenn in den ersten Wochen der Krieg den Charakter eines großartigen militärischen Wettstreits behauptete, so ging derselbe mehr und mehr von französischer Seite in einen Volkskrieg über und nahm, dank der aufreizenden Sprache und den Lügenberichten der öffentlichen Blätter, eine so feindselige Gestalt an, daß die Grenzlinie zwischen Krieg und Meuchelmord oft sehr verblaßt war. Von der gereizten Stimmung des Volks gab auch die Ausweisung der Deutschen, die in den französischen Städten sich niedergelassen hatten und friedliche Geschäfte betrieben, ein auffälliges Zeugnis. Alle Leidenschaften, Haß, Neid, Verdacht des Spionierens, Mißtrauen in ihre Gesinnung vereinigten sich zu Angriffen und zur Verfolgung harmloser deutscher Bewohner, selbst wenn sie das Bürgerrecht erlangt und den größten Teil ihres Lebens in Frankreich zugebracht hatten, häufig genug auch französische Neigungen hegten. Mit dem Einzug des Kronprinzen

Charakter des Kriegs. Besetzung von Lothringen. 11. Aug. 1870.

12. Aug. 1870. in Nancy konnte Lothringen als erobertes Land angesehen werden, wenn auch Metz, Diedenhofen und einige kleinere Grenzfestungen noch in Feindeshand waren. Und daß man preußischerseits schon jetzt die Erwerbung der früher zum Reich gehörenden Länder und Städte für Deutschland fest ins Auge faßte, bewies die Einsetzung deutscher Verwaltungsbeamten in den beiden Landschaften Elsaß und Lothringen. Mit staunender Bewunderung blickte die Welt auf die Erfolge der preußischen Waffen und auf das Zusammenbrechen der Napoleonischen Herrschaft, welche ganz Europa zwei Jahrzehnte lang durch den Schein von Macht und Größe geblendet hatte. Daß auch den Kaiser selbst eine düstere Ahnung seines Falles beschlich, bewies ein Artikel seiner Amtszeitung vom 8. August, worin neben den Lobpreisungen der französischen Tapferkeit und der zuversichtlichen Hoffnung auf einen heldenmütigen Aufschwung der ganzen Nation auch ein Hilferuf an das Ausland unverkennbar verborgen lag. Europa, heißt es darin, sehe mit Unruhe auf die Machtvergrößerung Preußens und alle Regierungen und Völker müßten in ihrem eignen Interesse darauf bedacht sein, daß das Gleichgewicht nicht durch eine eroberungssüchtige Nation gestört würde, sie müßten Europa dem preußischen Despotismus entreißen und Frankreich unterstützen, sei es durch Allianzen, sei es durch Sympathien. Die letztern sind den Franzosen während des ganzen Kriegs seitens der neutralen Völker in reichlichstem Maße zu teil geworden, aber zu Allianzen ließ sich die angerufene „Weisheit der Regierungen und Völker“ nicht fortreißen.

Napoleons Appell an das Volk und das Ausland. „Es gibt im Leben der Völker feierliche und entscheidende Stunden,“ lautete der Artikel, „in welchen Gott ihnen Gelegenheit gibt zu zeigen, was sie sind, was sie vermögen. Dieser Augenblick ist für Frankreich gekommen. Man behauptete manchmal, daß die große Nation, unerschrocken im Aufschwung und Erfolg, schwer Unglücksfälle ertrug. Was vor uns nun vorgeht, berichtigt diese Verleumdung. Die Haltung der Bevölkerung ist nicht die der Entmutigung; sie ist die der patriotischen Wut und erhaben. Gegen die Eindringlinge in Frankreich, wo sie ihr Grab finden sollen, werden alle Franzosen sich erheben wie ein Mann. Sie denken an ihre Vorfahren, und ihre Abkömmlinge haben Jahrhunderte des Ruhmes hinter sich und eine Zukunft vor sich, die ihr Heroismus frei und mächtig machen soll. Niemals war das Vaterland für den Geist der Ergebenheit und Opferwilligkeit besser vorbereitet. Es schreit mit Enthusiasmus: Auf zu den Waffen! Siegen oder sterben ist seine Devise. Während unsre Soldaten den Boden des Vaterlandes heroisch verteidigen, beunruhigt sich Europa mit Recht über die Erfolge Preußens. Man weiß nicht, wie weit der Ehrgeiz dieser unersättlichen Macht gehen würde, wenn sie durch einen endgültigen Triumph überreizt würde. Es ist ein unveränderliches Gesetz der Geschichte, daß jedes Volk, das durch übertriebene Gelüste das allgemeine Gleichgewicht stört, einen Rückschlag gegen seine Siege hervorruft und alle andern Völker gegen sich kehrt. Es kann nicht fehlen, daß diese Wahrheit sich noch einmal durch Thatsachen bewähre. Wer hat demnach an der Wiedererstehung des Kaisertums in Deutschland Interesse, wer kann denn wünschen, daß die Nordsee und Ostsee preußische Seen werden? Sind es Schweden, Norwegen, Dänemark, die der Triumph Preußens vernichten würde? Ist es Rußland, das mehr als irgend eine andre Macht die Aufgabe hat, das Gleichgewicht im Norden gegen

die germanischen Gelüste zu retten? Ist es England, das als große See- und Schutzmacht Dänemarks den Fortschritten der preußischen Marine widerstreitet? Ist es das durch die kühnen Intrigen Bismarcks bereits bedrohte Holland? Was Österreich betrifft, so würde die Wiederherstellung des germanischen Kaisertums zum Vorteil des Hauses Hohenzollern der verhängnisvollste Schlag nicht nur gegen die Dynastie Habsburg, sondern auch gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie sein. Der endgültige Triumph Hohenzollerns würde für Italien nicht weniger unheilvoll als für Österreich sein. Ein germanisches Kaisertum würde um jeden Preis Küsten haben wollen; es müßte dieselben im Süden ebenso wie im Norden, es würde Venedig und Triest, ebenso wie Kiel und Amsterdam haben wollen. Italien wäre in seiner Wiedergeburt gefährdet. Wir appellieren mit Vertrauen an die Weisheit der Regierungen und der Völker, um Europa dem preußischen Despotismus zu entreißen, um uns zu helfen, das europäische Gleichgewicht zu retten."

Gefechte bei Colombey und Borny. 14. Aug. 1870.

Um die Mitte des Augustmonats bereiteten sich große Ereignisse an der Mosel vor. Zu derselben Zeit, als der Kronprinz mit der dritten Armee gen Nancy zog, nachdem er den General Beyer mit der badischen Division und preußische Landwehr unter Werder zur Belagerung von Straßburg abgegeben und eine bayrische Heerabteilung gegen die kleine Festung Marsal entsendet, rückte die erste Armee unter General Steinmetz von Saarbrücken aus gerade auf Metz los, wo die Auslese der französischen Heeresmacht, über 200,000 Mann der besten Truppen zu Fuß und zu Roß mit fünfhundert Feldgeschützen und 150 Mitrailleusen, vereinigt war, und weiter südwärts Prinz Friedrich Karl gen Pont à Mousson. Um den feindlichen Streitkräften eine größere Macht entgegenwerfen zu können, faßte man im französischen Kriegsrat den Plan, von Metz nach Verdun abzuziehen und sich mit den neu ausgerüsteten Truppen Mac Mahons in Châlons zu vereinigen, also die Mosellinie mit der Maaslinie zu vertauschen. Nur soviel Mannschaft sollte zurückbleiben, als nötig schien, die dem Oberbefehl des General Coffinières unterstellte, mit allen Bedürfnissen wohl versehene Festung zu verteidigen. In den buschlosen Ebenen der Champagne oder in den Argonnen, wo einst die erste Invasion der Deutschen gegen die junge Republik zurückgewiesen worden (XIII, 818 ff.), sollte die Entscheidungsschlacht geliefert werden. Diesen Plan zu vereiteln, die Verbindung der beiden Armeen zu verhindern, war der Zweck der großen Kämpfe um Metz, und dieser Zweck ist trotz der günstigen Stellungen der Franzosen auf Anhöhen und hinter Schützengräben durch die geniale Kriegskunst Moltkes, durch die treffliche preußische Heeresorganisation, welche die pünktliche Durchführung seiner Entwürfe ermöglichte, und durch die wunderbare Tapferkeit, Mannszucht und todesmutige Ausdauer der deutschen Soldaten unter den Augen des Königs selbst ruhmvoll erreicht worden. Da Prinz Friedrich Karl, welcher die Straße von Metz nach Verdun gewinnen und dadurch die Vereinigung der beiden Marschälle unmöglich machen sollte, selbst mit den anstrengendsten Märschen von Pont à Mousson aus erst am 16. August seine Vortruppen in jene Linie bringen konnte, so kam alles darauf an, den beabsichtigten Abzug Bazaines aus Metz möglichst lange

14. Aug. 1870. zu verzögern. Zu dem Zweck machten zwei Abteilungen des Steinmetzschen Heerkörpers, welche von Pange und Courcelles an der Nied heranrückten, unter der Anführung der Generale von der Goltz und Zastrow auf der rechten (östlichen) Seite der Mosel einen Angriff wider die zum Abzug sich anschickenden feindlichen Divisionen und zwangen sie in Verbindung mit Manteuffel, Glümer, Kameke und andern Führern, die allmählich zu ihrer Unterstützung herbeikamen, zu den Gefechten von Colombey und Borny, worin auf beiden Seiten mit gleicher Tapferkeit und Hartnäckigkeit und mit gleichen Verlusten gekämpft ward. „Unter den vielen reizenden Punkten, die Metz umgeben," heißt es bei Fontane, „ist Colombey einer der reizendsten. Ein Bach, ein sanft ansteigender Wiesengrund, das unvermeidliche Château, saubere Häuser, zierliche Villen, das Ganze halbkreisförmig umspannt von verschiedenen tief ausgebuchteten Gehölzen. Der Kampf, der hier getobt, hat nur noch dazu beigetragen, den Zauber dieser Stätte zu steigern. Die Zeichen der Zerstörung schwinden mehr und mehr, der Kirchhof bleibt. Und zwar der schönsten einer, die ich gesehen. Der 14. August ließ ihn geboren werden." Das Treffen, in welchem die Deutschen ihre Gegner aus den günstig vorbereiteten Stellungen drängten und sie von einem Abschnitt zum andern zurückwarfen, hatte zunächst keine andern Folgen, als daß die Preußen sich auf dem Schlachtfeld festsetzten und von Osten her sich den Festungswerken mehr näherten; um so größer aber waren die Nachteile für die Franzosen, so sehr sie auch mit Stolz die bewiesene Tapferkeit ihrer Soldaten rühmen durften, indem dadurch der Abzug Bazaines auf der Straße von Verdun um zwei Tage verzögert ward. Nach militärischem Urteil hat Bazaine einen großen Fehler begangen: Entweder mußte er das Treffen nicht annehmen und gedeckt durch die Metzer Festungswerke den beschlossenen Rückzug ausführen, oder er mußte seine ganze Streitmacht nach Osten richten und dadurch die Gegend zwischen Metz und Diedenhofen zum Schlachtgefilde machen.

15. Aug. Vionville. Mars la Tour. Am folgenden Tag, es war der Napoleonstag, der seit dem Bestehen des Kaiserreichs stets mit dem größten demonstrativen Prunk gefeiert wurde, der in den Hofkreisen als der Einzugstag für Berlin in Aussicht genommen war, brachen die Franzosen in ihrer ganzen Stärke von Metz auf, um auf den beiden südlichsten Straßen teils über Rezonville, Vionville und Mars la Tour, teils über Doncourt, Jarny und Etain gegen Verdun zu marschieren. Wie sich später herausstellte, befand sich Napoleon mit seinem Sohn bei dem Zug und übernachtete in Gravelotte, dann verließ er aber das Heer und gelangte auf einem Umweg mit kleinem Gefolge und in steter Gefahr, von Ulanen aufgefangen zu werden, über Etain nach Verdun und von da nach Châlons. Allein Bazaine konnte sich nicht so schnell bewegen, daß ihn nicht die Vortruppen der zweiten Armee, nachdem sie bei Pont à Mousson und an verschiedenen andern Punkten den hochangeschwollenen Fluß überschritten, nach einem Gewaltmarsch über das hügelige Moselland am Abend bei Tronville, Mars la Tour und Vionville

erreicht hätten. Da man deutscherseits entschlossen war, mit Aufbietung aller Kräfte die französische Armee zwischen den beiden Flüssen Mosel und Maas zum Stehen und dann zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, so mußten diese Vortruppen, trotz der Ermüdung, am andern Morgen bei Tagesanbruch ins Feld 16. Aug. 1870. rücken. Ihnen fiel also die schwierige Aufgabe zu, die feindliche Übermacht solange aufzuhalten, bis andre Teile der zweiten Armee und diejenigen Korps der ersten, die man nicht zur Bewachung der Ostseite von Metz nötig hatte, herbeikommen konnten. Und diese Aufgabe haben die tapfern Kriegsmänner (es waren hauptsächlich das dritte Armeekorps, Brandenburger Infanterie unter General Alvensleben, eine Abteilung des zehnten Armeekorps, Voigts-Rhetz, und zwei Kavalleriedivisionen) mit der heldenmütigsten Ausdauer und der bewunderungswürdigsten Tapferkeit gelöst. Fast sechs Stunden lang standen sie allein dem auf dem Höhenzug von Tronville bis Rezonville aufgestellten übermächtigen Feind todesmutig gegenüber und behaupteten das Feld, bis Hilfe kam. Es waren blutige Lorbeeren, welche hier unter den Divisionsgeneralen Kraatz, Schwartzkoppen, Stülpnagel, Buddenbrock, Rheinbaben errungen wurden. Die Reiterschwadronen, die angesichts der französischen Batterien in die feindlichen Reihen einbrachen, sanken unter den Feuerschlünden zusammen, wie Kornähren unter der mähenden Sichel; einige Kavallerieregimenter der Garde wurden fast ganz vernichtet im ungleichen Kampf; aber heldenmütig trugen alle das kühne Männerherz den Kugeln entgegen. Vom 7. Kürassierregiment unter General Bredow kehrten nur sieben Offiziere und siebzig Mann, vom 16. Ulanenregiment nur sechs Offiziere und achtzig Mann zurück; beide Regimenter retteten jedoch ihre Standarten und fanden bald Gelegenheit sich aufs neue zu formieren. Die Leiche des tapfern Obersten Finck von Finckenstein vom zweiten Gardedragonerregiment wurde erst spät unter dem Haufen der Toten aufgefunden. „Gestern noch auf stolzen Rossen, Heute durch die Brust geschossen, Morgen in das kühle Grab!“ Durch diese Aufopferung fanden die nachrückenden Truppen Zeit, in das Gefecht einzugreifen und den Abzug des Feindes zu verhindern. Nach dem furchtbaren Kampf um Flavigny behaupteten am Abend die Deutschen die Schlachtlinie von Mars la Tour, Vionville, Rezonville bis Gravelotte gegen die an Stärke immer noch weit überlegene französische Kriegsmacht. Von beiden Seiten war mit wunderbarer Tapferkeit gekämpft worden, daher auch die Verluste auf beiden Seiten gleich schwer waren. Als es den Franzosen klar wurde, daß es im Plan der Preußen lag, sie in die Festungswerke zu bannen, stritten sie mit dem Mut der Verzweiflung, um die feindlichen Reihen zu durchbrechen, wobei niemand größere persönliche Tapferkeit entfaltete als Bazaine selbst. Mit Mühe rettete er, als er mit seinem Gefolge in das Kavalleriegefecht verwickelt ward, Freiheit und Leben. Aber die Größe des Feldherrn besteht weniger in der persönlichen Beteiligung am unmittelbaren Kampf als in der umsichtigen Leitung und Anordnung. Der Sieg verblieb den

Deutschen. Der Tag von Mars la Tour ist der Ehrentag ihres Führers, des Prinzen Friedrich Karl, und der Tag unvergänglichen Ruhmes für das dritte Armeekorps, von dem der dritte Mann mit seinem Körper das hart erstrittene Siegesfeld deckte, und für das zehnte, in welchem Hannoveraner, Braunschweiger und Oldenburger den Kern bildeten.

„Die eigentliche Bedeutung des Tages," heißt es im Generalstabs-Werk, „liegt nicht in den taktischen Ergebnissen desselben. Eine unmittelbare Ausnutzung errungener Vorteile fand auf beiden Seiten nicht statt; denn keiner der kämpfenden Teile vermochte am Abend einen Schritt weit über das Schlachtfeld hinaus zu thun. Das Dunkel der Nacht hatte dem Kampf ein Ende gemacht. Am folgenden Morgen zeigte es sich, daß die Deutschen das Schlachtfeld behauptet, die Franzosen ihre Stellungen geräumt hatten."

Gravelotte. St.-Privat. Bazaine ließ sich durch die geringen Erfolge seiner bisherigen Operationen nicht entmutigen. Nach seinem Bericht an die Regierung in Paris war bei Mars la Tour der Vorteil schließlich auf seiner Seite geblieben, er habe sich nur deshalb näher nach der Festung gezogen, um frische Munition zu fassen und
17. Aug. 1870. dann den Kampf von neuem zu beginnen. Er verwendete aber dazu einen vollen Tag. Dieser wurde von den Preußen benutzt, um alle verfügbaren Truppenteile der zweiten und ersten Armee heranzuziehen, von Bazaine, um sich gedeckte Stellungen zu schaffen. Wenn in frühern Jahren die Franzosen ihre kriegerische Überlegenheit im lebhaften Angriff, im kühnen Vorstürmen zu zeigen liebten, so gaben sie jetzt während des ganzen Kriegs dem Verteidigungskampf in geschützten Positionen den Vorzug. Zu einem solchen Defensivkrieg, den sie schon bei Weißenburg, Wörth und Spicheren befolgt, war die hügelige Gegend von Metz besonders geeignet. Daher sollte nunmehr hier der Entscheidungskampf gesucht und dann erst der gesicherte Rückzug nach Verdun bewerkstelligt werden. Zu dieser neuen, von dem frühern Kriegsminister Niel begründeten, aber dem französischen Charakter wenig entsprechenden Taktik gaben wohl die weittragenden Chassepotgewehre und die Mitrailleusen den Beweggrund. Demgemäß sollten die Truppen Stellungen nehmen, die ein weites Schußfeld und bedingte Zugänglichkeit hätten; sollten dort durch Schützengräben und Schanzwerke gedeckt den Angriff des Feindes abwarten, demselben durch ihr Feuer Schaden zufügen und ihn in Unordnung setzen, schließlich selbst zum Angriff vorgehend ihn schlagen und aufreiben. Die Niederlagen von Weißenburg, von Wörth, von Spicheren bewiesen nach Bazaines Ansicht nichts gegen die Richtigkeit der Nielschen Taktik, dort entschied die Übermacht, hier die feindliche Überraschung; bei Borny und Mars la Tour aber sei auf unvorbereiteten Schlachtfeldern ohne Entscheidung gekämpft worden. Warum sollte Bazaine nicht einen dritten Versuch wagen, welcher den Feind zersprengen, vielleicht vernichten konnte und ihm selbst die Verbindung mit dem westlichen Frankreich öffnete? Alles lag vorteilhaft für ihn. Der Mut der französischen Truppen war keineswegs gebrochen, ihre Kampfeslust

vielmehr durch die bisherigen Mißerfolge zur Kampfeswut gesteigert. Sein Heer, 160,000 bis 180,000 Mann stark, war dem deutschen an Zahl kaum nachstehend und hatte den Vorteil, daß es vereinigt war, während mehrere preußische Korps, noch auf dem Marsch begriffen, erst gegen Mittag ankommen konnten, ermüdet und erschöpft; und was ihm vor allem den Sieg sicher erscheinen lassen mußte, war eine Aufstellung, die als unüberwindlich gelten konnte und nach seinem eignen Ausdruck unerkämpfbar war. Westlich von Metz auf dem linken Moselufer zieht sich ein Höhenkamm drei Stunden weit von Jussy bis St.-Privat und Roncourt über die Gehöfte Moscou, Leipzig, St.-Hubert, Point du Jour, über das Dorf Amanvillers, von wo sich das Terrain fast gleichmäßig etwa 2000 Schritte weit abwärts senkt, dahinter und darüber eine fortlaufende Reihe dichter, zum Teil auf steilem Abhang liegender Wälder, und vor demselben ein Bach, der den Zugang von unten erschwert. Auf diesem Höhenkamm war die französische Armee mit 500 Geschützen und 150 Mitrailleusen aufgestellt, durch Schanzen, Verhaue, Gräben und die zur Verteidigung sorgfältig hergerichteten Gehöfte und Ortschaften geschützt. Vor der Hauptstellung waren die Dörfer St.-Marie aux Chênes, St.-Ail, Habonville, Verneville als erste Linie von Vortruppen stark besetzt. Die berühmtesten Feldherren Canrobert, Ladmirault, Leboeuf, Frossard, befehligten die einzelnen Armeekorps. Ein preußischer General gibt von der Schlacht bei Gravelotte und St.-Privat, in welcher 18. Aug. 1870.
König Wilhelm selbst den Oberbefehl führte und die mit der Einnahme dieser Stellungen und mit dem Rückzug der Franzosen hinter die Festungswerke von Metz endigte, folgenden Bericht:

„Der König formierte für den bevorstehenden Kampf seine Schlachtlinie vom rechten Militärische Berichte über den Gang der Schlacht bei Gravelotte u. St.-Privat.
Flügel ab gerechnet aus dem siebenten, achten, neunten, Garde- und dem zwölften Korps, denen das dritte und zehnte, die beide am 16. stark gelitten hatten, als Reserve folgen sollten. Der Gefechtsposition nach sollte die ganze Armee eine Rechtsschwenkung machen, den rechten Flügel des Feindes umfassen und ihn so nach Metz hineinwerfen. Zu dem Ende war den beiden ganz frischen Armeekorps der Garde und dem zwölften die schwerste Aufgabe, die Überflügelung und eigentliche Entscheidung des Kampfes zugedacht, und da sie aus der Gegend von Mars la Tour bis an den Feind einen Marsch von fast vier Stunden Weges hatten, ward befohlen, daß der rechte Flügel und die Mitte sich bis zu deren Eingreifen ins Gefecht nur auf vorbereitendes Artilleriefeuer beschränken sollten. Es ist ein schönes Zeugnis ihrer Manövrierfähigkeit, das sich die deutsche Armee an diesem Tag erworben hat, daß sie diese großartige Schwenkung ohne irgend welche Stockung, ohne auseinander zu kommen und in der kurzen Zeit von nicht ganz vier Stunden ausführte und gegen Mittag auf der ganzen Linie gleichzeitig zum Angriff vorgehen konnte. Gegen zwölf Uhr entbrannte an der französischen Vorlinie überall der Kampf, gegen zwei Uhr war sie überall in deutschen Händen und begann der Angriff der Hauptlinie in ihrer ganzen Ausdehnung.“ Vier Stunden lang rangen die Heerkörper miteinander, ohne daß ein wesentliches Ergebnis erzielt worden wäre. Die Franzosen hielten Stand und starben; die Preußen stürmten vorwärts und starben, beide zu Hunderten, fast zu Tausenden. Das siebente und achte Korps, denen das Terrain besonders ungünstig war, waren nahezu erschöpft, das neunte behauptete

sich mühsam und unter großen Verlusten vorwärts Verneville, die Garde war in einem Angriff auf St.-Privat mit ungeheuern Opfern abgewiesen, nur das zwölfte (sächsische) Korps, unter dem Kronprinzen Albert, das den weitesten Weg hatte, war noch frisch. Nach fünf Uhr hatte dies letztere endlich die Gegend von Roncourt erreicht und konnte vorerst mit seiner Artillerie umfassend St.-Privat beschießen. Aber erst am späten Abend zwischen halb acht und halb neun Uhr wurde dies Bollwerk des rechten Flügels der Franzosen durch vereinten Angriff des Gardekorps und des zwölften Armeekorps erobert. Stundenlang hatten bei St.-Privat die Garde-Infanterieregimenter den heldenmütigsten Kampf bestanden, gegen einen Feind, der an Zahl, Geschütz und Aufstellung im Vorteil war. „Ein überaus heftiges Feuer," heißt es in einer andern Darstellung, „aus Geschützen, Mitrailleusen und Chassepots wurde den vorrückenden drei Garde-Infanteriebrigaden entgegengeschleudert und führte gleich anfangs große Verluste herbei, die sich mit jedem Schritt vorwärts auf der mit Geschossen aller Art überschütteten Todesbahn steigerten. Aber unaufhaltsam drangen die tapfern, schwer getroffenen Garderegimenter mit stolzer Todesverachtung vor. Sämtliche Generale, Stabsoffiziere und Adjutanten waren zu Pferde geblieben, um das Gefecht besser leiten zu können; aber in kurzer Zeit wurde ihnen fast sämtlich das Pferd unter dem Leib erschossen und viele von ihnen, darunter Oberst von Röder, Major von Notz und der sächsische General von Craushaar, starben den Heldentod. Über das mit Blut getränkte Feld, über Leichen und verwundete Kameraden hinweg, stürmten die Garden immer weiter vorwärts in den dichten Kugelregen hinein, von dem Wunsch beseelt, schnell an den Feind zu kommen und entweder zu siegen oder zu sterben." In dem brennenden St.-Privat mußte Haus um Haus erstürmt werden. Das Eingreifen der Sachsen am späten Abend brachte endlich die Entscheidung. „Den ganzen Tag über," meldete Bazaine in einem Schlachtbericht, „war der Kampf unentschieden; aber am Abend warf sich der Feind mit einer äußersten Kraftanstrengung auf St.-Privat le Montagne und machte die Stellung für unsern rechten Flügel unhaltbar." Mittlerweile hatten mit gleicher Anstrengung hessen-darmstädtische und preußische Regimenter vom neunten Armeekorps unter General Manstein einen kühnen Vorstoß gegen die in Amanvillers eingenisteten französischen Tirailleurs ausgeführt. Fast gleichzeitig entschied sich auch auf dem andern Flügel der Sieg für die Deutschen. Das zweite Armeekorps von dem Steinmetzschen Heerkörper (Pommern unter General Fransecky), in unaufhörlichen Gewaltmärschen über Pont à Mousson heranziehend, war endlich zur Stelle gekommen; um sieben Uhr entwickelte es sich vorwärts Gravelotte und nahm um acht Uhr in wahrhaft unwiderstehlichem Ansturm die beherrschenden Höhen von Point du Jour und Moscou.

Ergebnisse. Damit war der Sieg, der noch um fünf Uhr des Nachmittags unsicher war, für die Deutschen entschieden. Die Nachricht des Grafen Palikao in der Deputiertenkammer, daß von Bazaine drei feindliche Armeekorps in die Steinbrüche von Jaumont geworfen worden seien, war einer der leichtfertigen Lügenberichte, durch welche die Franzosen sich selbst und die Welt über den wahren Hergang und Sachverhalt zu täuschen suchten. Nach neun Uhr schwieg das Feuer und Bazaine benutzte die Nacht, um seine Armee samt dem Geschütz hinter die Festungswerke von Metz zurückzuführen. Gegen 40,000 Tote und Verwundete, die auf den weiten Waffenfeldern der beiden Heere umherlagen, bewiesen die unerhörte Erbitterung dieses neunstündigen Kampfes, in welchem

deutscher Mut nur mühsam über französische Tapferkeit siegte. Marschall Bazaine berechnete den Verlust seiner Armee nur auf 609 Offiziere und 11,705 Mann, wohingegen die Verluste der deutschen Armee nach den Listen sich alles in allem auf 904 Offiziere und 19,058 Mann beliefen. Das Gardekorps allein zählte an Toten 9 Stabsoffiziere, 7 Hauptleute, 61 Leutnants und 1334 Unteroffiziere und Mannschaften; an Verwundeten 14 Stabsoffiziere, 40 Hauptleute, 146 Leutnants und 6196 Unteroffiziere und Mannschaften. Unverwundete Gefangene wurden 6000 weggeführt; die meisten waren in den Häusern und Gehöften ergriffen worden, wo sie sich aufs tapferste verteidigt hatten. Unter den deutschen Gefallenen war auch der ritterliche Prinz Felix von Salm, der treue Gefährte des Kaisers Maximilian von Mexiko (XV, 2. 186), welcher nach seiner Rückkehr in die preußische Garde eingetreten war und nun im Kampf wider Bazaine, der auch den Fall des unglücklichen Maximilian mit verschuldet hatte, einen ehrenvollen Tod auf dem Schlachtfeld fand. Wie auf den Siegesfeldern von Weißenburg und Wörth, so wurde auch in den Kämpfen um Metz die neue deutsche Waffenbrüderschaft besiegelt. Neben Preußen stritten mit gleicher Tapferkeit Sachsen und Hessen, beide unter den Thronfolgern Albert und Ludwig, Thüringer, die ihren Oberst Helldorff auf dem Schlachtfeld von Rezonville ließen, Hannoveraner, Oldenburger, Braunschweiger, Mecklenburger, Hanseaten. Von ihnen allen galt, was in dem einfachen Siegestelegramm des Königs an seine Gemahlin stand: Sie thaten Wunder der Tapferkeit gegen einen gleich braven Feind. Die Gefahr, in welcher der König selbst schwebte, als er auf einer Anhöhe bei Rezonville den Gang der Schlacht beobachtete und durch den Minister v. Roon aus der Nähe der „historischen Granaten von Königgrätz“ entfernt werden mußte, sowie die Szene an einer Gartenmauer, wo er auf einer Leiter sitzend, deren eines Ende auf eine Brückenwage gestützt war, das andre auf einen gefallenen Schimmel, die Schlachtberichte empfing, werden im Gedächtnis der Völker fortleben.

Über die deutsche Kriegführung vor Metz fällt ein sachkundiger Mann folgendes Urteil: „Nach den Tagen von Weißenburg, Wörth und Saarbrücken steht die deutsche Armee in einer schräg gegen die Mosel zulaufenden Linie, so daß der rechte Flügel derselben zehn, die äußerste Linke zweiundzwanzig Meilen von dem Flußlauf entfernt ist. Die Mosellinie bildet nun das nächste Operationsobjekt, und es beginnt der Vormarsch der gesamten deutschen Armee gegen dieselbe, zurückhaltend am rechten, ausgreifend am linken Flügel, das Zentrum paßt sich den Bewegungen der Flügel an, bis das ganze Heer in eine zum Lauf der Mosel parallele Linie eingerückt ist. Nun wird der Kronprinz (linker Flügel) abgetrennt, und das Zentrum (Prinz Friedrich Karl) vollführt, nachdem es bei Pont à Mousson über die Mosel gesetzt, um den stehengebliebenen rechten Flügel (v. Steinmetz) als Drehpunkt eine Schwenkung, die, wenn wir von dem Durchgangspunkt desselben bei Falkenberg ausgehen, bezüglich der Stellung der Armee des Prinzen Friedrich Karl bei Mars la Tour und Doncourt einer Drehung um den vollen Halbkreis gleichkommt. Bei Mars la Tour steht das einstige preußische Zentrum mit der Front gegen den Rhein, mit dem Rücken gegen Paris,

Urteile über die deutsche Kriegführung.

und ficht mit der französischen Armee, welche Front gegen Paris macht und den Rücken gegen den Rhein gekehrt hat. Ein gewiß selten dagewesener Fall! In allen deutschen Feldzügen Napoleons I. ist, mit Ausnahme der Gefechte, die der Kapitulation von Ulm vorangingen, nichts Ähnliches vorgekommen. Dabei wird die Bewegung ohne die geringste Störung, rein wie auf dem Schachbrett, vollführt, gleich nach links, von der Stellung bei Mars la Tour gegen Briey, der Kreis ausgedehnt und die Verbindung mit der am rechten Moselufer stehengebliebenen Armee gesucht. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl hat aber nicht nur die Bewegung vollführt, die sie schließlich in eine Stellung am linken, gerade gegenüber der innegehabten Stellung am rechten Moselufer bringt, sie hat in derselben Stellung auch drei Tage mit weittragendem Erfolg gekämpft, die französische Armee nach Metz zurückgeworfen und von der Rückzugslinie nach Châlons abgeschnitten. Wir stehen keinen Augenblick an, die Bewegungen der deutschen Armee an der Mosellinie und um Metz als eine jener Operationen zu bezeichnen, bei welchen die Genialität und Kühnheit der ursprünglichen Konzeption nur durch die makellose Durchführung derselben übertroffen wird. Wenn die Völker, wie es leider allen Anschein hat, auch noch im kommenden Jahrhundert Heerführer bedürfen werden, so werden sich diese am Studium des Feldzugs von 1870 bilden und den Namen des großen Strategen Moltke mit Ehren nennen." Auch das große Generalstabswerk hebt in seiner Schlußbetrachtung hervor, daß sich die charakteristischen Erscheinungen von Wörth und Spicheren zum Teil in noch großartigerem Maßstab auch in den drei Schlachten vor Metz wiederholten. „Die beiden ersten derselben, welche sich sowohl in ihrer ursprünglichen Anlage, als auch in ihrem Verlauf dem Zuthun der obern Heeresleitung mehr oder weniger entziehen, sind ein beredtes Zeugnis von dem in allen Graden des deutschen Heeres herrschenden Geist selbständiger Entschlußfassung. Die Absichten der obersten Heeresleitung werden den untern Führern meist nur in allgemeinen Umrissen bekannt sein. Aber auch bei solcher unvollkommenen Kenntnis und deshalb zuweilen unter dem Eindruck unrichtiger Voraussetzungen, zögerten die deutschen Generale keinen Augenblick, die eigne Kraft und Verantwortung zur Verwirklichung dessen einzusetzen, was sie von ihrem Standpunkt als das Richtige erkannten." — „Der Tag nach der Schlacht war ein ernster, trauriger Tag," so lautet die Schilderung eines Augenzeugen. „Von zwei Uhr Nachmittags an bis spät in die Nacht hinein wurden die gefallenen Helden beerdigt. Die Regimentsmusiken spielten den alten schönen Choral: Jesus meine Zuversicht. In dem weiten Kreis, der durch die Kameraden der zu Begrabenden gebildet ward, standen die Offiziere des Regiments und des Stabs. Unendlich ergreifend waren die stillen bittern Thränen, die langsam über die sonnverbrannten Wangen der kriegerischen starken Männer herabrollten. Nein, niemand der ruhig zu Hause sitzt, und der den großen Kampf, den wir jetzt kämpfen, nur aus Berichten von blutigen Schlachten, von teuer erkauften Siegen kennt, kann sich einen Begriff von der furchtbaren Geißel des Kriegs machen: Hab und Gut, Leib und Blut, alles muß vor ihr vergehen. Ewige Schande den ruchlosen Frevlern, die sie heraufbeschworen! Gegen neun Uhr Abends wurde die feierliche Totenmusik plötzlich durch einen kecken schnellen Marsch unterbrochen. Näher und näher kam das klingende Spiel, und jetzt zogen die Regimenter rasch und leichten Schrittes an uns vorüber. Es waren unsre wackern Kampfgenossen, die überall beliebten und gelobten Sachsen. Sie riefen uns einen freundlichen Guten Abend, Kameraden! zu, der herzlich erwidert wurde. Bald verklang die Musik in der Ferne, aber nicht lange, denn gleich darauf ertönte es in vollem Männerchor: Stille Nacht, heilige Nacht, und von der andern Seite: Lieb Vaterland, kannst ruhig sein. Ja, Vaterland, du kannst ruhig sein! Solange in deutschen Auen Männer geboren werden, wie jene treuen

Helden, die vor Ste.-Marie und St.-Privat fochten, bluteten und starben, solange kann kein Feind, woher er auch kommen möge, dem deutschen Vaterland etwas anhaben!"

Mit dem 18. August schließt in diesem Kampf der Abschnitt der kriegerischen Poesie, der der Prosa beginnt mit seinen langen Tagen und Nächten voll entsagungsvollen Ausharrens und ruheloser Wachsamkeit. Bazaine war durch die drei Schlachttage vor Metz hinter die Festungswerke zurückgeworfen worden. Der 16. hatte die Südstraße über Mars la Tour abgeschnitten; der Marsch am 18. hatte einen Riegel vor die mittlere Straße über Conflans geschoben; die Erstürmung von St.-Privat endlich die dritte und letzte Straße über Briey und Etain geschlossen. Jetzt war den Deutschen die schwierige Aufgabe gestellt, den französischen Heerführer in Metz festzuhalten und seine Kräfte zu binden, ohne jedoch im übrigen die kriegerische Aktion zu unterbrechen. Neben den Waffengängen im Feld mußte zugleich ein Belagerungskrieg geführt werden, in welchem zu den Gefahren des Kampfes und der Ausfälle sich der anstrengende, ermüdende Wachtdienst in unbeständigem, oft ungünstigem Herbstwetter und Krankheiten und Seuchen gesellten. Um dieser zwiefachen Aufgabe zu genügen, zweigte der König von den vereinigten Armeen drei Korps ab, das 12. sächsische, das Gardekorps und das 4. Korps samt dem größten Teil der Kavallerie, um unter Führung des Kronprinzen von Sachsen als eine neue, die „Maas-Armee", auf Paris zu frischen Kämpfen vorzugehen und dem dritten Heerkörper als rechter Flügel zu dienen. Die übrigen Teile der ersten und zweiten Armee wurden zu einem besonderen Belagerungsheer vereinigt, das zwar immer noch erste und zweite deutsche Armee genannt, aber unter die einheitliche Leitung des Prinzen Friedrich Karl gestellt wurde, während Steinmetz, der bei Saarbrücken nicht ganz in den Kriegsplan des Generalstabs eingegangen war, in der Folge eine anderweitige Verwendung im Osten des Königreichs erhielt. Die Belagerungsarmee, nach und nach durch herangezogene Reserven und Ersatzmannschaften verstärkt, hatte mindestens eine Höhe von 150,000 streitbaren Männern, welche die Stadt auf beiden Seiten der Mosel umstellten und in ihrem ganzen Umfang durch Schanzen, Batterien und Schützengräben oft in doppelter und dreifacher Linie und mit Benutzung der dazwischen liegenden Dörfer umschlossen. „Die Vorposten wurden vorwärts dieser Linie, soweit es das Feuer der Forts gestattete, vorgeschoben, ja sie standen meist sogar noch innerhalb des Bereichs ihrer schweren Geschütze, und nur die größern Reserven waren auch diesem Feuer entzogen. Die ganze Länge der Einschließungslinie betrug gegen sechs Meilen. An allen Höhepunkten waren Observatorien errichtet, Telegraphen standen mit ihnen und mit sämtlichen Hauptquartieren der Korps in Verbindung, so daß nichts versäumt wurde, um die Einschließung zu einer gegen jede Wendung gesicherten zu machen." Nur durch eine strenge Blockade konnte die mit unüberwindlichen Festungswerken auf allen Seiten umgebene Stadt

Die Belagerung von Metz.

Metz bezwungen werden; die Hauptaufgabe des Belagerungskriegs bestand daher für die Deutschen in der sorgfältigsten Überwachung, für die Franzosen in wiederholten Versuchen, durch Ausfälle die Einschließungslinie zu durchbrechen. Kriegsmaterial, mit Ausnahme von Munition für die Artillerie, war in großer Menge aufgehäuft; denn man war in Frankreich fest überzeugt gewesen, daß der Krieg in deutschen Landen geführt werden würde, und hatte daher in den Grenzfestungen Geschütz und Waffen zum Nachschub für die Feldarmee reichlich angesammelt. Weniger günstig war es mit den Mundvorräten bestellt, da nicht nur eine Armee von 150,000 Mann, sondern auch die städtischen Einwohner und eine zahlreiche Bevölkerung, die aus den umliegenden Ortschaften eingewandert war, unterhalten werden sollten. Die Unordnung und Ratlosigkeit muß in den ersten Tagen furchtbar gewesen sein; und es zeugt von der großen Umsicht und dem Organisationstalent des Marschalls Bazaine, daß er in kurzer Zeit der unermeßlichen Schwierigkeiten insoweit Meister ward, daß er schon am 26. August, als sich die Armee Mac Mahons von Reims nach Rethel in Marsch setzte, einen Ausfall vorbereiten konnte. Er wollte das nur schwach umlagerte Diedenhofen gewinnen und dann über die Nordfestungen einen Weg zu dem Heer von Châlons suchen. Nach einigen Ausfallsbewegungen in der Richtung von Noisseville und Colombey überzeugte er sich aber, daß der preußische Oberfeldherr energische Gegenmaßregeln getroffen. Er verschob daher nach Abhaltung eines Kriegsrats den weitern Marsch, zumal da heftige Regengüsse den Erdboden aufgeweicht hatten. Das Ergebnis der Kriegsberatung, worin der Artilleriegeneral Soleille auf die mangelhaften Vorräte an Munition hinwies, faßte der Marschall in folgendes Telegramm an den Kriegsminister zusammen: „Immer noch in Metz, Artilleriemunition nur für eine Schlacht ausreichend. Unmöglich unter solchen Umständen die verschanzten Linien des Gegners zu durchbrechen. Werde wirksam handeln, wenn Angriffsbewegung vom Innern des Landes her den Gegner zum Rückzug zwingt.“ Als er nach einigen Tagen unterrichtet wurde, daß das zweite und dritte Korps der Einschließungsarmee in der Richtung von Dun und Stenay abgezogen sei, um die von Mac Mahon bedrohte Maasarmee des Kronprinzen von Sachsen zu verstärken, traf er Anstalten zu einem energischen
31. Aug. 1870. Ausfall, um entweder die Preußen zurückzuschlagen und die Freiheit seiner Bewegungen wiederzugewinnen, oder wenigstens durch rasche Requisitionen und Fouragierungen die Proviantvorräte zu mehren und somit den Feind länger zu fesseln. Er wählte dazu abermals das rechte Moselufer, wo die feindlichen Verteidigungskräfte weniger stark waren und zahlreiche vorgeschobene Forts den Angriff unterstützen konnten. Er hoffte Saarlouis und Diedenhofen zu erreichen und von dort aus die Verbindung mit der Armee von Châlons herzustellen. Es gelang ihm auch wirklich gegen Abend die Deutschen aus ihrer Stellung bei Noisseville und Montoy zu drängen und sich in diesen Ortschaften bis über Colombey hinaus festzusetzen; aber durch einen nächtlichen Angriff unter General Man-

teuffel warf das erste Armeekorps und die Landwehrdivision Kummer, höchstens 40,000 Mann, den weit überlegenen Feind zurück, und da mittlerweile die zwei abgetrennten Armeekorps wieder zur Einschließungsarmee zurückgekehrt waren, so konnte Bazaine nicht mehr an die Ausführung seines Plans denken, über Servigny und St.-Barbe den Durchbruch zu erzwingen. Im Laufe des 1. September zogen die Franzosen wieder in Metz ein. Aus der ganzen Unternehmung ging deutlich hervor, daß die Truppen durch die harten Kämpfe vom 14. bis 18. ihre Kampfeslust, ihre Schwungkraft, kurz ihr Vertrauen zu sich selbst und wiederum, daß der Marschall sein Vertrauen zu den Truppen verloren hatte. Nach dem Fehlschlagen des versuchten Durchbruchs bei Noisseville, das dem Marschall als Hauptverschuldung angerechnet ward, war keine Aussicht auf Befreiung der belagerten Armee mehr vorhanden. Von der Zeit an galt es im deutschen Lager für ausgemacht, daß das Schicksal der großen Armee von Metz durch die Proviantvorräte bedingt sei. Und schon am nächsten Tag begann das Schlachten der Pferde.

Das Generalstabswerk über Bazaines Ausfall vom 31. Aug. 1870.

Das Generalstabswerk stellt, nachdem es die Gründe dargelegt, warum ein Ausfall nach Süden mehr Aussicht auf Gelingen gehabt hätte, über den Versuch auf der Ostseite der Mosel den Weg nach Diedenhofen und Saarlouis zu gewinnen, in der Hoffnung die Armee Mac Mahons zu erreichen, folgende Schlußbetrachtungen an: „Die Maßregeln zur Versammlung der Rheinarmee auf dem rechten Moselufer sind späterhin von den Anklägern des Marschalls Bazaine in scharfer und zum Teil wohl auch berechtigter Weise getadelt worden. Die Gründe, welche den Marschall angeblich zu einer absichtlichen Verzögerung des Angriffs bestimmten, können keinesfalls als zutreffend anerkannt werden; jeder Zeitverlust mußte dem auf einer neun Meilen langen Front verteilt stehenden Verteidiger zu gute kommen. Es fragt sich daher, ob nicht durch eine Vermehrung der Moselübergänge, Mitbenutzung der Stadtbrücken, Verwendung sämtlicher bereits auf dem rechten Ufer befindlichen Divisionen des 2. und 3. französischen Korps in vorderer Linie, frühes Vorziehen der Artilleriereserve, vielleicht auch durch Beginn der Bewegungen zur Nachtzeit, eine wesentliche Beschleunigung des Aufmarsches hätte erzielt werden können. Während somit die einleitenden Anordnungen des Marschalls Bazaine noch auf ein gewisses Zaudern im Entschluß zu deuten scheinen, bekunden seine am Nachmittag des 31. August erlassenen Angriffsbefehle den ganz entschiedenen Vorsatz zum Durchbruch. Die für den Hauptstoß gewählte Richtung gegen die Hochfläche von St.-Barbe, um erst nach Gewinnung dieser das gesamte umliegende Land beherrschenden Örtlichkeit den Marsch auf Diedenhofen fortzusetzen, erscheint durchaus zweckmäßig. Es wäre nicht angängig gewesen, unter bloßer Beschäftigung des 1. Armeekorps, mit dem Gros der Rheinarmee in dem schmalen Entwickelungsraum an der Straße nach Rédange vorzugehen. Auch das erste Ansetzen der Streitkräfte in der eingeschlagenen Richtung war vollständig sachgemäß. Die Truppen der Division Castagny, die in den bisherigen Vorpostenlinien verbliebenen Bataillone, vielleicht auch Teile der Festungsbesatzung, hätten allerdings eine größere Thätigkeit, insbesondere auf dem linken Moselufer entfalten sollen, um das Heranführen von Verstärkungen nach dem bedrohten Teil der Einschließungsfront möglichst aufzuhalten. Aus dem weitern Verlauf der Schlacht geht unbedingt soviel hervor, daß, abgesehen von einzelnen, zum Teil aus den Umständen erklärlichen Mißgriffen und Irrtümern der Unterführer, auf beiden Seiten die ganze Bedeutung des Kampfes

klar erkannt und zum Erreichen des erstrebten Zieles die besten Kräfte eingesetzt wurden. An der energischen Gegenwehr der 1. Infanteriedivision und der überwältigenden Wirkung der preußischen Artillerie scheiterte das Vorgehen der Franzosen in der entscheidenden Richtung; aller Anstrengungen ungeachtet machte die Rheinarmee bis zum Abend des 31. August überhaupt nur äußerst geringe Fortschritte. In dem Ausgang des Kampfes an diesem Tag lag aber gewissermaßen schon die Entscheidung des ganzen Unternehmens, welches nur bei schnellem und durchgreifendem Erfolg einige Aussicht auf Gelingen haben konnte."

4. Die Katastrophe von Sedan und der Sturz des französischen Kaisertums.

Das Heerlager in Châlons.

Im Norden von Châlons hatte die kaiserliche Regierung ein Gebiet von zwei Meilen im Geviert angekauft und in ein großes Lager mit Baracken und Übungsplätzen verwandelt. Die starke Anzahl Militär, die jahrein jahraus sich daselbst aufhielt, lockte Ansiedler aller Art an, besonders Händler, Wein- und Speisewirte, Handwerker, so daß das Dorf Mourmelon in kurzem das Ansehen einer Kaufmannstadt gewann, wo für alle Bedürfnisse und Lüste des Lebens gesorgt war. Altertumsforscher wollten erkannt haben, die Lagerstätte sei die katalaunische Ebene, in welcher einst die große Hunnenschlacht geliefert worden; kein barbarisches Heer werde jemals diesen historischen Boden überschreiten. Zwischen dem Lager von Châlons und dem Festungsgürtel von Metz zieht sich eine hügelige Hochfläche, gebildet von Armen der Ardennen, unter denen der Argonner Wald mit den „Thermopylen Frankreichs" vom Jahr 1792 bei Valmy und St.-Menehould eine geschichtliche Berühmtheit erlangt hat, und durchschnitten von der Maas und Marne, welche auf dem Höhenzug von Langres ihren Ursprung haben, und von der Aisne, einem Nebenfluß der Oise. Eine Reihe von Festungen ersten, zweiten und dritten Ranges schützen das Stromgebiet der Maas und ihres östlichen Nebenflusses Chiers gen Osten und Norden, wie Verdun, Montmédy, Sedan, Mezières, Longwy an der Grenze von Luxemburg und das weit in das Königreich Belgien hineingetriebene Givet. Diese Landschaft bildete den Schauplatz der kriegerischen Ereignisse des Monats September, welche mit den Schlachten von Beaumont und Sedan begannen und mit der Belagerung von Paris zu einem längern Abschluß kamen. Im Lager von Châlons hatte Mac Mahon, Herzog von Magenta, den Oberbefehl über eine Armee von etwa 125,000 Mann zu Fuß, und 12,000 Reitern. Auch nachdem Kaiser Napoleon sich von Verdun aus mit ihm verbunden, führte der Marschall dem Namen nach das Kommando. Unter ihm standen die Generale Ducrot, de Failly, Douay und andre Anführer der ehemaligen Rheinarmee, die nun mit den schon vorhandenen Truppen und Mobilgarden in Châlons vereinigt als „Armee von Paris" bezeichnet ward. Es war ein buntgemischtes Heer, das auch im Feld dem Freudenleben und den Genüssen der Hauptstadt nicht entsagen wollte und die Anstrengungen des Kriegs scheute. Nach den Schilderungen von

Augenzeugen fehlte es diesen verwöhnten Söhnen an aller Zucht und Disziplin. Bald fand sich noch General **Wimpffen** mit Verstärkungen aus Afrika ein. Auch General **Trochu** war anfangs im Lager, aber, von Napoleon zum Gouverneur von Paris und Oberbefehlshaber sämtlicher zur Verteidigung der Hauptstadt vorhandenen Streitkräfte ernannt, begab er sich an seinen neuen Bestimmungsort.

Auf die Nachricht von den Kämpfen um Metz erteilte die Regentschaft, Aufbruch und Marsch Mac Mahons.
die von der wahren Sachlage sehr unvollkommen unterrichtet war, dem Marschall den Befehl, mit seinen Heersäulen zum Entsatz Bazaines vorzugehen. Mac Mahon hegte Zweifel über das Gelingen des gewagten Unternehmens, das nur dann von Erfolg sein konnte, wenn Bazaine sich rechtzeitig aus der eisernen Umarmung der Preußen zu befreien vermochte. In einem unter dem Vorsitz des Kaisers gehaltenen Kriegsrat war man vielmehr zu der Ansicht gekommen, Napoleon sollte mit einem Teil des Heeres nach Paris zurückkehren; die Hauptstadt mit ihren Festungswerken sei der geeignetste Mittelpunkt für die ferneren Kriegsoperationen. Als jedoch die Regentschaft, welche bei der herrschenden Aufregung von der Anwesenheit des Kaisers Gefahr fürchtete und daher die Rückkehr widerriet, in bestimmtester Weise den Befehl wiederholte, gab der Marschall nach, aber beunruhigt von innern Bedenken. Dieser Zwiespalt seiner Seele lähmte seine Bewegungen und verzögerte den Marsch, der zuerst nordwärts gen Reims und dann nach einiger Rast nordostwärts über Rethel, Chêne le populeux nach Mouzon an der Maas gerichtet war, so daß die Spitzen seines Heeres erst am 28. August in dem letztern Ort eintrafen. Bei seinem Abgang hatte er im Lager zu Châlons alle militärischen Gebäude in Brand gesteckt. Wollte er dadurch den auf achtzehn Meilen entfernten Landsleuten in Metz ein Feuerzeichen geben? Es blieb unbemerkt von Freund und Feind. Der Feldzugsplan war kühn, und in Deutschland, wo man dem Waffengang an der Hand der Landkarten und Zeitungsberichte mit höchster Spannung folgte, lebte man in großer Aufregung. Allein das künstlich angelegte Unternehmen war nur dann bedenklich, wenn durch die Schnelligkeit der Bewegungen die Preußen überrascht und außer stand gesetzt wurden, die verschiedenen Armeen zu einem Gewaltstoß zu vereinigen. Wir wissen aber, wie zögernd der Vormarsch Mac Mahons vollzogen ward. Schon war die dritte Armee unter dem Kronprinzen von Preußen, nachdem sie die kleine Vogesenfestung Marsal eingenommen und in Luneville die angehäuften Mundvorräte erbeutet, über Bar le Duc und Vitry nach Châlons und Epernay gelangt, um unterstützt von der vierten Armee des Kronprinzen von Sachsen, welcher weiter nordwärts an Verdun vorbei gleichfalls nach Westen vorrückte, auf Paris loszugehen. Dahin gedachte auch der König, der sich mit dem Generalstab in Commercy befand, seinen Weg zu nehmen. Ein im Abzug begriffener Haufen Mobilgarden wurde bei Epense, östlich von Châlons, durch ein Ulanenregiment niedergemacht, zersprengt, gefangen genommen, worauf eine königliche 25. Aug. 1870.

Proklamation verkündigte, daß man nur solche Personen nach dem Kriegsrecht behandeln werde, welche als französische Soldaten sich ausweisen und durch Uniform kenntlich sein würden.

Die Kämpfe an der Maas. Als nun der Abmarsch Mac Mahons in der Richtung noch Nordosten im deutschen Hauptquartier bekannt ward, wie es heißt durch eine Korrespondenz der „Indépendance Belge" aus Mezières, stellte man sofort den Zug nach Westen ein und traf neue Anordnungen, um das Vorhaben des Feindes zu durchkreuzen und dessen beabsichtigte Verbindung mit Metz zu verhindern. Schon in den letzten Tagen des August erreichte die dritte Armee des Kronprinzen von Preußen, die bei Wörth gesiegt hatte, das rechte Ufer der Aisne und kam bei Buzancy und Le Chêne mit dem Feind ins Gefecht, während die verstärkte vierte Armee
29. Aug. 1870. nach dem Treffen bei Nouart die Maaslinie von Dun und Stenay gewann. Der König selbst befand sich mit dem Generalstab zuerst zu Clermont in den Ardennen, dann in Varennes, bekannt in der Leidensgeschichte Ludwigs XVI. (XIII, 764), während der Kaiser und Mac Mahon ihren Aufenthalt in Mouzon nahmen. Hier ereilte sie die Kunde, daß das Korps des Generals de Failly bei
30. Aug. der von Waldhöhen umgebenen Stadt Beaumont von den Deutschen, besonders Bayern unter General von der Tann und Sachsen, unerwartet angegriffen und mit großem Verlust an Mannschaft und Geschütz in die Flucht geschlagen sei, weshalb sie ihren Marsch eilig nach Carignan und Sedan fortsetzten. Es wäre dem Kaiser leicht gewesen, heißt es in der kleinen Schrift eines französischen Generals über diese Begebenheiten, sich nach Mezières zu retten und seine Person in Sicherheit zu bringen, aber er wollte die Armee nicht verlassen. Noch am 31. August erließ er eine beruhigende und ermutigende Proklamation an die Soldaten. „Unter den ernsten Verhältnissen habe ich, von der Kaiserin in Paris würdig vertreten, die Rolle des Soldaten der des Herrschers vorgezogen. Nichts werde ich scheuen, um mein Vaterland zu retten. Es birgt noch, Gott sei Dank, beherzte Männer, und wenn es Feiglinge gibt, wird das Kriegsgesetz und die öffentliche Verachtung sie strafen. Soldaten, seid würdig eures alten Rufes! Gott wird unser Land nicht verlassen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut." Es sollte seine letzte Ansprache sein. Als die Truppen den Weg nach Sedan einschlugen, dachten sie wohl weniger an die Möglichkeit, Metz zu entsetzen, als entweder durch siegreichen Kampf den Rückweg zu gewinnen oder die belgische Grenze zu erreichen und auf neutralem Boden Schutz und Sicherheit zu suchen. Aber durch die raschen Bewegungen der Deutschen wurden alle ihre Pläne vereitelt. Während die vierte Armee auf dem rechten Maasufer vorging und den Chiers bei Douzy überschreitend die Ostseite von Sedan in Besitz nahm, näherte sich die dritte Armee, aus Norddeutschen, Bayern und Württembergern zusammengesetzt und mit trefflicher Artillerie versehen, auf der linken Stromseite über Raucourt und Remilly der Festung. Ein Versuch der Bayern, bei Bazeilles, dem steinernen Dorf mit dem alten Schloß, in welchem Turenne seine Jugend

verbracht hatte, über die Maas zu setzen, wurde anfangs zurückgewiesen; aber in der Nacht bewerkstelligten sie oberhalb der Stadt Sedan an zwei Stellen dennoch den Übergang, indes das elfte norddeutsche Korps bei Donchéry und die württembergische Division noch weiter abwärts den Fluß überschritten und die Armee des Kronprinzen von Sachsen die Höhen im Osten und Norden der Stadt zu gewinnen suchte. Der Kronprinz von Preußen stellte sich mit seinem Stab auf einer Bergkuppe bei Château Donchéry, der König selbst mit dem Generalstab auf der beherrschenden Höhe von Frénois auf.

Bald ereignete sich die Entscheidungsschlacht bei Sedan. Den Bayern unter General von der Tann und den Brigadeführern Orff und Dietl gelang es nach einem mehrstündigen furchtbaren Kampf in Straßen, Häusern und Gärten gegen Militär und Bürger sich des fast gänzlich niedergebrannten Dorfes Bazeilles zu bemächtigen, wobei Marschall Mac Mahon durch einen Granatsplitter so schwer verwundet ward, daß er das Oberkommando abgeben mußte, ein verhängnisvolles Ereignis, da er niemand in seine Pläne eingeweiht hatte und nun in der entscheidenden Stunde ein zwiefacher Wechsel in der Kriegsleitung vor sich ging. An seine Stelle trat zuerst der von ihm selbst zum Nachfolger ernannte Ducrot, dann der kürzlich aus Afrika herübergekommene ältere General Wimpffen, der schon vorher für eine solche Wendung durch das Kriegsministerium zum Oberbefehlshaber bestimmt worden war, ein Mann von anerkannter Tapferkeit und kalter Berechnung, aber rechthaberisch und voll eigensinnigen Selbstvertrauens. Dieser verwarf die von Ducrot angeordnete Rückzugsbewegung nach Illy als entmutigend für die französische Armee und ging zum Angriff über; als aber das preußisch-sächsische Heer den nordöstlichen Höhenzug von Villers-Cernay, Daigny, Givonne nach den heftigsten Anstrengungen in seine Gewalt brachte und den Bayern, die bei und in Bazeilles mit den von den wutentbrannten Einwohnern unterstützten französischen Marinesoldaten einen Vernichtungskampf führten, die Hand reichte, so daß diese trotz des furchtbaren Geschützfeuers der Franzosen die wichtige Position auf den Höhen von La Moncelle und Schloß Monvillé in Besitz nehmen und mit gemeinschaftlicher Anstrengung den Feind aus der festen Stellung von Balan vertreiben konnten, da neigte sich das Schlachtenglück auf die deutsche Seite. Im Nordwesten der Stadt besetzten norddeutsche Truppen die Ausgänge von St.-Menges und Fleigneux und richteten ein furchtbares Artilleriefeuer auf die gegenüberstehenden französischen Heerabteilungen, welche schon um Mittag dergestalt eingeschnürt waren, daß nur noch zwei dürftige Auswege nach Süden und nach Norden offen standen, um entweder zwischen Givonne und Fleigneux die belgische Grenze zu erreichen oder von der Vorstadt Torcy aus über Vouziers nach Reims sich durchzuschlagen. Aber General Wimpffen trug Bedenken, einen dieser äußersten Auswege, die allerdings nur mit den größten Verlusten möglicherweise gelingen konnten, mit rascher Entschlossenheit zu ergreifen. Bald war auch die Öffnung bei Illy durch

Die Schlacht bei Sedan. 1. Sept. 1870.

das preußische Gardekorps geschlossen; der eiserne Ring legte sich immer undurchdringlicher um die Festung und nun wurde von allen Seiten ein mörderisches Artilleriefeuer gegen die Franzosen gerichtet, so daß sie nach der letzten energischen Anstrengung bei Floing, wo General von Gersdorff vom elften Armeekorps und der französische Reitergeneral Margueritte auf den Tod verwundet wurden, alle Versuche eines Vordringens aufgaben und am Nachmittag den Rückzug nach Sedan antraten. In dieser kleinen Stadt war am Abend die ganze Armee Mac Mahons zusammengedrängt und es herrschte in den Straßen und Häusern eine beispiellose Unordnung und Verwirrung, die noch erhöht ward, als die deutschen Truppen von den umgebenden Höhen herab die Festung zu beschießen begannen und an mehreren Orten der Stadt Feuer ausbrach.

Die Kapitulation. Um das Elend nicht noch zu vergrößern, erteilte Kaiser Napoleon dem General Wimpffen den Befehl, zu kapitulieren. Dieser gehorchte mit innerm Widerstreben, aber durch die Notwendigkeit gezwungen. Schon wehte die Parlamentärflagge am Thor von Sedan, als der Oberst Bronsart von Schellendorff aus Frénois eintraf, um im Namen des Königs von Preußen Armee und Festung zur Übergabe aufzufordern. Bald kehrte er in das Hauptquartier zurück, begleitet von dem französischen General Reille, welcher dem König ein Schreiben Napoleons überreichte des Inhalts: „Da es mir nicht vergönnt war in der Mitte meiner Armee zu sterben, so bleibt mir nichts übrig als meinen Degen in die Hände Eurer Majestät niederzulegen.“ König Wilhelm nahm das Anerbieten an mit dem Ausdruck der Teilnahme an dem schweren Geschick des Kaisers und der französischen Armee, die sich unter seinen Augen so tapfer geschlagen. Indessen ergab sich Napoleon nur für seine Person, da er den Oberbefehl nicht führte und alles der Regentschaft in Paris anheimgestellt hatte. Es war nicht der Degen Frankreichs, den er hingab, sondern der Degen des Kaisers in der Hoffnung, dadurch eine ehrenvollere Kapitulation für die französische Armee zu erwirken. Die Abschließung des Kapitulationsvertrags blieb dem Höchstkommandierenden Wimpffen überlassen, der zu dem Zweck sich in Begleitung des Generals Castelnau nach Donchéry begab, um mit Moltke und Bismarck in Verhandlungen zu treten. Die Besprechungen dauerten die ganze Nacht hindurch; aber wie sehr auch der französische Feldherr sich bemühte, eine Milderung der bittern Notwendigkeit zu erlangen, an der ehernen Brust der preußischen Generale, welche vor allen Dingen ein materielles Pfand für die Befestigung der gewonnenen militärischen Erfolge in die Hand bekommen zu müssen glaubten, scheiterten seine Versuche. Moltke ging von der Bedingung der Waffenstreckung und der Übergabe der ganzen Armee auf Gnade und Ungnade nicht ab; er gewährte eine kurze Bedenkzeit, sei diese erfolglos verflossen, so werde die Beschießung der Stadt von neuem beginnen. Und nun wurde um sechs Uhr Morgens, nachdem Wimpffen die französischen Generale zu einem Kriegsrat zusammenberufen, die Kapitulation unterzeichnet und von dem König im Hauptquartier

zu Vendresse bestätigt. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung," schloß die Meldung des wunderbaren Ereignisses an die Königin in Berlin. So erlebte denn die Welt das unglaubliche, in der ganzen Kriegsgeschichte einzig dastehende Schauspiel, daß außer den 25,000, die während der Schlacht gefangen genommen worden, ein Heer von 83,000 Mann, darunter ein Marschall (Mac Mahon), 40 Generale, 230 Stabsoffiziere, 2600 Offiziere und Militärbeamten, sich dem Sieger ergab, die Waffen und alles Kriegsmaterial, bestehend in 330 Feldgeschützen, 70 Mitrailleusen, 150 Festungsgeschützen und 10,000 Pferden, ablieferte und nebst dem Kaiser nach Deutschland in Kriegsgefangenschaft wanderte. Nur den Offizieren, welche auf schriftliches Ehrenwort versicherten, in dem gegenwärtigen Krieg nicht mehr gegen Deutschland zu fechten und in keiner Weise den deutschen Interessen zuwiderzuhandeln, wurde „in Rücksicht auf die tapfere Verteidigung" gestattet, ihre Waffen und ihr persönliches Eigentum zu behalten. Noch an diesem und dem folgenden Septembertag wurde auf dem Bogengelände zwischen Villette und Iges im Angesicht eines bayrischen und eines norddeutschen Armeekorps die Waffenstreckung vollzogen, worauf die Festung Sedan mit allen Adlern, Feldzeichen und Kriegsgeräten übergeben und die gefangene Mannschaft auf zwei Eisenbahnen abgeführt wurde, um in deutschen Festungen und Barackenlagern untergebracht zu werden. Nur ein geringer Teil der Offiziere wollte das verlangte Ehrenwort abgeben; die meisten zogen das Los der Kriegsgefangenschaft vor, wo ihnen eine anständige Behandlung und eine möglichst geringe Beschränkung der persönlichen Freiheit zu teil ward. Sie wollten sich nicht der Gefahr aussetzen, zu einem Wortbruch verleitet zu werden. Alle Offiziere, welche die Verpflichtung eingingen sich zu einem Eisenbahnzug, der am 10. September von Pont à Mousson nach Koblenz abgehen sollte, zu stellen, durften sich selbständig nach diesem Ort begeben. Auch General Ducrot machte von dieser Vergünstigung Gebrauch, erschien auch zur festgesetzten Zeit in Pont à Mousson; als aber die Abführung nicht sofort vor sich gehen konnte, entwich er nach Paris, indem er annahm, mit der Meldung von seinem Eintreffen der Verpflichtung genügt zu haben. Die sophistische Rechtfertigung dieses unritterlichen Schrittes, die er in der Folge bekannt machte, vermochte die Schmach des Wortbruchs nicht auszulöschen, die verblichene Ehre nicht herzustellen.

2. Sept. 1870.

Vielleicht war die Versicherung Napoleons, daß er den Tod auf dem Schlachtfeld gesucht, aber nicht gefunden habe, keine Phrase, wenigstens war das Schicksal des von körperlichen Schmerzen und Seelenleiden schwer heimgesuchten Mannes so ernst und tragisch, daß zur Heuchelei kein Raum war, und es ward von verschiedenen Seiten behauptet, daß er sich persönlichen Gefahren ausgesetzt. Erst in der Folge wurde ihm die Äußerung in den Mund gelegt: der Tod in der Schlacht sei schön, in der Poesie. Mit dem gespanntesten Interesse vernahm man in Deutschland die Berichte über den Hergang bei seiner Ergebung: wie er begleitet vom Grafen Bismarck zunächst in einem kleinen

Ausgang und Bedeutung der Katastrophe von Sedan.

ärmlichen Arbeiterhaus am Weg nach Donchéry abstieg; wie er dann, mit dem deutschen Staatsmann auf eine steinerne Bank vor der Thür sich setzend, äußerte, er selbst habe den Krieg nicht gewollt, sei aber durch den Druck der öffentlichen Meinung in Frankreich zu dem Waffengang gedrängt worden; wie dann beide nach dem Schlößchen Bellevue bei Frénois sich begaben, wo König Wilhelm und der Kronprinz sich einfanden und jene Unterredung gehalten ward, von der ein Telegramm an die Königin Augusta berichtete: „Welch ein ergreifender Augenblick, der der Begegnung mit Napoleon! Er war gebeugt, aber würdig in seiner Haltung und ergeben. Ich habe ihm Wilhelmshöhe bei Kassel zum Aufenthalt gegeben. Unsre Begegnung fand in einem kleinen Schlößchen vor dem westlichen Glacis von Sedan statt." Die Besichtigung der deutschen Armee, welche darauf der König vornahm, die erhebenden Dankesworte, die er den vereinigten Truppen und Führern aussprach, und der begeisterte Empfang, den der greise Kriegsherr allenthalben fand, bildeten einen ergreifenden Gegensatz zu den Szenen des Elends, des Jammers, der Unordnung, die sich dem Blick in Sedan darboten, wo die Luft verpestet war, so daß es wochenlanger Reinigungsarbeiten bedurfte, um den Ort für Menschen wieder bewohnbar zu machen, zu der Verwilderung, Zuchtlosigkeit und tierischen Versunkenheit, zu denen Hunger, Unbotmäßigkeit und Verzweiflung die französischen Soldaten in diesem Augenblick des Untergangs geführt! Noch niemals war einem Kriegsheer, das noch vor wenigen Tagen im rühmlichen Kampf unter den Waffen gestanden, solche Schmach geboten worden. Den spätern Geschlechtern wird es wie eine Ausgeburt mythenbildender Volksphantasie erscheinen, daß ein greiser König, den man im Übermut herausgefordert, sich mit seinen Bewaffneten aufgemacht, den Beleidiger samt seinem ganzen Kriegsheer im eignen Land gefangen weggeführt und in jene fernen Städte und Festungen untergebracht hat, in die sie als Sieger einzuziehen sich vermessen hatten. Wie schrumpfen jene viel berüchtigten Kapitulationen von Ulm, Prenzlau, Baylen, Vilagos zusammen im Vergleich mit der Kapitulation von Sedan, welche den Kaiser und die ganze Gloire der kriegsstolzen französischen Nation in deutsche Gefangenschaft lieferte! Endlose Eisenbahnzüge mußten Tag und Nacht in Thätigkeit gesetzt werden, um die entwaffneten, demoralisierten, zusammengebrochenen Kriegsscharen auf die deutsche Erde zu schaffen. Mit welchen Gefühlen mögen die Gefangenen auf den Rhein geblickt haben, den sie so gern als einen französischen Fluß bezeichneten! In Zukunft wird dieser stolze Strom wohl für immer ihren Blicken entzogen werden. Französische Adler werden nie mehr in seine grünen Fluten schauen.

Wutausbrüche in Frankreich.

In Paris wurde die wahre Lage der Dinge entstellt oder verheimlicht. Während die Regierung die aufgeregten Gemüter der Deputierten durch beruhigende Nachrichten zu beschwichtigen suchte, im Orakelton von einem großen Plan sprach, der nicht verraten werden dürfe, der aber sicher den Sieg an die fran-

zösischen Fahnen knüpfen würde, ergingen sich die Zeitungen in den tollsten Wutausbrüchen über die barbarischen Horden, die den heiligen Boden Frankreichs zu besudeln wagten, schilderten die Kämpfe um Metz als Siege der französischen Waffen und verkündigten den Tag als nahe bevorstehend, da man die „Invasion“ abtreiben und den Feind über den Rhein zurückschlagen würde. Man mochte der leidenschaftlichen Volksstimmung viel zu gut halten; allein die französischen Tagesblätter ergingen sich in solchen Schmähungen gegen die Deutschen, stachelten in so aufreizenden, von groben Beleidigungen strotzenden Reden das Volk zu Haß und tödlicher Feindschaft auf und verbanden zugleich mit den Lästerungen solche Lügenhaftigkeit, solche prahlerische Selbstüberhebung, solche Mißachtung aller Wahrheit und alles Anstandes, daß man darin keine Spur mehr von jener Urbanität, von jener geselligen Bildung, von jenen ritterlichen Umgangsformen wahrnahm, welche sonst der Stolz der französischen Nation gewesen waren und in ihrer eignen Vorstellung und in den Augen so vieler Menschen den Anspruch ihrer „zivilisatorischen Mission“ zu rechtfertigen schienen. In einigen Blättern herrschte ein Ton, wie er seit den Sansculottenzeiten in gebildeten Kreisen nicht mehr gehört worden war. Zunächst richtete sich die Wut auf die in Paris und in allen Handels- und Industriestädten Frankreichs seßhaften Deutschen, die man in der inhumansten Weise zur Auswanderung zwang. War man vordem beflissen gewesen, die internationalen Schranken niederzureißen, die europäischen Länder durch Verträge zu einer großen Völkerfamilie zu vereinigen, die menschliche Gesellschaft durch die Gemeinsamkeit der Interessen auf allen Gebieten der Industrie, des Handels, der Geistesthätigkeit zu einer kosmopolitischen Gesamtgemeinde auszubilden, so mußte man jetzt erleben, daß der Rassenhaß zwischen romanischem und germanischem Blut erweckt und zu Szenen fanatischer Unduldsamkeit mißbraucht ward, die an die Religionsverfolgungen früherer Jahrhunderte und an die Judenmißhandlungen des Mittelalters erinnerten; man sah sich zurückgeworfen in die barbarischen Zeitalter, da Fremdling und Feind dieselbe Bedeutung hatte. War der nationale Haß nicht wirksam genug, so traten Neid, Mißgunst, Verdacht oder Furcht vor Spionierung und andre böse Triebe als Gehilfen hinzu. Das Ausland sah diesen Ausbrüchen völkerrechtswidriger Wut gegen harmlose friedliche Fremde teilnahmlos zu. Nur einzelne Konsuln schützten hier und da die Bedrängten oder Bedrohten vor der Volksrache. Und wie entsetzlich diese werden konnte, davon gab die schauerliche Unthat einiger rasenden Bauern zu Beaussac im Departement der Gironde Zeugnis, welche einen Gutsbesitzer der Gegend, den man im Verdacht feindseliger Gesinnung hatte, stundenlang marterten und dann lebendig verbrannten. In Lothringen und allerwege, wo Eisenbahnzüge deutsche Ersatzmannschaften einführten oder Sanitätspersonen mit Kranken und Verwundeten zurückbrachten, wurden häufig von ruchlosen Händen die Schienen zerstört, so daß endlich die deutschen Etappenkommandanten die Vorsicht gebrauchen mußten, die Maires und andre angesehene

Leute der angrenzenden Ortschaften bei jedem Bahnzug die ersten Wagen besteigen zu lassen, um von solchen Freveln abzuschrecken.

Der revolutionäre Staatsstreich in Paris. War schon während des Augusts die ganze Nation und vor allem die Hauptstadt in fieberhafter Aufregung, so erreichte dieselbe den höchsten Grad, als die Kunde von der Katastrophe in Sedan das ganze System der Lüge, Verheimlichung und Entstellung, durch das man bisher die Gemüter gefangen gehalten, enthüllte und den entsetzlichen Fall des Reichs bloß stellte. Statt der gehofften Triumphe durfte man täglich den siegreichen Feind vor den Mauern von Paris erwarten. Ein revolutionärer Geist durchzuckte die Bevölkerung. Noch ehe der republikanische Abgeordnete Jules Favre im Gesetzgebenden Körper, der um Mitternacht eiligst zusammengetreten war, den Antrag zur Abstimmung bringen konnte, den Kaiser und seine Dynastie aller ihrer Rechte für verlustig zu erklären und eine provisorische Regierung aus der Mitte der Versammlung zu wählen, um den Feind vom französischen Boden zu vertreiben, durchzog die tobende Menge mit dem wilden Geschrei Absetzung! Republik! die Straßen und Plätze, wälzte sich zuerst vor die Wohnung des Generals Trochu, den Napoleon in Châlons zum Militärgouverneur von Paris ernannt und mit dem Oberbefehl über alle Wehrkräfte der Stadt betraut hatte (XV, 2. 353), und als dieser die wilden Volkshaufen an die Gesetzgebende Versammlung wies, rückten sie in wachsender Menge vor den Palast Bourbon, das Sitzungshaus der Deputierten, immer dasselbe Feldgeschrei ausstoßend. Es half nichts, daß die Polizeimannschaft mit den Waffen einschritt; die zurückgedrängte Masse, bei der sich viele bewaffnete Nationalgardisten eingestellt, war bald wieder im Vorschreiten und
4. Sept. 1870. das Geschrei wurde immer wilder und wüster. Am 4. September versammelte sich der Gesetzgebende Körper zum letztenmal. Eine stürmische Sitzung, gestört und entwürdigt durch eindringende Volksmassen, welche die Tribünen und den Saal füllten, endigte mit der feierlichen Thronentsetzung Ludwig Napoleons und seiner Familie auf ewige Zeiten, ausgesprochen durch zwei hervorragende Führer der Linken, die Advokaten Jules Favre und Gambetta. Darauf eilten diese begleitet von ihren Parteigenossen nach dem Stadthaus, wo unter dem wachsenden Zudrang der städtischen Volksmasse, namentlich der untern Klassen und der Klub- und Straßendemagogie, die Republik ausgerufen und bis zum Zusammentritt einer neuen konstituierenden Versammlung eine provisorische Regierung zur nationalen Verteidigung eingesetzt wurde. An der Spitze stand der Oberbefehlshaber Trochu, ein kenntnisreicher, strategisch ausgebildeter General, der trotz seiner glänzenden Teilnahme an der Schlacht von Solferino bei der kaiserlichen Regierung nicht in Gunst gestanden, teils weil er in politischen Ansichten zur Opposition neigte, teils weil er in einem vielverbreiteten Buch die Mängel der französischen Heerverfassung dargelegt hatte. Neben und unter ihm leiteten republikanische Parteihäupter die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung, der Rechtspflege und des Kriegswesens, nämlich Favre

das Auswärtige, Gambetta das Innere, Leflô die Kriegsangelegenheiten, Crémieux, bekannt aus dem Jahr 1848 (XV, 1. 298), die Justiz, Jules Simon, der Vorkämpfer der Schulreform, Unterricht und Kultus, Fourichon die Marine, Darian die öffentlichen Arbeiten, Magnin den Ackerbau und Picard die Finanzen. Mit diesen obersten Staatslenkern, denen noch die Advokaten Jules Ferry und Glais-Bizoin und der ehemalige Abgeordnete Garnier-Pagès zugesellt waren, sollten Etienne Arago als Maire von Paris nebst seinen Adjunkten Floquet und Brisson und eine weitere Kommission, in welcher auch der aus dem Gefängnis befreite Rochefort als Barrikadenaufseher seine Stelle hatte, alle zur Nationalverteidigung erforderlichen Geschäfte besorgen. Selbst die Vorkämpfer der Sozialdemokratie, der aus seiner Haft befreite alte Verschwörer Blanqui und seine Kohorte, die Journalisten Felix Pyat, die „Hyäne der Revolution“, Jules Vallès, Raoul Rigault, Pascal Grousset, Vermersch, der Litterat Flourens, der Maler Courbet, in seinen politischen Ansichten seinem Kunstgenossen David ähnlich, die Mitglieder der Arbeiterverbindungen und der Sektionen des Pariser Zweigs der „Internationale“, die uns später als die Häupter der „Kommune“ begegnen werden, unterstützten aus Patriotismus die republikanische Verteidigungsregierung, sowenig auch die Grundsätze und Ziele in Übereinstimmung waren. Ein republikanischer Zentralausschuß der zwanzig Bezirke von Paris mit Unterausschüssen in jedem Bezirk stellte als Zweck seiner Thätigkeit auf: Abwehr des Feindes nach außen, Befestigung der republikanischen Einrichtungen im Innern.

Die kaiserliche Familie.

Die erste Handlung dieser neuen revolutionären Regierung war die Auflösung des Gesetzgebenden Körpers, in welchem die Bonapartisten die Mehrheit bildeten, und die Abschaffung des Senats. Die meisten Mitglieder beider Körperschaften verließen Paris in eiliger Flucht und erleichterten dadurch das Unternehmen ihrer Gegner. Der Palast Bourbon wurde geschlossen. Auch die Kaiserin Eugenie hatte bereits das Tuilerienschloß verlassen und sich auf geheimen Wegen in Begleitung einiger Kavaliere nach Belgien geflüchtet, von wo aus sie dann ein Asyl in England suchte. Dort traf auch bald ihr Sohn ein, jenes Enfant de France, dessen Geburt einst ganz Frankreich mit so großem Jubel gefeiert, der, nachdem er bei Saarbrücken zur Verherrlichung des militärischen Schaustücks gedient, vor der Schlacht bei Sedan über die belgische Grenze geschafft worden war. Prinz Jérôme Napoleon, kein Freund von Kriegsgefahren, hatte sich bereits zu seinem Schwiegervater nach Italien begeben, während seine Gemahlin Klotilde mit ihren Kindern auf Schloß Prangins in der Schweiz eine Zufluchtsstätte suchte. Die Schar der Höflinge, die noch vor kurzem im Vollgenuß des Glücks und der Ehre sich gesonnt hatte, stob, nur auf die eigne Rettung bedacht, nach allen Winden auseinander. Einige wenige Getreue begaben sich nach dem Landsitz Chiselhurst in Kent, wo die Kaiserin und der kaiserliche Prinz ihren Aufenthalt nahmen; einige andre gingen nach Kassel, in dessen

Nähe auf Schloß Wilhelmshöhe der Kaiser die Tage der Gefangenschaft verbrachte, in jenem schönen Lustschloß und Park, wo einst sein Oheim Jérôme Bonaparte sechs Jahre in Freude und Lustbarkeit verlebt hatte. Wie in den großen Tragödien Shakespeares auch der Humor und die Ironie neben den Szenen des Schreckens und der Gemütserschütterung eine Stelle finden, so geht auch oft durch die düstern Dramen der Weltgeschichte ein Zug von tiefwirkender Ironie. Die Gegensätze zwischen damals und jetzt konnten nicht drastischer gezeichnet werden, als durch die Nebeneinanderstellung der Demütigung und Erhöhung der beiden Völker und Reiche, die damals wie jetzt ihre Kräfte miteinander maßen. Nach dem Schiffbruch von Jena hatte bonapartistischer Übermut in Tilsit das Königreich Westfalen geschaffen; nach dem Sieg bei Sedan wurde der Erbe des Machthabers als Gefangener in die Räume Jérômescher Herrlichkeit geführt! Dort ein treues Volk, das mit seinem König niedergefahren und wieder auferstanden war; hier ein Herrscher, den die geknechtete Nation mit Flüchen abwarf und fortstieß!

Die Regierung der nationalen Verteidigung. Nicht leicht ist noch eine Regierung so formlos und so ohne alle Rechtsbasis ins Leben getreten, wie die Regierung der nationalen Verteidigung, die man mit Recht als Advokatenregiment bezeichnete, da die meisten Mitglieder und weitaus die Mehrzahl der von ihr angestellten Beamten diesem Stand angehörten. Unversöhnliche Widersacher des durch einen Staatsstreich zur Gewalt gelangten Kaisertums, haben sie sich mit Hilfe des Straßenpöbels durch einen gleichen Staatsstreich der Herrschaft bemächtigt, die Volksvertretung willkürlich und gewaltsam beseitigt, der Nation, ohne sie zu fragen, eine Parteiobrigkeit aufgezwungen, eine republikanische Verfassung aufgedrängt. Wie ehrenwert auch manche Mitglieder sein mochten, eine innere Harmonie herrschte nicht unter ihnen und in ihrem Gewissen mußten sie den Weg verabscheuen, auf dem sie unerwartet und ungesetzlich zur Macht emporgestiegen. Trochu allein war mit einer gesetzlichen Autorität ausgerüstet und rechtfertigte auch mit Umsicht und Thätigkeit das ihm erwiesene Vertrauen. Mit organisatorischem Geschick setzte er die große Stadt in Verteidigungsstand, armierte die Festungswerke, verstärkte die nationale Wehrkraft durch Einübung der städtischen Nationalgarde und durch Einberufung kriegstüchtiger Mannschaften aus der Provinz, brachte Mundvorrat aller Art ein. Die übrigen Mitglieder der Verteidigungsregierung, von denen drei (Crémieux, Simon, Gambetta) jüdischer Abkunft waren, hatten nur die Opposition gegen den cäsarischen Despotismus und die republikanische Gesinnung gemein; in allem andern gingen ihre Wege und Charaktere auseinander; nur die fieberhafte Aufregung und Anspannung aller Kräfte ließ den innern Zwiespalt wenig zu Tage kommen. Unter ihnen waren Jules Favre durch seinen ehrenwerten republikanischen Charakter und Gambetta durch seine Energie und südländische Beweglichkeit die bedeutendsten. Jener hatte im Gesetzgebenden Körper gegen den Krieg gestimmt und legte auf diese Abstimmung stets großes Gewicht. Auch Thiers

hatte den Krieg wider Preußen als unzeitgemäß verdammt, aber seine politischen Ansichten waren darum nicht freundlicher für den emporstrebenden Nachbar, und sein kriegdrohendes Ministerium aus den vierziger Jahren, dem man die Befestigung von Paris zu verdanken hatte (XV, 1. 109), stand noch in frischem Andenken. Klug und vorsichtig hielt er sich jedoch vom Regiment fern, um für künftige Möglichkeiten die Hand frei zu haben.

5. Der Krieg gegen das republikanische Frankreich.

1. Die Deutschen vor Paris. Lage und Stimmung in Frankreich.

Hatte die erste Republik der Welt die Parole hingeworfen: Krieg den Palästen, Frieden den Hütten! hatte die zweite Republik durch den Grundsatz: Eigentum ist Diebstahl! die sozialistische Fahne aufgesteckt, so begann auch die dritte ihre öffentliche Thätigkeit mit einer Phrase, die das Ausland blenden und die Meinung von unüberwindlicher Kraft und Entschlossenheit erwecken sollte. Sie stellte durch Jules Favre das Programm auf: Kein Fußbreit von unserm Land, kein Stein von unsern Festungen! und auch dieses Prinzip hat, wenngleich nicht bei der kriegführenden Macht, so doch im Ausland und unter den republikanischen Theoretikern Bekenner und Bewunderer gefunden. Es bildete sich jetzt bei den Neutralen und Doktrinären und bei Allen, welche den Weltfrieden auf die Fahne schrieben, aber im Grund der Seele die Machtstellung Preußens, den Sieg der Militärmonarchie haßten und fürchteten, eine Auffassung der Sachlage, eine Art öffentlicher Meinung, nach welcher mit der Abführung Napoleons der Krieg gegenstandslos geworden sei und zu Ende gehen müsse. Man liebte es in gewissen Kreisen, den Waffengang als einen großartigen Wettkampf zweier herrschsüchtigen Machthaber hinzustellen, der durch die Niederlage des einen seine Entscheidung gefunden habe; der Kaiser, hieß es, wollte den Krieg gegen den Willen der Nation; die Opposition in der gesetzgebenden Macht, in deren Hände nunmehr das Staatsruder übergegangen, habe von Anfang an gegen jedes kriegerische Vorgehen Einsprache erhoben; sie stelle die wahre Ansicht und Stimmung der Nation dar, die übrigen Deputierten seien nur der Ausdruck einer durch kaiserliche Einwirkung demoralisierten Wählerschaft gewesen und nun mit ihrem Haupt weggestoßen worden. Wie durch Übereinkunft wurde nun in allen neutralen und preußenfeindlichen Kreisen die ganze Schuld dem „Mann von Sedan" aufgebürdet: man fing sogar hier und da an, das bisherige Vorgehen der Preußen zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, vorausgesetzt, daß jetzt das siegreiche Heer sich mit den errungenen Lorbeeren begnügen und wieder in Frieden heimziehen würde; höchstens dürften sie eine mäßige Kriegskostenentschädigung verlangen. Diese Anschauung bildete jetzt den Maßstab des Urteils in allen lauwarmen Seelen, die am Kampf unbeteiligt oder durch das Zauber-

Die dritte Republik und die Neutralen.

wort „Republik“ geblendet in der Weiterführung des Kriegs eine Versündigung gegen den heiligen Geist erblickten. Die meisten dieser Stimmen würden eine Niederlage der Deutschen mit Freuden begrüßt haben; jetzt aber, da diese siegreich in das Herz Frankreichs gedrungen, rief man die Großmut an, predigte Mäßigung und Versöhnung. Und diese Auffassung war noch die günstigste; sie kam noch aus einem Heerlager, wo man sich die Miene gab, die Fehler und Gebrechen der Franzosen wohl erkannt zu haben, wo man sich sogar einiger Hinneigung zu Deutschland rühmte; aber noch weit größer war die Zahl derer, welche mit Wut und Zähneknirschen auf das siegreiche Vorrücken der deutschen Waffen blickten, bald das Gleichgewicht Europas bedroht wähnten, um die Regierungen zur Intervention zu treiben, bald die Freiheit in Gefahr sahen, um alle Demokraten und Republikaner für die Sache Frankreichs zu gewinnen, bald den gänzlichen Schiffbruch aller Kultur weissagten, wenn die „Fackel der Zivilisation“ ausgelöscht würde, bald für den alleinseligmachenden Glauben Schaden verkündeten, wenn die Vormacht der katholischen Kirche außer stand gesetzt würde, dem Papst den bisherigen Beistand zu gewähren. Diese mitleidigen Seelen, welche die barbarische Maßregel der Ausweisung aller Deutschen stillschweigend oder billigend hingehen ließen, waren die offenen oder geheimen Verbündeten der neuen Regierung. Der kluge Mann, der zwanzig Jahre lang über Frankreich geherrscht, kannte seine Nation sehr wohl; er wußte, daß nichts mehr sein gesunkenes Ansehen erheben, nichts mehr den alten Zauber des Napoleonischen Namens mit neuer Kraft erfüllen würde, als ein erfolgreicher Krieg um die Rheingrenze. Hätte sich das Waffenglück bei Weißenburg und Wörth für ihn erklärt, so war alle Opposition verstummt, so lag ganz Frankreich dem Sieger zu Füßen. Die Großmut der verbündeten Mächte gegen das französische Volk im Jahr 1814 und 1815 hat ihnen keinen Dank und Europa keinen Segen eingetragen; jetzt sollte ihm durch ein strengeres Vergeltungsrecht die Lehre zum Bewußtsein geführt werden, daß man nicht ungestraft die Nachbarländer fortwährend beunruhigen und bedrohen dürfe. Die seit Ludwig XIV. national gewordene Angriffspolitik sollte jetzt ihr Ende finden, die französische Nation sollte sich gewöhnen, in der europäischen Völkerfamilie nicht als das Haupt, sondern als eines der Glieder gelten zu wollen.

Die letzten Ziele des Kriegs. Es wurde früher erwähnt, daß der Ruf der Franzosen nach der Rheingrenze in der deutschen Nation den Gegenruf nach der Vogesengrenze geweckt habe: dieser Ruf war seit Anfang des Kriegs in der Presse so laut hervorgetreten, daß Bismarck ganz und gar die Volksstimmung für sich hatte, wenn er mit der Besitzergreifung der Länder Elsaß-Lothringen auch sogleich Anordnungen traf, welche auf eine dauernde Verbindung mit Deutschland hindeuteten. Die Aushebung für die französische Armee mittels Konskription wurde untersagt; die besetzten Departements wurden unter deutsche Verwaltung gestellt und erhielten eine neue Einteilung. Schon die Fürsorge für den ununterbrochenen Verkehr nach Deutsch-

land, welche den neuen Generalgouverneuren (Bismarck-Bohlen und Bonin) und den Etappeninspektionen zugewiesen ward, machte eine solche Anordnung notwendig. Man legte dabei preußischerseits weniger Gewicht auf die Stammverwandtschaft der alemannisch-lothringischen Bevölkerung, die noch in der Sprache fortdauert, noch betonte man das historische Recht, wonach diese dem weiland römischen Reich entrissenen und dann vertragsweise an Frankreich überlassenen Landschaften der deutschen Nation zurückgewonnen werden sollten: vielmehr stellte man die politischen und strategischen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Frankreich sollte durch die Lostrennung dieser Grenzlande außer stand gesetzt werden, Deutschland zu überfallen, in kriegdrohender Haltung mit gezücktem Schwert am linken Rheinufer zu stehen. Auch den Franzosen war es nicht entgangen, worauf man es in Deutschland abgesehen habe; wie ein furchtbares Gespenst grinste der drohende Länderverlust vom Rhein her. Darum hob Jules Favre in dem Rundschreiben an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Ausland über die Vorgänge in Paris die friedlichen Absichten des Volks und der Regierung in pathetischen Worten hervor, stellte aber zugleich jenes Programm von der Unantastbarkeit des französischen Bodens auf, das die einzige Basis eines dauerhaften Friedens sein könnte. Er mochte wohl selbst kaum glauben, daß ein siegreicher Monarch, dessen Heer mitten in Frankreich stand, ohne weiteres auf die Versicherung friedlicher Haltung umkehren werde; aber man war so sehr in den Gesichtskreisen vom Jahr 1792 befangen, man war so sehr von der Unüberwindlichkeit des republikanischen Frankreich überzeugt, daß man gar nicht zweifelte, die dritte Republik werde einen ähnlichen Siegeslauf vollbringen, wie die erste. „Will der König von Preußen einen gottlosen Kampf fortsetzen; will er der Welt des neunzehnten Jahrhunderts das grausame Schauspiel zweier Nationen geben, welche sich untereinander vernichten und uneingedenk der Humanität, der Vernunft, der Wissenschaft Ruinen und Leichen aufeinander türmen, so mag er die Verantwortlichkeit vor der Menschheit und vor der Geschichte tragen; will er uns eine Herausforderung hinwerfen, so nehmen wir sie an.“ Was Jules Favre im Glauben an die Macht der republikanischen Ideen und Einrichtungen wagte, das wünschte Gambetta in der Absicht, durch den Krieg die revolutionäre Diktatur zu begründen. So betrat man denn die Wege des alten Konvents und des Wohlfahrtsausschusses, in der Meinung, die Geister der Vergangenheit würden wieder erstehen und dieselben wunderbaren Erfolge erzeugen wie zur Zeit der Väter. Aber Menschen und Verhältnisse waren andre geworden.

Anmarsch der deutschen Heere und die Verteidigungsanstalten in Paris.

General Vinoy war mit einem Armeekorps auf dem Weg von Châlons nach Mezières, um sich mit Mac Mahon zu vereinigen. Als er aber von den Ereignissen in Sedan Kunde erhielt, gab er den Plan auf und kehrte, einzelne versprengte Truppenteile des geschlagenen Heeres an sich ziehend, nach Paris zurück, wo seine Mannschaften den Kern des Verteidigungsheeres bildeten, mit dem Trochu die Forts und die Riesenhauptstadt vor dem anrückenden Feind zu

schirmen gedachte. Alles, was noch außerdem Frankreich an waffengeübten Leuten aufzubringen vermochte, Marinetruppen, Zollwächter, Feuerwehrmänner, Forstaufseher, Polizeimannschaft zu Fuß und zu Pferd, ausgediente Soldaten, wurde zu demselben Zweck einberufen, so daß mit Inbegriff der ansässigen oder eingewanderten Mobil- und Nationalgarden die Zahl der Bewaffneten sich wohl auf 400,000 Mann belaufen mochte. Man durfte sich auf einen großen Kampf gefaßt machen; denn schon waren die beiden Armeen, welche bei Sedan gefochten, unter den Kronprinzen von Preußen und Sachsen auf dem Marsch nach der Hauptstadt begriffen, am 5. September war das ganze sechste Armeekorps unter General Tümpling in Reims vereinigt und schon am 15. nahm der König nach einem kurzen Aufenthalt in der alten Krönungsstadt mit dem Generalstab sein Hauptquartier in Meaux. Von welcher Erbitterung und blinden Wut die Franzosen durch die revolutionäre Aufregung und durch die maßlose Sprache der Journalisten und Demagogen bei der Annäherung der Deutschen erfüllt wurden,
9. Sept. 1870. bewies der Vorfall in Laon. Nachdem Stadt und Citadelle von dem Kommandanten, General Theremin d'Hame, vertragsweise dem Oberst von Alvensleben von der Kavalleriedivision des Großherzogs von Mecklenburg übergeben und von den Deutschen besetzt worden, flog das Pulvermagazin in die Luft, so daß gegen hundert deutsche Soldaten und Offiziere und eine noch größere Zahl französischer Mobilgarden getötet oder verwundet wurden. Unter den Verwundeten befanden sich der Divisionskommandeur Herzog Wilhelm zu Mecklenburg-Schwerin und der Major v. Schönfels vom Generalstab. Theremin selbst, den man anfangs für den Urheber hielt und in Haft setzte, erlag vier Wochen nachher der bei der Explosion erhaltenen Kopfwunde. In der Folge stellte es sich heraus, daß die That die verbrecherische Handlung eines fanatischen Zeugwarts war. Pariser Blätter waren ehrlos genug, einen solchen Verrat, welcher noch dazu der Stadt und den französischen Besatzungstruppen den größten Schaden zufügte, als ein Exempel von patriotischem Heroismus zu preisen! „Ein Land, wo solche Thaten geschehen," rief die France aus, „wird sich nie der fremden Invasion beugen. Das Altertum bietet nichts Größeres."

Der Major v. Schönfels vom Generalstab, der einige Jahre nachher an den Folgen der Verwundung starb, sprach die Ansicht aus, daß General Theremin um die That gewußt habe. Die Explosion sollte erst erfolgen, wenn alle Franzosen die Citadelle geräumt haben würden und diese allein von den Preußen besetzt worden sei; aber die Explosion sei zu frühe erfolgt, ehe noch die Räumung und Besetzung vollständig bewerkstelligt gewesen. Seine Ansicht über die Schuld des Kommandanten begründete er mit folgenden Angaben: 1. daß der Kommandant, unserm Vorschlag zuwider, auf der Waffenübergabe in der Citadelle, nicht in der Stadt gedrungen; 2. daß alle Einwohner, unmittelbar nach dem Vorfall, ihn als den Urheber bezeichnet; 3. daß mir sein Benehmen in der Citadelle sehr sonderbar, verlegen und erregt erschienen; 4. daß ich ihn nach der Katastrophe in die Citadelle zurückkehren gesehen und daß sich dort hernach noch ein nicht mit aufgeflogenes Pulver-

magazin vorgefunden, und 5. daß er jedenfalls für die Unterlassung der Ablieferung der Magazinschlüssel und die Abwesenheit des Artilleriebeamten zur Verantwortung zu ziehen war. Der Auditeur fand jedoch diese Gründe den übrigen Aussagen gegenüber nicht stichhaltig. Der General wurde für unschuldig erklärt und die Schuld dem Artilleriebeamten Henri zugemessen, der spurlos verschwunden geblieben.

Die Erregung des französischen Volks und der Hauptstadt erreichte den höchsten Grad, als die deutschen Truppen nach einigen kleinen Gefechten allmählich die Einschließung von Paris vollführten, so daß die Armee des Kronprinzen von Sachsen sich am rechten Ufer der Seine und untern Marne auf der Linie von Argenteuil über Montmagny, Blanc Menil durch den Wald von Bondy bis Gournay aufstellte, während die dritte Armee des Kronprinzen von Preußen das linke Ufer von der erwähnten Station Gournay an der untern Marne über Bonneuil, Choisy le Roy, Thiais, Chevilly, Sceaux, Meudon, Sèvres nach Bougival besetzte. Auf der Halbinsel von Argenteuil sollten sich beide Armeen die Hand reichen. In diesem nördlichen und südlichen Halbkreis des eisernen Ringes waren die einzelnen Heerabteilungen, die durch Nachzüge allmählich wohl die Höhe von 250,000 erreichten, in der Art verteilt, daß die preußischen Armeekorps vorzugsweise den Norden und Westen innehatten, während im Süden die Bayern unter Hartmann und v. d. Tann, im Osten die Sachsen unter Prinz Georg, die Württemberger unter Obernitz mit den Preußen gemeinschaftlich die Festungslinie bewachten. Nach den Gefechten von Petit-Bicêtre und Châtillon wurde die Einschließung vollendet, indem mehr als sechs deutsche Armeekorps in elf Meilen langer Fortentwickelung den Wällen von Paris unmittelbar gegenüber, stellenweise sogar im Bereich des Festungsgeschützes standen. Die deutschen Waffen hatten bisher so merkwürdige, so überraschende Erfolge gehabt, daß man auch in dem großartigen Belagerungskrieg, der nun gleichzeitig in Metz, in Straßburg und in Paris im Gang war, einen ähnlichen glücklichen und schnellen Verlauf hoffen durfte. Wie sollte namentlich Paris, die Stadt der Sinnengenüsse und des sybaritischen Lebens, wo durch die Einwanderung vieler Familien aus der Umgegend mit Kindern und Habe die Bevölkerung auf mehr als zwei Millionen gestiegen war, den Anstrengungen, den Entbehrungen, den Leiden einer langen Blockade widerstehen können! Man wußte wohl, daß Paris unter Ludwig Philipp und unter dem zweiten Kaisertum zu einer Festung ersten Ranges umgeschaffen worden war, daß eine Umwallung von vierundneunzig armierten Bastionen den innern Umkreis schützte, daß in einer nicht unbeträchtlichen Entfernung von dieser bastionierten Hauptumwallung ein Kranz von vorgeschobenen Werken sich erhob, welche, vortrefflich befestigt und mit Besatzung und Geschütz aufs beste ausgerüstet, jedem feindlichen Angriff trotzten, jede gewaltsame Annäherung mit dem sichern Tod bedrohten, daß insonderheit die Werke auf dem kegelförmigen Hügel Valérien im Westen zwischen Nanterre und Suresnes für uneinnehmbar galten; man wußte, daß selbst außer diesem doppelten Festungs-

Die Einschließung von Paris.

19. Sept. 1870.

gürtel auf den Hügelreihen, die das Becken von Paris bis zu drei- und vierhundert Fuß Höhe umgeben, noch verschanzte Linien und Redouten angebracht waren, die miteinander verbunden eine dritte äußerste Umwallung bildeten, abgesehen von den Barrikaden, durch die noch die Eingänge in die Straßen abgesperrt werden sollten. Aber trotz dieser Befestigung, wozu noch im Norden St.-Denis mit einer Gruppe von Forts gerechnet werden muß, und trotz der Militärmacht in den Festungsräumen, wohl doppelt so stark als die Belagerungsarmee, hofften die Deutschen die Stadt bald zur Ergebung zu zwingen. Man zählte auf die unwiderstehliche Macht des Hungers, da man die Verproviantierung einer solchen Riesenstadt auf Monate für eine Unmöglichkeit hielt. Man war daher vor allem beflissen, Paris zu isolieren und jede Zufuhr abzuschneiden, indem man durch Besetzung sämtlicher Eisenbahnen, durch Absperrung aller Zugänge und durch militärische Einschließungswerke die Verbindung mit dem übrigen Land unterbrach und jeden Ausfall zu verhindern suchte. Auf sich selbst beschränkt und von allem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, sollte die Pariser Bevölkerung zur Unterwerfung und Kapitulation gezwungen werden. Ein stürmender Angriff schien ein zu gewagtes Unternehmen. Durch Befestigungsarbeiten aller Art, Erdwerke, Einschnitte für Geschütze, Barrikaden, Blockhäuser, Verhaue, Schützengräben, Befestigung von Dörfern und Gehöften, durch Observatorien und Telegraphenverbindungen suchte man die Einschließungslinie un-
30. Sept. 1870. durchdringlich zu machen. Schon der erste Ausfall im Süden gegen L'Hay und Chevilly, wobei der General Guilhem vom Korps Vinoy gegen Truppen des sechsten Armeekorps unter General Tümpling den Tod fand, endete mit einem verlustvollen Rückzug der Franzosen. Aber alle Schritte der Regierung ließen deutlich erkennen, daß sie gesonnen war, den Krieg bis aufs äußerste fortzuführen; und die Widerstandskraft der Republik und ihrer Hauptstadt erwies sich nachhaltiger als man sich deutscherseits gedacht hatte.

Der Belagerungskrieg. So begann denn an drei Hauptstellen und mehreren Nebenplätzen ein Festungskrieg, der an Beschwerden, Mühsal und Leiden den Winterfeldzug in der Krim übertraf. Nicht minder reich an Gefahren und Anstrengungen als der Schlachtenkrieg im Feld waren die Kämpfe vor den Mauern und Wällen, die sich in den Herbst und Winter hineinzogen, ohne die Poesie, ohne die aufregende Abwechselung, die jener darbietet. Auf Vorposten den feindlichen Kugeln ausgesetzt, in den Laufgräben und Schanzwerken zu beschwerlichen Arbeiten angehalten, durch schlimme Witterung, durch Nässe und Kälte, durch dürftige Nahrung und Kleidung, durch mangelhafte Pflege und schlechtes Obdach in ihrer Gesundheit angegriffen, haben die deutschen Soldaten vor den Festungen unsägliche Drangsale, Leiden und Mühseligkeiten ertragen müssen und ertragen: und wie mancher ist bei den häufigen Ausfällen, die sie alle mit heldenmütiger Tapferkeit zurückschlugen, vor den Wällen oder unter den Händen der Militärärzte seinen Wunden erlegen, wie mancher in den Lazaretten am Typhus, an der Ruhr,

an andern epidemischen Krankheiten gestorben, wie mancher mit verstümmeltem oder siechem Körper heimgekehrt! Die meisten Gefahren drohten vor Metz. „Hier lagerte die Armee auf einem Leichenfeld, wie die Geschichte kaum ein zweites kennt, und in den aus demselben aufsteigenden Miasmen lag eine Gefahr, welche selbst den schließlichen Erfolg in Frage stellen konnte. Diese Gefahr wuchs, als vom 6. September an unaufhörliche Regengüsse den Boden durchweichten, die Erde von den mühsam aufgerichteten Grabhügeln wegschwemmten und die Biwakplätze der Truppen allmählich in wahre Moräste verwandelten." In der That begannen Ruhr und Typhus die Reihen zu lichten, die Krankenzahl stieg auf fünfzehn vom Hundert. Allein die Truppen hielten standhaft aus und überwanden alle Schwierigkeiten ihrer Lage, unterstützt und ermutigt durch die Sorgfalt ihrer Vorgesetzten, wie durch die Teilnahme der ganzen Nation, welche hier reiche Gelegenheit fand und freudig ergriff, denen, die mutig fürs Vaterland stritten, den Tribut ihrer Liebe und Dankbarkeit darzubringen. Die bei Ausbruch des Kriegs in allen Teilen Deutschlands gebildeten Vereine für freiwillige Krankenpflege entwickelten eine hilfreiche Thätigkeit. Nicht weniger schrecklich und leidensvoll war die Lage der Eingeschlossenen. Wenn die bewaffneten Mannschaften der Garnison auf dem Wachtdienst, bei nächtlichen Angriffen, bei gewagten Ausfällen dem Tod stets ins Angesicht blicken mußten, oder in feuchten Kasematten und Festungsräumen voll Unreinlichkeit und ungesunder Luft ein trübseliges Dasein im ermüdenden Einerlei der Arbeit, der Entbehrung, der Not verbrachten, immerwährend den Tag vor Augen, da der unvermeidliche Fall eintreten werde und Entwaffnung und Gefangenschaft als Lohn alles Ringens und Mühens ihnen bevorstehe: so schwebten die Bürger der Stadt, schwebten Frauen und Kinder in der Gefahr, von den furchtbaren Geschossen zerschmettert, unter einbrechenden Mauern und Dächern begraben, in Kellerräumen verschüttet zu werden; sahen die Ärmeren mit Todesangst die Lebensmittel dahinschwinden oder einen für sie unerschwinglichen Preis ersteigen, so daß sie mit Pferdefleisch, mit widerlichen und ungesunden Speisen oft ohne Salz den Hunger stillen mußten. Wie mancher Mutter hat es das Herz zugeschnürt, wenn sie die Kleinen aus Mangel an weicher Nahrung, an frischer Milch, an Eiern, an Butter dahinschmachten sah! Und wie viele, wenn sie das Leben vor den feindlichen Kugeln, vor Krankheit und Hunger gerettet, hatten ihre Habe, ihre Häuser, die Mittel ihres Unterhalts durch Brand oder Verwüstung eingebüßt und waren an den Bettelstab gebracht! Ein solches Meer von Elend und Kummer, von Leiden und Tod ist selten über die Menschenwelt hereingebrochen. Und was war für den Franzosen das Ende dieser Qualen, die Frucht der blutigen Aussaat? Ein zusammengebrochenes Reich, das sich nur mühsam wieder aufzurichten vermochte, verlorne Schlachten, Einbuße an Macht, Ruhm und Wohlstand. Dagegen konnte der Deutsche mit gehobener Seele auf die durchlebten Tage des Kampfes und der Anstrengung blicken. Das Blut seiner Söhne ist nicht umsonst vergossen, die

Die Leidensgeschichte vor und in Metz.

schwere Arbeit ist nicht umsonst verrichtet, das große Leid nicht umsonst getragen worden! Neben den Thränen der Wehmut für die Opfer flossen auch Thränen der Freude über die errungenen Früchte. Die idealen Güter, der Schatz des Ruhmes und der Ehre waren gemehrt worden, und was lange getrennt war, hatte sich in treuer Waffenbrüderschaft zusammengefunden. Auf den Schlachtfeldern von Wörth, Gravelotte und Sedan und in den Laufgräben von Straßburg, Metz und Paris ist der Bund der deutschen Stämme geschlossen worden. „Treue um Treue" soll fortan die Losung sein.

Die kriegführenden Mächte und das Ausland. Die republikanische Regierung besaß eine angemaßte Gewalt. Nur eine freigewählte Nationalversammlung konnte über das Schicksal der französischen Nation entscheiden. Diese sollte denn auch auf den 16. Oktober einberufen werden. Aber es war den Herren, die das Regiment an sich gerissen hatten, kein rechter Ernst damit. Eine revolutionäre Diktatur, wie sie namentlich Gambetta im Auge hatte, sollte zuvor die Republik befestigen und womöglich zugleich den Frieden herbeiführen. Drei Mitglieder der Regierung (Crémieux, Fourichon und Glais-Bizoin) wurden noch vor der gänzlichen Einschließung der Hauptstadt als besondere Delegation nach Tours beordert, um die Verbindung mit den Provinzen aufrecht zu erhalten. Zugleich wurde der Versuch gemacht, die Großmächte, die an dem Krieg unbeteiligt waren, zu einer vermittelnden Intervention und zur Anerkennung der neuen republikanischen Staatsordnung zu bewegen. Denn wenn auch die europäischen Höfe ihre Gesandten nicht abberiefen und die diplomatischen Verbindungen fortbestehen ließen, so erfolgten doch nur von Amerika, der Schweiz und Spanien amtliche Anerkennungen, die übrigen Regierungen beobachteten eine zuwartende Haltung. Zu der wichtigen und zarten Mission wurde der greise Staatsmann und Historiker Thiers ausersehen, der auch trotz seiner dreiundsiebzig Jahre sofort die beschwerliche Reise nach London, St. Petersburg, Wien und Florenz antrat. Diesen Vorgängen und Bemühungen gegenüber mußte auch die preußische Kriegspolitik im Hauptquartier Stellung nehmen, und sie that dies mit der Aufrichtigkeit und dem Geschick, wie sich vom Grafen Bismarck erwarten ließ. Weit entfernt, in die Bahnen der Verbündeten von 1814 und 1815 einzulenken und sich für eine bestimmte Regierung auszusprechen, der man in Frankreich zur Herrschaft verhelfen wolle, vermied der Minister vorsichtig jede Einmischung in die innern Angelegenheiten. Man nahm die Zustände, wie sie sich gebildet, als thatsächlich bestehend hin, behielt sich aber die Freiheit des Handelns nach dem fernern Verlauf der Dinge als selbstverständlich vor. Dagegen bezeichnete der Bundeskanzler in zwei Rundschreiben an die diplomatischen Agenten im Ausland, von Reims am 13. und von Meaux am 16. September, genau den Standtpunkt, den die preußische Politik gegenüber dem Programm Favres und einer möglichen Einmischung der neutralen Mächte einzuhalten gedächte. Er hob darin hervor, daß der von Kaiser Napoleon begonnene Krieg von den Vertretern der Nation gebilligt worden und somit ganz

Frankreich für die Folgen verantwortlich sei. Deutschland müßte daher Bürgschaften verlangen, die es in Zukunft gegen kriegerische Angriffe sicherstellten oder wenigstens dieselben erschwerten. Denn der französische Nationalstolz würde die erlittene Niederlage nie verzeihen und stets nach Rache schreien. „Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vorteile als den Ruhm unsrer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Wenn Straßburg und Metz in deutschen Besitz übergingen, würden sie einen defensiven Charakter annehmen.“ Damit war also eine Abtretung französischen Gebiets als Grundlage eines Friedensschlusses hingestellt und dem Prinzip Favres ein Gegensatz geschaffen. Den neutralen Mächten aber wurde zu Gemüte geführt, daß, falls sie in den Franzosen die Hoffnung einer diplomatischen oder materiellen Intervention nähren sollten, dies nur eine Verzögerung des Friedens zur Folge haben würde; denn Preußen werde in einem Krieg, zu dem es gezwungen worden und zu dessen Verhütung Europa keine ernstlichen Versuche gemacht, keine fremde Einmischung zulassen.

Wie sehr Bismarck mit diesen Grundsätzen im Sinn des deutschen Volks handelte, bewiesen zahllose Zuschriften und Adressen, die von allen Seiten einliefen und die Fernhaltung jeder fremden Einmischung als eine Forderung der nationalen Ehre betonten. Der Gedanke, daß die neutralen Höfe in einem Krieg, den sie nicht verhindern gekonnt oder gewollt, dem Sieger die Früchte verkümmern sollten, war um so unerträglicher, als man alle Völker mit ihren Neigungen auf seiten des Feindes sah und englische Kaufleute Waffen und Kriegsmaterial über den Kanal schafften. Die Mission von Thiers trug daher auch der französischen Republik keine nutzbaren Früchte. Aber auch die direkten Verhandlungen, welche Jules Favre mit Bismarck zuerst im Schloß Haute Maison bei Montry, dann im Hauptquartier zu Ferrières führte, blieben erfolglos. Es handelte sich zunächst um einen Waffenstillstand von drei Wochen zum Zweck der Einberufung einer Nationalversammlung, von der dann die Friedensschließung ausgehen sollte. Bismarck verlangte, daß drei der belagerten Festungen, Straßburg, Bitsch und Toul den Deutschen eingeräumt würden und die Besatzung der ersten in Kriegsgefangenschaft gegeben werde; für den Fall, daß die Versammlung nach Paris berufen und für die Dauer der Beratung eine Verproviantierung gestattet werden sollte, forderte er einen militärischen Ersatz, etwa die Überlassung des Mont Valérien, oder wenn die Konstituante in Tours zusammentrete, die Erhaltung des gegenwärtigen Standes vor Paris. Diese Bedingungen wies Jules Favre als ehrlos zurück; ebensogut, meinte er, könnte Bismarck lieber gleich Paris selbst verlangen. Ein Rundschreiben, das er in der Folge an die auswärtigen Höfe richtete, entwickelte in wortreicher Ausführlichkeit

Unterhandlungen und Proklamationen.

19. 20. Sept. 1870.

die Gründe, weshalb die Pariser Regierung auf die Vorschläge Bismarcks nicht habe eingehen können, und zeigte in seinem Verlauf und in seinem Schluß, wie wenig die französischen Machthaber den Stand der Dinge zu beurteilen vermochten: „Ich ziehe unsre Leiden, unsre Gefahren und Opfer dem unbeugsamen und grausamen Ehrgeiz unsres Feindes vor. Ich habe die feste Überzeugung, daß Frankreich siegreich sein wird. Würde es besiegt, so würde es in seinem Unglück noch so groß dastehen, daß es ein Gegenstand der Bewunderung und der Sympathie für die ganze Welt sein würde. Dort liegt seine wahre Kraft, darin wird vielleicht seine wahre Rache liegen.“ Und die Delegation von Tours er-
24. Sept. 1870. klärte in einer Proklamation an das französische Volk, daß der Krieg fortgeführt werden müsse, weil Preußen Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken wolle. „Auf Grund des Eroberungsrechts verlangt Preußen Elsaß und Lothringen bis Metz. Für die Bewilligung eines Waffenstillstandes wagt es die Übergabe Straßburgs, Touls und des Mont Valérien zu fordern. Eher würde das erbitterte Paris sich unter seinen Trümmern begraben. Auf so anmaßende Ansprüche gibt es keine Antwort als den Kampf bis aufs äußerste. Frankreich nimmt diesen Kampf an und rechnet dabei auf alle seine Kinder.“ Umsonst wies Graf Bismarck in einer diplomatischen Zirkulardepesche den Vorwurf zurück, daß Frankreich durch den Verlust von Elsaß und Lothringen zu einer Macht zweiten Ranges herabgedrückt werde, indem er auf den Erwerb von Savoyen und Nizza und auf die Eroberungen in Algerien sich berief, welche die verlangten Abtretungen weit überträfen und erst seit wenigen Jahren oder Jahrzehnten mit Frankreich vereinigt worden seien; der Krieg aufs äußerste war die Losung des Tages in dem republikanischen Paris, und alles vereinigte sich, um das Volk zum Haß und Fanatismus gegen die Deutschen aufzustacheln. Alle Verbannten und Flüchtlinge des Kaiserreichs kehrten jetzt zurück, unter ihnen die Republikaner vom Jahr 1849, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Quinet, Viktor Hugo, Schölcher, die Heiligen des Pariser Kleinbürgertums, ferner die Blanqui, Cluseret, Delescluze, die Anhänger föderalistischer Selbstverwaltung und Jakobinischer Konventsherrschaft. Auch die Orleaniden zeigten sich wieder und trugen sich mit stolzen Hoffnungen. Und wie weit die Ansichten und Absichten der Heimgekehrten auseinander gingen, in den Kundgebungen eines glühenden Eifers für Frankreich und des Hasses und der tödlichen Feindschaft gegen die „nordischen Eindringlinge“ waren alle einig, suchte einer den andern zu überbieten. Der Haß gegen die Deutschen galt als nationale Pflicht, als patriotisches Gefühl. Selbst der alte Graf Chambord ließ seine verklungene Stimme in diesem Ton erschallen. Es schien, als ob die Herrschaft über Frankreich als Kampfpreis ausgesetzt wäre für solche, die am heftigsten die Volksleidenschaften anfachten, am lautesten den eignen Ruhm und die fremde Schande ausriefen, am geschicktesten die Phrasen handhabten, die der Menge gefielen. Es machte einen wunderlichen Eindruck, als der alte Romantiker Viktor Hugo an die

Deutschen einen Friedensaufruf richtete, der an Schwulst und hochtönenden Phrasen alles überbot, was noch jemals rhetorisches Pathos hervorgebracht, in welchem das dem deutschen Charakter und den „Nachkommen der teutonischen Ritter" gespendete Lob nur als Folie diente, um die Verherrlichung der französischen Nation und der hochherzigen Kulturstadt Paris desto glänzender hervortreten zu lassen. Aber Posaunentöne stürzen keine Mauern mehr um, wie in den Tagen Josuas. Selbst der Volkskrieg der wildesten Art, zu dem man die Franzosen aufrief, und der auch bald in Szene gesetzt ward, vermochte nicht „die Eindringlinge" zu vernichten.

2. Der Belagerungskrieg vor Straßburg.

Am 24. September, dem Tag, an welchem die Proklamation von Tours die Bedingungen des Waffenstillstands für unannehmbar erklärte, war bereits eine der verlangten Festungen gefallen. Toul, die alte lothringische Stadt, schon längere Zeit von Truppen des Großherzogs von Mecklenburg belagert, sah sich nach einer furchtbaren Beschießung zur Kapitulation gezwungen, ein wichtiger Besitz für die Deutschen, weil dadurch die Eisenbahnverbindung vom Rhein bis nach Paris ohne Unterbrechung hergestellt ward. Und wenige Tage nachher drang die Kunde in die Welt, daß auch Straßburg, dessen Auslieferung die französischen Staatsmänner als die größte Ehrlosigkeit von sich gewiesen, nach dessen heldenmütigem Verteidiger, General Uhrich, die Pariser eine Straße benannt, in die Hände der Deutschen gefallen sei.

(Randnotizen: Übergabe von Toul. — 23. Sept. 1870. — 27. Sept.)

Die altehrwürdige Hauptstadt von Elsaß, die einst auf verräterische Weise dem Deutschen Reich entrissen worden, hatte sich mit der Zeit in ihr Schicksal gefunden; die Vorteile und die Ehre, einem großen Staat anzugehören und von den Jämmerlichkeiten eines verlotterten, in politische Ohnmacht und Unbehilflichkeit versunkenen Gemeinwesens erlöst zu sein, waren der Bürgerschaft ein genügender Ersatz für die verlorne Stammverwandtschaft, waren das Schmerzensgeld für die hart geschädigte und gefährdete Nationalität. Doch hatte die Stadt bis zur französischen Revolution mit den alten Privilegien und der reichsstädtischen Verfassung auch noch ihren deutschen Charakter bewahrt, so daß Goethe das internationale Zwischenland noch als Halbfrankreich bezeichnen konnte. Erst seitdem diese mächtige Weltbegebenheit, wie in ganz Frankreich, so auch in den Departements Ober- und Niederrhein die historische Vergangenheit weggefegt, hatte alles einen französischen Anstrich angenommen, war das ganze öffentliche Leben französisch geworden, und die Männer von Elsaß und Straßburg, deren Namen ihre alemannische Herkunft unleugbar verrieten, brüsteten sich mit ihrer französischen Nationalität und bewarben sich bei dem keltisch-romanischen Nachbarvolk um die Ehre der Ebenbürtigkeit. Die Bevölkerung glich zwei zusammenfließenden Strömen, die noch längere Zeit nach ihrer Vereinigung durch ihre

(Randnotiz: Straßburg vor der Belagerung.)

Farbe den verschiedenen Ursprung andeuten, bis sie endlich zu einer gemeinsamen Wasserfläche sich sammeln. Schon am 7. August erfuhren die Straßburger durch Flüchtige und Verwundete die Niederlage bei Wörth und zugleich strömte das Landvolk massenweise mit seinen Habseligkeiten in die Stadt herein. Die Auf-
10. Aug. 1870. forderung eines Parlamentärs wurde zurückgewiesen und mit einer Proklamation des Kommandanten Uhrich beantwortet, daß die Stadt, mit Besatzung, Geschütz und Proviant reichlich versehen, sich aufs äußerste verteidigen werde. Und der energische Befehlshaber hat sein Wort treu gehalten, wenn auch die Verteidigungsanstalten keineswegs in so glänzendem Zustand waren, wie er glauben machen wollte. Die Garnison betrug, die Nationalgarde nicht eingerechnet, 17,000 Mann, von denen jedoch nur 11,000 kriegsbrauchbar, die andern noch in der Organisation und ersten Ausbildung begriffen waren, und die Vorräte waren nicht reichlicher bestellt als in Metz. Man war fest überzeugt gewesen, daß der Krieg auf deutscher Erde durchgefochten werden würde; warum sich denn mit unnützen Zurüstungen beschweren! Aber bald genug sollte Straßburg alle Bitterkeiten einer Belagerung kosten, die um so eingreifender waren, als keine vorgeschobenen Forts den Feind in der Ferne hielten, vielmehr schon nach einigen Tagen badische Truppen, welche anfangs unter General Beyer die Einschließung
13. Aug. allein vornahmen, die Dörfer Schiltigheim, Bischheim, Hausbergen, Königshofen besetzten und somit die Stadt von dem innern Land abschnitten. Bald wurde auch das Dorf Ruprechtsau in den Belagerungskreis eingeschlossen, und
15. Aug. schon der Napoleonstag, sonst ein Tag der Lustbarkeit und Festfreude, sah Granaten hereinfliegen, welche in Häusern und auf Dächern manche Verwüstung anrichteten, zum großen Entsetzen der Bewohner, die von solcher Gewalt und Tragweite des feindlichen Geschützes keinen Begriff hatten.

Die Beschießung und die Leidenstage im August. Doch waren dies alles nur Vorspiele der spätern Schrecken. Die Belagerungsarmee war durch preußische Truppen verstärkt und unter den Oberbefehl des entschlossenen, willenskräftigen Generals v. Werder gestellt worden, der die Rheinstadt von allen Seiten einschloß und Anstalten zur Beschießung traf. Der Festungskommandant Uhrich lehnte nicht bloß die wiederholte Aufforderung zur Übergabe ab, sondern er weigerte sich sogar, das Militärhospital aus der Nähe der Citadelle zu verlegen und das auf dem Münster eingerichtete Observatorium zu entfernen, wodurch dieses herrliche Denkmal gotischer Baukunst, das der deutsche General schonen wollte, in den Kreis des Geschützfeuers gezogen ward. Werder hatte, als er die Beschießung anordnete, den Zweck, die Kasernen, Waffenplätze und Magazine zu zerstören und zugleich die Einwohner durch Einschüchterung dahin zu bringen, daß sie den Festungskommandanten zur Kapitulation zu bewegen suchten. „Das Schicksal der braven Stadt Straßburg," sagt Rüstow, „muß jedem anständigen Mann zu Herzen gehen, welcher Nationalität er angehöre, welcher politischen Überzeugung er sei. Darüber darf aber nie der Gerechtigkeit vergessen werden. In Frankreich ward der Beschießung von Straßburg allge-

mein nur als eines Aktes deutscher Barbarei gedacht. Allein daß General Uhrich sagte, wenn die Deutschen in die Stadt eindrängen, so würde er sich in die Citadelle zurückziehen und von dort aus die Stadt bombardieren, ward von den französischen Zeitungen als Heroismus gepriesen.“ Vom 18. an folgten Geschosse auf Geschosse, so daß die Beerdigungen nicht mehr auf den gewöhnlichen, außerhalb der Mauern gelegenen Friedhöfen vorgenommen werden konnten, sondern der botanische Garten zum Totenfeld gewählt ward, wo bald zahllose Kreuze als Denkmale des schrecklichsten Dramas zum Himmel emporschauten. Besonders furchtbar wütete das Geschützfeuer am 24. August. „Um elf Uhr,“ erzählt 24. Aug. 1870.
Fischbach, ein Leidensgenosse jener Tage „erschallten plötzlich zwischen dem Gekrach der Granaten Feuerrufe von den Wächtern des Münsterturmes. Es brennt in der Neukirche! Ein wenig später schrien sie: Feuer in der Münstergasse! eine halbe Stunde darauf: Feuer am Broglie! Feuer in der Meisengasse! Feuer auf dem Kleberplatz! Feuer am Finkmattstaden! Feuer in der Schildgasse! Die ganze Nacht ertönt dieser entsetzliche Notschrei und ein ungeheurer roter Widerschein beleuchtete schauerlich die ganze Stadt. Wie viele Schätze wurden ein Raub der Flammen!“ Das Gemäldemuseum mit wertvollen Bildern alter Meister, die Neukirche, das größte protestantische Gotteshaus mit einer berühmten Orgel und einem merkwürdigen „Totentanz“ in Fresko, ein Sinnbild der schrecklichen Gegenwart, die Stadtbibliothek mit unschätzbaren Manuskripten, Inkunabeln und Urkunden und so vielen historischen Erinnerungen, die schönen Häuser der vornehmen Stadtteile fielen der Kriegsfurie zum Opfer; ganze Straßen, vor allen die Steinstraße, waren Ruinen und Schutthaufen! Die wehrlose Bevölkerung flüchtete in die Keller, die wehrhafte versuchte mit Heldenmut den Bränden Einhalt zu thun, von der Vaterstadt zu retten, was zu retten war. Vergebens versuchte der Bischof von Straßburg im deutschen Hauptquartier eine 25. Aug.
Vermittelung zu bewirken, eine Schonung der Stadt und der Bürgerschaft zu erzielen; da der Kommandant Uhrich jedes Zugeständnis verweigerte, so mußte vor der unerbittlichen Kriegsstrenge die Humanität zurücktreten. Nicht einmal den Frauen, Kindern und Greisen durfte der Abzug gestattet werden, weil dadurch die Hungersnot, ein mächtiger Verbündeter der Belagerer, verzögert worden wäre. So dauerte denn das schreckliche Schauspiel an den beiden folgenden Tagen fort. 26. 27. Aug.
Der Gedanke einer Übergabe wurde von der Garnison wie von der Nationalgarde entschieden abgewiesen; die gesamte Bürgerschaft verschmähte es, den Kommandanten durch Vorstellungen zum Nachgeben zu bestimmen. Eine neue Gemeindevertretung, durch das allgemeine Vertrauen ernannt, nahm die städtische Verwaltung und die Verpflegung der Verwundeten, Kranken, Obdachlosen und Hilfsbedürftigen in die Hand. Alle öffentlichen Gebäude wurden zu Notwohnungen hergerichtet. Aber jeder Tag brachte neue Leiden. Nicht genug, daß die Nahrungsmittel immer seltener und teurer wurden, daß Milch und Bier ausgingen, daß der Aufenthalt in Kellern und Erdgeschossen die Krankheiten mehrte,

Diebe und Verbrecher benutzten die Verwirrung zu Frevelthaten. Und dennoch machten nur wenige Gebrauch von den Geleitscheinen, die von dem deutschen Hauptquartier an bestimmte Personen ausgestellt wurden. Lügenhafte Botschaften von Siegen und herannahenden Entsatzheeren nährten noch falsche Hoffnungen, als schon das Kaiserreich zusammengestürzt und die ganze militärische Gloire in deutschen Festungen und Barackenlagern untergebracht war.

Fortgang der Belagerung im September. Während General v. Werder auf dem linken Rheinufer das Geschützfeuer gegen die Stadt richtete, hatten auf der rechten Stromseite die badischen Batterien oberhalb Kehl die Citadelle mit großem Erfolg bombardiert und die Militärgebäude und Magazine in Trümmer geschossen. Da ließ zur Vergeltung der französische Kommandant die offene Stadt Kehl in Brand schießen, eine Maßregel, die strategisch kaum zu rechtfertigen war, weil die Batterien weit von dem Ort entfernt standen. Es sollte ein Strafgericht für Straßburg sein; auch konnten möglicherweise feindliche Soldaten sich dort verborgen halten. Gegen Ende August war die deutsche Artillerie so vollständig, daß Werder, einsehend, daß die Beschießung nicht den gehofften Erfolg hatte, zur regelmäßigen Belagerung überging. Zu dem Zweck ließ er auf der Nordwestseite von Schiltigheim bis Königshofen eine großartige Angriffslinie errichten und mit weitreichenden Geschützen
1. Sept. 1870. versehen. Dieser ersten Parallele folgte bald mehr nach der Stadt zu die zweite kürzere Parallele, beide mit furchtbaren Batterien von Mörsern und Shrapnels versehen, welche gegen die Befestigungswerke ein mörderisches Feuer eröffneten. Vergebens versuchten die Belagerten durch zwei gleichzeitige Ausfälle gen Norden auf die Inseln Wacken und Jars und südwärts gegen den Bahnhof vor dem
2. Sept. Metzgerthor die Werke zu zerstören; sie wurden nach kurzem Gefecht zurückgeschlagen. Unter steten Kämpfen wurden in den folgenden Tagen und Nächten die gefahrvollen Grabenarbeiten fortgeführt, so daß bald eine dritte Parallele den Glacisfuß der Lunetten 53 und 52 berührte und nun die Breschbatterien
10. 11. Sept. mit mehr Erfolg wirken konnten. Schon war die stolze Finkmattkaserne, wo einst Ludwig Bonaparte bei seinem ersten Staatsstreichversuch festgenommen
6. Sept. worden (XV, 1. 100), in Flammen aufgegangen, schon war das Theater, wo so viele Obdachlose Zuflucht gesucht, den Granaten und Brandraketen zum Opfer gefallen; und selbst die Citadelle hatte durch die badischen und preußischen Geschütze, die von der Sporeninsel und der Ruprechtsau gegen dieselbe gerichtet waren, erheblichen Schaden gelitten. Ausfälle, von der Garnison in Verbindung mit Mobilgarden und Freischützen mit großer Kühnheit unternommen, blieben ohne Erfolg; die Besatzungsmannschaft war zu gering, die Macht der deutschen Artillerie zu überwältigend. Der Fall des Obersten Fiévé, des stattlichen riesenstarken Befehlshabers der Pontonniers, bei Gelegenheit eines solchen Ausfalls nach der Sporeninsel, erregte große Trauer und Bestürzung in Straßburg.

Republikanischer Aufschwung in Straßburg. Das Schicksal der hart bedrängten Stadt fand allenthalben die größte Teilnahme. In der Schweiz bildete sich ein Hilfsverein, welcher durch eine Depu-

tation den Schwachen, Bedürftigen und Kranken, deren Entlassung erlangt werden könnte, ein Asyl anbot. Durch die Fürsprache des Großherzogs von Baden gelang es den wackern Männern mit Zustimmung der beiderseitigen Befehlshaber wenigstens achthundert wehrlose Bewohner, Frauen, Kinder, Greise auf schweizerischen Boden zu retten. Es war der erste Freudentag in dem langen 11.–16. Sept. 1870.
Trauerspiel; zugleich verbreitete sich die erste zuverlässige Nachricht über die Vorgänge in Paris, über die Absetzung des Kaisers, den Sturz der Regentschaft, die Errichtung der Republik. Nun durchzuckte ein neuer Hoffnungsstrahl die Stadt. Die republikanische Regierung hatte die Vertreibung des Feindes vom französischen Boden als nächstes und höchstes Ziel auf ihre Fahne geschrieben; dieser Aufgabe durfte Straßburg seine Mitwirkung nicht versagen; darin stimmte die Stadtgemeinde, die an Stelle des bisherigen Stadtverwalters Humann den Dr. Küß, Professor der Medizin, zu ihrem Maire wählte, mit dem Kommandanten Uhrich überein, und selbst der Präfekt Pron, obwohl er sein Amt als erloschen betrachtete, erklärte seinen Beitritt zu dem Programm, „die Würde der Nationalfahne zu wahren“. Die Aufpflanzung des republikanischen Paniers erzeugte einen neuen Aufschwung, der noch zunahm, als Valentin, der frühere Abgeordnete von Straßburg, welcher seit dem Napoleonischen Staatsstreich als Flüchtling im Ausland gelebt, nach dem 4. September aber von der provisorischen Regierung zum Präfekten des Niederrheins ernannt worden war, in seiner Vaterstadt anlangte. Es gelang ihm, unter tausend Abenteuern unbemerkt durch die feindlichen Linien zu kommen; dem Feuer der Schildwachen trotzend, schwamm er über das Wasser, näherte sich der Festung und begehrte vor den General Uhrich geführt zu werden. Hier zog er ein Schreiben aus dem Ärmel seines Rockes, durch das er sich als den neuen Präfekten auswies. Er brachte der Stadt und der heldenmü- 21. Sept.
tigen Garnison den Dank der Regierung für ihre patriotische Hingebung und sein Feuereifer war wirksam genug, den republikanischen Mut von neuem zu entflammen. Auf den Vorschlag des Großherzogs von Baden, bei der Aussichtslosigkeit eines längern Widerstands in Unterhandlungen mit Werder einzutreten, erwiderte Uhrich, daß er gezwungen sei, seinen persönlichen Neigungen und der von Menschenliebe eingegebenen Absicht auf Beendigung des schrecklichen Dramas zu widerstehen.

Aber der Fall Straßburgs war nicht mehr aufzuhalten. Als Valentin an- Letztes Ringen und Ausgang.
kam, hatten die Deutschen mit unglaublichen Anstrengungen und Gefahren unter dem steten Feuer der feindlichen Werke über die breiten Wassergräben einen Damm und eine Tonnenbrücke geworfen und sich der Lunetten 53 und 52 bemächtigt, wodurch die französische Verteidigungsfront unhaltbar geworden war. Wie sehr auch die Belagerten mit der größten Tapferkeit und Todesverachtung dem überlegenen Gegner jeden weitern Schritt streitig machten, die Breschen mit Sandsäcken ausfüllend; die Wirkung des furchtbaren Belagerungsgeschützes auf die Stadt und die zusammengeschossenen Bollwerke der Citadelle hatte solche

Verheerungen angerichtet, daß ein Gesamtangriff, wie er im Plan des deutschen Befehlshabers lag, notwendig mit der Erstürmung der Festung geendigt haben würde. Um der unglücklichen Stadt dieses harte Schicksal mit den dabei unvermeidlichen Kriegsgreueln zu ersparen, ließ der Kommandant Uhrich in Übereinstimmung mit dem Verteidigungsrat ohne Beiziehung des neuen Präfekten auf
27. Sept. 1870. dem Münster die weiße Fahne entfalten. Nun schwieg die deutsche Artillerie, die seit Beginn der Belagerung aus 241 Geschützen verschiedener Größe gegen 200,000 Schüsse gethan, so daß vier bis fünf auf die Minute kamen, und sofort wurde wegen der Übergabe unterhandelt. Die Kapitulation kam ohne Schwierigkeiten auf Grund der im Vertrag von Sedan aufgestellten Bedingungen zu stande. Die Offiziere durften nach Verpfändung ihres Ehrenworts frei nach einem von ihnen zu wählenden Aufenthaltsort abziehen; die Linientruppen und Mobilgarden, über 17,000 Unteroffiziere und Soldaten wurden in Kriegsgefangenschaft geführt, die Nationalgarden und Franctireurs entwaffnet und gegen Revers entlassen; Waffen, Kriegsbestand und Militärkassen mußten abgeliefert
28. Sept. werden. Am folgenden Tag, nachdem General Uhrich in einer warmen, seine innere Bewegung kund gebenden Proklamation den Stadtvorständen, den Soldaten und Mobilgarden und allen Bewohnern von Straßburg seinen Dank ausgesprochen für ihre mannhafte Haltung in der schweren Zeit, für ihre Opferwilligkeit und ihren Heldenmut und sie mit der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft getröstet, erfolgte der Ausmarsch der Garnison und die Übergabe der Citadelle und des Kriegsmaterials. Die Vorgänge, die sich unter den Augen des Großherzogs von Baden, des Generals von Werder und der deutschen Truppen vollzogen, gaben Zeugnis von dem Verfall der Disziplin bei der französischen Garnison. Knirschend vor Wut und Ingrimm fügten sich die Truppen, teilweise berauscht, in die bittere Notwendigkeit und mancher Soldat zerschlug das Gewehr, das er abliefern sollte. Der Präfekt Valentin wurde nach Ehrenbreitstein gebracht und dort bis zum Friedensschluß festgehalten. So war denn der denkwürdige Belagerungskrieg, auf welchen ganz Deutschland seit Wochen mit der größten Spannung geblickt hatte, zu einem glücklichen Ende geführt; die deutsche Reichsfahne wehte vom alten Münster herab und Straßburg, die „wunderschöne Stadt“, war dem neuerstandenen Reich wiedergewonnen. Auf beiden Seiten hatte man gekämpft und gerungen bis zur Erschöpfung, hatte man sich den größten Anstrengungen und Entbehrungen willig unterzogen, hatte man Gesundheit und Leben eingesetzt. Wenn die Garnison und die städtische Bevölkerung durch die Geschosse der Deutschen unsägliche Drangsale und Gefahren erlitt und der Wohlstand vieler Familien vernichtet ward, so hat auch in den Reihen der Belagerer die anstrengende Arbeit in den Laufgräben, der Vorpostendienst unter feindlichem Kugelregen, das Biwakieren in den regnerischen Herbstnächten, der stürmende Angriff auf wohlverteidigte Festungswerke, oft verbunden mit Nahrungsmangel und dürftiger Bekleidung, zahllose Opfer dahingerafft.

Die Belagerung und Beschießung von Straßburg war eine sechswöchige Leidensgeschichte innerhalb und außerhalb der Mauern. Daß man in Deutschland die ganze Bedeutung des Ereignisses erkannte und würdigte, bezeugte die große Teilnahme, die sofort der unglücklichen Stadt von allen Seiten erwiesen ward. Geldsammlungen wurden veranstaltet, Lebensmittel, Wäsche und Kleidungsstücke aus den Nachbarländern in großer Fülle eingebracht, und selbst die Neugierde, welche Massen von Besuchern gleich einer Völkerwanderung der wiedergewonnenen Rheinstadt zuführte, wurde zur Erleichterung der Hilfsbedürftigen verwertet. Dagegen bewies die fluchtähnliche Auswanderung vieler Elsässer nach der Schweiz und nach Südfrankreich, daß für die deutsch-nationale Sache noch wenig Empfänglichkeit unter dem entfremdeten Bruderstamm auf der linken Rheinseite vorhanden war. Auch der tapfere Kommandant Uhrich nahm die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch, von den französischen Zeitungen, die ihn anfangs in die Sterne gehoben, als Verräter gelästert und gebrandmarkt. Statt in die eigne Brust zu greifen und die Quelle des Unglücks und Falles in sich selbst zu suchen, warf man die Schuld auf ein einziges auserlesenes Haupt, das dann als Träger aller Sünde in die Wüste verstoßen ward.

3. Die deutsche und französische Kriegführung und der Fall von Metz.

Zum Gouverneur der Festung Straßburg wurde nun Generalleutnant von Olleck, zum Kommandanten Generalmajor von Mertens ernannt, während General v. Werder mit dem 14. Armeekorps auszog, um das südliche Elsaß von Schlettstadt bis Belfort zu erobern und die Vogesenpässe von den Mobilgarden und Freischaren zu säubern, die sich dort von allen Seiten sammelten und, auf die Bergfestung Langres gestützt, einen Bandenkrieg organisierten, der an Heimtücke, Verrat und plötzlichen Überfällen alles überbot, was die Geschichte von ähnlichen Volkskriegen früherer Tage aufzuweisen hat. Wir werden die Vorgänge dieses schrecklichen Kriegs in den östlichen Gebirgslandschaften Frankreichs, wo der Kampf bis aufs Messer jedem Einwohner zur Pflicht gemacht ward, an einem andern Ort kennen lernen. Jetzt wird es notwendig sein, unsre Blicke nach den übrigen Schauplätzen zu wenden, wo ein gleichzeitiger großartiger Belagerungskrieg ins Werk gesetzt und mit derselben festen Beharrlichkeit und denselben Enderfolgen durchgeführt ward, wie vor Straßburg. Noch die spätern Geschlechter werden mit Bewunderung und Erstaunen auf eine Heeresorganisation blicken, die es möglich machte, in einem fremden Land, wo zahlreiche Festungen den Fortschritt hemmten, inmitten einer feindlichen Bevölkerung, die ihre zerstörende Wut auf allen Wegen und Stegen, an Brücken und Eisenbahnen kund gab, gegen eine Nation, die jahrhundertelang als Meisterin der Kriegskunst galt, einen Kampf fortzusetzen, der nur Siege brachte, in welchem die geringen Unfälle, meistens durch feindliche Übermacht oder durch Verrat herbeigeführt, rasch durch

Die Kriegführung der beiden Gegner.

neue Anstrengungen und Erfolge ausgeglichen, die Verluste durch fortwährende Zuzüge von neu formierten Mannschaften ersetzt, alle Bedürfnisse in großartigster Weise herbeigeschafft wurden, in welchem Hunderttausende nach einem von sicherer Hand geleiteten Plan zusammenwirkten, ohne daß jemals Spuren von Ungehorsam, Meuterei, Vergehen gegen die Disziplin zu Tage getreten wären. Es war nicht nur die glänzende Tapferkeit und die patriotische Begeisterung der deutschen Truppen, welcher die Siege von Wörth, Metz, Beaumont und Sedan zuzuschreiben sind, sondern dieselben waren ebenso die natürliche Folge der viel rationelleren und überlegeneren Truppenführung bei den deutschen Armeen, daher nicht nur ein Ergebnis der materiellen und moralischen Faktoren, sondern ein Triumph des wissenschaftlichen Fortschritts in der Kriegskunst. Während die Franzosen im stolzen Selbstbewußtsein ihrer militärischen Überlegenheit an den überlieferten Kriegsregeln und strategischen Grundsätzen festhielten, übersahen sie die Fortschritte, welche die Kriegswissenschaft im Nachbarland durchgemacht; sie setzten ihr Vertrauen auf die treffliche Bewaffnung und den militärischen Geist ihrer Berufssoldaten, auf die Unfehlbarkeit der Taktik und Kriegführung, die einst der große Napoleon ins Leben gerufen und mit der er die Welt bezwungen, und verschmähten es, fremde Beispiele nachzuahmen. „Während wir bei der französischen Armeeleitung und Truppenführung alte verrottete Kriegsmaximen in der unglücklichsten Gebrauchsanwendung sehen," urteilt eine sachkundige Feder, „lächelt uns aus dem taktischen und strategischen Verfahren der deutschen Armeen das frische Lebensgrün eines neuen, auf die Fortschritte der Kriegswissenschaft und die Verbesserung der Feuerwaffen basierten Kriegssystems entgegen." Dieses Urteil fand in dem ganzen militärischen Organismus, dem der preußische Kriegsgeist das Gepräge der Ordnung und Festigkeit gab und in den sich die übrigen deutschen Truppenteile widerstandslos fügten, seine volle Bestätigung, mochte man auf die ebenso kühnen als umsichtigen und überlegten Pläne und Entwürfe des obersten Generalstabs unter Moltkes Leitung blicken, oder auf den Geist der Ordnung im Feld wie im Lager, auf die Heerespolizei der Feldgendarmerie, auf die Zuverlässigkeit der Feldtelegraphie, auf die musterhafte Verproviantierung mit gesunder und kräftiger Nahrung, wobei die großartige Fabrik der Erbswürste in Berlin die wichtigsten Dienste leistete, auf den raschen Verkehr mittels Feldeisenbahnen, wie auf das Sanitätswesen, bei welchem Menschenliebe und ärztliche Hilfeleistung in Milderung des unvermeidlichen Elends sich die Hände reichten und Männer und Frauen in den schweren Diensten der Lazarettanstalten, in der Wartung und Pflege der Kranken um die Palme der Humanität und Wohlthätigkeit wetteiferten. Als einst die französische Revolution mit dem allgemeinen Aufgebot ins Feld zog, als sodann der erste Napoleon die Konskription als Grundlage seiner Militärmacht gebrauchte, stießen beide auf das veraltete System der geworbenen Heere, das sie mit unwiderstehlicher Gewalt zu Boden warfen. Jetzt erfuhr Frankreich den Gegenschlag durch eine

militärische Volkskraft, welche weder die beiden Napoleon noch ihre nach den alten Regeln und Doktrinen geschulten Feldherren und Offiziere würdigten und achteten. Selbst in Frankreich überzeugte man sich in der Folge, daß die traditionellen Legenden von der Überlegenheit und Vortrefflichkeit des französischen Heerwesens und militärischen Geistes verderbliche Selbsttäuschungen geschaffen.

Von dem Rothschildschen Lustschloß Ferrières, in dessen feenartig ausgeschmückten Räumen und prachtvollem Park der reiche Besitzer so oft den kaiserlichen Hof und die elegante Pariser Welt als seine Gäste mit allem erdenklichen Luxus bewirtet, verlegte König Wilhelm sein Hauptquartier nach Versailles. Er zog an demselben 5. Oktober ein, der dem alten französischen Königtum ein Ende mit Schrecken gebracht (XIII, 738). In denselben Räumen, von wo einst in den Tagen Ludwigs XIV. die Machtsprüche zur Demütigung Europas ausgegangen, in denen das moderne Bürgerkönigtum und das zweite Kaiserreich die Großthaten des französischen Ruhms prahlerisch in mächtigen Wandgemälden darstellen ließen, schlug jetzt der greise Heldenkönig sein einfaches Feldbett auf, da faßte der Generalstab seine Pläne zur Bewältigung des republikanischen Frankreich, da entfaltete Graf Bismarck die diplomatische Thätigkeit, die das neutrale Ausland von jeder Einmischung fern halten und ungerechten Vorwürfen begegnen sollte, da sah man wie in alten Zeiten fürstliche Männer und hochgestellte Staatsbeamte und Kriegsoberste aus- und eingehen, aber ihre Huldigungen galten einem fremden Monarchen. Und damit neben dem Glanz und der Herrlichkeit auch nicht vergessen werde, mit welchen teuren Opfern diese Wandlung erzielt worden, wurde ein Teil der Prachtsäle zu Lazaretten eingerichtet. Von hier aus wurde die denkwürdige Belagerung von Paris geleitet, die, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat sich hinziehend, die herrliche Umgegend, wo reiche Ortschaften, prachtvolle, mit allem erdenklichen Luxus ausgestattete Landhäuser, reizende Gärten und Parkanlagen in üppiger Fülle prangten und die hauptstädtische Bevölkerung sich Wohnsitze des genußreichsten Daseins geschaffen, allmählich in eine Stätte der Verwüstung verwandelte. Und dieses traurige Werk der Zerstörung haben die Franzosen selbst gefördert. Wenn auch die eiserne Notwendigkeit des Kriegs auf die Schöpfungen der Kunst, auf die Arbeiten geschickter und fleißiger Hände keine Rücksicht nehmen konnte und fremdes Besitztum wie eignes Gut behandelte und benutzte, so wäre doch manche Beschädigung unterblieben, mancher wertvolle Gegenstand der Kunst und Industrie, der Bequemlichkeit, des Luxus, des häuslichen Schmucks geschont worden, hätten nicht die Eigentümer die Flucht ergriffen, um in Paris oder in andern Orten eine sichere Aufenthaltsstätte zu suchen, und dadurch den deutschen Soldaten in die Lage gesetzt, die verlassenen Orte beliebig in Gebrauch zu nehmen. Gaben doch die Franzosen selbst das Beispiel der Zerstörung, indem sie das alte Schloß St.-Cloud, in welchem so viele Herrscher Frankreichs mit Vorliebe geweilt, in welchem vor allen Napoleon III. in den Zeiten seines Glanzes so manche Tage und

Versailles.

13. Okt. 1870.

Wochen verbracht, so manche wichtige Regierungshandlung vorgenommen, mit ihren Brandgeschossen in Flammen setzten, so daß die Deutschen unter großen Anstrengungen und mit Gefahr ihres Lebens die unschätzbaren Kunstwerke und Wertgegenstände zu retten suchten, womit die Prachtsäle des Schlosses angefüllt waren. Ein großes Stück französischer Geschichte war mit den Namen St.-Cloud und Versailles verknüpft: es schien als ob die historische Vergangenheit Frankreichs zum zweitenmal ausgelöscht werden sollte. Der Winter von 1870 auf 1871 war für manches altehrwürdige Denkmal in der reichen Umgegend von Paris ein Nachspiel der zerstörenden Thätigkeit der Revolution. Bei einem
21. Okt. 1870. scharfen Ausfallgefecht gegen Malmaison ging auch dieser berühmte Witwensitz der Kaiserin Josephine seiner historischen Schmucksachen und Erinnerungsstücke verlustig.

Die Blockade von Paris.

Wie sehr auch der Oberkommandierende Trochu sich anstrengte, durch fortwährendes Feuern aus den Forts und durch wiederholte Ausfälle die Einschließung zu verhindern, den Belagerungsgürtel zu durchbrechen, die Schanzwerke zu zerstören, seine Unternehmungen scheiterten an der Wachsamkeit und Stärke der Deutschen; die Blockade wurde vollständig durchgeführt, Paris ringsum eingeschlossen und von der Außenwelt abgeschnitten; selbst die unterirdischen Telegraphen, durch die noch eine Zeitlang eine geheime Verbindung mit der Provinz unterhalten ward, wurden nach und nach entdeckt und vernichtet. Aber zum Erstaunen von Europa, das mit der gespanntesten Aufregung seine Blicke nach dem großartigen Kriegsschauplatz gerichtet hielt, zog sich die Belagerung von Woche zu Woche, von Monat zu Monat hin, ohne daß von außen ein namhafter Fortschritt, von innen ein Erlahmen der Widerstandskraft sich bemerkbar machte. Durch die Ausdehnung der Forts war man deutscherseits genötigt, sich in solcher Entfernung zu halten, daß anfangs eine Beschießung der Stadt selbst unthunlich schien; eine Erstürmung der Außenwerke aber war voraussichtlich mit solchen Opfern verbunden, daß das menschenfreundliche Gemüt des Königs sich dagegen sträuben mochte. Es mußten Geschütze von größerer Tragweite und Wirkungskraft aus Deutschland herbeigeschafft werden; aber bei den unterbrochenen Eisenbahnlinien, namentlich seitdem es dem Feind gelungen war, den langen Tunnel von Nanteuil mittels Sprengung des gemauerten Gewölbes nebst einem Teil des darüber gelagerten Hügels zu verschließen, so daß neue Schienen um den Berg herum gelegt werden mußten, und bei der Größe der Belagerungsmaschinen war der Transport mit solchen Schwierigkeiten verbunden, daß darüber viel Zeit verloren ging und der Belagerungskrieg sich im ermüdenden Einerlei des Wachtdienstes und der Erdarbeiten hinzog, eine anstrengende Kriegführung, gefahrvoll für Gesundheit und Leben der Soldaten. Vielleicht trug man auch deutscherseits Bedenken, die Stadt Paris, die so viele als die „Metropole der Zivilisation“ ansahen, den Wechselfällen einer Beschießung auszusetzen, durch welche alle Anstalten und Werke der Kunst, der Wissenschaft, der geschichtlichen Vergangenheit

ihren Untergang hätten nehmen können. Fanden doch die Deklamationen der Franzosen über den Vandalismus der nordischen Barbaren nur zu viele gläubige und zustimmende Herzen im Ausland. Man mochte auch im Hauptquartier zu Versailles der Ansicht sein, die Regierung der nationalen Verteidigung würde in Anbetracht der Notstände, welche die Fortsetzung des Kriegs in Frankreich schaffen müßte, und der Verantwortlichkeit, die sie auf sich lud, zu der Einberufung einer Nationalvertretung schreiten, mit der man über einen Frieden unterhandeln könnte, oder Mangel an Nahrungsmitteln würde zu einer Kapitulation zwingen. Diesen Anschauungen gab ein an den preußischen Gesandten in London gerichtetes Schreiben Bismarcks und eine Denkschrift über die Folgen der 28. Okt. 1870. Belagerung Ausdruck.

In dem erstern wird unwiderleglich dargethan, daß deutscherseits alles geschehen sei, um die Vornahme freier Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung in Frankreich zu ermöglichen; daß man bereitwillig die dargebotene Vermittelung „angesehener, einer neutralen Nation angehörender Persönlichkeiten" angenommen habe, daß aber alle Vorschläge bei der Pariser Regierung eine solche Aufnahme gefunden hätten, daß die vermittelnden Persönlichkeiten (der nordamerikanische General Burnside) selbst erklärten, nunmehr die Hoffnungen aufgeben zu müssen, die sie gehegt hätten. „Unmittelbar nachher verließ Herr Gambetta Paris mittels eines Luftballons, und sein erster Ruf, nachdem er den Erdboden wieder erreicht hatte, ist nach französischen Quellen ein Protest gegen die Vornahme von Volkswahlen gewesen." Indem die Depesche im weitern Verlauf die Bemühungen des englischen Kabinetts um Herstellung eines Friedens zwischen den beiden kriegführenden Nationen dankbar anerkennt, wird mit diplomatischer Höflichkeit bemerkt, daß diese Versuche in erster Linie bei der französischen Regierung anzustellen seien, von welcher die Anregung zur Anbahnung von Friedensverhandlungen ausgehen müsse, und das Bedenken ausgesprochen, ob derartige Verwendungen zu dem erstrebten Ziel führen würden. „Wir können uns der Befürchtung nicht verschließen, daß bei der Verblendung, in welcher die Pariser Regierung befangen zu sein scheint, die wohlwollende Intention des englischen Kabinetts von derselben nur mißverstanden, und in der humanen Teilnahme, welche diese Einwirkung veranlaßt hat, die Illusion einer Unterstützung durch die neutralen Mächte und dadurch eine Ermutigung zu weiterm Widerstand gefunden werde, welche gerade das Gegenteil von den Absichten Lord Granvilles bewirken könnte." In der Denkschrift wird hervorgehoben, daß das Land die Konsequenzen des von den französischen Machthabern in Paris gefaßten Entschlusses eines Kampfes aufs äußerste zu tragen hat: „Seine Opfer werden sich unnützerweise vergrößern und die sozialen Zustände in immer gefährlicheren Dimensionen sich zersetzen. Die bisher von der Hauptstadt geführten größern Gefechte am 19. und 30. November, in welchen der Kern der dort vereinigten Streitkräfte nicht einmal vermocht hat, die vorderste Linie der Zernierungstruppen zurückzuwerfen, gibt die Überzeugung, daß Paris über kurz oder lang fallen muß. Wird dieser Zeitpunkt durch die französische Regierung soweit hinausgeschoben, daß der drohende Mangel an Lebensmitteln zur Kapitulation zwingt, so müssen daraus schreckenerregende Konsequenzen entstehen. Die französischerseits in einem gewissen Umkreis von Paris ausgeführten widersinnigen Zerstörungen von Eisenbahnen, Brücken und Kanälen haben die Fortschritte der diesseitigen Armeen nicht einen Augenblick aufzuhalten vermocht; die für letztere notwendigen Land- und Wasserkommunikationen sind in sehr kurzer

Zeit von ihnen retabliert worden. Diese Wiederherstellungen beziehen sich naturgemäß nur auf die rein militärischen Interessen; die sonstigen Zerstörungen aber hemmen selbst nach einer Kapitulation die Verbindung der Hauptstadt mit den Provinzen auf lange Zeit hinaus. Der deutschen Armeeführung ist es, wenn jener Fall eintritt, eine positive Unmöglichkeit, eine Bevölkerung von nahe an zwei Millionen Menschen auch nur einen einzigen Tag mit Lebensmitteln zu versehen; die Umgegend von Paris bietet alsdann, da deren Bestände für den Bedarf der diesseitigen Truppen notwendig gebraucht werden, auf viele Tagemärsche hin ebensowenig irgend welche Hilfsmittel und gestattet daher nicht einmal, die Bewohner von Paris auf den Landwegen zu evakuieren. Die unausbleibliche Folge hiervon ist, daß Hunderttausende dem Hungertod verfallen. Wollen die französischen Machthaber es bis zu diesem Extrem kommen lassen, so sind sie auch für die Folgen verantwortlich."

Der Glaube an die Unüberwindlichkeit der Republik.

Man hatte sich in Versailles verrechnet; die Republik setzte den preußischen Waffen einen energischern und nachhaltigern Widerstand entgegen als das Kaisertum. Mit eiserner Beharrlichkeit klammerte sich die Regierung der nationalen Verteidigung an das aufgestellte Programm: Kein fußbreit von unserm Land, kein Stein von unsern Festungen! und wies alle Ausgleichungsvorschläge, welche territoriale Abtretungen zur Grundlage hatten, entschieden von der Hand. Der Glaube an die Unüberwindlichkeit der Republik wurzelte als unwiderlegliches Dogma in den Herzen aller Franzosen; die Siege und die Machtstellung Frankreichs in den neunziger Jahren wurden so sehr als die notwendigen Früchte der Revolution angesehen, daß man der festen Überzeugung lebte, die Aufrichtung republikanischer Staatsformen mit einer Volkswehr zu ihrer Beschützung würde auch jetzt die nämlichen Wirkungen nach außen haben. Weit entfernt also, eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen, welche nach dem Urteil Preußens und der auswärtigen Mächte allein die Bürgschaften eines dauernden Friedens schaffen konnte, und die usurpierte Gewalt in ihre Hände zu legen, beschloß man, auf der revolutionären Bahn zu beharren und dieselben Wege zu betreten, welche in den Jahren 1792 und 1793 Frankreich vor der Koalition der europäischen Mächte gerettet. Die revolutionäre Diktatur, wie sie einst der Konvent und die Männer des Wohlfahrtsausschusses geübt, und das allgemeine Aufgebot, die unüberwindliche Levée en Masse, die einst in Carnots starker Hand die Trikolore über die Grenzen getragen, sollten wieder ins Leben gerufen werden.

Gambetta in Tours.

Um die zu einer solchen Volkserhebung notwendigen Hebel in Bewegung zu setzen, bedurfte es einer jungen heißblütigen Natur. Zu dieser Rolle taugte nur Léon Gambetta, der Advokat aus Südfrankreich, dem der Geist eines Robespierre, eines St.-Just, eines Camille Desmoulins vorschwebte, dessen Seele von einem leidenschaftlichen Feuer durchglüht war, welches sich auf seinem dunkeln, durch den Mangel eines Auges markierten Angesicht abspiegelte. Um neben Trochu, dem monarchisch gesinnten General aus der Bretagne, und neben Jules Favre, dem bejahrten Advokaten von Paris, sich einen freien Wirkungskreis zu

schaffen, an die Stelle der redseligen phrasenreichen Proklamationen, an denen diese beiden Herren Gefallen fanden, energische Thathandlungen setzen zu können, verließ er, wie wir schon aus dem obenerwähnten Schreiben Bismarcks wissen, die Hauptstadt mittels eines Luftballons und vereinigte sich mit der Regierungs- 7. Okt. 1870. delegation in Tours, die durch ihn bald einen neuen Aufschwung nahm. Die nächste und wichtigste Aufgabe war die Befreiung der Hauptstadt von der deutschen Belagerungsarmee und die Vertreibung des Feindes vom „heiligen" Boden Frankreichs. Zu dem Zweck rief Gambetta, mit der Macht und Autorität eines Kriegsministers in diktatorischer Ausdehnung ausgerüstet, die gesamte wehrhafte Mannschaft bis zum vierzigsten Lebensjahr zu den Waffen, um sie nach kurzer Einübung als erstes und zweites Aufgebot unter neuen Führern ins Feld rücken zu lassen. Er schrieb Kriegssteuern aus und schreckte die Säumigen und Widerspenstigen mit Strafandrohungen. War Kriegslust, Nationalgefühl und republikanische Gesinnung nicht wirksam genug, so rief man den Fanatismus und den Deutschenhaß zu Hilfe oder reizte den Mut durch lügenhafte Siegesberichte. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, ganz Frankreich in ein Heerlager verwandelt; ein Bankhaus in England ließ sich zu einem Darlehen gegen hohen Gewinn bestimmen; alle alten Waffen wurden in Gebrauch genommen, neue lieferten teils inländische Werkstätten und Fabriken, teils die Spekulation englischer und amerikanischer Kaufleute; mit militärischer Kleidung nahm man es nicht genau. Waren ja doch auch die alten Sansculottenheere oft im dürftigsten Anzug mit zerrissenen Kleidern und Schuhen und elender Ausrüstung zu Kampf und Sieg ausgezogen, warum sollten die Nachgebornen nicht auch hierin das ruhmvolle Beispiel der Väter nachahmen! An die Stelle des Soldatenkriegs sollte der Volkskrieg treten; was die Soldaten verdorben, verkündeten schwungvolle Proklamationen, müsse das Volk wieder gut machen, Frankreich retten, die Welt vom Despotismus befreien. Zu dem Zweck wurde ganz Frankreich, mit Ausnahme von Paris, in vier Generalgouvernements eingeteilt, deren Oberbefehlshaber für den Norden in Lille (Bourbaki), für den Westen in Lemans (Fiéreck), für die Mitte in Bourges (Pohlès), für den Osten in Besançon (Cambriels) ihre Hauptquartiere haben und aus elf Instruktions- und Verteidigungslagern, die an geeigneten Orten innerhalb jener Oberkommandos eingerichtet wurden, die formierten und eingeübten Mannschaften an sich ziehen sollten.

Zwei Armeen sollten gleichzeitig von der Loire und von der Somme aus Ausfälle und Luftpost. auf Paris losrücken und unterstützt durch Ausfälle von seiten Trochus und seiner Mannschaften den Feind aus dem Land schlagen. Zu dem Zweck wurden von Zeit zu Zeit energische Ausfälle nach verschiedenen Richtungen unternommen, um, wenn die Hilfsarmeen aus der Provinz in der Nähe wären, ihnen die Hand zu reichen; so nach Süden aus den Forts Issy, Vanves und Montrouge gegen die Höhen von Clamart, Châtillon und Bagneux; so in west- 13. Okt. licher Richtung, unterstützt durch die Geschütze des Mont Valérien und einige 21. Okt.

28. Okt. 1870. Kanonenboote auf der Seine; so gen Nordosten nach dem Dorf **Le Bourget**: aber stets wurden die Ausfallenden nach heißem Ringen von den deutschen Belagerungstruppen in die Festungswerke zurückgeworfen. Nur zwei Tage vermochten sie sich in Le Bourget zu behaupten; dann mußten sie nach heftigen Straßen-
31. Okt. und Häuserkämpfen der preußischen Tapferkeit weichen; aber fünfhundert brave Krieger büßten dabei ihr Leben ein, darunter die Obersten Zaluskowski und Graf Waldersee und der jugendliche tapfere Leutnant Graf Haugwitz. Auch der französische Kommandant Baroche erhielt im todesmutigen Verteidigungskampf eine Kugel durch die Brust. Zugleich wurde während des Oktobers das Gebiet zwischen Oise und unterer Seine durch Rekognoszierungstruppen unter Prinz Albrecht, Sohn, und Graf zur Lippe gesäubert, die südöstliche Gegend von Württembergern durch das siegreiche Gefecht bei Nogent an der Seine geschützt, und nach Süden zog eine Abteilung der dritten Armee, begleitet von zwei Kavalleriedivisionen. Ein großer Übelstand für die Pariser war die Unterbrechung des Verkehrs durch den Belagerungsgürtel, da die Deutschen alle Telegraphen zerstört hatten. Aber selbst diese Schwierigkeit überwand der erfinderische Geist der Franzosen. Mittels Brieftauben und Luftballons wußten sie stets einen, wenn auch einseitigen, mangelhaften und unsichern Verkehr mit der Provinz zu unterhalten; und die Luftschifferkunst wurde bei dieser Gelegenheit in einer Weise vervollkommnet und ausgenutzt, wie man es nie für möglich gehalten hatte. Und blieb auch die Luftpost stets nur ein unzuverlässiger Notbehelf, da der Ballon nicht gelenkt werden konnte und vom Wind bald dahin bald dorthin getrieben wohl heraus aber nicht hineingelangte, so war es doch ein treffliches Mittel, die Phantasie des Volks zu erregen.

Bazaine in Metz. Zum Gelingen seines Planes rechnete Gambetta auf die Mitwirkung Bazaines und der in Metz gebundenen Heerkräfte. Aber ehe noch die Organisation der Loire-Armee vollendet war, ehe noch das strategische Kunststück in Szene gesetzt werden konnte, erfüllte sich das Schicksal der lothringischen Festung, erfolgte die Kapitulation von Metz, die schon seit der Katastrophe von Sedan als unvermeidlich vorauszusehen war. Dieser Fall durchkreuzte die Entwürfe Gambettas in hohem Grade; er folgte daher auch hier dem Beispiel des Wohlfahrtsausschusses, indem er und seine Parteigenossen den Feldherrn der Verräterei beschuldigten. War doch selbst Uhrich rasch vom Helden zum Landesverräter gestempelt worden, wie sollte nicht Bazaine von demselben Vorwurf betroffen werden! Es mag sein, daß der Marschall als alter Militär und ergebener Anhänger Napoleons an dem republikanischen Advokatenregiment in Paris und Tours kein Gefallen fand, daß er darum vielleicht mißmutig und verstimmt nicht zu rechter Zeit den Versuch gemacht hat, durch wiederholte Ausfälle einzelnen Abteilungen seines Heeres Gelegenheit zum heimlichen Entkommen zu verschaffen, die dann den neugebildeten Heeren an der Loire als Kern und Lehrmeister hätten dienen können; aber von diesem möglichen Wagestück abgesehen hat er in seiner

Lage nichts versäumt, um durch wunderbare Ausdauer und Disziplin die Truppen und die Festung solange als es in seinen Kräften stand zu halten, und indem er einem großen Teil der feindlichen Armee die freie Bewegung raubte, seinem ringenden Vaterland wesentliche Dienste geleistet. Er mochte nach der Schlacht bei Sedan einen baldigen Friedensschluß erwartet haben. War es dann nicht von unschätzbarem Wert für Frankreichs künftige Geschicke, wenn sein Heer ungeschwächt zusammenhielt, und mußte ihm dann nicht selbst die wichtigste Mission in der Gestaltung der öffentlichen Dinge zufallen? Es ist ein günstiges Zeugnis seiner militärischen Leitung, daß in den Zeiten des wachsenden Mangels und der größten Entbehrung, als die Kavalleriepferde aufgezehrt werden mußten, als das Salz ausging und die Proviantvorräte mit jedem Tag dahinschwanden, als nur Hungerrationen ausgeteilt werden konnten und täglich Massen von Soldaten unbewaffnet den deutschen Vorposten nahten, um auf den Feldern nach Kartoffeln und Rüben zu suchen, als eine Bevölkerung von etwa 125,000 Zivilpersonen und ebensoviel Militär durch Krankheiten, schlechte und unzulängliche Nahrung und Anstrengung erschöpft moralisch und körperlich mehr und mehr verkam: daß in dieser entsetzlichen Lage, die den ganzen September und den größten Teil des Oktober andauerte, keine Exzesse, keine Meuterei, keine Aufstandsversuche stattgefunden haben; ja es wurden durch den unter Mitwirkung der Einwohner des Dorfes Peltre glücklich vollführten Überfall vom 22.—23. September fünfzig Ochsen aus den feindlichen Vorräten erbeutet; ein Handstreich, der freilich über Peltre und andre feindlich gesinnte Ortschaften ein schweres Strafgericht herabzog. Aber die Tugend der Ausdauer und Entsagung blieb ohne Einfluß auf den Gang des Kriegs. Wenn im September, als die Belagerung von Straßburg, Metz, Paris die deutschen Streitkräfte fast gänzlich in Anspruch nahm, so daß in den Vogesenpässen und in andern Gegenden nur etwa 50,000 Mann in zerstreuten Aufstellungen den Franctireurs, den mobilisierten Nationalgarden, den Freischaren entgegentreten konnten, ein heimliches Entkommen für einzelne Abteilungen denkbar war, so hörte diese Möglichkeit vollständig auf, als nach der Kapitulation von Straßburg ein Teil der Rheinarmee frei wurde und neue Zuzüge von Reserven und Ersatzmannschaften die Lücken ergänzten. So blieben denn die Ausfälle, welche der Marschall am 2. und am 7. Oktober moselabwärts unternahm, vielleicht in der Absicht, sich auf das neutrale Luxemburg durchzuschlagen, erfolglos, wenn schon bei dem letzten die Franzosen verzweifelte Anstrengungen machten. Bis tief in die Nacht wütete der furchtbare Kampf, und die Kanonen und Mitrailleusen erfüllten die Luft mit betäubendem Geschützfeuer. Allein die deutschen Heersäulen, deren Kern die Landwehrdivision Kummer bildete, standen wie Mauern und erstritten endlich den Sieg.

22.—23. Sept. 1870.

2. 7. Okt.

„Der Landwehr gebührt die Ehre des Tages," schrieb damals der englische Berichterstatter der Daily News. „Sie war es, die den französischen Angriff aufhielt, bis

Ein englischer Berichterstatter über die deutsche Landwehr.

kein Mann mehr stand, der ein Zündnadelgewehr halten konnte. Sie führte auch den großen, allgemeinen Schlag, der die Franzosen aus den Dörfern fegte. Ich habe die preußische Linie vor dem heutigen Tag im Kampf gesehen. Ich sah sie auf Hand und Fuß die Höhe von Spicheren erklettern, ich sah sie deployieren vor Colombey und Montoy in der Schlacht vom 14. August, ich sah sie standhalten vor der Mitrailleuse auf den Abhängen vor Gravelotte und ich sah, wie sie die Franzosen am 1. September in die Festung Sedan hineinwarf. Ich habe glauben gelernt, daß die Männer der preußischen Linie vermögen, was nur irgend einem Heer der Welt möglich ist. Aber gestern habe ich das Kaliber der Landwehr kennen gelernt. Ruhig in den Verschanzungen, wo sie, gelassen am Boden liegend, die in ihrer Nähe niederfallenden Kugeln auflasen, entschlossen und unaufhaltsam in ihrem Vordringen, unwiderstehlich in dem Bajonettangriff, mit dem sie die Dörfer säuberten, stellten sie eine Truppe dar, die das Herz eines Mannes mit soldatischer Ader erfreuen muß. Nichts war bemerkenswerter, als die Ruhe, mit welcher die Verwundeten, die nur irgend gehen konnten, sich auf sich selbst verlassend und jede Unterstützung ablehnend, hinter die Front gingen. Und es waren keine leichten Wunden, mit denen die Wackern zurückkehrten. Ich selbst begegnete einem, der durch die Lunge geschossen war und dem der Atem röchelnd durch die Wunde drang. Es geht dem Zuschauer zu Herzen, wenn er diese Tapfern sterben sieht. Der Landwehrmann kann nicht leichten Herzens in den Kampf gehen, wie der Soldat von der Linie, der niemand hungernd zurückläßt, wenn er auf dem Schlachtfeld bleibt. Für jeden zweiten Landwehrmann, der da gefallen, gibt es eine Witwe daheim im Vaterland, und bei dem Gedanken an meine Kinder schwillt mir das Herz, wenn ich mir die Zahl der Waisen in den freundlichen Dörfern und friedlichen Ebenen Deutschlands vorstelle, welche noch nicht wissen, daß ihnen der gestrige Tag den Vater geraubt. Nicht daß es schien, als ob die Landwehrmänner lange bei dem Gedanken an Frau und Kind verweilten. Der haarige Kerl, der schon einiges Grau im Bart und wer weiß wie viele junge Vögel daheim im Nest hat, ging gerade so kühn auf den Feind, wie der muntere junge Freiwillige, dem nur die Liebste nachweint, wenn er fällt. Aber die Deutschen beten gern, und mir schien, daß mancher im Augenblick das Haupt beugte, als es vorwärts ging, als wäre er in der Kirche. Und was die Religion betrifft, wer war das, glaubt ihr wohl, der dort mit in den Kampf hineinstürzte im weißen Haar mit fliegenden Rockschößen? Das war der Divisionsgeistliche, eine mächtige Flasche in der einen und ein Gebetbuch in der andern Hand. Der gute Mann, der da im Kugelregen dahineilte, war ganz außer Atem und über und über mit Schmutz bespritzt, denn, wie er mir keuchend erzählte, sein Pferd war ihm unter dem Leib erschossen worden. Als ich ihn wiedersah, da saß er hinter einer Mauer in Grandes Tapes unter einer Gruppe hingestreckter Krieger und erhob unter dem Brüllen der Geschütze seine Stimme im Gebet zu Gott."

Kapitulation von Metz.

Ebenso erfolglos wie die Ausfälle blieben die diplomatischen Unterhandlungen, welche Bazaine kurz darauf (11. Oktober) durch seinen Adjutanten, General Boyer, mit dem großen Hauptquartier in Versailles anknüpfte. Soviel von diesen in die Öffentlichkeit drang, scheiterten seine Anträge an den außerordentlichen Bedingungen, unter denen er einen Kapitulationsvertrag anbot. Er verlangte nämlich für seine Armee freien Abzug mit Waffen und Gepäck, unter der Verpflichtung, drei Monate nicht am Krieg teilzunehmen, während Metz selbst das Recht der weitern Verteidigung haben sollte. Vielleicht wird die Zukunft die geheimen Fäden enthüllen, die auch noch zwischen Metz und der

Kaiserin Eugenie in England gesponnen wurden, wobei ein Abenteurer Reignier eine mysteriöse Rolle spielte und selbst der Gardengeneral Bourbaki als Unterhändler genannt ward; aber alle Verhandlungen waren so erfolglos wie die militärischen Operationen; die Kaiserin mochte Bedenken tragen, das Schicksal ihres Sohnes und die Zukunft der Napoleonschen Dynastie in die Hand eines ehrgeizigen Mannes zu legen und durch ihren Namen seine Schritte gutzuheißen. So blieb denn dem Marschall, nachdem die Armee bis an den Rand des Verhungerns ausgeharrt hatte und die Zahl der verfügbaren Truppen auf kaum 70,000 herabgesunken war, nichts übrig als unter denselben Bedingungen wie das kaiserliche Heer bei Sedan zu kapitulieren. Der alte General Changarnier leitete die Unterhandlungen, die schließlich zur Übergabe der „jungfräulichen" Stadt Metz und der Festungswerke mit Waffen, Geschütz und Kriegsvorräten führten und die gesamte Armee, drei Marschälle (Bazaine, Canrobert, Leboeuf), über 6000 Offiziere und mehr als 150,000 Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft lieferten. Mit Thränen in den Augen verkündete der greise General, der achtzehn Jahre in der Verbannung verbracht, der harrenden Besatzung ihr schweres Geschick. Es war ein verhängnisvoller Tag für Frankreich, der sich sogar im Naturleben durch ein großes Nordlicht und einen verheerenden Sturm ankündete. Die Wiesenfläche am Weg zwischen Jouy und Metz, wo die Entwaffnung vor sich ging, wird in der deutschen und französischen Geschichte in ewigem Andenken bleiben. Man hat den Marschall Bazaine hart angeklagt, daß er, statt in diese schmachvolle Übergabe zu willigen, nicht lieber einen verzweifelten Ausfall versucht, nicht wenigstens die militärische Ehre, wenn auch auf Kosten des Lebens vieler Tausende gerettet habe; man hat ihn sogar des Verrats gegen das Vaterland und die Nation beschuldigt und in der Folge vor ein Kriegsgericht gestellt. Aber sachkundige Männer haben dargethan, daß er bis zum letzten, verhängnisvollen Oktobertag alle Pflichten eines Heerführers und Soldaten mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit erfüllte, daß der eiserne Ring, der sich immer enger und dichter um die Stadt schloß, nicht zu durchbrechen war und das Leben der tapfern Männer nutzlos geopfert worden wäre; und der Zustand der übergebenen Stadt bewies, daß bei einer weitern Verzögerung von nur einigen Tagen „der Hunger sein Werk gethan und in schauriger Stille all die Stimmen erstickt hätte, die nach und infolge der Kapitulation sich erhoben, um den Marschall anzuklagen!" König Wilhelm feierte den glänzenden Erfolg der deutschen Waffen durch die Ernennung des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl zu Feldmarschällen und durch die Erhebung Moltkes in den Grafenstand.

26. 27. Okt. 1870.

„Es lassen sich," heißt es im Staatsanzeiger, „während der neunwöchentlichen, durch mehrfache Ausfälle denkwürdigen Zernierung von Metz drei Perioden unterscheiden. Die erste derselben beginnt mit dem Ablauf der dreitägigen Kämpfe, welche unweit der Festung auf beiden Ufern der Mosel stattfanden; sie endete mit den Tagen, in welchen die gemeinschaftliche Operation der Marschälle Bazaine und Mac Mahon statt-

Belagerungsgeschichte nach dem Staatsanzeiger.

finden sollte, und zwar mit der Kapitulation von Sedan für letztern und der zweitägigen, für die deutschen Waffen siegreichen Schlacht bei Noisseville am 31. August und 1. September für die in Metz eingeschlossene Armee. Die zweite Periode umfaßt den Monat September, mit dem Tag von Noisseville beginnend, bis zu dem Tag, an welchem dem Marschall Bazaine die Mitteilung von der Kapitulation von Straßburg gemacht wurde. In diesen Zeitraum fallen die Ausfallgefechte am 22./23. September bei Peltre und am 27. bei Mercy le Haut. Bis zur Kapitulation von Straßburg hatte man diesseits auf die Wahrscheinlichkeit gerechnet, einen Durchbruch nach Süden zum Entsatz dieser Festung zurückweisen zu müssen; nach dem Fall derselben aber mußten Maßregeln der Zernierungsarmee getroffen werden, um einem Ausfall in der Richtung auf Diedenhofen oder einem Entkommen des Feindes auf neutrales Gebiet vorzubeugen. Diesen veränderten Verhältnissen entsprechend, trat am 1. Oktober eine Dislokation bei der zweiten Armee ein. Mit dieser Dislokation beginnt die dritte und letzte Periode der Zernierung von Metz, welche zunächst schon am folgenden Tag das Gefecht bei St.-Rémy und dann am 7. Oktober den neunstündigen Kampf bei Woippy in sich schließt. Nachdem der Marschall Bazaine die Erfahrung gemacht hatte, daß ein Durchbrechen der Zernierungslinie weder auf dem rechten noch auf dem linken Moselufer möglich, weder nach Süden noch nach Norden ausführbar, daß auf ein Entkommen auf neutrales Gebiet aber noch weniger zu hoffen sei, konnte er nur noch in Betracht ziehen, welchen Vorteil ein energischer Durchbruch seinerseits in der Richtung auf Paris für die Lage Frankreichs haben könnte: in dieser Beziehung aber mußte sich der Marschall sagen, daß er in den neun Wochen seiner Einschließung der Hauptstadt bereits den größten Dienst geleistet, indem er ein bedeutendes feindliches Heer fest- und dieser ferngehalten hatte. Die militärische Ehre war gerettet; ein Durchbruch hätte nur neue schwere Opfer gefordert, und selbst im Fall des Gelingens würde das Heer Bazaines nur in ununterbrochener Verfolgung die Nähe der französischen Hauptstadt erreicht, dort aber alsdann sich zwischen zwei Feuern befunden haben. Die Erwägung all dieser Umstände rechtfertigt den Marschall um so mehr, als er, von allen Verbindungen zu Land wie auf dem Wasserweg abgeschnitten und selbst des telegraphischen Verkehrs beraubt, in einem Platz eingeschlossen war, welcher, auf etwa drei Monate für 15- bis 20,000 Mann mit Proviant versehen, jetzt bereits neun Wochen die achtfache Truppenzahl hatte ernähren müssen. Deutscherseits ist die Kapitulation von Metz ein neues und das bedeutungsvollste Lorbeerblatt in dem Ruhmeskranz der zweiten Armee, in deren Geschichte bereits die Tage von Spicheren, Mars la Tour, Gravelotte verzeichnet stehen: Erfolge, welche ostpreußische, pommersche, westfälische, brandenburgische Regimenter neben Schleswig-Holsteinern, Sachsen, der Division Hessen-Darmstadt und der oft genannten Landwehrdivision v. Kummer unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl erkämpft haben. Es wird durch diese Kapitulation ein bedeutender Teil der eignen Streitkräfte für weitere Operationen verfügbar, ein Umstand, der die deutsche Armee um Paris wesentlich indirekt unterstützt, da durch ihn jede Neubildung weiterer feindlicher Streitkräfte verhindert und selbst die Möglichkeit einer Unterstützung der französischen Hauptstadt von außen im Keim erstickt wird. Mit der Kapitulation von Metz fällt der letzte, der wichtigste Punkt in unsre Hand, auf dessen Besitz als Basis etwa zu führender Waffenstillstandsunterhandlungen Wert gelegt werden mußte; in ihm ist aber ferner der festeste Punkt an der Mosellinie nach dreihundertundachtzehnjährigem französischem Besitz den deutschen Waffen wieder überantwortet worden, welchen, bisher der Ausgangspunkt der französischen Angriffe gegen den östlichen Nachbar, nunmehr als defensives Bollwerk in deutscher Hand festzuhalten, vom militärisch-strategischen Gesichtspunkt betrachtet, absolut notwendig ist."

4. Versailles und Paris.

Ganz Frankreich und vor allem die Hauptstadt war in tiefer Bewegung, Die Pariser Demokratie u.
als die Kunde von der Kapitulation von Metz der gärenden Masse neuen Zünd- Gambettas revolutionäre
stoff zuführte. Während durch Gambettas Thätigkeit an der Loire eine große Diktatur.
Armee aus Mobilgarden, frühern Soldaten, mobilisierten Nationalgarden und Freischützen formiert und mit frischen beduinischen Reiterhorden (Gums) aus Afrika verstärkt ward, wurden durch Thiers neue Unterhandlungen zur Erzielung eines Waffenstillstands in Versailles angeknüpft, und in dem belagerten Paris, wo die Redeturniere der Klubs alle Leidenschaften entfesselten, alle sozialen und politischen Gebrechen in die Öffentlichkeit zogen, erhob die rote Republik die Fahne der Empörung, um die Regierung der nationalen Verteidigung, die sich 31. Okt. 1870.
soeben die wichtige Position in Le Bourget hatte entreißen lassen, vom Regiment zu treiben. Wenn Trochu, Jules Favre und Picard sich die alte Gironde zum Vorbild nahmen, wenn Gambetta die Männer des Wohlfahrtsausschusses nachahmte, so suchte eine extreme Partei, an ihrer Spitze alte Sozialisten, Verschwörer und Demagogen wie Flourens, der rastlose viel bestrafte Blanqui, Rochefort, Ledru-Rollin, der dramatische Dichter Felix Pyat, Schölcher, Delescluze und andre Volksaufwiegler, mit Hilfe der Arbeiterbevölkerung von Belleville die alte Kommune, das Regiment der Pariser Stadtgemeinde von 1793 wieder ins Leben zu rufen, die sozialistischen Grundsätze von 1848 zur Geltung zu bringen und im Geist der Montagnards von ehemals den Terrorismus der Masse zurückzuführen. An der Spitze bewaffneter Volkshaufen rückten die Insurgentenführer vor das Stadthaus, forderten drohend die Einsetzung eines aus freier Volkswahl gebildeten Gemeinderats, der als diktatorische Nebenregierung mit durchgreifenderer Gewalt auftreten sollte, und verhafteten Trochu, Jules Favre und die übrigen Mitglieder der Nationalverteidigung. Nur der raschen Entschlossenheit Picards, der durch eine Hinterthür entkam und eine Abteilung der Pariser Nationalgarde von gemäßigter Gesinnung nach dem Stadthaus führte, hatte man es zu danken, daß für diesmal der Aufruhr niedergeschlagen und die provisorische Regierung hergestellt ward. Es war der erste Versuch, durch ein Regiment der Kommune ganz Frankreich zu terrorisieren, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu verhindern, die rote Fahne zum allgemeinen Feldzeichen zu erheben. Unter diesem Banner, so mochte man hoffen, würden die Glieder der internationalen Liga, würden die Demokraten und Sozialisten aller europäischen Länder sich zusammenscharen und die monarchischen Staatsgewalten samt ihrer Militärmacht niederwerfen. Gambetta würde sich vielleicht der siegreichen Kommune angeschlossen und von seinen Pariser Kollegen getrennt haben. Bewies er doch in der Folge, als er den alten Garibaldi, der von seiner Insel der französischen Republik zu Hilfe eilte, an die Spitze der Freischärlerbanden an der Rhône und am Jura stellte, daß er alle revolutionären Kräfte sich dienstbar zu machen geneigt

war, daß er alle Leidenschaften, den Rassenhaß, den Fanatismus, als Hebel und Werkzeuge für seine Zwecke ansah und benutzen wollte. Und wie wenig ihm die Herstellung einer gesetzmäßigen Gewalt am Herzen lag, zeigte er bald nachher durch die Auflösung der Generalräte, des letzten Bandes einer legitimen Autorität in den Departements, und ihre Ersetzung durch republikanische Kommissäre. Nur durch die revolutionäre Diktatur sollte Frankreich gerettet, nur durch eine demokratische Zentralgewalt beherrscht werden. Man trug kein Bedenken, die Offiziere, die auf Ehrenwort in Freiheit gesetzt worden, zum Wortbruch zu verleiten, so daß viele sich als Gefangene stellten, um nicht zu einem ehrlosen Schritt gezwungen zu werden. Und da dennoch solche Beispiele vorkamen, wurde deutscherseits die Anordnung getroffen, daß künftighin alle gefangenen französischen Offiziere sogleich nach Deutschland gebracht werden sollten. Für diesmal war das rote Gespenst der Kommune unter dem Eindruck der äußern Notwendigkeit zurückgescheucht worden, aber weit entfernt, die Pläne aufzugeben, lauerte sie in unheimlichem Dunkel eine günstigere Gelegenheit zu deren Verwirklichung ab. Die provisorische Regierung fühlte sich durch diesen Ausgang so gestärkt, daß auch sie keine Neigung zeigte, ihre Gewalt an eine Nationalvertretung abzugeben. Nachdem sie das Kommando über die Pariser Bürgergarde dem Clément Thomas, einem alten Republikaner aus der Februarrevolution von 1848, übertragen, versöhnte sie sich mit ihren Gegnern, verkündete Vergessenheit des Geschehenen, zerriß die von Thiers in Versailles eingeleiteten Verhandlungen über einen Waffenstillstand und ließ die Volksgemeinde über die Frage abstimmen, ob die provisorische Regierung das Vertrauen der
3. Nov. 1870. Hauptstadt besitze. Ein Plebiszit sprach sich mit großer Majorität zu ihren gunsten aus; aber bei den kurz nachher vorgenommenen neuen Gemeindewahlen gehörten die meisten Maires und Adjunkten dem radikalen Flügel an. Zugleich wurde eine Umformung der in Paris befindlichen Streitkräfte zur Erleichterung der Ausfälle vorgenommen.

Waffenstillstandsverhandlungen. So sehr man auch in Deutschland eine Beendigung des schweren Kriegs wünschte, so hatte man damals doch mit einiger Besorgnis die Kunde vernommen, daß im Hauptquartier über einen mehrwöchigen Waffenstillstand zur Einberufung einer Nationalversammlung Unterhandlungen gepflogen würden, daß der König von Preußen, um den auswärtigen Höfen einen Beweis seiner Friedensneigung und seiner Anerkennung ihrer vermittelnden Dienste zu geben, günstige Bedingungen gewähren wolle. Und man fühlte sich erleichtert, als die Unterhandlungen an der von Thiers gestellten Forderung der Verproviantierung von Paris scheiterten. Das französische Volk war noch nicht von seiner eiteln Selbstüberschätzung geheilt; noch immer träumte die Bevölkerung von Paris von nahe bevorstehenden Siegen, und die Wortführer unterließen nicht, diese Täuschungen wach zu erhalten und die Leidenschaften fort und fort aufzustacheln; die Abschließung der Hauptstadt erleichterte die Verbreitung lügenhafter Nachrichten,

welche die Gemüter in trügerische Hoffnungen einwiegten. Bei solcher Lage und Stimmung war nicht zu erwarten, daß ein Waffenstillstand zu einem Frieden führen würde, wie ihn Deutschland verlangen durfte. Als Bismarck in einem Rundschreiben die Gründe darlegte, warum die Verhandlungen mißlungen, fanden seine Worte in Deutschland allgemeine Zustimmung: „Die unglaubliche Forderung, daß wir die Frucht aller seit zwei Monaten gemachten Anstrengungen und errungenen Vorteile aufgeben und die Verhältnisse auf den Punkt zurückgeführt werden sollten, auf welchem sie bei Beginn der Einschließung von Paris gewesen waren, konnte nur von neuem den Beweis liefern, daß man in Paris nach Vorwänden suchte, der Nation die Wahlen zu versagen, aber nicht nach einer Gelegenheit, dieselben ohne Störung zu vollziehen." Mit Thränen verkündete Thiers das Scheitern seiner Bemühungen. In Paris aber ergab die Volksabstimmung eine zehnfache Majorität zu gunsten der Regierung und der Politik der Abweisung, und die Verordnung Aragos, daß das Eigentum der vertriebenen Deutschen der Besteuerung unterliegen und, falls diese nicht entrichtet werde, in Beschlag genommen werden sollte, war der Dank der geretteten Regierung für das bewiesene Zutrauen des Pariser Volks. Hätte man die Frage: Annehmen oder Ablehnen, an die gesamte Nation gerichtet, so wäre das Ergebnis anders ausgefallen. Aber die Folgen der Leidenschaft sollten bald über alle Teile mit furchtbarer Gewalt hereinbrechen. 3. Nov. 1870.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen erwartete die Welt ein energisches Vorgehen gegen die belagerte Stadt. Doch auch jetzt noch wurde die Geduld auf eine lange Probe gestellt. Man erging sich in allerlei Vermutungen über die Ursachen. Unterrichtete Stimmen beharrten dabei, daß die Verzögerung einzig und allein durch die in der Sache liegenden Schwierigkeiten, nicht durch irgendwelche politische Bedenken, noch durch Rücksichten einer empfindsamen Humanität veranlaßt sei, daß man mit der Beschießung erst beginnen werde, wenn das zu einer erfolgreichen Durchführung erforderliche schwere Belagerungsgeschütz nebst Munition in gehöriger Zahl vorhanden sei, daß aber diese Herbeischaffung durch den Transport der Gefangenen von Metz noch mehr als zuvor erschwert werde. Um so mehr war man bedacht, den eisernen Gürtel immer fester zu ziehen, die Riesenstadt immer enger einzuschnüren und durch Abhaltung jeglicher Zufuhr die Nahrungsnot so zu steigern, daß der Hunger zur Übergabe zwingen müsse. Daß diese Absicht nicht so bald wie in Metz erreicht ward, daß die Stadt der Lüste, des Lebensgenusses, der Üppigkeit eine Belagerung von vier Monaten aushalten würde, hatte niemand gedacht. Freilich verschwand mit der Zeit alles frische Fleisch mit Ausnahme des Pferdefleisches von den Verkaufsstätten; freilich wurde das Weißbrot, auf das der Pariser so großen Wert legt, durch ein Gebäck von Mehl und Kleie ersetzt; freilich gingen mit der Zeit die aufgehäuften Vorräte an gedörrten, gesalzenen, trockenen Speisen auf die Neige, so daß Entbehrung und Mangel verbunden mit ansteckenden Krankheiten die Sterblichkeit

Die „sublime" Haltung von Paris.

mit jedem Tag erhöhten; freilich wurden zuletzt Ratten, Hunde, Katzen und die Tiere des zoologischen Gartens in den Speisehäusern zubereitet, die vorhandenen Lebensmittel aufgesucht und rationenweise verteilt; freilich mußten die Pariser auf die nächtliche Gasbeleuchtung und auf alle Vergnügungen verzichten und aus Mangel an Brennmaterial in der strengen Winterkälte in ungeheizten Räumen weilen; aber zum Erstaunen der Welt wurde alles Ungemach, wurden alle Leiden und Entbehrungen standhaft ertragen, wurden Nachtwachen, Militärdienste, Ausfälle durchgeführt, wurde Hunger, Kälte und Elend aller Art erduldet. Wenn sich die nationale Eitelkeit auch in diesen Tagen der Not nicht verleugnete, wenn der Pariser selbstgefällig von der „sublimen" Haltung zu sprechen pflegte, so war diesmal das Rühmen kein leeres Prahlen, und der Ausdauer in drangsalvollen Tagen darf die Anerkennung und Würdigung sowenig versagt werden, wie der Standhaftigkeit und dem Mannesmut des deutschen Kriegers außerhalb der Stadt in den Schanzen, in den Biwacks, auf gefährlichen Wachtposten. Aber der Pariser Verteidigungskrieg streute auch eine Aussaat, die der französischen Nation in der Folge schlimme Früchte trug. Durch den Mangel an jeglichem Verdienst und Einkommen war die Arbeiterbevölkerung auf die Unterstützung der Regierung angewiesen. Die Nationalgarde mußte besoldet, der ärmere Volksteil mit Nahrungsmitteln versehen werden; die Zahlung fälliger Wechsel wurde von einer Frist zur andern hinausgeschoben, die der Wohnungsmieten eingestellt; die Pfänder der Leihhäuser unter dem Wert von fünfzehn Franks wurden auf Staatskosten eingelöst. Auf diese Weise wurde ein Proletariat großgezogen, das sich schwer wieder an die Arbeit, an den mühevollen Erwerb gewöhnte, das die Versorgung auf öffentliche Unkosten als ein Recht beanspruchte, das die Waffen nicht wieder mit den Werkzeugen des Fleißes und der Handarbeit vertauschen wollte. Witzblätter nannten die Flinte des Nationalgardisten eine „Nationalwerkstätte". Der Verteidigungskrieg war allen gemeinsam; die Gefahren, Anstrengungen und Entbehrungen trafen den Armen wie den Reichen; diese Gleichheit sollte fortdauern. War es daher zu verwundern, daß nach Beendigung des Kriegs die Arbeiterbevölkerung nicht sofort wieder in die alten drückenden Verhältnisse zurückkehren wollte? Sahen sie doch auch in den deutschen Heeren alle Stände ohne Unterschied der Geburt, der Erziehung, des Vermögens an Rechten wie an Pflichten gleichgestellt. Daß der Kriegsdienst hier nur eine Ausnahmestellung begründete, nach deren Beendigung die Wirklichkeiten des Lebens in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückkehrten, wollten sie nicht einsehen. So gewann der Sozialismus immer mehr Boden; das Gesetz der Gleichheit sollte nicht nur im Staatsorganismus, es sollte auch im bürgerlichen Leben und in der Gesellschaft seine Geltung haben.

Das Kriegsleben.

Der Verteidigungsmut der Pariser wurde nicht wenig durch die Hoffnung belebt, die bewaffneten Mannschaften der Provinzen würden der bedrängten Hauptstadt zu Hilfe eilen und im Verein mit den städtischen Heeren den Feind

zurückwerfen; deshalb müsse man durch energischen Widerstand dem übrigen Frankreich Zeit zum Sammeln seiner Kräfte und zugleich ein erhebendes Beispiel geben. Man kann dieser Berechnung und Auffassung der Dinge die Anerkennung nicht versagen; und weder Trochu noch Gambetta ließen es an der zur Durchführung dieses Planes erforderlichen Energie und Umsicht fehlen. Jener ordnete von Zeit zu Zeit Ausfälle an, um auszukundschaften, ob die Entsatzarmeen aus der Provinz im Anmarsch seien, dieser strengte alle Kräfte an, um die Loire-Armee an die Seine zu bringen. Allein beide unterschätzten die deutsche Kriegsmacht, die besonnene und geschickte Führung, die Überlegenheit eines tapfern, ausdauernden, an Mannszucht gewöhnten Heeres gegenüber einer, wenn auch zahlreichen und zum Kampf begeisterten, so doch zum größten Teil ungeübten und den Strapazen und Anstrengungen eines harten Winterfeldzugs nicht gewachsenen Kriegsmannschaft unter wenig befähigten und wenig gebildeten Offizieren. Sie glaubten nicht, daß die deutschen Heerkörper im stande sein würden, zu gleicher Zeit Paris im Blockadezustand zu halten und den Armeen, die im Süden und Norden, im Osten und Westen wie aus dem Boden wuchsen, die Spitze zu bieten; sie hatten keine Vorstellung von der in der preußischen Heeresorganisation verborgenen unerschöpflichen Kraft, von dem Volk in Waffen, das immer neue Landwehrbataillone, immer neue Ersatzmannschaften aus seinem Schoß entsenden konnte. Wohl wurde auch in Frankreich, soweit es im Bereich der Kriegsoperationen lag, die gesamte wehrhafte Bevölkerung zum Kampf gegen den Nationalfeind aufgeboten, und im Osten scharten sich Demokraten, Flüchtlinge, verströmte Leute aller Völker und Zungen unter die Fahne des alten Bandenführers Garibaldi, um verbunden mit französischen Mobilgarden und Francti-reurs für die Republik zu kämpfen; aber die moralischen Kräfte waren zu ungleich. Freilich blutete manches tapfere Soldatenherz auch außer der Schlachtordnung: denn hinter Gebüsch und Waldeshöhen, auf Eisenbahnen und Brücken, in Dörfern und Gehöften lauerten Nachstellungen und Verrat, und wenn der todmüde Kriegsmann sich im Nachtquartier der Ruhe zu überlassen gedachte, wurde er nicht selten das Opfer eines feindlichen Überfalles, den der Hausbewohner oder die Ortsbevölkerung veranstaltete oder unterstützte. Wohl ließen sich, solange die Schwungkraft der großen, zum nachhaltigen Widerstand entschlossenen französischen Nation wirksam war, noch manche erfolgreiche Thaten des Widerstandes vollführen; die in Frankreich eingedrungenen deutschen Korps konnten in mancherlei Verlegenheiten gebracht, da und dort in Bedrängnis versetzt, zu den peinlichsten Anstrengungen und den mühsamsten Gegenzügen gezwungen werden; dennoch konnte niemand im Zweifel sein über den Ausgang des furchtbaren Kriegs, über den endlichen Sieg der deutschen Kraft und Mannszucht.

6. Der revolutionäre Terrorismus in Frankreich und die Winterfeldzüge.

1. Der Festungskrieg und der südöstliche Kriegsschauplatz.

Der Festungskrieg in Nordfrankreich.

In den letzten Monaten des ereignisvollen Jahres 1870 war die nördliche Hälfte Frankreichs vom Jura bis zum Kanal, von der belgischen Grenze bis zur Loire ein weites Gefechtsfeld. Von den durch die Kapitulation von Metz freigewordenen Kriegsmannschaften blieb ein Teil unter General von Zastrow als Besatzung zurück, um zugleich zu weitern Operationen gegen Diedenhofen verwendet zu werden; ein andrer Teil zog nordwärts, um unter dem Oberbefehl des Generals v. Manteuffel die Provinzen Picardie und Normandie zu besetzen, die Verbindung mit dem Meer herzustellen und der französischen Nordarmee unter General Bourbaki, die in Lille ihren Mittelpunkt hatte, den Weg nach Paris zu verlegen. Eine dritte Abteilung, darunter die hessische Division, schloß sich der zweiten Armee an, deren Oberkommandierender, Prinz Friedrich Karl, sein Hauptquartier in Troyes aufschlug und rechts durch die Truppen v. d. Tanns und die Heerabteilungen des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin mit der Loire-Armee, links durch das Werdersche Korps mit der aus Mobilgarden, Franctireurs und den ausländischen Freischaren Garibaldis gebildeten Ostarmee in Fühlung war. Eine vierte Abteilung, die Pommern unter Fransecky und die württembergische Division unter General v. Obernitz, verstärkte die Einschließungsheere um Paris. Einzelne Heeresteile rückten vor die nördlichen Festungen, welche allmählich nach heftigem Widerstand zur Übergabe gezwungen wurden. So Soissons am 16. Oktober, Verdun am 8. November, Diedenhofen (Thionville), das seit dem 13. November vom Generalleutnant Kameke belagert ward, nach dreitägiger Beschießung am 24. November, Ham, wo einst Napoleon gefangen saß, am 10., Pfalzburg, dessen kleine Besatzung tapfern Widerstand geleistet, am 12. und Montmédy am 14. Dezember. Mezières fiel am 2. Januar des folgenden Jahres durch General Woyna II. Die Kriegsoperationen der Deutschen waren erschwert, solange diese Bollwerke in feindlicher Hand waren, welche die Proviantzüge hemmten und den Franctireurs als Stützpunkte dienten. Die Garnisonstruppen aller dieser Festungen wanderten als Gefangene nach Deutschland, die abgelieferten Waffen, Geschütze, Feldzeichen mehrten die unermeßliche Kriegsbeute der Sieger. Die Städte selbst aber gingen meistens in einem elenden Zustand in die Hände der Deutschen über. Viele Häuser waren Schutt- und Brandstätten, ein großer Teil der Einwohner von Armut, Hungersnot, Krankheit furchtbar heimgesucht. Nur Bitsch, die uneinnehmbare Felsenfestung, die von einer kleinen bayrischen Belagerungsmannschaft eingeschlossen war, hatte den Triumph, bis zum Friedensschluß auszuharren, um dann auf immer in deutschen Besitz zu kommen.

Die größten Schwierigkeiten hatte das aus verschiedenen Truppenteilen gemischte 14. Korps zu bestehen, mit dem der tapfere General v. Werder von Straßburg auszog, um das obere Elsaß mit den Festungen Schlettstadt, Neubreisach und Belfort zu erobern und die Gebirgslandschaften der Vogesen und des Jura zu besetzen. Nicht nur, daß die Stärke seiner Truppen, unter denen die badische Division unter General v. Beyer eine hervorragende Stellung behauptete, zu gering war gegenüber dem zahlreichen Feind, nirgends entfaltete sich der unheimliche Bandenkrieg in solcher Ausdehnung und in so gefahrdrohender Gestalt wie in diesen Berggegenden, wo man an der Festung Langres einen sichern Hinterhalt, an der gegen die Deutschen höchst feindselig gesinnten Bevölkerung Helfer, Hehler und Spürer, in den Arbeitern von Mülhausen fanatisch-republikanische Bundesgenossen hatte und die verdorbenen oder durch Verhaue gesperrten Wege und Gebirgspässe die Märsche hemmten. Wenngleich die badischen Truppen unter General von Degenfeld in Verbindung mit einer preußischen Brigade bei St.-Dié, Etival, Nompatelize, Rambervillers und anderwärts die überlegenen Kriegsscharen mit großer Tapferkeit zurückschlugen und die Walstatt mit ihrem Blut behaupteten, wenngleich der preußische General v. Schmeling die Festung Schlettstadt zur Übergabe zwang und Neubreisach, von wo aus das gegenüberliegende offene Städtchen Altbreisach auf dem rechten Rheinufer beschossen und selbst die Bahnzüge von Franctireurs angefallen worden waren, in seine Gewalt brachte und durch Besatzung sicherte: die Ostarmee, die in der aufgeregten republikanischen Fabrikstadt Lyon anfangs unter dem bei Sedan verwundeten General Cambriels formiert ward, an die sich nicht bloß Garibaldi mit französischen Franctireurs und Mobilgarden (Moblots) und mit italienischen, spanischen, polnischen Freischaren unter seinen Söhnen Menotti und Ricciotti und seinem Schwiegersohn Canzio anschloß, bei der auch andre exzentrische Demokratenführer, wie Cluseret, ein französischer Abenteurer aus dem nordamerikanischen Krieg, wie Cremer, ein fanatischer Republikaner aus Lothringen, wie der Pole Bosak-Haucke und sein Landsmann Dombrowski, der, wegen Teilnahme am polnischen Aufstand zur Deportation nach Sibirien verurteilt, auf abenteuerliche Weise entflohen war, und so viele andre einen Tummelplatz für ihren unruhigen Geist und ihre republikanischen Doktrinen suchten; diese Ostarmee sandte immer neue Züge aus, stellte immer neue Scharen aus der zuströmenden brotlosen Arbeiterbevölkerung der südlichen Städte ins Feld. Lyon mit dem Lager von Satonay und der nahen Fabrikstadt St.-Etienne wurde ein Herd republikanischer Aufregung, wo die rote Fahne aufgepflanzt ward und eine sozialistische Partei, welche das Regiment an sich riß, eine Zwingherrschaft mit Schrecken und Gewaltthat aufrichtete. Diese Erscheinungen und vor allem das Auftreten Garibaldis gaben ein klägliches Zeugnis von der Zerfahrenheit der romanischen Bevölkerung, von der Macht der Phrase und der Doktrin, von den Widersprüchen und Gegensätzen, in welchen sich die phantastisch angelegten Vorkämpfer repu-

Randnotizen: Die Kämpfe in den Vogesen und im Jura. — 6.–12. Okt. 1870. — 24. Okt. — 11. Nov.

blikanischer Freiheit bewegten. Hatte auch Garibaldi schon in den italienischen Kriegen bewiesen, daß er für politische Dinge ein schwaches Urteil besitze, daß er ein tapferer Haudegen und mutiger Volkskämpfer sei, aber für die Entwickelung und Gestaltung eines Staatswesens mit realen Grundlagen und Möglichkeiten kein Verständnis habe, daß er über idealistischen Träumen und Zielen den Boden der Wirklichkeit verkenne und eine fahrige Vielgeschäftigkeit, ein Hang zu Abenteuern seiner Natur tief eingeprägt sei, so traten diese Züge jetzt in auffallendster Weise zu Tage. Hatte schon vor Jahren die Welt mit Erstaunen auf die Rolle geblickt, die er bei dem wunderlichen Kongreß der internationalen Freiheits- und Friedensliga in Bern spielte, so forschte man nun nach den leitenden Gedanken, die sein gegenwärtiges Auftreten zu erklären vermöchten, nach einem verbindenden Zusammenhang zwischen sonst und jetzt, nach einem lichten Ausweg aus dem Labyrinth der Gegensätze. Der Mann, welcher der französischen Nation es nie vergeben konnte, daß sie seine Vaterstadt Nizza an sich gerissen, trat nun als Kämpfer für dieselbe Nation ins Feld gegen den preußischen Staat, dem Italien die Erwerbung von Venetien, die Vollendung seiner nationalen Einheit verdankte; er, der erst vor zwei Jahren durch die französischen Chassepots von der römischen Campagna verjagt worden war, dessen treue Gefährten im ungleichen Kampf auf dem Waffenfeld dahinsanken oder in römischer Gefangenschaft schmachten mußten, beteiligte sich jetzt an einem Krieg, dem Italien die Befreiung Roms von der Hierarchie und ihren französischen Wächtern verdankte, einem Krieg, welcher allein die Erreichung des Ziels ermöglichte, dem er sein Leben lang nachgejagt. Gelockt durch die klingende Schelle von Republik und Demokratie, welche durch das Gebahren Gambettas und der Pariser Regierung zum Spott der Welt, zum heuchlerischen Spiel ward, schlug er Nationalgefühl und Vaterlandsliebe in die Schanze, um einem Phantom nachzurennen, trat er in den Dienst einer Regierung, von der sich gerade damals seine Vaterstadt Nizza losreißen wollte. Von Bordone, seinem alten Freund und Waffengefährten aus Caprera auf einem französischen Schiff abgeholt, begab er sich über Marseille
7.–11. Okt. 1870. nach Tours und erhielt dort das Oberkommando über alle zu einer Vogesen-Armee vereinigten Freikorps. Am 14. Oktober traf er in Dôle ein. Die Geschichte Frankreichs bewies, daß die auswärtige Politik unter allen Regierungen denselben Charakter trug, Republik wie Monarchie dieselben Herrschaftspläne verfolgten; es war daher eine kurzsichtige Theorie, wenn man zwischen dem bonapartistischen und republikanischen Frankreich unterscheiden wollte. Auch darin gab sich die Zerfahrenheit der Nation in Widersprüchen kund, daß die republikanische Regierung durch die Verwendung Garibaldis und seines priesterfeindlichen Generalstabsleiters Bordone, eines Mannes von sehr zweideutiger Vergangenheit, der strengkirchlichen Partei vor den Kopf stieß, deren Mitwirkung und Unterstützung sie doch wieder bei dem Volk nicht entbehren konnte.

Aber wie weit auch die verschiedenen Elemente bei der Ostarmee ausein-

ander gingen und die Keime der Selbstauflösung in sich trugen, in dem Haß gegen die Deutschen und in dem heißen Wunsch, den Feind zurückzudrängen und womöglich den Krieg über den Rhein zu spielen, waren alle einig. Darum entbrannte in den kalten November- und Dezembertagen, als General v. Tresckow die wichtige Bergfestung Belfort zu belagern begann, in dem alten Burgunderland, um Vesoul und Montbéliard, um Gray und Dijon ein Kampf, der an Gefahren und Anstrengungen, an Strapazen und Entbehrungen hinter keinem andern zurückstand. Denn hier hatte man nicht bloß einen an Zahl weit überlegenen Feind im Feld zu bestehen, sich nicht bloß gegen Geschosse aus dem Hinterhalt, aus Häusern und Kellern, aus Gebüsch und Wald, aus Gräben und von Höhen zu schützen, gegen „ungreifbare Banden" auszuziehen; das ausgehungerte Land gewährte nur spärliche Nahrungsmittel und die Unterbrechung der Eisenbahnen hemmte die Zufuhr und die Verbindung mit der Heimat. Hier war es, wo die badische Division unter General Beyer, und nach dessen Erkrankung unter General v. Glümer sich ihren Ehrenplatz erkämpfte. Ende Oktober drangen die Truppen unter steten Kämpfen am Oignon, einem Nebenfluß der Saône zwischen Vesoul und Besançon, bei den Dörfern Rioz und Etuz und in der hügeligen Landschaft von Gray, wo Werder sein Hauptquartier aufschlug, bis nach Dijon vor und nahmen nach heißen Gefechten auf den Höhen von St.-Apollinaire Besitz von dieser alten Hauptstadt des ehemaligen Herzogtums Burgund. Dieser vorgeschobene Posten, bei welchem Prinz Wilhelm, Bruder des Großherzogs von Baden, als Anführer einer Infanteriebrigade und die Generale Keller, Degenfeld und Laroche sich tapfer hervorthaten, sollte das Gebiet vom Feind freihalten, damit die Belagerung der wichtigen Festung Belfort, die durch den umsichtigen und erfahrenen Kommandanten Denfert hartnäckig und erfolgreich verteidigt ward, keine Störung erführe. Als General Tresckow den französischen Oberst auffordern ließ, die Leiden des Kriegs nicht unnötig zu mehren, erhielt er die Antwort, das beste Mittel, sie zu verkürzen, sei der Abzug der Deutschen.

Zwischen Dijon und Belfort.

31. Okt. 1870.

„Die Stadt Belfort wird von einer noch von Vauban errichteten Citadelle beherrscht, welche auf einem fast senkrecht aufsteigenden Felsen gelegen mit einer bastionierten Enceinte umgeben ist, die sie von zwei bedeutenden Vorstädten trennt. Außer diesen Befestigungen des sogenannten Roche de Belfort, deren höchster Punkt zweihundert Fuß über der Savoureuse liegt, wird Belfort wesentlich durch ein permanent befestigtes Lager verteidigt, welches etwa 20,000 Mann umfassen kann und durch die bedeutenden Forts de la Miotte und de la Justice, sowie durch die neuern Werke des Basses und des Hautes-Perches, einen mit Erdwerken befestigten Höhenzug, geschützt wird." Mit Belfort in einem gewissen Zusammenhang stand das feste Schloß von Montbéliard, der ehemals württembergischen Besitzung Mömpelgard, die während der großen Revolution zu Frankreich geschlagen und im Luneviller Frieden abgetreten worden war.

Die ganze von Gebirgszügen durchschnittene Gegend vom Jura bis zu der Hochfläche von Langres, wo schon in den Tagen Cäsars die Römer und Gallier

Gambetta und die Elemente der nationalen Verteidigung.

ihre Kräfte miteinander gemessen, bildete im November und Dezember den Schauplatz zahlreicher Gefechte, die in Verbindung mit mehreren Ausfällen der Garnison von Belfort dem aus verschiedenen kleinen Truppenteilen zusammengesetzten Werderschen Armeekorps schwere und gefahrvolle Tage bereiteten. Wäre nicht die republikanische Kraft des Südens durch innere Zersetzungen, durch das Hervortreten der Sozialdemokraten in den volkreichen Fabrik- und Handelsstädten Lyon, Marseille, Perpignan, Bordeaux im Anfang gelähmt und gebrochen worden, so würden die Moblots und Franctireurs im Verein mit den Vogesenjägern Garibaldis in Dôle und mit der feindlich gesinnten Bevölkerung des obern Elsaß den deutschen Heerhaufen einen gefährlichen Stand bereitet, vielleicht das linke Rheinufer zurückerobert, das reiche und blühende Vorland des Schwarzwaldes mit verheerenden Einfällen heimgesucht haben. Dijon mußte wiederholt
19. 20. Nov. 1870. geräumt werden und der nächtliche Überfall von Châtillon an der Seine durch Garibaldianer unter Ricciotti, wobei 120 Mann Landwehr und Husaren, darunter zwei Obersten und zwei Majore, elendiglich umkamen und siebzig Pferde verloren gingen, gab den ergreifenden Beweis, welchen Gefahren die deutschen Truppen in dem feindlich gesinnten Land ausgesetzt waren. Aber die revolutionären Bewegungen der unruhigen, von der Not der Zeit schwer betroffenen Arbeiterbevölkerung des Südens, welche unter verwegenen Demagogen wie Cluseret, Esquiros, Delpech sich zu demokratischen Gemeinwesen unabhängig von der provisorischen Zentralregierung organisieren wollte, nötigten die Nationalgarden, zur Verteidigung ihres Eigentums die Waffen gegen den innern Feind zu kehren. Zwar gelang es, angesichts der von außen drohenden Gefahren, der Thätigkeit Gambettas und seiner Kommissäre, der revolutionären Bewegungen der Kommune von Lyon und der „Liga des Südens" insoweit Meister zu werden, daß die kommunistischen und föderalistischen Bestrebungen bis zur Vertreibung der „Invasion" sich der Regierung der Nationalverteidigung fügten; aber der Geist des Aufruhrs und Widerstandes wurde nicht erstickt, sondern nur vorübergehend zurückgedrängt, um bei nächster Gelegenheit von neuem hervorzubrechen. In Lyon, wohin sich auch der russische Agitator Bakunin von Genf aus begeben hatte, dauerte die Gärung fort und steigerte sich am Ende des Jahres zu solcher Höhe, daß der Kommandant eines Bataillons der Nationalgarde Arnaud, der dem Terrorismus der Roten sich nicht unterwerfen wollte, von einer Bande Sozialdemokraten in einem stürmischen Kriegsgericht zum Tod verurteilt und erschossen ward. Gambetta selbst eilte zur Beschwichtigung der rasenden Menge nach der Rhônestadt und es gelang ihm, die Urheber des Frevels dem Arm der Gerechtigkeit zu überantworten und der unglücklichen Familie des Ermordeten eine Entschädigung zu erwirken; aber so sehr fürchtete er sich vor durchgreifenden Maßregeln, daß die rote Fahne noch lange Zeit auf dem Stadthaus von Lyon wehen durfte. Er glaubte seine usurpierte Herrschaft nur behaupten zu können, wenn er alle Leidenschaften wach rief und in den Dienst der

Republik zwang. Aber die aufgerufenen Geister gehorchten nicht mehr seinem Zauberbann. Wie sollte eine Nationalverteidigung zum Ziel kommen, bei welcher die größten Feinde und Verächter von Religion und Priestertum, wie die Garibaldianer und Sozialdemokraten, Hand in Hand gingen mit den Vendéer Bauern, den fanatischen Anhängern der katholischen Kirche und des Klerus, die der aus Rom herbeigeeilte Oberst Charette, ein Enkel des alten Glaubensstreiters, ins Feld führte, und mit den strengkirchlichen Bretagnern unter dem ehemaligen Polizeipräfekten Kératry, in deren Kreisen man es nicht verschmähte, eine neue „Jungfrau von Orleans" zur Bethörung des abergläubischen Landvolks in Szene zu setzen, und zugleich dem Papst Hoffnung machte, die republikanische Regierung würde nach glücklicher Beendigung des Kriegs ihm zur Herstellung des Kirchenstaats und der weltlichen Herrschaft behilflich sein! Der einzige gemeinsame Antrieb aller dieser Gegensätze und einander widerstrebenden Elemente, der Haß gegen die Deutschen, gegen das gewaltig aufstrebende Preußen konnte auf die Dauer die tiefklaffenden Spaltungen nicht ausgleichen. Was jetzt um die Fahne der Nationalverteidigung sich scharte, mußte in kurzem in feindlichen Richtungen auseinander fliegen und die Waffen nach innen kehren. Aus dem furchtbaren Krater konnten nur zerstörende Kräfte sich entwickeln.

2. Die Kämpfe an der Loire und Sarthe.

Durch die revolutionäre Diktatur Gambettas wurde das ganze französische Volk in den Kampf gerissen, die Vernichtung des Feindes auf jede Weise zur vaterländischen Pflicht gemacht. Dadurch nahm der Krieg mehr und mehr einen Charakter von Grausamkeit und Verwilderung an, der mit der Gesittung des neunzehnten Jahrhunderts in grellem Widerspruch stand. Wo ein heimtückischer Überfall stattfand, wo Bürger und Bauern sich am Kampf beteiligten, da wurde ein strenges Strafgericht geübt. In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober wurde in Ablis, einem wohlhabenden Ort nahe an der Eisenbahn über Vendôme nach Tours, eine Schwadron Husaren, welche auf Requisition ausgezogen war, von Freischützen überfallen, die Mannschaft getötet oder zersprengt; nur Trümmer derselben vermochten sich zu retten. Da wurde das Städtchen, dessen Bewohner der Mitwirkung oder Beihilfe angeschuldigt waren, zur Vergeltung und zum abschreckenden Beispiel auf Befehl des Generalmajors v. Schmidt in Brand gesteckt. So erzeugte eine Greuelthat die andre; im Lager der Neutralen ertönte ein Schrei des Unwillens und der Entrüstung über die Barbarei der Deutschen; wer gab aber die Veranlassung zu solchen Thaten der Rache? Als Chaudordy, Vertreter für das Auswärtige in der Regierungsdelegation zu Tours, in zwei Rundschreiben die deutschen Truppen grausamer Ausschreitungen beschuldigte, konnte ihm Bismarck die Befehle republikanischer Präfekten vorführen, in denen der Bevölkerung ein Krieg aufs Messer geboten war. „In der

Zunehmende Kriegswut.

9. Okt. 1870.

ersten Hälfte des Feldzugs," äußerte in der Folge, als das Urteil ruhiger geworden war, ein großes englisches Blatt, „bewiesen die Deutschen eine bemerkenswerte Humanität; erst später ermüdeten Kälte, lange Märsche, unaufhörliche Kämpfe mit einem Feind, der zu Zehntausenden aus der Erde emporzusteigen schien, die deutsche Geduld und verhärteten das Gemüt des Siegers gegen ein Volk, welches einen blutigen Kampf nutzlos verlängerte."

Artenay und Coulmiers. Die Kavallerieregimenter, welche im Oktober südwärts zogen, um das Gebiet zwischen Seine und Loire zu erforschen und Requisitionen beizutreiben, stießen bald auf französische Truppen, welche die Vorhut der zum Entsatz von Paris heranrückenden Loire-Armee unter General de la Motterouge bildeten, einem ältern Militär, der in Afrika und in Italien seine Schule gemacht hatte. Sie standen in Toury, zwischen Orleans und Etampes, als der Kronprinz von Preußen, von ihrem Anzug unterrichtet, den General v. d. Tann mit dem ersten bayrischen Armeekorps und einige norddeutsche Divisionen unter General Wittich gegen sie ausschickte. Diese erreichten die schon auf dem Rückzug be-
10. Okt. 1870. griffenen Franzosen bei Artenay, drängten sie nach einem hitzigen Gefecht in die Forsten von Orleans, die waldbedeckten Höhen, die sich von Gien am rechten Ufer des Stromes hinziehen, und besetzten nach einem furchtbaren Straßenkampf
11. Okt. die reiche Stadt an der Loire. Motterouge, der seine Truppen in einiger Unordnung über den Fluß nach der öden unfruchtbaren Ebene der Sologne geführt, die sich auf der Südseite der Loire gegen Blois hin ausdehnt, wurde von Gambetta seines Kommandos beraubt, das nun einem andern ältern General, der gleichfalls in Afrika, in der Krim und in Italien gedient hatte, Aurelles de Paladine, übertragen ward. Der neue Feldherr zog alle Mannschaften, die allmählich in den verschiedenen Lagern formiert und eingeübt wurden, an sich, um nicht nur die Loirelinie wieder zu gewinnen, sondern auch, an mehreren Orten den Fluß überschreitend, den ursprünglichen Plan eines Marsches auf Paris in Ausführung zu bringen. Aber wie sehr man auch das strengste Geheimnis der Operationen einschärfte, die Bewegungen konnten von den jungen Truppen nicht so rasch durchgeführt werden, daß nicht von der Tann davon Kunde erhalten hätte. Um nicht auf seinen Flügeln umgangen und von der Hauptarmee
8. Nov. vor Paris abgeschnitten zu werden, räumte er wieder Orleans, die zurückbleibenden Kranken der Fürsorge und Menschlichkeit des Stadtrats empfehlend, denn er gedenke bald wieder zu kommen. Auch der preußische General Wittich, welcher nach Châteaudun entsandt worden war und diese durch Geschütz und Barrikaden befestigte, von Mobilgarden und Franctireurs unter dem Polen Lipowski mit Beihilfe der Einwohner hartnäckig verteidigte Stadt im schweren Kampf mit
18. Okt. Brand und Zerstörung erobert hatte, erhielt Befehl zum Rückzug nach Chartres. Obwohl von den Feinden unaufhörlich verfolgt, bewerkstelligte v. d. Tann den-
9. Nov. noch nach dem blutigen Gefecht bei Coulmiers gegen die dreifach überlegene Truppenzahl der Franzosen auf beschwerlichen Märschen über die durch Schnee

und Regen grundlos gewordenen Wege einen geordneten Rückzug nach Toury, wo auch General Wittich wieder zu ihm stieß. Die Bayern hatten sich unter v. d. Tann, dem General v. Orff und dem Oberst v. Ysenburg in der heißen Schlacht, die von sieben Uhr Morgens bis fünf Uhr Abends dauerte, mit außerordentlicher Tapferkeit geschlagen, so daß der Feind einen Verlust von 2000 Mann hatte, während auf deutscher Seite die Zahl der Toten und Verwundeten sich auf etwa 1100 Mann mit 54 Offizieren belief. 10. Nov. 1870.

Dieser Rückzug, wenngleich unter heldenmütigem Widerstand gegen die feindliche Übermacht ausgeführt, machte im Hauptquartier einen peinlichen Eindruck, zumal da Gambetta die Begebenheit als einen glänzenden Triumph der französischen Waffen hinstellte, dem die Entsetzung von Paris und der endliche Sieg auf dem Fuß nachfolgen werde. Selbst der Bischof Dupanloup von Orleans, der sich gegen die Deutschen sehr zuvorkommend benommen hatte, pries den Erfolg Aurelles' als den Anfang eines Umschwungs in dem Gang des Kriegs, empfahl aber zugleich eine Umkehr zu Gott. Auch unterließ Gambetta nichts, die Streitkräfte zu mehren und die ganze Macht des Südens und des Westens zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen. Er rief aus dem Süden immer neue Mannschaften herbei; er eilte nach der Bretagne in das Lager von Conlie, um die beiden Heerführer Charette und Kératry, die in Hader geraten waren, zu versöhnen; er setzte die ganze militärische Volkskraft Frankreichs in Bewegung, um die Loire-Armee auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie unter dem energischen Befehlshaber Aurelles de Paladine, einem Mann von „eisernem Arm" und strenger Mannszucht, die Befreiung des Vaterlandes von den fremden Kriegsheeren vollführen könnte. Allein der Fortgang des Feldzugs entsprach nicht den großen Erwartungen, die man nach dem ersten Erfolg gehegt. Während die jungen Mannschaften dürftig eingeübt und eingekleidet sich langsam zu einem größern Heerkörper vereinigten, rückte der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, dem der Oberbefehl über die zu einer eignen Armeeabteilung vermehrten deutschen Streitkräfte jener Gegend übertragen worden, westwärts, schlug bei Dreux, bei Châteauneuf, bei Digny und im Wald von St.-Jean die Mobilgarden, die unter General Fiéreck zur Loire-Armee ziehen wollten, und verhinderte nicht nur die beabsichtigte Verbindung, sondern erzeugte auch unter der jungen Mannschaft solche Entmutigung, daß Kératry seinen Oberbefehl niederlegte und Fiéreck entsetzt werden mußte. Einzelne Abteilungen zogen sich über Nogent le Rotrou nach Le Mans, von den Deutschen verfolgt und beobachtet. Da man aber im Hauptquartier zu Versailles deutliche Anzeichen hatte, daß der Feind bedeutende Streitkräfte an der Loire sammle, um von dort aus einen Hauptstoß gegen die Einschließungsarmee zu unternehmen, so erhielt der Großherzog von Mecklenburg den Befehl, sich mehr ostwärts zu halten und mit der zweiten Armee des Prinzen Friedrich Karl, die im Anrücken begriffen war, in Verbindung zu treten, also daß dieser das Oberkommando über die gesamten

Die deutschen Heere vor Orleans.

17. 18. Nov.

deutschen Heerkörper im Süden führte. Gleichzeitig zog nämlich dieser Feldherr von Troyes aus westwärts über Sens und Nemours, die infolge der Proklamationen Gambettas immer schärfer hervortretende feindselige Gesinnung der städtischen und ländlichen Bevölkerung durch drakonische Strenge, durch Strafandrohungen, Requisitionen, Exekutionen nur mühsam niederhaltend, und vereitelte, mit dem zehnten Armeekorps unter Voigts-Rhetz und einer Division
28. Nov. 1870. des dritten Korps, durch die blutige Schlacht bei Beaune la Rolande, nordöstlich von dem Forst von Orleans, gegen ein wohl dreimal so starkes französisches Heer den Plan des Feindes, über Fontainebleau nach Paris vorzudringen. In beiden Heeren lebte das Bewußtsein von der hohen Bedeutung dieser Schlacht für den Fortgang des ganzen Kriegs, daher auch auf beiden Seiten mit der größten Tapferkeit gestritten wurde. Ein Leichenfeld, wie selbst dieser blutige Krieg deren wenige gesehen haben mag, bedeckte die Gefilde um die Stadt. Auch ein neuer Versuch, weiter westwärts durchzubrechen, wurde unter dem Oberkommando des Großherzogs von Mecklenburg in einer Reihe von Gefechten zwischen Artenay und Châteaudun zurückgewiesen, vor allem durch die tapfere Haltung der 17. Infanteriedivision und der bayrischen Heerabteilung
2. Dez. bei Loigny und Château Goury, sowie durch das rechtzeitige Eingreifen der 22. Infanteriedivision unter General Wittich und der Kavalleriebrigade Colomb bei dem Dorf Pouprh in das schwankende Treffen. Mit großen Verlusten mußten die Franzosen wieder abziehen; aber auch auf deutscher Seite hatten Chassepots, Mitrailleusen und Granaten viele Opfer gefordert, und wenn bisher der Marsch auf dem von Regengüssen durchweichten morastähnlichen Boden mit unendlichen Anstrengungen und Strapazen verbunden gewesen war, so bereitete die mit Anfang Dezember eingetretene Winterkälte Beschwerden andrer Art. In Paris hatte Trochu mit Sicherheit auf Hilfe und Entsatz gerechnet. Die wiederholten Ausfälle, die er um dieselbe Zeit in südlicher und östlicher Richtung anordnete, sollten die Unternehmungen der Freunde fördern und zum Ziel führen, und die rhetorischen Proklamationen Gambettas, des Advokaten „mit der feurigen Zunge und der flammenden Feder", daß der Genius Frankreichs, einen Augenblick verschleiert, wieder in seiner Glorie erscheine, zeugten von der Zuversicht, welche er und seine Genossen hegten oder zu hegen vorgaben. Mehr als je glich um diese Zeit Frankreich einem Heerlager; alles griff zur Waffe, und alles diente als Waffe. War es bei der feindseligen Gesinnung, die allerorten dem deutschen Soldaten offen und versteckt entgegentrat, zu verwundern, daß auch in ihm Groll und Verbitterung sich regten und ihn zu gewaltthätigen Handlungen führten?

Die Loire-Armee zersprengt. Während der blutigen Vorgänge um Loigny war der Großherzog von Mecklenburg mit zwei weitern Heersäulen südwärts bis Artenay vorgerückt, wo schon im Oktober die Bayern einen siegreichen Kampf bestanden, warf am nächsten
3. Dez. Tag, an die Truppen Wittichs und Colombs bei Pouprh sich anlehnend, in

verschiedenen Gefechten den Feind zurück und reichte nun dem Prinzen Friedrich Karl, der in Pithiviers sein Hauptquartier hatte, die Hand zum gemeinsamen Vorgehen. In diesen viertägigen Kämpfen am Ufer der Loire und am Rand des dichten Waldes, in denen das Blut in Strömen floß, bei Villepion, Loigny, Poupry, Artenay und Chevilly wurde die französische Armee überwunden und nach einem letzten unglücklichen Versuch, die Stadt der Jungfrau zu behaupten, zur Flucht nach Süden gezwungen, worauf die Deutschen, voran die 17. Divi- 4. Dez. 1870.
sion, bei heller Wintersonne wieder als Sieger in Orleans einzogen. Im Wald von Fontainebleau hatte Trochu mit der Loire-Armee zusammentreffen wollen. Aber während er selbst vom 29. November bis 2. Dezember vergeblich rang, sich einen Weg dahin durch die Linien des Belagerers zu bahnen, wurde die Entsatzarmee durch das rechtzeitige Eingreifen der durch die Armeeabteilung des Großherzogs verstärkten deutschen zweiten Armee zurückgeworfen und großenteils zersprengt. Eine große Menge Gefangner und eine beträchtliche Kriegsbeute, darunter vier armierte Dampfschiffe, fielen in Orleans in die Hände der Deutschen; in zersprengten Haufen bewegte sich die Loire-Armee, bei der sich besonders die päpstlichen Zuaven tapfer gehalten, aber auch am meisten gelitten hatten, stromabwärts gen Blois. Bischof Dupanloup ward in seinem Palast unter militärische Aufsicht gestellt; in der Kathedrale wurden die Gefangenen untergebracht. Gambetta selbst, der von Tours nach dem Schlachtfeld reisen wollte, wäre beinahe in die Hände der Preußen gefallen. Aurelles de Paladine, dem Gambetta die Schuld des Fehlschlagens des Kriegsplans beimaß und mit einer Untersuchung drohte, legte gleichfalls das Kommando ab. Nun faßte der Diktator den Plan, sowohl die vorhandenen Heerhaufen als die durch ununterbrochene Aushebungen fort und fort sich mehrenden neuen Truppen in zwei Armeen zu teilen, wovon die erste unter Bourbaki, der das Kommando der Nordarmee an General Faidherbe abgetreten, weiter ostwärts operieren, die zweite unter Chanzy von der mittlern und untern Loire aus den Feind zurückdrängen sollte. Und um in seinen Unternehmungen freiere Hand zu haben, verlegte er zugleich den Sitz der Regierungsdelegation von Tours nach Bordeaux, wohin 10. Dez.
auch ein Teil des diplomatischen Korps folgte. Mit den Hindernissen wuchs der revolutionäre Terrorismus des Diktators; und wie sehr immer die Not und die Kriegslasten auf die Bevölkerung drückten, das erregte Nationalgefühl der Franzosen, die republikanische Begeisterung in den Städten, der Mangel an Arbeit und Verdienst, der Haß gegen die feindlichen Eindringlinge führten stets neue Scharen zu den Fahnen; durch Zwangssteuern und Anleihen kamen auch die nötigen Geldsummen für die Kriegsbedürfnisse zusammen, und in Requisitionen blieben die französischen Heerführer hinter den deutschen nicht zurück. So ward es möglich, durch eine Reihe von Gefechten in den kalten Dezembertagen das Vordringen der durch unaufhörliche Kämpfe geschwächten, durch Anstrengungen und Märsche bis zur Erschöpfung ermüdeten Deutschen stromabwärts wo nicht

zu verhindern, so doch zu erschweren. Wenn General Chanzy, der Oberfeldherr der zweiten Loire-Armee, der mit Linienmilitär und Mobilgarden sich den aus Norddeutschen, Bayern und Hessen gebildeten Truppenteilen des Großherzogs
7. Dez. 1870. und folg. von Mecklenburg bei Meung, Beaugency, Marchenoir entgegenstellte, durch die Überlegenheit seiner Streitkräfte mehrere Tage lang den Feind vom weitern Vorgehen abhielt, so änderte sich bald die Lage, als Prinz Friedrich Karl, der mittlerweile die erste Armee Bourbakis nach Vierzon und Bourges zurückgedrängt hatte, von Orleans aus mit dem zehnten Armeekorps in Gewaltmärschen den erschöpften Truppen des Großherzogs nacheilte und dann als Oberbefehlshaber mit frischen Kräften in den Kampf eintrat. Am 12. Dezember meldete ein Telegramm von Versailles: „Nach den viertägigen Gefechten um Beaugency herum, die jedesmal siegreich für uns endigten, wenn auch bei der Übermacht des Feindes kein bedeutendes Terrain gewonnen wurde, ist der Feind heute unerwartet gegen Blois und Tours abgezogen, wahrscheinlich infolge der großen Verluste, die er erlitten.“ Der siebzehnten und der zweiundzwanzigsten Infanteriedivision und dem bayrischen Armeekorps war bei diesen Kämpfen die schwerste Aufgabe zugefallen. Gleichzeitig wurde die großherzoglich hessische Division, die auf dem linken Ufer der Loire stromabwärts gezogen, von dem neunten Armeekorps eingeholt, das seinen Marsch von Vierzon über Contres und Schloß Chambord bewerkstelligte. Nun konnte Blois ohne Widerstand besetzt werden und bald auch Tours. Unterdessen zog General Chanzy über Vendôme nach Le Mans in das Gebiet der Sarthe, um sich durch die noch immer im Bilden begriffene Westarmee von Conlie zu verstärken, fortwährend von den Deutschen,
27. Dez. die bei Sougé und Montoir am Loir unter Oberst Boltenstern eine der kühnsten Kriegsthaten mit glücklichem Erfolg ausführten, verfolgt und beunruhigt, so daß sein Heer durch Kämpfe und Märsche, durch Kälte und Hunger erschöpft und zerrüttet ward und Tausende von Mobilgarden mit und gegen ihren Willen in Gefangenschaft gerieten, während mittlerweile Bourbaki durch Prinz Friedrich Karl südwärts gedrängt und alles Land bis Bourges und Nevers vom Feind gesäubert ward. Weiter vorzugehen lag nicht im Plan der deutschen Kriegführung. Man wollte nur die Loire-Armee von Paris fern halten, und diese Absicht war nunmehr erreicht. Schon am 17. Dezember waren vom Hauptquartier in Versailles an die Armeekommandos Weisungen gerichtet worden, worin es unter anderm hieß: „Die allgemeinen Verhältnisse machen es notwendig, die Verfolgung des Feindes nach erfochtenem Sieg nur soweit fortzusetzen, wie erforderlich, um seine Massen der Hauptsache nach zu zersprengen und deren Wiederversammlung auf längere Zeit unmöglich zu machen. Gegen Süden konzentriert sich die Hauptmacht der zweiten Armee bei Orleans. Sie gibt den Besitz des Landes am Loire-Ufer auf und beschränkt sich auf Beobachtungen gegen den Cher. Zu behaupten sind dagegen, wenn nicht Tours, so doch Blois und Gien. Übergänge oberhalb möglichst zu zerstören.“ Orleans, Chartres, Beauvais wurden

vorerst als Hauptpunkte und Sammelplätze gegen Süden, Westen und Norden festgehalten.

Gegen Weihnachten bezog von der Tann die Winterquartiere in Orleans Kriegsleiden. und gönnte seinen ermüdeten und zusammengeschwundenen Truppen einige Erholung, deren sie so sehr bedurften. Desgleichen wurden die Armeeabteilungen des Großherzogs von Mecklenburg in verschiedene Winterquartiere gelegt. Einige Ruhe that sehr Not. Durch die fortgesetzten Kämpfe und Strapazen war der Bestand der Infanterie verringert, die Pferde waren angegriffen, Bekleidung und Ausrüstung reparaturbedürftig; besonders hatte das Schuhzeug der Infanterie bei den starken, in Schnee- und Regenwetter und in der letzten Zeit häufig auf grundlosen Wegen ausgeführten Märschen gelitten. Schlimmer noch war die Lage der Franzosen. Die Flucht der Einwohner aus der Touraine nach dem Süden gab Zeugnis von dem allgemeinen Schrecken vor den Deutschen. Auch Tausende von Verwundeten, die in den Städten der Loire keinen Raum mehr fanden, wurden im strengsten Winter nach dem Süden geschafft, nach Bayonne, Biarritz, Pau. Angst und Furcht hatte alle Gemüter erfaßt. Selbst unter den gepreßten Mobilen zeigte sich ein widerspenstiger Geist und eine solche Scheu vor den deutschen Waffen, daß ständige Kriegsgerichte im Rücken der Armeen errichtet wurden und Feldgendarmen die Zögernden vorwärts trieben. Was die französischen Lügenberichte einst den Deutschen nachgesagt, das trat jetzt in nackter Wirklichkeit in ihrem eignen Land zu Tage. Wie viele im stillen solchen Terrorismus verabscheuen mochten, nur wenige Stimmen wagten in dieser Zeit der Not laut zu werden, um nicht die Verteidigung zu lähmen. Die zornigen Worte Lanfreys, des republikanischen Geschichtschreibers des ersten Kaiserreichs, gegen die „Diktatur der Unfähigkeit", welche Massen von Menschen aufbiete, die nicht bewaffnet, nicht ausgerüstet, nicht genährt werden könnten und dem sichern Tod entgegengejagt würden, vermochten der unsinnigen Kriegswut des Diktators von Bordeaux keinen Einhalt zu thun. „Die Moblots wurden wie das Vieh zusammengetrieben," berichtete der preußische Staatsanzeiger, „und gleichsam in den Kampf gepeitscht, wenn sie sich durch die erlogene Nachricht von Siegen nicht aufreizen ließen." Und welche Höhe erreichte das Elend, als am Ende des alten und im Anfang des neuen Jahres eine Winterkälte eintrat, wie sie in jenen Landstrichen nur höchst selten zur Erscheinung kommt! In vielen Gegenden mußten deutsche Militärbehörden die Verpflegung der Einwohner übernehmen, da diese ohne solche Unterstützung dem bittersten Hungertod verfallen wären. Aber auch die deutschen Truppen hatten in jenen kalten Tagen und Nächten unsägliche Leiden zu ertragen und zu überwinden, als die vereinten Heerkörper des Prinzen Friedrich Karl und des Großherzogs von Mecklenburg, über 70,000 Mann, vom 3., 9., 10. und 13. Armeekorps, gegen Chanzys Westarmee zogen. Nicht nur, daß in den Gefechten zwischen Loir und Sarthe, bei Vendôme, la Fourche, 6.–10. Jan. 1871. Azay und la Chartre, bei Sargé, Connerré und Nogent le Rotrou, bei Lampron

und La Chapelle, gar manches tapfere Soldatenherz auf den Schneefeldern der Perche seinen letzten Schlag that, die Verwundeten und Kranken nur dürftige Verpflegung fanden: als die deutschen Truppen den beschwerlichen Marsch über das wellenförmige, von Hecken durchzogene Land antraten, wo der sich hebende und senkende Boden und die mit Frost, Schnee und Glatteis überdeckten Wege unglaubliche Schwierigkeiten boten und hinter Gebüsch und ummauerten Gehöften der Franctireur lauerte, wo sie auf jedem Zug Berg für Berg, Feld um Feld dem Gegner abgewinnen mußten, da lernten sie von Grund aus die Leiden des Kriegs kennen. „In diesen Tagen," heißt es im Generalstabswerk, „in denen der Winter in ganzer Strenge auftrat, Schneetreiben und Glatteis die Bewegung hemmten, marschierte ein Teil der Infanterie in leinenen Beinkleidern und zerrissenem Schuhwerk. Bei dem unausgesetzten Vorgehen war es schwer, Ersatz an Mannschaft und Material nachzuschaffen." Als die Soldaten alle diese Be-
11. 12. Jan. 1871. schwerden endlich überwunden hatten, mußten sie durch einen scharfen Kampf vor den Thoren und Mauern der Stadt Le Mans den Eingang erzwingen und selbst in den Straßen und Häusern sich der feindlichen Geschosse erwehren. Dafür wurde der Bürgerschaft eine hohe Kontribution aufgelegt. Die Gefangenen wurden zu Tausenden weggeführt und Geschütz, Munition und Proviantvorräte
15. Jan. in der Stadt selbst und im Lager von Conlie, das Oberst Lehmann und eine Abteilung des 9. Armeekorps (Manstein) nach zähem Kampf eroberten, in beträchtlicher Menge erbeutet. Und so sehr waren die Herzen verwildert, daß die französischen Flüchtigen, die sich scharenweise nach der Eisenbahn stürzten, die in einigen Wagen befindlichen Verwundeten mitleidlos herauswarfen, um sich selbst zu retten. Sogar Chanzy beklagte sich in einem scharfen Armeebefehl über die schmähliche Schwäche und unerklärliche Panik der Soldaten, er erblickte die Rettung des Landes und ihr eignes Heil nur in einer moralischen Erhebung und in der äußersten Anstrengung aller Kräfte zum energischen Widerstand. Bei der Westarmee hatten sich auch die Orleaniden, Joinville und Aumale und ihr Neffe, der Herzog von Chartres, eingestellt, wurden aber durch Gambetta genötigt, das Land ihrer Geburt wieder zu verlassen. Chanzy zog sich nach Laval zurück, wo er die Trümmer seines Heeres zu reorganisieren gedachte, während die Deutschen nach Alençon vordrangen.

3. Zwischen Seine und Somme.

Die Kämpfe am Mont Avron und bei Villiers. In Paris hatte man die größten Hoffnungen auf die Loire- und Westarmee gesetzt. Wir wissen bereits, daß zu Anfang Dezember, als die Truppen Chanzys und Bourbakis den Vormarsch nach Norden versuchten, aber in mehreren heftigen Treffen zurückgeworfen wurden, auch in Paris ein Ausfall unternommen ward, größer und erfolgreicher als alle frühern. Auf der steilen Höhe Mont Avron im Osten der Stadt vor den Forts Nogent und Rosny hatten die Fran-

zosen um die Mitte November Batterien mit schwerem Belagerungsgeschütz errichtet, von wo aus sie die von Sachsen und Württembergern besetzten Dörfer mit Granaten beschießen konnten. Diese Gegend wurde von General Ducrot als die geeignetste Örtlichkeit zu einem energischen Ausfall ersehen, um, wie er in einer Proklamation verkündete, den eisernen Ring zu durchbrechen, welcher sie in einem langen und schmerzhaften Todeskampf zu ersticken suche, und die Verbindung mit den vordringenden Brüdern zu vollbringen. Er selbst, so schwur er dem Heer und der Nation, werde entweder als Leiche oder als Sieger nach Paris zurückkehren. Scheinangriffe, nach Süden und nach Norden gerichtet, sollten durch „Demonstrationsgefechte“ die Aufmerksamkeit des Feindes von dem südöstlichen Schauplatz ablenken, damit die Ausfallenden unbemerkt ihre Hauptmacht über Vincennes vorschieben und mittels gepanzerter Eisenbahnzüge, mit Kanonen bewehrt, möglichst nahe an die Stellungen der Württemberger und Sachsen heranrücken könnten. Unter dem Schutz eines furchtbaren Granatenfeuers, das ohne Unterbrechung von dem Avron und aus den Forts Charenton und Nogent unterhalten wurde, schlugen die Franzosen acht Brücken über die Marne und drangen mit Ungestüm und in großer Überzahl in die Dörfer Brie, Champigny, Villiers, Noisy. Als ob in diesem Nationalkrieg jeder deutsche Stamm die Bluttaufe empfangen und sich durch Großthaten einen Ehrenplatz in dem neuen Reich erringen sollte, waren bei dieser Gelegenheit die Württemberger unter Obernitz und die Sachsen vom 12. Armeekorps unter Prinz Georg vom Schicksal bestimmt, ihre altgewohnte Tapferkeit zu bewähren. Einen ganzen Tag lang verteidigten sie heldenmütig ihre Stellungen gegen den doppelt so starken Feind; 30. Nov. 1870.
erst bei hereinbrechender Dunkelheit mußten sie Brie und Champigny räumen. Der Siegesjubel Gambettas sollte jedoch bald verstummen. Denn nachdem am 1. Dezember das zweite pommersche Armeekorps unter General Fransecky zur Verstärkung herangezogen, wurde an den beiden folgenden Tagen der Angriff von deutscher Seite mit größter Anstrengung erneuert und unter dem furchtbarsten Kugelregen des Feindes die verlornen Positionen zurückerobert. Allein die Verluste betrugen in der zweitägigen Schlacht bei Villiers-Coeuilly und in den 2. 3. Dez.
Nebengefechten gegen 6200 Mann, unter ihnen zwei brave Söhne des württembergischen Ministers Grafen Taube, die brüderlich verbunden im Leben wie im Tod in der Blüte der Jahre dahinsanken. Den Parisern wurde der Triumph zu teil, etliche hundert Gefangene durch ihre Straßen geführt zu sehen; aber das städtische Heer hatte durch den Ausfall über 12,000 Krieger und mehr als 400 Offiziere eingebüßt. General Renault, ein Veteran, der von der Pike auf gedient hatte, starb drei Tage nach der Schlacht infolge einer Amputation.

Die Hoffnung der Pariser auf Entsatz von Süden schwand immer mehr Der nordwestliche Kriegsschauplatz.
dahin; Kälte und Hunger drängten sich immer mehr mit unerbittlicher Schärfe heran; aber konnte denn nicht von Norden und Nordwesten her Hilfe kommen, von der Normandie, von Artois und der Picardie, wo eine tapfere und treue

Bevölkerung lebte, die von jeher so innig mit der Hauptstadt verbunden gewesen, von dem festungsreichen Flandern, wo das belgische Brudervolk so liebevoll die hilfreiche Hand entgegenstreckte, wo die verwegenen Franctireurs, jene „Eber der Ardennen", sich so lebhaft umhertrieben, stets zu Angriffen und Überfällen bereit? Dort waren schon seit Oktober beträchtliche Streitkräfte gesammelt worden, die, auf die Festungen Lille und Amiens gestützt, zuerst unter Bourbaki und dann nach dessen Abzug an die Loire unter dem geschickten und thätigen General Faidherbe den preußischen Heerabteilungen scharf zusetzten. Waren doch noch die festen Orte La Fère, St.-Quentin, Péronne in französischen Händen, wodurch die Vereinigung der deutschen Truppen zu größern Massen verhindert ward und leicht ein rascher Zug auf Paris ausgeführt werden konnte. Der Zusammen-
28. Okt. 1870. stoß bei Formerie zwischen Rouen und Amiens, wo die Franzosen unter planmäßiger Führung mit allen drei Waffen ins Gefecht getreten, ließ die Fortschritte in den Rüstungen des Feindes deutlich erkennen. Derselbe besetzte in den nächstfolgenden Tagen von Amiens aus die größern Ortschaften an der Straße von Montdidier nach Gournay, während er sich von der Andelle her nach Les Andelys und mit einigen Abteilungen noch weiter östlich gegen die Epte vorschob. Nur durch die angestrengteste Thätigkeit, Wachsamkeit und Tapferkeit gelang es im November den Generalen von Manteuffel und Goeben, mit Abteilungen des ersten und achten Armeekorps das Gebiet der Somme allmählich in ihre Gewalt zu bringen, nachdem sie den Feind in mehreren kleineren Gefechten überwunden und in
25. Nov. der größern Schlacht bei der gewerbreichen Stadt Amiens, wo ein Bataillon von Marinesoldaten durch preußische Kavallerie niedergeritten ward, in die Flucht
27. Nov. geschlagen hatten. Nun erst wurde La Fère zur Übergabe gezwungen und
28. Nov. Amiens von Goeben besetzt. Zwei Heerabteilungen, welche der Graf zur Lippe zur Auskundschaftung ausschickte, wurden in Etrepagny und les Thilliers en
29. Nov. Vexin mit Beihilfe der Einwohner unerwartet überfallen und das eine davon fast gänzlich aufgerieben. Von Amiens aus zogen die Deutschen unter Manteuffel in die Normandie, das Hauptland des alten Frankreich. Nachdem sie
4. Dez. bei Forges und Buchy die feindlichen Truppen zurückgeworfen, mußte Rouen,
6. Dez. die altberühmte Hauptstadt an der Seine, dem deutschen Heer die Thore öffnen
9. Dez. und drei Tage später fiel die wichtige Seestadt Dieppe mit ihrem trefflichen Hafen in dessen Hände. Damit war die Zufuhr aus England und Irland und die Schiffahrt auf der untern Seine gehemmt. Aufs neue wurde die Beute an Waffen und Munition und die Zahl der Gefangenen jenseits des Rheins vermehrt, durch Requisitionen in den reichen Städten den Bedürfnissen der Truppen an Kleidung und Nahrung abgeholfen. In ununterbrochener Flucht zog das französische Heer in der strengsten Winterkälte gen Le Havre, wo die Soldaten im elendesten Aufzug, dürftig gekleidet und beschuht und halb verhungert anlangten und das Truppenkorps des Generals Briand verstärkten. Auch das Landvolk zog massenweise in die große Handelsstadt, das Vieh und die notwendigste

Habe mit sich führend. Oft reichten einige Ulanen hin, um ganze Ortschaften in Angst zu setzen. Diese raschen Reiter waren den Augen der Franzosen so entsetzlich, wie ihren Vätern einst die Kosaken. In Havre herrschte die größte Aufregung; ein zur Schau getragener Kriegsmut sollte die innere Furcht und Angst verbergen. Um die Bürgerschaft zu beruhigen und zum Ausharren in der Verteidigung anzuspornen, wurde die Nachricht eines gelungenen Ausfalls der Pariser Besatzung ausgestreut und zugleich von Brest und Cherbourg neue Marinemannschaft abgesandt. Allerdings hatte Trochu um diese Zeit einen neuen Ausfall unter Ducrot und Admiral La Roncière angeordnet, und zwar wiederum 21. Dez. 1870.
nach dem Dorf Le Bourget, das schon früher einmal der Schauplatz blutiger Ereignisse gewesen war; aber das Unternehmen scheiterte an der Wachsamkeit der Garden. Die deutschen Kartätschen wirkten so gewaltig, daß sich das französische Fußvolk nach kurzem Kampf erschrocken und verwirrt zurückzog. Nun stand man in Paris vorerst von neuen Ausfällen ab, so daß die Deutschen ungestört ihre Weihnachtsbäume in ihren kalten Winterquartieren und Herbergen anzünden und der Lieben in der fernen Heimat gedenken konnten. Dagegen ging in der Normandie das Jahr blutig zu Ende. Die terroristischen Maßregeln Gambettas entzündeten in den Truppen Faidherbes neue Kampflust; während Manteuffel seine Aufmerksamkeit gegen die Westarmee gerichtet hielt, war es dem Feind gelungen, sich noch einmal vorübergehend der festen Orte Ham, St.-Quentin, La 12.—19. Dez.
Fère zu bemächtigen. Aber es waren Lorbeeren, die bald verwelkten. Weder die geringfügigen Erfolge in einzelnen Landschaften und unbedeutenden Orten, noch der Lärm des Londoner Straßenvolks, als General von Goeben, um den französischen Kanonenboten die Fahrt aufwärts der Seine zu versperren, sechs englische Kohlenschiffe wegnahm und versenkte, waren auf den Gang und das Schicksal des Kriegs von irgend welchem Einfluß. In England beruhigte man sich rasch, als Bismarck Schadenersatz versprach, wozu er nach dem Kriegsrecht nicht einmal verpflichtet war.

Um die Nordarmee von jeder Annäherung an Paris fern zu halten, wandten Bapaume und St.-Quentin.
sich Manteuffel und Goeben von neuem gen Amiens und drängten, unterstützt von General Bentheim, in einer Reihe von Gefechten vor dieser Stadt selbst, an dem Flüßchen Hallue, bei Albert und endlich bei Bapaume die Feinde wieder nach Arras und Douai zurück. Diese Gefechte bei fortdauernder strenger Kälte waren von sehr ernster Art. An der Hallue leisteten die Franzosen zwei Tage 23. 24. Dez.
lang den heftigsten Widerstand, so daß bei ihrem Abzug auf deutscher Seite 900 Tote und Verwundete, darunter 34 Offiziere, gezählt wurden. „Es war eine traurig unvergeßliche Nacht, diese Nacht vom 23. auf den 24.", heißt es in einem von Fontane angeführten Brief eines deutschen Kriegers, „bitterkalt, wir selbst aber müde zum Umfallen und hungrig. Stroh und ein abgerissener Zaun brannten hell auf; wir saßen fast inmitten der Flammen und rösteten an unsern Säbeln einzelne Stücke altes Brot. Drüben lag der Waldberg, den zu

stürmen wir umsonst versucht hatten; dann und wann ein Schuß, eine Granate sauste herüber. Aber wir achteten ihrer nicht. So kam der 24., der heilige
2. 3. Jan. 1871. Abend". Auch bei Bapaume wurde zwei Tage lang mit großen Verlusten auf beiden Seiten gestritten; noch war die Schlacht zu keinem entscheidenden Ausgang gekommen, als die kämpfenden Heere in guter Ordnung abzogen, die Franzosen nordwärts, die Deutschen nach Süden. Zugleich mußte Rouen, wo die Kriegslust sich sehr aufgeregt zeigte, im Gehorsam gehalten werden. General Bentheim eroberte das Schloß Robert le Diable und führte glückliche Streifzüge bis Pont Audamer aus. An der Menge von Gefangenen, die bei diesen und andern Gelegenheiten eingebracht wurden, konnte man erkennen, daß die französischen Mobilgarden des Kampfes müde waren und nur durch den Terrorismus ins Feld getrieben wurden. Die Aussichten auf Erfolg minderten sich mit jedem
5. Jan. Tag. Die Eroberung der kleinen Festung Rocroy durch General Senden mit-
10. Jan. tels eines Handstreichs und der alten Stadt Péronne, wo einst Ludwig XI. von dem kühnen Karl von Burgund in Haft gehalten worden (VIII, 798), mehrte die Gefangenen und die Kriegsbeute, die in deutsche Hände gerieten. Der Abgang Manteuffels zu der Ostarmee gab dem unternehmenden General Faidherbe neuen Mut. Von der See aus durch frische Zuzüge von Marinesoldaten und Mobilen verstärkt, beschloß er der ersten Armee gegenüber nur maskierende Abteilungen stehen zu lassen, mit dem Hauptheer aber sich auf die Verbindungen der Deutschen zu werfen und gleichzeitig das Einschließungsheer vor Paris zu bedrohen. Da er aber die Stellung des Feindes zwischen Péronne und Amiens zu stark fand, wich er nach St.-Quentin aus. Allein General Goeben, der nun den Oberbefehl im Norden allein führte, folgte ihm auf dem Fuß und brachte ihm vor dieser in der Kriegsgeschichte vielgenannten Festung in
19. Jan. einer siebenstündigen Schlacht schwere Verluste bei. Der Feldherr selbst bewerkstelligte mit dem Kern seines Heeres einen geordneten Rückzug nach Cambrai, aber ein großer Teil der Truppen, meistens neuausgehobene im Waffendienst unerfahrene Soldaten, zog in zersprengten Haufen und im erbärmlichsten Zustand einher, verfolgt von der deutschen Reiterei. St.-Quentin wurde erstürmt, und Tausende von Gefangenen wanderten nach deutschen Festungen und Barackenlagern. Noch schlimmer war das Los der Flüchtigen, die auf schlammigen Wegen im eiskalten Regenwetter ohne Schuhwerk, in elender Kleidung und von Hunger gepeinigt mühsam sich hinschleppten, kaum fähig die Waffen zu tragen. Freilich waren auch die Leiden und Strapazen der deutschen Krieger übermäßig und gar mancher ließ Leben oder Gesundheit in diesen drangsalvollen Tagen. Aber alle waren von dem erhebenden Gefühl beseelt, daß durch ihre Anstrengungen der endliche Sieg errungen, die Größe des Vaterlandes begründet, der Schatz der Ehre und des Ruhmes gemehrt werde.

Gambetta in Lille. Den entmutigten französischen Soldaten wieder frisches Leben einzuhauchen, eilte Gambetta nach Lille, um die rhetorische Kunst, die er kurz zuvor bei Chanzy

in Laval angewendet, auch bei der Nordarmee zu versuchen. Faidherbe mußte in einem Tagesbefehl die Haltung der Truppen rühmen, die soeben in Lumpen, in Holzschuhen und halbverhungert nach Cambrai und Lille geflohen waren, und der Diktator selbst pries in einer Rede die Großthaten der Republik und verkündete den bevorstehenden Ruin Deutschlands. Aber von der Nordarmee konnte der Entsatz von Paris, wo um dieselbe Zeit der letzte große Ausfall siegreich zurückgeschlagen ward, und die Befreiung Frankreichs nicht mehr erwartet werden. Wenn auch einige republikanische Volkshaufen den großsprecherischen Reden Beifall zujauchzten, die Mobilgarden hatten die Lust zum unnützen Kampf verloren. Dennoch jagte Gambetta auf dem eingeschlagenen Weg weiter. Er kehrte über Calais nach Bordeaux zurück, um noch einen neuen Kriegsplan ins Werk zu setzen, um noch einen Versuch zu machen, das mit den letzten Kräften ringende Paris zu retten. Um dieselbe Zeit, als durch die Eroberung der Festung Longwy 25. Jan. 1871. nach sechstägiger Beschießung unter dem Landwehroberst Krenski die nördlichen Landschaften bis auf wenige Orte in die Hände der Deutschen gefallen waren und das Schicksal der Hauptstadt der Entscheidung entgegenging, wendeten sich die Blicke Europas nach dem Kriegsschauplatz im Osten, nach dem Jura und Saônegebiet, wo ein neuer Waffengang in Szene gesetzt ward.

7. Das neue Deutsche Reich und der Waffenstillstand.

Die Einheitsbestrebungen in Deutschland.

Während aller Augen auf die kriegerischen Vorgänge an der Seine, an der Loire, an der Somme und in dem Ostland Frankreichs gerichtet waren, wurde im stillen der Verfassungsbau des Deutschen Reichs zur Vollendung geführt, wurde die nationale Einheit Deutschlands geschaffen, welche der neidische Nachbar hatte verhindern und stören wollen. Jetzt, da der süddeutsche Soldat mit dem norddeutschen Blut und Leben einsetzte, um die höchsten Güter des Volks zu erstreiten und zu behaupten, da jeder Unterschied des Stammes und der Konfession in dem kräftigsten Teil der Nation verschwunden und des Vaterlandes Ehre und Unabhängigkeit das gemeinsame Feldzeichen geworden war; jetzt schien auch daheim auf deutscher Erde der Zeitpunkt gekommen, die Kluft zwischen Nord und Süd auszugleichen, die unnatürliche Mainlinie, die der Krieg bereits militärisch durchbrochen, auch für das Rechts- und Staatsleben zu beseitigen; jetzt konnte der Versuch, der im vorigen Jahr bei einem einzelnen Glied gescheitert war, mit größerm Erfolg gewagt und für ganz Deutschland in legitimer Weise ins Werk gesetzt werden. Die Regierungen selbst, in erster Linie Baden, boten nunmehr die Hand zur vertragsmäßigen Einigung. Es wurden jetzt bevollmächtigte Minister der Königreiche Bayern und Württemberg, der Großherzogtümer Baden und Hessen nach Versailles beschieden, um dort mit dem Kanzler des Norddeut- Nov. 1870. schen Bundes die Verträge zu vereinbaren und die Bedingungen festzusetzen, unter denen die norddeutsche Bundesverfassung auch für die süddeutschen Staaten

zur Geltung kommen sollte. Baden und Hessen erhoben keine Bedenken. Schwieriger waren die Verhandlungen mit Württemberg und namentlich mit Bayern, wo noch dasselbe Ministerium Bray, das nur zögernd und mit innerm Widerstreben in die Bahnen einer nationalen Politik einlenkte, die Staatsgeschäfte leitete. Doch auch hier brach sich endlich das Eis, freilich erst, als das Bundeskanzleramt in bezug auf das bayrische Sonderleben sich zu erheblichen Zugeständnissen herbeiließ. Bayern sowohl als Württemberg mußte im Militär-, Steuer-, Post- und Telegraphenwesen eine Ausnahmsstellung gestattet und einigen „berechtigten Eigentümlichkeiten" Rechnung getragen werden.

Verträge mit Bayern vom 23. und Württemberg vom 25. Nov. 1870.

Die „Patriotenpartei" in Bayern.

Die zwischen den Regierungsbevollmächtigten vereinbarten Verträge bedurften zur gesetzlichen Gültigkeit der Zustimmung der süddeutschen Landtage und des norddeutschen Reichstags. In Karlsruhe, Stuttgart und Darmstadt wie in Berlin wurde die Genehmigung ohne Widerstand erteilt. Wie viele Ausstellungen auch die einen gegen die Bundesverfassung, die andern gegen die Zugeständnisse haben mochten; im Hinblick auf das große Ziel überwand man die Bedenken. Die norddeutsche Bundesverfassung, die seit drei Jahren von der Nord- und Ostsee bis zum Main zur Anwendung gekommen war und sich praktisch bewährt hatte, war eine gegebene Grundlage, auf welcher sich weiter bauen ließ, sie war ein realer Boden, auf dem man Fuß fassen konnte. Darum wurde trotz der Mängel, welche das Werk in vieler Augen haben mochte, doch in den genannten Versammlungen die erforderliche Stimmenzahl von zwei Dritteln der Mitglieder erzielt und damit die gesetzliche Anerkennung ausgesprochen. Man hatte in Deutschland seit den Jahren 1848 und 1849 große Fortschritte in der politischen Erkenntnis gemacht; man hatte gelernt, den Einzelwillen und die Rechthaberei den realen Verhältnissen unterzuordnen; statt eigensinnig auf Prinzipien und Doktrinen zu beharren, rechnete man mit Möglichkeiten und Wirklichkeiten. Nur in München setzte die ultramontane und die demokratische Partei dem Einigungswerk eine hartnäckige Opposition entgegen: die einen, die alles Heil von Rom erwarteten, widerstrebten einem Staatsorganismus, in welchem nicht der Papst, sondern ein evangelisch-protestantischer Monarch das Oberhaupt sein sollte; die andern, welche die öffentliche Wohlfahrt in einer möglichst freien Bewegung des Einzelnen, in einer möglichst weitgehenden individuellen Ungebundenheit und Willensfreiheit erblickten, verabscheuten das scharfe militärische Regiment und den strammen Beamtenorganismus Preußens, die der süddeutschen Gemütlichkeit und leichtern Natur eine drückende Zwingherrschaft auferlegen würden. Zu ihnen hielten auch die Partikularisten, welche von einer besondern Mission des bayrischen Reichs träumten, im patriotischen Hochgefühl an eine bayrische Hegemonie in Süddeutschland, an eine vermittelnde Stellung im Widerstreit der Konfessionen glaubten. Wochenlang wurde die deutsche Nation in Spannung gehalten: in vielen Kreisen regte sich die Befürchtung, in den Fluten der Isar möchte die deutsche Einheit Schiffbruch leiden; las man doch

in den Zeitungen, daß achtundfünfzig Kammermitglieder sich das Wort gegeben, wie ein Mann gegen die Annahme der Versailler Verträge und den Eintritt in den deutschen Bundesstaat zu stimmen, eine Art Verschwörung, welche die erforderliche Zweidrittel-Majorität im Landtag unmöglich machen sollte. Selbst als König Ludwig in jugendlicher Begeisterung für die Wiedererstehung eines Deutschen Reichs an den preußischen König in Versailles den denkwürdigen Brief richtete, worin er demselben meldete, er habe sich mit den übrigen deutschen Fürsten verständigt, daß die Ausübung der Präsidialrechte über alle deutschen Staaten mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde, und in der Kammer der Reichsräte bereits die Mehrheit der Mitglieder ihre Zustimmung gegeben, bezweifelte man noch, ob die „Patrioten" der zweiten Kammer von ihrer Opposition abstehen würden. Gehörte doch die Mehrheit der Kommission, die der Versammlung über die Versailler Verträge Vortrag halten sollte, samt dem erkornen Berichterstatter Jörg zu den entschiedenen Gegnern der nationalen Einigung. Die Haltung dieser Männer an der Isar bildete einen auffallenden Gegensatz zu der freudigen Begeisterung, die sich im ganzen übrigen Vaterland über das große weltgeschichtliche Ereignis kund gab.

Die Kaiserdeputation in Versailles.

Als der norddeutsche Reichstag in Berlin seine Zustimmung zu der neuen Ordnung gegeben und mittlerweile bekannt geworden war, daß der Antrag des Königs von Bayern bei allen Fürsten Anklang und Beifall gefunden, wurde beschlossen, an den preußischen Monarchen eine Beglückwünschungsadresse zu richten und durch eine stattliche Deputation nach Versailles zu schicken. Dreißig Reichstagsmitglieder, an ihrer Spitze der ehrwürdige Präsident Simson, überbrachten dem greisen Heldenkönig den Wunsch der Nation, daß er die neue Würde annehmen und den hehren Namen von „Kaiser und Reich" in verjüngter Kraft und Herrlichkeit wieder erstehen lassen möge. Es war eine zweite Kaiserdeputation, die damals unter Simson dem erlauchten Haupt der Hohenzollern den Dank und das Vertrauen der Nation entgegenbrachte. Aber wie verschieden waren die Verhältnisse zwischen damals und jetzt! Im Jahr 1849 bot eine kleine Mehrheit des Frankfurter Parlaments dem preußischen König die Kaiserkrone an, die nur durch schwere Kämpfe gegen die widerstrebenden Fürsten und den unzufriedenen Teil des Volks hätte behauptet werden können; jetzt wurde sie dem königlichen Bruder als Preis der Tapferkeit und der heldenmütigsten Kriegführung aus freien Stücken von dem deutschen Volk und seinen Fürsten dargeboten. Es war ein altes Prophetenwort, das deutsche Kaisertum könne nur auf dem Schlachtfeld wieder belebt werden; jetzt ging dasselbe in Erfüllung. Die neue Würde war freilich keine Gabe des Volks, in parlamentarischen Parteikämpfen geschaffen; aber das deutsche Volk nahm in seiner unermeßlichen Mehrheit mit freudigen Gefühlen und stolzen Hoffnungen die Errungenschaft hin, die ihm in einem großen weltgeschichtlichen Augenblick das Schicksal dargeboten; an Kaiser und Reich begeisterte und erhob sich die deutsche Nation, die zum erstenmal seit Jahr-

hunderten in ihren Häuptern und Gliedern geeinigt dastand. Man fragte nicht mit doktrinärem Eigensinn nach der Rechtsquelle, aus welcher die erhabene Fürstenwürde hervorgegangen; sie stammte in Wahrheit von Gottes Gnaden vermittelt durch die gesamte Nation in ihren Spitzen und Wortführern, erzeugt in den Tagen vaterländischen Hochgefühls. Dies erkannte auch der erhabene Sieges-
18. Dez. 1870. fürst, als er der Deputation in feierlicher Audienz erklärte, daß er die Kaiserwürde, die ihm das deutsche Volk und seine Fürsten dargeboten, annehme. Vom 1. Januar des kommenden Jahres sollte sie in Wirksamkeit treten. Die feierliche
18. Jan. 1871. Übernahme aber erfolgte erst am 18. Januar, als dem Tag, an welchem vor einhundertundsiebzig Jahren des neuen Kaisers Vorfahr Friedrich I. sich in Königsberg die preußische Königskrone aufs Haupt gesetzt und damit den Grund zu der wachsenden Größe des Hauses gelegt hatte.

Kaiser und Reich. Es war ein unvergeßlicher Akt, als in dem glänzenden Spiegelsaal des Versailler Schlosses, wo seit den Tagen Richelieus so viele Pläne zur Erniedrigung Deutschlands gefaßt worden, so viele bildliche Darstellungen an die Zeiten der Schmach und Zerrissenheit der deutschen Nation und die glorreichen Thaten Frankreichs erinnerten, König Wilhelm sich zum deutschen Kaiser ausrufen ließ. Im Schloßhof hielt das 7. Königsgrenadierregiment, das beim Sturm auf Weißenburg zuerst den feindlichen Boden betreten, mit seinen von Kugeln durchlöcherten Fahnen die Ehrenwache. Andre preußische und deutsche Fahnen schmückten den herrlichen Marmorsaal, wo in Gegenwart vieler Fürsten, militärischer Würdenträger, Offiziere aller Grade und auserlesener Mannschaften die Feier vorgenommen wurde. Den Eingang bildete eine Predigt über den Text (Ps. 21.): „Du überschüttest ihn mit Segen und setzest eine goldene Krone auf sein Haupt. Groß ist sein Ruhm durch deine Hilfe, Würd' und Hoheit legest du auf ihn. Du machest ihn zum Segen für und für; denn der König vertrauet auf den Herrn. Sie gedachten dir Übles zu thun und machten Anschläge, aber sie konnten sie nicht ausführen." Darauf schritt der vierundsiebzigjährige König frisch und rüstig wie ein Jüngling auf die Estrade zu, verkündete mit bewegter Stimme, daß er die ihm dargebotene Kaiserkrone annehme, und erteilte dann dem Kanzler Bismarck den Befehl, die Proklamation an das deutsche Volk zu verlesen. Dieses denkwürdige Aktenstück lautet: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen verkünden hiermit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reichs die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorhergesehen sind, bekunden Wir hiermit, daß Wir es als Pflicht gegen das gesamte Vaterland betrachten, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsre Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel in allen Unsren Beziehungen und

Angelegenheiten des Deutschen Reichs führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volks zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volk vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden. Uns aber und Unsern Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!" Nach der Verlesung brachte der Großherzog von Baden mit lauter Stimme dem „Kaiser Wilhelm" ein Lebehoch aus, in welches die Versammlung unter den Klängen der Volkshymne begeistert einstimmte. So vollzog sich der welthistorische Akt, der das Deutsche Reich wieder ins Leben rief und die Kaiserkrone mit frischem Glanz auf ein neues Herrscherhaus übertrug. Die alte Sage vom Barbarossa im Kyffhäuser war in Erfüllung gegangen, des Reichs Herrlichkeit war nach langer langer Trübung von den Hohenstaufen auf die Hohenzollern übertragen worden; der Traum, dem die deutsche Jugend einst nachgejagt, das Ideal, dem auch die Männer in der Paulskirche treu geblieben, jetzt war es zur Wahrheit und Wirklichkeit geworden. Diesen gewaltigen Eindrücken gegenüber, die noch erhöht wurden durch die gleichzeitigen Erfolge der deutschen Waffen vor Paris, vor St.-Quentin, vor Belfort, vermochte auch in Bayern die klerikale Partei dem Gang des Schicksals nicht länger Einhalt zu gebieten. Vier Tage nachher wurde gegen den Antrag der Kommission der Versailler Vertrag von der Abgeordnetenkammer in München mit der erforderlichen Stimmenzahl angenommen und damit das Einigungswerk Deutschlands, die Wiederbelebung von Kaiser und Reich besiegelt. Damals wurde in Schwaben das Wort des Propheten Haggai auf die Gegenwart angewendet (2, 10): Es soll die Herrlichkeit dieses letzten Hauses größer werden, als die des ersten gewesen ist, spricht der Herr Zebaoth, und ich will Frieden schaffen an diesem Ort, spricht der Herr Zebaoth. 22. Jan. 1871.

Während der politischen und diplomatischen Arbeiten hatten die Kriegsoperationen vor Paris und in den Provinzen ihren ununterbrochenen Fortgang. Die Heeresverwaltung hatte, trotz der Schwierigkeit des Transports bei dem Mangel an größern Fuhrwerken und den gestörten Eisenbahnverbindungen, nach und nach unermeßliche Kriegsvorräte herbeigeschafft und gezogene Geschütze von einer Tragkraft, wie man bis dahin noch nichts Ähnliches gesehen. Und nun sollte auch endlich mit der lange verschobenen Beschießung von Paris begonnen Die Beschießung von Paris.

werden. Nachdem man während der Weihnachtstage in aller Stille um den Mont Avron, von wo aus die Sachsen und Württemberger so oft belästigt worden waren, zwölf Batterien mit sechsundsiebzig furchtbaren Geschützen er-
27. Dez. 1870. richtet, begann in den letzten Tagen des Jahres die Beschießung der befestigten Anhöhe mit solchem Erfolg, daß schon in der zweiten Nacht die Franzosen nach großen Verlusten die wichtige Position, „den Schlüssel von Paris", räumten, die
29. Dez. sofort von den Sachsen besetzt ward. Schrecken und Verwirrung verbreiteten sich in der aufgeregten Stadt, als von dort aus die östlichen Forts Rosny, Nogent, Noisy mit unaufhörlichem Geschützfeuer bedrängt wurden. Umsonst suchte Trochu durch Proklamationen den sinkenden Mut der Nationalgarden zu beleben; umsonst versicherte er, daß die Regierung der nationalen Verteidigung sich niemals der Demütigung einer Kapitulation unterziehen werde; sein eignes Ansehen war bereits geschwunden; die Journale fingen schon an, ihn der Unfähigkeit, des bösen Willens, des Verrats zu beschuldigen und alles Unglück auf die Männer zu werfen, die das Regiment eigenmächtig an sich gerissen hätten und doch nicht im stande seien, die Verteidigung der Hauptstadt und des Landes durchzuführen. Der Oberbefehlshaber mußte es sich gefallen lassen, daß ihm eine Kommission von vier Ministern und vier Generalen zur Seite gesetzt wurde.
5. Jan. 1871. Nach Neujahr wurde auch ein furchtbares Feuer gegen die Südforts Issy, Vanves, Montrouge eröffnet und ein Hagel von zermalmenden Geschossen auf die feindlichen Bollwerke gerichtet. Bald flogen Bomben in die Vorstädte und in die entlegeneren Stadtteile, obwohl die Batterien fast eine Meile entfernt standen. Die Angst in der Stadt wuchs mit jedem Tag; aber der Terrorismus, den die radikalen Zeitungen, die Klubs und die Kommune ausübten, hielt jeden Gedanken an Nachgeben und Unterhandeln fern. Man hatte geglaubt, daß eine Beschießung aus solcher Entfernung nicht möglich sei; jetzt als bereits die preußischen Wurfgeschosse in die Stadt fielen, den Palast Luxembourg, die Kirche St.-Sulpice, das Pantheon erreichten, in der Rue du Bac, im Faubourg St.-Germain einige Personen töteten und da und dort Feuersbrünste erzeugten, da erhob sich aufs neue ein Schrei der Entrüstung und der Wut gegen die Barbaren, welche die heilige Metropole der Zivilisation zu zerstören trachteten. Der in Paris zurückgebliebene Teil des diplomatischen Korps beschwerte sich und verlangte Schonung des Eigentums für die Fremden in der französischen Hauptstadt; es wurde aber erwidert, daß sie längst gewarnt worden seien und Zeit zur Auswanderung gehabt hätten. Selbst die irische Universität Dublin erließ einen Protest gegen das rohe Verfahren, wurde jedoch in einer kräftigen Erwiderung von Professor Dove Namens der Göttinger Lehrerschaft auf den richtigen Standpunkt gewiesen. Jules Favre aber beklagte sich, daß man die Beschießung nicht zuvor angezeigt, und daß selbst Schulen und Krankenhäuser von Granaten und Bomben getroffen würden. Moltke gab die Versicherung, daß, wenn man erst näher gekommen sein würde und die Gegenstände genauer unterscheiden könnte,

solche Gebäude verschont werden sollten. Trotz Nebel und Schneegestöber wurde die Beschießung regelmäßig fortgesetzt, unterstützt durch verstärkte Artillerieangriffe im Osten und Norden, damit die feindlichen Streitkräfte, wohl an 450,000 Mann aller Waffengattungen, sich zu verteilen genötigt wären; alle Batterien standen mit Versailles durch geschützte Telegraphendrähte in Verbindung, so daß alles nach einheitlichem Plan vor sich gehen konnte; mit jedem Tag gewannen die furchtbaren Geschosse weitern Spielraum.

In Paris suchte man durch großsprecherische Worte die innere Furcht und Unruhe zu verbergen, die Lage der Deutschen als gefahrvoll und schwierig darzustellen. Hatte doch damals Gambetta einen neuen Kriegsplan ausgedacht, welcher nicht nur Paris entsetzen, sondern den feindlichen Truppen die Verbindung mit dem Rhein abschneiden sollte. Im Osten sollte der Todesstreich geführt werden, der bisher im Norden und Süden nicht gelungen war. „Ja die Schale der Wage senkt sich auf unsre Seite," verkündete das Siècle. „Man denke sich die erste Niederlage bei dieser Entfernung vom Rhein inmitten unsrer Schneemassen! Der Rächer wird sich überall finden, überall, überall!" Man schalt Trochu, daß er bisher nur kleine Ausfälle unternommen, welche keinen Erfolg hätten haben können; jetzt sei der Augenblick gekommen, mit der gesamten bewaffneten Macht vorzugehen, durch einen Riesenausfall den Belagerungsgürtel zu durchbrechen und den Heeren, die Gambetta ins Feld gerufen, die Hand zum gemeinsamen Hauptschlag zu reichen. Dem lauten Ruf der Aktionspartei wagte der Oberkommandierende nicht zu widerstreben. Mit Zuziehung der Maires der zwanzig Bezirke von Paris wurde ein Kriegsrat gehalten. Die drohende Hungersnot, die feindlichen Geschosse, die Gärung unter den Anhängern der roten Republik, welche ohne Umschweife erklärten, sie seien nötiger gegen die „innern Preußen", drängten zu einem entscheidenden Schritt. So wurde denn auf den 19. Januar der große Ausfall beschlossen und durch eine hochtönende Proklamation die Wehrmannschaft der Hauptstadt unter die Waffen gerufen. Früh am Morgen zogen über 100,000 Mann aller Waffengattungen, die Linientruppen voran, in der Richtung von Meudon, Sèvres, St.-Cloud zum Entscheidungskampf aus. Den linken Flügel befehligte General Vinoy, den rechten Ducrot, während Trochu von der Sternwarte aus die ganze Schlacht leitete. Mit großem Mut drang Vinoy mit seiner Angriffskolonne gegen das fünfte Armeekorps des Generals Kirchbach vor und es gelang ihm, sich der von der neunten Division unter General Sandrart heldenmütig verteidigten Schanze Montretout durch die überlegene Truppenzahl zu bemächtigen und sie eine Zeitlang zu behaupten. Da aber Ducrot, durch die Barrikaden in der Stadt aufgehalten, nicht rechtzeitig zur Unterstützung herbeikam, so wurde der Angriff nach siebenstündigem furchtbarem Kampf von den Belagerungstruppen zurückgeschlagen. Mit einem Verlust von 7000 Toten und Verwundeten traten die Franzosen am Abend den fluchtähnlichen Rückzug nach der Stadt an. Am folgenden Tag

Der letzte Ausfall.

19. Jan. 1871.

begehrte Trochu einen Waffenstillstand, um die auf dem weiten Schlachtfeld umherliegenden gefallenen Nationalgardisten zu beerdigen. Aber auch die Sieger hatten manchen tapfern Mann zu bestatten; 39 Offiziere und 616 Soldaten wurden in den Verlustlisten verzeichnet.

Die Konvention von Paris. In Paris hatte man sein ganzes Vertrauen auf den großen Ausfall gesetzt. Nachdem man nun die Niederlage in ihrem vollen Umfang erkannt, nachdem sich die Zahl der Gefallenen noch viel größer herausgestellt hatte, als die ersten Angaben gelautet, da überkam die ausgehungerte Stadt eine dumpfe Verzweiflung, die sich zunächst in Wutausbrüchen gegen Trochu, den „Verräter", Luft machte. Die Kapitulation stand in naher Aussicht; da aber der Oberbefehlshaber geschworen hatte, daß er niemals sich einer solchen Schmach unterziehen werde, so legte er den Kommandostab in die Hände Vinoys. Von außen durch das Geschützfeuer bedroht, im Innern von dem blassen Gespenst des Hungers erschreckt, durch die gärende Zwietracht unter der Bevölkerung gelähmt und verwirrt, ohne Aussicht auf einen wirksamen Entsatz aus den Provinzen, von der immer offener hervortretenden Sozialdemokratie in Besitz und Eigentum gefährdet, was blieb der stolzen Hauptstadt übrig, als von einem Kampf abzustehen, dessen Fortsetzung das namenlose Elend nur vermehrte ohne die geringste Hoffnung einer Rettung? Wohl hatte man oft den Ruf gehört: lieber sterben als sich ergeben; aber in gar vieler Herzen war dieser stolze Vorsatz verschwunden. So reifte denn allmählich der Entschluß, mit dem starken Feind vor den Mauern in Unterhandlung zu treten. Auch diesmal fügte es wieder die Ironie des Schicksals, daß derselbe Mann, der vor vier Monaten die Parole in die Welt geschleudert: Kein Fußbreit von unserm Land, kein Stein von unsern Festungen!, daß Jules Favre den ersten Schritt thun mußte, um sein Vaterland vom gänzlichen Ruin zu retten. Es war wohl die schwerste Stunde in dem Leben des wackern Mannes, der Frankreich und die Freiheit mit aufrichtigem Herzen liebte, als er zu der 23. 24. Jan. 1871. Unterredung mit Graf Bismarck, um die er nachgesucht hatte und die ihm bewilligt worden war, durch die deutschen Vorposten nach Versailles geführt wurde. Er brachte den Vorschlag zu einer Konvention, kraft deren es der Besatzung von Paris gestattet sein sollte, mit allen kriegerischen Ehren nach einer noch nicht besetzten Gegend Frankreichs abzuziehen gegen das Versprechen, einige Monate lang den Kampf nicht wieder aufzunehmen. Auf solche Bedingungen ließ man sich im preußischen Hauptquartier nicht ein; man forderte eine Übergabe wie bei Sedan und Metz. Niedergeschlagen kehrte der Minister nach Paris zurück. In einer zweiten Unterredung am folgenden Tag kam man überein, daß vom 27. Nachts zwölf Uhr an das Feuer auf beiden Seiten eingestellt werden sollte. 28. Jan. Dies war die Einleitung zum Abschluß eines dreiwöchigen Waffenstillstands zum Zweck der Einberufung einer Nationalversammlung, mit welcher der Frieden vereinbart werden könnte.

Die Hauptbedingungen der Konvention waren folgende: Der Waffenstillstand tritt bei Paris sofort ein, im übrigen Frankreich beginnt er in drei Tagen und läuft am 19. Februar Mittags ab. Die Demarkationslinie schneidet die Bezirke Calvados und Orne und läßt im deutschen Besitz die Bezirke Sarthe, Indre und Loire, Loir und Cher, Loiret, Yonne und davon nordöstlich außer Pas de Calais und Nord. Die Entscheidung über den Beginn des Waffenstillstandes in den Departements Côte d'Or, Doubs, Jura und bei Belfort ist vorbehalten. Bis dahin nehmen die dortigen Kämpfe, einschließlich der Belagerung von Belfort, ihren Fortgang. Die freien Wahlen für die Versammlung, welche über den Krieg oder die Friedensbedingungen sich zu erklären hat, werden stattfinden. Als Versammlungsort der einzuberufenden Gesetzgebenden Versammlung ist Bordeaux bestimmt. Sämtliche Forts von Paris werden sofort übergeben. Der Stadtwall wird von Verteidigungsmitteln entblößt. Die Linie, Seetruppen und Mobilgarden sind gefangen, außer 12,000 Mann für den innern Sicherheitsdienst. Die Kriegsgefangnen bleiben während des Waffenstillstands innerhalb der Thore der Stadt. Ihre Waffen werden ausgeliefert. Nationalgarde und Gendarmerie behalten die Waffen für den Sicherheitsdienst, alle Freischaren sind aufzulösen. Von deutscher Seite wird die Verproviantierung von Paris möglichst erleichtert. Zum Verlassen der Hauptstadt ist die französische und deutsche Erlaubnis nötig. Die Gemeinde Paris zahlt eine städtische Kontribution von zweihundert Millionen Franks innerhalb vierzehn Tagen. Die öffentlichen Werte dürfen während der Dauer des Waffenstillstandes nicht entfernt werden. Alle deutschen Kriegsgefangnen sollen sofort gegen die entsprechende Anzahl französischer Gefangnen ausgetauscht werden, desgleichen Schiffskapitäne und andre beiderseitige Gefangne vom Zivil.

Ausführung und Volksstimmung.

Die Ausführung der Konvention ging in Ruhe und Ordnung von statten: die Forts wurden geräumt und von den Deutschen besetzt, die nötigen Vorbereitungen zur Vornahme der Wahlen getroffen; die Wutausbrüche der Pariser Demokratie verhallten wirkungslos. Nur Gambetta versuchte die freie Wahl zur Nationalversammlung zu beschränken, indem er eine ganze Klasse von Bürgern, die dem Kaisertum gedient hatten, von der Wahlberechtigung ausschloß, „um entgegenstehende politische Elemente von der Wirksamkeit fern zu halten". Als aber Graf Bismarck gegen diese Verletzung der Übereinkunft Einsprache erhob, begaben sich zwei Mitglieder der Verteidigung, Jules Simon und Etienne Arago, nach Bordeaux, um die pünktliche Ausführung der Konvention ins Werk zu setzen. Nun trat Gambetta vom Schauplatz ab; seine militärische Diktatur war vorüber; aber das entvölkerte, in seinem Wohlstand geknickte Frankreich hat seiner noch lange gedacht. In Paris begrüßte man die ankommenden Proviantzüge mit Jubel; doch zur Erkenntnis der wahren Sachlage konnte sich die eitle, selbstgefällige Bevölkerung nicht aufschwingen. Die Schmähreden gegen Trochu, gegen Gambetta, gegen das gesamte Regiment wurden immer lauter; von ihnen sei Paris, das sich so bewunderungswürdig gehalten, das so heldenmütig die Leiden und Entbehrungen der Belagerung ertragen, das so mutig und standhaft der Beschießung getrotzt, mit gebundenen Händen dem Feind überliefert worden. So verzettelten die Republikaner und Demokraten der Seinestadt durch eitle Selbstbespiegelung den Ruhm, den ihnen die heroische Ausdauer während einer

viermonatlichen drangsalvollen Kriegslage bei allen Völkern eingetragen. „Paris erschien nur noch als eine fiebernde, ungestalte, zuckende Masse, nicht mehr beherrscht von Forderungen des Gewissens und Verstandes, sondern eine willenlose Beute dunkler Instinkte.“ Und als es zu den Wahlen kam, zeigte es sich, wie weit die Pariser noch von Selbsterkenntnis entfernt waren, wie sehr ihnen noch immer der Schein über die Wahrheit, die großsprecherische Phrase über verständiges Handeln ging. Nach ihren Reden war Paris nicht vom stärkern Feind besiegt, es war durch die Schwäche und Unfähigkeit der Regierenden, durch den Verrat eigennütziger Seelen hingeopfert worden! Ein Heer von radikalen Wählern, wobei die Arbeitergesellschaften und die Sektionen der Internationale am stärksten vertreten waren, stellte solche Kandidaten als Abgeordnete zur Nationalversammlung auf, welche als „Partei der Besitzlosen im Namen der neuen Welt“ Sicherung der Republik, Beteiligung der Arbeiter an der Regierung, Sturz der industriellen Feudalherren in ihr Programm aufnahmen. Die meisten Stimmen vereinigten sich auf Viktor Hugo, Quinet, Schölcher, Delescluze, Greppo, Langlois, Ledru-Rollin, Lockroy, Floquet, Louis Blanc, Rochefort, Garibaldi und mehrere Mitglieder der Internationale. Die Feier des Jahresfestes der Februarrevolution, wobei vierzehn Bataillone der Nationalgarde an der Julisäule auf dem Bastilleplatz vorbeizogen mit dem Ruf: Es lebe die Weltrepublik! und ein junger Schwärmer dem Genius der Freiheit eine rote Fahne in der Hand befestigte, war ein Vorbote der kommenden Ereignisse.

Der Krieg zur See.

Was die Kapitulation von Sedan für das französische Kaisertum war, das war die Pariser Konvention für das republikanische Frankreich. Deutschlands Sieg war errungen; der Krieg ging seinen letzten Zuckungen entgegen. Selbst die Unternehmungen zur See, von denen das norddeutsche Küstenland so große Gefahren und Schädigungen gefürchtet hatte, waren wirkungslos verlaufen. Auch bei der Marine war der günstige Augenblick auf französischer Seite versäumt worden. Wäre die Panzerflotte, die in Cherbourg ausgerüstet ward, zu Anfang des Kriegs mit einer kampfestüchtigen Seemannschaft in der Nordsee erschienen, so hätte sie an Holland und Dänemark, wo die preußenfeindliche Partei so laut ihre Stimme erhob, wenn nicht Verbündete, so doch Vorschub gefunden; aber als der Vizeadmiral, Graf Bouet-Villaumez in die Nordsee einfuhr, um zunächst den Jadebusen zu bedrohen, waren schon kräftige Anstalten zur Gegenwehr getroffen worden, hatte schon das Einrücken der deutschen Landarmeen in Frankreich das kriegerische Feuer in Kopenhagen gedämpft. Der französische Abgesandte, Herzog von Cadore, wurde in der dänischen Hauptstadt mit kühler Zurückhaltung empfangen. Und da bald darauf die zum Einschiffen bestimmten Marinetruppen für den Landdienst verwendet werden mußten, somit die Flotte nur dürftig mit Kriegsmannschaft versehen werden konnte, so waren die Erfolge der französischen Seemacht nicht viel glänzender als die der Landarmee. Durch die energischen Armierungsanstalten des Generals Vogel von

Falckenstein waren die Flußmündungen und die Landungsorte der Nord- und Ostsee vor feindlichen Angriffen geschützt, so daß während des ganzen Sommers die französische Kriegsflotte aus Furcht vor den Strandbatterien und Torpedos der Küste nicht nahe zu kommen wagte und sich nur auf die Blockade der Hafenstädte Kiel, Lübeck, Stralsund, Stettin und auf das Abfangen deutscher Handelsschiffe beschränkte. Das letztere war um so unrühmlicher, als das europäische Völkerrecht den friedlichen Seehandel auch während der Kriegszeiten zu schirmen, Fahrzeug und Ladung gegen die Wegnahme durch Kreuzer sicherzustellen gesucht und die preußische Regierung den französischen Kaufmannsschiffen eine Frist von sechs Wochen zur ungestörten Rückfahrt festgesetzt hatte. Eine Landung und Beschädigung der Küste wurde auch durch die natürliche Beschaffenheit, durch Untiefen und Sandbänke, durch den Mangel an seekundigen Lootsen und die Entfernung aller Sicherheitssignale verhindert, ja einige preußische Kanonenbote wagten sich sogar mehrmals mit großer Kühnheit in die Nähe der feindlichen Panzerflotte und beschossen sie. Selbst das von einer Nordpolfahrt zurückkehrende Schiff Germania gelangte glücklich in die Weser, wo die Reisenden mit 11. Sept. 1870.
Jubel die erste Kunde von den deutschen Siegen vernahmen und die Ergebnisse ihrer merkwürdigen Entdeckungsfahrt bekannt machten. Auch die zweite französische Flotte, die unter Fourichon in die Nordsee segelte, fand an dem „ungastlichen Ufer" keine angreifbaren Punkte. Unverrichteter Dinge kehrte der Befehlshaber nach Cherbourg zurück und wurde dann bei der Regierung in Tours verwendet. In der Ostsee, wohin Bouet im Herbst segelte, erntete die französische Flotte ebensowenig Ruhm. Zweimal beobachtete die pommersche Seestadt Kolberg, die im Jahr 1807 sich so heldenmütig gegen das französische Belagerungsheer verteidigt, die feindliche Flotte in der Nähe; aber auch sie entging der gefürchteten Beschießung und bald sah sich der erkrankte Oberbefehlshaber durch die baltischen Sturmfluten zum Abzug genötigt. Ja im November brachten die deutschen Zeitungen die Nachricht, daß in den Gewässern von Cuba das kleine preußische Kanonenboot Meteor das französische Schraubenschiff Bouvet mit großer Kühnheit angegriffen und dergestalt beschädigt habe, daß es nur mit Mühe den Hafen von Havana erreichte. So ging auch zur See die Gefahr für Deutschland vorüber und die norddeutschen Städte, die bei Ausbruch des Kriegs mit Sorge in die Zukunft geblickt hatten, atmeten wieder frei auf. Dennoch war der Schaden, den Deutschland durch die Störung des Seehandels und durch das Wegkapern preußischer und norddeutscher Kauffahrteischiffe seitens der überlegenen Flotte Frankreichs in allen Meeren erlitten, nicht unbedeutend. Allein wie geringfügig war dieser Schaden im Vergleich mit dem großen Schiffbruch, den der französische Staat in allen materiellen und idealen Gütern erlitten hatte!

8. Die Kämpfe im südöstlichen Frankreich und der Präliminarfrieden von Versailles.

Werder im Burgunderland. Die Schlacht bei Nuits.

Das Blutvergießen war noch nicht zu Ende; die Kriegsleiden der Franzosen sollten auch auf dem südöstlichen Schauplatz eine Höhe erreichen, die alles übertraf, was sie an der Loire, an der Sarthe, an der Somme erfahren. In der Konvention von Paris war deutscherseits festgehalten worden, daß der Waffenstillstand sich nicht über Belfort ausdehnen, sondern die Belagerung dieser Festung fortdauern solle. Man wußte, daß dieselbe ihrem Fall nahe sei, und wollte nicht die Früchte so großer Anstrengungen verlieren. Jules Favre willigte unter der Bedingung ein, daß dann auch die Armee Bourbakis die Freiheit ihrer kriegerischen Bewegungen behalten sollte, eine Forderung, die man in Versailles gern gewährte. Denn bereits hatte Manteuffel Befehl erhalten, durch die Vogesenpässe in das Gebiet der Saône vorzudringen und das Werdersche Armeekorps zu unterstützen. Wir wissen, mit welcher Ausdauer dieser treffliche Feldherr mit unzulänglichen Streitkräften im Spätherbst 1870 das alte Burgunderland gegen die französischen Mobilgarden und Franctireurs und gegen die Freischaren Garibaldis behauptete (XV, 2. 397 ff.), sich nach rechts an die Abteilungen des siebenten Armeekorps anlehnend, womit General Zastrow die Linie Auxerre-Châtillon-Chaumont hütete. Längere Zeit hatte Werder sein Hauptquartier in Dijon, von wo aus er im November und Dezember in vielen kleinen Gefechten den Feind vom Vordringen abhielt. Und als endlich Garibaldi, der von der alten Stadt Autun aus seine Operationen leitete, und der französische General Cremer mit überlegener Heeresmacht vorrückten, um das weinreiche Hügelland von den deutschen Truppen zu säubern und das belagerte Belfort zu entsetzen, da trafen sie auf eine Gegenwehr, wie sie dieselbe nie erwartet hatten. Schon waren sie bis Nuits südlich von Dijon an der Straße nach Beaune gelangt und hatten das Städtchen mit Barrikaden und die umliegenden Höhen mit achtzehn Geschützen befestigt. Und dennoch wagten zwei badische Brigaden unter General Glümer und Prinz Wilhelm, den Feind in seinen günstigen Stellungen anzugreifen, und
18. Dez. 1870. nach einem erbitterten Kampf unter dem heftigsten Granatenfeuer und Kugelregen gelang es ihnen, den Ort einzunehmen. Mit einem Verlust von zweitausend Toten und Verwundeten traten die Franzosen am Abend einen fluchtähnlichen Rückzug an, das Kampffeld nebst siebenhundert unverwundeten Gefangenen in den Händen der Sieger lassend. Bei Nuits haben sich die badischen Krieger ihren Ehrenplatz unter den deutschen Stämmen erstritten; aber die Lorbeeren, die der 18. Dezember ihnen brachte, waren schwer errungen. Vierundfünfzig Offiziere und gegen neunhundert Mann lagen tot oder verwundet auf den Feldern und in den Weinbergen; jedes Haus wurde zum Lazarett. Zu den Verwundeten gehörte General Glümer, zu den Toten sein Ordonnanzoffizier Leutnant v. Degenfeld, der Oberst v. Renz und sein Adjutant Leutnant Waag,

Major v. Gemmingen, Hauptmann Gockel und viele andre. Auch den Prinzen Wilhelm trug man verwundet vom Schlachtfeld, auf welchem sein Adjutant Leutnant Röder v. Diersburg sein Leben gelassen. „O Erde, burgundische Erde, wovon bist du so rot? In deinen edlen Reben liegen viel Helden tot!“

Bald darauf merkten die Deutschen eine große Bewegung bei der franzö- Héricourt und Montbéliard.
sischen Südarmee: Gambetta hatte sich zu einem letzten kühnen Schachzug aufgeschwungen. **Bourbaki**, einer der tüchtigsten Generale des Kaiserreichs, sollte mit jenem Teil der Loire-Armee, der sich nach der zweiten Eroberung von Orleans gen Bourges gezogen, über Nevers ostwärts vorrücken und dort die verschiedenen Kriegshaufen an sich ziehend mit überlegener Heeresmacht sich auf die Deutschen werfen, Belfort und die Gegenden am Oberrhein befreien, sodann, gestärkt durch die freiwilligen Mannschaften, die sich allerorten erheben würden, den deutschen Strom überschreiten und in das badische Oberland und die blühenden Thäler des Schwarzwaldes die Brandfakel und die Kriegsfurie tragen. Zugleich sollten von Norden und Süden erneute Anstrengungen zum Entsatz von Paris gemacht und somit ein vernichtender Schlag gegen die gesamte deutsche Streitmacht geführt werden. Von Franctireurs und anderm leichten Volk war alles aufgeboten, „was da kreucht und fleugt“, um die Lücken zwischen den einzelnen Armeen auszufüllen, Telegraphen, Eisenbahnen und Brücken zu zerstören und andre Verlegenheiten zu bereiten. Selbst der Rückzug oder die Flucht nach dem Rhein sollte gehemmt und erschwert werden. In seiner erregten Phantasie glaubte Gambetta einen zweiten russischen Feldzug zu erleben, und die Journale übten sich schon auf den Triumphgesang ein und priesen zum voraus den geheimen „genialen“ Plan des Diktators. Wir wissen, welche furchtbaren Kämpfe und Märsche in den kalten Tagen des Januar um Le Mans und Vendôme, um Amiens und St.-Quentin ausgeführt wurden und welche Angriffe die Pariser Besatzungstruppen und Nationalgarden gegen die preußischen Einschließungslinien unternahmen; um dieselbe Zeit wurde durch einen nächtlichen Überfall von Francs-
tireurs unter Beihilfe der Einwohner die Moselbrücke bei Fontenoy, östlich von 22. Jan. 1871.
Toul, gesprengt und dadurch die Eisenbahnverbindung zehn Tage lang unterbrochen, und von der Festung Langres aus versuchte ein Streifkorps bei Chaumont einen Überfall. Mit den letzten Kräften eines Verzweifelnden stürzte sich das französische Volk noch einmal auf den Feind, um ihn, von allen Seiten zugleich angreifend, in seinen einzelnen Positionen zu zermalmen. Damals kam die Reihe an das Werdersche Armeekorps, dessen Kern die badische und Schmelingsche Division und die Heerabteilung Goltz bildeten, den bei Nuits und am Oignon erfochtenen Ruhm in der schwierigsten Lage zu behaupten und auf immer an seine Fahne zu fesseln. Mit 28,000 Mann stand der entschlossene General in und um Dijon, als Bourbaki mit seinem gemischten Heer, das aus 150,000 Kriegern aller Waffengattungen zusammengesetzt war, über Besançon nach Montbéliard zog, um Belfort zu entsetzen und nach dem Elsaß vorzudringen. Da räumte

Werder Dijon, wo nun Garibaldi seinen Einzug hielt, und durch einen anstrengenden dreitägigen Gewaltmarsch nach Gray, Vesoul und Lure gelang es ihm, dem Feind den Vorsprung abzugewinnen, nach dem scharfen Gefecht von Villersexel am Oignon, wo um Park und Schloß 27 Offiziere und 619 Gemeine bluteten, westlich von Belfort auf den bewaldeten Höhen hinter dem Lisainebach eine günstige Aufstellung zu nehmen und bei Héricourt den Marsch Bourbakis aufzuhalten. Hier wurden nun im schweren Todeskampf drei kalte Januartage hindurch die wichtigen Positionen von Frahier, Chagny, Luze über Héricourt bis Busserel und Montbéliard gegen die feindliche Übermacht verteidigt und damit dem von Norden heranziehenden Hilfsheer Manteuffels die nötige Zeit zum Nahen verschafft. Mit Recht hat man diese Kämpfe um Héricourt mit der Schlacht von Thermopylä verglichen. Der Name der kühnen Streiter und ihres Führers wird in der Geschichte fortleben wie Leonidas und seine hellenische Heldenschar. Bei Héricourt und vor Belfort wiederholte sich jene zähe Kraft und Ausdauer, welche bei Wörth die Welt in Erstaunen gesetzt hatte. „Das Werdersche Korps," so schrieb ein patriotischer Mann, der kurz nachher aus dem Leben geschieden ist (J. Venedey), im vaterländischen Hochgefühl jener Tage, „das Werdersche Korps, das so eigentlich kein besonderes Korps, sondern nach und nach zu einem kleinen Heer von Heeresabteilungen aus allen Gauen Deutschlands, Baden, Württemberg, Westfalen, Holstein u. a. zusammengelesen war, hat ein sehr einfaches, aber wunderbar großartiges Schauspiel von festem Mut und unerschütterlicher Standhaftigkeit der Massen dieses kleinen Heeres, des gemeinen Mannes, des Volks, das in ihm vertreten war, gegeben. Drei Tage haben die deutschen Krieger hier nicht nur wie die Helden gekämpft: das hätten auch andre Völker gekonnt, die Franzosen vor allen vielleicht auch, ja, nicht nur gekämpft, sondern auch gewacht, gehungert, gefroren, gedurstet, gelitten und überstanden, was je irgend einem Heer geboten worden ist. Wer darüber von den Mitkämpfenden sprechen, die Einzelnheiten erzählen hört, dem wird es heiß und kalt im Herzen, der staunt und bewundert diese eisenfesten Männer. Es ist das Volk, es ist die deutsche Volkskraft, der deutsche Volksgeist, der so zu leiden, zu dulden, zu darben, zu hungern, zu frieren vermochte und dann wieder Tag um Tag unerschüttert und unerschütterlich dem tapfern, doppelt und dreifach starken Feind festen Fußes Widerstand leistete. Es überlief uns ein Schauer, als ein Verwundeter dieser Heldenschar schlicht und einfach erzählte: Wir sagten uns: Hier kommt niemand durch! Und es ist niemand durchgekommen!"

9. Jan. 1871.

15.—17. Jan.

Werder und Bourbaki.

Zum Glück war der Ausgang minder tragisch als damals am heißen Thor von Thessalien, wenngleich auch in dem gebirgigen Grenzland zwischen Elsaß und Burgund manches jugendliche Leben ausgelöscht, in manche Brust durch die übergroße Anstrengung der Todeskeim gesenkt ward. 87 Offiziere und 1847 von der Mannschaft lagen von deutscher Seite auf den Gefechtsfeldern, die Verluste des Feindes betrugen wohl das Fünffache. Am 18. Januar, als König

Wilhelm im Prachtsaal zu Versailles dem deutschen Volk verkündete, daß er das Kaiserreich wieder aufgerichtet habe, da konnte ihm Werder als Morgengabe den herrlichen Sieg von Héricourt darbringen, wie General v. Goeben jenen von St.-Quentin. Ganz Deutschland hatte mit der größten Spannung nach dem Kriegsschauplatz von Belfort, Héricourt und Montbéliard geschaut, alles atmete daher freudig auf, als die frohe Botschaft von dem Rückzug der Bourbakischen Armee nach Besançon eintraf. Die Ehrengaben, womit das deutsche Volk, besonders in Baden, dem kühnen Feldherrn, dem „Schild Deutschlands", seinen Dank darbrachte, konnten als Beweis dienen, wie sehr man die Gefahr erkannt hatte und wie hoch man die rettende That anschlug. Auch Kaiser Wilhelm zollte dem General v. Werder seine Anerkennung, indem er ihm den höchsten Orden zusandte, weil er und sein Korps „sich um das Vaterland wohl verdient gemacht", und in einem Telegramm an die Kaiserin Augusta in Berlin des Generals Verdienste pries: „Bourbaki hat nach dreitägiger Schlacht sich vor dem Werderschen heldenmütigen Widerstand zurückgezogen. Werder gebührt die höchste Anerkennung und seinen tapfern Truppen." Die größte Anerkennung aber konnte man aus einer Depesche Bourbakis an Gambetta herauslesen: „Unser Angriff am 15. Januar, der am 16. und 17. erneuert wurde, brachte trotz aller aufgewandten Kraftanstrengungen nicht die gewünschte vollständige Wirkung hervor, flößte aber dem Feind Achtung ein, so daß derselbe beständig die Defensive einhielt. Das Wetter ist so schlimm wie möglich, der Vormarsch sehr schwierig, daher habe ich mich entschlossen, morgen in die Positionen zurückzukehren, die ich vor der Schlacht eingenommen hatte."

Bourbaki hatte die Absicht, von Besançon südwärts nach Lyon zu ziehen. General Kettler und die Garibaldischen Freischaren. Allein es war zu spät. Manteuffel war mit zwei Armeekorps, dem pommerschen unter Fransecky und dem westfälischen unter Zastrow auf dem Marsch, um über Auxerre und Avallon den Werderschen Truppen zu Hilfe zu kommen. Vor Dijon, wo Garibaldi mit 25,000 Mann Freischaren stand, wurde General Kettler mit zwei Regimentern zurückgelassen, um den italienischen Bandenführer zu beobachten und in Schach zu halten, oder, wie der Auftrag lautete, die Operationen der Südarmee zu decken und die Kräfte des bei Dijon stehenden Feindes nach Möglichkeit auf sich zu ziehen, während die Hauptteile der Armee zwischen die Garibaldianer und Bourbakis Heer sich hineinschoben und über Gray und Pesme nach Dôle, dem wichtigen Knotenpunkt von drei Eisenbahnen, vordrangen, die Vorräte von Proviant und Kleidungsstücken, die für die hungernden und frierenden Soldaten Bourbakis bestimmt waren, auf dem Weg abschneidend. Während Garibaldi, der auf den Höhen um Dijon, in Talant und Fontaine feste 21.–23. Jan. 1871. Stellung bezogen hatte, sich mit dem kleinen Heerhaufen Kettlers herumschlug, in der Meinung, die ganze feindliche Armee vor sich zu haben, und in einem hochtönenden Tagesbefehl seine Soldaten, „die jungen Söhne der Freiheit", beglückwünschte, „daß sie eine ruhmreiche Seite in den Jahrbüchern der Republik

beschrieben, die kriegerischsten Truppen der Welt besiegt hätten", wurde Bourbaki von Werder, Zastrow, Fransecky in mehrtägigen trefflich organisierten Märschen
24.—27. Jan. 1871. mit einzelnen Gefechten in einem Halbkreis umstellt, so daß er in eine Lage kam, wie Mac Mahon bei Sedan und ihm nur eine ähnliche Kapitulation oder der Übergang auf das neutrale Gebiet der Schweiz übrig blieb. Die Freischaren Garibaldis aber erlebten während des Kampfes mit den zwei Regimentern Kettlers einen Triumph, wie er während des ganzen Feldzugs den Franzosen nicht zu teil geworden, sie erbeuteten eine preußische Fahne. In einem Gefecht in der Nähe von Dijon wurde ein pommersches Bataillon von der feindlichen Übermacht in eine solche Lage gebracht, daß, als der Fahnenträger und alle Offiziere, die nacheinander an seine Stelle traten, gefallen waren und die geringe Zahl der überlebenden Mannschaft im dichten Pulverdampf abzog, die Fahne unbemerkt zurückgelassen wurde. Aber wie ehrenvoll dieser Verlust für die Haltung des ganzen Bataillons war, geht aus einem Schreiben Ricciotti Garibaldis an General Kettler hervor, worin es hieß, daß die Fahne unter einem Hügel von Leichen, mit Blut getränkt, zerschossen und zerbrochen aufgefunden worden sei. Was um Dijon vorging, waren nur blutige Nebengefechte, absichtlich herbeigeführt, um Garibaldi in dieser Stadt zu fesseln und seine Vereinigung mit Bourbaki zu verhindern; sie dienten nur, die Entscheidung des Feldzugs am Jura zu beschleunigen. Und diese wurde denn auch kurz nachher an einem andern Ort so durchgreifend und einschneidend getroffen, daß für den alten Scharenführer nichts übrig blieb, als Dijon zu räumen. Er legte den Oberbefehl über die Vogesenarmee nieder, da er seine Mission als beendigt ansehe, verabschiedete sich von der Nationalversammlung in Bordeaux, wo sein Versuch, nach der Zurückgabe seines Mandats noch einmal zu sprechen, lärmende Auftritte herbeiführte, und kehrte dann nach seiner Insel Caprera zurück, nicht in der Ferse verwundet, wie bei Aspromonte, nicht im Herzen getroffen wie bei Mentana, aber in seiner Ehre und in seinem Namen geschädigt. Die aufopfernde Tapferkeit der Brigade Kettler hat wesentlich zu den großen Erfolgen des Jura-Feldzugs beigetragen. Dies wurde auch von Kaiser Wilhelm durch eine Kabinettsordre aus Homburg, 9. August 1871, ausdrücklich anerkannt: „Aus den mir vorgelegten Berichten habe ich mit Genugthuung ersehen, daß das zweite Bataillon des 8. Pommerschen Infanterieregiments Nr. 61 am 23. Januar d. J., an welchem Tag dasselbe vor Dijon seine Fahne verlor, mit heldenmütiger Tapferkeit gefochten hat und daß der Verlust der Fahne eins jener beklagenswerten Ereignisse gewesen ist, die als das Resultat widriger Umstände niemand zum besondern Vorwurf gereichen. Die Fahne ist weder durch einen siegreichen Feind erobert, noch durch eine entmutigte Truppe aufgegeben worden; ihre Stätte unter den Leichen ihrer tapfern Verteidiger ist auf dem Schlachtfeld noch ein ehrendes Zeugnis gewesen für die Truppe, welcher sie vorangeweht hatte, bis die einbrechende Nacht sie den hütenden Blicken entzog. In Anerkennung der von dem zweiten Bataillon 8. Pommerschen

Infanterieregiments Nr. 61 bewiesenen Tapferkeit verleihe ich demselben die beifolgende neue Fahne mit dem Band der von mir für den Feldzug 1870/71 gestifteten Denkmünze, an dessen einem Ende sich die wieder aufgefundene Quaste der Banderolle der alten Fahne befindet, und beauftrage Sie (Manteuffel) dieselbe dem Bataillon in meinem Namen feierlich übergeben zu wollen. gez. Wilhelm." In Liedern und Balladen wurde die Fahne vom 61. Regiment gefeiert. „Wo ist sie hingekommen? Barg sie der Feind in seinem Zelt? Er hat sie nicht genommen, Er fand sie auf dem Feld. Sie war zerfetzt, zerschossen, Die Stange gebrochen und angebrannt, So gaben sie die Genossen Von sterbender Hand zu sterbender Hand. Es deckt sie im Todesmute Mit seinem Leibe Held auf Held. So lag in deutschem Blute Sie auf dem Frankenfeld."

Als die Preußen unter General Hann am 1. Februar Dijon nach einem kleinen Gefecht wieder besetzten, hatte sich das Schicksal der letzten französischen Die Ostarmee nach der Schweiz gedrängt.
Armee auf eine unerwartete Weise entschieden. Wir wissen, daß in der Pariser Konvention der östliche Schauplatz, die Departements Côte d'Or, Jura und Doubs, von dem Waffenstillstand ausgeschlossen war, daß sowohl vor Belfort als bei der Bourbakischen Armee die kriegerischen Operationen ihren Fortgang haben sollten. Als Jules Favre diese Bedingungen annahm oder begehrte, war es ihm unbekannt, daß Garibaldi und Bourbaki getrennt waren und das Heer des letztern in den schneebedeckten waldigen Thälern des Jura ohne Nahrungsmittel, ohne Winterkleidung und Schuhe, zum Teil mit erbärmlichen Waffen und ungenügender Munition versehen, sich in einer Lage befand, die einen erfolgreichen Kampf unmöglich machte. Wie sich später herausstellte, war die Pariser Konvention der Ostarmee durch Gambetta ungenau mitgeteilt worden, so daß die französischen Anführer der Meinung waren, der Waffenstillstand erstrecke sich über das ganze Land. Deshalb warf man anfangs den deutschen Heerführern Vertragsbruch vor, bis sich der wahre Sachverhalt herausstellte; zugleich wurde aber behauptet, darüber hätten die Franzosen ihren Marsch, der den Abzug nach Lyon möglich gemacht, verzögert und die Gelegenheit der Rettung versäumt. Allein auch diese Darstellung ist unrichtig. Der französischen Ostarmee war jeder Rückzug längst verlegt. Ihr Schicksal war bereits besiegelt, als die Pariser Konvention geschlossen wurde. Nach einigen kleinern Gefechten 27. Jan. 1871.
bei Salins u. a. O. wurden Bourbakis Truppen westlich von Pontarlier bei 29. Jan.
den Dörfern Sombacourt und Chaffois von den Deutschen mit vereinter Macht angegriffen und auf die Schweizer Grenze gedrängt, wobei zehn Geschütze, sieben Mitrailleusen und viertausend Gefangene, darunter zwei Generale und 46 Offiziere, in die Hände der Sieger fielen. An den beiden folgenden Tagen wurden 30. 31. Jan.
die Kämpfe bei Frasne u. a. O. fortgesetzt mit unermeßlichen Verlusten auf seiten der immer wilder flüchtenden Franzosen, so daß die Zahl der Gefangenen auf 15,000 stieg und die Schneefelder weithin mit Toten und Verwundeten, die man ohne Hilfe und Pflege liegen ließ, bedeckt waren. Bourbaki, von Gam-

betta mit Vorwürfen überhäuft und über das namenlose Elend in Verzweiflung gesetzt, legte Hand an sich selbst. Allein die Kugel ging fehl und verwundete ihn nur leicht am Kopf. Er wurde nach Lyon gebracht, wo er bald wieder genas. An seine Stelle trat General Clinchant, und diesem blieb, nachdem das Regiment Kolberg die Stadt Pontarlier besetzt und dann nach einem zähen Berg- und Waldgefecht die durch zwei Forts geschützte Thalstraße von La Cluse er-
1. Febr. 1871. zwungen hatte, nur die traurige Wahl einer Kapitulation wie bei Sedan oder eines Übertritts auf den neutralen Boden der Schweiz. Er zog den letztern Ausweg vor. Er schickte einen Adjutanten an General Herzog, welcher mit eidgenössischen Truppen die Grenze bewachte, um von der Schweizer Republik „für eine brave und befreundete Armee, die unter dem Zwang des Unglücks auf deren Boden Zuflucht suche" Nahrung und Obdach zu erbitten, und schloß dann mit demselben zu Verrières eine Konvention, kraft deren die französischen Soldaten nach Ablieferung der Waffen und des Kriegsmaterials die Grenzen der Schweiz überschreiten durften. Und so erlebte denn Europa das merkwürdige Schauspiel, daß eine Armee von 85,000 Mann im elendesten Aufzug, halb verhungert, zersetzt und im unreinlichsten Zustand sich nach der Schweiz rettete. Das stolze Frankreich mußte den Schutz und die Gastfreundschaft der helvetischen Kantone anflehen. In endlosen Zügen bewegten sich die waffenlosen kriegsgefangenen Truppen durch die Jurapässe in die Kantone Neuenburg und Waadt, um dann durch die ganze Republik verteilt und interniert zu werden. Nur General Cremer vermochte mit einem Teil der Kavallerie den heimatlichen Boden zu erreichen. „Das ist also die vierte französische Armee, die zum Weiterkampf unfähig gemacht ist," telegraphierte Kaiser Wilhelm am 1. Februar von Versailles aus. Die Schweizer hatten nun Gelegenheit, die Zuneigung, die sie während des ganzen Kriegs für Frankreich an den Tag gelegt, durch Werke der Wohlthätigkeit und Nächstenliebe im reichlichsten Maß praktisch zu bethätigen.

Lärmende Auftritte in Zürich. Wie widerwärtig aber einem großen Teil der Bevölkerung ein solcher Ausgang war, bewies die kleinliche Rache an den Deutschen in Zürich, als diese ihrem vaterländischen Gefühl durch eine Sieges- und Friedensfeier in der Tonhalle Ausdruck geben wollten. Ohne durch Polizei oder Militär gehindert zu werden, drangen internierte Franzosen und Züricher Arbeiter in den festlich geschmückten Saal und bedrohten die Versammelten, unter denen viele Professoren der Universität und des Polytechnikums mit ihren Frauen sich befanden, mit Mißhandlungen, wobei es zum Handgemenge und zu lärmenden ärgerlichen Szenen kam. In solchen rohen Wutausbrüchen machte sich der Ärger Luft über den so unerwarteten und unerwünschten Ausgang des großen Kriegs und die lästige Gastfreundschaft, zu der sich die Republik gezwungen sah. Der Präsident des Kantonrats entschuldigte die Auftritte mit der Befürchtung des Volks vor der neuen Machtstellung Preußens und dem Mitleid mit der zu Boden getretenen französischen Nation, an welche die Schweiz mit stärkern Banden der Freundschaft gebunden sei.

Nach den Beschreibungen der Schweizer Zeitungen war die Armee, die in aufgelösten Haufen sich mehrere Tage lang über die Grenze der Schweiz bewegte, in einem

Zustand von Not, Elend und Verzweiflung, der die Leidensgeschichte des russischen Kriegs und des Übergangs über die Beresina vergegenwärtigte. „In den Straßen und Vorstädten," meldete die Union libérale aus Pontarlier, „wälzte sich ein Strom von Infanterie, von Soldaten aller Waffengattungen und aller Kostüme, Uniformen konnte man sie kaum nennen. Während mehrerer Stunden dauerte dieser Einzug und Durchzug. Ein tiefer, mit Sand vermischter Schnee erschwerte den Marsch; viele Pferde, durch Hunger und Strapazen geschwächt, konnten sich kaum vorwärts bewegen, mit Gier nagten sie am Holzwerk der voranfahrenden Wagen. Da und dort sank ein Pferd zu Boden, um nicht wieder aufzustehen: man löste ihm das Geschirr vom Leibe, schob es zur Seite und ließ es liegen. Nach Aussagen von Soldaten ist die Straße von Besançon nach Pontarlier davon wie übersäet. Eine große Anzahl Soldaten, ja selbst Offiziere, waren nur mit Holzschuhen versehen, und das waren noch nicht die Unglücklichsten. Ein arabischer Soldat hatte die Füße mit Lumpen umhüllt, viele andre schleppten sich mit verwundeten bloßen Füßen mühselig vorwärts. Keine entfaltete Fahne, keine Musik, nicht einmal ein Tambour, von Zeit zu Zeit ein Trompetensignal; Zuaven ohne ihren Fes, Jäger von Vincennes, einige Turkos, dann viele Linieninfanterie, Freiwillige, Wagen mit Mauleseln bespannt, eiserne Bettstellen, Verwundete mit sich führend; Karren mit Pferdegeschirren, Kürassen, zerfetzten Kaputen beladen, kamen von verschiedenen Seiten her durcheinander nach Pontarlier gefahren und nahmen die Richtung nach dem Fort de Joux und Mouthe. In der Stadt selbst war das Bild des Straßenlebens ein buntes und gleichwohl tiefbetrübendes. Hier hatten Liniensoldaten ihre Gewehre zu Pyramiden zusammengestellt und kauerten dabei erfroren auf den Plätzen und Trottoirs herum; dort standen Mobile in schlechte Mäntel oder in bunte Wolldecken gehüllt, die sie über den Kopf gezogen hatten; dort Franctireurs in dünner, dunkelblauer Blouse, einen Tirolerhut mit Federn auf dem Kopf, Zuaven und Turkos vor Frost mit den Zähnen klappernd, Jäger, Marine-Infanterie, Kürassiere mit weißen, Dragoner mit roten Mänteln, Lanziers, Jäger zu Pferd, alles das steht ordnungslos umher und marschiert ebenso ordnungslos vorwärts durch den zehn Zoll hohen sandigen Schnee. Zu allem dem das Fuhrwesen mit zahllosen Packwagen links und rechts der Straße, bespannt und jeden Augenblick zum Abmarsch bereit; die Artillerie und der Genietrain am Eingang der Stadt angehäuft und in Mitte all dieses Kriegszugs ein ununterbrochenes Durchmarschieren der Truppen. Unbeschreiblich aber ist der Ausdruck der Gesichter dieser Soldaten, die Entbehrung, in der sie die Zeit hindurch gelebt hatten. Statt Brot hatte man ihnen alten harten Zwieback gegeben, der die Kehle vertrocknete und unendlichen Durst erzeugte. Dazu wenig und schlechtes Fleisch; das war ihre tägliche Nahrung. Gab es auch dann und wann Kaffee, so hatten die armen Soldaten nicht einmal Zeit, ihn zu trinken, wenn er überhaupt trinkbar war, da sehr oft der Befehl zum Abmarsch oder zum Vorrücken sie überraschte."

Die Franzosen auf dem Marsch von Pontarlier nach der Schweiz.

„Am Anfang Januar," heißt es im Militärwochenblatt, „sehen wir zunächst die große Landeshauptstadt, zwar schon Mangel leidend, aber unerreicht von den feindlichen Geschossen, in sicherer Erwartung der baldigsten Befreiung durch die Provinz. Diese befindet sich im vollen Marsch; von allen Seiten dringen die in Hast formierten Haufen vor, um nicht nur den heiligen Boden Frankreichs von der Invasion der Barbaren zu befreien, sondern um diese selbst bis in das Herz ihres Landes zu verfolgen. Schon wieder ertönt, wie beim Beginn des Feldzugs, der verwegene und übermütige Ruf: à Berlin! à Berlin! Und nun die Kehrseite des Bildes, die Lage am 1. Februar: Paris hat kapituliert; die französischen Massen sind überall geschlagen und unter großem Verlust zurückgeworfen. Das Heer, welchem die größte Aufgabe gestellt worden, existiert nicht mehr; es nimmt der Hauptsache nach die Gastfreundschaft der Nachbarrepublik

Die Lage am Ende Januar und der Waffenstillstand.

in Anspruch, derselben schwere Lasten und Pflichten auferlegend." „In französischen Darstellungen," heißt es bei Wartensleben, „tritt die Behauptung auf, der Untergang der Ostarmee sei durch deren Irrtum über die Tragweite des Waffenstillstands herbeigeführt worden: die Franzosen seien stehen geblieben und die Preußen hätten dadurch Zeit gewonnen, sie zu umstellen. Diese Ansicht bedarf kaum einer besondern Widerlegung. Vergleicht man auf der Karte die täglichen Stellungen und Bewegungen der Truppen, so ist es klar, daß die angemessene Zeit zum Handeln für die Franzosen hauptsächlich innerhalb der Periode bis zum 23. Januar lag. Von diesem Tag an war der französischen Ostarmee der gerade Rückzug auf Lyon und seit dem 28., also vor Eintritt des Waffenstillstands und bevor ein Mißverständnis darüber obwaltete, überhaupt jeder Rückweg verlegt. Auf der einzigen tief verschneiten Gebirgsstraße von Pontarlier über St.-Laurent, die Grenze unmittelbar in der linken, den Gegner unmittelbar in der rechten Flanke, konnten 100,000 Mann mit Geschützen und Trains keinen Abzug bewerkstelligen. Als die Pariser Konvention geschlossen wurde, war also das Schicksal der Ostarmee bereits besiegelt. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, Garibaldi sei durch den Waffenstillstandsvertrag verhindert worden, Dôle zu nehmen. Auch für Garibaldi war am 28. Januar die günstige Zeit zum Handeln längst verstrichen. Hatte er sich bisher defensiv kaum der Brigade Kettler erwehrt, so wäre er bei einer Offensivbewegung jetzt auf das ganze Hannsche Truppenkorps gestoßen, abgesehen davon, daß außerdem badische Truppen zur Deckung von Dôle bereit standen."

Die Nationalversammlung in Bordeaux.

Mit der Besetzung der Forts um Paris und mit dem Untergang der großen Bourbakischen Armee war der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland thatsächlich zu Ende. Denn wo sollten neue Heere geschaffen werden, die mit einiger Aussicht auf Erfolg den Kampf hätten fortsetzen können! Gambettas Massenaufgebot war kläglich gescheitert; die Franzosen, die sich seiner revolutionären Diktatur solange gefügt, entzogen sich der Autorität des „Organisators der Niederlagen" und forderten laut die Beendigung eines Kriegs, der soviel edles Blut gekostet, so vieler Wohlstand und Lebensexistenz vernichtet hatte. Und der allgemeine Ruf nach Frieden sollte nicht unerhört verhallen. Wie verschiedenartig auch die Nationalversammlung zusammengesetzt war, die aus freien Wahlen hervorgegangen am 12. Februar in Bordeaux eröffnet wurde, daß weitaus die Mehrzahl der Mitglieder, mochten sie im Herzen Monarchisten oder Republikaner sein, vor allem auf Begründung eines Friedenszustandes lossteuerte, trat bald klar zu Tage. Die Versammlung konnte als die wahre Vertreterin der gesamten Nation gelten; denn Bismarck hatte nicht nur die Wahlfreiheit gegen jede Beschränkung und alle Parteiumtriebe sichergestellt, er hatte auch großmütig gestattet, daß Elsaß und Lothringen ihre Repräsentanten nach der Stadt an der Garonne sandten. Durch die eifrige Wahlbeteiligung der nach Ruhe und Frieden sich sehnenden ländlichen Bevölkerung erlangte die konservative Partei die Oberhand. Als die Versammlung sich konstituiert und den gemäßigten Republikaner Grévy zum Vorsitzenden gewählt hatte, legten Jules Favre und seine Kollegen ihre Gewalt in die Hände der Vertreter nieder, die somit die volle souveräne

12. Febr. 1871.

Macht der Nation in sich vereinigten. Vier Tage nachher wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, indem die Nationalversammlung den hochbejahrten Staatsmann und Geschichtschreiber Thiers zum Haupt der Vollzugsgewalt der französischen Republik wählte, der sich dann mit einem Ministerium umgab, worin mehrere Glieder der Nationalverteidigung, Favre, Picard, Simon, Leflô von neuem die Leitung der Staatsgeschäfte übernahmen. Unter den übrigen Männern, die neben ihnen in das Kabinett traten, waren der Justizminister Dufaure, unter den frühern Regierungen als liberaler Staatsmann und Abgeordneter viel genannt, und Pouyer-Quertier, ein reicher Fabrikant und Finanzmann von schutzzöllnerischen Grundsätzen, die bedeutendsten.

Da das Ende des Waffenstillstandes vor der Thür war, so mußte bis zur Abwickelung des Friedensgeschäfts um eine Verlängerung nachgesucht werden. Diese war jedoch nur zu erzielen, wenn Belfort, die nun seit vier Monaten ebenso tapfer verteidigte als standhaft belagerte Festung, übergeben ward. Noch in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar war es dem Kommandanten Denfert gelungen, einen energischen Angriff der Deutschen gegen die beiden Perches erfolgreich zurückzuweisen und mehrere hundert Gefangene einzubringen; aber seitdem die zwei in den Felsen gebauten Forts erstürmt worden und nach der Niederlage der Bourbakischen Armee jede Aussicht auf Entsatz verschwunden war, durfte der Fall der Festung in Bälde erwartet werden. Es war daher eine nicht minder große Wohlthat für die Stadt und die Besatzung als für die Belagerer, die vor der Felsenburg durch Kälte und Nässe, durch mangelhafte Nahrung und Pflege, durch die Geschosse des Feindes von den Festungswerken und bei Ausfällen unsäglich gelitten hatten, daß der Kommandant von Jules Favre, dem Minister des Auswärtigen, angewiesen ward, die Festung vertragsweise zu übergeben. In anbetracht der tapfern Verteidigung wurde der Garnison freier Abzug mit militärischen Ehren bewilligt. So verließ denn am 16. Februar das Besatzungsheer, etwa 12,000 Mann stark, mit Waffen und Gepäck und in guter Ordnung die Festung, worauf Treskow die so hartnäckig verteidigte und von Krankheiten schwer heimgesuchte Stadt Belfort besetzte.

[Übergabe von Belfort. — 8. Febr. 1871. — 16. Febr.]

Nun stand auch einer Verlängerung des Waffenstillstands nichts mehr im Weg. Doch wurde nur eine kurze Frist bewilligt, damit, falls der Frieden nicht zustandekäme, der Krieg sofort wieder aufgenommen werden könnte; und im Hauptquartier in Versailles wurde eine solche Wendung umsichtig ins Auge gefaßt. Denn so sehr auch der Frieden ein unabweisbares Bedürfnis für das niedergeworfene Reich war, die leidenschaftliche Verbissenheit Gambettas und der Kriegspartei, wozu nicht nur die Abgeordneten von Paris und die Anhänger der roten Republik, sondern auch die Vertreter von Elsaß-Lothringen gehörten, führte zu heftigen Erörterungen. Selbst General Chanzy war der Meinung, Frankreich besitze noch hinlänglich Streitkräfte zur Fortsetzung des Kampfes. Aber die neue Regierung unter dem Vorsitz von Thiers sprach sich für einen „ehrenvollen" Frieden

[Friedensverhandlungen und Friedensbedingungen.]

aus, und die Mehrzahl der Versammlung gab ihre Zustimmung. Der Protest
17. Febr. 1871. des Abgeordneten Keller gegen die Abtretung von Elsaß, den die republikanische Opposition unterstützte, wurde unter Anerkennung der patriotischen Gesinnung der Bevölkerung abgelehnt und damit die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen
19. Febr. geschaffen. Auf den Antrag Jules Favres wählte die Nationalversammlung einen Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern, welche das Haupt der vollziehenden Gewalt und die ihm beigeordneten Minister Favre und Picard bei dem Friedensgeschäft unterstützen sollten, und vertagte dann die Sitzungen bis zum Abschluß der Verhandlungen. Es waren schwere Tage für die französischen Männer, denen die Vereinbarung der Friedensbedingungen übertragen war, als sie mit dem Grafen Bismarck in Versailles Unterhandlungen führten, wie dem Krieg ein Ende zu machen sei. Daß Gebietsabtretungen und Kriegskostenentschädigungen bewilligt werden müßten, hatte man im Prinzip schon zugegeben; nur über die Ausdehnung der erstern und die Höhe der letztern fanden lange und bewegte Erörterungen statt; auch der verlangte Einzug der deutschen Truppen in Paris stieß auf heftigen Widerspruch. Allein Graf Bismarck bestand entschieden auf der Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Einschluß von Metz und Diedenhofen. Vergebens bot Thiers die Schleifung der Grenzfestungen an; vergebens suchte er die Entscheidung vor ein europäisches Schiedsgericht zu bringen; der Reichskanzler beharrte bei der Gebietsabtretung als Bürgschaft gegen künftige Kriegsbedrohungen und als Siegespreis für die schweren und opferreichen Kämpfe; auch der von England und andern Neutralen erhobene Ruf, Großmut und Mäßigung zu üben, der selbst in manchen deutschen Kreisen ein Echo fand, vermochte den entschlossenen Staatsmann nicht von seiner Forderung abzubringen. War doch auch das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl hierin mit den preußischen Staatsmännern und Heerführern einverstanden, und war es doch fast nur echtdeutsches altes Reichsland, was man begehrte. Nur mit Mühe ließ man im deutschen Hauptquartier sich bewegen, als das ganze Friedenswerk zu scheitern drohte, die Festung Belfort, auf deren Mauern seit einigen Tagen die deutsche Fahne wehte, von dem übrigen Elsaß zu trennen und noch ferner im Besitz von Frankreich zu belassen. Hinsichtlich der Kriegskosten vereinigte man sich auf die Summe von fünf Milliarden Franks, wovon die eine im Jahr 1871, der Rest in einem Zeitraum von drei Jahren gegen Verzinsung mit fünf vom Hundert getilgt werden sollte. Bis zur gänzlichen Abtragung mußten deutsche Besatzungstruppen in bestimmten Departements von Frankreich unterhalten werden. Auch von dem verlangten Einzug in Paris, so verletzend für den französischen Nationalstolz, wurde teilweise Abstand genommen; nur die westliche Seite bis zur Konkordienbrücke sollte von den deutschen Truppen betreten und nach zwei Tagen wieder geräumt werden. Ja man war im königlichen Hauptquartier bereit, um den Preis von Belfort gänzlich auf den Einmarsch zu verzichten. Allein diesmal siegte bei den französischen Unterhändlern der Vorteil über die

Eitelkeit. Belfort sollte behalten werden und den Bewohnern der einverleibten Länder freistehen, binnen einer bestimmten Frist zwischen beiden Nationalitäten zu wählen.

Auf Grund dieser Bedingungen wurde am 26. Februar der Präliminarfrieden von Versailles zwischen dem Reichskanzler und Jules Favre mit Zustimmung der französischen Kommissarien und der süddeutschen Minister, die zu dem Zweck nach Versailles beschieden worden, abgeschlossen und zugleich der Waffenstillstand auf den 6. März verlängert, damit die Genehmigung der Nationalversammlung in Bordeaux eingeholt werden könnte. Es war für Thiers eine schmerzliche Mission, den Vertretern der Nation, die mit lautloser Stille und in der größten Spannung seinen Worten lauschten, den Inhalt des Friedensvertrags mitzuteilen; er vermochte vor innerer Bewegung seinen Vortrag nicht zu Ende zu führen; Barthélemy de St.-Hilaire mußte die Verlesung vollenden. Eine große Aufregung bemächtigte sich der Gemüter; es war ein schwarzer Tag in den Annalen der französischen Geschichte. Aber wie sehr auch die republikanische Oppositionspartei, Quinet und Viktor Hugo an der Spitze, nochmals ihr verbrauchtes Rüstzeug wider die schmachvolle Verstümmelung Frankreichs ins Feld führte, die Versammlung erkannte in großer Mehrheit die Notwendigkeit des Friedens, so daß mit 546 gegen 107 Stimmen die Vorlage angenommen wurde. Im Vergleich zum Jahr 1814 konnte der Frieden in den Augen der Franzosen immer noch als ehrenvoll erscheinen; enthielten sich doch die Sieger diesmal aller Einmischung in die innern Angelegenheiten des Staats, aller Beschränkung der nationalen Selbstbestimmung hinsichtlich der Regierungsform! Am 2. März verkündete ein Telegramm des Kaisers Wilhelm an seine Gemahlin dem deutschen Volk das wichtige Ereignis in folgenden Worten: „Soeben habe ich den Friedensschluß ratifiziert, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der Nationalversammlung angenommen worden. Soweit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde, dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Teilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlands. Der Herr der Heerscharen hat überall unsre Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen; ihm sei die Ehre! Der Armee und dem Vaterland mit tieferregtem Herzen meinen Dank."

Der Präliminarfrieden von Versailles. 26. Febr. 1871. — *28. Febr.* — *1. März.*

So endigte der gewaltige Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, ein Krieg, wie die Weltgeschichte noch keinen erlebt hat. Zwei große Nationen haben mit ihrer ganzen Wehrkraft gegeneinander gestritten, die eine, um ihre europäische Vorherrschaft und Machtstellung zu behaupten, die andre, um ihre nationale Selbständigkeit gegen fremde Einmischung zu schützen. Dank der Kraft der Heere, der Intelligenz der Führer, der Opferwilligkeit des Volks haben die Deutschen den Sieg davon getragen; in dreiundzwanzig Schlachten und zahllosen kleinern Gefechten haben sie den Feind bezwungen und nicht eine einzige große

Die Opfer des Kriegs.

Niederlage erlitten, nur ein- oder zweimal sich zum kurzen Rückzug vor der Übermacht genötigt gesehen. Noch niemals sind solche Heerscharen widereinander im Streit gelegen, wie in diesem Krieg. Bei Gravelotte standen 270,000 Deutsche gegen 210,000 Franzosen; bei Sedan 210,000 Deutsche gegen 150,000 Franzosen. Die französische Ruhmredigkeit suchte gern die deutschen Erfolge auf die überlegene Truppenzahl zurückzuführen; aber bei Mars la Tour haben von acht Uhr Morgens bis vier Uhr Nachmittags höchstens 45,000 Preußen gegen 160,000 Franzosen gekämpft und Bazaine zum Rückzug genötigt; in der letzten Schlacht bei Orleans bestand das Zahlenverhältnis von 100,000 Deutschen gegen 200,000 Franzosen; bei Héricourt boten 30—36,000 Preußen und Badener dem mehr als 100,000 Mann starken Heer Bourbakis die Stirn. Freilich wurden diese Erfolge auch mit schweren Opfern erkauft. Mit erregter Spannung wurden nach jeder Schlacht die Verlustlisten in den Zeitungen durchgelesen von den Tausenden und Abertausenden, deren Angehörige über den Rhein gezogen waren. Nach den spätern Bekanntmachungen des Kriegsministeriums belief sich die Zahl der Gefallenen aus allen deutschen Heeren auf 5254 Offiziere (1534 Tote, 3614 Verwundete, 106 Vermißte) und über 112,000 Unteroffiziere und Mannschaften (18,131 Tote, 87,742 Verwundete, 6165 Vermißte). Das preußische Gardekorps verlor über ein Drittel seiner Gesamtstärke; das dritte (brandenburgische) Korps, das bei Mars la Tour gefochten, büßte an Toten und Verwundeten die Hälfte seiner Mannschaft ein. Fast einzig in der Kriegsgeschichte war der Verlust des achtundvierzigsten Regiments, der sich bei der selten erreichten etatmäßigen Stärke von 64 Offizieren und 3000 Mann auf 60 Offiziere und 1497 Soldaten belief. Die Zahl der deutschen Gefangnen, die während des ganzen Kriegs in die Gewalt der Feinde gerieten, betrug kaum 10,000.

Schlußbetrachtung.

Es waren schwere Wunden, welche in das Lebensglück so vieler deutscher Familien geschlagen wurden. Aber wie verschwanden diese Verluste gegenüber dem furchtbaren Schiffbruch, den die französische Nation in ihrer männlichen Bevölkerung, in ihren Kriegsvorräten, in ihren militärischen Ehren- und Feldzeichen erlitten! Wie viele französische Männer und Jünglinge den Kugeln und Schwertern der Deutschen in den Schlachten oder auf den Wällen der Festungen erlegen sind, wie viele auf den Märschen und Schneefeldern dem Hunger, dem Frost, dem Elend, den Krankheiten zum Opfer gefallen, wer konnte das erfahren bei dem gewissenlosen Terrorismus, mit dem die Mannschaften zu Hunderttausenden in den Kampf getrieben wurden ohne militärische Übung und Vorbereitung, ohne gebildete und geschulte Offiziere, ohne wärmende Winterkleidung und Fußbedeckung, häufig ohne Nahrung und Obdach! Die rücksichtslose Menschenverschwendung Gambettas verwandelte den größten Teil von Frankreich in ein gewaltiges Heerlager und in ein weites Leichenfeld, wobei eine Zählung und Aufzeichnung der Umgekommenen unmöglich war. Aber die Massen von Gefangenen, die seit den Augusttagen von Weißenburg und Wörth bis zu den

Schlachten von Héricourt und Montbéliard im Januar 1871 über den Rhein geführt wurden, um über ganz Deutschland bis an die äußerste Ostgrenze in Festungen und Barackenlagern untergebracht zu werden, erreichten eine Höhe, wie die Weltgeschichte nichts Annäherndes aufzuweisen hat. An 400,000 Mann, mehr als die Hälfte der gesamten Militärmacht Frankreichs, mußten waffenlos in der Fremde zuschauen, wie ihr Vaterland zerschlagen und zerrissen ward durch fremde Heere und durch das Schreckenssystem im Innern. Auf viele Tausende belief sich die Zahl der erbeuteten Geschütze, Kanonen und Mitrailleusen; nach Hunderten zählten die eroberten Adler und Fahnen. Die ganze militärische Gloire des stolzen Frankreich war auf deutscher Erde geborgen, und jener starke Gürtel von Festungen, womit die französischen Regierungen seit mehr als zwei Jahrhunderten die Grenzen im Osten und Norden, vom Rhein bis an den Kanal umgeben und geschützt, mehr zum Ausfall gegen die Nachbarvölker als zur Verteidigung gegen fremde Invasionen, sie alle waren, bis auf Langres und Bitsch, vierundzwanzig an Zahl, nebst den Forts von Paris nach und nach in die Hände der Deutschen gefallen, welche einen nicht unbeträchtlichen Teil derselben, darunter vor allen Straßburg und Metz, im Besitz behielten. Fortan mußte der Schwerpunkt des politischen Gleichgewichts unter den europäischen Völkern auf dem geeinigten Deutschen Reich ruhen, der natürlichen Basis der Staaten, die dasselbe im Kreis umschließen.

9. Die Pariser Kommune und der Frankfurter Frieden.

An demselben ersten März, da in Bordeaux über den Präliminarfrieden abgestimmt ward, erfolgte der Einzug der deutschen Truppen in die westlichen Stadtteile der Hauptstadt. Man hatte in Versailles der nationalen Eitelkeit insoweit nachgegeben, daß man nicht auf einer Besetzung von Paris bestand. Aber gegenüber den hoffärtigen und prahlerischen Reden der Pariser Journalisten und Zungenhelden war man dem deutschen Heer die Genugthuung schuldig, daß auch durch eine äußerliche Handlung unzweifelhaft dargethan ward, daß Paris überwunden sei. So kam man denn zu dem Ausweg, daß preußische und bayrische Truppen an dem Mont Valérien und dem Triumphbogen vorüber durch die Elyseischen Felder bis zum Eintrachtsplatz vorrücken und in dem Stadtteil nördlich der Seine lagern und Quartier beziehen sollten. Demgemäß stellten sich die zum Einmarsch befohlenen Abteilungen bei Longchamps im Boulogner Wäldchen vor den Thoren der Stadt auf, wo der neue deutsche Kaiser eine Musterung abhielt, und vollführten dann ihren Einmarsch nach den bestimmten Stadtteilen in strammer militärischer Haltung, ohne die einzelnen Wutausbrüche der zahlreich herbeigeströmten Volksmasse einer Beachtung zu würdigen. Am 3. März, da mittlerweile die Bestätigung des Friedensvertrags von Bordeaux eingetroffen war, erfolgte der Rückzug, wenig gestört durch die feindseligen

Einzug der Deutschen in Paris.

1. März 1871.

3. März.

Demonstrationen, womit einzelne Volkshaufen ihrem ohnmächtigen Grimm Luft machten. Das schönste Frühlingswetter begünstigte das Schauspiel, welches mehrere Tage lang die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich gelenkt hatte. Die französische Regierung und Nationalversammlung hatten bald Ursache, die schonende Rücksicht zu bereuen, die sie der Pariser Bevölkerung erwiesen. Eine Besetzung der Hauptstadt durch deutsche Truppen hätte von der Nation viel Leid und Unglück abgewendet und dem niedergeworfenen Land die Schrecken eines Bürgerkriegs erspart. Das heuchlerische Trugspiel, als ob Paris, die „heilige Stadt“, unbesiegt aus dem großen Kampf hervorgegangen, trug dem französischen Volk und seiner selbstgeschaffenen Regierung bittere Früchte und vermochte doch das Urteil der Welt über die wahre Lage nicht zu täuschen. An den nächsten Tagen wurden Anordnungen getroffen zur Räumung des Gebiets südlich und westlich der Seine und Truppenbesichtigungen von dem königlichen Kriegsherrn vorgenommen. Dann brach das große Hauptquartier von Versailles
7. März 1871. auf, wo es fünf Monate seinen Sitz gehabt hatte. Der glänzende Empfang, der dem neuen Kaiser auf seiner Rückreise allenthalben bereitet wurde, und die begeisterte Teilnahme, die dem in den Fürstenstand erhobenen Reichskanzler Bismarck und dem neuen „Grafen“ Moltke von dem deutschen Volk erwiesen ward, gab Zeugnis, daß man die hohe Bedeutung der vollbrachten Großthaten und der errungenen Güter in ihrem ganzen Umfang begriffen und gewürdigt habe.

Lage und Stimmung in Frankreich. Der Friedensschluß wurde in Frankreich und Deutschland mit sehr verschiedenartigen Gefühlen aufgenommen. Die monarchisch gesinnten Vertreter, die gemäßigten Republikaner und die ländliche Bevölkerung Frankreichs begrüßten die Botschaft mit Dank und Zufriedenheit: mußten auch schwere Opfer gebracht werden, so hörte doch der gezwungene Kriegsdienst auf; so wurden doch die wehrhaften Kräfte nicht länger durch das Massenaufgebot dem Tod in den Rachen geführt oder namenlosem Elend überantwortet; so war doch die Aussicht eröffnet, daß mehrere hunderttausend Gefangne wieder der Heimat und ihren Familien zurückgegeben wurden; so konnten doch mit Fleiß, Sparsamkeit und guter Wirtschaft die Verluste wieder ausgeglichen, die ruinierten Städte und Ortschaften wieder aufgebaut, Handel, Industrie und Ackerbau wieder belebt, die reichen Hilfsquellen des Landes wieder flüssig gemacht, aus dem großen Schiffbruch noch manche wertvolle Güter gerettet und gesammelt werden; man konnte eine neue Grundlage schaffen, auf welcher die Nation mit Umsicht und haushälterischer Thätigkeit wieder zu Wohlstand und zu geordneten Verhältnissen sich emporzuarbeiten vermochte. Aber solche Selbsterkenntnis und Resignation blieb einem großen Teil des verwöhnten und eingebildeten Volks fremd. Anstatt bußfertig und reumütig an die eigne Brust zu schlagen, schrieen die republikanischen Heißsporne, die Sozialdemokraten, die untern Volksklassen der großen Städte über Feigheit und Verrat, spieen Haß und Rache gegen die Deutschen und suchten Heilung der Wunden in der Verwirklichung der alten Schlagwörter:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die schon soviel Unheil über Staat und Gesellschaft in Frankreich gebracht hatten. Teils aus Furcht vor der Demokratie, teils aus kindischer Leidenschaft legten viele Franzosen, darunter angesehene Kaufleute, Bankiers und Gelehrte das Gelübde ab, allen Verkehr mit Deutschland abzubrechen und alle Deutschen aus ihren Diensten zu entfernen. Unter den Männern, welche die Nation zur Aufrichtung einer neuen Ordnung nach Bordeaux gesandt hatte, herrschte Zwietracht und Parteiwut, die noch wuchs, als der entthronte Kaiser kurz vor seiner Abreise von Wilhelmshöhe nach seinem englischen Zufluchtsort Chiselhurst in einem Manifest gegen die von der National- 6. März 1871.
versammlung beschlossene Absetzung der Napoleonischen Dynastie protestierte und eine neue Volksabstimmung forderte; in Paris waren einzelne Quartiere, Montmartre, Belleville, Villette, in wilder Gärung und die Nationalgarden, zum großen Teil aus den Arbeiterschichten gebildet, zeigten keine Neigung, die Waffen niederzulegen und sich den Geboten der Nationalversammlung zu fügen. Mit ihnen befreundeten sich mehr und mehr die entwaffneten Soldaten, die man nicht rasch genug entfernen konnte. Eine Anzahl republikanischer Abgeordneter, darunter politisch bekannte Namen wie Viktor Hugo, Rochefort, Ranc, Cournet, Felix Pyat, gaben aus Verdruß über das „Bauernparlament" ihr Mandat zurück; der wackere Maire von Straßburg, Dr. Küß, schied unter den stürmischen Auftritten dieser Tage in Bordeaux aus dem Leben und wurde als Leiche in seine Vaterstadt zurückgebracht; sein Herz war wohl gebrochen unter den schweren Erlebnissen der letzten Monate.

Die Aufregung nahm noch zu, als man in der Nationalversammlung über die Frage sich beriet, wo die neue Regierung ihren Sitz aufschlagen sollte, ob in Paris, in Versailles, in Fontainebleau. Man entschied sich für Versailles, für denselben Ort, wo den ganzen Winter über das preußische Hauptquartier sich befunden, wo das deutsche Kaisertum aufgerichtet worden, von wo so merkwürdige geschichtliche Ereignisse ihren Ausgang genommen. Dadurch trieb man die Stadt Paris der Revolution in die Arme. Was im Oktober unter den gewaltigen Eindrücken des äußern Kriegs nicht zur Durchführung gekommen, trat im März 1871 in die Erscheinung. Die franz. Regierung in Versailles. 18. März.

Während der Belagerung hatte die Verteidigungsregierung die Pariser Nationalgarde aus den Reihen der Arbeiterbevölkerung verstärkt und den Wehrmännern nicht nur einen Tagsold für die Dauer des Kriegs gewährt, sondern ihnen auch das Recht der freien Wahl ihrer Offiziere eingeräumt. Als nun nach dem Friedensvertrag von Bordeaux General Aurelles de Paladine namens der Regierung den Oberbefehl in Paris übernehmen sollte, traten bedenkliche Anzeichen von Zuchtlosigkeit zu Tage. Die sozialistischen Geheimbünde hatten bereits in den Reihen der Nationalgarde großen Anhang gewonnen und ihr Einfluß war stark genug, sämtliche Pariser Wehrmannschaften einem Zentralausschuß zu unterstellen, in welchem die Demokraten und Kommunisten die Oberhand hatten. Der 18. März u. die Pariser Kommune.

Die von diesem Zentralausschuß der Nationalgarde repräsentierte sozialdemokratische „Kommune“ von Paris, an ihrer Spitze die Demagogie Blanqui-Rigault-Rochefort, versagte der Regierung und Nationalversammlung zu Versailles den Gehorsam und organisierte, als man sie mit Gewalt zur Unterwerfung zwingen wollte, mit Hilfe der Arbeiterbataillone einen bewaffneten Widerstand. Die Regierung hatte es zugelassen, daß die Nationalgarde vor dem Einzug der deutschen Truppen mehrere hundert neue Kanonen aus dem nordwestlichen Stadtteil nach dem Montmartre, nach Belleville und La Villette in Sicherheit brachte. Vergebens verlangte der neuernannte Befehlshaber Aurelles de Paladine die Auslieferung; die Vermittelungsversuche des Maires Clémenceau blieben erfolglos; so mußte zum Angriff geschritten werden. Als aber die Besatzungstruppen unter General Vinoy, nachdem sie während der Nacht den Aufständischen in einigen Orten die Kanonen abgenommen hatten, mißmutig, daß der Kommandant sie in dem kalten Regenmorgen ohne Nahrung und Erfrischung unter den Waffen stehen und die eroberten Geschütze nicht abführen ließ, umschmeichelt von den herandringenden Nationalgardisten und ihren Frauen und Kindern, in ganzen Abteilungen zu den Empörern übergingen, da geriet in kurzem die Herrschaft über Paris in die Hände der wildesten Demagogen. Die Abberufung der noch zuverlässigen Besatzungsmannschaften durch Thiers und Vinoy gab die ganze Hauptstadt der Revolution preis, erhielt aber der Regierung einen großen Teil der Armee. Schon am 19. März flatterte die rote Fahne über allen Gebäuden und eine Proklamation des Zentralausschusses verkündete, daß die Kommune den Grund zu einer echten und rechten Republik legen, die Quelle der Invasionen und der Bürgerkriege für immer schließen werde. Und so sah denn die Welt das traurige Schauspiel, daß an denselben Orten, wo kurz zuvor Franzosen und Deutsche mit allen Kräften gegeneinander gestritten, ein schrecklicher Bürgerkrieg seine blutige Fahne aufpflanzte, daß in denselben Forts, welche die deutschen Heere kurz zuvor geräumt, das furchtbare Geschütz von neuem ertönte, daß die Landhäuser und Gartenanlagen, die Lustschlösser und Ortschaften in der Umgegend von Paris, welche schon während des Belagerungskriegs viele Beschädigungen erlitten, nun vollends im fürchterlichen Bruderkampf der Zerstörung und Verödung preisgegeben wurden, daß die Schöpfungen der Kunst, des Luxus, des Geschmacks, die Sitze des Reichtums und der Lebensgenüsse sich in Wüsteneien verwandelten. Jetzt bereuten die Herren von der nationalen Verteidigung, daß sie der Pariser Volksmasse so große Rücksicht gezollt und die von Bismarck geforderte Entwaffnung der Nationalgarde hintertrieben hatten. „Fünf Monate hatten sie die Belagerung von Paris ausgestanden, zweimal der Pöbelrevolte ins Auge geschaut, am eignen Leib hatten sie erfahren, welch zweischneidiges Schwert sie durch Bewaffnung der brotlosen Arbeitermassen geschliffen, dennoch blieb ihres Unterhändlers wichtigstes Anliegen beim Waffenstillstand, eben diese Armee der Revolution im Besitz ihrer Kanonen und Gewehre zu lassen,

und am 23. März erklärte der unglückliche Jules Favre vor der Nationalversammlung in Versailles: Ein ganzes Programm von Verbrechen hat sich in Paris entfaltet. Die Provinz kann solche Schändlichkeiten nicht dulden. Lassen Sie mich mein Herz ausschütten. Als ich in Versailles über den Waffenstillstand unterhandelte, habe ich drei Tage mit dem Sieger gestritten, um der Nationalgarde die Waffen zu belassen. Ich habe Unrecht gehabt. Ich bitte dafür Gott und die Menschen um Verzeihung. Und mit den Worten: Bismarck hat uns richtiger beurteilt, als wir selbst, sagte die Presse Ja und Amen zu diesem tief beschämenden Geständnis."

Wir wollen die schauderhaften Szenen dieser bürgerlichen Kämpfe, die unter den Augen der zurückgebliebenen deutschen Besatzungstruppen vor sich gingen, die wilden Ausbrüche eines sich immer toller und frevelhafter gebärdenden politischen Fanatismus bei der Kommune und die Zerfahrenheit und Ratlosigkeit bei der Versailler Regierung nur in allgemeinen Zügen und in ihren hervorragendsten äußern Kundgebungen in den Bereich dieser Blätter ziehen. Paris hat in den Frühlingstagen 1871 der Geschichte der Verbrechen und Greuel, die so oft in den Straßen der Seinestadt ihren Schauplatz aufgeschlagen, ein neues dunkles Blatt hinzugefügt. Wie die militärischen Operationen nach kühnen umfassenden Ansätzen und Plänen mit dem fluchtähnlichen Einmarsch in die Schweiz kläglich endeten, so schloß auch die politische Staatsumwälzung mit einem Nachspiel, fratzenhaft in seiner Entfaltung und gräßlich in seinem Ausgang. Den Pariser Sozialdemokraten und Radikalen war es ein verhaßter Gedanke, daß die Bourgeoisie und die Konservativen des Versailler „Bauernparlaments" von neuem das Regiment führen sollten, und da in der Nationalgarde, die in frühern Jahren stets für Gesetz und Ordnung eingestanden, teils infolge massenhafter Auswanderungen aus den bessern Ständen, teils durch den Eintritt bewaffneter Arbeiterbataillone die Bewegungspartei die Oberhand erhalten hatte, so reifte in den Reihen der Demagogen und Sozialdemokraten der Plan, eine „kommunistische Republik" zu errichten und die bewaffneten Kräfte in der Stadt zu ihrer Behauptung und Verteidigung zu benutzen. Paris wird uns gehören oder Paris wird nicht mehr sein, hatte Cluseret schon vor Monaten an seinen Gesinnungsgenossen Varlin geschrieben und so dachten alle Anhänger der roten Republik. Sie betrachteten sich als die Erben des Kommunistenbundes, der die Februarrevolution und dann die Junitage hatte vorbereiten helfen. Die schwankende Haltung und das unsichere Vorgehen der Versailler Nationalvertretung leistete ihnen Vorschub. Zuerst hatte ein Erlaß den 13. März als Verfalltag aller während des Kriegs gestundeten Wechsel, Schuldforderungen, Mietgelder festgesetzt, eine Maßregel, die viele kleine Geschäftsleute und Rentenbesitzer in Verzweiflung brachte und unter die Fahne des Zentralausschusses der Nationalgarde trieb, und als die Versammlung aus Furcht vor der wachsenden Bewegung die Verordnung zurücknahm, als Thiers den Admiral Saisset, einen populären Mann,

Paris in der Gewalt der Kommune.

zum Befehlshaber der Nationalgarde aufstellte, mit den Maires noch amtliche Verbindungen zu erhalten suchte und nicht nur Amnestie, sondern auch die vorläufige Fortsetzung der Soldzahlung an die Nationalgarde verhieß, sahen die Aufständischen darin nur ein Zeichen der Schwäche und Verlegenheit, die Absicht sie zu täuschen und von einem aktiven Vorgehen abzuhalten. So trieb die demokratische Flut immer mehr der Revolution zu. Die beiden Generale, der greise Clément Thomas, ein thatkräftiger Veteran der Republik, wegen seiner strengen Mannszucht und als „Proletarierschlächter" im Juniaufstand 1848 besonders verhaßt, und der junge talentvolle Lecomte, wurden, von ihren unbotmäßigen und treulosen Soldaten verlassen und verraten, von den Insurgenten festgenommen und in der von Barrikaden abgeschlossenen Straße des Rosiers, wo sich das Hauptquartier befand, unter Schmähungen und Martern durch einen rasenden Volkshaufen ermordet. Mit Waffen und Kriegsvorräten reichlich versehen bemächtigten sich die Empörer, voran die Schützen von Belleville, aller beherrschenden Stellungen und strategisch wichtigen Punkte, die sie mit Kanonen und Mitrailleusen umgürteten, besetzten die südlichen Forts und ließen vom Stadthaus, dem Kapitol der neuen Republik, wo der Zentralausschuß oder der „Republikanische Bund der Nationalgarde" nach Verdrängung der bisherigen Behörden den Sitz seiner Amtsthätigkeit aufschlug, Proklamationen ausgehen, um die radikalen Volkselemente der andern Städte zu gemeinsamem Handeln anzufeuern. Es schien als ob die rote Fahne die Trikolore verdrängen sollte. Man fürchtete, daß die Insurgenten, die seit dem 19. März über die unerschöpflichen Machtmittel der großen reichen Weltstadt geboten, einen bewaffneten Zug nach Versailles unternehmen möchten, um die verhaßte Nationalversammlung zu sprengen und der Pariser Kommune Zeit und Macht zu schaffen, in ganz Frankreich ihre sozialdemokratischen Grundsätze zur Geltung zu bringen. Zum Glück war im Mont Valérien die Besatzung vermehrt worden, ehe die Insurgenten, dank der Unfähigkeit Lulliers, des von dem Zentralausschuß eingesetzten Befehlshabers der Nationalgarde, sich der starken Festung bemächtigen konnten, und an der Brücke von Sèvres hütete Vinoy mit zuverlässigen Truppen, deren Zahl man mit Erlaubnis des deutschen Oberkommandos aus der Loire-Armee und den nördlichen Provinzen verstärkt hatte, den Übergang nach dem linken Seineufer. Und nun kämpften zwei Monate lang zwei republikanische Systeme und Regierungen um die Herrschaft über Frankreich. Noch war nicht alle Hoffnung einer Verständi-
22. März 1871. gung verschwunden, als ein unglücklicher Vorfall das Zeichen zum Krieg gab. Etliche hundert Nationalgardisten von gemäßigter Richtung hatten einen Verein der Ordnungsfreunde geschlossen in der Absicht, die Autorität der Versailler Regierung aufrecht zu halten. Als sie in demonstrativer Weise unbewaffnet aber in Uniform auf den Platz Vendôme zogen, erfolgte ein Zusammenstoß mit einigen Bataillonen des Stadthauses, wobei zwanzig oder mehr getötet oder verwundet wurden. Damit war jede Aussicht auf Vermittelung und Versöhnung

verschwunden; der Kampf gestaltete sich mit jedem Tag heftiger und würde sich leicht zu einem allgemeinen Bürgerkrieg gesteigert haben, wenn die Aufrufe und Sendboden des Pariser Stadthauses in den größern Provinzstädten mehr Anklang und Nachahmung gefunden hätten. Aber die Nation war müde; man bedurfte der Sammlung und Erholung.

Die Exekutivgewalt auf dem Stadthaus, die vom 28. März an eine amtliche Zeitung erscheinen ließ, gelangte nur allmählich zu einer zusammenfassenden Aufstellung ihrer Grundsätze und Ziele. Ihre nächste Sorge war auf die Verteidigung der Stadt und auf die Errichtung der kommunalen Republik gerichtet. Empört, daß die Versailler Nationalversammlung der Stadt Paris nur ein sehr beschränktes Wahlrecht der Gemeinderäte gewähren und der Regierung die Ernennung der Maires und Beiräte vorbehalten wollte, ordnete der Zentralausschuß, der meistens aus jungen Männern von geringer Bildung und exzentrischem Wesen zusammengesetzt war, wie Lullier, einem entlassenen Schiffsleutnant und Gewohnheitstrinker, wie dem Apothekergehilfen Eudes, dem Schriftsetzer Bergeret, dem Buchhalter Jourde, dem Buchbinder Varlin, wie Vaillant, einem verdorbenen Studenten, aus eigner Machtvollkommenheit Wahlen für einen neuen Gemeinderat an. Der Generalrat der „Internationale" hatte durch Marx von London aus seine Zustimmung zu der Bildung einer revolutionären Kommune gegeben, daher auch mehrere eifrige Glieder dieses Bundes, wie Frankel, Vaillant, Longuet bei der Ausarbeitung der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung thätig waren. Ein Gemeinderat sollte als souveräne Versammlung an der Spitze des Gemeinwesens stehen und wie einst der Konvent Fachkommissionen für alle Zweige des öffentlichen Lebens, Finanzen, Handel, Krieg, Unterricht, Arbeit aus seinem Schoß bilden. Darin stimmten alle revolutionären Parteien überein. „Die Klub- und Straßendemagogie," sagt Mehring, „und mit ihr die Tausende und Abertausende verlorner Existenzen, welche eine Weltstadt birgt, verlangten die Kommune als die Schreckensherrschaft von 1793, als das einzige Mittel sich an der Macht zu erhalten. Das Kleinbürgertum forderte sie als das Recht seine eignen Angelegenheiten selbst zu verwalten, als einen Schutz gegen die Wiederkehr von Haußmanniaden und vor allem auch als einen Ersatz für die Enthauptstadtung von Paris. Und endlich der Arbeiterstand rief nach der Kommune als nach dem sozialen Gebilde der Zukunft." In dem Wahlaufruf des Zentralausschusses war (fälschlich) angegeben, daß die Maires und die Pariser Abgeordneten der Nationalversammlung damit einverstanden seien. Dennoch lehnten viele der Vorgeschlagenen oder Gewählten die Mission ab, so daß der neue Kommunalrat, der am 29. März unter dem Alterspräsidenten Charles Beslay seine Sitzungen eröffnete, trotz einer spätern Ergänzungswahl weit unter hundert Mitgliedern blieb. Die Versammlung, die sich zugleich die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt beilegte, bestellte verschiedene Ausschüsse, welche den Geschäften des Tages obliegen und die Bedürfnisse des Pariser Volks

Die Ziele der Kommune u. ihre Organe.

26. März 1871.

29. März.

befriedigen sollten. Aber wie einst in den Tagen des Konvents lag auch jetzt die Hauptmacht in den Ausschüssen oder Diktaturen, insbesondere in dem Zentralausschuß der Nationalgarde „dem Arm der Revolution", der auch nach der Aufstellung des Kommunalrats sich die Leitung des Kriegs und der militärischen Angelegenheiten vorbehielt. Die hervorragendsten Teilnehmer des Gemeinderats und der Ausschüsse waren Häupter der Klub- und Straßendemagogie, Journalisten und Volksredner, die großenteils eine an Verfolgungen, Verbannungen, Strafgerichten reiche Vergangenheit hinter sich hatten.

Die meisten Namen haben wir schon früher kennen gelernt. Mehrere von ihnen gehörten der Internationalen an wie der Mechaniker Assy, der Urheber der großen Arbeiteinstellung von Creuzot in der letzten Zeit des Kaisertums, der Ziseleur Theiß, die Arbeiter und Handwerker Tolain, Varlin, Fribourg, Heligon, Malon, Deriure. Andre waren Republikaner im Sinn der alten Jakobiner und Terroristen, wie Delescluze, der in den vierziger Jahren Ledru-Rollins rechte Hand gewesen und nun mit Rochefort aufs innigste verbunden war, wie der Barrikadenkämpfer Flourens, wie Raoul Rigault, Cluseret, Felix Pyat, der in seinem Blatt Combat Marat zum Vorbild nahm. Auch Blanqui war unter den Gewählten, aber, durch die Versailler Regierung festgehalten, konnte er seinen Sitz nicht einnehmen; in seinem Sinn wirkten jedoch Pascal Grousset, Ranc, Vaillant, Urbain. Bildung und Geschäftserfahrung war wenig vorhanden. Außer Rochefort, der indessen mit Mißtrauen auf die Gefährten blickte und keine hervorragende Rolle spielte, entwickelte nur Jourde, Mitglied der Finanzkommission, einiges Verwaltungsgeschick mit Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit verbunden. „Der Regierung, welche die Insurrektion vom 18. März und die Wahl vom 26. erhoben," bemerkt Meerheimb, „fehlte es an Einheit und fester Organisation, den meisten Mitgliedern an Gehorsam, Pflichtgefühl und Sachkenntnis; ein wahrer Regen von einander widersprechenden, unklaren, unmöglichen Dekreten begann und dauerte bis Ende Mai. Zerstört ward viel, geschaffen gar nichts." Die von der Kommune ernannten Ausschüsse oder Diktaturen wechselten fast täglich oder legten sich andre Namen bei, bis zuletzt, wie in der alten Schreckenszeit, der „Wohlfahrtsausschuß" alle Macht an sich riß. Der Vorschlag des Arztes Rastoul, ein Triumvirat außerhalb der Kommune als höchste Autorität zu errichten, drang nicht durch.

Die Herrschaft der Kommune u. die Kämpfe um Paris.

Die Männer des neuen Regiments ahmten bei ihren Arbeiten die Kommunards von 1793 nach. Sie durchsuchten die Wohnungen, um Verdächtige oder dienstweigernde Wehrpflichtige zu entdecken. Sie beseitigten alle unzuverlässigen Beamten von den städtischen Stellen und verliehen diese ihren Gesinnungsgenossen. Unter den Maires und Beisitzern sah man neben einigen Männern von Stand und Bildung, wie dem reichen Kaufmann Tirard, dem Advokaten Hérisson, dem Arzt Clémenceau, dem Historiker Henri Martin, Sozialdemokraten aus der Klasse der Handwerker und Arbeiter wie Malon, Tolain, Heligon, Murat. Sie verlängerten die Zahlungsfrist für Wechsel und verfügten den teilweisen Erlaß der seit der Einschließung angewachsenen Mietschulden; sie entwaffneten die unzuverlässigen Nationalgardebataillone und organisierten und verstärkten durch Zwangsmaßregeln die Verteidigungsarmee, in deren Reihen verurteilte Verbrecher und befreite Sträflinge in Menge Aufnahme fanden.

20—30,000 bestrafte Leute dienten in der Nationalgarde. Selbst ein Korps aus Lustdirnen, Weibern der Halle und gefallenen Frauen wurde errichtet, eine wahre Kohorte von Megären. Man gedachte den 5. Oktober von 1789 zu wiederholen. Während die Nationalgarde hauptsächlich zum Kampf gegen die Regierungstruppen verwendet ward und sogar wiederholt Versuche machte, durch einen Ausmarsch nach Versailles die von der Kommune für ungesetzlich erklärte Nationalversammlung zu zersprengen, sollten zahlreiche Polizeikommissäre unter Raoul Rigault, einem durch wüstes Leben aus der Bahn geworfenen ehemaligen Studenten, unter Cournet, Ferré u. a. für die „öffentliche Sicherheit" sorgen. Auf welche Weise sie ihre Aufgabe verstanden, geht schon daraus hervor, daß selbst Rochefort den Namen des thätigsten dieser Leute, Pilotell, in Pille-Hôtel verwandelte. Sie errichteten Denunziationsämter und teilten gegen Geld Passierscheine und Sicherheitskarten aus. Unterdessen hatte der Kampf im Süden und Westen seinen Fortgang, und wenn auch die Ausfälle der Insurgenten bei der Brücke von Neuilly und an andern Orten wiederholt zurückgewiesen wurden und Flourens, einer der bedeutendsten Anführer, dabei den Tod fand, so gelang es 3. April 1871. doch den Regierungstruppen nicht, selbst als an Vinoys Stelle Marschall Mac Mahon das Hauptkommando übernahm, den Widerstand der Insurgenten zu bewältigen. Ja diese gewannen bei Asnières und Neuilly eine wichtige Flankenstellung gegen Versailles und schützten die Zugänge mit unüberwindlichen Barrikaden. Diese Erfolge steigerten den Übermut und Terrorismus der Kommune mehr und mehr. Der Gemeinderat spielte sich als französischen Konvent auf und gebärdete sich als ob er die rechtmäßige souveräne Nationalregierung sei. Die gegnerischen Häupter in Versailles, Thiers, Dufaure, Favre, Picard, Simon wurden vor die Volksjustiz geladen und ihre Güter eingezogen. Pascal Grousset bildete ein Ministerium des Auswärtigen und suchte mit den Vertretern der fremden Mächte und mit den Gemeindebeamten in der Provinz in amtlichen Verkehr zu treten. Ein Kriegsministerium, an dessen Spitze zuerst Cluseret, dann L. Rossel stand, ernannte die Führer der verschiedenen Waffengattungen. Unter ihnen hatte der Pole Dombrowski, ein erfahrener Militär, der noch andre seiner Landsleute um sich scharte, das größte Ansehen. Proklamationen wurden nicht nur an die Stadtgemeinden erlassen, sondern auch an die Landbevölkerung, so sehr sich auch die radikalen Kommunards des innern Gegensatzes bewußt waren, der zwischen dem konservativen Bauer und dem anarchistischen Proletarier obwaltete.

Es fehlte nicht an Versuchen, zwischen Versailles und Paris eine Aus- Das „Testament" der Kommune. gleichung und Versöhnung zu bewirken. Eine aus gemäßigten Pariser Bürgern gebildete „Liga und Union" zur Verteidigung der Stadtrechte suchte zu vermitteln, die Freimaurer übernahmen eine ähnliche Friedens- und Humanitätsmission und um die Mitte des Monats April erschien zu demselben Zweck eine Deputation 11. April 1871. der Stadt Lyon zuerst in Versailles und dann in Paris. Auf die Erkundigungen

der letztern über die Ziele und Forderungen der Aufständischen veröffentlichte die
19. April 1871. Kommune ihr erstes Programm, das sie als ihr „Testament" bezeichnete. Der Kern dieses mit phrasenhaften Aussprüchen aus den Satzungen der ältern Geheimbünde und Arbeitergenossenschaften angefüllten Schriftstückes verkündigte als politisches Evangelium „die absolute Autonomie der Gemeinde, auf alle Städte und Ortschaften Frankreichs ausgedehnt und einer jeden die Gesamtheit ihrer Rechte, jedem Franzosen aber die freie Wirksamkeit seiner Anlagen und Neigungen als Mensch, Bürger und Arbeiter sichernd". Das Ziel war somit die Beseitigung der Zentralisation, die vor achtzig Jahren unter Kämpfen und Mühen begründet worden, an welcher Monarchisten wie Republikaner als der Hauptquelle der politischen Macht und Größe Frankreichs mit unwandelbarer Folgerichtigkeit unter allem Wechsel der Staatsformen festgehalten, und die Umwandlung Frankreichs in einen losen Föderativstaat, in eine Eidgenossenschaft vollkommen unabhängiger Stadtrepubliken, in eine Reihe selbständiger Kommunen, von denen jede eine „organische Zelle" des zukünftigen Gemeinwesens bilden sollte. Die „despotische, willkürliche, unverständige, kostspielige Zentralisation" sollte ersetzt werden durch eine freiwillige Vereinigung aller örtlichen Autoritäten, das freie und aus eignem Antrieb kommende Zusammenwirken aller einzelnen Kräfte zu einem gemeinschaftlichen Zweck: dem Wohlstand, der Freiheit, der Sicherheit aller. An die Stelle der stehenden Heere sollte eine allgemeine Volkswehr oder Nationalgarde treten; die öffentlichen Geschäfte sollten durch gewählte Beamten besorgt werden. Aber diese abenteuerlichen Versuche, zu denen man in Paris selbst durch Not, Leidenschaft und Terrorismus getrieben wurde, waren nicht geeignet einer paradiesischen Zukunft mit Gleichheit, Freiheit und Wohlstand für alle die Wege zu bereiten. Vielmehr trieb der Lauf der Dinge immer mehr einem Zustand von Gewaltthätigkeit und anarchistischer Willkür zu. Wenn in der Verkündigung des „Testaments", daß von nun an ein Ende gemacht werden sollte mit der alten gouvernementalen und klerikalen Welt, dem Militarismus, der Büreaukratie, der Ausbeutung der Agiotage, der Monopolien, der Privilegien, welche die Knechtschaft des Proletariats, das Unglück und die Niederlage des Vaterlands verschuldet haben, noch immer ein „vernünftiger Kern" verborgen lag, wenn an die Stelle der despotischen Zentralisation der monarchischen Zeit, welcher auch das republikanische Regiment in Versailles zu huldigen entschlossen war, die unbedingte Freiheit der Person, des Gewissens und der Arbeit, das beständige Eingreifen der Bürger in die Gemeindeangelegenheiten durch freie Kundgebung ihrer Ideen und freie Verteidigung ihrer Interessen treten sollte, so wurde diese Idee einer schöpferischen Realpolitik mehr und mehr zurückgedrängt gegenüber den Leidenschaften des Tages, den Theorien der sozialistischen Schulen, den Trieben und Begehrlichkeiten, den zerstörenden Lüsten der verwilderten Menge und der eisernen Notwendigkeit der Lage. Der französische Patriotismus wich dem sozialistischen Kosmopolitismus,

den die Internationale als neues politisches und religiöses Dogma aufgestellt; die Eifersucht der Seinestadt auf die Ehre der Vorherrschaft in Frankreich wurde zur Aufstachelung des Neides gegen die bevorzugte Nebenbuhlerin benutzt.

Da auf Befehl der Versailler Regierung gefangene Kommunards als Rebellen erschossen wurden, unter ihnen auch, wie man in Paris behauptete, Duval, der Kommandant der Artillerie, und da Blanqui, der Lieblingsheld der Demokratie, gewaltsam von der Teilnahme an dem Gemeinderat zurückgehalten ward, so ließen die Häupter der Kommune viele angesehene Geistliche und Bürger, in erster Linie den Erzbischof Darboy, als Geiseln in Haft bringen, um gelegentlich Vergeltung zu üben oder die Befreiung Blanquis zu erzwingen. Jede Exekution eines Kriegsgefangenen oder eines Parteigängers der regelmäßigen Pariser Kommune, hieß es in einem Dekret, wird auf der Stelle mit der Hinrichtung einer dreifachen Zahl der gefangen gehaltenen Geiseln, die durch das Los bezeichnet sind, beantwortet. Die Geiseln.

Wie in der großen Revolution wurde auch jetzt die Nationalgarde durch Schrecken und Freiheitsdrang zu mutigem Kampf angefeuert. Lange leisteten die Insurgenten den Truppen der Regierung den tapfersten Widerstand und Paris hatte einen neuen Belagerungskrieg zu ertragen. Doch machte die Versailler Armee immer mehr Fortschritte. Je mehr aber Mac Mahons Soldaten den Außenwerken der Stadt selbst nahe kamen, desto höher stieg im Schoß der Kommune die revolutionäre Sturmflut; das wüste Parteitreiben der Demagogen, die politischen Experimente und Wandlungen in der Verwaltung, aufrührerische Proklamationen und massenhafte Erlasse, endlose Kommissionsernennungen und die Gewaltmaßregeln gegen alles Widerstrebende bildeten die „Amtsthätigkeit" der roten Machthaber. Die kommunistische Republik spitzte sich in fieberhafter Erregung mehr und mehr zur Tyrannis und revolutionären Diktatur zu. Alle gemäßigteren Elemente schieden aus oder wurden verdrängt und in Haft gebracht; alle oppositionellen Zeitungen wurden unterdrückt, die Sitzungen des Gemeinderats geheim gehalten, das Revolutionstribunal von 1793 erneuert, ein Wohlfahrtsausschuß von fünf Mitgliedern durch die Kommune ernannt. Um die laufenden Kosten, namentlich den Sold für die Nationalgarde aufzubringen, legte man Beschlag auf die öffentlichen Gelder und städtischen Einnahmen, erpreßte man durch Requisitionen und Zwangsanleihen bei der französischen Bank, bei der Post, bei Eisenbahngesellschaften und Telegraphenanstalten, bei reichen Privatleuten große Summen, erklärte man infolge eines Dekrets, welches die Trennung der Kirche vom Staat und die Einziehung der Güter toter Hand verfügte, das Vermögen der Kirchen, Klöster und religiösen Gesellschaften für Staatseigentum, vergriff man sich an dem Besitztum der Versailler Regierungsbeamten. Als Thiers in einer Proklamation die Pariser aufforderte, sich durch einen Akt der Selbsthilfe von der Tyrannei der Kommune und des Wohlfahrtsausschusses zu befreien und Frieden, Ruhe, Ordnung und Wohlstand zurückzuführen, wurde

Äußerer Kampf und innere Gewaltherrschaft.

1. Mai 1871.

8. Mai.

beschlossen, das Vermögen des Adolf Thiers, „der sich in einem gedruckten Maueranschlag das Regierungsoberhaupt der französischen Republik nennt", einzuziehen und sein Haus in der Stadt der Erde gleich zu machen. Die darin aufbewahrten Kunstschätze wurden durch die Bemühungen des zum Direktor der schönen Künste ernannten Malers Courbet, der, wie einst David, dem politischen Radikalismus und Terrorismus huldigte, in einem öffentlichen Gebäude untergebracht. Nur der Unkenntnis der Kommunehäupter von den ungeheuren Vorräten der französischen Bank in Geld und Wertpapieren hatte dieses großartige Institut die Erhaltung seiner Schätze zu verdanken, indem die Vorsteher, insbesondere Charles Beslay, den mäßigen Zahlungsforderungen der Delegierten der Ausschüsse bereitwillig entgegenkamen. Auch die von der Kommune beschlossene unentgeltliche Rückgabe der Leihhauspfänder wurde durch den Finanzverwalter Jourde dahin ermäßigt, daß nur die Versatzgegenstände der Armen bis zu der Höhe von zwanzig Franks zurückerstattet werden sollten.

Fall der Kommune. Die schlimmsten Tage standen jedoch noch bevor. Der Untergang der Kommune sollte auch den Ruin der Stadt Paris nach sich ziehen. „Die Forts können nacheinander genommen werden," las man am 19. Mai in dem von Blanqui gegründeten, von dem „Hébertisten" Tridon redigierten Cri du Peuple des Bürgers Jules Vallès. „Auch die Wälle können fallen. Gleichwohl wird kein Soldat nach Paris hereinkommen. Wenn Herr Thiers ein Chemiker ist, wird er uns verstehen. Möge denn die Versailler Armee wissen, daß Paris, ehe es sich ergiebt, zu allem entschlossen ist." Die höchsten Autoritäten, der Kommunerat, der Wohlfahrtsausschuß und die Zentralbehörde der Nationalgarde, die oft in Hader und Zwiespalt gelegen, erklärten in einem Aufruf, daß sie sich zu gemeinsamem Handeln ausgesöhnt. Darauf wurde der bisherigen Barrikadenkommission ein wissenschaftlicher Ausschuß an die Seite gesetzt mit der Aufgabe, „die fürchterlichen Kräfte, welche die Wissenschaft in den Dienst der Revolution stellt, zu erforschen." Als nun endlich Marschall Mac Mahon mit den Linientruppen und den aus Deutschland heimgekehrten Gefangnen nach wochenlangen heftigen Kämpfen an der Brücke von Neuilly und an andern Orten sich allmählich der Umwallung näherte und der Fall der durch innere Zwietracht, Hader und Parteiwut fieberhaft erregten Hauptstadt unvermeidlich war, da schändete sich die Kommune durch unerhörten Vandalismus im Sinn der Bilderstürmer von 1793 und durch blutige Frevel. Die Vendômesäule, das Symbol des französischen Kriegs- und Siegesruhms, wurde auf Anordnung der provisorischen Regierung und unter Beihilfe des genannten Malers Courbet, der auch
16. Mai 1871. in der Kunst dem radikalsten Realismus huldigte, niedergerissen, die stolzesten Gebäude der Stadt, von rasenden Frauen und Männern mit Petroleum getränkt oder mit Erdölbomben gefüllt und angezündet, wurden gänzlich oder teil-
21.–26. Mai. weise zerstört. So die Tuilerien, das Louvre, das Luxembourg, das Palais Royal, das Stadthaus samt seiner wertvollen Urkundensammlung, das Elysée,

zwei Ministerialgebäude, der Rechnungshof; mehrere der verhafteten Geiseln, voran der Erzbischof Darboy von Paris, der Abbé Allard, der Präsident Bonjean und der allgemein geachtete Pfarrer der Magdalenenkirche, Daguerry, wurden, nach einem frühern Beschluß der Kommune, erschossen. Wenn wir untergehen müssen, hatte sich Delescluze vernehmen lassen, so wollen wir wenigstens ein der Freiheit würdiges Leichenbegängnis abhalten. Man wollte in jedem Fall bewundert sein und schließlich noch die Welt in Staunen setzen. Was das revolutionsberauschte junge Geschlecht seit zwei Jahrzehnten als Wahrspruch ausgegeben hatte: daß die Lust der Zerstörung zugleich eine schaffende Lust sei, sollte nunmehr praktisch zur Anwendung kommen.

Unterdrückung der Kommune und Strafgerichte.

Solche Greuel reizten die Versailler Truppen zur furchtbaren Rache, als sie endlich durch die Beihilfe eines städtischen Beamten sich eines günstig gelegenen unbewachten Postens bemächtigten und nach einem mörderischen Barrikadenkampf mit den verzweifelten Volksstreitern des Aufstandes Meister wurden. Über Blut und Leichen ging ihr Weg; das Menschenleben ward für nichts geachtet. Delescluze wurde auf der Barrikade durch die Brust geschossen, mit der Standhaftigkeit eines Märtyrers an seiner Überzeugung von dem dereinstigen Sieg der Sozialdemokratie festhaltend. Auch der gebildete und rechtschaffene Vermoral fiel im Kampf. Und als unter dem Schrecken der bewaffneten Macht die Kommune zusammenbrach, da begannen die Strafgerichte in Versailles ihr Werk der Vergeltung. Zu Hunderten wurden die Urheber, Führer und Teilnehmer des Aufstandes, wenn sie sich nicht wie Felix Pyat durch die Flucht zu retten vermochten, durch kriegsgerichtlichen Urteilsspruch erschossen, in Gefängnisse und Festungen eingeschlossen, nach überseeischen Verbrecherkolonien deportiert. Kompanienweise wurden die gefangenen Kommunards durch Mitrailleusen weggeblasen; die rote Republik sollte für immer abgethan werden. Raoul Rigault, der fanatische Polizeileiter, begrüßte das Todesgeschoß mit dem Ausruf: Es lebe die Kommune! Auch Rossel, einst ein geschickter Militär, und Ferré, der Haupturheber der Brand- und Mordszenen, starben mit Mut und Standhaftigkeit. Unter den zum Tode Verurteilten waren auch drei „Petroleusen“. Über ein Jahr dauerten die Verhaftungen, Untersuchungen, Verurteilungen und Hinrichtungen fort. Wir wollen über diesen letzten Akt des furchtbaren Strafgerichtes, von dem die französische Nation heimgesucht wurde, einen Schleier werfen. Die Deutschen hatten keine Veranlassung, sich in den Bürgerkrieg einzumischen, da sowohl die Kommune als die Versailler Regierung die abgeschlossenen Verträge anerkannten und vorsichtig jede Verletzung zu vermeiden suchten.

Der Frankfurter Frieden und die gehobene Stimmung in Deutschland.

Die Kämpfe vor Paris waren noch nicht zu Ende, als der Frieden, über dessen Vollzug in den einzelnen Bestimmungen sich die Bevollmächtigten in Brüssel nicht einigen konnten, durch unmittelbare Unterhandlungen zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und den französischen Ministern Jules Favre und Pouyer-Quertier in der Mainstadt Frankfurt endlich abgeschlossen 10. Mai 1871.

und sowohl über die Zahlung der Entschädigungssumme von fünf Milliarden als über die Grenzlinien um Belfort und Diedenhofen eine Vereinbarung getroffen ward, welche sodann die Zustimmung des deutschen Kaisers und der französischen Nationalversammlung erhielt. Der erhebende Eindruck, den die Nachricht vom Abschluß des Friedens bei dem deutschen Volk erzeugte, gab sich zunächst in den Gefühlen freudigen Dankes gegen den Lenker der Menschengeschicke kund. Die großartigen Friedens- und Siegesfeste, die allenthalben auf deutscher Erde in Stadt und Land gefeiert und auch von den Deutschen im Ausland mit warmer Freude über den neuen nationalen Aufschwung begangen wurden, gaben Zeugnis von dem vaterländischen Hochgefühl, das der glorreiche Ausgang eines so mächtigen Völkerkampfes in den deutschen Herzen geweckt hatte. Treffend schrieb damals ein süddeutsches Blatt in freudiger Erhebung über das Errungene, aber auch im Hinblick auf die ernsten Pflichten und Arbeiten, die durch die neuen Ereignisse allen vaterländischen Männern auferlegt wurden: „Die Friedenstaube, welche aus der deutschen Arche ausgesandt war, ist endlich mit dem frischen Ölblatt zurückgekehrt. Kanonen und Glocken rufen nicht mehr zum blutigen Kampf, sie sind zu Friedensherolden geworden; und auch sie sind jetzt verstummt. Wir stehen nun vor einer neuen Welt. Die Sündflut des Kriegs hat viele unsrer Lieben in ihren Abgrund gerissen. Aber unser Land und Volk stehen wie vom Morgentau erfrischt, empfänglich für die Arbeit unsrer Hände und für geistigen Samen. Wir fühlen uns nicht ernüchtert, wie nach so manchem schönen Fest, welches einer fernen Vergangenheit und unbestimmten Hoffnungen geweiht war. Das Grundgefühl der ungeheuren Mehrzahl unsres Volks ist: Gott Lob und Dank, daß wir den Frieden nach außen und nach innen, die Einheit und die Kraft eines großen Vaterlands und die Grundlagen der Bürgerfreiheit festgestellt haben. Wir wissen, daß unser Volk sich in diesem Riesenkampf die Sporen der rechten Ritterschaft, die Ebenbürtigkeit mit den ersten Nationen errungen hat. Dieser höchste Adel legt aber uns allen hohe Verpflichtungen auf. Gedenken wir zuerst der Pflichten gegen die Toten, „derer, die im heiligen Kriege gefallen auf dem Siegesfeld". Als in den Befreiungskriegen von 1813, 1814, 1815 der große Eroberer, dem die Franzosen nachrühmten, daß er sie in alle Hauptstädte des europäischen Festlandes triumphierend geführt habe, niedergeworfen war, da war ein starker Teil namentlich Norddeutschlands verwüstet, auch der Süden erschöpft und wie blutlos meist vom Dienst der Fremden. Heute aber stehen unsre Städte und Dörfer in der Blüte eines langen Friedens. Wohlhabenheit macht Mut und Freudigkeit, sie gibt Kraft zum Werke. Wenn wir aber das Werk jetzt nicht fest anfassen, so würden wir in Trägheit versinken. Von den Zeiten des Bundestags und seiner peinlichen Kleinwirtschaft her hat sich die unsre Arbeitfrische lähmende Gewohnheit fortgeerbt, daß ein freisinniger, strebender Mann Mißvergnügen zeigen müßte. Und so sitzt denn auch noch mancher in der Ecke, weil es nicht so gegangen ist, wie er es gemeint und vor-

ausgesagt hatte. Allein die Bewegung, die uns alle in den vierziger Jahren ergriffen hat, ist zum Ziel gelangt auf Umwegen bergauf und bergab, welche keiner, auch die gewaltigsten, erleuchtetsten Führer nicht vorzeichnen konnten. Nicht eine Partei hat es gewonnen; wir alle, vor allen Deutschland hat gewonnen, es hat das Größte, es hat sich selbst gewonnen. Jene heiße Frage der vierziger Jahre, ob nicht die Republik überall die vollkommenste Staatsform sei, ist veraltet, seit die Fürsten im Feld und im Rat große Opfer gebracht und bewiesen haben, daß auch mit ihnen die Freiheit, die dem Volk Segen bringt, möglich ist, wenn nur jeder seine Pflicht thut. Die Söhne des Adels, des Bürgers, des Bauern, des Tagelöhners fielen brüderlich nebeneinander auf den französischen Walstätten. Was Gott so zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden. Und im Wahlkampf haben Fürsten mit dem Landmann gerungen um die hohe Ehre, im deutschen Reichstag für das Wohl des ganzen deutschen Volks zu raten und zu thaten, Recht und Freiheit zu fördern. Und auch wir wollen von heute an mit erneuter Freudigkeit dabei mitwirken, jeder an seiner Stelle. Wenn der Landmann sein Sichelfest gefeiert hat, schickt er sich sofort an zur Bepflügung und Bestellung seines Ackers. So wollen auch wir als die Glieder eines starken Volkskörpers unser Friedensgeschäft angreifen zunächst für unsre Familien, aber stets ausschauend auf den Ausbau des Vaterlands, das uns geschirmt hat, das uns alle braucht und das auf jeden von uns rechnet. Also an die gemeinsame Arbeit!"

Und diese gemeinsame Arbeit wurde würdig und kräftig in Angriff genommen von dem ersten Reichstag, zu dem noch in demselben Friedens- und Frühlingsmonat März die Abgeordneten aus ganz Deutschland, nordwärts wie südwärts des Mains, in Berlin sich versammelten, um die Gesetze zu beraten und zu beschließen, welche die Neugestaltung Deutschlands nötig machte, um die Normen festzusetzen, wie Elsaß-Lothringen als Reichsland am zweckmäßigsten dem deutschen Staatsorganismus zugeführt werden möge, und um der Armee, die so Großes vollbracht, durch Fürsorge für die Invaliden und die Familien der Gefallenen den Dank des Vaterlands darzubringen. Es wurde eine Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt zur Erteilung von Dotationen durch den Kaiser „an diejenigen deutschen Heerführer und Staatsmänner, welche im letzten Krieg in hervorragender Weise zur Erlangung des jetzt Erreichten beigetragen", und die gleiche Summe an die Regierungen der Einzelstaaten zum Zweck der Gewährung von Unterstützungen an Reservisten und Wehrmänner. Seitdem wurde in gesegneter Arbeit der friedliche gesetzgeberische Ausbau des Deutschen Reichs gefördert.

Der erste Reichstag in Berlin.

21. März 1871.

VII. Die neuern geographischen Entdeckungen und die deutsche Kolonialpolitik.

Zur **Litteratur:** Die meisten der in der Folge namhaft gemachten Entdeckungsreisenden haben die Ergebnisse ihrer Forschungen in Reisebeschreibungen niedergelegt und es ist auf diese Weise über die Entdeckungen der neuern Zeit eine außerordentlich umfangreiche geographische Litteratur entstanden, über deren Resultate es an einer bis auf die Gegenwart fortgeführten zusammenfassenden und erschöpfenden wissenschaftlichen Darstellung noch fehlt. Die bekannten und mehrfach angeführten ältern geographischen Werke sind durch die staunenswerten Fortschritte der letzten Jahre auf diesem Gebiet meist überholt. Viel wertvolles Material enthalten die geographischen und kolonialpolitischen Zeitschriften.

1. Afrika.

Die Afrikaforschung. Ein sehr lebhaftes Interesse hat sich in neuerer Zeit der Erforschung und Erschließung der noch unbekannten und vom Weltverkehr abgelegenen Gebiete unsrer Erde zugewendet. Das wissenschaftliche Streben war dabei verbunden mit praktischen Zwecken, mit dem Wunsch, neue Absatzmärkte und Erwerbe für die übervölkerten europäischen Länder zu gewinnen, dem Handel neue Wege zu eröffnen, und mit ethischen Beweggründen, mit dem Ziel, das Reich der Gesittung, der Kultur, des Christentums zu erweitern, menschenunwürdigen Zuständen und Gebräuchen, wie dem Sklavenhandel mit seinen Greueln, ein Ende zu bereiten. Der Naturforscher, der Kaufmann, der Missionär gingen Hand in Hand, um Kunde aus so manchem fremden dunkeln Land zu bringen und den Verkehr der gesitteten Welt dahin anzubahnen. In erster Linie mußte die Erforschung des großen „schwarzen" Weltteils, der noch so viele Rätsel in sich barg und so tief verschlossen war, die Wißbegierde reizen. Die Kenntnis von Afrika war durch das ganze Mittelalter und bis in die neuere Zeit eine recht dürftige. Das heiße fieberbringende Klima, die Armut an schiffbaren Flüssen, die geringe Gliederung der Küste, die wüste Beschaffenheit so vieler Landschaften, die Wildheit der Bewohner erschwerten von jeher das Eindringen. Wohl standen Ägypten und die mohammedanischen Reiche an der Nordküste stets in vielfachem Verkehr mit Europa, wohl wurde seit den großen Entdeckungs- und Seefahrerzeiten der ganze Kontinent umschifft; vor allen die Portugiesen, dann auch Venetianer und Genuesen, Holländer und Engländer fuhren die Küste entlang, aber tiefer in das geheimnisvolle Innere drang Jahrhunderte hindurch keines Europäers Fuß. Höchstens das Hinterland von Ägypten, der Sudan, die Landschaften zwischen dem Mittelländischen Meer und der Wüste Sahara oder die Umgebung des Kaplandes wurden bisweilen von einer Handelsexpedition besucht. Im siebzehnten Jahrhundert begann die Gründung europäischer Kolonien an der West-

und Ostküste, am Senegal ließen sich die Franzosen, in Mozambique die Portugiesen, die Holländer und Engländer an andern Küsten nieder. Auch der große Kurfürst von Brandenburg hatte, auf Anregung des Holländers Benjamin Raule, in den achtziger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts, in Westafrika, an der Goldküste und im Königreich Arguin nördlich vom Senegal, eine Schutzherrschaft gegründet und das Fort Groß-Friedrichsburg angelegt, jahrhundertelang der einzige deutsche Kolonialversuch (XII, 577). Die brandenburgischen Kolonien stellten auch gute Erfolge in Aussicht, aber dem damaligen kleinen, armen, in so viele Kriege verwickelten, der Seeküste und Flotte fast ganz entbehrenden Staat fehlte es doch an Kraft, den fernen Besitz gegenüber den Anfeindungen andrer Nationen, namentlich der Holländer, festzuhalten. Es konnte wenig für die Kolonien geschehen; sie gerieten fast in Vergessenheit und wurden endlich nach nahezu fünfzigjährigem Besitz unter Friedrich Wilhelm I. an die Holländer abgetreten. Bei all diesen Unternehmungen an der Küste blieb doch das Herz des afrikanischen Festlandes ein ganz unbekanntes Gebiet. Wenn Elfenbein- oder Sklavenhändler einmal ins Innere vordrangen, so hatte davon die wissenschaftliche Kenntnis keinen Vorteil. Einen mächtigen Anstoß empfing die Forschung durch die Gründung der Afrikanischen Gesellschaft in London; seit der 1788.
Zeit wurde sie planmäßig, mit wissenschaftlichen Zielen und stets steigendem Erfolg betrieben. Ähnliche Gesellschaften in andern Hauptstädten folgten. Hunderte von begeisterten Forschern sind seitdem in den dunkeln Erdteil gewandert und gar viele sind unter dem tödlichen Klima oder dem Meuchelmord der Eingebornen erlegen. Sie fanden ein zahlreiches, auch einer gewissen naturwüchsigen Kultur nicht ganz entbehrendes Volk; aber wo nicht die Araber von den Küsten aus den Islam und einige Gesittung eingeführt hatten, herrschte finsterer Götzendienst, häufig mit blutigen Menschenopfern verbunden, grausame Sklaverei und wilde Unsitte, nicht selten sogar Kannibalismus. Durch die Greuel seiner barbarischen Opfer hat sich namentlich das Negerreich Dahomeh an der Guineaküste berüchtigt gemacht. Manche Gegenden waren von hoher Fruchtbarkeit, reich an köstlichen Produkten des Südens und edlen Metallen, dann aber finden sich auch wieder undurchdringliche Wildnisse, Wüsten und Sümpfe. Die Fähigkeit und Empfänglichkeit des unermeßlichen Landes für Kultur und Gesittung ist auch heute noch ein großes Problem.

Unter den ältern Afrikaforschern ist der Name des Schotten Mungo Park, der von der Westküste aus die Nigerufer bereiste, einer der bekanntesten. M. Park. 1771–1806.
Sehr erfolgreich waren die Reisen des Hamburgers Heinrich Barth und seiner Barth. 1821–1865.
Begleiter Richardson und Overweg, welche letztere dem Klimafieber erlagen. Über die Mittelmeerländer, die Sahara, den Tsadsee, die Landschaften am Benuë und Niger, die geheimnisvolle Wüstenstadt Timbuktu, das Reich der Mitte Wadai, auch Ägypten und Kleinasien brachte Barth die wertvollsten Kenntnisse nach Europa. Zu seiner Unterstützung wurde von der englischen Regierung

Vogel. 1829—1856. Eduard Vogel, Sohn eines Leipziger Schulmannes, Bruder der Schriftstellerin Elise Polko, ausgesandt, der Erforscher von Bornu und den Benueländern, der zum Teil seine Reisen mit Barth gemeinschaftlich machte. Vogel war lange Jahre verschollen, bis in der Folge bekannt wurde, daß er in der Hauptstadt von Wadai ermordet worden. Gleichzeitig trat in den fünfziger Jahren von Süden her Livingstone. 1813—1873. der schottische Missionär David Livingstone, der bedeutendste Forscher der neuern Zeit, seine erfolgreichen Reisen an, indem er von Loanda an der Westküste quer durch den ganzen Kontinent nach der Mündung des Zambesi wanderte. Bei seinen spätern Expeditionen in den sechziger Jahren wählte er das Hinterland der Ostküste von Mozambique und Zanzibar, die Gegenden des Tanganjika-, Bangweolo- und Njassasees, die Länder des Nilursprungs und den obern Lauf 1. Mai 1873. des Congo zum Ziel. Dort starb er am Fieber, nachdem er jahrelang in Europa verschollen gewesen. Der englische Leutnant Cameron, der ihn aufsuchen wollte, fand ihn bereits tot und reiste dann (1872—1875) von Osten nach Westen, von Zanzibar über den Tanganjika-See nach Benguela und Loanda, quer durch den Kontinent. Auch der glücklichste und erfolgreichste der neuern Stanley geb. 1843. Afrikaforscher, Henry Stanley, ein amerikanischer Zeitungskorrespondent, wurde von dem Verleger seines Blattes, Gordon Bennett, ausgeschickt, um den Spuren des verschollenen Livingstone nachzugehen. Ein junger Mann von seltener Energie und Kühnheit, zog Stanley mit frischem Wagemut aus, traf auch 1871. wirklich mit Livingstone zu Udschidschi am Tanganjika-See zusammen und unter- 1874—1877. nahm dann eine hochbedeutsame Expedition, auf welcher er den großen See Viktoria Nyanza und das Reich Uganda erforschte, dann auf einer abenteuerreichen Stromfahrt über Katarakte und Flußschnellen, häufig im Kampf mit den Eingebornen den ganzen Congo hinabfuhr, die Identität dieses mittelafrikanischen Riesenstromes mit dem schon früher bekannten Lualaba und eine große schiffbare Wasserstraße in das Herz des Kontinents nachweisend. In den achtziger Jahren unternahm Stanley neue Expeditionen am Congo und legte eine Reihe von Stationen daselbst an.

In das geheimnisvolle Reich des Muata Jamwo drang von Loanda an Pogge. 1838—1884. der Westküste aus der Mecklenburger Paul Pogge vor (1875). Die Durchkreuzungen des Kontinents von Loanda und der Congomündung nach Zanzibar, Wißmann geb. 1853. welche Pogge und der Leutnant Hermann Wißmann in den achtziger Jahren ausführten, gehörten zu den kühnsten Thaten der Afrikaforschung. Pogge starb an einer Krankheit im Land seiner Forschungen. Wißmanns Verdienst war vorzugsweise die Erforschung der mächtigen Wasserstraße des Kassai, eines Nebenflusses des Congo. Unsre Kenntnis der Loangoküste wurde durch die deutsche 1873—1876. Expedition von Güßfeldt, Pechuël-Lösche, Bastian u. a. erweitert. Der französische Marineoffizier de Brazza bereiste seit 1875 die Landschaften am Ogowe und rechten Congoufer und gewann für Frankreich ein Kolonialreich am Flegel. 1855—1886. Äquator. Die Länder am Niger und Benue erforschte seit 1879 Eduard Flegel

aus Wilna; seine Absicht, diese Gebiete für Deutschland zu erwerben, konnte er aber nicht ausführen, da ihm inzwischen die Engländer zuvorgekommen waren.

Der natürlichste und leichteste Weg in das Innere ist das Nilthal. Für die geographische Forschung in jenen Landschaften war der ägyptische Feldzug Napoleons I. von fruchtbarer Anregung. Das Problem der Erforschung der Nilquellen, mit dessen Lösung sich schon das Altertum beschäftigt hatte, wurde durch die Reisen der Engländer **Burton**, **Speke**, **Grant** und **Baker** in den letzten fünfziger und den ersten sechziger Jahren unsres Jahrhunderts aufgeklärt, der Ursprung der Stromquellen in großen Seeen jenseits des Äquators, die von den schneebedeckten Bergen der Ostküste gespeist werden, nachgewiesen. Die Küsten
des Roten Meeres, Abessinien, Sudan, Kordofan, Schoa erforschten **Eduard** Rüppell. 1794—1884.
Rüppell, **Theodor von Heuglin** und der Schweizer **Werner Mun-** Heuglin. 1824—1876.
zinger, der im Kampf gegen die Abessinier fiel. Der Botaniker Dr. **Schwein-** Munzinger. 1832—1875.
furth beschrieb die Flora des Nilgebietes und Äthiopiens, untersuchte die Schweinfurth geb. 1836.
Wüstenlandschaften am Roten Meer, bereiste die unbekannten Gebiete der Niam-Niam, Monbuttu, des Zwergvolks der Akka und entdeckte den Uëllestrom.
Seinen Spuren folgte der Deutschrusse **Wilhelm Junker** auf langjährigen Junker geb. 1840.
kühnen und abenteuerreichen Reisen, die ihn auch mit **Emin Pascha** (**Eduard** Emin Pascha geb. 1810.
Schnitzer, aus Schlesien) zusammenführten. Dieser verdiente Naturforscher hat die ägyptische Äquatorialprovinz, zu deren Gouverneur er eingesetzt wurde und in der er eine treffliche Verwaltung einführte, nebst den benachbarten unbekannten Ländern seit dem Jahr 1876 in zahlreichen Zügen durchwandert. Durch den Aufstand des Mahdi im Sudan, von dem wir in der Folge noch hören werden, wurde Emin Pascha seit dem Jahr 1883 in Wadelai von allem Verkehr gen Norden und durch die feindselige Haltung des Königs von Uganda auch nach Süden und Osten hin abgeschnitten. Doch hielt er auch nach der Einnahme Chartums und der Ermordung des englischen Generals Gordon (Jan. 1885), von der wir noch erfahren werden, wacker auf seinem bedrohten Posten aus. Es wurden verschiedene Expeditionen ausgesandt, um den Eingeschlossenen zu entsetzen und zu befreien; namentlich zog im Jahr 1887 Stanley zu diesem Zweck aus; auch eine deutsche Expedition unter Dr. **Peters** aus dem Hannoverschen wurde ausgerüstet. Aber Emins Reich war gegen die immer mächtiger anschwellende Fluth der Mahdisten auf die Dauer nicht zu halten; es ging an die Aufständischen verloren. Über die Erlebnisse von Emin Pascha, Stanley und Peters waren zur Zeit zuverlässige und wiederspruchslose Nachrichten noch nicht eingegangen.

Den Dschubafluß und die Schneeregionen des Kilimandscharo an der Zanzi-
barküste erforschte der Baron v. d. **Decken**, wurde aber mit dem größten Teil v. d. Decken. 1833—1865.
seiner Expedition bei Berdera in einem Überfall der Somali ermordet. Den Stromlauf des Zambesi und die Länder zwischen diesem Fluß und dem Kapland
bereiste der böhmische Arzt Dr. **Holub**. Holub geb. 1847.

Auf einer Reise durch die Reiche Bornu und Wadai tief im Innern südlich

Beurmann. 1835—1863. der Sahara fiel M. von Beurmann durch Meuchelmord der Eingebornen. Marokko und das Atlasgebirge, die Sahara und Libysche Wüste, die Oase Kufra, der Tsadsee, Bornu und Sokoto, die Niger- und Benueländer, sowie Barka

Rohlfs geb. 1831. waren das Forschungsgebiet des Bremers Gerhard Rohlfs. Seinen Spuren

Nachtigal. 1834—1885. folgte Gustav Nachtigal aus Stendal, der von Tripolis aus über Tibesti durch die Wüste nach Kuka, der Hauptstadt von Bornu, zog, wo er dem Sultan Geschenke des Königs von Preußen überbrachte. Dann wanderte er nach dem verschlossenen feindseligen Reich Wadai, nach Dar Fur, Kordofan und dem Sudan, worüber er in seinem Reisewerk: Sahara und Sudan Bericht erstattete. Im Jahr 1884 wurde er als kaiserlicher Kommissar nach Westafrika gesandt und pflanzte die deutsche Flagge im Togogebiet und Kamerun auf. Allein auf der Rückfahrt erlag er einem Tropenfieber.

Europ. Besitzungen in Afrika Congostaat. Die Küsten Afrikas sind jetzt zum größten Teil Kolonien oder Schutzherrschaften der europäischen Mächte. Die mohammedanischen Reiche am Nordrand (Ägypten, Tripolis, Tunis, Algier, Marokko) mit ihrer ganzen oder halben Abhängigkeit von europäischen Staaten und ihrer unklaren Stellung zur Pforte haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten kennen gelernt. An der Westküste breiten sich französische, englische, portugiesische und deutsche Besitzungen und einige einheimische Reiche wie Dahomeh und die Negerrepublik Liberia aus. Der Süden (Kapland) ist britischer Besitz, darüber lagern sich der Oranjefreistaat und die Südafrikanische Republik der Boers. An der Ostküste befinden sich dann wieder sehr umfangreiche deutsche, portugiesische und englische Schutzherrschaften neben dem arabischen Reich Zanzibar und den unabhängigen Galla- und Somaliländern. Die weiten Landschaften im Innern gehören mohammedanischen Sultanen oder heidnischen Negerhäuptlingen an. Nur das Herz von Zentralafrika, die unermeßliche Strecke zu beiden Seiten des Riesenstromes Congo von der Mündung bis zum obern Lauf mit dem Gebiet der Nebenflüsse, bildet eine eigenartige neue Schöpfung, den Congostaat. Das Reich wurde von der Internationalen afrikanischen Gesellschaft ins Dasein gerufen, welche unter dem Schutz des Königs Leopold von Belgien steht, ihren Sitz in Brüssel hat und von Stanley, dessen großartige Entdeckungen im Congobecken wir erwähnt haben, geleitet wurde. Durch Verträge mit den eingebornen Häuptlingen wurde das Gebiet erworben. Der Staat ist unter die Souveränität des Königs Leopold, des eifrigen und hochherzigen Förderers der Afrikaforschung, gestellt. Eine

Nov. 1884 bis Febr. 1885. Afrikanische Konferenz der Mächte in Berlin setzte in einer Generalakte die Neu-

26. Febr. 1885. tralität und Abgrenzung des Landes, die Errichtung eines weiten Freihandelsgebiets in Äquatorial-Afrika, die freie Schiffahrt auf dem Congo wie auf dem Niger, die Unterdrückung des Sklavenhandels fest.

Deutsche Kolonialpolitik. Die Deutschen, die im Altertum und Mittelalter das erste Kolonialvolk der Welt gewesen und alle Länder und Küsten mit dem Überschuß ihrer Volkskraft besiedelt hatten, waren in neuern Zeiten, als die übrigen Nationen sich in fernen

überseeischen Gebieten Herrschaften gründeten und Märkte für ihren Handel eröffneten, zurückgeblieben. Die nationale Ohnmacht und Zerrissenheit stand einer großartigen, unternehmenden, ins Weite gerichteten Politik entgegen, und während andre Völker die Welt verteilten und die reichsten, für den Handelsverkehr günstigsten Länder in Besitz nahmen, ging Deutschland leer aus. Freilich deutsche Schiffahrt und deutscher Handel waren durch alle Jahrhunderte in Blüte, und die rasche Zunahme der Bevölkerung, die daheim nicht immer Nahrung und Erwerb fand, trieb viele Tausende deutscher Auswanderer jahraus jahrein in die Fremde. Aber ein eigner überseeischer Besitz, der die Ansiedler in enger Verbindung mit der Heimat erhalten und die Macht des Mutterlandes vermehrt hätte, wurde den Deutschen nicht zu teil. Die zahllosen Scharen der Auswanderer gingen meist bald ihrem Heimatland und ihrem Volkstum verloren; die politischen und nationalen, die Handels- und Industrieinteressen Deutschlands empfanden bitter, daß keine Weltmacht ihnen schützend zur Seite stand. Auf seine eigne Kraft und Tüchtigkeit angewiesen, mußte der deutsche Kaufmann, Handwerker und Landwirt seinen Weg in der Fremde suchen, und gegen Unrecht und Schädigung fand er wenig Schutz. Mehr noch als im Inland hatte es der Deutsche draußen zu empfinden, daß er keines mächtigen Rückhalts sicher war. Das wurde erst anders, als Deutschland seine nationale Wiedergeburt erlangte und sich zu einer Weltmacht ersten Ranges aufschwang, die auch ihren Angehörigen im Ausland Schutz und Schirm gewähren konnte und deren Flagge durch eine gewaltige Kriegsflotte an die fernsten Küsten getragen wurde. Freilich die besten Länder waren vergeben. Den Strom der deutschen Auswanderung nach Niederlassungen auf dem eignen überseeischen Boden des Reichs zu lenken, wird in größerm Umfang nicht mehr möglich sein, wegen der klimatischen Beschaffenheit der in Betracht kommenden Länder. Allein weite, herrenlose, von rohen wenig zivilisierten Völkerschaften bewohnte und fast unausgenutzte Gebiete, die für den Handel, den Anbau überseeischer Produkte, die Gewinnung von edlen Metallen die besten Aussichten eröffnen, waren noch genug vorhanden, und es war ein Glück, daß der nationale Aufschwung Deutschlands in eine Zeit fiel, da eine mächtige Bewegung nach Erforschung der noch unbekannten Teile der Erde, nach Eröffnung bis dahin abgeschlossener Länder, nach Schaffung neuer Bahnen für den Weltverkehr die Gemüter durchzog. Da konnte Deutschland nicht zurückbleiben; es mußte rasch und thatkräftig nachholen, was in frühern Jahrhunderten versäumt worden, soviel sich noch nachholen ließ. Und diese Aufgabe hat das deutsche Volk mit Eifer erfaßt. Die Reichsregierung kam diesen Bestrebungen fördernd entgegen. Aber es gab noch viel Widerstand zu überwinden. Ein erster Anlauf in dieser Richtung wurde vom Reichstag, dem diese Ziele zu neu und gewagt erschienen, zurückgewiesen. Es war die sog. Samoavorlage, April 1880.
worin dem in eine Aktiengesellschaft verwandelten Plantagen- und Handelsgeschäft des Hamburger Hauses Godeffroy in der Südsee von Reichswegen eine

Zinsgarantie gewährt werden sollte. Aber mit der Zeit brachen sich diese Bestrebungen doch Bahn; sie fanden eine wirksame Vertretung in dem 1882 gegründeten Deutschen Kolonialverein. Das Ziel der deutschen Kolonialbestrebungen mußte vorzugsweise Afrika sein, das jetzt in immer größerm Umfang dem Weltverkehr erschlossen wurde und für europäische Besitzergreifung noch den weitesten Raum bot. Seit dem Jahr 1884 trat Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte ein und wußte sich in dem neueröffneten Kontinent bald einen umfangreichen Besitz zu sichern.

Deutsche Schutzgebiete. Deutsche Schutzgebiete in Afrika sind gegenwärtig: das Togoland und Kamerun an der Küste von Guinea, das Gebiet zwischen den Mündungen des Cunene und Oranje (Ovampo, Damara-, Groß-Namaqua-, Lüderitzland, Angra-Pequena) in Südwestafrika, die Besitzungen der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, das gewaltige Hinterland von Zanzibar bis zu den großen Binnenseen, sowie das von den Gebrüdern Denhardt 1885 erworbene und an eine Gesellschaft abgetretene Witu-Gebiet in Ostafrika. Über die Abgrenzung der deutschen und englischen „Interessensphäre" in Ostafrika und den Umfang des arabischen Sultanats Zanzibar wurde am 1. November 1886 ein Übereinkommen getroffen; eine ähnliche Verständigung kam gleichzeitig zwischen Deutschland und Portugal zu stande, deren Schutzgebiete sich auf der Ost- und Westküste berühren. In den deutschen Kolonien entwickelten sich bald die Anfänge staatlicher Ordnung und eines gesicherten Rechtsschutzes. In Kamerun wurde ein Gouverneur (v. Soden), in Togo und Angra Pequena Kommissare
17. April 1886. eingesetzt, ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete wurde erlassen. Doch fehlte es auch nicht an Kämpfen mit den schwarzen Eingebornen und den um ihre Handelsinteressen und den Fortbestand ihrer Sklavenjagden besorgten Arabern. Im Herbst 1888 geriet die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft, welche vom Sultan von Zanzibar, unter Wahrung der Souveränitätsrechte desselben, die gesamte Verwaltung des Küstenstrichs einschließlich der Zollerhebung erworben hatte, in gefährliche Verwickelungen mit den arabischen Sklavenhändlern, deren Häuptling Buschiri war, und es entstand ein offener Krieg, der den von deutschen Seemannschaften unterstützten Gesellschaftsbeamten den Verlust verschiedener Stationen zuzog. Zur Unterdrückung des Sklavenhandels wurde ein Abkommen zwischen Deutschland, England, Portugal und andern Mächten getroffen, wonach die Küste durch Kriegsschiffe blockiert wurde. Das ganze Innere von Südostafrika geriet in Bewegung und es war Gefahr vorhanden, daß das Schutzgebiet vollständig verloren gehen könne. Allein die Reichsregierung erkannte es als ihre Pflicht, für Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit und Behauptung des deutschen Besitzes einzutreten, nachdem sie einmal den Weg einer aktiven Kolonialpolitik beschritten und einen kaiserlichen Schutzbrief für das Land ausgestellt hatte. Die mächtige, namentlich auch durch die katholische Kirche (Kardinal Lavigerie) unterstützte Bewegung zur Unterdrückung des Skla-

venhandels kam ihr zur Hilfe. Durch ein Gesetz zur Bekämpfung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika wurden der Reichsregierung zwei Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung gestellt, ein Betrag, der später erhöht wurde. Es sollte damit ein Reichskommissar ausgerüstet und eine einheimische Polizei- und Schutzmacht unter deutschen Offizieren errichtet werden. Zum Reichskommissar wurde der energische und bewährte Afrikareisende Hauptmann **Wißmann** ernannt, der alsbald seine Mission antrat und ansehnliche Erfolge über den Häuptling der Aufständischen, Buschiri, erfocht. Zugleich wurde eine englisch-deutsche Küstenblockade angeordnet, welche so wirksam war, daß in Zanzibar vom 1. November 1889 an die Sklavenmärkte geschlossen wurden.

2. Febr. 1889.

Mai 1889.

2. Australien, Asien, Amerika, Polarfahrten.

Schon im sechzehnten und zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts kamen portugiesische und holländische Seefahrer auf Entdeckungsreisen nach den Küsten von **Australien**. Der eigentliche Entdecker des Landes ist der Holländer **Abel Tasman**, einer der kühnsten Seefahrer, der in den vierziger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts im Auftrag des indischen Generalstatthalters van Diemen bereits einen großen Teil des Küstenlandes umsegelte. Dann ruhte aber die Erforschung des entlegenen Landes über ein Jahrhundert fast ganz, bis im Jahr 1769 von einer englischen wissenschaftlichen Gesellschaft zur Beobachtung des Vorübergangs der Venus vor der Sonne der Kapitän **James Cook** ausgesendet wurde. Dieser große Weltumsegler erforschte die ganze, Neuholland oder Neusüdwales genannte Ostküste des australischen Festlandes, ein Gebiet, welches man in England zu kolonisieren und zunächst mit deportierten Verbrechern zu besiedeln beschloß. Cook, der auch die eisigen Polargegenden Amerikas in kühnen Fahrten besuchte und die Natur- und Völkerkunde mit den wichtigsten Entdeckungen bereicherte, endigte auf den Sandwichinseln durch Meuchelmord der Eingebornen. Von da an nahm die Erforschung und Besiedelung des fernen Landes unausgesetzt ihren Fortgang. Auch in das Innere wurden jetzt Entdeckungsfahrten unternommen. Man fand meist ein sandiges oder steiniges, wasserarmes, mit Gras und Strauchwerk bedecktes, hochgelegenes Tafelland von geringer Fruchtbarkeit, vielfach auch ganz wüste Einöden. Erst später entdeckte man den Reichtum an Metallen, namentlich Kupfer und Gold. In den grasreichen Ebenen gedeiht die Viehzucht vortrefflich, namentlich die Schafzucht, welche einen großen Teil des europäischen Bedarfs an Wolle liefert. Unter den zahlreichen Entdeckungsfahrten in das Innere, die in neuerer Zeit fast alljährlich unternommen wurden, gebührt den Expeditionen des deutschen Forschers Dr. **Leichhardt** ein hervorragender Platz. Bei dem letzten Versuch, den

Australien.

1642.

1769.

Cook. 1728–1779.

1848.

australischen Kontinent zu durchkreuzen, sind die kühnen Reisenden spurlos verschollen. Das auch heute noch tiefer im Innern großenteils unbekannte Land besteht jetzt aus einer Anzahl zu Großbritannien gehöriger, aber in ziemlicher Unabhängigkeit lebender Kolonien.

Deutsche Schutzgebiete. 1884—1886. Auf der Inselwelt der Südsee sind neuerdings umfangreiche Schutzgebiete des Deutschen Reichs entstanden. Die Forschungsreisen des deutschen Zoologen Finsch geb. 1839. Otto Finsch in Polynesien und Neuguinea hatten dazu den Anlaß gegeben. Die große, im Innern fast ganz unbekannte Insel Neuguinea ist zwischen Engländern, Niederländern und Deutschen geteilt. Die deutsche Neuguinea-Kompanie hat einen großen Teil der Nordküste, das Kaiser Wilhelms-Land und die Inselwelt des Bismarck- und Marschall-Archipel, sowie einen Teil der Salomoninseln erworben und unter den Schutz des Reichs gestellt, das somit jetzt eine sehr bedeutende Stellung in Polynesien einnimmt. In der Folge wurde auch in Neuguinea die Regierungsgewalt von einem Reichsbeamten statt der Kompanie übernommen. Den Streit mit Spanien wegen der Karolineninseln werden wir an einem andern Ort kennen lernen.

Samoa-Inseln. Auf den Samoa-Inseln, auf denen die deutschen Handelsinteressen sehr stark vertreten und denen aller andern Nationen weit überlegen sind, ohne daß eine eigentliche deutsche Schutzherrschaft bestände, herrschten lange Zeit Kämpfe und Wirren zwischen den Königen Malietoa und Tamasese, welch letzterer als deutschfreundlich galt. Malietoa, der jede Genugthuung für die von seinen Unterthanen begangenen Angriffe auf den Besitz und die persönliche Sicherheit der Deutschen verweigerte, wurde als Gefangener auf einem deutschen Kriegsschiff weggeführt. Aber gegen König Tamasese erhob sich ein aufrührerischer Häuptling Mataafa. Dabei waren nordamerikanische Aufstiftungen und Anzettelungen mit im Spiel; denn die Vereinigten Staaten waren schon 18. Dez. 1888. lange begierig nach dem Besitz dieser Inseln. Im Dezember 1888 kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen deutschen Marinetruppen und aufständischen Eingebornen, der viele Opfer forderte. Zwischen Deutschland und Nordamerika entstand infolge dieser Vorgänge ein etwas gespanntes Verhältnis, bis eine zur Beilegung der Wirren in Berlin abgehaltene Samoakonferenz ein gütliches Abkommen traf. Bei einem heftigen 16.—17. März 1889. Orkan strandeten vor Apia drei deutsche und drei amerikanische Kriegsschiffe. Zwei deutsche Schiffe waren vollständig verloren und nahe an hundert deutsche Seeleute fanden den Tod in den Wellen. Der von Deutschland abgesetzte und weggeführte, dann aber wieder freigelassene König Malietoa entsagte zu gunsten von Mataafa, der Okt. von einer Volksversammlung zum König ausgerufen wurde.

Asien. Um die Erforschung von Ostasien, China, Japan, Siam, Hinterindien Richthofen geb. 1833. hat sich Ferdinand von Richthofen auf langjährigen Reisen durch diese unbekannten, verschlossenen Reiche die größten Verdienste erworben. Die Kenntnis von Zentralasien wurde durch die vordrängende Macht Rußlands und zahlreiche Forscher dieser Nation wesentlich gefördert. Unter ihnen hat sich namentlich Przewalskij geb. 1839. Przewalskij hervorgethan, der in langen Reisen die Mongolei, China und Tibet erforschte. Über Persien und Turkestan gaben die Reisen des Ungarn Vambéry geb. 1832. Vambéry, über Kleinasien die des deutschen Geographen Kiepert viel neuen Kiepert geb. 1818. Aufschluß. Der ausgezeichnete deutsche Ethnograph Adolf Bastian hat die Bastian geb. 1826.

ganze Welt, Afrika, Südamerika, Australien, besonders aber Ostasien und Hinterindien wissenschaftlich erforscht.

In einzelnen Staaten von Südamerika, wie Argentinien, Chile und Brasilien, entsendet die Regierung zahlreiche Expeditionen zur Erforschung der unbekannten Teile ihres Gebiets, während andre Länder bis jetzt nur von europäischen Forschern beschritten wurden. Hier haben Reisende, wie Musters und Moreno in Patagonien, Karl von den Steinen am Xingufluß (Brasilien), Crevaux, der am Pilcomayofluß in Bolivia ermordet wurde, nachdem er mehrere Flüsse in Brasilien und Französisch-Guyana befahren, Reis und Stübel, die in Columbien, Peru und am Amazonenstrom reisten, Paul Güßfeldt in den Anden, sowie die englische Mission im Feuerland in geographischer und ethnographischer Beziehung interessante Ergebnisse erzielt. Die Forschungen auf dem Gebiet der Länder- und Völkerkunde von Südamerika sind zwar noch keineswegs zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen, vielmehr ist das Innere jenes Erdteils noch immer nur auf kurze Strecken und in der Nähe der großen Flüsse zugänglich. Indessen werden die großartigen Eisenbahnprojekte, die da und dort auftauchen und deren Ausführung gewiß nur noch eine Frage der Zeit ist, neue Gebiete der wissenschaftlichen Forschung sowie europäischem Gewerbfleiß erschließen; während anderseits die eingebornen Stämme von Südamerika, die, ganz unberührt von jeglichen europäischen Einflüssen, auf einer ganz eigenartigen, zum Teil ziemlich hohen Kulturstufe stehen, die ihre äußerst primitive Sprache und kaum irgend welche religiöse Vorstellungen haben, und daneben doch wieder eine kunstvolle Industrie und ein an strenge Sitten und Regeln gebundenes Leben, dem Forscher soviel des Interessanten bieten, daß, wie zu erwarten steht, die nächsten Jahrzehnte uns über die Länder und das Völkerleben Südamerikas manch wichtigen Aufschluß bringen werden.

Südamerika. v. d. Steinen geb. 1855. Güßfeldt geb. 1840.

In hohem Grad rief seit alten Zeiten auch die Polarforschung das geographische Interesse wach. Das ganze Mittelalter hindurch fanden Fahrten von Wikingern, später auch von Schiffern andrer Nationen in die arktischen Gegenden statt. Die reichen Fischereigründe, dann das Streben, eine nordwestliche oder nordöstliche Durchfahrt zur Verkürzung des Seewegs nach Hinterasien und der Südsee zu finden, waren die Triebfedern bei diesen gefährlichen Zügen durch schreckliche Eisregionen. Es zeigte sich in der Folge, daß praktische Schiffahrts- und Handelszwecke auf diesem Weg nicht zu erreichen waren, dafür trat das rein wissenschaftliche Interesse in den Vordergrund. Die physikalischen und meteorologischen Kenntnisse konnten durch die auf diesen Reisen angestellten Beobachtungen die wertvollste Bereicherung erwarten. In den achtziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts unternahm Davis, zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts Hudson, im achtzehnten Jahrhundert Bering und Cook berühmte Nordpolfahrten, deren Andenken in den geographischen Namen jener Gegenden erhalten ist. In unserm Jahrhundert sind zunächst die wiederholten Polarfahrten

Polarforschung. Bering 1680—1741.

der beiden Roß, John und James, Oheim und Neffe, und des Will. Edw.
James Roß 1800—1862. Parry wegen ihrer wissenschaftlichen Erfolge zu nennen. Cook und James Roß erforschten auch die noch schwierigeren Regionen des Südpols. Am berühmtesten
Franklin 1786—1847. aber sind die Polarreisen des englischen Seefahrers John Franklin geworden, die das Problem einer für Schiffe freilich unbrauchbaren nordwestlichen Durchfahrt lösten und durch ihr tragisches Ende die Teilnahme der wissenschaftlichen
1845. und nautischen Kreise jahrzehntelang wach hielten. Die letzte Expedition Franklins war lange Zeit völlig verschollen. Der Wunsch, die kühnen Seefahrer aufzufinden oder wenigstens ihr Schicksal zu erkunden, hielt andauernd die Nordpolforschung rege und gab zur Ausrüstung mehrerer Expeditionen Anlaß, die endlich die Gewißheit brachten, daß die Reisenden im Jahr 1847 den furchtbaren Leiden des Hungers und Frostes erlegen waren. In neuerer Zeit hat der verdiente deutsche Geograph Petermann durch fleißiges Sammeln und Vergleichen des vorhandenen Materials die Wege vorzuzeichnen versucht, die am sichersten einen Erfolg in diesen Gegenden hoffen lassen. Von ihm ist in den siebziger Jahren die Anregung zu einer größern Zahl neuer Expeditionen ausgegangen, die bald, wie die österreichische unter Leitung von Julius Payer und H. Weyprecht, von Nowaja Semlja, bald, wie die deutsche Expedition der „Germania“ unter Kapitän Koldewey und die amerikanische der „Polaris“ unter Hall, die durch Emil Bessels näher bekannt geworden ist, von Grönland auszogen. Die interessanten und umfassenden Reiseberichte von Payer und Bessels haben über die Natur und Beschaffenheit jener Eisregionen viel Licht verbreitet. Sehr bedeut-
Nordenskjöld geb. 1832. sam waren sodann neuerdings die Polarfahrten des Finnländers von Norden-
1878. 1879. skjöld, namentlich die Umschiffung der Nordküste Sibiriens auf dem Dampfer „Vega“ bis zur Beringstraße, die Bewerkstelligung der nordöstlichen Durchfahrt. Zehn Monate lang saß das Schiff im Eise fest, und es wurden mehrere andre Expeditionen zur Aufsuchung ausgesandt, von denen die amerikanische der „Jean-
1881. nette“ ein trauriges Schicksal hatte. Das Schiff sank und von der Besatzung retteten sich nur wenige nach entsetzlichen Leiden und Mühsalen. Die Einsetzung einer internationalen Polarkommission, die Errichtung einer Anzahl fester Beobachtungsstationen in den arktischen Gegenden, die Unterstützung der Polarforschung durch das Deutsche Reich gaben diesen Bestrebungen neue Förderung, so daß in den Jahren 1882 und 1883 gleichzeitig mehrere von verschiedenen Nationen ausgerüstete Expeditionen nach einem einheitlichen Plan Beobachtungen anstellen konnten, die für unsre physikalischen Kenntnisse von hohem Wert waren. Der englische Seemann Nares erreichte am 12. Mai 1876 zu Schlitten eine nördliche Breite von 83° 27′, den nördlichsten Punkt, den bis jetzt ein Mensch erreichen konnte.

B. Die neueste Zeitgeschichte in ihrem äußern Verlauf.

Vorwort. Die folgende Darstellung geht der Natur der Sache nach mitunter etwas mehr in die Einzelheiten der Tagespolitik ein und behandelt Vorgänge, die nicht mit vollendetem Ergebnis hinter uns liegen, sondern noch in voller Entwickelung und Gestaltung begriffen sind, daher auch eine so zusammenfassende abschließende Schilderung und Beurteilung wie frühere Geschichtsperioden nicht gestatten. Die Darstellung so neuer Ereignisse wird immer etwas Stückhaftes und Unfertiges an sich tragen. Sie ist unter dem frischen Eindruck der Zeitereignisse, unmittelbar nach den geschilderten Begebenheiten entstanden und in der Folge auf ihre Zuverlässigkeit und die Richtigkeit des Urteils geprüft worden. Als Quelle mußten dabei in erster Linie die Zeitungen und politischen Zeitschriften sowie zahlreiche publizistische Erscheinungen dienen, wie sie ein bewegtes öffentliches Leben alltäglich erzeugt. Die Beschaffenheit dieses litterarischen Stoffs verbietet eine Namhaftmachung im einzelnen. Hingewiesen sei nur auf die bereits erwähnte reiche Stoffsammlung, welche der seit dem Jahr 1860 alljährlich erscheinende Europäische Geschichtskalender, herausgegeben von Schultheß und die ebenfalls alljährlich in einem Bändchen erscheinende zusammenfassende Politische Geschichte der Gegenwart von Wilh. Müller (seit 1867) darbieten, verdienstvolle Werke, welche seitdem noch mehrere Nachahmungen gefunden haben. Zahlreiche Biographien von Kaiser Wilhelm (L. Schneider, W. Müller, L. Hahn) und Fürst Bismarck (Busch, Hahn, Hesekiel, W. Müller, v. Köppen). — Wiermann, Gesch. des Kulturkampfes. Leipzig 1885. In mehrfachen Darstellungen, v. Sarauw, Müller, Rüstow, Junck, v. Stuckrad u. a., ist der neueste russisch-türkische Krieg behandelt worden. Clayden, Engl. under Lord Beaconsfield (1873—1880), Lond. 1880.

I. Das Deutsche Reich und Preußen.

1. Der erste Reichstag und die Entstehung des kirchenpolitischen Streits. Die Dreikaiserzusammenkunft.

Einst war das Deutsche Reich das Herz des europäischen Völker- und Staatenorganismus, in welchem das gesamte öffentliche Leben pulsierte, der deutsche Kaiser das Haupt unter den gekrönten Zepterträgern. Auf vielen Blättern dieses Werks ist nachgewiesen worden, wie dieser Reichskörper durch eigne und fremde Schuld in Schwäche geriet und endlich eines gewaltsamen Todes starb. Seitdem haben nicht nur die entfernteren Glieder der europäischen Völker- *Das neue Reich und der erste Reichstag.*

familie alle Bande der Pietät für das ehemalige Haupt gelöst, sondern die deutsche Nation selbst hatte das traurige Geschäft der eignen Verstümmelung an sich vollzogen und sich dadurch in solche Schwäche und Ohnmacht gestürzt, daß sie die Kraft und Fähigkeit der Selbsterhaltung und Selbstverteidigung immer mehr einbüßte und die Gewaltsamkeiten wie die Mißachtung der andern Völker über sich ergehen lassen mußte. Diesen verstümmelten, zerschlagenen Körper wieder zu einem lebendigen Organismus zu erwecken und zu beseelen, war seit Jahrzehnten das Bestreben aller deutschen Patrioten gewesen, und wie manches brave Herz ist über den vereitelten Versuchen gebrochen! Ein großer historischer Augenblick hat das neue Reich unerwartet wie durch eine schöpferische Naturgewalt ins Dasein gerufen. Dieses Ereignis wurde von der Welt mit verschiedenartigen Gefühlen aufgenommen, zumal da es zusammentraf mit der Auflösung der weltlichen Macht des Papsttums (XV, 2. 314), das in frühern Jahrhunderten an der Zersetzung und Spaltung der deutschen Völker und Stämme so thätig mitgewirkt hatte, und mit dem militärischen Fall der französischen Nation, die solange für die erste Kriegsmacht Europas gegolten. Das Ausland sah mit Neid und Mißgunst auf die in der Mitte Europas emporgewachsene Großmacht, durch welche der Schwerpunkt aller europäischen Dinge plötzlich verschoben wurde, und brachte ihr wenig guten Willen und freundliche Gesinnung entgegen; im Innern regten sich alte und neue Widersacher eines einheitlichen Bundesstaates unter der militärischen Führung des kriegsgewaltigen Preußen. Dem neuen Reich war daher eine klare politische Aufgabe gestellt: es mußte einen „Kampf ums Dasein" führen sowohl nach außen, um bei den mißgünstig und feindlich gesinnten Regierungen und Völkern seine errungene Stellung zu behaupten, ihr Achtung und Geltung zu verschaffen, als nach innen, um die widerstrebenden Elemente zu überwinden oder zu versöhnen. Dieses Ziel deutete die Thronrede, womit der Kaiser selbst den ersten aus allgemeinen unmittelbaren Wahlen her-
21. März 1871. vorgegangenen Reichstag eröffnete, in würdigster Weise an: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unsrer Väter für Deutschland erstrebt wurde, die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unsrer Grenzen, die Unabhängigkeit unsrer nationalen Rechtsentwickelung. Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volk wenn auch verhüllt, doch stets lebendig, es hat seine Hülle gesprengt, in der Begeisterung, mit der die gesamte Nation sich zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes erhob und in unvertilgbarer Schrift auf den Schlachtfeldern Frankreichs ihren Willen verzeichnete, ein einiges Volk zu sein und zu bleiben. Der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reichs und seine Heereseinrichtung bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigne Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller andern Staaten und Völker, der schwachen

wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Kriegs hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eignen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren. Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reichs für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein! Möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmvoll geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen und möge die Aufgabe des deutschen Volks fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen! Das walte Gott!"

Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsgesetzgebung war die Verfügung über die neuerworbenen Lande Elsaß-Lothringen. Um nicht die Eifersucht andrer Staaten und Regierungen zu reizen oder Ansprüche auf eine Teilung des Eroberten hervorzurufen, wurde nicht die Einverleibung in den preußischen Staat beschlossen, sondern durch das Reichsgesetz vom 9. Juni 1871 ein „Reichsland" Elsaß-Lothringen geschaffen, zunächst als Provisorium unter der Diktatur des Kaisers und Bundesrats, bis der Zeitpunkt gekommen sein würde, daß die neuen Landsleute als vollberechtigte Bürger des Deutschen Reichs Aufnahme finden würden. Dieser Zeitpunkt wurde auf den 1. Januar 1874 angesetzt. Die Angelegenheiten des neuen Reichslandes wurden unter der besonderen Teilnahme des Reichskanzlers Fürst Bismarck mit Umsicht und gerechter Würdigung der Lage geordnet, gemäß den Versicherungen der Thronrede, daß Regierung und Volk in dem Entschluß einig seien, das rückerworbene Land unter Schonung bewährter Einrichtungen durch eine milde Verwaltung und durch eine freiheitliche Entwickelung seiner Gesetzgebung zu einem auch innerlich verbundenen Glied unsres großen Vaterlandes zu machen. Das „Reichsland" Elsaß-Lothringen.

Auf den Schluß des ersten Reichstags folgte das großartige Siegesfest in Berlin, der Einzug des greisen Heldenkaisers und seines Stabes an der Spitze der heimkehrenden Garden und andrer Heeresteile auf der herrlich geschmückten Triumphstraße mit dem Siegesdenkmal der Germania, ein Schauspiel, das, auch in andern deutschen Residenzstädten nachgeahmt, den erhebenden Abschluß des denkwürdigen Jahres bildete. Waren auch viele edle Opfer gefallen, sie hatten mit ihrem Blut dem Vaterland und der deutschen Nation eine neue ruhmvolle Ära geschaffen. Der Händedruck des Königs von Bayern und des Kronprinzen des Deutschen Reichs bei dem Sieges- und Heimkehrfest in München war der symbolische Ausdruck, daß fortan der Süden und der Norden in Freundschaft verbunden sein und die Regierungen in allen großen Anliegen der Nation gleiche Ziele verfolgen wollten. Siegesfeste. 16. Juli 1871.

Die warmen Worte der kaiserlichen Thronrede bei Eröffnung des ersten deutschen Reichstags fanden bei der Mehrheit des Parlaments einen starken Widerhall, und die Antwort ließ erkennen, wie sehr sie den vorherrschenden Reichspolitik u. Opposition.

Gefühlen Ausdruck gegeben. Doch nicht alle dachten so. Im Ausland wollte das Mißtrauen und eine kaum verhüllte Abneigung nicht schwinden, und im Innern bildete sich bald eine Opposition, die mit der Zeit an Umfang und Leidenschaftlichkeit zunahm. Gleich bei den Verhandlungen über die Adresse zeigte es sich, daß eine Anzahl Abgeordneter mit der Herstellung des Reichs auch die Verherrlichung des Papsttums verbinden, die „beiden Schwerter" wieder ins Dasein rufen wollte. Die Wortführer dieser klerikalen Partei, ein Mallinckrodt, Reichensperger, Windthorst, Schorlemer-Alst, gehörten dem nördlichen Deutschland an, während der meistens katholische Süden großenteils reichsfreundliche liberale Vertreter gewählt hatte, freilich auch eine Reihe bayrischer „Patrioten" und andre ultramontane Abgeordnete, darunter der streitfertige Bischof Ketteler von Mainz. Diese katholischen Reichsboten vereinigten sich zu einer Zentrumspartei, an die sich nach und nach alle anschlossen, welche der Neubildung und Stärkung Deutschlands entgegenzuwirken suchten, Polen, Partikularisten, Sozialdemokraten, Mißvergnügte aller Art. Zum hervorragendsten Führer der ultramontanen Opposition warf sich bald der Abg. Windthorst auf, einst hannöverscher Justizminister in den letzten Jahren des selbständigen Königreichs und ein eifriger Verfechter der welfischen Sache und der ultramontanen Bestrebungen, ein höchst beredter, talentvoller und gewandter Mann, Meister der parlamentarischen Taktik, der sich auf lange Jahre hinaus eine mächtige Stellung und Wirksamkeit im Reichstag errang. Die Klerikalen, denen die Encyklika nebst dem Syllabus (XV, 2. 308) als höchstes Gesetz galt, wollten das neue Reich wieder in dieselben Bahnen lenken, auf denen einst das alte seinen Untergang gefunden, das neue Kaisertum zum „weltlichen Arm" der Hierarchie herabsetzen, damit es den Stuhl Petri wieder aufrichte. Schon in die Antwortsadresse auf die Thronrede des Kaisers suchten sie einen Satz hineinzubringen, der wenigstens die Möglichkeit einer Intervention Deutschlands zu gunsten des Papstes und seiner weltlichen Herrschaft durchblicken ließe, und in die Reichsverfassung wollten sie einige „Grundrechte" im Interesse der katholischen Kirchengewalt und der Preß- und Vereinsfreiheit aufgenommen wissen. Als die Reichsgewalten sich nicht in den Dienst einer Autorität begeben wollten, welche nur dem römisch-katholischen Kirchentum die Berechtigung einer Staatsreligion zugesteht, beschlossen jene die „Mobilmachung" wider das neue Reich und suchten mit allen Mitteln den organischen Ausbau desselben zu hindern.

Döllingers Sendschreiben. Gleichzeitig ging aus dem Schoß dieser Kirche selbst eine innere Bewegung hervor, die für deren eigne Einheit und Kraft bedrohlich zu werden schien. Als die Beschlüsse des vatikanischen Konzils ohne alle Rücksicht auf die Opposition als Glaubens- und Kirchengesetze bekannt gemacht wurden, erließ der Stiftspropst
28. März 1871. Döllinger ein offenes Sendschreiben an den Erzbischof von München-Freising, worin er ausführte, daß das neue Dogma von der Allgewalt und Unfehlbarkeit des Papstes der Heiligen Schrift wie den Traditionen der Kirche entgegen sei.

Es trage seinen romanischen Ursprung an der Stirn und würde, falls es bei dem katholischen Teil der deutschen Nation herrschend werden sollte, den Keim des unheilbaren Siechtums, an dem das alte Reich zu Grunde gegangen, auch in das eben erbaute neue Reich verpflanzen. Nach dieser von den Jesuiten aufgestellten Theorie werde dem päpstlichen Oberhaupt eine vollendete Universalherrschaft und geistliche Diktatur beigelegt, welche zu endloser verderblicher Zwietracht zwischen Staat und Kirche, zwischen Geistlichen und Laien führen müsse.

Dieses „Pronunciamento" des gelehrtesten katholischen Theologen, der um seiner Überzeugung willen auch den Kirchenbann trug, und die gleichzeitigen Verhandlungen im Reichstag brachten es der Nation zum Bewußtsein, welche Ziele die ultramontan-jesuitische Partei verfolge: die Herrschaft der Kirche und ihrer hierarchischen Organe über die Christenwelt, die blindgläubige Unterwerfung der Menschheit unter die geistliche Autorität ohne Beachtung der Vernunft und Wissenschaft. Mit dieser herausfordernden Haltung der papistischen Partei war der Reichsregierung und der nationalen Politik der Weg gezeigt, den sie zu ihrer Selbsterhaltung, zur Verteidigung ihrer teuersten Güter einzuschlagen hatte: sie mußte alle Ansprüche der Ultramontanen an den weltlichen Staat, alle klerikalen Ein- und Übergriffe auf das staatliche Gebiet konsequent zurückweisen und das im Schoß der katholischen Kirche im Entstehen begriffene Schisma sich frei und selbständig entwickeln lassen. Demgemäß erklärten die Staatsregierungen, daß alle Katholiken, ob sie die neuen Konzilsbeschlüsse annehmen oder verwerfen, nach den Gesetzen gleich und gleichberechtigt seien. Vor allem aber mußte der Staat beflissen sein, die Schule von der geistlichen Herrschaft zu befreien und unter seine eigne Verwaltung und Obhut zu nehmen. In den meisten deutschen Staaten war dies schon vor dem Krieg durch umfassende Schulgesetze geschehen; sogar die Scheidung nach Konfessionen hatte man da und dort selbst in der Volksschule beseitigt; der offene und geheime Widerstand der Geistlichkeit hatte die von der Aufklärung, Toleranz und Humanitätsidee geforderte Befreiung der Schule von der Kirche nicht aufzuhalten vermocht. Wie sehr aber den Ultramontanen diese Verdrängung des Klerus von einem Gebiet, das er als sein eigentliches Territorium, als das geeignetste Ackerfeld für seine Saat ansah, gegen den Sinn ging, zeigte sich in der wachsenden Leidenschaftlichkeit der Partei.

Ziele der Ultramontanen.

Während in Berlin die seit dreißig Jahren getrennt gewesenen Abteilungen für evangelische und katholische Kirchensachen im Kultusministerium zu einer einzigen Sektion für geistliche Angelegenheiten vereinigt und damit der ultramontanen Partei in Preußen gleichsam ihr Exekutionsausschuß genommen ward, wies auch in München das Ministerium Hegnenberg-Lutz die maßlosen Ansprüche des bayrischen Episkopats an den Staat mit Entschiedenheit zurück und verhieß allen durch kirchlichen Zwang in ihren Gewissen oder in ihrer Lebensstellung Bedrohten den Schutz der Gesetze. Und es war ein bedeutsames Zeichen

Stellung Bayerns zur kirchlichen Frage. 8. Juli 1871. 27. Aug.

23. 24. Sept. 1871. der Zeit, daß gerade in München die Versammlung wissenschaftlich hervorragender Männer katholischer Konfession stattfand, welche Protest erhoben gegen den „päpstlichen Staatsstreich“ im vatikanischen Konzil und gegen das Streben der Ultramontanen, das auf „Vernichtung der Nationalitäten und Herstellung einer mechanischen Einheit der Menschheit“ gerichtet sei, und zu der Bildung altkatholischer Gemeinden aufforderten. Die Regierung enthielt sich jeder Parteinahme, sagte aber allen Staatsangehörigen den gleichen Schutz der Gesetze zu und erklärte, daß sie Gemeinden, die sich aus Anhängern der alten katholischen Lehre bilden würden, als vollberechtigte Glieder der katholischen Kirche ansehe. Sie gab also zu erkennen, daß die durch das vatikanische Konzil eigenmächtig und einseitig begründete Neuerung im Dogma die bisherige Stellung und das Verhalten des Staats gegenüber den Konfessionen nicht ändern könne. Seitdem standen auch in Bayern zwei Parteien einander schlagfertig gegenüber: die liberale, aufgeklärtere Bevölkerung der Städte und der protestantischen Landesteile, anderseits die Hierarchie mit der Mehrheit des katholischen Landvolks und eines aus demselben hervorgegangenen zelotischen Klerus, unterstützt von einer alle Gesetze der Sitte und des Anstands verletzenden Presse. Der unerwartet
2. Juni 1872. rasche Tod des trefflichen Ministerpräsidenten Graf Hegnenberg-Dux führte in München keinen Systemwechsel herbei. Um den ultramontanen Agitationen, welche die Leidenschaften des Volks gegen die kirchliche Parteilosigkeit und Duldsamkeit der Staatsregierung aufzureizen suchten, auf dem Rechtsweg entgegentreten zu können, wurde durch die Reichsgesetzgebung auf Anregung von Bayern dem
Nov. 1871. Strafgesetzbuch ein Zusatz beigefügt, welcher den Mißbrauch des geistlichen Amts und der Kanzel zu politischen Wühlereien, die den öffentlichen Frieden gefährden, mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bedroht. Den Auslassungen der Klerikalen über solche Beschränkung der „Freiheit“ wurde mit Recht entgegengehalten, nicht die Freiheit werde dadurch beschränkt, sondern nur das von der Geistlichkeit beanspruchte Vorrecht, ungestraft den öffentlichen Frieden zu stören und Gesetz und Obrigkeit zu schmähen. Seit Jahrzehnten hatte die römische Priesterpolitik die Staatsgewalt zersetzt und lahm gelegt; jetzt wurde man mit Bestürzung gewahr, daß sich die Papstkirche zu einem organisierten Gegenstaat ausgebildet, „der mit tausend und abertausend Polypenarmen den Körper der Gesellschaft umklammert hielt“, daß die katholische Weltkirche mit ihrem auswärtigen Oberhaupt und mit ihrer streitfertigen geistlichen Miliz den weltlichen Nationalstaaten die Lebensadern unterbunden habe und jede freie Entwickelung, jeden Ausbau zu einem selbständigen Organismus mit eigner Gesetzeskraft zu verhindern suche. Die Hauptführer dieser hierarchischen Politik gingen aus jenem Orden hervor, der seit drei Jahrhunderten das friedliche Zusammenleben der Konfessionen gestört hat, dessen Streben vornehmlich auf die Begründung einer theokratisch-priesterlichen Weltordnung, auf die Universalherrschaft des Papstes gerichtet war. Es war daher ganz natürlich, daß in allen nationalen und freisinnigen

Kreisen katholischen wie protestantischen Bekenntnisses die Entfernung der Jesuiten aus dem Deutschen Reich gefordert ward. Die Gesellschaft Jesu, die auf dem römischen Konzil den Ausschlag gegeben, deren Geist die Kurie und den Episkopat durchdrungen hatte und beherrschte, war unverträglich mit einem Staatswesen, welches das bürgerliche und gesellschaftliche Leben nach eignen Gesetzen ordnen, der Freiheit der Gewissen Geltung verschaffen, der wissenschaftlichen Forschung eine Ringbahn und Freistätte gewähren, Vernunft und Intelligenz in die seiner Leitung unterstellte Schule einführen wollte.

Die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck hielt inzwischen als Zielpunkt im Auge: durch standhaftes Beharren bei den Bestrebungen des Völkerfriedens den andern Mächten Vertrauen einzuflößen, die Regungen des Neids und der Mißgunst zu verscheuchen, zugleich aber auch durch Verbesserung, Ergänzung und Stärkung der eignen Wehrkräfte die Überzeugung zu wecken, daß das neue preußisch-deutsche Reich feindliche Angriffe zurückzuweisen im stande sei, daß es nicht aggressiv vorgehen, aber auch nicht vertrauensselig und unthätig einer ungewissen Zukunft zusteuern wolle. Vor allem war eine solche Haltung gegenüber Frankreich geboten: während man in Berlin bemüht war, der Versailler Regierung die große Aufgabe der Herstellung des zerrütteten Staatswesens auf alle Weise zu erleichtern, durch Neubesetzung des Botschafterpostens den diplomatischen Verkehr wieder einrichtete, dem Präsidenten der Republik vertrauensvoll entgegenkam und jede billige Ausgleichung förderte, sah man doch nicht gleichgültig zu, wie Frankreich alle seine Kräfte anspannte, um seine Armee in erhöhter Stärke wieder herzustellen, wie es gleich dem Deutschen Reich die gesamte Nation zur Wehrpflicht heranzog, seine Artillerie in guten Stand setzte, durch Verbesserung seiner Heeresorganisation die erlittenen Schäden heilte. Bei dem gereizten Geist des Volks, das den Gedanken an einen Krieg der Rache und Vergeltung sorgfältig pflegte und unterhielt, dessen Haß und feindselige Gesinnung sich bei jeder Gelegenheit kund gab, mußte man auf eine neue Schilderhebung gefaßt sein und Gegenanstalten treffen. Zu dem Ende wurden in Straßburg und Metz neue Festungswerke geschaffen, in allen deutschen Bundesländern die Landwehr nach preußischem Muster eingerichtet, das gesamte Kriegswesen in guten Stand gesetzt. Wie sehr immer im gegnerischen Heerlager über den preußischen „Militarismus" geeifert ward, die Regierungen gedachten des alten Spruches: wer Frieden wolle, müsse zum Kriege gerüstet sein.

Auswärtige Politik des Reichskanzlers.

Zugleich suchte der Reichskanzler die östlichen Großmächte zu einer freundschaftlichen Haltung zu bewegen und die hier und da noch immer hervortretende ungünstige Stimmung zu verscheuchen oder zu mildern. In Österreich stand die deutsche Bevölkerung dem Aufschwung des stammverwandten Reichs mit Wohlwollen gegenüber und die deutsche Presse verfehlte nicht, diese Gesinnung zu erhalten und zu beleben; dagegen wurzelten bei der Aristokratie, in den Kreisen der Ultramontanen und bei den nichtdeutschen Stämmen die Gefühle des Hasses,

Dreikaiserzusammenkunft in Berlin.

des Neides, des Argwohnes zu tief, als daß diese einflußreichen Klassen zu einer ehrlichen Handreichung sich herbeigelassen hätten. Auch in Rußland waren die Empfindungen des Wohlwollens und der Freundschaft nur auf den Kaiserhof und auf wenige Glieder der höhern Gesellschaft beschränkt, die Masse des Volks, soweit hier ein Verständnis der öffentlichen Dinge einzudringen vermag, und die moskowitische Aristokratie hielten sich kühl in der Ferne. Mit Geflissenheit wurde dort die preußische Eroberungssucht verdächtigt, als ob es auf eine Einverleibung der russischen Ostseeprovinzen in das Deutsche Reich abgesehen sei. Bei solchen Bestrebungen mußte man in Berlin großen Wert darauf legen, die Welt zu überzeugen, daß wenigstens bei den Herrschern selbst und bei ihren Räten das beste Einverständnis bestehe, daß man in Wien wie in St. Petersburg die neugeschaffene Ordnung vertrauensvoll hinnehme und ihrer Fortentwickelung keine Hindernisse bereiten werde. Dieses wichtige Ergebnis wurde erzielt durch
Sept. 1872. die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin. Es war nicht eine Erneuerung der Heiligen Allianz gegen die Völkerfreiheit wie ehedem, als die drei mächtigsten Monarchen, begleitet von ihren Ministern des Auswärtigen, in der Hauptstadt des Deutschen Reichs sich freundschaftlich begrüßten, sich vertrauensvoll die Hand zu einem persönlichen Eintrachtsbund reichten; es war nur eine öffentliche Kundgebung, daß man die auf Grund des Prager und des Frankfurter Friedens geschaffene neue Ordnung der Dinge in Europa als ein thatsächlich und rechtlich Bestehendes hinnehme, daß somit den Rachegelüsten Frankreichs von keiner Seite Nahrung gegeben werden sollte, daß Rußland nicht darauf ausgehe, die slawischen Völkerschaften an der Donau gegen die Türkei in Schutz zu nehmen und den Todeskampf des „kranken Mannes am Bosporus" durch eine gewaltsame Lösung der orientalischen Frage zur Entscheidung zu führen. Dieses „herzliche Einverständnis" der Ostmächte konnte also nur als neue Bürgschaft des Friedens gelten. Schon vorher war durch den Besuch des Kronprinzen und der
Ende Mai. Kronprinzessin von Italien in Berlin bei Gelegenheit einer Taufe in der preußischen kronprinzlichen Familie angedeutet worden, daß auch das apenninische Königreich bei dem alten Bund beharren wolle, ein Zeugnis, das im nächsten
Sept. 1873. Jahr durch die Reise Viktor Emanuels selbst in die österreichische und die deutsche Hauptstadt noch bekräftigt wurde. Damit war ein Keil zwischen die Gemeinschaft der romanischen Völker hineingetrieben. Mit großem Verdruß sprach der Papst von dem „Areopag, in welchem manches Glied ein erklärter Feind der katholischen Kirche sei". Auch in den skandinavischen Reichen wurde die Stimmung für Deutschland eine günstigere, als nach dem Tod Karls XV. sein Bruder Oskar II. den Thron bestieg. Nach dessen feierlicher Krönung in Stockholm und Drontheim stattete der Kronprinz des Deutschen Reichs mit großem Gefolge dem
1873. neuen König einen Besuch ab und wurde vom Hof und von der Bevölkerung mit der höchsten Auszeichnung empfangen. Die Rückreise machte er über Kopenhagen und wußte auch dort freundlichere Gesinnung zu erzeugen. Seitdem vernarbten die Wun-

den, die der dänische Krieg geschlagen, mehr und mehr; auch an der Nord- und Ostsee wurden die Gemüther versöhnlicher und fanden sich in die neue Lage der Dinge.

Fortschritte der Reichseinheit.

Diese Friedensstellung nach außen gab dem Reichskanzler die Möglichkeit, den Ausbau des deutschen Bundesstaats durch gesetzgeberische Arbeiten im Sinne der Einheit zu fördern. Das Gewicht, das er zugleich als Präsident des preußischen Staatsministeriums einlegen konnte, machte es ihm möglich, den nationalen Bau zu befestigen und die Idee eines Gesamtstaats, worin die Einzelglieder mit bestimmten Rechten und selbstthätigem Staatsleben sich dem Ganzen organisch einfügen sollten, ihrer Verwirklichung mehr und mehr entgegenzuführen. Eine treffliche Stütze fand der deutsche Staatsmann in dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, Delbrück, einem höchst arbeitsamen und kenntnisreichen Mann von gemäßigt liberalen Grundsätzen und freihändlerischer Richtung. Daß der Reichskanzler auf alle Weise bedacht war, die Fürsten und Landesregierungen, die bei der Gründung des Reichs manche gewichtige Opfer zu bringen hatten, durch rechtzeitige Schonung, durch kluges Nachgeben für die neue Ordnung zu gewinnen[1], nicht durch Überspannung des Bogens die Empfindlichkeit und Eifersucht zu reizen, zeugt von seinem großen staatsmännischen Geschick. Denn nur durch das einträchtige Zusammenwirken der in dem Reichskanzler verkörperten Regierung des Kaisers mit den Regierungen der Einzelstaaten und mit dem Reichstag war es möglich, die Grundlagen des Reichs immer tiefer in ihrem natürlichen Boden zu befestigen und das darauf errichtete Gebäude weiter auszubilden durch ergänzende Gesetze, durch gleichförmige Einrichtungen, durch Übertragung der Einzelrechte und Einzelgewalten auf die Gesamtheit, durch Umwandlung oder Einfügung der Einzelorgane in Reichsorgane. Im Reichsheer, in der Reichsmarine, in den Reichsgesandtschaften und Konsulaten stand die neue Schöpfung dem Ausland gegenüber als ein Ganzes da; und mehr und mehr suchte man auch die innern Einrichtungen, soweit sie der Reichsgesetzgebung überwiesen waren, in einheitlichem Sinn zu gestalten. Die Münzreform mit Goldwährung schuf ein einheitliches Geldsystem für alle deutschen Länder; die Verkehrsanstalten, Post- und Eisenbahnwesen, Telegraphenverwaltung, Bankwesen wurden in möglichste Übereinstimmung gesetzt, soweit sie nicht unmittelbar vom Reich betrieben wurden. Dank der nationalen Strömung nach Einheit, die alle Stämme und Stände durchzog, vermochten die Absonderungsgelüste und Zerbröckelungsbestrebungen den Gang der naturgemäßen Entwicklung zu einem kräftigen Bundesstaat nicht aufzuhalten. Auch die sogenannte Itio in partes, wonach bei gewissen Abstimmungen im Reichstag die Vertreter derjenigen Bundesstaaten, die kraft ihrer „Reservatrechte“ von den zu fassenden Beschlüssen nicht berührt wurden, sich der Stimme zu enthalten hätten, fiel diesen Einheitsbestrebungen der Nation zum Opfer.

Münzgesetz vom 9. Juli 1873.

Fürst Bismarck als Staatsmann.

Den Ruhm, der Begründer des neuen Deutschen Reichs zu sein, hat die Nation stets mit vollem Recht in erster Linie dem Fürsten Bismarck zuerkannt,

und niemand hat dies welthistorische vaterländische Verdienst aufrichtiger und neidloser gewürdigt, als Kaiser Wilhelm Unter den großen Eigenschaften dieses Kaisers ragt die treue Anhänglichkeit an seinen ersten Staatsmann, die sich über ein viertel Jahrhundert lang gleichblieb, die selbstlose Anerkennung der Wirksamkeit desselben ganz besonders hervor. Minder milde und edle Naturen als Kaiser Wilhelm hätten vielleicht eine solche Machtstellung eines Unterthans so lange Jahre hindurch nicht ertragen; das „Niemals", das der Kaiser einst auf ein Entlassungsgesuch des Reichskanzlers schrieb, war bezeichnend für das Verhältnis des kaiserlichen Herrn und seines ersten Dieners. Es war ein gütiges Geschick der Vorsehung, daß sie diesen Herrscher und diesen Staatsmann zusammengeführt; keiner ohne den andern hätte das große Werk der nationalen Auferstehung vollbringen können. Eine Volkstümlichkeit ohne Beispiel haben sich darum auch beide gleichmäßig in der deutschen Nation erworben. Ungekünstelter und ungezwungener sind nie einem Herrscher die begeisterten Huldigungen des Volks dargebracht worden, als dem großen Kaiser, wo immer er auftrat in seiner milden und doch so ehrfurchtgebietenden Erscheinung; aber auch dem Fürsten Bismarck wurde eine Verehrung in den weitesten Schichten des Volks zu teil, wie kaum einer andern Gestalt der deutschen Geschichte. Der reckenhafte Mann in der historischen Kürassieruniform, mit der hochgewölbten gedankenvollen Stirn und den Gesichtszügen voll gewaltiger Willenskraft und Entschlossenheit wird sich als ein unvergängliches Bild dem Gedächtnis unsres Volks einprägen. Und diese Volkstümlichkeit blieb sich durch die langen Jahre hindurch gleich. Gewiß, es fehlte diesem Mann auch nicht an vielfachem und sehr erbittertem Widerspruch. Das nüchterne tägliche politische Leben bringt unausgesetzt Reibungen und Mißhelligkeiten hervor, und in seiner rücksichtslos durchgreifenden, oft schonungslosen Energie war Fürst Bismarck nie der Mann, der Gegensätze leicht ausglich und versöhnte. Sein ganzes politisches Leben war ein Kampf gegen Widersacher außen und im Innern, und sein heftiges gewaltsames Wesen nahm nicht leicht Widerspruch hin. Man würde auch irren, wenn man ihm ein festes unabänderliches System der äußern und innern Politik zuschreiben wollte. Er hat Wandlungen der verschiedensten Art in seinem öffentlichen Leben vollzogen und daraus auch nie ein Hehl gemacht. Er war stets „Realpolitiker" im Grund seines Wesens, der die Dinge unbefangen und klar ansah, wie sie dermalen lagen. Abstrakte Doktrinen und Theorien waren seiner Natur ganz zuwider, und in eine Parteischablone ließ er sich niemals einzwängen. Mit allen Parteien wirkte er zu verschiedenen Zeiten zusammen, je nachdem sie sich seinen Zwecken dienstbar erwiesen. Aus den konservativen, ja reaktionären Anschauungen des preußischen Junkertums emporgewachsen, als dessen edelste und kräftigste Verkörperung er dasteht, hat er sich doch bald nachdem er zur leitenden Stelle berufen worden, der dürftigen Gedankenwelt dieser Kreise entwunden, und aus dem Mann mit den konservativen Grundanschauungen wurde ein umwälzender Reformator von

beispielloser Kühnheit und keine Rücksicht kennender Energie, wie die ganze deutsche Geschichte nicht seinesgleichen aufzuweisen hat. Nur in einem blieb er sich immer gleich, in der wahren treuen Liebe zu seinem deutschen Volk und in der innigen Hingebung an das preußische Königtum. Ein solcher Mann war notwendig, um das deutsche Volk zu einer festen Gemeinschaft zusammenzuschmieden. Die unermüdliche, wahrhaft gigantische Arbeitskraft dieses Mannes war nicht durch die Thätigkeit auf einem einzelnen Gebiet zu erschöpfen. Blieb auch die Leitung der auswärtigen Politik fortwährend in erster Linie das Gebiet seiner Wirksamkeit und das Feld, wo er durch eine unerreichte Meisterschaft feinster Berechnung aller Kräfte und kühnster genialster Entwürfe die größten Erfolge erzielte, so ließ er sich doch auch in keinem Zweig des vielgestaltigen innern Staatslebens in den langen Jahren, da er an der Spitze der Geschäfte stand, die Leitung aus der Hand nehmen; überall behielt er sich in den großen Fragen die letzte Entscheidung vor, eine Wirksamkeit von einer Vielseitigkeit, einer rastlosen Energie und schöpferischen Thatkraft und dabei einem fast unausgesetzten Erfolg, wie sie keinem andern Staatsmann der Geschichte beschieden war.*)

---

*) Aus einem zur Feier des siebzigsten Geburtstags des Reichskanzlers in Berlin verfaßten Festgedicht mögen hier folgende Verse Platz finden:

Es lag auf unsrer deutschen Erde
Die Luft so trübe einst und schwer.
Daß unserm Volk Erlösung werde,
Zu hoffen wagt' es keiner mehr,
Erlösung von dem bösen Fluche,
Der auf uns lag seit alter Zeit
Und in des Schicksals düsterm Buche
Besiegelt schien in Ewigkeit.

Die Dichter haben oft gesungen
Von unsres Volks verlor'nem Glück,
Die Becher haben oft geklungen:
Es kehrt uns doch nochmal zurück!
Doch bei dem Träumen und dem Schwärmen,
Von Kaiser und von Reich dem Sang,
Bei Becherklingen, Festeslärmen,
Da blieb's auch Menschenalter lang.

Derweilen wuchs aus märk'schem Sande
Ein Mann empor von Erz und Stahl.
So schenkt die Gottheit jedem Lande
Den Retter wohl ein einzig mal.
In unsres Volkes alten Jammer
Fuhr der mit eisenharter Faust,
Wie wenn mit Wucht ein mächt'ger Hammer
In Feuersglut herniedersaust.

Was wir ein fernes Traumbild wähnten,
Er schuf's mit einem kühnen Streich,
Was wir geschwärmt, was wir ersehnten,
Das starke deutsche Kaiserreich.
Am grünen Tisch nicht ist's entsprossen,
Des Krieges Eisen gab ihm Kraft,
Viel Blut ist drüber ausgegossen,
Ein guter Kitt und edler Saft.

2. Der kirchenpolitische Streit auf der Höhe.

Staat und Kirche.

Gestützt auf die Zustimmung der Mehrheit der Volksvertretung im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus, in welchen die nationalliberale Partei die zahlreichste und mächtigste war, unternahm Fürst Bismarck den Kampf gegen die andre romanische Macht, die am Tage der französischen Kriegserklärung auch ihrerseits durch das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit eine Kriegserklärung erlassen hatte gegen alles, was sich nicht der Autorität des römischen Oberhirten unbedingt unterwerfen, nicht in stummer Hingebung das „Opfer des Intellekts" bringen wollte. Durch den romantischen Sinn König Friedrich Wilhelms IV. wie durch die hochkirchlichen, hochkonservativen Bestrebungen der Hof- und Regierungskreise gegenüber dem liberalen und radikalen Zeitgeist war es dahin gekommen, daß in der preußischen Monarchie die katholische Kirche fast unbeschränkt schalten und walten konnte, daß der Klerus von den Gesetzen des Staats und von den Rechten und Befugnissen der Regierung sich in höherm Grad befreite, als in den katholischen Ländern, daß über ganz Norddeutschland bis nach Berlin hinein eine Menge von Klöstern, Orden, Kongregationen sich bildete, vermehrte und in voller Freiheit und Selbständigkeit entwickelte. Ja, die Heißblütigen in der römischen Propaganda gaben sich der Hoffnung hin, der Protestantismus werde mit der Zeit in seinen festesten Lagerstätten überwunden werden, in Brandenburg und Pommern werde der Romanismus seine siegreiche Entscheidungsschlacht schlagen. In Rom und in manchem deutschen Bistum betrachtete man die Protestanten als zerstreute, in der Irre wandernde Schafe, die der Obhut und Fürsorge des rechtmäßigen Hirten nicht entzogen werden könnten. Dieser „Staat im Staate", diese hierarchische Priestermacht, welche den Staatsgesetzen nur insoweit Folge leistete, als sie den „höhern Geboten" der Kirche sich ein- und unterordnen ließen, den Eid der Treue und des Gehorsams gegen jede weltliche Obrigkeit nur mit Vorbehalt und bedingungsweise abgeben wollte und sich in jedem kritischen Fall hinter den Spruch flüchtete, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen; dieses fremdartige, herrschsüchtige Element konnte in dem paritätischen Reich nicht geduldet werden, sollte nicht der Keim der Zersetzung und Auflösung in die neue Schöpfung gepflanzt werden: die Kirchenbeamten durften sowenig wie die Staatsbeamten den Gehorsam gegen Gesetz und Obrigkeit an Bedingungen knüpfen, den Treueid gegen den Kaiser und jeden weltlichen Souverän dem geistlichen Eid nachsetzen, der sie an ein fremdes Oberhaupt band; der mittelalterlichen Vorstellung, daß der Staat zur Kirche wie der Mond zur Sonne sich verhalte, konnte in dem modernen Staat, der alle Lebenskräfte und Lebensäußerungen in sein Bereich zieht, keine Stätte gegönnt werden.

Dazu kam noch, daß der päpstliche Hof und die Hierarchie Partei nahmen für die beiden katholischen Mächte, welche dem preußisch-deutschen Schwert erlegen waren, daß der Ultramontanismus seinen antinationalen Grundzug immer schärfer hervorkehrte, daß die klerikalen Preßorgane, die allerorten und Enden aufschossen, zum Teil unter täuschenden Namen und Ehrenschilden wie Germania, Deutsche Reichszeitung, Vaterland ihre feindlichen Bestrebungen verhüllend, für alle Gegner des Reichs eintraten. Der Reichsregierung war somit die Waffe der Notwehr in die Hand gezwungen, und da der Kampfpreis die Erhaltung aller der Güter war, welche die Seele des modernen Staats ausmachen, der Freiheit der Wissenschaft, der Lehre, des geistigen Lebens, so gestaltete sich der Kampf zu einem wahren „Kulturkampf“. Es handelte sich um das hohe Prinzip, ob die Anschauungen und Wahrheiten, welche der forschende Geist und die Wissenschaft seit Jahrhunderten errungen haben, Geltung und Bestand behalten, oder ob wie im Mittelalter die ganze Welt des Glaubens und Wissens der Autorität der Kirche unterworfen sein, nur durch das päpstliche Gepräge als Wahrheit erscheinen sollte. Und bei diesem Kampf hatte das Reich auch zugleich das formale Recht auf seiner Seite; denn die durch das vatikanische Konzil veränderte Kirche war nicht mehr dieselbe, mit welcher vordem die Regierungen ihre Verträge und Konkordate geschlossen. Wie sehr auch der in Demut und Unterwürfigkeit vor Rom sich beugende Episkopat und seine Schildknappen in der Presse und auf der Kanzel zu beweisen suchten, daß die Aufstellung eines neuen Glaubenssatzes ausschließlich eine innere Angelegenheit der Kirche sei, die den Staat nichts angehe; der Aufschrei des Gewissens, der allenthalben ertönte und den Schutz des Staates gegen die Tyrannei der neuen Glaubensrichter anrief, bewies, daß diese Beschlüsse tief in das Fleisch der gesamten katholischen Welt eingedrungen. Und sollte die weltliche Obrigkeit diese Hilfeflehenden, die ja doch auch Glieder des Staats waren und zum Teil sehr edle Glieder, von ihren Thüren weisen, weil sie dem Zwang und den Verführungskünsten der jesuitischen Eiferer sich nicht fügen wollten? Sollte der Staat verpflichtet sein, gegenüber einer Religionsgenossenschaft, die in ihrem Glauben und ihrer Verfassung eine andre geworden war, die alte Stellung zu bewahren? Sollte er gehalten sein, einen kirchlichen Organismus, der soeben unter seinen Augen durch so profane Mittel und egoistische Triebfedern eine so wesentliche Umgestaltung erlitten, der den Landesepiskopat zu einem willenlosen Werkzeug der päpstlichen Kirchenpolitik herabgesetzt hatte, als göttliche Institution, als Werk des Heiligen Geistes anzusehen und zu behandeln? Mochte er immerhin den Glaubensinhalt als ein der Kirche selbst gehörendes Gebiet anerkennen und sich jeder Einmischung enthalten, so konnte er doch die körperliche Form, den hierarchischen Ausbau nur als Menschenwerk gelten lassen. Es war der höchste Triumph des jesuitischen Prinzips, daß das ganze Kirchensystem nach Inhalt und Form, der innere und äußere Organismus durch das Dogma von

Der Kulturkampf.

der lehramtlichen Unfehlbarkeit und absoluten Gewalt des Papstes als göttliche Anordnung aufgestellt und daß diese Lehre allen Gläubigen als unantastbarer Glaubenssatz befohlen ward. So konnte man dem unwissenden und abergläubischen Volk die gerechte Notwehr des Staats gegen hierarchische Eingriffe in sein Gebiet als Religionsverfolgung hinstellen und eine Begriffsverwirrung in Szene setzen, unter deren Hülle alle Leidenschaften, alle Sophisterei und Gleißnerei, alle Geister des Fanatismus, der Parteiwut, der Lästerung und Verleumdung sich herumtummelten. Es wurde von den Vorfechtern des Ultramontanismus als christenfeindliches Trachten hingestellt, wenn die Staatsgewalten verlangten, daß die Kirche sich auf ihre rein religiöse Aufgabe beschränke, ihre weltlichen Ansprüche fahren lasse, den modernen Staat in der Verfolgung seiner ethischen Zwecke nicht hemme oder bekämpfe, der freien Wissenschaft nicht die Lebensadern unterbinde; wenn sie die Aufsicht über Schule und Unterrichtswesen den Geistlichen abnahmen und ihren eignen Behörden übertrugen; wenn sie die Eheschließung zu einem Staatsakt erheben und von der geistlichen Einwirkung und Überwachung befreien wollten; wenn sie für die wissenschaftliche Erziehung und Bildung der anzustellenden Priester Bürgschaften verlangten und nicht dulden wollten, daß die zum geistlichen Stand sich vorbereitende Jugend ganz in den jesuitisch-hierarchischen Vorstellungskreisen herangebildet werde.

Das Schulaufsichtsgesetz. In dem Streben, die Grenzen zwischen Staat und Kirche genauer zu bestimmen, jeder der beiden Mächte das zuständige Gebiet zuzuweisen und die Übergriffe der geistlichen Gewalt auf die staatlichen Ordnungen abzuschneiden, ging das Königreich Preußen voran. Nachdem durch den Rücktritt des reaktionären Kultusministers v. Mühler (Jan. 1872) der Weg für zeitgemäße Reformen geöffnet worden und in dem Minister **Adalbert Falk** ein energischer, kühner und zielbewußter Staatsmann für das große Werk der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche gefunden war, wurde nach heftigem Widerstand von seiten der Ultramontanen (13. Febr.) ein **Schulaufsichtsgesetz** im Abgeordnetenhaus angenommen, welches die Beaufsichtigung des Schul- und Unterrichtswesens dem Staat vollständig zuwies und damit die bisherige Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche beseitigte. Bei dieser Reformthätigkeit erfuhr die preußische Regierung den heftigsten Widerspruch von seiten der ganzen ultramontanen, besonders auch der polnischen Bevölkerung des Königreichs. Obwohl der preußische Teil der ehemaligen Republik Polen unter seinen Nationsgenossen sich weitaus in der günstigsten Lage befindet, so stehen dennoch die Polen teils durch den übermächtigen Einfluß ihrer Geistlichkeit, teils aus nationalem Vorurteil gegen das mehr und mehr vordringende germanische Element stets in der Opposition zur preußischen Herrschaft, der sie doch diese günstigere Lage in ihren Lebensverhältnissen wie in ihrer Kultur vorzugsweise zu danken haben. Aus nationaler Abneigung wehrten sie sich gegen die Einführung des deutschen Sprachunterrichts in ihren Schulen und aus katholischem Religionseifer begünstigten sie die geistliche Herr-

schaft. Nationale und religiöse Leidenschaften wirkten somit gemeinschaftlich auf das reizbare Gemüt und die mangelhafte Verstandesbildung des von dem polnischen Klerus geleiteten Volks in Posen und Oberschlesien, um einen nachhaltigen Widerstand gegen die preußische Gesetzgebung und Verwaltung in Szene zu setzen. Die Schule sollte unter der Aufsicht und Leitung der Kirche verharren, damit durch den klerikalen Einfluß das Volk in der bisherigen Unwissenheit und geistigen Beschränktheit gehalten würde, die deutsche Sprache und Aufklärung fern bliebe. Wie im Abgeordnetenhaus so stieß auch im Herrenhaus die Gesetzesvorlage auf den geschlossenen Widerstand der Ultramontanen, denen alle Rückschrittsmänner, die kirchlichen und politischen Fanatiker beider Konfessionen, feudale Junker und orthodoxe Hochkirchliche zur Seite standen. Es bedurfte der ganzen persönlichen Energie der Minister Bismarck und Falk, um auch hier das Schulaufsichtsgesetz zur Annahme zu bringen. Bald darauf hielten die preußischen Bischöfe in Fulda „am Grabe des Heil. Bonifacius" eine der Versammlungen, auf denen die Parole für die Gesamthaltung des Episkopats festgesetzt zu werden pflegt. Gegen Erwarten faßten sie den Beschluß, sich dem neuen Gesetz zu fügen und „auch zu gunsten der im Prinzip von der Kirche losgerissenen Volksschule ihre Pflichten treu zu erfüllen".

8. März 1872.

Zurückweisung des Kardinals Hohenlohe.

In Berlin glaubte man darin eine versöhnlichere Stimmung erkennen zu dürfen; man wollte daher versuchen, mit Rom und dadurch mit den Häuptern der katholischen Kirche Deutschlands die alten Verbindungen zu erhalten, um durch Verständigung zu einem Ausgleich, zu einem »modus vivendi« zu gelangen. Lag ja doch dem frommen Kaiser nichts ferner, als die katholische Kirche in ihrer Rechtsstellung oder in irgend einer mit dem Glauben und der Religion zusammenhängenden Frage zu beeinträchtigen. Als daher durch die Versetzung des bisherigen Gesandten Graf Arnim nach Paris die Stelle eines Diplomaten bei dem päpstlichen Stuhl in Erledigung kam, beschloß man, einen hochgestellten Geistlichen, der sich in früherer Zeit der Gunst des Heil. Vaters zu erfreuen gehabt, der bei dem Konzil mitgewirkt und erst nach Beendigung desselben nach Deutschland zurückgekehrt war, den Kardinal Hohenlohe, als Vertreter des Kaisers und Reichs nach Rom zu senden. Allein kaum wurde diese Absicht im Vatikan bekannt, so erfolgte eine Zurückweisung. Hohenlohe teilte nicht die Ansichten und Ziele der den Papst beherrschenden Jesuitenpartei; die Haltung seines Bruders, des Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, als Präsident des bayrischen Ministeriums warf in den Augen der papistischen Hochkirchenmänner einen Schatten auf das ganze Geschlecht; daß sich der Kardinal vom Vatikan längere Zeit fern gehalten und auch unter dem Purpur seine deutsch-nationale Gesinnung bewahrte, wurde ihm nicht verziehen. Der Papst weigerte sich daher, Hohenlohe als Gesandten in Rom zu empfangen, eine persönliche Beleidigung gegen den Kaiser. Schon damals wurde im Reichstag der Antrag gestellt, die Ausgabe für das Gesandtenamt bei dem Papst im Budget zu streichen, da die Kurie

2. Mai.

damit ihre Kriegserklärung abgegeben; allein Fürst Bismarck, der die Brücke einer Verständigung nicht vollständig hinter sich abbrechen wollte, verhinderte den Beschluß und empfahl den Weg der Gesetzgebung als das ratsamste Mittel zur Beseitigung des Konflikts zwischen Staat und Kirche. Bei dieser Gelegenheit war es, daß er den denkwürdigen Ausspruch that: „nach Canossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch politischer Beziehung", und der Zentrumspartei den Standpunkt der Regierung klar machte, indem er versicherte, die volle Souveränität des Staats müsse gewahrt werden gegen alle unberechtigten Ansprüche und die Gesetze müßten Gültigkeit haben für jedermann; wer sie als für ihn nicht vorhanden ansehe, der stelle sich außerhalb der Gesetze und sage sich los vom Staat. Die Souveränität könne nur eine einheitliche sein.

Bismarcksche Zirkular-depesche. 14. Mai 1872.

Um dieselbe Zeit erließ Bismarck eine Zirkulardepesche über die Haltung, welche den Regierungen bei einer künftigen Papstwahl infolge der veränderten Stellung des Pontifikats durch das vatikanische Konzil geboten sein dürfte. Denn durch die neue Jurisdiktion sei der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt an Stelle der landesbischöflichen zu setzen; die bischöfliche Jurisdiktion sei in der päpstlichen aufgegangen; der Papst sei im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten, die Bischöfe seien nur seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigne Verantwortlichkeit, sie seien den Regierungen gegenüber Beamten eines fremden, vermöge seiner Unfehlbarkeit absoluten Souveräns geworden; daher hätten auch die Regierungen ein wohlbegründetes Recht, sich um die künftige Papstwahl zu kümmern und Stellung zu derselben zu nehmen. Als diese Depesche in der Folge bei Gelegenheit des Arnimschen Prozesses in die Öffentlichkeit drang, gab der deutsche Episkopat eine Gesamterklärung gegen die Darlegung des Reichskanzlers ab (Januar 1875); aber wenn sie auch das Verhältnis mit etwas andern Worten ausdrückten, die Hauptsache, daß die Bischöfe der römischen Kurie willenlos zu gehorchen hätten, wurde durch ihre sophistischen Deutungen und durch die kühne Behauptung, die Unfehlbarkeit sei eine alte Lehre der Kirche, nicht geändert. Hatten sie doch selbst vor dem Konzil ein solches Dogma für eine jesuitische Schulmeinung erklärt, die nicht in der kirchlichen Tradition wurzele und unmöglich zum Glaubenssatz erhoben werden könne, und nun sollte es auf einmal eine göttliche Wahrheit geworden sein? Und wenn sie bemerkten, daß über die Gültigkeit einer Papstwahl lediglich die Autorität der Kirche zu entscheiden habe, so konnte entgegnet werden, daß die Anerkennung ebenso unbedingt Sache der Regierungen sei.

Das Jesuitengesetz.

Wie sehr diese Auffassung und das entschiedene Auftreten des Fürsten Bismarck im Sinne der Mehrheit des deutschen Volks war, trat bald zu Tage, als von allen Seiten Petitionen an den Reichstag gelangten, daß dem Treiben des Jesuitenordens, welcher das neue Dogma von der Allgewalt und Unfehlbarkeit des Papstes mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen suchte, durch die Gesetz-

gebung ein Damm entgegengeworfen werden möchte; daß man gegen diesen Generalstab der „streitenden Kirche", welcher seit den Tagen seiner Gründung das friedliche Zusammenleben der Konfessionen zu stören beflissen sei, einen energischen Schlag führe. Und so wurde denn trotz aller Gegenbemühungen der Zentrumsfraktion der Antrag angenommen, die verbündeten Regierungen möchten 15. 16. Mai 1872. einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher auf Grund des Artikels 4 der Reichsverfassung die rechtliche Stellung der religiösen Orden, Kongregationen und Genossenschaften, die Frage ihrer Zulassung und deren Bedingungen regele, sowie die staatsgefährliche Thätigkeit derselben, namentlich der Gesellschaft Jesu, unter Strafe stelle. Nach längern Verhandlungen mit dem Bundesrat kam denn auch ein Gesetz zu stande, kraft dessen alle Jesuitenniederlassungen bei Ablauf Gesetz vom 4. Juli. des Jahres geschlossen und aufgehoben, die Mitglieder der Gesellschaft aus Deutschland ausgewiesen und der Thätigkeit des Ordens in jeder Form und Gestalt innerhalb des Deutschen Reichs ein Ende gemacht werden sollte. Es herrschte dabei vor allem der Zweck vor, den jesuitischen Lehranstalten, die unabhängig vom Staat die Jugend in einseitig kirchlichem Geist erzogen und mit Fanatismus füllten, ihre Thätigkeit für die Zukunft abzuschneiden. Die Ausführung dieses Gesetzes in Preußen, Bayern, Hessen war die Antwort des Staats auf die Veröffentlichung der vatikanischen Dekrete von seiten der Bischöfe ohne Erlaubnis und zum Teil wider das ausdrückliche Verbot der Regierungen mit Androhung der Exkommunikation und andrer Gewaltmittel gegen alle Ungehorsamen. Binnen Jahresfrist waren innerhalb des ganzen Gebiets des Deutschen Reichs die zahlreichen Niederlassungen des Ordens aufgehoben und die Glieder desselben genötigt, außerhalb Deutschlands ein neues Feld ihrer Thätigkeit zu suchen.

Regierungsgewalt und bischöfliche Exkommunikationen.

Indem der Staat die eifrigsten Diener und Werkzeuge der päpstlichen Allgewalt über die Grenzen wies, zeigte er den festen Willen, innerhalb seines Bereichs keinen Organismus zu dulden, der seine Gebote und Verhaltungsregeln von einer fremden Autorität, von einer andern Souveränität als Kaiser und Reich empfange: es war die Kriegserklärung des modernen Staats gegen das mittelalterliche Papalsystem. Der Geistlichkeit sollte fühlbar gemacht werden, daß die Hoheit des Gesetzes für alle Staatsangehörigen gleiche Kraft und Geltung haben müsse. Die Kirche dagegen in ihren hierarchischen Gewalten bestand auch ihrerseits auf ihrer Autorität über alle Gläubigen, verlangte auch für ihre Gesetze unbedingten Gehorsam. Wer diesen versage, sollte als ein ungesundes Glied von der religiösen Gemeinschaft ausgeschlossen werden und nicht bloß der kirchlichen Gnadenmittel verlustig gehen, sondern auch aller der Rechte und Vorteile, welche den Angehörigen der Kirche gesetzmäßig zuerkannt waren. Es waren prinzipielle Gegensätze, die nicht verfehlen konnten, in ihren praktischen Folgen hart aneinander zu geraten. Die Bischöfe sprachen Exkommunikationen aus und verlangten, daß auch die Regierung die Gebannten von den Stellen entferne,

die der Staat ihnen übertragen. Allenthalben organisierten die Klerikalen einen energischen Widerstand gegen den Staat. Der Erzbischof Paulus Melchers von Köln belegte vier Professoren der katholischen Theologie in Bonn, weil sie den vatikanischen Dekreten den Gehorsam versagten, mit der Exkommunikation und verbot den angehenden Geistlichen seiner Diözese den Besuch ihrer Vorlesungen; das Kultusministerium konnte nicht zugeben, daß die von ihm Angestellten in ihrer Stellung beeinträchtigt würden, und beließ sie im Amt. Als in Köln der altkatholische Prediger Tangermann in der dem Staat gehörigen Pantaleonskirche Gottesdienst abhielt, untersagte der katholische Feldpropst, Bischof Namszanowski, dem Divisionspfarrer Lünnemann eigenmächtig jede weitere Kultushandlung in dem seit vielen Jahren als Garnisonskirche gebrauchten Gotteshaus. Als er einer Weisung von Rom folgend von seinem Widerstand gegen die Militärgesetze nicht abließ, wurde er seines Amtes enthoben. Bischof Krementz von Ermeland hatte über zwei altkatholische Priester, Michelis und Wollmann, die Exkommunikation ausgesprochen, obwohl das preußische Landrecht ein solches Vorgehen, soweit damit Nachteile für die bürgerliche Ehre verbunden sind, ohne staatliche Genehmigung ausdrücklich untersagte. Als das Kultusministerium ihn zur Zurücknahme aufforderte, erklärte er, daß er den Gesetzen des Staates trotz seines Eides nur insoweit gehorchen werde, als dieselben nicht kanonischen oder kirchlichen Gesetzen und Anordnungen widersprächen, und wandte sich dann persönlich an den König, ein Verfahren, das bald auch von
13. Sept. 1872. andern versucht ward. Bei Gelegenheit der Jubelfeier der Vereinigung Westpreußens mit der Monarchie suchte der Bischof um eine Audienz nach: er erhielt jedoch den Bescheid, Seine Majestät werde ihn erst empfangen, wenn er seine bedingungslose Unterwerfung unter die Gesetze des Staats erkläre. Wollmann blieb Religionslehrer am Gymnasium zu Braunsberg. Dem im Widerstand beharrenden Prälaten wurden die Gehaltsbezüge gesperrt und diese Maßregel von den Gerichten bestätigt. Auch in München holte der Erzbischof aus der Rüstkammer die alten Waffen hervor, indem er über Döllinger, Friedrich und alle Altkatholiken den Bannfluch aussprach.

Ultramontane Agitation und Gegenwehr. Die Hierarchie zog mit allen ihren Streitkräften ins Feld; die Disziplin, die man im Lager des Gegners zu lockern und zu durchbrechen gedachte, wurde im eignen Heer streng festgehalten: der deutsche Episkopat stand wie ein Mann zur Fahne des Papsttums; die Stimmen der Opposition, die sich vor und auf dem Konzil hervorgewagt, wurden zum Schweigen gebracht; alle kirchlichen Würdenträger beugten sich in stummer Demut unter das Kommandowort des jesuitischen Papsttums. Auf wiederholten Versammlungen am Grabe des „Apostels der Deutschen“ in Fulda wurde bei jeder neuen Wendung der Kriegsplan entworfen: man suchte durch unmittelbare Vorstellungen am Thron das Herz des Kaisers zu erschüttern, den jugendlichen König von Bayern zum Einschreiten gegen sein Ministerium zu bewegen. Die katholische Welt wurde in

Schriften und Reden mit Schmähungen gegen den gottlosen Zeitgeist, mit Klageliedern über die Drangsale der Kirche und ihrer Bekenner erfüllt. Salbungsvolle Hirtenbriefe und geistliche Ansprachen in den langatmigen Phrasen eines veralteten „Kurialstils“ bildeten einen eigentümlichen Gegensatz zu der offenen präzisen Sprache des Reichskanzlers. Es wurden Mittel und Wege gewählt, die einen revolutionären Beigeschmack hatten. Erzbischof Ledochowski von Posen, von nationalem und religiösem Haß gegen Preußen erfüllt, wurde vom Papst zum Primas von Polen ernannt und in dem römischen Kalender unter den regierenden Fürsten aufgeführt als Stellvertreter der polnischen Könige. Aus allen Anzeichen ging hervor, daß Rom den alten Kampf gegen Deutschland zu erneuern gedenke. In einer Ansprache an die Deputation eines katholischen deutschen Vereins schloß Pius IX. eine seiner Klagreden über die „Verfolgung der Katholiken“ mit den Worten: „Seien Sie vertrauend und einig; denn irgend ein Stein wird von der Höhe herabfallen und den Fuß des Kolosses zertrümmern.“ Wie freute man sich in Paris über die ultramontane Bundesgenossenschaft, welche der französischen „Revanche“ eine so nachdrückliche Unterstützung in Aussicht stellte! Aber wie hoch man immer die Macht einer mehr als tausendjährigen, auf die höchsten Anliegen der Menschheit gerichteten Institution anschlagen mag, sie stand Gewalten gegenüber, die ihr einen ganz andern Widerstand zu leisten vermochten, als einst die Gegner im Mittelalter, dem modernen Zeitgeist mit seinen durch Wissenschaft und Erfahrung errungenen Wahrheiten und dem preußischen, auf monarchische Autorität und nationale Wehrkraft aufgebauten Rechtsstaat, der, aus kleinen Anfängen unter Kämpfen und Nöten emporgewachsen, seine mühsam erworbene Machtstellung um seiner Selbsterhaltung willen zu behaupten suchen mußte. Und daß man in Berlin diese Notwendigkeit erkannt habe und entschlossen sei, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, sondern das begonnene Werk hinauszuführen, dafür zeugten die Vorbereitungen zu einer Reihe neuer Gesetze und Reformen von tiefeingreifender Wirkung. Die fromme religiöse Gesinnung des Monarchen, der die treue Erfüllung seiner Regentenpflichten stets in erste Linie stellte, war Bürgschaft, daß, indem man dem Kaiser zu geben suchte, was des Kaisers ist, man auch nie versäumen werde, Gott zu geben, was Gottes ist. Auf Grund einer vom Kultusminister veranstalteten Konferenz von Kirchenrechtslehrern und andern Fachmännern wurden von der Regierung Gesetzesvorlagen für den preußischen Landtag in Angriff genommen, welche das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche genauer bestimmen und die gegenseitigen Rechte feststellen sollten.

Die Maigesetze vom Jahr 1873.

Wenn es den Ultramontanen unter der Leitung der Bischöfe gelang, das Ministerium zum Nachgeben zu zwingen, so war zu erwarten, daß sich das katholische Ausland und die widerstrebenden Elemente im Reich selbst mit der politisch-kirchlichen Reaktion vereinigten, um die preußische Hegemonie zu Fall zu bringen. Man hatte schon so manchen Systemwechsel in Berlin erlebt; konnte

nicht auch jetzt wieder über kurz oder lang eine Wendung eintreten? Darauf hoffte man in den Kreisen der Ultramontanen und schritt auf der eingeschlagenen Bahn fort. Es war für die Regierung ein Akt der Notwehr, als sie die kirchenpolitischen Gesetzesvorlagen einbrachte, durch welche die Rechte und die Freiheit der Staatsbürger gegen jedes gewaltthätige Vorgehen der Hierarchie mittels kirchlicher Straf- und Zuchtmittel geschützt, die Anstellung der Geistlichen von der Erfüllung der Anzeigepflicht und einer wissenschaftlichen Vorbildung abhängig gemacht und dem Staat ein Einspruchsrecht bei der Besetzung kirchlicher Pfründen eingeräumt, ein königlicher Gerichtshof zum Schutz gegen geistliche Übergriffe und zum Einschreiten gegen Bischöfe, die durch ihren Widerstand gegen die Staatsgesetze ihr Amt verwirkt, eingesetzt wurde, ein Ausnahmstribunal zur Sicherung der neuen kirchenpolitischen Gesetzgebung. Der vieldeutige Verfassungsartikel, wonach die Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten selbst ordnen, wurde entsprechend eingeschränkt.

Das Hauptgewicht lag auf dem dritten Entwurf, welcher die Erziehung der künftigen Kleriker in geistlichen Seminarien verhindern und sie zum Besuch allgemeiner staatlicher Lehranstalten anhalten wollte. Dieser lautete: Ein geistliches Amt, welcher Art es auch sein möge, darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist. Zur Bekleidung eines geistlichen Amtes ist die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität, sowie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich, bei welch letzterer vorzugsweise auf die für den geistlichen Beruf notwendige allgemeine wissenschaftliche Bildung (Philosophie, Geschichte, deutsche Litteratur, klassische Sprachen) gesehen wird. Alle kirchlichen Anstalten, welche zur Vorbildung von Geistlichen dienen, stehen nach Hausordnung und Lehrplan unter Aufsicht des Staats. Knabenseminare und Knabenkonvikte dürfen nicht mehr errichtet und in den bestehenden Anstalten dieser Art dürfen keine neuen Zöglinge mehr aufgenommen werden. Jede Pfarrstelle sollte innerhalb eines Jahres besetzt und der vom Bischof Ernannte der Staatsbehörde zuvor angezeigt werden.

Bismarck und die Maigesetze im Herrenhaus.

Die meisten der in den Vorlagen enthaltenen Bestimmungen waren in manchen andern Staaten von jeher in Geltung, ohne daß die Geistlichkeit daran Anstoß genommen hatte. Jetzt aber galt es, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit, welche die katholische Kirche in frühern Jahren der Regierung in Preußen abgerungen, zu wahren, die Grundbedingungen zu erhalten, auf denen die ultramontane Hierarchie ihren Machtbau aufgeführt hatte. Wie sollte sie sich einem königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten fügen, von dessen elf Mitgliedern der Präsident und mindestens fünf Räte dem Richterstand angehören mußten und der auf Grund der Staatsgesetze bei beharrlichem Widerstand bis zur Amtsentsetzung eines Bischofs vorgehen durfte? Im Abgeordnetenhaus erlangten die Vorlagen eine bedeutende Majorität, wie sehr auch das

Zentrum und seine Bundesgenossen über Vergewaltigung der Kirche durch den Staat sich ereiferten; aber im Herrenhaus mußte der Reichskanzler selbst seine ganze Persönlichkeit und seine wirkungsvolle Beredsamkeit einsetzen, um die klerikalen und feudalen Gegner zu überwältigen. Die vorliegende Frage, bewies er, sei eine Machtfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Königtum und Priestertum; schon seit dem Mittelalter sei das Streben des Papstes und der Ultramontanen dahin gegangen, auch über den Staat die Herrschaft zu erringen; deshalb hätten sie mit Hilfe der Franzosen das Heldengeschlecht der Hohenstaufen gestürzt und den letzten Sprossen auf das Schafott gebracht. Auch in Deutschland würde man von ähnlichen „Thaten Gottes durch die Franken" zu erzählen haben, wäre der Krieg anders ausgefallen. Das Papsttum sei eine politische Macht, welche die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche als ihr Programm aufgestellt habe; im Reich dieser Welt aber gebühre dem Staat auch das Vorrecht und der Vortritt. Endlich erlangten auch im Herrenhaus die Entwürfe die Stimmenmehrheit und wurden, nachdem sie vom Kaiser bestätigt worden, als Gesetze veröffentlicht. Seitdem war der Bruch des Fürsten Bismarck mit der feudalen Partei für geraume Zeit ausgesprochen. Sie hatte sich unfähig gezeigt, die Ideen der Zeit, die neue Aufgabe des preußischen Großstaats und des Deutschen Reichs zu begreifen. Indem sie bei veralteten Vorstellungen beharrte, konnte sie für den Reichskanzler nicht länger eine Stütze sein. Denn dieser, konservativ in seinen angebornen und anerzogenen Eigenschaften, Anschauungen und Gewohnheiten, war doch erhaben über enge und überlebte Gedankenkreise und schöpferisch im innersten Kern seines Wesens.

Die Maigesetze vom Jahr 1873 bestanden in einem Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (vom 11. Mai), in einem Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten (vom 12. Mai), in einem Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel (vom 13. Mai), in einem Gesetz über den Austritt aus der Kirche (vom 14. Mai).

War der Krieg zwischen Kirche und Staat in Preußen bisher nur ein versteckter, nur in Nebengefechten hervortretender gewesen, so wurde er durch diese „Maigesetze" zu einem offenen. Mochten dieselben auch den kirchlichen Glauben und die Spendung der Gnadengaben in der Kirche ganz unberührt lassen, und sich sorgfältig hüten in das Gebiet der Gewissensfreiheit, des Glaubenslebens und der mit demselben zusammenhängenden kirchlichen Einrichtungen und Sitten einzugreifen; mochten die meisten Bestimmungen sogar in rein katholischen Ländern längst in Übung bestehen und in Konkordaten von dem päpstlichen Stuhl selbst den Regierungen zugestanden sein: der preußische Episkopat, der dem Staat nimmermehr das Recht einräumen wollte, die Stellung der Kirche und des Klerus zu den Gesetzen und der Obrigkeit des Landes auf eigne Hand und nach eignem Recht ohne Übereinkunft mit dem päpstlichen Stuhl zu Die Maigesetze und der Klerus.

ordnen und festzustellen, der den ganzen kirchlichen Organismus auch in seinen weltlichen Beziehungen als eine auf göttliche Anordnung gegründete Institution angesehen wissen wollte, nahm von Anfang an eine feindselige Haltung gegenüber den Maigesetzen ein, indem er in Gesamterlassen, Eingaben, Denkschriften, Adressen die Erklärung abgab, daß die Grundsätze ihres heiligen Glaubens den Bischöfen, sowie den Priestern und Gläubigen nicht gestatteten, sich derartigen Gesetzen zu unterwerfen, dieselben anzuerkennen und zu befolgen. In willenloser Hingebung an Rom sagten sich somit die deutschen Bischöfe los von den vaterländischen und nationalen Interessen, verfochten ein System, das sie selbst früher verdammt hatten, und organisierten, gestützt auf eine blind ergebene, in beschränkten Vorstellungskreisen erzogene Priesterschaft, auf eine bigotte, unwissende Volksmasse und auf eine ultramontane Reaktion und Demagogie einen Widerstand, der vor keinem Mittel und Hebel der Agitation zurückbebte, der die unlautern Geister wissentlicher Entstellung, sophistischer Verdrehung, heuchlerischer Klagen über die Drangsale der Gläubigen zu Hilfe rief. „Die Kirche kann das Prinzip des heidnischen Staats, daß die Staatsgesetze die letzte Quelle alles Rechts seien und die Kirche nur die Rechte besitze, welche die Gesetzgebung und die Verfassung des Staats ihr verleiht, nicht anerkennen," heißt es in dem Protest vom 31. Mai, „ohne die Gottheit Christi und die Göttlichkeit seiner Lehre und Stiftung zu leugnen, ohne das Christentum selbst von der Willkür der Menschen abhängig zu machen." Und doch sagte der Heiland: Mein Reich ist nicht von dieser Welt! Freilich mußten die Bischöfe gewärtig sein, daß die preußische Regierung nicht ruhig ihrem trotzigen Gebahren zusehen, daß ihrer Weigerung, den Gesetzen zu gehorchen, Geld- und Gefängnisstrafen auf dem Fuße folgen würden; aber bei der Humanität des von der päpstlichen Gefolgschaft so arg geschmähten Zeitalters durfte man auch erwarten, daß das Martyrium nicht allzuhart sein werde. Dennoch war der Vergleich der gottlosen Welt der Gegenwart mit den Neronischen und Diokletianischen Christenverfolgungen ein zu günstiges Thema, als daß man dasselbe nicht zur Unterlage elegischer Klagelieder und aufreizender Ergüsse hätte machen sollen. So kamen denn die salbungsvollen gleißnerischen Phrasen und Deklamationen, an welche der Kurialstil die Welt gewöhnt hatte, und die Schmähungen einer zelotischen Presse in vollen Gang. Die Wahrheit verhallte oder blieb verborgen unter dem Wutgeschrei der Faktion.

Nächste Wirkungen der Maigesetze.

Die Wirkungen der Maigesetze und der klerikalen Opposition gegen dieselben traten bald zu Tage. Als die Regierung eine Prüfung der geistlichen Lehranstalten anordnete, um sich zu überzeugen, ob die wissenschaftlichen Leistungen in den nicht zur Theologie gehörenden Fächern derart seien, daß dieselben mit den Lehranstalten des Staats wetteifern und als Vorbildungsschulen fortbestehen könnten, verweigerten die geistlichen Vorsteher, den Weisungen der Bischöfe folgend, den Inspektoren der Regierung Einsicht in die Lehrpläne und in den inne-

ren Organismus des Unterrichts. Nur in die äußern Räumlichkeiten wollten sie den Einblick gestatten. War ja doch der Zweck dieser Seminarien, die künftigen Kleriker gegen die moderne Wissenschaft abzuschließen, sie in einem Ideenkreis festzuhalten, wie er den ultramontanen Interessen und der päpstlich-hierarchischen Autorität dienlich war; wie sollte man nun die profanen Augen der Staatsbehörden in das priesterliche Heiligtum, in die geistlichen Geheimnisse eindringen lassen? Die nächste Folge war, daß diesen Seminarien die Staatsmittel entzogen, manche davon auch geschlossen wurden. Noch auf einem andern Feld gab sich der trotzige Widerstand der Bischöfe gegen die Maigesetze kund. Es war ihnen zur Pflicht gemacht, von jeder Ernennung zu einer Pfarrstelle oder Pfründe dem Oberpräsidenten der Provinz Anzeige zu erstatten und abzuwarten, ob dieser innerhalb eines bestimmten Zeitraums keinen Einspruch einlege. Auch dieser Verordnung weigerten sich die preußischen Bischöfe nachzukommen, obwohl in den meisten andern Staaten dieser Gebrauch von jeher bestanden und von den geistlichen Behörden befolgt worden war. Ja in Bayern wurde nicht bloß die Bestätigung, sondern die Ernennung im Namen des Königs erteilt. Als nun die Bischöfe fortfuhren, erledigte Pfarrstellen eigenmächtig und ohne vorherige Mitteilung an die Regierungsbehörden zu besetzen, untersagten diese den so Ernannten die Ausübung gottesdienstlicher Handlungen und entzogen ihren pfarramtlichen Verrichtungen jede bürgerliche Gültigkeit.

So erhob sich ein Konflikt, der zunächst aus Posen-Gnesen von dem hochmütigen „Primas von Polen“ Erzbischof Ledochowski ausgehend sich bald über das ganze Königreich verbreitete und große Aufregung hervorrief. Denn in den strengkatholischen Gegenden, in Posen, Schlesien, Westfalen, Rheinland stand die Masse des Volks, dank der langjährigen klerikalen Einwirkung auf Schule und Unterricht, auf seiten der Geistlichkeit und der Bischöfe, deren Geboten sie ebenso unbedingt folgte, wie diese den Machtsprüchen Roms. Nur in den Kreisen der Gebildeten und in den Städten, wo man den wahren Sachverhalt verstand und sich nicht durch die sophistischen und verleumderischen Darstellungen einer fanatischen Presse, einer zelotischen Priesterschaft täuschen ließ, nahm man Partei für den Staat gegen den Episkopat. In diesen Kreisen gewann daher das altkatholische Glaubensbekenntnis manche Anhänger. Da nun sowohl die Bischöfe als die widerrechtlich ernannten Geistlichen fortfuhren, die Staatsgesetze zu umgehen, ja geflissentlich ihren Widerstand öffentlich zu bezeugen, so war die Regierung genötigt, bei den Gerichten Klage zu erheben. Diese aber erkannten den Gesetzen gemäß auf Geldbußen und schritten, wo die Geldmittel nicht zureichten oder die durch Pfändungen oder Gehaltsperre zusammengebrachten Summen erschöpft waren, zu Gefängnisstrafen fort. So wurde nicht nur eine Anzahl renitenter Geistlichen, Pfarrer wie Kapläne, welche unberechtigt kirchliche Handlungen vorgenommen hatten, durch Strafurteile in Gewahrsam gebracht, sondern dasselbe Schicksal traf auch im Lauf der Zeit mehrere der ersten Prälaten,

Strafgerichte gegen renitente Bischöfe und Geistliche.

den Grafen Ledochowski, der durch seinen mit Ostentation zur Schau gestellten Trotz und Übermut die Staatsgewalt geradezu herausgefordert hatte, den Erzbischof Paulus Melchers von Köln, einen der eifrigsten Verfechter römischer Allgewalt, die Bischöfe von Paderborn, Trier und Münster. Die Art und Weise, wie diese Verhaftungen vorgenommen und ausgeführt wurden, war freilich nicht nach dem Sinn der hohen geistlichen Herren. Dem Martyrium wurde durch die einfache Vollziehung der Staatsgesetze und Gerichtsurteile sein ganzer Glanz entzogen, ein gewaltsames Einschreiten mit ergreifenden Auftritten hätte mehr Eindruck gemacht. Aber so sehr war der Begriff von der Autorität und Bedeutung des modernen Staats selbst in die untern Volkskreise gedrungen, daß die Abführung der hohen Gefangenen ohne Störung vor sich gehen konnte. Nur eine kleine Zahl von Gläubigen aus den niedern Klassen betrauerte knieend und betend die neuen Märtyrer. Und doch ward der Ultramontanismus nicht müde, in Presse und Vereinen über die Diokletianischen Zeiten zu jammern und zu zürnen, auch der Papst klagte über die ungerechte gottlose Welt und pries seine getreuen Knechte ob ihrer Standhaftigkeit und Beharrlichkeit im Glauben. Da aber die Verhaftung den Gesetzen gemäß nur von kürzerer Dauer sein konnte, so mußte der Staat zur Erhaltung seines Ansehens andre Strafmittel in Aussicht nehmen. Durch die Aufstellung eines obersten königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten war die Regierung instandgesetzt, gegen geistliche Würdenträger, welche den Staatsgesetzen beharrlichen Widerstand leisteten, die Amtsentsetzung aussprechen zu lassen. Dieses höchste Strafurteil wurde denn auch gegen den Erzbischof von Gnesen-Posen ausgesprochen, und derselbe, da er
3. Febr. 1874. eine freiwillige Amtsentsagung zurückwies, nach Ostrowo in Haft gebracht. Für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens und für die Administrativgeschäfte wurde, falls die Domherren nicht binnen zehn Tagen zur Wahl eines Kapitelverwesers sich entschlössen, durch Aufstellung weltlicher Beamten gesorgt. Künftige Bischöfe sollten von der Regierung nur anerkannt und in ihre Gehaltsbezüge eingesetzt werden, wenn sie zuvor einen Huldigungseid geschworen, daß sie die Gesetze des Staats gewissenhaft beobachten und ihre Geistlichen und Gemeinden anhalten wollten, die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterland und den Gehorsam gegen die Gesetze zu hegen und zu pflegen. Der erste, der diesen neuen Eid der Treue in die Hände des Kultusministers ablegte, war Joseph Hubert Reinkens, Professor der Theologie in Breslau, der von den, dem Unfehlbarkeitsdogma und der päpstlichen Allgewalt widerstrebenden Katholiken des Deutschen Reichs zum Bischof gewählt, vom Kaiser anerkannt und in Rotterdam durch den jansenistischen Bischof Hermann
11. Aug. 1873. Heykamp von Deventer geweiht worden war.

Ein päpstlicher Brief und eine kaiserliche Antwort.

Aus allen diesen Handlungen ging die volle Übereinstimmung des Kaisers und seiner Minister hervor. Dennoch hatten die Ultramontanen den Glauben zu verbreiten gesucht, daß der Monarch anders gesinnt sei als seine Regierung.

Dieser Ansicht gab auch der Papst Ausdruck in dem merkwürdigen Brief an Kaiser Wilhelm. Er sei überzeugt, schrieb der heilige Vater, daß Se. Majestät die von der Regierung ergriffenen strengen Maßregeln, welche auf die Vernichtung des Katholizismus abzielten, nicht billige, wenn aber dem so sei, so möge der Kaiser doch bedenken, daß diese Maßregeln keine andre Wirkung haben könnten, als den eignen Thron zu untergraben. „Ich rede mit Freimut," hieß es weiter, „denn mein Panier ist Wahrheit und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, nämlich die, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papst an." Auf diesen Brief antwortete Wilhelm I.: Der heilige Vater sei über deutsche Verhältnisse falsch berichtet, wenn er der Vermutung Raum gebe, daß die Regierung Bahnen einschlüge, welche der Kaiser nicht billige. Nach der Verfassung könne ein solcher Fall gar nicht eintreten, da alle Gesetze und Regierungsmaßregeln der landesherrlichen Zustimmung bedürften. Zu seinem Schmerz habe seit zwei Jahren ein Teil der katholischen Unterthanen Preußens eine politische Partei organisiert, welche den seit zwei Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören suche. Diese Bewegung hätten katholische Geistliche nicht nur gebilligt, sondern sie hätten sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die Landesgesetze angeschlossen. Sr. Heiligkeit werde nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholten. Die Aufgabe des Kaisers sei es, in den Staaten, deren Regierung ihm von Gott anvertraut sei, den innern Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Zu seinem Bedauern hätten viele katholische Geistliche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit verletzt und dadurch die kaiserliche Regierung in die Notwendigkeit gesetzt, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. Aber die Religion Jesu Christi und die Wahrheit, zu welcher auch er sich rückhaltlos bekenne, hätten mit diesen Umtrieben nichts zu thun. Übrigens könne er die Äußerung, daß jeder Getaufte dem Papst angehöre, nicht ohne Widerspruch übergehen. Der evangelische Glaube, zu welchem er sich gleich seinen Vorfahren und mit der Mehrheit seiner Unterthanen bekenne, gestatte ihm nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen andern Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen. Am Tag zuvor war in Berlin und in ganz Deutschland der Jahrestag der Schlacht von Sedan gefeiert worden. Diese königliche „That in Worten" war ein würdiger Schluß des Festes; die mannhafte Antwort fuhr wie ein Wetterstrahl in die Seelen der Menschen.

7. Aug. 1873. — *3. Sept.*

Zivilehe. Gesetze über Verwaltung erledigter kathol. Bistümer und über Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern.

Bald nachher, am 4. November 1873, fanden die Neuwahlen für das preußische Abgeordnetenhaus statt. Die Ultramontanen strengten alle Kräfte an, Männer von ihrer Gesinnung durchzusetzen; die Bischöfe forderten in Hirtenbriefen die Gläubigen zur eifrigen Teilnahme an der Wahl auf. Diesen

Anstrengungen war es zu verdanken, daß die Zentrumsfraktion einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs erhielt. Dennoch blieb sie gegenüber den Nationalliberalen, den gemäßigten Konservativen und der Fortschrittspartei, die damals in den kirchenpolitischen Fragen meist zusammenstimmten, weitaus in der Minderheit; von den Altkonservativen hatte sie wenig Hilfe zu erwarten; diese einst so einflußreiche Partei war, seit ihr die Unterstützung der Regierung fehlte, auf wenige

Gesetz vom 9. März 1874.

Köpfe herabgesunken. Eine der ersten Vorlagen war der Entwurf des Gesetzes über die *Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung*, mit dessen Annahme in der preußischen Monarchie die obligatorische *Zivilehe* und die weltliche Standesbuchführung angeordnet worden ist. Ein Jahr später folgte das Reich dem preußischen Beispiel nach (Gesetz vom 6. Februar 1875). Ein andres preußisches Gesetz traf Anordnungen über die *Ver-*

Gesetz vom 20. Mai 1874.

waltung erledigter katholischer Bistümer; es enthielt Bestimmungen über die Ausübung der bischöflichen Rechte und geistlichen Verrichtungen in erledigten Bistümern, über die Wahl von Bistumsverwesern und das Einspruchsrecht des Oberpräsidenten, die Einsetzung eines staatlichen Kommissars zur Vermögensverwaltung und ordnete an, daß bei fortgesetzter Erledigung einer Pfarrei den Patronen oder Gemeinden das Recht eingeräumt werden sollte, das Amt selbst zu besetzen. Der Antrag Mallinckrodts und Reichenspergers, die Maigesetze aufzuheben und zum alten Zustand zurückzukehren, wurde von dem Abgeordnetenhaus als eine Verhöhnung mit Entrüstung abgewiesen. Eine neue scharfe

Gesetz vom 4. Mai 1874.

Waffe der Regierungen war das Reichsgesetz über die *Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern*. Danach konnte Geistlichen, welche durch gerichtliches Urteil aus dem Amt entlassen worden und dieses Amt sich ferner anmaßen und thatsächlich ausüben, der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verboten oder angewiesen, auch die Staatsangehörigkeit entzogen und der Aufenthalt im Bundesgebiet untersagt werden. Unter diesen

2. April 1874.

geistigen Kämpfen schied der ehemalige Kultusminister v. *Mühler* in Potsdam aus der Welt; sein System war gefallen, nun rief das Schicksal ihn selbst ab.

26. Mai.

Wenige Wochen später verlor das Zentrum durch den Tod des Abgeordneten v. *Mallinckrodt* einen der tapfersten, fähigsten und entschlossensten Streiter für die päpstliche Kirche. Die Leitung der Partei ging fortan immer mehr an Windthorst über, der in der katholisch-kirchlichen Bewegung ein treffliches Mittel zur Förderung seiner welfischen Bestrebungen erkannte.

Die päpstliche Encyklika gegen die Maigesetze vom 5. Febr. 1875.

Der Papst trieb die Gegensätze zwischen Staat und Kirche auf die Spitze, als er in der merkwürdigen Encyklika an die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen vom 5. Februar 1875 die Maigesetze in der schroffsten Weise verwarf und erklärte, daß alle diejenigen Geistlichen, welche sich denselben fügen würden, der größern Exkommunikation verfallen seien, worauf mit ihnen jeder Verkehr vermieden werden müsse.

„Um die Pflichten unsres Amtes zu erfüllen," heißt es in dem Schreiben, „erklären wir ganz offen allen, welche es angeht, und dem ganzen katholischen Erdkreis, daß jene Gesetze ungültig sind, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten. Denn nicht die Mächtigen der Erde hat der Herr den Bischöfen seiner Kirche vorgesetzt in den Dingen, welche den heiligen Dienst betreffen, sondern den heiligen Petrus, und darum können auch von keiner noch so hochstehenden weltlichen Macht diejenigen ihres bischöflichen Amtes entsetzt werden, welche der Heilige Geist zu Bischöfen gesetzt hat, um die Kirche zu regieren. Es will uns scheinen, als ob jene Gesetze nicht freien Bürgern gegeben, um einen vernünftigen Gehorsam zu fordern, sondern Sklaven aufgelegt seien, um den Gehorsam durch des Schreckens Gewalt zu erzwingen. Jene Gottlosen aber, welche unter dem Schutz der bürgerlichen Gewalt verwegen Pfarrkirchen in Besitz genommen und den heiligen Dienst in denselben auszuüben gewagt haben oder sich in Zukunft ähnlicher Verbrechen schuldig machen, erklären wir gemäß der heiligen Canones rechtlich und thatsächlich der größern Exkommunikation verfallen; und wir ermahnen die frommen Gläubigen, daß sie sich von dem Gottesdienst derselben fernhalten, von ihnen die Sakramente nicht empfangen, und so sich vorsichtig des Umgangs und Verkehrs mit denselben enthalten, damit nicht der böse Sauerteig die gute Masse verderbe." Schließlich werden die Bischöfe um ihres standhaften Verhaltens willen gelobt: „Jene, welche euch feindlich gesinnt sind, mögen wissen, daß ihr, indem ihr dem Kaiser zu geben verweigert, was Gottes ist, der königlichen Autorität kein Unrecht zufügen und ihr nichts entziehen werdet. Denn geschrieben steht: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen."

Evangelisch-protestantische Kirchengesetzgebung.

Man hätte denken sollen, daß in dem großen Streit der preußischen Regierung mit dem Ultramontanismus die Protestanten aller kirchlichen Richtungen sich um so aufrichtiger an jene angeschlossen, sie durch ihre eigne innere Einigkeit um so nachdrücklicher unterstützt haben würden. Wie die halbamtliche Provinzialkorrespondenz mit Recht hervorhob, handelte es sich bei dem Kampf der Regierung gegen Rom zugleich um so unzweifelhafte Interessen der gesamten evangelischen Kirche, daß alle untergeordneten Bedenken zurücktreten müßten gegenüber der Pflicht, die Regierung des Königs auf dem schwierigen Weg zu stützen. Aber es liegt nun einmal in dem Charakter des strengen Dogmatismus, sich engherzig und lieblos gegen jede abweichende Richtung abzuschließen. Solange das Mühlersche System im Kultusministerium die Herrschaft besaß, wurde, wie in der katholischen Kirche der Klerikalismus, so in der evangelischen der hochkirchliche Positivismus mit besonderer Vorliebe gepflegt und begünstigt (XV, 1. 71 f.). Gerade solche Geistliche, die sich vorzugsweise als die ersten Jünger Luthers bezeichnen, standen noch, gegenüber sowohl den andern reformatorischen Bekenntnissen als der ganzen modernen Theologie und Wissenschaft, auf dem Standpunkt der Konkordienformel (XI, 712 ff.). Eine Nachwirkung dieses Mühlerschen Geistes war die Einleitung einer Untersuchung gegen den Berliner Prediger Sydow, der, nachdem er in einer langen Reihe von Jahren mit rüstiger Kraft für die Union und für die freie Entwickelung der evangelischen Kirche im Geist Schleiermachers gewirkt, im Jahr 1872 durch einen im Unionsverein gehaltenen Vortrag über die wunderbare Geburt Jesu den Zorn der Orthodoxen erregt hatte. Darüber von dem Brandenburger Konsistorium zur Rechenschaft gezogen, hatte er seinen Standpunkt klar und offen dargelegt und sollte deshalb durch den Urteilsspruch dieses Kollegiums mit Amtsentsetzung bestraft werden. Er legte Berufung an den Oberkirchenrat ein, wo zu Anfang des Jahres 1873 Dr. Emil Herrmann, bisher Professor des Kirchenrechts in Heidelberg, als Präsident eingetreten war, ein Mann, der mit der Achtung vor der geschichtlichen Entwicklung des protestantischen Christentums und seiner Grund-

lehren eine weitherzigere Auffassung und ein klares Verständnis für die Ideen der Zeit und die Bedürfnisse der Gegenwart verband. Und es konnte als günstiges Wahrzeichen des mildern Geistes und der toleranteren Anschauungen der obersten Kirchenbehörde und ihres neuen Hauptes gelten, daß sie, ohne sich von den eifrigen Agitationen und dem von oben her versuchten Druck beirren zu lassen, den Urteilsspruch des Konsisto-
2. Juli 1873. riums zuerst milderte, dann aufhob und statt der Amtsentsetzung einen geschärften Verweis über den Beklagten verhängte, in dessen Auftreten man einfach eine Taktlosigkeit sah. Dieser Geist der Versöhnung und der Ausgleichung der konfessionellen Spaltungen innerhalb der evangelisch-protestantischen Kirche gab sich auch in der großen Aufgabe kund, die sich der neue Präsident in Übereinstimmung mit dem Kultusministerium gestellt, die vorhandenen kirchlichen Gestaltungen zunächst in den sechs ältern Provinzen je nach ihrer historischen Entwickelung zu einem verfassungsmäßigen Ausbau zu bringen, d. h. den früher gescheiterten Versuch, durch Einführung einer allgemeinen Kirchengemeinde- und Synodalordnung das kirchliche Leben zu fördern, mit zeitgemäßen Veränderungen zu erneuern. Zu dem Ende wurde eine Kirchenverfassung ausgearbeitet und mit Gesetzeskraft ausgestattet, welche, — von dem Prinzip der Selbstverwaltung und der vorwiegenden Beteiligung des Laienelements ausgehend, eine stufenmäßige Gliederung des kirchlichen Organismus von den durch freie Wahl konstituierten Gemeindekörperschaften, dem Gemeindekirchenrat und der Gemeindevertretung, durch Kreis- und Provinzialsynoden zu der Generalsynode herstellen und damit eine größere Teilnahme an dem Leben und der Entwickelung des protestantischen Kirchenwesens erwecken sollte. Eine außerordentliche Kirchenvertretung sollte den Grund zu der die ältern Provinzen vereinigenden Generalsynode legen, welche, von der Staatsgesetzgebung genehmigt, das Synodalinstitut zum völligen Abschluß bringen und die Grundlage einer allgemeinen deutschen Kirchenverfassung bilden sollte. Überall er-
10. Sept. kannte man in der Aufstellung der neuen Kirchengemeinde- und Synodalordnung das Bestreben, ein frisches selbstthätiges Leben und Regen der evangelischen Gemeinschaft nicht bloß zu erzeugen, sondern demselben auch einen möglichst reichen Inhalt, möglichst würdige Gegenstände der Arbeit zu geben. Man wollte zugleich dem sogenannten Laienstand eine derartige Organisation zu teil werden lassen, „daß die in demselben vorhandenen kirchlich handlungsfähigen Kräfte zum Dienst in den Aufgaben des Gemeinwesens in möglichstem Umfang herangezogen und mit dem gebührenden Anteil an der Selbstbestimmung der Kirche ausgestattet wurden". Die Stimmen des Widerspruchs, die nicht nur im Heerlager des Positivismus und der Strenggläubigkeit, sondern auch in den liberalen Kreisen laut wurden, jene weil sie zu große, diese weil sie zu geringe Zugeständnisse an den Geist der Zeit darin fanden, konnten als Beweis gelten, daß man bei der Festsetzung der Rechte und Kompetenzen der Wahlkörper wie der Synoden eine gerechte und billige Ausgleichung der verschiedenen Richtungen zu erzielen bestrebt war, daß man einerseits nicht den Boden der Kirchlichkeit, nicht die Grenzen des christlichen Glaubenskreises und der christlichen Sitte verlassen, anderseits nicht dulden wollte, daß mit dem Maßstab eines engherzigen Konfessionalismus und kleinlicher Glaubensrichterei die christliche Menschheit in Schafe und Böcke geschieden, mit einem dogmatischen Gradmesser Gerechte und Ungerechte gestempelt würden. Der Hauptzweck war, „daß durch diese von der Vertretung der Einzelgemeinde zur Kreissynode, von der Kreissynode zur Provinzialsynode aufsteigende geschlossene Reihe von Vertretungskörpern die evangelische Kirche Preußens zur Selbstverwaltung und eignen Lebensbethätigung in höherm Maße als bisher befähigt, ja, wenn man will, wohlthätigst genötigt werde". Die Durchführung dieser Gemeinde- und Synodalordnung, verbunden mit dem neuen Gesetz über die Führung der Standesbücher durch weltliche

Beamte und über die bürgerliche Form der Eheschließung (obligatorische Zivilehe), die Strafverfügungen gegen die Vilmarianischen Geistlichen in Hessen, welche ihre partikularistisch-politische Opposition unter dem Deckmantel orthodoxer Kirchlichkeit verbergend ihr zartes religiöses Gewissen nicht dahin bringen konnten, das von der preußischen Regierung eingesetzte Gesamtkonsistorium anzuerkennen, gaben Zeugnis von dem festen Entschluß der Regierung, auf allen Lebensgebieten die sittlichen Aufgaben des modernen Staats zu erfüllen und die Autorität der Gesetze zu fördern.

Die päpstliche Encyklika vom 5. Februar war eine Kriegserklärung des Sperrgesetz. kirchlichen Oberhaupts gegen das Deutsche Reich und den preußischen Staat, die nicht verfehlen konnte, den Streit noch mehr zu verschärfen. Die Provinzialkorrespondenz, die als halbamtliches Organ der preußischen Regierung galt, bezeichnete das Schreiben des Papstes als Aufruf und Aufmunterung revolutionärer Leidenschaft, wodurch ein Wort des päpstlichen Nunzius in Wien, daß die katholische Kirche sich nötigenfalls auf die Revolution stützen müsse, seine thatsächliche Bestätigung fände, und deutete an, daß dadurch weitere Auseinandersetzungen des Staats mit der römischen Kirche unerläßlich seien. Der Papst selbst war unter dem Schutz der italienischen Garantiegesetze der Berliner Regierung unerreichbar; sie mußte also zu verhüten suchen, daß die Kriegsparole von seiner Glaubensarmee, dem deutschen Klerus, in Ausführung gesetzt würde. Nachdem sie durch die gerichtliche Verfolgung der ultramontanen Blätter, welche das päpstliche Rundschreiben zuerst veröffentlichten, die Absicht kund gegeben, daß sie den feindlichen Angriffen begegnen werde, legte der Kultusminister Falk dem 4. März 1875. preußischen Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vor, kraft dessen alle bisherigen Zahlungen und Leistungen des Staats an die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen solange eingestellt werden sollten, bis der im Amt befindliche Bischof oder Bistumsverweser oder einzelne Geistliche durch eine schriftliche Erklärung sich zur Befolgung der Staatsgesetze verpflichtet haben würden. Diese Vorlage, zu deren Begründung man auf eine königliche Verordnung Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahr 1821 zurückgreifen konnte, setzte die Geistlichkeit in große Aufregung. Die preußischen Bischöfe richteten, nach einer abermaligen Beratung in Fulda, eine Eingabe an den Kaiser mit der Bitte, dem 2. April. beantragten Gesetz die Sanktion zu versagen, da die darin verlangte unbedingte Befolgung der Staatsgesetze unvereinbar sei mit dem Gewissen eines Christen. Das Staatsministerium wies in seiner Antwort die Behauptungen als unwahr zurück, führte dem Episkopat zu Gemüt, daß dieselben Gesetze, die man als eine Verleugnung des christlichen Glaubens erkläre, in andern deutschen und fremden Ländern zu allen Zeiten in Gültigkeit gewesen, und erinnerte daran, daß die Unterzeichner selbst die Beschlüsse des vatikanischen Konzils, die Hauptquelle der Wirren und Friedensstörungen, bekämpft hätten. Die sophistische Entgegnung der Prälaten beruhte auf unstichhaltiger Begründung ihres Verfahrens und be- 30. April. festigte die Bismarcksche Behauptung, daß durch die vatikanischen Beschlüsse der Papst ein absoluter Souverän, die Bischöfe seine Werkzeuge, seine Beamten ohne

eigne Verantwortlichkeit geworden seien. Nach heftigen Debatten, die mehrere
Gesetz vom 22. April 1875. Wochen lang in beiden Häusern geführt wurden, erhielt das Sperrgesetz, wie die Klerikalen dasselbe bezeichneten, eine überwiegende Stimmenmehrheit in beiden Häusern des Landtags.

Artikel 15. 16. 18. der Verfassungsurkunde beseitigt. Die Ultramontanen hatten sich während der vorangegangenen Verhandlungen vielfach auf die Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde berufen, worin der Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten mit Unterwerfung unter die Staatsgesetze und die Staatsaufsicht zugesichert und das Ernennungs- und Bestätigungsrecht der Geistlichen durch die Staatsbehörden unter gewissen gesetzlichen Vorbehalten und mit der Zusage, daß das Gesetz die Befugnisse des Staats hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen regeln werde, aufgehoben war. Vermittelst dieser Bestimmungen hatten die Bischöfe, dank der Nachgiebigkeit und Begünstigung der Hof- und Regierungskreise während der fünfziger und sechziger Jahre mitten in der Monarchie Friedrichs des Großen ihren Kirchenstaat aufgebaut, sogar noch eine katholische Abteilung im Kultusministerium erobert. Bei der Aufstellung der Maigesetze vom Jahr 1873 wurden diese Artikel nicht ganz beseitigt, sondern nur beschränkt, so daß sie von der klerikalen Partei fortwährend als Agitationsmittel benutzt werden konnten. Um nun fernern Mißdeutungen und unberechtigten Auslegungen vorzubeugen, brachte die Regierung im Abgeordneten-
16. April 1875. haus einen Entwurf ein, wonach diese Artikel in Wegfall kommen sollten. Auch diesem Entwurf widersetzte sich das Zentrum unter der Führung von Reichensperger, Windthorst, Schorlemer-Alst mit allen Kräften, aber unter den Schlägen der liberalen Gegner, wie unter den Beweisführungen des Kultusministers und des Reichskanzlers, daß seit der Umwandlung der Episkopalkirche zu einer absoluten Herrschaft des Papstes die Grundbedingungen sich verändert hätten, mithin jene Artikel des Staatsgrundgesetzes hinfällig geworden seien, zerrannen ihre Anstrengungen. Auch diese Gesetzesvorlage wurde in beiden Häusern mit großer
Gesetz vom 18. Juni 1875. Stimmenmehrheit angenommen und vom Landesherrn endgültig genehmigt.

Aufhebung der geistlichen Orden u. Kongregationen. Es entsprach ferner ganz einer klug berechneten Strategie, die im Kriegsstand dem Feind alle Hilfsmittel zu entziehen sucht, wenn um dieselbe Zeit auch die Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlicher Kongregationen
Gesetz vom 31. Mai 1875. der katholischen Kirche vorgeschlagen und zum Gesetz erhoben ward. Nur solche klösterliche Niederlassungen, die sich der Krankenpflege widmen, sollten unter Aufsicht des Staats noch solange fortbestehen dürfen, bis man anderweitigen Ersatz geschaffen. Das eingezogene Vermögen sollte für den Unterhalt der Klosterbrüder und Klosterschwestern, die nicht auswandern oder in den Dienst des Staats treten würden, verwendet werden. Bei der amtlichen Erhebung ersah man mit Erstaunen, daß im preußischen Staat der Gesamtstand der Ordensmitglieder sich auf 8795 in 914 Niederlassungen oder Stationen belief, nämlich 1032 männliche in 78 und 7763 weibliche in 836 korporativen Anstalten.

Verwaltung des Kirchenvermögens.

Damit war die Zahl der neuen Kirchengesetze noch nicht geschlossen. Es wurde noch eine Regierungsvorlage, welche die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden in die Hände gewählter Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter aus dem Laienstand unter Aufsicht des Oberpräsidenten und des Bischofs legt, von beiden Häusern angenommen, und ferner kam auch noch auf den Antrag des Abgeordneten Petri das Gesetz, über die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen zu stande, welches den Altkatholiken da, wo sie einen erheblichen Bruchteil der Bevölkerung bilden, einen verhältnismäßigen Anteil an dem Besitzstand der katholischen Kirche sicherte. Der Protest der Bischöfe gegen die neue „Säkularisation" der geistlichen Güter vermochte die Beschlüsse der Gesetzgebung nicht aufzuhalten. Da aber die Gefahr drohte, daß durch Fernhaltung der Gläubigen von den Wahlen die Verwaltung des Vermögens durchweg in die Hände unkirchlicher oder gar kirchenfeindlich gesinnter Gemeindeglieder geraten würde, so gaben die Bischöfe nachträglich die Erklärung ab, daß sie bei Ausführung des Gesetzes, so sehr dasselbe auch die Rechte der katholischen Kirche beeinträchtige, mitzuwirken bereit seien.

Gesetz vom 20. Juli 1875.

Gesetz vom 4. Juli.

Die Wirkungen der neuen Kirchengesetze.

Diese fünf Gesetze ergänzten und vervollständigten den Waffenvorrat, den die preußische Regierung seit zwei Jahren angesammelt, und setzten sie in stand, dem von der Kurie und der päpstlichen Hierarchie angekündigten Krieg fest und gelassen zu begegnen. Da die Bischöfe fortfuhren, ihre Sache als eine gemeinsame zu behandeln, so traf auch die meisten dasselbe Schicksal der Enthebung von ihren Stellen. Durch das neue königliche Spezialgericht für kirchliche Angelegenheiten ihrer Ämter entsetzt, fielen sie dem Arme der weltlichen Strafgerechtigkeit anheim. Die meisten derselben entzogen sich der über sie verhängten Haft durch die Flucht ins Ausland. Die agitatorischen Hebel, welche die Ultramontanen in der Presse, in Vereinen, im Reichstag und im Abgeordnetenhaus fort und fort einsetzten, hatten wohl die Wirkung, da und dort das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Konfessionsgenossen, besonders in den untern Volksklassen, zu stören; aber die Staatsregierung zeigte den entschlossenen Willen, die Autorität von Gesetz und Obrigkeit aufrecht zu halten. Nur solche Geistliche, welche sich bereit erklärten, den Staatsgesetzen zu gehorchen, wurden von dem „Sperrgesetz" nicht betroffen. Bei dem hierarchischen Druck von oben und den Schmähungen der ultramontanen Eiferer gegen alle „Staatskatholiken" hielten aber fast alle mit ihrer Erklärung zurück, so daß im Lauf der nächsten drei Jahre die Zahl der unbesetzten Pfarrstellen in den preußischen Bistümern sich bereits auf mehr als tausend belief, eine Zahl, die naturgemäß fortwährend wuchs. Der römisch-katholischen Hierarchie lag das religiöse Interesse und das Seelenheil der Gläubigen weniger am Herzen als die geistliche Herrschaft. Daß jedoch auch in den katholischen Landesteilen die gebildeten Stände und das städtische Bürgertum in vorwiegender Mehrheit auf seiten der Regierung standen

Juni und Juli 1875. und den hierarchischen Anmaßungen abhold waren, bewies die Rundreise des Ministers Falk in Rheinland und Westfalen, die sich in den Städten Trier, Bonn, Köln, Düsseldorf zu einem wahren Triumphzug gestaltete. Wie kläglich nahm sich gegenüber diesen Kundgebungen des intelligenten Teils der Bevölkerung die Jubiläumsfeier des „streitbaren“ Bischofs Ketteler von Mainz oder (Aug. 1876.) die Wallfahrt aus, welche eine Anzahl deutscher Katholiken unter Anführung des Grafen von Stolberg zu der Madonna von Lourdes, der Schutzheiligen der (Sept. 1875.) französischen Revanche unternahmen! Auch die Wundererscheinungen zu Marpingen, wodurch die Gründung eines deutschen Lourdes herbeigeführt werden sollte, zerrannen bald durch die Macht der Vernunft und den Ernst der Obrigkeit. Spätere gerichtliche Untersuchungen brachten ein empörendes Gewebe von Aberglauben und Täuschungen, von Einfalt und Betrug an den Tag. Das agitatorische Treiben der Ultramontanen diente nur dazu, auch im Ausland die Religionswut gegen das protestantische Deutschland aufzustacheln. Führte doch das Anerbieten eines belgischen Fanatikers, Namens Duchesne, an den Erzbischof von Paris, den Reichskanzler Bismarck gegen eine bestimmte Geldsumme zu ermorden, zu einem diplomatischen Notenaustausch mit der Brüsseler Regierung. (Febr. und April 1875.) Nach einigem Zaudern gab diese die Erklärung ab, daß sie den Mangel eines Strafgesetzes gegen einen derartigen Fall beseitigen werde. Das Königreich Belgien, das sich eines internationalen Neutralitätsrechts erfreut und unter dem Schild: Freie Kirche im freien Staat ein klerikales Regiment aufgerichtet hatte, war ein günstiges Agitationsfeld für ultramontane Umtriebe.

Der Kulturkampf in den süddeutschen Staaten. Baden.

Die preußischen Gesetze gegen die klerikalen Übergriffe wirkten auch auf die andern Bundesstaaten zurück: als in dem der Mehrzahl nach katholischen Großherzogtum **Baden** der Bistumsverweser Lothar Kübel von Freiburg durch Erteilung der Priesterweihe an unberechtigte Kleriker die Landesgesetze umging, wurde er auf Grund richterlicher Entscheidungen in Strafe genommen. (Mai 1875.) In **Württemberg** (*Württemberg.*) wurde die Verwendung von Ordensschwestern bei öffentlichen Schulen beschränkt oder untersagt, dem Stadtpfarrer Schwarz von Ellwangen, dem ultramontanen Gegner und Anschwärzer des Bischofs Hefele, die Führung des Titels eines päpstlichen Hausprälaten nicht gestattet und jede jesuitische, reichsfeindliche Propaganda scharf zurückgewiesen. In **Bayern** (*Bayern.*), wo ein Heerbann von sechstausend männlichen und weiblichen Ordensmitgliedern für Erziehung und Unterricht der Jugend und für andre Zwecke des Vatikans arbeitet, suchten die liberalen Staatsbürger durch engern Anschluß an das Reich sich vor der klerikalen Umklammerung zu retten. Die Regierung förderte die reichsfreundlichen Bestrebungen, soweit sie sich auf dem Boden der Landesverfassung bewegten. Um so eifriger setzten die Bischöfe, unterstützt von den ultramontanen Heißspornen unter der Führung von Jörg, Freytag, dem Zeitungsredakteur Sigl, alle Hebel ein, um durch Hirtenbriefe, durch Adressen an den König, durch die Beschuldigung, daß man das bayrische Volk „lutherisch“ machen wolle, einen

Umschwung herbeizuführen. In der Zivilehe sahen sie eine Schädigung der katholischen Religion und einen Bruch des Konkordatsvertrags. Insbesondere strengten die Klerikalen, oder wie sie sich selbst bezeichnen, die „Patrioten", alle Kräfte an, um bei den bevorstehenden Landtagswahlen die Majorität zu erlangen und dadurch den Sturz des Ministeriums zu erzielen. Als aber das Wahlergebnis der Art war, daß die Parteien fast gleich stark einander gegen- 15. Juli 1875.
überstanden, die Ultramontanen nur über ein Mehr von zwei Stimmen zu gebieten hatten, da beschuldigten sie die Regierung, daß sie durch eine willkürliche ungerechtfertigte Wahlkreiseinteilung, durch eine neue „Wahlkreisgeometrie", die Zwecke der Liberalen gefördert habe. Gleich bei Beratung der von Jörg verfaßten Adresse an den König fielen so heftige Reden und Angriffe, daß das Ministerium nach der Annahme des Entwurfs durch die Mehrheit der Kammer sich veranlaßt sah, insgesamt ein Entlassungsgesuch einzureichen. Allein der König, durch die Vornahme einer ungesetzlichen Religionshandlung seitens des Bischofs Ketteler in Oggersheim über die Dreistigkeit der Klerikalen gereizt, verweigerte die Annahme der Adresse, sprach den Ministern in einem Handschreiben sein Vertrauen und seine Zufriedenheit aus und ordnete die Vertagung der 21. Okt.
Kammer an. Dieser unerwartete Schlag machte die ultramontane Partei bescheidener und vorsichtiger. Die Mehrheit wiederholte zwar in der nächsten Session ihr Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Lutz-Pfretzschner, 3. März 1876.
aber sie glaubte selbst nicht mehr an einen praktischen Erfolg. Für ein von Jörg beantragtes neues Wahlgesetz, das den Ultramontanen auf lange hinaus eine sichere Majorität verschaffen sollte, konnte die erforderliche Stimmenzahl von zwei Dritteln der Kammer nicht erzielt werden; und als die Partei es durchsetzte, daß eine Reihe von freisinnigen Wahlen in überwiegend katholischen Städten für ungültig erklärt wurde, erlebte sie die kränkende Niederlage, daß die Neu- Mai.
wahlen sämtlich wieder im liberalen Sinn ausfielen. So blieb den Klerikalen nichts übrig, als bei den Budgetberatungen die Minister durch kleine boshafte Abstriche, die für das Ganze von wenig Belang waren, zu ärgern. Noch mehr aber sank ihre Bedeutung, als in ihren Reihen selbst eine Spaltung eintrat in eine extreme „katholische" Fraktion unter Sigls Führung und in eine „bayrisch-patriotische" unter der Fahne Jörgs.

Völlige Umgarnung des Papstes Pius durch die Jesuitenpartei.
Da die Opposition gegen das Deutsche Reich und gegen Preußen ihren Herd und Mittelpunkt im Vatikan hatte, so glaubte Fürst Bismarck auch die Stellung und Haltung des Papstes ins Auge fassen zu müssen. Er machte die italienische Regierung auf die Nachteile aufmerksam, welche für fremde Staaten mit gemischter Bevölkerung aus dem Garantiegesetz entspringen, unter dessen Schutz der Papst ungestraft alle feindseligen Akte ausführen könne. Der Reichskanzler mußte um so mehr gegen die vatikanischen Umtriebe auf der Hut sein, als seit dem Tod 6. Nov.
des langjährigen Kardinal-Staatssekretärs Antonelli und seines Generalvikars Patrizi die Jesuitenpartei noch mehr als zuvor den altersschwachen Papst

Pius IX. in ihre Netze zu ziehen und bei der schroffen Kriegspolitik festzuhalten wußte. Antonellis Nachfolger wurde Kardinal Simeoni, bisher Nunzius in Madrid, ein entschiedenes Mitglied der Gesellschaft Jesu. Unter vatikanischem Schutz konnte Kardinal Graf Ledochowski, der sich dem über ihn ausgesprochenen gerichtlichen Strafurteil durch die Flucht nach Rom entzogen hatte, in Posen gleichsam eine geistliche Nebenregierung gründen, indem er durch einen geheimen Delegierten die katholische polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Staatsgesetze aufreizte, gegen ein Regiment, das der Papst in einer Ansprache an deutsche Pilger mit dem von Attila verglichen hatte. Unter solchen Umständen
28. Febr. 1877. war es gerechtfertigt, wenn Minister Falk den Antrag des Zentrums auf Revision der Maigesetze mit der Erklärung beantwortete, daß zuvor die Beschwerdeführer die Autorität der Staatsgesetze anerkennen müßten, eine Entschiedenheit, die er auch im folgenden Jahr gegenüber der Zentrumspartei festhielt, als diese auf Herstellung der im Jahr 1875 aufgehobenen Artikel der Verfassungsurkunde drang. Einen unersetzlichen Verlust erlitt die ultramontane Partei durch den
13. Juli. Tod des Bischofs Ketteler von Mainz, der auf der Rückkehr von einer nach Rom unternommenen Reise erkrankte und in dem bayrischen Kloster Burghausen starb. Der vom Mainzer Domkapitel zum Bistumsverweser gewählte Moufang, einer der hitzigsten Vorkämpfer der vatikanischen Kirchenpolitik, erhielt nicht die staatliche Bestätigung.

3. Reichs- und preußische Politik bis zur Mitte der siebziger Jahre. Militärgesetz und Rechtseinheit.

Die Regierung und die feudale Partei. Während die preußische Regierung ihren schweren Kampf gegen die römische Hierarchie führte und die Grundlagen der nationalen Einheit im Reich zu befestigen bestrebt war, hatte sie zugleich im eigenen Lande manche Widerstandskräfte zu überwinden, welche das Königreich bei den alten Ordnungen und Gewohnheiten zu erhalten, es von der Bahn des Fortschritts abzulenken suchten. Wollte Preußen seiner neuen Aufgabe genügen, das leitende Haupt in dem Staatenbund des jungen Reichs sein und bleiben, so mußte es trachten, wie in den Heeres- und Kriegsangelegenheiten, so auch in dem ganzen Staatsleben sich auf der Höhe der Zeit zu halten, in keinem Zweig, sei es der Verwaltung, sei es des Gerichts- oder Unterrichtswesens, hinter einem andern Bundesstaat zurückzustehen. Nun hatten sich aber in der preußischen Monarchie aus der Vergangenheit noch viele feudale Elemente und veraltete Einrichtungen erhalten, welche für den modernen Staat nicht mehr geeignet waren. Es ist aus den frühern Blättern bekannt genug, wie sehr der kleinere Grundadel, mit dem landläufigen Namen „Junker" bezeichnet, der fortschreitenden Entwickelung des öffentlichen Lebens in Staat und Kirche grundsätzlich widerstrebte, jede Reform, welche die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Stände, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Rechte der Volksvertreter zu begründen oder zu fördern beabsichtigte, zu hintertreiben

bemüht war. Früher einflußreich als „die kleine, aber mächtige Partei", konnten sich diese Kreise in den neuen Verhältnissen, in den höhern Aufgaben des preußischen Staats nicht zurechtfinden. Dem „Königtum von Gottes Gnaden" in Loyalität ergeben, bereit „mit Gott für König und Vaterland" auf dem Schlachtfeld ihr Leben einzusetzen, betrachteten sich die „Junker" als die Stützen und Wächter des Throns und suchten die konstitutionellen Formen, die rechtlichen Beschränkungen eines auf Vereinbarung zwischen Herrscher und Beherrschten beruhenden Rechtsstaats von der Monarchie fern zu halten oder in ihrer Entwickelung zu hemmen. Ihre Anschauungen bewegten sich in Begriffen und Gedankenkreisen, die für die gegenwärtige Lage und Aufgabe Preußens zu eng und abgeschlossen waren; von den Ministern Bismarck und Eulenburg, die früher zu ihnen gezählt wurden, hatten sie sich losgesagt; sie standen dem modernen Staat und dem allgemeinen Zeitbewußtsein nicht minder schroff gegenüber als die Ultramontanen. Wenn auch bei der Regierung wenig beteiligt, hatte der grundherrliche Adel durch seinen Sitz im Herrenhaus auf das Staatsleben immer noch einen bedeutenden Einfluß, und er wußte stets im rechten Augenblick seine Kräfte geltend zu machen, um Reformen entgegenzutreten, welche seine überlieferten Vorrechte, seine patriarchalische Stellung gegenüber den Bauernschaften und Gemeinden zu mindern drohten. Nun beabsichtigte die Regierung, die östlichen Provinzen des Königreichs, wo diese Reste der Feudalzeit, diese privilegirte, patriarchalische Ausnahmestellung des grundherrlichen Landadels mit seinem umfangreichen Grundbesitz und die büreaukratische Bevormundung noch am meisten in Geltung bestanden, im Sinne der Selbstverwaltung und bürgerlichen Gleichheit in eine Verfassung zu setzen, daß sie hinter den westlichen Provinzen und den andern Staaten des südlichen und mittlern Deutschland in staatsbürgerlicher Freiheit nicht zurückständen, mit den Entwickelungsstufen, welche das öffentliche Leben anderwärts erstiegen, in Übereinstimmung treten möchten.

Zu dem Ende arbeitete die Regierung den Entwurf einer neuen Kreisordnung aus, welche, die Reformen des Freiherrn vom Stein vervollständigend, die freie Bewegung der kommunalen Verbände fördern, das Volk zur Beteiligung an der Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten heranziehen, die büreaukratische Bevormundung durch die Selbstverwaltung erfrischen und die Willkür der Beamten durch gesetzliche Vorschriften beschränken sollte. Diese neue Kreisordnung, welche die Grundlage einer künftigen gleichmäßigen Organisation aller Provinzen bilden sollte, wurde vom Haus der Abgeordneten mit großer Mehrzahl angenommen; aber im Herrenhaus, wo „dem alten und befestigten Grundbesitz" eine über seine soziale Bedeutung hinausgehende Vertretung eingeräumt war, trat der feudale Adel wie eine geschlossene Phalanx den Regierungsvorlagen schroff entgegen, so daß diese nicht durchgebracht werden konnten. Nach langen erregten Debatten, wobei die Feudalen mit leidenschaftlicher Verbissenheit für ihre Standesinteressen in die Schranken traten, weder den persönlichen Wunsch des Kaisers,

Kreisordnung und Pairsschub.

23. März 1872.

noch das Staatswohl beachtend, wurde der Reformplan mit großer Mehrheit
31. Okt. 1872. zurückgewiesen. Da griff die Regierung zu einem wirksamen Mittel: sie berief fünfundzwanzig neue Mitglieder in das Herrenhaus, mit deren Beihilfe die
Gesetz vom 13. Dez. 1872. Vorlage die gesetzliche Mehrheit erhielt und die neue Kreisordnung in Kraft treten konnte. Durch diesen „Pairsschub", zu dem König Wilhelm nur mit Mühe bewogen werden konnte, wurde die Macht des Junkertums im Herrenhaus geschwächt. Schon damals rieten namhafte Stimmen zu einer durchgreifenden Reform dieses Faktors der gesetzgebenden Macht durch zweckmäßigere, den Machtverhältnissen des Adels und Herrenstandes mehr entsprechende Zusammensetzung, eine Reform, die mit der Zeit unabweislich sein wird. Aus Unmut über den Widerstand, den er bei der Maßregel gegen das Herrenhaus bei einigen
Dez. seiner Kollegen fand, legte Fürst Bismarck das Präsidium des Staatsministeriums nieder, sich auf die Leitung der auswärtigen Politik zurückziehend. Der Kriegsminister Graf Roon übernahm den Vorsitz, im nächsten Jahr aber
Nov. 1873. wurde dem Fürsten Bismarck die Ministerpräsidentschaft aufs neue übertragen.

Die Kreisordnung war die Grundlage einer neuen preußischen Verwaltungsgesetzgebung. Jeder Kreis bildet danach einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet; größere Städte bilden einen Kreisverband für sich. Dem vom König ernannten, als Organ der Staatsregierung an der Spitze der Verwaltung stehenden Landrat tritt ein Kreistag und ein von diesem erwählter Kreisausschuß zur Verwaltung der Kreisangelegenheiten zur Seite. Das frühere unverhältnismäßige Überwiegen der Großgrundbesitzer in der Kreisversammlung war zu gunsten der Stadt- und Landgemeinden erheblich abgeschwächt. Auch für die Verwaltung in den Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirken enthielt das Gesetz eine Reihe neuer wohlthätiger Bestimmungen. Das Ziel dieser Reform war Ausbau der konstitutionellen Staatsordnung durch möglichst allseitige Teilnahme des Volks an den Funktionen der Staatsgewalt sowie durch den großen Grundsatz einer Verwaltung nach Gesetzen. Dieses Ziel wurde erreicht durch eine möglichst weitgehende Dezentralisation der Verwaltung, durch Übertragung dieser dezentralisierten Gewalt an eine ehrenamtliche Selbstverwaltung an Stelle des Berufsbeamtentums und durch Aufstellung fester gesetzlicher Bestimmungen und eines richterlichen Schutzes in einer neugeschaffenen Verwaltungsjustiz gegenüber der bisherigen Beamtenwillkür.

Spekulationssucht und Gründerwesen. Im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben traten zu derselben Zeit Mißstände hervor, die große Aufregung erzeugten und Abhilfe verlangten. Schon seit Jahren war durch die wachsende Gründungs- und Spekulationssucht einzelner Unternehmer und Gesellschaften große Unsicherheit in die Geschäftswelt gekommen, mancher Unerfahrene und Leichtgläubige in Armut und Vermögensruin geraten. An den Namen Stroußberg, den typischen Vertreter einer waghalsigen unsoliden Börsenspekulation, knüpften sich traurige Erinnerungen. Nach dem französischen Krieg war, nicht ohne Mitschuld des Goldstroms der Milliarden, der Unternehmungsgeist ins Fieberhafte und Unnatürliche gewachsen. Durch mancherlei beunruhigende und betrübende Zeichen der Zeit sah sich der Abgeordnete Lasker

bewogen, im Anfang des Jahres 1873 im preußischen Landtag eine scharfe 14. Jan. 1873.
Kritik an den wirtschaftlichen Erscheinungen des Tages und insbesondere an den Vorgängen bei neueren Eisenbahnbauten zu üben, die Klage zu erheben, daß der Staat ohne genügende Prüfung Konzessionen zu Privateisenbahnen erteile, wodurch oft die Unternehmer auf Kosten der Aktienkäufer sich unbillige Vorteile zuwendeten. Das Handelsministerium wurde beschuldigt, bei solchen Konzessionserteilungen nach Gunst und Ungunst zu verfahren. Man nannte vornehme Namen, die daraus Gewinn gezogen. Darauf wurde von seiten der Regierung eine Untersuchung angeordnet, infolge deren der Geheimrat Wagener sich veranlaßt sah, aus seiner bisherigen einflußreichen Stellung auszuscheiden; auch in der Leitung des Handelsministeriums trat ein Personenwechsel ein, indem Achenbach an Stelle des Grafen Itzenplitz trat. Ein allgemeines Mißtrauen und ein schwankender Kredit durchdrang die wirtschaftlichen Kreise; man suchte bei der Gesetzgebung Schutz und Hilfe gegen Übervorteilung, Täuschung und Betrügerei, und bald hatte die Ungesundheit einer maßlos gesteigerten industriellen Produktion und Aktienspekulation einen erschütternden Rückschlag in dem großen „Krach" und dem jahrelangen Daniederliegen von Handel und Wandel zur Folge.

Stimmung im Reich und Neuwahlen zum Reichstag. 1874.

Am 10. Januar 1874 fanden neue Wahlen zum Reichstag statt; sie veränderten wenig an dem bisherigen Charakter der Versammlung; das Zentrum erlangte einige Verstärkung; die größte und leitende Partei aber blieben die Nationalliberalen, welche im Verein mit den gemäßigten Konservativen den Ausschlag gaben und eine feste Stütze der Regierung darboten. Nicht bloß in Baden, in Hessen, in Württemberg war die nationale Idee im Fortschreiten, hatte der Partikularismus, der in Darmstadt und Stuttgart lange in den Hofkreisen begünstigt worden war, an Boden verloren und seinen hohen Schutz eingebüßt; auch in Sachsen standen Volksvertretung und Regierung treu zum Reich. Selbst in Bayern, das die Ultramontanen gern als ihre eigentliche Domäne, als das Schlachtfeld ihrer künftigen Siege ansehen, hielt die Regierung tapfer die Reichsfahne hoch, wahrte die Rechte des Staats auf dem Gebiete der Schule und des konfessionellen Lebens mit Kraft und Erfolg und suchte die nationale Politik aufrecht zu halten gegen die stürmenden Anläufe der ultramontanen und partikularistischen „Patrioten" der altbayrischen Lande. Der unerwartete Studienausflug des jungen Monarchen nach Paris und Versailles im August 1874 hatte ebensowenig politische Bedeutung, wie der Übertritt der Königin-Mutter, einer Tochter des preußischen Königshauses, zur katholischen Kirche.

Die Parteien des Reichstags und ihre Führer.

Es dürfte hier der Platz sein, auf die Parteien des Reichstags, wie sie alsbald nach Errichtung des Reichs sich gestalteten oder auch aus bereits früher bestandenen Parteibildungen sich erhielten, einen Blick zu werfen. Wir haben das ultramontane Zentrum, das seine bei dem großen Einfluß der katholischen Geistlichkeit überaus festen Wahlsitze vorzugsweise in Rheinland, Westfalen,

Oberschlesien und Bayern besitzt, unter seinen kampflustigen und begabten Führern Windthorst, v. Mallinckrodt († 1874), v. Schorlemer-Alst, v. Franckenstein, den Brüdern Reichensperger, in den vorangegangenen Blättern genugsam kennen gelernt. Die Partei zählte andauernd nahezu ein viertel sämtlicher Reichstagsmitglieder. Noch weit überlegen an Zahl in ihren besten Jahren war ihr die nationalliberale Partei mit gemäßigt liberalen und entschieden nationalen Grundsätzen, unter Führern von hoher Begabung, wie von Bennigsen, Miquél, Marquardsen, Buhl, Gneist, Hammacher, Lasker († 1884), von Stauffenberg, von Forckenbeck, Rickert, Bamberger. Die fünf letztgenannten Parlamentarier traten in der Folge (1880) mit zahlreichen Gesinnungsgenossen, hauptsächlich wegen ihrer streng freihändlerischen, auch politisch weiter nach links gehenden Grundsätze aus der Partei aus, konstituierten sich zuerst selbständig als „Liberale Vereinigung" (Sezessionisten) und verschmolzen sich dann als „Deutschfreisinnige" mit der alten Fortschrittspartei. Dadurch wurde in der Folge der Einfluß des gemäßigten Liberalismus erheblich geschwächt. Die nationalliberale Partei hatte hauptsächlich in den neuen und westlichen Provinzen Preußens, in den süddeutschen Bundesstaaten, in den mittleren und Kleinstaaten Norddeutschlands und Thüringens ihre Wahlsitze, die sie mit wechselndem Erfolg vornehmlich gegen die deutschfreisinnige oder Fortschrittspartei zu verteidigen hatte. Die letztere Partei, mit demokratischen und entschieden freihändlerischen Grundsätzen, stand unter der Leitung von Männern wie Eugen Richter, Hänel, Virchow. Noch weiter links stehen die Sozialdemokraten, die es indessen über die Vertretung von etwa einem Dutzend industrieller Wahlkreise hinaus niemals brachten. Bebel und Liebknecht waren ihre meistgenannten parlamentarischen Führer. Auf der Rechten saßen die beiden konservativen Fraktionen, in stark wechselnder, aber bei dem unbeschränkten Wahlrecht niemals ausschlaggebender Anzahl. Bei der starken Anziehungskraft, die gerade auf diese Richtungen der Staatsdienst übte, fehlte es den konservativen Parteien meist an Führern ersten Rangs. Dazu kamen dann noch die kleinen Gruppen der Polen, Welfen, Elsässer.

Eröffnung des Reichstags 5. Febr. 1874. Der neue Reichstag wurde am 5. Februar von dem Reichskanzler eröffnet. Der Kaiser, schon längere Zeit unwohl, hatte sich bei Gelegenheit der Beerdigung der in Dresden am 14. Dezember 1873 verstorbenen verwitweten Königin Elisabeth eine neue Erkältung zugezogen. Auch der bisherige Präsident Simson war durch Krankheit zurückgehalten. An seiner Stelle wählte das Haus den geschäftskundigen Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses von Forckenbeck zum Vorsitzenden. Es war ein Reichstag von größter Bedeutung für die Ausgestaltung des neuen staatlichen Organismus. Zum erstenmal war auch das Reichsland Elsaß-Lothringen mit fünfzehn Abgeordneten vertreten.

Elsaß-Lothringen. Mit größter Spannung sah man die Deputirten, welche das Reichsland nach dreijähriger provisorischer Verwaltung als seine Vertrauensmänner nach

der neuen Hauptstadt geschickt, in geschlossener Reihe in den Versammlungssaal treten, voran die beiden Bischöfe von Straßburg und Metz in geistlicher Kleidung. Mit ihrem Erscheinen schlossen sich die letzten Lücken im Reichstag; alle Stämme und Glieder hatten ihre freigewählten Repräsentanten. Man wußte, daß die wiedergewonnenen Lande den neuen Brüdern keinen guten Willen entgegenbrachten; daß sie die durch eine fast zweihundertjährige Dauer zur Gewohnheit gewordene französische Herrschaft zurückwünschten. Aber daß die neuen Deputierten, anstatt die durch große Ereignisse geschaffene Lage als eine Notwendigkeit, als ein Verhängniß hinzunehmen und sie nach Möglichkeit in ihrem Interesse zu bessern, mit einem Protest gegen die Einverleibung beginnen und den Deutschen zumuthen würden, das zurückerworbene Gut wieder herauszugeben, hatte man doch nicht erwartet. Selbst in der eignen Mitte scheint der Antrag des Abgeordneten Teutsch: der Reichstag wolle beschließen, daß die Bevölkerung Elsaß- 18. Febr. 1874. Lothringens, welche, ohne darüber befragt worden zu sein, dem Deutschen Reich durch den Friedensvertrag von Frankfurt einverleibt worden ist, sich über diese Einverleibung auszusprechen berufen werde, einiges Erstaunen erregt zu haben; wenigstens fand sich der Bischof Räß von Straßburg in seinem Gewissen gedrungen zu erklären: die Elsaß-Lothringer seiner Konfession seien keineswegs gemeint, den Vertrag von Frankfurt, der zwischen zwei großen Mächten abgeschlossen worden, in Frage zu stellen. Wie zu erwarten stand, wurde der Antrag fast ohne Erörterung verworfen, ebenso ein andrer Antrag, sich im Reichstag der französischen Sprache bedienen zn dürfen. Darauf nahmen die Reichsboten des neuerworbenen Landes, wenngleich seit der Erklärung des Straßburger Bischofs gespalten, an den Verhandlungen der Versammlung nur geringen Anteil; manche kehrten vor der Beendigung in die Heimat zurück, um nicht durch ihre Anwesenheit den Schein auf sich zu laden, als ob sie die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich anerkennten. Die Zurückbleibenden schlossen sich an die Zentrumsfraktion an, die jene dann auch ihrerseits bei dem Antrag auf Beseitigung der noch gesetzlich bestehenden Ausnahmevollmachten 3. März. bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit, insbesondere in bezug auf Preß- und Vereinswesen, des sog. Diktaturparagraphen unterstützte, einem Antrag, der schließlich abgelehnt ward, aber zu vielen Klagen und Rügen gegen die deutsche Verwaltung Anlaß gab. Mit schlagender Schärfe, hier und da durch humoristische Bemerkungen seine Rede würzend, beleuchtete der Reichskanzler die Haltung und den Standpunkt der Elsässer im Spiegel der geschichtlichen Vergangenheit und gab ihnen die tröstliche Versicherung: wenn sie erst zweihundert Jahre zu Deutschland gehört haben, werden sie sich überzeugen, daß sie bei uns angenehmer gelebt haben; dann werden sie an der ursprünglichen Stammesgemeinschaft mit ebenso warmer Energie hängen, wie jetzt diejenige Anhänglichkeit ist, welche die Herren in einem so vortrefflich geläufigen Deutsch für Frankreich kund geben.

Reichs-Preßgesetz vom 7. Mai 1874. Nachdem der Reichstag nach heißen Debatten über ein neues Preßgesetz sich mit der Regierung verständigt, ein Gesetz, das zwar durch Beseitigung des Zeitungsstempels und andrer drückenden Abgaben materielle Erleichterung schuf, aber in betreff der Verantwortlichkeit der Redaktoren periodischer Schriften und der Strafbestimmungen über Vergehen und Verbrechen durch die Presse viel Widerspruch in den Reihen der Opposition fand, wurde der wichtigste Gegenstand, das Militärgesetz, in Beratung gezogen. Bekanntlich gab die Heeresorganisation mit Verlängerung der Dienstzeit schon vor der Entstehung des Reichs die Hauptveranlassung zu dem Konflikt zwischen dem Abgeordnetenhaus und der Regierung in Preußen (XV, 2. 106 ff.) Der König, dem diese aus seinem eignen Haupt entsprungene Militärreform ganz besonders am Herzen lag, setzte endlich seinen Willen durch und der Streit wurde unter dem Eindruck der preußischen Waffenerfolge in den sechziger Jahren glücklich beseitigt. Die Regelung der Angelegenheit im Norddeutschen Bund haben wir früher (XV, 2. 290) kennen gelernt. Nach Beendigung des Kriegs mit Frankreich, worin die Militärreform so glänzend die Probe bestanden, beschloß man in Berlin, diese Heeresorganisation in den wesentlichen Zügen über das ganze Reich auszudehnen. Zu dem Ende wurde, bis die dazu erforderlichen Vorarbeiten und Entwürfe vollendet sein würden, auf dem ersten Reichstag ein Provisorium errichtet, das, nachträglich bis zu Ende des Jahres 1874 verlängert, die Regierung ermächtigte, ein Reichsheer zu schaffen, welches auf ein Prozent der Bevölkerung berechnet eine Friedenspräsenzstärke von 401,659 Mann umfassen sollte, und zu dessen Unterhalt und Ausstattung ein Pauschquantum von 225 Thalern für den Kopf zu erheben. Da diese Summe nicht ausreichend war, so traf man die Auskunft, daß in den Verpflegungslisten die volle Zahl aufgeführt ward, thatsächlich aber eine Verringerung durch Beurlaubungen stattfand. Als die Zeit des Pauschquantums sich ihrem Ende näherte, legte die Regierung den Entwurf eines dauernden Organisationsgesetzes vor. Die Vorlage, die im Jahr 1873 zuerst eingebracht, aber erst im Frühjahr 1874 beraten wurde, war in gewissem Sinn eine Kodifikation der Pflichten und Rechte der wehrhaften Bevölkerung, ein umfassendes Reichsmilitärgesetz. Das Schwergewicht lag aber in den Paragraphen, welche die Höhe der Friedenspräsenzstärke und die organisatorische Gliederung, die Zahl der Kadres (Bataillone, Eskadrons, Batterien) feststellten. Die Präsenzziffer war nicht über 1 Prozent der Zählung von 1867 (401,659 Mann) erhöht, diese Zahl sollte jedoch jetzt vollständig unter den Fahnen stehen und die wirklichen Ausgaben für diesen Friedensstand in den Reichshaushalt einzeln aufgenommen werden. Die Grundlage der Berechnung aber, die Präsenzziffer, sollte gesetzlich feststehen, so daß sie für alle Zukunft ohne Zustimmung der Regierungen nicht vermindert werden könnte. Es lag auf der Hand, daß dadurch das Budgetrecht des Reichstags gegenüber dem Heer in enge Grenzen, auf außerordentliche Ausgaben, neue Einrichtungen u. dgl. eingeschränkt wurde, und darum fand

die Vorlage heftigen Widerspruch. „Eine dauernde Feststellung der Friedenspräsenzstärke vernichtet das Budget in seinem Kerne", führte der Abgeordnete Lasker aus, „indem sie dessen praktische Ausübung beschränkt auf die Fälle notwendig werdender Mehrbewilligungen, da bei den materiellen Ausgaben für das Heer (Löhnung, Bekleidung, Nahrung des Soldaten) zwar wohl eine Kritik, kaum aber eine wirksame Abminderung möglich ist, sobald einmal die Ziffer der Soldaten feststeht, für die solche Bedürfnisse bewilligt werden müssen." Vergebens bewies Moltke, dem bei der Erkrankung des Reichskanzlers die Verteidigung der Regierungsvorlage in erster Linie überlassen blieb, daß eine Militärmacht in der vorgeschlagenen Höhe zur Erhaltung des Reichs in seiner errungenen Stellung, wie zur Sicherung des europäischen Friedens notwendig sei; daß man den lebenskräftigen Fortbestand des deutschen Heeres in seiner bewährten Organisation nicht alle Jahre den Schwankungen der Budgetdebatten aussetzen dürfe; vergebens wurde von andrer Seite geltend gemacht, mit der Heeresbewilligung verhalte es sich wie mit der Steuerbewilligung; das Recht einer unbedingten Steuerverweigerung könne praktisch nie in Anwendung kommen, weil sie den Staat selbst bedrohe; ebenso würde das dem Reichstag zustehende Recht, die Präsenzstärke periodisch zu bewilligen, in der Hand einer reichstreuen Mehrheit eine leere Form, in der Hand der Gegner eine Gefahr für das Vaterland sein. Die Opposition war eine so weitgehende, daß wenig Aussicht zur Durchführung des Entwurfs sich öffnete. Schon sprach der Kaiser den Generalen, die ihm bei seinem Geburtstag ihre Glückwünsche darbrachten, die Bekümmernis aus, daß über der Armeeorganisation, die sein eigenstes Werk sei, um deren Durchführung er jahrelang so schwer gerungen, jetzt, nachdem sich dieselbe doch wiederholt als zweckmäßig bewährt, wiederum eine Krisis zu schweben scheine. 22. März 1874.

Die Frage war noch unentschieden, als der Reichstag über die Ostern Ferien machte. Diese gaben den Abgeordneten Gelegenheit, sich über die Volksstimmung Aufklärung zu verschaffen. Und da konnten sie denn überall wahrnehmen, daß die öffentliche Meinung der Wiederholung eines Konflikts im innersten Grund der Seele abgeneigt war, daß die Opposition durchaus bei der Nation keinen Nachhall habe. Wenn in den Zeiten des Bundestags der Liberalismus stets auf Minderung der Militärlast gedrungen und dadurch seine Popularität erhalten hatte, so stellte sich jetzt ein andres Bild dar: das Bürgertum nahm entschieden Partei für die Armee; es wollte die Militärmacht in ihrer Organisation und Stärke gesichert und sie vor dem zufälligen Votum seiner eignen Vertreter gesetzlich geschützt sehen. Diese Wahrnehmung brachte manchen Reichsboten zum Entschluß, das Prinzip der jährlichen Budgetbewilligung im Militärwesen nicht auf die Spitze zu treiben, nicht in doktrinärem Eigensinn einen neuen Streit über das Reich zu bringen. Man wünschte nach Erneuerung der Sitzungen zu einem Austrag, zu einer Verständigung mit der Regierung zu gelangen, da jetzt die Zeit nicht sei, in welcher der neue deutsche Staat einen Konflikt zwischen seiner Das militärische Septennat.

Regierung und dem Reichstag auf dem Gebiet der Heeresverfassung vertragen könne. Dieser Stimmung gab der Abgeordnete v. Bennigsen Ausdruck, indem er im Einverständnis mit vielen seiner Parteigenossen einen Kompromißvorschlag einbrachte, dahin gehend: die Festsetzung des Friedenspräsenzstandes der Armee durch ein Gesetz, verbunden mit der jährlich zu bestimmenden Ausgabesumme des Kriegsetats im Budget, solle angenommen werden, aber nur für einen begrenzten Zeitraum von sieben Jahren. Zwei Strömungen, bemerkte er im Eingang, durchzögen die Nation und die Reichsversammlung: „die eine Strömung geht davon aus, daß es vor allen Dingen erforderlich ist, die Integrität und Sicherheit unsres Staatswesens nach außen zu verbürgen und darauf hin die Grundlage unsrer Armeeverfassung unerschütterlich und dauernd festzustellen. Die andre Richtung geht von denjenigen Rechten aus, welche einer Volksvertretung in jedem konstitutionellen Staatswesen unaufhörlich beiwohnen müssen. Wären die Gegensätze in diesem Fall unvereinbare, so würde ich sagen: die Rechte der Volksvertretung bei der Bewilligung im Budget, selbst bei den größten Summen, für die Armee müssen zurücktreten gegen die Frage der Sicherheit und der Integrität unsres Staats nach außen". Da der Bundesbevollmächtigte, Kriegsminister v. Kameke, Namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgab, daß man auf den Antrag Bennigsen einzugehen bereit sei, so wurde
20. April 1874. schließlich das ganze Gesetz über die Heeresorganisation mit großer Majorität
Gesetz vom 2. Mai 1874. gegen die Ultramontanen und die Fortschrittspartei angenommen, ein militärisches Septennat als Seitenstück zu dem Regierungs-Septennat in Frankreich. Doch setzte es noch viele parlamentarische Kämpfe ab, sowohl von seiten des Zentrums und der Sozialdemokraten, welche eine Verkürzung der Dienstzeit verlangten, als von seiten der Fortschrittspartei, welche, mit Ausnahme von Löwe-Calbe und wenigen andern Mitgliedern, an dem starren konstitutionellen Prinzip festhalten zu müssen glaubte, ehe die Entscheidung getroffen ward. Die Freikonservativen, an ihrer Spitze Graf Bethusy-Huc, versuchten einen andern Ausweg, indem sie neben der Maximalpräsenz von 401,659 Mann eine Durchschnittsfriedenspräsenz von 384,000 Mann aufstellen wollten, so daß das parlamentarische Bewilligungsrecht zwischen beiden Ziffern sich bewegen würde, traten aber schließlich dem Bennigsenschen Kompromiß bei. Im folgenden Jahr kam zur weitern Vervollständigung der deutschen Gesamtwehrverfassung noch ein
Gesetz vom 12. Febr. 1875. Landsturmgesetz hinzu.

Der Mordversuch in Kissingen. Nach Schluß der Reichstagssession im Sommer 1874 wurde die Welt plötzlich aufgeschreckt durch die Nachricht, auf den zur Heilung seiner Gichtschmer-
13. Juli 1874. zen im Bad Kissingen weilenden Reichskanzler sei ein Mordversuch unternommen worden. Der Verdacht lag nahe, daß die ultramontanen Wühlereien und Lästerungen die ruchlose That hervorgerufen. In der Presse, in Wanderkasinos, in Gesellenvereinen war der Haß gegen die Regierung und die Liberalen unaufhörlich aufgestachelt und ein religiöser Fanatismus erzeugt worden, welcher der

deutschen Volksnatur sonst ganz fremd war; in dem Mainzer Katholikenverein unter aristokratischer und klerikaler Führung kamen Anschauungen zum Ausdruck, 24. Juni 1874. die an Vaterlandslosigkeit und Knechtssinn gegen fremde Autorität an die trübsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnerten. Es lag nahe, der durch die maßlose ultramontane Agitation erzeugten Aufregung den Mordanfall auf den Reichskanzler zur Last zu legen, und wenn sich auch bei der gerichtlichen Untersuchung in Würzburg herausstellte, daß der Urheber der Frevelthat, Kullmann, ein verkommener Tischlergeselle aus Magdeburg, nicht das Werkzeug einer Verschwörung gewesen, sondern den Mordplan aus eignem Antrieb gefaßt, so ging doch aus seinen offenen Geständnissen hervor, daß er als Mitglied eines katholischen Gesellenvereins durch die aufreizenden Reden und das agitatorische Treiben der Leiter in eine Erregung versetzt worden, aus welcher die verbrecherische That entsprang. Glücklicherweise wurde der Reichskanzler, der gerade den Arm zum Gruß erhoben, nur an der rechten Handwurzel ungefährlich gestreift; aber ein banges Gefühl durchzog die Nation, welche Folgen für das noch im Werden und Bilden begriffene Reich ein Gelingen des Mordanschlags hätte haben können. Kullmann wurde von dem Schwurgericht zu Würzburg zu vierzehn Jahren 31. Okt. Zuchthaus verurteilt, und die klerikalen Wortführer und Zeitungen bemühten sich aus allen Kräften, von ihrer Partei jede Urheberschaft und Mitschuld abzuleugnen, die ganze Begebenheit in ihrer Bedeutung abzuschwächen, den Thäter als einen halbverrückten, kaum zurechnungsfähigen Menschen hinzustellen; aber der Reichskanzler gab dem Gefühl der Nation den rechten Ausdruck, als er in der Folge den Ultramontanen, welche einen leidenschaftlichen Angriff gegen die Politik Bismarcks richteten, zurief: Mögen Sie sich auch noch so sehr von dem Mörder lossagen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße! Der Angriff im Reichstag war hauptsächlich von Jörg ausgegangen, der schon im Juni im bayrischen Abgeordnetenhaus einen, freilich durch Abfall aus den eignen Reihen vereitelten, jesuitischen Fechterstreich gegen den Kultusminister Lutz geführt.

Gegenschläge gegen das ultramontane Treiben.

Das erschütternde Ereignis von Kissingen war eine Mahnung an die Freunde deutscher Weltanschauung und nationaler Reichspolitik, auch ihrerseits sich mehr um die untern Volksschichten zu bekümmern und dem religiösen Fanatismus der Gegner durch Erweckung vaterländischen Gemeinsinnes entgegenzuwirken. Durch Volksbildungsvereine, durch Kriegervereine und durch andre gesellige Veranstaltungen suchte man dem agitatorischen Treiben der Ultramontanen ein wirksames Gegengewicht zu schaffen. Auch dem Bestreben, den Sedantag zu einer allgemeinen Nationalfeier zu erheben, lag die Absicht zu Grunde, dem vaterländischen Sieges- und Machtgefühl einen entsprechenden Ausdruck zu geben. Die hirtenamtliche Abmahnung gegen die Feier durch Bischof Ketteler fand selbst in katholischen Kreisen Widerspruch und trug nicht wenig bei, daß „der Geburtstag des neuen Deutschen Reichs" am 2. September fortan in ganz Deutschland als ein Nationalfest gefeiert ward. Daneben gab sich auch auf

wissenschaftlichem und religiösem Gebiet ein reges Streben kund, die dem Papismus und dem Unfehlbarkeitsdogma abgeneigten Kräfte zu sammeln und zu einem aktiveren Vorgehen anzuspornen. Auf einer unter Döllingers Vorsitz zu
14. Sept. 1874. Bonn abgehaltenen Unionskonferenz wurde die Idee angeregt, alle „altkatholischen" Episkopalkirchen, die wie die griechische, anglikanische, deutsch-niederländische den römischen Supremat nicht anerkennen, zu einem gemeinsamen Verhalten gegenüber dem jede nationale Gliederung verschmähenden vatikanischen
6. Sept. Papalsystem zu vereinigen; und auf einer Generalsynode der deutschen Altkatholiken in Freiburg unter der Leitung des Bischofs Reinkens wurde der Fortbau der von Rom und dem Jesuitismus abgewandten Religionsgemeinden auf den Grundlagen der altkirchlichen Lehren und Ordnungen beraten und ins Werk gesetzt.

Auch der große Sensationsprozeß gegen den Grafen Harry von Arnim,
Der Prozeß Arnim. der bei seiner Abberufung von dem Botschafteramt in Paris mehrere wichtige Aktenstücke und Briefschaften, namentlich über die künftige Papstwahl, der Kanzlei vorenthalten und in seinen eignen Besitz genommen, war nicht ohne allen Zusammenhang mit den Zerwürfnissen zwischen Staat und Kirche. Der Graf, ein alter Genosse der Kreuzzeitungspartei und mit der Politik des ihm früher befreundeten Reichskanzlers gegen Rom und Versailles nicht mehr einverstanden, hatte den Verdacht erweckt, daß er von den vorenthaltenen Schriftstücken einen dem Fürsten Bismarck nachteiligen Gebrauch machen wolle. Nahe verwandt mit Savigny, dem Sohn des berühmten Rechtslehrers, einem Diplomaten und Abgeordneten, der, obwohl Abkömmling einer um des Glaubens willen einst aus Frankreich ausgewanderten Hugenottenfamilie, aus persönlichen und religiösen Gründen der Zentrumspartei sich angeschlossen, gehörte Arnim, wenngleich evangelischer Konfession, der katholisierenden feudalen Kamarilla an, welche der herrschenden Berliner Politik eine andre Richtung zu geben bemüht war und in hohen Kreisen einflußreiche Gönner hatte. Er war mit der deutschen Kirchenpolitik nicht einverstanden und begünstigte die Bestrebungen zur Herstellung der legitimen Monarchie in Frankreich mehr als es in der Politik des Reichskanzlers lag. Wie leicht konnte sich das von Lamarmora gegebene Beispiel indiskreter Veröffentlichung amtlicher Urkunden wiederholen! Von dem Auswärtigen Amt vor dem Berliner Stadtgericht des Vergehens angeklagt, Aktenstücke der Gesandtschaftskanzlei in Paris an sich gebracht und trotz ergangener Aufforderung nicht voll-
4. Okt. ständig abgeliefert zu haben, wurde Graf Arnim in Untersuchungshaft genommen und nach längern aufregenden Gerichtsverhandlungen zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt, die in der Appellationsinstanz auf neun Monate erhöht wurde. Im Disziplinarverfahren wurde ferner auf Entlassung aus dem Dienst erkannt. Arnim rächte sich durch die Flugschrift: Pro nihilo! in scharfen Angriffen auf den Reichskanzler, worauf eine Anklage wegen Landesverrats, Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Reichskanzlers gegen den im Ausland
Okt. 1876. weilenden Diplomaten erfolgte. Dies führte zu einer Verurteilung zu fünf-

jähriger Zuchthausstrafe. Vor der Vollstreckung oder der Wiederaufnahme des Verfahrens beim Reichsgericht starb aber Graf Arnim (Mai 1881). Die bei Gelegenheit dieses Prozesses veröffentlichten diplomatischen Depeschen erregten in ganz Europa die größte Aufmerksamkeit und warfen manche interessante Streiflichter auf das geschichtliche Leben der jüngsten Vergangenheit, gaben aber auch einen neuen Beweis von der großartigen Behandlung der Politik von seiten des Reichskanzlers und seinem genialen Geist. Er durfte der öffentlichen Meinung kühn das Urtheil überlassen; denn das Auswärtige Amt in Berlin „hat saubere Wäsche". Um so mehr wurde das deutsche Volk gegen Schluß des Jahres durch die Gerüchte beunruhigt, der Fürst gedenke sich seiner erschütterten Gesundheit halber und aus Mißstimmung über manchen Widerstand im Reichstag von den Staatsgeschäften zurückzuziehen. Doch gelang es, diesen Entschluß, der bei dem noch unfertigen Zustand des Reichs sehr verhängnisvoll hätte werden können, wieder rückgängig zu machen.

Im Jahr 1875 wurde an die Fortführung der preußischen Verwaltungsreform, zunächst in den ältern östlichen Provinzen, durch eine **Provinzialordnung** auf Grund der bereits bestehenden Kreisordnung (XV, 2. 497) Hand angelegt. Die Vorlagen fanden viel Widerspruch, sowohl bei der Fortschrittspartei, welcher sie noch zu viele „büreaukratische" Bestandteile enthielten, als bei den Konservativen, namentlich im Herrenhaus, wo man manche Bestimmungen zu radikal fand. Indessen kam es doch zur Verständigung über die Provinzialordnung und die damit in Verbindung stehenden Gesetze über die Verwaltungsgerichte und die Dotation der Provinzen, so daß die neue auf dem Prinzip der Selbstverwaltung ruhende Organisation am 1. Januar 1876 für die fünf alten östlichen Provinzen des Königreichs ins Leben treten konnte. Die Provinzialordnung regelte die kommunale Selbstverwaltung auf ihrer oberen Stufe. Jede Provinz bildet danach einen mit Korporationsrechten ausgestatteten Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten und wird vertreten durch einen von den Stadtvertretungen und Kreistagen gewählten Provinziallandtag, der seinerseits den Landesdirektor und die übrigen leitenden Beamten der Provinzialverwaltung wählt. Unter der Oberleitung der Staatsbehörden trat damit eine kommunale und landschaftliche Autonomie und Selbstthätigkeit mit gewählten Vertretern ins Leben, welche eine verständige und zweckmäßige Verbindung provinzieller Selbstverwaltung und einheitlicher Staatsregierung zum Ziele hatte und im folgenden Jahr durch das „Kompetenzgesetz" einen Schritt weiter geführt wurde. Um die Durchführung dieser Verwaltungsreform, welche das büreaukratische Beamtenregiment durch die Mitwirkung der Laien an den Arbeiten der Verwaltung erfrischen will und durch die Einführung der Verwaltungsgerichte einen weitern Schritt vom Polizeistaat zum Rechtsstaat gethan hat, erwarb sich Graf **Friedrich Eulenburg**, der seit Dezember 1862 an der Spitze des Ministeriums des Innern stand, große Verdienste, ein konservativer Staatsmann, der

Fortführung der Verwaltungsreform in Preußen.

Provinzialordnung vom 29. Juni 1875.

1876.

aber mit der Zeit immer mehr die Berechtigung mancher liberalen Forderungen anerkannte und darüber nicht selten mit dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten in Meinungsverschiedenheiten geriet, welche ihn in der vollen Ausführung seiner Reformpläne hinderten. März 1878. Als er seine Entlassung genommen, hatte er seinen Vetter, Graf Botho Eulenburg, zum Nachfolger, der nach Kräften bemüht war, die Grundgedanken des Reformwerks gegen die rückschrittliche Strömung zu sichern und fortzuführen. Doch gelang ihm dies keineswegs vollständig, und auch er geriet bald in Meinungsverschiedenheiten mit dem Fürsten Bismarck, die im Februar 1881 seinen Rücktritt zur Folge hatten. Ein weiterer Schritt vorwärts geschah zwar in der Landtagssession des Jahres 1880 durch das Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung. Unter Eulenburgs Nachfolger von Puttkamer aber, der die Leitung des Kultusministeriums mit derjenigen des Innern vertauschte, wurde eine Revision angestrebt und teilweise durchgeführt, welche vielfach die Grundlagen der durch die freisinnige Gesetzgebung geschaffenen Selbstverwaltung und Rechtssicherheit bedrohte. Doch wurde in spätern Jahren die Kreis- und Provinzialordnung allmählich auf die westlichen und neuen Provinzen, sowie auf Posen, mit den durch die eigenartigen Verhältnisse gebotenen Veränderungen, ausgedehnt.

Justizgesetze. Mit der organisatorischen Thätigkeit in dem preußischen Staatswesen ging der Ausbau der Reichsgesetzgebung Hand in Hand. Ein gewaltiger Schritt zur Erweiterung und Befestigung der nationalen Einheit geschah in der zweiten Hälfte des Jahres 1876 durch die großen Justizgesetze über eine gemeinsame Gerichts- und Prozeßordnung, ein Werk, an dem jahrelang durch den Bundesrat und eine Reichstagskommission mit dem hingebendsten Fleiß gearbeitet worden war und das die ganze Summe wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung der deutschen Rechtskunde darstellte. Die Entwürfe des Bundesrats stießen im Reichstag in vielen Punkten von vorwiegend politischer Bedeutung auf heftigen Widerspruch, so daß, als nach langen ernsten Debatten keine der beiden Körperschaften in mehreren wichtigen Bestimmungen, namentlich über das Strafverfahren bei Preßprozessen, nachgeben wollte, die ganze mühevolle Arbeit fruchtlos zu zerrinnen drohte. Erst in der dritten Lesung wurde, hauptsächlich durch die patriotische Bemühung der nationalliberalen Partei, nach ein- 21. Dez. 1876. gehenden Verhandlungen durch gegenseitige Zugeständnisse ein Kompromiß geschlossen, welches die Durchführung des für die nationale Einheit so bedeutsamen Werkes ermöglichte. Die beiden hauptsächlichsten Punkte des Streits wurden dahin entschieden, daß die Verweisung der Preßvergehen vor die Schwurgerichte da wo sie bestand (in Süddeutschland) beibehalten, aber nirgends neu eingeführt, der Zeugniszwang bei Preßvergehen aber aufrecht erhalten wurde. Zivil- und Strafprozeß, Konkursordnung und Gerichtsverfassung wurden damit einheitlich geregelt. In Ergänzung der Reichsjustizgesetze wurde in der nächsten April 1877. Session der Beschluß gefaßt, daß das künftige Reichsgericht seinen Sitz in Leipzig

haben sollte, ein kleiner Sieg der partikularistischen Bestrebungen im Bundesrat, im Verein mit einer liberalen Strömung im Reichstag, welche von der Niedersetzung des Gerichts in Berlin eine Gefährdung seiner Unabhängigkeit befürchtete.

Schon vorher war auch der Grund zu einem gemeinsamen bürgerlichen Recht gelegt worden und es ging damit ein neues wichtiges Anliegen der nationalen Einheit seiner Vollendung entgegen. Bis zum heutigen Tag waltet hier eine bunte Rechtsverschiedenheit. In den alten preußischen Provinzen gilt meist das preußische Landrecht, in andern norddeutschen Gegenden das sog. Gemeine Recht, in der Rheinprovinz, in Rheinhessen, der Pfalz, auch mit einigen Abänderungen in Baden der Code Napoléon, in Bayern eine ganze Reihe verschiedener Rechtssysteme. Unter dieser Zersplitterung entstand die Forderung nach einer einheitlichen Gestaltung des Privatrechts schon zu Anfang unsres Jahrhunderts. Wir erinnern uns des wissenschaftlichen Streits über die Kodifikation des bürgerlichen Rechts (XV, 1. 662). Aber es dauerte lange Zeit, bis sich die Forderung nach einheitlichem Zivilrecht gegenüber eingewurzelten Gewohnheiten und partikularistischen Strömungen Bahn brach. Unter der Herrschaft des Bundestags war an ein solches Werk nicht zu denken. Aber auch in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs war diese Reform noch nicht in die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung gestellt. Erst in der Folge, hauptsächlich auf Betreiben der Abgeordneten Lasker und Miquél, wurde im Dezember 1873 die Zuständigkeit des Reichs auf das gesamte bürgerliche Recht ausgedehnt, worauf dann auch sofort die Vorbereitung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuchs in Angriff genommen wurde (XV, 1. 674). Es wurde eine Kommission hervorragender Juristen eingesetzt, welche in langjähriger mühevoller Arbeit den ungeheuren Stoff bewältigte und ein Werk schuf, in welchem tiefe wissenschaftliche Erkenntnis und reiche praktische Erfahrung Hand in Hand gingen. Die letzte Sanktion durch die Gesetzgebung hat das große Reformwerk indessen noch nicht empfangen.

Vorbereitung zu einem einheitlichen bürgerlichen Recht.

Mannigfache Anzeichen einer wachsenden Verwilderung der Sitten, die Zunahme der Roheits- und Sittlichkeitsvergehen, die leidenschaftlichen Agitationen der klerikalen Fanatiker, die immer rücksichtsloser hervortretenden Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten machten es fühlbar, daß das deutsche Strafgesetzbuch empfindliche Lücken habe und einer Ergänzung bedürfe. „Zwischen dem 1. Januar 1871“, ließ sich der Justizminister Leonhardt im Reichstag vernehmen, „und dem heutigen Tag liegen große soziale und kirchenpolitische Wirren der gefährlichsten Art; die Roheit, die physische wie die moralische, ist gewachsen; gesunken ist die Achtung vor der Autorität der öffentlichen Gewalt; gesunken ist der Sinn für öffentliche Ordnung und Rechtssitte.“ Er brachte daher eine Gesetznovelle vor den Reichstag, durch welche eine Reihe Mängel und Übelstände des Strafgesetzbuches beseitigt, die staatlichen und sittlichen Institutionen

Schärfung des Strafrechts.

3. Dez. 1875.

sowie die obrigkeitlichen Organe gegen feindliche Angriffe geschützt werden sollten. Allein die Besorgnis, die beantragten Strafbestimmungen, besonders die gegen Ausschreitungen der Preß- und Redefreiheit gerichteten, die man wegen ihrer Dehnbarkeit und Vieldeutigkeit als Kautschukartikel bezeichnete, möchten eine neue Reaktionspolitik herbeiführen, erzeugte eine so starke Opposition in der Versammlung, daß die Vorschläge der Regierung nur teilweise und mit erheblichen Abschwächungen und Verwahrungen durchgeführt werden konnten. Die Bestimmungen politischen Inhalts wurden größtenteils abgelehnt, dagegen die Strafverschärfungen für Roheits- und Sittlichkeitsvergehen angenommen.

Stellung des Reichs zum Ausland um die Mitte der siebziger Jahre.

Die ruhige gesetzgeberische Thätigkeit wurde indessen fortwährend durch die bedrohliche Weltlage beeinträchtigt. Der Ruf nach einem Revanchekrieg trat in den ersten Monaten des Jahres 1875 in Paris wieder lauter hervor. Das Dreikaiserbündnis vom September 1872 (XV, 2. 470) war in den Augen der Franzosen eine Erneuerung der Heiligen Allianz, der man durch eine Vermehrung der militärischen Streitkräfte begegnen zu müssen glaubte. Wie sehr die Berliner Regierung sich Mühe gab, jeden Verdacht kriegerischer Absichten zu zerstreuen, die bedeutenden Pferdeaufkäufe von seiten Frankreichs, das französische „Kadresgesetz“ (13. März 1875), welches durch Verstärkung der Regimenter den Bestand der Gesamtkriegsmacht um 144,000 Mann erhöhte, und eine Vorkehrung, wodurch die Mobilmachung des aktiven Heeres rascher als bisher ins Werk gesetzt werden konnte, waren bedenkliche Anzeichen. In den Blättern wurde die Frage erörtert: Ist der Krieg in Sicht? Die deutsche Regierung war auf ihrer Hut. Sie erließ zunächst ein Verbot der Pferdeausfuhr und entwickelte nach allen Seiten hin eine solche Wachsamkeit, daß die drohenden Wolken sich verzogen. Nicht wenig mag dazu Kaiser Alexander beigetragen haben, der auf seiner Durchreise nach Ems mit Gortschakow drei Tage in Berlin verweilte (10.–13. Mai) und für Erhaltung des Friedens in Europa wirkte. Wenigstens verstummte für die nächste Zeit das Kriegsgeschrei der französischen Blätter und in Paris suchte man dem militärischen Organisationswerk jeden drohenden Charakter zu benehmen. Die Art indessen, wie der russische Staatskanzler die Frieden stiftenden Dienste des Zarenreichs bei dieser Gelegenheit kund gab, war nicht taktvoll und erregte in Berlin einige Verstimmung. Die Zusammenkunft des russischen und des deutschen Kaisers in Berlin konnte als Gegenstück gelten zu der vorausgegangenen Begegnung (5. 6. April) des österreichischen Monarchen mit dem König von Italien. Bei Gelegenheit einer Reise nach Dalmatien stattete nämlich Franz Joseph dem König Viktor Emanuel einen Gegenbesuch in Venedig ab. Dieser Monarchenzusammenkunft wollte man den Plan einer katholischen Liga unterlegen, in welcher Österreich, Italien und Frankreich zusammengehen sollten. Gern hätte England unter der Maske einer Friedensvermittelung der, wie man in London behauptete, mit Unrecht verdächtigten und bedrohten französischen Republik, sowie den befreundeten Staaten Italien und Österreich die Hand gereicht, um das Dreikaiserbündnis zu Fall zu

bringen; aber weder Bismarck noch Andrassy ließen sich durch die Sirenenstimmen verlocken. Man hörte die Meinung äußern, daß Graf Beust, der österreichische Botschafter in London, bei diesen diplomatischen Schachzügen die Hand im Spiel habe. Seine spätere Versetzung nach Paris in dieselbe wichtige Amtsstellung konnte daher nicht verfehlen, in Berlin neues Mißtrauen zu erwecken. Man glaubte darin ein Zeichen zu erkennen, daß der Einfluß Andrassys im Schwinden begriffen sei und eine Annäherung des östlichen Doppelreichs an Frankreich beabsichtigt werde. Die Kaiserfahrt Wilhelms nach Mailand, die an die ehemaligen Römerzüge der deutschen Imperatoren erinnerte und mit prachtvollen Festlichkeiten in der alten Langobardenstadt gefeiert ward, verscheuchte die 18.—23. Okt. 1875.
letzten Schatten, die das bisherige Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Italien zu verdüstern drohten. Die italienische Presse faßte die Zusammenkunft der beiden Monarchen als Beweis auf, daß nicht die Rasse die Grundlage einer andauernden Freundschaft sei, sondern gemeinschaftliche Interessen und gemeinschaftlicher Kampf für die Ideen des Fortschritts. Das Volk jubelte dem „Kaiser Weißbart" entgegen; und es zeugte von dem Eindruck, den die Zusammenkunft des ersten deutschen Kaisers und des ersten Königs des politisch-geeinten Italien hervorbrachte, daß beide Monarchen in dem großen Rathaussaal zu Mailand die Thatsache ihres Besuchs durch eigne Unterschrift „zum ewigen Gedächtnis" beurkundeten. Die Mehrheit des italienischen Volks hatte es nicht vergessen, daß die geachtete politische Stellung, welche das Königreich unter den Nationen Europas einnimmt, zum guten Teil dem Bund mit Deutschland zu danken war und daß die Sicherheit, welche diese Allianz der Apenninischen Halbinsel gewährte, die Regierung in Rom instandsetzte, den Ausbau des Verfassungswerks zu vollenden. Wurzelte doch in beiden Kulturländern die Entfaltung des nationalen Lebens in derselben weltgeschichtlichen Wendung der europäischen Völkergeschicke. Der italienische Klerus war zurückhaltend. Der Erzbischof von Mailand lehnte die Einladung des Königs zum Festmahl ab. Auch in Österreich war der Einfluß Andrassys stark genug, die in den höhern Gesellschaftskreisen immer noch herrschende Abneigung gegen Preußen und das Deutsche Reich niederzuhalten. Als der Erzherzog Johann Salvator von Toscana in einer Flugschrift vor den gefährlichen „Expansivbestrebungen" Deutschlands warnte und eine Verstärkung der militärischen Kräfte Österreichs empfahl, erlitt er eine Strafversetzung. Erzherzog Albrecht, welcher bisher für den leitenden Geist der antipreußischen Kamarilla gegolten, begab sich zu den Herbstmanövern nach Schlesien, woraus man auf eine Annäherung an Deutschland schließen zu dürfen glaubte. Auch die vorausgegangene Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem Zaren Alexander in Eger wurde als ein Zeichen gedeutet, daß Juni.
man das Dreikaiserbündnis festzuhalten gedenke. Die Verwickelungen im Orient, die wir an einem andern Ort kennen lernen werden, machten ein Zusammengehen Deutschlands und Österreichs in den Donau- und Balkanländern für beide

Staaten ratsam, daher denn auch in den zwei folgenden Jahren, trotz der einschneidenden Meinungsverschiedenheiten über die Erneuerung des Handelsvertrags, die beiden Reichskanzler Bismarck und Andrassy in der auswärtigen Politik gleiche Wege wandelten. Das gute Einvernehmen zwischen den beiden Nachbarmächten fand einige Zeit später seinen Ausdruck in einem Vertrag, wodurch die Schlußbestimmung des Artikels 5 des Prager Friedens, welche eine Abtretung gewisser Gebiete in Nordschleswig an Dänemark bei freier Abstimmung der nordschleswigschen Bevölkerung vorbehielt, aufgehoben und damit ein Stoff für stets wiederkehrende Verwickelungen hinweggeräumt wurde.

11. Okt. 1878. ratifiziert 11. Jan. 1879.

4. Kanzlerkrisis. Attentate auf den Kaiser. Reichstagsauflösung und Sozialistengesetz.

Kanzlerkrisis.

Die zurückhaltende Politik des Reichskanzlers Bismarck in der orientalischen Frage trug wesentlich bei, daß Deutschland und das westliche Europa von der Kriegsfackel verschont blieb. Um so größer war die Beunruhigung des deutschen Volks, als der Fürst im Frühjahr 1877 von neuem seinen Entschluß aussprach, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen, da seine Arbeitskraft erschöpft sei und er der Ruhe bedürfe. Zwistigkeiten mit General von Stosch, dem Leiter der Admiralität, und dessen Erhaltung im Amt durch den Kaiser waren wohl neben andern „Friktionen" die nächste Veranlassung. Der Reichskanzler schloß daraus, daß er nicht mehr die unbedingte Fülle des Vertrauens bei dem Monarchen besitze. Doch auch diesmal wurde ein Ausweg gefunden, den wirklichen Rücktritt zu verhindern. Der Kaiser erteilte dem Reichskanzler einen Urlaub von unbestimmter Dauer, während welcher Zeit er in innern Angelegenheiten durch den Präsidenten des Reichskanzleramts Hofmann, in auswärtigen durch den Staatsminister von Bülow vertreten werden sollte; doch blieb ihm auch während des Urlaubs die verantwortliche Gegenzeichnung der kaiserlichen Erlasse vorbehalten. Aber trotz dieser Auskunft kam die Nation das ganze Jahr über aus den Besorgnissen über die „latente Kanzlerkrisis" nicht heraus. Auch die Hoffnungen, die man in liberalen Kreisen auf die Berufung des Abgeordneten von Bennigsen nach Varzin setzte, gingen nicht in Erfüllung. Die mehrtägigen Besprechungen des Kanzlers und des vieljährigen Leiters der nationalen Partei in den Weihnachtstagen über ein Programm für die innere deutsche und preußische Politik gelangten zu keinem übereinstimmenden Ergebnis. Die Aufnahme noch andrer nationalliberaler Politiker in die Regierung wies der Kanzler zurück, und auch über die wirtschaftlichen Projekte der Steuer- und Zollreform und Bismarcks Lieblingsidee, das Tabakmonopol, konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Eine Entfremdung von den Liberalen und eine Annäherung an die Konservativen war für den Reichskanzler die Folge des gescheiterten Gedankens, eine oder die andre Autorität der Nationalliberalen in die Regierung

29. März 1877.

Ende Dez.

zu berufen. Zudem waren auch bei den neuen Reichstagswahlen die liberalen 10. Jan. 1877.
Parteien nicht unerheblich zu gunsten der konservativen geschwächt worden. Die Unsicherheit der politischen Situation und Stimmung wurde nicht vermindert, als ein Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers 5. Jan. 1878.
bei dem Bundesrat eingebracht wurde, kraft dessen von dem Kaiser, auf Vorschlag des Reichskanzlers, ein oder mehrere Stellvertreter ernannt werden können zur Besorgung der Geschäfte und zur verantwortlichen Gegenzeichnung kaiserlicher Anordnungen für den Fall, daß der Kanzler selbst behindert wäre, seinen amtlichen Obliegenheiten persönlich nachzukommen. Nach der Annahme des Gesetzes durch Bundesrat und Reichstag wurde Graf Otto Stolberg, bisher Gesetz vom 17. März.
Botschafter in Wien, zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums und Vizekanzler des Reichs ernannt. Der gleichzeitige Wechsel in mehreren Ministerien, die Ernennungen des Grafen Botho zu Eulenburg für das Innere an Stelle März.
seines ältern Namensvetters, des bisherigen Oberbürgermeisters von Berlin Hobrecht zum Finanzminister statt Camphausens und des Unterstaatssekretärs Maybach für Handel und Gewerbe an Achenbachs Stelle konnten nicht verfehlen, die Gemüter in Erregung zu setzen, wenn auch die Personen der neuen Minister der Befürchtung vor einer rückschrittlichen Wendung der Politik keinen Vorschub leisteten. Die tiefen Schäden auf wirtschaftlichem Gebiet, Stockungen im Industrie- und Verkehrsleben, Zahlungseinstellungen in der Kaufmannswelt mehrten die Beklemmungen.

Inmitten dieser gespannten und trüben Situation wurde die deutsche Na- Attentate.
tion durch ein entsetzliches Ereignis, einen Mordversuch auf den einundachtzigjährigen deutschen Kaiser, in Angst und Schrecken gesetzt vor einem Feind, der aus den Tiefen der Gesellschaft allmählich zu einer dämonischen Schreckgestalt herangewachsen war, vor der revolutionären sozialdemokratischen Bewegung. Als Kaiser Wilhelm an einem Mainachmittage mit seiner Tochter, der Groß- 11. Mai.
herzogin von Baden eine Ausfahrt machte, wurden von einem Klempnergesellen aus Leipzig, Namens Hödel, Kolporteur sozialdemokratischer Schriften und Zeitungsblätter, „Unter den Linden" zwei Schüsse nach dem Wagen gefeuert, doch glücklicherweise ohne zu treffen. Die Frevelthat war das Werk eines verkommenen jungen Menschen, der sich in einem sitten- und zuchtlosen Strolchenleben herumgetrieben und, wie es scheint, das Verbrechen ohne Mitschuldige aus eignem Antrieb begangen hatte, aber sie war der Ausfluß der revolutionär-sozialistischen Zeitkrankheit, die sich epidemisch fortgepflanzt und immer weitere Kreise ergriffen hatte. Auf die Kunde von dem Vorfall ließ Fürst Bismarck, in Friedrichsruh weilend, den Entwurf eines Ausnahmegesetzes zur Stärkung der Regierungen gegen revolutionäre Vereine und Agitationen ausarbeiten und nach Zustimmung des Bundesrats dem gerade versammelten Reichstag vorlegen. Allein der allzu eilig zusammengestellte Entwurf, der eine große Partei und Bewegung unter ein Ausnahmerecht stellen wollte, fand bei der Mehrheit der

24. Mai 1878. Reichsversammlung keine Billigung und wurde abgelehnt. Als Grund zur Ablehnung wurde geltend gemacht: daß die Regierungen den Ausschreitungen der Sozialdemokratie zunächst mit einer stetig strengen Anwendung der bestehenden Gesetze kräftig entgegentreten und dann, falls sie dabei Lücken in der Gesetzgebung über Vereine, Versammlungen oder über die Presse entdecken sollten, in einer nächsten, nötigenfalls außerordentlich zu berufenden Session deren Ausfüllung beantragen möchten. Noch verkannte man die Höhe des Notstandes und konnte sich mit dem Gedanken eines Ausnahmegesetzes nicht befreunden. Kaum war der Reichstag geschlossen, als zwei neue Schreckensbotschaften das deutsche
31. Mai. Volk erschütterten: der Untergang des neuen mächtigen Panzerschiffs Großer Kurfürst nahe an der englischen Küste, wobei etwa 250 Matrosen und See-
2. Juni. soldaten den Tod in den Wellen fanden, und ein zweiter Mordanfall auf den Kaiser, gleichfalls „Unter den Linden", der eine Verwundung des Monarchen durch Schrotkörner an Gesicht, Schulter und Arm zur Folge hatte. Der Urheber dieses zweiten Attentats, ein Dr. Nobiling, gehörte den gebildeten Ständen an, und da er infolge eines Selbstmordversuchs in geistige Schwäche und Unzurechnungsfähigkeit verfiel und in diesem Zustand einige Zeit nachher starb, so ist nie klar zu Tage getreten, inwieweit die Freveltat mit den sozialdemokratischen Grundsätzen oder ihren Bekennern in Zusammenhang stand. Nur soviel ging aus den Verhören hervor, daß auch er sich in nihilistischen und sozialdemokratischen Vorstellungskreisen bewegt hatte, wenn schon persönliche Eitelkeit und die Sucht, von sich sprechen zu machen, den Hauptantrieb zu der verbrecherischen That gegeben haben mögen. Da die Verwundungen, wenn auch zum Glück nicht lebensgefährlich, den Kaiser auf längere Zeit an das Krankenlager fesselten und ihn an der Vollziehung der nötigen Unterschriften hinderten,
4. Juni. so übertrug er dem Kronprinzen die volle Stellvertretung in der obern Leitung der Regierungsgeschäfte.

Reichstagsauflösung. Obwohl nach der furchtbaren Erschütterung ganz Deutschlands durch den zweiten Mordversuch auch von der damaligen Volksvertretung die Zustimmung zu Ausnahmemaßregeln gegen die revolutionäre Agitation der Sozialdemokraten zu erlangen gewesen wäre, so beschloß dennoch der Reichskanzler, bei dem Bundesrat den Antrag der Auflösung des Reichstags und Anordnung neuer Wahlen zu stellen. Er hoffte, daß bei der allgemeinen Entrüstung der Nation über die hochverräterischen Verbrechen und über viele von tiefer Entsittlichung und Verwilderung der Gesinnungen zeugende Fälle roher Majestätsbeleidigung die Neuwahlen die konservative Richtung im Reichstag verstärken und daß auch die Liberalen ihre doktrinäre Abneigung gegen Ausnahmegesetze angesichts der dem Staat und der Gesellschaft drohenden Gefahren überwinden würden. Wir haben in frühern Blättern (XV, 1. 734 ff.) die weite und gefährliche Ausdehnung geschildert, welche diese Bewegung angenommen hatte, solange man sie frei schalten und walten ließ. Hatte es auch bisher die sozialdemokratische Partei in der Reichsversamm-

lung selbst nicht über ein Dutzend Mitglieder gebracht, so war doch bei allen Wahlen eine so große Stimmenzahl von Gesinnungsgenossen hervorgetreten, daß zu befürchten stand, bei dem allgemeinen Stimmrecht, bei der despotischen Parteidisziplin der Sozialisten und bei der bewußten oder unbewußten Unterstützung von seiten der partikularistischen, klerikalen und reichsfeindlichen Elemente möchten immer mehr Leute von der Farbe der Bebel, Liebknecht, Hasselmann, Most zu Reichsboten gewählt werden. Die immer zügelloser auftretende Agitation gegen die Grundlagen unsres Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, die Aufhetzung der Arbeiterklassen gegen die ganze soziale Weltordnung forderte die Staatsgewalt dringend zu energischer Abwehr heraus. Die Auflösung wurde denn auch wirklich von dem Kronprinzen in Stellvertretung des Kaisers vollzogen und die neue Wahl auf den 30. Juli festgesetzt. Um dieselbe Zeit als der europäische Friedenskongreß in den Prachträumen des neuen, ehemals Radziwillschen Reichskanzlerpalais in der Hauptstadt eröffnet ward, rüsteten sich in allen Reichslanden die verschiedenen Parteien zu den Wahlkämpfen. Die Zurückweisung der frühern Gesetzesvorlage gegen die Sozialdemokratie durch die Parlamentsmehrheit diente der konservativen Presse aller Parteischattierungen zu Angriffen gegen die Nationalliberalen, deren Reihen denn auch bei den Neuwahlen nicht unerheblich gelichtet wurden. Doch waren die gegnerischen Agitationen, unterstützt von Flugschriften, Zeitungen, Versammlungen, Wahlbeeinflussungen und andern Mitteln, nicht vermögend, dem neuen Reichstag in der Grundstellung der Fraktionen einen wesentlich und entscheidend veränderten Charakter zu verleihen, wenn auch die konservativen Parteien um einige Mitglieder verstärkt wurden.

[Randnotizen: 11. Juni 1878. — 13. Juni.]

Als der Reichstag seine Sitzungen wieder eröffnete, war die Genesung des Kaisers, dank der sorgfältigen Pflege durch Gemahlin und Tochter und der eignen kräftigen Natur, soweit fortgeschritten, daß er zur Kur nach Teplitz und Gastein reisen und den Nachsommer in Wilhelmshöhe, in Baden und am Rhein in seiner gewohnten Weise verbringen konnte. Während der Abwesenheit des Kaisers wurde Hödel, der während des ganzen Gerichtsverfahrens den frechen leichtfertigen Charakter eines sittlich entarteten und verkommenen Menschen kund gegeben hatte, durch Richterspruch zum Tod verurteilt und im Hof des Zellengefängnisses zu Moabit enthauptet. Einige Wochen nachher starb Nobiling an Hirnvereiterung und Lungenlähmung. Mittlerweile war der Reichstag zu einer außerordentlichen Session einberufen, um über den von dem Bundesrat mit mehr Reife und Überlegung ausgearbeiteten Gesetzentwurf gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie Beschluß zu fassen. Es waren erregte Sitzungen, in welchen sowohl die Kommission als die Plenarversammlung über die einzelnen Bestimmungen des Sozialistengesetzes beriet, und manches scharfe Wort wurde in der leidenschaftlichen Gemütsbewegung ausgesprochen. Denn wenn auch fast alle Fraktionen bereit waren, der Regierung die zur Bekämpfung der sozial-

[Randnotizen: Sozialistengesetz. — 16. Aug. — 10. Sept. — 9. Sept.]

demokratischen Agitation und zur allmählichen Ausheilung der sozialen Schäden dienlichen Mittel in die Hand zu geben, so wollte doch eine starke Minderheit nicht den Weg des Ausnahmegesetzes beschreiten und war von Mißtrauen und Besorgnis vor reaktionären Eingriffen in die freiheitlichen Rechte und die politische Entwickelung der Nation erfüllt. Insbesondere kam es über die Beschränkung der Geltung des Gesetzes auf die kurze Probezeit von zweiundeinhalb Jahren, von welcher die Nationalliberalen ihre Zustimmung abhängig machten, und über die Zusammensetzung der Beschwerde-Instanz zu starken Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung willigte endlich in die beschränkte Gültigkeitsdauer und in die Errichtung einer besonderen Reichskommission, welche an Stelle des vorgeschlagenen Bundesratsausschusses die Beschwerden und Berufungen gegen die Beschlagnahmen und Verbote der Polizeibehörden entgegennehmen, aus Bundesratsmitgliedern und richterlichen Beamten bestehen sollte. Im Oktober
Gesetz vom 21. Okt. 1878. wurde die außerordentliche Session geschlossen und das neue Gesetz verkündet. Aus der Menge von Zeitungen, Flug- und Zeitschriften, Broschüren und Büchern, die in rascher Folge verboten oder weggenommen, aus der großen Anzahl von Vereinen und Genossenschaften, welche auf Grund des neuen Gesetzes im ganzen Reich geschlossen wurden, erkannte die Welt mit Erstaunen, wie weit die sozialistische Verbrüderung verbreitet und wie mannigfaltig und zahlreich die Organe und Werkstätten waren, durch welche die Aufhetzung getrieben wurde. Die Ausführung des Gesetzes stieß auf keinen Widerstand; nur in Berlin und einigen andern großen Städten glaubte man den schärfsten Paragraphen des neuen Gesetzes in Anwendung bringen, den sog. „kleinen Belagerungszustand“ verhängen und eine Reihe von bekannten Agitatoren ausweisen zu müssen. Und doch waren die begeisterten Freudenbezeugungen der gesamten Bevölkerung, als der genesene
5. Dez. Herrscher wieder nach Berlin zurückkehrte, sowie die freiwilligen Gaben, welche ganz Deutschland für die „Wilhelmsspende“, eine Stiftung der Wohlthätigkeit, als Dankopfer für die Rettung darbrachte, der ungezwungen hervortretende Ausdruck von der loyalen Gesinnung der Hauptstadt wie der Nation. Darauf übernahm der Kaiser wieder die Leitung der Regierungsgeschäfte im ganzen Umfang, dem Kronprinzen seinen Dank aussprechend, daß er mit so großer Hingebung im Sinne des Vaters bisher des hohen Herrscheramtes gewaltet. Bei Ablauf der „Probezeit“ wurde die Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes vom Reichstag mehrmals verlängert. Wie sehr auch in Deutschland der wilde Trieb nach Anarchie, Umsturz und Zerstörung viele Gemüter ergriffen, trat in der Folge noch mehrmals in schreckenerregenden Ereignissen zu Tage, so in dem Anschlag des Schriftsetzers Reinsdorf und einiger Verschwornen, den Kaiser und die erlauchte Fest-
28. Sept 1883 versammlung, welche der feierlichen Einweihung des Niederwald-Denkmals beiwohnte, durch eine Dynamitlegung in die Luft zu sprengen. Der Plan mißlang nur infolge der Anfeuchtung der Zündschnur durch Regen. Die Hauptschuldigen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch die

Ermordung des Polizeirats Rumpf in Frankfurt a. M. und andre Ereignisse ähnlicher Art zeugten von der Verwilderung der Gemüter.

5. Umschwung in der Wirtschaftspolitik. Der Reichstag in der Periode von 1878—1881.

Abkehr vom freihändlerischen System.

Immer mehr drängten sich, nachdem die grundlegenden Schöpfungen der Reichsgesetzgebung vollzogen waren, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund: das Reich bedurfte zur Bestreitung seiner wachsenden Bedürfnisse größerer eignen Einnahmen, unabhängig von den Matrikularbeiträgen der Bundesstaaten, und zugleich erhoben sich gegen die bisherige gemäßigt freihändlerische Zoll- und Handelspolitik in weiten und einflußreichen Kreisen schwere Bedenken. Die Reichssteuerreform wollte der Reichskanzler auf die Erhöhung einiger Konsumtionsabgaben gründen, namentlich auf eine Steigerung des Zolls und der Steuer für Tabak, wenn er für sein Lieblingsprojekt, das Tabaksmonopol, einen gefügigen Reichstag nicht finden könnte. Bei seiner Beschäftigung mit Steuerprojekten geriet Fürst Bismarck zugleich immer tiefer in das schutzzöllnerische Fahrwasser, eine wirtschaftspolitische Richtung, welche der hochverdiente Präsident des Reichskanzleramts, Delbrück, nicht mitmachen mochte. Er trat von seiner Stellung zurück und wurde durch den hessischen Minister Hofmann ersetzt. *1. Juni 1876.*

Reichseisenbahnprojekt und Verstaatlichung der Privatbahnen.

Ein anderes geniales, aber ungemein umwälzendes Projekt warf Fürst Bismarck in die Welt mit dem Vorschlag der Erwerbung sämtlicher Staats- und Privateisenbahnen für das Reich. Gereizt durch die Wahrnehmung, daß das auf Grund der Verfassung eingeführte Reichseisenbahnamt, welches sämtliche Staats- und Privatbahnen der Oberaufsicht des Reichs unterstellen sollte, gegenüber dem Sonderinteresse der einzelnen Regierungen und Gesellschaften den beabsichtigten Zweck einer einheitlichen Verwaltung und gleichmäßiger Fahr- und Frachtpreiseordnung sehr mangelhaft erreichte, nicht einmal eine wirksame Aufsicht zu führen vermochte, und daß selbst ein Reichseisenbahngesetz starkem Widerstand begegnete, warf Fürst Bismarck die zündende Idee hin, die einen wahren Sturm, teils der Zustimmung, mehr aber noch des Widerspruchs in der ganzen Nation erregte. Die Mittelstaaten, die dadurch abermals ein wertvolles Stück ihrer Souveränität gefährdet sahen, verhielten sich ablehnend; aber in Preußen selbst wurde durch beide Häuser des Landtags das Staatsministerium ermächtigt, die Übertragung der Staatseisenbahnen und der staatlichen Aufsichtsrechte über die Privatbahnen an das Reich einzuleiten und zu gelegener Zeit auszuführen. *März 1876.* Indessen trat das Reichseisenbahnprojekt mit der Zeit in den Hintergrund. Aus Angst vor diesem gewaltigen Plan haben sich seitdem die größern Bundesstaaten durch „Verstaatlichung“ der Privatbahnen in den Besitz ihres Eisenbahnnetzes gesetzt, und auch in Preußen selbst ist die Reichseisenbahnidee zurückgetreten hinter das Streben, alle bedeutenden Linien in Staatsbahnen zu verwandeln,

ein Streben, das durch die großen Bahnankäufe der Jahre 1879 bis 1882 einen mächtigen Schritt vorwärts gethan hat und jetzt durch weitere Verstaatlichungen nahezu vollendet ist, eine der größten und erfolgreichsten finanziellen und wirtschaftlichen Unternehmungen der neuern Zeit, um deren Durchführung sich der Minister Maybach die hervorragendsten Verdienste erworben hat.

Zoll- und Steuergesetzgebung. Die Steuer- und Zollfragen hielten sich andauernd im Vordergrund und setzten die politischen Kreise in stets wachsende Erregung. Gegen die gemäßigt freihändlerische Zoll- und Handelspolitik, wie sie in der Delbrück-Camphausenschen Ära geherrscht, hatte sich in industriellen Kreisen in den Zeiten geschäftlichen Niedergangs eine immer stärkere Opposition erhoben, welche Schutz der Erzeugnisse des heimischen Gewerbfleißes gegen die übermäßige Konkurrenz des Auslandes verlangte und auch bei dem Reichskanzler und in der Volksvertretung wachsenden Anklang fand. Dem Ruf eines großen Teils der Industrie nach erhöhtem Zollschutz schloß sich die Landwirtschaft an. Es bildete sich ein industriell-agrarisches Bündnis zur Änderung unsrer Zollgesetzgebung im Sinne stärkeren Schutzes der „nationalen Arbeit" in Gewerbe und Landwirtschaft. Die Regierung gab dieser Bewegung um so lieber Folge, als sich damit Gelegenheit bot, durch weitere Entwickelung der Finanzzölle eine wesentliche Vermehrung der Reichseinnahmen zu erlangen. War es doch schon lange der Plan des Kanzlers, das Reich finanziell unabhängig zu stellen, durch Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern die wachsenden Bedürfnisse zu bestreiten, so daß die jährlich von den Einzelstaaten zu leistenden Matrikularbeiträge beseitigt, ja aus den Überschüssen der Reichseinnahmen die Mittel zu Steuerreformen in den Einzelstaaten, zu Herabminderungen der direkten Staats- und Kommunalsteuern gewonnen Aug. 1878. werden könnten. Auf einer Konferenz zu Heidelberg verständigten sich die Finanzminister über die Grundzüge dieses Steuerprogramms. Zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des hochschutzzöllnerischen Reichstagsabgeordneten und frühern württembergischen Ministers von Varn-15. Dez. büler eingesetzt, und in einem das größte Aufsehen erregenden Schreiben an den Bundesrat stellte der Reichskanzler sehr weitgehende protektionistische Grundzüge für die neue Zollpolitik auf. Den handelspolitischen Umschwung kündigte die 12. Febr. 1879. Thronrede mit den Worten an: „Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unsern Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsre Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wieder näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat und welche in unsrer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unsrer Zollpolitik zur Seite gestanden haben." In dem neuen Zolltarifentwurf waren durchgängig im schutzzöllnerischen wie im finanziellen Interesse die bestehenden Eingangszölle ansehnlich erhöht, nur unent-

behrliche, in Deutschland gar nicht oder ungenügend erzeugte Rohstoffe freigelassen, eine Reihe bestehender Finanzzölle, namentlich Kaffee, Thee, Wein, wesentlich gesteigert und eine Anzahl neuer Zölle, auf Eisen, Holz, Getreide, Vieh, eingeführt. Vor allem die letztern Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände riefen den lebhaftesten Widerspruch hervor, der u. a. auf dem Berliner Städtetag einen mächtigen Ausdruck fand. Zugleich wurde ein Gesetzentwurf über eine ansehnliche Erhöhung der Tabaksteuer vorgelegt. Es zeigte sich bald, daß im Reichstag eine schutzzöllnerische Mehrheit vorhanden war. Allein in die wirtschaftliche Frage spielte mächtig die politische der konstitutionellen Garantien hinein. Von liberaler Seite verlangte man, daß, wenn das Reich finanziell auf eigne Füße gestellt würde und die Matrikularbeiträge in Wegfall kämen, für den Verzicht auf das in der Feststellung der letztern enthaltene Maß von Steuerbewilligungsrecht ein Ersatz geboten würde, z. B. eine alljährliche Feststellung des Zollsatzes vom Kaffee und der Steuer auf Salz. Unter dieser Bedingung wäre mit nationalliberaler Hilfe die Zoll- und Steuerreform zustandezubringen gewesen. Indessen begnügte sich die ultramontane Zentrumspartei mit den „föderativen Garantien" des Abgeordneten von Franckenstein, wonach derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher 130 Millionen im Jahr übersteigt, an die Einzelstaaten abgeführt werden muß. Damit wurden die Matrikularbeiträge, die bisher nur als ein Provisorium und Notbehelf dastanden, zu einer dauernden, normalen, gesetzlichen Einrichtung gemacht, eine Verkümmerung und Einschränkung der Reichsgewalt auf finanzpolitischem Gebiet, welche der ganzen Reichssteuerreform einen stark föderativ-partikularistischen Stempel aufdrückte. Auf dieser Grundlage wurde der Bund zwischen Konservativen und Zentrum geschlossen und die partikularistische Fortbildung des Reichsfinanzrechts erhielt die Zustimmung des Reichskanzlers. So kam der neue Zolltarif zu stande. Zum erstenmal wurde ein großes Reformgesetz mit Hilfe des Zentrums vereinbart. An Stelle der konservativ-nationalliberalen Mehrheit, von der bisher alle großen Schöpfungen der Reichsgesetzgebung getragen waren, trat zum erstenmal die konservativ-ultramontane Mehrheit, ein für die gesamte politische Lage sehr folgenschweres Ereignis. Es war ein Zeichen der veränderten Situation, daß in diesen Tagen die Minister Falk, Hobrecht und Friedenthal zurücktraten, worauf das Staatsministerium in konservativerer Richtung durch die Minister von Puttkamer, Bitter und Lucius erneuert wurde. Kurz vorher hatte der Oberbürgermeister von Berlin, von Forckenbeck, sein Amt als Präsident des Reichstags niedergelegt, worauf der konservative Herr von Seydewitz an dessen Stelle gewählt wurde. Die Erwartung, daß mit den Zoll- und Steuerbewilligungen des Jahres 1879 sich eine eingreifende Reform und Entlastung in den Steuerverhältnissen der Einzelstaaten bewirken lassen werde, ist nur zum kleinen Teil in Erfüllung gegangen. Zwar konnten in Preußen die Klassensteuer ermäßigt und die zwei untersten Stufen ganz aufgehoben werden

Mai 1879.

Zollgesetz vom 15. Juli 1879.

und auch in andern Staaten zeigte sich eine günstige finanzielle Rückwirkung, allein die Forderung einer weitern Erhöhung der indirekten Reichssteuern zum Zweck der Entlastung an direkten Staats- und Kommunalsteuern wurde auch jetzt nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Indessen wurden die Vorschläge einer Wehrsteuer für die zum Militärdienst nicht herangezogenen Militärpflichtigen und einer Erhöhung der Brausteuer vom Reichstag abgelehnt; nur eine Stempelabgabe auf gewisse Börsengeschäfte wurde noch bewilligt. In der Folge wurden die Schutzzölle noch mehrfach erhöht, namentlich eine weitere Steigerung der Getreidezölle vorgenommen.

Gesetzentwurf über die parlamentarische Strafgewalt. 1879. In lebhafte Erregung wurde die öffentliche Meinung durch eine Vorlage versetzt, welche die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder verschärfen und eine Schutzwehr gegen oratorische Ausschreitungen der Abgeordneten errichten wollte, damit aber zugleich das unantastbare Palladium der parlamentarischen Redefreiheit zu gefährden drohte. Die Vorlage, die besonders den Schutz Außenstehender gegen Beleidigungen und die konsequente Durchführung des Sozialistengesetzes auch in den parlamentarischen Verhandlungen bezweckte, wurde abgelehnt. 1880. 1881. Ebenso erging es in den folgenden Sessionen einem Gesetzentwurf über Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden. Die Verlängerung der Legislaturperioden fand viel Unterstützung; die Entlastung der parlamentarischen Arbeiten aber, welche durch die Einführung von zweijährigen statt einjähriger Budgetperioden in Aussicht gestellt wurde, hätte nur auf Kosten der Machtstellung des Reichstags erkauft werden können.

Einführung der Justizreform. Das Jahr 1879 führte endlich auch eine der wertvollsten nationalen Reformen ins Leben. Am 1. Oktober traten die einheitliche deutsche Gerichtsverfassung und die neuen Prozeßordnungen in Kraft (XV, 2. 508). Im vorangegangenen Jahr war auch ein Gerichtskostengesetz und eine Rechtsanwaltsordnung erlassen worden. Wenn auch die neue Organisation der Rechtspflege in den einzelnen Bundesstaaten, namentlich in Bayern, Württemberg und Baden einschneidende Änderungen des bisherigen Gerichtswesens und Prozeßverfahrens notwendig machte, so half die Erkenntnis von dem hohen Wert dieser Justizreform doch leicht über alle Schwierigkeiten hinweg. An demselben Tag erfolgte auch die Auflösung des Obertribunals in Berlin, welches seit dem vorigen Jahrhundert weit über Preußen hinaus seinen wesentlichen Einfluß auf die Rechtsfindung in Deutschland ausgeübt hatte, eine Auflösung, die nicht ohne den Ausdruck einer Okt. 1879. gewissen Wehmut vollzogen ward. Gleich darauf schied der preußische Justizminister Leonhardt wegen andauernder Krankheit aus dem Amt, das er so lange und mit soviel Erfolg bekleidet hatte, um im folgenden Jahr in seiner hannöverschen Heimat ins Grab zu steigen, ein um die Durchführung der deutschen Justizreform hochverdienter Mann. Sein Nachfolger war Dr. Friedberg. In der Ernennung Simsons zum Präsidenten des Reichsgerichts in Leipzig traf die Regierung eine glückliche, mit allgemeinem Beifall aufgenommene Wahl.

Ein Mann, der seit dem Jahr 1848 an allen wichtigen Ereignissen des deutschen Staatslebens mit soviel Erfolg und Hingebung teilgenommen, war für einen solchen Ehren- und Vertrauensposten besonders berufen.

6. Die Beilegung des kirchenpolitischen Streits. Ausbau der evangelischen Kirchenordnung in Preußen.

Im Februar 1878 starb der greise Papst Pius IX., dessen Schroffheit 7. Febr. 1878.
und Leidenschaft soviel zur Verschärfung des kirchenpolitischen Streits beigetragen. Sein Nachfolger war der Kardinal Pecci, der den Namen Leo XIII. Papst Leo XIII.
annahm, ein weltkundiger Prälat, dem der Ruf eines gemäßigten Mannes von versöhnlichem Charakter vorausging und von dem man hoffen durfte, daß er mit den weltlichen Gewalten sich auf friedliche Weise zu verständigen suchen würde. Er zeigte auch dem deutschen Kaiser in einem eignen Schreiben seine Thronbesteigung an und sprach den Wunsch nach einer Ausgleichung der kirchlichen Streitigkeiten aus, knüpfte auch alsbald mit dem Fürsten Bismarck Unterhandlungen an. Ein Schreiben des Kronprinzen, das dieser in Erwiderung auf die Teilnahmebezeugung des Papstes nach den Attentaten an den Kirchenfürsten erließ, hob zwar mit aller Entschiedenheit die volle Unabhängigkeit des Staats und seiner Gesetzgebung gegen jede außerhalb stehende Macht hervor, sprach aber zugleich den Wunsch und die Hoffnung aus, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar sei, doch die versöhnliche Gesinnung beider Teile auch für Preußen einen Weg zum Frieden eröffnen werde. Zum Staatssekretär wurde an Simeonis Stelle der gemäßigtere Kardinal Franchi ernannt.

Dieser veränderten Stimmung kam auch ein Wechsel in der Leitung des Rücktritt Falks.
preußischen Kultusministeriums entgegen. Juli 1879. Der Minister Falk, der unter dem Ansturm der rückschrittlichen Strömung sein System nicht länger aufrecht zu halten hoffen konnte, wurde, wie wir bereits erwähnt haben, der auf wirtschaftlichem Gebiet vollzogenen Annäherung des Reichskanzlers an die Ultramontanen zum Opfer gebracht. Noch selten hat ein Minister bei seinem Rücktritt vom Amt sich solcher Volkstümlichkeit zu erfreuen gehabt, wie dieser Vorkämpfer gegen die ultramontane Geistesherrschaft. Man war sich bewußt, daß sein Abgang der Anfang einer rückläufigen Strömung in der Kirchen- und Schulpolitik sein würde. Die Persönlichkeit seines Nachfolgers, des Herrn von Puttkamer, und die Wege, die dieser einschlug, waren nicht danach angethan, viel Vertrauen zu erwecken.

Auch innerhalb der evangelischen Kirche (vgl. XV, 2. 489 f.) hatten sich inzwischen Vorgänge vollzogen, welche von dem erfolgreichen Vordringen der strenggläubigen Richtung Zeugnis ablegten. Am 24. November 1875 wurde die im Laufe des Jahres durch die Provinzialsynoden vorbereitete außerordentliche Generalsynode der evangelischen Landeskirche der acht alten Provinzen Preußens im *(Synodalordnung und Erfolge der orthodoxen Richtung in der evangelischen Kirche.)*

Sitzungssaal des Herrenhauses durch den Präsidenten des Oberkirchenrats Herrmann im Namen des Königs, als des Trägers der Kirchengewalt, eröffnet. Nach eingehenden mehrwöchigen Verhandlungen gelangte die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe: der Vereinbarung einer Synodalordnung, welche der evangelischen Landeskirche Preußens eine auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung aufgebaute Repräsentativverfassung verlieh. Ihren Abschluß erhielt die das Ganze der Landeskirche zusammenfassende Generalsynodalordnung im folgenden Jahr
20. Jan. 1876. 9. 21. Mai. durch die Bestätigung des Königs und durch die Zustimmung der beiden Häuser des Landtags zu den auf den Staat und die Behörden bezüglichen Bestimmungen. Aber die Orthodoxen wollten sich mit dem liberalen Geist in der evangelischen Landeskirche nicht befreunden. Die strenggläubige Partei, als deren Haupt der Präsident des Brandenburger Konsistoriums Emanuel Hegel, zweiter Sohn des Philosophen, angesehen werden konnte, klagte über „Entchristlichung des Volks" durch die bürgerliche Standesbuchführung, infolge deren in den größern Städten die Unterlassungen von kirchlichen Trauungen, ja von Taufen immer häufiger würden, über das Übergewicht der Laien in den Synoden, über die staatliche Zulassung von Simultanschulen. Sie suchte durch Gegenbestrebungen die freiere Richtung vom Pfarramt und von den Lehrstühlen fern zu halten und in Verbindung mit der konservativen Partei dem Liberalismus in der Kirche wie in der Politik den Weg zu verschließen. Die Gegensätze schärften sich derart, daß ein Zusammenwirken der Präsidenten des Oberkirchenrats und des Brandenburger Konsistoriums nicht länger möglich schien. Mehrere Vorfälle, in welchen die Strenggläubigen die Wirkungen der im Oberkirchenrat herrschenden freieren Ansichten zu erkennen vermeinten, bewogen Hegel ein Entlassungsgesuch einzureichen. Auf einer Berliner Kreissynode war die Beseitigung des obligatorischen Gebrauchs des apostolischen Glaubensbekenntnisses in Anregung gekommen. Der Prediger Hoßbach aus der Schleiermacherschen Schule wurde trotz einer von den
Juni 1877. Strenggläubigen für unkirchlich erklärten Kanzelrede zum Hauptpastor der Jakobigemeinde in Berlin gewählt. Der Oberkirchenrat hatte unterdessen dem Kaiser ein Gutachten unterbreitet, worin die Entlassung Hegels als eines der neuen Kirchenverfassung prinzipiell entgegenwirkenden Beamten befürwortet war. Allein der Kaiser wollte einen Beamten nicht missen, „dessen Festhalten am strengen Glauben bekannt sei". Ebensowenig aber wollte er in die von Herrmann erbetene Entlassung willigen, einen Mann von seltener Arbeitskraft und juristischer Verstandesschärfe verlieren, der gleichfalls auf dem positiven Boden des Christentums stand, wenn auch gemäßigter und weitherziger, und der das ganze Vertrauen des Kultusministers Falk genoß. Herrmann wurde daher zum Wirklichen Geheimrat ernannt und bewogen, noch länger im Amt zu bleiben. Aber die orthodoxe Strömung gewann in den hohen Kreisen immer mehr Boden: auf Grund eines Protestes, den einige Glieder der Jakobigemeinde auf Anregung eines strenggläubigen Predigers einreichten, wurde die Wahl Hoßbachs nicht bestätigt. Im September las man in der evangelisch-konservativen Presse, der Kaiser habe im Schloß Benrath am Rhein einer Deputation strenggläubiger Geistlichen seine Zustimmung zu ihren Bestrebungen ausgesprochen und dabei ein mißbilligendes Urteil gefällt über die neue Kirchenverfassung, welche dem religiösen Liberalismus Vorschub leiste. Aus solchen Anzeichen glaubte der Oberkirchenrats-Präsident Herrmann folgern zu müssen, daß es ihm nicht gelingen würde, die verschiedenen evangelischen Parteien in den gesetzlich gegebenen Schranken der jungen Synodalverfassung zusammenzuhalten. Er reichte daher
Dez. nochmals ein Gesuch um Entlassung aus seinem Amt ein. Allein der Kaiser hielt mit seiner Einwilligung zurück. Er gewährte dem Präsidenten der höchsten Kirchenbehörde einen längern Urlaub. Erst einige Monate später, als der kirchliche Positivis-

mus in den hohen Gesellschaftskreisen immer mehr Boden gewann und im nächsten Jahr die erhaltenden und rückläufigen Bestrebungen auf staatlichem und kirchlichem Gebiet schärfer sich hervorthaten, erhielt Herrmann seine Entlassung in ehrenvoller Anerkennung seiner Verdienste. Sein großes Werk, die Synodalordnung, blieb zwar in Geltung, auch als der Oberkirchenrat durch zwei Glieder aus dem Kreis der Hofgeistlichkeit verstärkt wurde. Aber als unter den Auspicien Puttkamers im Herbst 1879 die erste ordentliche Generalsynode der preußischen Landeskirche abgehalten wurde, hatten die beiden orthodoxen Richtungen, die Lutherisch-konfessionellen und die Positiv-Unierten, so sehr das Übergewicht, daß Beschlüsse durchgesetzt werden konnten, durch welche die Kirchenverfassung in ihren Grundlagen erschüttert werden mußte. Die Hofprediger beherrschten die Synode fast widerstandslos. So kam es zu Beschlüssen, durch welche die Zivilstandsgesetzgebung des Reichs durchkreuzt, das Pfarrwahlrecht der Gemeinde zum bloßen Schein gemacht, die Kirchenzucht ausschließlich in die Hände des Pastors gelegt, die Simultanschule verurteilt und jeder freiern Anschauung das Recht der Äußerung nicht bloß auf der Kanzel, sondern auch auf dem Katheder aberkannt wurde. Vergeblich setzten sich die Vertreter der Fakultäten im Bund mit einer kleinen Anzahl evangelisch und freigesinnter Synodalmitglieder zur Wehre. Sie fanden zuletzt kaum noch Gehör, und der Schluß der Synode bedeutete den endgültigen Sieg des Dogmatismus in der preußischen Landeskirche.

1879.

Anbahnung des Ausgleichs mit der kathol. Kirche.

Jetzt waren auch die Verhandlungen mit den Häuptern der katholischen Kirche von Erfolg begleitet. Der Reichskanzler wünschte aus politischen Gründen eine Beilegung oder Milderung des Streits mit der römischen Kirche, da er der Mitwirkung der Zentrumspartei bei seinen wirtschaftlichen Gesetzgebungsplänen nicht entbehren zu können glaubte, und im katholischen Volk, wie neuerdings auch im Vatikan, war eine Stimmung vorhanden, welche die Hoffnung erweckte, daß eine billige Verständigung zu erreichen sein würde. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Nunzien Masella und Jacobini in Kissingen und Gastein bahnten eine allmähliche Ausgleichung an. Herr von Puttkamer schlug alsbald wesentlich andre Wege ein als sein Vorgänger Falk. Die Schulreformen wurden, wenn nicht rückgängig gemacht, so doch gehemmt, die Errichtung von Simultanschulen erschwert, die Reorganisation des Volksschulwesens zum Stillstand verurteilt, der Falksche Unterrichtsgesetzentwurf zurückgeschoben. Und als im Mai 1880 im preußischen Landtag eine Gesetzvorlage eingebracht wurde, kraft deren es in die Gewalt der Regierung gestellt sein sollte, eine Reihe von Bestimmungen der Maigesetze in Anwendung zu bringen oder unausgeführt zu lassen, da konnte sich das liberale Deutschland der Sorge nicht entschlagen, daß damit der „Gang nach Canossa" eingeleitet würde. Noch selten hat ein Gesetzentwurf so aufregende und einschneidende Debatten, Beratungen, Verhandlungen und Ausgleichungsversuche zwischen den Parteien hervorgerufen, wie die Vorlage über die diskretionäre Gewalt der Regierung gegenüber den kirchenpolitischen Gesetzen. Falk und seine Gesinnungsgenossen wollten schon in dem bloßen Einbringen einer solchen Vorlage, auch wenn sie zurückgewiesen würde, einen Mißgriff der Regierung erkennen, durch welchen das Ansehen des Staats gegenüber dem herrschsüchtigen Klerikalismus

1878. 1879.

geschwächt und geschädigt würde; und als in die Beratung über die einzelnen Artikel eingetreten ward, strengten die Nationalliberalen alle Kräfte an, von den maigesetzlichen Bestimmungen wenigstens die wichtigsten und folgenreichsten zu retten. Aber auch hier war Gefahr, es möchte sich eine konservativ-ultramontane Majorität bilden und den ganzen Gesetzentwurf, womöglich noch mit Verschlimmerungen, annehmen. Dies zu verhindern, war das Streben eines Teils der Liberalen unter Bennigsens Führung, die an dem Zustandekommen eines Kompromisses unter Beseitigung der bedenklichsten Bestimmungen der Vorlage arbeiteten. Und dies gelang ihnen auch. Die Hauptpunkte, wie die Rückberufung der von dem kirchlichen Gerichtshof abgesetzten und flüchtigen Bischöfe, die diskretionäre Anwendung oder Sistierung der strafrechtlichen Bestimmungen der Maigesetze, wurden ausgeschieden, der Rechtsschutz gegen Mißbrauch der kirchlichen Gewalt aufrecht erhalten und das Gesetz schließlich in einer sehr abgeschwächten und verwässerten Gestalt angenommen. Auf den Artikel von der Rückberufung der Bischöfe hatte man in den Hofkreisen das höchste Gewicht gelegt, damit bei der beabsichtigten Kirchenfeier zur Verherrlichung der Vollendung des Kölner Dombaus Kaiser und Erzbischof gemeinschaftlich und versöhnt zusammenwirken möchten.

Gesetz vom 14. Juli 1880.

Weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze.

Das Gesetz vom 14. Juli 1880 war, trotzdem es unter Widerspruch der Ultramontanen zu stande gekommen und von denselben als gänzlich ungenügend bezeichnet wurde, nicht ohne wohlthätige Folgen für die katholische Kirche. In vielen erledigten Pfarreien konnte die Seelsorge und in den durch den Tod ihrer Inhaber erledigten Bistümern durch Einsetzung neuer Oberhirten eine regelmäßige Diözesanverwaltung wiederhergestellt, die Gehaltsperre aufgehoben werden. Die ultramontane Bewegung und Agitation ließ merklich nach infolge des Entgegenkommens, das die Regierung bewies. Jetzt wurde auch die Vertretung Preußens beim Vatikan wiederhergestellt und Herr von Schlözer, der bisherige Gesandte in Washington, mit der schwierigen Mission betraut, die Beziehungen zur Kurie zu pflegen und weitere Unterhandlungen zu führen. Ein Teil der Bestimmungen des Kirchengesetzes von 1880 besaß nur bis Ende des Jahres 1881 Gültigkeit; sie waren gewissermaßen probeweise erlassen. Zu Anfang des Jahres 1882 legte daher der Kultusminister von Goßler, der Nachfolger des zum Minister des Innern ernannten Herrn von Puttkamer, dem Landtag ein andres Gesetz vor, welches die abgelaufenen Bestimmungen erneuern und in verschiedener Richtung erweitern wollte. Dabei waren auch jetzt die „diskretionären Vollmachten" beibehalten, eine „organische" Revision der Maigesetze abgelehnt, und auch dies Gesetz sollte in wesentlichen Bestimmungen nur für einen kurzen Zeitraum Gültigkeit haben. Wie das Gesetz von 1880 durch Konservative und Nationalliberale, so kam das von 1882 durch Konservative und Zentrum nach langen parlamentarischen Kämpfen zu stande. Die erloschenen diskretionären Vollmachten des letzten Juligesetzes wurden danach auf einige

Gesetz vom 31. Mai 1882.

Jahre erneuert, der berüchtigte Bischofsparagraph angenommen, das sog. Kulturexamen (wissenschaftliche Staatsprüfung) abgeschafft oder sehr erheblich eingeschränkt, das Institut der „Staatspfarrer" beseitigt. Über eine anderweite Regelung des Einspruchsrechts und der Anzeigepflicht bei geistlichen Ernennungen dauerten die Verhandlungen mit der Kurie noch fort. Bald waren alle preußischen Bistümer wieder besetzt, auch einige der gerichtlich abgesetzten Bischöfe wurden wieder zugelassen. Auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen, dessen Wiederbesetzung die größten Schwierigkeiten bereitete, wurde der deutsche Propst Dinder aus Königsberg erhoben. Das fanatische Auftreten des neuen Fürstbischofs von Breslau Herzog in der Frage der gemischten Ehen erregte peinliches Aufsehen. Gleichwohl schritt die Regierung auf der Bahn der Versöhnung fort. Ein neuer in freundlichem Ton gehaltener Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst zeugte Dez. 1882. Jan. 1883.
von der zunehmenden Besserung des Verhältnisses. Ein merkwürdiges Zeichen der Umwandlung der Stimmung war auch der Antrag des Reichskanzlers, in dem wegen des Besitzes der Karolineninseln mit Spanien ausgebrochenen Streit den Papst als Vermittler anzurufen. Fast jedes Jahr brachte nun eine neue kirchenpolitische Vorlage, welche wieder ein Stück von den „Maigesetzen" abbröckelte. Im Jahr 1883 wurde das staatliche Einspruchsrecht auf solche geistlichen Ämter beschränkt, welche stiftungsmäßig dauernd zu besetzen sind. Eine weitere kirchenpolitische Novelle hob das sog. Kulturexamen, den geistlichen Ge- Gesetz vom 21. Mai 1886.
richtshof und das Verbot der Errichtung neuer Knabenseminare und Knabenkonvikte endgültig auf, schränkte die Berufung an den Staat gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden wesentlich ein, erweiterte die Zulassung und Wirksamkeit der krankenpflegenden Orden, erklärte das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente für straflos. Gegen die Verpflichtung zu einer weitern Revision verstand sich jetzt die Kurie zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei neu zu besetzenden Pfarreien. Um den Fortgang des Friedenswerks erwarb sich der Bischof Dr. Kopp von Fulda, der später zum Fürstbischof von Breslau ernannt wurde, ein milder versöhnlicher Priester, der auch als Mitglied des Herrenhauses erfolgreich in die parlamentarischen Verhandlungen eingriff, große Verdienste. Jetzt wurden auch die Klerikalseminare in Fulda, Trier u. a. O. zur wissenschaftlichen Vorbildung von Geistlichen wieder eröffnet. Die in Aussicht gestellte weitere Revision wurde dann in einem fünften Kirchengesetz vorgenommen. Dasselbe beschränkte den staatlichen Einspruch gegen die Anstellung von Geist- Gesetz vom 29. April 1887.
lichen auf den Fall, daß der Anzustellende aus einem dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiet angehörigen Grund für die Stelle nicht geeignet ist, hob den staatlichen Zwang zur dauernden Besetzung der Pfarrämter und das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel auf, sofern diese Zuchtmittel sich auf das rein religiöse Gebiet beschränkten, und setzte fest, daß durch Beschluß des Staatsministeriums diejenigen Orden, welche sich der Aushilfe in der Seelsorge, der Übung der christlichen Nächsten-

liebe oder einem beschaulichen Leben widmen, wieder zugelassen und die weiblichen Orden auch wieder mit der Leitung höherer Töchterschulen betraut werden konnten. Namentlich die Wiederzulassung der Orden, sogar zum Unterricht, erregte in liberalen Kreisen schwere Bedenken. Indessen durch Konservative und Zentrum wurde auch dieses Gesetz angenommen. In den wesentlichsten Stücken war damit das System, auf welchem die Falksche Gesetzgebung beruhte, durchlöchert und aufgehoben. Der langjährige Kampf war nicht zum Sieg des Staats entschieden worden, und ob die Verständigung damit dauernd hergestellt, ein aufrichtiger »modus vivendi« errichtet ist, die friedliebenden Mächte in der katholischen Kirche die kampflustigen demagogischen Elemente der ultramontanen Partei niederzuhalten vermögen, liegt noch im Schoß der Zukunft verborgen.

Kampf um die Schule.

Die ultramontane Agitationspartei nahm alsbald mit großem Eifer den Kampf um die Herrschaft in der Schule auf. Das erlöschende Feuer des „Kulturkampfs" sollte auf diesem Gebiet wieder angefacht werden. Wiederholte Anträge des Abg. Windthorst hatten den Zweck, unter dem Vorwand, der Kirche die Erteilung des Religionsunterrichts zu sichern, thatsächlich die Herrschaft in der Schule der Geistlichkeit auszuliefern. Indessen ist diesen Bestrebungen sowohl von der Regierung, als der Mehrheit der Volksvertretung kräftiger Widerstand geleistet worden, getreu dem altpreußischen Grundsatz, daß die Schule eine Veranstaltung des Staats ist. Die günstige Finanzlage gestattete den Erlaß eines Gesetzes über die Erleichterung der Volksschullasten, wonach den zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten ein Beitrag aus der Staatskasse zur Lehrerbesoldung gewährt wurde gegen Aufhebung des Schulgeldes unter gewissen Bedingungen. Auch dieses Gesetz wurde von den Ultramontanen als ein weiterer Schritt zur Verstaatlichung des Schulwesens bekämpft.

Gesetz vom 14. Juni 1888.

Maßregeln zum Schutz des Deutschtums gegen das Polentum.

Während die preußische Regierung mit dem deutschen Katholizismus Frieden schloß, sah sie gleichzeitig sich genötigt, gegen die Hilfstruppen der Ultramontanen, die Polen, energische Mittel der Abwehr zu gebrauchen. Das Zurückgehen des deutschen Wesens, das Vordringen des Polentums in den östlichen Provinzen war seit längerer Zeit eine besorgniserregende Wahrnehmung. Seit Anfang des Jahres 1885 waren aus den östlichen Grenzlandschaften Ausweisungen von Ausländern polnischer Nationalität in größerm Umfang vollzogen worden. Die preußische Regierung erwehrte sich auf diese Weise der Überflutung mit polnischen Zuzüglern, die in ihrem stets wachsenden Maß gerechte Besorgnisse hervorrufen mußte. Es mochten im einzelnen Härten und Mißgriffe vorgekommen sein, im ganzen konnte man der Maßregel im nationalen Interesse die Berechtigung nicht absprechen. Im Reichstag aber wurde das Vorgehen von den Polen, unterstützt von den Ultramontanen und Deutschfreisinnigen, zu einem heftigen Angriff gegen die Regierung benutzt, obschon die in den Grenzen der landeshoheitlichen Zuständigkeit Preußens erlassene Maßregel keineswegs zur

Kompetenz des Reichs gehörte, wie eine kaiserliche Botschaft mahnend hervorhob. Gleichwohl ließ sich eine bunt zusammengesetzte klerikal-fortschrittlich-sozialdemokratisch-polnische Mehrheit zu einem mißbilligenden Votum, zu einer feindseligen 16. Jan. 1886. Demonstration in einer Frage von ernstester nationaler Bedeutung fortreißen. Der elsässische Protestmann Simonis konnte diesen Tag als den schönsten und herrlichsten begrüßen, den er seit zwölf Jahren im Reichstag erlebt habe. Das preußische Abgeordnetenhaus aber, das wesentlich anders zusammengesetzt war, eine konservativ-nationalliberale Mehrheit besaß, erkannte an, daß die ergriffenen Maßregeln durch das Interesse des Deutschtums gerechtfertigt seien, und erklärte sich bereit, die in der Thronrede angekündigten positiven Maßregeln zur Sicherung des Bestands und der Entwickelung der deutschen Bevölkerung und deutschen Kultur in den östlichen Grenzprovinzen zu unterstützen. Es folgte alsdann im preußischen Landtag eine positive Gesetzgebung, welche den Schutz und die Erhaltung des April. Deutschtums durch die Beförderung deutscher Ansiedelungen vermittelst Ankaufs polnischer Güter und durch verschiedene Maßregeln auf dem Gebiet der Schule in der Richtung einer bessern Pflege der deutschen Sprache und der Abwehr polnischer Agitation bezweckte.

7. Die Reichsgesetzgebung von 1881—1889. Sozialpolitik. Militärgesetz. Reichstagsauflösung.

Die wirtschaftlichen Pläne des Reichskanzlers, namentlich das Projekt des Neuwahlen zum Reichstag. Tabakmonopols, hatten in weiten Kreisen des Volks soviel Beunruhigung und Beängstigung hervorgerufen und eine rührige radikale Agitation hatte durch übertriebene Schilderung der von der rückläufigen Strömung drohenden Gefahren für die freiheitlichen Errungenschaften so große Besorgnisse vor einer durchgreifenden Reaktion erzeugt, daß die neuen Wahlen zum Reichstag den extrem-liberalen Parteien, der Fortschrittspartei und den aus der nationalliberalen Partei ausgeschiedenen „Sezessionisten" von radikal-freihändlerischer Richtung, ansehnliche Verstärkung zuführten. 27. Okt. 1881. Die alte Mehrheit aus den konservativen Parteien und dem gemäßigten Liberalismus, auf der ein Jahrzehnt lang in den besten und fruchtbarsten Zeiten die Gesetzgebung beruht hatte, war jetzt zerstört. Dagegen besaßen die oppositionellen Parteien, Zentrum und Extrem-Liberale mit ihren Anhängseln die Mehrheit und das parlamentarische Grundverhältnis war damit nicht zum Vorteil einer stetig fortschreitenden Reichspolitik verändert. Wie sehr das allgemeine direkte Wahlrecht im Reich im Gegensatz zu dem indirekten Klassenwahlrecht in Preußen den oppositionellen Bestrebungen förderlich ist, bewiesen diese Wahlen, während ein Jahr später unter wesentlich gleichen Ver- Okt. 1882. hältnissen in das preußische Abgeordnetenhaus die konservativen Parteien in verstärkter und kaum je erreichter Mitgliederzahl einzogen.

Die Kaiserliche Botschaft vom 17. Nov. 1881. Die neue Legislaturperiode des Reichstags wurde mit einer in ungewöhnlich ernster und feierlicher Form gehaltenen Thronrede oder Kaiserlichen Botschaft eröffnet, welche die volle Zustimmung des Monarchen zu dem sozial- und wirtschaftspolitischen Programm des Reichskanzlers aussprach, die Pflicht zur möglichsten Heilung der sozialen Schäden durch Förderung des Wohls der Arbeiter betonte und in warmen Worten die Mitwirkung des Reichstags bei dieser Aufgabe anrief. „Wir würden mit um so größerer Befriedigung," hieß es in der Botschaft, „auf alle Erfolge, mit denen Gott unsre Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterland neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und das Zusammenfassen der letztern in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sein würde."

Regierung u. Reichstag. 4. Jan. 1882. Einige Wochen später erregte großes Aufsehen und führte zu lebhaften parlamentarischen Verhandlungen ein königlicher Erlaß an das Staatsministerium, worin die monarchische Natur der Verfassung betont, das Recht des Königs, die Regierung und Politik Preußens nach eignem Ermessen zu leiten, hervorgehoben und den Beamten zur Pflicht gemacht wurde, die Regierung auch in der Wahlbewegung zu unterstützen. Gegenüber den oppositionellen Reichstagswahlen waren die „Botschaft" und der „Erlaß" eine Kundgebung des Selbstbewußtseins der Regierung und ihrer Entschlossenheit, mit übergreifenden parlamentarischen Ansprüchen den Kampf aufzunehmen. Der Führer des Zentrums, Windthorst, war in diesem Reichstag mehr als je der beherrschende Mann. Januar. Seine mächtige Stellung gab sich gleich anfangs in der großen, von den Konservativen bis in die Fortschrittspartei reichenden Mehrheit kund, mit welcher sein Antrag, der die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, eines der wenigen vom Reich erlassenen Kulturkampfgesetze, forderte, angenommen wurde. Der Antrag wurde jedoch vom Bundesrat abgelehnt.

Ablehnung des Tabakmonopols. Trotz der Sicherheit der Niederlage wurde dem neuen Reichstag die Einführung des Tabakmonopols, das aus dem Stand eines vagen Projektes endlich zur gesetzgeberischen Behandlung gelangte, vorgeschlagen, aber mit großer Juni. Mehrheit abgelehnt. Die Majorität des Reichstags konnte sich nicht überzeugen, daß eine so umwälzende, den Privatbetrieb eines hochentwickelten Industriezweiges vernichtende, wegen der zu zahlenden Entschädigungen auch finanziell zweifelhafte Maßregel eine Notwendigkeit sei, und die Erfahrungen mit der Straßburger „Tabakmanufaktur" waren wenig einladend.

Zollanschluß von Hamburg und Bremen.

Dagegen wurde die wirtschaftliche Einheit Deutschlands durch Genehmigung des **Vertrags mit Hamburg** gefördert, wonach diese Handelsstadt in den Zollverein eintrat und zu den Kosten der erforderlichen Neubauten einen Reichsbeitrag erhalten sollte. Der Stadt wurden noch einige Jahre Übergangsfrist und der fernere Besitz eines beschränkten Freihafenbezirks gewährt. Eine Reihe von Pressionen und Drohungen hatten vorangehen müssen, um Hamburg zum Opfer seiner zollpolitischen Sonderstellung zu bewegen. Der Anschluß von Bremen, der einzigen noch außerhalb des Zollvereins stehenden deutschen Stadt, erfolgte zwei Jahre darauf. Im Oktober 1888 konnte nach Fertigstellung der notwendigen Neubauten der Zollanschluß der beiden letzten noch außerhalb stehenden Städte vollzogen werden.

Wechsel im Kriegs- und Marineministerium.

Das Wachstum der fortschrittlichen Opposition in dem neuen Reichstag äußerte sich u. a. auch in einem schärfern Vorgehen gegen die Militärverwaltung. In der Session von 1882/83 wiesen die oppositionellen Redner auf manche Mißstände im Heerwesen hin, auf Bevorzugung des Adels, Soldatenmißhandlungen, Beförderung des militärischen Kastengeistes u. dgl.; verschiedene Kasernenbauten und Offizierkasinos, auch eine Unteroffiziervorschule in Neubreisach wurden abgelehnt. Die scharfe Kritik an verschiedenen Gebrechen im Heerwesen, die Streitigkeiten mit dem Reichstag über einen Gesetzentwurf, welcher die Pensionsverhältnisse der Offiziere aufbessern wollte, und über die Frage der Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalsteuern, sowie auch Meinungsverschiedenheiten mit andern militärischen Autoritäten über Fragen der Armeeorganisation gaben dem Kriegsminister von **Kameke**, einem allgemein geachteten und beliebten, um die Ausbildung des deutschen Heerwesens hochverdienten Mann, Anlaß, seinen Abschied zu nehmen. Sein Nachfolger war General **Bronsart von Schellendorff**. Zugleich trat General **von Stosch** von der Leitung der Marine zurück und erhielt einen Nachfolger in General **von Caprivi**. März 1883.

Sozialpolitische Gesetzgebung.

Nur auf **einem** Gebiet, dem **sozialpolitischen**, hatte dieser meist oppositionelle Reichstag große und erfolgreiche Leistungen zu verzeichnen, weil hier auch das Zentrum zu ernstlicher Mitarbeit bereit war. Nachdem die Staatsgewalt die sozialdemokratische Bewegung mit allen Mitteln der Repression niedergehalten, dachte die Regierung auch an Einlösung der Verpflichtung, durch positive arbeiterfreundliche Maßregeln den Notständen und berechtigten Klagen in der Arbeiterbevölkerung einigermaßen abzuhelfen, den Weg praktischer sozialer Reformen zu beschreiten. Es stellen sich freilich unendliche Schwierigkeiten in den Weg, wenn man an diese Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens und Erwerbs herantritt, und was der Staat und die Gesetzgebung in diesen Fragen thun können, ist der Natur nach beschränkt. Immerhin war die deutsche Sozialreform nach besten Kräften bestrebt, den Arbeitermassen das bittere Gefühl der Not und Hoffnungslosigkeit zu erleichtern, „praktisches Christentum" gegenüber den gedrückten Volksklassen zu üben. Die von warmer Menschenliebe und hohem

sittlichem Ernst zeugende kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 hatte die Überzeugung ausgesprochen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Weg der Repression der sozialdemokratischen Ausschreitungen, sondern auch auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Damit wurde eine sozialreformatorische Gesetzgebung eingeleitet, welche auf ganz neuen Grundlagen beruhte, ganz neue Ziele verfolgte, dem Staat und der Gesellschaft eine Aufgabe anwies, an welche sich bisher noch kein andres Land gewagt hatte. Es galt, die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen und Krankheiten und sodann auch von Alter und Invalidität zu versichern, und zwar durch einen Zwang der Gesetzgebung, da die freiwillige Thätigkeit auf diesem Gebiet sich als ganz unzureichend erwiesen hatte. Aber es waren auf diesem ganz neuen Feld große Schwierigkeiten zu überwinden, und jahrelang mühte sich der Reichstag ab, ehe die beiden grundlegenden Gesetze, das Gesetz vom 15. Juni 1883. Krankenkassengesetz und die Unfallversicherung der Arbeiter zu Gesetz vom 6. Juli 1884. stande kamen. Die Kosten der Krankenversicherung wurden den Arbeitern und Arbeitgebern gemeinsam, die der Unfallversicherung den in Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmern allein auferlegt. Diese Gesetzgebung, welche sich anfangs hauptsächlich auf die Fabrikarbeiter beschränkte, wurde im Laufe der folgenden Jahre auf immer weitere Arbeiterklassen, namentlich auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt. Das noch gewaltigere Werk der Alters- und Invalidenversicherung, welches den Arbeitern in den Tagen des Alters und der Erwerbsunfähigkeit eine, durch Beiträge des Reichs, der Arbeitgeber und der Arbeiter selbst aufzubringende Rente gewähren sollte, wurde einige Jahre Gesetz vom 22. Juni 1889. später in Angriff genommen und krönte das Gebäude der Sozialreform. „Seit dem Augenblick, wo wir die deutsche Verfassung beschlossen haben," bemerkte der Abg. von Bennigsen im Reichstag, „sind wir mit einer wichtigeren und verantwortlicheren Arbeit nicht befaßt worden. Es gibt kaum in der ganzen Gesetzgebung der europäischen Staaten einen Akt von so tiefgehender Bedeutung wie dieses Gesetz. Eine solche Aufgabe zu unternehmen, können wir nur wagen, weil wir in Deutschland noch gesunde sichere Zustände haben, in unsrer Verfassung, unsrer Gesetzgebung und in den festen Wurzeln unsrer Monarchie." Die menschenfreundlichen Ziele und wohlthätigen Wirkungen dieser Sozialreform werden ihren heilsamen Einfluß auf die unzufriedene gärende Arbeiterwelt nicht verfehlen. Die umfangreichen, alle frühern ähnlichen Vorgänge an Bedeutung Mai 1889. übertreffenden Arbeitseinstellungen, die im Frühjahr 1889 auf zahlreichen Erwerbsgebieten, namentlich in den rheinisch-westfälischen, oberschlesischen und sächsischen Kohlenbergwerken ausbrachen, waren eine neue Mahnung an den Staat und die Gesellschaft, mit versöhnlichen, der gärenden Mißstimmung der Arbeiterwelt entgegenwirkenden Reformen nicht zu zögern.

Auswärtige Politik. Verhältnis zu Rußland. Den Frieden zu erhalten, wenigstens soweit Deutschland dabei in Betracht kommt, war auch in jenen Jahren der Reichskanzler mit glücklichem Erfolg

bestrebt. Und es war nicht immer leicht; denn oft genug zogen drohende Wolken am politischen Himmel auf. Nicht nur, daß die Männer der „Revanche“ in Frankreich jede Gelegenheit ergriffen, ihrem Haß Luft zu machen, und unablässig nach einer günstigen Konstellation gegen das Deutsche Reich ausspähten, auch die vom Fürsten Bismarck einst als „turmhoch“ gepriesene Freundschaft zu Rußland war nach dem tragischen Untergang Alexanders II. wiederholt gefährdet und erschüttert, unter dem Einfluß der mächtigen panslawistischen Bewegung, als deren Gönner in den hohen Regierungs- und Militärkreisen der alte Kanzler Gortschakow, der verschlagene, intrigante Graf Ignatiew und der rohe, heißblütige General Skobelew auftraten, dessen hetzende, kriegsdrohende Ansprache in Paris im Februar des Jahres 1882 gewaltiges Aufsehen erregte. Die Bildung eines russisch-französischen Angriffsbündnisses mußte als eine der ernstesten Gefahren für den europäischen Frieden betrachtet werden. Indessen gelang es noch immer, einer Störung des Einvernehmens zwischen Rußland und Deutschland vorzubeugen, und die Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern und 9. Sept. 1881.
ihren ersten Staatsmännern in Danzig, die Ersetzung Gortschakows durch den deutschfreundlicheren und besonneneren Herrn von Giers in der Leitung der April 1882.
auswärtigen Angelegenheiten, die Entlassung des Grafen Ignatiew aus seiner Juni.
Stellung als Minister des Innern konnten als wertvolle Friedensbürgschaften betrachtet werden und als Zeichen, daß auch Alexander III. das Band altüberlieferter Beziehungen zu dem Nachbarreich, das Dreikaiserbündnis von ehedem, nicht zu lösen gesonnen war.

Ein festes Bollwerk gegen die Gefährdung des Weltfriedens bildete an Bund mit Österreich
dauernd das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich, dessen Wert und Italien.
in beiden Reichen der öffentlichen Meinung und den Regierungen immer mehr zum Bewußtsein kam und das nach persönlichen Unterhandlungen des deutschen Reichskanzlers zu Wien in einer in der Folge veröffentlichten förmlichen Verteidigungsallianz einen innigen Ausdruck fand. Danach verpflichteten sich die 7. Okt. 1879.
beiden Herrscher zu einem defensiven Abkommen, einem Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung. Wenn eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen würde, so sollten die Vertragschließenden verpflichtet sein, einander mit der gesamten Kriegsmacht beizustehen. Wenn eines der beiden Reiche von einer andern Macht angegriffen würde, so verpflichtete sich der andre vertragschließende Teil mindestens zu einer wohlwollenden Neutralität. Wenn aber in solchem Fall die angreifende Macht von seiten Rußlands unterstützt wird, so tritt die Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht in Kraft. Eine Fristbegrenzung enthielt der Vertrag nicht. Das Bündnis war einer der wenigen festen Punkte und Halte in den Wirren der Zeit und wurde auch nicht gefährdet, als an Stelle Andrassys Herr von Haymerle und dann Graf Kalnoky die Leitung der auswärtigen Politik in Österreich übernahmen. Eine weitere Ausbildung zu einem Dreibund erhielt dieser Vertrag durch den Beitritt 1883.

von Italien; es entstand dadurch ein mitteleuropäischer Bund zur Erhaltung des Friedens. Das alte Einvernehmen der Ostmächte wurde noch einmal in einer
15.–17. Sept. 1884. persönlichen Zusammenkunft der drei Kaiser mit ihren leitenden Ministern in dem polnischen Schloß Skierniewicze hergestellt, wo eine Verständigung über die brennenden Fragen der orientalischen Politik erzielt wurde. Indessen ging gegenüber der Gefahr eines russisch-französischen Kriegsbundes, der von der aufgeregten Leidenschaft der beiden Völker immer stürmischer gefordert wurde und auch in den höchsten Kreisen offene Befürworter fand, wie ein Aufsehen erregender Trinkspruch des russischen Großfürsten Nikolaus auf einem französischen Schiff bewies, das Streben des deutschen Staatsmannes dahin, das Bundesverhältnis zu Österreich und Italien immer fester zu knüpfen. Fast alljährliche Besprechungen des Fürsten Bismarck mit dem leitenden Staatsmann Österreichs,
Anf. Okt. 1887. eine, später wiederholte Reise des italienischen Ministerpräsidenten Crispi nach dem Landsitz des Reichskanzlers in Friedrichsruhe befestigten diesen Bund gegen Störungen des europäischen Friedens.

Freudige und traurige Vorfälle im Kaiserhaus und im Land. Dem ehrwürdigen Haupt des Deutschen Reichs, dem greisen Kaiser, war noch das Glück beschieden, freudige Familien- und Gedenkfeste zu begehen: die Feier seiner eignen goldnen und der silbernen Hochzeit des Kronprinzenpaares, und Urenkel auf den Knien zu wiegen, die Söhne des Prinzen Wilhelm und der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein. Sein fünfundzwanzigjähriges Regierungs-, sein achtzigjähriges Militär-Jubiläum, sein neunzigster Geburtstag gestalteten sich zu großen patriotischen Festen, an denen die ganze Nation Anteil nahm. Doch fehlte es auch im Kaiserhaus nicht an schmerzlichen
27. März 1879. Ereignissen. Ein Sohn des Kronprinzen, Prinz Waldemar, der Bruder des
21. Jan. 1883. Kaisers, Prinz Karl und der ruhmgekrönte Heerführer Prinz Friedrich Karl
15. Juni 1885. starben. Um die Jahreswende von 1882 auf 1883 sind ferner noch zwei betrübende Ereignisse zu verzeichnen: die gewaltigen Überschwemmungen, welche
Dez. 1882. die Fluren der Rheinlande verwüsteten und einen Notstand erzeugten, zu dessen Linderung die menschliche Wohlthätigkeit in großartigen Spenden beitrug, und
Jan. 1883. der Untergang des Hamburger Auswandererschiffes Cimbria, das hart an der deutschen Küste mit einem englischen Dampfer zusammenstieß und mehrere hun-
Juni 1885. dert Menschen mit sich in die Tiefe riß. Zwei Jahre später ging die deutsche Kreuzerkorvette Augusta durch einen furchtbaren Cyklon im Golf von Aden mit der gesamten Mannschaft, 223 Mann, unter.

Neue Reichstagswahlen. 28. Okt. 1884. Die neuen Reichstagswahlen ergaben eine erhebliche Einbuße der extremliberalen, deutschfreisinnigen Partei, wie sie sich seit der Verschmelzung der Fortschrittsmänner mit den „Sezessionisten" nannte, das Grundverhältnis des neuen Reichstags aber war darum doch nicht gebessert. Die bunt zusammengesetzte, nur in der Verneinung einige oppositionelle Majorität war noch immer vorhanden, und die Abgeordneten Windthorst und Eugen Richter mit Hilfe der kleinen reichsfeindlichen Gruppen hatten die Entscheidung in Händen, eine parlamentarische

Konstellation, bei welcher die Lösung nationaler Aufgaben und das Fortschreiten der Reichsgesetzgebung gar nicht oder nur unter großen Hindernissen gelang. Die Gesinnung dieser Mehrheit fand in jeder Session einen Ausdruck, der die Nation im Innersten verletzte und erregte. In der ersten Session war es die kleinliche und gehässige Demonstration gegen den Reichskanzler, die mit der anfänglich verweigerten und erst unter dem Druck einer allgemeinen Entrüstung zugestandenen Bewilligung eines neuen Direktorpostens im Auswärtigen Amt März 1885. veranstaltet wurde, dann der Versuch, die Maßregeln Preußens zum Schutz des Deutschtums gegen das vordringende Polentum zu hintertreiben, und endlich der Widerspruch gegen die Militärvorlage, welcher die Krisis zum Ausbruch brachte.

Am willfährigsten fand die Regierung diesen Reichstag bei dem Vorschlag Zolltarif. Nordostseekanal. einer abermaligen Verstärkung der Schutzzölle, denn das Zentrum war stets für eine protektionistische Handelspolitik eingetreten. Eine neue Zolltarifvorlage, welche für eine große Reihe industrieller Erzeugnisse, namentlich aber für die landwirtschaftlichen Produkte, Getreide, Vieh, Holz, erhöhte Zölle vorschlug, wurde im Reichstag noch verschärft. Die Erhöhung der Getreidezölle entsprach einem in weiten landwirtschaftlichen Kreisen herrschenden Wunsch und wurde von einer agrarischen Agitation unterstützt, welche bei der unbestreitbaren Notlage der deutschen Landwirtschaft einen breiten Boden im Gutsbesitzer- und Bauernstand hatte. Das Zolltarifgesetz wurde mit ansehnlicher Mehrheit angenommen und Gesetz vom 22. Mai 1885. in der Folge eine abermalige Erhöhung der Getreidezölle beschlossen. Dez. 1887. Auch ein großartiges, wichtigen militärischen und wirtschaftlichen Interessen dienendes, seit Jahrzehnten erwogenes Projekt, die Herstellung eines die Nordsee und Ostsee verbindenden, quer durch Holstein laufenden Kanals, welcher das zeitraubende, kostspielige und gefährliche Umschiffen der Nordspitze von Dänemark entbehrlich macht, wurde vom Reichstag trotz der auf 156 Millionen Gesetz vom 16. März 1886. Mark veranschlagten Herstellungskosten genehmigt.

Unter viel Widerstand brach sich das Gesetz über die Unterstützung von Postdampfergesetz. Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern Bahn. Die Errichtung solcher Verbindungen nach Ostasien, Australien und Afrika sollte danach vom Reich durch eine Subvention befördert werden. Der Vorschlag entsprach einem in den weitesten Kreisen der Handels- und Industriewelt laut gewordenen Wunsch und zeugte von dem Streben der Reichsregierung, eine thätige überseeische Politik zu treiben, in einer Zeit, da der Weltverkehr einer neuen Entwickelung entgegengeht und die Erschließung wenig zivilisierter Länder für wirtschaftliche und geistige Kultur in sichtbarem Fortschreiten begriffen ist. Der für die postalischen, kommerziellen und Marine-Interessen Deutschlands gleich wichtige Gesetzentwurf war im Reichstag schon einmal abgewiesen worden, inzwischen hatte sich aber die öffentliche Meinung sehr entschieden dafür ausgesprochen. Er stand in vielfacher Beziehung zu den neuen kolonialen Unternehmungen, die wir an einem andern Ort (XV, 2. 456 ff.) kennen gelernt haben. Das gereichte ihm

wohl in den weitesten Kreisen der Nation, nicht aber in diesem oppositionellen Reichstag zur Empfehlung. Indessen war der Druck der öffentlichen Meinung
Gesetz vom 6. April 1885. doch stark genug, das Gesetz jetzt zu stande kommen zu lassen; nur die afrikanische Linie, die gerade mit den deutschen Kolonialunternehmungen den engsten Zusammenhang gehabt hätte, wurde gestrichen.

Ablehnung der Branntweinbesteuerung. Eine Verständigung über die seit langen Jahren dringliche Reichssteuerreform, die Vermehrung der eignen Einnahmen des Reichs, welche die selbst in Finanznöten befindlichen Bundesstaaten entlasten würde, konnte mit diesem Reichstag nicht erwartet werden. Gleichwohl ließ der Reichskanzler trotz wiederholter gescheiterter Versuche in diesem Streben nicht nach. Als ein sehr geeigneter Gegenstand zur Gewinnung neuer Einnahmen mußte der Branntwein erscheinen, der in Deutschland unverhältnismäßig geringer besteuert war als in allen andern Ländern. Die höhere Ertragsfähigkeit dieser Steuerquelle wurde an sich auch von fast allen Parteien anerkannt. Aber die zuerst vorgeschlagene Form des Branntweinmonopols wurde aus schwerwiegenden wirtschaftlichen und
28. März 1886. politischen Bedenken gegen den zerstörenden Eingriff in zahlreiche Erwerbsinteressen nahezu einstimmig abgelehnt, ebenso ein in den letzten Wochen einer zu Ende eilenden Session dem ermüdeten Reichstag vorgelegter Entwurf, der eine Verbrauchssteuer auf Branntwein einführen wollte.

Militärgesetz. Reichstagsauflösung. Am meisten aber versagte sich der Reichstag seiner nationalen Aufgabe in der Militärfrage. Wir haben oben (XV, 2. 504) erfahren, wie durch das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 die budgetrechtlichen Ansprüche der Volksvertretung nach alljährlicher und die Forderung der Militärverwaltung nach einer dauernden Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Kompromiß einer siebenjährigen Bewilligung in Einklang gebracht wurden. Als die Zeit des Ablaufs
Febr. 1880. dieser Frist herannahte, brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der die Heeresstärke mit einer der mittlerweile eingetretenen Vermehrung der Bevölkerung entsprechenden Erhöhung abermals für einen siebenjährigen Zeitraum feststellen wollte. Auch die Erneuerung des Septennats wurde gegen heftigen Widerstand
Gesetz vom 6. Mai 1880. des Zentrums und der Fortschrittspartei durchgesetzt. Als nun auch dieser Termin sich seinem Ende näherte, wiederholte sich derselbe Vorgang, aber, der ungünstigeren Zusammensetzung des Reichstags zufolge, mit einem andern Schluß-
Nov. 1886. ergebnis. Die Regierung schlug für einen abermaligen siebenjährigen Zeitraum eine Feststellung der Heeresstärke mit der Erhöhung vor, wie sie der Vermehrung der Bevölkerung entsprach, 468,409 Mann oder 1 Prozent der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung, 41,000 Mann mehr als bisher. Die Wirren und Verwickelungen, die kurz zuvor auf der Balkanhalbinsel stattgefunden, die immer schärfer hervortretenden Revanchegelüste in Frankreich, die Hetzereien und Feindseligkeiten der panslawistischen Partei in Rußland, die wachsenden Kriegsrüstungen in diesen beiden Ländern, die steigende Überlegenheit ihrer Streitkräfte im Vergleich zu den deutschen und die offenkundigen Bestrebungen Frankreichs,

sich mit Rußland zu einem Kriegsbund zu vereinigen, der dem Deutschen Reich einen Feldzug mit zwei Fronten und geteilter Macht auferlegen würde: diese Erscheinungen und Erwägungen waren in jüngster Zeit so bedrohlich aufgetreten, daß an dem hohen Ernst der Situation nicht zu zweifeln war. Die europäische Weltlage war in einem Grad unsicher und gefahrvoll, daß die Vorbereitung auf alle Wendungen zur ersten Pflicht der Selbsterhaltung wurde. An der deutsch-französischen Grenze fanden kriegerische Vorbereitungen (Barackenbauten u. a.) statt, welche nur auf einen nahe bevorstehenden Angriff von französischer Seite gedeutet werden konnten. Wenn im Reichstag auch der Ernst der Weltlage von keiner Seite verkannt wurde, so gingen doch über die Größe der Kriegsgefahr, über die Notwendigkeit dieser Anforderungen in vollem Umfang und über das Maß der Rücksicht, welches neben der Sorge für die militärische Sicherheit auch die ungünstige Finanzlage und die Steuerkraft des Volks verdiene, die Ansichten weit auseinander. Das Zentrum und die Deutschfreisinnigen wollten die verlangte Präsenzziffer herabsetzen, eine Verminderung der thatsächlichen Dienstzeit erzwingen und die Bewilligung nur für drei Jahre, bei einem Teil der neuen Formationen sogar nur für ein Jahr aussprechen. Zu der vollen Bewilligung der geforderten Truppenzahl hätten sich die Oppositionsparteien schließlich verstanden. Aber an der nur dreijährigen Bewilligung hielten sie unweigerlich fest. Die Regierung, unterstützt von den Konservativen und Nationalliberalen, glaubte aber in diesem Punkt nicht nachgeben zu können. Durch eine Festsetzung auf so kurze Frist wäre die Militärfrage unausgesetzt zum Gegenstand der heftigsten parlamentarischen und Wahlkämpfe gemacht, ein wichtiger Teil unsrer Kriegsbereitschaft in fortwährende Abhängigkeit vom guten Willen der oppositionellen Parteien gebracht worden. Es erschien prinzipiell und sachlich von der höchsten Bedeutung, den Bestand und die Organisation des Heeres auf eine einigermaßen längere Dauer festzustellen. Die Regierung hielt an dem bisherigen Rechtszustand fest, die Opposition wollte die Gelegenheit zu einer parlamentarischen Machterweiterung benutzen. Unter den heftigsten Redekämpfen, in die auch der Reichskanzler wiederholt mit seiner wuchtigen Beredsamkeit eingriff, kam die Entscheidung heran. Mit einer Mehrheit von 183 gegen 154 Stimmen wurde die von der Regierung geforderte Mannschaftszahl nur mit der Beschränkung auf drei Jahre bewilligt. Die Mehrheit bestand aus Zentrum und Deutschfreisinnigen, die Minderheit aus Konservativen und Nationalliberalen. Da verlas der Reichskanzler die kaiserliche Botschaft, welche den Reichstag auflöste. 14. Jan. 1887.

Neue Reichstagswahlen und Annahme des Militärgesetzes.

In der tiefen Bewegung der Nation erwies es sich alsbald, daß die Opposition die Zeichen der Zeit und die Stimmungen der Volksseele verkannt hatte, daß das deutsche Volk die Armee in dieser gefahrdrohenden Zeit nicht zum Gegenstand parlamentarischer Machtgelüste und Umtriebe gemacht, in das junge Reich nicht einen zerstörenden Verfassungsstreit hineingetragen sehen wollte. Die neuen Wahlen fielen sehr zu Ungunsten der Septennatsgegner aus. Namentlich rächte 21. Febr.

sich an den Deutschfreisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten der Widerstand gegen die militärische Sicherung des Reichs. Sie verloren die Hälfte ihrer Mitglieder und den Gewinn hatten die Nationalliberalen. Eine aus Konservativen und Nationalliberalen bestehende parlamentarische Mehrheit, die im Reichstag zum Schaden der Reichspolitik längere Jahre vermißt worden, war jetzt wieder hergestellt. Die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Reichstags war die Erledigung der Militärvorlage, die unverändert wieder einging. Statt des wochenlangen Marktens über den Umfang und die Dauer der Bewilligung, statt des Aufwerfens parlamentarischer Machtfragen ging der Reichstag jetzt rasch auf
Gesetz vom 11. März 1887. das Ziel los und nahm das Gesetz mit 223 gegen 48 Stimmen an. Die Deutschfreisinnigen widersprachen auch jetzt, das Zentrum enthielt sich der Abstimmung. Die Partei war in eine eigentümliche Verlegenheit geraten, als der Papst im Hinblick auf die kirchenpolitische Situation den Führern den Wunsch ausgesprochen hatte, sie möchten für das Gesetz stimmen, was sie doch mit ihrem frühern Votum in den grellsten Widerspruch gesetzt haben würde. Als weitere zur Sicherung und Vervollständigung der deutschen Wehrkraft bestimmte Maßregel wurde ein Nachtragsetat vorgelegt und bewilligt, dessen gewaltige Ziffern von dem hohen Ernst zeugten, mit welchem sich das Reich rüstete, etwaige feindliche Angriffe abzuwehren. Der Nachtrag belief sich auf 176 Millionen Mark und war bestimmt für die Kosten der Erhöhung des Präsenzstandes, für Ergänzung und Verstärkung der Festungen, Bau strategischer Bahnen, Ausrüstung der Truppen, Vervollkommnung des Kriegsmaterials u. dgl. Auch manche früher zurückgewiesene Forderung, wie die Errichtung einer Unteroffiziervorschule in Neubreisach, wurde jetzt im Etat bewilligt. Als weitere Ergänzung der Kriegsrüstung des Reichs wurde in der folgenden Session ein neues Landwehr- und Landsturmgesetz erlassen, welches die kriegerische Brauchbarkeit der alten gedienten Mannschaften zu erhöhen bezweckte. Für die Landwehr wurde dadurch ein zweites Aufgebot, wie es früher bestanden, wieder hergestellt und die Dienstpflicht bis zum 39. Lebensjahr verlängert. Für den Landsturm wurde die Altersgrenze vom vollendeten 42. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr hinausgeschoben. Der Zweck des Gesetzes war vornehmlich der, der bisher wenig organisierten, in ihrer militärischen Verwendbarkeit beschränkten Masse des Landsturms einen größern praktischen Wert zu verleihen und ihre Zahl durch Hinausschiebung der Altersgrenze für das Ende der Dienstpflicht zu vermehren. Die Bestimmungen über die Dienstpflicht im stehenden Heer blieben unberührt; auch dem Landsturm erwuchsen irgendwelche militärische Verpflichtungen im Frieden nicht; die praktische Wirkung des Gesetzes trat erst im Krieg ein. Die durch das neue Gesetz verursachten einmaligen Ausgaben betrugen nicht weniger als 278 Millionen Mark, zur Ausrüstung und Bekleidung der vermehrten Heeresmacht. Es sprach aus diesen Vorschlägen die feste Entschlossenheit, allen Wendungen der gefahrdrohenden Weltlage mit der äußersten Anspannung aller Kräfte, dem voll-

ständigsten Aufgebot der gesamten wehrfähigen Mannschaft gegenüberzutreten. Der Reichskanzler griff in die Verhandlung durch eine nahezu zweistündige Rede 6. Febr. 1888. ein, worin er die bedrohliche Weltlage einer Beleuchtung unterzog und die Grundzüge seiner auswärtigen Politik darlegte, eine jener markigen, von großen Gesichtspunkten und patriotischer Gesinnung erfüllten Reden, wie sie dem Fürsten Bismarck in bedeutungsvollen Augenblicken zu Gebote stehen. Das Wort: Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, fand in der ganzen Nation Widerhall. Es war ein seltener Tag erhebender Begeisterung, als das Wehrgesetz einstimmig angenommen wurde, eine großartige Kundgebung eines Gesetz vom 11. Febr. entschlossenen, opferbereiten Patriotismus. Mit einem Nachdruck und Selbstgefühl wie nie zuvor hatte Fürst Bismarck auf die ungeheure Macht verwiesen, welche Deutschland durch die Kraft der eignen Nation sowie durch seine Bündnisse jedem Friedensstörer entgegenzustellen im stande ist.

Nach der militärischen Sicherung wurde zur finanziellen Befestigung des Das Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887. Reichs geschritten. Es kam jetzt ein Gesetz über eine ausgiebige Branntweinbesteuerung zu stande, wodurch dieses Genußmittel einer ansehnlichen Verbrauchsabgabe unterworfen und das Reservatrecht der süddeutschen Staaten mit deren Zustimmung aufgehoben wurde. Es kam ferner eine Reform der Zuckersteuer zu stande. Als die Session geschlossen wurde, ließ der Kaiser seinen Dank 18. Juni. aussprechen, daß der Reichstag „der vaterländischen Wehrkraft und den Finanzen des Reichs die Stärke und Festigkeit gegeben, welche die Vorbedingung für unsern Frieden und für die Entwickelung seiner Werke bilden". Eine Änderung der Verfassung wurde auf Anregung aus der Mitte des Reichstags in der Tagung von 1888 durch die Verlängerung der Legislaturperioden von Verlängerung der Legislaturperioden. Gesetz vom 19. März 1888. drei auf fünf Jahre vorgenommen. Das in Deutschland herrschende Übermaß an Wahlaufregung hatte längst in weiten Kreisen den Wunsch nach einer Einschränkung erweckt. Wenn nicht unser ganzes öffentliches Leben mehr und mehr in demagogische Wahlagitation ausarten, der ruhige sachliche Gang der Reichsgesetzgebung immer mehr gehemmt werden, die Parteileidenschaften fortwährend das Volk aufs tiefste aufwühlen sollten, mußten die allzu kurzen Wahlfristen verlängert werden, zumal in Deutschland, wo neben den Reichstagswahlen die Wahlen in die Abgeordnetenhäuser einhergehen, von zahlreichen andern Vertretungskörperschaften ganz zu schweigen. Die preußische Gesetzgebung folgte alsdann dem Vorgang des Reichs.

8. Deutsche Bundesstaaten und Fürstenhäuser.

Das politische Leben in den deutschen Einzelstaaten, zumal den mittlern Die Einzelstaaten. und kleinern, mußte sich seit der Errichtung des Reichs, welches so viele staatliche Kräfte der Nation an sich zog und ihnen einen größern Schauplatz eröffnete, notwendigerweise in engern und beschränkteren Bahnen entfalten. Ein so reiches

Feld der innern Landesverwaltung auch den Bundesstaaten zur selbständigen Pflege überlassen war, die großen nationalen und politischen Anliegen wurden jetzt in einem gemeinsamen Mittelpunkt und auf dem Schauplatz des Reichs entschieden. Doch traten auch in einigen Bundesstaaten, namentlich in den fürstlichen Häusern, in den letzten zwei Jahrzehnten Ereignisse ein, die nicht mit Stillschweigen übergangen werden dürfen. Das politische Leben in Preußen, das so eng mit demjenigen im Reich verknüpft ist, haben wir in den vorangegangenen Blättern in den Grundzügen kennen gelernt.

Bayern. Das öffentliche Leben in Bayern in den siebziger Jahren ist hauptsächlich durch kirchenpolitische Kämpfe angefüllt, auf die wir wiederholt hingewiesen haben (XV, 2. 467 f. 494 f.), durch die Anstrengungen der Regierung, das Ansehen der Staatsgewalt, die nationale Sache und eine verständige Toleranz gegen die Übergriffe und Machtgelüste des Ultramontanismus zu schirmen. Als Graf Bray-Steinburg, der mit seinem Streben, den Bischöfen die Durchführung des Unfehlbarkeitsdogmas und anderer Ansprüche zu erleichtern, nicht durchdrang,
Juli 1871. seine Entlassung nahm, trat Graf Hegnenberg-Dux an die Spitze der Regierung und der wackere Vorkämpfer gegen ultramontane Überhebungen auf dem Gebiet der Kirche und Schule, Lutz, behielt die Leitung des Kultusministeriums
2. Juni 1872. bei. Indessen starb Graf Hegnenberg schon in Jahresfrist, worauf der bisherige Finanzminister von Pfretzschner das auswärtige Amt und das Präsidium im Ministerrat übernahm. Die knappe klerikale Kammermehrheit, die außer ihren kirchlichen Beschwerden noch durch eine neue, den Liberalen günstige Wahl-
1875. kreiseinteilung verstimmt war, setzte eine von dem Abg. Jörg verfaßte Adresse an den König durch, welche Verabschiedung des Ministeriums verlangte. Dasselbe reichte darauf seine Entlassung ein, wurde aber durch eine Vertrauens-
1880. erklärung seitens des Königs gehalten (XV, 2. 495). Als im Jahr 1880 Pfretzschner wegen Kränklichkeit zurücktrat, übernahm der Kultusminister von Lutz den Vorsitz im Staatsministerium, Freih. von Crailsheim das Ministerium
1881. des Auswärtigen. Ein neues Landtagswahlgesetz führte die geheime Abstimmung ein und erhöhte die Zahl der Wahlkreise und der Abgeordneten.

Tod König Ludwigs. Ende August 1880 wurde das siebenhundertjährige Fürstenjubiläum des Hauses Wittelsbach mit großen loyalen Festlichkeiten begangen, an denen in Erinnerung an die patriotische Haltung des Königs und Landes in der kritischen Zeit ein Jahrzehnt vorher ganz Deutschland freundlichen Anteil nahm. Einige Jahre darauf aber traten höchst schmerzliche und erschütternde Ereignisse im Königshaus ein. König Ludwig II., dessen patriotische Verdienste um die nationale Sache die Annalen der deutschen Geschichte stets rühmend bewahren werden, ein Fürst von hochbegabter romantisch und ideal gerichteter Natur, war seit einigen Jahren seinen exzentrischen Seelenanlagen in einer Weise verfallen, daß man an der Gesundheit und Zurechnungsfähigkeit seines Geistes zweifeln mußte. Menschenscheu lebte er auf seinen einsamen Bergschlössern, und sein

hohes fürstliches Selbstgefühl ging schließlich in Anwandlungen eines Cäsarenwahnsinns über, der sich in ungezügelten Zornesausbrüchen, in Erscheinungen eines krankhaften Geisteslebens, in den seltsamsten Liebhabereien, in der Aufführung maßlos prunkvoller Königsschlösser, in der Anhäufung einer ungeheuren Schuldenlast zeigte. Die Herrlichkeit Ludwigs XIV. schwebte dem erregten Geist des Königs vor. Auch die angeborne Kunstliebe des wittelsbachischen Hauses, die Neigung zu Theater, Musik und Bauten nahm immer krankhaftere Formen an. Nur mit den größten Schwierigkeiten konnte schließlich noch ein geordneter Gang der Regierungsgeschäfte aufrecht erhalten werden. Die Minister hatten seit langen Jahren keinen unmittelbaren Verkehr mehr mit dem König, dessen Umgebung aus ganz untergeordneten und unwürdigen Leuten bestand. Die auf der Kabinettskasse ruhende große und wachsende Schuldenlast drängte zu einer finanziellen Krisis. Die Gläubiger traten mit ihren Forderungen mahnend hervor, gerichtliche Klagen gegen die Zivilliste wurden eingebracht; Versuche, bei den Agnaten des königlichen Hauses oder bei auswärtigen Fürsten Anleihen aufzunehmen, scheiterten. Die Aufforderung des Königs an die Minister, zur 17. April 1886.
Änderung der Verhältnisse der Kabinettskasse dem Landtag eine Vorlage zu machen, mußte dahin beantwortet werden, daß ein Eintreten des Staats für die Schulden der königlichen Kasse in der Abgeordnetenkammer keine Aussicht auf Zustimmung habe. Dieser Bescheid erregte den König aufs äußerste. Todesurteile über die Minister und Aufträge an die niedersten Bediensteten, ein neues Kabinett zu bilden, zeugten von dem völlig gestörten Geist des unglücklichen Monarchen. Die offenbare Unzurechnungsfähigkeit des Königs, welche durch ein Gutachten der ersten Irrenärzte bestätigt wurde, machte die Einsetzung einer Regentschaft notwendig. Da des Königs einziger Bruder, Prinz Otto, seit langen Jahren ebenfalls geisteskrank war, fiel die Reichsverweserschaft dem Oheim der Brüder, Prinz Luitpold, zu. Eine Proklamation des letztern setzte 10. Juni.
das bayrische Volk von dem unheilbaren Geisteszustand des Königs und der Errichtung der Regentschaft in Kenntnis. Eine Staatskommission, bestehend aus dem Minister von Crailsheim, den zu Kuratoren und zum persönlichen Dienst des Königs eingesetzten Personen, sowie dem Obermedizinalrat von Gudden, begab sich nach Schloß Schwanstein bei Hohenschwangau, um dem König die Errichtung der Regentschaft anzuzeigen und ihn nach einem andern Ort zu bringen, wo er besser beaufsichtigt werden konnte. Dort in Schwanstein trugen sich nun überaus peinliche und schreckliche Vorgänge zu. Der König war von dem Vorhaben unterrichtet worden und setzte sich zur Wehre. Auf Befehl 10. Juni.
des Fürsten verweigerten Gendarmen mit schußbereitem Gewehr der Kommission den Eintritt ins Schloß und nahmen sie dann gar als Hochverräter in Haft. Der König stieß schreckliche Drohungen gegen die Gefangenen aus, das herbeiströmende Gebirgsvolk machte Miene, den unglücklichen Fürsten gewaltsam zu verteidigen. Mit Mühe gelang es dem Bezirksamtmann in Füßen, die Ruhe

aufrecht zu erhalten und die Gendarmen zu bewegen, die Verhafteten freizulassen. Bei dem König trat dann eine ergebungsvollere Stimmung, von Selbstmordgedanken unterbrochen, ein. Er ließ sich ohne Widerstand nach Schloß Berg am Starnbergersee bringen, schien sich mit Ruhe in sein Geschick zu finden
13. Juni 1886. und ließ sich die ärztliche Behandlung gefallen. Aber am Abend des Pfingstfestes trat die erschütternde Katastrophe ein. Der König erging sich scheinbar in ruhiger Stimmung mit dem Obermedizinalrat von Gudden auf einem einsamen Gang im Park, auf seine Bitte wurden die Wärter in das Schloß zurückgeschickt; auch Gudden scheint sich einen Augenblick entfernt zu haben. Als er zurückkehrte, erblickte er den König im See, er eilte ihm nach, um ihn zu retten, aber der Kranke mit seiner riesigen Kraft tauchte den Arzt ins Wasser, bis er ertrank, und ließ sich dann selbst von den Wellen des Sees verschlingen. So mußte sich nach allen Spuren der Vorgang, der Augenzeugen nicht hatte, vollzogen haben. Es war ein Ereignis von erschütternder Tragik, wie wenige in der Weltgeschichte, und die Kunde von dem düstern Vorgang in dem stillen Bergsee fand allenthalben in der deutschen Nation die schmerzlichste Teilnahme.

König Otto. Prinz Luitpold Reichsverweser. Die Königswürde ging jetzt an den Prinzen Otto über, dessen Geisteskrankheit, die seit langen Jahren sich in teilnahmlosem und stumpfem Hinbrüten äußert, harmloser ist als die seines unglücklichen dämonischen Bruders. Prinz Luitpold führte die Reichsverweserschaft fort, ein verständiger, wohlmeinender Fürst, dessen ruhigem und besonnenem Auftreten es zum großen Theil zu danken war, daß diese schwere Zeit für Bayern ohne Erschütterung des Staatswesens vorüberging. Die Hoffnungen der Ultramontanen auf ein Kabinett v. Franckenstein wurden nicht erfüllt. Der Prinz-Regent bestätigte das bewährte Ministerium Lutz und gab ihm mancherlei Beweise des Vertrauens. Ein Besuch des Regenten
Dez. 1886. bei dem Kaiser in Berlin und mannigfache patriotische Äußerungen des erstern durften als Beweis der festen Reichstreue des bayrischen Königshauses gelten. Wenn die Ultramontanen für ihre Bestrebungen große Hoffnungen auf den gut kirchlich gesinnten Prinz-Regenten gesetzt hatten, so erfuhren sie eine Enttäuschung, als die Regierung eine Gesamtvorstellung der bayrischen Bischöfe, welche auf die Beherrschung des ganzen Bildungs- und Unterrichtswesens durch die Kirche
1889. hinzielte und andre klerikale Ansprüche in entschiedener Weise zurückwies.

Württemberg. In Württemberg hatte die nationale Sache schwere Kämpfe mit dem Partikularismus und der Demokratie zu bestehen, die hier besonders feste Wurzeln geschlagen hatten und in leidenschaftlichster Weise auftraten. Um die Eingewöhnung des Landes in die neuen nationalen Verhältnisse hat sich Herr von Mittnacht, seit 1867 Justizminister, nach Varnbülers Rücktritt im August 1870 das eigentliche Haupt der Regierung, seit 1873 auch Minister des Auswärtigen und seit 1876 Ministerpräsident, große Verdienste erworben, ein gemäßigt konservativer Mann von reichstreuer Gesinnung. Im Jahr 1868 war ein neues Wahlgesetz eingeführt worden, wonach die Abgeordneten in geheimen allgemei-

nen und direkten Wahlen gewählt werden; doch sitzen neben den vom Volk gewählten 70 Abgeordneten noch 23 „Privilegierte", Vertreter der Ritterschaft, der Geistlichkeit und der Universität in der Kammer. Die Beseitigung dieser ungewöhnlichen Einrichtung und ihre Ersetzung durch ein andres konservatives Element war seitdem eine vielverhandelte Frage, die aber bis jetzt nicht zur Lösung gekommen ist.

In Baden stand seit dem Tod Mathys im Februar 1868 Jolly, ein begabter, energischer, liberal und national gesinnter, um die Sache des Reichs hochverdienter, aber etwas schroff durchgreifender Staatsmann, an der Spitze des Ministeriums und der innern Verwaltung. Ein Wahlreformgesetz vom Jahr 1870 führte den Grundsatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung ein, behielt aber das indirekte Wahlverfahren bei. In den kirchenpolitischen Streitigkeiten, von denen das zu zwei Dritteln katholische Land stets besonders tief berührt wurde, verfolgte die badische Regierung mit Entschlossenheit die Politik der Abwehr klerikaler Übergriffe. In der Kammer war die nationalliberale Partei andauernd in starkem Übergewicht. Den Konzilsbeschlüssen wurde die staatliche Anerkennung verweigert, die Ordensmitglieder wurden von der Erteilung des Unterrichts und der Aushilfe in der Seelsorge ausgeschlossen, die Missionen verboten, den Altkatholiken, die in Baden am meisten Boden fanden, vollkommener Rechtsschutz gewährt. Ein Kirchengesetz von 1874 schrieb für die Zulassung zu einem Kirchenamt den Nachweis einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung vor, schloß die Knabenseminare und theologischen Konvikte, belegte den Mißbrauch des geistlichen Amts mit Strafandrohungen. Mit der Zeit wurde indessen auch in Baden das Bedürfnis empfunden, zu einem minder schroffen Verhältnis zu der Kurie zu gelangen. Als die preußische Regierung ihren kirchenpolitischen Umschwung vollzog, mußten auch die andern Bundesstaaten eine Milderung des Kampfes anstreben. Jolly nahm darüber seinen Abschied und der Handelsminister Turban wurde an die Spitze der Regierung gestellt. Eine Preisgebung des liberalen Regierungssystems war jedoch damit nicht verbunden. Nur eine mildernde Revision der Kirchengesetzgebung wurde vorgenommen. Die wissenschaftliche Staatsprüfung für die Geistlichen wurde aufgehoben, auch von der Anwesenheit eines staatlichen Prüfungskommissars bei der theologischen Fachprüfung Abstand genommen. Die Stimmung wurde auch hier etwas friedfertiger, als der streitsüchtige Erzbistumsverweser Kübel im Jahr 1881 gestorben war. Nach vierzehnjähriger Erledigung des erzbischöflichen Stuhls von Freiburg kam wieder eine ordnungsmäßige Besetzung desselben zu stande. Dr. Orbin wurde zum Bischof gewählt, vom Papst bestätigt und von der Regierung anerkannt. Im Jahr 1886 folgte ihm der Erzbischof Roos. Ein neues Kirchengesetz ließ die Seminarien und Konvikte zur Erziehung der Geistlichen bei staatlicher Aufsicht und unter gewissen Bedingungen wieder zu, hob den kirchlichen Gerichtshof und verschiedene strafrechtliche Bestimmungen auf

Baden. 1874. Sept. 1876. 1880. 1888.

und gestattete die Verwendung von Ordensgeistlichen zur Spendung der Sakramente in Notfällen. Die Bestimmung, wonach Ordensgeistliche vorübergehend und widerruflich zur seelsorgerischen Aushilfe sollten verwendet werden können, wurde nach heftigen Kämpfen abgelehnt. Als Großherzog Friedrich, des Kaisers Schwiegersohn, im April 1877 sein fünfundzwanzigjähriges Regentenjubiläum feierte, gab sich im ganzen Land eine aufrichtige freudige Teilnahme kund für einen Fürsten, der stets so warm und eifrig für die nationale Entwickelung und einheitliche Gestaltung des Deutschen Reichs gewirkt, mit treuer Pflichterfüllung den Ausbau eines konstitutionellen Rechtsstaats gefördert hat. Eine Jubiläumsstiftung, durch freiwillige Beiträge gebildet, wird das Andenken an das freudige Ereignis auch den künftigen Geschlechtern überliefern. Ein schwerer Schlag für das großherzogliche Haus war der Tod des zweiten Sohnes, des
23. Febr. 1888. Prinzen Ludwig, in jugendlichem Alter.

Hessen. Auch im Großherzogtum Hessen füllten die kirchenpolitischen Zerwürfnisse das öffentliche Leben in den siebziger Jahren in erster Linie aus. Ein Volks-
1874. schulgesetz, das die Staatsaufsicht über das Volksschulwesen regelte, wurde gegen den heftigen Widerstand der Ultramontanen durchgeführt, ebenso eine Reihe von
Mai 1875. Kirchengesetzen, welche das Verhältnis der Kirche zum Staat ordneten. Lange Jahre konnte über die Wiederbesetzung des Bischofsstuhls von Mainz nach dem Tod Kettelers (XV, 2. 496) keine Verständigung erzielt werden; erst im Jahr 1886 wurde wieder ein Bischof in der Person des Domkapitulars Haffner eingesetzt und anerkannt. Am 13. Juni 1877 war Großherzog Ludwig III. kin-
Ludwig IV. seit 1877. derlos gestorben; ihm folgte sein Neffe Ludwig IV., ein reichsfreundlicher, wohlmeinender Herr, der als Gemahl der Prinzessin Alice von England mit dem Kronprinzen von Preußen verschwägert war. Aber schon im nächsten Jahr wurde das großherzogliche Haus von schwerem Leid betroffen. Die ganze Familie erkrankte an der Diphtherie, einer Krankheit, die durch Berührung leicht übertragen wird. Der Großherzog selbst und die Kinder, mit Ausnahme des jüngsten Töchterchens Marie, wurden dem Leben erhalten, dagegen erlag die
14. Dez. 1878. Großherzogin Alice, nachdem sie alle die Ihrigen Tag und Nacht mit treuer Sorgfalt gepflegt, der tückischen Krankheit, eine Dame, die sich allgemeine Liebe und Verehrung erworben hatte sowohl wegen ihrer Bildung als wegen ihrer Hingebung für alle Werke der Mildthätigkeit und Menschenliebe. Als Erbgroßherzogin hatte sie sich von David Fr. Strauß Vorträge über Voltaire halten lassen und zu allen Zeiten einen empfänglichen Geist für Wahrheit und Wissenschaft kundgegeben.

Tod des Kurfürsten von Hessen. In dem ehemaligen Kurfürstentum Hessen erlitten die Hoffnungen der Partikularisten einen gewaltigen Stoß durch den zu Anfang des Jahres 1875
6. Jan. 1875. erfolgten Tod des Kurfürsten Friedrich Wilhelm auf seinem Schloß bei Prag. Er starb unversöhnt mit Preußen und bis zu seinem Tod in agitatorischem Widerstand gegen die Besitznahme und Verwaltung des Kurfürstentums durch die preu-

ßische Regierung beharrend. Kinder hinterließ er nur aus der morganatischen Ehe mit der Fürstin von Hanau (XV, 1. 237).

Am 29. Oktober 1873 starb der alte König Johann von Sachsen und sein Sohn Albert, der ruhmvolle, vom Kaiser zum Generalfeldmarschall ernannte Heerführer aus dem französischen Krieg, bestieg den Thron. Die frühere Eifersucht auf Preußen wurde in dem Land mehr und mehr durch aufrichtigen Anschluß an die nationale Sache verdrängt. Das innere politische Leben spielte sich in neuerer Zeit still und geräuschlos ab. Die Regierung beschäftigte sich erfolgreich mit der Pflege der wirtschaftlichen Interessen, brachte Steuer-, Verwaltungs-, Schulgesetze u. a. zu stande, meist in gutem Einvernehmen mit dem Landtag; die Eisenbahnen gingen wie in andern deutschen Ländern in den Besitz des Staats über. Eine Gefahr in dem gewerbreichen Land bildet die weite Verbreitung der sozialdemokratischen Bewegung unter den Arbeitern; die ältesten und bis zu den Wahlen von 1887 sichersten Reichstagswahlkreise der Sozialdemokraten befinden sich in Sachsen; wiederholt zeugten große Sozialistenprozesse von der gefährlichen Wirksamkeit dieser Agitation.

Sachsen. König Albert seit 1873.

Die Großherzogtümer Mecklenburg haben sich bis auf den heutigen Tag ihre alte landständische feudale Verfassung zu erhalten gewußt, das einzige deutsche Land, welches noch nicht zu konstitutionellen Staatsformen übergegangen ist. Im Reichstag wurden auf Anregung von mecklenburgischen Abgeordneten wiederholt Beschlüsse gefaßt, welche für jeden deutschen Bundesstaat eine konstitutionelle Verfassung forderten; der Bundesrat wies aber diese Beschlüsse zurück, und die matten Anläufe der Regierung, eine dem Zeitgeist mehr entsprechende Verfassungsreform ins Werk zu setzen, blieben ohne Frucht. Der Großherzog Friedrich Franz II. von Schwerin, der mit Tapferkeit und Auszeichnung die jüngsten Kriege im preußischen Heer mitgefochten, starb am 15. April 1883 und hatte seinen Sohn Friedrich Franz III. zum Nachfolger.

Mecklenburg.

Friedrich Franz II. 1842–1883.

Am 12. Juni 1878 starb in Paris der ehemalige König von Hannover, Georg V., und wurde im Familienschloß zu Windsor beigesetzt. Sein Sohn Ernst August, der den Titel seines Großvaters vor der hannöverschen Thronbesteigung, Herzog von Cumberland, annahm, hielt auf Anregung der Welfenpartei in einer öffentlichen Kundgebung seine Ansprüche auf Hannover aufrecht und weigerte sich somit, die neue Reichsordnung anzuerkennen. Auch sonst gab der hannöversche Prätendent Beweise seiner Feindschaft gegen das neue Deutschland, so bei der Duldung der welfischen Demonstrationen gelegentlich seiner Vermählung mit der Prinzessin Thyra von Dänemark. In Braunschweig vereinbarten daher Regierung und Stände ein Regentschaftsgesetz, kraft dessen nach dem Ableben des bejahrten Herzogs Wilhelm die Regierung unter kaiserlichem Schirm in provisorischer Weise fortgeführt werden könne, bis die Thronfolge in endgültiger Weise geregelt sein würde. Als der 78jährige Herzog Wilhelm, der seit mehr als fünfzig Jahren die Regierung geführt hatte, auf seinem Schloß

Hannover und Braunschweig.

18. Okt. 1884. Sibyllenort in Schlesien unvermählt starb, erlosch die ältere welfische Linie. Auf Grund des Regentschaftsgesetzes trat jetzt ein Regentschaftsrat in Wirksamkeit. Die Erbfolge des Herzogs von Cumberland konnte nicht anerkannt und zugelassen werden, solange er seine Ansprüche auf Hannover aufrecht erhielt und die Reichsverfassung ablehnte. Sein Patent, worin er den Regierungsantritt in Braunschweig anzeigte, war eine bedeutungslose Kundgebung. Der Bundesrat
2. Juli 1885. erklärte, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland wegen seines Verhältnisses zu dem Bundesstaat Preußen mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei.
21. Okt. Der Landtag nahm alsdann dem Regentschaftsgesetz entsprechend die Wahl eines Regenten vor. Sie fiel auf den Prinzen Albrecht von Preußen, worauf alsbald eine Militärkonvention mit Preußen folgte.

Elsaß-Lothringen. Nachdem die neuerworbenen Gebiete Elsaß-Lothringen als „Reichsland" dem Deutschen Reich einverleibt (XV, 2. 465), durch das Gesetz vom 30. Dezember 1871 die Verwaltung neu eingerichtet und Herr von Möller als erster Oberpräsident
Sept. 1871. eingesetzt worden, war die deutsche Verwaltung eifrig bemüht, das entfremdete Land auch innerlich wieder zu gewinnen. Als eines der vorzüglichsten Mittel zu diesem Zweck wurde eine gründliche Reform des Schulwesens erkannt. Die allgemeine Schulpflicht wurde eingeführt, der ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache in den deutschen Volksschulen durchgesetzt; ein Unterrichtsgesetz vom 12. Februar 1873 unterstellte das Schulwesen der staatlichen Aufsicht und Leitung und schränkte den Einfluß der Geistlichkeit ein; die zahlreichen Schulbrüder und Schulschwestern, welche nach dem neuen Gesetz zum Unterricht nicht mehr befähigt waren, mußten ihr Amt niederlegen; das Knabenseminar in Straßburg und das Lehrerseminar in Zillisheim, welche sich der Staatsaufsicht nicht unterwerfen wollten, wurden geschlossen. Am 1. Mai 1872 wurde in Straßburg eine deutsche Universität eröffnet, die bald eine edle Pflanzstätte deutschen Geistes in der wiedergewonnenen Westmark wurde. Die Stadt Straßburg blühte bald
1880. mächtig auf, namentlich seitdem die einengenden Festungswerke weiter hinausgeschoben worden. Viel Erregung brachte die Frage der „Option" hervor, die kraft des Friedensvertrags gestattete Wahl der Nationalität. Den Eingebornen wurde die Verpflichtung auferlegt, bis zum 1. Oktober 1872 sich zu entscheiden, ob sie dem deutschen oder dem französischen Reich angehören wollten; in letzterm Fall mußten sie ihren Wohnsitz in Frankreich nehmen oder sie wurden trotz der Option als deutsche Reichsangehörige behandelt und zu allen Pflichten von solchen herangezogen. Die Auswanderung hielt sich nur in sehr mäßigen Grenzen. Mit der Zeit kehrte angesichts der unverkennbaren guten Leistungen der deutschen Verwaltung und der wachsenden Zerfahrenheit der französischen Zustände eine ruhigere Stimmung in den Gemütern ein; die Kreis- und Bezirkstage konnten bald in ungestörte Wirksamkeit treten. Gegenüber den Männern des schroffen Protestes gab sich eine „autonomistische" Richtung kund, welche unter Anerkennung der vollzogenen Thatsachen ein möglichst selbständiges politisches Leben des

Landes innerhalb des Reichsverbands erstrebte. Die ersten Reichstagswahlen, die nach Ablauf der Diktatur im Jahr 1874 stattfanden, fielen indessen noch ausschließlich auf Klerikale und Protestmänner und wir haben deren schroffes Auftreten in Berlin kennen gelernt (XV, 2. 501). Gleichwohl schritt die Regierung auf der Bahn beruhigender und versöhnender Maßregeln fort. Durch kaiserliche Verordnung wurde ein Landesausschuß geschaffen, welcher aus den drei Bezirks- 29. Okt. 1874.
tagen gewählt wurde und eine beratende, begutachtende Stimme über die Anliegen der innern Gesetzgebung und Landesverwaltung besaß. Die Wirksamkeit des Landesausschusses wurde durch das Gesetz vom 2. Mai 1877 dahin erweitert, daß alle Landesgesetze mit Zustimmung des Landesausschusses und des Bundesrats ohne Mitwirkung des Reichstags erlassen werden können, so daß der letztere nur dann einzutreten hat, wenn es mit dem Landesausschuß nicht zu einer Verständigung kommt. Bei den Reichstagswahlen von 1877 und 1878 wurden mehrere Autonomisten gewählt. Die Besuche des Kaisers in den Reichslanden in den letzten siebziger Jahren wurden mit freudiger Begeisterung, namentlich bei dem evangelischen Landvolk, aufgenommen. Eine neue Erweiterung der staatlichen Selbständigkeit des Landes wurde dann durch das Reichsgesetz vom 4. Juli 1879 über die Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen voll- 4. Juli 1879.
zogen. Dadurch wurde an die Spitze des Reichslandes ein in Straßburg residierender kaiserlicher Statthalter gestellt, welchem eine Reihe bisher vom Kaiser ausgeübter landesherrlicher Befugnisse übertragen sind. Die Verwaltung wird durch ein eignes Ministerium, das in Straßburg seinen Sitz hat, unter einem Staatssekretär geleitet; zur Begutachtung von Gesetzentwürfen wurde ein Staatsrat eingesetzt und im Bundesrat sollte ein eigner Vertreter mit beratender Stimme die Interessen des Landes wahrnehmen. Zugleich wurden die Befugnisse des Landesausschusses aufs neue erweitert, die Zahl seiner Mitglieder vermehrt, das Wahlverfahren umgestaltet. Im Jahr 1881 wurde durch Reichsgesetz die Öffentlichkeit der Verhandlungen des Landesausschusses und die deutsche Geschäftssprache eingeführt. Zum Statthalter wurde Generalfeldmarschall Freiherr von Manteuffel, zum Staatssekretär Herzog und nach dessen baldigem Juli 1879.
Rücktritt der frühere Präsident des Reichskanzleramts, Hofmann, ernannt. Der Statthalter von Manteuffel glaubte seine Aufgabe am besten dadurch zu lösen, daß er den „nationalen" Gefühlen der Bevölkerung und auch den klerikalen Bestrebungen mit einer Politik der Versöhnung entgegen kam. Die Einwohner begrüßten das Einlenken von dem strammeren Möllerschen Regiment in mildere Formen mit großer Genugthuung, ohne aber darum sich freudiger an das alte Vaterland anzuschließen. Manteuffels Liebeswerbungen waren auch nicht vermögend, die starren Herzen zu erweichen; das bewiesen die Reichstagswahlen jener Jahre. Der Oberpräsident von Möller, der in schwierigen Zeiten eine ebenso umsichtige wie feste und gerechte Verwaltung geführt, zog sich nach Kassel zurück, wo er bald starb. Nach dem Tod Manteuffels am 17. Juni 1885

wurde der Botschafter in Paris und frühere bayrische Ministerpräsident, Fürst
1885. Chlodwig von Hohenlohe, zum Statthalter ernannt. Die Zügel wurden jetzt wieder etwas straffer angezogen; reichsfeindliche Vereine wurden aufgelöst, Kundgebungen gegen das Deutschtum unterdrückt, französischen Militärpersonen der Aufenthalt untersagt, die Verpachtung der Jagd an Ausländer verboten, strenge Paßvorschriften eingeführt, welche in Frankreich und in Elsaß-Lothringen viel Ärgernis erregten. Es ist freilich nicht zu bestreiten, daß das Deutschtum in den zwei Jahrzehnten der Zugehörigkeit des Landes zum Reich nur geringe Fortschritte gemacht hat, ja, daß mitunter offenbare Rückschritte wahrzunehmen sind. Indessen wer sich nicht in haltlosen Illusionen bewegte, konnte nicht erwarten, daß ein fast zwei Jahrhunderte entfremdetes und mit allen Beziehungen und Traditionen an Frankreich geknüpftes Land im Lauf weniger Jahre sich mit voller Hingebung an Deutschland anschließen werde, zumal solange die französische Agitation noch die Hoffnung aufrecht zu erhalten weiß, es werde bald der Tag einer günstigeren Abrechnung mit dem Deutschen Reich kommen. Es mögen wohl Menschenalter vergehen, ehe das langentfremdete Land aufrichtig und innig sich wieder mit dem alten Mutterland verbunden fühlt.

9. Die Thronwechsel im Kaiserhaus.

Tod Kaiser Wilhelms I. 9. März 1888.

Das Jahr 1888 hat dem deutschen Volk schweres Leid gebracht. Am 9. März ging Wilhelm, der erste Kaiser des neuen Reichs, zu seinen Vätern ein, im 91. Lebensjahr, aber bis zuletzt in frischer Rüstigkeit des Geistes und Leibes. Als Fürst Bismarck tiefbewegt dem Reichstag die Trauerbotschaft überbrachte, äußerte er, es sei dem verstorbenen Kaiser ein Trost in manchen schweren Schickungen gewesen und habe den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet, daß er auf die Entwickelung seiner Lebensaufgabe, die nationale Befestigung seines Volks, mit Befriedigung zurückblicken konnte. Das einmütige Eintreten des Reichstags für die Sicherung des Reichs habe ihn noch in den letzten Tagen gestärkt und erfreut. „Die heldenmütige Tapferkeit, das hochgespannte nationale Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienst des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterland, die in unserm dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unsrer Nation sein, welches der aus unsrer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat." Ein reiches Leben voll wunderbarer Erfolge war damit zu Ende gegangen. In die Jahre, da das alte Reich zusammenbrach, da unter der Napoleonischen Zwingherrschaft Deutschland und Preußen zertrümmert am Boden lag, reichten noch die Kindererinnerungen dieses Fürsten; die Schmach von Jena und Tilsit waren seine ersten Jugendeindrücke, und an der Schwelle des Greisenalters war er berufen, sein Volk durch Ruhmesthaten ohnegleichen zu einer nationalen Erhebung

und Wiedergeburt zu führen, wie sie früher auch dem kühnsten Sehnen unerreichbar geschienen. Selten hat ein Monarch einen solchen Schatz von Volksliebe besessen und verdient, wie der erste Herrscher des wiedererstandenen Deutschen Reichs. Bei aller Fülle weltlicher Macht und irdischen Glanzes blieb der Kaiser schlicht und einfach, wohlwollend und milde. In den herrlichsten Erfolgen hat er nur die Mahnung zu um so unermüdlicherer Pflichttreue und Arbeit erblickt, nie hat ein Herrscher die Aufgaben seines hohen Berufs so ernst genommen. „Ich habe jetzt nicht Zeit, müde zu sein", war eine der letzten bezeichnenden Äußerungen des Sterbenden. Bei allem kriegerischen Ruhm war stets sein Streben, die Segnungen des Friedens der Welt und seinem Land zu erhalten. Ferne Generationen noch werden den Kaiser Wilhelm den erhabensten Herrschergestalten der deutschen Geschichte an die Seite stellen; die Erfüllung der patriotischen Träume, die Erhebung des deutschen Vaterlandes aus jahrhundertelangem Unglück wird ewig mit seinem Namen verknüpft bleiben. Für das junge Deutsche Reich war es ein großer Segen, daß in den Jahren, da es seine Wurzeln fest in den Boden schlagen mußte, ein Herrscher von so gewaltigem Ansehen im Ausland und in der Heimat, im Besitz eines so unerschöpflichen Schatzes von Volksliebe und Vertrauen, weit über die sonst den Menschen zugemessene Zeit hinaus die Krone tragen durfte. Ein menschlich schönes und für die Geschicke Deutschlands höchst wohltätiges Verhältnis herrschte zeitlebens zwischen dem Kaiser und seinem großen Staatsmann Fürst Bismarck. Nicht nur durch das deutsche Volk ging eine tiefe schmerzliche Bewegung bei der Kunde von dem Tod seines alten innig geliebten Kaisers; die ganze Welt nahm warmen Anteil an dem traurigen Ereignis und äußerte dies Gefühl durch zahllose ergreifende Kundgebungen. „So hoch gefürstet ist noch kein Monarch gewesen," sprach Fürst Bismarck im Reichstag, „daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Teilnahme, ihre Trauer am Grabe zu erkennen gegeben haben." Unendlich ergreifend bei aller Schlichtheit war der Grabeszug, der den toten Kaiser an die Seite seiner Eltern im Mausoleum zu Charlottenburg führte.

Kaiser Friedrich III. geb. 18. Okt. 1831.

Was dem Hinscheiden des greisen Monarchen noch einen besonders tragischen Zug hinzufügte, war die schmerzliche Gewißheit, daß sein einziger Sohn ein dem nahen Tod verfallener Mann war. Seit Jahresfrist litt der Kronprinz an einem unheilbaren Krebsleiden im Kehlkopf, gegen das die Kunst der Ärzte vergeblich ankämpfte, eine tieftraurige Leidensgeschichte. Das Ungeschick des englischen Arztes Morell Mackenzie, der lange Zeit das Wesen der Krankheit nicht richtig erkannte, verschlimmerte das schreckliche Leiden und rief in der Folge peinliche und erregte Erörterungen hervor. Der Thronerbe, den man bisher als das Bild männlicher Kraft und frischen Lebensmutes gekannt hatte, der ruhmvolle Heerführer aus der großen Kriegszeit, eine Erscheinung, die alle Herzen gewann, ein Fürst von hochgebildetem Geist, der Kunst und Wissenschaft zugethan, von edlen Sitten und freien Anschauungen, rang hoffnungslos mit einer tückischen Krankheit. Er weilte

seit November 1887 fern im Süden, in San Remo, um Linderung seiner Leiden zu suchen, als ihn der Tod des Vaters auf den Thron berief. Dem Gebot der Herrscherpflicht folgend, reiste er alsbald ab und übernahm die Regierung als Friedrich III. Aber dem „kaiserlichen Dulder", der mit unendlicher Fassung und Standhaftigkeit seine furchtbaren Leiden ertrug, treu gepflegt von seiner englischen Gemahlin Viktoria, war nur noch eine kurze Laufbahn beschieden. Nur 99 Tage dauerte die Herrschaft. Eine Proklamation an das Volk und ein Erlaß an den Fürsten Bismarck mit warmer Versicherung des allerhöchsten Vertrauens zu dem großen Staatsmann entwickelten die edlen und weisen Grundsätze, von denen sich der neue Kaiser bei seiner Regierung leiten lassen wollte; eine umfassende Amnestie zeugte von seinem milden Herzen. Die anläßlich des Projekts einer Vermählung des Prinzen von Battenberg, des ehemaligen Fürsten von Bulgarien, mit einer Tochter des Kaisers auftauchende Gefahr eines Rücktritts des Reichskanzlers ging durch Verzichtleistung auf jenen Plan, von dem Fürst Bismarck eine Gefährdung der deutschen Beziehungen zu Rußland befürchtete, rasch vorüber. Der Großherzog von Baden übte damals eine sehr wohlthätige vermittelnde Wirksamkeit aus. Der kaiserliche Dank für die Verdienste des Reichskanzlers hatte kurz zuvor auch in der Ernennung des Sohnes des letztern, des Grafen Herbert Bismarck, der schon seit zwei Jahren als Staatssekretär das Auswärtige Amt leitete, zum Staatsminister Ausdruck gefunden. Von den politischen Handlungen Kaiser Friedrichs war die Verabschiedung des Ministers von Puttkamer, des reaktionärsten Mitglieds der Regierung, am bedeutsamsten. Die Eingriffe des Ministers in die Wahlfreiheit, die in einer stürmischen Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Sprache kamen, gaben den letzten
8. Juni 1888. Anstoß zu der Entlassung; die Leitung des Ministeriums des Innern wurde
15. Juni. alsdann Herrn Herrfurth übertragen. Wenige Tage darauf machte der Tod dem Leiden des kaiserlichen Herrn ein Ende. „Lerne leiden, ohne zu klagen!" war eines seiner letzten Worte.

Das Tagebuch Kaiser Friedrichs. Große Erregung und peinliches Aufsehen rief einige Monate nach dem Tod des kaiserlichen Dulders die Veröffentlichung seines Tagebuchs aus dem Kriegsjahr 1870 in der Deutschen Rundschau hervor. Die Aufzeichnungen, nicht zur Veröffentlichung bestimmt und ohne Wissen der Erben herausgegeben, enthielten manches über die Entstehung des Deutschen Reichs, was dem Ansehen Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck nachteilig sein und auch die deutschen Bundesfürsten verletzen konnte; die Veröffentlichung einzelner Bemerkungen mußte geradezu als schädliche Preisgebung von Staatsgeheimnissen betrachtet werden, wenn auch anderseits wieder der edle Charakter, die hochherzigen politischen Grundsätze des verstorbenen Kaisers in diesen Aufzeichnungen eine schöne Beleuchtung erfuhren. Auf alle Fälle war die unbefugte Veröffentlichung taktlos und ungehörig. Es wurde ein Strafverfahren eingeleitet, wobei sich als Urheber der Veröffentlichung der Geheimrath Geffcken in Hamburg herausstellte,

ein bekannter Staatsrechtslehrer und Publizist von hochkonservativer Richtung, der früher zu dem Kronprinzen in Beziehungen gestanden. Indessen führte das Strafverfahren nicht zu einem verurteilenden Erkenntnis. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen stand auch der Rücktritt des Justizministers Friedberg, Jan. 1889. der durch Herrn von Schelling, den Sohn des Philosophen, bisher Staatssekretär des Reichsjustizamts, ersetzt wurde.

Die Kaiser- und Königskrone ging nach Friedrichs Tod auf ein jugendliches Kaiser Wilhelm II. Haupt über. Nur der Große Kurfürst und Friedrich II. von brandenburgisch-preu- geb. 27. Jan. 1859. ßischen Herrschern waren noch jünger gewesen, als sie den Thron bestiegen. Ein eifriger Soldat, wie es in der Tradition des hohenzollernschen Hauses liegt, beteuerte der junge Herrscher doch in feierlichen Kundgebungen, die Friedenspolitik seiner Vorgänger befolgen zu wollen. Nicht nur in allen Zweigen des militärischen Dienstes, sondern auch der Zivilverwaltung hatte der Kaiser die sorgfältigste Ausbildung erfahren; allezeit hatte er einen ernsten, seiner hohen Aufgaben sich bewußten Geist, einen starken Willen, ein strenges Pflichtgefühl und einen scharf ausgeprägten Nationalstolz bewiesen, so daß das deutsche und preußische Volk mit Vertrauen und freudigen Hoffnungen dem Regiment seines neuen Kaisers entgegensehen konnte, dessen Hingebung und Verehrung für den Fürsten Bismarck überdies eine bekannte Thatsache war. Die Dynastie, über die in den letzten Monaten so schwere Schicksale hereingebrochen, stand durch eine stattliche Schar frisch heranblühender Knaben, mit denen die Ehe des Prinzen und Kaisers mit Augusta Viktoria, der Tochter des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, gesegnet war, auf festen Grundlagen. Als der neue Kaiser zum erstenmal den Reichstag eröffnete und in der Thronrede das Fortschreiten auf den von dem Großvater 25. Juni 1888. vorgezeichneten Wegen betonte, sah er sich von fast allen deutschen Fürsten umringt, an ihrer Spitze der Prinz-Regent von Bayern und der König von Sachsen. Indem die deutschen Fürsten sich in glänzender Versammlung um den Thron des jugendlichen Herrschers scharten, wollten sie Zeugnis für das deutsche Volk und für das Ausland ablegen, daß der nationale Bau des Reichs und Kaisertums fest genug in den Boden gesenkt sei, um auch so schwere Erschütterungen, wie den Tod zweier Herrscher im Laufe weniger Monate, zu ertragen. Der Kaiser sprach in seiner ersten Thronrede den festen Vorsatz aus, die Reichsverfassung aufrecht zu halten, die Botschaft seines Großvaters vom Jahr 1881 namentlich in ihren auf den Schutz der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Verheißungen zu erfüllen, dabei aber allen Bestrebungen auf Untergrabung der staatlichen Ordnung fest entgegenzutreten und Frieden zu halten mit jedermann, wenn es die Sicherheit und Ehre des Vaterlandes gestatte. „Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhms, noch irgend welcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einige und unabhängige Nation zu bestehen, endgültig erkämpft hat.“ Die in nächster Zeit unternommenen Besuche des jungen Kaisers bei den meisten europäischen Höfen, in Petersburg, Stockholm, Kopenhagen, den süddeutschen Hauptstädten, Wien und

Rom, im Quirinal und Vatikan, in London, später auch in Athen, wo die Vermählung der kaiserlichen Schwester mit dem Kronprinzen von Griechenland gefeiert ward, und in Konstantinopel gaben dem Vorsatz, Frieden und Freundschaft zu halten, Ausdruck und fanden warme, herzliche Aufnahme und Erwiderung.

II. Die österreichisch-ungarische Monarchie.

1. Das Ministerium Hohenwart und der Sieg der Verfassungspartei.

Der Nationalitätenkampf und das Ministerium Hohenwart.

In den Wiener Hofkreisen und der hohen Aristokratie trug man bei Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs große Neigung, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen, und tief genug ließ sich der Reichskanzler Graf Beust mit dem Herzog von Gramont ein (XV, 2. 330). Nur die raschen Erfolge der deutschen Waffen und das Mißtrauen gegen Rußland verhinderten den verabredeten Kriegsbund und der gewandte Staatsmann fand sich dann einigermaßen in die neuen Verhältnisse. Wie wenig auch die Gründung des Deutschen Reichs unter Preußens Ägide in der Hofburg und den maßgebenden Kreisen Wiens auf innerliche Zuneigung stieß, so unterließ Graf Beust doch nicht, in einem Schreiben an Bismarck die besten Wünsche für das große historische Ereignis auszusprechen und eine freundschaftliche Annäherung beider Reiche in Aussicht zu stellen. Auch bei dem Siegesfest in Berlin fehlte es nicht an Kundgebungen von seiten des österreichischen Kaisers, wenn sie auch noch nicht aus ganz offenem Herzen kommen mochten. Desto aufrichtiger begleiteten die deutsche Bevölkerung und das liberale Bürgertum die Siege der Stammesgenossen mit warmer Teilnahme; sie erkannten mit richtigem Gefühl, daß der nationale Aufschwung im Nachbarreich auch ihnen Stärke verleihen werde. Und gerade jetzt war den österreichischen Deutschen eine moralische Stütze mehr als je von nöten: denn die slawischen Völkerschaften, die mit ihnen in derselben Reichshälfte vereinigt sind, vor allem die Tschechen in Böhmen strebten nach einer vorherrschenden Stellung, wie sie die Magyaren in dem östlichen Teil des Reichs innehaben. Sie trachteten danach, das deutsche Wesen, die deutsche Bildung und Wissenschaft zu unterdrücken und anstatt des deutschen Liberalismus eine ultramontane, slawische, feudale Koalition an die herrschende Stelle im österreichischen Reichsrat zu bringen. Und diese Bestrebungen waren von Erfolg. Vergebens setzte Graf Beust dem Kaiser in einer Denkschrift die Nachteile auseinander, welche diese Strömung für den Gesamtstaat Österreich haben würde. Seine Worte, worin er die Traditionen der Josephinischen Zeit vertrat und sich gegen die zersetzenden Theorien des föderalistischen Adels erhob, machten nur geringen Eindruck. Als das Ministerium Alfred Potocki, welches vergeblich an der Versöhnung der Nationalitäten gearbeit hatte,

seine Entlassung nahm, trat zum allgemeinen Erstaunen ein Ministerium an Febr. 1871. die Spitze der Regierung, dessen Hauptmitglieder, der ultramontane Graf Hohenwart, der slawisch-klerikale Jireček, der schwäbische Partikularist Schäffle, der tschechische Habietinek keine andern Verdienste aufzuweisen hatten, als daß sie dem neuen Deutschen Reich von Grund der Seele feind waren. Wie viele Experimente die Welt seit zwei Jahrzehnten im österreichischen Regierungssystem erlebt hatte, dennoch erregte diese Schöpfung einer im Verborgenen wirkenden reaktionären Kamarilla, eines aus Nationalen, Jesuiten, Feudalen bestehenden „föderalistischen Rattenkönigs“ gerechte Verwunderung. Nachdem das neue Kabinett, von den Witzblättern als „Faschingsministerium“ bezeichnet, seinen Standpunkt durch die Untersagung öffentlicher Kundgebungen für die deutschen Siege offenbart, trat es nach längern Vorbereitungen mit Gesetzvorlagen hervor, welche, im Widerspruch mit der Dezemberverfassung vom Jahr 1867 und dem ungarischen Ausgleich (XV, 2. 296 f.), die Autonomie der einzelnen Länder Cisleithaniens auf Kosten der Reichseinheit erweitern, insbesondere einen dem Staatsvertrag mit dem ungarischen Transleithanien sich annähernden Ausgleich mit den Tschechen und eine größere Selbständigkeit der Polen in Galizien anbahnen sollten. Den Einzellandtagen eine größere Kompetenz zu geben, die Provinzen in bezug auf Gesetzgebung und Verwaltung unabhängiger zu stellen, die Rechte des gemeinsamen Reichsrats und Reichsministeriums zu mindern, das Übergewicht der deutschen Sprache und Staatsschule zu schmälern, war das Ziel dieser Begründer „einer wahrhaft österreichischen Politik“. Das Übergewicht des deutschen Elements in der westlichen Reichshälfte diesseits der Leitha sollte verdrängt werden durch einen Föderalismus, in welchem den slawischen Völkerstämmen unter dem Schild der „Gleichberechtigung“ das entscheidende Wort zufallen mußte. Vergebens richtete die Verfassungspartei eine Adresse an den Kaiser; dieser erklärte, daß das Ministerium sein volles Vertrauen besitze; vergebens wurden im Abgeordnetenhaus die Vorlagen der Regierung abgelehnt und der Antrag auf Verweigerung des Budgets gestellt; vielen erschien der Schritt zu kühn und revolutionär, der Antrag erlangte nicht die Mehrheit. Dadurch ermutigt ging das Ministerium weiter voran: die einheitliche Reichsverfassung sollte zu einem Schattenbild herabgesetzt und der Schwerpunkt in die Provinziallandtage verlegt werden. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde beschlossen, diejenigen Landesversammlungen, in welchen das deutsche Element vorwiegend war, aufzulösen und neue Wahlen anzuordnen. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß in demselben Augustmonat, als die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Ischl und der beiden Reichskanzler in Gastein den Glauben an eine größere Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie erweckte, Franz Joseph jene Patente erließ, welche die deutsche Verfassungspartei in Österreich als eine 11. Aug. Kriegserklärung auffassen mußte. Sie verfügten die Auflösung des Abgeord-

netenhauses und der deutschen Landtage und ordneten an, daß die neugewählten Deputierten am 14. September sich wieder versammeln sollten. Damit war dem deutschen verfassungstreuen Österreich das Zeichen zu einem Kampf auf Leben und Tod gegeben. Fielen die Wahlen ungünstig aus, so kam das Regiment in der cisleithanischen Reichshälfte an die Klerikalen, Feudalen, Tschechen und Slowenen. Schon stellte der österreichische Episkopat in einer Denkschrift das Ansuchen an den Kaiser, er möge bewirken, daß Rom dem Papst zurückgegeben würde.

Sieg der Verfassungspartei. Die Führer der deutschen Bevölkerung strengten alle Kräfte an, dem gegen das Staatsgrundgesetz gerichteten Sturm zu begegnen; alle sollten eintreten, verkündeten ihre Aufrufe, für die Erhaltung der bestehenden Verfassung, die ihnen die letzte Bürgschaft einer rechtlichen und freien Existenz in diesem Völkerstaat gewähre. Aber was vermochten die patriotischen Ansprachen gegenüber dem Einfluß, den die Regierung, die Feutal-Ultramontanen, der Großgrundbesitz, der engherzige Partikularismus in die Wagschale zu legen hatten! Die Anhänger der Idee der Staatseinheit waren nicht stark genug, die Pläne der Regierung und der Gegner zu Fall zu bringen. Die verfassungstreue Partei sank im Abgeordnetenhaus zu einer ohnmächtigen Minderheit und beschloß, sich vom Reichsrat fernzuhalten. Schon wurde auf dem Prager Landtag ein neues Nationalitätengesetz beraten, welches die „historisch-politische Individualität" des Tschechentums begründen und die Monarchie im Sinn eines klerikal-partikularistischen Föderalismus umgestalten sollte; auch hier schieden die deutschen Abgeordneten aus, um nicht an dem unheilvollen Werk teilnehmen zu müssen. „Man versuche es einmal mit einem Österreich, dem die Deutschen fehlen," riefen Wiener Blätter aus. Auf einer Konferenz in Wien legten die deutschen Abgeordneten der cisleithanischen Reichslande die Erklärung nieder, daß sie kein Anlehen, das von dieser Reichsversammlung votiert werden sollte, als rechtsverbindlich ansehen oder in dessen Verzinsung oder Rückbezahlung willigen würden. Durch das Fernbleiben der Deutschen hatte der Prager Tschechenlandtag freie Hand, eine Landesordnung zu entwerfen, nach welcher Böhmen in allen wichtigen Angelegenheiten auf sich selbst gestellt, die Verbindung mit Österreich und dem Wiener Reichsrat auf einen internationalen Vertrag beschränkt war. Nicht nur daß eine böhmische Landesregierung mit einem Hofkanzler an der Spitze die Staats- und Verwaltungsgeschäfte besorgen und für ihre Handlungen nur dem Landtag verantwortlich sein sollte, durch ein neues Wahlgesetz war der deutschen Bevölkerung der Eintritt in den Landtag so gut wie abgeschnitten. Kaum wurden noch einige gemeinsam-österreichische Angelegenheiten anerkannt, die auf einem Kongreß von Delegierten der Landtage behandelt werden mochten. Diese neue Staatsverfassung sollte auf einem frisch zu wählenden „Krönungslandtag" bestätigt und von dem Kaiser in einem „Majestätsbrief" dem böhmischen Volk verkündigt werden. So verstanden Rieger, Clam-Martinitz und Genossen die

„Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten“. Die Tschechen sollten herrschen, die Deutschen dienen, gehorchen und zahlen. Mit diesen Vorlagen eilten die Häupter der Tschechenpartei nach Wien, um die Unterschrift des Kaisers einzuholen. Ähnliche Forderungen erhoben die Landtage von Tirol, Mähren, Krain. Hätte der Monarch die „Fundamentalartikel“ dieser neuen böhmischen Magna charta genehmigt, so durften die andern Nationalitäten in dem österreichischen Völkergewimmel dieselben Rechte in Anspruch nehmen; die Reichseinheit war dann ein leeres Wort, die gemeinsame Monarchie ging in die „Vereinigten Staaten von Österreich“ über, die von zentrifugaler Kraft bewegt bald nach allen Richtungen der Windrose auseinander streben mußten. Soweit sollte es jedoch nicht kommen, der geplante „Staatsstreich“ sollte nicht zur Ausführung gebracht werden. Dem Kaiser war die Bedeutung des Ausgleichs mit der „politischen Nation der Böhmen“ klar gestellt worden. Er hielt mit der Bestätigung der Fundamentalartikel zurück und traf dann die Entscheidung, daß die bestehende Verfassung samt dem Reichsrat der gemeinsame Rechtsboden sei, und daß alle Abänderungsvorschläge auf diesem Reichsgrundgesetz beruhen müßten; die böhmischen Fundamentalartikel seien daher zur Vorlage im Reichsrat nicht geeignet. Damit fiel das System der „historisch-politischen Individualitäten“ zu Boden; das Ministerium Hohenwart-Schäffle begehrte und erhielt seine Entlassung, und dem böhmischen Landtag blieb nichts übrig als Verwahrung dagegen einzulegen, daß der Reichsrat befugt sei, über das Staatsrecht und die Verfassung des Königreichs Böhmen zu beschließen. Den größten Anteil an dieser Wendung hatte neben dem Grafen Andrassy der Reichskanzler Beust; bei den Deutschen Österreichs gewann er deshalb mehr Ansehen und Volkstümlichkeit, als er jemals besessen. Es erregte daher großes Erstaunen, daß derselbe Mann wenige Tage nachher seines hohen Amtes enthoben und als Botschafter nach London gesandt ward. Er sollte den Kaiser zu spät vor den Folgen der Hohenwartschen Politik gewarnt haben. Die öffentliche Meinung in Deutschland hatte sich mit ihm ausgesöhnt; um so heftiger zürnte ihm die reaktionäre partikularistische Hofpartei, die das gefallene Ministerium auf die Schaubühne gehoben, die Ultramontanen, die Feudalen, die Slawen. „Daß Beust kein geborner Österreicher, sogar Protestant, nicht vom hohen Adel und doch Reichskanzler war, das Konkordat aufgehoben und gute Beziehungen mit dem Deutschen Reich angeknüpft hatte, das waren in den Augen dieser modernen Erinnyen ebenso viele Todsünden.“ Die aufgeregten Geister schrieen nach Rache; so wurde ihnen denn Beust zum Opfer gebracht. Dafür ward er von den Deutschen als Märtyrer ihrer Sache hoch gefeiert.

[Randnoten: 30. Okt. 1871. — Graf Beust nach London. — 8. Nov.]

Die österreichische Politik erlitt durch Beusts Abgang keine Änderung; denn Graf **Andrassy**, bisher Ministerpräsident in Ungarn, der den Slawen gegenüber die Ansichten Beusts teilte, wurde sein Nachfolger im Reichsministerium und Auswärtigen Amt, ein hochbegabter, ritterlicher Mann, in dessen Politik

[Randnoten: Die Andrassy-Auerspergsche Politik. — 14. Nov.]

ein aufrichtig freundschaftliches Verhältnis zu dem Deutschen Reich den Grundzug bildete. In Pest übernahm Graf Lonyay die Leitung des Ministeriums für Ungarn, während in Wien Fürst Adolf Auersperg, Bruder des Dichters, an die Spitze der Staatsregierung in Cisleithanien trat. Seine bedeutendsten Kollegen im Kabinett waren die Minister des Innern Lasser, der Kultusminister Stremayr und Unger als Minister ohne Portefeuille. Erhaltung der Verfassung und des Gesamtstaats gegenüber den Absonderungsgelüsten der Slawen und Zusammengehen mit dem Deutschen Reich in allen wichtigen Fragen war das gemeinsame Programm. Durch Neuwahlen gewannen in den Provinziallandtagen die liberalen Elemente wieder Boden; durch ein „Notwahl-
Febr. 1872. gesetz", welches direkte Volkswahlen für den Reichsrat anordnete, falls die Landtage die Beschickung durch Delegierte verweigerten, wurde dem Föderalismus der Boden zu partikularistischen Wühlereien entzogen oder beschränkt; und wenn auch die Polen Galiziens im Jahr 1872 den Versuch der böhmischen Tschechen, eine selbständige Stellung im österreichischen Reichsorganismus zu erlangen, mit denselben Mitteln wiederholten, dennoch befestigte sich unter der geschickten Leitung des vaterländischen Auersperg mehr und mehr die Überzeugung, daß die habsburgische Monarchie nur durch strammes Festhalten an der Verfassung und am Reichsrat und durch freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland gedeihen könne. Wie sehr auch immer die feindlichen Mächte des vielgegliederten Staates, Nationalismus, Klerikalismus, Feudalismus den deutsch-liberalen Ideen entgegenstreben mögen, dennoch bleibt dem germanischen Element und dem deutschen Wesen in Österreich die Aufgabe gestellt, das Ganze mit seiner Kultur zu umfassen, zu durchdringen und zusammenzuhalten. Nur an der Hand deutscher Bildung können die slawischen Völkerteile zu einem Kulturleben emporsteigen. Durch die im Februar 1873 eingebrachte große Wahlreform, welche den Reichsrat auf die breite Basis der Volkswahlen in allen Landesteilen stellte und von den Sonderlandtagen unabhängig machte, ward der Weg betreten, der zu diesem Ziel führen muß; die verfassungsmäßige Einheit des Reichs mit Eindämmung der föderalistischen Bestrebungen war ein Sieg des deutsch-liberalen Geistes. Umsonst setzten die Männer des Rückschritts, die Feudalen, Klerikalen, Aristokraten in Verbindung mit den Föderalisten alle Hebel ein, selbst in der Umgebung des Monarchen, um die Reform des Reichsrats, wonach derselbe künftighin durch direkte Volkswahlen, nicht mehr wie bisher durch Wahlen der
3 April 1873. siebzehn Landtage gebildet werden sollte, zu verhindern; Franz Joseph erteilte den Beschlüssen seine Sanktion. Durch die Wahlreform wurde die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 203 auf 351 erhöht; die Wahl geschah unmittelbar durch das Volk, nicht erst durch das Mittelglied der Landtage; das bisherige Gruppensystem, Großgrundbesitz, Städte und Handelskammern, Landgemeinden, wurde aber beibehalten. Damit lenkte Österreich wieder in freiere Bahnen ein und die Verfassungspartei erlangte aufs neue das Übergewicht im

Reichsrat. Auch das Verhältnis zu Deutschland gestaltete sich immer freundlicher; auf beiden Seiten suchte man jetzt, nachdem die große Auseinandersetzung des Jahres 1866 vollzogen worden, aufrichtig eine enge Annäherung, wie sie den vielen gemeinsamen Interessen der beiden Länder entsprach. Einzelne entgegengesetzte Stimmen, wie z. B. eine Aufsehen erregende Broschüre des Erzherzogs Johann Salvator über das Artilleriewesen mit feindseliger Richtung gegen den preußisch-deutschen Staat, hatten wenig Bedeutung. Auch ein Wechsel im Ministerrat, wo der als freisinniger Reformer in der Armee bei den Anhängern der guten alten Praxis nicht beliebte Kriegsminister Kuhn seines Postens enthoben und durch General v. Koller ersetzt ward, hatte keinen politischen Umschwung zur Folge. Seitdem der ungarische Graf Andrassy, der einst wegen Teilnahme an der revolutionären Erhebung seines Vaterlandes in der Verbannung gelebt hatte, die Stelle des Grafen von Beust an der Spitze des Reichsministeriums übernommen, wurde diese Richtung nicht mehr verlassen. Im Gegensatz zu der Beustschen Politik der „freien Hand", wobei man niemals sicher gewesen, wohin sie im gegebenen Augenblick sich wenden könne, erklärte Andrassy seine Staatskunst als eine „Politik mit gebundener Marschroute", und diese sei der Frieden mit allen, in erster Linie mit den Nachbarstaaten. Man müsse die Überzeugung erwecken, daß man als Freund zuverlässig, als Feind gefährlich sein könne. Ein ritterlicher Mann von gefälligem Wesen erfreute sich der ungarische Graf der Gunst des Kaisers und der Hofkreise und war ein geschickter Vermittler zwischen den beiden Reichshälften. Durch ihn und durch den österreichischen Ministerpräsidenten Auersperg wurden die reaktionären und absolutistischen Elemente zurückgedrängt, das öffentliche Leben auf die Verfassung gegründet, die föderalistische, klerikale und feudale Opposition mit Schonung und Rücksicht, aber mit Kraft und Entschlossenheit niedergehalten.

16. Juni 1874.

Kirchengesetze.

Bei der Stellung Österreichs zum Deutschen Reich konnten die kirchenpolitischen Vorgänge in dem letztern nicht ohne Rückwirkung bleiben. Auch in Wien erkannte man die Notwendigkeit, die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat nicht wie früher durch Unterhandlungen mit Rom, sondern aus eigner Machtvollkommenheit zu regeln. Demgemäß wurden zunächst die Universitäten ihres besondern katholischen Charakters entkleidet und der Ausbreitung der Jesuitenniederlassungen Schranken gesetzt; dann wurden von dem Kultusminister Stremayr die Kirchengesetze vorbereitet, welche die ungeschmälerte Wahrung der Staatshoheit gegenüber den kirchlichen Organismen durch die Gesetzgebung zum Zweck haben sollten. Das erste derselben hob das Konkordat auch formell auf, das zweite ordnete die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, das dritte die Beiträge aus den Pfründen zum Religionsfonds zum Zweck der Deckung der Bedürfnisse des katholischen Kultus, das vierte brachte Bestimmungen über die gesetzliche Anerkennung der noch nicht gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaften. Nach scharfen Redeschlachten zwischen Liberalen und Ultramontanen

März bis Mai 1874.

wurden die Gesetze im Reichsrat angenommen und vom Kaiser im Mai bestätigt. So suchte denn auch in der österreichischen Monarchie der Staat in seine selbständigen Rechte einzutreten und sich von den ehernen Banden, womit ihn die Kirche gefesselt hielt, zu befreien. Aber der Klerus war mächtig und klug genug, die Ausführung der Gesetze hinzuziehen oder abzuschwächen, namentlich auch die obligatorische Zivilehe abzuwehren.

Börsenkrisis. Wiener Ausstellung und Jubiläum

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat das Kaiserreich Österreich-Ungarn in jenen Jahren vielfach die Aufmerksamkeit Europas auf sich gezogen. Durch den Ausbruch einer furchtbaren Börsenkrisis, in der Finanzwelt als „Krach“ bezeichnet, eine Folge des übermäßigen Anschwellens und Überwucherns der Spekulation und der Sucht nach Reichtum und Gewinn, wurden alle Klassen des Volks von schweren Verlusten betroffen und Jammer und Not in viele Familien getragen. Diese Schläge konnten nicht wieder gut gemacht werden durch die Weltindustrieausstellung, die an Großartigkeit alles übertraf, was in dieser Richtung vorher in London und Paris geleistet worden war. Wie diese Ausstellungen zu ihrer Zeit durch Belebung des internationalen Verkehrs und durch die persönliche Begegnung von Fürsten und Staatsmännern die Ideen des Friedens und der Völkerverbrüderung geweckt hatten, so in noch höherm Grad der Wiener Weltmarkt. Sah man doch nicht nur die Glieder der kaiserlichen Familie von Berlin und viele Fürsten aus den deutschen Landen nach der Donaustadt reisen und freundschaftliche Gesinnung mit dem österreichischen Kaiserhaus austauschen, auch der König Viktor Emanuel leistete der Einladung Folge und gab durch seinen Besuch in der Kaiserstadt den Beweis, daß die alte Feindschaft zwischen den beiden Reichen beendigt sei. Ja die Welt erlebte das eigentümliche Schauspiel, daß der persische Schah, „der König der Könige“ mit großem orientalischen Gefolge in Pracht und Edelgestein prunkend die europäische Welt durchzog, in den Residenzen der Herrscher längern oder kürzern Aufenthalt nehmend. Bald nach dem Schluß der Weltausstellung wurde das fünfundzwanzigjährige Regierungs-Jubiläum Franz Josephs in beiden Reichshälften großartig gefeiert und hinterließ eine gehobene Stimmung. Zu Anfang des folgenden Jahres unternahm der Kaiser eine Reise nach Petersburg, eine Begebenheit, von der man eine Besserung in den Beziehungen zu Rußland herleitete.

(Margin notes beside the paragraph above, in order: Mai 1873. — Mai bis Nov. — 2. Dez. — Febr. 1874.)

Prozeß Ofenheim. 1875.

Auf manche Gebrechen im sozialen und wirtschaftlichen Leben Österreichs fiel ein grelles Licht durch das große Gerichtsdrama, das in dem Prozeß Ofenheim die Gemüter während der ersten Wochen des Jahres 1875 mächtig aufregte und beschäftigte. Wenn auch der „Ritter von Ponteuxin“, der angeklagt war, den von ihm übernommenen Bau der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn zur eignen Bereicherung, zu Bestechungen einflußreicher Mitunternehmer, zu allerlei unredlichen und betrügerischen Manipulationen und Täuschungen mißbraucht zu haben, schließlich durch das Geschwornengericht freigesprochen wurde, weil man fand, daß die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen nicht unter die Strafgesetze

fielen, so entrollten doch die gerichtlichen Verhandlungen ein düsteres Bild von der durch den Gründungsschwindel und die gewinnsüchtigen Spekulationen in manchen hochstehenden Gesellschaftskreisen erzeugten laxen Moral und erschlafften Gewissenhaftigkeit. Der Prozeß Ofenheim warf dunkle Schlagschatten auf die höchsten Beamtenkreise in Wien und führte die Entlassung des Handelsministers Banhans herbei. Aus diesen und ähnlichen Erscheinungen drängte sich den Menschen das unheimliche Gefühl auf, daß das industrielle Leben und die Handels- und Geschäftswelt an schweren Gebrechen leide, daß Rechtlichkeit, Ehrlichkeit und Moralität bei einem Teil der höhern Gesellschaft auf schwacher Grundlage ruhe und daß festere Garantien geschaffen werden müßten gegen die Schwindeleien und die Plusmacherei gewissenloser Gründer, Unternehmer und Spekulanten, wenn der erschütterte Kredit in den Handels- und Finanzkreisen wieder aufgerichtet, Treue und Glauben in die Gemüter zurückgeführt und die in redlicher Arbeit sich abmühenden mittlern und untern Volksklassen vor Betrug und Täuschung geschützt werden sollen.

2. Die politische Stellung Ungarns. Auswärtige Politik. Ministerium Taaffe.

Ehedem stand die Habsburger Monarchie an der Spitze der deutschen Reichsgeschichte. Aber schon zur Zeit des Bundestags konnte ein süddeutscher Staatsmann den Ausspruch thun: „Die Deutschen und die Österreicher können nicht zusammen leben, sie können nur zusammen sterben, sterben auf dem Schlachtfeld gegen den gemeinsamen Feind.“ Wir wissen, wie im Jahr 1866 der blutige Schnitt vollführt wurde, der das alte Band gelöst hat. Die Schöpfung eines Doppelreichs Österreich-Ungarn war ein zweiter Schnitt in das Völker- und Staatenkonglomerat an der Donau. Seitdem fehlte der einheitliche Mittel- und Schwerpunkt; die zentrifugalen Kräfte gewannen mehr Raum und Wirksamkeit. Nicht genug, daß das Königreich ostwärts der Leitha sich mehr und mehr zu einem nationalen Ganzen zu organisieren bemüht war, seine eignen Interessen höher anschlug, als die Wohlfahrt und Größe des Gesamtreichs, wir haben soeben erfahren, daß auch die slawischen Völkerschaften, welche dem Staatenverband im Westen der Leitha angehören, insbesondere die Tschechen in Böhmen, nach einer ähnlichen politisch-nationalen Autonomie strebten wie die Magyaren, daß in manchen Köpfen die Idee von „Vereinigten Staaten Österreichs“ zu keimen begann, von einem Staatenbund, dessen Einzelglieder nur in dem monarchischen Oberhaupt ihren Vereinigungspunkt hätten. Selbst im Herrenhaus sprach man von einem Zerbröckelungsprozeß, in dem sich Österreich befände. Noch im Jahr 1875 weigerten sich 71 alttschechische Abgeordnete, in den böhmischen Landtag einzutreten und überreichten eine Denkschrift mit Anklagen gegen die Mängel der Verfassung. Im Jahr 1876 sah sich die kaiserliche Regierung sogar genötigt, den Landtag in dem sonst so treuen Tirol „wegen pflicht-

Der Kaiserstaat und seine Teile.

Mai 1876. widrigen Benehmens der Mehrheit" zu schließen, als die Ultramontanen mit leidenschaftlicher Intoleranz für die „Glaubenseinheit" eintraten. Bei so geteilten Interessen und verschiedenartigen Zielen war es eine schwere und mühevolle Aufgabe, das Staatsschiff sicher durch die hochgehenden Wogen des Föderalismus und Partikularismus zu lenken, die widerstrebenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zu sammeln, dem Kaiserreich seinen deutschen Charakter zu bewahren, gegen die Magyaren wie gegen die Slawen anzukämpfen. Nur der Umstand, daß diese Nationalitäten unter sich selbst wieder getrennte Wege gehen und verschiedenartige Zwecke verfolgen, sichert dem deutschen Element auf die Dauer das Übergewicht. Einer gesunden österreichischen Regierungspolitik liegt daher die Hauptaufgabe ob, die Idee des Gesamtstaats zu pflegen, bei allen Volksteilen das Gefühl der staatlichen Zusammengehörigkeit zu beleben, die Überzeugung zu wecken, daß sie Glieder eines großen Ganzen sind, dessen Wohl und Gedeihen nur vereint erreicht werden könne. Aber so einfach und klar diese politische Aufgabe in der Idee erscheint, so schwierig ist ihre Bethätigung, weil Egoismus und Sonderinteresse, Leidenschaft und nationale Vorurteile den Blick auf die Gesamtheit trüben.

Verhältnis zu Ungarn. Dies gilt vor allem von dem Verhältnis Österreichs zu Ungarn. Der Ehebund, durch welchen beide Staaten jahrhundertelang zur Lebensgemeinschaft zusammengefügt waren, hatte manche stürmische Tage, manchen Zwist und Streit im Gefolge gehabt; aber Notwendigkeit, Gewohnheit, äußere Gefahren oder Zwang verhinderten die Lösung des Bandes. Es gab Zeiten einträchtigen Zusammenlebens, ja ehelicher Zärtlichkeit. Seitdem aber der Dualismus durch rechtsgültigen Scheidungsvertrag geschaffen worden oder nur noch eine konventionelle Ehe mit Ausschluß der Gütergemeinschaft bestehen blieb, nur noch die lästigen Verpflichtungen, die Nationalschuld, der Heerbestand, das gemeinsame Band bildeten, war der Rechtsstreit um materielle Güter der normale Zustand der innern Politik, waren Mißtrauen und nationale Eigenliebe die Triebkräfte des ungarischen Patriotismus. Das Magyarentum zu heben und zu verherrlichen, die Herrschaft der Deutsch-Österreicher zu schwächen und zu verkleinern, die fremden Völkerstämme, welche der Scheidungsakt der transleithanischen Reichshälfte zugewiesen, die Deutschen in Siebenbürgen, die Slawen in Kroatien und Slawonien zu unterdrücken und in ihren nationalen Rechten zu verkürzen, von den gemeinsamen Lasten möglichst viel der westlichen Hälfte zuzuwenden, das waren fortan die leitenden Gesichtspunkte der magyarischen Politik. Nicht genug, daß das Königreich Ungarn von Ofen-Pest aus viel selbständiger und unabhängiger durch die eignen vollziehenden und gesetzgebenden Gewalten regiert wird, als die cisleithanischen Länder von Wien aus; die Magyaren verlangten und empfingen einen überwiegenden Anteil an der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten, so daß der Schwerpunkt der Monarchie oft in Pest zu liegen schien; sie entrichteten zu den gemeinschaftlichen Reichsausgaben (Armee, Marine, Ge-

sandtschaften, Verzinsung der Staatsschuld) kaum den dritten Teil. Und dennoch strebte die äußerste Linke nach einem Magyarenreich mit voller Selbständigkeit und Autonomie, höchstens mit einer Personalunion in dem monarchischen Oberhaupt.

Mit der Zeit gelang es jedoch dem besonnenen Staatsmann Franz Deák der Überzeugung Eingang zu verschaffen, daß der Ausgleich vom Jahr 1867, der im Dezember 1877 ablief, für Ungarn vorteilhafter sei, als eine vollständige Trennung. Auch die Führer der Linken, Tisza und Ghiczy, befreundeten sich mit diesem Gedanken. So bildete sich eine Deákpartei, die, mehr und mehr an Umfang und Bedeutung gewinnend, allmählich die öffentliche Meinung beherrschte. Ihr Ziel war, im Anschluß an Österreich die vaterländischen Interessen Ungarns auf Grund der bestehenden Verfassung nach Kräften zu fördern. Die Ministerien in Ungarn hatten inzwischen rasch gewechselt. Auf den Grafen Lonyay, dem der Vorwurf gemacht wurde, seine Stellung zur eignen Bereicherung benutzt zu haben, folgte Szlavy, darauf Bitto. Dann trat Koloman Tisza an die Spitze des Ministeriums, wo er sich lange Jahre behauptete, und suchte mit Hilfe der vereinigten liberalen Partei zunächst die wirtschaftliche und finanzielle Lage des transleithanischen Königreichs durch Zoll- und Handelsverträge mit dem westlichen Kaiserstaat sowie durch eine Verständigung und Ausgleichung über die ungarische Notenbank aus dem zerrütteten Zustand zu retten. Allein bei den übertriebenen Anforderungen zu gunsten Ungarns, wodurch die magyarischen Interessen ungebührlich vorangestellt wurden und das Nachbarreich allzuschwer und ungleich belastet worden wäre, zogen sich die Ausgleichsverhandlungen monatelang hinaus, so daß selbst in Wien vielfach die Frage erwogen wurde, ob nicht eine völlige Trennung oder eine bloße Personalunion einem solchen opfervollen Bund vorzuziehen sei. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen das Beitragsverhältnis zu den gemeinsamen Angelegenheiten, die Bankfrage, den Anteil an der Staatsschuld, die Sätze des Zolltarifs. Der gemäßigte, von edlem Vaterlandsgefühl beseelte Franz Deák war unermüdlich bestrebt, ein einträchtiges Zusammenleben zu begründen. Sein Tod war daher ein Nationalunglück für beide Staaten. Erst im Mai 1876, als die kriegerischen Verwickelungen in der Balkanhalbinsel, die, wie wir bald erfahren werden, den österreichischen Grenzländern sehr große Belästigungen zufügten, in Pest wie in Wien eine Verständigung über die eignen Angelegenheiten als notwendig erscheinen ließen, wurde die „Sisyphus-Arbeit" des Ausgleichs zwischen den Ministerien Auersperg und Tisza durch die „Maistipulationen" dem Ziel näher geführt. Man kam überein, das Zoll- und Handelsbündnis auf weitere zehn Jahre zu erneuern und die Nationalbank in ein dualistisches Bankinstitut umzuwandeln, ein Kompromiß, das jedoch in beiden Reichshälften auf heftigen Widerspruch stieß und neue erregte Verhandlungen in beiden Hauptstädten zur Folge hatte. In den ersten Wochen des folgenden Jahres war man noch soweit von einer Verständ-

Randnoten: Deák und die Erneuerung des Ausgleichs. — 1872. 1874. — Okt. 1875. — 28. Jan. 1876. — 6. Mai. — Jan. u. Febr. 1877.

digung entfernt, daß beide Ministerien um ihre Entlassung einkamen, die der Kaiser jedoch nicht bewilligte. Bis tief in das Jahr 1878 dauerte die Spannung fort, so daß das Kabinett Auersperg zuletzt nur noch als „Ausgleichsministerium" ein provisorisches Dasein führte, bis, nachdem der bestehende Vertrag in-
27. Juni 1878. zwischen verlängert worden, endlich eine Verständigung über die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten erzielt wurde, die dann in der Folge nach Ablauf des Vertrags im wesentlichen auf den alten Grundlagen erneuert ward.
1880. Auch in einem neuen Ausgleich mit Kroatien wußten die Magyaren sich Bedingungen zu verschaffen, die für sie günstiger waren, als es durch die Bevölkerungszahl gerechtfertigt war.

Andrassys Orientpolitik und die Stellung zu Rußland. Die orientalischen Angelegenheiten machten der Wiener Regierung das Leben noch schwerer und erweiterten den Riß in dem Völkergemenge des Donaureichs, indem die Magyaren teils aus Furcht vor den panslawistischen Umtrieben und Verschwörungen und in der Besorgnis, ihnen selbst könnten die slawischen Elemente über den Kopf wachsen, teils aus Haß gegen das Zarenreich, dem sie die Katastrophe von Vilagos nicht vergessen konnten, den Kaiserstaat zu einem Bündnis mit den Osmanen und zu einem Krieg gegen Rußland zu drängen sich bemühten, während man in Prag und Agram für ein Zusammengehen mit dem Zarenreich wirkte, und in den hocharistokratischen Kreisen Wiens einzelne sogar von einer Rückgewinnung der deutschen Kaiserkrone träumten. „Große Ideale," sagte Schmerling in einer Tischrede, „muß man mehrmals in Angriff nehmen, bis sie durchgeführt werden." Zwischen dieser Scylla und Charybdis führte Andrassy besonnen und vorsichtig das bedrohte Staatsschiff hindurch. Seine Absicht war, nicht Rußland allein Meister in den Balkanländern werden zu lassen, dem österreichischen Staat die Freiheit der Donauschiffahrt und den kommerziellen Verkehr mit den Hinterländern seiner langgestreckten Küsten an der Adria zu erhalten und seine Grenzlande gegen eine panslawistische Propaganda sicherzustellen. Konnte die Integrität der Türkei nicht erhalten werden, so lag es im Interesse von Österreich-Ungarn, daß sich in der Balkanhalbinsel mehrere selbständige Staaten, gering an Macht und Umfang, bildeten, die zu ihrer eignen Sicherheit gegenüber der moskowitischen Großmacht die Freundschaft und Bundesgenossenschaft Österreichs erstreben mußten. Darum widerstand Andrassy sowohl den Lockungen Rußlands, gemeinschaftlich mit ihm zur kriegerischen Aktion zu schreiten, als dem Drängen der Magyaren, der bedrohten Türkei beizuspringen. Auch eine Allianz mit England zu einem aktiven Vorgehen gegen die russisch-slawische Kriegspolitik gegenüber dem Osmanenreich wurde von dem österreichischen Reichskanzler abgelehnt. Seine Politik war die des Zuwartens, bis unter den Wechselfällen des Kriegs der rechte Augenblick zum Einschreiten hervortreten würde. Gestützt auf das Dreikaiserbündnis, suchte er die österreichischen Interessen zu schützen, zunächst durch möglichst lange Bewahrung des Friedens, im übrigen aber bei einer endgültigen Lösung der Orientfrage sich

denjenigen Anteil an der „erledigten Masse“ zu sichern, der in Österreichs unmittelbarem Machtkreis lag und einen Gebietszuwachs zur Folge haben würde, welcher dem schmalen dalmatinischen Küstenstrich das zu seiner gedeihlichen Entwickelung unumgänglich notwendige Hinterland Bosnien und die Herzegowina verbürgte. Sollte er den von finanziellen Nöten gedrückten Kaiserstaat voreilig in einen Krieg stürzen?

In den auswärtigen Angelegenheiten suchte daher das Wiener Kabinett mit Deutschland im Einverständnis zu bleiben, wenngleich in innern Dingen, besonders in Beziehung auf Handels- und Zollwesen die Interessen oft weit auseinander gingen. Der Handels- und Zollvertrag, der zwischen Deutschland und dem österreichisch-ungarischen Doppelreich lange Jahre bestanden, wurde im Jahre 1877 gekündigt und konnte seitdem nur durch Verlängerungsfristen und vorläufige Vereinbarungen dürftig und ungenügend ersetzt werden. Aus dem engen handelspolitischen Bündnis mit einem Konventional-Zolltarif wurde schließlich unter der schutzzöllnerischen Strömung in beiden Reichen ein inhaltarmer, nur kurze Zeit gültiger Vertrag mit der Zusicherung, sich gegenseitig auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation in Zollsachen behandeln zu wollen. Dabei dauerte aber in den Fragen der europäischen Politik das gute Einvernehmen zwischen Österreich und Deutschland fort und wurde durch die Vorgänge im Orient noch inniger und fester. Beide Reiche erkannten mehr und mehr, daß sie in der Abwehr der panslawistischen Politik Rußlands im Orient gemeinsame Interessen hatten. Die Zusammenkünfte der beiden Kaiser in Gastein und der beiden Kanzler in Wien beförderten die freundschaftlichen Beziehungen und hatten einen noch engern Zusammenschluß der zwei großen Staaten der Mitte zur Folge. Auch als Andrassy aus bisher noch nicht hinlänglich aufgeklärten Beweggründen sein Amt niederlegte, wurde der Grundzug seiner Politik aufrecht erhalten. Die neuen Leiter der auswärtigen Politik, Baron Haymerle und nach dessen baldigem Tod Graf Kalnoky, wandelten im ganzen in den Fußstapfen Andrassys.

Verhältnis zu Deutschland. Rücktritt Andrassys. Herbst 1879. 8. Okt. 10. Okt. 1881.

Im Februar 1879 legte das Ministerium Auersperg nach siebenjähriger Thätigkeit sein Amt nieder, worauf Graf Taaffe nach einem kurzen Provisorium und einer Niederlage der Verfassungspartei bei den Reichsratswahlen an die Spitze eines Kabinetts trat, welches sich anfangs als „Versöhnungsministerium“ ausgab und sowohl verfassungstreue als feudal-slawische Mitglieder zählte, bald aber sich zu immer weitern Zugeständnissen an die föderalistisch-klerikale Partei, zu immer weiterer Abwendung von der deutsch-liberalen Sache fortreißen ließ. Die „Versöhnung“ wurde immer mehr zu einer Benachteiligung des Deutschtums. Um die Tschechen in Böhmen von ihrer bisherigen „Abstinenzpolitik“ abzubringen und sie wieder zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu bewegen, zeigte sich Graf Taaffe, der den Böhmen Prazak ins Ministerium gezogen hatte, zu Zugeständnissen im Sinn des Nationalitätsprinzips bereit. Die Böhmen ließen sich willig finden, wieder Abgeordnete in den Reichsrat zu wählen,

Ministerium Taaffe. Aug. 1879.

wogegen ihnen der Ministerpräsident die Zulassung der slawischen Sprache in Schulen und Ämtern in Aussicht stellte. Anstatt aber durch die halben Schritte eine Annäherung oder Versöhnung zu bewirken, weckte er von neuem alle Geister der Opposition, so daß die Männer des Einheitsstaats zu fürchten begannen, das politische System Hohenwarts möchte wieder von den Toten auferstehen. Die Föderalisten oder „Autonomisten" gewannen mehr und mehr an Boden, namentlich als die Verfassungspartei, welche am 1. Juni einen ihrer fähigsten und bedeutendsten Führer, den Dr. K. Giskra verloren hatte, im Abgeordnetenhaus
Okt. 1879. des Reichsrats ein neues Wehrgesetz wie früher die Besetzung von Bosnien aus allen Kräften bekämpfte und gegen den drückenden Militarismus zu Felde zog. Erst im letzten Augenblick konnte infolge einer Spaltung in der Partei selbst der Vorschlag zum Gesetz erhoben werden. Die Verstärkung des slawischen Elements durch die Ausführung des „bosnischen Mandats" brachte die Wiener Regierung zu der Überzeugung, daß die veränderte politische Situation auch eine größere Berücksichtigung der slawischen Bevölkerung in dem Kaiserreich notwendig mache. Wenn es gelang, die verschiedenen Glieder der österreichischen Slawenfamilie zum aufrichtigen Anschluß an das Kaiserhaus zu bewegen, so konnte der panslawistischen Expansivpolitik Rußlands am erfolgreichsten entgegengewirkt werden. In dieser Wendung der österreichischen Politik durfte man vielleicht den Hauptgrund für den Rücktritt des Grafen Andrassy erblicken. Die Rechtsverwahrung, welche die tschechischen Abgeordneten bei ihrem Eintritt in den Reichsrat dem Präsidium und dem Kaiser überreichten, konnte als Beweis gelten, daß sie sich nur mit Vorbehalt ihrer Rechtsansprüche an dem Gesamtstaatsleben zu beteiligen entschlossen seien. Die immer weitergehenden Zugeständnisse an die föderalistisch-slawische und klerikal-konservative Koalition, die immer wachsende Entfremdung von der deutsch-liberalen Sache bewogen den Minister Stremayr, der vor kurzem die Leitung des Unterrichtsministeriums mit derjenigen der Justiz vertauscht hatte, und die andern Mitglieder der Ver-
Juni 1880. fassungspartei aus dem Kabinett auszutreten; dafür trat der Pole Dunajewski ein. Im Abgeordnetenhaus wählte die feudal-national-klerikale Mehrheit den Polen Smolka zum Präsidenten; das verfassungstreue Herrenhaus wurde durch einen föderalistisch-klerikalen Pairsschub gefügig gemacht. Ein neues Wahlgesetz hatte das unverkennbare Ziel, dem Slawentum, dem Feudalismus und Klerikalismus für alle Zeit das Übergewicht über das liberale deutsche Bürgertum zu sichern und gegen das letztere zugleich die sozialistische Arbeiterwelt (durch Herabsetzung des Zensus für das Wahlrecht) aufzubieten. Die reaktionär-föderalistische Ära Hohenwart war nahezu wiederhergestellt. Zugleich wurde durch rückschrittliche Gesetzgebungsexperimente auf dem Gebiet des Unterrichtswesens an der allgemeinen Schulpflicht und dem staatlichen Charakter der Schule gerüttelt. Ein neues Schulgesetz verschaffte dem kirchlichen Einfluß auf die Volksschule freien Raum und gewährte den Gemeinden das Recht, die Dauer der Schul-

pflichtigkeit herabzusetzen. In dem Haß der Nationalitäten und Parteien stellte
in diesem zerklüfteten Reich die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, wie sie
sich u. a. bei der sechshundertjährigen Jubelfeier der Dynastie kund gab, oft das Dez. 1882.
einzige zusammenhaltende Band dar. Das Taaffesche System wurde selbst durch
die Anzeichen tiefgehender Korruption unter seinen Stützen und Anhängern, wie
sie in der „Trinkgelderangelegenheit“ des polnischen Abgeordneten v. Kaminski
bei dem Bau der galizischen Transversalbahn zu Tage traten, nicht nachhaltig Febr. 1883.
erschüttert.

Die Folge der Abwendung vom Deutschtum war ein immer anspruchs- Anfeindung des Deutschtums durch
volleres Hervortreten der Slawen und Magyaren, wie es sich namentlich in der Slawen und
Unterdrückung der deutschen Sprache und Schule zeigte. Die Sprachenverord- Magyaren. 19. April
nung für Böhmen und Mähren entzog der deutschen Sprache den Charakter als 1880.
Amtssprache; die uralte deutsche Universität Prag wurde einer tschechisch-deutschen
Zweiteilung unterzogen; ärgerniserregende Ausschreitungen, wie der Überfall der
deutschen Studenten in Kuchelbad, zeugten von dem leidenschaftlichen Fanatis- 28. Juni.
mus des Tschechentums. Die Wahlen vom Jahr 1885 verstärkten noch die
föderalistische Mehrheit im Reichsrat, nicht ohne Zuthun der Regierung, welche
durch Auflösung der böhmischen Handelskammern und Einführung einer den
Tschechen günstigen Wahlordnung diesen Bestrebungen Vorschub leistete. Das
parlamentarische Leben in Österreich ging zum großen Teil in einem Kampf der
deutsch-liberalen Minderheit gegen die Taaffesche „Versöhnungspolitik“ auf. Und
doch vermochte dem anspruchsvollen und anmaßenden Tschechentum selbst diese
Regierung nicht Genüge zu thun. Über einen Erlaß, der einige tschechische
Mittelschulen aufhob, geriet der Kultusminister Gautsch von Frankenthurn in
einen sehr heftigen Streit mit diesen übermütig gewordenen Leuten. Durch Ein- Herbst 1887.
tritt des Grafen Friedrich Schönborn als Justizminister wurde der Charakter Okt. 1888.
des Kabinetts Taaffe in tschechisch-klerikal-feudaler Richtung noch verstärkt. Es
half auch nichts, daß bei den böhmischen Landtagswahlen die Alttschechen unter Anfang Juli 1889.
Rieger entscheidend von den demokratischen Jungtschechen unter Gregr geschlagen
wurden und damit die festeste Stütze der Taaffeschen Versöhnungspolitik zusammen-
brach. Die feudale Aristokratie in Böhmen erlangte einen neuen Triumph durch
die Ernennung des Grafen Franz Thun zum Statthalter, eines Anhängers Sept.
des „böhmischen Staatsrechts“ und der böhmischen Königskrönung, Bestrebungen,
welche auf die Errichtung eines selbständigen böhmischen Reichs nach dem Vor-
gang von Ungarn und damit eine weitere Verstärkung des Föderalismus hinaus-
liefen. Die Vergewaltigungen des Deutschtums in Böhmen wurden womöglich
noch überboten von dem nationalen Fanatismus der Magyaren in Ungarn. Der
Sprachzwang, der in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, namentlich aber in
der Schule unter dem Ministerpräsidenten Tisza und dem Kultusminister
Trefort zur Ausrottung deutscher Art und Nationalität verhängt ward, war
eine empörende Mißhandlung von Recht und Kultur. Die trefflichen Volks-

schulen und Gymnasien der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen wurden durch den blinden nationalen Haß der Magyaren geradezu mit Vernichtung bedroht, so namentlich in dem neuen Mittelschulgesetz, welches einen Sturm der Entrüstung auch in Deutschland erregte. Selbst gegen das deutsche Theater richtete sich der nationale Haß. Der deutsche Schulverein, der auch in Deutschland werkthätige Unterstützung und große Verbreitung fand, suchte nach Kräften der Unterdrückung des Deutschtums in der Schule entgegenzuwirken. In dem Gesetz über die Regelung des Königsbodens wurde die altverbriefte Selbstverwaltung des Sachsenlandes vernichtet. Die Bekränzung des Grabes des Generals Hentzi, welcher 1849 bei der Verteidigung von Ofen gefallen war (XV, 1. 407), durch einige Offiziere der gemeinsamen Armee wurde von den Magyaren als Beschimpfung ihrer Nation angesehen und führte zu Pöbelunruhen und heftigen parlamentarischen Auftritten.

Juni 1886.

Wehrvorlage.

Dez. 1888.

Febr. März 1889.

Große Aufregung in Ungarn erzeugte eine neue Wehrvorlage. Im österreichischen Reichsrat wurde sie fast einstimmig angenommen, wobei freilich von deutschliberaler Seite die innere Politik des Grafen Taaffe herb verurteilt wurde; in Ungarn aber erregte das Gesetz bei der Opposition, namentlich bei der äußersten Linken, heftigen Widerspruch, der sich wochenlang in Straßentumulten des Pöbels und der Studenten in der Hauptstadt äußerte und eine scharfe Spitze gegen den Ministerpräsidenten Tisza persönlich, wie auch gegen das deutsch-österreichische Bündnis und den Bestand des Gesamtreichs annahm. Die Opposition verlangte namentlich eine ausdrückliche Anerkennung, daß nach Ablauf der gegenwärtigen Ausgleichsperiode das Gesetz für sein Fortbestehen einer neuen Vereinbarung zwischen den Reichshälften bedürfe, und die Aufhebung der deutschen Prüfungssprache bei der Erwerbung der Offizierseigenschaft. Die Regierung sah sich auch zu verschiedenen Zugeständnissen namentlich hinsichtlich der Armeesprache genötigt, die für die Erhaltung einer einheitlichen Wehrordnung manches Bedenkliche hatten. Die fortschreitenden Selbständigkeitsbestrebungen auch im Militärwesen gaben sich schon in Äußerlichkeiten kund, wie den Fahnenabzeichen und der Bezeichnung der Armee als kaiserliche und königliche. Es ist ein seltsamer Widerspruch, daß bei dieser Hochflut des nationalen Fanatismus der Slawen und Magyaren, verbunden mit den reaktionär-ultramontanen Bestrebungen, doch die Allianz mit dem Deutschen Reich einen Angelpunkt der herrschenden auswärtigen Politik bildet!

Tod des Kronprinzen Rudolf. 30. Jan. 1889.

Ein schwerer Schlag für das Reich und das Kaiserhaus war der plötzliche Tod des Kronprinzen Rudolf, des einzigen, dreißig Jahre alten Sohnes des Kaisers, eines volksbeliebten, für wissenschaftliche Interessen und freisinnigere politische Bestrebungen empfänglichen, aber schwärmerisch veranlagten und leicht erregbaren Fürsten. Er endete durch Selbstmord, indem er sich auf dem Jagdschloß Meyerling unweit Wien durch einen Revolverschuß tötete, in einem Anfall von Lebensüberdruß und Schwermut. Die psychologischen Vorgänge, die zu

der unseligen That geführt, sind nie vollkommen enthüllt worden; eine Liebschaft zu der schönen Baronesse Marie Vetsera, die an demselben Tag ebenfalls freiwillig durch Selbstmord oder durch die Hand des Prinzen endete, spielte in dem tragischen Ereignis eine hervorragende Rolle.

III. Rußland und der orientalische Krieg.

1. Innere Reformpolitik und Machtausdehnung in Asien.

Die freundschaftliche Gesinnung des Kaisers Alexander II. gegen Preußen hat wesentlich beigetragen, daß der französisch-deutsche Krieg nicht zu einem europäischen sich erweiterte. Dies erkannte Kaiser Wilhelm an, als er dem Telegramm über die Friedenspräliminarien an den kaiserlichen Neffen in Petersburg die Worte beifügte: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat.“ Diese Gesinnung des Wohlwollens zwischen den Häuptern der beiden Großstaaten dauerte auch nach dem Krieg fort und erhielt einen neuen Ausdruck bei dem Georgs-Ordensfest in der russischen Hauptstadt, dem Prinz Friedrich Karl und die Spitzen der preußisch-deutschen Armeen beiwohnten. Bei dieser Gelegenheit gab Kaiser Alexander so warme Gefühle zu dem „ältesten Ordensritter“ Kaiser Wilhelm und den anwesenden Feldherren kund, daß sich das Ordensfest zu einer deutschen Siegesfeier gestaltete. Ein Trinkspruch Alexanders auf das Wohl des Oheims und der Ordensritter seiner Armee schloß mit den Worten: „Ich wünsche und hoffe, daß die innigste Freundschaft, die uns verbindet, in künftigen Geschlechtern fortdauern wird, ebenso wie die Waffenbrüderschaft beider Armeen, welche aus unvergeßlicher Zeit datirt. Ich sehe darin die beste Garantie für den Frieden und die gesetzliche Ordnung in Europa.“ Auch zu Österreich wurden die Beziehungen des Petersburger Kabinetts mit der Zeit freundlicher. Die erwähnte Zusammenkunft der drei Monarchen in Berlin (XV, 2. 470) sollte der Welt ein Zeugnis geben für das aufrichtige Zusammengehen der drei Großmächte in allen wichtigen Fragen der europäischen Politik. Aber diese Gesinnung des Kaisers Alexander fand weder bei der Nation noch bei der Aristokratie Anklang; vielmehr gaben sich auch in Rußland nicht selten die Gefühle der Eifersucht und des Mißtrauens kund, von denen die meisten Nachbarvölker erfüllt waren: das slawische Blut wollte den Vorrang des germanischen nicht anerkennen und gelten lassen.

Zar Alexander II. und Kaiser Wilhelm. 27. Febr. 1871. Dez.

Wir haben in frühern Blättern (XV, 1. 258 ff; 2. 50 ff.) den verschiedenartigen Charakter des russischen Regierungssystems unter Kaiser Nikolaus und seinem Sohn kennen gelernt. War der Vater dereinst bestrebt, durch aggressive Politik dem Zarenreich eine Art Suprematie in Europa zu verschaffen, so suchte Kaiser

Fortgang der Reformen in Rußland.

Alexander II. durch großartige Reformen im Innern Rußland auf die Höhe der andern zivilisierten Völker zu heben und dadurch sein unermeßliches Reich dem übrigen Europa zu nähern und gleichsam einzufügen. Während die Befreiung der Leibeignen ihren Fortgang hatte und die durch die große Veränderung der sozialen und agrarischen Verhältnisse notwendig gewordenen gesetzgeberischen Arbeiten weiter geführt wurden, legte man zugleich Hand an eine durchgreifende Militärreform, welche die allgemeine Wehrpflicht mit fünfzehnjähriger Dienstzeit und die Aufhebung der Stellvertretung in einer für Rußland passenden Form und Ausdehnung begründen und die Intelligenz bei der Armee erhöhen sollte. Man vermehrte und vervollständigte die Eisenbahnen zu wirtschaftlichen und militärischen Zwecken; man nahm eine Umgestaltung des Steuerwesens in Angriff, durch welche die Steuerfreiheit der Privilegierten aufgehoben und eine größere Ausgleichung unter den Ständen bewirkt werden möchte; man wendete der Verbesserung des Gerichtswesens und Rechtslebens, der Hebung des Handels und der Industrie, der Volksaufklärung und dem gesamten Unterrichtswesen große Sorgfalt zu. Von Kaiser Alexander II. ging auch die philanthropische Idee aus, die zerstörenden Wirkungen des Kriegs, die Leiden und Drangsale der Menschheit im mörderischen Kampf der Staaten durch internationale Satzungen zu vermindern, zu welchem Zweck im August und September 1874 ein Kongreß von Staatsmännern und Militärbevollmächtigten in Brüssel die Grundlinien eines europäischen Völkerrechts in Kriegsfällen festsetzte. Und wenn auch die Idee nicht vollständig verwirklicht ward, so blieb doch dem russischen Kaiser der Ruhm, ein Werk der Humanität angeregt zu haben, das manche segensreiche Früchte trug.

Auswärtige Politik. Bulgarische Kirchenfrage.

Während aber Rußland nach Westen hin eine Politik des Friedens und des internationalen Vertrauens und Einverständnisses verfolgte, hielt es zugleich den Blick unverwandt nach dem Orient gerichtet. Mit der Pforte wurde das gute Verhältnis, das der Großwesir Mahmud Pascha zu begründen gesucht,
1. Aug. 1872. auch nach dem plötzlichen Sturz dieses Staatsmannes nicht gestört; vielmehr verfolgten die beiden Regierungen in der bulgarischen Kirchenfrage die gleiche Politik. Als nämlich der Sultan sich entschloß, trotz des Widerstandes des Patriarchen von Konstantinopel den Bulgaren eine unabhängige Hierarchie mit einem Exarchen an der Spitze, wie die Nation lange gewünscht, zu gewähren, entschied sich Rußland in dem darüber ausgebrochenen Streit zu gunsten der selbständigen bulgarischen Kirchenverfassung, obwohl es dadurch die Zuneigung des griechischen Patriarchats und der gesamten griechisch-katholischen Bevölkerung des Orients, die es bisher besessen, einbüßte oder schwächte.

Vordringen der Russen in Zentralasien.

Vor allem aber nahmen in jenen Jahren die Vorgänge in Zentralasien die Aufmerksamkeit der Petersburger Regierung in Anspruch und führten zu wichtigen Vergrößerungen des russischen Gebiets im fernen Osten. Die Kämpfe der Russen mit den Steppenvölkern Zentralasiens begannen seit der
1717. 1839. Eroberung Sibiriens. Schon Peter der Große und Nikolaus hatten gegen Chiwa

Armeen geschickt, die aber teils den Waffen der Feinde, teils dem Klima, den Beschwerden und Entbehrungen erlagen. Schritt für Schritt rückte seitdem die russische Macht in den Kirgisensteppen vor, auf neu angelegte und immer weiter vorgeschobene Festungswerke gestützt. Im Jahr 1847 unterwarf sich die Große Horde der Kirgisen den Russen. Dann folgten mit dem Chan von Khokand in den fünfziger und sechziger Jahren lange Kämpfe, die zu Besitzerweiterungen Rußlands im Flußgebiet des Sir Darja, des alten Jaxartes, und zur Eroberung der wichtigen Handelsstadt Taschkent führten. Das eroberte Land 1865. wurde als Generalgouvernement Turkestan dem russischen Reich einverleibt. In einem Feldzug gegen den Emir von Bokhara wurden neue Erfolge errungen; 1866–1868. die Truppen des Emirs wurden geschlagen, seine festen Plätze erobert. Auch Samarkand, die altberühmte Hauptstadt von Bokhara fiel den Russen in Mai 1868. die Hände und wurde dem Reich einverleibt. Der Emir glaubte seitdem seine Interessen am besten durch engen Anschluß an Rußland gewahrt und erwarb sich dadurch den Fortbestand seiner Herrschaft unter russischer Oberhoheit.

Noch wichtiger war der Heereszug gegen das Chanat von Chiwa, die letzte Das Chanat von Chiwa. noch unabhängige Macht von Turkestan. Die russische Regierung mußte zur Befestigung ihrer Herrschaft in Zentralasien bedacht sein, die benachbarten Fürsten und Nomadenstämme in Abhängigkeit zu bringen, damit sie nicht die Handelswege unterbrächen, den russischen Flüchtlingen und Auswanderern, die sich den Lasten und Steuern der Zarenherrschaft zu entziehen suchten, eine Zufluchtsstätte gewährten und die Grenzlande unsicher machten. Die Befehlshaber der russischen Militärstationen warteten daher nur eine günstige Gelegenheit ab, um die unruhige räuberische Bevölkerung des im Oxusgebiet südlich des Aralsees gelegenen schwer zugänglichen Steppenlandes unter die moskowitische Oberherrschaft zu beugen. Wiederholte Raubzüge auf das russische Gebiet forderten zu einem energischen Einschreiten heraus. Bei Gelegenheit eines Grenzgefechtes hatte der Chan von Chiwa einige russische Unterthanen zu Gefangenen gemacht und die Herausgabe verweigert. Dies erklärte Rußland für einen Kriegsfall. Durch Unterwerfung des Fürsten unter die Oberhoheit des Zaren und durch die Entfaltung der russischen Militärmacht sollte den Barbarenhäuptern Zentralasiens Achtung und Schrecken eingeflößt und zugleich das Reich nach Süden ausgedehnt, der zivilisatorischen Mission Rußlands in Mittelasien Vorschub geleistet werden. Zu dem Ende suchte sich die kaiserliche Regierung zunächst mit England zu verständigen, das die Ausdehnung und Befestigung der russischen Herrschaft in jener Gegend, wodurch die Sicherheit seiner ostindischen Besitzungen bedroht schien, mit Mißtrauen betrachten mußte. Graf Schuwalow erhielt daher die diplomatische Mission, die englische Regierung zu überzeugen, daß durch die bereits beschlossene Expedition gegen Chiwa die Interessen des britischen Indiens nicht gefährdet würden; es liege dabei nur die Absicht zu Grunde, den räuberischen Grenzfehden zu steuern und den Barbaren zu beweisen, daß Rußlands Macht und Ehre nicht

ungestraft verletzt werden dürfe; auf Eroberung und Gebietserweiterung sei es keineswegs abgesehen. Wenn die englische Regierung gegen ein kriegerisches Vorgehen des Moskowiterreichs in Zentralasien keine Einsprache erhob, so geschah es weniger aus Vertrauen in die angeblich nur den Zwecken des Friedens dienende Kriegspolitik Rußlands, als in dem Bewußtsein, daß auch sie fort und fort ihr indisches Reich nach Norden und nach Westen erweiterte, bald durch Verträge mit den eingebornen Fürsten, bald durch die Waffen, ohne deshalb bei andern Mächten anzufragen. Doch schloß England zugleich mit dem Chan von Afghanistan ein Bündnis zu Schutz und Trutz und setzte ihn durch Jahrgelder in die Lage, zur Sicherheit seines Landes gegen etwaige Angriffe Verteidigungsanstalten zu treffen.

Feldzug gegen Chiwa. Nachdem noch eine Grenzlinie in betreff des Kriegsschauplatzes festgestellt
1873. worden, wurde der Feldzug gegen Chiwa im Frühling und Sommer von vier Seiten unter dem Oberbefehl des Generals Kauffmann unternommen. Vom April bis Juni rückten die Heeressäulen unter unglaublichen Beschwerden, Anstrengungen und Kriegsnöten durch das weite Wüstenland der Hauptstadt zu. Stürme und Sandwolken, gegen die kein Zelt schützte, trostlose Einöden ohne Baum und Strauch, eine Glühhitze, die bis zu vierzig Grad R. steigend Mann, Roß und Kamele niederwarf, dabei Mangel an genießbarem Trinkwasser; diese und andre Leiden, Entbehrungen und Strapazen lagerten sich den russischen Heeren in den Weg und hemmten den Marsch. Alle diese Anstrengungen, wozu noch Angriffe und Überfälle der Eingebornen kamen, ertrug der abgehärtete, an Ausdauer und Genügsamkeit gewöhnte russische Soldat. Als die verschiedenen Abteilungen sich vor Chiwa vereinigt, begann die Belagerung der von 20,000 Turkmenen verteidigten Stadt. Nach einer heftigen Beschießung mußte sie sich
10. Juni. ergeben; am 10. Juni hielt General Kauffmann seinen Einzug als Sieger. Diese Erfolge kamen auch der Erdkunde von Ostasien zu gute durch die umsichtigen und mühevollen Erforschungen des Wüstenlandes und des Oxusbettes, die der energische Stabsrittmeister, nachmals General Skobelew vornahm. Der Chan hatte sich geflüchtet, aber er kehrte bald zurück und nahm die Friedensbedingungen an, die ihm eine Kriegskontribution von zwei Millionen Rubel auflegten, alles Land auf dem rechten Ufer des Amu Darja (Oxus) dem russischen Reich beifügten und für das übrige Gebiet von Chiwa den Herrscher in ein Verhältnis zu dem Kaiser setzten, dem zur Vasallität nur der Name fehlte. Diese Bedingungen gingen weit über die Grenzen einer Züchtigung hinaus, wie Rußland der englischen Regierung das Unternehmen vorgestellt hatte, und vermehrten in hohem Grad die Machtstellung des Zarenreichs in Mittelasien. Kein Wunder, wenn England mit einiger Beklemmung auf diese Fortschritte der russischen Kriegs- und Eroberungspolitik blickte. Seitdem waren beide Regierungen bemüht, die noch unabhängigen Völkerschaften, die zwischen beiden Reichen wie ein Festungsgürtel gelagert sind, durch Gesandtschaften, Verträge,

Subsidien in ihr Interesse und in ihre Freundschaft zu ziehen. In den folgenden Jahren unterwarfen die Generale Kauffmann und Skobelew vollends das Chanat Khokand, dessen Bewohner räuberische Einfälle in russisches Gebiet unternommen, und fügten das Land unter dem Namen Ferghana dem russischen Reich bei. Einige Jahre später erweiterte Skobelew durch einen Feldzug gegen das räuberische Reitervolk der Tekke-Turkmenen, die er bei Göktepe schlug, aufs neue die russische Herrschaft in Zentralasien und öffnete den Weg nach der durch eine wasserlose Wüstenei von fünfzehn bis zwanzig Tagereisen von Chiwa getrennten Stadt Merw, die man in England als das Schlüsselhaus zu dem Weg nach Indien zu bezeichnen pflegte. Auch die Turkmenen dieser Oasenstadt erkannten die russische Oberhoheit an. Das ehemals chinesische Gebiet Kuldscha wurde ebenfalls von den Russen besetzt, in der Folge aber zum größten Teil wieder an China abgetreten. Von Japan wurde die Insel Sachalin gegen Überlassung der Kurilen erworben.

Weitere Erwerbungen. 1875. 1876. 1880. 1881. 1884. 1871. 1881. 1875.

Auch Persien, wo seit 1848 der Schah Nasr-Eddin herrscht, vermochte immer weniger sich dem russischen Einfluß zu entziehen. Die Reformversuche des Wesirs Mirza-Taghi-Chan blieben ohne nachhaltigen Erfolg und führten zu der Ermordung des energischen Staatsmannes (1851) infolge von Hofränken. Auch die Reisen des Schahs in die europäischen Hauptstädte in den siebziger Jahren hatten nur eine künstliche Aufpfropfung einiger abendländischer Kultureinrichtungen auf diesem durch jahrhundertelangen Despotismus und wüste Mißwirtschaft zerrütteten Boden zur Folge. Die von den Russen unterstützten Anstrengungen der Perser, Herat den Afghanen zu entreißen, führten zwar in den fünfziger Jahren wiederholt zur Eroberung dieser wichtigen Stadt; aber gegenüber dem mit Waffengewalt unterstützten Widerspruch der Engländer konnte die Eroberung nicht aufrecht erhalten werden. Die Kämpfe um und in Afghanistan werden wir später kennen lernen.

Persien.

So rückt die russische Macht in Zentralasien unaufhaltsam vorwärts, drängt den englischen Einfluß mehr und mehr zurück und nähert sich bereits den britischen Besitzungen in Indien. Eine sehr bedeutsame Kulturthat der Russen war der Bau der Transkaspischen Eisenbahn, einer mit unendlicher Ausdauer durch weite, unwegsame und öde Landschaften, durch Steppen und Sand, über reißende Flüsse unter Überwindung der größten Schwierigkeiten angelegten Wüstenbahn vom Kaspischen Meer bis nach Samarkand. Der russische General Annenkow war der Erbauer dieses, im Jahr 1888 dem Betrieb übergebenen merkwürdigen Schienenwegs, der die politische und militärische Herrschaft Rußlands in Mittelasien dauernd zu befestigen scheint und von den wichtigsten Folgen für die Entwickelung der Beziehungen zwischen Europa und Asien zu werden verspricht. Schon wird auch an eine Eisenbahn Hand angelegt, welche das ungeheure unerschlossene Gebiet des südlichen Sibirien durchschneiden und mit Europa verbinden soll.

Transkaspische Eisenbahn. 1880—1888.

2. Der russisch-türkische Krieg.

a. Die Vorgeschichte des Kriegs und die Begebenheiten im türkischen Reich.

Die Zustände in der europ. Türkei.

Das Dreikaiserbündnis (XV, 2. 470) war hauptsächlich mit Rücksicht auf die wachsende Zerrüttung in der europäischen Türkei geschlossen worden. Sein nächster Zweck sollte die Erhaltung des Friedens in der Balkanhalbinsel sein. Aber unter dieser Decke lagen Nebenabsichten verborgen. Österreich und Deutschland hofften den russischen Kaiser moralisch zu binden, daß er den panslawistischen Bestrebungen, die in Übereinstimmung mit der altmoskowitischen traditionellen Politik die verwandten Volksstämme an der Niederdonau in das russische Weltreich einzufügen trachteten, sich widersetze, während man in Petersburg und Moskau die stille Ansicht hegte, die beiden verbündeten Großmächte würden der Begehrlichkeit und geheimen Ausdehnungspolitik des Zarenreichs Nachdruck verleihen. So begann denn ein diplomatisches Versteckspiel, das schon im Jahre 1875 zugleich mit den Volksaufständen in Bosnien und der Herzegowina seinen Anfang nahm und in den folgenden Jahren mit den sich mehrenden Verwickelungen in dem peninsularischen Völkerkonglomerat immer weitere Ausdehnung gewann, bis endlich durch das Hinzutreten kriegerischer Ereignisse die diplomatischen Gänge sich zu einem politischen Weltdrama steigerten. Der kleine Funken in dem „Bischen Herzegowina", wie sich Fürst Bismarck einmal ausdrückte, entzündete sich zu einer Feuersbrunst, welche die ganze europäische Türkei in Flammen setzte. Seit dem Pariser Frieden ging das Osmanische Reich mehr und mehr seinem Verfall entgegen (XV, 2. 42 ff). Die Unfähigkeit der Pforte, im Lande eine feste Rechtsordnung zu schaffen und eine obrigkeitliche Autorität zu begründen, sowie die zunehmende Zerrüttung des türkischen Reichs infolge der unsinnigen Verschwendung des Sultans und der Mißwirtschaft in den Provinzen wurden von Rußland benutzt, den trennenden Keil immer weiter in die Völker- und Staatengruppe einzutreiben, welche südwärts der Donau zwischen der Adria im Westen und dem Schwarzen und Ägäischen Meer im Osten hingelagert ist. Die tiefe Kluft zwischen den mohammedanischen Gutsherren, deren Vorfahren einst durch den Übertritt zum Islam sich den Besitz ihrer Güter erhalten, und der christlichen Bevölkerung, die in einem Verhältnis der Dienstbarkeit mit hohem Pachtzins kümmerlich dahinlebte, bot eine natürliche Handhabe zu agitatorischer Aufstachelung. Bald wurden die religiösen Leidenschaften angefacht, bald der Rassenhaß geschürt und das Bewußtsein der slawischen Blutsverwandtschaft geschärft. Dem russischen Nationalstolz war es unerträglich, daß in den fünfziger Jahren die aggressive Politik des Moskowiterreichs durch die Westmächte zurückgewiesen worden. Schon während des deutsch-französischen Kriegs hatte die Petersburger Regierung einen Teil der Fesseln abgestreift und der russischen Schiffahrt das Schwarze Meer wieder geöffnet (XV, 2. 72). Nun boten innere

Aufstände, wozu die christlichen Unterthanen durch die unerhörte Tyrannei und arge Willkürhandlungen der herrschenden Mohammedaner fortgerissen wurden, neuen Anlaß zu Einmischungen, zu Aufreizungen, zur Wiederaufnahme der alten Vergrößerungsgelüste und Eroberungspläne. Lag schon im Verhältnis der dienst- und zinsbaren Christen zu den mohammedanischen Gutsherren, die doch meistens gleicher Sprache und gleichen Stammes waren, ein Zündstoff verborgen, der leicht zum Aufruhr entfacht werden konnte, so verschlimmerte sich die Lage noch, als die Finanznot in Konstantinopel derartig stieg, daß ein verdeckter Staatsbankrott ausbrach, indem die Zinsen der öffentlichen Schuld nur zur Hälfte bezahlt werden konnten und die türkischen Statthalter und Beamten in den Provinzen sich gezwungen sahen, die zum Staatshaushalt erforderlichen Geldsummen nebst dem Lohn für die eigne Mühwaltung durch Druck und Erpressung aufzubringen. Denn auch ihre eigne Besoldung und der Unterhalt der Truppen konnten nur durch Zwangsmittel beschafft werden. Das System der Regierung, die Steuern und Zehnten zu verpachten, gab die Unterthanen der willkürlichsten Übervorteilung und Mißhandlung von seiten der Steuerpächter und der habgierigen Einnehmer preis.

Insurrektionen und Beruhigungsversuche. Juli 1875.

Die unerträgliche Lage führte zuerst in der Herzegowina und dann in Bosnien zu bewaffneten Volksaufständen. Die Frauen, Kinder und Greise flüchteten mit ihrem Vieh und ihren Habseligkeiten auf österreichisches und montenegrinisches Gebiet, während die Männer und Jünglinge in die Wälder zogen und gegen die türkischen Truppen, mit denen Mukhtar Pascha, ein natürlicher Sohn des Sultans Abdul Aziz, heranzog, einen Bandenkrieg eröffneten. Die Versicherung des Befehlshabers, in einigen Monaten fertig zu werden, erwies sich als eine Prahlerei. Der günstige Augenblick, als durch rasches und kräftiges Einschreiten der Aufstand im Keim erstickt werden konnte, war durch die Trägheit und Nachlässigkeit der Türken versäumt worden. Die Insurgentenscharen, durch Freiwillige aus Serbien und Montenegro verstärkt, nahmen in den Pässen und Schluchten feste Stellungen. Auf Anregung Österreichs, dessen Grenzlande durch die Tausende von Flüchtlingen schwer in Mitleidenschaft gezogen waren, versuchten die Mächte, die einst den Pariser Frieden unterzeichnet, die Türkei in das „europäische Konzert“ aufgenommen und damit gewissermaßen unter die Vormundschaft Europas gestellt hatten, eine Vermittelung. Eine konsularische Deputation setzte sich sowohl mit den türkischen Behörden als mit den Insurgentenführern ins Benehmen. Den letztern wurde erklärt, daß sie jeder Hoffnung auf den Beistand irgend einer christlichen Macht sich entschlagen müßten, und ihnen der Rat erteilt, dem von der Pforte ernannten Bevollmächtigten Server Pascha in Mostar ihre Beschwerden vorzutragen; der ottomanischen Regierung ward die Abstellung der Mißbräuche und die Ausführung von Reformen empfohlen. Die Vermittelung hatte keinen Erfolg. Die Insurgenten, aus Erfahrung belehrt, daß die in Konstantinopel gemachten Versprechungen stets

unerfüllt blieben, konnten kein Vertrauen fassen zu den durch mehrere Ausschreiben
2. und 23. Okt. und 12. Dez. 1875. und durch einen großherrlichen Ferman in Aussicht gestellten weitgreifenden Reformen, sowohl in der rechtlichen Gleichstellung aller Unterthanen als in der gesamten Verwaltung, wenn nicht von den Mächten selbst für die wirkliche Erfüllung Bürgschaft geleistet würde. Sie kannten die Taktik der Pforte, durch schimmernde Verheißungen jeder äußern Einmischung, jedem diplomatischen Zwang vorzubeugen. Mittlerweile waren die drei Ostmächte Österreich, Rußland und Deutschland übereingekommen, um dem Aufstand Einhalt zu thun und die Bewohner der europäischen Türkei aus der unerträglichen rechtlosen Lage zu befreien, der ottomanischen Regierung einen vom Grafen Andrassy ausgearbeiteten Entwurf zu unterbreiten mit Vorschlägen, wie den Mißständen abzuhelfen, die Lage der christlichen Unterthanen in der europäischen Türkei zu bessern sei. Dieser Andrassyschen Note in betreff der zur Beruhigung der Balkanländer notwendig befundenen Verwaltungsreformen gaben auch Frankreich und Italien ihre Zustimmung. Nur England verhielt sich noch zuwartend. In London fürchtete man, Rußland suche eine Gelegenheit, als Schutzmacht der slawischen Christen die Herrschaft des Halbmondes zu brechen, die Türken nach Asien zu werfen und sich des Bosporus und der Hauptstadt Konstantinopel zu bemächtigen.

Ausbreitung der Aufstände in der Balkanhalbinsel. So verging der Winter unter Feindseligkeiten zwischen den Osmanen und den Aufständischen, während die politische Aufregung die ganze Halbinsel ergriff und einen allgemeinen Rassen- und Religionskrieg ankündigte, die europäische Diplomatie aber, vor allem die österreichische und englische, am goldenen Horn durch Ratschläge für Verständigung und friedliche Ausgleichung vermittelst zeitgemäßer Reformen zu wirken sich abmühte. Endlich stimmte auch England der
31. Jan. 1876. Andrassyschen Note bei, so daß dieselbe Ausgang Januar 1876 durch den österreichischen Botschafter Grafen Zichy dem Minister des Auswärtigen Raschid Pascha übergeben werden konnte. Wie widerwillig auch die Pforte die fremde Einmischung in ihre häuslichen Angelegenheiten aufnahm, die Forderungen von ganz Europa, den Rajahs ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, konnten nicht abgelehnt werden. Nach einem von dem Großwesir Mahmud Pascha abgehaltenen Ministerrat wurde den Botschaftern erklärt, daß man die von den Großmächten ausgehenden Reformvorschläge in betreff der Gleichberechtigung der christlichen Bevölkerung mit den Mohammedanern, der Abschaffung der Steuerverpachtung, Besserung der wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung u. a. m.
23. Febr. annehme, und ein Manifest (Irade) erlassen, welches den Aufständischen Amnestie, den Ausgewanderten straflose Rückkehr, Nachlaß des Zehnten auf ein Jahr und Befreiung von andern Steuern auf zwei Jahre verhieß. Die Insurgenten wollten jedoch weder zurückkehren noch die Waffen niederlegen, wenn nicht die Ausführung der Zugeständnisse von den Mächten gewährleistet würde. Wie sollten aber die europäischen Regierungen, die so verschiedene Interessen hatten und einander

sowenig trauten, eine Bürgschaft übernehmen, welche die Türkei unter eine gemeinsame Vormundschaft gestellt hätte? So blieb denn die Andrassysche Note ein Aktenstück ohne praktische Wirkung. Die Feindseligkeiten begannen von neuem und nahmen einen energischeren Charakter an, weil sich mittlerweile die Gärung auch über Bulgarien verbreitet hatte und auch Fürst Milan in Belgrad Miene machte, sich den Religions- und Stammesgenossen anzuschließen, in der Hoffnung mit Hilfe der Aufständischen sich zum souveränen Herrn von Serbien und Bosnien aufzuschwingen. Wie einst in Deutschland und Italien der Nationalverein für die innere Einheit wirkte, so war in der Balkanhalbinsel die Omladina, ein der griechischen Hetärie nachgebildeter Geheimbund, ein thätiges Organ panslawistischer Unionsideen.

Rußland und die Pforte.

Durch dieses Aufflackern des slawischen Stammesgefühls wurde Österreich, dem bisher die Arbeit des Vermittelns und Ausgleichens in den türkischen Donauländern vorzugsweise zugefallen war, in die zweite Linie gedrängt, weil die Ungarn mehr Zuneigung zu den Türken als zu den Südslawen hegten. Wieviel das magyarische Volk in frühern Jahrhunderten von den Osmanen zu leiden gehabt, der Haß gegen Rußland, dem die Ungarn die Niederlage bei Vilagos nicht vergessen haben, und die Furcht vor einer Mehrung des slawischen Elementes in ihrem eigenen Staat überwogen die Erinnerungen einer alten geschichtlichen Vergangenheit. Anstatt Österreichs trat nun Rußland an die erste Stelle. Schon vor drei Jahrhunderten hatte ein venetianischer Gesandter bei der Hohen Pforte die russisch-türkische Politik in folgenden Worten bezeichnet: „Der Großfürst der Moskowiter wird von dem Großherrn vorzüglich deshalb gefürchtet, weil er derselben griechischen Kirche angehört, wie die Bewohner von Bulgarien, Bosnien, Serbien, Morea und Griechenland, welche ihm darum sehr ergeben sind. Diese Bevölkerung wird auch immer bereit sein, die Waffen zu erheben, um sich von der türkischen Sklaverei zu befreien und sich der Herrschaft des Großfürsten zu unterwerfen." Dieses Urteil bewährte sich auch jetzt als richtig und mit dem verstärkten Gewicht, daß in neuerer Zeit zu der Glaubensgenossenschaft noch die Idee der Stammesbrüderschaft, zu den kirchlich-religiösen Gesichtspunkten die politisch-nationalen sich gesellt hatten. Mit welcher Genugthuung bemerkte man in Petersburg und Moskau, daß alle Rajahs in der Balkanhalbinsel ihre Blicke nach dem Zarenreich richteten! Welch eine Aufgabe fiel damit dem Selbstherrscher aller Reußen zu, wenn er als Beauftragter der europäischen Großmächte die Vermittlerrolle gegenüber der Pforte und ihren aufständischen Unterthanen übernehmen, als Beschützer der Humanität, des Christentums, der Zivilisation auftreten konnte! Das ehrgeizige Ziel, welches das Moskowiterreich seit Peter dem Großen ununterbrochen als traditionelle Politik im Auge hatte, durfte der Zar jetzt im Auftrag Europas, mit der begeisterten Zustimmung aller Religions- und Stammesgenossen im Norden wie im Süden der Donau und des Balkan verfolgen! Nun war der „kranke Mann" am Bosporus einem Arzt anvertraut,

der mit akuten Mitteln eine rasche Krisis herbeizuführen vermochte. Und die Petersburger Regierung brauchte sich nicht einmal zu dieser ehrenvollen zukunftreichen Mission heranzudrängen. Ein übereiltes Vorgehen hätte leicht das Mißtrauen und den Neid der Westmächte wecken und eine neue Koalition wie im Krimkrieg ins Leben rufen können. Die Dinge im Orient nahmen in den nächsten Monaten eine so drohende Gestalt an, daß dem Zarenreich die Rolle einer vermittelnden Intervention von selbst zufallen mußte. Und wenn der „kranke Mann" durch die innern Aufstände immer schwächer wurde und sich immer mehr verblutete, wenn die Unfähigkeit der Pforte, die Übelstände zu beseitigen und den unmenschlichen Greueln der fanatisierten Mohammedaner Einhalt zu gebieten, immer greller zu Tage trat, so wurde Rußlands Aufgabe erleichtert und sein Einschreiten zur Herstellung des Friedens um so dringender.

Das Berliner Memorandum. Die Aufstände, zu denen die Verzweiflung die gedrückte Bevölkerung in der Herzegowina und in Bosnien getrieben, verbreiteten sich im Frühjahr immer weiter: die Insurgenten wurden durch Waffen, Kriegsvorräte und Zuzüge von ihren Stammesgenossen in Montenegro und Serbien verstärkt, so daß sie im April dem türkischen Befehlshaber, als er die bedrängte Festung Niksitsch entsetzen und verproviantieren wollte, im Duga-Paß einen energischen Widerstand
Mai 1876. entgegensetzen konnten. Im Mai wurde durch die agitatorische Thätigkeit einiger Flüchtlinge von Rumänien aus die Losung zum Aufstand auch in Bulgarien gegeben. Die Flamme der Empörung drohte die ganze europäische Türkei zu ergreifen. Unter diesen Umständen glaubten die drei Kaisermächte der Andrassyschen Note größern Nachdruck geben, die Forderungen schärfer fassen zu müssen. Zu dem Ende wurde bei Gelegenheit einer Reise des Zaren durch Berlin nach
10.–13. Mai. Ems in der deutschen Hauptstadt eine Konferenz der drei Reichskanzler, Bismarck, Gortschakow und Andrassy, abgehalten, deren Ergebnis ein Memorandum war, das im Namen der verbündeten Großstaaten der Pforte überreicht werden sollte. In diesem wurde angedeutet, daß man gegenüber der türkischen Regierung die von den Insurgenten verlangten Bürgschaften für die versprochenen Reformen als notwendig und berechtigt anerkenne, und mit der drohenden Hinweisung geschlossen, daß, wenn die bestimmte Frist eines zweimonatlichen Waffenstillstands ohne Erfolg verstreichen sollte die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben würden, wie sie im Interesse des allgemeinen Friedens und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen könnten. Diese versteckte Kriegsdrohung schien der englischen Regierung zu bedenklich, als daß sie dem Memorandum ihre Zustimmung hätte geben mögen. Dadurch wäre ja Rußland, dem die Ausführung dieser wirksameren Maßregeln naturgemäß in erster Linie zufallen mußte, ermächtigt worden als Vollstrecker des Gesamtwillens der europäischen Mächte zur Aktion vorzugehen. Zu gleicher Zeit traten in der Türkei selbst Ereignisse ein, welche die Lage der Dinge noch mehr ver-

wirrten und die orientalische Frage zu der wichtigsten Angelegenheit der europäischen Politik machten.

Die Aufstände der Christen, die Unterstützung, welche der Montenegrinerfürst Nikita, der Schützling Rußlands, den Insurgenten von Nikšitsch geleistet, und vor allem die Kunde von der kriegerischen Erhebung der Bulgaren hatten die Glaubenswut der Mohammedaner und den Volkshaß gegen Rußland aufgestachelt. Die Stimmung war eine so gereizte, daß der religiöse und nationale Fanatismus sich in blutigen Gewaltakten Luft machte. Noch vor der Berliner Zusammenkunft waren in Salonichi wegen eines angeblich oder wirklich zum Islam übergetretenen Bulgarenmädchens Streitigkeiten zwischen Christen und Mohammedanern ausgebrochen, infolge deren der deutsche und der französische Konsul Abbot und Moulin vom türkischen Pöbel in einer Moschee mit Knütteln, Eisenstangen und Schwertern ermordet wurden. Und einige Tage nachher trat in der Hauptstadt selbst der national-religiöse Fanatismus in einem Gewaltakt gegen den Sultan hervor. Abdul Aziz war in den Augen der Moslems der Urheber aller Unfälle, welche die türkische Nation betroffen. Seine launenhafte Willkür bei Anstellung und Absetzung seiner Großbeamten, seine Wollust und Verschwendung, und vor allem sein Streben, gegen die gesetzliche Ordnung die Thronfolge seinem Neffen zu entziehen und unter russischer Beihilfe seinem eignen Sohn zuzuwenden, hatten die Gläubigen mit solchem Unwillen wider den Herrscher erfüllt, daß seine Entthronung beschlossen und ohne Widerstand bewirkt ward. Die Softas oder Zöglinge der Priesterschulen thaten sich zusammen und rückten in langem Zug vor den Palast des Großherrn, die Absetzung des Großwesirs Mahmud Pascha, der für einen Anhänger Rußlands galt, und des Scheich-ul-Islam verlangend. Der erschrockene Sultan gewährte ihre Forderungen und ernannte zwei andre Großbeamte. Damit war jedoch der Staatsstreich nicht zu Ende. Abdul Aziz faßte den nicht ungegründeten Argwohn, daß die Bewegung von seinem Neffen und seinen Brüdern ausgegangen und seiner eignen Person gelte. Er ließ daher die Verdächtigen in Gewahrsam bringen, während er sich selbst in das Innere seiner Gemächer barg. Da beschloß sein eigner Ministerrat, unter Zustimmung des neuen Scheich-ul-Islam, seine Entsetzung und erklärte den rechtmäßigen Thronfolger Murad V. zum Herrscher der Gläubigen. Auf die Kunde von diesen Vorgängen gab, wie die öffentlichen Berichte meldeten, Abdul Aziz sich selbst den Tod, indem er in einem Anfall von Irrsinn mit einer Schere sich die Pulsadern öffnete. Es wurde jedoch in der Folge erwiesen, daß er von mehreren der höchsten Staatsbeamten, darunter auch Midhat Pascha, getötet worden. Er wurde, wie man später erfuhr, auf Befehl des Kriegsministers Hussein Avni Pascha und unter dessen persönlicher Beaufsichtigung dadurch ermordet, daß eine Schar von Eunuchen und Palastbeamten den Sultan festhielt und ihn mittels Anwendung von Chloroform tötete. Dann wurden ihm von einem jüdischen, zum Islam

Mohammedanischer Fanatismus und Palastrevolution in Konstantinopel.

6. Mai 1876.

11. Mai.

30. Mai.

4. Juni.

übergetretenen Arzt die Pulsadern aufgeschnitten. Einige der Schuldigen wurden in der Folge zu Todesstrafe oder Verbannung verurteilt. Letzteres Los traf auch Midhat Pascha.

Türkische Reformversuche und die bulgarischen Greuel. Unter dem neuen Sultan Murad V., dessen Gemütsleiden einige Zeit verborgen gehalten ward, versuchten die drei Minister, der Großwesir Ruschdi, der energische Kriegsminister Hussein Avni und der gebildete Midhat durch politische Reformen nach Art des europäischen Parlamentarismus mit Selbstverwaltung und gleichen Rechten für alle Religionsparteien, aber aus eigner Anregung der Regierung, eine Regeneration des osmanischen Reichs zu begründen, unabhängig von äußern Einflüssen. Trotz Koran und Harem sollte die abendländische Zivilisation an den Bosporus verpflanzt werden. Dazu war vor allem die Unterdrückung der Insurrektion die nötige Vorbedingung, sowohl der offenen in der Herzegowina und Bosnien als der erst im Keim und in der Vorbereitung begriffenen bulgarischen. Im geschichtlichen Leben des türkischen Volks ist es öfters vorgekommen, daß innere Erschütterungen die sonst apathischen Orientalen zu energischer Kraftentfaltung aufrüttelten, die träge Natur und den schlummernden kriegerischen Geist zu rascher Aktion antrieben. Die Vorgänge in Salonichi, wo das drohende Auftreten der christlichen Mächte, die zum Schutz ihrer Angehörigen Geschwader in das Mittelmeer entsandten, ein Strafgericht erzwang, das von den Anhängern des Propheten als eine Demütigung angesehen ward; die Palastrevolution, welche dem unwürdigen Sultan Thron und Leben kostete; die blutige That des rachedürstenden Zirkassiers Hassan, durch welche zwei der Urheber des revolutionären Staatsstreichs, Raschid und Hussein
15. Juni 1876. Avni, dem Mordstahl in der Ratssitzung zum Opfer fielen, alles dieses erzeugte in den muselmanischen Kreisen, insbesondere bei der Armee, eine leidenschaftliche Erregung. Hassan-Bei war der Bruder einer der Geliebten des Sultans und vollbrachte die That, um den Ermordeten zu rächen. Der gegen den Willen der Omladinistischen Agitatoren zu früh ausgebrochene Aufstand in Bulgarien wurde durch Tscherkessenbanden und Freischaren (Baschi-Bozuks) blutig niedergeworfen, freilich in Begleitung von Greuelszenen, welche, als sie nach und nach in ihrem vollen Umfang bekannt wurden, in ganz Europa einen Schrei des Ent-
12. Mai. setzens hervorriefen. In Batak wurden von den Baschi-Bozuks, den mohammedanischen Freiwilligen ohne Uniform, die christlichen Einwohner jedes Alters und Geschlechts zu Tausenden gemordet, verstümmelt, geschändet; über hundert bulgarische Ortschaften wurden eingeäschert, allenthalben unmenschliche Barbareien verübt. Man wollte Raum schaffen für die mohammedanischen Tscherkessen, die vor Jahren aus dem Kaukasus nach Bulgarien übergesiedelt und mit Waffen versehen worden waren.

Der serbisch-türkische Krieg und der neue Thronwechsel in Konstantinopel. Inzwischen hatten Fürst Milan von Serbien und Nikita von Montenegro mit den Insurgenten in Bosnien und der Herzegowina gemeinsame Sache gemacht, in der Absicht, die aufständischen Landschaften unter ihre Herrschaft zu

bringen. Sie rechneten auf die Hilfe Rußlands und die Unterstützung der panslawistischen Partei in Moskau, die diesen Krieg als den Anfang einer neuen politisch-nationalen Ära im russischen Staatsleben erklärte. Ende Juni rückte Milan nach einem anspruchsvollen Manifest, das in Konstantinopel als Kriegserklärung aufgefaßt wurde, mit seiner Armee, bei welcher der russische General Tschernajew das Hauptkommando führte und viele russische Freiwillige, Offiziere und Gemeine Dienste genommen hatten, an mehreren Stellen über die Grenze. Allein auch jetzt noch erfochten die Aufständischen keine Lorbeeren. Die meistens aus Freischaren und Milizmannschaften bestehenden Truppen der Christen waren im Felde den türkischen Soldaten selten gewachsen. Denn wie faul auch die politischen und sozialen Zustände der Türkei sein mochten, in der Armee zeigte sich immer noch der kriegerische feldtüchtige Geist von ehedem. Der türkische Soldat erträgt mit fatalistischem Gleichmut alle Entbehrungen und Strapazen, ist genügsam in seinen Lebensbedürfnissen, tapfer und todesmutig in der Schlacht, ausdauernd im Erdulden aller Beschwerden auf Märschen wie im Lager, unempfindlich gegen Kälte und Hitze, gegen Hunger und Durst, aber auch ohne Mitleid und Erbarmen gegen den besiegten Feind. „Wir werden Serbien zermalmen,“ rief der Großwesir aus, als ihm gemeldet ward, der Fürst Milan habe an der Spitze seines Heeres die Grenze überschritten. In Konstan- 2. Juli 1876.
tinopel zählte man um so sicherer auf einen erfolgreichen Ausgang, als die Haltung der europäischen Mächte schwankend geworden war. Hatte die englische Regierung der Andrassyschen Note nur zögernd zugestimmt, so war sie vollends abgeneigt, dem von Gortschakow entworfenen Berliner Memorandum mit der Androhung wirksamerer Maßregeln beizutreten. Vielmehr entsandte sie ein Geschwader in die griechischen Gewässer, weniger in der angeblichen Absicht, ihre Staatsangehörigen vor möglichen Gewaltthätigkeiten zu schützen, als um im Fall eines russisch-türkischen Kriegs das Osmanenreich in seiner Integrität zu erhalten, wie schon daraus hervorging, daß die Schiffe in der Besikabai, nahe an den Dardanellen, Anker warfen. Damit war das Toryministerium zu dem Standpunkt des Krimkriegs zurückgekehrt; und wie sehr immer die Whigpartei, voran ihr Führer Gladstone, die antirussische Politik bekämpfte und in Volksversammlungen und Flugschriften die bulgarischen Greuel als Agitationsmittel gegen das Kabinett Disraeli-Derby ausbeutete, an der Themse beharrte man auf dem eingeschlagenen Weg. Unter solchen Umständen konnte die Berliner Drohnote bei der Pforte nicht abgegeben werden. Die Insurgenten und ihre serbischen und montenegrinischen Bundesgenossen mußten ihre Sache mit den Türken allein ausfechten. In Konstantinopel aber suchte man die Welt durch die Verheißung durchgreifender Reformen zu beschwichtigen und zugleich den Gönnern in England Scheingründe für ihre türkenfreundliche Politik zu liefern. Unterdessen hatte der Krieg im Westen und Norden seinen Fortgang, während in der Hauptstadt die russische und englische Diplomatie einander den Rang abzugewinnen

bestrebt war. Die Absetzung des entnervten, an Geistesschwäche leidenden Sultans
31. Aug. 1876. Murad V. und die Übertragung des Thrones an seinen Bruder Abdul Hamid II. hatte keine Änderung der politischen Lage zur Folge. Auch der neue Sultan wurde als „Reformator des türkischen Reichs" begrüßt. Im September bewirkte der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Henry Elliot, eine kurze Waffenruhe, um Zeit für Friedensunterhandlungen zu gewinnen. Es konnte jedoch keine Verständigung erzielt werden, und ein sechsmonatlicher Waffenstillstand, den die Pforte zur Abwendung eines Winterfeldzugs wünschte, kam nicht zu stande. Der Krieg gestaltete sich indessen für die osmanischen Waffen günstiger als für die der Gegner. Es war nur eine bedeutungslose Komödie, wenn der
16. Sept. Oberfeldherr Tschernajew, um die jüngste Wendung der Dinge zum Ausdruck zu bringen, Milan zum König von Serbien ausrief und durch seine Armee dem neuen Souverän den Eid der Treue schwören ließ. Denn schon im nächsten Monat durchbrach der türkische Befehlshaber Abdul Kerim nach achttägigen Kämpfen im Thal der Morawa bis zu den Waldbergen um Alexinatz die Hauptlinie der serbischen Heereskräfte Deligrad-Djunis-Kruschewatz, erstürmte die
23.–31. Okt. Festung Alexinatz und gewann eine Stellung, die ihm den Weg nach Belgrad offen legte. Milan bat die Vertreter der europäischen Regierungen um ihre guten Dienste zur Herbeiführung einer Waffenruhe. Aber hochmütig wurden in Konstantinopel alle Vermittelungsvorschläge der Mächte zurückgewiesen. Man wollte weder von einer autonomen Stellung der aufständischen Provinzen noch von einer Garantie für die Durchführung der Reformen etwas hören. Bei der Eifersucht, womit das englische Kabinett auf die „Expansivpolitik" des Zarenreichs blickte, einer Stimmung, die der russische Botschafter in London, Graf Schuwalow, vergebens mit diplomatischen Künsten zu ersticken sich abmühte, war ja für die Türkei zunächst keine bewaffnete Intervention zu befürchten. Vergebens machte Kaiser Alexander den Vorschlag, durch eine gemeinsame österreichisch-russische Besetzung der Balkanländer und eine gleichzeitige englische Flottendemonstration vor Konstantinopel den Friedensarbeiten Nachdruck zu geben; weder Andrassy noch Lord Beaconsfield (Disraeli) wollten über eine diplomatische Intervention hinausgehen.

Rußland und die europäischen Großmächte.

Sollte aber Zar Alexander ruhig zuschauen, wie Serbien vernichtet, Bosnien und Herzegowina in ein Totenfeld verwandelt, die bulgarischen Christen hingemordet würden? Sollte er den Schmerzensschrei überhören, der von den Donauländern zu ihm schallte, den Hilferuf unbeachtet lassen, den Milan in seiner Angst und Verzweiflung an ihn richtete? Man hatte am Petersburger Hof nicht ohne Besorgnis auf die nationale Bewegung geblickt, welche die kriegerischen Vorgänge in der Balkanhalbinsel in den panslawistischen und radikalen Kreisen hervorriefen, und daher gezögert, den aggressiven Schritt zu thun, und auch jetzt noch versicherte Alexander, daß er sich mit den übrigen Mächten auf gleicher Linie bewege. Der Zar hatte sich bei seiner Rückkehr aus Deutschland

auf einer persönlichen Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph in Reichstadt, welcher auch Gortschakow und Andrassy anwohnten, der fortdauernden Bundestreue Österreichs versichert und durch die nachträgliche Sendung des Generals Sumarakow nach Wien die Überzeugung gewonnen, daß Österreich sich nicht durch die magyarischen Agitationen zu einem bewaffneten Widerstand fortreißen lassen würde, wenn Rußland seine Heere über die Donau senden sollte; er hatte aus Berlin die freundlichsten Zusagen empfangen, daß Deutschland-Preußen an dem Dreikaiserbündnis festhalte und die Rolle eines Friedensvermittlers nicht aufzugeben beabsichtige; durch die fortwährenden Zuzüge von Freiwilligen aus Rußland nach Serbien und die Thätigkeit der Hilfsausschüsse, die in Moskau ihren Mittelpunkt hatten, war er zu der Überzeugung gekommen, daß das russische Volk den leidenschaftlichen Wunsch hege, den slawischen Brüdern in der Balkanhalbinsel die helfende Hand zu reichen und sie aus den unwürdigen Sklavenbanden zu retten. „In einem Land, wo jahrhundertelang die Regierung alles, die Gesellschaft nichts bedeutet hatte, war es von zauberähnlicher Wirkung, daß die Nation sich einmal als Trägerin der von der Regierung befolgten Politik fühlte, daß Elemente, die sonst eine nur sekundäre Rolle spielten, an die Spitze einer großen Bewegung traten.“ Von Frankreich und Italien war keine Einsprache zu fürchten. Jenes buhlte um Rußlands Freundschaft für den Fall eines Revanchekriegs wider Deutschland; dieses hoffte im Trentino oder in Dalmatien seinen Anteil an der Beute zu erlangen. Diese und andre Dinge bildeten den Gegenstand ernster Beratung in der Villa Jalta und in dem großfürstlichen Schloß Livadia in der Krim, wo die Kaiserfamilie im Herbst ihren Aufenthalt genommen und wohin der Reichskanzler Gortschakow und der langjährige Botschafter bei der Pforte, General Ignatiew, von den Türken wegen seiner vielen Ränke „der Vater der Lüge“ genannt, berufen worden. Aus verschiedenen Anzeichen ging hervor, daß Zar Alexander mehr und mehr in die Fußstapfen seines
Vaters einzulenken gesonnen sei. Die Aufhebung der Stelle eines General- 6. Febr. 1876.
gouverneurs der Ostseeprovinzen, wodurch den baltischen Ländern der letzte Schein einer gewissen Selbständigkeit und Eigenart entrissen ward, die Vereinigung der griechisch-unierten und der orthodox-russischen Kirche, die Einführung des russischen Gerichtsverfahrens und der russischen Sprache als Amtssprache in dem ehemaligen Polen, der Unterdrückungskrieg gegen die kleinrussische oder ruthenische Sprache und Litteratur; diese und andre Maßregeln konnten als Beweis gelten, daß am Petersburger Hof die Uniformitätspolitik des Zaren Nikolaus wieder mehr Aufnahme gefunden habe. Um so geneigter war man jetzt, auch in der auswärtigen Politik, in der Haltung gegenüber den christlich-slawischen Völkerschaften zwischen Donau und Balkan das Beispiel des Vaters nachzuahmen, den bedrängten Brüdern und Glaubensgenossen die rettende Hand zu reichen. Das Ergebnis der Beratungen von Livadia war daher ein Ultima-
tum, welches der Pforte die Wahl ließ zwischen Krieg mit Rußland oder Ein- 31. Okt.

stellung der Feindseligkeiten auf zwei Monate. Die kriegerischen Anstalten in Rußland und die Verträge mit Rumänien, das man als Durchzugsland nicht entbehren konnte, ließen den Ernst der Drohung erkennen. Von der Krim aus schien der zündende Feuerbrand geworfen zu werden, der die ganze Balkanhalbinsel verzehren sollte. Eilends sandten die drei Mächte England, Österreich, Deutschland ihre Botschafter bei der Pforte nach Livadia, um das gezückte Schwert noch aufzuhalten. Und in der That gelang es der vermittelnden Thätigkeit des englischen Kabinetts, den Ausbruch des direkten russisch-türkischen Kriegs noch einmal hinauszuschieben. Beruhigt durch die dem englischen Botschafter gegebene Versicherung des Zaren, daß er nicht die Absicht habe, Konstantinopel zu besetzen, daß er überhaupt der Pforte gegenüber an keinerlei Eroberungen denke, wenn er auch zu einer „vorläufigen" Okkupation Bulgariens genötigt sein möchte, wirkte England, wo die agitatorischen Versammlungen der Entrüstung des Volks über die bulgarischen Greuel immer lebhaftern Ausdruck gaben, im Interesse der Friedenserhaltung. Durch die Botschafterkonferenz, zu welcher das Londoner Kabinett einen zweiten Vertreter in der Person des Marquis von Salisbury entsandt hatte, der auf seiner Reise die Höfe von Berlin, Wien und Rom besuchte, wurde Midhat Pascha, der seit dem Thronwechsel Großwesir geworden war, bestimmt, in den von dem Zaren verlangten zweimonatlichen Waffenstillstand zu willigen und in Verhandlungen über die Bedingungen eines dauernden Friedens einzutreten. Wie wenig Vertrauen aber die regierenden Kreise zu dem Gelingen des Friedenswerks hegten, bewies so-
9. Nov. 1876. wohl die Rede von Disraeli bei dem Lordmayorsbankett in der Guildhalle, als die Ansprache des Zaren bei Entgegennahme einer Adresse des Adels und Stadtrats von Moskau bei seiner Durchreise von Livadia nach St. Petersburg. Jener hob die unerschöpflichen Hilfsquellen Englands für den Fall eines Kriegs hervor; dieser sprach die feste Absicht aus, selbständig vorzugehen, wenn nicht die Türkei volle Bürgschaft biete, daß die Forderungen Rußlands ausgeführt würden. Diese kaiserlichen Worte, sagte Aksakow, das Haupt des Moskauer Slawenkomitees, bedeuten ein großes Ereignis in der Geschichte unsrer Zeit; sie leuchten wie Sterne, welche uns führen und ermutigen sollen. Die Panslawisten glaubten jetzt den Augenblick gekommen, da Rußland seinen Beruf als legitime Vormacht aller Slawen erfüllen und die staatliche Organisation derselben in die Hand nehmen würde. Der Befehl, daß sechs russische Armeekorps mobil gemacht werden sollten, und das Ausschreiben eines Anlehens von hundert Millionen Rubel deuteten auf kriegerische Absichten. Bald darauf wurde Großfürst Nikolaus, des Kaisers Bruder, zum Oberbefehlshaber ernannt und nahm sein Hauptquartier in Kischenew, nahe der rumänisch-türkischen Grenze.

Die Verfassungskomödie in Konstantinopel und die Politik Österreichs und Deutschlands.

Unter solchem „Krieg in Sicht" wurden vom 12. bis 20. Dezember in Konstantinopel die Vorkonferenzen der europäischen Botschafter ohne Teilnahme eines türkischen Bevollmächtigten abgehalten. Sie einigten sich über eine Reihe von Re-

formen zur Verbesserung des Loses der Christen in der Türkei, welche die Pforte unter der Aufsicht einer europäischen Sicherheitswache von 6000 Mann in den Provinzen Bosnien, Herzegowina und Bulgarien einführen sollte. Ließ sich die türkische Regierung eine solche Bevormundung gefallen, so war es um die Selbständigkeit und Souveränität des Osmanenreichs geschehen. Lieber wollte man zum Schwert greifen, die völkerrechtliche Unabhängigkeit selbst auf die Gefahr eines Kriegs mit Rußland verteidigen. Um aber nicht durch eine unbedingte Zurückweisung der Konferenzbeschlüsse den Schein eines herausfordernden Vorgehens auf sich zu laden, setzte Midhat eine Konstitutionskomödie in Szene, in der Absicht, die öffentliche Meinung zu blenden und den Mächten die neue Einrichtung als Schild entgegenzuhalten. Wie erwähnt, hatte man sich seit einiger Zeit mit dem Projekt einer Reichsverfassung getragen, welche allen Provinzen und Einwohnern ohne Rücksicht auf Religion oder Abstammung gleiches Recht und Gericht gewähren und ein gesetzgebendes Parlament aus Abgeordneten aller Reichsländer ins Leben rufen sollte. Mit einem solchen Verfassungsentwurf, der am Tage der Eröffnung der eigentlichen Konferenz unter Kanonendonner verkündet ward, trat 23. Dez. 1876.
nunmehr die türkische Regierung plötzlich den durch Savfet Pascha ihr übergebenen Beschlüssen des Rates der europäischen Diplomatie entgegen, indem der aus etwa zweihundert Würdenträgern bestehende Pfortenrat erklärte, nach der Verkündigung der Verfassung könne keiner Provinz eine Ausnahmestellung gewährt oder Zugeständnisse von so eingreifender Beschaffenheit ohne Mitwirkung der Nationalvertretung, deren Einberufung bevorstehe, verliehen werden. Damit war die Wirksamkeit der Konferenz lahm gelegt. Rußland schickte sich bereits an im Namen Europas die Ausführung des Botschafter-Programms mit den Waffen zu erzwingen. England, das zu seiner eignen Bestürzung wahrnahm, daß es die Pläne Rußlands mehr gefördert hatte, als in seiner Absicht gelegen, und daß es gegenüber der Türkei in eine feindliche Stellung geraten, wurde jetzt vorsichtiger und zurückhaltender. Der Inselstaat wollte weder den Russen die Unterwerfung der Balkanländer erleichtern, noch als Schutzmacht den Türken zur Seite stehen. Das Augenmerk des Londoner Torykabinetts war hauptsächlich darauf gerichtet, falls die Integrität der Türkei nicht mehr zu erhalten sei, einen möglichst großen Anteil aus dem Schiffbruch für sich selbst zu retten und in keinem Fall zuzugeben, daß Rußland sich Konstantinopels und der Dardanellen bemächtige. Auch Österreich stand auf der Wache. Andrassy ließ sich weder durch die türkenfreundlichen Demonstrationen der Magyaren noch durch die Begeisterung, die man in Prag, in Agram und in andern Slawenstädten für die Russen kund gab, in seiner Politik bestimmen. Er traf alle Vorbereitungen, um, wenn der russisch-türkische Krieg zum Ausbruch käme, die Interessen Österreichs zu wahren, die freie Schifffahrt der Donau zu erhalten und Bosnien für den Kaiserstaat der Habsburger zu gewinnen. Je mehr im Lauf der nächsten zwei Jahre Rußland und England auseinander gingen, so daß zeitweise ein Krieg

zwischen den beiden Großmächten vor der Thür zu stehen schien, um so mehr warb man an der Newa wie an der Themse um die österreichische Bundeshand. Durch diese vorsichtige Haltung erwarb sich die Politik Andrassys das Vertrauen und den Beifall des deutschen Reichskanzlers, der, wenn er auch mehr zu dem befreundeten Rußland hinneigte, doch in erster Linie die Bewahrung des Friedens im Auge hatte und darum an der Rolle eines Vermittlers festzuhalten entschlossen war. Schon bei Eröffnung des Reichstags, am 30. Oktober, hatte die Thronrede hervorgehoben, daß der Kaiser unausgesetzt bemüht sei, unter den Deutschland nachbarlich (Österreich und Rußland) und geschichtlich (England) näher stehenden Mächten den Frieden zu erhalten, und versichert, daß, was die Zukunft auch bringen möge, Deutschland das Blut seiner Söhne nur zum Schutz seiner eignen Ehre und seiner eignen Interessen einsetzen werde, eine Politik, welche der Reichskanzler bei einer spätern Gelegenheit als die eines „ehrlichen Maklers“ kennzeichnete.

Die Haltung Rußlands und Englands gegenüber der Pforte. Obwohl die Forderungen des Botschafterrates, daß die Reformen in den Balkanländern unter der Kontrolle und Bürgschaft der europäischen Mächte vor sich gehen sollten, zu dem Standpunkt der Pforte, die ihre „völkerrechtliche Unabhängigkeit“ behauptete, in prinzipiellem Gegensatz standen, die Fortsetzung der Konferenz somit ziellos geworden war; so wurden die Verhandlungen doch nicht sogleich aufgegeben, vielmehr zur Erleichterung derselben der Waffenstillstand auf zwei Monate verlängert. Erst als der Sultan die in dem Ultimatum der Konferenz-Diplomaten aufgestellten Hauptpunkte, Beteiligung der christlichen Mächte bei Ernennung der Provinz-Statthalter und einen internationalen
20. Jan. 1877. Überwachungsausschuß zurückwies, wurde die Konferenz durch den Marquis von Salisbury für aufgelöst erklärt, worauf sämtliche Botschafter einzeln aus der Hauptstadt am goldenen Horn abreisten, nur Geschäftsträger zurücklassend. Nun wurde die Lage der Türkei immer bedrohter und verwickelter. Mochte auch
1. März. immerhin mit Serbien ein Friedensschluß zustande gebracht werden, in den schwarzen Bergen und in den andern aufständischen Landschaften dauerten die Kämpfe und die Gärung fort, und Rußland zog eine mächtige Armee in seinen Südprovinzen zusammen. Zugleich trat in Konstantinopel ein Ministerwechsel ein, der wenig Aussicht zu einer Verständigung eröffnete. Midhat Pascha, die Seele der Reformpartei, wurde gestürzt und verbannt, Edhem Pascha an seine Stelle erhoben.

In Petersburg hatte man aber schon zu laut verkündigt, daß das Los der christlichen Unterthanen der Pforte gebessert, die Zustände in den türkischen Provinzen geändert werden müßten, als daß man hätte stillhalten oder zurückschreiten können. Schon um der öffentlichen Meinung willen, die von den panslawistischen Heißspornen bestimmt und geleitet ward, mußte etwas Durchgreifendes geschehen; der Kaiser mußte der nationalen Strömung nachgeben, wenn er Herr der Situation bleiben wollte. Aber ehe der Zar das Schwert zog, wollte er sich Sicherheit verschaffen, daß die übrigen Großmächte der Türkei keinen Beistand leisteten. Wenn es der russischen Diplomatie

gelang, der europäischen Politik eine solche Wendung zu geben, daß das Zarenreich als Vollstrecker der von der Pforte zurückgewiesenen Konferenzvorschläge zu handeln schien, daß ihm gleichsam eine europäische Mission zugeteilt wäre, so blieb der Krieg auf die Balkanhalbinsel beschränkt und Rußland konnte mit den Waffen von der Türkei verlangen, daß sie dem übrigen Europa zu Willen handle. Und wenn Rußland auch nur soviel erreichte, daß die übrigen Mächte ihre Neutralität erklärten, daß sie von jeder Einmischung abstanden und somit der Krieg lokalisiert blieb, konnte man in Petersburg immerhin hoffen, über das zerrüttete Osmanenreich leicht Meister zu werden. Durfte man doch überall auf den Beistand der christlichen Einwohner im Land selbst zählen. Darum waren die russischen Botschafter Ignatiew und Schuwalow aufs eifrigste bemüht, die europäischen Mächte für ihre Zwecke zu gewinnen. Von März 1877.
Deutschland und Österreich, von Frankreich und Italien war wenig Widerspruch zu befürchten. Alle diese Regierungen trugen kein Verlangen, Gut und Blut für einen Krieg zu opfern, der, solange er den Charakter eines Zweikampfs trug, kein besonderes Interesse für sie hatte. Österreich und Italien hofften ein Stück von der Beute davon zu tragen; Bismarck meinte, das noch unfertige junge Reich dürfe für unsichere und fremde Zwecke nicht die Knochen auch nur eines pommerschen Grenadiers zerschießen lassen. Frankreich bedurfte noch der Sammlung und Erholung nach seinen großen Unfällen und bei seiner innern Krisis. So hatte es denn die russische Diplomatie nur mit England zu thun. Ignatiew und Schuwalow übten die diplomatische Kunst mit der ganzen Meisterschaft, die durch Tradition ein Erbteil der russischen Politik geworden ist. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Torykabinett für die Auffassung zu gewinnen, daß ein höheres ideales Völkerrecht, welches für Zwecke eines Kultur- und Humanitätsfortschritts die Einmischung in ein fremdes von barbarischer Mißwirtschaft zerrüttetes Staatswesen gestatte und rechtfertige, mehr Geltung haben müsse als das positive auf Übereinkunft beruhende völkerrechtliche Verhältnis zwischen souveränen Staaten. Nicht als ob die britische Regierung vor geschlossenen Verträgen eine heilige Ehrfurcht fühlte; England hat in seinem geschichtlichen Leben häufig genug bewiesen, daß es sich nicht von Doktrinen leiten lasse, daß es die Zeitumstände im Spiegel der eignen Interessen und Vorteile betrachte; aber es wollte nicht zugeben, daß die Türkei, mit deren Existenz soviel englisches Kapital verflochten war, die den englischen Waren stets einen so einträglichen Markt bot, deren Dasein für die britische Machtstellung im Orient unentbehrlich ist, zerschlagen werde; es wollte im Interesse seiner Schiffahrt, seines levantischen Handels, seiner indischen Verbindungen nicht zugeben, daß sich Rußland Konstantinopels und der Wasserstraßen des Mittelländischen und Schwarzen Meeres ausschließlich bemächtige. Soweit ließ sich indessen das Torykabinett doch nicht fortreißen, daß es mit der Pforte eine Allianz, ein Verteidigungsbündnis geschlossen hätte; die öffentliche Meinung, die in England geteilt war und noch immer durch die Agitationen der Whigs in den Entrüstungsversammlungen im Sinn der Annäherung an Rußland gegenüber den bulgarischen Greueln der Türken bearbeitet wurde, machte eine solche entschiedene Parteinahme bedenklich. So nahm denn die Regierung die Haltung einer beobachtenden Neutralität an; sie ließ ihre Schiffe in der Nähe der türkischen Küsten kreuzen, hielt Konstantinopel in Obhut und gab der Pforte eine moralische Stütze, indem sie die Möglichkeit einer Hilfsleistung in Aussicht stellte. Alles was die russische Diplomatie erlangen konnte, war ein von den sechs Garantiemächten unterzeichnetes vages Protokoll, in welchem von der Pforte die wirkliche Durchführung 31. März.
aller von ihr zugesicherten Reformen verlangt ward, widrigenfalls die Mächte sich weitere Schritte vorbehielten, um die Wohlfahrt der Christen und die Interessen des allgemeinen Friedens sicherzustellen. In Konstantinopel zeigte man sich wenig geneigt,

dem schwachen Ultimatum Folge zu geben. Als darauf Rußland sich anschickte, im Namen und Auftrag der europäischen Mächte die Beschlüsse mit den Waffen durchzuführen und an die Türkei den Krieg zu erklären, legte die Londoner Regierung Verwahrung ein gegen ein so gewaltsames Vorgehen. In dieser Haltung Englands mußte die Pforte einen Freibrief für ihre Unthätigkeit erblicken und eine Aufmunterung für ihren geheimen Widerstand gegen die ihr von Rußland aufgezwungenen Reformen.

b. Rußlands Waffengang gegen die Türkei.

Eröffnung des Feldzugs. Nun beschloß Kaiser Alexander aus dem politischen Halbdunkel herauszutreten und den diplomatischen Knoten mit dem Schwert zu zerhauen. Im April verließ er seine Hauptstadt und traf am 23. bei der Armee in Kischenew
24. April 1877. ein. Am folgenden Tag ließ er ein Kriegsmanifest ausgehen, welches der Welt verkündete, daß er ausziehe, um für seine leidenden Glaubensgenossen auf türkischem Boden mit Waffengewalt diejenigen Bürgschaften zu erlangen, die für die Sicherung ihrer künftigen Wohlfahrt unumgänglich notwendig seien. In der
23.–24. April. Nacht erfolgte der Übergang größerer Heeresmassen über den Pruth an drei verschiedenen Stellen, um kraft einer mit dem türkischen Tributärstaat Rumänien
16. April. abgeschlossenen Durchgangskonvention auf die Donau loszurücken. Der Kaiser selbst stellte sich bei der Armee ein, nicht um den Oberbefehl zu übernehmen, der vielmehr in der Hand des Großfürsten Nikolaus verbleiben sollte, aber um durch seine Anwesenheit den Mut und die Kriegslust der Truppen zu entflammen. Er nahm seinen Aufenthalt in Plojesti, wo sich das Hauptquartier befand. „Schon weht jenseit der russischen Grenze die russische Fahne, die erhoben worden ist, um den geknechteten, erniedrigten, von dem mit seiner Aufklärung hochmütig prunkenden Europa tiefverachteten rechtgläubigen Völkerschaften der Balkanhalbinsel Freiheit und Menschenrechte wiederzugeben. Der schlummernde Orient ist erwacht, und nicht allein die Slawen der Balkanhalbinsel, die ganze slawische Welt erwartet ihre Wiedergeburt. Eine neue, ganz neue Zeit bricht an, die Morgenröte des großen slawischen Tags ist erschienen." Also verkündigte Akssakow in der Moskauschen Zeitung. Auch in der Reihe der Radikalen und Nihilisten sah man erwartungsvoll in die Zukunft; man hoffte, der auswärtige Krieg werde zu einem Systemwechsel und zur Abstreifung morscher Lebensformen führen. Mit Zustimmung der Kammern erklärte sich nunmehr Fürst Karl von
22. Mai. Rumänien für unabhängig und zog bald darauf an der Spitze seines Heeres ins Feld, um vereinigt mit den Russen den Großsultan, seinen bisherigen Oberherrn, zu bekämpfen. Um dieselbe Zeit rückten andre russische Heeresabteilungen in Asien über die türkische Grenze, nahmen Bajasid ohne Schwertstreich
14. Mai. und erstürmten Ardahan am oberen Kur. Die türkische Donauflottille wurde durch Strandbatterien und noch mehr durch Torpedos, von denen in diesem Krieg ein sehr erfolgreicher Gebrauch gemacht ward, in ihren Bewegungen gehemmt, zwei Panzerschiffe in die Luft gesprengt. Dank der Saumseligkeit des türkischen

Oberbefehlshabers Abdul Kerim setzten die russischen Truppen, ohne auf große Hindernisse zu stoßen, auf Booten und einer Schiffbrücke bei Galatz über die Donau und bemächtigten sich der festen Orte Matschin, Isaktscha, Tultscha, Babadagh, Hirsowa in der Dobrudscha, während die Türken sich nach der Linie Czernawoda-Küstendsche am Trajanswall zurückzogen. Ein Versuch Schuwalows, das Londoner Kabinett auf Grund eines Programms über die in den Donau- und Balkanländern durchzuführenden Reformen und Neugestaltungen zur Mitwirkung oder doch zu einer bestimmten Zusicherung seiner Neutralität zu gewinnen, hatte sowenig Erfolg wie die frühern Verhandlungen. Der neue Botschafter in Konstantinopel, Layard, der berühmte Entdecker der Ruinen und Bildwerke von Ninive, hatte eine Anfrage Derbys mit der Versicherung beantwortet, die Pforte würde ein Programm nimmermehr annehmen, das die Bulgarei in eine autonome Vasallenprovinz zu verwandeln, Rumänien und Serbien unabhängig zu machen und Montenegro zu vergrößern vorschlage. So schritt denn Rußland allein und eigenmächtig in den Kriegsoperationen weiter. Fast ohne Widerstand setzte das Hauptheer von Simnitza nach Sistowa über die Donau und nötigte die Türken, sich teils nach Nikopoli, teils nach Tirnowa, der alten Hauptstadt Bulgariens, zurückzuziehen. Der Kaiser selbst begab sich nach Sistowa und verkündete in einem Manifest an die bulgarischen Christen, daß für sie die Stunde der Befreiung von der muselmannischen Willkürherrschaft gekommen sei.

21.–28. Juni 1877.

13. Juni.

26.–27. Juni.

27. Juni.

In den ersten Tagen des Juli waren die Russen im Besitz alles Landes von Sistowa bis Gabrowa am Fuß des Schipkapasses über den Balkan, so daß Großfürst Nikolaus sein Hauptquartier nach Tirnowa verlegen und der hochfahrende kalt-realistische Fürst Tscherkaskj, das Haupt der russischen Nationalpartei in Moskau, der einst die Seele der Slawophilen gewesen, dann als liberaler Aristokrat bei der Bauernbefreiung und als eifriger Vorfechter des Russentums bei der neuen Ordnung in Polen mitgewirkt hatte, die Reorganisation der Verwaltung Bulgariens vornehmen konnte. Man gefiel sich in Moskau in dem Gedanken, der russisch-türkische Krieg werde eine Parallele bilden zu dem deutsch-französischen Krieg. Und wer war dann geeigneter zu einer solchen organisatorischen Mission nach dem Vorbild der Deutschen in Elsaß-Lothringen als der Freund und Genosse eines Aksakow, Katkow, Samarin? Selbst der Kriegsminister Miljutin, dessen Bruder einst mit Tscherkaskj in dem polnischen Reorganisationsausschuß gesessen, redete dem panslawistischen Edelmann das Wort, der in der „Slawenwache“ zu Moskau sich die Aufgabe gestellt hatte, „die fremden Gäste von der Notwendigkeit einer vollständigen Unterordnung des außerrussischen Slawentums unter den russischen Staatsgedanken zu überzeugen und das griechisch-orthodoxe Bekenntnis als unentbehrliches Erfordernis wahrhaft slawischer Entwickelung zu bezeichnen“. Vier Tage nach Einzug des Hauptheeres in Tirnowa wurde auch die wichtige

Unterwerfung von Bulgarien.

12. Juli.

16. Juli.

Donaufestung Nikopoli zur Kapitulation gezwungen, wodurch 6000 Mann, zwei Paschas und vierzig Geschütze in die Gewalt des Siegers fielen. Auch die Städte Selwi und Lowatz wurden besetzt und als die Generale Gurko und Mirski nach scharfen Kämpfen mit den Truppen Reouf Paschas den Schipkapaß und den Hankiöipaß in Besitz nahmen, als im Süden des Balkan ihre raschen Reiterscharen über Eski-Sagra, Karabunar, Jamboli bis nach
25. Juli 1877. Harmanly zwischen Adrianopel und Philippopel vordrangen und im Thal der Maritza sich lagerten, da hatte es den Anschein, als ob der Feldzug in wenigen Wochen zu Ende sein und die Russen in Konstantinopel einziehen würden. Die bulgarischen Christen benutzten den Siegeszug ihrer russischen Glaubensgenossen zu Gewaltthätigkeiten gegen ihre langjährigen mohammedanischen Peiniger; die Osmanen drohten mit Repressalien: zu dem Rassenhaß und den politischen Gegensätzen gesellte sich der religiöse Fanatismus. Alle Straßen waren mit Flüchtlingen gefüllt. Um neue revolutionäre Softaauftritte zu verhüten, hatte man schon vorher die Hauptstadt in Belagerungszustand erklärt. In England gerieten die Tories in Bestürzung. Die Regierung verstärkte ihr Geschwader in der Besikabai und bot der Pforte an, englische Kriegsschiffe in den Bosporus zu senden oder in der Stadt Gallipoli feste Stellung zu nehmen. Im Diwan wollte man dies aber nur unter der Bedingung einer Allianz zu Schutz und Trutz gestatten. Zu einem so entscheidenden Schritt konnte man sich jedoch in London nicht verstehen. Nur im Bund mit Österreich hätte man sich vielleicht zu einer solchen Kriegspolitik gegen Rußland entschlossen. Graf Andrassy glaubte aber die österreichischen Interessen durch das Dreikaiserbündnis am sichersten gewahrt.
Mitte Sept. Eine Zusammenkunft mit dem aus Wildbad Gastein nach Berlin zurückkehrenden deutschen Reichskanzler mag ihn noch mehr in dieser Politik der Zurückhaltung bestärkt haben.

Die Pforte ermannt sich. Ist denn das Osmanenreich auch im Kriegswesen von seiner alten Kraft und Tüchtigkeit so sehr herabgesunken und entartet, daß es durch einen einzigen Schlag niedergeschmettert werden kann? So fragte das erstaunte Europa. Allein es trat bald eine Wendung ein. Die Schuld an den bisherigen Unfällen trugen allein der Oberbefehlshaber und der Kriegsrat in Konstantinopel, die mit der gewöhnlichen orientalischen Trägheit unterlassen hatten, dem drohenden Sturm mit rechtzeitigen Vorkehrungen zu begegnen. Bald änderte sich die Lage der Dinge, als der Oberbefehlshaber Abdul Kerim und der Kriegsminister Redif Pascha ihrer Stellen entsetzt und auf die Insel Lemnos verbannt wurden, als statt der schlaffen Serailregierung Mahmud Damats frische Männer ans Ruder kamen, als der fanatische Kara Chalil Effendi, der neue Scheich-ul-Islam, die Glaubensfahne des Propheten zu entfalten Miene machte, Mehemed Ali Pascha, der Abkömmling einer einst nach Magdeburg ausgewanderten Hugenottenfamilie Detroit, das Oberkommando über die Donauarmee erhielt, und der energische Osman Pascha, bisher Kommandant von Widdin, mit 30,000 Mann die

von Hügeln umgebene Stadt Plewna, wo kurz zuvor eine türkische Division 27. Juli 1877.
die Russen mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen hatte, in Besitz nahm
und durch Schanzwerke zu einem festen Standort machte. Durch neue Zuzüge
verstärkte er seine Armee bis zu einer Höhe von 50,000 Mann. An Munition,
Ausrüstung und Kriegswerkzeug waren die Türken den Russen überlegen.
Vergebens versuchte General Krüdener die Türken aus ihren wohlverschanzten
Stellungen zu werfen und sich der Stadt zu bemächtigen: nach einer mörderischen
Schlacht, worin die Russen 8000 Tote und Verwundete auf der Walstatt 30. Juli.
ließen, mußte sich Krüdener zurückziehen. Die Türken schändeten ihren Sieg
durch Grausamkeiten gegen die Gefangenen, obwohl die Pforte der Genfer Konvention beigetreten war. Auf die Kunde von den Unfällen der Russen vor
Plewna verlegte Großfürst Nikolaus, der bisher die Linie Rustschuk-Rasgrad-Schumla behauptet hatte, sein Hauptquartier von Tirnowa nach Bjela und von 31. Juli.
da nach Gornji-Studen, wo auch der Kaiser eintraf. Fortan gewann die bisher 13. Aug.
fast unbekannte Stadt Plewna in dem russisch-türkischen Völkerkrieg eine Bedeutung wie in dem deutsch-französischen Krieg vom Jahr 1870 die Festung
Metz. In Petersburg und Moskau machten diese Vorgänge den peinlichsten
Eindruck, zumal da die Nachrichten vom Kriegsschauplatz durch mangelhafte
Telegraphenverbindungen nur dürftig einliefen und ausländische Zeitungen die
Lage als möglichst bedenklich darstellten. Daß der Kaiser selbst bei der Armee
war ohne das Oberkommando zu führen, mußte als eine schiefe und unwürdige
Stellung angesehen werden; daß der Großfürst nicht den Ruf rechtfertigte, den
man in den Hofkreisen von seiner militärischen Befähigung so ruhmredig verkündigt hatte, daß sich in der Leitung des Heeres und in den strategischen Anordnungen bedenkliche Mängel zeigten, konnte niemand leugnen. Diese und
andre Wahrzeichen schlugen das anfangs zur Schau getragene Selbstvertrauen
und die Siegeszuversicht bedeutend nieder. Das Papiergeld sank immer tiefer
im Wert. Die Garde wurde nach der Donau zurückgezogen und die Landwehr
trotz der Ernte unter die Waffen gerufen, mit Rumänien und Serbien über
Allianzen unterhandelt. Zum Glück für die Russen machte Osman Pascha keinen
Versuch nach der Donau vorzurücken. Er zog es vor, um Plewna einen Ring
von Verschanzungen anzulegen, der einen Flächenraum von zwei Quadratmeilen
umschloß, und mittels zahlreicher Batterien eine uneinnehmbare Verteidigungsstellung zu schaffen. Dadurch gewannen die Russen Zeit, neue Armeekorps herbeizuziehen und die Rumänen durch einen Kriegsbund zur thätigen Teilnahme
an den fernern Operationen zu gewinnen. Fürst Karl führte als selbständiger
Befehlshaber seine Truppen zu dem russischen Hauptheer und nahm einen hervorragenden Anteil an den blutigen Kämpfen, durch welche die russischen Divisionen
die Türken aus Plewna hinauszuschlagen suchten. In den herrschenden Kreisen
Petersburgs sah man ein, daß der Krieg mit aller Energie fortgesetzt werden
müsse und der Zar nur als Sieger in seine Hauptstadt zurückkehren könne, sollte

nicht die Autorität des Selbstherrschers empfindlichen Schaden nehmen. Aber
11. 12. Sept. 1877. trotz der tapfern Gefechte bei der Griwitza-Redoute und der von General Skobelew bewiesenen kriegerischen Tüchtigkeit konnte Plewna lange nicht erobert werden.

Wechselnde Kriegserfolge. Auch an andern Orten machten die Türken energische Anstrengungen, ihrer Feinde Meister zu werden oder sie wenigstens von weiterm Vordringen abzuhalten. Am erfolgreichsten waren die Kämpfe in Armenien, wo die Osmanen nicht bloß die von den Russen bedrängten Städte Kars und Batum glücklich verteidigten, sondern auch den General Tergukassow nötigten, Bajasid wieder zu räumen. Im Rücken von einem Aufstand der mohammedanischen Stämme in Abchasien und Daghestan bedroht, führte der russische Feldherr nach einem beschwerlichen aber mit Geschick und Tapferkeit vollzogenen Rückzug seine Truppen wieder nach den Grenzlanden. Erst im Spätherbst, nachdem neue Verstärkungen angelangt waren, drang die kaukasische Armee wieder vor, vernichtete in
8.—15. Okt. einer Reihe blutiger Gefechte bei Aladjadagh nahezu Mukthars ganze Feldarmee
17.—18. Nov. vor den Thoren von Erzerum, erstürmte die Festung Kars, wobei 17,000 Mann, darunter zwei Paschas und achthundert Offiziere nebst dreihundert Kanonen und zwanzig Fahnen in die Hände der Sieger fielen, und bereitete dem Großfürsten Michael, Statthalter von Tiflis, einen feierlichen Einzug in die Armenierstadt. Auch in Montenegro, wo Mehemed Ali und Suleiman Pascha den Fürsten Nikita von drei Seiten angriffen und den Aufstand in den schwarzen Bergen mit einem Hauptschlage zu ersticken hofften, folgten bald empfindliche Rückschläge. Der
8. Sept. streitbare Fürst zwang die Festung Niksitsch nach längerer Einschließung und Beschießung zur Übergabe, nahm die Dugaforts ein und bemächtigte sich, nach der Suttorina sich wendend, des Hafenorts Spizza und der Vorwerke von Antivari. Nur in Bulgarien, dem Hauptkriegsschauplatz, gelang es den Türken, die Feinde aus ihren vorgerückten Positionen im Süden des Balkan zurückzudrängen. Als Suleiman Pascha Montenegro verließ und, die Truppen von Reouf Pascha an sich ziehend, in die Thäler der Tundscha und Maritza vordrang, konnte sich General Gurko in Eski-Sagra nicht länger halten, sondern zog mit seinen Reiter-
Anf. Aug. scharen nach Kasanlik und von da nach dem Schipkapaß zurück. Die Türken folgten den Abziehenden mit Brennen und Sengen. Eski-Sagra und Kasanlik wurden den Flammen übergeben, die Einwohner niedergehauen. Hierauf legte sich Suleiman mit etwa vierzig Bataillonen quer vor den Schipkapaß und machte jedes weitere Vordringen der Feinde unmöglich. Dagegen war er nicht im stande, die Russen aus ihren Verschanzungen zu vertreiben und die Paßhöhe wieder zu gewinnen. Wochenlang wurden die Stellungen mit gleicher Energie von der einen Seite angegriffen, von der andern verteidigt und viel Blut vergossen. Aber trotz aller Anstrengungen blieben die Russen Meister der Anhöhen bis zu Ende des Jahres. Auch im nördlichen Bulgarien wurden am Lom und in der Jantralinie viele Gefechte geliefert, bald für die eine, bald für die andre

Seite siegreich. Mehemed Ali, der oben erwähnte Karl Detroit, hielt mit der durch viele irreguläre Truppen verstärkten Donauarmee den Feinden das Gleichgewicht; da er aber nicht, wie man in Konstantinopel wünschte und hoffte, die Russen über den Strom zurückzuwerfen vermochte, so wurde er abberufen und durch den ungestümen Suleiman Pascha ersetzt. Aber auch hier erntete dieser keine größern Erfolge als in den schwarzen Bergen und am Balkan. Die Russen behaupteten sich am Lom und an der Jantra. In einem Gefecht bei Bassarbowo fiel Prinz Sergius von Leuchtenberg, des Kaisers Neffe. Ende Sept. 1877. 24. Okt.

Bald darauf wurde Suleiman auf einen andern Kriegsschauplatz berufen. Er sollte das Kommando über die Truppenabteilung in Orkhanje übernehmen, welche die Verbindung zwischen Plewna und Sofia ermöglichte, mittels deren Osman Pascha stets Verstärkungen und Kriegsbedarf an sich ziehen konnte. Diesen Zugang abzuschneiden und dadurch die Einschließung Osman Paschas in Plewna vollständig zu machen, war nunmehr das Ziel der russisch-rumänischen Armee am Balkan. Der Urheber dieses neuen strategischen Plans war der uns schon aus dem Krimkrieg als genialer Feldherr bekannte General Todleben, der im Herbst das Gardekorps von Petersburg nach dem bulgarischen Kriegsschauplatz geführt hatte. Als Deutscher durch die Eifersucht der Slawen ferngehalten, war er jetzt, da man tüchtige Männer brauchte, als Rüstzeug ausersehen worden. Er setzte es im Generalstab durch, daß man von dem bisherigen Angriffskrieg zum Belagerungskrieg überging, daß man, wie einst die Preußen den Marschall Bazaine in Metz, den Oberfeldherrn Osman Pascha und seine Armee mit einem ehernen Gürtel umschloß und in Plewna festhielt. Dieser Plan kam in den letzten Oktobertagen zur Ausführung, indem der energische General Gurko die türkische Verbindungsarmee bei Gornji-Dubnik mit großer Tapferkeit aus ihren Verschanzungen jagte, ohne daß Osman Pascha, durch gleichzeitige Sturmangriffe in Plewna festgehalten, dem Mitfeldherrn zu Hilfe kommen konnte. Der geschlagene Suleiman Pascha zog sich nun von Orkhanje eilig nach Sofia zurück, den Etropolpaß des Balkan einer schwachen Besatzungsmannschaft zur Verteidigung überlassend. Nun kam die in Plewna eingeschlossene türkische Armee in eine entsetzliche Lage, namentlich seitdem General Skobelew im Süden der Stadt den Grünen Hügel besetzt und den Belagerungsring noch fester gezogen hatte. Es schien als ob sich die Katastrophe von Metz wiederholen würde. Aber Osman Pascha besaß mehr militärisches Ehrgefühl als Bazaine: als die Lebensmittel und die Munition gänzlich erschöpft waren, Hunger und Krankheit die Reihen der Soldaten alltäglich furchtbar lichtete, da beschloß der kühne General durch einen verzweifelten Ausfall das Schicksal herauszufordern. War eine Kapitulation unvermeidlich, so sollte sie wenigstens auf dem Schlachtfeld geschlossen werden. Und so geschah es. Nach einem furchtbaren Kampf am Widfluß mit den Russen und Rumänen nach Plewna zurückgeworfen, blieb dem wackern Muselman, nachdem er durch eine Kugel am linken Oberschenkel ver-

Kapitulation von Plewna. 22.–31. Okt. 9. Nov.

wundet worden, nichts übrig, als sich und seine tapfere Armee auf Gnade und
10. Dez. 1877. Ungnade zu ergeben. Fast sechs Monate hatte er die offene von ihm in eine Festung umgewandelte Stadt gegen die feindliche Übermacht heldenmütig verteidigt und den Belagerungskrieg von Plewna zu einer der glänzendsten Kriegsthaten erhoben. Dies erkannte auch Kaiser Alexander an, der am folgenden Tage an der Seite seines Bruders in die Stadt einritt, dem verwundeten Feldherrn den Degen zurückgab und ihm Charkow zum Aufenthaltsort anwies. Die Zahl der Gefangenen betrug 36,000 Gemeine, zehn Paschas, zweitausend Offiziere niederer Grade und 128 Stabsoffiziere. Mit der Katastrophe von Plewna war das Schicksal des russisch-türkischen Kriegs entschieden, wenn auch die Waffen noch nicht zur Ruhe kamen. In den Weihnachtstagen stiegen die russischen Soldaten Gurkos über den von Eis und Schnee starrenden Etropolpaß des Balkan
14. Dez. in die Ebene von Sofia hinab. Auch die Serben traten wieder in die Kriegsaktion ein und wendeten sich im Süden gegen Nisch (Nissa) und Pirot, im Osten gegen Adlie und Widdin; und in Griechenland traf man militärische Anstalten, um die Grenzlande gegen die Barbareien und Unthaten der türkischen Soldatenbanden, insbesondere der Tscherkessen, zu schützen, welche die osmanische Regierung nicht mehr in Zucht und Gehorsam zu halten vermochte. Die Türkei lag in den letzten Zügen. Die um dieselbe Zeit erfolgte Eröffnung der zweiten
13. Dez. Session des ottomanischen Parlaments in Dolma-Bagdsche war nur eine Kundgebung der vollständigen Ratlosigkeit, in der sich die Staatslenker in Stambul befanden. Ein Rundschreiben an die Großmächte rief, indem es die Schuld des Krieges allein auf die Feinde wälzte, die Vermittelung Europas an und Sultan Hamid richtete eine Zuschrift an die Königin Viktoria und bewirkte dadurch, daß die hohe Frau in einem Telegramm dem russischen Kaiser die Abschließung eines Waffenstillstands empfahl, der zu einem ehrenvollen Frieden führen möchte. Zugleich traf man in England kriegerische Vorbereitungen.

c. Friedensschluß und neue Ordnung auf der Balkanhalbinsel und in Ägypten.

Der Frieden von San Stefano. Die Russen zögerten nicht, den Sieg von Plewna, durch den die türkischen Streitkräfte in Bulgarien und Rumelien der Auflösung entgegengeführt wurden, auszunutzen, um durch Erfolge im Feld auf dem Friedenskongreß, woselbst die europäischen Mächte eine neue Ordnung in den orientalischen Zuständen zu begründen gedachten, mit desto größern Ansprüchen auftreten, eine um so entscheidendere Stimme führen zu können. Trotz der Ungunst der Witterung und der Jahreszeit bewältigten die auf Sofia losrückenden Garden Skobelews mit leichter Mühe jeden Widerstand, umzingelten dann, mit der Armee des Generals Radetzky vereinigt, die in dem Schipkapaß aufgestellten türkischen Truppen
9. Jan. 1878. und zwangen sie nach mehrstündigem Kampf zur Ergebung. 30,000 Mann

samt dem Kommandanten gerieten dadurch in russische Kriegsgefangenschaft. Kurz vorher war auch der Trajanspaß besetzt worden. Wer sollte den russischen Heeren den Marsch nach Konstantinopel verlegen? Die Moskowiter verkündeten jubelnd, daß der Pariser Frieden vernichtet werden müßte durch einen andern Frieden, den der Zar in Konstantinopel diktieren würde; sie sahen schon im Geist das griechische Kreuz auf der Hagia Sophia aufgepflanzt. Selbst in gemäßigten Kreisen hoffte man, der Zar werde zur Verherrlichung des Sieges einen vorübergehenden Einzug in die türkische Hauptstadt halten, wie einst Kaiser Wilhelm in die französische. Vergebens suchten die Engländer zu vermitteln; in Petersburg lehnte man jede Einmischung ab; vergebens sandte der Sultan zwei Bevollmächtigte, Server und Namyk Pascha, nach Kasanlik, um mit dem Großfürsten Nikolaus über Friedensbedingungen zu unterhandeln; die Operationen im Feld wurden darum nicht eingestellt. Die Einnahme von Philippopel und Adria- 16.–20. Jan. 1878.
nopel schnitt dem von Gurko verfolgten Suleiman Pascha die Rückzugslinie nach Konstantinopel ab. Er zog mit den Trümmern seines Heeres südwärts, um sich in den Häfen des Ägäischen Meeres nach Stambul, dem letzten Stützpunkt des Osmanenreichs, einzuschiffen. Er war ein Heerverderber, den in der Folge ein Kriegsgericht zu längerer Gefängnisstrafe verurteilte. Jetzt nahm der Großfürst Michael seinen Aufenthalt in Adrianopel, wo die Friedensverhand- 26. Jan.
lungen fortgesetzt werden sollten. Diese unerwarteten Erfolge der russischen Waffen belebten die Kriegspolitik des Londoner Torykabinetts. Lord Beaconsfield ließ sich vom Parlament einen Kredit bewilligen und gab dem Admiral Hornby die Weisung, mit einer Flotte in die Dardanellen einzufahren. Doch kam es zu keiner kriegerischen Aktion, da Schuwalow beruhigende Zusagen gab und am letzten Januar zwischen Ignatiew und den türkischen Abgeordneten der Waffenstillstand von Adrianopel geschlossen ward, um Zeit für Friedens- 31. Jan.
verhandlungen zu gewinnen. Auf den in Adrianopel vereinbarten Grundlagen wurde dann einige Wochen nachher der Präliminarfrieden von San 3. März.
Stefano zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen, in welchem die Fürstentümer Serbien, Rumänien und Montenegro für unabhängig erklärt wurden und Gebietserweiterungen erhielten, Bulgarien in denjenigen Grenzen, die sich aus der Majorität der bulgarischen Bevölkerung ergaben, zu einem tributpflichtigen, sonst aber selbständigen Fürstentum erhoben ward mit einer nationalen christlichen Regierung und einer aus Eingebornen bestehenden Miliz, die Türkei eine Kriegsentschädigung von 1410 Millionen Rubel bezahlen sollte, wovon 1000 Millionen durch Gebietsabtretungen in Asien entrichtet werden könnten. Bosnien und die Herzegowina sollten eine autonome Verwaltung erhalten mit Reformen unter Garantie der Mächte. Wie der Zar einst in Livadia versichert, verlangte somit Rußland keinen oder doch nur geringen Gebietszuwachs für sich selbst. Aber der russische Stolz ertrug es nicht, daß der Landstrich Bessarabien im Norden der Donau, der einst im Pariser Frieden an Rumänien

abgetreten worden, noch länger in fremden Händen bliebe. So wurde denn verlangt, daß Fürst Karl jenen Landstrich herausgeben und dafür im Süden des Stromes mit der sumpfigen Dobrudscha entschädigt werden sollte, für den treuen Waffengenossen ein ungroßmütiger Ausgleich, gegen den Fürst und Volk vergebens Einspruch erhoben. Nach dem Abschluß dieses Präliminarfriedens verlegte Großfürst Michael sein Hauptquartier nach San Stefano, einem kleinen Ort am Marmarameer, südwestlich von Konstantinopel und sandte seine Glückwünsche an den Kaiser, der den Vertrag am 17. März bestätigte.

17. März 1878.

Die Lage nach dem Friedensschluß.

Mit Begeisterung wurde die Nachricht von dem russischen Volk begrüßt. In England aber war man höchst unzufrieden mit dem eigenmächtigen Vorgehen Rußlands. Das Toryministerium, wo an Derbys Stelle der entschlossene Lord Salisbury das auswärtige Amt übernommen, verlangte, unterstützt von Österreich, daß der Gesamtvertrag einem europäischen Kongreß zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Als Rußland nur „die Fragen, welche das europäische Interesse berührten", einem solchen Areopag unterbreiten wollte, gerieten die diplomatischen Verhandlungen von neuem in lebhaften Gang und scharfen Ton.

Febr.

Zugleich machte England neue Rüstungen. Das Parlament bewilligte den von dem Ministerium verlangten Kredit von sechs Millionen Pfund Sterling. Mehr als je gewann es den Anschein, daß der „lokalisierte" Krieg sich schließlich doch noch zu einem Weltkrieg gestalten werde. Die Türkei schöpfte neue Hoffnungen; es war jedoch nur eine Verlängerung des Todeskampfes. Wie sollte dieser Staat sich ermannen, dessen Heere geschlagen und zerstreut waren, wo in den Regierungs- und Beamtenkreisen Zerrüttung und Ratlosigkeit herrschte, die Geldnot aufs höchste gestiegen war, die Gemüter durch Gerüchte von Verschwörungen und Komplotten in Angst gehalten wurden, Tausende von flüchtigen Mohammedanern, die den Mißhandlungen und dem Mordstahl der Feinde, insbesondere der rachedürstenden Bulgaren, zu entrinnen suchten, im jammervollsten Zustand nach Konstantinopel und den südöstlichen Landschaften zusammenströmten, Minister und Generale in schnellem Wechsel einander ablösten! Weder Rußland noch England zeigten großes Verlangen in kriegerische Aktion miteinander zu treten. Lord Beaconsfield zog es vor, sich mit Rußland zu verständigen und dem britischen Reich aus der zerschlagenen Türkei einen Teil der Beute zu erwerben.

Der Berliner Kongreß und seine Schöpfungen.

Die Petersburger Regierung ließ sich bereit finden, den Friedensvertrag von San Stefano einem europäischen Kongreß vorzulegen, damit über die einzelnen Bestimmungen ein endgültiges schiedsrichterliches Urteil erzielt werde. So trat denn in Berlin eine Diplomatenversammlung ins Leben, wie die Welt seit dem Wiener Kongreß keine ähnliche gesehen. Unter dem Vorsitz des deutschen Reichskanzlers Bismarck, dessen vermittelnde und friedliebende Politik wesentlich bewirkt hatte, daß der Krieg auf den Schauplatz beschränkt geblieben, welcher der Gegenstand des Streits war, tagten die ersten Staatsmänner der

europäischen Großmächte, um die neue Ordnung der Dinge im Orient festzusetzen. Außer den drei Reichskanzlern Bismarck, Gortschakow, Andrassy hatten sich Lord Beaconsfield für England, Waddington für Frankreich, Corti für Italien, Karatheodory und der Deutsche Mehemed Ali für die Türkei eingefunden, begleitet von andern Diplomaten und Staatsmännern, nicht zu gedenken der Agenten, welche die kleinern Orientstaaten abgesandt hatten. Daß die Hauptstadt des Deutschen Reichs zum Sitz der glänzenden Versammlung und Fürst Bismarck zum Präsidenten gewählt ward, war ein Zeichen der Anerkennung für die Politik des deutschen Reichskanzlers. Die Hauptaufgabe des Berliner Kongresses bestand darin, den Vertrag von San Stefano der für (13. Juni— 13. Juli 187) die Türkei allzu drückenden Bestimmungen zu entkleiden. Und so kam man denn nach mancher hitzigen Redeschlacht dahin überein, daß die den Fürsten von Serbien und Montenegro zugedachte Gebietserweiterung zwar beschränkt, immerhin aber Montenegro um mehr als das Doppelte vergrößert, mit der Stadt Podgoritza und dem Seehafen Antivari ausgestattet, Serbien im Thalgebiet der Morawa ansehnlich erweitert, der Austausch Bessarabiens gegen die Dobrudscha für Rumänien anerkannt ward, mit der Bestimmung der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse, mithin auch der Juden, in dem neuen unabhängigen Fürstentum. Die Rumänen waren mit diesen Bestimmungen keineswegs einverstanden. Noch das ganze folgende Jahr hindurch bestritten sie den Russen den Besitz des Fort Arab Tabia bei Silistria und widersetzten sich der Zulassung der Juden in das rumänische Staatsbürgerrecht, weniger aus religiösen als aus wirtschaftlichen Gründen. Auf das Drängen der Kongreßmächte kamen endlich Regierung und Gesetzgebung in Bukarest überein, einigen näher bezeichneten Klassen ansässiger Juden die nationalen Rechte zu verleihen, nicht aber der Gesamtheit. Rumänien wurde darauf von den europäischen Mächten als souveräner Staat anerkannt. Die Fürsten Karl von Rumänien und Milan von Serbien nahmen in der Folge auf Beschluß der Kammern und unter Zustimmung (März 1881. März 1882.) der Mächte den Königstitel an. Der Landzuwachs, den sich Rußland in Kleinasien ausbedungen, wurde nicht unerheblich beschnitten, Bajasid mußte der Pforte zurückgegeben werden. Doch blieb den Russen außer der Festung Kars die wichtige Seestadt Batum mit dem Gebiet der Lasen erhalten. Die größte Umgestaltung erlitt der Vertrag von San Stefano in betreff Bulgariens. Der mächtige Keil, der sich nach jenem Präliminarvertrag zwischen die auseinander gerenkten Glieder des Osmanenreichs einschieben sollte und dem dürftigen Rest zusammenhangsloser Trümmer Licht und Lebensluft vollends benommen hätte, wurde nach den Vereinbarungen des Kongresses in wesentlich verringerte Form gebracht. Nicht bis dicht an das Ägäische Meer sollte sich das neue Fürstentum Bulgarien erstrecken, sondern am Balkan seinen Abschluß finden. Nordbulgarien wurde unter einem Fürsten konstituiert, dessen Wahl einer Notablenversammlung vorbehalten blieb und von den Großmächten bestätigt werden mußte;

die Festungen an der Donau und landeinwärts, bisher das starke Bollwerk der Osmanenherrschaft, sollten geschleift werden. Die vollständige Freiheit der Donauschiffahrt bis zur Mündung wurde gewährleistet. Südbulgarien oder Ostrumelien, wie es fortan genannt werden sollte, verblieb bei der Türkei, aber auch dies nur unter europäischen Garantien für das künftige Wohlverhalten der Pforte. Ein christlicher Gouverneur sollte für diese Provinz auf je zehn Jahre vom Sultan ernannt, von den Mächten bestätigt werden. Eine Art Volksvertretung, selbständige Verwaltung in gewissen Grenzen, Bürgschaften für eine unparteiische Justiz, für gleiche Behandlung der Bekenntnisse u. a. sollten errichtet und unter die Kontrolle der Botschafter in Konstantinopel gestellt werden. Das Besatzungsrecht auch in diesem der Pforte verbleibenden Teil von Bulgarien war auf die Balkanpässe und auf Etappenstraßen beschränkt. Diese Bestimmungen ins Dasein einzuführen, der „staatlichen Mißgeburt" eine lebensfähige Gestalt zu geben, war seitdem die Aufgabe des russischen Generalgouverneurs von Bulgarien, Dondukow-Korsakow, des Nachfolgers des am Tag der Unterzeichnung des Friedens von San Stefano gestorbenen barschen und rücksichtslosen Fürsten Tscherkaskj, im Verein mit einigen europäischen Kommissaren. Aber das Organisationswerk stieß auf große Schwierigkeiten, da die christlichen Bulgaren Ostrumeliens, an der Idee eines großbulgarischen Reichs festhaltend, nicht wieder unter die Herrschaft der Osmanen zurücktreten wollten und Miene machten, sich mit den Waffen derselben zu erwehren. Zum Generalgouverneur von Ostrumelien wurde Aleko Pascha, Fürst Vogorides, ein Bulgare, ernannt.

Bosnien von Österreich besetzt.

Über Bosnien und die Herzegowina, wo das erste Feuer des Aufstands ausgebrochen war, enthielt der Vertrag von San Stefano keine Bestimmungen. Rußland hatte diese Frage geflissentlich vermieden, um nicht in das österreichisch-ungarische Machtbereich einzugreifen. Wenn aber die Fürsten von Serbien und Montenegro sich mit der Hoffnung trugen, diese Landschaften für sich zu gewinnen, so sollten sie bald enttäuscht werden. Der Traum von einem großserbischen Königreich, dem man sich in Belgrad hingegeben, wurde nicht zur Wirklichkeit. Sollten aber diese Gebiete, die nach der Losreißung Bulgariens und der Unabhängigkeitserklärung von Serbien und Montenegro nur noch durch einen schmalen Streifen Landes mit dem türkischen Hauptreich verbunden waren und fast zusammenhanglos in den österreichischen Macht- und Interessekreis hineinragten, bei der Osmanenherrschaft verbleiben, in alle Zukunft einen neuen Zündstoff für Verschwörungen, Wirren und Aufstände bilden? Das war weder die Meinung des österreichischen Reichskanzlers Andrassy noch der Kongreßmächte. Das gute Verhältnis zwischen Rußland und der Doppelmonarchie an der Donau hatte hauptsächlich seinen Grund in dem stillen Einvernehmen beider Regierungen, hart an der österreichischen Grenze keine neuen oder wesentlich umgestalteten Staatsbildungen herbeizuführen oder zuzulassen, die eine beunruhigende Rückwirkung auf das Nationalitätengewirr des dualistischen Kaiserstaats ausüben

könnten, und der Kredit von sechzig Millionen Gulden, um den Andrassy März 1878.
die Reichsstände für ungenannte Zwecke des Auswärtigen Amtes anging, ließ erraten, daß er diese Landstriche mit Österreich zu vereinigen gedenke, sei es dauernd oder nur vorübergehend in Gestalt einer Besetzung, bis die Flüchtlinge zurückgeführt und neue Verwaltungsreformen unter Bürgschaft der Mächte geschaffen sein würden. Dieser Plan wurde von dem Kongreß gutgeheißen; und so erhielt denn die kaiserliche Regierung in Wien die Weisung oder Erlaubnis, die Herzegowina und Bosnien zu besetzen, selbst, wenn es notwendig erschiene, mit Einschluß des Sandschaks von Novibazar. Die Andrassysche Okkupationspolitik wurde von der Landesvertretung der östlichen Reichshälfte heftig angefochten, teils aus nationalen Beweggründen, teils weil dadurch der bedenklichen Finanzlage des Kaiserstaats neue Verlegenheiten bereitet würden, zu einer Zeit, da Ungarn überdies durch eine furchtbare Überschwemmung der Theiß, welche die März 1879.
Stadt Szegedin fast gänzlich zerstörte, schwer heimgesucht ward. Und auch in der cisleithanischen Reichshälfte erhob sich eine starke Opposition unter der Führung des alten Parlamentariers Dr. Herbst. Man wollte dem Berliner Vertrag, „der die Besetzung eingeleitet“, die verfassungsmäßige Zustimmung versagen. Doch wurde die Regierung schließlich Meister. Die Pforte wagte nicht, gegenüber der Willensmeinung der europäischen Großstaaten die Ausführung des Beschlusses über Bosnien mit Waffengewalt zu verhindern; aber indem sie mit ihrer Zustimmung zurückhielt und ihr volles Besitzrecht wahrte, begünstigte sie die Aufstände der unzufriedenen Volkselemente, die, von Religionsleidenschaft und Rassengegensatz zum Haß gegen die Österreicher entzündet und von den Serben insgeheim aufgereizt und unterstützt, dem Einmarsch der kaiserlichen Heere unter General Philippovich einen heftigen Widerstand entgegensetzten. Nur Aug. u. Sept. 1878.
unter blutigen Kämpfen in den hitzigen Treffen bei Zopin, Jaice und Tusla, worin die österreichischen Soldaten ihre alte Tapferkeit und zähe Ausdauer gegen die Insurgenten bewährten, konnten die beiden Landschaften von den durch Nachschübe verstärkten kaiserlichen Truppen in Besitz genommen, in der erstürmten Hauptstadt Serajewo eine österreichische Landesregierung eingesetzt und die Organisationsarbeit begonnen werden. Im nächsten Jahr erfolgte auch kraft einer Konvention zwischen Österreich und der Pforte die Besetzung von Novi- 21. April 1879.
bazar, doch wurde ausdrücklich die Erklärung beigefügt, daß durch die Okkupation die Souveränitätsrechte des Sultans nicht beeinträchtigt werden sollten. Diese Souveränitätsrechte beschränkten sich jedoch hauptsächlich auf die Wahrung einiger Ehrenrechte des Großherrn. Im September vollzog sich die Besetzung der Hauptorte durch den kommandierenden General von Bosnien, Herzog Wilhelm von Württemberg ohne jegliche Störung. Bei dem großen Brand, welcher im August einen ansehnlichen Teil der Stadt Serajewo in Asche legte, zeigte sich die österreichische Verwaltung von der wohlthätigsten Seite. Unter den Albanesen bildete sich eine Liga, um die Besitznahme von Novibazar und die Gebiets-

abtretungen an Montenegro zu verhindern. Die Pforte sandte den kurz vorher vom Berliner Kongreß zurückgekehrten Muschir Mehemed Ali ab, um die Insurgenten zu beschwichtigen. Aber der tapfere General wurde von den fanati-
7. Sept. 1878. sierten Einwohnern Jakowas überfallen und mit seinem Gefolge nach tapferster Gegenwehr ermordet. Übrigens warf das Vordringen Österreichs in die süd- lichen Donauländer der panslawistischen Expansivpolitik einen Damm in den
Sept. 1879. Weg. Mit Verdruß vernahm man in St. Petersburg, daß der Fürst von Montenegro, der bisher als der zuverlässigste Parteigänger des russischen Hofes gegolten hatte, eine Reise nach Wien unternahm, um sich die Gunst des Kaisers zu erwerben. In Bosnien und der Herzegowina kam die österreichische Herrschaft mehr und mehr zur Anerkennung und Befestigung; ein weiterer Schritt
Okt. 1881. zur dauernden Einverleibung war das Wehrgesetz, welches Mohammedaner wie Christen der beiden Provinzen zum Kriegsdienst verpflichtete. Ein Aufstand, der über der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bei den halbwilden Bocchesen der Krivoscie in Süddalmatien ausbrach und eine bedenkliche Gärung der südslawischen Völkerschaften gegen Österreich offenbarte, wurde durch einen
1881/82. beschwerdevollen Winterfeldzug in dem öden Gebirgsland niedergeschlagen.

Cypern. Sollte denn aber Englands Staatsmann Beaconsfield allein mit leeren Händen vom Kongreß heimkehren? Freilich war in den orientalischen Verwickelungen kein englisches Blut geflossen und die geschäftige Einmischung der Londoner Regierung hatte nur beigetragen, den Krieg zu verlängern und die Opfer zu mehren, ohne der Türkei irgend einen Nutzen zu bringen. Aber es war doch englisches Geld aufgewendet worden, und dafür verlangt ein Kaufmannstaat, zumal wenn ein Lord von orientalischem Geblüt am Steuerruder sitzt, einen Ersatz. So wurde denn der Kongreß und die Welt mit der Nachricht überrascht, daß, wie Rußland in San Stefano, so auch Großbritannien auf eigne Hand
4. Juni 1878. mit der Türkei einen Vertrag geschlossen, kraft dessen die Pforte die Insel Cypern an England abtrat und in einem Sonderabkommen sich verpflichtete, auch in Kleinasien Reformen einzuführen, wofür ihr das Londoner Kabinett den Besitzstand ihrer asiatischen Provinzen gewährleistete. Damit war die maritime Machtstellung Englands im Südosten des Mittelmeers und seine Verbindung mit Ägypten, Arabien und Indien ebenso gesichert, wie die russische Herrschaft über das Schwarze Meer und die Donaumündungen.

Gebietsabtretung an Griechenland. Auch Griechenland erlangte auf dem Kongreß die Zusage einer Gebietserweiterung in Thessalien und Epirus. Das hellenische Königreich hatte zwar der Versuchung widerstanden, in den Krieg einzutreten, so stürmisch dies auch von den nationalen Heißspornen im Land gefordert wurde. Über Rüstungen, Truppenaufstellungen, Kriegsvorbereitungen kam man nicht hinaus; die englischen und türkischen Drohungen lähmten den Arm der griechischen Regierung. Als endlich doch der Einmarsch in Thessalien beschlossen wurde, war es zu spät; der Waffenstillstand war schon eingeleitet und Griechenland sah sich genötigt,

Frieden zu halten. Es dauerte noch geraume Zeit, bis die Abmachungen des Kongresses ausgeführt waren und die aufgeregten Wogen sich einigermaßen beruhigten. Insbesondere schritt die Pforte nur sehr zögernd und widerstrebend zu den ausbedungenen Abtretungen in Albanien an Montenegro und in Thessalien und Epirus an Griechenland. Wiederholt schien es aufs neue zu blutigen Zusammenstößen kommen zu sollen. Um die Ausführung der Kongreßbeschlüsse gegen den Widerstand der Pforte und der eingebornen Völkerschaften zu sichern, mußte eine Nachkonferenz in Berlin abgehalten werden. Hier wurde auf die Juli 1880. Türkei ein Druck ausgeübt, daß sie endlich die Bedingungen ausführe, insbesondere wurde durch eine im Namen aller europäischen Mächte erlassene Kollektivnote die Vergrößerung des Königreichs Griechenland und die Übergabe der Seestadt Dulcigno an Montenegro vermittels einer gemeinschaftlichen Flottendemonstration erwirkt. Die Pforte trat von Thessalien das südlich vom Salambriafluß und von Epirus das südlich vom Artafluß gelegene Gebiet an Griechenland ab, freilich keine Gewährung der vollen nationalen Ansprüche der Hellenen, doch aber ein Gebiet von etwa 600 Quadratmeilen und gegen 400,000 Einwohnern.

Das neugeschaffene Fürstentum Bulgarien gab sich eine Verfassung mit Die Ereignisse in Bulgarien. Volksvertretung (Sobranje) und wählte Alexander von Battenberg, einen 29. April 1879. hessischen Prinzen und Neffen des Zaren, zum erblichen Fürsten. Allein das neue Staatsgebilde hatte alsbald Ministerkrisen, parlamentarische Stürme und innere Wirren aller Art zu bestehen, die seine ruhige Entwickelung gefährdeten und dem ritterlichen wohlmeinenden Fürsten sein Amt erschwerten. Die bulgarische Zweiteilung, die dem Betreiben Englands entsprungene Schöpfung des Berliner Kongresses, erwies sich als ein unhaltbares Werk. Nordwärts wie südwärts des Balkan ertönte bald ungestüm der nationale Schmerzensschrei nach Vereinigung. Die großbulgarischen Bestrebungen der nationalen Partei und die rücksichtslosen barschen Einmischungen der Petersburger Machthaber ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Die Aufnahme russischer Generale in das Ministerium, die Besetzung der besten Stellen im Zivil- und Militärdienst durch Russen reizte den nationalen Stolz gegen die „Fremdherrschaft". Von der Nationalversammlung bekämpft, vom Fürsten nicht geschützt, legten die russischen Minister ihr Amt nieder und verließen das Land. Eine tiefe Mißstimmung 1883. zwischen Sofia und Petersburg, die Abberufung aller russischen Offiziere aus dem bulgarischen Dienst, ja selbst die Streichung des Fürsten Alexander aus den Petersburger Militärlisten war die Folge. Die großbulgarische Agitation führte zu einem Aufstand in Philippopel; der Generalgouverneur von Ostrumelien, 18. Sept. 1885. Chrestowitsch, der Nachfolger von Aleko Pascha, ein Anhänger Rußlands, wurde gefangen genommen, eine provisorische Regierung unter dem Arzt Stranski eingesetzt, die Vereinigung beider Bulgarien verkündet und Fürst Alexander aufgefordert, auch in Philippopel die Regierung zu übernehmen. Der Fürst leistete dem Ruf Folge und proklamierte die Union der Länder. Es war ein offenbarer

Bruch des Berliner Vertrags, und die Großmächte sowohl als die Pforte schwankten, wie sie sich zu dieser veränderten Sachlage verhalten sollten. Doch überwog schließlich allenthalben die Scheu, einen neuen Kriegsbrand im Orient zu entfachen; man ließ einstweilen die Entscheidung in der Schwebe und die Pforte verzichtete darauf, Truppen nach Ostrumelien zu senden. Rußland, welches früher eifrig die Errichtung eines großbulgarischen Reichs betrieben hatte, verhielt sich jetzt kühl und ablehnend, nachdem die nationale bulgarische Bewegung angefangen hatte, ihre Spitze gegen die russische Bevormundung zu richten.

Bulgarisch-Serbischer Krieg.

Ein unerwarteter Zwischenfall ging dann von Serbien aus. In diesem Land, wo bald die panslawistisch-russenfreundlichen Bestrebungen eines Ristitsch vorherrschten, bald ein engerer Anschluß an Österreich, wie ihn Garaschanin befürwortete, gewünscht wurde, wo die Parteikämpfe unaufhörlich zu Ministerkrisen, ja zu offenen Aufständen führten und das Trachten nach einer großserbischen Politik einer verständigen Pflege der wirtschaftlichen Interessen und einer Schonung der tiefzerrütteten Staatsfinanzen im Weg stand, war damals das Ministerium Garaschanin am Ruder und hatte gegen die Anfeindungen durch die Radikalen und wiederholte Aufstände schwere Arbeit. Schon die Duldung serbischer Rebellen in Bulgarien dicht an der Grenze hatte in Belgrad Mißstimmung erregt. Die Vergrößerung Bulgariens rief die Besorgnis und Eifersucht der serbischen Regierung wach, welche, nach dem bulgarischen Altserbien
13. Nov. 1885. lüstern, Grenzüberschreitungen zum Vorwand nahm, um den Krieg an das Nachbarland zu erklären. Auch in Griechenland herrschte eine starke Gärung und stürmisch wurde die Forderung erhoben, angesichts des gestörten Gleichgewichts in der Balkanhalbinsel müßte auch den Hellenen eine Gebietserweiterung zu teil werden. Umfassende Kriegsrüstungen wurden gemacht, doch hielt der Druck der Großmächte und der Gang der Ereignisse schließlich das griechische Schwert in der Scheide. Der leichtfertig unternommene Krieg gereichte den Serben nicht zum Vorteil. Das Waffenglück war mehr auf seiten der Bulgaren unter ihrem ritterlichen Fürsten Alexander. Die Serben, welche die Grenze überschritten hatten und anfangs ohne erhebliche Gegenwehr weit vorgedrungen waren, wurden in den Kämpfen bei Sliwnitza geschlagen und bald konnten die Bulgaren selbst über die Grenze ziehen. Bei Pirot erfochten sie einen neuen
27. Nov. Sieg und erstürmten die Stadt. Auch ein serbischer Angriff auf Widdin wurde abgeschlagen. Alsdann wurde durch Dazwischentreten von Österreich ein Waffen-
21. Dez. 3. März 1886. stillstand vereinbart, dem dann später ein Friedensschluß folgte. Gebietsveränderungen hatte der Krieg, der beiden Teilen viel Blut gekostet, nicht zur Folge. Durch einen Vertrag mit der Pforte wurde dem Fürsten Alexander das Generalgouvernement über Ostrumelien übertragen. Wenn auch formell das bisherige Verhältnis zur Pforte damit nicht verändert wurde, so war doch thatsächlich die Union der beiden bulgarischen Länder vollzogen, die eine gleichmäßige Verwaltung und Vertretung in der Nationalversammlung erhielten.

Aber trotz dieser Erfolge stand das Regiment des Fürsten Alexander auf schwachen Füßen. In Sofia brach durch russische Anstiftung eine Verschwörung aus, deren Häupter der panslawistische Parteiführer Zankow und der Metropolit Clement waren. Der Fürst wurde von Soldaten überfallen, erst zu Wagen, dann auf einem Schiff die Donau hinab fortgeführt und auf russischem Gebiet ans Land gesetzt. Zwar kehrte er, als im Volk und Heer sich der Unwille über den schnöden Staatsstreich und der Widerstand gegen die revolutionäre Regierung mächtig regte, noch einmal nach Sofia zurück, vom Volk mit Begeisterung empfangen. Aber ein demütiges Schreiben an den Zaren erhielt eine so ungnädige Antwort, daß er die Hoffnung aufgab, mit Rußland in ein befriedigendes Verhältnis zu kommen, und freiwillig den Thron und das Land verließ. Der Vertreter Rußlands, General Kaulbars, führte jetzt wieder das große Wort und setzte eine Reihe von Forderungen, wie Freilassung der verhafteten Verschwörer, durch, aber einen Aufschub der Wahlen zur Sobranje, welche eine gesetzmäßige Ordnung herstellen sollte, vermochte er doch nicht zu erreichen, und diese führten zu einer vollständigen Niederlage der russischen Partei. Der zum Fürsten gewählte Prinz Waldemar von Dänemark lehnte ab. Rußland erkannte weder die Regentschaft noch die Volksvertretung als rechtmäßig an, und der barsche General Kaulbars reiste als Agitator drohend und schürend durch das Land, das Volk und die Truppen mit Bestechungen gegen die Regierung aufhetzend, ein allgemeines Ärgernis, welches endlich die Rückberufung des übereifrigen Dieners veranlaßte. Neue Militäraufstände in Silistria und andern Städten, sowie Todesurteile über die Rebellen vermehrten die Aufregung und die Spannung zwischen Rußland und Bulgarien. Dann wählte die Sobranje den Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten. Derselbe nahm die Wahl an und hielt seinen Einzug, aber die Anerkennung der Mächte, insbesondere Rußlands, konnte er nicht finden und die Wirren in Bulgarien waren somit noch keineswegs beendigt. Rußland beharrte bei der Rechtsanschauung, daß die von dem Fürsten Alexander vor seinem Rücktritt eingesetzte provisorische Regierung ungesetzlich sei und damit auch jede Sobranje, deren Wahlen von dieser Regierung angeordnet worden, ungültig. Es kam darüber zu einer sehr ernsten kriegsdrohenden Spannung zwischen Rußland und den beiden andern Kaisermächten, namentlich als gefälschte Depeschen, deren Urheberschaft auf orleanistische Kreise zu weisen schien, dem Zaren die Meinung beizubringen wußten, die deutsche Regierung unterstütze in doppelzüngiger russenfeindlicher Weise die Ansprüche des Koburgers. Bei einem Besuch des Zaren in Berlin enthüllte der deutsche Reichskanzler diese Fälschungen.

Rücktritt des Fürsten Alexander. — *21. Aug. 1886.* — *7. Sept.* — *Nov.* — *7. Juli 1887.* — *Nov.*

In Serbien nahmen nach dem bulgarischen Kriegsabenteuer die innern Wirren und Parteiungen immer mehr überhand. Im Jahr 1888 ließ sich König Milan wegen ehelicher Zerwürfnisse von seiner herrschsüchtigen Gemahlin Natalie, der Tochter eines russischen Obersten, scheiden; die stets russenfreundlich gesinnte

Thronentsagung König Milans von Serbien.

Königin war bei dem Volk beliebt und die Scheidung trug daher nicht bei, das Ansehen Milans und seiner Dynastie zu erhöhen. Um sich die Unterstützung der mächtigen radikalen Partei zu sichern, gewährte König Milan eine neue Verfassung, die, namentlich in den Bestimmungen über die Preß- und Versammlungsfreiheit, den weitgehendsten Ansprüchen entgegen kam. Die Macht des Königtums wurde durch diese Verfassung zu gunsten der Volksvertretung abgeschwächt, das Wahlrecht erweitert; die vom König bisher ernannten Mitglieder der Versammlung wurden beseitigt und durch eine Anzahl gewählter Vertreter von Intelligenz und Besitz ersetzt. Die serbischen Radikalen waren stets russenfreundlich; insbesondere war ihnen die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes durch die großen Wiener Geldinstitute verhaßt und widerwärtig; mit Zähigkeit an den einfachen altgewohnten Verhältnissen der Vergangenheit hängend, für die Zeit schwärmend, da wenig Staatsschulden vorhanden und die Steuern gering waren, hatten sie für die neuerdings eingerissene teure Nachahmung des Glanzes abendländischer Kultur wenig Verständnis. Die Hoffnung, durch die freisinnige Verfassung die Parteien zu versöhnen, die Radikalen zu gewinnen und die wachsenden Schwierigkeiten zu heben, erwiesen sich als trügerisch. Müde der fruchtlosen Arbeit und in seiner Kraft gebrochen, entsagte Milan am Tag der Proklamation Serbiens zum Königreich dem Thron zu gunsten seines jungen Sohnes **Alexander I.** und ging ins Ausland. Bis zur Volljährigkeit des neuen Königs wurde eine Regentschaft unter Ristitsch eingesetzt.

(Jan. 1889.) (6. März.)

Die Lage in Ägypten.

Die „orientalische Frage", jenes vielverschlungene Gewirr der schwierigsten politischen Verhältnisse und immer neuen Verwickelungen, tauchte, an dem einen Ort mühsam und oberflächlich beschwichtigt, bald an einem andern in gefahrdrohendster Gestalt wieder auf. In **Ägypten**, dem Vasallenland der Pforte, war es dem Chedive (Vizekönig) **Ismail Pascha**, dem Freund und Bewunderer Napoleons III. und der Franzosen, durch deren Unternehmungsgeist der Wasserweg des Suezkanals nach Asien eröffnet worden, gelungen, dem geldbedürftigen Sultan immer neue Zugeständnisse abzulocken und in dem Ferman vom 8. Juni 1873 thatsächlich fast die volle Unabhängigkeit nebst Anerkennung der direkten Erbfolge nach der Erstgeburt zu erlangen; in einem jährlichen Tribut und einigen Ehrenbezeigungen bestand schließlich fast allein das Unterthänigkeitsverhältnis. Aber kriegerische Verwickelungen mit den südlichen Ländern, Darfur und Abessinien, tolle Verschwendung und empörende Mißwirtschaft brachten Ägypten in immer ärgere finanzielle Zerrüttung und Not, und dies gab den europäischen Mächten, insbesondere denen des Westens, die in dem Nilland vor allen andern wichtige Handels- und Kapitalinteressen zu schützen hatten, immer neuen Anlaß, sich in die ägyptischen Verwickelungen einzumischen. Um den Finanzverlegenheiten abzuhelfen, verkaufte der Chedive seinen Besitz an Suezkanalaktien an die britische Regierung, trat den größten Teil seiner Güter an den Staat ab, ließ sich eine englisch-französische Kontrolle der Finanzverwal-

tung gefallen und nahm sogar den Engländer Wilson und den Franzosen de Blignières in das Ministerium auf, in welchem Nubar Pascha den Vorsitz Aug. 1878.
führte. Allein diese Abhängigkeit von den europäischen Mächten ertrug sowohl der Chedive als das ägyptische Volk mit Unwillen. Die einheimischen Beamten und Offiziere wurden zurückgesetzt und entlassen oder blieben ohne Besoldung, während die Fremden die fettesten Ämter an sich rissen und sich Willkürlichkeiten, Bedrückungen und Anmaßungen aller Art zu Schulden kommen ließen. Das erregte viel böses Blut. Allein der Versuch, durch einen Soldatenaufstand in Febr. 1879.
Kairo und einen Staatsstreich sich der fremden Minister und der europäischen Finanzkontrolle zu entledigen, hatte nur für einen Augenblick Erfolg. Auf Veranlassung der Mächte sprach der Sultan die Absetzung Ismails aus. Der ent- 26. Juni.
thronte Fürst begab sich nach Italien, während sein schwacher Sohn Tewfik Pascha die Regierung übernahm und die Finanzkontrolle der Westmächte in etwas andern Formen wiederherstellte.

Der schon lange bestehende Widerwille des ägyptischen Volks und Militärs Nationaler Aufstand.
gegen die fremde Bevormundung, Ausbeutung und Ämtersucht erhielt durch diese Vorgänge neue Nahrung. Die nationale Partei mit dem Streben nach voller Unabhängigkeit Ägyptens von dem europäischen Einfluß erhob in gefahrdrohender Weise ihr Haupt; an ihrer Spitze stand der Oberst Arabi Pascha, der durch eine Soldatenrevolte vom Chedive Entlassung des Ministeriums und Sept. 1881.
eine Verfassung mit einer parlamentarischen Notabelnversammlung erzwang und als Kriegsminister in die Regierung eintrat. Den Westmächten waren diese nationalen Unabhängigkeitsregungen höchst unbequem; durch diplomatische Noten, durch Drohung mit einer bewaffneten Intervention, endlich auch durch Entsendung eines Geschwaders suchten sie die Bewegung niederzuhalten, steigerten aber nur die Aufregung im Volk, wie auch das Mißtrauen der Pforte und der Ostmächte gegen das eigenmächtige Vorgehen. Der Chedive ließ sich von dem englisch-französischen Einfluß noch immer beherrschen; als tscherkessische Offiziere einer Verschwörung gegen Arabi überführt und vom Kriegsgericht verurteilt wurden, verweigerte er die Bestätigung des Erkenntnisses, aber er war längst nicht mehr Herr der Lage. Konnte doch der Kriegsminister von der Notabelnversammlung die Absetzung des Vizekönigs verlangen! Während noch die europäischen Mächte unter sich und mit der Pforte über die Bedingungen eines Einschreitens in Ägypten verhandelten und in Konstantinopel eine Konferenz zusammentrat, brach der nationale Fanatismus in Alexandrien in einem Auf- Juni 1882.
stand aus, in welchem der englische Konsul verwundet und viele Europäer ermordet wurden. Die Überlebenden flüchteten, Schrecken und Verwirrung herrschten in der internationalen Weltstadt, Handel und Verkehr stockten. Als Arabi sich weigerte, die Befestigungsarbeiten einzustellen, beschossen englische 12. Juli.
Kriegsschiffe die Stadt und setzten sie in Brand, worauf Arabi die Truppen ins Innere, nach Kairo, zurückzog. Die halbeingeäscherte Hauptstadt besetzten die

Engländer. Jetzt wurde Arabi von dem Chedive abgesetzt und für einen Rebellen erklärt, allein an der Spitze des Heeres in Kairo war er vorerst Herr des Landes. Und er hätte sich lange halten und den Engländern einen schweren Stand bereiten können, wenn er und seine Truppen nicht eine Unfähigkeit, Feigheit und Kopflosigkeit bewiesen hätten, welche alle Erwartungen übertraf. Mit einem starken, keineswegs schlecht ausgerüsteten Heer, hinter ansehnlichen Befestigungswerken hätten die Ägypter den englischen Truppen, die überhastet, in ungenügender Zahl und zweifelhafter Kriegstüchtigkeit eingeschifft worden waren und bereits unter den Einflüssen des Klimas und mangelhafter Verpflegung zu leiden begannen, lange erfolgreichen Widerstand leisten können. Allein beim ersten Anprall wich diesen entarteten Scharen Mut, Zucht und Selbstvertrauen
13. Sept. 1882. und die Engländer errangen einen über Verdienst leichten und glänzenden Sieg. Die Schanzen von Tel-el-Kebir, wo sich das ägyptische Heer festgesetzt, wurden von dem englischen Oberfeldherrn, Sir Garnet Wolseley, fast ohne Widerstand genommen, Abukir, Damiette, Kairo ergaben sich ohne Schwertstreich, der ägyptische „Nationalheld" selbst, der mit seinen stolzen, prahlenden Phrasen die Welt getäuscht hatte, überreichte kläglich seinen Degen den englischen Reitern und wurde nach Ceylon in die Verbannung geschickt.

Der Sudan. Diese Wirren benutzten die ägyptischen Sudanprovinzen, Darfur und Kor-
1881. dofan, zum Abfall. Die Anstrengungen zur Unterdrückung des Sklavenhandels, verbunden mit religiösem Fanatismus, reizten die Araber zum Aufstand. Ein verwegener Parteigänger, der sich für den verheißenen Propheten, Mahdi, ausgab und sich dadurch gewaltigen Anhang in dem abergläubischen fanatischen Volk erwarb, zog gegen die ägyptisch-englischen Heere ins Feld, eroberte
3. Nov. 1883. El Obeid und erfocht bei Kaschgil einen vollständigen Sieg über den Oberst Hicks, während die Araber an der Küste des Roten Meeres unter Osman
4. Febr. 1884. Digma beim Brunnen El-Teb den General Baker schlugen. Der englische General Gordon, welcher als Generalgouverneur im Sudan walten sollte, wurde in Chartum fest eingeschlossen. Die englische Regierung entsandte jetzt ansehnliche Verstärkungen unter dem General Wolseley nach dem Sudan.
26. Jan. 1885. Aber ehe sie ankamen, hatte der Mahdi Chartum erobert, wobei die Besatzung und General Gordon den Tod fanden. Die englische Regierung setzte nach diesen Mißerfolgen den beschwerlichen Feldzug, der nur Opfer und keine Früchte brachte und im Parlament heftigen Tadel erfuhr, nur noch matt
21. Juni. fort. Auch als der Mahdi gestorben war, ging der Aufstand nicht zu Ende. Einzelne Erfolge der Engländer im Feld erzielten keine nachhaltige Wirkung; der ganze Sudan blieb in den Händen der Aufständischen, an deren Spitze sich ein neuer Mahdi stellte. Im Jahr 1886 räumten die englisch-ägyptischen Truppen den Sudan vollständig; ein Angriff Osman Digmas auf die Hafenstadt Sua-
Dez. 1888. kin am Roten Meer wurde aber siegreich zurückgeschlagen. Die Preisgebung des Sudan war eine der größten Sünden des Ministeriums Gladstone. Das ganze

mit Erfolg begonnene Zivilisationswerk im mittleren Afrika wurde durch den siegreichen Mahdismus gefährdet, der den Widerstand des Arabertums gegen die europäischen Kulturpläne in Afrika darstellte. Den Verlust der von Emin Pascha verwalteten ägyptischen Äquatorialprovinz an die Mahdisten haben wir oben erwähnt (XV, 2. 455); doch gelang es dem kühnen Forscher und Eroberer selbst, in Vereinigung mit Stanley, sich nach der Ostküste und unter deutschen Schutz zu retten, wenn er auch das Land nicht zu halten vermochte.

Um so fester aber legte die englische Regierung die Hand auf Ägypten. Bei der Finanzkontrolle und der Herstellung der staatlichen Ordnung sprach sie das entscheidende Wort und traf keine Anstalten, ihre Truppen aus dem Land zurückzuziehen. Das Protektoratsverhältnis unterschied sich nicht mehr viel von der alleinigen britischen Herrschaft. Frankreich aber, das seit des ersten Napoleon Tagen Ägypten als zu seinem Machtbereich gehörig betrachtete, sah sich aus dieser wichtigen Mittelmeerstellung fast vollständig verdrängt, die Folge einer Politik, die von Anfang an Unschlüssigkeit, Schwanken, Schwäche zeigte und den Beweis lieferte, daß über innern Parteikämpfen und dem Streben nach Revanche an Deutschland die französische Republik im Begriff ist, ihre große Weltstellung und ihre wichtigsten Interessen mehr und mehr zu verscherzen. Mit Mühe konnte Frankreich ein Abkommen mit England erzielen, welches die Neutralisierung des Suezkanals verbürgte.

Englische Herrschaft in Ägypten.

Okt. 1887.

3. Rußland nach dem Krieg. Panslawismus und Nihilismus.

Die panslawistische Partei in Rußland war mit dem Ergebnis des türkischen Kriegs und des Berliner Kongresses keineswegs zufrieden. Für die großen Opfer waren die materiellen Früchte sehr gering; wie weit standen die Errungenschaften des Augenblicks hinter den Erwartungen zurück! Der Kongreßfrieden erschien der großen Mehrheit der Russen als feiges Zurückweichen, als Verrat an der Sache des Reichs und des Slawentums. Die Veröffentlichung des Vertrags vom 13. Juli versetzte Rußland in einen Sturm moralischer Entrüstung, die Wortführer der nationalen Partei in Moskau stießen heftige Zornesreden aus. In diesen Empfindungen stimmte ein Teil des Hofes und der Regierung mit den Panslawisten überein. Es war kein Geheimnis, daß in wichtigen Fragen eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Thronfolger und seinem kaiserlichen Vater obwaltete. Die Opposition des „jungen Hofes“ war und blieb, wie es in der Schrift: Rußland vor und nach dem Krieg heißt, eine stadtkundige Thatsache und die Quelle unaufhörlicher Reibungen, die dem sensitiv angelegten, von Sorgen aller Art bedrängten Monarchen manche schwere Stunde bereiteten und weder bei ihm noch bei seiner Umgebung Ruhe und Befriedigung an den errungenen Erfolgen aufkommen ließen. Der Großfürst hatte eine ungünstige Meinung über die Führung und den Charakter seines Oheims Nikolaus;

Der Kongreßfrieden und die russische Nationalpartei.

der Kaiser urteilte milder über den Bruder. Der Zarewitsch sowie die Staatsmänner Gortschakow und Ignatiew waren der Meinung, man solle den Drohungen der Westmächte standhalten, die Regierung solle der Volksstimmung, die für energische Kriegspolitik sei, Folge geben und dadurch das Ansehen des Thrones erhöhen. Die Petersburger Regierung trug dieser Stimmung einige Rechnung. Sie zog die Ausführung der Kongreßbeschlüsse in die Länge, zögerte mit der Räumung der besetzten Landschaften und leistete den großbulgarischen, gegen die Teilung des Landes gerichteten Bestrebungen allen möglichen Vorschub. Doch wagte man in Petersburg nicht, durch Verwerfung der Abmachungen die europäischen Mächte zu reizen und eine Erneuerung des Kriegs herbeizuführen. Man erklärte sich bereit, die Berliner Festsetzungen anzunehmen, zog, nachdem die von den Kongreßmächten zugestandene Verlängerung des Termins abgelaufen,
8. Febr. 1879. allmählich die Besatzungstruppen zurück und schloß mit der Pforte einen Sonderfrieden, dessen wesentlichste Bedingungen die Kriegskostenentschädigung und deren Abtragung betrafen.

Mißstimmung über Deutschland.

Die Unzufriedenheit der leitenden russischen Kreise mit der Haltung Deutschlands auf dem Kongreß gab sich in den immer offener hervortretenden Anzeichen der Verstimmung zwischen Petersburg und Berlin kund. Man beschuldigte den Fürsten Bismarck, daß er sich der Sache Rußlands bei den Verhandlungen nicht entschieden genug angenommen, daß die preußische Regierung das Wohlwollen, das Rußland dem alten Verbündeten in dem deutsch-französischen Krieg erwiesen, nicht durch wirksame Gegendienste vergolten habe. Man zieh Preußen der Undankbarkeit, daß es die alten Freundschaftsbande zu lockern bestrebt sei. Es griff eine sichtbare Mißstimmung Platz, daß die Berliner Regierungskreise sich dem Einfluß entzogen hatten, der von Petersburg aus Jahrzehnte hindurch auf den Nachbarstaat geübt worden; daß das neue Deutsche Reich sich der bestimmenden Einwirkung von seiten des Machtherrschers an der Newa entledigt habe. Die panslawistische Nationalpartei goß Öl in die Flamme; die einflußreichsten russischen Blätter gaben der feindseligen Gesinnung gegen Deutschland unverhohlen scharfen Ausdruck. Es war nicht mehr zu verkennen, daß das „turmhohe" freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland eine schwere Bedrohung erfahren habe. Den beiden kaiserlichen Majestäten war dieser Gang der öffentlichen Meinung nicht nach dem Sinn; besonders suchte Kaiser Wilhelm das alte gute Einverständnis mit dem verwandten Monarchen aufrecht zu halten. Als er zu den großen Manövern nach Königsberg abging, ließ er durch den Feldmarschall v. Manteuffel dem in Warschau weilenden Neffen eine
3. 4. Sept. 1879. persönliche Zusammenkunft vorschlagen, die dann auch in Alexandrowo, der letzten Station auf russischem Gebiet, stattfand. Wie wenig jedoch diese persönliche Begegnung der beiden Monarchen die verbitterte Stimmung auszugleichen, das alte Vertrauen und gute Einvernehmen herzustellen vermochte, ging sowohl aus der fortdauernden gehässigen Haltung der russischen Zeitungen als aus einer

Unterredung hervor, welche fast um dieselbe Zeit der Reichskanzler Gortschakow mit einem französischen Journalisten in Baden-Baden hielt. Der in den Blättern veröffentlichte Wortlaut der letztern war derart, daß man darin den Gedanken eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland gegen Deutschland wahrnahm. Fürst Bismarck faßte die Möglichkeit eines Kriegs ins Auge und suchte sich durch das Schutzbündnis mit Österreich-Ungarn sicherzustellen (XV, 2. 531). Die Verständigung zwischen Deutschland und Österreich hatte zur Folge, daß man in Rußland einzulenken begann. Sollte man in einem Augenblick, da die Wunden des letzten Kriegs noch bluteten, da mit China bedrohliche Verwickelungen wegen der Landschaft Kuldscha eingetreten waren, da die Lage der Dinge in der Balkanhalbinsel leicht wieder zu Waffengängen führen konnte, zu neuen Völkerbewegungen in Mittel- und Westeuropa Anlaß geben? Die Zeitungen erhielten einen Wink, sich einer gemäßigteren Sprache zu befleißigen; der Großfürst Thronfolger, in dessen früherer Reise nach Stockholm man russisch-schwedische Allianzpläne zu entdecken glaubte, stattete nunmehr den Höfen in Wien und Berlin Besuche ab; der Zar selbst brachte bei der Feier des St. Georgsritterfestes auf den Kaiser Wilhelm, seinen unwandelbaren Freund und ältesten Georgsritter, ein warmes Hoch aus. Nun verliefen sich die Wasser allmählich. Kaiser Alexander und die gemäßigteren und besonneneren unter seinen Räten, wie Graf Schuwalow, waren der Ansicht, daß bei den im Innern herrschenden Gärungen die Erhaltung des Friedens das wichtigste Anliegen sein müsse.

6. Sept. 1879.

Nov. 1879.

Nihilistische Frevelthaten.

Zu der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Kriegs und zu der panslawistischen Agitation gesellten sich die Anzeichen innerer Zersetzung und revolutionärer nihilistischer Gärung, um in dem Moskowiterreich erschreckende Bewegungen politischer und sozialer Natur zu erzeugen. Zusammenrottungen unter den Studenten, Mordanfälle auf hochgestellte Personen, Unterschleife und Bestechlichkeit in angesehenen Beamtenkreisen und andere Erscheinungen waren deutliche Beweise, daß im Staat Rußland manches faul sei. Der **Nihilismus**, dessen Entstehung und Ziele wir früher (XV, 1. 741 f.) kennen gelernt, erhob immer kühner sein Haupt. Aus der langen, schrecklichen Reihe blutiger Frevelthaten, in denen die russischen Nihilisten, „die Fanatiker des Umsturzes“, ihrem Haß gegen die bestehende Ordnung Luft machten, seien nur die hervorragendsten und erschütterndsten Fälle berichtet. Im Jahr 1869 gründete **Netschajew**, Lehrer an der Petersburger Akademie, der in Genf sich Bakunins Vertrauen erworben und von diesem sozialdemokratischen Agitator mit Empfehlungsschreiben versehen worden war, unter jungen Männern der bessern Klassen in Petersburg und Moskau einen weitverzweigten revolutionären Geheimbund, der seine Thätigkeit mit der „Hinrichtung“ eines Studenten Iwanow als Verräter begann, ein Ereignis, das zu einem mehrjährigen Riesenprozeß in Moskau Veranlassung gab, der die Umtriebe der russischen radikalen und sozialistischen Revolutionspartei vor den Augen

21. Nov. 1869.

der gesamten Nation enthüllte. Der Gerichtsakt hatte eine große Reihe von
Nov. 1877. Verurteilungen zu Tod, Zwangsarbeit, Verbannung zur Folge, aber durch die apologetische Rhetorik der Verteidiger wurden die Angeklagten mit dem Strahlenkranz der Märtyrerschaft umgeben für eine „selbständige, vielleicht irrtümliche, aber wegen ihrer Konsequenz immerhin merkwürdige Gesinnung". Nicht geringeres
5. Febr. 1878. Aufsehen erregte der Mordanfall der Vjera Sassulitsch gegen den Petersburger Stadthauptmann General Trepow, damals den mächtigsten Mann in Rußland neben dem Kaiser. Der General wurde von dem Revolver der Nihilistin schwer verwundet, und die Verwirrung aller Rechtsbegriffe gab sich in dem freisprechenden Urteil der Geschwornen und dem lauten Jubel kund, mit dem dies Erkenntnis bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft hinauf verherrlicht wurde. Die Mörderin ward zur gefeierten Heldin des Tages. Seitdem wurde die Verschwörung und Geheimbündelei zu einem förmlichen System ausgebildet; aufreizende Proklamationen und Flugblätter, revolutionäre Maueranschläge, blutdürstige Drohungen gegen hochgestellte Beamte ängstigten Tag für Tag die Gesellschaft. Dem revolutionär-anarchischen Treiben gegenüber waren die Staatsbehörden machtlos; selbst den geheimen Druckereien, in denen die verbrecherischen Schriftstücke hergestellt wurden, vermochte man nur in den seltensten Fällen auf die Spur zu kommen. Odessa mit seiner gemischten Bevölkerung und seinem verwegenen Arbeiterproletariat war ein Hauptsitz der Nihilisten. Ein geheimer Exekutivausschuß entfaltete einen entsetzlichen Terrorismus; freiwillige Schenkungen und erpressende Drohungen verschafften reiche Geldmittel. Unter den von der Verschwörerbande Verurteilten befand sich in erster Linie der Leiter der Geheimpolizei, der verhaßten dritten Abteilung der kaiserlichen Kabinettskanzlei, General Mesenzew, der durch harte Behandlung von politischen Verbrechern den Groll der Anarchisten ganz besonders hervorgerufen hatte. Er
16. Aug. 1878. wurde auf offener Straße erdolcht, ohne daß die Thäter entdeckt worden wären. Bald darauf wurde der wegen seiner Strenge gegen verhaftete Nihilisten aufs
8. Febr. 1879. äußerste gefürchtete und verhaßte Gouverneur von Charkow, Fürst Krapotkin, als er von einem Ball heimkehrte, im Wagen erschossen, als „Werkzeug der Tyrannei und des Despotismus", wie der Exekutivausschuß in einer Proklamation verkündete; auch in diesem Fall wurde der Thäter nicht entdeckt. Ein weiteres Opfer dieser unheimlichen, entsetzlichen Verbrechenepidemie war der Nachfolger
März. Mesenzews als Leiter der dritten Abteilung, General von Drentelen, der in den Straßen von Petersburg von einem unbekannt gebliebenen Reiter mit zwei, allerdings fehlgegangenen Schüssen angefallen wurde. Zu dem Eisen und Mordgewehr gesellte man das Feuer. Die Städte Irkutzk, Irbit, Orenburg, Koslow und Uralsk haben erfahren, daß die russische Revolutionspartei mit der Brandfackel ebenso geschickt umzugehen versteht, wie mit Dolch und Pistole. Endlich wagte sich der Meuchelmord auch an das Oberhaupt des Staats. Ein von dem Revolutionsausschuß an „Herrn Alexander Nikolajewitsch" gerichtetes Schreiben

bereitete auf noch entsetzlichere Frevelthaten vor. Als der Kaiser eines Morgens auf einem Spaziergang begriffen war, wurde er von einem jungen Mann in dem Anzug eines Finanzbeamten mit drei Schüssen angefallen, die den Mantel des Zaren durchlöcherten. (11. April 1879.) Der Thäter wurde ergriffen und stellte sich als ein gewisser Solowjew, ein unsteter und in den verschiedensten Lebensstellungen umhergeworfener Mann, heraus; nach einem merkwürdigen Prozeß, bei dem er sich mit kalter Resignation als das freiwillige Werkzeug der revolutionären Idee bekannte, ohne über den Zusammenhang oder die Organisation der Verschwörungen oder ihre Leiter irgend eine Auskunft zu geben, büßte er seine Frevelthat mit dem Tod am Galgen. Gegen diese entsetzlichen Ereignisse wurden jetzt außerordentliche Maßregeln ergriffen: in Petersburg und andern großen Städten wurden provisorische Generalgouverneure mit den weitesten Ausnahmevollmachten zur Herstellung der Ruhe und Sicherheit eingesetzt, aber trotz zahlloser Verhaftungen und Verurteilungen, trotz der strengsten Vorsichtsmaßregeln gelang es doch nicht, dem nihilistischen Unwesen ein Ende zu machen. Weder die Einsetzung von Militärgouverneuren in dem größten Teil des europäischen Rußland, noch die Aufrichtung eines unerhörten Polizeiterrorismus mit Kriegsgerichten und Belagerungszustand vermochte die nihilistischen Attentate zu verhindern, denen die Gleichgültigkeit der Bevölkerung und die tiefgehende Abneigung gegen das herrschende System wesentlich Vorschub leisteten. Nur durch einen Zufall entging der Kaiser einem neuen verbrecherischen Anschlag auf sein Leben. Bei der Einfahrt des Eisenbahnzugs in Moskau sollte er nebst seiner ganzen Begleitung mittels eines von einem benachbarten Hause aus unter die Schienen geführten Ganges in die Luft gesprengt werden. (1. Dez. 1879.) Der Hauptschuldige, Hartmann, entkam nach Frankreich und dann nach England. Die Leiter der Verschwörung waren frech genug, dem Kaiser nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt durch eine gedruckte Proklamation zu drohen, daß er doch sterben müsse, wenn er nicht alle seine Rechte in die Hände einer Nationalversammlung übergebe, und zwar werde er in die Luft gesprengt werden. Eine Dynamitexplosion, wodurch im kaiserlichen Winterpalast die Zimmerdecken zweier Stockwerke zertrümmert oder erschüttert wurden (17. Febr. 1880.) und mehrere Wache haltende Gardisten ihr Leben verloren, andre Verwundungen davon trugen, gab bald danach den Beweis, daß die Drohung ernst gemeint war. Doch wurde der Kaiser auch diesmal durch eine Fügung des Schicksals vor Schaden bewahrt.

Maßregeln gegen die revolutionäre Bewegung.

In allen Schichten des Volks faßte der Wunsch nach einer durchgreifenden Umgestaltung des absolutistischen Staats Wurzeln. Selbst in der Nähe der Krone, bei dem Thronfolger und seiner Umgebung, bei einem Teil der hohen Staatsbeamten fand der Ruf nach einer Verfassungsreform Anklang. Der Verfasser des Buchs: Rußland vor und nach dem Krieg weist am Schluß seiner Schrift auf den Widerspruch hin, daß ein absolutistisch regierter Staat sich als Befreier und Reformator aufspiele, daß er andern Völkern Einrichtungen und

Wohlthaten des öffentlichen Lebens schaffen wolle, die er selbst nicht besitze und von seinem eignen Boden fern zu halten bemüht sei, daß er eine Kulturmission beanspruche und dabei im eignen Haus die wertvollsten Güter der Zivilisation entbehre. Allein konstitutionelle Einrichtungen nach abendländischem Muster widersprachen zu sehr den absolutistischen Überlieferungen des Zarenreichs, und man durfte allerdings auch zweifelhaft sein, ob die sozialen und politischen Verhältnisse Rußlands und der Stand seiner Kultur zu einer so gewaltigen Neuerung angethan seien. Einstweilen wandelte man auf den alten Wegen weiter. Um den konspiratorischen und revolutionären Umsturzplänen der Nihilistenpartei nachdrücklicher zu begegnen, als durch die „dritte Abteilung" und die Einsetzung von außerordentlichen Militär-Generalgouverneuren bisher gelungen

Febr. 1880. war, faßte man den Entschluß, eine höchste Administrativkommission unter der Leitung des Grafen Loris-Melikow zu errichten, der sich als Gouverneur von Astrachan durch sein energisches und zweckmäßiges Einschreiten gegen die Verbreitung der asiatischen Pest ausgezeichnet hatte, und dieses Regierungskollegium und sein thatkräftiges Haupt mit solchen Vollmachten auszurüsten, daß es einer Diktatur gleichkam. Der Zweck schien erreicht zu werden. Wenn gleich der Antritt des neuen Großbeamten durch ein Attentat auf seine eigne Person beunruhigt ward, so gelang es dem klugen, energischen Armenier dennoch, durch großartige Umgestaltung der bisherigen Behörden, durch Aufhebung der verhaßten „dritten Abteilung" einen Zustand von Ruhe und Sicherheit zu begründen, wie er in Petersburg lange Zeit unbekannt gewesen war, so daß die

2. März 1880. Jubelfeier des fünfundzwanzigjährigen Regierungsantritts des Kaisers zu einem Nationalfest sich gestaltete und das Volk mit Stolz und Befriedigung auf die lange Periode einer segensreichen Herrschaft voll mancherlei großartiger Fortschritte und zivilisatorischer Thaten auf verschiedenen Gebieten des Staats- und Gesellschaftslebens zurückblicken konnte.

Tod Kaiser Alexanders II. Auch die Kaiserin Maria Alexandrowna, eine hessische Prinzessin, hatte sich von Cannes, wo sie monatelang an schwerer Krankheit daniedergelegen, zur Festfeier nach Petersburg begeben! Es sollte das letzte frohe Ereignis ihres Lebens sein. Bald nachher schied sie aus der Welt, tief betrauert von der Nation ob ihrer Frömmigkeit, Menschenliebe und weiblichen Tugenden. Der Kaiser ließ sich kurz darauf mit der Fürstin Dolgoruki trauen, die ihm bereits mehrere Kinder geboren hatte. Die Ruhe in dem Zarenreich war aber nur eine augenblickliche und scheinbare. Kaiser Alexander II. sollte dem Verhängnis, dem er mehrmals durch glückliche Fügung entgangen, doch noch erliegen. Die nihilistische Mordgier feierte ihren äußersten Sieg. Bei einer Fahrt nach dem Win-

13. März 1881. terpalast in Petersburg wurde ein Sprenggeschoß gegen den Wagen des Kaisers geschleudert, welches den Unglücklichen dermaßen zerschmetterte, daß er eine Stunde später seinen Geist aufgab. Russakow und die andern Urheber der Schreckensthat erlitten den Tod durch den Strang.

Von Polizei und Militär gegen neue nihilistische Frevelthaten fast wie ein Kaiser Alexander III.
Gefangener bewacht, trat Alexander III. die Regierung an, schwankend zwischen absolutistischen und liberalisierenden, zwischen panslawistisch-kriegerischen und dreikaiserbündisch-friedlichen Neigungen. Ein Manifest, welches im Gegen- 11. Mai.
satz zu den Konstitutionsforderungen die alte cäsarische Machtfülle festhielt, konnte nicht im Sinn liberaler Reformen und parlamentarischer Institutionen gedeutet werden, die freilich auch leichter zu fordern, als auf diesem Boden roher Barbarei und maßloser Korruption zu gewähren waren. Loris-Melikow nahm infolgedessen seine Entlassung; an seiner Stelle wurde Graf Ignatiew zum Minister des Innern ernannt. Die nihilistische Bewegung dauerte fort und äußerte sich in weitern Mordthaten gegen die Leiter des Polizeiwesens und wiederholten Anschlägen gegen das Leben des neuen Zaren. Ausbrüche des Deutschenhasses und entsetzliche Judenverfolgungen, bei denen die Regierung sträfliche Gleichgültigkeit zeigte, gesellten sich hinzu, um das Land immer mehr zu beunruhigen. Durch die erwähnte Zusammenkunft von Danzig (XV. 2. 531) Sept.
und durch die Einsetzung des Herrn von Giers zum Minister des Auswärtigen an Stelle des alten Fürsten Gortschakow wurde die Besorgnis feindseliger Pläne April 1882.
gegen Deutschland einigermaßen zerstreut. Im folgenden Jahr starb in Baden-Baden in dem hohen Alter von 85 Jahren Fürst Gortschakow, der drei 11. März 1883.
Jahrzehnte lang auf den Gang der russischen Weltpolitik einen tiefgehenden, nicht immer glücklichen Einfluß ausgeübt hatte. Die Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewicze (XV. 2. 532) und der Besuch des Zaren bei dem österreichi- Sept. 1884.
schen Kaiser in Kremsier schienen einen aufrichtigeren Anschluß Rußlands an die Aug. 1885.
Friedenspolitik der Mittelmächte anzukündigen. Allein bei dem schwankenden Charakter des Zaren und den übermächtigen Einflüssen in seiner Umgebung wie bei der Stimmung des Volks konnte das alte dauernde Einvernehmen mit Deutschland nicht wieder hergestellt werden. Wir haben an verschiedenen Stellen erwähnt, wie weit in der Folge die russische Politik den Werbungen Frankreichs entgegenkam. Auch den panslawistischen Bestrebungen gab der Zar mit der Zeit wieder mehr nach. Männer wie der Oberprokureur des heiligen Synod, Pobedonoszew, ein Fanatiker der orthodoxen Kirche, und der Journalist Katkow, das eigentliche Haupt der panslawistischen deutschfeindlichen Bewegung, gewannen wachsenden Einfluß. Auch der Finanzminister Wyschnegradski und der Minister des Innern Graf Tolstoi, der im Jahr 1882 an Ignatiews Stelle trat, waren Männer von entschieden deutschfeindlicher und panslawistischer Gesinnung. In dem Grafen Tolstoi fand das Altrussentum einen echten Vertreter, der bis zu seinem Tod (Mai 1889) einen tiefgehenden Einfluß ausübte. Er ging gradezu darauf aus, die grundlegenden Reformen Alexanders II., die Bauernbefreiung, praktisch möglichst wirkungslos zu machen, die Bauern, wenn auch nicht der Form nach, so doch thatsächlich dem Adel wieder zu unterwerfen. Zu dem Zweck wurde gegen die Selbstverwaltung auf dem Land und in den Gemeinden ein Feldzug eröffnet;

die frei gewählte Vertretung der Bauern in der kommunalen Selbstverwaltung der Semstwo sollte wieder durch ein reines Adels- und Beamtenregiment verdrängt werden. Mit Tolstois Namen ist zum großen Teil die Wiederaufhebung oder Verkümmerung von Reformen aus frühern, aufgeklärteren Zeiten und die Feindseligkeit gegen die abendländische Bildung, namentlich das Deutschtum, verknüpft. Das gewaltige Reich, äußerlich immer riesenhafter anwachsend, im Innern immer mehr unterwühlt und zersetzt, ist eines der merkwürdigsten Probleme für die Gestaltung der Weltlage geworden.

Kampf gegen das Deutschtum in den Ostseeprovinzen.

In den Ostseeprovinzen wurde ein systematischer Kampf gegen die deutsche Schule und Sprache, gegen die baltische Selbstverwaltung sowie gegen die lutherische Kirche eröffnet, ein höchst gewaltthätiges, altverbriefte Rechte verletzendes Vorgehen, welches tiefe Mißstimmung und traurige Schädigung der Kultur in diesen gebildetsten und loyalen Landschaften des russischen Reichs zur Folge haben mußte. Die alte, nach hanseatischen Vorbildern ausgestaltete Verfassung der baltischen Städte wurde aufgehoben und durch eine in die Verhältnisse gar nicht passende russische Städteordnung ersetzt. Die erzwungene Einführung der russischen Sprache im Unterricht, in der Justiz und im Behördenumgang und die mit empörendem Gewissenszwang verbundene Bekehrung zur griechisch-orthodoxen Kirche wurden immer schonungsloser angewendet. Der später zum Justizminister ernannte Senator Manassein und die das Land überschwemmenden russischen Beamten eröffneten eine dem Deutschtum und den Sonderrechten der baltischen Provinzen systematisch feindselige Verwaltung. Den „fremden Konfessionen“, worunter auch die evangelische zu verstehen war, wurde die Erbauung neuer Kirchen untersagt, lutherische Prediger wurden wegen Beleidigung der orthodoxen Kirche verfolgt und in ferne Gegenden verbannt. Noch rücksichtsloser wurde mit dem Sprachenzwang vorgegangen. Der Verkehr mit den Behörden, der Unterricht in der Schule sollte in russischer Sprache stattfinden, deren das Volk größtenteils nicht mächtig ist; die Volksschulen wurden der Aufsicht der evangelischen Konsistorien entzogen und dem Petersburger Unterrichtsministerium unterstellt; selbst die altdeutsche Hochschule Dorpat sollte in eine russische Universität verwandelt werden, und nur der energische Protest und das gemeinsame Entlassungsgesuch der Professoren bewog die russischen Machthaber noch zu einiger Schonung. Ein Gesetz vom Juli 1889 führte die russische Gerichtsverfassung ein, womit die deutsche Gerichtssprache vollständig durch die russische verdrängt, die deutschen Richter und Rechtsanwälte durch Nationalrussen ersetzt werden sollten. Beschwerden aus dem Land und Berufungen auf verbriefte Rechte wurden schroff zurückgewiesen. Dabei wurden die lettischen und esthnischen Bauern auf Anstiften oder unter Duldung der Regierung geradezu gegen die deutschen Grundbesitzer als fremde Eindringlinge aufgehetzt und es kam zu agrarischen Frevelthaten, die an Irland erinnerten. Ähnliche Maßregeln zum Sprachen- und Religionszwang kamen auch in Polen zur Anwendung. Das

Verbot der Erwerbung von Grundeigentum in allen westlichen Gouvernements für Ausländer, die fortgesetzten Feindseligkeiten gegen die fremde Industrie auf zollpolitischem Gebiet waren ebenfalls Ausflüsse des Deutschenhasses. Rußland schien in alte Sitten der Abschließung gegen europäische Kultur zurückfallen zu wollen.

IV. Die kleinern nord- und mitteleuropäischen Staaten.

1. Skandinavien.

Die skandinavische Halbinsel hat in unserm Jahrhundert wenig in den Gang Schweden.
der großen europäischen Politik eingegriffen, und wenn auch mitunter innere Bewegungen und Kämpfe das Stillleben unterbrachen, so fanden diese Vorgänge doch außerhalb wenig Beachtung. Die Regierung Karl Johanns (Bernadotte), Karl XIV. Johann.
von Schweden, des einzigen von den napoleonischen Emporkömmlingen, der sich 1818–1844.
eine dauernde Herrschaft gründete, widmete sich der wirtschaftlichen Hebung des Landes und hielt sich von kriegerischen Verwickelungen fern. Unter Karl Johanns Sohn Oskar I. begann die Frage der Reform der ganz veralteten, auf scharfer Oskar I. 1844–1859.
Trennung der Stände beruhenden Verfassung die Gemüter zu erregen und Streitigkeiten zwischen der Krone und dem Reichstag hervorzurufen. Unter seinem Sohn Karl XV., der eine volkstümlichere Politik einschlug, kam das Karl XV. 1859–1872.
freisinnige Grundgesetz einer Reichstagsordnung zu stande, welches die alte stän- 22. Juni 1866.
dische Vertretung aufhob und durch einen vom Volk gewählten, in zwei Kammern zerfallenden Reichstag ersetzte. Auf Karl XV., der seine Hinneigung zu Frankreich nie verhehlt hatte, folgte sein Bruder Oskar II., ein hochgebildeter, Oskar II. seit 1872.
wissenschaftlich und dichterisch schöpferischer, für Deutschland freundschaftlich gesinnter Fürst, unter dem sich das politisch-parlamentarische Leben vornehmlich um Fragen der Reorganisation des Heeres und der Marine sowie der Steuerreform drehte; die ablehnende Haltung des sparsamen Reichstags wurde ertragen, ohne daß erhebliche Erschütterungen und Krisen daraus entsprungen wären. Die herzlichen Beziehungen der Königsfamilie zu dem deutschen Kaiserhaus wurden noch inniger durch die Vermählung des Kronprinzen Gustav mit der badischen Sept. 1881.
Prinzessin Viktoria, der Enkelin des Kaisers Wilhelm I., in deren Adern noch Wasablut floß.

Das abgeschlossene See- und Gebirgsland Norwegen, das in Personal- Norwegen.
union mit der Krone Schweden vereinigt ist, aber fast völlige Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung genießt, bewahrte seinen uralten Gegensatz gegen Schweden und seinen zum Republikanismus neigenden Sinn zur Unabhängigkeit auch in neuerer Zeit. Der Bauerntrotz des norwegischen Storthing (Reichstags) gab sich in heftigen Verfassungskonflikten kund, die aus der Frage

über die Teilnahme der Minister an den Kammerverhandlungen und die Grenzen des königlichen Vetos entsprangen und sich bis zur Anklage gegen die Minister wegen Verfassungsbruchs und zur Drohung mit der Lösung der Union steigerten. In einem langwierigen Prozeß wurden die Minister zu Amtsent-
April 1884. setzung und Geldstrafen verurteilt, worauf der radikale Storthingspräsident Sverdrup an die Spitze der Regierung trat. Nach einigen Jahren hatte indes dies Ministerium, dem man Cliquenwirtschaft, Eigenmächtigkeiten und Mißbrauch mit Staatsstellungen vorwarf, es mit allen Parteien verdorben; es trat
Anfang Juli 1889. zurück und wurde durch ein Ministerium Stang aus der Rechten ersetzt. Norwegen hat sich zu einem nahezu republikanischen Bauernstaat entwickelt, der die königliche Macht in die bescheidensten Grenzen gewiesen und den Adel abgeschafft hat.

Dänemark. Christian IX. seit 1863. In **Dänemark** erblicken wir seit Anfang der siebziger Jahre wechselnde konservative Regierungen in einem fast ununterbrochenen Kampf mit der liberalen und zum Teil sehr radikalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses (Folkething) über Fragen der Militärreform, der Heeresverstärkung und des Budgetrechts, einem Verfassungsstreit, der sich in wiederholten Kammerauflösungen, Ministerwechseln und Budgetverweigerungen äußerte, ohne bisher zu einem dauernden versöhnenden Abschluß zu gelangen. Die Gesetzgebungsmaschine stand bei der schroffen Opposition der radikalen Kammermehrheit oft ganz still. Provisorische Finanzgesetze traten an die Stelle regelmäßiger Budgets. Die herrschende Partei-
Okt. 1885. erbitterung gab sich in einem Mordanfall auf den konservativen Ministerpräsidenten Estrup kund. Den Selbständigkeitsgelüsten der Insel Island wurde
1874. durch eine neue Verfassung Rechnung getragen.

2. Belgien und Holland.

Belgien. Auch die kleinen Königreiche Belgien und Niederlande (Holland) griffen in neuerer Zeit wenig mehr in den Gang der großen europäischen Politik ein. Die Länder widmeten sich vorzugsweise der Ausbildung der innern Gesetzgebung und des konstitutionellen Lebens sowie der Pflege der materiellen Wohlfahrt.
10. Dez. 1865. Nach einer 34jährigen Regierung starb König Leopold I. von **Belgien**, ein wohlgesinnter Fürst, der in dem aufgeregten Parteitreiben die konstitutionellen Formen streng achtete und eine Politik verständigen innern Fortschritts fern von den
Leopold II. seit 1865. großen Welthändeln führte. Ihm folgte sein Sohn **Leopold II.** Die beständige Furcht, Frankreich möchte seine „Kompensationsansprüche“ für die preußische Machterweiterung auf Kosten von Belgien suchen, schien eine Rechtfertigung zu finden, als die französische Ostbahn mit belgischen und holländischen Eisenbahnen Verträge abschloß, welche die Verwaltung dieser Bahnen mit derjenigen der französischen Bahn verschmolzen und damit die beiden Länder in eine bedenkliche
1869. Abhängigkeit zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet gebracht haben würden. Der

allgemeine Unwillen ließ denn auch das Geschäft nicht zur Vollendung kommen. Das politische Leben Belgiens in neuerer Zeit ist durch einen überaus heftigen Kampf zwischen Liberalen und Ultramontanen gekennzeichnet. Dieser Gegensatz, der ja auch anderwärts den tiefgehendsten Einfluß auf den Gang des öffentlichen Lebens ausübte, kam in Belgien zu ganz besonders schroffem Ausdruck. Unter dem Verfassungsgrundsatz von der Selbständigkeit der Kirche hatte der belgische Klerus eine ungeheure Macht erlangt; das ganze Volksschulwesen hatte er unter seiner Leitung; eine Jesuitenuniversität und klerikale Gymnasien sorgten für katholische Erziehung der höhern Stände; immer mehr nahmen die Klöster an Zahl und Macht zu. Seit 1870, als das liberale Kabinett Frère-Orban zurücktrat, waren klerikale Regierungen am Ruder und eine Kammermehrheit derselben Richtung vorhanden. Auch die Empörung über die schwindelhaften Finanzunternehmungen des ultramontanen Bankinstituts des Grafen Langrand- 1871.
Dumonceau war nicht vermögend, das klerikale Regiment zu stürzen. Erst im Jahr 1878 gelang es den Liberalen eine kleine Mehrheit im Senat und Abgeordnetenhaus zustandezubringen, worauf das Ministerium Malou zurücktrat und Frère-Orban aufs neue an die Spitze der Regierung gelangte. Ein freisinniges Schulgesetz, welches die Volksschule der geistlichen Herrschaft entzog 1879.
und der staatlichen Leitung und Aufsicht zurückgab, war eine der ersten Thaten der liberalen Regierung und erregte den höchsten Zorn der Klerikalen; mit der Kurie wurden darüber die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die mit äußerstem Hochdruck betriebene ultramontane Agitation erzielte bei den Wahlen von 1884 solche Erfolge, daß das Ministerium Frère-Orban zurücktrat und Juni 1884.
Malou aufs neue an die Spitze der Regierung kam. Für seine erste Aufgabe hielt das neue Ministerium die Vernichtung der konfessionslosen staatlichen Volksschulen und die Wiederanerkennung der von der Geistlichkeit geleiteten Privatanstalten als öffentliche Schulen, sowie die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zur Kurie. Das neue ultramontane Schulgesetz rief in beiden Lagern eine mächtige Aufregung hervor, die sich in großartigen Umzügen, Adressen an den König und andern Kundgebungen äußerte. Neue Unruhe wurde in das aufgeregte kleine Land durch wiederholte Arbeiteraufstände getragen. Die gedrückte Lage der Arbeiter in den großen Mittelpunkten der Industrie und des Kohlenbergbaus, in Lüttich, Charleroi u. a., bereitete der sozialistischen Agitation einen günstigen Boden und führte im Frühjahr 1886 zu Arbeitseinstellungen, Ausschreitungen und Tumulten, die nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten und zeitweise nahe an den offenen Bürgerkrieg streiften.

Im Staatsleben Hollands sind große Kämpfe und Erschütterungen nicht Holland. Wilhelm III.
zu verzeichnen. In den wechselnden Ministerien kam bald eine konservativere, seit 1849. geb. 1817.
bald eine liberalere Richtung zum Ausdruck, beide in gemäßigter Form. Fragen der Schule und des Wahlrechts bildeten auch hier die hervorragendsten Gegenstände der Gesetzgebung. Durch die Verfassungsrevision vom Jahr 1887 wurde

das Wahlrecht erheblich erweitert; die Kammermandate wurden vermehrt, das Oberhaus reformiert, eine neue Heeresordnung erlassen. Auch in Holland gab sich die Macht der sozialistischen Agitation wiederholt in bedrohlichen Ereignissen kund. Mit König Wilhelm III. geht das oranische Herrscherhaus seinem Ende
† 1879. entgegen. Die beiden Söhne des alten Königs, Prinz Wilhelm, der in Paris ein zügelloses Wüstlingsleben geführt, und der körperlich und geistig schwache
† 1884. Prinz Alexander waren gestorben, ebenso der Bruder des Monarchen, Prinz
† 1879. Heinrich, Statthalter von Luxemburg, der kurz vor seinem Tod sich mit der Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen vermählt hatte. Aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Emma von Waldeck hatte der König nur eine Tochter Wilhelmine (geb. 1880), die nach der Verfassung wohl in Holland, nicht aber in Luxemburg thronberechtigt ist, wo weibliche Erbfolge nicht in Gültigkeit steht. Bei der langen Krankheit des alten Königs, die ihn zuletzt vollkommen regierungsunfähig machte, wurde eine Regentschaft unter Leitung der Königin eingesetzt.

Luxemburg. Das Großherzogtum Luxemburg war durch den Wiener Kongreß dem König der Niederlande als Entschädigung für den Verlust seiner nassauischen Erblande zugesprochen worden, jedoch als Glied des Deutschen Bundes. Im Jahr 1839 wurde die Hälfte des Landes durch den Londoner Vertrag mit dem Königreich Belgien vereinigt. Der Rest mit der Bundesfestung Luxemburg blieb auch in der Folge beim Deutschen Bund bis zu dessen Erlöschen. Die im Jahr 1867 eingetretene Verwickelung und deren Ausgleichung haben wir oben (XV, 2. 290 f.) kennen gelernt. Das Ländchen blieb auch nachher noch im deutschen Zollverein und seine Eisenbahnen standen unter deutscher Verwaltung, so daß es mit seinen wichtigsten wirtschaftlichen Interessen an Deutschland geknüpft war. Von Frankreich war das Land seit der Einverleibung von Lothringen bis auf eine kleine Grenzstrecke getrennt, wodurch mit der Zeit notwendig auch die französische Hinneigung in der von Abstammung durchaus deutschen Bevölkerung erkalten muß. Nach dem Erlöschen des königlichen Mannesstammes in Holland ist in Luxemburg die ältere (Walramsche) Linie des Hauses Oranien, der Herzog von Nassau, thronberechtigt. Der alte Herzog Adolf von Nassau hatte seinen Frieden mit dem preußischen Königshaus geschlossen und sich in die neue Ordnung in Deutschland gefunden; durch die Vermählung seiner Tochter mit dem Erbgroßherzog von Baden war er auch verwandtschaftlich dem badischen und preußischen Fürstenhaus nahe getreten.

Die Holländer auf Sumatra. Viel Sorge und Anstrengung wandten die Holländer fortdauernd der Kolonialpolitik zu. Schon seit Jahren war ihr Augenmerk auf Abrundung ihres Kolonialgebiets im Indischen Archipel, insbesondere auf den vollständigen Besitz der Insel Sumatra gerichtet. Die großbritannische Kolonialpolitik, stets eifersüchtig auf jede fremde Herrschaft in den ostasiatischen Meeren, hatte die Ausdehnung der holländischen Besitzungen zu verhindern ge-

sucht, indem die anglo-indische Regierung mit dem Beherrscher des noch unabhängigen Reichs Atchin im Nordwesten jener Insel einen Vertrag abschloß, durch welchen das einst mächtige insularische Kaisertum der englischen Schutzherrschaft unterstellt ward. Im Vertrauen auf die befreundete Großmacht trieb der Sultan See- und Menschenraub, wie einst die Korsarenhäuptlinge Nordafrikas und fügte dem niederländischen Handels- und Koloniewesen manchen Schaden zu. Als nun Holland durch einen Tauschvertrag mit England, den wir später noch kennen lernen werden, freie Hand über Sumatra erhielt, ergriff die Regierung energische Maßregeln gegen das Piratenwesen. Ihre Vorstellungen wurden jedoch vom Sultan zurückgewiesen, und als nunmehr die Niederlande dem Barbaren Krieg erklärten, sah sich dieser nach fremder Hilfe um und 25. März 1873. rüstete sich zugleich zur Gegenwehr. Der Krieg hatte einen religiösen Anstrich. Die holländische Regierung in Indien hatte den Wallfahrten der Eingebornen nach Mekka Hindernisse in den Weg gelegt, weil die zurückkehrenden Pilger (Hadschis) den durch diesen Religionsakt in den Augen der mohammedanischen Bevölkerung erlangten Heiligenruhm zur Erregung des Fanatismus gegen die Christen benutzten. Der Sultan wandte sich daher zunächst an die Pforte; aber der Großtürke am Bosporus konnte keine thatsächliche Hilfe gewähren und seine Vermittelungsversuche machten keinen Eindruck. Dagegen fürchtete man in Holland, die Regierung in Washington, an welche sich der Sultan gleichfalls gewendet hatte, möchte die religiösen Bedenken minder hoch anschlagen als die politischen und kommerziellen Interessen und die Verwickelungen in dem ostindischen Kolonialgebiet zu ihrem Vorteil kehren. Man beschloß also rasch vorzugehen, um möglichst bald eine Entscheidung herbeizuführen, die keiner fremden Einmischung Raum gebe. Allein die Holländer schlugen die Widerstandskraft der Feinde zu niedrig an. Als sie die befestigte Moschee, den Missigit, welche der Hauptfestung, dem Kraton oder Cotta-Radja als Vorwerk diente, mit ungenügenden Streitkräften anfielen, wurden sie mit Verlust zurückgeschlagen, ein 25. Dez. Unfall, der im Haag zu heftigen Angriffen wider das liberale Ministerium benutzt ward. Im Anfang des nächsten Jahres, nachdem namhafte Verstärkungen unter dem mit den indischen Verhältnissen vertrauten General van Swieten angelangt waren, nahm jedoch der Krieg eine andre Wendung. Der Missigit wurde von den Holländern durch den tapfersten Kampf erobert und dann die Hauptfestung selbst mit einem scharfen Belagerungskrieg bedrängt, dem die Flotte von der See aus Nachdruck gab. Diesen energischen Angriffen vermochten die Atchinesen nicht lange zu widerstehen. Der Sultan Panglima Polim zog mit seinen Truppen in das Innere des Landes, um von dort aus in größerer Sicherheit den Kampf fortsetzen zu können, worauf die Holländer die Festung in Besitz nahmen. Nach dem Fall der Hauptstadt gerieten die Küstenstädte in 24. Jan. 1874. rascher Aufeinanderfolge in die Hände der Sieger. Die Flotte eroberte Pedir, den mächtigsten Vasallenstaat Atchins, dessen Radscha dem Sultan, seinem

Schwiegersohn, mit seinem ganzen Kriegsvolk zu Hilfe gezogen war; die übrigen Häuptlinge oder Stadtvögte an der Küste und an den beiden Ufern des Atchinflusses unterwarfen sich und gelobten, den König der Niederlande und dessen Stellvertreter, den Oberstatthalter von Indien, als ihre Herren anzuerkennen, dem Seeraub und dem Sklavenhandel zu entsagen, auf das Strandrecht zu verzichten. Auch dem Sultan wurde Frieden und Fortdauer seiner Herrschaft zugesichert, wenn er die holländische Souveränität anerkennen und die übrigen Verpflichtungen eingehen würde. Panglima Polim beharrte jedoch in seinem Widerstand. Van Swieten aber, der mit der Einnahme der Küstenorte seine April 1874. Aufgabe für gelöst ansah, kehrte über Java nach seinem Vaterland zurück. Den Oberbefehl über die Besatzungstruppen übernahm der Oberst Pel. Mit der Besitznahme der Küstenstädte war der atchinesische Krieg zu gunsten der Holländer entschieden, wenn auch die Kämpfe noch jahrelang fortdauerten. Die Ausdehnung der niederländischen Oberherrschaft über die ganze Insel Sumatra, eine wichtige Mehrung der Kolonialmacht, war damit als gesichert anzusehen.

3. Die Schweiz.

Klerikale Händel. In der Schweiz entwickelte, wie in Deutschland, der Ultramontanismus in neuerer Zeit mit besonderem Eifer seine wühlerische Thätigkeit. Und zwar sah er sich daselbst den Ort zum Mittelpunkt seiner Umtriebe aus, von wo einst der heftigste Gegensatz gegen Rom ausgegangen war, die Mutterstadt des Calvinis- Genf. mus, Genf. Es war für den protestantischen Kanton ein Danaergeschenk, als man ihn im Jahr 1815 mit einigen savoyischen Dörfern vergrößerte. Seitdem wuchs auch in der Hauptstadt die katholische Bevölkerung durch Einwanderung aus diesen Gemeinden. Arm, unwissend und neuerungssüchtig boten sie der ultramontanen wie der radikalen Agitation ein fruchtbares Feld. Mit ihrer Hilfe führte der ehrgeizige und gewissenlose Demagog James Fazy einen erfolgreichen Kampf gegen die konservative Bürgerschaft und die alten Institutionen der Lemanstadt und erlangte durch seine wühlerische Gewandtheit ein solches Ansehen bei der untern Volksklasse, daß er dank dem allgemeinen Wahlrecht mehrere Jahre lang wie ein Diktator über den Kanton Genf herrschte, Ultramontanismus und Demokratismus vereinigt als Hebel und Waffen gebrauchend. Verbittert über diese Zersetzung des calvinischen Gemeinwesens wanderten viele angesehene Familien aus, so daß die alte, ehrbare Stadt mit ihrer wohlhabenden, gebildeten Bürgerschaft ihren frühern Charakter einbüßte. Nun eröffnete die römisch-jesuitische Propaganda ihren Feldzug. Wenn es gelänge, die Kirche Calvins, die herrliche Kathedrale Sankt Peter wieder für den Papismus zu gewinnen, welch ein Triumph für den Ultramontanismus! Man ging klug und vorsichtig zu Werke; durch eine Kriegslist sollte die Eroberung eingeleitet werden. Seit der Reformation gab es in Genf keinen Bischof mehr; die katholische Kirche

stand unter dem Bischofssitz von Freiburg. Da ernannte nach einer Weisung von Rom der Freiburger Bischof den Genfer Pfarrer Abbé Mermillod zu seinem Generalvikar in jener Stadt und der Papst erteilte demselben den Titel eines Bischofs von Hebron. Damit war der Kriegsplan eingeleitet. Im Juli 1872 drang die Kunde in die Öffentlichkeit, der Papst habe aus eigner Machtvollkommenheit, ohne sich um die Landesregierung im geringsten zu kümmern, Mermillod in aller Form zum Bischof von Genf ernannt. Nun raffte sich der Staatsrat auf. Als er auf seine Beschwerde bei dem Freiburger Ordinariat eine ausweichende Antwort empfing, erklärte er Mermillod, daß man ihn nur als Pfarrer von Genf, nicht aber als Generalvikar und Diözesanbischof anerkenne, und untersagte ihm die Ausübung aller bischöflichen Rechte auf dem Gebiet des Kantons. Dieser aber erwiderte, daß er seine Vollmachten vom Heiligen Stuhl habe und daß er fortfahren werde trotz des Verbots des Staatsrats seine bischöflichen Funktionen auszuüben. Die übrige katholische Geistlichkeit stand auf Mermillods Seite. In dieser kritischen Lage wandte sich die Landesregierung an den Bundesrat in Bern, und als dieser das Vorgehen der Kurie und des Okt. 1872.
Genfer Klerus für ungesetzlich erklärte, wurde Mermillod über die Grenze ge- Febr. 1873.
bracht. Er nahm seinen Aufenthalt in dem nahen Fernay auf französischem Gebiet, da wo einst Voltaire den Abend seines Lebens verbracht hatte, über das Ecrasez l'infâme nachdenkend, und setzte unter Duldung oder Begünstigung der französischen Behörden sein agitatorisches Treiben in seiner Heimat fort. Der große Rat aber unternahm es, die Rechte und Verhältnisse der katholischen Gemeinden auf eigne Hand neu zu ordnen. Die Wahl der Geistlichen sollte den Gemeindegliedern zustehen, die Gewählten aber gehalten sein, vor ihrem Amtsantritt einen Eid zu leisten, daß sie den Gesetzen und der Obrigkeit des Landes gehorchen wollten, und ihre Wahl und Anstellung von Zeit zu Zeit erneuert werden; die religiösen Körperschaften wurden aufgehoben. Bald darauf nahm der französische Kleriker Loison, bekannt unter dem Namen Pater Hyazinth und ehedem sehr gefeiert als schwungvoller Kanzelredner und Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas, seinen Aufenthalt in Genf und gab den Anstoß zur Bildung einer altkatholischen Gemeinde französischer Zunge, eine Begebenheit, die bald in andern Gemeinden Nachahmung fand. In der Folge, als die kirchenpolitischen Gegensätze sich milderten, wurde dem verbannten Mermillod die Rückkehr 1883.
wieder gestattet.

Eine staatsfeindliche ultramontane Bewegung hatte sich auch in den Kan- Basel und Solothurn.
tonen Basel und Solothurn erhoben, wo der Bichof Lachat, das Verfahren seiner deutschen Amtsbrüder nachahmend, über einen Geistlichen Absetzung und Exkommunikation aussprach, weil er die Unfehlbarkeitslehre nicht annehmen wollte. Als der Bischof die von den Kantonsregierungen verlangte Zurücknahme der ungesetzlichen Maßregel verweigerte, wurde seine Amtsentsetzung ausgesprochen und damit auch in der deutschen Schweiz die Streitfrage über die

Grenzen der Staats- und der Kirchengewalt vor das Volk gebracht. In der Eidgenossenschaft fanden jedoch die hierarchischen Machtgelüste weniger Anklang als in den katholischen Ländern Deutschlands. In dem fast ganz katholischen Kanton Solothurn, wo schon seit Jahren Regierung, Großer Rat und die Mehrheit des Volks fortschrittlichen Grundsätzen huldigten, wurden nicht bloß die exkommunizierten Pfarrer und ihre Anhänger bei ihren bisherigen Rechten erhalten, es ging auch trotz der Einsprache des Bischofs und der Agitationen der Klerikalen
22. Dez. 1872. das Gesetz durch, daß die Geistlichen wie alle andern Staatsbeamten einer Wiederwahl unterworfen sein sollten, und die Diözesanstände, mit Ausschluß der
Jan. 1873. klerikalen Kantone Luzern und Zug, traten zu einer Konferenz zusammen und faßten darin den Beschluß, das Unfehlbarkeitsdogma nicht anzunehmen. In St. Gallen, Glarus und anderwärts wurden Forderungen gestellt im Sinne der preußischen Maigesetze. Und als der Bischof bei seinen Kirchenstrafen beharrte, wurde der Bischofsitz in Basel für erledigt erklärt. Unter Protest gegen das
April. Verfahren siedelte darauf Lachat nach Luzern über; das Bistum blieb längere Zeit unbesetzt. Da die Ultramontanen in den zum Ordinariat von Basel gehörenden Kantonen die Minderheit bildeten, so mußten sie sich nach Bundesrecht den Beschlüssen der Mehrheit fügen. Ihre Proteste, worin sie ihren Ansichten Ausdruck gaben, fanden bei den Regierungen wenig Beachtung.

Bern. Nur in Bern glaubte man schärfer vorgehen zu müssen. In den katholischen Gegenden des Jura hatte fast die gesamte Geistlichkeit unter der Einwirkung des benachbarten Frankreich Protest gegen die Amtsentsetzung des Bischofs eingelegt. Als sie der Aufforderung auf Zurücknahme des Protests nicht nachkam, verhängte die Regierung Suspension über die Widerstrebenden und erhob Klage bei dem obersten Gerichtshof des Kantons auf Abberufung derselben. Auf Grund des richterlichen Urteils sprach darauf die Regierung die Absetzung über die Mehrzahl der Pfarrer in den Bezirken des Bernischen Jura aus, verbot ihnen die Abhaltung gottesdienstlicher Handlungen in den Kirchen und öffentlichen Gebäuden und stellte neue Prediger an, zugleich die meist sehr kleinen Parochien durch Zusammenlegung auf die Hälfte vermindernd. Als darüber Ruhestörungen in einzelnen Ortschaften vorfielen, wurden die letztern militärisch besetzt und die Ordnung mit Gewalt aufrecht erhalten. Die abgesetzten Pfarrer aber mußten das Land verlassen. Sie begaben sich meistens in das benachbarte Frankreich, von wo aus sie, unterstützt von den Einwohnern, in ihren frühern Gemeinden den Geist des Fanatismus und des Widerstands nährten und lebendig erhielten. Von jeher zeigten die französisch redenden Jurasser mehr Neigungen für den großen Nachbarstaat als für den Kanton Bern; jetzt wurden die Absonderungsgelüste verstärkt durch ultramontane Agitationen. Deshalb glaubte auch die Berner Regierung um so strenger auf ihrer Autorität bei der widerwilligen Bevölkerung bestehen zu müssen. Durch die Errichtung einer altkatholischen Fakultät bei der Universität Bern und die Stiftung eines altkatho-

lischen Bistums daselbst gab die Regierung ihren festen Entschluß zu erkennen, der vom Jesuitismus erfüllten römischen Papstkirche eine freiere, unabhängigere Geistlichkeit entgegenzustellen. Als der katholische Kirchengemeinderat in Bern den Altkatholiken den Mitgebrauch der katholischen Pfarrkirche für ihre gottesdienstlichen Funktionen gestattete, legten die Römischgesinnten Protest ein und April 1875. mieden, da derselbe keinen Erfolg hatte, fortan das in ihren Augen entweihte Gotteshaus. Die ausgewiesenen jurassischen Geistlichen verlangten auf Grund der Bundesgesetze die Erlaubnis zur Rückkehr. Der Berner Regierungsrat widersetzte sich ihrer Zulassung. Als er durch Beschluß des Bundesrats zur Auf- Nov. 1875. hebung der „Pfaffensperre" sich genötigt sah, suchte sich die Kantonalregierung durch ein neues „Kultuspolizeigesetz" gegen Ausschreitungen und Mißbräuche sicherzustellen. Die Ultramontanen in der Schweiz, durch eine päpstliche Encyklika zur Erhaltung der Glaubenseinheit aufgemuntert, strengten alle Kräfte 23. März. an, um die Einführung der Zivilehe zu verhindern. Die bejahenden Stimmen errangen aber schließlich doch die Mehrheit. 23. Mai.

Dagegen erlangten im Kanton Tessin die Klerikalen die Oberhand, ver- Tessin. änderten die Verfassung im ultramontanen Sinn und bedrückten ihre Gegner Sept. durch ein terroristisches Regiment. Sie beschlossen die Herstellung der auf den Aussterbefuß gesetzten drei Kapuzinerklöster in Lugano und zwei andern Orten und suchten durch ein künstliches Wahlgesetz sich für alle Zukunft die Herrschaft im Kanton zu sichern. In Tessin erreichte der Fanatismus der Ultramontanen eine Höhe, daß Tumulte und Mordanfälle die öffentliche Sicherheit und das friedliche Zusammenleben gefährdeten, und daß in dem vielgenannten Stabioprozeß ein oberstes Bundesgericht gegen kantonale Justizvergewaltigung einschreiten mußte. In dem Stabioprozeß war der alte Gegensatz zwischen Kleri- 1876. kalen und Liberalen zum häßlichen Ausbruch gekommen und hatte zu argen Gewaltthaten gegen die letztern geführt. Auch in der Folge gab die willkürliche Beeinträchtigung des Wahlrechts, welche zahlreiche Liberale und Radikale von der Wahl zum Großrat ausschloß, durch die in der Herrschaft befindlichen Kleri- 1889. kalen zu Unruhen und Tumulten und zum Einschreiten des Bundesrats Anlaß.

Unter diesen Kämpfen erstarkte der eidgenössische Gemeinsinn und die von Revision der Bundesverfassung. allen einsichtigen und patriotischen Männern längst als Notwendigkeit erkannte Revision der Bundesverfassung im Sinne der Stärkung der Zentralgewalt und Einschränkung des kantonalen Partikularismus brach sich durch allen Widerstand Bahn. Es galt, dem Bund die Leitung des Militärwesens, die Aufsicht über die Volksschule, Abwehr kirchlicher Übergriffe, die Kontrolle des Eisenbahnwesens, das Recht zu einheitlicher wirtschaftlicher und Justizgesetzgebung u. dgl. einzuräumen oder zu erweitern. Bei der ersten Volksabstimmung scheiterte der 1872. Entwurf an dem Widerstand der Welschen, Partikularisten und Ultramontanen. Bei einer spätern Abstimmung aber drang die bessere Einsicht durch und die 19. April 1874. Verfassungsrevision wurde zum Gesetz erhoben. Damit war der Übergang zum

Bundesstaat vollzogen. Den Kantonen war die Staatshoheit und Gesetzgebung nur soweit überlassen, als nicht allgemeine Zwecke der Eidgenossenschaft eine einheitliche Gewalt und Ordnung wünschenswert erscheinen ließen. Die Vertretung und Verteidigung nach außen, die Sicherung der Ordnung im Innern, das Heerwesen, allgemeine Wohlfahrts- und wirtschaftliche Einrichtungen wurden für Bundessache erklärt, allgemeine Niederlassungs-, Glaubens- und Gewissens-, Preß- und Vereinsfreiheit gewährleistet, der Jesuitenorden und die Errichtung neuer Klöster verboten, die Zivilehe eingeführt. Die oberste Bundesgewalt wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus dem Nationalrat und dem Ständerat besteht, ersterer durch das schweizerische Volk in direkter Wahl gebildet, letzterer eine Vertretung der Kantone. Bundesgesetze sollen überdies dem Volk zur unmittelbaren Abstimmung (Referendum) vorgelegt werden, wenn es von 30,000 schweizerischen Bürgern oder acht Kantonen verlangt wird. Die oberste vollziehende Behörde ist der Bundesrat.

Wirtschaftliche Fragen. Anarchistische Umtriebe. Mit der Zeit wurden auch in der Schweiz die kirchenpolitischen Gegensätze milder und man suchte zu einem Ausgleich zu gelangen. Statt des Kulturkampfs traten die wirtschaftlichen Fragen mehr in den Vordergrund. Für den Verkehr mit Deutschland und Italien und die Handelsinteressen der drei beteiligten Länder war von der größten Bedeutung die Eröffnung eines direkten Schienenwegs durch den St. Gotthard. Das großartige Unternehmen des Durchbruchs der Alpenwand wurde von einer Aktiengesellschaft unter finanzieller Beteiligung der Regierungen von Deutschland, Italien und der Schweiz ausgeführt und unter glänzenden Feierlichkeiten als völkerverbindendes Friedenswerk dem Verkehr übergeben. (Mai 1882.) Das Alkoholgesetz, welches das Branntweinmonopol einführte, fand bei der Volksabstimmung eine gewaltige Mehrheit. (15. Mai 1887.) Viele Verdrießlichkeiten bereiteten der Schweiz die Umtriebe der zahlreichen auswärtigen Sozialisten und Anarchisten, welche auf eidgenössischem Boden, namentlich in Zürich, Zuflucht suchten und von dort aus ihre wühlerische Thätigkeit entfalteten. Die freisinnigen Grundsätze und Einrichtungen der schweizerischen Verfassung gerieten mit der den auswärtigen Staaten schuldigen Pflicht der Unterdrückung feindseliger Anschläge wiederholt in Streit und Gegensatz. Wegen Duldung anarchistischer und sozialistischer Umtriebe und Verhaftung eines deutschen Polizeibeamten kam die Schweiz im Sommer 1889 in Verwickelungen mit Deutschland, die sich in gereiztem Schriftwechsel, Drohungen mit Repressalien, Kündigung des Niederlassungsvertrags kund gaben. Die schweizerischen Bundesbehörden sahen sich schließlich veranlaßt, die Fremdenpolizei gegen anarchistische und revolutionäre Elemente zu verstärken und zu dem Zweck einen Bundesanwalt anzustellen.

V. Großbritannien.

1. Auswärtige und Kolonialpolitik.

Im Anfang unsres Jahrhunderts stand England unter den Krieg führenden Mächten in erster Reihe und erntete beim Weltfrieden 1815 reiche Früchte. Englands auswärtige Politik. Von dieser aktiven Politik nach außen ist das britische Inselvolk zurückgekommen: mit Ausnahme der Feldzüge an der untern Donau und in der Krim hielt es sich von den kriegerischen Verwickelungen Europas fern. Allein die Regierung beobachtete die Neutralität nicht immer so sorgfältig, daß ihr nicht aus ihrer zweideutigen Haltung Widerwärtigkeiten und Nachteile, ja selbst Demütigungen erwachsen wären: die englischen Gunstbezeugungen konnten den Dänen nicht den Verlust von Schleswig-Holstein ersparen; Rußland benutzte den deutsch-französischen Krieg, um sich in brüsker Weise von einigen Bestimmungen des Pariser Friedens loszusagen (XV, 2. 72); die Verwendung des Londoner Kabinetts, um den Franzosen günstigere Friedensbedingungen zu verschaffen, blieb ohne Erfolg (XV, 2. 434), und durch die geheime Begünstigung der südlichen Staaten Nordamerikas im Krieg gegen die Union verfeindete sich England mit der Regierung in Washington. In der Alabamafrage (XV, 2. 230) mußte die stolze Nation schließlich ihr Unrecht bekennen, einen Schadenersatz von 15,500,000 Dollar leisten und als völkerrechtlichen Grundsatz zugestehen, daß jede neutrale Regierung verpflichtet sei, die Ausrüstung und das Auslaufen von Kreuzern zu verhindern und nicht zu dulden, daß ein Kriegführender ihre Häfen als Operationsbasis oder zur Erneuerung oder Vermehrung militärischer Vorräte, Waffen oder Mannschaft gebrauche. Auch in dem Grenzstreit mit Amerika über die San Juan-Inseln wurden durch den Schiedsspruch des deutschen Kaisers Okt. 1872. die englischen Forderungen zurückgewiesen. Zu ihrer Politik der Enthaltsamkeit wurde die Regierung nicht allein durch die Friedensliebe und durch die Fürsorge für den ungestörten Fortgang des Handels- und Industrielebens geführt; sie hatte auch erkannt, daß das englische Heerwesen hinter der Streitmacht der Kontinentalstaaten weit zurückstehe sowohl an Stärke als an Organisation: aber zu umfassenden Reformen nach Art der festländischen Militärstaaten war das Parlament nicht zu bewegen. Mit Mühe wurde gegen den Widerspruch des Oberhauses die Abschaffung des Stellenverkaufs bei der Armee durchgeführt. Und doch bargen die Fortschritte, welche Rußland in Zentralasien machte, und die zunehmende Zerrüttung des türkischen Reichs, die stets wieder von neuem eine orientalische Frage auf das Forum der europäischen Politik und Diplomatie einführen konnte, Keime von Kämpfen und Zerwürfnissen im Schoß, die leicht auch das Inselreich wieder zu einem Landkrieg forttreiben mochten. Wie seit

der Alabamafrage gegen Nordamerika eine gewisse nationale Eifersucht obwaltete, so seit dem Chiwakrieg gegen Rußland. Vielleicht war auch darin die Ursache zu suchen von der für ein so fortgeschrittenes Kulturland fast unbegreiflichen zurückhaltenden Stellung des englischen Ministeriums gegenüber den Brüsseler Konferenzen zur Aufrichtung eines internationalen Kriegsvölkerrechts. Im Vertrauen auf die Seemacht, in der England mit Recht das Fundament seiner Größe und Herrschaft erblickt, und durch die insularische Lage vor feindlichem Eindringen mehr geschützt als die Kontinentalstaaten, war die großbritannische Regierung nicht geneigt, sich durch Bestimmungen binden zu lassen, die möglicherweise der freien Bewegung der Flotte, der unbeschränkten Verfügung über die Marine im Weg stehen möchten. Unter Anerkennung der humanen Gesinnungen und Absichten, von denen Kaiser Alexander II. bei der Veranstaltung eines Areopags in Brüssel zur Festsetzung gewisser Rechtsbestimmungen in Kriegsfällen geleitet worden, lehnte das Londoner Kabinett nach Beendigung der Brüsseler Konferenzen die weitere Beteiligung ab.

Der Aschantikrieg.

Das Augenmerk aller englischen Regierungen war stets auf die große überseeische und koloniale Politik, auf die Beherrschung des Meeres, auf die Aufrechterhaltung der Stellung als erstes und mächtigstes See- und Handelsvolk gerichtet, und hierbei scheute auch keine Regierung, mochte sie in europäischen Wirren noch so friedliebend sein, vor kriegerischen Verwickelungen zurück. Wie früher in Abessinien (XV, 2. 24), so hat England im Jahr 1873 an der Westküste Afrikas sein oberherrliches Ansehen gegen das eingeborne Volk der Aschanti mit den Waffen geltend gemacht und aufs neue gefestigt. Jenes reiche Küstenland, das sich im Norden des Golfs von Guinea bis nach Sierra Leone hinzieht und dessen Mittelpunkt die Goldküste bildet, war schon seit den Entdeckungsfahrten der Portugiesen der Schauplatz einer regsamen Handelsthätigkeit: verschiedene Völker hatten daselbst Niederlassungen gegründet und ihre Faktoreien durch Forts und Besatzungen in der Nähe des Meeres geschützt, so die Portugiesen, Holländer, Dänen und Engländer. Man erhandelte von den Eingebornen Goldstaub, Elfenbein, Ölpflanzen, Guranüsse und andre Produkte der heißen Zone und holte dort in frühern Jahren die Neger, welche als Sklaven die Pflanzungen der Weißen in Westindien und in den Staaten des amerikanischen Festlandes bestellten. Die angrenzenden Negerstämme, unter denen die wilden kriegerischen Aschanti mit dem Hauptort und Königssitz Kumassi die erste Stelle einnahmen, standen in einem Vasallen- oder Schutzverhältnis zu den Europäern, die durch ihre Küstenforts und ihre kriegerische Überlegenheit ihr Ansehen zu behaupten wußten. Im Lauf der Jahre gewannen die Engländer die größte Macht auf der Goldküste, und als Holland durch den Vertrag vom 6. April 1872 seine dortigen Besitzungen der Regierung von Großbritannien abtrat, wogegen diese ihrem Protektorat in Sumatra entsagte, war die ganze Goldküste in britischen Händen. Unter diesen von Holland den Englän-

dern überlassenen Besitzungen war auch das Fort Elmina, auf welches der Aschanti-König Koffi Kalkalli Anspruch machte. Aus feindlichen Überfällen entwickelte sich nun ein Krieg, zunächst zwischen den Aschanti und dem unter englischer Schutzherrschaft stehenden Nachbarstamm der Fanti, der aber bald, da die von den stärkern Aschanti überwältigten Fanti sich in den Bereich der Forts Cape Coast Castle und Elmina zogen, die Engländer selbst berührte. Der Anführer der Aschanti, Atoschiempon, voll Rachbegier wegen einer frühern Gefangenschaft, fiel mit einem großen, zum Teil mit englischen Hinterladern bewaffneten Heer in das britische Gebiet ein, begünstigt von den Einwohnern von Elmina, welche über den Wechsel der Herrschaft infolge des holländisch-englischen Tauschvertrags unzufrieden waren. Da beschloß die englische Regierung, ihre bedrohte Herrschaft in Westafrika nachdrücklich zu verteidigen und die wilden Aschanti, welche sich stets als die erbittertsten Feinde der europäischen Niederlassungen gezeigt, weiter in das Innere zurückzuwerfen. So gingen denn beträchtliche Streitkräfte, mit trefflichem Geschütz versehen, unter dem neuen Gouverneur und Oberbefehlshaber Sir Garnet Wolseley nach dem westafrikanischen Küstenland ab. Elmina wurde durch eine Beschießung für seine zweideutige 13. Juni 1873.
Haltung gezüchtigt; bald sahen sich die Aschanti, durch die europäische Kriegskunst in einer Reihe von Gefechten überwunden und durch Krankheit, schlimme Witterung und Mangel an Vorräten sehr geschwächt, zur Räumung des Protektoratsgebiets und endlich zum Rückzug nach Kumassi genötigt. Diese Stadt zu erobern, den König im Herzen seines Landes und Volks anzugreifen, war nun des englischen Oberbefehlshabers Kriegsplan, der auch zu Anfang des neuen Jahres zur Ausführung kam. Wie viele Schwierigkeiten immer die von Wald Jan. 1874.
und Gebüsch durchzogene Landschaft darbot, der Marsch wurde unternommen und mit Hilfe der als Lastträger verwendeten Fanti glücklich beendigt. Vergebens suchte der ebenso schlaue als grausame König Koffi Kalkalli die feindliche Armee, nachdem sie den Grenzfluß Prah überschritten, durch Friedensunterhandlungen mittels gefangener Missionare vom weitern Vorrücken abzuhalten, um Zeit zu Verteidigungsanstalten zu gewinnen; Wolseley ließ sich von seinem Ziel nicht abirren; ohne die Verhandlungen ganz von der Hand zu weisen, setzte er seinen Marsch fort. Bald stieß er auf feindliche Kriegshaufen, welche gedeckt von Bäumen, Buschwerk und Dorfhütten ihre Feuergewehre auf die Europäer richteten, so daß der Zug mit größter Vorsicht vorrücken mußte. In den ersten Tagen des Februar näherte sich Wolseley der durch die Flucht der Einwohner verödeten Hauptstadt Kumassi, die, zum Teil von den Entflohenen selbst in Brand gesetzt, in kurzem ein Raub der Flammen ward. Auch der König hatte 4. Febr.
sich geflüchtet; er erkannte jedoch die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Kriegs, da alle Nachbarstämme auf seiten der Europäer standen. Daher schloß er, als Garnet Wolseley mit dem Hauptheer bereits wieder in Cape Coast Castle eingetroffen war, mit dem in Kumassi zurückgebliebenen General Glover einen

19. Febr. 1874. Friedensvertrag ab, worin er allen Ansprüchen auf das britische Protektoratsgebiet entsagte und sich zur Zahlung von 50,000 Unzen Goldes als Kriegsentschädigung anheischig machte. Auch brachten die Engländer den Häuptling zu dem Versprechen, dem greuelvollen Gebrauch der Menschenopfer, deren Spuren und Denkmäler die Einziehenden mit Entsetzen erfüllt hatten, nach Kräften Einhalt zu thun. Ein glänzender Empfang bei der Rückkehr nach England bezeugte dem Gouverneur und seinen Truppen den Dank und die Anerkennung der Nation.

Einschreiten gegen den Sklavenhandel in Zanzibar. Auch auf der Ostküste Afrikas feierte die englische Marine und zugleich die Humanität einen Sieg. Von Zanzibar aus wurde ein schwunghafter Sklavenhandel betrieben. Die englische Regierung schickte eine Gesandtschaft an den Sultan, die ihn zur Abstellung des unwürdigen Treibens bewegen sollte. Da aber der Herrscher keine Neigung zeigte, zu gunsten der philanthropischen Ideen Englands dem einträglichen Geschäft zu entsagen, und die Abgesandten unverrichteter Dinge abzuziehen nötigte, erhielt der Admiral Cumming Befehl, von Bombay aus mit einigen Kriegsschiffen an der Küste von Zanzibar zu landen und den Sultan mit nachdrücklicheren Gründen von seinem Unrecht zu überzeugen. In der That machte die Erscheinung des Geschwaders solchen Eindruck auf das Gemüt des Barbarenhäuptlings, daß er die früher zurückgewiesenen Juni 1873. Vertragsbedingungen annahm. Noch an demselben Tag wurde der Sklavenmarkt in Zanzibar geschlossen.

Südafrika. Die Boers und der Krieg mit den Zulukaffern. Auch das südliche Afrika behielt England unausgesetzt im Auge. Das **Kapland** hatten die Engländer in den napoleonischen Kriegen und den darauf folgenden Friedensschlüssen von den Holländern, in deren Besitz das Land früher gewesen, erworben, und die wichtige Kolonie entwickelte sich seitdem zu großer Blüte. Allein die dort ansässigen holländischen Bauern, **Boers**, ein kräftiger und zäh an seinen Überlieferungen und Sitten festhaltender Menschenschlag, waren mit vielen Einrichtungen des neuen Regiments unzufrieden; viele wanderten aus und gründeten unter fortwährenden Kämpfen mit den Kaffern andre Niederlassungen am Oranjefluß und an der Meeresküste, wie **Natal**, die aber bald ebenfalls von den Engländern in Besitz genommen wurden, trotz tapferer Gegenwehr der Boers. Einige Tausend der letztern unter Pretorius ließen sich, immer weiter zurückgedrängt, im Gebiet des Vaalflusses nieder und 1848. gründeten die **Transvaal-Republik**, die lange ihre Unabhängigkeit be-1877. hauptete. Ein unglücklicher Krieg derselben mit den Kaffern wurde aber von England zur Einverleibung der Republik benutzt. Das Streben der Engländer, das schöne und fruchtbare Küstenland von Englisch-Natal bis zur Delagoabai mit dem Transvaalgebiet zu vereinigen, führte zu Grenzstreitigkeiten mit den Zulus, dem streitbarsten kräftigsten Stamm der auf ihre Nationalität und Unabhängigkeit stolzen Kaffern, und zu einem Krieg mit Ketschwayo (Cetewayo), dem Nachfolger des im Jahr 1872 verstorbenen Zulukönigs Pandu. Ein

grausamer blutdürstiger Tyrann, der eine wohlbewaffnete Armee von 40,000 Mann um sich gesammelt und durch barbarische Disziplin in kriegstüchtigen Stand gesetzt hatte, war Ketschwayo kein zu verachtender Gegner. Dennoch ließ sich Sir Bartle Frere in einen Kampf ein, der durch die Unvorsichtigkeit und mangelhafte Führung des Befehlshabers den Engländern empfindliche Verluste brachte. Eine Heerabteilung wurde bei Isandula am Tugelafluß in einen Hinterhalt gelockt und fast gänzlich aufgerieben, Munition, Waffen, Schlachtvieh in großer 22. Jan. 1879. Menge vom Feind erbeutet; eine andre Heersäule unter Oberst Pearson wurde im Lager bei Ekowe eingeschlossen und hart bedrängt. Erst als Anfangs April April. beträchtliche Verstärkungen aus England und Indien nach Afrika abgesandt wurden, gelang es Sir Garnet Wolseley, dem Besieger der Aschanti, den die englische Regierung zum Zivil- und Militärgouverneur in Natal und Transvaal ernannt hatte, dem Krieg, gegen den sich im Parlament viele tadelnde Stimmen hatten vernehmen lassen, eine günstigere Wendung zu geben. Nach der Weisung des Oberbefehlshabers rückte Lord Chelmsford von neuem ins Feld. An dem Zug beteiligte sich auch der junge Prinz Napoleon und fand bei einem Ausspähungsritt den Tod in einem Hinterhalt unter den Speeren der 1. Juni. Kaffern. Die Zulus erlitten bei Ulundi eine vollständige Niederlage; das Heer 4. Juli. des Königs wurde zersprengt, mehrere Häuptlinge unterwarfen sich. Ketschwayo selbst suchte mit einer Abteilung seiner geschlagenen Armee Schutz in einem von Wald umgebenen militärischen Kraal oder Königsburg. Die Engländer verfolgten den Flüchtling und brachten ihn in solche Not, daß er sich ergeben mußte. 28. Aug. Er wurde als Gefangener in ein Fort der Kapstadt gebracht und sorgfältig überwacht. Trotz alles Barbarischen, welches sein Äußeres zeigte, war sein Benehmen ein königliches, stolzes und würdiges. Garnet Wolseley vollendete darauf mit Kraft und Umsicht die Beruhigung des Landes. Den Häuptlingen, unter welche das Land verteilt ward, wurden englische Beamten an die Seite gestellt, welche auf die Verwaltung einen starken Einfluß übten. Jede militärische Organisation sowie die Einfuhr von Feuerwaffen und Munition solle untersagt sein. In der Folge wurde das Zululand in drei Teile geteilt, einer unter englischen Schutz gestellt, in einen zweiten Ketschwayo zurückgeführt, ein dritter einem 1883. andern eingebornen Häuptling übertragen. Der letztere vertrieb den König Ketschwayo, der bald darauf starb. Sein Sohn Dinizulu suchte Anschluß an die Febr. 1884. Boers und vereinigte das Land wieder, soweit es nicht in englischem Besitz war. Zum Dank überließ Dinizulu den Boers einen Teil seines Reichs und erkannte ihr Protektorat an. Die Boers gründeten die Neue Republik und breiteten sich immer weiter in dem Zululand aus. Eine Waffenerhebung des Königs Dinizulu gegen die Engländer endigte mit seiner Niederlage und Gefangennahme. 1888. Die Besitzverhältnisse und die Hoheitsansprüche in jenen Landschaften sind fortwährend zwischen Boers, Engländern und Eingebornen streitig und in unaufhörlichem Wechsel begriffen. Die Boers des Transvaallandes hatten inzwischen

die Verlegenheit der Engländer zur Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit zu benutzen gesucht; sie weigerten sich, die britische Herrschaft fernerhin anzuerkennen, 1880. 1881. und errangen in dem darüber ausbrechenden Krieg in tapferm Kampf ansehnliche Erfolge, so daß die englische Regierung die Unabhängigkeit der Republik wieder anerkennen und sich auf sehr geringfügige Hoheitsrechte beschränken 1884. mußte. Das Land nahm den alten Namen Südafrikanische Republik wieder an. Ein andrer unabhängiger Freistaat der holländischen Boers behauptete sich in der Oranje-Republik. Eifersüchtig war aber die englische Regierung stets bemüht, die Boers-Republiken wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet in Abhängigkeit zu halten. So suchte sie zu verhindern, daß eine Eisenbahnverbindung mit dem Meer unter Vermeidung von englischem Gebiet zustandekomme. Darüber entstand ein Streit mit Portugal, durch dessen Gebiet eine Eisenbahn nach der Delagoabai gebaut wird, auf welche letztere die Engländer schon lange lüsterne Blicke richteten.

Indien. Vor allem bildete das große angloindische Reich fortwährend den Gegenstand des höchsten Interesses und der eifersüchtigen Wachsamkeit der Nov. 1875. Staatsmänner an der Themse. Im November des Jahres 1875 stattete der Prinz von Wales dem wichtigen Koloniallande im fernen Osten einen glänzenden Besuch ab, der mehrere Monate hindurch der englischen und der gesamten europäischen Journalistik reichen Stoff zu Schilderungen und Beschreibungen der prunkvollen Festlichkeiten, Jagdzüge und Geschenke darbot, womit die Anwesenheit des künftigen Herrschers von den eingebornen Fürsten und Großen gefeiert ward. Dem Besuch lag die Absicht zu Grunde, durch persönlichen Verkehr das Band zwischen Mutter- und Tochterreich fester zu knüpfen. Bei dem steten Vordringen der Moskowitischen Macht im mittlern Asien, seit der Unterwerfung von Chiwa (XV, 2. 567 f.), mußte England auf Befestigung seines Ansehens und seiner Herrschaft in dem Indusland bedacht sein. Denn wie in der Balkanhalbinsel die slawischen Gefühle zu wecken, so wußte die russische Politik in dem Gebiet des Amu-Darja und des Sir-Darja oder Sihon, der in der alten Geschichte vielgenannten Ströme Oxus und Jaxartes, mit geschickter Hand die noch unabhängigen mohammedanischen Fürsten in das russische Interesse zu ziehen und als Pioniere für die Ausbreitung des Zarenreichs zu gebrauchen. Daher war das Augenmerk des Staatsmanns Disraeli, der seit 1874 an der Spitze des englischen Kabinetts stand, vor allem dahin gerichtet, dem weitern Vordringen der russischen Macht in Asien wie in Europa Einhalt zu gebieten und dem Inselreich in der großen Weltpolitik wieder die beherrschende Stellung zurückzugewinnen, die es in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts behauptet hatte. Es war eine Huldigung an den britischen Stolz, als der im Jahr 1876 zum Lord Beaconsfield erhobene Disraeli, wenn auch nicht ohne Widerspruch von seiten der parlamentarischen Opposition und eines großen 23. März u. 3. April 1876. Teils der Nation, die Bill durchsetzte, kraft deren die Königin von England

fortan auch den Titel Kaiserin von Indien führen solle, eine Rangerhöhung entsprechend den Würden der Herrscher von Deutschland, Rußland und Österreich. Mit Umsicht und Thatkraft wurde im Jahr 1874 eine drohende Hungersnot von Indien abgewendet, die, wenn nicht rechtzeitig von nah und fern die nötigen Lebensbedürfnisse herbeigeschafft worden wären, Millionen in Elend und Tod gestürzt haben würde. Bei einer Wiederholung desselben Notstandes im Jahr 1877 entfaltete England die gleiche werkthätige Energie.

Das indische Reich bildete fortwährend den Mittelpunkt der auswärtigen Politik Afghanistan.
Englands; die Beziehungen zu Rußland und der Türkei wurden vorzugsweise durch die Rücksichten und Hintergedanken auf die große mittelasiatische Ländergruppe bestimmt. Die zahlreiche mohammedanische Bevölkerung jener Ostwelt legte den Männern an der Themse die Notwendigkeit auf, gegen den Padischa von Stambul, das Haupt der Islamischen Gläubigen, mit schonender Fürsorge vorzugehen; und das stetige und konsequente Vorrücken des moskowitischen Einflusses in Afghanistan war geeignet, Englands Mißtrauen zu erregen und gab der Regierung gegründeten Anlaß, fortwährend auf ihrer Hut zu sein. Seit den großen an Siegen und Niederlagen reichen Kämpfen, welche die Engländer im Anfang der vierziger Jahre gegen die aufständischen Gildschi und die treulosen Beherrscher von Kabul, Kandahar und andern Städten und Landschaften Afghanistans führen mußten (XV, 1. 191 f.), hatte ein friedlicheres und freundschaftlicheres Verhältnis Platz gegriffen. Dost Mohammed und sein Sohn Schir-Ali-Chan hatten mit unbotmäßigen und rebellischen Stammfürsten und trotzigen Lehnträgern soviel zu schaffen, daß sie weitern Verwickelungen mit den englischen Großbeamten und Heerführern sorgfältig aus dem Weg gingen, zumal solange diese die gierigen Hände der Emire mit Gold füllten, durch Jahrgelder sie bei gutem Willen zu erhalten suchten. Diese innern Kämpfe und Aufstände mehrten sich, als Dost Mohammed im höchsten Alter starb und sein 29. Mai 1863.
von ihm zum Nachfolger ernannter Sohn Schir-Ali-Chan die Würde eines Emirs von Kabul antrat. Seine Brüder und Verwandten machten ihm die Herrschaft streitig und zogen mit bewaffneten Heerhaufen wider ihn zu Feld. Ganz Afghanistan wurde nunmehr von einem mehrjährigen wechselvollen Krieg erfüllt, der den Engländern eine schiedsrichterliche Autorität über die hadernden Häuptlinge verschaffte. Schir-Ali siegte endlich nach mehreren Treffen über seine Widersacher und Rivalen. Sein kräftigster Gegner, sein Neffe Abdurrahman, zog sich nach Balkh-Turkestan zurück, während Schir-Ali mit Hilfe seines Sohnes Jakub von Herat in Kabul, Kandahar und dem übrigen Afghanistan die Herrschaft an sich brachte und die Würde eines Emir 1868.
behauptete. Im folgenden Jahr wurde auch Abdurrahman von seinem Oheim und dessen General Mohammed Rafik bei Ghasna aufs Haupt geschlagen und zur Flucht Jan. 1869.
genötigt. Er rettete sich auf britisches Gebiet, unermüdlich beflissen, dem Herrscher von Kabul allenthalben Feinde zu erwecken. Schir-Ali gebrauchte seine errungene Machtstellung zu innern Reformen. Er suchte die Lehnsverbände zu lockern, die Vasallen und Verbündeten zu Unterthanen zu machen und zur Heeresfolge zu zwingen. Dadurch reizte er die Anhänger der altnationalen Einrichtungen zum Widerstand, der neue Verwirrungen über das Land brachte. Selbst Schir-Alis Sohn Jakub stand in 1870—1874.
den Reihen der Gegner. Die Engländer, die sich stets auf die Seite des Mächtigsten zu stellen bedacht sind, hatten mit Schir-Ali auf einer persönlichen Zusammenkunft desselben mit Lord Mayo, dem Generalgouverneur von Indien, einen Freundschafts- März 1869.
bund geschlossen, der die Anerkennung des Emirs als Herrschers von Afghanistan

besiegelte. Aber nach einigen Jahren merkten die englischen Herren, daß Schir-Ali mehr und mehr zu Rußland hinneigte, und daß der moskowitische Einfluß am Hof zu Kabul, wo man den Engländern wegen ihrer frühern Parteinahme für die Rivalen Schir-Alis tiefen Groll trug, das Übergewicht erhielt. In der Hauptstadt wurde General Stoljetow, ein in den diplomatischen Verhältnissen Zentralasiens wohlbewanderter Mann, an der Spitze einer zahlreichen russischen Gesandtschaft, mit ostentativem Entgegenkommen empfangen. Wir wissen, welche Fortschritte das Zarenreich in Turkestan, in dem Flußgebiet des Oxus gemacht hatte (XV, 2. 567 f.). Sollte nun die englische Regierung ruhig zuschauen, wie nach und nach auch Afghanistan in das Machtbereich Rußlands gezogen, vielleicht ihre eigne Herrschaft am Indus bedroht würde? Es wurde daher an den Emir die Forderung gestellt, er sollte auch einen britischen Gesandten, der zu seiner Sicherheit von einem großen bewaffneten Gefolge begleitet sein würde, in seiner Hauptstadt Kabul aufnehmen und residieren lassen. Der Afghanenfürst lehnte die Zumutung ab und untersagte dem Gesandten, Lord Chamberlain, als dieser an der Grenze des Landes erschien, die Weiterreise. Diese Schmach konnte sich England nicht bieten lassen.

Englisch-afghan. Krieg. Es wurden im Parlament scharfe Reden geführt, und da die Verhandlungen mit dem Emir und der diplomatische Notenwechsel mit dem Petersburger Kabinett nicht den erwünschten Erfolg hatten, besetzten die Engländer die Stadt Quetta am
Dez. 1878. Eingang des nach Kandahar und Kabul führenden Bolanpasses und richteten an Schir-Ali ein Ultimatum, worin sie in scharfen Worten die Zulassung der Gesandtschaft verlangten. Zugleich erteilte der Vizekönig Lytton den Anführern der westlichen Heere den Befehl, sich der drei Zugangspässe zu dem Land zu bemächtigen. Schon waren die englisch-indischen Truppen mitten im Winter bis Dschellalabad vorgerückt, als Schir-Ali, der fürchtete in das Abhängigkeitsverhältnis indischer Vasallenfürsten gezwungen zu werden, seine Hauptstadt verließ und sich auf russisches Gebiet flüchtete, die Regentschaft seinem Sohn Jakub, den er bisher in Gefangenschaft gehalten, übertragend. Er wandte sich an den General Kauffmann in Taschkent und dieser ließ eine Heerabteilung in der Richtung von Merw vorrücken. Nun stand ein neuer Krieg vor der Thür. Sollte aber Rußland, das soeben dem Berliner Kongreß beigewohnt und zugestimmt hatte, den mühsam geschlossenen europäischen Frieden aufs neue durch Unterstützung des asiatischen Fürsten gefährden? Es schien geraten, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, streitige Punkte nicht zu einer schroffen Entscheidung zu drängen, nicht durch brüskes Vorgehen einen Kriegsfall zu veranlassen. Das Petersburger Kabinett überließ den flüchtigen Emir seinem Schicksal und meldete der Londoner Regierung, daß man die russische Gesandtschaft zurückgezogen habe. Im Londoner Parlament erhob sich unter der Führung Gladstones eine scharfe Opposition gegen die unruhige „Kaiserpolitik" des Toryministers Beaconsfield; dennoch beharrte der Lord auf seinem Vorhaben, der englischen Regierung in Afghanistan einen vorwiegenden Einfluß zu verschaffen. Nur wenn die Pässe in englischer Gewalt seien und in Kabul und den andern großen Städten Afghanistans britische Gesandten und Agenten in Sicherheit verkehren könnten, sei die Nordwestgrenze Indiens hinreichend
21. Febr. 1879. geschützt. Das Glück begünstigte diese zugreifende Politik. Schir-Ali starb in seinem Zufluchtsort in der Nähe von Balkh, und sein Sohn und Erbe Jakub Chan hatte so viele Feinde und Widersacher, daß er nur mit Hilfe der Engländer des anarchischen Zustandes Meister zu werden hoffen konnte. Er begab sich daher mit mehreren höhern Würdenträgern und Familiengliedern nach Gandamak, wo sich das englische Hauptquartier befand, und schloß mit dem britischen Bevollmächtigten, Major Cavagnari, einen
26. Mai. Friedensvertrag ab, kraft dessen die drei nach dem afghanischen Bergland führenden

Hochstraßen in dem Besitz der Engländer bleiben, in Kabul ein britischer Gesandter mit hinreichendem Gefolge residieren und in den andern Städten englische Agenten geduldet werden sollten; dafür wurde dem Emir eine jährliche Subsidie von 60,000 Pfd. St. zugesichert. Darauf hielt Cavagnari als englischer Gesandter mit seinem Gefolge seinen Einzug in Kabul und wurde von Jakub Chan ehrenvoll empfangen. 21. Juli 1879.
Aber einige Wochen nachher traf die Schreckensbotschaft in London ein, daß der Gesandte Cavagnari mit seiner aus siebenundsechzig Mann bestehenden Begleitung von meuterischen Soldaten, denen sich das Stadtvolk angeschlossen, überfallen und er- 3. Sept.
mordet worden sei, und im ganzen Land Anarchie und Empörung herrsche. Der Emir selbst flüchtete sich in das Lager des Generals Baker, erklärte seinen Entschluß abzudanken und wurde dann nach Indien gebracht. Die Insurgenten erreichte bald die verdiente Strafe. General Roberts zog, nachdem er die afghanischen Truppen und die wilden Stämme der Gildschi (Ghilzais) in einem heißen Treffen überwunden, wieder in Kabul ein, besetzte die Citadelle Balahissar und ließ die Haupturheber und 12. Okt.
Rädelsführer des Aufruhrs am Galgen sterben, die aufständischen Landschaften mit Feuer und Schwert verwüsten. Aber dieses Schreckensregiment, zu dem sich die Besatzung ihrer eignen Sicherheit wegen genötigt sah, erzeugte neue Empörung. Erbittert über die Fremdherrschaft, die nach der Abdankung des Emirs dem Land drohte, griffen die Afghanen abermals zu den Waffen und nötigten den General Roberts die Stadt zu räumen und alle Truppen in dem verschanzten Lager von Schirpur zu ver- 15. Dez.
sammeln. Hier wehrten diese die stürmenden Feinde solange ab, bis General Gough mit Verstärkungen heranzog. Noch ehe diese eingetroffen waren, machte General Roberts einen energischen Ausfall und trieb die Insurgenten in wilde Flucht. Nun 24. Dez.
konnte Kabul wieder besetzt und neue Strafgerichte über die Schuldigen verhängt werden. Das Jahr 1880 fand die Engländer scheinbar als die eigentlichen Herren Kabulistans; Abdurrahman, den sie als Emir einsetzten, war nur ein Geschöpf und Schützling der englischen Regierung. Sie verkannten aber die Schwierigkeit, ein streitbares, durch Kämpfe, Aufruhr und Anarchie verwildertes, von treulosen Häuptlingen geleitetes Volk in Gehorsam und Unterwürfigkeit zu halten. Im Juli 1880 wiederholten sich die Szenen des Aufruhrs, die in frühern Jahren die englisch-indischen Truppen in dem schwer zugänglichen Gebirgsland Afghanistan so oft in schlimme Lage gebracht. Durch einen Militäraufstand in Kandahar überrascht, geriet die englische Besatzungsarmee durch den Fürsten von Herat, Ejub Chan, Bruder des abgesetzten Jakub, in eine Bedrängnis, die an das Jahr 1839 erinnerte. Es begann jetzt ein hartnäckiger und wechselvoller Krieg um Kandahar zwischen den Engländern und ihrem Schützling Abdurrahman auf der einen und Ejub Chan auf der andern Seite. Der letztere unterlag aber nach tapferstem Widerstand, mußte seine Hauptstadt Herat preisgeben und nach Persien fliehen. Abdurrahman war damit Herr von ganz Okt. 1881.
Afghanistan. Doch bereitete die Eifersucht zwischen Engländern und Russen immer neue Wirren. Die Russen, welche sich in Merw festgesetzt hatten, beanspruchten ein bedeutendes Grenzgebiet, zogen mit Truppenmacht ein und setzten ihre Ansprüche zum Jan. 1884.
größten Teil durch. Mit eifersüchtigen Blicken beobachten seitdem die beiden Groß- 1886.
mächte das wichtige Land, wo ihre asiatischen Gebiete und Interessen zusammenstoßen.

Auch das große hinterindische Reich **Birma**, dessen einer Teil bereits seit Birma.
langen Jahren unter englischer Hoheit stand (XV, 1. 192 f.), wurde in neuester Zeit vollständig dem britischen Weltreich einverleibt. In Birma herrschte seit dem Jahr 1878 König **Thibau**, ein blutgieriger, wollüstiger und wahnwitziger Tyrann, der mit unmenschlichen Greuelthaten gegen seine Unterthanen und seine

eigne Familie wütete. Handelsbelästigungen und Grenzstreitigkeiten veranlaßten
1885. die englisch-indische Regierung zu einem Feldzug. Mit leichter Mühe unterwarf General Prendergast die schlechtgerüsteten Birmanen, bemächtigte sich der Hauptstadt Mandalay und nahm von dem Land Besitz für die englische Krone. König Thibau ergab sich und wurde nach Indien gebracht. Ein Volksaufstand
1886. im folgenden Jahr, wobei die Stadt Mandalay in Flammen aufging, wurde unterdrückt. Die britische Verwaltung war seitdem bemüht, in dem zerrütteten Land die Ordnung herzustellen.

Ägypten. Cypern. Die Ereignisse in Ägypten, welche das alte Pharaonenland, die Wasserstraße nach Indien und Südasien, die Vorherrschaft im Mittelländischen Meer den Engländern immer mehr in die Hände spielten, zum Schaden des früher dort übermächtigen französischen Einflusses, haben wir oben im Zusammenhang der orientalischen Verwickelungen kennen gelernt (XV, 2. 600 ff.), ebenso wie die Erwerbung von Cypern als Anteil an der großen türkischen Erbschaftsmasse (XV, 2. 596).

2. Die Vorgänge im Innern.

Das Ministerium Gladstone im Innern. Stellung zur kath. Kirche. Unter den wichtigsten Aufgaben des liberalen Ministeriums Gladstone (XV, 2. 23) befand sich die Reform des Wahlrechts, die Ausdehnung des Gesetzes von 1867, welches allen Haushaltern in den Städten das Wahlrecht verlieh, auf die ländliche Bevölkerung und die Einführung der geheimen Abstimmung. Das letztere Ziel wurde nach hartem Kampf mit dem Oberhaus im Jahr 1872 erreicht; die Lösung der andern Aufgabe, welche die öffentliche Meinung aufs lebhafteste beschäftigte, gelang erst später. Der Kampf mit der römischen Kirche, der in den siebziger Jahren den ganzen Kontinent erfüllte, blieb auch England nicht erspart. Auch in England sollte die Wahrheit des Erfahrungssatzes zu Tage treten, daß mit der römischen Hierarchie kein ehrlicher Vergleich auf der Basis der Gerechtigkeit und Billigkeit abgeschlossen werden könne, daß dieselbe in ihrer unbegrenzten Herrschsucht nur auf Unterwerfung aller widerstrebenden Elemente hinausgehe. Vergebens hatte die Regierung gehofft, in Irland einen konfessionellen Friedenszustand zu schaffen, als sie die Entstaatlichung der englischen Hochkirche durchsetzte; die klerikalen Umtriebe hatten ihren ununterbrochenen Fortgang; und als Gladstone, dem man stets geheime Neigung und Vorliebe für die katholische Kirche zugeschrieben hat, eine Reform der Dubliner Universität in Antrag brachte, durch welche manche Beschränkungen der Katholiken beseitigt, die hochkirchlichen „Colleges“ allmählich aufgelöst werden sollten, erfuhr er von konservativer und römisch-katholischer Seite den größten Widerstand, so daß die Bill nicht durchgeführt werden konnte und eine Minister-
März 1873. krisis eintrat, die einige Zeit andauerte. Da die konservative Partei sich außer stande erklärte, alsbald ein Ministerium zu bilden, führte Gladstone vorläufig

sein Amt fort. Je mehr aber der Ultramontanismus auch in England Boden gewann und bei einem Manning und Genossen in der stärksten und anmaßendsten Weise hervortrat, um so mehr regte sich auch bei dem Kern der Nation, in den bürgerlichen Kreisen der altnationale Haß und Widerwille gegen Papismus und Jesuitismus. Die kirchlichen Vorgänge in Deutschland fanden die lebhafteste Teilnahme bei dem englischen Volk; der alte freisinnige Lord John Russell berief eine große Versammlung, um dem deutschen Kaiser die Bewunderung des englischen Volks für seinen mannhaften Brief an den Papst und der deutschen Nation die Unterstützung der englischen in ihrem Kampf gegen den Ultramontanismus auszusprechen. Unter solchen Verhältnissen und Stimmungen war die vermittelnde und nachgiebige Politik Gladstones, die namentlich in der irischen Frage auf viel Widerspruch stieß, nicht mehr zeitgemäß; die Tories, die zwar für die Fortschritte des wirtschaftlichen Lebens, für die Interessen der Arbeiterbevölkerung und für die sozialen Fragen wenig Sinn zeigten, aber an den durch die Reformation geschaffenen religiösen Anschauungen und Ideen festhielten, gewannen immer mehr Boden in der öffentlichen Meinung, so daß ein baldiger Wechsel des Ministeriums sich voraussehen ließ. Vergebens wendete sich Gladstone noch einmal an die Nation, indem er bei Gelegenheit einer Niederlage in einer untergeordneten Frage das Parlament auflöste und neue Wahlen anordnete; als die Mehrzahl der seit der Wahlreform von 1872 durch geheime Abstimmung Gewählten den Tories angehörte, blieb dem alten politischen Kämpen nichts übrig, als sein Entlassungsgesuch einzureichen. Die Königin nahm es an und übertrug dem Haupt der Tories, dem Staatsmann und Schriftsteller Benjamin **Disraeli**, die Bildung eines neuen Ministeriums für seine Politik der „konservativen Reaktion". Gladstone zog sich in die Stille des Privatlebens zurück und widmete seine Muße dem Studium der kirchlichen und religiösen Dinge, die ihm von Jugend auf besonders am Herzen gelegen. Und um sich desto freier und ungestörter seinen litterarischen Arbeiten hingeben zu können, legte er einige Zeit nachher auch die Führerschaft der liberalen Partei im Parlament nieder. Die Schriften, worin der geistreiche Mann die religiösen Zeitfragen behandelte und sowohl gegen die englischen Ritualisten als gegen den Vatikan zu Felde zog, haben den Beweis geliefert, daß er nicht, wie seine Gegner behauptet hatten, den ultramontanen Anschauungen zuneige: die scharfen Angriffe gegen die Papisten haben in den römisch-katholischen Kreisen viel Staub aufgeworfen und eine Menge Gegenschriften hervorgerufen.

[Margin: 24. Jan. 1874. — 20. Febr.]

Rücktritt des Ministeriums Disraeli (Beaconsfield).

Trotz der günstigen Erfolge in den außereuropäischen Verwickelungen, die wir soeben kennen gelernt, wurde die öffentliche Meinung in England der ausgreifenden, kostspieligen, häufig auch rechtsverachtenden Kriegspolitik des Torykabinetts bald abgeneigt. Eine scharfe Opposition trat im Parlament und in der Presse zu Tage: Daß man immer ins Weite schweife, während im Lande selbst infolge einer schlechten Ernte, einer empfindlichen Geschäftsstockung in Handel und Industrie, einer

drohenden unheimlichen Agrarbewegung in Irland, viele Wunden klafften, erzeugte Mißstimmung; auch wollte man finden, daß das Ministerium Beaconsfield der Königin allzusehr zu Willen sei, der Krone über die parlamentarische Tradition hinaus zu viele Einwirkung in den Gang des öffentlichen Lebens gestatte. Dem Leiter der Regierung entging die Opposition nicht; er beschloß das Unterhaus vor Ende der Legislaturperiode aufzulösen und neue Wahlen anzuordnen. Er hoffte, die Nation würde dem Toryregiment, das so glänzende Erfolge nach außen aufzuweisen hatte, aufs neue ihr Vertrauen und ihre Anerkennung zuwenden. Allein Lord Beaconsfield erlebte den Verdruß und die Enttäuschung, daß die Mehrzahl der Gewählten aus Whigs, Liberalen und Radikalen bestand. Er erkannte daraus, daß seine Zeit vorüber sei und legte sein hohes Amt in die Hände der Königin nieder. Diese beauftragte darauf den alten Staatsmann
April 1880. Gladstone, das Haupt der liberalen Opposition, ein neues Ministerium nach seinem Sinn zu bilden. Disraeli widmete sich wieder dem Dienst der Musen,
April 1881. der ihm in frühern Jahren so viele Erfolge eingetragen, starb aber bald.

Neues Ministerium Gladstone. Irische Politik.

Die wichtigste Aufgabe für eine liberale Regierung lag in Irland vor. Hier geordnete Zustände herzustellen und drückende Übelstände zu beseitigen, war schon längst die eindringlichste Mahnung ergangen. Wir haben in frühern Blättern die traurigen agrarischen Verhältnisse in Irland kennen gelernt, wo fast der gesamte Grundbesitz in den Händen weniger großer angelsächsischer Latifundieninhaber sich befand und der einheimische irische Pächter und Tagelöhner durchgängig so schlecht gestellt war, daß er des Lebens Notdurft nicht zu bestreiten vermochte. Die irische Frage zog sich durch die Jahrhunderte hindurch, ohne daß je eine aufrichtige Versöhnung zwischen den durch Rasse, Religion, materielle und soziale Stellung schroff getrennten Herrschenden und Unterdrückten stattgefunden hätte. „Ein englisch und ein irisch Herz schlägt nie in Lieb' zusammen", heißt es in einem Volkslied. Für die offenen Aufstände früherer Zeiten war kein Boden mehr, um so unheimlicher und gefährlicher aber ging Verschwörung und Geheimbundwesen um; agrarische Morde und Gewaltthaten aller Art wurden ein alltägliches Ereignis; die Autorität des Gesetzes und der Behörden sank bis zur offenen Anarchie herab. Möglichste Loslösung von England und einheimische Regierung (Homerule) war das Feldgeschrei der irischen Unabhängigkeitsbewegung. Während der Führer der „Homeruler", Parnell, im englischen Parlament schneidig und rücksichtslos für seine gedrückten Landsleute eintrat und die revolutionäre Brüderschaft der „Fenier" von Nordamerika aus unablässig Anschläge gegen die britische Herrschaft machte, gelangte die „Landliga" zu einer Macht, die derjenigen der Regierung weit überlegen war. Abschaffung des englischen Grundherrentums, Einstellung der Pachtzahlungen, Wiedereinsetzung des irischen Volks in den ihm unrechtmäßig entrissenen Landbesitz, Abschüttelung der britischen Herrschaft war das offen verkündigte Ziel der irischen Patrioten. Ein wahres Schreckenssystem der gesellschaftlichen Ächtung (Boycottieren) wurde

wider die Gegner der Landliga verhängt. Die Leistung der Pachtzahlung wurde mit dem Tod bedroht und häufig genug durch Mord bestraft, und die Thäter blieben meist unentdeckt. Die Regierung suchte teils durch Unterdrückungs-, teils durch Reformmaßregeln diesen anarchischen Zuständen abzuhelfen. Ein im heftigsten parlamentarischen Kampf gegen die Homerulers zustandegekommenes Zwangsgesetz erteilte dem Vizekönig diktatorische Befugnisse zur Verhaftung und 1881. Gefangenhaltung von solchen, die des Hochverrats oder des Vergehens gegen die Ordnung des Landes verdächtig seien; ein andres Gesetz schränkte das Tragen von Waffen in Irland ein. Dagegen sollte das irische Landgesetz ein humanes billiges Verhältnis zwischen Pächtern und Grundbesitzern herstellen, Festsetzungen über die Höhe der Pachtsummen und die Dauer der Verträge treffen, auch Regierungszuschüsse zum Ankauf von Gütern gewähren. Es war ein wohlgemeinter, aber unzureichender Versuch, der agrarischen Not abzuhelfen. Die Aufregung, die Gewaltthaten, die blutigen Zusammenstöße ließen nicht nach. Allgemeines Entsetzen verbreitete die Schreckensthat im Phönixpark von Dublin, die Ermordung der höchsten Beamten, des Staatssekretärs Lord Cavendish und 6. Mai 1882. des Unterstaatssekretärs Bourke. Die gerichtliche Untersuchung leitete auf eine weitverzweigte Mordverschwörung von erschreckender Ausdehnung. Indessen konnte die später von der Zeitung Times aufgestellte und mit angeblichen Briefen Parnells und andrer Häupter der Landliga begründete Behauptung, daß die politischen Führer der irischen Bewegung in unmittelbarer Verbindung mit den Geheimbünden ständen und Anstifter oder Mitwisser der Frevelthat seien, nicht bewiesen werden. In einem Aufsehen erregenden Gerichtsverfahren wurden die Briefe als untergeschoben und gefälscht nachgewiesen (Februar 1889). Fortgesetzte Dynamitexplosionen in den englischen Handelsstädten zeugten von der unheimlichen Thätigkeit der Fenier und erregten Schrecken und Angst; selbst gegen das Ministerium des Innern in London wurde ein Sprengversuch unter- März 1883. nommen. Ratlos stand die Regierung diesen schrecklichen Ausbrüchen des Hasses gegenüber.

Ein Erfolg Gladstones war das Zustandekommen eines Wahlreform- Wahlreform. gesetzes, einer Ergänzung der Parlamentsreform von 1867. Das damals den städtischen Wahlbezirken verliehene Stimmrecht aller „Haushalter" wurde jetzt auf die ländliche Bevölkerung ausgedehnt, die Zahl der Wähler damit um zwei Millionen vermehrt und eine Ungleichheit des Landes gegenüber den Städten beseitigt. Verbunden war damit eine neue Einteilung der Wahlkreise, welche das platte Land in der Zahl der Vertreter gegenüber den Städten verkürzte und dadurch die konservative Partei zu schädigen drohte. Die Lords im Oberhaus leisteten denn auch der Bill, in der sie eine fortschreitende Demokratisierung der englischen Verfassung erblickten, den heftigsten Widerstand. Nachdem aber das Gesetz von den Peers einmal abgelehnt worden, bewog während der Parlamentsferien eine sehr lebhafte Reformbewegung, in die sich immer stürmischer

der Ruf nach Abschaffung oder Umgestaltung des freiheitsfeindlichen Ober-
Dez. 1884. hauses mischte, auch die Lords zur Nachgiebigkeit, so daß die Parlamentsreform
nach langen Kämpfen endlich zustandekam.

Toryepisode Salisbury. Juni 1885. Das Ministerium Gladstone, welches durch seine Mißerfolge in der auswärtigen Politik sich viel Tadel zugezogen, nahm seine Entlassung, als es in der Frage einer Steuer auf geistige Getränke durch eine Koalition der Konservativen und der Iren eine Niederlage erlitt. Lord Salisbury übernahm die Bildung eines Torykabinetts, dessen Seele Lord Randolf Churchill war, ein begabter, aber unzuverlässiger Politiker, der das Zusammengehen mit den Parnelliten zum Sturz Gladstones vorzugsweise betrieben hatte. Allein obschon die Konservativen auch bei den neuen Wahlen die Unterstützung der Homerulers fanden, vermochten sie doch eine Mehrheit nicht zu erlangen. Nur wenn die Iren mit ihnen stimmten, waren sie den Liberalen gerade gewachsen. Das Torykabinett war also von dem guten Willen Parnells, des „ungekrönten Königs von Irland" abhängig. Das alte Verhältnis, daß sich nur zwei große Parteien, Tories und Whigs, gegenüberstanden, war längst überwunden. Die Iren gaben den Ausschlag und waren für denjenigen zu haben, der den Forderungen nach Homerule
Jan. 1886. am weitesten entgegenkam. Als daher die Thronrede diese Forderungen ablehnte und neue Zwangsmaßregeln in Aussicht stellte, war das Schicksal des Ministeriums entschieden. Bei der ersten Gelegenheit, der Beratung der Adresse auf die Thronrede, vereinigten sich Liberale und Parnelliten zu einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung, worauf das Ministerium Salisbury zurücktrat und Glad-
3. Febr. stone aufs neue die Zügel der Regierung ergriff; die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm Lord Rosebery.

Gladstone abermals an der Regierung. Zugeständnisse an die Iren. Die irische Politik war jetzt zur entscheidendsten Frage geworden. Gladstone war geneigt, Homerule in einem so weitgehenden Sinn zu gewähren, daß die Gegner davon eine völlige Auflösung des staatlichen Bandes zwischen Irland und England und einen tödlichen Stoß gegen die Machtstellung Großbritanniens fürchteten. Er wollte den Iren ein besonderes Parlament für ihre ausschließlichen Angelegenheiten und ein eignes Ministerium gewähren, der Krone nur ein Vetorecht vorbehalten; die Wirksamkeit des Gesamtstaats sollte auf das äußerste Maß, auf Heer, Flotte, auswärtige Politik, Zölle u. dgl. eingeschränkt werden, ein Verhältnis etwa, wie es zwischen Ungarn und Österreich bestand. Demgemäß wurden zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: die Homerule-Bill, welche die Errichtung eines irischen Parlaments und einer irischen Regierung in Dublin anordnete, und die Landankaufsbill, welche 50 Millionen Pfund zum Ankauf von irischen Landgütern forderte, die in Staatspächtereien für irische Farmer umgewandelt werden und in den Besitz der Pächter übergehen sollten. Aber die irische Politik Gladstones schien der Mehrheit des englischen Volks zu gewagt, gewaltsam und gefährlich. Auch ein großer Teil der liberalen Volksvertreter mochte soweit nicht gehen. Eine Mehrheit im Parlament war für diese Pläne nicht zu er-

langen: die Bill wurde im Unterhaus abgelehnt, und als dasselbe aufgelöst wurde und Gladstone die irische Frage an das Volk brachte, erlitt er eine entschiedene Niederlage gegen die Konservativen und „liberalen Unionisten". Er reichte seine Entlassung ein und Lord Salisbury bildete abermals ein Kabinett, das aber freilich wieder eine konservative Parlamentsmehrheit nicht hinter sich hatte, sondern, wie früher von den Parnelliten, so jetzt von denjenigen Liberalen abhängig war, die sich in der irischen Frage losgetrennt hatten, ein sehr unsicheres Verhältnis, welches die Gefahr einer neuen Krisis in sich trug. Neue Zwangs- und Landgesetze beschäftigten das Parlament auch in der Session von 1887. Die Gärung in dem aufgewühlten Land dauerte fort und gab sich fortwährend in Tumulten, agrarischen Verbrechen und Dynamitexplosionen, Anarchie und Rechtsunsicherheit kund. Selbst die Bemühungen der päpstlichen Kurie um eine Friedenstiftung hatten wenig Erfolg. Auch Arbeiterunruhen, die mitunter, wie in dem Pöbelaufstand in London, zu argen Ausschreitungen führten, gehörten in jüngster Zeit bei den Stockungen in der Industriewelt nicht zu den Seltenheiten und wiesen auf manche wunde Stelle in den sozialen und wirtschaftlichen Zuständen des Landes hin. Die große Arbeitseinstellung der Dock- und Werftarbeiter in London, die sich auf die verschiedensten Erwerbszweige erstreckte, lähmte wochenlang Handel und Verkehr der Weltstadt in der empfindlichsten Weise und hatte unermeßliche Vermögensschädigungen im Gefolge.

26. Juni 1886. Juli. Neues Kabinett Salisbury. Febr. 1886. Aug. 1889.

VI. Frankreich.

1. Thiers an der Spitze der Republik.

Die französische Nationalversammlung in Versailles, die den bejahrten, aber immer noch geistig regsamen Thiers an die Spitze der Regierung gestellt, bot auch nach der Bewältigung der Kommune ein Bild der Ratlosigkeit und Zerfahrenheit dar, in welche das Reich durch den Krieg und die Katastrophe von Sedan gestürzt worden: die republikanische Regierungsform, zu der man in der Not gegriffen, erfreute sich keineswegs der Neigung und Billigung der ganzen Versammlung oder des Gesamtvolks: vielmehr hatten alle Systeme, die seit einem Jahrhundert in Frankreich herrschend gewesen, ihre Anhänger und Vertreter: Legitimisten, Bonapartisten, Orleanisten und Republikaner verschiedener Färbung. Man stellte sich auf den Boden der Republik, weil, wie Thiers meinte, diese Regierungsform die Franzosen am wenigsten trenne. Allein diese Republik des Herrn Thiers wurde von den Monarchisten wie von den Jakobinern auf der Linken nur als ein Provisorium betrachtet, aus dem man zu vergangenen Zuständen zurückzukehren strebte, sei es zu dem Bourbonschen Royalismus, in absoluter oder konstitutioneller Form, sei es zu dem Napoleonischen Empire mit

Thiers u. die Parteistellung.

seinen „Legenden“ von Kriegsruhm, sei es endlich zum Konvent vom Jahr 1793 und den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Demokratismus. Wenn diese innere Zerrissenheit im Anfang noch nicht in so grellen Schlaglichtern hervortrat wie in der Folge, wenn sich die Nationalversammlung noch mit einiger Übereinstimmung an Thiers und sein republikanisches Ministerium anschloß, so geschah dies nur im Bewußtsein der Unmöglichkeit, für den Augenblick eine andre Ordnung aufzurichten, einen andern Mann für die schwierige Lage zu finden: noch standen die deutschen Heere auf französischem Boden, bis die Kriegskosten abgetragen sein würden, und das gewandte Haupt der vollziehenden Gewalt besaß Mäßigung genug, die Volksleidenschaften zu beschwichtigen, den Deutschenhaß, der sich auf der Straße und im Gerichtssaal so frech hervorwagte, einzudämmen, den Ruf nach einem Rachekrieg nicht zu laut werden zu lassen. Die Parteistellung im Innern war aufgelöst und zersetzt, eine Störung der bestehenden Ordnung konnte nur zur Anarchie und zum Bürgerkrieg führen. Thiers war also der unentbehrliche Mann der Gegenwart; und so sehr war er selbst von diesem Bewußtsein durchdrungen, daß er mehrmals durch die Androhung seines Rücktritts die widerstrebenden Elemente in der Versammlung zum Nachgeben und Zustimmen brachte. Dies geschah sogar schon während der Belagerung von Paris im Kampf gegen die Kommune. In der Versammlung gab sich die Neigung kund, die durch die Revolution begründete scharfe Zentralisation der Regierungsgewalt zu ermäßigen oder zu brechen und den Provinzen und Städten einige Autonomie zu verschaffen. Als daher eine neue Gemeindeordnung für Stadt und Land beraten wurde, verlangte ein großer Teil der Versammlung, daß die Bürgermeister nicht wie bisher von der Regierung ernannt, sondern von den Gemeinderäten gewählt werden sollten. Nur mit Mühe konnte Thiers ein Kompromiß durchsetzen, kraft dessen der Regierung das Ernennungsrecht für alle
14. April 1871. Städte über 20,000 Seelen zugestanden ward, ein Beschluß, der wesentlich beitrug, die revolutionäre Partei in Paris zum Aufruhr und zur Organisierung der Kommunalrepublik fortzureißen. Bei den nach dem neuen Gemeindegesetz am 1. Mai vorgenommenen Wahlen trugen die gemäßigten Republikaner den Sieg davon. Mit geschmeidiger Klugheit wußte sich Thiers zwischen der demokratisch-republikanischen Partei und den Monarchisten durchzuwinden. Als Gambetta eine „Liga der republikanischen Städte“ gründen wollte, wurde das Vorhaben als ungesetzlich untersagt; und als das Verbannungsdekret gegen die Bourbons und Orleans aufgehoben ward und die letztern nach Frankreich zurückkehrten, wußte Thiers den Eintritt der zu Deputierten gewählten Orleaniden, des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville, in die Nationalversammlung wenigstens bis zu Ende des Jahres hinauszuziehen. Im Oktober wurde Aumale von dem Generalrat der Oise zum Präsidenten gewählt, eine einflußreiche Stellung, seitdem diese Körperschaft von den Präfekten unabhängig gestellt war. Thiers konnte dem Sohn und dem Enkel Ludwig Philipps, dem er ja selbst

einst als Minister zur Seite gestanden, diese Genugthuung gönnen: hatten doch der glänzende Erfolg des Nationalanlehens und die Nachwahlen zur Versailler 28. Juli 1871. Versammlung seine Autorität sattsam bethätigt. Durch die hohen Angebote, welche durch die mehrfache Überzeichnung des geforderten Anlehens Zeugnis gaben sowohl von dem unerschöpflichen Reichtum der Nation, als von dem ungeschwächten Kredit Frankreichs im Ausland, war Thiers instandgesetzt, die Abzahlung der Kriegsentschädigung und damit die Räumung des Landes von dem Besatzungsheer zu beschleunigen, den zerrütteten Staatshaushalt und die gestörte Finanzwirtschaft wieder in einige Ordnung zu bringen. Selbst seine Gegner trugen durch ihre Maßlosigkeiten zur Mehrung seines Ansehens und seiner Machtstellung bei. Das Manifest des Grafen von Chambord, worin er 5. Juli. seinen legitimistischen Anhängern erklärte, daß er nur mit der weißen Fahne, d. h. mit der Reaktion und Restauration von ehedem zurückkehren werde, und eine Petition der Bischöfe, daß Frankreich im Einvernehmen mit andern Mächten 21. Juli. dem kirchlichen Oberhaupt seine Souveränität zurückgeben möge, „der Stirn einer räuberischen und meineidigen Regierung ein unauslöschliches Brandmal aufdrückend", gaben Zeugnis von der unglaublichen Verblendung einer Partei, deren Blicke nur in die Vergangenheit gerichtet waren, und führten alle vernünftigen und praktischen Männer auf Thiers' Seite. Vermochte er auch nicht die Opposition in der Nationalversammlung und in dem ultramontanen Klerus zu unterdrücken, mußte er Jules Favre aus dem Ministerium entlassen und die laut geforderte Auflösung der Nationalgarden in Aussicht stellen, so hatte er doch den Triumph, daß er zum Präsidenten der französischen Republik ausgerufen ward, daß somit 31. Aug. die namenlose Staatsform und die verhüllte Würde an das Licht der Öffentlichkeit traten.

Die Republik des Herrn Thiers.

Allein die Opposition in der Nationalversammlung gegen Thiers war nicht im Abnehmen; die Monarchisten auf der Rechten standen bei jeder wichtigen Frage dem Präsidenten schroff gegenüber und drängten ihn durch ihre feindselige Haltung mehr und mehr auf die Seite der Republikaner auf der Linken. Dadurch entging der französischen Regierung die einmütige moralische Stärke, welche eine gründliche Herstellung des Staatswesens, eine Heilung der Schäden und Gebrechen durch eingreifende gesetzgeberische Reformen ermöglicht hätte; sie geriet in ein Schwanken und verzettelte ihre Kräfte durch leidenschaftliche Parteikämpfe. Thiers hatte neben der Befreiung der besetzten Provinzen von den deutschen Okkupationstruppen in erster Linie die Reorganisation des französischen Heerwesens ins Auge gefaßt. Doch konnte er sich nicht zu dem Entschluß aufschwingen, die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Schulpflicht, durch welche sich einst das niedergeworfene Preußen in einer noch viel drückendern Lage zu einer sittlichen Wiedergeburt emporgearbeitet hatte, im ganzen Umfang einzuführen und zur Wahrheit zu machen. Dem Namen nach wurde freilich auch in Frankreich die allgemeine Wehrpflicht zum Gesetz erhoben und die Streitkraft auf eine gewaltige

Höhe gebracht, aber unter solchen Bedingungen und Beschränkungen, daß sich die reichern und gebildetern Klassen vom Dienst im Heer doch befreien konnten. Und als der Kult- und Unterrichtsminister Jules Simon ein Schulgesetz auf liberaler Grundlage in Vorschlag brachte, erfuhr dasselbe von seiten des Klerus und seines Vorkämpfers, des Bischofs Dupanloup, so starke Anfechtungen, daß das Vorhaben von der Regierung aufgegeben ward. Um das Heerwesen in solchen Stand zu setzen, wie Thiers beabsichtigte, bedurfte es einer Erhöhung des Militärbudgets und folglich auch einer Erhöhung der Staatseinnahmen. Dazu wäre eine allgemeine Einkommensteuer das zweckmäßigste Mittel gewesen; aber aus Rücksicht für die höhern Klassen, denen diese Besteuerung ebensowenig genehm war, wie die allgemeine Wehrpflicht, wählte Thiers nicht diesen Ausweg, sondern schlug neben andern kleinern Mitteln eine Besteuerung der Rohstoffe vor, also eine Rückkehr zum alten Schutzzollsystem, dessen Beseitigung eine der wichtigsten Handlungen des Bonaparteschen Kaisertums gewesen war. In der Nationalversammlung erhob sich gegen diesen Antrag eine so lebhafte Opposition und von seiten der Rechten eine so gereizte Debatte, daß Thiers und das ganze Ministerium ihre Entlassung einreichten. Aber noch konnte man sich nicht über einen Nachfolger vereinigen. Daher gab die Nationalversammlung unter dem Vortritt Batbies die Erklärung ab, daß in der Abstimmung über die finanzielle Frage kein Beweis von Mißtrauen gegen das Oberhaupt der Regierung enthalten sei, und bewog den Präsidenten unter Berufung an seinen Patriotismus, von seinem Entschluß abzustehen. Darauf wurde durch die Vereinigung der Regierungspartei und der Linken die Steuervorlage mit gewissen Einschränkungen zum Gesetz erhoben und die Kündigung der bestehenden Handelsverträge genehmigt. Nun konnte auch die Organisation des Heerwesens, über welche monatelang die heftigsten Debatten geführt worden waren, nach dem Sinn des Präsidenten der Republik, der sich bei den Verhandlungen persönlich aufs eifrigste beteiligt hatte, zur Einführung gebracht werden. Der aktiven Armee mit fünfjähriger Dienstpflicht und beibehaltener Stellvertretung sollte eine „Territorialarmee", eine Art Landwehr zur Seite stehen. Und so groß waren die Anforderungen an den wehrhaften Teil der Nation, daß die französische Kriegsmacht an Zahl jede andre übertraf. Mit Genugthuung durfte Thiers auf die Früchte seiner Thätigkeit zurückblicken. In gehobener Stimmung begab er sich im August nach dem Seebad Trouville, um dort in Gemeinschaft mit dem Kriegsminister Cissey Schießexperimente mit neuen Kanonen vorzunehmen.

Juli 1872.

Kriegsdienstgesetz vom 27. Juli 1872.

Wachsende Opposition gegen Thiers.

Aber die Stellung des Präsidenten zur Nationalversammlung war nicht besser geworden. Unter dem Druck der Ereignisse hatte einst die Nation Vertreter gewählt, die ihr den heiß ersehnten Frieden schaffen sollten. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Gewählten keineswegs der Ausdruck der gesamten Nation, ja nur des größern Teils derselben waren. Bei den Nachwahlen erlangten meistens Republikaner die Stimmenmehrheit, ein Beweis, daß die „konservative Republik",

welche Thiers ausbauen und erhalten wollte, nach dem Sinn des französischen Volks war. Aber je mehr die monarchischen Elemente sich sammelten und verständigten, desto mehr suchten sie den republikanischen Charakter von der Regierung abzustreifen: die bestehende Ordnung sollte als eine Art Interim solange fortdauern, bis die Errichtung einer monarchischen Regierung möglich sein würde; daher hintertrieben sie alle Versuche, welche geeignet schienen, die republikanische Verfassung endgültig zu befestigen. Aber auch die Linke, wo der feurige Gambetta das entscheidende Wort führte, war von der Zwitterschöpfung einer „konservativen Republik“ keineswegs befriedigt; sie verlangte, daß die Versammlung ihre Selbstauflösung beschließe und neue Wahlen herbeiführe, denn sie sei nur zur Herstellung des Friedens berufen worden; nach Beendigung dieser Aufgabe sei sie verpflichtet, der Nation ihr Mandat zurückzugeben; jede weitere Wirksamkeit sei eine Usurpation. In diesem Sinn suchte Gambetta auf mehreren Rundreisen die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Diese agitatorische Thätigkeit des ehemaligen Diktators war den Monarchisten ein Ärgernis, und da Thiers den republikanischen Umtrieben und Wühlereien, wenn er sie auch nicht billigte, doch auch nicht mit ganzer Energie entgegentrat, so wurde die Kluft zwischen ihm und der Rechten immer weiter. Der alte Orleanist Changarnier sprach in öffentlicher Versammlung seinen Unwillen aus, daß die „provisorische Regierung“ dieser „Liga der Zerstörung“ gegenüber nicht die nötige Festigkeit zeige. Man nannte ironisch Gambetta den Dauphin. Wohl stand das Zentrum, in eine linke und rechte Seite geschieden, in der Regel auf seiten der Regierung; aber auch in seinen Reihen herrschte oft in den wichtigsten Fragen Verschiedenheit der Meinungen. Bei solcher Parteiung konnte ein gesundes Staatsleben nicht Wurzel fassen: der Präsident hatte nicht das Recht, die Versammlung, die ihn gewählt hatte, aufzulösen; und doch vermochte er auch nicht, sie zu Beschlüssen zu bringen, welche der Verfassung ein bestimmtes republikanisches Gepräge gegeben hätten. Und während die Linke auf Selbstauflösung und Neuwahlen drang, suchte die Majorität ihre Gewalt ins unbestimmte zu verlängern; jene in der Hoffnung, diese in der Furcht, daß aus einer neuen allgemeinen Volksabstimmung die Demokratie siegreich hervorgehen würde. So konnte weder die Errichtung einer Art erster Kammer, noch eine genauere Bestimmung über die Stellung des Präsidenten und die Verantwortlichkeit der Minister durchgeführt werden; selbst die zum dritten Mal angebotene Amtsniederlegung des Staatsoberhauptes hatte keine Wirkung. Es blieb bei der „konservativen Republik“, die Thiers in einer mit sehr geteilter Zustimmung vernommenen Botschaft bei dem Wieder- 13. Nov. 1872.
zusammentritt der Versammlung verkündete. Man steuerte ohne bestimmte Fahne einer unbekannten Zukunft entgegen. Ein neugewählter Dreißiger-Ausschuß, welcher Vorschläge für die künftige Verfassung ausarbeiten oder konstitutionelle Reformen beraten sollte, erwarb sich ob seiner kleinlichen und starren Haltung den Beinamen der dreißig Chinesen.

Kriegsgerichte. So unstreitig die hohen Verdienste waren, die sich Thiers um Frankreich erworben hatte, durch Aufrichtung der öffentlichen Ordnung und Autorität, durch Schaffung einer regulären Armee, durch Wiederherstellung einer soliden Finanzwirtschaft, alle diese Verdienste fanden vor der Parteisucht und der politischen Leidenschaftlichkeit der Volksvertreter in Versailles keine Anerkennung. Immer mehr gewann die royalistische Reaktion Boden und suchte im Bund mit den Klerikalen und mit dem nationalen Haß und Vorurteil ihre Gegner zu Fall zu bringen. Gegen die Radikalen und Liberalen, zu denen auch der Voltairianer Thiers gezählt ward, wurde der Aberglaube und Fanatismus losgelassen und gegen die Bonapartisten organisierte man den Terrorismus der Kriegsgerichte. Die Franzosen konnten sich nicht in den Gedanken finden, daß ihre militärische Suprematie durch die Überlegenheit der preußisch-deutschen Waffen und der Kriegskunst der Gegner im letzten Feldzug gebrochen worden sei; die Niederlagen sollten nur von dem Verrat oder der Unfähigkeit der Führer herrühren. Diesem nationalen Vorurteil beschloß die Regierung entgegenzukommen, der Volksleidenschaft Opfer zu bringen. Und so erlebte denn die Welt das klägliche Schauspiel, daß die Kommandanten, welche die französischen Festungen dem Feind übergeben hatten, einem kriegsgerichtlichen Verhör unter dem Vorsitz des Marschalls Baraguay d'Hilliers unterworfen und die Mehrzahl derselben wegen bewiesener Unfähigkeit oder Schwäche in ihrer militärischen Ehre geschädigt wurden, in einem Augenblick, da alle Ursache hatten, an die eigne Brust zu schlagen und auf den zusammengebrochenen Ruinen einen neuen Bau aufzurichten, statt in dem vergangenen Unglück zu wühlen und die Fehler einzelner bloßzustellen. Auch Uhrich, der einst so hochgefeierte Kommandant von Straßburg, mit dessen Namen man eine Pariser Straße belegt hatte, wurde von dem kriegsgerichtlichen Rügespruch getroffen. Aber für die Hauptaktion war der Oberbefehlshaber von Metz, der Marschall Bazaine ausersehen, dessen „Verrat" das ganze Unglück Frankreichs verschuldet haben sollte. Monatelang wurde er in Versailles in Gewahrsam gehalten, während man die Vorbereitungen zu dem großen kriegsgerichtlichen Schauspiel traf, das dann im folgenden Jahr unter der Leitung des Herzogs von Aumale in Szene gesetzt ward.

Politische und kirchliche Gegensätze. Tod Napoleons III. Noch ehe der großartige Prozeß gegen Bazaine, wozu man Stöße von Akten herbeischaffte, Tausende von Zeugen entbot, auf welchen die Augen von ganz Europa wochenlang gerichtet waren, zur Entscheidung kam, erfüllte sich das Schicksal des Präsidenten Thiers. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß zu derselben Zeit, da Thiers durch beschleunigte Abtragung der noch rückständigen Kriegsschuldtermine an das Deutsche Reich seiner patriotischen Thätigkeit
15. März 1873. die Krone aufsetzte und durch einen neuen Vertrag über den Abzug der preußisch-deutschen Okkupationstruppen bei der französischen Nation höher als je in Gunst stand, sein Ansehen in der Versailler Versammlung mehr und mehr dahinschwand, die Opposition nicht bloß auf den beiden äußersten Flügeln, sondern selbst im

Zentrum mehr und mehr Boden gewann. Seitdem Kaiser Napoleon III. in seinem englischen Verbannungsort Chiselhurst infolge einer schmerzhaften Operation aus dem Leben geschieden war, entwickelten die Anhänger der alten Monarchie 9. Jan. 1873. eine größere Thätigkeit als zuvor. Wenn auch in ihren Zielen und Bestrebungen weit auseinander gehend, da die einen dem Grafen von Chambord die Krone zuwenden wollten, die andern für die Orleans arbeiteten, eine dritte Partei, an ihrer Spitze Rouher, den jungen Napoleon, der sich dem Alter der Mündigkeit näherte, als Prätendenten aufstellte, so waren sie doch in dem einen Punkt einig, daß sie die Erklärung der Republik als bleibender Verfassungsform Frankreichs aus allen Kräften zu verhindern, die Monarchie im Prinzip aufrecht zu erhalten suchten. Die republikanische Staatsform, wie sie durch die Verhältnisse und die politische Lage von selbst sich aufgedrängt hatte, möchte immerhin als Provisorium fortbestehen, mittlerweile könnte die monarchische Idee sich mehr und mehr festsetzen und ausbreiten, bis die Umstände eine dynastische Restauration begünstigten oder möglich machten. Nun wissen wir aber, daß Thiers, obwohl theoretisch in seinen Ansichten und Gewohnheiten mehr zur konstitutionellen Monarchie hinneigend, die „konservative Republik", die Republik der „ehrlichen Leute" für diejenige Staatsform hielt, die unter den obwaltenden Zeitverhältnissen in Frankreich allein möglich sei, unter welcher die verschiedenen politischen Parteien am ersten für das Wohl der Nation zusammenwirken könnten; daher war sein Streben auf den Ausbau und die endgültige Befestigung der republikanischen Staatsordnung gerichtet. Die notwendige Folge dieser Politik war, daß er immer mehr zur Linken hinneigte und dadurch sich nicht bloß von der dynastisch gesinnten Rechten entfremdete, sondern auch in den beiden Zentren, auf die er sich bisher hauptsächlich gestützt, aus denen er seine Minister gewählt hatte, allmählich an Boden verlor. Die Gunst der Versammlung wandte sich im stillen von ihm ab, die Zahl seiner getreuen und zuverlässigen Anhänger minderte sich unter der Hand. Die Konstituierung der definitiven Republik, die er in seiner Botschaft vom 13. November 1872 empfohlen, mit der Auflösung der Nationalversammlung im Gefolge, wurde im Schoß des Dreißiger-Ausschusses, der darüber beraten und berichten sollte, begraben und dafür ein Gesetzesvorschlag über die Befugnisse des Präsidenten gegenüber der Nationalversammlung eingebracht und von der Volksvertretung angenommen, welcher das unmittelbare Eingreifen des Hauptes der 13. März. Vollzugsgewalt in den Geschäftsgang und den darauf beruhenden persönlichen Einfluß desselben beschränken sollte. Zu den politischen Mißhelligkeiten gesellten sich noch kirchliche. Je mehr in Deutschland die Opposition gegen den Ultramontanismus hervortrat, desto mehr stellten die tonangebenden Kreise in Frankreich ihre papistische Gesinnung, ihren politisch-klerikalen Katholizismus zur Schau. Man begünstigte Wallfahrten, man belebte einen Aberglauben und Wunderglauben, einen Marien- und Heiligenkult, wie er im Mittelalter nicht krasser zu finden war, man erstickte die altkatholischen Regungen im Keim, die Präfekten

erließen entehrende Verordnungen gegen die Protestanten, wie in den Tagen Ludwigs XIV. Diesem heuchlerischen und bigotten Gebahren, das wie eine Maske den innern Unglauben, die irreligiöse freigeistige Gesinnung des größten Teils der Nation verhüllte, waren die Republikaner, waren alle aufgeklärten vernünftigen Männer, waren auch Thiers und der mehrjährige Präsident der Nationalversammlung, Grévy, nicht zugethan. In Lyon hatte der Gemeinderat dem klerikalen Schulwesen ein Ende gemacht; die ultramontanen Abgeordneten auf der Rechten forderten, daß die Regierung Abhilfe schaffe durch Abänderung der Gemeindeverfassung; bei der stürmischen Debatte wurde gegen einen klerikalen Eiferer der Ordnungsruf ausgesprochen; seine Gesinnungsgenossen wollten die Rüge nicht gelten lassen. Dadurch sah sich Grévy, eine der zuverlässigsten Stützen von Thiers, bewogen, den Vorsitz niederzulegen. Darauf wählte die monarchisch-
4. April 1873. klerikale Mehrheit einen der Ihrigen, den Abgeordneten Buffet, zum Präsidenten; die Radikalen dagegen bewirkten, daß bei einer Ergänzungswahl in Paris der abgesetzte Maire von Lyon, Barodet, in die Nationalversammlung gewählt ward. Nicht nur der Kandidat der Rechten, sondern auch der Minister Rémusat, den die konservativen Republikaner begünstigten, blieb in der Minderheit. Dieses Hervortreten der Demokratie führte die monarchistischen Elemente aller Schattierungen einander näher.

2. Die Präsidentschaft Mac Mahons.

Mac Mahon zum Präsidenten gewählt. Unter solchen Umständen war es für Thiers ein gewagtes Unternehmen, als er der Nationalversammlung gleich nach den Osterferien Entwürfe zur Er-
Mai 1873. richtung einer ersten Kammer, zu einem Wahlgesetz und zu einem Gesetz über die Befugnisse des Präsidenten vorlegte und sie nochmals zur endgültigen Proklamierung der Republik aufforderte. Er selbst hatte kurz zuvor die Reihen seiner Gegner verstärkt, indem er bei einem Wechsel im Ministerium nicht zu dem rechten Zentrum griff, sondern den gemäßigten Republikaner Kasimir Périer aus der linken Seite desselben in das Kabinett berief. Dies verdroß die ehrgeizigen ämtersüchtigen Männer, meistens Orleanisten, die bisher fast ausschließlich die Ministerstellen innegehabt, und viele aus ihrer Mitte traten in die monarchistische Opposition. Anstatt nun sofort zu den Verhandlungen über die Regierungsvorlagen zu schreiten, wurde auf Changarniers Antrag mit geringer Mehrheit ein
23. Mai. Tadelsvotum über die letzte Ministerwahl ausgesprochen. Dies bewog das Ministerium zum Rücktritt. Auch Thiers reichte sein Entlassungsbegehren ein und erlebte die nicht verdiente und wohl auch nicht erwartete Kränkung, daß es
24. Mai. von der Mehrheit der Nationalversammlung angenommen und der Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, an seiner Stelle zum Präsidenten der Republik gewählt ward. Nachdem dieser die Wahl angenommen, übertrug er dem Herzog von Broglie, der die ganze Intrige gegen Thiers gesponnen und

geleitet hatte, die Bildung eines neuen aus den verschiedenen monarchistischen Richtungen bestehenden Ministeriums. Gegen alles Erwarten ging diese innere Revolution ohne alle Störung vor sich, ein Beweis, daß sich die Nation zu dem stürmischen Parteileben früherer Jahre noch nicht zu erheben vermocht hatte. Selbst die Republikaner auf der Linken verhielten sich still, günstigere Tage abwartend. Denn wenn sie auch bisher zu Thiers gestanden, so war er doch nicht der Mann nach ihrem Herzen. Und was hätten sie durch agitatorische Bewegungen erreichen können gegenüber dem „Marschall-Präsidenten", welcher die Armee zu seiner Verfügung hatte, und der Nationalversammlung, in welcher sich die drei Gruppen der Monarchisten zu einer Koalition die Hand reichten? Am meisten gewannen die Bonapartisten durch den unblutigen Staatsstreich. Während sie bisher von allen politischen Fraktionen zurückgestoßen worden waren, traten sie jetzt als eigne Partei in den Ringkampf ein. Die dreißig Stimmen, die der redegewandte, ränkevolle Rouher gegen Thiers in das Feld führen konnte, hatten zu dessen Sturz wesentlich beigetragen. Aber Napoleon IV., dessen Fahne sie emporhoben, weilte mit seiner Mutter, der Kaiserin Eugenie, in der Verbannung, indes die Orleaniden, im Besitz unermeßlicher Reichtümer seit der Rückerstattung ihrer Familiengüter durch die Nationalversammlung, in Paris und Versailles eine ehrenvolle Stellung innehatten und der letzte Bourbon, der Enkel Karls X., in seinem Schloß Chambord unweit Blois, von dem er den gräflichen Namen führte, ab und zu seinen Aufenthalt nahm, von den Legitimisten und Klerikalen im Herzen als künftiger König ausersehen.

Die klerikal-legitimistische Partei im Werdelust.

So erlebte denn die Welt den in der Geschichte einzigen Fall, daß ein geschlagener Feldherr, der es nur einer im rechten Augenblick erhaltenen Wunde zu danken hatte, daß nicht die Katastrophe von Sedan sich unter seiner Leitung vollzogen, an die Spitze eines militärischen Großstaats emporgehoben ward, freilich nicht durch eigne Kräfte oder Verdienste, sondern durch wenig ehrenhafte Hebel und Mittel. Um dem ungläubigen freigeistigen Republikanismus die Stirn bieten zu können, stützte sich das neue Regiment auf die klerikalen Elemente Frankreichs. Nicht nur, daß die Schule unter der geistlichen Herrschaft blieb, daß die Erziehung der künftigen Geschlechter, besonders der weiblichen Jugend, noch mehr als zuvor den Händen der Ordensbrüder und Ordensschwestern anvertraut ward, auch im äußern Leben wurde die kirchliche Werkheiligkeit mit bewußter Ostentation getrieben. Hatte schon vorher die Geistlichkeit den unglücklichen Ausgang des Kriegs zum Triumph der katholischen Kirche zu benutzen gesucht, indem sie die zerstoßenen und erschütterten Gemüter auf die Heilmittel und Tröstungen der religiösen Handlungen, der Gebete und Andachtsübungen hinwies, das öffentliche Unglück der zunehmenden Gottlosigkeit der Welt zuschreibend, so wurde jetzt, da ein politisch und geistig wenig befähigter Soldat und ein charakterloser, ränkevoller, in der Wahl seiner Mittel nicht wählerischer Ministerpräsident das Gemeinwesen leiteten und des Marschalls bigotte

Gemahlin den Ton in der höhern Gesellschaft angab, eine heuchlerische Kirchlichkeit gepflegt und als Mode der vornehmen Kreise in Übung gebracht, dergleichen man seit dem Mittelalter nicht erlebt hatte. Pilgerfahrten zu wunderthätigen Orten wurden als nationale Feste veranstaltet, wozu sich aus andern Ländern papistische Aristokraten einfanden; an dem Wallfahrtsort Paray-le-Monial wurde von einer Anzahl legitimistischer Deputierten, unter Teilnahme des Bischofs von Autun, Frankreich dem Herzen Jesu in der einer verzückten Heiligen aus dem siebzehnten Jahrhundert, Marie Alacoque, errichteten Kapelle
21. Mai 1873. geweiht; himmliche Visionen tauchten massenhaft auf; Wundererscheinungen und Wallfahrten verbreiteten sich wie ein dichtes Netz über Frankreich; der Abgeordnete Keller beantragte den Bau einer neuen Kirche auf dem Montmartre „zum Heiligen Herzen Jesu", um auf Frankreich und die Hauptstadt die göttliche Barmherzigkeit und den himmlischen Schutz herabzuflehen. In diesem Treiben, an welchem sich alle monarchistischen und reaktionären Fraktionen gleichmäßig beteiligten, lag zugleich eine Demonstration gegen die „Verfolgung der Kirche" in Deutschland. Die alten Rachegedanken flossen mit der neuen Wut über das Vorgehen der deutsch-preußischen Regierung gegen die Kirche in eins zusammen. Auf den Wallfahrtsfesten betete man: „Rette Frankreich und Rom und hilf uns Elsaß-Lothringen wieder befreien."

Fusion der Legitimisten u. Orleanisten. Aber auch die neue Regierung war weit entfernt, durch kriegerisches Auftreten dem himmlischen Arm vorgreifen zu wollen: vielmehr war sie eifrig beflissen, den Frieden nach außen zu erhalten, um desto kräftiger dem bedenklichen Fortschreiten des republikanischen Geistes, das sich bei jeder Nachwahl kund gab, im Innern entgegentreten zu können. Die sicherste Bürgschaft schien ihr eine monarchische Restauration zu bieten. Die herrschende Seite der Nationalversammlung betrieb daher aufs eifrigste eine Verschmelzung der beiden Zweige der Bourbonschen Dynastie als den sichersten Weg zu diesem Ziel. Sie erlebte denn
5. Aug. auch den Triumph, daß der Graf von Paris nach Frohsdorf reiste, um im Namen der Familie Orleans dem Grafen von Chambord als dem Haupt des Hauses zu huldigen. Wenn schon die Ausgleichung nur eine äußerliche war und keineswegs die erwartete Wirkung hatte, so machte doch in den herrschenden Kreisen das Ereignis großen Eindruck: das Haupthindernis einer Wiederherstellung der Monarchie schien damit beseitigt. Allein so schnell ging das Werk doch nicht von statten; es waren noch gar manche Anstöße aus dem Weg zu räumen. Und bestanden denn nicht zwischen den Legitimisten und Orleanisten, zwischen den Anhängern der weißen und der dreifarbigen Fahne scharfe prinzipielle Gegensätze? Indessen brauchte man ja nicht zu eilen. An eine Auflösung der Versammlung war nun nicht mehr zu denken; von dem Marschall, dem über Nacht das Regiment in den Schoß gefallen, war nichts zu fürchten, und der Herzog von Broglie, der eigentliche Lenker des Staats, besaß Gewandtheit und Erfahrung genug, um durch Intrigen, Verführungskünste und klerikale Einflüsse sich und

seine Gesinnungsgenossen am Ruder zu halten. Gegen eine republikanische Schilderhebung war man sicher, da der Marschall-Präsident Oberbefehlshaber der Armee war. Auch kam es der neuen Regierung zu statten, daß dank der von Thiers abgeschlossenen Übereinkunft im September die letzten deutschen Truppen den Boden Frankreichs räumten.

So konnte denn die klerikal-legitimistische Partei im Herbst sich zu den kühnsten Plänen versteigen. Seit der Versöhnung der beiden Linien der Bourbonschen Dynastie schien eine zweite Restauration im Geist der Jahre 1814 und 1815 leicht durchführbar. Wenn es der Nationalversammlung, worin die Monarchisten und Ultramontanen die entscheidende Stimme hatten, gelingen sollte, den Grafen von Chambord, der in den Augen der Legitimisten als Heinrich V. der alleinberechtigte Herrscher Frankreichs war, auf den Thron seiner Väter zurückzuführen, welch ein mächtiger Umschwung der öffentlichen Dinge in ganz Europa ließ sich dann erwarten! Frankreich wäre dann an die Spitze einer Reaktion getreten, an die sich die ultramontanen Parteien aller Länder anschließen konnten, welcher der „Gefangene im Vatikan" seinen Segen und seine Unterstützung gespendet hätte, um sofort wieder in seine weltliche Herrschaft eingesetzt zu werden. Die Karlisten in Spanien, die Papisten in Großbritannien und Irland, die Ultramontanen in Deutschland und die ganze thätige Miliz des unfehlbaren Papsttums und der streitenden Kirche hätten in dem restaurierten Frankreich mit dem legitimen König an der Spitze ihren Hort und Vorfechter verehrt. Dann wäre das Deutsche Reich mit dem Kaisertum des protestantischen Hauses Hohenzollern, das so kriegsstark und drohend im Herzen Europas emporgestiegen, bald wieder auseinander gefallen, in Deutschland und Italien hätten kleine Staaten, wie ehedem, die Suprematie und Schutzherrschaft des monarchischen Frankreich anerkannt; dann wäre auch Österreich, das sich durch das deutsche Element in die Bahnen der modernen Staatsentwickelung und des geistigen Fortschritts hatte treiben lassen, wieder zu der alten katholisch-konservativen Politik zurückgekehrt. Wie vor fünfzig Jahren die erste Ära der Revolution, so wäre jetzt die zweite durch die Restauration des Bourbonschen Königtums geschlossen, eine christlich-gläubige Weltordnung zurückgeführt worden. So malte sich in den klerikal-legitimistischen Köpfen die künftige Entwicklung aus. Der Legitimismus, der solange nur in einigen altadligen Gesellschaftskreisen ein gespensterartiges Dasein geführt, gleich einer Mumie in Todesschlummer gelegen hatte, schien zu frischem Leben erwachen, einen neuen Auferstehungsmorgen feiern zu sollen. Restaurationsgedanken.

Diesen goldenen Traum in Wirklichkeit zu verwandeln, das zerrissene unfertige Staatswesen Frankreichs durch die Verbindung von Thron und Altar wieder zu der alten monarchischen Einheit und Kraft zurückzuführen, war nunmehr das eifrigste Bemühen der Royalisten und Klerikalen in der Versailler Nationalversammlung wie ihrer Gesinnungsgenossen in den alten Aristokratenfamilien und unter der Geistlichkeit; und wie wenig auch die bürgerlichen Kreise der Die weiße Fahne oder die Trikolore.

Nation für die Anschauungen einer untergegangenen Welt Verständnis und Empfänglichkeit zeigten: bei der Beweglichkeit und Wandelbarkeit des französischen Volks, bei seiner Neigung für das Neue und Überraschende, bei der Macht, welche ein bestehendes Regiment, zumal wenn der einflußreiche Klerus ihm seinen Beistand leistet, auf die Gemüter und die Denkungsweise der Menschen übt, konnte ein gelungener Umschwung in der staatlichen Ordnung leicht auch einen Umschwung in der Gesinnung, eine Wandlung des herrschenden Zeitgeistes erzeugen. Sept. u. Okt. 1873. Und so entwickelte denn in den Herbstmonaten die monarchisch-klerikale Partei eine fieberhafte Thätigkeit, um auf dem Weg der Unterhandlung und Verständigung ein politisches Ziel zu erreichen, welches durch die Verbindung der Gegenwart mit der Vergangenheit Frankreich einer glücklichen Zukunft entgegenführen sollte. Zunächst galt es die „Fusion", welche in der Dynastie sich vollzogen zu haben schien, auch unter den beiden Parteien in der Nationalversammlung, den Legitimisten und Orleanisten zu begründen; denn ohne dieses Zusammengehen konnte für eine Herstellung der Monarchie keine Mehrheit gewonnen werden, zumal da der Präsident, wenngleich dem Plan nicht entgegen, doch keine Begeisterung dafür zeigte. Aber schon bei diesen Besprechungen trat die Verschiedenheit der Prinzipien zu Tage: wie der Graf von Paris durch seinen Besuch in Frohsdorf nur andeuten wollte, daß er seine Ansprüche auf den Thron denen des ältern Familienhauptes unterordne, daß er dem Bourbon den Vorrang einräume in der Aussicht, dereinst der natürliche Erbe des kinderlosen Greises zu werden, daß er aber die politischen Anschauungen und Grundsätze des Orleansschen Hauses nicht aufzugeben gewillt sei; so zeigte sich auch unter den beiden Gruppen der Monarchisten eine prinzipielle Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen. Nach der Auffassung der Legitimisten und ihres Hauptes sollte der Enkel Karls X. als der einzig berechtigte Inhaber der Krone von der Nationalversammlung einfach zurückberufen, alles Weitere ihm vertrauensvoll überlassen werden; denn jede Bedingung, die man ihm auferlege, würde sein Erbrecht in Frage stellen, sein göttliches Prinzip auf eine Linie mit der Revolution setzen; gerade diese Legitimität aber war in den Augen Chambords das höchste Gut, das er in keiner Weise antasten, durch die Zeitideen abschwächen lassen wollte; er konnte in Wahrheit als „Ritter der Legitimität" bezeichnet werden. Die Orleanisten bestanden wohl auch nicht gerade auf einem förmlichen Vertrag, auch sie wollten das erbliche Recht nicht durch eine Kapitulation beschränken, allein sie forderten Bürgschaften, daß man nicht zu dem absolutistischen Regiment früherer Jahrhunderte zurückgreifen, nicht die Errungenschaften der Revolution in Frage stellen wolle; sie verlangten, daß Chambord vor seiner Rückberufung als König wenigstens dir Verpflichtung eingehe, die Regierung in den Formen und mit den Rechten einer konstitutionellen Monarchie zu führen. Jener Auffassung diente die weiße Fahne des alten Königtums, dieser die Trikolore als Symbol: nur mit der dreifarbigen Fahne, an welche Frankreichs Ruhm und Ehre seit bald einem Jahr-

hundert geknüpft war, sollte König Heinrich V. regieren. Nach langen Unterhandlungen vereinigten sich die beiden Parteien zu einem Programm, in welchem das Prinzip der erblichen Monarchie in erster Linie anerkannt, aber zugleich alle wesentlichen Rechte eines Verfassungsstaates und zwei Kammern nebst Beibehaltung der Trikolore bedungen waren.

Dieses Programm sollte von dem Grafen angenommen und auf Grund Ein Ritter der Legitimität.
desselben die Rückberufung von der Nationalversammlung ausgesprochen werden. Zu dem Ende reisten Abgesandte der monarchistischen Parteien nach Salzburg, um in einer persönlichen Zusammenkunft die Willensmeinung des Grafen von 13. Okt. 1873.
Chambord entgegen zu nehmen. Mit der größten Spannung erwartete Frankreich, erwartete Europa den Ausgang dieser Besprechung. Allein die neugierige Welt mußte ihre Ungeduld bezähmen. Die Antwort, welche Chambord den royalistischen Abgesandten erteilte, war so zurückhaltend und geschraubt, daß man den eigentlichen Sinn nicht sogleich verstand. Nach der Angabe der Unterhändler ging die mündliche Erklärung des Grafen dahin, daß er, auf den Thron zurückberufen, nicht gemeint sei, eine Verfassung aufzudrängen, sondern sie vielmehr mit den Vertretern der Nation zu vereinbaren, auch in betreff der Fahnenfrage habe der Graf keinen Einwand erhoben. Die beiden Gruppen der Royalisten deuteten die Antwort als eine im Prinzip dem Programm zustimmende und beschlossen in der Nationalversammlung den Antrag auf Zurückberufung des rechtmäßigen Königs zu stellen; in Frankreich und im Ausland betrachtete man die Restauration des Bourbonschen Thrones als eine sicher zu erwartende Thatsache. Zwar mußte man auf einen schweren Kampf in der Versailler Versammlung gefaßt sein, da die Republikaner aller Schattierungen sich zu gemeinsamer Opposition vereinigten, deren Führung Thiers übernehmen sollte. Allein die Anstrengungen waren umsonst; ehe noch die wichtige Frage zur Verhandlung kam, gab der Graf in einem Brief an einen seiner Getreuen eine Erklärung ab, die als eine 27. Okt.
Zurückweisung angesehen werden mußte. Es sei ein Mißverständnis, sagte er, daß er seine Zustimmung bezüglich der Fahne gegeben, er müsse bei der weißen Fahne beharren, er könne dieses Opfer seiner Ehre nicht bringen, er wolle nicht der „legitime König der Revolution“ sein. Habe man denn seinem Ahnherrn Heinrich IV. Bedingungen auferlegt, als man ihm die Thore von Paris geöffnet? Dasselbe Vertrauen dürfe auch er erwarten, dasselbe Sicherheitsgefühl müsse auch er einflößen. Nach diesem Schreiben konnte der Plan einer Wiederherstellung des Bourbonschen Thrones als gescheitert betrachtet werden. Ein Mann, schon in vorgerücktem Alter, an ein zurückgezogenes bequemes Stillleben gewöhnt, der Zeit und ihren treibenden Ideen entfremdet und ohne den brennenden Ehrgeiz für Herrschaft, war weder geeignet noch gewillt, die dornenvolle Mission zu übernehmen, das französische Staatsschiff durch die von allen Seiten herandrängenden Stürme zu führen. Selbst die eifrigsten Anhänger des legitimen Königtums verloren den Glauben an die Möglichkeit der beabsichtigten Restauration. Nimmer-

mehr würde sich die Nation einem Regierungssystem gefügt haben, das die glorreichste Zeit Frankreichs, die stolzesten Errungenschaften der Väter als Abfall und Verbrechen ansah und über das Jahrhundert weg zu einer vergessenen überwundenen Vergangenheit zurückkehren wollte.

Mac Mahons Septennat. Wie sehr immer die Ultramontanen und Legitimisten allerorten trauern mochten, daß die Ära der katholischen Reaktion, die sie so nahe geglaubt, wieder in eine dunkle Ferne gerückt war, daß der Stein, der den Koloß zerschmettern sollte, noch nicht ins Rollen kam; in Frankreich überzeugte man sich, daß Chambord nicht der Fahnenträger sein könne, daß man für den Augenblick die royalistischen Restaurationsgedanken aufgeben und mit den republikanischen Formen und Gewalten fortregieren müsse. Mochten auch jetzt noch im stillen die Royalisten ihrer alten Liebe treu bleiben, dem Grafen von Chambord, der im November über Paris nach Brüssel reiste, ihre Huldigungen darbringen und sein Herz mit Hoffnungen erfüllen; für jetzt vereinigten sich die Monarchisten und Konservativen zu einem Entschluß, welcher vor einer Rückkehr der Thiersschen Republik bewahren und zugleich die Möglichkeit einer künftigen Restauration offen lassen sollte: beim Wiederzusammentritt der Nationalversammlung wurde der Antrag
19. Nov. 1873. gestellt und angenommen, dem Marschall Mac Mahon die Würde eines Präsidenten der Republik auf die Dauer von sieben Jahren zu übertragen. Bei seiner bisherigen Haltung zu den monarchischen Restaurationsplänen glaubten Broglie und Genossen, daß die Errichtung eines „Septennats" bei künftigen Wendungen kein unübersteigliches Hindernis sein würde. Durch diese Auskunft verlängerte man den thatsächlichen, aber immer bloß provisorischen Bestand der Republik und schuf eine schwankende, unsichere Staatsordnung, die Raum ließ für Intrigen, Parteisucht und ehrgeizige Pläne. Im Bund mit den klerikalen Elementen und gestützt auf die Armee und den noch herrschenden Belagerungszustand in vielen Departements, war seitdem die namenlose Regierung des Mac Mahonschen Septennats bemüht, den bestehenden Zustand gegen Republikaner und Bonapartisten aufrecht zu halten.

Marschall Bazaine verurteilt. Um dieselbe Zeit, da Mac Mahon auf die höchste Staffel der Ehre erhoben wurde, stand sein früherer Genosse, Marschall **Bazaine**, in einem andern Raum des Versailler Schlosses, in Trianon, vor dem Kriegsgericht, damit durch ein Sensationsstück, bei dem das ganze Volk Partei nahm, der Beweis erbracht werde, daß die große Nation nur durch den Verrat des Napoleonischen Marschalls besiegt worden sei. Über zwei Monate dauerte das kriegsgerichtliche Schauspiel unter dem Vorsitz des Herzogs von Aumale; die von den Generalen Rivière und Pourcet zusammengestellten Schriftstücke zur Anklage füllten 382 enggeschriebene Seiten; Hunderte von Zeugen jedes Standes wurden vernommen, unter ihnen der Oberst Stoffel, der, in Frankreich wegen seines Berichts über die preußische Heeresverfassung gehaßt (XV, 2. 318), noch vor Beendigung des Prozesses wegen Beleidigung des Untersuchungsrichters Rivière zu dreimonatlichem

Gefängnis verurteilt ward. Wir haben die Vorgänge vor Metz, welche schließlich die Kapitulation herbeiführten, kennen gelernt; der Marschall mag in seinem Widerwillen gegen die Straßenrepublik in Paris und in seiner Hinneigung zu dem Kaiserhaus nicht die ganze Energie bei der Verteidigung entwickelt haben; aber Verrat konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Dennach fand ihn das Kriegsgericht schuldig und verurteilte ihn dem Gesetze gemäß zum Tod und Verlust der militärischen Ehre. Ein Schreiben des Prinzen Friedrich Karl zu gunsten des Angeklagten vermehrte noch den Haß des Volks, das nach seinem Opfer schrie. Allein als ob die Richter selbst sich in ihrem Gewissen über das Urteil beklemmt fühlten, unterzeichneten sie zugleich ein Begnadigungsgesuch an den Präsidenten der Republik. Daraufhin verwandelte Mac Mahon die Todesstrafe in eine zwanzigjährige Haft, erließ dem ehemaligen Kriegsgefährten das Beschimpfende der Formalitäten einer militärischen Rangentziehung, ohne deren Wirkungen aufzuheben, und bestimmte als Einschließungsort das Fort auf der Insel Sainte-Marguerite gegenüber von Cannes. Bazaines reiche mexikanische Gemahlin erhielt die Erlaubnis nebst ihrer Familie und Dienerschaft gemeinschaftlich mit ihm ein Pavillon der Seefeste zu bewohnen. Dies gab ihr Gelegenheit, in Verbindung mit ihrem Bruder im nächsten Jahr die Befreiung des Gemahls zu bewirken. Durch eine abenteuerliche Flucht mittels eines Stricks auf ein genuesisches Schiff sich rettend entkam Bazaine nach Holland und bot dann der republikanischen Regierung in Spanien seine Dienste an. Im September 1888 ist er in Madrid in dürftigen Verhältnissen gestorben.

10. Dez. 1873.

12. Dez.

9. Aug. 1874.

Das Ministerium Broglie.

Das Jahr 1874 brachte in der politischen Lage keine entscheidenden Veränderungen. Als die klerikale Agitation, mit ihrer Spitze gegen Italien und Deutschland gekehrt, sich allzu laut hervorwagte, selbst in bischöflichen Hirtenbriefen, da goß Fürst Bismarck einen „kalten Wasserstrahl“ auf die erhitzten Köpfe, indem er in einer Note zu verstehen gab, daß, wenn die französische Regierung dem Hetzen und Wühlen der ultramontanen Bischöfe und ihrer Presse nicht wehren und so sich widerstandslos einem nahen Krieg zutreiben lassen wolle, Deutschland auf den dann unabwendbaren Krieg nicht bis zu einer den Franzosen gelegenen Zeit warten werde, sondern sich zu einem verständigen Zuvorkommen jederzeit berechtigt halte. Dies hatte die Wirkung, daß der französische Kultusminister eine vertrauliche Mahnung an die in ihren Hirtenbriefen Politik treibenden Bischöfe erließ. Einige Zeit nachher erfolgte die Suspension der Zeitung Univers und in der Nationalversammlung eine beruhigende Erklärung des Ministers Decazes in Beziehung auf Italien. Bei diesem Auftreten gegen den von den jesuitischen und legitimistischen Parteien geplanten Weltkrieg für die Gegenrevolution hatte der Reichskanzler nur den Schutz des Friedens im Auge, und dieses Ziel wurde erreicht; die klerikalen Leidenschaften traten seitdem weniger laut in die Öffentlichkeit. Die gesetzgebenden Arbeiten der Versailler Nationalversammlung blieben den Winter über auf geringfügige innere Angelegenheiten beschränkt, allein die Wahr-

Jan. 1874.

nehmung, daß einerseits der Republikanismus, anderseits der Bonapartismus immer mehr im Wachsen sei, ließ es dem Ministerium Broglie ratsam erscheinen, mit der Verfassung eine Abänderung vorzunehmen, damit der Marschall-Präsident mehr leisten könne, „als bloß den Schild über Versailles und die Nationalversammlung zu halten und auf die moralische Ordnung zu dringen". Aber seine Mai 1874. Gesetzentwürfe zur Errichtung eines „hohen Rats" oder Senats, womit die Absicht verbunden schien, den Orleanisten den Weg zur Macht zu bahnen, und zur Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts fanden keine Gnade in den Augen der Versammlung; Broglie sah sich zum Rücktritt genötigt, worauf das farblose Kabinett Cissey-Decazes die Geschäfte übernahm.

Die neue republikanische Verfassung. Von der Zeit an faßte man ernster als zuvor den Plan ins Auge, den provisorischen Zustand zu beendigen, aus dem Interim zu einer festern Ordnung überzugehen. Aber die Furcht, der republikanischen Demokratie zu verfallen, war noch immer so allgemein, daß nicht nur jeder Versuch einer Kammerauflösung und Neuwahl 23. Juli. zurückgewiesen ward, sondern auch ein von Kasimir Périer eingebrachter Reformantrag, weil er die endgültige Einsetzung der Republik aussprach und zu liberale Ziele erstrebte, nicht die Mehrheit erlangen konnte. Eine Rundreise des Präsidenten Mac Mahon im August und September bestärkte jedoch diesen in der Überzeugung, daß das Land eine besser begründete Regierung wünsche. Und nun begann in Versailles wieder ein reges Parteispiel, um den Ausbau und die Feststellung der republikanischen Verfassung zu hintertreiben, abzuschwächen oder zu fördern. Auch der Graf Chambord trat noch einmal an die Öffentlichkeit, indem 12. Dez. er in einem Schreiben „An meine Freunde" jeden Schritt zur Organisierung des Septenniums für einen Abfall vom legitimen Prinzip erklärte. Das Jahr ging über Beratungen, Fraktionsbesprechungen, Fusionsversuchen zu Ende, ehe eine Form gefunden werden konnte, wie man die republikanische Verfassung mit dem Septennat des dermaligen Präsidenten so gestalten möge, daß keine der Parteien in der Nationalversammlung ihre Ziele und Grundsätze für alle Zukunft zum Opfer bringen müßte und doch die Nation von dem Alp des Provisoriums und der Verfassungsunsicherheit erlöst werden möchte. Endlich kam die französische 24. Febr. 1875. Verfassung vom Jahr 1875 zu stande und erlangte die Mehrheit in der Verfassung vom 28. Febr. Nationalversammlung. Das Gesetz über die Organisation der öffentlichen Gewalten, verbunden mit demjenigen über die Wahl und die Befugnisse des Senats, stellte fest, daß die gesetzgebende Macht von zwei Versammlungen geübt werde, der Deputiertenkammer, die aus allgemeinen Volkswahlen sich konstituiere, und einem Senat von dreihundert Mitgliedern von mindestens vierzigjährigem Alter, von welchen fünfundsiebzig durch die Nationalversammlung lebenslänglich, die übrigen durch besondere gesetzlich geregelte Wahlkollegien in den Departements auf neun Jahre gewählt werden sollten. Beide Körperschaften vereinigt wählen mit Stimmenmehrheit den Präsidenten und zwar auf sieben Jahre mit der Möglichkeit einer Wiederwahl. Der Präsident verfügt über die bewaffnete Macht,

besetzt alle Ämter, entsendet und empfängt die Gesandten, vollzieht die von beiden Kammern beschlossenen Gesetze, kann mit Zustimmung des Senats die Deputiertenkammer auflösen und umgiebt sich mit einem Ministerrat, der dem Senat und dem Deputiertenhaus verantwortlich ist, sowohl in Gesamtheit für die allgemeine Politik, als jeder einzelne für seine persönlichen Handlungen. Die Anregung zu Gesetzesvorschlägen soll dem Präsidenten wie den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaft in beiden Kammern zustehen. Um diese Zeit sind zwei Männer, die drei Jahrzehnte und darüber auf der politischen Schaubühne Frankreichs eine hervorragende Rolle gespielt haben, Guizot († 12. September 1874) und sein vieljähriger Gegner Ledru-Rollin († 31. Dezember 1874), aus der Welt gegangen.

Durch das „Kadresgesetz" vom 13. März 1875 war in Frankreich die Heeres- Die Republik und ihre Gegner. Klerikale Umtriebe.
reform vervollständigt, die Organisation und Formation der Armee festgestellt, durch das nach langen parlamentarischen Unterhandlungen und Parteikämpfen errungene Gesetz über die öffentlichen Gewalten die republikanische Staatsform thatsächlich zur Verfassung erklärt und die gegenseitige Beziehung ihrer staatlichen Organe geregelt worden. Aber die klerikal-reaktionäre Minorität, mächtig durch die Unterstützung des Marschall-Präsidenten Mac Mahon und seiner Gemahlin, fügte sich mit innerem Widerstreben in die republikanische Ordnung und suchte durch faktiöses Treiben, durch Hinterlist und Ränke die Gewalt in Händen zu behalten, die Brogliesche Majorität wieder herzustellen und womöglich bei den bevorstehenden Deputiertenwahlen den Republikanern den Rang abzulaufen. So hatte Frankreich eine Republik mit antirepublikanischer Regierung. Das neue im März 1875 auf das Kabinett Cissey gefolgte Ministerium unter dem Vorsitz des bisherigen Kammerpräsidenten Buffet, in welchem nur der Justizminister Dufaure und der Finanzminister Léon Say freisinnigen Grundsätzen huldigten, verfolgte „konservative" Ziele, um die Republik nicht zur Thatsache, die Liberalen nicht zur herrschenden Partei werden zu lassen. Der Belagerungszustand wurde wenigstens in den Hauptstädten, in Paris, Lyon, Marseille, aufrecht erhalten, damit Presse und Vereine sicherer überwacht und im Interesse der antirepublikanischen Partei beeinflußt werden konnten; die Regierung blieb im Besitz des unbedingten Ernennungsrechtes der Maires und beförderte zu den hohen Verwaltungsämtern nur Konservative, Orleanisten oder gemäßigte Legitimisten; die künftigen Abgeordnetenwahlen sollten nicht durch das sogenannte Listenskrutinium für ganze Departements, sondern durch einnamige Wahlen nach kleinern Wahlkreisen vollzogen werden. Unter dem Schutz und Beifall der Regierung fuhr die papistische Geistlichkeit fort, durch Wundererscheinungen, Prozessionen, Wallfahrten, durch die feierliche Grundsteinlegung der Kirche zum Heiligen Herzen auf dem Mont- 16. Juni 1875.
martre, den Fanatismus und den Aberglauben des Volks zu nähren, um die Macht und Herrschaft der katholischen Kirche desto fester zu begründen; ja so sehr war die Zuversicht und das Selbstvertrauen des Klerus gestiegen, daß er den

Versuch machte, den gesamten Unterricht in seine Hände oder unter seine Leitung zu bringen. Bereits standen die Volksschulen und Mittelschulen vorwiegend unter kirchlichem Einfluß; nun suchte die Hierarchie auch das Universitätswesen für die Kirche zu erobern und dadurch die ganze Erziehung der künftigen Generation in ihrem Sinn zu beherrschen. Man ging vorsichtig und behutsam zu Werke. Bischof Dupanloup von Orleans, ein streitbares Werkzeug der vatikanischen Kirchenpolitik, hatte einen Antrag auf „Freiheit" des höhern Unterrichts gestellt, wodurch auch Klerikern der Zugang zum Universitätsunterricht geöffnet werden sollte. Zur Begründung ihrer Herrschaft bedient sich ja die Kirche jeder Fahne und Parole. Unter dem bestechenden Namen Freiheit des Unterrichts sollte die moderne Wissenschaft unter die Autorität der Kirche wie im Mittelalter gebracht werden. Die Ultramontanen erreichten ihren Zweck: der Staat lieferte den höhern Unterricht der Kirche aus, wenn auch nicht vollständig, so doch teilweise. Der Berichterstatter der zur Prüfung des Dupanloupschen Antrags niedergesetzten Kommission, Professor Laboulaye, sonst ein freisinniger Schriftsteller von republikanischen Grundsätzen, warf sich, verlockt durch die doktrinäre Phrase von Freiheit, zum Fürsprecher auf. So ging denn mit einer Majorität von 12. Juli 1875. fünfzig Stimmen ein Gesetz durch, welches der Hierarchie nicht nur gestattete, ganze Universitäten oder einzelne Fakultäten in ihrem Sinn nach Belieben zu errichten, sondern derselben wenigstens teilweise das Recht zugestand, die sog. akademischen Grade zu erteilen, welche in Frankreich die Stelle der juristischen und medizinischen Staatsprüfungen vertreten. Während man in Deutschland bemüht war, die Wirksamkeit der klerikalen Seminarien einzuschränken, öffnete man somit in Frankreich der geistlichen Erziehung alle Thore. Die Bischöfe zögerten nicht, ihren Sieg rasch zu benutzen. Nachdem sie auf einer Zusammenkunft sich über die zu ergreifenden Maßregeln geeinigt, schritten sie alsbald zur Errichtung von „katholischen" Universitäten, die unbedingt der päpstlichen Autorität unterworfen waren, und ehe noch das Jahr zu Ende war, konnten einzelne Fakultäten derselben ins Leben treten. Denn an Geld fehlt es dem katholischen Klerus niemals. Aber der Ausfall der Neuwahlen zur Nationalversammlung dämpfte die Triumphe. Das nächste Abgeordnetenhaus entzog den klerikalen Anstalten wieder das Recht der Erteilung akademischer Grade und senkte damit durch die mächtige Konkurrenz der Staatsanstalten in die katholischen Universitäten den Keim einer verkümmerten Existenz. Gab der Gesetzgebende Körper schon durch diesen Beschluß zu erkennen, daß die Mehrheit der Vertreter den reaktionären Bestrebungen und Experimenten, durch welche Frankreich in den letzten Jahren in stete Aufregung und Unruhe gesetzt worden, Einhalt zu gebieten und die Fahne der Republik aufrichtig und ehrlich zu entfalten entschlossen sei, so trat dieser Entschluß auch in der ganzen Haltung gegenüber der Regierung und den monarchistisch-klerikalen Bestrebungen und Wühlereien zu Tage. Dabei waren die aufrichtigen Republikaner eifrig beflissen, sich in den Grenzen der Mäßigung

und Besonnenheit zu halten, dem Gegner keine Veranlassung zur Verdächtigung zu geben, als beabsichtigten sie einen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden, die Errichtung einer radikalen Demokratie. Denn bei der Mittelklasse, auf welche die Republikaner sich stützen mußten, war die Furcht vor dem sozialistischen Ungeheuer, das in der Pariser Kommune sich in seiner ganzen Schrecklichkeit und Gräßlichkeit gezeigt, noch nicht verschwunden. Als der Präsident Audiffret-Pasquier am letzten Tage des Jahres die Nationalversammlung schloß, glaubte 31. Dez. 1875. er noch durch die Warnung vor der Kommune das konservative Element bei den auf den Anfang des folgenden Jahres anberaumten Neuwahlen stärken zu können.

Bald zeigte es sich, daß der Kern der Nation republikanisch gesinnt sei. Konflikte zwischen den Staatsgewalten. Ministerien Dufaure und Simon. Wie sehr immer die Regierung mit Hilfe ihrer klerikalen Handlanger und wohldienerischen Präfekten bemüht war, durch Aufstellung offizieller Kandidaturen, durch ein Manifest des Marschall-Präsidenten und durch Wahlbeherrschung aller Art eine ihr günstige Majorität zu erlangen, das schließliche Ergebnis war überwiegend für die Republikaner; Buffet selbst erhielt nirgends ein Mandat und vermochte erst nachträglich mit Hilfe seiner Gesinnungsgenossen in den Senat zu gelangen. Waren auch die Wahlen für den Senat so ausgefallen, daß die Par- 30. Jan. 1876. teien einander so ziemlich das Gleichgewicht hielten, so zählte dagegen die Deputiertenkammer nach der allgemeinen Wahl am 20. Februar und den Nach- und 20. Febr. Stichwahlen am 5. März 363 Republikaner aller Schattierungen auf 90 Bona- 5. März. partisten und 80 Royalisten. Thiers, in die beiden Körperschaften gewählt, trat in das Abgeordnetenhaus, wo sein Freund Grévy den Vorsitz einnahm. Buffet legte sein Amt nieder, worauf Dufaure, ein gemäßigter Republikaner, 9. März. mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut wurde. Im Ministerium Dufaure erhielten durch die Berufung von Ricard für das Innere, von Waddington für das Unterrichtswesen, von Léon Say für die Finanzen, die Liberalen die Oberhand. Auch als Ricard infolge übergroßer Anstrengungen schon im Mai starb und durch seinen bisherigen Unterstaatssekretär Marcère ersetzt ward, blieb der Charakter des Ministeriums unverändert. So sehr indessen die Wahlen ein deutliches Zeugnis gaben, daß die Nation in ihrer Mehrheit der republikanischen Staatsform, die eine friedliche Zukunft verhieß, zuneige, und so sehr die Republikaner selbst und ihre Führer, insonderheit Gambetta, bei jeder Gelegenheit den thatsächlichen Beweis lieferten, daß sie fern von allen radikalen Umsturzplänen das Prinzip der Ordnung und Erhaltung ebenso hoch stellten wie das der Freiheit und Selbstbestimmung, so konnten sie doch die gegnerischen Parteien, die Klerikalen und Reaktionäre, wie die Bonapartisten, Legitimisten und Orleanisten nicht versöhnen, nicht zum einträchtigen Zusammenwirken an dem Staatsleben der Nation gewinnen. Die Parteiung dauerte fort und Republikaner und Monarchisten machten einander den Kampfplatz streitig. Anfangs versuchte der Marschall-Präsident, überwältigt durch den republikanischen

Flutandrang, die Regierung im Sinne der Liberalen zu führen. Aber man merkte bald, daß die Partei des Rückschritts und des Klerikalismus, die im Senat eine Mehrheit von einigen wenigen Stimmen zählte, aber in Broglie, Buffet und Genossen rührige und gewandte Führer besaß, mehr und mehr an Einfluß gewann. Durch die Monarchisten und Konservativen war Mac Mahon an die Spitze des Staats gestellt worden, und wiewohl dies mehr in der Absicht geschehen war, den Präsidenten Thiers durch den obersten Befehlshaber der Armee zu stürzen, als dem Marschall selbst für alle Zukunft das Regiment zu übertragen, so fühlte sich dieser doch nicht bloß durch die Übereinstimmung der Gesinnung, sondern auch durch die Bande der Dankbarkeit an die Majorität von ehedem geknüpft. Als nun das Ministerium, gestützt auf das Abgeordnetenhaus, den Gegnern scharf zu Leibe ging, als es das Beamtentum, das von Broglie und seinen Gesinnungsgenossen systematisch im antirepublikanischen Sinn besetzt worden war, von den feindlichen Elementen reinigen wollte, als der liberale protestantische Minister Waddington großartige Reformen entwarf, durch welche das gesamte Unterrichtswesen nach deutscher Weise umgestaltet, die Volksschulen vermehrt und in die Hände bürgerlicher Lehrer aus dem Laienstand gelegt, das ganze Erziehungswesen der Geistlichkeit möglichst entrückt, das katholische Universitätsgesetz aufgehoben werden sollte, als alles darauf hindeutete, daß die herrschende liberale Partei die Republik aus der bisherigen Zwittergestalt erlösen, eine neue republikanische Ära gründen und den Namen zur Wahrheit machen wollte: da strengte die monarchisch-konservative Opposition alle Kräfte an, um dem verhaßten Gegner das Regiment zu entreißen, um den Liberalismus und die Demokratie vom Staatsruder fern zu halten, die antimonarchischen und antiklerikalen Grundsätze zu Fall zu bringen. Der Einfluß der Rückschrittsmänner war mächtig genug, im Senat, wo durch Sterbefälle und Neuwahlen noch einige antirepublikanische Mitglieder Sitze erlangt hatten, eine konservative Oppositionspartei zu schaffen, welche die liberalen Gesetzesanträge des republikanischen Ministeriums, insbesondere das Unterrichtsgesetz Waddingtons, bekämpfte und verwarf; die klerikal-reaktionäre Kamarilla, die das Staatsoberhaupt immer mehr mit ihren Netzen zu umspinnen wußte, war stark genug, den geistig unbedeutenden und politisch beschränkten Marschall-Präsidenten zu vermögen, daß er dem Verlangen der Republikaner, in den höhern Beamtenkreisen mit den reaktionären, monarchistischen und klerikalen Elementen aufzuräumen, nicht oder doch nur in geringem Grad nachgab, das von der zweiten
Juni 1876. Kammer beantragte Amnestiegesetz, welches die wegen Beteiligung am Kommuneaufstand Verbannten dem Vaterland zurückgeben sollte, in Übereinstimmung mit dem Senat zurückwies. So kam denn der Präsident der Republik und seine reaktionäre Umgebung zu der Mehrheit des Abgeordnetenhauses in das Verhältnis eines fortwährenden Kampfes, der an Schärfe nicht verlor, als an die Stelle des gemäßigten Dufaure der entschiedenere Republikaner Jules

Simon zum Ministerpräsidenten ernannt ward. Obwohl ein Staatsmann 12. Dez. 1876.
von verträglichen Formen, trat doch Simon den rückläufigen Bestrebungen offen entgegen und suchte, in Übereinstimmung mit seinen Gesinnungsgenossen der zweiten Kammer, das höhere Beamtentum zu reinigen und das verantwortliche Ministerium gegen unberechtigte Eingriffe des unverantwortlichen Präsidenten sicher zu stellen. Wie sehr immer die republikanische Kammerfraktion der „Opportunisten", unter der Führung von Thiers und Gambetta, sich von allen extremen Schritten fern hielt und eine Politik des Zuwartens empfahl, Broglie und die klerikalen Heißsporne, wie Chesnelong, Belcastel gewannen immer mehr Boden, zumal da die Republikaner gespalten waren und der Minister Simon noch immer nicht genug Entschiedenheit und Energie zeigte.

Die schwüle Atmosphäre einer Kampfesregierung dauerte bis zum Frühjahr Ministerwechsel und Auflösung der Deputiertenkammer. Kabinett Broglie.
1877. Da raffte die klerikal-konservative Partei alle ihre Kräfte zusammen, um im Elysée die Herstellung der „moralischen Ordnung" zu erzielen. Sie mußte eilen, Herr der Lage zu werden, ehe die Generalratswahlen, von deren Ausfall die Stellung der Konservativen im Senat wesentlich bedingt war, vorgenommen wurden. Die gegen die ultramontanen Wühlereien gerichteten Maßregeln der Liberalen boten dazu eine günstige Handhabe. In Hirtenbriefen, Adressen, Versammlungen war von Bischöfen und katholischen Fanatikern über die Gefangenschaft des Papstes geklagt und die Pflicht Frankreichs betont worden, für die Freiheit des Kirchenfürsten einzutreten, dem Heiligen Vater im Vatikan die Mittel zu freiem Handeln wieder zu verschaffen. Pius IX. selbst stellte in einer Allokution seine Lage als die eines Gefangenen dar. Da wurde infolge einer Interpellation von der Deputiertenkammer an die Regierung das Ersuchen ge- 4. Mai 1877.
richtet, sie möge die Angriffe der Bischöfe gegen die Sicherheit der äußern Beziehungen und gegen die Rechte des Staats im Innern mit allen gesetzlichen Mitteln zurückweisen, und der Minister Simon, ein Mann von jüdischer Abkunft, sprach bei der Gelegenheit seine Ansicht dahin aus, die sogenannte Gefangenschaft des Papstes sei eine Fabel. Diese Auslassungen, die nicht nur von den Bischöfen als Verletzung der dem Pontifikat schuldigen Ehrfurcht scharf gerügt wurden, sondern auch der Kurie Veranlassung zu einer Beschwerde bei dem Präsidenten selbst gaben, wurden von den Parteiführern der klerikal-aristokratischen Genossenschaft des Elysée als der rechte Augenblick ausersehen, um ihre Hebel einzusetzen. Sie erreichten ihren Zweck. Am 16. Mai richtete der Marschall- 16. Mai.
Präsident ein Schreiben an Jules Simon mit Vorwürfen über seine schwache Haltung in der Deputiertenkammer, woraus hervorgehe, daß er nicht den erforderlichen Einfluß auf die Abgeordneten besitze. Jules Simon und die übrigen Mitglieder seines Kabinetts verlangten sofort ihre Entlassung. Darauf bildete Mac Mahon ein neues Ministerium unter dem Präsidium von Broglie, in welchem nur Decazes für das Auswärtige und General Berthaut für den Krieg von den bisherigen Räten beibehalten wurden; alle andern Mitglieder, wie

Fourtou für das Innere, Brunet für das Unterrichtswesen, gehörten der klerikal-reaktionären Fahne an, zum Teil mit einem Anhauch von Bonapartismus. Gegenüber dieser Herausforderung erklärte die Kammermehrheit auf Gambettas Antrag, daß sie nur Vertrauen haben könne zu einem Kabinett, das frei sei in seinem Handeln und entschlossen nach den republikanischen Prinzipien zu regieren, welche allein die Ruhe im Innern und den Frieden nach außen zu erhalten vermöchten. Dies gab der „geheimen Nebenregierung" im Elysée, wo außer dem Herzog von Broglie die Marschallin und ihr Ratgeber, der Bischof Dupanloup von Orleans, das entscheidende Wort führten, die Gelegenheit, die Krisis zu einem Staatsstreich zu steigern. Man wollte die Wiederwahl Mac Mahons nach Ablauf des Septennats im Jahr 1880 sicherstellen. Eine Bot-
18. Mai 1877. schaft des Marschall-Präsidenten vertagte die Kammer auf einen Monat, „damit sich die Aufregung beruhige". Wenn die Sitzungen wieder aufgenommen würden, hätten sich die Abgeordneten vor jeder andern Angelegenheit mit dem Budget zu befassen; für den öffentlichen Frieden werde seine Regierung wachen. Diese von den Konservativen als freier Willensakt des Staatsoberhauptes gefeierte „rettende That" sollte nur das Vorspiel zu einer Auflösung sein, für die man den Senat zu gewinnen hoffte. Mit dem Ruf: Es lebe die Republik!
19. Mai. und mit einem würdigen Manifest an die Nation über die neue „Politik der Reaktion und der Abenteuer" ging die Majorität des Abgeordnetenhauses auseinander. Kaum hat noch je ein Monarch den ersten Reichskörper mit solchem Übermut behandelt, wie das gewählte Oberhaupt der Republik. Und daß es auf eine vollständige politische Umkehr abgesehen sei, erkannte man an den ersten Handlungen der neuen Minister. Unter den Streichen Fourtous fiel eine Hekatombe republikanischer Verwaltungsbeamten. Die Proskriptionen dehnten sich über alle Angestellten bis zum Feldhüter herab aus. Zugleich forderte Broglie
29. Mai. in einem Rundschreiben die obersten Staatsanwälte auf, ihre Energie und Wachsamkeit zu verdoppeln, um den Gesetzen Achtung zu verschaffen, welche die Moral, die Religion und das Eigentum schützen sollen, besonders die Verbreitung falscher, die öffentliche Meinung verwirrender Nachrichten durch die Presse streng zu ahnden. Einige Wochen nachher wurde der reaktionäre Staatsstreich ver-
22. Juni. vollständigt durch das Senatsdekret, welches die Deputiertenkammer auflöste. Die liberalen Mitglieder erließen ein Manifest an die Nation zum festen Zusammenhalten bei den künftigen Wahlen, die dem Gesetz gemäß in drei Monaten stattfinden mußten, damit dieselben Männer, die man jetzt als Deputierte heimschicke, als Richter wiederkämen. Die Parole der Republikaner war: Wiederwahl der 363 Deputierten der Kammermajorität.

Die Krisis. Nunmehr wurde ganz Frankreich in aufgeregte Parteikämpfe hineingerissen. War doch die Nation vor die Entscheidung gestellt, ob in Zukunft die liberale und demokratische Republik oder die monarchisch-klerikale Reaktion herrschen solle. Auf beiden Seiten machte man die größten Anstrengungen, die öffentliche

Meinung für die Parteiziele zu gewinnen. Der Marschall hielt Rundreisen und Ansprachen; die Beamten und der Klerus suchten das Volk in ihrem Sinn zu belehren; der ordnungsliebenden Menschheit wurde geflissentlich zu Gemüte geführt, daß der Präsident sich zurückziehen würde, wenn die Entscheidung nicht zu seinen gunsten ausfiele; die Gerichte und Behörden gingen den republikanischen Zeitungen mit drakonischer Strenge zu Leibe; man griff zu allen Mitteln politischer Maßregelung um die Freiheit der Presse und der Rede zu unterdrücken. Wurde doch selbst Gambetta, als er in Lille die Schlagworte aussprach, der 15. Aug. 1877.
Präsident wird sich dem Willen der souveränen Nation unterwerfen oder zurücktreten müssen (se soumettre ou se démettre), wegen Beleidigung des Staatsoberhaupts von dem Zuchtpolizeigericht mit einer Geld- und Gefängnisstrafe belegt. Doch wagte man nicht die Verhaftung zu vollziehen. Die Bewegung der Gemüter wurde noch vermehrt, als Adolf Thiers nach kurzer Krankheit 3. Sept.
in St.-Germain vom Tod hingerafft wurde. Selbst das Leichenbegängnis des 8. Sept.
großen Staatsmannes und Historikers, das doch ein nationales Trauerfest für ganz Frankreich hätte sein sollen, wurde zu Parteidemonstrationen benutzt. Seine letzte Schrift war eine Rechtfertigung der Republik und eine Zurückweisung der Vorwürfe, womit die Konservativen die Liberalen belasteten. Zwei Wahlmani- 19. Sept. 12. Okt.
feste des Marschalls, worin er die Wähler aufforderte, für die von der Regierung aufgestellten Kandidaten zu stimmen, und versicherte, daß er in keinem Fall dem Radikalismus nachgeben, vielmehr auf seinem Posten ausharren und mit Hilfe des Senats die konservativen Interessen verteidigen werde, daß er für die Ordnung und den Frieden einstehe, gaben der Opposition Stoff zu scharfen Rügen über die „diktatoriale Staatsgewalt". Trotz aller Anstrengungen und Wahlbeeinflussungen von seiten der Regierung und der Geistlichkeit kam die rückläufige Bewegung doch nicht zum Sieg. Wurde auch in den Oktoberwahlen 14. 28. Okt.
nicht die volle Zahl von 363 Republikanern wieder in die Versammlung gesandt, sondern nur etwa 320, so besaßen sie doch eine erhebliche Majorität über die Konservativen, die „Kandidaten des Nunzius", wie man spottweise die Bewerber der antirepublikanischen Fraktionen der Klerikalen, Royalisten und Imperialisten bezeichnete. Nun erfolgte eine Periode der Krisis. Die Deputiertenkammer war entschlossen, darauf zu bestehen, daß der Marschall-Präsident entweder dem Grundsatz parlamentarischer Regierung sich unterwerfe oder seiner Stelle entsage. Im Elysée sträubte man sich, die Wahl zwischen diesen beiden Entscheidungen zu treffen. Es fanden sehr erregte Beratungen und Verhandlungen statt. Nachdem Broglies Entlassungsgesuch angenommen worden, versuchte man es zunächst mit einem farblosen Geschäftsministerium unter Vorsitz des Generals Rochebouet 23. Nov.
und überlegte die Aussichten einer neuen Kammerauflösung. Allein das Verlegenheitsministerium wurde sofort mit einem Mißtrauensvotum der Kammer empfangen und zu einer neuen Auflösung versagte der Senat, namentlich auch die Fraktion der Orleanistischen „Konstitutionellen", die Mitwirkung. Und doch

bedurfte man vor Ende des Jahres der Einwilligung der Volksvertreter zu den im Budget aufgestellten Steueransätzen. Sollte man zu einem Staatsstreich sich entschließen, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkriegs? Auch dieser Gedanke wurde in Überlegung gezogen. Die Blätter sprachen von militärischen Maßregeln, die auf einen solchen Plan hinzudeuten schienen. General Ducrot hatte dabei die Hand im Spiel.

Sieg der Republikaner. Ministerium Dufaure. Da gab denn endlich, als es in der Handels- und Finanzwelt unruhig zu werden anfing, der Marschall-Präsident den zur Versöhnung ratenden Stimmen Gehör und entschloß sich zu einem parlamentarischen Regiment. Er ernannte ein Ministerium, in welchem unter dem Vorsitz Dufaures lauter republikanisch gesinnte Männer, darunter fünf Protestanten, die Staatsgeschäfte leiten sollten. So Marcère das Innere, Waddington die auswärtigen Angelegenheiten, Léon Say die Finanzen, Bardoux den Unterricht. Eine Botschaft des Präsidenten kündigte den beiden gesetzgebenden Faktoren in Versailles (14. Dez. 1877.) an, daß die Regierung die republikanischen Einrichtungen, zu deren gunsten sich die Mehrheit des Volks durch die Wahlen ausgesprochen, aufrichtig beobachten werde. Die Gambettasche Parole war somit anerkannt, die größte und gefährlichste Krisis, die das republikanische Frankreich durchgemacht, beschworen. Die Bewilligung des Budgets nebst den Steuervorlagen besiegelte die Versöhnung zwischen Regierung und Gesetzgebung. Die Deputiertenkammer hatte gleich bei Eröffnung ihrer Sitzungen einen Ausschuß niedergesetzt, der die bei den Wahlen vorgekommenen Mißbräuche und Vergewaltigungen untersuchen sollte. Die Beseitigung einer großen Anzahl von Präfekten und andern Beamten klerikaler und reaktionärer Richtung, mit denen die Brogliesche Kamarilla die Stellen gefüllt hatte, war der Anfang der neuen republikanischen Ära, die während des ganzen folgenden Jahres keine Störung erlitt und am 5. Januar 1879, als bei Erneuerung der Wahlen für das ausscheidende Drittel der Senatsmitglieder die Republikaner auch in dieser Abteilung der gesetzgebenden Gewalt die Mehrheit erlangten, eine neue Sanktion der französischen Nation erhielt. Das ganze Jahr hindurch hielt sich das gemäßigte, bürgerlich-republikanische Regiment des Ministeriums Dufaure am Ruder, und das französische Volk fand Zeit, durch mehrere (30. Mai. 14. Juli 1878.) Festlichkeiten, wie die Voltaire- und die Bastillefeier, seine Anhänglichkeit an geistige Freiheit und republikanisches Staatswesen zu bethätigen, und in der prächtig gelungenen, von vielen Millionen Menschen aus ganz Europa besuchten (Vom 1. Mai bis 10. Nov.) Weltausstellung den Beweis zu liefern, daß es die frühern Kriegsunfälle überwunden habe. Deutschland versagte seine Beteiligung. Doch gestattete der Kaiser nachträglich, als die republikanische Regierung Frankreichs durch die Abberufung des klerikal gesinnten Botschafters Gontaut-Biron und die Ersetzung desselben durch den Grafen von Saint-Vallier ihre versöhnliche Gesinnung kund gegeben, daß deutsche Kunstwerke nach dem prachtvollen Ausstellungsgebäude auf dem großen Marsfeld eingesandt werden durften. Und sie haben die Konkurrenz

würdig bestanden. Zugleich wurden in Versailles Bürgschaftsgesetze erlassen, wodurch die Rückkehr eines Willkürregiments, wie es unter dem Ministerium Broglie geherrscht, für die Zukunft verhindert werden sollte. Um den Einfluß der Klerikalen zurückzudrängen, die durch den Tod des Bischofs Dupanloup einen 11. Okt. 1878. ihrer gewandtesten und beredtesten Führer verloren, fuhr man fort, die Gemeindeschulen mehr und mehr den Geistlichen zu entziehen und sie Lehrern aus dem Laienstand zu übertragen.

3. Die Präsidenten Grévy und Carnot.

Gegenüber der republikanischen Majorität, wie sie seit dem 5. Januar 1879 Rücktritt Mac Mahons. in den beiden Häusern des gesetzgebenden Körpers bestand, war die Stellung Grévys Wahl zum Präsidenten. Mac Mahons auf die Dauer nicht haltbar; er hatte zu offen seine Abneigung gegen Liberale und Republikaner kund gegeben, als daß die zur Macht gelangte Partei das Zutrauen hätte fassen können, er würde aufrichtig das freisinnige Programm ausführen, welches der Minister Dufaure im Namen der Regierung dem Senat und dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hatte. Der Marschall erkannte die Schwierigkeit seiner Lage und beschloß der Notwendigkeit zu weichen. Als der neue Kriegsminister Gresley die Enthebung mehrerer bonapartistischer Korpskommandanten von ihren Posten verlangte, verweigerte er seine Unterschrift zu einer Maßregel, von welcher er desorganisatorische Folgen für die Armee fürchtete, und legte sein hohes Amt vor dem Ablauf des Septenniums nieder. In 30. Jan. 1879. einer würdig gehaltenen kurzen Zuschrift an die Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenkammer gab er seine Gewalten dem Land zurück und verließ das Elysée. Darauf traten beide Parlamentshäuser zu einem Kongreß zusammen und wählten den bisherigen Vorsitzenden der Deputiertenkammer, Jules Grévy, zum Präsidenten der Republik. Dieser große politische Akt, sowie die übrigen damit zusammenhängenden Veränderungen, die Wahl Gambettas zum Kammerpräsidenten, Léon Says zum Vorsitzenden des Senats, der Rücktritt des mehr als achtzigjährigen Dufaure aus dem Kabinett und seine Ersetzung durch Waddington, vollzogen sich in aller Ruhe und Gesetzlichkeit. Die Wahl Grévys, eines Mannes von streng republikanischem Charakter und bürgerlicher Gesinnung, bezeichnete die Rückkehr zu dem System von Thiers, nur daß der neue Präsident weniger kräftig und erfolgreich als sein verstorbener Freund und Gesinnungsgenosse den von dem linken Flügel andrängenden Fluten zu widerstehen vermochte. Doch hielt das neue Regiment standhaft die Linie des gemäßigten Fortschritts ein, eifrig beflissen, durch das Gleichgewicht der konstitutionellen Gewalten dem Staat die Ruhe im Innern und das Vertrauen des Auslandes zu erhalten.

Man wollte die alten Wunden vernarben lassen, um mit gesundern Kräften Versöhnungsakte. der Zukunft entgegen zu steuern. Darum wurde der in der Kammer gestellte

14. März 1879. Antrag, das Ministerium Broglie-Buffet wegen Verrats an der republikanischen Verfassung und Verletzung der Amtspflicht in Anklagestand zu versetzen, nach langen erregten Debatten mit großer Stimmenmehrheit verworfen, da, wie Waddington hervorhob, die Nation selbst durch ihre Wahlen über die Minister zu Gericht gesessen und ihr Urteil gesprochen. Man begnügte sich damit, eine größere Anzahl der als antirepublikanisch bekannten obersten Staatsanwälte und Korpskommandanten von ihren Stellen zu entfernen, durch ein Tadelsvotum das Gebahren der Männer vom 16. Mai zu brandmarken und das Verdammungsurteil in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich anzuschlagen. Darum wurde ferner, nachdem der Senat nach langem Widerstand seine Einwilligung 19. Juni. erteilt, der Artikel 9 der Verfassung aufgehoben und damit die Verlegung der gesetzgebenden Häuser von Versailles nach Paris beschlossen. Darum wurde end- Amnestie. lich die Amnestiefrage, die schon seit Jahren in den Reihen der Radikalen als agitatorischer Hebel gedient hatte, in einer versöhnlichen Weise gelöst. Es ist uns erinnerlich, mit welcher Strenge und Grausamkeit die Strafgerichte nach Niederwerfung des Kommuneaufstandes von Paris gegen die Überwundenen vorgegangen waren. Nicht nur die Führer und Urheber, sondern auch ihre Werkzeuge und alle Teilnehmer der Empörung waren massenweise verurteilt, deportiert oder in die Verbannung gejagt worden. Seitdem waren acht Jahre verflossen, die Leidenschaften und die Rachegefühle, die im Jahr 1871 bei den Prozessen nicht selten den Ausschlag gegeben, hatten sich seitdem abgeschwächt und gemildert. Es war daher ein naturgemäßer Umschlag, daß in weiten Kreisen ein Gefühl der Humanität sich regte, daß der Ruf nach Vergeben und Vergessen sich immer lauter vernehmen ließ. Schon unter dem Ministerium Dufaure war eine beträchtliche Zahl minder Schuldiger begnadigt worden; aber die Führer der Linken drangen auf eine allgemeine und unbeschränkte Amnestie. Der Ge- 11. Febr. setzentwurf des Justizministers Leroyer, welcher drei Kategorien aufstellte, für jeden einzelnen Fall einen Begnadigungsakt verlangte und die wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten von der Amnestie ausgeschlossen wissen wollte, war den Radikalen, Louis Blanc, Lockroy, Clémenceau nicht genügend; durch Interpellationen und öffentliche Reden suchten sie das französische Volk für einen hochherzigen Gnadenakt gegen alle geächteten und gefangenen Teilnehmer an dem Kommunardenaufstand zu erwärmen. Im Senat wirkte Viktor Hugo in demselben Sinn. Die Amnestiefrage blieb das ganze Jahr hindurch das wirksamste Agitationsmittel der Fortschrittsmänner auf der äußersten Linken; selbst Gambetta und sein Gesinnungsgenosse, der Minister Freycinet, hielten es nicht für zeitgemäß, der volkstümlichen Bewegung schroff und abweisend entgegenzutreten. Bei den Ergänzungswahlen zur Deputiertenkammer bewirkten die Radikalen, daß der alte Revolutionär Blanqui, obschon er sich noch immer in Haft 6. April. befand, in Bordeaux zum Abgeordneten gewählt wurde, um der Regierung den moralischen Zwang einer Begnadigung aufzulegen. Mochten auch im Laufe des

Jahres bei verschiedenen Anlässen immer wieder neue Begnadigungsakte erlassen werden, die Forderung einer vollständigen Amnestie wurde dadurch nicht beschwichtigt; die Demokratie ruhte nicht, bis ihrem Verlangen willfahrt ward, bis die gesetzgebenden und vollziehenden Gewalten die „Amnestie pleine et entière" verkündeten und damit den Kommunardenaufstand vom Jahr 1871 gleichsam von jeder Schuld freisprachen. Doch erfolgte dieser letzte Sühneakt erst im folgenden Jahr. Die Zurückkehrenden wurden wie Märtyrer und 9. Juli 1880. Triumphatoren gefeiert, die Petroleumbomben waren vergessen. Ein Strom verbannter Kommunarden, verwilderter Existenzen, verbitterter und rachsüchtiger Menschen ergoß sich nun nach Paris und schürte den Haß gegen die „Bourgeoisie". Auch Rochefort kehrte nach Frankreich zurück und schoß in dem Journal Intransigeant seine giftigen Pfeile gegen Gambetta und die „Opportunisten". Die wahnwitzigen Reden einer Louise Michel von Revolution und Meuchelmord fanden begeisterten Beifall. Dem Maler Courbet, dem Apostel des Realismus in seinen äußersten Konsequenzen, war der Tag der Heimkehr vom Schicksal versagt. Außer stande, die ihm durch Richterspruch auferlegte Entschädigungssumme für die umgestürzte Vendômesäule zu entrichten, war er nach mehrmonatlicher Haft nach der Schweiz ausgewandert und sechs Jahre später in Vevey am ge- 31. Dez. 1877. brochenen Herzen gestorben, ein tragisches Opfer der Selbstüberschätzung und der getäuschten Eitelkeit.

Neben der Amnestiefrage bildeten die Gesetzentwürfe des Ministers Ferry Ferrys Unterrichtsgesetze. über die Einrichtung des höhern Unterrichts und die Stellung der Geistlichkeit zu dem öffentlichen Schulwesen den Hauptgegenstand des Interesses der Staatslenker. Wie uns bekannt, hatte der Klerus unter dem Aushängeschild der Freiheit sich unter dem reaktionären Kabinett von 1875 eines überwiegenden Einflusses bei den Schulen, namentlich den Universitäten bemächtigt. Diesem Überwuchern des ultramontanen Geistes suchte nun die liberale republikanische Regierung einen Damm entgegenzuwerfen. Die Gesetzentwürfe Ferrys verlangten die Einsetzung eines obersten Unterrichts- und Prüfungsrats von fünfzig Mitgliedern, von welchem alle kirchlichen und nichtstaatlichen Mitglieder ausgeschlossen sein sollten, übertrugen das Recht der Verleihung akademischer Grade, das durch ein Gesetz vom 12. Juli 1875 auch den sog. katholischen Universitäten, d. h. den klerikalen Fakultäten eingeräumt worden war, ausschließlich dem Staat und seinen Anstalten und Unterrichtsbehörden, entzogen allen nicht autorisierten Kongregationen und geistlichen Genossenschaften die Befugnis als Lehrer zu wirken. Dieser letzte Vorschlag, der vielbesprochene Artikel 7, war besonders gegen den Jesuitenorden gerichtet, der siebenundzwanzig Unterrichtsanstalten mit 843 Mitgliedern in Frankreich zählte. Es waren schwere Geschütze, welche der Berichterstatter Spuller, der Minister Jules Ferry und insbesondere der beredte Paul Bert in dem Abgeordnetenhaus gegen die Gesellschaft Jesu, ihre Doktrinen, ihre Methoden und Trugkünste, ihre Lehrmittel richteten,

und die Beweisführung war so wirksam, daß weder die klerikale und konservative Koalition auf der Rechten, noch die Verfechter des Prinzips der unbedingten Lehrfreiheit oder die radikalen Gegner aller Kongregationen die Durchführung
9. 15. Juli 1879. der Gesetze zu verhindern vermochten. Die Entwürfe Ferrys wurden samt dem Artikel 7 von der Deputiertenkammer angenommen. Damit war jedoch das Schicksal der Gesetze noch nicht entschieden. Im Senat wurde ein heftiger Angriffskrieg organisiert und als strategischer Führer diente der Opposition ein Mann, welcher bisher in den Reihen der Liberalen einen hervorragenden Rang behauptet hatte, Jules Simon. Er wurde zum Vorsitzenden der Kommission gewählt, welche den Bericht für die Senatssitzung auszuarbeiten hatte. Er sprach sich aus liberalem Doktrinarismus gegen die Ferryschen Entwürfe aus. Aber ehe es darüber zur Beratung und Beschlußfassung kommen konnte, traten die Herbstferien ein. Die Entscheidung blieb somit einer spätern Periode vorbehalten. Niemand konnte voraussagen, in welcher Richtung die Würfel fallen würden. Beide Parteien benutzten die Zwischenzeit zu agitatorischen Rundreisen, zu Versammlungen und öffentlichen Reden, um alle Waffen für und wider die Kirchengesetze einzulegen. In Marseille feierte Louis Blanc überschwängliche Triumphe. Die liberalen Volksredner hatten die Regierung für sich, den Klerikalen, an ihrer Spitze Mun, Varagnon, Chesnelong, stand die Geistlichkeit und durch sie ein großer Teil des Landvolks und der Frauenwelt zur Seite. Bischöfliche Hirtenbriefe forderten die Gläubigen gegen die gottlosen Gesetze auf den Kampfplatz. Dieser aggressiven Haltung der Hierarchie gegenüber schärfte auch die Regierung ihre Waffen. Bei einer Reorganisation des Staatsrates, der bei der Entscheidung der Streitfragen zwischen Staat und Kirche eine wichtige Stimme hatte, wurden alle reaktionären Elemente ferngehalten; und zur Verteidigung des Artikels 7 berief die Regierung sich auf die Bestimmungen des Konkordats und auf ältere Gesetze, die, obgleich öfters umgangen oder unbeachtet gelassen, doch nie aufgehoben worden waren und stets wieder in Anwendung gebracht werden konnten. So hatte denn auch Frankreich seinen „Kulturkampf“.

Ministerkrisen. Der Wechsel des Kabinetts am Ende des Jahres, welcher an Stelle des
29. Dez. ausscheidenden Waddington den Gambettisten Freycinet an die Spitze des Ministeriums führte, änderte nichts in der Situation, da die Unterrichtssachen nach wie vor in den Händen Ferrys verblieben. Ja das Schwergewicht rückte dadurch noch mehr nach der Linken und nach der „republikanischen Union“. Unter solchen Umständen war es nicht vorauszusetzen, daß die Regierung von der eingeschlagenen Bahn abgehen würde. Und sie hielt auch fest. Als durch eine unnatürliche Koalition der Reaktionäre und der liberalen Doktrinäre der Artikel 7, der Schwerpunkt dieser Gesetzentwürfe, im Senat zu Fall gebracht ward, beschloß das Ministerium auf Grund alter, formell noch immer in Kraft stehender Gesetze aus der Zeit der Revolution und des ersten Kaisertums vorzu-
30. März 1880. gehen. Zwei Dekrete des Präsidenten befahlen der Gesellschaft Jesu, sich aufzu-

lösen und ihre Anstalten zu räumen, und allen andern staatlich nicht anerkannten Kongregationen, binnen drei Monaten bei der Regierung um Genehmigung ihrer Statuten und Gutheißung ihrer Anstalten einzukommen. Die Klerikalen leisteten Widerstand, die Kongregationen weigerten sich, ihre Satzungen vorzulegen, die Bischöfe erließen Proteste gegen die Märzdekrete. Die Regierung aber ließ die Ordenshäuser und Lehranstalten der Jesuiten schließen, die Ordensangehörigen selbst ausweisen. Gegen die andern Kongregationen wurde zögernder und rücksichtsvoller vorgegangen. Dieses schonende Verfahren gab dem Kammerpräsidenten Gambetta, dem Herrscher in der Volksvertretung, der durch parlamentarische Intrigen jahrelang die Ministerien nach seinen Launen schuf und stürzte, Anlaß, das Kabinett Freycinet, das ihm zu selbständig war und seine bei einem Bankett in Cherbourg verkündigte Revanchepolitik verleugnet hatte, zum Rücktritt zu nötigen. Die Bildung eines neuen Kabinetts, dem indessen die Sept. 1880. meisten Mitglieder des vorigen angehörten, übernahm Ferry unter Beibehaltung des Unterrichtsministeriums, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der alte Barthélemy St.-Hilaire. Nun folgte rasch die Schließung der Ordenshäuser aller nicht autorisierten Kongregationen.

Wenn sich trotz aller innern Wirren und Anfeindungen die republikanische Tod des Prinzen Ludwig Napoleon. Staatsform in Frankreich bisher erhalten hatte, so kam es ihr sehr zu statten, daß die dynastischen Prätendenten bei der Nation keinen großen Anhang besaßen. Die legitimistisch-klerikale Gruppe, die noch immer mit dem Grafen Chambord Verbindungen unterhielt, war nicht zahlreich und trug sowenig wie ihr Erkorener, der bejahrte Heinrich V., Verlangen nach gefährlichen und ungewissen Unternehmungen; die Prinzen aus dem Haus Orleans hatten nie viel Ansehen im Land, und der Bonapartismus, der noch immer beredte Wortführer, wie den ehemaligen Minister Rouher und den Abgeordneten Paul de Cassagnac in seinen Reihen zählte und bei der Armee den alten Glanz der Tradition noch nicht verloren hatte, wurde durch eine tragische Katastrophe mächtig erschüttert. Der kaiserliche Prinz, der sich der Expedition der Engländer gegen die Zulukaffern in Südafrika als Freiwilliger anschloß, in der Hoffnung durch Waffenthaten und Unternehmungslust seinen Namen in Frankreich lebendig zu erhalten, fiel bei einer Rekognoszierung in einen feindlichen Hinterhalt und wurde im ungleichen Kampf elendiglich erschlagen (XV, 2. 1. Juni 1879. 625). An seine Stelle als Haupt der bonapartistischen Partei trat nach dem Familienrecht Prinz Jérôme, obwohl der Verstorbene vor seiner Abreise aus England seine Ansprüche auf dessen Sohn Viktor übertragen haben soll. Wir wissen aber aus frühern Blättern, daß Jérôme weder in den Reihen der Bonapartisten noch in den Augen der Nation viel Geltung hatte. Jedenfalls erlitt durch den blutigen Ausgang des jungen Prinzen, an dessen Wiege einst alle Hoffnungen Frankreichs gestanden, die kaiserliche Partei, welche oft für die Republik ein Mittelpunkt unbequemer feindlicher Elemente war, in Gegenwart

und Zukunft einen erschütternden Stoß. Der Mutter des Prinzen, der verwitweten Kaiserin Eugenie, der das Schicksal alle Hoffnung und Lebensfreude geraubt, war nur der Trost geblieben, die Todesstätte in dem fernen Erdteil aufzusuchen und dem gefallenen Sohn, dessen Leiche in der Kapelle von Chiselhurst beigesetzt wurde, auf der Stelle, wo er geblutet, ein Denkmal ihrer Liebe zu errichten.

Expedition nach Tunis. Die Mißerfolge Frankreichs in den Orientwirren, die Wahrnehmung von dem bedrohlich gewachsenen Einfluß andrer Mächte, namentlich Englands, in den Regionen des Mittelländischen Meers, lenkten die Blicke der französischen Regierung auf die Gewinnung eines Ersatzes, und hierzu schien das an Algerien anstoßende Tunis, ein zerrüttetes barbarisches Reich in loser Abhängigkeit von der Pforte, ein günstiger Boden. Die Einfälle eines räuberischen Grenzstammes, der Krumir, nach Algier boten einen erwünschten Anlaß zum Einschreiten. Ein französisches Heer rückte in Tunis ein und zwang den wehrlosen Bei zu dem
12. Mai 1881. Vertrag von Bardo, welcher die festen Plätze und die Verwaltung des Landes den Franzosen und ihrem Generalkonsul Roustan überlieferte, ein Protektorat, das einer völligen Einverleibung sehr nahe kam, zur großen Mißstimmung Englands, Italiens und der Pforte. Allein deren Widerspruch vermochte ebensowenig, wie die Aufstände der wilden Beduinenstämme die Besitzergreifung des Landes zu hintertreiben. In Frankreich stieß die Expedition auf ebensoviel Widerspruch, wie einst Napoleons mexikanischer Feldzug; die tunesischen Kredite wurden zwar bewilligt, aber für das Ansehen Gambettas, dem man im Verein mit seinem Schützling Roustan finanzielle Spekulationen bei der Expedition unterlegte, war das Unternehmen nicht förderlich. Es bedurfte auch noch anstrengender und verlustvoller Kämpfe mit den Eingebornen, der Beschießung der Festung Sfax und der Einnahme der heiligen Stadt Kairuan, ehe das Land sich beruhigte und der Besitz für gesichert gelten konnte.

Gambettas Ministerium. Einen neuen Zündstoff warf Gambetta in das politische Leben durch die Forderung einer Wahlreform: die Arrondissementswahlen sollten abgeschafft, das Listenskrutinium eingeführt werden, d. h. es sollte nicht mehr wie bisher jeder einzelne Wahlbezirk seinen Abgeordneten, sondern ein ganzes Departement sollte nach einer aufgestellten Liste zusammen eine Anzahl von Deputierten wählen. Auf diese Weise glaubte man günstigere Wahlergebnisse für die Republikaner herbeiführen und die Auswahl der Kandidaten von lokalen Einflüssen befreien, das ganze Wahlgeschäft zentralisieren, die Entscheidung einem Pariser Ausschuß, dessen Mittelpunkt natürlich Gambetta war, sichern, kurz dem großen parlamentarischen Diktator allezeit eine gefügige Kammer verschaffen, die „cäsarische Republik“ herstellen zu können. Die Deputiertenkammer nahm auch den Antrag Bardoux auf Einführung der
Mai, Juni 1881. Listenwahl an, der Senat aber lehnte denselben ab, eine empfindliche Niederlage
21. Aug. Gambettas. Indessen fielen die neuen Abgeordnetenwahlen sehr zu gunsten der

Republikaner und scheinbar insbesondere der gambettistischen Partei aus, worauf der große „Volkstribun" endlich seine unverantwortliche Stellung aufgab und anstatt Ferrys als Präsident und Minister des Auswärtigen in die Regierung 14. Nov. 1881. eintrat, die ganz aus seinen Kreaturen, Männern von wenig bekannten Namen, zusammengesetzt wurde; der atheistische Paul Bert bekleidete die Unterrichtsverwaltung. Aber das „große Ministerium" sollte die Hoffnungen nicht erfüllen, die man seit Jahren auf die endliche Übernahme der Regierung durch Gambetta gesetzt hatte. Auch die nächsten Senatorenwahlen fielen günstig für ihn aus. 9. Jan. 1882. Der Kammer wurde jetzt der Entwurf einer beschränkten Verfassungsrevision vorgelegt, wonach die Einführung der Listenwahl für das Abgeordnetenhaus, eine Änderung des Wahlgesetzes und eine Minderung der finanziellen Befugnisse für den Senat beantragt wurde. Die Annahme dieser Vorschläge hätte die beiden gesetzgebenden Körperschaften voraussichtlich in unbedingte Abhängigkeit von Gambetta gebracht. Allein wider alles Erwarten zeigte sich die Kammer oppositionslustig, der Nimbus Gambettas war sichtlich im Schwinden begriffen; sein herrisches Auftreten, sein offenbares Streben nach einer Diktatur, seine abenteuerlustige auswärtige Politik erweckte ihm auch unter den Republikanern viele Gegner, so daß die Partei der unbedingten Gambettisten sich plötzlich einer überlegenen Koalition von rechts und links gegenüber befand. Die Verfassungsrevision mit der Listenwahl wurde mit einer Majorität derer, denen sie zu weit und derer, denen sie nicht weit genug ging, abgelehnt. Gambetta trat alsbald 26. Jan. von der Regierung zurück; so manches Ministerium hatte er gestürzt und nun konnte er sich selbst nur wenige Wochen halten. Von dieser schweren Einbuße an Ansehen hat er sich nicht wieder erholt.

In dem neuen Kabinett übernahm Freycinet das Präsidium und das Wechselnde Ministerien. Auswärtige, Léon Say die Finanzen, Ferry den Unterricht; die Frage der Tod Gambettas und Verfassungsrevision, die seit Jahren auf der Tagesordnung stand und namentlich Chambords. in ihrem auf Beschränkung der Befugnisse des Senats abzielenden Bestandteil von den radikalen Republikanern immer aufs neue betrieben ward, wurde einstweilen vertagt. Ein Gesetz über Reform der Gemeindeordnung, welches auch in den großen Städten, außer Paris, den Gemeinderäten das Recht der Bürgermeisterwahl übertrug, wurde angenommen, das Ferrysche Unterrichtsgesetz jetzt auch vom Senat genehmigt. Indessen auf diesem unterwühlten Boden parlamentarischer Intrigen und verwirrter Parteiverhältnisse, wo die Ministerien im Laufe weniger Wochen oder Monate zu wechseln pflegen, konnte sich auch ein Kabinett nicht lange halten, dessen Stütze nur in einer an sich widernatürlichen, lediglich durch den Haß gegen Gambetta zusammengefügten Koalition von rechts und links bestand. Während die sozialistisch-revolutionäre Bewegung immer wildere Formen annahm und sich in gefährlichen Arbeiterunruhen äußerte, während der „Börsenkrach", der sich an den Zusammenbruch der finanziellen Unternehmungen des Schwindlers Bontoux anknüpfte, von der herrschenden wirt-

schaftlichen Zerrüttung zeugte, während der Staatskredit, Handel und Industrie unter den innern Wirren arg geschädigt wurden, hatte das unfruchtbare Treiben im Parlament und unter den Parteien seinen Fortgang. Über der Forderung eines Kredits für Beteiligung an der englischen Expedition nach Ägypten, von
29. Juli 1882. der die Kammer nichts wissen wollte, kam das Ministerium Freycinet zu Fall. Für die Nachfolge irgend einen Mann von Bedeutung und politischer Stellung zu finden, war unmöglich. In der Not griff man zu Staatsmännern zweiten und dritten Rangs, die unter dem Vorsitz des alten Duclerc ein möglichst farbloses „Geschäftsministerium" unter Verzicht auf eine große aktive Politik, namentlich auch auf eine Einmischung in die ägyptischen Wirren bildeten. Die Unmöglichkeit, einen bessern Ersatz zu finden, die Scheu aller hervorragenden Männer, die Regierung zu übernehmen, hielt das Kabinett eine Zeitlang. Für die innere Politik Frankreichs von den tiefeingreifendsten Folgen war der Tod Gambettas, des Mannes, der seit mehr als einem Jahrzehnt den entscheidenden Einfluß auf die Entwickelung der Dinge ausgeübt hatte und trotz seines Mißerfolgs mit dem „großen Ministerium" noch immer der Angelpunkt war, um den sich das politisch-parlamentarische Leben drehte. Er starb in der Nacht
Neujahr 1882/83. der Jahreswende an den Folgen einer Schußwunde, die er bei einem noch nicht völlig aufgeklärten Vorfall erlitten. Wenige Tage darauf starb auch Chanzy, der für den fähigsten General Frankreichs, den Führer bei einem Revanchefeldzug galt. Gambettas Tod gab den Anstoß zu neuen innern Krisen. Nach dem Hingang des großen Republikaners schienen die Aussichten für eine Herstellung der Monarchie günstiger. Die ersten, die sich regten, waren die Bonapartisten. Der alte unfähige Prinz Jérôme Napoleon (Plon-Plon), den kaum jemand
16. Jan. 1883. mehr ernst genommen, erließ ein Manifest, worin er sich der französischen Nation als Prätendent wieder in Erinnerung brachte, heftige Anklagen gegen die Republik schleuderte und ein Plebiszit verlangte. Die Regierung ließ ihn verhaften und in Anklagestand versetzen. Auch legitimistische und orleanistische Demonstrationen fanden statt. In der Kammer wurde diesen Vorgängen gegenüber ein Gesetzentwurf beantragt, wonach die Mitglieder früherer Herrscherhäuser ausgewiesen werden mußten, oder nach einem mildern Antrag verbannt werden konnten, wenn sie die Sicherheit des Staats gefährdeten. Darüber kam es zu heftigen Zerwürfnissen zwischen Senat und Deputiertenkammer und zu der üblichen Ministerkrise. Das Kabinett Duclerc und das folgende, von Fallières
Jan., Febr. gebildete, traten im Lauf weniger Wochen zurück. Es war nachgerade schwer, in Frankreich Minister zu finden, und man mußte immer wieder auf die alten Männer in etwas veränderter Kombination zurückgreifen. An der Spitze des
22. Febr. neuen Kabinetts stand Ferry, zugleich mit der Unterrichtsverwaltung betraut; das Äußere übernahm Challemel-Lacour, das Kriegsressort behielt General Thibaudin bei, der einst als deutscher Kriegsgefangener entflohen war und mit Bruch des Ehrenworts sich wieder am Feldzug beteiligt hatte, im wesent-

lichen ein gambettistisches Ministerium, dem aber die Seele nicht mehr innewohnte. Das Prätendentengesetz wurde, da eine Verständigung zwischen den beiden Kammern nicht zu erzielen war, nach den erregtesten parlamentarischen Verhandlungen vorläufig fallen gelassen. Statt dessen griff man auf ein altes Gesetz zurück und der Kriegsminister verfügte den Austritt der in der Armee dienenden Prinzen von Orleans, auf die es vorzugsweise abgesehen gewesen. Auf finanziellem Gebiet that sich die neue Regierung durch eine Zinsenreduktion der Staatsrente hervor, welche für die Staatsfinanzen nützlich war, unter den kleinen Rentenbesitzern aber viel böses Blut erregte. Ein wichtiges Ereignis für das französische Parteiwesen war der Tod des alten Grafen Chambord. Der letzte 24. Aug. 1883.
Sprosse der Bourbons starb kinderlos in Frohsdorf und der Graf von Paris, das Haupt der Orleans, war nun auch in den Augen der Legitimisten der berechtigte Thronfolger.

Hatte sich Frankreich in den ägyptischen Verwickelungen, die wir früher Madagaskar.
kennen gelernt haben, stark in den Hintergrund drängen lassen, so suchte es dafür Ersatz in andern Ländern. Der in dem Protektorat über Tunis errungene Erfolg lud zu ähnlichen Unternehmungen ein. Seit den Tagen Ludwigs XIV. hatten die Franzosen auf der großen ostafrikanischen Insel Madagaskar Niederlassungen gegründet und von Zeit zu Zeit gewisse Herrschaftsansprüche daselbst geltend gemacht, ohne doch thatsächlich und dauernd sich festsetzen zu können. In dem größten Teil der wenig erforschten, von verschiedenen Völkerrassen bewohnten Insel ist das von König Radama I. begründete Reich der Howa anerkannt, eines wohlgebildeten, kriegerischen und freiheitliebenden Volksstammes, der eine gewisse Kultur eingeführt hat und sich äußerlich zum Christentum bekennt. Die Zurückweisung der Forderung, die Erwerbung von Grundbesitz durch Fremde zu gestatten, und Klagen französischer Unterthanen über angebliche Bedrückungen und Beschimpfungen durch die Howaregierung gaben den Pariser Machthabern Anlaß, alte Ansprüche zu erneuern und ein Ge- Sommer 1882.
schwader nach dem entlegenen Land zu schicken, welches mit den wilden, zur Empörung gegen die Howa geneigten Sakalawa-Stämmen Verbindungen anknüpfte. Eine madagassische Gesandtschaft hatte in Paris keinen Erfolg, da Frankreich die Oberhoheit über die Ostküste verlangte. Dagegen schloß die Gesandtschaft in London einen Vertrag ab, wodurch die Engländer alle Rechte der meistbegünstigten Nation und die Erlaubnis Land zu pachten erlangten. Als die Howaregierung die Anerkennung der französischen Schutzherrschaft über die Sakalawa-Stämme und eine Kriegskostenentschädigung zurückwies, ließ Admiral Pierre mehrere Hafenplätze beschießen und besetzte die Stadt Tamatawe. Allein Juni 1883.
mit einigen Erfolgen an der Küste war den Howa, deren Sitze vornehmlich auf der Hochebene im Innern liegen, wo auch die Hauptstadt Tananarivo sich befindet, nicht beizukommen. Die durch die Expedition herbeigeführte Störung des Handels schadete mehr den Europäern als den Eingebornen. Der kleine

Krieg und das Sumpffieber forderten viele Opfer und in das Innere vermochten die Franzosen nicht vorzudringen. Müde der großen Kosten und Opfer, war die
Dez. 1885. französische Regierung endlich froh einen Frieden zu schließen, der ihr gestattete, sich mit einer Kriegskostenentschädigung, einigen wenig bedeutsamen Ehrenrechten und dem Schein einer Schutzherrschaft aus dem unfruchtbaren Abenteuer zurückzuziehen.

Tongking. Etwas erfolgreicher war die Expedition nach Tongking, die aber auch noch größere Opfer erforderte. In Hinterindien hatten die Franzosen schon unter Napoleon III. festen Fuß gefaßt. Um den französischen Einfluß in Ostasien auszubreiten, nahm der Kaiser die unaufhörlichen blutigen Christenverfolgungen
1858. in dem Reich Annam zum Anlaß, um im Bund mit Spanien eine Expedition
1862. nach jenem Land auszurüsten, welche nach mehrjährigem Krieg zur Erwerbung der französischen Kolonien Cochinchina und Kambodscha führte. Der Wunsch, sich des roten Flusses, welcher einen Zugang zu dem Innern Chinas erschließt, zu versichern, trieb die Franzosen weiter vorwärts in jenen hinterindischen Land-
1873. schaften. Im Jahr 1873 bemächtigten sie sich der Hauptstadt Tongkings, Ha-noi, und gerieten darüber in Krieg mit dem Herrn des Landes, dem Kaiser von Annam, welcher die Schwarzen Flaggen in Sold nahm, die Reste der aufständischen Taiping (XV, 1. 195 f.), die sich als Seeräuber und Landsknechte im Delta des roten Flusses niedergelassen und ein selbständiges Staats-
15. März 1874. wesen gegründet hatten. In einem Vertrag wurde die Herrschaft des Kaisers von Annam über Tongking anerkannt, den Franzosen aber freie Schiffahrt auf dem roten Fluß, Öffnung der Häfen für ihren Handel, militärische Schutzwachen für ihre Konsularbeamten und Zulassung von Missionären zugestanden. Die chinesische Regierung, welche gewisse Oberhoheitsrechte über Annam zu besitzen behauptete, protestierte gegen diesen Vertrag. Die Belästigung des französischen Handels durch chinesische Seeräuber, gegen welche die annamitische Regierung keinen Schutz gewährte, führte zur Erneuerung der Feindseligkeiten. Von Cochin-
Frühjahr 1882. china aus rückten französische Marinetruppen in Tongking ein, worauf der Kaiser von Annam die Hilfe Chinas anrief. Einem von dem Gesandten in Peking, Bourrée, abgeschlossenen Vertrag, wonach China zwar die Oberhoheit über Annam behalten, seine Hoheitsrechte über das Delta des roten Flusses aber an Frankreich abtreten und dem französischen Handel die Provinz Jün-nan öffnen sollte, verweigerte die Pariser Regierung die Bestätigung und traf ernstliche Anstalten, sich in Tongking festzusetzen und zu behaupten. Unterstützt durch einen Thronwechsel in Annam eroberten die Franzosen unter Admiral Courbet durch blutige Ge-
Aug. 1883. fechte mit Annamiten und Chinesen, wobei der Kapitän Rivière fiel, die Landschaften am Huëfluß und zwangen den Kaiser von Annam zu einem Vertrag, wonach die französische Kolonie Cochinchina erweitert, den Franzosen das Recht eingeräumt wurde, die strategischen Punkte besetzt zu halten und die Steuern und Zölle in Tongking gegen Gewährung einer Zivilliste zu erheben, überhaupt die

ganze Verwaltung daselbst zu leiten. Der Kaiser von Annam trat selbst in eine
Art von Klientenverhältnis zu Frankreich, indem er sich verpflichtete, nur durch
Vermittelung der französischen Gesandten mit der chinesischen Regierung zu ver-
kehren. Dann brachen die Franzosen gegen die Schwarzen Flaggen auf, die
festen Städte Son-tai und Bak-ninh wurden erstürmt, das ganze Delta des Dez. 1883. März 1884.
roten Flusses unterworfen. Aber der Krieg mit den Chinesen und den Schwarzen
Flaggen zog sich trotz mancher Erfolge der Franzosen in die Länge. Ein Prä-
liminarvertrag von Tientsin wurde durch einen Überfall einer französischen Mai.
Kolonne seitens der Chinesen hinfällig. Der Krieg entbrannte mit größerer
Heftigkeit. Um ein Faustpfand in die Hand zu bekommen, setzten sich die Fran-
zosen auf der Insel Formosa fest, vernichteten die chinesische Flotte daselbst,
zerstörten das Arsenal und sperrten die überseeische Reiszufuhr. General Brière
de l'Isle eroberte Langson im nördlichen Tongking, mußte sich aber bald vor
der chinesischen Übermacht zurückziehen. Die Franzosen litten empfindlich durch Febr. 1885.
Hitze und Krankheiten, erfuhren auch in den mühevollen opferreichen Feldzügen
manchen Mißerfolg. Die Niederlage des Generals Negrier bei Langson und 23. März.
die Räumung dieser Stadt erregte in Frankreich das peinlichste Aufsehen. Die fort-
währenden Truppensendungen und Kreditbewilligungen riefen in der Heimat
wachsende Mißstimmung hervor. Die nationale Ehre forderte freilich Fortsetzung
des Kriegs, und es wurden auch neue große Kredite und Verstärkungen bewilligt;
man war aber doch froh, als die chinesische Regierung trotz einiger gerade in der
letzten Zeit errungenen Erfolge sich zum Friedensschluß geneigt zeigte. Eine förm-
liche Kriegserklärung hatte überhaupt nie stattgefunden. In dem Frieden räum-
ten die Franzosen ohne Kriegskostenentschädigung die besetzten chinesischen Gebiete, Juni.
verblieben aber im Besitz von Tongking; auch wurden dem internationalen Handel
zu den bisher schon eröffneten Hafenstädten jetzt auch einige Binnenplätze be-
willigt. Mit den Schwarzen Flaggen dauerten die Kämpfe noch einige Zeit fort,
und auch mit den Annamiten brachen wieder Streitigkeiten aus, die zu entsetz-
lichen Christenverfolgungen führten und von der Unsicherheit dieses Besitzes
Zeugnis ablegten. Admiral Courbet, welcher in diesem Krieg viel Tapferkeit
und Umsicht bewiesen, starb als ein Opfer der Beschwerden an Bord seines 11. Juni.
Schiffes. Auch der Generalresident in Tongking, Paul Bert, wurde von einer 11. Nov. 1886.
Seuche hingerafft.

Unter heftigen parlamentarischen Kämpfen kam jetzt auch die schon lange Verfassungsrevision.
betriebene Verfassungsrevision zu stande, die sich indessen nur auf wenige Punkte
beschränkte und die Radikalen keineswegs befriedigte. Der aus den beiden
Kammern bestehende „Kongreß“ beschloß, die republikanische Staatsform als die 4. Aug. 1884.
endgültige zu bezeichnen, Mitglieder der ehemaligen Regentenhäuser von der
Wahl zum Präsidenten der Republik auszuschließen und die Reform des Senats-
wahlgesetzes einem besonderen Gesetz vorzubehalten. Das letztere kam unter
großen Schwierigkeiten zu stande und zwar auf der Grundlage, daß fortan sämt- 10. Dez.

liche 300 Mitglieder des Senats nach dem gleichen Wahlmodus, von den Departements und den Kolonien, gewählt wurden und daß die Zahl der Delegierten der Gemeinden für die Senatswahlen mit der Zahl der Gemeindeeinwohner stieg. Die Lebenslänglichkeit der 75 Senatoren und ihre Wahl durch den Senat war damit abgeschafft. Das neue Gesetz erwies sich alsbald den Republikanern auf Kosten der Monarchisten sehr günstig. Auch das Gesetz über die Einführung des Listenwahlsystems bei den Abgeordnetenwahlen, an welchem Gambetta gescheitert war, kam jetzt zu stande, fiel aber in seiner ersten Anwendung wider Erwarten zu gunsten der Monarchisten und Radikalen und zum Nachteil der gemäßigten Republikaner aus.

8. Juni 1885. Okt.

Neue Ministerien. Boulanger.

Damals war das Ministerium Ferry bereits nicht mehr am Ruder. Als die Regierung nach der Niederlage von Langson einen Kredit von 200 Millionen für den ostasiatischen Krieg verlangte, fand sie in der Kammer, wenn dieselbe auch patriotisch genug war, die Summen zu bewilligen, eine solche Aufnahme, die „Abenteuerpolitik" eine so scharfe Kritik, daß das Kabinett Ferry seine Entlassung nahm, worauf der Kammerpräsident Brisson ein neues Ministerium bildete. Aber auch dieses hielt sich nicht lange; es kam ebenfalls über die Tongkingfrage zu Fall. Zwar wurde der für Kolonialzwecke geforderte Kredit nochmals bewilligt, aber unter solchem Widerspruch von monarchistischer und radikaler Seite und mit einer so geringen Mehrheit, daß Brisson seine Entlassung einreichte. In diesen Tagen wurde Grévy vom „Kongreß" aufs neue für sieben Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt. Die Bildung eines neuen, aus Opportunisten und Radikalen bestehenden Kabinetts übernahm Freycinet, der bisherige Minister des Auswärtigen. Das Ressort des Kriegs wurde dem General Boulanger übertragen, einem in nächster Zeit viel genannten Mann, der bald recht eigentlich als die Verkörperung des Revanchegedankens, als der Führer in dem künftigen Krieg gegen Deutschland erschien und darum sich rasch eine große Volkstümlichkeit in Frankreich erwarb, die er bei jeder Gelegenheit durch sein theatralisches Auftreten, durch seine maßlose Redelust und durch demonstratives Zurschautragen seiner radikalen Gesinnung zu steigern wußte. Viele wollten in ihm bereits den künftigen militärischen Diktator erblicken, der wie einst der erste Napoleon der abgewirtschafteten Republik das Grab bereiten würde. Seine Reorganisation und Vermehrung der Armee vermittels eines neuen Militärgesetzes, das maßlos wachsende Heeresbudget, die Probemobilmachung eines Armeekorps, Rüstungen und Veranstaltungen an der Grenze, welche nur auf die Absicht eines baldigen Angriffs gedeutet werden konnten, mußten allenthalben die Besorgnis erwecken, daß der Weltfrieden aufs ernstlichste bedroht sei. — Die Verstärkung der Monarchisten in den Wahlen von 1885 drängte die Prinzenfrage wieder in den Vordergrund. Man erblickte in diesem Ergebnis die Frucht der Umtriebe und des Geldes der Orleans, denen man weitangelegte Konspirationen gegen die Republik und einen wachsenden

30. März 1885.

24. Dez.

28. Dez.

Jan. 1886.

Einfluß in der Armee zuschrieb. Bei der Feier der Verlobung der Tochter des Grafen von Paris mit dem Kronprinzen von Portugal wurde ein Empfang wie an einem monarchischen Hof abgehalten, was als eine feindselige Demonstration gegen die Republik und Herausforderung der Regierung viel böses Blut erregte. Durch die Anwesenheit der Prätendenten in Frankreich schien die Sicherheit des Staats gefährdet. Darum wurde ein Gesetz vereinbart, wonach den Häuptern Juni 1886.
der ehemaligen Regentenfamilien und deren nächsten Erben der Aufenthalt in Frankreich untersagt und die Regierung ermächtigt wurde, durch Dekret auch die übrigen Mitglieder dieser Familien zu verbannen. Demgemäß wurden der Graf von Paris und Prinz Jérôme Bonaparte mit ihren ältesten Söhnen, sowie der Herzog von Aumale des Landes verwiesen. Die übrigen Prinzen wurden aus der Armeeliste gestrichen. — Ein Volksschulgesetz hob das Aufsichtsrecht der Okt.
Pfarrer und den offiziellen Religionsunterricht auf, gestattete in den Gemeindeschulen nur die Anstellung weltlicher Lehrer und überließ den Mitgliedern religiöser Orden die Errichtung von „freien Schulen" nur, wenn die Lehrer an denselben eine staatliche Prüfung bestanden hatten. Ein Spionagegesetz gab einer krankhaften Furcht der Franzosen vor Ausspähung ihrer militärischen Geheimnisse Ausdruck. — Die Streichung der Gehälter der Unterpräfekten durch eine Koalition der Rechten und der Radikalen in der Kammer gab in diesem Land unaufhörlicher Krisen und Wirren wiederum Anlaß zum Rücktritt des Mini- Dez.
steriums, worauf der den Radikalen zuneigende bisherige Unterrichtsminister Goblet die Bildung eines neuen Kabinetts übernahm, welches indessen zum größten Teil aus Mitgliedern der früheren Regierung bestand. Auch Boulanger war beibehalten und beherrschte mehr als je das ganze Kabinett. Auch dies Ministerium hielt sich indessen nur einige Monate. Meinungsverschiedenheiten mit der Kammer über Ersparnisse im Budget führten wieder zu einer Krisis, worauf der Vorsitzende der Budgetkommission, Rouvier, an die Spitze eines Mai 1887.
neuen aus gemäßigten Republikanern und zwei Männern der äußersten Linken bestehenden Ministeriums trat, dem von den bisherigen Mitgliedern nur der Minister des Auswärtigen, Flourens, angehörte. Das wichtigste Ereignis hierbei war die Beseitigung des Kriegsministers Boulanger, der durch den General Ferron ersetzt wurde. Boulanger wurde zum Kommandeur eines Armeekorps in der Provinz ernannt, aber sein Name blieb der Schlachtruf der Revanchemänner und der radikalen Opposition, die der Regierung die Opferung ihres prahlerischen Helden nicht verzeihen konnten.

Einige Monate darauf führten ärgerniserregende Vorgänge, die sich zu- Rücktritt Grévys.
nächst an den Namen des Generals Caffarel knüpften und die sittliche Fäulnis der Zustände in der Republik grell beleuchteten, die Entdeckung einer in die Okt.
höchsten Kreise reichenden Mißwirtschaft zur Ausbeutung von Ordensverleihungen, Anstellungen und Militärlieferungen, zu einer der größten Krisen, welche die Republik in neuerer Zeit durchgemacht. In diese unsaubern Geschäfte war der

Schwiegersohn des Präsidenten Grévy, der Abgeordnete Wilson, tief verwickelt, und die Angriffe gegen diesen Mann, der seinen Einfluß und seine verwandtschaftliche Stellung im Elysée in sträflicher Weise mißbraucht hatte, nahmen bald eine gegen den Präsidenten der Republik selbst gerichtete Spitze an. Besonderes Aufsehen erregte die Entfernung einiger belastenden Briefe Wilsons aus den Untersuchungsakten und ihre Ersetzung durch andre. Die Kammer erteilte die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des schwerbeschuldigten Deputierten und setzte einen parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der zahlreichen ihm vorgeworfenen Mißbräuche ein. Eine Interpellation in der Kammer in dieser Angelegenheit führte zum Rücktritt des Kabinetts Rouvier, das durch ein Zusammengehen der Rechten und der äußersten Linken gestürzt wurde. Es eröffnete einen trüben Einblick in die sittlichen Zustände der höhern politischen und gesellschaftlichen Kreise der Republik, daß das Treiben einer berüchtigten Gelegenheitsmacherin (Madame Limousin) und eines bankrotten Generals eine Bewegung erzeugen konnte, welche, lawinenartig anwachsend, die höchsten Beamten, die Minister und schließlich den Präsidenten der Republik selbst in ihren Wirbel hineinzog. Es kostete den alten Grévy, dem nur der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er sich von seinem übel beleumundeten Schwiegersohn nicht rechtzeitig loszusagen vermochte, viel Überwindung und Seelenkämpfe, als er der beleidigten öffentlichen Moral das Opfer seines Rücktritts brachte. Wiederholt zog er seinen Entschluß wieder zurück. Auch war der Vorwurf gegen die Kammer nicht ungerechtfertigt, daß sie durch den auf den Präsidenten ausgeübten Druck das der Verfassung zu Grunde liegende Prinzip umgestoßen, eine Art von parlamentarischem Staatsstreich begangen habe. Denn die Stellung eines Präsidenten der Republik kann nur Sinn und Berechtigung haben, wenn sie, den parlamentarischen Kämpfen und dem Parteitreiben entzogen eine gewisse Stetigkeit und Unantastbarkeit besitzt. In der That konnten diese Ereignisse nicht ohne eine schwere Schädigung des Ansehens der Republik vorübergehen.

19. Nov. 1887.

Carnot Präsident.

Nachdem Grévy endgültig seinen Rücktrittsentschluß gefaßt, wurde die Nationalversammlung (der aus Senat und Deputiertenkammer bestehende Kongreß) nach Versailles berufen und wählte, als Ferry und Freycinet, die daneben besonders in Betracht kamen, von ihrer Bewerbung zurückgetreten waren, Sadi Carnot zum Präsidenten, den Enkel des berühmten Generals der ersten Republik, einen Mann von makellosem persönlichem Ruf, gemäßigter Gesinnung und aufrichtig republikanischer Überzeugung, der bereits in einem frühern Ministerium die Finanzverwaltung geleitet hatte. Sämtliche republikanische Stimmen hatten sich auf diesen Mann vereinigt, während die Monarchisten den General Saussier wählten. Aber die Einigkeit im republikanischen Lager war damit nicht dauernd hergestellt. Schon das erste, gemäßigt republikanische Ministerium des neuen Präsidenten, in welchem Tirard den Vorsitz führte und Flourens

3. Dez. 1887. Carnot geb. 1837.

die auswärtigen Angelegenheiten leitete, stieß auf heftigen Widerspruch der Radikalen. Von der durch diese Vorgänge hervorgebrachten Aufregung zeugte ein Attentat eines überspannten Menschen auf Ferry, gegen den die radikale Presse in der maßlosesten Weise gehetzt hatte, als er Aussicht zu haben schien, der Nachfolger Grévys zu werden. 10. Dez. 1887.

Das Verhältnis zu Deutschland erfuhr in den letzten Jahren keine Besserung. Im Gegenteil, die unaufhörliche Aufhetzung durch eine „patriotische" Agitation steigerte die Gereiztheit fortwährend und führte mitunter eine Stimmung herbei, die den nahen Ausbruch eines neuen Kriegs unvermeidlich erscheinen ließ. Der friedliche Verkehr, wie er unter zivilisierten Nationen üblich ist, vermochte oft kaum mehr aufrecht erhalten zu werden. Die Verfolgungen und Schmähungen gegen deutsche Geschäftsleute, Angestellte, ja harmlose Reisende, oft in die Form einer lächerlichen Spionenhetze gekleidet, feindselige Demonstrationen und Ausbrüche des Hasses aller Art, dann ein strenges Fremdengesetz zeugten von dem unversöhnlichen Groll des leidenschaftlichen Volks. Es ist unmöglich, alle Äußerungen des nationalen Fanatismus zu verzeichnen. Nur an ein Ereignis, das besonderes Aufsehen erregte, sei erinnert. Als König Alfons von Spanien, der den Manövern bei Homburg beiwohnte, die Ernennung zum Inhaber eines preußischen Ulanenregiments annahm, wurde er bei der Rückreise in Paris von dem Straßenpöbel und selbst von amtlichen Personen so beleidigend behandelt, daß allenthalben der gerechteste Unwille über diese Verletzung der Ritterlichkeit und Höflichkeit gegenüber einem fremden Monarchen herrschte. Es war eine Genugthuung für diese Beschimpfung, daß einige Wochen nachher der deutsche Kronprinz einen feierlichen Besuch am Madrider Hof abstattete. Der Mittelpunkt aller kriegshetzenden und deutschfeindlichen Demonstrationen war die „Patriotenliga" unter ihrem fanatischen Präsidenten Déroulède. Die Hoffnung und Aussicht, mit Rußland sich zu einem Kriegsbund gegen Deutschland vereinigen zu können, gab den Revanchebestrebungen frische Nahrung, sowenig innere Gemeinschaft außer dem Deutschenhaß auch die französischen Republikaner und Radikalen mit den russischen Autokraten und Panslawisten haben. Die Spannung der Situation wurde durch peinliche Vorfälle an der Grenze gesteigert, wie die landesverräterischen Umtriebe und die darum erfolgte Verhaftung des französischen im Grenzdienst angestellten Polizeikommissars Schnäbele und den Zusammenstoß einer französischen Jagdgesellschaft mit deutschen Forstbeamten bei Raon-sur-Plaine in den Vogesen, wobei ein französischer Leutnant verwundet und ein Treiber erschossen wurde. Es bedurfte der ganzen Friedensliebe der deutschen Regierung und ihres weiten Entgegenkommens, um die über diese Vorfälle in Paris entstandene Aufregung zu beschwichtigen. Ein neues Wehrgesetz verstärkte die französische Heereskraft abermals in der umfangreichsten Weise, indem es den Grundsatz durchführte, jeden tauglichen Staatsangehörigen zum Soldaten auszubilden, und damit das Ideal allgemeiner Bewaffnung für

Stellung zu Deutschland.

Sept. 1883.

April 1887.

Gesetz vom 15. Juli 1889.

den Volkskrieg verwirklichte. Die Ausbildung und Bereitstellung kriegstüchtiger Mannschaften wurde damit auf das äußerste gefördert.

Radikales Kabinett. Floquet Boulangers Popularität und Verurteilung. Auch das Ministerium Tirard fristete nur wenige Monate das Leben; ohne zuverlässige Stütze in der Kammer fiel es durch eine Koalition der Radikalen und Monarchisten, als die Dringlichkeit für die Beratung eines aus dem Haus hervorgegangenen Antrags auf Verfassungsrevision beschlossen wurde, und der bisherige (3. April 1888.) Kammerpräsident Floquet übernahm die Bildung eines neuen ganz radikalen Kabinetts. Es war derselbe Mann, der im Jahr 1867, als der Zar Alexander II. in Paris weilte, durch ein in dessen Anwesenheit ausgebrachtes Hoch auf Polen ein Ärgernis gegeben, das ihm am russischen Hof nie vergessen wurde. Bei den jetzigen zarten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland stand diese Erinnerung der Berufung Floquets lange im Weg, und es bedurfte eines demonstrativen Versöhnungsschrittes bei dem russischen Botschafter, ehe das Hindernis beseitigt war. Freycinet, obwohl nur im Zivildienst emporgekommen, übernahm die Leitung des Kriegsministeriums. Die wachsende Unzufriedenheit mit den zerfahrenen Zuständen gab sich in der zunehmenden Popularität des Generals Boulanger kund. Derselbe war wegen Verletzung der Disziplinvorschriften seines Korpsbefehls entsetzt worden und beschritt jetzt die parlamentarische Laufbahn. Ein Mann ohne jeden tiefern geistigen oder sittlichen Gehalt, ein leerer Prahler, wußte er doch durch Großsprecherei, durch Schmähung auf die republikanischen Machthaber und die Kammer, durch Huldigungen an die Volksleidenschaften, durch hohle Schlagworte von Kammerauflösung und Verfassungsrevision sich eine Zeitlang ein gewaltiges Ansehen im Land zu verschaffen. Er war der Held aller mit den derzeitigen Machthabern und überhaupt mit der Republik mißvergnügten Kreise, und diese nahmen in Frankreich beständig zu. Auch Bonapartisten und Orleanisten unterstützten den General, von dem man meinte, er sei berufen, der Republik das Ende zu bereiten, und von reichen Gönnern wurde er mit großen Geldmitteln ausgerüstet. In mehreren Ergänzungswahlen wurde Boulanger mit starken Mehrheiten in die Kammer (27. Jan. 1889.) gewählt; namentlich die Wahl in Paris erregte das größte Aufsehen und wurde allgemein als ein schwerer Schlag gegen die Republik bezeichnet. Ein neuer Cäsarismus schien sich sichtbar anzukündigen, und Frankreich begann, wie Ferry sich ausdrückte, die Mittelmäßigkeit für das Genie und Catilina für Washington zu halten. Floquet war inzwischen mit einer Vorlage zur Verfassungsrevision vor die Kammer getreten. Dieselbe bezweckte hauptsächlich eine Einschränkung der Befugnisse des Senats; bei Finanzgesetzen sollte er nur noch beratende Stimme, bei Meinungsverschiedenheiten mit der Deputiertenkammer nur ein aufschiebendes Veto haben. Auch der Senat sollte durch das allgemeine Stimmrecht, wenn auch auf indirektem Weg durch Wahlmänner gewählt, die Mandatsdauer der Mitglieder beider Kammern auf sechs Jahre festgesetzt und beide alle zwei Jahre zu einem Drittel erneuert werden. Ein neueingeführter Staatsrat

sollte die Ausarbeitung aller Gesetzentwürfe übernehmen. Das Recht, bei der Auflösung der Kammer mitzuwirken, sollte sowohl dem Senat als dem Präsidenten der Republik entzogen werden. Die Minister sollten auf einen bestimmten Zeitraum ernannt werden und vor Ablauf desselben nur durch einen förmlichen Kammerbeschluß zum Rücktritt veranlaßt werden können. Der Senat und der Präsident der Republik wären durch diese Vorschläge zu müßigen Dekorationen herabgesetzt worden. Zugleich wurde eine Vorlage eingebracht, durch welche die Bezirkswahlen wiederhergestellt, das Listenskrutinium aufgehoben ward (XV, 2. 664 f.). Man war durch die Erfolge Boulangers zu der Ansicht gekommen, daß der Einfluß der Regierung sich bei Bezirkswahlen viel stärker geltend machen könne als bei Listenwahlen. Das Wahlgesetz wurde auch angenommen, bei der Verfassungsrevision aber wurde das radikale Ministerium Floquet durch eine aus den „Opportunisten", Monarchisten und Boulangisten bestehende Mehrheit, welche Vertagung der Beratung beschloß, gestürzt, eine der gewöhnlichen parlamentarischen Intrigen, an denen die neueste französische Geschichte so reich ist. Den Vorsitz in dem neuen Kabinett übernahm wieder Tirard. Dem im wesentlichen opportunistischen, mit einigen radikalen Mitgliedern versetzten Kabinett gehörten Freycinet, wiederum als Kriegsminister, und der Redakteur Spuller als Leiter des Auswärtigen Amtes an. Das neue Ministerium Tirard entfaltete eine unerwartete Energie, um seine Autorität zu wahren und die Republik gegen Umsturz zu schützen. Die Patriotenliga wurde wegen staatsgefährlicher Umtriebe aufgelöst, die Führer unter Anklage gestellt. Sodann wurde gegen Boulanger mit einer Klage wegen hochverräterischer Umtriebe gegen die Republik, wegen Betrügereien, Verstöße gegen die Disziplin u. dgl. vorgegangen. Der General mit seinen nächsten Genossen entzog sich indessen der Verfolgung durch die Flucht nach Belgien, dann nach England. Bei den Wahlen zu den Generalräten, Körperschaften, die sich über die lokalen wirtschaftlichen Interessen der Departements zu beraten haben, sollte eine Art Plebiszit für Boulanger veranstaltet werden; er wurde mehrere hundertmal aufgestellt, erlitt aber eine starke Niederlage. Auch ein Gesetz gegen die mehrfachen Kandidaturen war gegen Boulanger gerichtet und sollte ein allgemeines Plebiszit auf dessen Namen unmöglich machen. In einem Aufsehen erregenden Prozeß wurde der abenteuernde General alsdann des Verbrechens der Verschwörung und des frevelhaften Anschlags gegen den Staat, sowie der Entwendung von öffentlichen Geldern schuldig befunden und mit seinen Genossen Dillon und Rochefort zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

[Randnotizen: Ende Febr. 1889. — Ende Juli. — Aug.]

Wirtschaftliche Katastrophen.

Die Ungesundheit der wirtschaftlichen Zustände in Frankreich trat in einer Reihe großer, finanzieller Krisen zu Tage. Zuerst kam der Bontoux-Bankrott (XV, 2. 665), der vor allem den legitimistischen Adel und die Geistlichkeit berührte; darauf folgte Ende des Jahres 1888 die schwere Katastrophe des Panamakanals, die ganz besonders die kleinen Rentner in Mitleidenschaft zog,

die Vollendung des mit ungeheuren Kosten und Anstrengungen begonnenen Werks des Herrn von Lesseps (XV, 1. 706) sehr in Frage stellte und den französischen Kapitalisten die schwersten Verluste zufügte. Endlich kam zu Anfang des Jahres 1889 der „Kupferkrach" hinzu, der besonders das Großkapital und die Börse traf. Ein Ring von Pariser Geldmännern, an der Spitze das große Finanzinstitut Comptoir d'Escompte, hatte beschlossen, die gesamte Kupferproduktion der Erde in die Hand zu nehmen und damit die Preise vorzuschreiben. Allein die Spekulation scheiterte an dem Widerstand der Verbraucher dieses Metalls und an der Unmöglichkeit, sämtliche Minen in die Hand zu bekommen, und die Katastrophe erschütterte gewaltig die hohen Finanzkreise, die Unzufriedenheit gegen die Republik und die bestehenden Zustände steigernd.

Neue Wahlen. Das alles war eine unfreundliche Einleitung zu dem großen Spektakelstück der Weltausstellung, welche zur hundertjährigen Erinnerungsfeier der Revolution im Sommer 1889 veranstaltet wurde. Der günstige und glänzende Verlauf, den das Fest gleichwohl nahm, machte die Republik wieder etwas volksbeliebter. (22. Sept. 1889.) Das zeigte sich bei den neuen Wahlen, welche im ganzen die bisherige Zusammensetzung der Kammer aufrecht erhielten. Die Republikaner in ihren verschiedenen Gruppen behaupteten zusammen eine ansehnliche Mehrheit, zu einem fruchtbaren Wirken war freilich ihre Einigkeit vorausgesetzt. Noch einmal wies die Republik die Angriffe der gegen sie verbündeten Royalisten, Bonapartisten und Boulangisten ab. Die boulangistische Bewegung erlitt damit aufs neue einen schweren Stoß. Der abenteuernde General, finanziell zerrüttet und von allen Seiten aufgegeben, zog sich nach der englisch-normannischen Insel Jersey zurück, wo einst auch Viktor Hugo Zuflucht gesucht hatte.

VII. Spanien und Portugal.

1. Die Republik.

Febr. 1873. Nach der freiwilligen Thronentsagung der Königs Amadeo (XV, 2. 308.) befand sich die Pyrenäische Halbinsel in einem ähnlichen Zustand, wie Frankreich (Das republikanische Spanien.) nach dem Tag von Sedan. Die Not führte zur republikanischen Staatsform; von den Cortes, denen thatsächlich die Souveränität zugefallen war, wurde ein republikanisches Regiment bestellt, in welchem Figueras, Castelar, Pi y Margall und Salmeron die gefeiertsten Namen waren. Zugleich wurde beschlossen, daß eine neue konstituierende Versammlung durch Volkswahlen einberufen werden solle mit der Aufgabe, die Verfassung und die Grundrechte für das republikanische Spanien festzustellen. Bis zu deren Zusammentritt sollte ein (März.) von den Cortes aus ihrer Mitte gewählter permanenter Ausschuß als Vertreter

der Nation der Regierung zur Seite stehen. Mit diesem unter leidenschaftlichen parlamentarischen Parteikämpfen durchgeführten Beschluß war gleich anfangs der Keim der Zwietracht in den Boden gepflanzt: denn während die zur Leitung des Staats berufenen Männer, vorab Castelar, ein glänzender Redner aber ein unpraktischer, von idealistischen mitunter überspannten Ideen erfüllter Staatsmann, nach einer Republik im Sinn der Vereinigten Staaten Nordamerikas strebten, nahmen die Ausschußmitglieder unter der Leitung des erfahrenen Marschalls Serrano die konservative Republik von Thiers zum Vorbild und legten weniger Wert darauf, die Zukunft Spaniens an eine republikanische Staatsform von demokratischem Charakter und föderalistischer Grundlage zu knüpfen, als das Reich über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinüber zu führen und dem Gang der Ereignisse nicht durch doktrinäre Gebilde vorzugreifen. Bald erreichte der Streit eine solche Schärfe, daß in der Hauptstadt die Parteien bewaffnet einander gegenüberstanden. Doch kam es nicht zum Äußersten. Die Bürgerwehr, die für den Permanenzausschuß und die alte Nationalversammlung eingetreten war, wagte es nicht, mit den aus Freiwilligen gebildeten Regierungstruppen sich in einen Kampf einzulassen. Sie zog sich zurück und überließ den Gegnern das Feld. Dies war für Figueras das Zeichen, durch einen Staatsstreich im kleinen den innern Zwiespalt zu heben; der Ausschuß wurde für aufgelöst erklärt, Serrano 21. April 1873.
und seine Anhänger flüchteten sich über die Grenze oder verbargen sich. Nun konnten die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vor sich gehen und fielen auch, wie es in Spanien gewöhnlich geschieht, im Sinn der Regierung aus. Die Konservativen enthielten sich größtenteils der Wahl, so daß die Demokraten, Radikalen und Föderalisten die Oberhand erlangten. Der ehrliche Salmeron selbst erschrak, als er am 1. Juni der neuen Nationalversammlung ansichtig ward, mit welcher Castelar und Genossen die Ideen der Freiheit, der Menschenrechte, des ewigen Friedens und der Völkerbeglückung verwirklichen wollten, wie der feurige Republikaner in schwungreichen Rundschreiben dem Ausland verkündigt hatte. Während nun die gesetzgebende Versammlung ans Werk ging, um das alte monarchische Spanien in eine Föderativrepublik mit dreizehn Bundesstaaten im Sinn volkstümlicher Selbstverwaltung umzugestalten, so daß die einzelnen Provinzen eigne Landtage, die Städte und Gemeinden weitgehende autonome Rechte besitzen, die Zentralregierung und die gemeinschaftliche Cortesversammlung auf ein engbegrenztes Gebiet mit der Hauptstadt Madrid beschränkt sein sollten, wie der amerikanische Kongreß auf Washington, trieb Spanien in Wirklichkeit einer vollständigen Anarchie entgegen. Die Regierung, welche in der ersten Begeisterung der jungen Republik die Konskription abgeschafft und eine freiwillige Volkswehr eingeführt hatte, war ohne hinlängliche Verteidigungsmittel, da die ältern Soldaten großenteils die Fahne verließen, Rekruten nur in geringer Zahl eintraten.

Und nun hielt der Prätendent Don Karlos, der seit einiger Zeit unter den Neue karlist. Erhebung.

Augen der französischen Behörden sich zum Krieg gerüstet und Geld gesammelt
3. Juli 1873. hatte, mit großem Gefolge als König Karl VII. seinen Einzug in den nördlichen Gebirgslandschaften, kündigte durch eine Proklamation seinen Regierungsantritt an und forderte alle Spanier zur Unterwerfung auf. Bald zählte er in Navarra, Biscaya, Aragon, Katalonien eine Armee von 12,000 Mann, an ihrer Spitze berüchtigte Bandenführer, wie Dorregaray, Elio und der papistische Haudegen Saballs oder fanatische Priester, wie der verschlagene erbarmungslose Santa Cruz. Die baskische Bevölkerung der Pyrenäen, seit mehreren Jahrzehnten im Bürgerkrieg verwildert und von Abenteurern und fahrenden Leuten aller Nationen verstärkt, ließ sich als Werkzeug gebrauchen im Dienst einer grausamen Reaktion und einer verfolgungssüchtigen Religionswut. Von ultramontanen Parteigängern in England und anderwärts mit Gelddarlehen unterstützt, durch die Begünstigung oder Nachsicht der französischen Regierung mit Waffen und Vorräten versehen, führten nun die Karlisten gegen das republikanische Spanien einen greuelvollen Bürgerkrieg, welcher dem zivilisierten Zeitalter zu Schmach und Schande gereichte. Sie zerstörten die Eisenbahnen, schossen auf die Züge, steckten Dörfer und Flecken in Brand, mordeten wehrlose Einwohner und Gefangene. Ripoll und Berga in Katalonien wurden von Saballs, dem entarteten Sohn des Landes, mit Feuer
Aug. und Schwert verheert. Im August fingen spanische Seeleute eine englische Jacht unter dem ultramontanen Parteigänger Oberst Stuart, den Deerhound weg, welche den Karlisten Waffen und Kriegsvorräte zuführen wollte. Auf Requisition der englischen Regierung mußten Schiff und Mannschaft ausgeliefert werden; doch wurde der Forderung auf Entschädigung keine Folge gegeben. Die Erfahrung mit der Alabama übte ihre Nachwirkung auf die englische Regierung.

Föderalisten. Nicht minder stark und unbezwinglich war der Widerstand, welcher der Regierung im Süden und in allen volkreichen Küstenstädten entgegentrat. Die föderative Republik, für welche sich die Cortes ausgesprochen, stieg den Spaniern zu Kopf; in den untern Volksklassen dachte man sich unter dem wenig verstandenen Namen einen Zustand von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, den Anfang eines goldenen Zeitalters mit Gütergemeinschaft und Verteilung des Grundbesitzes. Die heißblütige Bevölkerung der südlichen und östlichen Seestädte nahm daher die föderalistischen Institutionen, die erst verfassungsmäßig eingeführt werden sollten, vorweg und konstituierte sich unabhängig von der Madrider Regierung. In Cadiz, in Malaga, in Cartagena, in Barcelona bemächtigte sich die untere Volksmasse des Regiments, nicht ohne Gewaltthätigkeiten gegen Leben und Eigentum. Die „Internationale" schürte die Flamme, indem sie zu der politischen Erregung noch sozialistische Doktrinen hinzufügte. Castelars Idealrepublik, eine Kopie der nordamerikanischen Union mit Menschenrechten, mit Religions-, Lehr- und Preßfreiheit, mit allen weltbeglückenden Gütern des liberalen Zeitgeistes, nahm bald die Züge eines häßlichen, abschreckenden Zerrbildes an. Das Ministerium Pi y Margall, aus unerfahrenen und unfähigen Männern

von weitgehenden republikanischen Ansichten zusammengesetzt, stand diesen Vorgängen ohnmächtig gegenüber; man ließ die radikale Demokratie längere Zeit ruhig ihr Wesen treiben, teils aus Schwäche und Ratlosigkeit, teils aus Hinneigung zu den republikanischen Prinzipien, welche jene auf ihre Fahne schrieb, teils aus Furcht, die Volksgunst einzubüßen. Als aber im Norden die Karlisten immer mehr Boden gewannen, in den Städten des Südens, in Sevilla, Cadiz, Granada die rote Republik mit Wohlfahrtsausschuß und dem ganzen kommunistischen Terrorismus immer greller hervortrat, in Katalonien beide Gegner sich herumtummelten, da war die Regierung genötigt, zur Rettung des Landes, zum Schutz von Leben und Eigentum alle Kräfte, die ihr zur Verfügung standen, zusammenzuraffen. Nicht nur, daß die Einführung der föderalistisch-republikanischen Bundesverfassung vorerst unterblieb und der spanische Einheitsstaat festgehalten ward, durch die Vereinigung der Regierung und der gemäßigten und konservativen Elemente in der Nationalversammlung wurde das Ministerium ermächtigt, in den aufständischen Provinzen und Städten die konstitutionellen Bürgschaften bis zur Herstellung der Ruhe und Ordnung zu suspendieren, mit andern Worten den Kriegszustand zu verhängen. Wütend über solche „freiheitmörderische“ Gesetze trat eine Anzahl radikaler Deputierter aus. Nach manchen stürmischen Verhandlungen trugen die Anhänger des Einheitsstaats den Sieg davon. Salmeron trat aufs neue an die Spitze der Regierung und dank den energischen Ende Juli 1873.
militärischen Maßregeln gelang es ihm mit Hilfe der gemäßigten und konservativen Elemente, denen sich auch Serrano, Topete und andre heimgekehrte Emigranten anschlossen, in den meisten Städten der republikanischen Erhebungen Meister zu werden. Die Greuelszenen zu Alcoy, einem Fabrikort in der Provinz Valenzia, wo die der „Internationale“ angehörende Kommunistenbande den Bürgermeister und mehrere achtbare republikanisch gesinnte Einwohner auf die empörendste Weise ermordete und ihre Leichen schändete, lieferten einen schrecklichen Beweis, bis zu welcher Verwilderung und Unmenschlichkeit die Gemüter durch die politische und sozialistische Aufregung gebracht werden können. Nur in Cartagena, wohin sich alle „Intransigentes“ oder Unversöhnlichen gezogen, wurde die Fahne der Föderativrepublik hochgehalten und unter der Führung des energievollen Contreras, des Hauptes des Wohlfahrtsausschusses, der revolutionäre Widerstand bis zum Bürgerkrieg organisiert. Die feste, mit allen Bedürfnissen reichlich versehene Seestadt trotzte der von der Regierung angeordneten Belagerung. Alle gärenden Elemente, Föderalisten, Sozialisten, Intransigenten, fanden sich ein und machten Cartagena zum Herd einer politischen und sozialen Revolution, die, von dort aus weiter getragen, die noch kaum beruhigten andern Städte von neuem in den Strom der kommunistischen Bewegung hineinziehen sollte. Im Besitz mehrerer Fahrzeuge konnten sie leicht zur See der Empörung Aufschwung und Nachdruck geben und Piratenzüge ausführen. Dieser revolutionären Propaganda suchten zwei in jenen Gewässern kreuzende Schiffe, ein deutsches

unter dem Seekapitän Werner und ein englisches, Einhalt zu thun und der Regierung zur Unterdrückung des Aufruhrs behilflich zu sein.

Castelar. Sept. 1873. In dieser Bedrängnis leistete Castelar, der wieder die Leitung der öffentlichen Dinge übernahm und von den Cortes mit umfassenden, fast diktatorischen Vollmachten ausgerüstet ward, seinem Vaterland wichtige Dienste. Es gelang ihm durch große Anstrengungen, verbunden mit einer Beschießung der Stadt, wenn auch der Insurrektion nicht ganz Meister zu werden, doch deren Ausdehnung zu verhindern. Obwohl dem Föderalismus nach wie vor zugethan, sah Castelar doch ein, daß ohne eine feste Regierungsgewalt das spanische Reich aus den Fugen gehen würde, daß unter den obwaltenden Umständen die Einheit und Integrität Spaniens nur durch Zentralisierung aller politischen und militärischen Kräfte erhalten werden könne. Aufrichtig eignete er sich den Homerischen Spruch an: Ein Wahrzeichen nur gilt, das Vaterland zu erretten, und übernahm das schwierige Amt mit voller Regierungsgewalt, die Prinzipien von freiwilliger Volkswehr und republikanischer Selbstbestimmung wie eine teure Jugendliebe im Herzen verschließend. Die konstitutionellen Bürgschaften blieben bis auf weiteres suspendiert. So erlangten denn die Zentralisten nach und nach die Oberhand über die Föderalisten. Aber noch lange hielten die Intransigenten, die rote Demagogie, den Süden der Halbinsel in Gärung, während im Norden die Karlisten, die „weiße Demagogie" unter heimlicher Begünstigung durch die Monarchisten Frankreichs immer mehr Boden gewannen. Der republikanische General Moriones vermochte nur mühsam den Feind von weiterm Vordringen abzuhalten. Auch hier war der Haß gegen Preußen mit im Spiel: Donna Bianka, Tochter Don Miguels und einer deutschen Mutter, die ihren Schwager Don Karlos in das Heerlager begleitet hatte, vereinigte in ihrer leidenschaftlichen Seele die Furien des politischen Absolutismus und des ultramontanen Fanatismus. Und doch rief die preußische Regierung den Seekapitän Werner ab und zog ihn zur Verantwortung, weil er durch die Einmischung in fremde Angelegenheiten ohne ausdrücklichen Befehl seine Vollmachten überschritten. Die Verwirrung in Spanien und die Verlegenheit der Madrider Regierung wurde noch vermehrt durch den

Cuba. Aufstand in Cuba (XV, 2. 207). Die große reiche Insel, die „Perle der Antillen", stand seit Jahren in offener Empörung gegen Spanien und suchte ihre Unabhängigkeit zu erringen, womit dem europäischen Mutterland der letzte Rest jenes einst so unermeßlichen transatlantischen Kolonialgebiets entrissen worden wäre. Ein Anschluß an die Vereinigten Staaten Nordamerikas hätte die notwendige Folge der Losreißung sein müssen, daher auch den Aufständischen von dort aus unter der Hand Hilfe geleistet ward. Die Unionsregierung selbst enthielt sich zwar jeder offenen Einmischung; aber sie legte den Privatunter-

Okt. nehmungen keine Hindernisse in den Weg. Als nun im Oktober das Piratenschiff Virginius mit einer starken Bemannung auf Cuba lossteuerte, in der Absicht den Aufständischen auf der bewaldeten Osthälfte der Insel Beistand zu leisten, wurde

es von den spanischen Behörden eingebracht, obwohl es, um zu täuschen, das amerikanische Sternenbanner aufgehißt hatte. Da bei näherer Untersuchung die feindliche Absicht zu Tage trat, so wurde ein großer Teil der Flibustier zum Tod verurteilt und erschossen. Darob erhob die Regierung in Washington Beschwerde, ertrotzte die Rückgabe des Fahrzeugs und bedrängte das Madrider Ministerium mit Entschädigungsforderungen für die Familien der Hingerichteten. Castelar steuerte mutig und mit festem Willen durch dieses Meer von Schwierigkeiten, und die Wahrnehmung, daß er seine idealistische Theorie den realen Thatsachen zum Opfer gebracht, sich der Macht der eisernen Notwendigkeit gefügt ohne darum sich selbst untreu geworden zu sein, erwarb ihm die Achtung und das Vertrauen auch konservativer Männer. Allein es war vielen zweifelhaft, ob er gegenüber den radikalen und demokratischen Elementen in den Cortes und in den städtischen Kommunen die nötige Kraft besitzen werde, um sich auf dem Weg einer gemäßigten Zentralrepublik zu halten. Darum hatten die Männer, von denen die Revolution von 1868 und die Vertreibung der Königin Isabella hauptsächlich ausgegangen und die man nun von der Leitung der Staatsgeschäfte fern hielt, die Serrano, Topete, Sagasta, bereits im stillen einen Aktionsausschuß gebildet, um im Fall einer Wiederholung republikanisch-demokratischer Schilderhebungen jeder sozialistischen und föderalistischen Wühlerei, jedem anarchischen Unwesen durch einen militärischen Staatsstreich entgegenzutreten. Denn bei der Armee, welche bisher in allen entscheidenden Krisen den Ausschlag gegeben, hatte der Name des Marschalls Serrano einen guten Klang.

So ging das Jahr 1873 zu Ende, und wer konnte voraussagen, was die nächste Zukunft diesem „Land des Unvorhergesehenen" bringen würde? Das politische Terrain in Spanien gleicht einer in Bewegung befindlichen Sanduhr, schrieb damals der Korrespondent einer großen französischen Zeitung. Und in der That sollte das neue Jahr wieder einen Staatsstreich bringen, ohne daß dadurch eine dauernde Ordnung begründet worden wäre. Wie sehr immer Castelar sich anstrengte, das Staatsschiff durch die stürmischen Wogen zu retten, seine Kräfte reichten nicht hin, um die Karlistenbanden im Norden aus dem Feld zu schlagen und zugleich gegen die aufrührerischen Elemente des Südens, die Intransigenten, Föderalisten, Demokraten, Sozialisten die obrigkeitliche Autorität aufrecht zu halten. Die Armee war nicht zahlreich genug und die Anführer ohne Vertrauen und Hingebung für das Regiment der Juristen und Advokaten; zwischen Salmeron, dem Präsidenten der Cortes, und Castelar, dem Haupt der vollziehenden Gewalt, herrschte eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit über die zu befolgende Politik. Als die Mehrzahl der Ständeversammlung das Verfahren des letztern gegen die Aufständischen mißbilligte, reichte Castelar seine Entlassung ein. Ein demokratisches Ministerium unter Pi y Margall war in Aussicht, das, den Insurgenten und Föderalisten von Cartagena und Sevilla zuneigend, der Unordnung und Verwirrung neue Nahrung gegeben hätte. Da schritt zur Aufrechthaltung

Staatsstreich und Militärdiktatur.

der öffentlichen Ordnung gegen die Anarchie die Armee mit einem Pronunciamento ein, zu dem der Aktionsausschuß unter Serrano den Anstoß gab. Plötz-
3. Jan. 1874. lich drang in später Abendstunde Pavia, ein junger entschlossener General, mit einigen Bewaffneten in den Sitzungssaal, erklärte die Cortes für aufgelöst und zwang die Abgeordneten auseinander zu gehen. Alle Proteste und schwungvollen Reden blieben wirkungslos; der Saal mußte geräumt werden und wurde noch in der Nacht von Pavia verschlossen. Dieser Gewaltstreich, der in jedem andern Land die heftigsten Volksbewegungen hervorgerufen haben würde, aber in Madrid und in dem durchwühlten Pyrenäenreich fast ohne alle Störung vorüberging, bildete den Anfang einer neuen Ordnung. Pavia versammelte die Häupter aller Parteien in demselben Sitzungssaal, wo noch vor kurzem die Cortes getagt hatten, erklärte ihnen, daß er keine persönlichen Absichten habe, daß er in ihre Hände die Gewalt niederlege, die er den Leuten habe nehmen müssen, welche das Land in Stücke geschlagen, und forderte sie auf, eine neue Regierung zu schaffen. Castelar, den man gern im Regiment gelassen hätte, weigerte sich, mit den Männern des Staatsstreichs, die sich als die Organe und Dolmetscher der öffentlichen Meinung ausgaben, gemeine Sache zu machen und legte sein Amt nieder. „Ich protestiere mit der ganzen Energie meiner Seele gegen den brutalen Schlag," ließ er in einer öffentlichen Erklärung an die Nation sich vernehmen, „welcher gegen die konstituierende Versammlung gerichtet worden ist. Mein Gewissen scheidet mich von der Demagogie, mein Gewissen und meine Ehre scheiden mich von der Lage, welche durch die Gewalt der Bayonette geschaffen ist." Da die Zeit zur Rückführung der Monarchie unter dem jungen Alfonso, auf den seine Mutter Isabella ihre Rechte übertragen hatte, noch nicht reif war, so mußte ein neues republikanisches Regiment errichtet werden, das mit Hilfe der Armee die Auflösung der Nation und einen allgemeinen Bürgerkrieg zu verhindern im stande sein würde. Solche Autorität besaß nur der Marschall Serrano, Herzog de la Torre, und so kam man denn auch bald überein, daß er zum Haupt der vollziehenden Gewalt, Sagasta zum Präsidenten des Ministerrats ernannt, folglich in Spanien wie in Frankreich die öffentliche Macht in die Hand eines erprobten Kriegsmanns gelegt ward. Während des Jahres 1874 bestand somit auf beiden Seiten der Pyrenäen ein republikanisches Staatswesen mit einem gewählten militärischen Oberhaupt, in Frankreich auf eine Reihe von Jahren gesetzlich gesichert, in Spanien als eine Art Diktatur ohne Rechtsbasis, aber auch ohne Gewalt und Autorität. „Der Staatsstreich vom 3. Januar," erklärte der Minister des Innern Garcia Ruiz, „ist der Sieg der einheitlichen Republik gegen die Föderativrepublik." Dies sollte sich auch wenige Tage nachher durch
6. Jan. die Übergabe von Cartagena und die Unterdrückung der revolutionären Aufstände in ihrem Hauptsitz bewähren. Nichts zeugte mehr von der gänzlichen Erschöpfung und Ermüdung der spanischen Nation als die Leichtigkeit, mit welcher die Umgestaltung der Regierungsform durchgeführt werden konnte. Die Madrider

Bürgerwehr ließ sich ohne Widerstand entwaffnen; einzelne Aufstände in Barcelona, Valladolid, Saragossa wurden bald unterdrückt; schon am 25. Januar konnte 25. Jan. 1874. der Minister Sagasta in einem Rundschreiben an die ausländischen Höfe in schwungvoller Rede berichten, daß in Spanien die aufrührerischen Elemente niedergeworfen und eine sichere Ordnung, gegründet auf Gesetz und Autorität, hergestellt sei. Aber es war vorauszusehen, daß das neue Regiment, das, durch militärische Gewalt ins Leben gerufen, durch eine Koalition der Parteihäupter in Thätigkeit gehalten, jeder gesetzlichen Autorität durch Volksvertreter entbehrte, nur ein Provisorium von kürzerer oder längerer Dauer sein würde. Das Zusammenwirken von Männern verschiedener Grundsätze konnte keinen Bestand haben, und bald genug wiederholten sich die alten Zersetzungen und Personenwechsel im Ministerium. Eine einheitliche Regierung war nur solange möglich, als die Armee dem „Präsidenten der Republik" zur Seite stand, die militärische Diktatur unterstützte. Alle Gewalt lag somit in den Händen des Heeres, das den Umsturz vollzogen hatte.

Daß die auf solche Weise entstandene Regierungsform sich ein ganzes Jahr Serrano und die Karlisten. zu halten vermochte, im innern Land einen leidlichen Friedenszustand herstellte, die unter der vorausgegangenen radikalen und demokratischen Republik eingeführten freiheitlichen Institutionen nicht durch reaktionäre Handstreiche beseitigte, war ein Zeugnis von der staatsmännischen und politischen Einsicht des Herzog-Präsidenten Serrano, aber auch ein Beweis von der Sehnsucht der Nation nach einem Zustand der Ruhe und des Friedens im öffentlichen Leben. Die größte Schwierigkeit war die Empörung der Karlisten im nördlichen Pyrenäenland, die eiternde Wunde, die den republikanischen Staatskörper nicht zur Genesung, zu einem gesunden Dasein gelangen ließ. Gegen diese Rebellion mußte Serrano alle Kräfte aufbieten und konnte daher zur Heilung der innern Schäden durch Reformen im wirtschaftlichen und administrativen Leben nur wenig beitragen. Dank der Begünstigung durch die Versailler Regierung und die klerikale und reaktionäre Partei des französichen Volks konnten die Karlisten die an die Pyrenäen grenzenden Departements fast zur Operationsbasis machen; Pau war gleichsam das Hauptquartier des Prätendenten. Vergebens beschwerte sich die Madrider Regierung über diese Verletzung des Völkerrechts; im auswärtigen Ministerium in Paris stellte man die Beschuldigungen in Abrede und ließ den karlistisch gesinnten Präfekten Nadaillac in seinem Amt, obwohl es weltbekannt war, daß er den Insurgenten unter der Hand allen möglichen Beistand leistete. Was war natürlicher, als daß die Karlisten dadurch immer übermütiger und selbstvertrauender wurden, daß sie immer verwegener und rücksichtsloser vorgingen! Wieviel spanisches Blut wurde in dem baskischen Gebirgsland um Bilbao und Tolosa im unseligen Bürgerkrieg vergossen! Und doch mußte Moriones mit den Regierungs- Febr., März. truppen dem Feind die nördlichen Landschaften und Städte überlassen und sich weiter nach Süden zurückziehen. Erst im April und Mai errangen die Republi-

kaner unter der Führung des Marschalls Concha und des Generals Laserna wieder einige Vorteile, in deren Folge Serrano und Topete als Sieger in Portugalete und das vielumstrittene Bilbao einziehen konnten. Die kriegerischen Vorgänge in den Pyrenäen reizten das Interesse der europäischen Welt. War doch der Kampf zwischen den Karlisten und der republikanischen Regierung nur eine Episode in dem großen Weltstreit zwischen Papisten und Liberalen! Die größern Zeitungen aller Nationen schickten daher Berichterstatter nach der Halbinsel. Unter diesen war auch ein deutscher Korrespondent, ein ehemaliger preußischer Hauptmann Schmidt, der noch im letzten Krieg gedient hatte und zum Lohn seiner Tüchtigkeit mit dem eisernen Kreuz geschmückt worden war. Er fiel in die Hände der Aufständischen und wurde, obwohl er keine Waffen mit sich geführt, auf aus-
30. Juni 1874. drücklichen Befehl des Don Karlos zu Villatuerta erschossen. Seine preußische Herkunft wie sein protestantisches Glaubensbekenntnis waren in den Augen der Papisten hinreichende Beweise seiner Schuld. Wenn das Gerücht, daß er sich vor dem Tod durch die Vorspiegelung seiner Begnadigung zum Übertritt in die katholische Kirche habe bewegen lassen, in der Wahrheit begründet sein sollte, so würde die Thatsache wesentlich beitragen, den Charakter der Rebellen und ihrer Führer, Fanatismus gepaart mit Grausamkeit, im grellsten Licht zu zeigen. Sollte der deutsche Reichskanzler eine solche der ganzen Nation zugefügte Schmach ruhig hingehen lassen? Das lag nicht in seiner Natur. Freilich eine unmittelbare Genugthuung konnte er an der barbarischen Bande nicht nehmen. Denn was half es, daß zwei deutsche Kanonenboote, Nautilus und Albatros, aus dem Kieler Hafen nach den spanischen Gewässern zum Kreuzen ausgeschickt wurden, um Zufuhren abzufangen; die Insurgenten hatten ja die Landwege nach Frankreich offen, wo sie seit der Heldenthat gegen einen Preußen um so höher in der Gunst stiegen. Doch sollten sie mittelbar empfinden, daß Bismarcks Arm auch über die Pyrenäen reiche. Er suchte die Regierung in Madrid durch einen moralischen Beistand zu heben und ihr größeres Ansehen zu verleihen, indem er die öffentliche Anerkennung Serranos betrieb und durchsetzte. Alle europäischen Staaten, mit einziger Ausnahme Rußlands, folgten dem Beispiel Deutschlands. Durch diesen Schritt sah sich denn auch der französische Minister Decazes in die Notwendigkeit gesetzt, die bisherige Unterstützung der Karlisten von seiten Frankreichs in engere Schranken zu bannen. Auch als die mecklenburgische Brigg
11. 12. Dez. Gustav bei Guetaria von den Karlistenbanden beschossen wurde, that der Reichskanzler die geeigneten Schritte, um dem Reich Genugthuung zu verschaffen. Die Madrider Regierung gewährte in der Folge eine Entschädigungssumme. In Spanien waren jedoch die Zustände nicht der Art, daß der republikanischen Regierung durch moralische Mittel von außen aufzuhelfen gewesen wäre.

2. Wiederaufrichtung des Königsthrons.

Mehr und mehr gewann unter den geschilderten Wirren der Gedanke einer Bourbonschen Restauration bei der Armee Raum. Und auch dieser Staatsstreich vollzog sich ohne revolutionäre Bewegung, vielleicht mit geheimer Zustimmung Serranos. Am 29. Dezember erhob General Martinez Campos, der schon zur Zeit des militärischen Gewaltstreichs von Pavia alfonsistische Restaurationsgedanken geäußert hatte und deshalb auf einige Zeit verbannt worden war, in Murviedro, der alten Römerstadt Sagunt, die monarchische Fahne und rief Alfons XII., der sich gerade damals während der Weihnachtsfeier bei seiner Mutter Isabella in Paris befand, zum König aus. Dem Pronunciamento der Armee im Osten trat sofort Stadt und Provinz Valenzia bei; bald folgten das Zentrumsheer unter Jovellar und die Besatzungstruppen von Madrid unter Primo de Rivera. So schloß denn in Spanien das Jahr 1874 mit einem militärischen Staatsstreich wie es begonnen: die Minister erließen einen öffentlichen Protest gegen die Vergewaltigung und legten ihr Amt nieder; eine neue Regierung wurde gebildet unter dem Vorsitz von Cánovas del Castillo, und während Serrano sich nach Frankreich begab, landete der junge König in Valenzia und hielt dann seinen Einzug in Madrid, allenthalben von einem jubelnden Volk empfangen. Damit brach für Spanien wieder eine neue Ära im Staatsleben an: an die Stelle der Republik trat die Monarchie; ob sie in die konstitutionellen Formen wie unter Isabella einlenken oder im alten Absolutismus einherschreiten würde, lag noch in der Zukunft verborgen. Daß Alfonso den republikanischen Errungenschaften, die der spanischen Nation durch Castelar verliehen worden, nicht hold gesinnt sei, bewies eine seiner ersten Regierungshandlungen: die Religionsfreiheit wurde nur sehr eingeschränkt zugelassen und die Zivilehe sollte nur für diejenigen in Geltung bleiben, „die eine andre Religion bekennen als die wahre".

Herstellung der Monarchie.

29. Dez. 1874.

14. Jan. 1875.

Das wichtigste Anliegen des neuen Monarchen Alfonso war die Beendigung des Karlistenkriegs. Denn solange der Prätendent, der außer Biscaya und Navarra einen großen Teil der Landschaften im Norden des Ebro mit der Bergfestung Seo de Urgel in seiner Gewalt hatte, seine agitatorischen Wühlereien in der aufgeregten Nation fortsetzte und, von den Papisten und Reaktionären aller Länder unterstützt, vom biscayischen Golf bis in die Nähe des Mittelmeers beträchtliche Streitkräfte in festen Stellungen zu unterhalten vermochte, war die Aufrichtung eines gesicherten Regiments und eines in gesetzlichen Formen sich bewegenden Staatslebens nicht möglich. Damit nicht der Papst sich offen für den Karlismus erkläre und dadurch den Prätendenten in seinem Widerstand ermutige, zeigten sich der König und seine moderatistischen Minister den römischen Ansprüchen sehr entgegenkommend: die für den Unterhalt der Bischöfe und der

Das konstitutionelle Königtum und die Kultusfreiheit.

Geistlichkeit ausgesetzte Summe wurde auf das Zehnfache erhöht; die vor kurzem entstandenen protestantischen Schulen und Bethäuser wurden teils geschlossen, teils durch beschränkende Verordnungen in jedem fruchtbaren Wirken gehemmt; die Lehrfreiheit wurde aufgehoben, Professoren von antiklerikaler Richtung verwiesen oder in Haft genommen, der Unterricht unter bischöfliche Aufsicht gestellt; ein päpstlicher Nunzius, Kardinal Simeoni, kam nach Madrid, um über die Herstellung des Konkordats vom Jahr 1851 zu verhandeln, und richtete ein Rundschreiben an die spanischen Bischöfe ohne, wie das Gesetz es verlangte, die königliche Erlaubnis einzuholen. Mit der Abschließung eines Konkordats hätte dann auch die gesetzlich anerkannte Glaubensfreiheit ihr Ende finden müssen. Aber durch den Karlistenkrieg und die unter dünner Decke lauernden Dämonen revolutionärer Erregung waren der Regierung die Hände gebunden. Ein absolutistisch-klerikales System, wie es in alten Tagen in Spanien bestanden, widerstrebte dem Zeitgeist. Man mußte sich zu der Wiederherstellung einer Verfassung und der Einberufung der Cortes entschließen. Damit war die Rückkehr zur katholischen Monarchie früherer Zeiten abgeschnitten. Schon die Notablenversammlung, aus ehemaligen Senatoren zusammengesetzt, welche die Grundzüge der künftigen Verfassung entwerfen sollte, beharrte in ihrer Mehrheit bei dem Juli 1875. Grundsatz der Glaubens- und Kultusfreiheit: ein Beschluß, der, verbunden mit der Annahme eines freisinnigen Stimmrechts bei den Corteswahlen, den Rücktritt einiger reaktionären Minister zur Folge hatte; und als im nächsten Jahr das Repräsentativsystem mit einer in Senat und Abgeordnetenhaus geteilten Nationalvertretung wieder ins Leben gerufen ward, mußte auch Spanien sich den Prinzipien des modernen Staats fügen, womit der kirchliche und politische Absolutismus unvereinbar ist. Nach langen Debatten in der größtenteils regie- Verfassung vom 30. Juni 1876. rungsfreundlich gesinnten Cortesversammlung wurde Ende Juni 1876 der elfte Artikel, der auch Nichtkatholiken eine, wenngleich beschränkte Duldung zusicherte, in die Verfassung aufgenommen, obwohl der Papst in einem Breve an den Erzbischof von Toledo dagegen protestierte. Aber es zeigte sich bald, daß der Toleranzartikel nur ein Schein war, womit Cánovas del Castillo die öffentliche Meinung in Europa beschwichtigen wollte. Die Regierung sah durch die Finger, wenn die Bischöfe, wie der von Menorca, unterstützt von dem Fanatismus des Volks den Protestanten alle möglichen Hindernisse in den Weg legten.

Beendigung des Karlistenkriegs. Doch erlitt auch in Spanien der Ultramontanismus eine empfindliche Niederlage durch die endliche Besiegung der Karlistenbanden. Der Krieg, der unter den Augen des jungen Königs anfangs mit der Einnahme von Pamplona erfolgreich begonnen, dann aber durch die Überrumpelung und Niederlage der Anf. Febr. 1875. königlichen Truppen bei Lucar wieder eine ungünstige Wendung genommen hatte, kam erst im Lauf des Sommers durch das Zusammenwirken der katalonischen Armee unter Martinez Campos und der Zentrumsarmee unter Jovellar in bessern Gang. Nachdem der Karlistengeneral Dorregaray in

mehreren Gefechten überwunden und über den Ebro geworfen, das feste Cantavieja mit einer Besatzung von 2500 Mann gefallen und einige andre Forts zur 8. Juli 1875.
Übergabe gezwungen waren, wurden Katalonien und Valenzia von den Insurgenten gesäubert und endlich der Feind in seinen letzten Stellungen bedrängt. Die Festungen Seo de Urgel und Vittoria mußten kapitulieren; mehrere Karlistenführer wurden von ihrem mißtrauischen „König" Karlos als Verräter ins Gefängnis geworfen, andre, wie Cabrera, gingen zu den Alfonsisten über, wodurch der alte Guerillaheld nach so vielen Wechselfällen und Verbannungsjahren wenigstens das Los erlangte, in seinem Vaterland sterben zu können. Die Insurgentenscharen verliefen sich in die Berge oder legten die Waffen nieder. Endlich wurde auch die Festung Estella, der starke Stützpunkt der Karlisten, durch General Primo de Rivera zur Unterwerfung auf Gnade und Ungnade 19. Febr. 1876.
gezwungen und damit dem ganzen Aufstand in Nordspanien ein Ende bereitet. Don Karlos überschritt mit dem Rest seiner Anhänger die französische Grenze, 28. Febr.
wo man sie entwaffnete und internierte. Der Prätendent begab sich nach England. Sein Bruder Alfonso, der sich schon vor mehreren Monaten vom Heer getrennt hatte, nahm seinen Aufenthalt in Graz, von der Madrider Regierung wegen Brand, Mord und andrer Verbrechen steckbrieflich verfolgt, und darum von der Grazer Studentenschaft in einem Tumult geschmäht. Diesen Ausgang nahm der pyrenäische Bürgerkrieg, nachdem er vier Jahre lang das Land mit Greueln bedeckt und das innerste Mark des Volks verzehrt hatte. Er hinterließ eine traurige Erbschaft: eine zerrüttete Finanzlage und eine Kreditlosigkeit, die den Staat dem Bankrott nahe geführt haben, eine schwache Regierung ohne Macht und Autorität und eine von Faktionen zerrissene, in ihren Grundfesten erschütterte und sittlich verwilderte Nation. Der Feuerherd dieser karlistischen Wühlereien waren von jeher die baskischen Provinzen und Navarra, die, wie uns bekannt, weitgehende autonome Rechte und Freiheiten, die sogenannten Fueros besaßen, kraft deren sie vom Dienst im Reichsheer befreit und an den Staatslasten weniger beteiligt waren. Es konnte daher nur als gerecht erscheinen, wenn das neue Regiment und die Cortes diese Ausnahmestellungen auszugleichen suchten.

Mehr und mehr befestigte sich nunmehr die monarchische Ordnung in König Alfonso XII.
Spanien, so daß selbst die beiden ehemaligen Königinnen Christine und Isabella 1875—1885. geb. 1857.
aus dem Exil wieder in das pyrenäische Heimatland zurückzukehren wagten. Im Januar 1878 feierte König Alfonso seine Vermählung mit der Infantin Maria 23. Jan. 1878.
Mercedes de Orleans, der Tochter des Herzogs von Montpensier, bei welcher Gelegenheit Madrid acht Tage lang in einem Freudenrausch taumelte über die Festlichkeiten, die dem Volk in altspanischer Weise, selbst mit Stiergefechten, vorgeführt wurden. Im nächsten Monat wurden die Cortes eröffnet und in der 15. Febr.
Thronrede mit Befriedigung die Beendigung des Aufstands auf Cuba gemeldet. Aber schon im Juni wurde die junge liebenswürdige Königin durch einen schnellen

26. Juni 1878. Tod unerwartet dahingerafft zur großen Trauer des Landes. Einige Wochen
22. Aug. nachher starb die ehemalige Königin Christine, die in der spanischen Geschichte
29. Nov. 1879. eine so verderbliche Rolle gespielt. Im folgenden Jahr schloß der König eine zweite Ehe mit der Erzherzogin Marie Christine von Österreich. Die dabei veranstalteten Festlichkeiten bildeten einen auffallenden Gegensatz gegenüber der allgemeinen Niedergeschlagenheit wegen der Verluste und Unglücksfälle, welche durch Regengüsse und Überschwemmungen, wie sie seit Menschengedenken nicht eingetreten, über verschiedene Teile des Königreichs, besonders die Provinz Murcia, gebracht worden und öffentliche Unterstützung notwendig machten. Daß in der Pyrenäischen Halbinsel, trotz der Bewältigung der Karlistenbanden und der Herstellung der konstitutionellen Monarchie, die revolutionären Geister noch nicht ganz gebändigt waren und daß insbesondere die sozialistischen Umsturzideen auch dort Verbreitung gefunden hatten, ging aus den föderalistisch-republikanischen und kommunistischen Bewegungen an einzelnen Orten, namentlich in Andalusien, hervor, die nur mit Anwendung von Militärgewalt unterdrückt werden konnten, sowie aus dem Mordversuch des Kataloniers Juan Oliva y Moncasi, der auf den an der Spitze seines Stabes nach dem Palast in Madrid reitenden Monar-
25. Okt. 1878. chen einen Pistolenschuß abfeuerte. Von dem Gericht zum Tod verurteilt,
Jan. 1879. endete der Hochverräter zu Anfang des nächsten Jahres auf dem Schafott. Um
9. Jan. dieselbe Zeit schied in dem hohen Alter von 87 Jahren ein Mann aus dem Leben, der in den tiefbewegten Jahren der geschichtlichen Vergangenheit Spaniens in hervorragender Weise in die öffentlichen Dinge verflochten war: Espartero, Herzog von Vittoria, der vom jüngsten Sohn einer kinderreichen Handwerkerfamilie aus der Mancha bis in die Nähe des Thrones aufgestiegen war und in die Geschicke seines Vaterlands mehrmals entscheidend eingegriffen hatte.

Beruhigung von Cuba. Ministerium Cánovas. Die Revolution auf Cuba, deren Beendigung die Thronrede im vorigen Jahre verkündigt, hatte noch Nachwehen, die sich durch das ganze Jahr 1879 hinzogen, die Absendung neuer Truppen notwendig machten, und einen Wechsel im Ministerium zur Folge hatten. Doch erlosch der Aufstand nach zehnjähriger Dauer allmählich. Martinez Campos, der im März mit dem Ruhm eines Friedenstifters von Cuba an die Spitze der Regierung getreten war, reichte seine
7. Dez. 1879. Entlassung ein, weil er bei den Cortes seine Kolonialpolitik nicht durchzusetzen vermochte, welche auf sofortige Abschaffung der Sklaverei, auf Änderung des für den Inselstaat so nachteiligen Zollsystems und auf Anerkennung der kubanischen Schuld durch das Mutterland hinauslief. Der König nahm die Entlassung an und übertrug die Bildung eines neuen Kabinetts dem frühern Ministerpräsidenten Cánovas del Castillo. Der Wechsel wurde als ein Einlenken in rückschrittliche klerikale Bahnen aufgefaßt und erzeugte große Aufregung in Madrid und im ganzen Land. Castelar hatte schon früher ein demokratisches Manifest erlassen, worin er die rückhaltlose Umkehr zu der Verfassung von 1869,

zu der Freiheit des Glaubensbekenntnisses, der Presse, des Unterrichts, der Vereine und Versammlungen verlangte. Jetzt wurden diese Forderungen in energischeren, ja drohenden Worten wiederholt; mehrere Generale reichten ihre Entlassung ein, um ihre Anhänglichkeit an den General Campos zu beweisen. Ein neues Attentat erschreckte die Welt. Als der König mit seiner Ge- 30. Dez. 1879.
mahlin in einem offenen Wagen von einer Spazierfahrt nach dem Palast zurückkehrte, feuerte ein junger Mann, Franzisco Otero Gonzalez aus Galicien, aus einer zweiläufigen Pistole ganz aus der Nähe zwei Schüsse ab, welche jedoch glücklicherweise weder den Monarchen noch die Königin verletzten. Der Thäter wurde ergriffen und hingerichtet. Alle diese Zeichen der Zeit deuteten auf ein bewegtes Staats- und Volksleben, das nur mühsam in den Schranken des Gesetzes und der monarchischen Ordnung gehalten werden konnte. Der König wurde mit der Zeit des reaktionär-klerikalen Ministeriums Cánovas, welches alle Übergriffe der Kurie und der Ultramontanen guthieß, überdrüssig und wandte sein Vertrauen den Liberalen zu, aus deren Reihen das Ministerium Sagasta her- Febr. 1881.
vorging, das freisinnige Reformen auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens versuchte. Indessen trat Cánovas bald wieder an die Spitze eines konservativen Jan. 1884.
Kabinetts.

Zu einer vorübergehenden Spannung mit Deutschland kam es über die Die Karolinenfrage.
Karolinenfrage. Als ein deutsches Kanonenboot auf Yap, der Hauptinsel dieser Gruppe, die Reichsflagge aufhißte, geriet die leidenschaftliche spanische Aug. 1885.
Nation, welche Ansprüche auf diese Südsee-Inseln zu haben behauptete, mit ihren zu demselben Zweck abgesandten Kriegsschiffen aber zu spät gekommen war, in gewaltige Aufregung. Der einzige, welcher Ruhe und Besonnenheit bewahrte, war der König. Ein Pöbelhaufe zog vor das deutsche Gesandtschaftsgebäude in Madrid und riß das Wappen herab. In den darüber entstehenden diplomatischen 4. Sept.
Verhandlungen bewährte die deutsche Regierung wieder ihre weitgehende Friedensliebe. Das spanische Kabinett bat um Entschuldigung für die Beschimpfung der Gesandtschaft, hielt aber die Souveränitätsrechte gegenüber den Karolinen aufrecht. Fürst Bismarck erbot sich alsdann, dem Papst Leo XIII. das Schiedsrichteramt zu übertragen. Der Schiedsspruch erkannte Spanien die Hoheitsrechte zu, gewährte aber Deutschland vollständige Freiheit des Handels, der Schiffahrt und Fischerei sowie das Recht der Anlegung einer Schiffsstation und Kohlenniederlage.

Ein schwerer Schlag für das unterwühlte und aufgeregte, fortwährend von Tod des Königs Alfons.
Aufständen und Verschwörungen heimgesuchte Land war der Tod des Königs Alfons XII. Der junge Monarch starb an der Schwindsucht, erst 28 Jahre alt, 25. Nov.
und hinterließ zwei Töchter im zartesten Lebensalter. Erst nach des Königs Tod gebar die Königin Marie Christine, die inzwischen die Regentschaft übernommen hatte, noch einen Prinzen, der als Alfons XIII. der Erbe der spanischen Krone ist. Einige republikanische Empörungen, hinter denen der alte Verschwörer Zorilla

stand, wurden leicht unterdrückt. Sagasta trat jetzt aufs neue an die Spitze eines liberalen Ministeriums, wo er sich mehrere Jahre behauptete.

Portugal. Ludwig I. 1861–1889. In Portugal war die Herrschaft Ludwigs I. (Dom Luiz) (XV, 1. 168) im allgemeinen eine Regierung freisinniger Reformen und ruhigen Fortschritts. Mit Ausnahme der erwähnten Militärrevolte des alten Marquis von Saldanha (XV, 2. 307) blieb das Land von größern innern Wirren verschont. Saldanha hielt sich nur ein Jahr lang an der Spitze der Geschäfte und seitdem behauptete die gemäßigt liberale Partei die Herrschaft. Die wiederholt während der anarchischen Zustände in dem Nachbarreich an König Ludwig herangetretene Versuchung, die spanische Krone mit der portugiesischen zu vereinigen, ein großiberisches Reich herzustellen, hat er zurückgewiesen; eine Politik auswärtiger Abenteuer, die sein Land in den gärenden Strudel der spanischen Wirren hineingerissen hätte, war nicht nach seinem Sinn; auch die beständige Finanznot verbot eine solche weitausgreifende Politik. Dagegen griff er auf die Tradition der großen Zeiten Portugals zurück und belebte aufs neue die lang vernachlässigte Kolonialpolitik. Namentlich in Afrika gelang es den Portugiesen, ihre alten Besitzungen zu befestigen und zu erweitern, so daß sie jetzt eine sehr bedeutsame Stellung im Osten und Westen des südlichen Afrika neben andern europäischen Mächten einnehmen. Der Name des portugiesischen Afrikareisenden Serpa-Pinto hat in geographischen Kreisen einen guten Klang. Als König Ludwig

Karl I. seit 1889. im Oktober 1889 starb, folgte ihm sein Sohn Karl.

VIII. Italien.

Das königliche Rom und der Vatikan. Während die Ultramontanen im Norden und Westen der Alpen dem gläubigen Volk die Leiden des „Gefangenen im Vatikan“ schilderten und zu Peterspfennigen aufforderten, um dessen große Not zu lindern, befand sich dieser infolge des Garantiegesetzes und des Prinzips der freien Kirche im freien Staat (XV, 2. 160, 314) in einer viel vorteilhaftern Lage als in den Tagen seiner Souveränität. Alle Nachteile und Sorgen, welche dem Pontifikat aus dem weltlichen Regiment des Kirchenstaats erwachsen waren, wurden dem Königreich aufgebürdet, während dem Papst alle Rechte und Befugnisse eines Souveräns nebst einem beträchtlichen Jahreseinkommen zugesichert waren und er durch keinerlei Rücksichten auswärtiger Politik an der Ausübung seiner absoluten Kirchengewalt gehindert ward. Aber die angebliche Gefangenschaft des Heiligen Vaters und seine apostolische Armut, weil er die vom König ausgesetzte Zivilliste zurückgewiesen, waren ein zu wirksames Agitationsmittel für die getreuen Seelen in Deutschland und für den rachgierigen Fanatismus in Frankreich, als daß dasselbe nicht fort und fort in Szene gesetzt werden sollte. Der redselige

alte Herr selbst unterließ keine Gelegenheit über die arge Welt zu klagen und ihr zu fluchen; seine geschäftige Miliz trug seine Worte und Kriegssignale in alle Welt. Unterdessen richteten sich der königliche Hof im Quirinal und die Vertreter der Nation in Monte citorio häuslich ein, die fremden Gesandten nahmen in der ewigen Stadt ihre Residenz, und das konstitutionelle Staatsleben hatte seinen ungestörten Fortgang. Wie in den Tagen der nationalen Vereinigung sind die Namen Vittorio Emmanuele, Cavour und Garibaldi dem Volk noch immer teuer. Zahllose Plätze und Hauptstraßen sind nach ihnen benannt und überall prangen ihre Statuen, Büsten und Bildnisse. Und als ob die Durchführung der Einigung der gesamten Apenninischen Halbinsel durch ein großartiges monumentales Werk der Nachwelt verkündigt werden sollte, wurde um die Zeit der Besitznahme Roms durch den König der Durchbruch des Mont Cenistunnels vollendet und in der wunderbaren Alpenbahn dem Völkerverkehr ein neuer mächtiger Antrieb gegeben.

Italiens Stellung zu Deutschland u. Frankreich.

Obschon die Einverleibung des Kirchenstaats wie früher die Erwerbung Venetiens nur durch die Siege der Preußen und Deutschen ermöglicht worden war, so konnte doch das italienische Volk die alte Vorliebe für Frankreich und die Verdienste Napoleons um die Vereinigung nicht vergessen. Mit der größten Teilnahme hatte man daher jenseits der Berge auf die erschütternden Vorgänge in dem befreundeten Nachbarland geblickt und selbst in den höchsten Kreisen war der Gedanke eines italienisch-französischen Kriegsbundes in Erwägung genommen worden. Aber bald überzeugte man sich am Tiber, daß die Nationalversammlung in Versailles mit ihren reaktionären und klerikalen Richtungen der neuen Regierung in Rom nicht wohlgesinnt sei. Die Stimmen der ultramontanen Partei verlangten mit großem Nachdruck die Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Herrschaft. Wir wissen, daß die klerikalen Abgeordneten die Frage eines papistischen Kreuzzugs in der Versammlung zur Sprache brachten und daß selbst Thiers, nach dessen Ansicht die Gründung des italienischen Einheitsstaats der größte Fehler der Bonaparteschen Politik war, der Forderung nicht entschieden entgegentrat, wenn er auch vorderhand jedes kriegerische Vorgehen zurückwies. Mehr und mehr trat es zu Tage, daß Frankreich der italienischen Regierung und Nation denselben Groll hege wie den Deutschen, daß, wenn die klerikale Partei in Versailles je die Oberhand gewänne, ein Kriegszug gegen das undankbare Italien keine Unmöglichkeit sei, und daß ein solcher Kriegszug zum Zweck der Befreiung des vatikanischen „Gefangenen" und der Wiedereinsetzung in seine „geheiligten Rechte" die Zustimmung eines großen Teils der Nation haben würde. Wäre ein solches Unternehmen doch zugleich ein Schlag gegen das deutsche Kaiserreich und mit weniger Gefahr verbunden gewesen! Bis in den Oktober 1874 kreuzte ein französisches Schiff in den Gewässern von Civita Vecchia für den Fall, daß der Papst Frankreichs Schutz anrufen würde. So kam denn die italienische Regierung zu der Erkenntnis, daß das Königreich nur

im Bund mit Preußen und Deutschland einer gesicherten Zukunft entgegengehen könne; die alten Beziehungen wurden hergestellt. Wiederholte Besuche der Königsfamilien zerstreuten die Wolken, die sich eine Zeitlang zusammengezogen hatten. Die feindselige Haltung des Papsttums und der Hierarchie gegen Italien wie gegen Deutschland war für beide eine Mahnung, daß ein politisches Zusammengehen in ihrem gegenseitigen Interesse sei. Von dem neuen Deutschen Reich war nicht zu besorgen, daß es in die Fußstapfen des alten Römischen Reichs zurückkehren, verjährte Ideen des Mittelalters im Süden der Alpen wieder geltend machen würde. Sowenig der neue Kaiser daran dachte sich in Rom krönen zu lassen, wie ehedem die Römischen Kaiser deutscher Nation, sowenig kam es dem deutschen Volk in den Sinn, die alten Römerzüge zu erneuern. Neben der Herstellung der guten Beziehungen zu Berlin legte die italienische Regierung zugleich energisch Hand an die Wehrhaftmachung des Landes durch Verstärkung der Armee, durch Anschaffung von Kriegsmaterial, durch Errichtung neuer Befestigungen, wobei die Vertreter der Nation dem Ministerium willfährig entgegen kamen.

Klostergesetz. Ministerium Minghetti. Auf diese Weise gegen feindliche Anschläge gedeckt, schritt die Regierung mutig auf dem Weg der Reformen fort und nahm die von der öffentlichen Meinung in Italien verlangte Einziehung der Klöster für die römische Provinz in
20. Nov. 1872. Angriff. Nach einem dem Parlament vorgelegten Gesetzentwurf sollten die Klöster in Rom und im ehemals päpstlichen Gebiet ebenso wie im übrigen Italien sämtlich aufgehoben werden. Nur die Generalate der Orden wurden aus Rücksicht auf das katholische Ausland von dieser einschneidenden Maßregel ausgenommen und zu ihrer Unterhaltung aus dem Ertrag der Klostergüter dem Papst die jährliche Summe von 400,000 Franks zugewiesen. Wie sehr auch die Papisten gegen diesen neuen Kirchenraub eiferten, wie sehr die Klerikalen Frankreichs, die um dieselbe Zeit durch den Wechsel in der Präsidentschaft der Republik zu großem Einfluß gelangt waren, von neuem den Gedanken eines Kreuzzugs gegen das ungetreue Italien erörterten, die Vorschläge wurden von dem Abge-
Mai 1873. ordnetenhaus fast einstimmig, von dem Senat mit überwältigender Mehrheit angenommen und auch sofort in Ausführung gesetzt. Nicht gegen die Anträge, sondern gegen die Ausnahme der Ordensgeneralate erhob sich Widerspruch. Hatte es sich schon bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sowohl bei den herrschenden Kreisen als in der Nation gegen Italien nicht freundlicher geworden war, ja daß bei irgend einer günstigen Veranlassung eine kriegerische Einmischung von dorther stattfinden könnte, so wurde diese Befürchtung noch stärker, als die Versailler Nationalversammlung unter dem überwältigenden Einfluß der monarchistischen Rechten mit dem Plan umging, den Grafen von Chambord zum König zu erklären. Wenngleich bald nach dem Klostergesetz ein für die Beziehungen zu Frankreich vorteilhafter Wechsel in der italienischen Regierung eingetreten war, indem infolge der Steuervorlagen das

Ministerium Lanza-Sella seine Entlassung nahm und ein aus der Rechten und dem rechten Zentrum gebildetes Ministerium unter Minghettis Vorsitz an Juli 1873. die Spitze der Staatsgeschäfte trat, so war doch mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß ein Fürst von so engbegrenztem Gesichtskreis, von solcher Anhänglichkeit an seine legitimistischen und ultramontanen Grundsätze, sobald er die Krone des Heiligen Ludwig auf seinem Haupt trüge, es als seine wichtigste Herrscherpflicht ansehen würde, dem Oberhaupt der Kirche seine weltliche Macht zurückzugeben und die vertriebenen italienischen Fürsten, vorab seine Stammesverwandten, wieder in ihre Herrschaft einzusetzen. Die Zusammenkunft des Grafen von Paris mit dem ältern Familienhaupt in Frohsdorf schien den Plan 5. Aug. der monarchistischen Restauration zur Reife zu führen. Es konnte daher kein Zweifel sein, daß die Reise Viktor Emanuels über Wien nach Berlin für die Sept. Versailler Royalisten ein Fingerzeig sein sollte, wo Italien Hilfe suchen würde, falls die Klerikalen in Beziehung auf Rom ihre Wünsche und Pläne in Thaten zu verwandeln gedächten. Und die Aufmerksamkeit, mit welcher der König und die beiden Minister, die ihn begleiteten, in Berlin behandelt wurden, konnte als Beweis gelten, daß diese Hilfe gewährt werden würde. Das alte Bündnis war damit aufs neue befestigt. Die politische Schrift: Ein wenig mehr Licht, welche der ehemalige Minister und General Lamarmora, der unglückliche Befehlshaber vor Custozza (XV, 2. 267 f.), veröffentlichte, um den französischen Staatsmännern zuliebe Preußen zu verunglimpfen, war ein Mißton zu der allgemeinen Stimmung des Landes, der bald verhallte. Wenn Lamarmora bei der Veröffentlichung seiner Schrift, worin die Unterhandlungen von 1866 mit unerhörter Indiskretion und Entstellung der Thatsachen besprochen wurden unter Mißbrauch amtlicher Urkunden, die Absicht hatte, das freundliche Verhältnis zwischen Italien und Deutschland zu stören, so verfehlte er seinen Zweck. Diesseits und jenseits der Alpen von der öffentlichen Meinung verurteilt, sank er noch tiefer in der Achtung.

Das Ministerium Minghetti stützte sich hauptsächlich auf die Consorteria, Wechselnde Ministerien. eine den deutschen Nationalliberalen entsprechende Mittelpartei, welche bei dem Tod Viktor Emanuels Fernbleiben der Ultramontanen vom politischen Leben Italiens in der gesetz- und Papst Pius' IX. gebenden Versammlung auf Monte citorio mehrere Jahre hindurch in der Majorität war. Es gelang Minghetti die Armeeorganisation durchzuführen, die finanzielle Lage des Staats befriedigend zu gestalten, die Eisenbahnen in Staatsbesitz überzuführen. Aber durch innere Spaltungen, die mehr in persönlichen Beweggründen und Interessen als in prinzipiellen Gegensätzen ihren Ursprung hatten, verlor diese Partei allmählich das Übergewicht, so daß das Ministerium Minghetti, als es bei einer Steuerfrage durch die Koalition der gegnerischen Fraktionen nicht die Stimmenmehrheit erlangte, seine Entlassung nahm, worauf der König ein neues Kabinett aus Mitgliedern der Opposition 18. März 1876. bildete. So kamen die Führer der Linken Depretis und der Neapolitaner

Nov. 1876. Nicotera an das Regiment. Die Kammer wurde aufgelöst. In dem neugewählten Abgeordnetenhaus war die große Mehrheit dem fortschrittlichen Ministerium zugethan. Seitdem waren mehrere Jahre lang wechselnde liberale Ministerien von verschiedener Färbung, Depretis, Nicotera, Crispi, Cairoli, am Ruder. Wie in Deutschland suchte auch in Italien die Staatsregierung den Einfluß der Hierarchie zu schwächen. Ein Gesetz über die Mißbräuche der Geistlichen in Ausübung ihres Amts wurde zwar nach langen erregten Kammerverhandlungen schließlich durch die Anhänger der Doktrin von der freien Kirche im 7. Mai 1877. freien Staat zu Falle gebracht; um so eifriger schritt man in dem Bestreben fort, den Schulunterricht zu verbessern, ihn von der Geistlichkeit zu befreien und zu dem Zweck einen Teil des Vermögens der Pfarreien und Brüderschaften dem Staat sowie den Gemeinden zuzuweisen. Der obligatorische Volksschulunterricht wurde eingeführt, die Erteilung des Religionsunterrichts vom besonderen Verlangen der Eltern abhängig gemacht. Die Treue und Hingebung des Volks an den Re galantuomo, den Schöpfer und Vollender des einheitlichen Königreichs Italien, blieb sich immer gleich. Mochten immerhin die gesetzgebenden Gewalten die monarchischen Machtbefugnisse auf ein geringes Maß herabsetzen, im Herzen des Volks stand der Name des Königs stets in strahlendem Glanz. 9. Jan. 1878. Dies trat besonders zu Tage, als Viktor Emanuel nach kurzer heftiger Krankheit 17. Jan. zu seinen Vätern berufen ward. Sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einem 7. Febr. nationalen Trauerfest. Kurz nachher folgte ihm Papst Pius IX., dem er die weltliche Herrschaft entrissen, für den er aber stets eine kindliche Ehrfurcht im Herzen bewahrt hatte, ins Grab nach. Der neue Papst, Leo XIII., ließ den mildern Geist, der jetzt in die Kurie einzog, nicht gleich anfangs erkennen. Er sprach seinen Unwillen über die Errichtung protestantischer Schulen in Rom aus 11. Aug. 1879. und empfahl in einer Encyklika die Philosophie des Heiligen Thomas von Aquino als Grundlage der wissenschaftlich-theologischen Studien. Es zeigte sich aber doch bald zum Zorn der Jesuiten, daß ein friedfertigerer Priester auf dem Stuhl Petri saß, namentlich in den kirchenpolitischen Vorgängen des Auslandes. Auch den italienischen Gläubigen wurde die Beteiligung an den Wahlen nicht länger verwehrt.

Italien unter König Humbert, geb. 14. März 1844. Der neue König Humbert war der Erbe der väterlichen Krone und Volksgunst, sowie des redlichen Willens und Bestrebens, die Verfassung und die Grundrechte der Nation heilig zu halten. Wohl schlug auch in der Apenninischen Halbinsel, der alten Heimat der Geheimbünde und Komplotte, die Sozialdemokratie ihre Werkstätte auf und bedrohte mit ihren Umsturzplänen die monarchische und gesellschaftliche Ordnung. Das Ministerium Cairoli bewies dieser Gefahr gegenüber große Schwäche. Eine lebhafte Entrüstung trat hervor, als sich die 17. Nov. 1878. Schreckensbotschaft verbreitete, der König sei auf der ersten Reise durch die Provinzen seines Reichs von einem ruchlosen Neapolitaner namens Passanante in seinem Wagen in mörderischer Absicht angefallen und sein Minister Cairoli ver-

wundet worden. Aber wie sehr auch immer die öffentlichen Kundgebungen die Anhänglichkeit des Volks an die konstitutionelle Monarchie bethätigten, so ließen sich doch nicht die Anzeichen gesellschaftlicher Schäden und Gebrechen verkennen, die bei der unruhigen leidenschaftlichen Sinnesart des Südländers leicht zu gefährlichen Ausschreitungen führen konnten. Es wäre daher viel ratsamer, wenn sich der besonnene Teil der Bevölkerung mit der Regierung und den gesetzgebenden Gewalten zu gemeinsamen Anstrengungen wider die innern Feinde der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung vereinigte, die wühlerischen und unbotmäßigen Elemente mit wuchtiger Hand niederdrückte, als daß die Menge immer mehr ins Weite auszuschreiten Miene machte, von neuen Einverleibungen träumte, die Losung von Rückeroberung der Italia irredenta, des noch unter fremder Herrschaft lebenden italienischen Volks in Triest und im Trentino in die Welt schleuderte. Bei den Exzessen und republikanischen Volksdemonstrationen, März 1879.
die bei Gelegenheit der Verurteilung des Königsmörders Passanante in verschiedenen Städten zu Tage traten, obwohl der König die von dem Schwurgericht verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umwandelte, bei dem Fanatismus, der durch die Wühlereien der „Irredentisten“ erzeugt wurde und sich in dem nichtswürdigen Bombenattentat in Triest kund gab, bei der öffentlichen Unsicherheit in Unteritalien und Sizilien hätte die italienische Regierung und Gesetzgebung alle Ursache, auf den innern Ausbau des noch so jungen monarchischen Rechtsstaats ihre ganze Sorgfalt zu richten. Statt dessen aber lagen die Parteien fortwährend miteinander in Streit, und Ministerwechsel oft mit Kammerauflösungen im Gefolge gehörten zu den gewöhnlichen Erscheinungen. Ein solcher Fall trat auch wieder ein, als Regierung und Abgeordnetenhaus über die Aufhebung der Mahlsteuer und Ersetzung derselben durch Juli.
andre Steuerarten miteinander in Hader gerieten. Eine wichtige Reform, die der italienische Liberalismus lange Zeit anstrebte und endlich durchsetzte, war die Änderung des Wahlgesetzes, wenn auch nicht die volle Einführung des allgemeinen Stimmrechts, so doch eine Herabsetzung des wahlfähigen Alters und Febr. 1882.
eine bedeutende Vermehrung der Zahl der Wahlberechtigten durch Verminderung des Zensus und Ausschluß nur der des Lesens und Schreibens Unkundigen, ferner die Anwendung des uns aus Frankreich bekannten Listenskrutiniums (XV, S. 664). Auch über die Abschaffung der Mahlsteuer und des Zwangskurses gelang unter großen Schwierigkeiten eine Verständigung, ebenso über die Erhöhung der Wehrkraft. Die Flugschrift Italicae res von dem österreichischen Oberst Haymerle, dessen Bruder um dieselbe Zeit zum Nachfolger Andrassys Aug. 1879.
ernannt worden war, suchte darzuthun, daß es für Italien die zweckmäßigste Politik sei, mit Österreich gute Beziehungen zu unterhalten und die Agitationen der Irredenta sowie die Rivalität mit dem Kaiserstaat an der Ostküste der Adria aufzugeben; aber der Rat fand nicht überall gute Aufnahme, am wenigsten bei der „demokratischen Liga“ unter Garibaldis Führung. Der Tod des alten Hel- 2. Juni 1882.

den Garibaldi, der in den letzten Jahren die Regierung nur fortwährend in Verlegenheit gesetzt hatte, befreite Italien von manchen Schwierigkeiten. In jüngster Zeit trat, nachdem Italien in der orientalischen und tunesischen Frage verschiedene traurige Erfahrungen gemacht, eine enge Annäherung an Österreich und Deutschland ein, die sich zu einem förmlichen Dreibund zur Erhaltung des Friedens gestaltete (XV, 2. 531 f.). Ein Zeichen von der finanziellen und
April 1883. wirtschaftlichen Erstarkung des jungen Königreichs war die Wiederaufnahme der
28. Juli. Barzahlungen. Aber auch nationale Unglücksfälle, wie das furchtbare Erdbeben von Ischia, das mehr als zweitausend Menschen das Leben kostete, und die wiederholt mit großer Heftigkeit auftretende Cholera, blieben dem Land nicht erspart. — Depretis, der in den unaufhörlichen Ministerkrisen der letztverflossenen Jahre nicht weniger als achtmal mit der Bildung des Kabinetts beauftragt
29. Juli 1887. worden, starb im Sommer 1887, ein patriotischer Staatsmann von gemäßigt liberalen Grundsätzen, worauf Crispi, ein alter Garibaldianer und Politiker von radikalerer Richtung, als Ministerpräsident und Leiter des Auswärtigen an die Spitze der Regierung trat. Das schon von den Ministern Depretis und Graf Robilant geschlossene Bündnis mit Deutschland und Österreich wurde durch Besuche Crispis bei dem deutschen Reichskanzler in Friedrichsruhe
Mai 1889. sowie durch die Reise des Königs Humbert nach Berlin, wo er einen überaus glänzenden und herzlichen Empfang fand, aufs neue befestigt. Um so unfreundlicher blieben die Beziehungen zu Frankreich; man glaubte wiederholt, vor dem nahen Ausbruch eines Kriegs zu stehen. Von der erbitterten Stimmung in Frankreich zeugte die Zurückweisung aller Versuche, einen neuen Handelsvertrag zustandezubringen, und der daraus entstehende Zollkrieg, der den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern sehr beeinträchtigte. Auch im eignen Land fand die deutschfreundliche Politik Crispis viel Widerspruch bei Republikanern, Ultraradikalen und Franzosenfreunden. Von der in jenen Kreisen herr-
Sept. 1889. schenden Erbitterung zeugte ein Mordversuch, der dem Ministerpräsidenten eine erhebliche Verwundung zufügte. Eine neue Befestigung der nationalen Sache
1888. war die Herstellung eines einheitlichen Strafgesetzbuchs, welches indessen wegen seiner Strafandrohungen gegen staatsfeindliche Umtriebe der katholischen Geistlichen, insbesondere gegen die Bestrebungen zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums, in den ultramontanen Kreisen aufs neue einen Sturm der Entrüstung weckte.

Kolonialpolitik. Dem Zug der Zeit folgend, trat Italien auch auf kolonialpolitischem
Abessinien. Gebiet thätig auf. Die Besetzung von Tunis durch die Franzosen war ein mächtiger Antrieb für die italienische Regierung, ihre Stellung im Orient und Mittelmeer ebenfalls zu verstärken. Zur Wahrung ihrer Handelsinteressen im Orient hatte sie im Jahr 1882 die Kolonie Assab am Roten Meer erworben
Jan. Febr. 1885. und einen Hafen daselbst errichtet. Zu Anfang des Jahres 1885 schickte sie, im Einvernehmen mit England, ein Heer aus, welches die benachbarten Plätze,

insbesondere die Hafenstadt Massaua, besetzte. Die Proteste der Pforte und der ägyptischen Regierung, zu deren Gebiet diese Städte gehörten, blieben wirkungslos. Aber auch der König (Negus) Johannes von Abessinien, der Nachfolger des Königs Theodoros (XV, 2. 24), strebte nach dem Besitz von Massaua, dem natürlichen Hafen des Reichs am Roten Meer. Darüber brach ein Krieg aus, in welchem der abessinische General Ras Alula einige Erfolge über die Italiener errang. Der Feldzug, der viel Geld und Menschenleben erforderte, letzteres hauptsächlich infolge der glühenden Hitze und des Wassermangels, erregte in Italien wachsende Mißstimmung, zumal ein greifbarer Nutzen von dem Unternehmen nicht einzusehen war. Indessen schien einmal die nationale Ehre Italiens verpfändet, und der Rückzug war darum schwer zu finden. Eine wissenschaftliche Expedition, welche das Sultanat Harrar erforschen wollte, wurde ermordet, ohne daß Italien hierfür Genugthuung oder Rache April 1886.
erlangen konnte. Der Überfall von Dogali, der einigen hundert italienischen 26. Jan. 1887.
Soldaten das Leben kostete, forderte die Rache der römischen Regierung heraus. Im Herbst des Jahres 1887 wurden bedeutende Verstärkungen an das Rote Meer gesandt, um den Feldzug gegen Abessinien in größerm Umfang fortzuführen. Der Negus Johannes wurde von den Mahdisten (XV, 2. 602) heftig bedrängt; diese haßten ihn als des Islam bittern Feind, der eines Tags sämtliche Mohammedaner in seinem Reich zwangsweise hatte taufen lassen. Er erlag in einem Treffen gegen die Mahdisten, sein Reich in voller Anarchie und März 1889.
als Beute für jeden, der zugreifen mochte, zurücklassend. In diesen Wirren behauptete sich schließlich der König Menelik von Schoa als Negus von Abessinien und schloß mit Italien einen Handels- und Bündnisvertrag, welcher die Rechtmäßigkeit des italienischen Besitzes in jenen Gegenden anerkannte.

Schlußbetrachtung.

So sind wir denn hart an die Schwelle der Gegenwart herangerückt und haben gewaltige Ereignisse berührt, die noch frisch in unserm Gedächtnis dastehen und aus deren Schoß eine neue Ära im europäischen Staatsleben sich entwickeln wird. Es waren bedeutungsvolle, tiefbewegte Jahre, die wir in ihrem geschichtlichen Gange vorübergeführt, Jahre, in denen viele treibende Kräfte in die Erscheinung traten, manche hohe Güter, wenn auch noch nicht völlig errungen, so doch als Kampfpreise und Strebeziele aufgestellt wurden. Sind auch in den letzten Jahrzehnten tiefe Wunden geschlagen worden, die noch ihrer Heilung warten, ist auch manche zarte Pflanze, die sich zu früh an das trügerische Sonnenlicht gewagt, im rauhen Frost verdorrt, so ist doch die Menschenwelt mit vielen fruchtbaren Ideen, der Lebensgarten mit vielen edlen Keimen und gesunden

Saatkörnern gefüllt, so ist doch ein weites Ackerfeld für großartige schöpferische Thätigkeit gewonnen worden. Zukunftreiche Prinzipien sind zur Erscheinung gekommen und ringen nach allgemeiner Geltung und Anerkennung: die entscheidende Mitwirkung der Völker bei dem Gestalten und Ordnen ihrer Staats- und Lebensformen, die Ausbildung und Entwickelung des Freiheitsbegriffs in allen Gebieten der öffentlichen Thätigkeit auf dem Boden des gemeinsamen Rechts, der nationalen Selbständigkeit und Eigenart, das Bestreben, den Krieg auf seine nächsten Zwecke zu beschränken und die Wirkungen desselben durch völkerrechtliche Vertragsbestimmungen im Sinne der Humanität zu mildern. Die Überflutungen eines idealen Weltbürgertums, für welches die frühern Geschlechter in Unschuld geschwärmt haben, sind eingedämmt worden durch die natürlichen Grenzen nationaler Geschlossenheit; aber um so mehr war man bedacht, den Lebensstrom dieses Nationalganzen in gesunder Bewegung und frischem Lauf zu erhalten und von störenden Hemmungen zu befreien. Das Ringen und Streben nach einem Rechtsstaat mit nationaler Gesetzgebung, mit selbstgeschaffenen Organen des öffentlichen Lebens, mit obrigkeitlichen Autoritäten des eignen Blutes und Stammes wird triumphieren über die neuen und alten Gegner, welche diesen nationalen Staatsorganismus mit den elementaren Mächten einer kosmopolitischen Arbeitergenossenschaft oder mit den hierarchischen Gewalten einer universalen Priestertheokratie umzustürzen trachten. Nur wer mit verschlossenen Augen in die sonnige Welt blickt, kann verkennen, daß die Menschheit mit kühnen und mächtigen Schritten zu der Höhe emporsteigt, wo die Götter des Erdenglücks thronen.

Die größten Erfolge hat das deutsche Volk errungen; die solange getrennten Glieder haben sich wieder zu einem einheitlichen Gemeinwesen, zu einem mächtigen Reich der Mitte vereinigt, dessen wichtigste Aufgabe die Wahrung des europäischen Friedens sein wird. Aber auch an andern Orten sind große Errungenschaften eingebracht worden: im Westen und Osten wurden die Fesseln der Knechtschaft gelöst, hier durch die Macht der Humanität auf friedlichem Weg, dort im Gefolge eines gewaltigen Kampfes voll leidenschaftlicher Erregtheit. Mit sicher leitendem Triebe fordern die Völker die Niederreißung der Schranken, welche bisher das Handels- und Verkehrsleben in seinem Gange gehemmt, die Erschließung ferner Länder gehindert, welche die Geburts- und Berufsstände geschieden, welche der Niederlassung und Freizügigkeit im Weg gestanden, welche die bürgerlichen Rechte von der Geburt und vom Glaubensbekenntnis abhängig machten. Die Ära des Weltverkehrs mittels Dampfkraft und elektrischer Drahtleitung führte zu einem neuen Weltbürgertum, aber von praktischer Natur und realen Zielen. An die Stelle engen Zunftzwangs trat die Freiheit des Gewerbes, an die Stelle gebundener Genossenschaften und Verbrüderungen, welche den individuellen Willen durch Eide und Bundesgesetze in Fesseln und Banden schlugen, trat das freie Vereinswesen zur Erleichterung der

Lebensexistenz und zur Fortbildung in allem menschlichen Wissen. Und wenn auch unter dem Schutz dieses freien Vereins- und Gesellschaftslebens der vierte Stand mit heftiger Begehrlichkeit nach sozialdemokratischen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen drängt, durch welche das bestehende Kultur- und Rechtsleben dem Umsturz entgegengeführt, die individuelle Freiheit unter dem Bann despotischen Genossenschaftszwangs ausgelöscht würde, so werden die mittlern bürgerlichen Klassen doch stark genug sein, die wühlerischen elementaren Gewalten in die gesetzlichen Schranken einer gesitteten Staats- und Gesellschaftsordnung zu werfen und den Fortschritt menschlicher Kultur gegen zerstörende revolutionäre Kräfte zu schirmen. Ein Trieb zur Selbstbestimmung und zur Selbsthilfe durchzieht das Völkerleben; die Einsicht und Erfahrung, die im kleinen Gesellschafts- und Vereinsleben erworben und geübt wird, strebt sich auch im großen zu bewähren und zu bethätigen; der alte Beamtenstaat mit seiner büreaukratischen Allmacht und geheimnisvollen Amtsthätigkeit ist eine überwundene Einrichtung. Die wachsenden Geldbedürfnisse und der schwierige Staatshaushalt machten die Regierungen von fremder Hilfe abhängig und setzten einen Kredit voraus, den nur die Gesamtheit des Volks zu leisten im stande war. Darum kann sich kein Staat mehr auf die Dauer einer Mitwirkung und Kontrolle der Volksvertretung bei der Ordnung der Einnahmen und Ausgaben entziehen. Auch für eine unparteiische Rechtsprechung verlangte das Volk Bürgschaft durch beeidigte Beisitzer aus seiner Mitte. Die kriegerischen Verwickelungen der letzten Jahre in Amerika und Europa, welche durch das Schwert gelöst werden mußten, haben sodann dem Grundsatz Anerkennung verschafft, daß dem friedlichen Verkehr neutraler Mächte zur See und zu Land daraus kein Hindernis erwachsen solle, daß auch in Feindesland das Privateigentum geachtet, Gut und Leben der Unbeteiligten und Wehrlosen geschont werde, daß das humane Werk der Genfer Konvention vom Jahr 1864 zum Schutz der Verwundeten auf dem Schlachtfeld und in den Lazaretten zur allgemeinen völkerrechtlichen Geltung kommen, daß durch Neutralerklärung des gesamten militärärztlichen Personals die Krankenpflege gefördert und erleichtert werden möchte. Auch das gewaltige Ringen der zwei großen abendländischen Kulturvölker, von denen das eine die lange besessene Vorherrschaft in der europäischen Völkerfamilie behaupten, das andre die seiner Macht, Bildung und Weltlage entsprechende Stellung und damit das Recht der freien Bestimmung über sein Staats- und Verfassungsleben sich erkämpfen wollte, hat diesen humanen Bestrebungen im ganzen Anerkennung gezollt, wenn auch aus Leidenschaft oder Unkenntnis einzelne Übertretungen vorgekommen sein mögen.

So sehen wir in allen Gebieten eine rastlose fruchtbare Thätigkeit; und wenn auch das Leben mit seinen gebieterischen Ansprüchen die Geister mehr auf die praktische Seite hinzog, wenn die Naturwissenschaften, wenn die Volkswirtschaftslehre, wenn die Staats- und Rechtskunde mit Vorliebe gepflegt und aus-

gebildet wurden, so entbehren doch auch die Geisteswissenschaften und die Künste nicht der Teilnahme und eines eifrigen Studiums. Noch immer gießt die Poesie ihre goldenen Früchte in die empfänglichen Gemüter; noch immer labt die Kunst durch edle Gestaltungen den Schönheitssinn; noch immer führt die Historie die Thaten und Schicksale vergangener Völker den lebenden Geschlechtern vor die Seele; noch immer sucht die Spekulation in das Ewige und Überweltliche einzudringen; noch immer ist der Forschungstrieb auf das Wesen der Religion und die Grundlagen der Kirche gerichtet; noch immer lehrt das Christentum Tugend, Sittlichkeit und Nächstenliebe, veredelt das Wirken und Schaffen des Tages durch ideale Ziele und reine Pflichtenlehre, versöhnt und tröstet den Leidenden durch den Glauben an die göttliche Gerechtigkeit und durch die Hoffnung auf ein besseres Leben über dem Grab.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

[illegible]